PRO
VERITATE
ET
REGNO
DEI
CHARLES HOLBROOK LIBRARY
Pacific School of Religion

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/neue-wege_1951_45

NEUE WEGE

BLÄTTER FÜR DEN KAMPF DER ZEIT

45

Fünfundvierzigster Jahrgang

1951

HOLBROOK LIBRARY
PACIFIC SCHOOL
OF RELIGION

Verlag: «Vereinigung Freunde der Neuen Wege»

84953
V.45
1951

INHALTSVERZEICHNIS

Betrachtungen

	Seite
Bruno Balscheit: Die Botschaft des Weißen Todes	1
Inès Spring: Denn das Reich Gottes steht nicht in Worten, sondern in Kraft	52
Bruno Balscheit: Flucht, Kreuz und Ostern	89
Bruno Balscheit: Vom Gluthauch Gottes	137
Bruno Balscheit: Resignation	181
Bruno Balscheit: Sackgassen	225
Bruno Balscheit: Weg und Herz	273
Albert Böhler: Verheißung und Glaube	341
Krijn Strijd: Der freie Mensch in der Brandung	389
Albert Böhler: Das Licht in der Finsternis	477
Inès Spring: Wer da suchet, seine Seele zu erhalten	487
Carmen Weingartner-Studer: Zu Allerheiligen und Allerseelen	Heft 10 3. Umschlagseite

Gedichte

Helene Bossert: O Gott	145
Rainer Maria Rilke: Zwei Gedichte aus «Das Stundenbuch» und «Die frühen Gedichte»	184
Helene Bossert: Angscht	236
Helene Bossert: Rottet ech zäme	248
Hannah Vogt: Europa	337
Margarete Susman: Liebe	477

Religiöse Fragen

Margarete Susman: Ansprache an der Tagung der Religiös-sozialen Vereinigung	45
Bruno Balscheit: Die Weisheit Altisraels	60
Alice Herz: Blick auf die Kirchen	95
Bruno Balscheit: Ist der Monotheismus Israels größte Gabe an die Welt?	185
Ernst Simon: Die Zehn Gebote und wir	278
Krijn Strijd: Neue Wehrhaftigkeit	354
Albert Priebe: Kirche in der Entscheidung	393
G. J. Heering: Karl Barth zum Problem des Krieges	440
Hansheiri Zürrer: «Ein Gott, der keiner war», Gedanken zu einem Buche	489

Zur Kultur- und Geistesgeschichte

Simplicius: Die Begegnung	10
Franz Keller: Freud und Marx als Moralphilosophen	18
Serge Radine: Emmanuel Mounier	53
Serge Radine: Neue Pfade in der Literatur	230
Margarete Susman: Gerechtigkeit	281
H.: «Christianos ad Leones»	395
Margarete Susman: Erinnerungen an Rosa Luxemburg	435
Serge Radine: Louis Lavelle, der Heilige Laie	482

Politische und soziale Fragen

Seite

Bruno Balscheit: Die Gegenrevolution, ihr Glanz und ihre Füße . 3
Hugo Kramer: Die Krise des Sozialismus 99
Hans Ornstein-Krijn Strijd: Der antirussische Komplex, eine Kontroverse zum Ost-West-Problem . 145
Rupprecht Wiegand: Gibt es einen Frieden, der auf der starken Rüstung aufgebaut ist? Gibt es eine Freiheit, die durch Waffengewalt gesichert ist? 196
Karl Loewy: Teurer oder billiger Friede? 200
Feodor Roettcher: Die Krise des Sozialismus 203
Karl Loewy: Waffen oder Wasser für den Mittleren Osten . . . 236

Seite

M. Furrer: Indien — wohin? . . . 241
Hugo Kramer: Wie stehen wir zum Kommunismus? 249
Karl Loewy: Juden und Araber in Israel 302
Alice Herz: Vom anderen Amerika 304
Feodor Roettcher: Wie stehen wir zum Kommunismus? (zur Diskussion) 306
Hugo Kramer: Wege zum Frieden I 346
Hugo Kramer: Wege zum Frieden II 398
Karl Loewy: Krankheit und Heilung 406
Stringfellow Barr: Das Grundproblem der Menschheit 494
Bernhard Sievers: Wirtschaftlicher und geistiger Umbruch und Neubruch 500

Von Menschen

H. K.: Georg Scherrer † 472

Zitate

Worte von Martin Buber 229
Worte von Leonhard Ragaz . . . 269
Worte von Leonhard Ragaz . . . 272
Aus den Tagebüchern Kierkegaards 388
Worte von Christoph Blumhardt (Zum Advent!) 433
Worte von Christoph Blumhardt . 502
Worte von Kierkegaard 522
Blumhardtworte 523

Berichte, Manifeste, Aufrufe

Bericht über die Tätigkeit der Auskunftsstelle für Flüchtlinge . . . 136
Bericht über die Vorstandssitzung des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten (Carmen Weingartner-Studer) 223
Zum Berliner Jugendfestival (B) . 271
Zum Redaktionswechsel (Bruno Balscheit / Carmen Weingartner-Studer) 314
Jahresversammlung der Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege» (Carmen Weingartner-Studer) . 315
Außerordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege» (C. Weingartner) 316
Jahresversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung (C. Weingartner) 317
Freundschaftstagung auf dem Flumserberg (C. W.) 471
An unsere Leser! (Redaktionskollegium) 523

Leseproben

Leonhard Ragaz: «Mein Weg» . . 289

Weltrundschau (Hugo Kramer)

	Seite		Seite
Januar	29	Juli/August	318
Februar	71	September	370
März	119	Oktober	410
April	163	November	454
Mai	207	Dezember	503
Juni	258		

Schweizerische Rundschau (Hugo Kramer)

Januar	40	September	384
März	132	November	468
Mai	220	Dezember	520

Von Büchern

Edna Ferber: Die großen Söhne (Hugo Kramer) 44

Sinclair Lewis: Der königliche Kingsblood (Hugo Kramer) 44

Werner Tanner: Mensch und Tier in christlicher Sicht (Bruno Balscheit) 86

Hermann Diem: Die Existenzdialektik von Sören Kierkegaard (Bruno Balscheit) 86

Hermann Adler: Vater ... vergib, Gedichte aus dem Ghetto (Bruno Balscheit) 87

Karl Adolf Laubscher: Im großen Sommergarten (Bruno Balscheit) . 88

Fulton und Will Oursler: Pater Flanagan von Boys Town (Hugo Kramer) 180

Nevil Shute: Eine Stadt wie Alice (Hugo Kramer) 180

Jürgen Uhde: Der Dienst der Musik (Carmen Weingartner-Studer) 270

Serge Radine: Anouilh, Lenormand, Salacrou (Herbert Hug) 270

David Bradley: Atombombenversuche im Pazifik (Albert Böhler) . . . 428

James Aldridge: Der Diplomat (Albert Böhler) 472

Zur Neuauflage des «Gedanken»-Buches von Leonhard Ragaz (Albert Böhler) 474

Fritz Wartenweiler: Indiens Ringen (Hansruedi Zbinden) 476

Die Botschaft des weißen Todes

Eine stille Nacht, in der mit den dicht fallenden Schneeflocken eine große Ruhe sich über unser Land senkte, ist für viele unserer Bergdörfer zu einer unvergeßlichen Todesnacht geworden. Wir haben den Tod als Massenerscheinung erfahren. Ein plötzlicher und ungewöhnlich reichhaltiger Schneefall hat nicht nur den seit jeher lawinengefährdeten Orten schwere Lawinengänge gebracht, sondern auch an Stellen Lawinen niedergehen lassen, an denen seit Menschengedenken keine beobachtet worden sind. Wenn die Gedanken und Träume vieler in diesen Wintermonaten dem Schnee und der Stille, dem Sonnenglanz der Berge zugehen, dann finden diese schweifenden Gedanken überall dort Spuren der elementaren Macht des Todes. Bekannte Dörfer weisen Lücken auf, und in vielen Häusern ist die schwere Trauer eingezogen, jene Trauer, die aus dem unbeantworteten «Warum?» geboren wird. Da sind ganze Familien mitsamt ihrem Hab und Gut vom weißen Tode zugedeckt worden, in der stillen Plötzlichkeit, wie es nur eine gewaltige Natur vermag; da sind Menschen bei der Arbeit, der stillen Arbeit aller namenlos Wirkenden, der Arbeit von Bauern, Soldaten, Bahnbeamten und Wegmachern vom Tode überrascht worden; da sind andere bei der Hilfeleistung, beim stillen, selbstverständlichen Einsatz ihres Lebens selber in die Hände dieses Todes gesunken.

Für die, in deren Dorfgemeinschaft, ja in deren engsten Familienkreis die elementare Gewalt die Lücken gerissen hat, bleibt die Begegnung mit diesem großen Sterben eine schwere Hand, die sich über ihr Leben gesenkt hat und mit der sie noch lange zu ringen haben werden. Und niemand kann andern Menschen dieses Ringen abnehmen.

Der Massentod aber beschäftigt alle, er geht nicht nur die zunächst Betroffenen an. Oft freilich bedeutet die Begegnung mit dem Massentod nichts anderes als eine quantitative Vermehrung des Todesschreckens überhaupt; oft hat sie für Fernstehende sogar den billigen Glanz des Sensationellen. Das aber hieße dieser Botschaft des weißen Todes ihren Ernst und ihre Bedeutung rauben. Wenn wir als ganzes Volk vor dem Leid, das diese wenigen Stunden über viele Dörfer und Häuser gebracht haben, in Besinnung stillestehen, dann darum, weil uns hier etwas von dem begegnen kann, was des Volkes moralische Kraft ausmacht. In der Begegnung mit der Naturkatastrophe sind nämlich die wertvollsten moralischen Volkskräfte sichtbar geworden. Wenn die Lawine sich über dem Dorfe löst, dann fegt die gemeinsame Gefahr die Klassengrenzen hinweg. Und wenn schon Menschen unter der Lawine liegen, dann hebt die stille, selbstverständliche Pflicht der Hilfe – und sei es unter Einsatz des eigenen Lebens – die kalte Gleichgültigkeit auf, die sonst wie eine starre Mauer zwischen Menschen und Menschen steht. Das gibt es also, das lebt in der Stille verborgen im Volke. Muß es aber immer erst vom

elementaren Massentod ans Licht gebracht werden? Als moralische Kraft lebt auch die stille Zähigkeit dieser Menschen, die nach der Katastrophe wieder an das Aufbauen des Zerstörten gehen. Von dieser selbstverständlichen stillen Zähigkeit haben schon ganze Generationen gelebt. Wie fremd nimmt sich diese Kraft neben der hysterischen Hast dieser Zeit aus, der gerade diese Zähigkeit mangelt. Bei vielen dieser von der Katastrophe betroffenen Menschen ist es zudem nicht das erste Mal, daß der weiße Tod ein Glied der Familie hinwegrafft. Die moralische Kraft, die hier sichtbar wird, kann wohl nur die Glaubenskraft sein, das Festhalten an der ewigen Gottesverheißung, daß wohl Berge weichen und Hügel hinfallen mögen, nicht aber Gottes Gnade. Muß aber auch diese stille im Volke noch vorhandene Kraft erst durch Katastrophen ans Licht gebracht werden?

Nicht nur bei den Menschen unserer Bergdörfer, die persönlich ihr von elementaren Gewalten bedrohtes Leben leben, sind moralische Volkskräfte zu finden. Die Ehrfurcht und das Mitgefühl und das spontane Helfenwollen, die nach solchen Katastrophen im Volk aufbrechen, sind ebenfalls Kräfte, von denen das Volk im Grunde lebt. Oft genug freilich sind diese Kräfte nicht gewachsen, nur vom Augenblick erzeugt, angeflogen und vergehen wie der Wind. Und doch spüren wir es, wie arm wir wären, wenn sie nicht auch wirklich lebendig vorhanden wären. Und stehen nicht auch diese Kräfte fremd in der Zeit, die vor großem Sterben keine Ehrfurcht mehr kennt, deren ausschließlich aufs Geld gerichtetes Denken die spontane Menschlichkeit verdrängt? Ja, die moralischen Volkskräfte sind in der Gegenwart auch im Schweizervolk in Gefahr. Aber sie leben noch, und der große weiße Tod ruft uns zur Besinnung, wie wir sie am Leben erhalten können. Wachen wir über diesen Gütern mehr als über Haus und Hof, mehr als über Geld und Gut, das ist des weißen, grausamen Todes wohl ungewollte Botschaft an die Lebenden! Und noch etwas. Sollten wir in dieser Zeit, in der ausländische Fluchtgelder massenhaft in unser Land strömen, in dieser Zeit, da wir selber Milliarden für militärische Zwecke auszugeben bereit sind, nicht durch das große Massensterben in unsern Bergen dazu aufgefordert werden, mit den vorhandenen Mitteln großzügige Maßnahmen zu treffen, um Menschenleben zu schützen, um denen, die in aller Stille starke moralische Kräfte hüten und bewahren, die Heimat ein wenig sicherer zu machen? Ein großzügiges Lawinenverbauungsprogramm, Straßenkorrektionen, durch welche gefährdete Stellen verlegt werden, sind eine Notwendigkeit. Die Lastenverteilung muß so geschehen, daß die Stärkeren die Last der Schwachen tragen. Das Projekt selber und die Finanzierung können nicht den einzelnen Kantonen überbunden werden, sondern müssen ein gesamteidgenössisches Werk sein. Auch die Ausbildung und Aufstellung von Lawinenwehren für jede gefährdete Ortschaft, die eine ähnliche Funktion wie die Feuerwehren zu erfüllen haben und mit Lawinenhunden und dem nötigen technischen Material ausgerüstet sein sollen, ist eine

Notwendigkeit, wobei auch hier wieder die Kosten nicht den betroffenen Gegenden selber allein überbürdet werden können. Gerade wenn wir wichtige moralische Volkskräfte bei der Bergbevölkerung gefunden haben, drängt sich aber noch etwas auf: eine planmäßige Arbeitsbeschaffung, eine Verlegung geeigneter Erwerbszweige in Gegenden, bei denen die ausreichende Arbeit entweder überhaupt fehlt, oder die auf das trügerische Phantom der Fremdenindustrie angewiesen sind.

Die Erhaltung der moralischen Kräfte im Volk zählt mehr als die Kosten. Auch die Sicherung von Menschenleben zählt mehr. Diese freilich wird man niemals ganz und unter allen Umständen herstellen können. In der Gewalt der Natur liegt auch die Elementarkraft des Todes beschlossen. Aber gerade darum sind uns ja Natur und Tod in den Weg gestellt, daß an ihnen die geistigen Kräfte der Menschen wachsen. Und gerade darum hat uns vielleicht auch der große Tod in jener Katastrophennacht eine Botschaft gesendet. Wollten wir doch auf sie hören! Und wollten wir doch, gerade wenn wir erkennen, wie sehr der Klassengeist dieser Zeit, wie sehr die Hysterie der Gegenwart, wie sehr das Gelddenken die moralischen Kräfte der Zähigkeit, der spontanen Hilfsbereitschaft und die Kraft des Glaubens an die Gnade Gottes zersetzen, über den in der Stille unseres Volkes noch vorhandenen Kräften wachen! Wenn wir unsere Dörfer mit ihren Lücken wiedersehen werden, wenn wir vielleicht auch manches bekannte Gesicht nicht mehr sehen werden, dann soll uns diese Trauer an die Größe der uns gestellten Aufgabe mahnen, denn moralische Kräfte wollen nicht mit Worten gepriesen, wollen nicht sentimental verherrlicht werden, sondern wollen in der Auseinandersetzung mit den Geistern der Zeit gehütet, gefördert, gelebt werden. Wollten wir uns dazu, zu großzügigen Taten, zum echten Behaupten der stillen Kräfte aufrufen lassen, dann könnte wohl auch dieses plötzliche Sterben, dieses große Leid in unsern Bergkantonen Früchte tragen.

Bruno Balscheit.

Die Gegenrevolution, ihr Glanz und ihre Füße

Fast so fern wie die Zeiten der Minnesänger und Ritterkämpfe sind uns heute jene Zeiten gerückt, da die Worte «Revolution» und «Freiheit» in den Seelen, den jungen zumal, ein Echo weckten, das wie ein Sturm durch die Bergwälder sang, die Zeiten, da das Wort «Rebell» etwa ein Ehrenname und ein Traum aller derer war, die wohl das Klirren ihrer Ketten hörten, sie selber aber nicht mehr zu sprengen vermochten. Meist ist uns das Entschwinden jener Zeiten noch nicht bis ins klare Bewußtsein gedrungen.

Seit 1918 etwa hat unsere Welt keine Revolution mehr erlebt. Sie hat zwar noch diesen Namen für Erscheinungen verwendet, die ihn nie-

mals verdienten, für die Theatercoups pervertierter Kleinbürger im schwarzen oder braunen Hemd und für die durch Polizeikaders ausgelösten osteuropäischen Machtübernahmen, die dann von den verschiedenen Seiten alle mit dem revolutionären Namen getarnt wurden. Aber echte Revolutionen, bei denen im einmaligen Geschehen ein Allgemeingültiges in Erscheinung trat, bei denen das namenlose Elend der namenlosen Unterdrückten sich seiner selbst und der in ihm liegenden ethischen Kraft bewußt ward, echte Revolutionen, bei denen immer eine Ernte eingebracht wird, die unter Sturm und Druck im namenlosen Dunkel gereift ist, hat es nun schon lange nicht mehr gegeben.

Der europäische Geist aber ist in besonderer Weise von der Wirklichkeit echter Revolutionen abhängig. Im 16., 18. und 19. Jahrhundert sind für diesen Geist die Revolutionen Geburtshelfer und Lehrmeister zugleich gewesen. Ihnen verdanken die europäischen Nationalstaaten, die liberalistische Wirtschaft, die Emanzipation der Wissenschaften und die politische Demokratie ihr Dasein. Diese legitimen Zeugen europäischen Geistes sind eigentlich alle Revolutionskinder. Wenn irgendwo auf der Welt, so muß darum für das, was man gemeinhin die europäische Geistigkeit nennt, das Versiegen des revolutionären Stromes von weittragender Bedeutung sein.

Den Gründen für dieses Versiegen nachzugehen, diesem ganzen Geflecht von technischen, politischen und geistesgeschichtlichen Gründen nachzuspüren, muß wohl späteren Zeiten, die den nötigen Abstand besitzen werden, vorbehalten bleiben. Wir als an diesem Prozeß mitbeteiligte Zeitgenossen können zunächst nur die Tatsache als solche feststellen.

Wenn der revolutionäre Strom versiegt, so liegt in dieser Tatsache noch eine weitere beschlossen. Wir bemerken dann, daß sofort ein anderer Strom da ist, breit und sicher, als wäre er seit Ewigkeiten dagewesen. Das ist das dickflüssige, trübe Wasser der Gegenrevolution. Und wir alle fahren auf diesem Strom, ob wir unsere Schifflein nun einfach mit der Strömung treiben lassen, oder ob wir verzweifelt gegen dieselbe ankämpfen. Immer aber ist es der Strom, auf dem wir uns bewegen.

Die Gegenrevolution unserer Zeit beschreitet einen besonderen Weg; sie tut nicht alles zugleich, sondern sie hält für ihr Tun einen besonderen Fahrplan inne. Weil die letzten Ausläufer des revolutionären Stromes im 20. Jahrhundert soziale Revolutionen gewesen sind, darum richtet sich die gegenwärtige Gegenrevolution zunächst gegen dieses Soziale. Die erste Richtung, die sie einschlägt, ist die antisoziale Richtung. Wir merken es, wenn im Verlauf der gegenwärtigen Entwicklung der Kampf um soziale Postulate, sei es im Arbeitsrecht, sei es in der Steuergesetzgebung, von Jahr zu Jahr härter wird. Um das Bild des Sozialstaates zu verdrängen, um von dieser, für den Besitz unbequemen Staatskonzeption zu der seinerzeit von Lassalle treffend charakterisierten Idee des Nachtwächterstaates zurücklenken zu können, sät die mächtige Gegenrevolution die Lüge in die Hirne, der Sozialstaat führe automatisch zum

Totalstaat. Die Gegenrevolution richtet sich anfänglich noch nicht gegen alle sozialen Gedanken, sie geht viel schlauer vor, sie rückt zunächst den Staat aus der Sphäre heraus, in der solche Gedanken Geltung haben dürften. Sie spielt auf dem Gebiete der Wirtschaft gegen den sozialen Gedanken den liberalen – diesen ebenfalls in einer Revolution geformten Gedanken – aus. Sie setzt – für kurze Zeit wenigstens – auf den verwaisten Thron Gottes den Geist des «freien Unternehmertums» und distanziert die Ziele der Wirtschaft von planmäßiger Vollbeschäftigung – und distanziert sich selber damit recht vornehm vom Elend der Arbeitslosigkeit, das sie nur dann vermeiden kann, wenn, gewollt oder ungewollt, Krieg oder Kriegsgefahr die Wirtschaft in die Höhe schnellen läßt.

Die gegenwärtige Liberalisierung Europas geschieht unter diesem dunklen Zeichen der antisozialen Gegenrevolution. Und bereits wittern die Feldprediger dieser Bewegung Morgenluft und bereiten, nachdem sie den Staat grundsätzlich aus der Sphäre des Sozialstaates hinausgewiesen haben, eine zweite Attacke vor. Bereits hat Professor Röpke, einer der Erfinder der gegenwärtigen neoliberalistischen wirtschaftlichen Gegenrevolution, dieser Attacke den Weg gewiesen, wenn er in einem Gutachten zur deutschen Wirtschaftspolitik auf die besondere Gefahr der Gewerkschaften hingewiesen hat, die ein Monopol darstellen und deren Einfluß die erstrebte freie Marktwirtschaft nur hindern kann. Es ist wohl fast unnötig, zu sagen, daß die gegenwärtige Adenauersche Regierung Deutschlands dieses Gutachten zu dem ihren gemacht hat. So werden bald die Gewerkschaften, die vielerorts so naiv und brav sich der gegenrevolutionären Stimmung angepaßt haben, den Dank der Stimmungsmacher erfahren.

Sicher aber wird die Gegenrevolution nicht bei der liberalistischen Position stehenbleiben. Die Tatsache, daß maßgebende Kräfte innerhalb der gegenrevolutionären Bewegung ihre geistige Heimat im grundsätzlich antiliberalen Katholizismus haben, bietet Gewähr dafür, daß eines Tages die Gegenrevolution auch den Liberalismus, wenn sie seiner nicht mehr bedarf, zum alten Eisen werfen wird, um ihr besseres Rüstzeug in mittelalterlichen Ständeideologien oder in andern Zeughäusern der Vergangenheit zu suchen.

Das Vordringen der Gegenrevolution sollte heute doch nicht nur für die verstandesmäßige Überlegung erkennbar sein. Auch wer sich über Richtungen und Motive der geistigen Entwicklung kaum oder gar nicht Rechenschaft gibt, muß diese Entwicklung am eigenen Leibe verspüren. Zur Gegenrevolution gehört eben auch die Teuerung, die den Lohnverdiener auch ohne sozialen Abbau um die Früchte seiner Arbeit bringt. Und wollten die Politiker nicht erkennen, daß heute die antisoziale Gegenrevolution der Strom ist, auf dem wir treiben, das Haus, in dem wir wohnen, die Luft, die wir atmen, dann werden wenigstens alle, denen die zunehmende Teuerung Sorge und Not bereitet, sich dieser Erkenntnis nicht verschließen können.

Die Gegenrevolution hat nicht nur den Namen mit der Revolution gemeinsam. Auch sie beugt das Recht nach ihren Zielen. Revolution und Gegenrevolution leben beide vom Grundsatz, daß der Zweck die Mittel heilige; nur die Zwecke sind bei beiden verschieden. Die Gegenrevolution fördert die Klassenjustiz und verfolgt die Gesinnungsdelikte. Wohl nicht nur zeitbedingt, sondern schon grundsätzlich ist die Gegenrevolution auf diesem Gebiet mächtiger als die Revolution. Revolutionäre nämlich greifen und tasten oft blind in die Zukunft; Gegenrevolutionäre aber wissen, was sie wollen, verfügen immer irgendwo über Kräfte irgendeines «ancien régime» und sind sich zugleich ihrer Zwecke und ihrer Ziele bewußt.

Wie können wir Menschen der ungeheuren Kraft der Gegenrevolution gegenüber uns verhalten? Man kann – das ist der einfachste, bequemste, am meisten Erfolg verheißende, der breite Weg – diese gegenrevolutionäre Bewegung mit ganzem oder auch mit halbem Herzen bejahen. Das ist auch eine Haltung, die zumeist klingenden Lohn einbringt. Das aber ist wahrer Defaitismus, mit welchem Wort heute oft ein frevles Spiel getrieben wird.

Man kann auch einen andern Weg suchen, kann, die Tatsache übersehend, daß die Gegenrevolution ja gerade dem Versiegen echter revolutionärer Ströme ihr Dasein verdankt, in einem recht romantischen Revolutionarismus gegen die kalte Gewalt der Gegenrevolution anrennen. Auch das geschieht heute. Und die romantischen Ritter dieses Kampfes haben, wenn sie, jeder für sich oder in kleinen Grüpplein, ihre Lieblingsrosinanten reiten, deren Name meist auf «ismus» endet, dabei durchaus das Gefühl, daß in ihnen, in ihrer Rüstung und in ihrem Angriff gegen die Windmühlenflügel die versickerte Revolution allem Anschein zum Trotz weiterlebe. Weil jede Donquichotterie etwas Rührendes an sich hat, kann man auch den romantischen Revolutionskonserven abseitiger Ismen schwerlich das Mitgefühl versagen. Wie jede Donquichotterie aber im Grunde gerade darin besteht, daß sie die Proportionen verschiebt, die Peripherie für das Zentrum, einen einzelnen Sektor für das Ganze hält, und gerade darum die bekämpfte Zeitströmung eher fördert als hemmt, so bewirken auch in der Gegenwart die nur romantischen Attacken gegen das glänzende Ungeheuer der Gegenrevolution oft das Gegenteil des Erstrebten.

Weiß Gott, die von der Gegenrevolution zerstampfte Zeit hat Hunger nach echten, revolutionären Impulsen. Aber es ist besser, sie habe diesen Hunger und bleibe und werde sich dieser Tatsache bewußt, als daß sie in Selbsttäuschung verfalle, Steine für Brot und Donquichotterien für Geistesrevolutionen ansehe. Denn sehr leicht erhält die klirrende Macht der Gegenrevolution durch den Kampf der Scheinrevolutionäre einen Ernst, der ihr nicht gebührt. Und ebenso leicht erhält das echte revolutionäre Anliegen, mit dem die Romantik sich verwechselt, eine Lächerlichkeit, die ihm nicht gebührt.

Wem muß heute nicht die Bekämpfung der herrschenden Gegenrevolution auf der Seele brennen, die Bekämpfung jenes Ungeheuers, das West- wie Osteuropa verdirbt, das im Namen des europäischen Geistes zur Verteidigung der europäischen Freiheit im Westen etwa gerade die besten Früchte europäischen Geistes preisgibt und das im Osten die echte Revolution in eine Sicherstellung bestehender Kräftegruppierungen umlügt. Wieviel anfangs gutgemeinte Bekämpfung dieses Ungeheuers aber bewirkt doch das Gegenteil des Gewollten! Es gibt wohl ein einfaches Merkmal, die Donquichotterie von echten revolutionären Impulsen zu unterscheiden. Fehlt das rechte Maß, fehlt der Blick aufs Ganze, dann werden die Bekämpfer der Gegenrevolution selber leicht zu Dienern dieses Ungeheuers. Sie können dann wohl sich selbst und den Radikalismus ihres Wollens bewundern – und wirken, was sie nicht wollen.

Wenn dieses Ungeheuer stark und sicher, selbstzufrieden und glänzend sein Haupt erhebt, so muß es wohl zu seiner Vernichtung noch einen andern Weg geben. Im zweiten vorchristlichen Jahrhundert erlebte das Völklein Judas eine Herrschaftsform und eine Zivilisation, die in ihrer rückläufigen Bewegung sehr viel von einer Gegenrevolution an sich hatte. Die Herrschaft der griechisch-syrischen Könige mit ihrer brutalen Gewalt, die Unterstützung dieser Herrschaft durch skrupellose einheimische Opportunisten, die Auswirkungen dieser Verhältnisse im religiösen und politischen Leben standen vor den Menschen jener Zeit wie ein unüberwindliches, starkes und glänzendes Ungetüm. Sollten sie diesem Ungeheuer zu Füßen fallen, oder sollten sie in blindem Radikalismus sich vom Haß gegen dasselbe verzehren lassen? Der unbekannte Verfasser des Danielbuches wies einen andern Weg. Er ließ den Helden seines Buches, den jungen Daniel, Worte aussprechen, die das Wesen dieses Ungeheuers charakterisierten:

> «Du hattest ein Gesicht, o König, und schautest ein Standbild. Dieses Bild war überaus groß und sein Glanz außerordentlich; es stand vor dir, und sein Anblick war furchtbar. Das Haupt dieses Bildes war von gediegenem Golde, seine Brust und seine Arme von Silber, sein Bauch und seine Lenden von Erz, seine Schenkel von Eisen, seine Füße aber teils von Eisen, teils von Ton. Du schautest hin, bis ein Stein ohne Zutun von Menschenhand vom Berge losbrach, auf die eisernen und tönernen Füße des Bildes aufschlug und sie zermalmte. Da waren im Nu Eisen, Ton, Erz, Silber und Gold zermalmt und zerstoben, wie im Sommer die Spreu von den Tennen, und der Wind trug sie fort, so daß keine Spur mehr von ihnen zu finden war. Der Stein aber, der das Bild zerschlug, ward zu einem großen Berge und erfüllte die ganze Erde.» (Daniel 2, 31–35.)

Den Menschen jener Zeit, die bang wie wir fragten, wie sie in Wahrheit und mit Kraft dem Ungeheuer begegnen könnten, den Menschen, die wie wir ahnten, daß eine falsche Abwehr todbringend sei, verkündete ein Unbekannter, daß es von größter Wichtigkeit sei, mit welchen Augen das Ungeheuer angesehen wird.

Der Blick ist auch hier das Entscheidende. Wir müssen wohl alle

wieder lernen, die Wichtigkeit des Blickes zu erkennen. Es gibt ja schon in der privaten Sphäre des Lebens jene Möglichkeit, daß einem von Händen oder von Worten Schmerzen zugefügt werden, daß der Blick aber, der dahintersteht, die Schmerzen aufhebt oder heilt. Und es gibt auch das Umgekehrte, daß man wohltuende Hände und Taten erlebt, während der Blick, der dahintersteht, dieses Wohltun aufhebt oder Lügen straft. Sollte da nicht vor allem der Blick auf die Zeit, auf die Mächte und Ungeheuer der Zeit von entscheidender Bedeutung sein? Sollte es darum nicht vielmehr als auf die Worte der Menschen, ja manchmal auch mehr als auf ihre Taten, auf ihren Blick ankommen?

Daß Menschen, die sich auf dem breiten Wege dem Ungeheuer der Gegenrevolution anpassen, und andere Menschen, die auf den Pfaden Don Quichottes dem Ungeheuer in den Weg treten möchten, im Ergebnis ihrer Taten oft übereinstimmen, liegt wohl darin, daß wohl ihre Worte, Rüstungen und Taten verschieden sind, ihr Blick aber der gleiche. Denn beide sehen sie nur das Ungeheuer im Glanz seines Silbers und Goldes, in der Festigkeit seines Erzes und Eisens stehen.

Ganz anders ist der Blick, den der Visionär jener Erzählung hatte, ganz anders ist die Vision des Ungeheuers, die damit vor die vom Ungeheuer bedrohte Zeit gestellt wird. Ihr, die ihr geblendet seid vom Glanz und von der Macht des Ungetüms, schaut nicht auf den glänzenden Kopf, den strahlenden Leib, die starken Schenkel, seht doch auf die Füße, die hilflosen, schwachen Füße, das wacklige Fundament des Kolosses. Schaut auf diese Füße, und ihr werdet dann dem Ungeheuer ein wenig heiterer und gelöster, auch ein wenig tapferer und ein wenig hoffnungsvoller in seine hohlen Augen schauen. Der glänzende Koloß verträgt ja soviel. Er verträgt auch die Nadelstiche seiner grimmigen Kritiker, von denen diese selber zwar meinen, daß es Lanzenstiche seien. Er verträgt auch den grimmigen Haß, der am Gold seines Besitzes und am Eisen seiner Macht abprallt und wie ein flügellahmer Vogel zu Boden fällt. Nur eines verträgt das Ungeheuer nicht, weder das Ungetüm der syrisch-griechischen Herrschaft über Juda noch das Ungeheuer der Europa verwüstenden Gegenrevolution von heute: Es verträgt den lachenden Blick auf seine schwachen Füße nicht.

Und steht nicht auch heute der Koloß auf schwachen, wackligen Füßen? Sie zittern, wenn etwa – durch die koreanische Krise hervorgerufen – die durch die Gegenrevolution gleichgeschalteten Völker des Westens nach ihren eigensten Interessen zu fragen beginnen, wenn vor der blutigen Wirklichkeit die Schlagworte ihre Allgewalt verlieren. Die Füße des heutigen Kolosses zittern, wenn das Brot und das nackte Leben die Völker zur Besinnung nach ihrem eigensten Wesen treiben und der große Rausch, der Rausch gemischt aus Angst und Haß, vor der nüchternen Wirklichkeit des Brotes und des nackten Lebens zu verfliegen beginnt. Und auch der Koloß östlicher Gegenrevolution steht auf solch tönernen Füßen, und seine Füße zittern, wenn auch dort die natürlichen

Bedürfnisse der einzelnen Glieder des scheinbar so festgefügten Blockes den rein politischen Parolen widerstreben und die Fragen nach dem eigenen Weg unüberhörbar vor die Völker treten. Dann beginnt dieser wie jener Koloß in seiner zitternden Angst zu wüten. Der westliche Koloß schreit: Neutralismus, und der östliche: Titoismus. Und darum sind die Füße der Kolosse schwach, weil alles Gold und Silber, alles Erz und Eisen die Fragen nach dem eigenen Weg wohl eine Zeitlang zudecken, verschütten, niemals aber aus der Welt schaffen können. Und nun, ihr Ängstlichen und ihr Humorlos-Bitteren, schaut auf die Füße und lernet das Lachen.

Der Stein selber, der den Koloß zertrümmert, ist nach den Worten jenes Unbekannten von keines Menschen Hand geschleudert. Die letzte Überwindung solcher Ungeheuer übersteigt in jedem Falle menschliches Vermögen. Aber der Berg, von dem der Stein sich löst, steht da. Vielleicht ist der Stein schon im Fluge; er braucht wohl lange, um aus seiner Sphäre in die Sphäre der Menschen und der Ungeheuer zu kommen. Inmitten der Menschen und Völker, über denen der Koloß thront, soll und muß zunächst nur eines vorbereitet werden: die rechte Art, ihn anzuschauen. Wenn Augen da sind, die mit diesem gelösten Blick zu schauen vermögen, dann werden gewiß auch Augen da sein, die seinen Sturz schauen. Der freie Blick auf die tönernen Füße des Ungeheuers bedeutet, wenn er sich unter den Menschen ausbreitet, die Wende einer Zeit. Er könnte das Ende jenes unpersönlichen kalten Kollektivismus bedeuten, den die seherischen Gestalten am Anfang unseres Jahrhunderts, ein Nietzsche, ein Jakob Burckhardt, über die Zivilisation hereinbrechen sahen. Laßt uns vor allem wissen, daß der Koloß nicht Gott ist. Wo immer er als solcher angesehen wird, sei es von seinen kläglichen Gläubigen oder von seinen finsteren Hassern, da widerfährt ihm eine Würde, die ihm nicht gebührt. Da wird sein Leben verlängert.

Kann aber die Art, wie wir eine Erscheinung betrachten, am Lauf der Welt etwas ändern? Was heißt denn betrachten? Dies ist ja niemals nur eine Verstandesfunktion, es ist eine Haltung, es ist ein ganzes Stück Leben. Und als solches ist die Art der Betrachtung vom Glauben abhängig. Gott und sein Reich, das ist der Stein, an den zu glauben hier Menschen zugetraut wird. Dieser Glaube vermag die Heiterkeit vor dem Ungeheuer zu geben. Dieses rechte Lachen-Können ist die eine Seite des Glaubens. Die andere Seite ist das rechte Weinen-Können. Denn das Ungeheuer vermag trotz seinen lächerlichen Füßen Menschen zu vertilgen. Weil die Gegenrevolution die Welt zerstampft, werden täglich Menschen geopfert. So wie der Glaube uns im Hinblick auf das Ungeheuer selbst den getrosten fröhlichen Blick schenkt, so gibt er uns im Hinblick auf die vom Ungeheuer verwundeten und getöteten Menschen Ehrfurcht und Traurigkeit. Am rechten Orte heiter und am rechten Orte traurig sein können, das aber ist mehr als eine Betrachtung, ist eine Frucht des Glaubens, ist ein Stück von jener schweren Arbeit, welche die Welt

verändert. Wenn revolutionäre Ströme versiegt sind, vermag kein künstlicher Doktrinarismus sie ins Leben zu rufen. Der Glaube an den Gott aber, welcher auch das schier unüberwindliche Ungetüm nicht in Ewigkeit dauern läßt, dieser Glaube, der neue Fröhlichkeit und neue Traurigkeiten weckt, vermag ganz andere Ströme aufs neue fließen zu lassen. Revolutionen im alten Sinne werden es kaum sein. Für Europa jedenfalls scheint deren Zeit vorüber zu sein. In jedem Falle aber werden es geistige Ströme sein, und so sicher wie das Lebenselement des gegenrevolutionären Ungeheuers ein ungeistiges Element ist, so sicher ist das, was dieses Ungeheuer überwindet, eine geistige Kraft. Die Anpassung ist keine, die Furcht ist keine, der doktrinäre Haßt ist keine, die lieblose Kritik ist keine. Der Glaube aber, der die neuen Heiterkeiten und die neuen großen Traurigkeiten schenkt, ist eine, und zwar eine aus dem Geiste Gottes gewirkte und geschenkte geistige Kraft. *Bruno Balscheit.*

Die Begegnung

Ein Weihnachtsmärchen

Motto: «... let us beseech GOD to preserve us from the *arrogance of prosperity* and from *hazarding* the advantages we enjoy; for to merit His favors by *not abusing* them and finally to impart all His blessings to the whole family of mankind.»

Aufruf des Präsidenten George Washington, 1795.
Aus dem ersten Thanksgiving-Day.

I. Die Sättigung

Es war einmal ein Mann, der besaß viele Güter. Seine weiten Besitztümer waren fruchtbar und gesichert, da zwischen zwei schönen Seen gelegen. Unendlich viele fleißige Hände seiner Untergebenen brachten ständig reiche Bodenschätze heran, und die Leute folgten allem, was er sagte, aufs Wort, denn er gab ihnen, oder den meisten von ihnen, reichliches Essen und viele Bequemlichkeiten. Diese Vorteile bezahlten die Untergebenen gerne, ebenso die Vergnügungen, die ihnen gegen hohe Bezahlung und Abgabe ihres Lohnes geboten wurden, und auch dadurch wurde der Mann immer reicher und stolzer. Dabei war er von Natur gutherzig, aber er wollte, daß alle, die ärmer waren als er, genau so denken sollten wie er selbst.

So beherrschte Samuel (das war sein Name) infolge seines Reichtums und seiner großen Körperkraft und trotz seinen oft nur geringen Kenntnissen seine ganze Verwandtschaft. Dies war eine sehr große und weitverzweigte Familie, und deshalb bestand Samuel darauf, daß ein ständiger Familienrat auf seinem eigenen Grund und Boden zusammentrat

und viele Beratungen abhielt. Auf diese Weise wurden alle seine Unternehmungen von diesem Familienrat gutgeheißen, welchen er beherrschte. Manchmal zog er es vor, zweifelhaft scheinende Geschäfte unter dem Namen dieses Rates ausführen zu lassen, der dann, wenn etwas nicht nach Wunsch ausging, die Verantwortung *und* die Vorwürfe zu tragen hatte.

Aber meistens hatte er die Erfolge auf seiner Seite und glaubte, er sei überall ebenso geliebt und verehrt, wie ihm von denen eingeredet wurde, welche seine Hilfe gebrauchten. Er schrieb sein Gedeihen nur seinen Vorzügen zu, behauptete, daß Gott ihn deshalb belohne und ein persönliches Interesse an seinen Ländereien und deren Gedeihen nehme. Er wurde also übermütig, baute Türme, die bis an die Wolken reichten. Er lebte gut und wurde fett, und dabei verschwendeten er und seine Leute so vieles, daß manche seiner hungernden Nachbarn davon hätten ihr Leben fristen können.

Als er nicht mehr wußte, wohin mit all dem Überfluß, fing er an, Nachbarn von seinem Willen abhängig zu machen. Er wollte ihnen nicht nur seine guten Produkte, sondern auch seine Auffassungen aufzwingen, von denen er überzeugt war, daß sie unübertrefflich und in allem vorbildlich seien. Er redete zu seinen staunenden Zuhörern gerne von der Entwicklung und dem immer mehr fortschreitenden Fortschritt und daß man diesen – natürlich *zusammen* mit all den profitablen Produkten – den angrenzenden und auch den weiteren Nachbarn zugänglich machen müsse. Er nannte das seine *Mission*, die ihm gebiete, die andern nach seinem Muster umzuerziehen. Es störte ihn dabei nicht, daß er neben dem sogenannten Fortschritt eine ganze Menge veralteter Anschauungen und Lebensformen mit sich weiterschleppte, welche aus bereits versunkenen menschlichen Gesellschaften stammten.

II. Die Unternehmung

Am andern Ufer des sonnigen und friedlichen Sees wohnte ein Mann, der zwar viel weniger reich war, der aber noch umfangreichere Landgüter besaß. Dieser war ebenso herrschsüchtig wie unser Freund Samuel und glaubte ebenfalls, daß nur er immer recht habe. Auch er meinte, daß er bevorzugt und dazu ausersehen sei, eine besondere Mission zu vollbringen.

In vielem war Josephus (dies war sein Name) dadurch und deshalb stärker, weil er und alle seine Leute unter Entbehrungen immer mehr abgehärtet worden waren und nicht abhängig waren von dem Luxus und dem guten Leben. Auch seine Freunde und Nachbarn auf dieser Seite des Sees waren von der gleichen Einfachheit und einem unendlich geduldigen Fleiß. Sie hatten ihre Freude an den einfachen Dingen, die ihnen zugänglich waren.

Auf dieser, also ziemlich entfernten, andern Seite des Sees war einmal ein ziemlicher Streit entstanden zwischen zwei armen Pächtern. Als unser Samuel davon hörte, sagte er, das gehe natürlich nicht, daß diese Leute drüben ihren Streit alleine austragen und unter sich. Sie sind ja so nichtachtend zu mir, daß sie mich nicht einmal um *meinen* Rat ersucht haben, um dann nach *meinen* Richtlinien zu leben. Dann rief er mit laut verstärkter Stimme: «Also auf, ihr Boys, fahren wir hinüber und helfen dem einen, den andern zu verprügeln. Dann werden sie alle endlich Respekt vor uns bekommen und, nebenbei (oder hauptsächlich), dann werden wir mit diesen minderwertigen Leuten auch gute und mit der Zeit immer bessere Tauschgeschäfte machen können. Es ist das zwar wirklich eine recht zurückgebliebene Gesellschaft, was man schon daraus ersieht, daß sie ganz uralte und längst unmodern gewordene Bücher haben und unsere allermodernste Kulturhöhe eigentlich gar nicht verdienen. Aber: vielleicht haben sie schließlich doch manches, was auch wir gebrauchen können, und das werden wir uns dann mit vorteilhaften Tauschgeschäften schon holen.»

Vor allem wurden nun Samuels Untergebene mit allen möglichen Arten von Totschlagsinstrumenten ausgerüstet, um den andern ihre Überlegenheit und Vorzüge zu beweisen; und als Anführer wurde ihnen ein besonders kräftiger und verdienter Centurio gegeben; dieser hatte sich schon in vorhergegangenen Schlächtereien, die man damals Schlachten oder Schlachtfeste nannte, ausgezeichnet, er war geradezu eine Art Schlagetot, wie es der Riese Goliath gewesen sein mochte. Denn er ließ ebenso dröhnende Reden vernehmen, um die «Feinde» einzuschüchtern und seine Untergebenen zur größten Wildheit anzustacheln. Das war nötig, denn eigentlich waren es zu Hause ganz gutmütige und brave Leute gewesen. Nun aber wurde ihnen aufgetragen, die «Feinde» massenhaft zu töten, auch die Dörfer und Städte nicht zu schonen, in welchen vielleicht sich Feinde befanden.

So segelten sie denn in Mengen hinüber über den See, aßen gut und waren fröhlich. Denn zuerst ging alles nach Wunsch, und man mußte Respekt haben vor ihrer Körperkraft und ihrem Reichtum. Für jeden von ihnen, der getötet wurde, töteten sie ungefähr zehn der Feinde und freuten sich. Sie wendeten alle damals gebräuchlichen fortschrittlichen Künste an, um auf ganzen Flächen des Landes von oben her alles zu töten, zu zerstören und zu vernichten, was darunter war. Vom Himmel herab war das fast gefahrlos. Die Häuser und die Weinstöcke wurden zerstört ebenso wie die «Feinde» und die nicht geflüchteten Frauen und Kinder, deren Hütten verbrannten. Die Siegesmeldungen wurden im ganzen Bereich Samuels *mit Freude* aufgenommen, und sein Ansehen war wenn möglich noch gestiegen, ebenso wie das des kräftigen Centurios, der versprach, zum Fest der Wintergottheit siegreich wieder zu Hause zu sein.

III. Die Wendung

Aber dann kam eine große Überraschung. Eigentlich war es gar keine Überraschung, weil es von den einen immer gedroht worden war und von den andern immer befürchtet worden war:

Aus den dichten Urwäldern, welche an das Gebiet der Streitenden angrenzten, kamen ganze Mengen verwandter Bewohner herausgeströmt. Sie hatten eine Zeitlang den Eindringlingen zugesehen, sich in den Wäldern versammelt und waren in *dunklen* Nächten heranmarschiert. Das wurde ihnen als eine besonders heimtückische Handlungsweise von den Leuten Samuels sehr verübelt, und besonders der starke Mann, ihr Führer zum und zu den Schlachten, schimpfte furchtbar darüber und wohl mit Recht.

Seine Untergebenen, die das Schwert führten, wie er es ihnen als ihre «Obrigkeit» befohlen hatte, waren auch sehr böse auf eine solche Einmischung, denn sie vor allem hatten soeben nach Hause gehen wollen zu dem gewohnten guten Leben. Statt dessen sollten sie nun schmerzhafte Schläge ertragen, nach allem Aufwand von Strapazen und Mühe und Geld, das für diese nun nutzlose und erträgnislose Unternehmung geopfert worden war. Auch sie schimpften gegen die neue «Einmischung», wie sie es nannten, aber ebensosehr gegen ihre Schwert-Obrigkeit. Und zu Hause die vorher so zufriedenen Leute, denen es nie verboten worden war, zu schimpfen (denn das berührte Samuel und seine Räte sehr wenig und machte die Leute *frei*; wenigstens fühlten sie sich dann frei), also auch diese guten, fleißigen Leute schimpften. Und zwar auf alles. Auf ihre Obrigkeit mit dem Schwert, auf die bösen «Feinde», die sogar die eingedrungenen Feinde töteten, und besonders auf den großen Familienrat, der nun die ganze Verantwortung zu tragen hatte, weil er Samuels Drängen nachgegeben hatte. Es war eine große Verwirrung und Enttäuschung, und die verschiedensten weisen und weniger weisen Meinungen schwirrten durcheinander.

Dabei suchten sich diese guten, irregeführten Menschen ihre Angstgefühle auszureden, sie suchten sich mit Vergnügungen darüber zu betäuben, daß sie vielleicht bald einmal selbst ihre behaglichen Häuser auf einer kopflosen Flucht vor «Feinden» verlassen und fliehen müßten wie ihre armen Menschenbrüder auf der andern Seite des Sees ihre Hütten. Diese Angst trieb sie zum Festefeiern, zu den großen sportlichen Kampfspielen, zu den täglichen Darbietungen zum Schauen und Hören, wo ihnen als Ablenkung von dem, was wirklich vorging, vergnügter Unsinn dargeboten wurde als Speise, die nicht sättigt. Sie alle wollten ja nur leben, wie es von jeher die armen und die reichen Menschen wollten, besonders wenn sie für Phantome Ehrgeiziger und für die Vorteile Selbstsüchtiger in den Tod gehen sollten – immer angeblich zum Besten der kommenden Generationen. Auch diese kamen und gingen und mußten arbeiten und opfern und sterben mit bitterer Einlösung von Wechseln auf bessere

künftige Geschlechter, Zahlungsversprechungen, die aber *noch niemals* eingelöst wurden.

Der alte Moloch der heidnischen Ammoniter und Karthager, der menschenfressende eiserne Götze, der von schlauen Priestern angeheizt wurde und jährlich einige Kinder fraß – was war er doch für ein harmloses Spielzeug im Vergleich zu den Molochkolossen der Gegenwart. «. . . ihr Ringen, ihr Drohen und Bedrohtsein, ihr Aufstieg und Stürzen ist ein furchtbarer, menschenverschlingender Wahnsinn . . .»

Unser Samuel tobte vor Wut, denn es war das erste Mal, daß eine seiner Unternehmungen Mißerfolg hatte. Nicht nur, daß es diese so gering geschätzten Leute drüben waren, die ihm diesen Schlag versetzt hatten. Nicht nur, daß nun die ganzen Leute, die Verwandten und Freunde dieser Familien drüben zu bitteren Feinden gemacht worden waren, die alle die künftigen guten Tauschgeschäfte ablehnen würden. Nein, das Schlimmste war wieder nicht dieses Reale, sondern das *Phantom* des Ehrgeizes: daß er sich zum Zweck gütlicher Unterhandlungen mit dem Medizinmann dieses Stammes als Gleichberechtigter an einen Tisch setzen mußte, um ziemlich annehmbare Friedensbedingungen auszuhandeln und seine wertvollen Leute, soweit sie drüben noch Gefangene waren, freizubekommen. Es war das erste Mal, daß seine vielen Reichtümer abgelehnt und als nicht benötigt bezeichnet wurden. In seiner engeren Familie mehrten sich die Vorwürfe, und in dem großen Familienrat herrschten Angst und Verwirrung.

Überall wurden die schlechtesten Dinge und Absichten von dem «Feinde» behauptet und verbreitet, und drüben, auf dessen Seite, wie man hörte, war es nicht viel anders – alles war in gegenseitiger Furcht und Ängstlichkeit. Man hörte aber überall nur die klugen und so schlauen «Realisten» reden, die zwar jede kleine und große «Realität» sahen, welche vor ihrer Nase lag und auf die sie mit ihr stießen. Diese praktischen Leute sahen als «reale» Fragen meist nur den Profit und Mammon an, und *sie* gewannen in dem allgemeinen Durcheinander und der krisenhaften Erschütterung nur immer an Geld, an Macht und an Einfluß.

Aber sie alle sahen nicht und wollten nicht sehen die wirklichen, großen Realitäten. Wenn einzelne aufrechte Leute von diesen redeten, wurden sie nur belächelt oder beschimpft als Verräter, und man spottete über ihre «Ideale» und «Phantome». Dies sollte sich aber bald rächen, weil ihr Gott nicht mit sich spotten ließ und sich nicht mit Heucheleien betrügen ließ.

Auf jeden Fall waren es nur wenige von Samuels Leuten, die keine Furcht kannten. Einer meinte: «. . . als unsere Väter, deren Geburtstage wir noch mit guten Mahlzeiten feiern, dieses Land bebauten, waren wir eine bescheidene und mutige Familie. Aber jetzt schauen wir jeden Abend zitternd unter die Betten, ob kein ‚Feind' darunter versteckt ist.» Aber er, und wer immer ihm zustimmte, wurde als «Verräter» bezeichnet,

denn es war nicht einträglich und auch nicht bequem, auf sie zu hören; so wurde er von der Menge gesteinigt, denn die täglichen Sturzfluten von sich widersprechenden Ungereimtheiten erschienen den Leuten bekömmlicher. So suchten sie «Sicherheit» auf falschen Wegen.

Es galt sogar als unanständig unter den Leuten Samuels, daran zu erinnern, daß ganz kurz vorher der mächtige Mann, den sie erwählt hatten, um für sie zu wachen, ein Wahnsinniger gewesen war. Dieser war es gewesen, der mit seinen drohenden Reden alle, auch die entfernteren Nachbarn, ständig geärgert und gereizt hatte. Dann wurde er endlich eingesperrt und stürzte sich aus Angst selbst zu Tode, mit dem Rufe: «Der Feind kommt!»

Aber dort auf der andern Seite hatte sich nicht das geringste gerührt, es war der Wahn eines Kranken gewesen . . .

IV. Die Begegnung

Aber dort drüben, wo einige Flüsse in Tälern dem großen See zuströmten, wo leere Gebirge von Schneestürmen gepeitscht wurden, die das Holz der armen Wälder zerbrachen, lagen sich die schwer bewaffneten «Feinde» fast erfroren gegenüber. Die Leute Samuels in geringerer Zahl, aber gut mit allem Luxus ausgerüstet, die andern in erdrückender Mehrzahl und an alle Entbehrungen gewohnt. Sie hatten gegenseitig Angst und waren *deshalb* tapfer, um nicht getötet zu werden. So lagen sie zeitweise, um sich zu beobachten.

Da kam den Talweg herauf etwas ganz Erstaunliches, lange nicht Gesehenes: ein ruhig auf dem Saumpfad im Schnee dahinwandelnder Mann, der aber keinerlei Waffen trug und dessen langes, wallendes Kleid auch keine solchen zu verbergen schien. Sein stiller, wie nach innen schauender Blick schien nicht einmal die Gefahr der drohenden Waffen rechts und links zu beachten. Und als er ganz nahe und zwischen den Reihen der Soldaten war, sagte er nur ganz einfach und mit klingender Stimme:

«Salem, Friede sei mit euch!»

Das verwunderte alle sehr, und es kamen eine Anzahl Krieger von der einen Seite und eine Anzahl von der andern Seite herab und zu ihm hin, denn sie alle hatten Furcht vor Spionen. Auf solche zu achten, war ihnen immer ganz besonders eingeredet worden. Und sie fragten ihn nach seinem Namen und nach seinen Papieren. (Gegenseitig beachteten sie sich aber gar nicht mehr.)

Er aber fragte nur: *«Kennt ihr mich nicht?»*

Da schüttelten alle den Kopf und sagten: «Nein, wir kennen dich nicht. Aber du bist sicher ein gefährlicher Verbrecher und *Umstürzler*, und man sollte dich töten. Also, wer bist du?»

Da lächelte der Mann, unendlich fein und wie in ganz fernen Erinnerungen. Und dann sagte er mit seiner sanften klingenden Stimme,

die jeden einzelnen der rauhen Männer merkwürdigerweise an seine Kindheit und an die Stimme seiner Mutter erinnerte (wo immer dies auch gewesen sein mochte):

«Ich glaube es wohl, und ich sehe es wohl, liebe Freunde, daß ihr mich *nicht* kennt. Denn:
Ich bin die Liebe, die ihr aus euren Herzen gerissen habt.
Ich bin der Verkünder der Wahrheit, die ihr nicht erkennen und nicht sehen wollet.
Ich bin der Weinstock, den ihr zerstört habt, und
Ich bin das Kind, das ihr so vielmals hier in diesem Land und überall gemordet habt.
Ich bin der gleiche wie euer «Feind», den ihr lieben sollt wie euch selbst, denn
Ich bin der, welcher seinem eigenen Verteidiger gebot: Stecke das Schwert weg an seinen Ort. Denn alle, die zum Schwert greifen, werden durch das Schwert umkommen.»

So sprach er zu den armen Soldaten, welche von schlauen Kräften aus dem Hintergrund aufeinander gehetzt worden waren wie Bluthunde, und die nun mit erhobenen Händen (denn ihre Waffen hatten sie schon stille auf die Erde gelegt) fragten: «Aber was sollen wir denn tun? Sage es uns, denn wir glauben dir und der *neuen Botschaft*, die du uns da bringst und verkündest.»

Er aber antwortete: «Wem ihr euch als Knechte hingebt, dessen Knechte seid ihr. Entweder als Knechte der Sünde zum Tode oder als Knechte des Gehorsams zur *Gerechtigkeit*.»

Da sprachen die einen zu ihm: «Wir haben uns bisher *nicht* als Knechte angesehen, denn wir haben doch die Freiheit, wenigstens der Rede und der Personen, wenn auch wohl manches ungerecht sein mag; das ist eben nun einmal so, und wie soll deine erwähnte Gerechtigkeit kommen?»

Und die von der andern Seite sagten zu ihm: «Wir haben uns bisher *immer* als Knechte des Gehorsams angesehen, und unser großer Freund und Aufseher Josephus sagt es uns auch immer, daß wir die Gerechtigkeit haben, wenn auch wohl manches unfrei sein mag. Aber das ist eben nun einmal so.»

Da lächelte der Fremde, Unbekannte, denn er hatte ihnen seinen Namen nicht genannt, und ohne den Namen war er ihnen unbekannt; und er sprach:

«Ihr Freunde und Brüder, man muß *Gott* mehr gehorchen als den Menschen. Und nun, setzet euch zusammen und teilet gemeinsam euer Brot und trinket gemeinsam euren Wein im Frieden Gottes. Nie mehr sollet ihr euch gegenseitig Teufel sein und nicht arme Verblendete, die sich gegenseitig mit vergifteten Teufelswaffen morden. Seiet einander Brüder, ein jeder sage vom andern «ecce

homo». Und bescheidet euch, ein jeder innerhalb der Grenzen, in die mein Vater euch gestellt hat; dann werde ich euch wiedersehen, und ihr werdet mich kennen. Denn die rechte und gerechte Ordnung Gottes ist der Friede.

Dann werdet ihr in Gerechtigkeit *und* Freiheit leben.

Dann werdet ihr nach der Wahrheit dürsten, und sie wird euch aufgeschlossen werden.

Dann werdet ihr nicht Kinder zeugen für frühen Tod, denn ihr werdet den Frieden zu eurer Obrigkeit machen und die Gerechtigkeit zu eurer Regierung.

Dann werdet ihr nicht mehr mit eurem Blute wieder gutzumachen haben, was andere verschuldet haben, denn *ich* tat das für euch alle.

Dann müßt ihr nicht mehr voreinander Angst und Mißtrauen haben und wie die Kinder im Dunkeln aus Angst Lärm machen und gegen ihre Phantome jeden zu Hilfe rufen.

Dann braucht ihr alle euch nicht mehr zu beklagen über «Prestigeverlust», denn ihr werdet alle eure Schlachtenlenker mit ihrem Prestige unschädlich gemacht haben, und sie werden das Reisfeld und den Weinberg umgraben.

Dann müßt ihr nicht mehr die Pfennige von Schulkindern sammeln für verstümmelte Krieger und nicht mehr täglich ungeheure Reichtümer der Länder verschleudern für Vernichtung.

Dann müssen nicht mehr eure Heere in der «feindlichen» Hauptstadt inmitten rauchender Ruinen und zerfetzter Einwohner Gott für den sogenannten «Sieg» danken und unter dem Befehl des Schlachtenlenkers das Unser Vater beten, dem solches ein Greuel ist.

Dann werdet ihr auch nicht mehr in andern Ländern die Armen abschlachten und nicht mehr in euren eigenen Ländern nur die Armen schwer arbeiten und schöne Häuser bauen lassen, in denen sie selbst nie wohnen dürfen, sondern was ihre Hände erarbeiten, das sollen sie auch verzehren dürfen.

So lebet nach dem Willen dessen, der mich zu euch gesandt hat, denn mit welchem Maße ihr messet, werdet auch ihr gemessen werden.» Und dann, mit einem Blick voller Trauer, verschwand der *Unbekannte*.

Da zerbrachen sie alle die boshaften Zerstörungswerkzeuge, denn sie waren gegen ihre schlauen Tyrannen *sehend* geworden. Ein jeder ging an seine friedliche Arbeit und um das Zerstörte wieder aufzubauen und die Wunden zu heilen.

So lebten sie endlich in Frieden, der seltsamen Begegnung gedenkend. Und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heute. (Denn – es ist ein *Märchen!*) *Simplicius.*

Freud und Marx als Moralphilosophen

Sigmund *Freud* und Karl *Marx* sind die beiden Philosophen, die das Denken des 20. Jahrhunderts am stärksten revolutioniert haben. Außer der Psychoanalyse und dem Marxismus gibt es keine Lehre, die so häufig diskutiert worden wäre, die so sehr umstritten ist und trotzdem ihre aufwühlende und unterwühlende Wirkung auf immer breitere Kreise ausübt. Der Marxismus beherrscht heute das Denken fast der ganzen östlichen Welthälfte, und die Psychoanalyse hat Amerika erobert. Angesichts dieser geographischen Verteilung der beiden Lehren könnte man denken, daß diese sich ebenso gegensätzlich zueinander verhalten wie die Politik von Ost und West, wie Kommunismus und Kapitalismus. Forschen wir aber nach den Quellen, studieren wir namentlich die Werke Freuds, so kommen wir zur Erkenntnis, daß nicht die Meister, sondern ihre Schüler dazu beigetragen haben, daß Marxisten und Psychoanalytiker sich heute meistens verständnislos oder gar feindlich gegenüberstehen. Es liegt nicht an Freud, wenn es heute in Amerika Fabriken gibt, die Psychoanalytiker anstellen, um alle jene Arbeiter untersuchen zu lassen, die zum Marxismus neigen. Es ist nicht Freud, sondern es sind seine amerikanischen Schüler, welche die revolutionäre Politik als Ausdruck eines neurotischen Vaterkomplexes deuten.

Im Ansatz und auf einer weiten Strecke des geistigen Weges sind sich Marx und Freud nahe verwandt. Beiden ist vor allem der Naturalismus des 19. Jahrhunderts gemein, beide sind Atheisten! Nur läßt sich bei Marx ein stärkerer Affekt gegen die Religion feststellen als bei Freud. Während dieser das religiöse Gefühl mit Vorsicht analysiert und über seine letzten Quellen nichts auszusagen wagt, leugnet der dialektische Materialismus der Marxisten ein metaphysisches Wesen oft mit geradezu dogmatischer Entschiedenheit. Man kann die Verschiedenheit des antireligiösen Affektes bei Marx und Freud unschwer aus der historischen Lage erklären, in der sich die beiden Gelehrten befanden. Marx fühlte sich beengt und umstrickt von den üppig wuchernden Systemen des deutschen Idealismus, von den philosophischen Konstruktionen eines Fichte, Schelling und Hegel, dem er noch zu Füßen saß. Er lebte ferner unter dem Druck einer Staatsautorität, welche einen orthodoxen Protestantismus in den Dienst einer reaktionären Politik stellte, so daß wir die Empörung von Marx gegen die Religion verstehen können. Freud schrieb sein religionsphilosophisches Werk «Die Zukunft einer Illusion» erst in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in einer Zeit also, in der der Gedanke der Toleranz, das Recht auf Meinungs- und Glaubensfreiheit schon viel weiter gediehen waren. Daher die größere Abgeklärtheit und Zurückhaltung in der metaphysischen Frage bei Freud. Dieser konnte sich sogar mit seinem theologischen Freund und Schüler, Pfarrer Oskar Pfister in Zürich, dahin einigen, daß die Psychoanalyse

nur imstande sei, die Religion des «gemeinen Mannes» naturalistisch zu erklären, aber die letzten Fragen offen lassen müsse. So faßte Freud in seinem kulturphilosophischen Werk «Das Unbehagen in der Kultur» seine Einstellung in der religiösen Frage folgendermaßen zusammen:

«In meiner Schrift ‚Die Zukunft einer Illusion' handelte es sich weit weniger um die tiefsten Quellen des religiösen Gefühls als vielmehr um das, was der gemeine Mann unter seiner Religion versteht, um das System von Lehren und Verheißungen, das ihm einerseits die Rätsel dieser Welt mit beneidenswerter Vollständigkeit aufklärt, anderseits ihm zusichert, daß eine sorgsame Vorsehung über sein Leben wachen und etwaige Versagungen in einer jenseitigen Existenz gutmachen wird. Diese Vorsehung kann der gemeine Mann sich nicht anders als in Person eines großartig erhöhten Vaters vorstellen. Nur ein solcher kann die Bedürfnisse des Menschenkindes kennen, durch seine Bitten erweicht, durch die Zeichen seiner Reue beschwichtigt werden.»

(«Das Unbehagen in der Kultur», Wien 1930, Seite 20.)

Dieses religiöse Gefühl des gemeinen Mannes führt Freud wie Marx auf die kindliche Hilflosigkeit unaufgeklärter Menschen zurück:

«Für die religiösen Bedürfnisse scheint mir die Ableitung von der infantilen Hilflosigkeit und der durch sie geweckten Vatersehnsucht unabweisbar, zumal da sich dieses Gefühl nicht einfach aus dem kindlichen Leben fortsetzt, sondern durch die Angst vor der Übermacht des Schicksals dauernd erhalten wird. Ein ähnlich starkes Bedürfnis aus der Kindheit wie das nach dem Vaterschutz wüßte ich nicht anzugeben ... Bis zum Gefühl der kindlichen Hilflosigkeit kann man den Ursprung der religiösen Einstellung in klaren Umrissen verfolgen. Es mag noch anderes dahinter stecken, aber das verhüllt einstweilen der Nebel.» (Seite 18.)

Dank der weisen Bescheidung Freuds war es möglich, daß sein theologischer Freund und Schüler ihm weitgehend beistimmen konnte. Oskar Pfister hat in seinem großen Werk «Das Christentum und die Angst» die ganze Kirchengeschichte von Paulus bis Karl Barth als eine einzige Krankengeschichte dargestellt. Nur Jesus ist seiner Ansicht nach von neurotischen Zügen frei. Aber trotzdem versucht Pfister, auch die Bergpredigt aus der Persönlichkeit Christi, aus ihrer Liebe und Weisheit, also ebenfalls naturalistisch, zu deuten. Er ist aber so kritisch, daß er Psychologie nicht mit Ontologie verwechselt und sich hütet, das metaphysische Problem psychologisch zu lösen. Wir sind überzeugt, und unsere Gespräche mit marxistischen Denkern in Berlin und Wien, Paris und Zürich haben uns darin bestärkt, daß auch immer mehr Marxisten die metaphysische Frage nicht mehr dogmatisch entscheiden wollen, sondern wie Freud zugeben werden: «Es mag noch anderes dahinter stecken, aber das verhüllt einstweilen der Nebel.»

Freud und Marx sind sich aber nicht nur in der Religionsphilosophie, sondern auch in der Geschichtsphilosophie verwandt. Auch Freud war ein historischer Materialist. Und zwar war er wie Marx ein Dialektiker, also ebenfalls ein dialektischer Materialist. Beide Philosophen führten den geschichtlichen Prozeß auf biologische und soziologische Momente zurück und deuteten die Kultur als Überbau über eine materielle Gegensätzlichkeit. Für Freud bestand aber diese Dialektik vor allem in der

Auseinandersetzung zwischen Selbsterhaltungs- und Geschlechtstrieb. Er zeigte, daß der Mensch seine geschlechtlichen Bedürfnisse seit Urzeiten immer wieder einschränken muß, weil er sonst seine Existenz gefährden würde. In «Totem und Tabu» legte Freud dar, daß schon die Urhorde Sexualverzicht leisten mußte, weil der Urvater, der das menschliche Recht auf die Weiber besaß, sonst seinen Söhnen nach dem Leben getrachtet hätte. Später trat an Stelle der väterlichen Gewalt das Tabu und zwang ebenfalls zur Triebverdrängung. Und heute ist es die Rücksicht auf Ansehen und Geschäft, auf Sitte und Kirche, was die Menschen davon abhält, sich sexuell auszuleben. Es ist daher nach Freud vor allem der Selbsterhaltungstrieb einer Familie, einer Klasse, einer Nation, der den Geschlechtstrieb in enge Bahnen zwingt. Aber gerade aus dieser Dialektik erklärt sich Freud die Kultur, denn er behauptet, daß die verdrängten vitalen Energien sich in geistige Kräfte sublimieren. Ohne Triebeinschränkung würden nach Freud die Menschen nicht mehr künstlerisch gestalten, nicht mehr philosophieren und auch keine religiösen Symbole mehr entwickeln. Die Ideologie, mit welchem Wort Marx die kulturellen Leistungen zusammenfaßte, erwächst also auch nach Freud wie ein Überbau aus einer biologisch-soziologischen Dialektik. Nur legte er dabei das Hauptgewicht auf die Gegensätzlichkeit von Sexualität und Ich-Triebe (wie er den Selbsterhaltungstrieb nannte), während Marx nun vor allem auf die Gegensätzlichkeit aufmerksam wurde, die zwischen dem Ich-Trieb einer ausbeutenden Klasse und dem Ich-Trieb einer ausgebeuteten Klasse besteht. Nach Marx ist es der Klassenkampf, der die Geschichte vorwärts bewegt. Und die Ideologie ist ein Überbau, der sich über die Dialektik zwischen zwei Ich-Trieben erhebt. Trotzdem müssen beide Lehren als dialektischer Materialismus bezeichnet werden, denn für beide stehen vitale Triebe am Anfang jeder Entwicklung. Der Klassenkampf beruht auf dem Willen zum Leben, zur Entfaltung und Erhaltung des Einzelnen und der Klasse, der dieser angehört. Und die Dialektik zwischen Sexualität und Ich-Trieb ist ebenfalls eine vitale, eine biologische und ökonomische Auseinandersetzung.

Sowohl für Marx als auch für Freud besteht das «Sein vor dem Bewußtsein». Es wird damit die Behauptung ausgesprochen, daß nicht nur das Klassenbewußtsein, sondern überhaupt jedes menschliche Bewußtsein auf materieller Grundlage ruht. Nicht göttliche Ideen, sondern vitale Notwendigkeiten bewegen die Geschichte und gestalten das Fühlen, Denken und Wollen der Menschen. Der Marxismus will alle seelischen Erscheinungen biologisch und soziologisch erklären. Derselben Methode bedient sich auch Freud. Wenn er aber die Kindheitserlebnisse und das Geschlechtsleben stärker beachtete als die ökonomischen Verhältnisse der verschiedenen Klassen, war nicht die Methode schuld, sondern das Beobachtungsfeld. Freud und Marx unterscheiden sich nicht durch die Methode, sondern durch die Ergebnisse. Freud hat die Ideologie und Charakterologie der Individuen, Klassen und Rassen vor allem auf die Dia-

lektik von Sexual- und Ich-Trieb zurückgeführt, während sie für Marx vorwiegend aus den Bedürfnissen des Klassenkampfes hervorgehen.

Aber auch Marx hat sich der Einsicht nicht verschlossen, daß namentlich die Religion auch individuellen Nöten entspringt. Kindliche Hilflosigkeit gegenüber der Natur findet sich in der frühen Geschichte in jeder Klasse. Und auch innerhalb der gleichen Schicht werden nicht alle Charakterzüge und Ideen in gleicher Weise geprägt. Es gibt in jeder Klasse die verschiedensten seelischen Typen und geistigen Anschauungen. Aber der historische Materialismus, also die marxistische Geschichtsphilosophie, kann nachweisen, daß das Schicksal einer Klasse letztlich doch nicht von diesen verschiedenen Konstitutionen abhängig ist, sondern durch ökonomische Verhältnisse zu erklären ist, wobei aber der Marxismus einräumt, daß eine Charakterologie und Ideologie, die einmal aus einer materiellen Dialektik hervorgegangen sind, unverhältnismäßig beharrlich sein können, so daß sie sich *gegen* die inzwischen veränderten Interessen der betreffenden Klasse auswirken. So kann zum Beispiel das Versagen der marxistischen Kräfte nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland nicht auf das Fehlen einer revolutionären Situation zurückgeführt werden, sondern muß aus der unterwürfigen Ideologie erklärt werden, zu welcher die Deutschen schon vor Luther erzogen worden sind. Der marxistische Historiker Franz Mehring hat gesagt, daß die feudale Ideologie des Mittelalters zu einer Art «Instinkt» geworden sei, so daß weder Luther noch die liberalen Revolutionäre im 19. Jahrhundert in Deutschland imstande waren, das Fürstenjoch abzuwerfen. In England und Frankreich ist dies sowohl den religiösen als auch den politischen Kräften schon im 17. und 18. Jahrhundert immer wieder mehr oder weniger gelungen. Der historische Materialismus bringt diese Erfolge mit der älteren und größeren Städtekultur zusammen, die von den Seefahrernationen dank ihrem Handel und Wandel hervorgebracht worden war.

Trotzdem hat Marx historisch immer wieder auf den ökonomischen Unterbau einer Ideologie und Charakterologie hinweisen können. Ein religiöses Dogma verliert seine Massenwirkung, wenn es vom Spießbürger zu große Opfer an Geld und Gut verlangt. Die Masse wendet sich von Dichtern und Sehern ab, wenn diese ihr zu ernsthaft ins Gewissen reden. Das Volk folgt auf die Dauer nur solchen Parolen, die ihm einen materiellen Vorteil versprechen oder die seine materiellen Sorgen betäuben (Religion als Opium für das Volk).

Warum hat Freud die ökonomischen Ursachen der Charakter- und Kulturentwicklung zuwenig beachtet und die sexuelle Dialektik in ihrer geschichtlichen Wirkung überschätzt, während Marx auf die gewaltige politische *und* kulturelle Bedeutung der Klassenkämpfe aufmerksam wurde?

Die Erklärung kann am besten mit Hilfe gerade des historischen Materialismus gegeben werden und soll uns daher nicht nur die Denk-

weise von Freud, sondern auch die marxistische Geschichtsphilosophie näherbringen: Freud und Marx sind zu verschiedenen Ergebnissen gekommen, weil sie nicht mit den gleichen Klassen in Berührung gestanden sind. Obwohl Marx nicht aus dem Proletariat stammte, lernte er doch im Laufe seines Lebens vor allem die Nöte dieser Klasse kennen. Er war Zeuge der wachsenden Zahl, aber auch der wachsenden Not der Lohnarbeiter und kam daher zur Erkenntnis, daß die Entwicklung der technischen Produktivkräfte immer wieder neue Klassen hervorbringt, denen aber der Weg zur vollen Teilnahme am Sozialprodukt von der älteren Klasse versperrt wird, so daß die neue Klasse nur durch Kampf zu ihrem Rechte kommt. Marx hat erkannt, daß nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Bürger in erster Linie aus ökonomischen Gründen Politik treiben, daß also die Revolutionen des Liberalismus genau so im Dienste von Klasseninteressen standen wie die Kriege der Bauern und die Revolten der Arbeiter. Wenn das Bürgertum in seiner historischen Stunde nach Gewerbe- und Gedankenfreiheit, nach Gleichberechtigung aller Männer vor dem Richter und im Wahlkampf rief, so ließ es sich von der Hoffnung leiten, daß es in der Freiheit seinen Wohlstand mehren kann. Denn nicht nur die Abschaffung der Zunftschranken, sondern auch die Herrschaft der Mehrheit schufen dem tüchtigen Unternehmer und Handwerker beim damaligen Stand der Technik freie Bahn. Heute, im 20. Jahrhundert, verlangt die Technik eine so große Zahl von Arbeitern, daß deren Parteien im Wahlkampf bessere Aussichten haben. Wenn sich das Bürgertum gegen einen Arbeitersieg sichern will, bleibt ihm meistens nur noch die faschistische Gewaltlösung: die Diktatur des Mittelstandes und der Oberschicht!

Marx hat ferner erkannt, daß nicht nur das Gesetz, sondern auch die Sitte, der Glaube und die Kunst im Dienst einer Klasse stehen, indem sowohl die Vertreter der aristokratischen Ordnung als auch die Demokraten sich auf die göttlichen Gebote berufen und ihren Künstlern den Auftrag geben, Bildwerke und Dramen zur Idealisierung der herrschenden Klasse zu schaffen. Man denke an die Fürstenporträte und Heldengeschichten des Barocks sowie an die idyllische Kunst des bürgerlichen Realismus.

Marx empfing die Eingebung zu seiner Geschichtsauffassung also durch die Berührung mit dem Proletariat. Freud aber lernte in seiner ärztlichen Sprechstunde vor allem den bürgerlichen Menschen kennen. Dieser hat ganz andere Sorgen als der Proletarier. Während der Arbeiter fragt: Habe ich morgen noch Brot? – lautet die bange Frage des Unternehmers, Handwerkers und Bauern: Habe ich morgen noch Kredit? Und zwar geht es ihm um Kredit im doppelten Sinne des Wortes. Er muß einmal Bankkredit haben, um weiter wirtschaften und aufbauen zu können. Er braucht aber auch moralischen Kredit. Nur wenn sein Haus einen guten Ruf hat, kann er auf Kunden und gute Mitarbeiter zählen. Dieses Ansehen gewinnt nun aber der Bürger nicht nur durch berufliche

Tüchtigkeit, sondern auch durch einen tugendhaften Wandel. Im vergangenen Jahrhundert lebten die meisten Kaufleute und Handwerker in Kleinstädten und waren Kleinbürger. In der Kleinstadt lernen sich aber die Menschen sehr genau kennen, so daß sich die Erfahrungsregel ergibt, daß ein Mensch, der in sittlicher Hinsicht ausschweift, auch im Beruf schneller versagt. Dort, wo die Familie eine Arbeitsgemeinschaft darstellt, wie beim Bauern und Kleingewerbetreibenden, wirkt sich der häusliche Unfriede unmittelbar auf die Produktivität der gemeinsamen Wirtschaft, beziehungsweise Firma, aus. Aber auch dort, wo die Frauen und Kinder nicht mitarbeiten, kann die Arbeitskraft und Zuverlässigkeit des Ernährers leiden, wenn er mit den Seinen in Streit lebt. Zwietracht aber entsteht um so eher, je mehr der Familienvorstand Wein, Weib und Gesang über Gebühr schätzt. Die kleinbürgerliche Welt stellt daher den Satz auf: Unsittlichkeit lohnt sich nicht. Und weil in der Kleinstadt alle aufeinander angewiesen sind, sei es durch Schwägerschaft, Kundschaft oder Teilhaberschaft, wacht jeder über den sittlichen Wandel des andern. Am meisten tun sich die Klatschbasen hervor, wobei außer der erwähnten Selbstsucht auch Rache und Neid eine Rolle spielen. Man neidet sich den Wohlstand, aber auch die ausschweifenden Genüsse, so daß das Verdammungsurteil über einen ehebrecherischen Bürger aus doppeltem Neid erwächst. Aber auch der Nachrichtendienst der Banken und Kaufleute beobachtet die Seitensprünge und -wege der Kunden und Teilhaber aufs gründlichste.

Wenn eine solche Bürgerschaft die strengen Grundsätze der Bibel zwar nicht befolgt, aber als Maßstab ihrer Handlungen anerkennt, so liegt nach dem Gesagten nicht nur Gottesfurcht, sondern auch die Rücksicht auf Familie, Firma und Klasse der Sittlichkeit zugrunde.

Wenn im Großbürgertum die Anschauungen auch freier werden, weil Dividenden auch an Lebemänner entrichtet werden, so lebt doch auch in diesen Familien noch eine Erinnerung an die Grundsätze der kleinbürgerlichen Vorfahren. Daher stand denn Freud auch bei seinen wohlhabenden Patienten ganz unter dem Eindruck, daß sie durch strenge Gebote, die sie in der Kinderstube gelernt haben, in ihrer sexuellen Triebhaftigkeit schmerzlich eingeschränkt sind. Er fand heraus, daß auch dort, wo der Verstand eines erwachsenen Patienten einen Seitensprung nicht als besonders kreditschädigend erachten muß, trotzdem heftige Gewissensbisse auftreten können, weil das in der Kindheit Gelernte sich zu einer inneren Stimme verdichtet, die auch dann spricht, wenn die Erinnerung an das elterliche Wort oder die Befürchtung einer elterlichen Strafe fehlt. Er nannte diese innere Zensur das Über-Ich. Der Zwang, dieser Instanz zu gehorchen und somit den Forderungen der Eltern und der bürgerlichen Gesellschaft Genüge zu tun, ließ die Patienten von Freud nie los, so daß der große Seelenarzt die sittlichen Gesetze der Gesellschaft, in der er lebte, als den Inbegriff der Realität empfand. Denn

er bezeichnete die Notwendigkeit der Anpassung an die Gesellschaft als das «Realitätsprinzip».

Wir erkennen die Tragik der Konflikte, deren Freud täglich ansichtig wurde, daran, daß Freud nicht die Wünsche des Einzelnen, sondern die Forderungen der Umwelt als Realität erlebte. Die Erfüllung der persönlichen Wünsche erschien ihm offenbar als nicht realisierbar, weshalb er denn auch das Gegenteil vom Realitätsprinzip im Lustprinzip sah. Es gab für die Patienten von Freud nur eine Lust *zu*, aber nicht eine Lust *an* etwas. Weil erfüllte Lust in ihrem Leben bis jetzt fehlte, setzte er das Lebensprinzip, das diese Lust suchte, in Gegensatz zum Realitätsprinzip. Mit der Terminologie von Freud ist schon der ganze Inhalt der Menschheitsproblematik, der er täglich beiwohnte, aufgerollt. Freud lebte in einer Gesellschaft, in der die Realität lustlos geworden ist, in der das, was Lust bereiten würde, nicht erlaubt ist, so daß die Menschen nervenkrank werden. Seine Patienten stammten aus einer Schicht, in der weniger aus Liebe als aus Berechnung geheiratet wurde, in der man erst spät heiraten konnte, weil zuerst ein Studium absolviert und eine Karriere gemacht werden mußte, und in der es viele verwöhnte Junggesellen gab, so daß die Zahl der unverstandenen alten Jungfern entsprechend groß wurde.

Freud war an diese Tragik offenbar so gewöhnt, daß er gar nicht auf die Frage kam, ob es denn nicht andere Verhältnisse gibt oder geben könnte, in denen die Realität, also die Forderungen der Gesellschaft, weniger lustlos wäre. Er nahm die bürgerliche Welt als unabänderlich hin und urteilte daher über die Zukunftsmöglichkeiten der Menschheit ziemlich resigniert. Hätte er sich aber in den historischen Materialismus von Marx, Engels und Lenin vertieft, so hätte er einen Schlüssel gefunden, der ihm in Vergangenheit und Zukunft gesellschaftliche Zustände erschlossen hätte, in denen zwischen Lust- und Realitätsprinzip nicht diese tragische Kluft besteht. Denn es gab Klassen und Zeiten, und es ist nach marxistischer Ansicht eine Zukunft möglich, in der die Sexualität weniger stark und weniger häufig verdrängt werden muß.

Freud hat leider diese Zusammenhänge zuwenig erforscht, weil er sozusagen gebannt war von der moralischen Zerrissenheit seiner bürgerlichen Umwelt. Seine Patienten waren zwar aus gesellschaftlichen Gründen ebenfalls gezwungen, einen tugendhaften Wandel zu führen. Aber das Beispiel der feudalen und großbürgerlichen Oberschicht machte sie unsicher. Auch das hemmungslose Triebleben der großstädtischen Unterwelt, der Dirnen und Lumpenproletarier erschütterte ihr Ich-Ideal. So lebten sie denn in ständigen Versuchungen und Anfechtungen, wurden aber zugleich von Gewissensbissen gequält, bis sie schließlich den ganzen Konflikt verdrängten; Freud hat aber entdeckt, daß nicht jeder Mensch seine inneren Kämpfe ungestraft verdrängt. Disponierte Naturen, Leute, die in sich gekehrt sind und zu seelischen Spaltungen neigen, werden nicht fertig mit dem Konflikt und müssen erleben, daß er in veränderter

Gestalt weiterbesteht, nämlich als Zwangs-, Angst- oder Organneurose. Das ist die große Entdeckung von Freud! Er hat nur zu wenig beachtet, daß sie nur in einer Gesellschaft gemacht werden kann, die in Gestalt eines von kleinbürgerlichen Vorfahren gebildeten Über-Ich einen sehr strengen sittlichen Maßstab aufrichtet, zugleich aber den Menschen nicht erlaubt, früh zu heiraten, wobei sie sie zudem noch zu einer Geldheirat nötigt, die von vorneherein keine echten Liebesgefühle zur Entfaltung kommen läßt.

Hätte Freud in einer andern Zeit gelebt, oder hätte er sich auch nur tiefer in die Gedankengänge der Marxisten eingearbeitet, so hätte er nicht nur das bürgerliche «Realitätsprinzip» als relativ erkannt, sondern er hätte auch noch eine andere Entdeckung nicht verabsolutiert, nämlich den *Todestrieb*. Nur weil Freud nicht erkannt hat, daß alle Kriege und Revolutionen aus dem Kampf von Klassen zu erklären sind, sei es, daß die herrschenden Klassen verschiedener Länder um den Sieg streiten, sei es, daß die verschiedenen Klassen gegenseitig einander bedrängen, stellte er die Behauptung auf, daß der Zerstörungstrieb zum *dauernden* Bestand der menschlichen Natur gehört. Immerhin hat Freud nicht gewagt, die Revolution und den Krieg als eine Massenneurose zu deuten, wie dies heute von seinen Schülern in Amerika und Westeuropa unbedenklich versucht wird. Er hat sogar vor diesem Versuch ausdrücklich gewarnt und die unüberwindlichen Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens in seinem Buch «Unbehagen in der Kultur» deutlich aufgezeigt. Aber trotzdem haben ein W. Reich in «Massenpsychologie des Faschismus» und ein E. Fromm in «Die Furcht vor der Freiheit» den faschistischen Imperialismus auf sadistische und masochistische Fehlentwicklungen des Kleinbürgertums zurückführen wollen und dabei sowohl die Lehre Freuds als auch jene von Marx entstellt. Und trotzdem gab es Freud-Schüler, die in der revolutionären Gesinnung eines Menschen vor allem eine ungestillte Eifersucht auf den persönlichen Vater sehen wollten, die die Emanzipation der Frauen auf einen sogenannten «Penisneid» zurückführen und im Judenhaß sogar den Neid auf die größere Wollust beschnittener Männer entdecken wollten. Freud hat von solchen Schülern erklärt, daß «sie vergessen, daß es sich doch nur um Analogien handelt, und daß es nicht nur bei Menschen, sondern auch bei Begriffen gefährlich ist, sie aus der Sphäre zu reißen, in der sie entstanden sind».

Freud hat den Aggressionstrieb nicht als eine Kollektivneurose, sondern als einen Charakterzug des *normalen* Menschen verstanden. Nur hat er nicht erkannt, daß dieser Trieb seine Geschichte hat und aufs engste mit der Klassendialektik zusammenhängt, wie dies von Friedrich Engels in seinem epochemachenden Werk über den «Ursprung der Familie, des Eigentums und des Staates» gezeigt wurde. So kommt es denn, daß Freud die Hoffnungen der Marxisten auf einen ewigen Frieden nicht teilen kann. Er schrieb in «Unbehagen in der Kultur», Seite 82: «Die Kommunisten glauben den Weg zur Erlösung vom Übel gefunden

zu haben. Der Mensch ist eindeutig gut, seinem Nächsten wohlgesinnt, aber die Einrichtung des privaten Eigentums hat seine Natur verdorben. Besitz an privaten Gütern gibt dem einen die Macht und damit die Versuchung, den nächsten zu mißhandeln; der vom Besitz Ausgeschlossene muß sich in Feindseligkeit gegen den Unterdrücker auflehnen. Wenn man das Privateigentum aufhebt, alle Güter gemeinsam macht und alle Menschen an deren Genuß teilnehmen läßt, werden Übelwollen und Feindseligkeit unter den Menschen verschwinden. Da alle Bedürfnisse befriedigt sind, wird keiner Grund haben, in dem andern seinen Feind zu sehen; der notwendigen Arbeit werden sich alle bereitwillig unterziehen.»

«Ich habe nichts mit der wirtschaftlichen Kritik des kommunistischen Systems zu tun», fährt Freud fort, «ich kann nicht untersuchen, ob die Abschaffung des privaten Eigentums zweckdienlich ist. Aber seine psychologische Voraussetzung vermag ich als haltlose Illusion zu erkennen. Mit der Aufhebung des Privateigentums entzieht man der menschlichen Aggressionslust eines ihrer Werkzeuge, gewiß ein starkes und gewiß nicht das stärkste. An den Unterschieden von Macht und Einfluß, welche die Aggression mißbrauchen, daran hat man nichts geändert, auch an ihrem Wesen nicht.»

Freud fügt in einer Fußnote bei: «Wer in seinen eigenen jungen Jahren das Elend der Armut verkostet, die Gleichgültigkeit und den Hochmut der Besitzenden erfahren hat, sollte vor dem Verdacht geschützt sein, daß er kein Verständnis und kein Wohlwollen für die Bestrebungen hat, die Besitzungsgleichheit, und was sich aus ihr ableitet, zu bekämpfen. Freilich, wenn sich dieser Kampf auf die abstrakte Gerechtigkeitsforderung der Gleichheit aller Menschen berufen will, liegt der Einwand zu nahe, daß die Natur durch die höchst ungleichmäßige körperliche Ausstattung und geistige Begabung der Einzelnen Ungerechtigkeiten eingesetzt hat, gegen die es keine Abhilfe gibt.»

Wir deuteten an, daß Freud nicht erkannt habe, daß der Aggressionstrieb eine Geschichte hat. Dieser fehlte nämlich noch zu jener prähistorischen Zeit, in der die Menschen in einer urkommunistischen Gütergemeinschaft lebten und auch gesundheitlich und geistig voneinander wenig verschieden waren. Der Zerstörungstrieb und mit ihm auch Krankheit und Entartung entstanden erst, als die vorgeschichtlichen Stämme durch Nachbarstämme bedrängt wurden, weil diese infolge ihrer Vermehrung oder wegen Naturkatastrophen neue Weideplätze suchen mußten. Der Kampf der Klassen hob sogar erst an, als die Felder in Privateigentum übergingen und zu ihrer Bewirtschaftung Kriegsgefangene und verschuldete Bürger angestellt wurden. Damals erst wurde der Keim zum ersten Klassenkampf, zum Sklavenaufstand gelegt.

Freud hat diese Dialektik in seinem kulturphilosophischen Buch nicht gewürdigt. Und doch gibt es ein Werk von ihm, in dem er diese Einsicht besaß. Es ist neun Jahre vor dem «Unbehagen in der Kultur»

erschienen und heißt «Massenpsychologie und Ichanalyse». Hier erklärt Freud mit unmißverständlicher Deutlichkeit, daß es eine urkommunistische Gesellschaft gab, in welcher der Todestrieb schwieg. Freud unterzieht diese Gesellschaft einer gründlichen Analyse und nennt ihre seelische Gestalt eine Masse, worunter er nicht nur die zufälligen Menschenansammlungen versteht, sondern auch jene hierarchisch geordnete Gemeinschaft, wie wir sie im Heer und der Kirche finden. O. Pfister hat diese letztere dann Hochmasse genannt, im Unterschied zur Tiefmasse.

Nach Freud bilden auch die Urkommunisten eine geordnete Masse, also eine Hochmasse. Und von einer solchen behauptet er nun wie Lenin, daß innerhalb ihres Bereiches die Aggressivität keine Nahrung finde. Er schreibt:

«In einer kürzlich veröffentlichten Schrift ‚Jenseits des Lustprinzips' habe ich versucht, die Polarität von Lieben und Hassen mit einem angenommenen Gegensatz von Lebens- und Todestrieben zu verknüpfen und die Sexualtriebe als die reinsten Vertreter der ersteren, der Lebenstriebe, hinzustellen.

Aber all diese Intoleranz schwindet, zeitweilig oder dauernd (!), durch die Massenbildung und in der Masse. Solange die Massenbildung anhält oder soweit sie reicht, benehmen sich die Individuen, als wären sie gleichförmig, dulden sie die Eigenart des andern, stellen sich ihm gleich und verspüren kein Gefühl der Abstoßung gegen ihn.» (Seite 62.)

Freud ist es nicht entgangen, daß die Massenbildung erleichtert wird, wenn kein Privateigentum besteht; so schreibt er von der sogenannten Urhorde:

«Es kamen gar keine andern Impulse zustande als kollektive, es gab nur einen Gemeinwillen. Die Vorstellung wagte es nicht, sich in Willen umzusetzen, wenn sie sich nicht durch die Wahrnehmung ihrer allgemeinen Verbreitung gestärkt fand. Diese Schwäche der Vorstellung findet ihre Erklärung in der Stärke der allen gemeinsamen Gefühlsbindung, aber die Gleichartigkeit der Lebensumstände und das Fehlen eines privaten Eigentums kommen hinzu, um die Gleichförmigkeit der seelischen Akte bei den Einzelnen zu bestimmen.» (Seite 102.)

Mit diesen Worten hat Freud alle Bedingungen genannt, die auch nach Lenin zur Austilgung des Aggressionstriebes erforderlich sind: Klassenlosigkeit und soziale Erziehung (vgl. Lenin: «Revolution und Staat»). Wie kann aber die soziale Erziehung geleistet werden? Um dieser Frage willen hat Freud sein Buch geschrieben. Erstaunlicherweise gibt er die gleiche Antwort, die einige Jahre später vom Stalinismus entwickelt wurde! Freud kommt nämlich zur Erkenntnis, daß die Überwindung des Aggressionstriebes den Mitgliedern einer klassenlosen Gesellschaft um so besser gelingt, je mehr sie innerlich an einen *Führer* gebunden sind. Wenn der Einzelne sein Ideal in einem väterlichen Staatsoberhaupt erkennt, so kommt in der Hochmasse eine Identifizierung zustande, die jede Feindseligkeit unter den Genossen überbrückt oder überhaupt nicht aufkommen läßt. Das Schicksal einer ur- oder spät-

kommunistischen Gesellschaft steht und fällt also auch nach Freud damit, ob der Landesvater ein wahrer Führer und Friedensfreund oder ein Verführer und Eroberer ist.

Nun gehört es aber zu den Erwartungen der Marxisten, daß dank gesteigerter Produktion, Klassenlosigkeit und sozialer Erziehung der Tag kommen wird, an dem jede Bindung an eine Autorität überflüssig sein wird. Weder eine weltliche noch eine göttliche Vatergestalt soll in der zweiten Phase der Revolution, im eigentlichen «Kommunismus», darüber wachen und Gewähr dafür bieten, daß die Menschen sich vertragen. Sowohl der Staat als auch die Kirche werden «absterben», wie sich die dialektischen Materialisten ausdrücken. Alle Menschen werden sich als Genossen fühlen, obwohl es auch keine Partei mehr geben wird. Aus freien Stücken werden alle Werktätigen eine Welteidgenossenschaft bilden.

Ob diese Harmonie möglich ist, wenn keine Verkörperung des Ich-Ideals eines jeden Genossen in der Gestalt des Landesvaters, Führers und Lehrers mehr besteht, darüber finden wir in der massenpsychologischen Abhandlung von Freud keinen Hinweis. Die marxistische Behauptung, daß dank der «sozialistischen» Erziehung eines Tages einzig die Autorität des autonomen Gewissens eines Bürgers genügt, um Wohlstand und Frieden zu erhalten und zu mehren, ist geschichtlich noch nicht erwiesen. Höchstens am Beispiel der Schweizerischen Eidgenossenschaft wird es ersichtlich, daß Bewahrung vor Krieg und Not auch ohne Diktatur und bei einer ausgedehnten Privatwirtschaft und einem stark entwickelten Genossenschaftswesen möglich ist. Nur wollen wir nicht vergessen, daß wir Schweizer seit hundert Jahren mehr Glück als Verstand haben.

Daher ist die marxistische Erwartung vorderhand noch ein Glaube, der in vielem an die christliche Eschatologie erinnert. Auch der religiöse Sozialist hofft auf ein Reich, in dem es keinen Staat und keine Kirche mehr geben wird. Denn der Mensch wird sich so weit vervollkommnet haben, daß er in Frieden und Freiheit einträchtig das Brot mit seinem Bruder teilt. Leonhard Ragaz hat der Geschichte ein Ziel gegeben, an welchem der Unterschied zwischen Atheismus und Theismus dahinfallen wird. Denn er prägte in seinem geschichtsphilosophischen Buch «Die Geschichte der Sache Christi» den Satz: «Das Reich Gottes ist die Menschwerdung Gottes!» Weil aber die Marxisten als Fernziel das sittlich gleiche Menschen-Ideal anstreben wie die Christen, stimmt ihre Erwartung der letzten Dinge mit der christlichen Reichshoffnung nahezu überein. Der Unterschied besteht nur darin, daß der Mensch der Zukunft für die Christen ein Mensch gewordener Gott ist, während er für die Marxisten in gewissem Sinne ein Gott gewordener Mensch ist, denn für sie ist Gott zwar keine waltende Wirklichkeit, wohl aber ein sittlicher Maßstab, schrieb doch Lenin in «Staat und Revolution», daß die Menschen sich nach und nach gewöhnen werden, nach den Regeln zu leben, die «seit Jahrtausenden gepredigt» worden sind. *Franz Keller.*

Wie lange noch dieser Krieg!

Edler Freund, wo öffnet sich dem Frieden,
Wo der Freiheit sich ein Zufluchtsort?
Das Jahrhundert ist im Sturm geschieden,
Und das neue öffnet sich mit Mord.

Muß man nicht mit Schiller so auch beim Eintritt in die zweite Hälfte *unseres* Jahrhunderts fragen und klagen? Schon in der Neujahrsnacht ist ja die neue große *Offensive der vereinigten Nordkoreaner und Chinesen* losgebrochen, die die «roten Horden» (in der Schweizer Presse so genannt) weit über Söul hinaus rasch bis tief nach Mittelkorea hineingeführt hat, während die Amerikaner auf ihrem Rückzug das Land, das zu «befreien» sie ausgezogen waren, mit gewohnter Rücksichtslosigkeit vollends ganz verwüsten. Die Hoffnungen auf einen Waffenstillstand und auf Verhandlungen über eine *friedliche* Lösung der Koreafrage, die man noch anfangs Dezember hegen konnte, als die chinesische Abordnung am Sitze der Vereinten Nationen weilte, sind damit wohl endgültig verflogen. Vielleicht war es den Chinesen mit solchen Verhandlungen überhaupt nie so recht ernst, sonst hätten sie kaum als *Voraussetzung* für sie verlangt, was nur eines ihrer *Ziele* sein konnte: die Räumung Koreas von den UNO-Truppen. Aber die Vereinten Nationen haben die Chinesen eben auch nie auf die Probe gestellt, *ob* es ihnen wirklich ernst mit Verhandlungen sei. Sie lehnten es rundweg ab, mit der Chinesischen Volksrepublik, also der ersten Großmacht Asiens, hinter der ein Volk von 450 Millionen Menschen und eine schlagkräftige Riesenarmee steht, auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verhandeln und sie in die UNO aufzunehmen[1]. Es ist vor allem Amerika, das dem kommunistischen China das Recht aufs Dasein einfach nicht zuerkennen will und sich darum auch weigert, *Formosa* freizugeben. Dies, obwohl noch vor einem Jahr – am 6. Januar 1950 – Präsident Truman ausdrücklich Formosa als Bestandteil Chinas anerkannte und erklärte, die Vereinigten Staaten hätten «keinerlei Absicht, ihre Streitkräfte einzusetzen, um sich in die dort (auf Formosa) bestehende Lage einzumischen». Am gleichen Tage bestätigte Außenminister Acheson diese Erklärung und lehnte als «Advo-

[1] Natürlich werden die für solch sträflichen Hochmut verantwortlichen Kräfte der UNO auch von der Schweiz her wacker unterstützt. Die «Neue Zürcher Zeitung» zum Beispiel weiß nichts Besseres zu tun, als ihren Sonderberichterstatter bei der UNO, Max Beer (ist es wirklich der Verfasser der bekannten «Geschichte des Sozialismus in England» und der «Allgemeinen Geschichte des Sozialismus»?) behaupten zu lassen, man habe es bei diesem neuen China «genau wie bei der Sowjetunion mit einer hemmungslos auf Machterweiterung ausgehenden Diktatur einer kleinen Gruppe rücksichtsloser Parteibonzen zu tun», die «von doktrinärer Engherzigkeit, primitivem Nationalismus und fundamentaler Abneigung gegen die westliche Zivilisation beherrscht» seien. Vom Sinn und Wesen der chinesischen Revolution scheint dieser Mann nicht die entfernteste Ahnung zu haben.

katenkniff» die Behauptung ab, Amerika dürfe in oder um Formosa eingreifen, weil dieses so lange von Japan beherrscht gewesen sei, das nun aber unter amerikanischer Verwaltung stehe. Ist es da China zu verargen, wenn es jetzt den Amerikanern nichts mehr glaubt und überzeugt ist, die Vereinigten Staaten wollten Formosa dem Herrn Tschiang Kai-shek und sich selber als Sprungbrett für einen späteren Angriff auf das chinesische Festland sichern? Die neuerdings bedeutend verstärkte amerikanische Rüstungshilfe für Tschiang ist schwerlich geeignet, diesen Verdacht zu zerstreuen.

Die UNO-Mächte dürfen sich jedenfalls nicht wundern, wenn die Chinesen nicht mehr mit sich reden lassen, vielmehr die Entscheidung über Korea mit den Waffen suchen – genau wie es die UNO selber tat, als *sie* sich militärisch überlegen fühlte und ihren Oberkommandierenden ermächtigte, den nordkoreanischen Staat zu zerstören und China die Faust unter die Nase zu halten. Jetzt haben sie die Antwort! Wäre es der UNO wirklich daran gelegen gewesen, die Koreafrage im Geiste der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Freiheit zu lösen, so hätte sie dazu längst reichlich Zeit gehabt. Aber fünf Jahre lang tat sie nichts, um das korrupte Ausbeuterregime in Südkorea zu beseitigen, und als dann die Nordkoreaner einbrachen, um die überfällige Revolution auf ihre Art durchzuführen, da vermochten die UNO-Truppen zwar schließlich die Kommunisten zurückzutreiben, aber gleichzeitig stellten sie auch die Macht der alten Herrenklasse wieder her, und dasselbe hätten sie in Nordkorea getan, wenn jetzt nicht die Chinesen eingegriffen hätten. Es ist eben hier in Korea wie überall: wenn die Demokratie sich unfähig zeigt, das soziale Problem zu lösen, dann muß es wohl oder übel der Kommunismus tun. Und so wird nun wahrscheinlich der Krieg in Korea weitergehen, bis die Revolution auch dort endgültig gesichert ist. Daran werden all die halbbatzigen Vermittlungsversuche, die die UNO jetzt unternimmt, gar nichts ändern. Sie werden ja der Lage, die in Korea und im übrigen Ostasien herrscht, doch niemals gerecht[2].

Rückzug und neuer Anfang! Inzwischen wird die Stellung der Vereinten Nationen in Korea immer unhaltbarer. Zunächst *militärisch*: Der Koreakrieg erschöpft die Kräfte Amerikas ganz unverhältnismäßig stark. Die Zeiten sind eben

[2] Das inzwischen erfolgte Scheitern des letzten Vermittlungsversuches der UNO bestätigt diese Annahme. Was war denn der Sinn des UNO-Angebotes an China? Kurz gesagt dies: Die UNO-Mächte, die ihre Ziele in Korea nicht mit militärischer Gewalt erreichen konnten, suchten ihnen nun auf dem Verhandlungsweg näherzukommen. Sie schlugen darum den Chinesen (und Nordkoreanern) vor, die Feindseligkeiten *bedingungslos* einzustellen und dann über alle von China aufgeworfenen Fragen mit der UNO zu verhandeln. Davon wollten die Chinesen begreiflicherweise nichts wissen; sie wollten nicht den Trumpf ihrer militärischen Überlegenheit aus der Hand geben und dann an den Grünen Tisch zu Verhandlungen kommen, die von der Gegenseite beliebig in die Länge gezogen und zuletzt ohne Bewilligung auch nur der drin-

vorbei, da 50 000 britische Soldaten genügten, um den großen Aufstand in Indien (1857/58) niederzuschlagen, und 20 000 Weiße vor einem halben Jahrhundert, bei der Boxererhebung, das große China auf die Knie zu zwingen vermochten. Heute verstehen auch die Asiaten des Festlandes – nach den Japanern – Kriege zu führen und Kriege zu gewinnen.

Aber auch *moralisch* und *politisch* ist die UNO-Sache in Korea verloren. Auch die neuerdings von den amerikahörigen Sozialdemokraten ausgegebene Losung: «Züchtigung des Angreifers, aber Achtung der asiatischen Freiheitsbewegung!» hat längst keinen Sinn mehr. Das Eingreifen der Vereinten Nationen in Korea war ja, wie die Ereignisse auch den Freunden eines «Sanktionenkrieges» bewiesen haben müssen, von vornherein *gegen* die soziale Befreiung der ausgebeuteten Bevölkerungsschichten gerichtet gewesen. Und erst recht wäre ein UNO-Krieg gegen *China* nichts anderes als ein gegenrevolutionärer Interventionskrieg größten Stils. Die Anklage, China habe sich einer mutwilligen Angriffshandlung schuldig gemacht, enthüllt sich von selbst als bloße heuchlerische Phrase, wenn man sich vergegenwärtigt, wie sich *Amerika* in einer ähnlichen Lage verhalten hätte. Angenommen, die Vereinigten Staaten hätten wohlwollend zugesehen, wie eine nordmexikanische Armee in Südmexiko eingefallen wäre, um ein dort bestehendes kommunistisches Regime zu stürzen. Angenommen ferner, die Streitkräfte eines kommunistisch-sozialistischen Staatenblocks wären unter russischer Führung den Südmexikanern zu Hilfe gekommen, hätten die Nordarmee geschlagen und näherten sich nun in Eilmärschen und unter drohenden Redensarten gegen den amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus der Grenze der Vereinigten Staaten. Wie denkt man, hätte wohl die nordamerikanische Union reagiert? Der Leser möge sich selber die vollkommene Hysterie ausmalen, die in einer solchen Lage das amerikanische Volk erfaßt hätte, und über die Kraft des kriegerischen Gegenstoßes nach Mexiko hinein spekulieren, der die sichere Folge dieses Aufruhrs aller nationalen und antikommunistischen Leidenschaften gewesen wäre. Er möge sich aber auch daran erinnern, daß die Vereinigten Staaten schon vor 125 Jahren mit der Monroe-Doktrin den Grundsatz verkündet haben, jede Einmischung außeramerikanischer Mächte in die Freiheitsbewegung der lateinamerikanischen Völker werde als Angriff

---

gendsten Forderungen Chinas abgebrochen werden konnten. Anderseits muß man aber auch die Haltung der UNO-Mächte begreifen, die ebenfalls nicht bedingungslos Korea räumen, also ihre stärkste Karte fortgeben wollten, ohne für die Regelung der politischen Zukunft Koreas in *ihrem* Sinn irgendwelche Zusicherungen erhalten zu haben. So steht eben nun Interesse gegen Interesse. Und die Entscheidung wird das Schwert bringen müssen – *wenn* es eine Entscheidung sein wird! Wie ganz anders wäre die Lage heute, wenn sich Amerika bereitgefunden hätte, China in die UNO zuzulassen und Formosa freizugeben! China hätte dann kaum mehr auf den sofortigen Rückzug der UNO-Truppen aus Korea bestehen können, und die Koreafrage wäre wirklich auf den Verhandlungsweg gewiesen worden.

auf die nordamerikanische Union selber behandelt werden, die ja selber aus einer Revolution hervorgegangen ist. «Amerika den Amerikanern!» – das ist seither für die Vereinigten Staaten ein oberster Grundsatz ihrer ganzen Außenpolitik gewesen. Wie wollen sie nun die Chinesen als freche Angreifer brandmarken, wenn diese den gleichen Grundsatz auf *Asien* und *seine* Freiheitsbewegung anwenden?

Nein, damit sind heute keine Geschäfte mehr zu machen. Und auch ein bloßer Teilkrieg gegen China – der insbesondere mit wirtschaftlichem und politischem Boykott, wie anfangs der zwanziger Jahre gegen die Sowjetunion, geführt würde – kommt im Ernst kaum mehr in Frage. Halbheiten sind, wenn irgendeinmal, so bei der Lösung der Asienfrage nicht mehr am Platz. Auch hier wird schließlich die Konsequenz siegen: Entweder nimmt man, wie es MacArthur und seine Partei verlangen, den Totalkrieg mit China – und das heißt über kurz oder lang auch mit Rußland – auf, oder aber man entschließt sich zum völligen Rückzug aus Korea und schlägt einen ganz neuen Weg ein, um sich mit dem erwachenden Asien auseinanderzusetzen.

Neue Asienpolitik Die Unausweichlichkeit einer solchen Neuausrichtung der amerikanischen Asienpolitik ist unlängst in einem großen, der Kriegs- und Friedensfrage gewidmeten Sonderheft der Neuyorker «Nation» eindringlich dargetan worden. Neben andern Verfassern spricht es *H. R. Isaacs*, ein kundiger Beurteiler asiatischer Dinge, ungeschminkt aus, daß die farbigen Völker nur zu sehr geneigt seien,

«in den Vereinigten Staaten den Erben des westlichen Imperialismus der Vergangenheit zu sehen, den großen konservativ-kapitalistischen Koloß, der schon um seines Ausmaßes und seines Reichtums willen zu fürchten sei, und der, von Rassengeist durchtränkt, nur daran interessiert sei, seine Macht zu erweitern oder das Ausdehnungsbestreben seines russischen Rivalen zu vereiteln. Die Unterstützung Asiens für die moralisch vertretbare amerikanische Aktion in Korea wurde durch Mißtrauen gegen die gleichzeitige amerikanische Aktion auf Formosa und in Indochina verwässert. Und auch die amerikanische Aktion in Korea selbst hat sich, besonders im Bewußtsein mancher Inder, ohne weiteres in eine Angriffshandlung verkehrt, die dazu bestimmt sei, Stützpunkte für einen Krieg gegen Rußland und China zu gewinnen.»

Das heutige Asien, so stellt Isaacs fest, ist großenteils nur das Erzeugnis des westlichen Imperialismus, der ihm eine unausgeglichene Wirtschaft, eine unzulängliche Produktionskraft, Armut, Unbildung und nur ein Mindestmaß ordentlicher politischer Einrichtungen und nutzbarer Verwaltungsfähigkeiten hinterlassen habe. Die Aufgaben, vor die sich Asien gestellt sehe, seien darum von gewaltigstem Umfang:

«Sie gehören zu den größten menschlichen Problemen unseres Jahrhunderts: sie sind ein unabtrennbarer Teil der Weltkrise, die daraus entsprungen ist, daß das ganze Gefüge, in dem sich die Welt fast drei Jahrhunderte lang gereckt und betätigt hat, eingestürzt ist. Die alten Systeme und Machtformen funktionieren nicht mehr. Sie müssen durch neue Systeme und Machtformen ersetzt werden, die funktionsfähig sind.

In Asien stellt sich diese Aufgabe in ihrer dringendsten, augenfälligsten, spannungsgeladensten Gestalt, weil in Asien die ganze, auf den westlichen Imperialismus gegründete Gesellschaftsordnung zerstört ist.»

Man höre zwar, meint der Verfasser, von amtlicher amerikanischer Seite nicht selten ganz schöne Worte über die Pflicht der Vereinigten Staaten, den asiatischen Völkern zu helfen. Aber die Taten entsprächen eben diesen Worten herzlich wenig:

«Wir können nicht immerzu davon schwatzen, wie antiimperialistisch wir seien, und uns gleichzeitig mit den Franzosen in Indochina verbünden. Wir können nicht davon schwatzen, daß wir Asien helfen wollten, und dann nur ein paar Millionen für eine schillernde Idee, wie das Vier-Punkte-Programm, ausgeben, dieweil wir Milliarden in Rüstungen hineinstecken. Wir können nicht von unserem Wunsch reden, den fortschrittlichen Kräften in Asien die Hand zu reichen, und dann die engsten Verbindungen mit den Kräften herstellen, die von Tschiang Kai-shek, Syngman Rhee, Elpidio Quirino, Bao Dai und Marschall Pibul in Siam vertreten werden. Wir büßen dadurch unseren moralischen Kredit ein und danken tatsächlich zugunsten der Kommunisten ab.»

Umschwung in Sicht! Das Volk der Vereinigten Staaten als Ganzes ist natürlich noch weit davon entfernt, solche Mahnungen zu beherzigen. Vielfach macht sich sogar, vorab innerhalb der Republikanischen Partei, angesichts der Niederlage in Korea die Neigung geltend, nun erst recht eine rücksichtslose Draufgängerpolitik zu verfolgen, die aufs Ganze ginge und den offenen Ausbruch eines dritten Weltkrieges gelassen in Kauf nähme. Zum mindesten müßten die Vereinigten Staaten – so verlangen es diese Aktivisten – die «nationalchinesischen» Streitkräfte gegen die rote Republik aufbieten, Japan wiederaufrüsten, die kommunistenfeindliche Partisanenbewegung in China unterstützen, Franco-Spanien nach westdeutschem Muster in die Atlantische Gemeinschaft aufnehmen lassen und etwa widerspenstigen westeuropäischen Völkern den Brotkorb höher hängen.

Aber im allgemeinen hat doch die koreanische Katastrophe in Amerika eher die entgegengesetzte Wirkung gehabt. Zum erstenmal seit dem Ende des zweiten Weltkrieges ist an Stelle des Machtrausches, der den jähen Aufstieg der Vereinigten Staaten zum größten Weltreich begleitet hat, eine gewisse Ernüchterung getreten. Senator Taft, der gegenwärtig als aussichtsreichster Kandidat der Republikaner für den Präsidentenposten gilt, erklärt offen, er hätte keine amerikanischen Truppen nach Korea geschickt, wenn er Präsident gewesen wäre; das Beste sei darum, Korea zu räumen und die Soldaten Tschiang Kai-sheks auf die Roten loszulassen, so wie das kostbare amerikanische Blut auch in Europa geschont werden müsse. Der frühere Präsident Hoover empfiehlt gleichfalls, Asien sich selbst zu überlassen, in Europa nicht ein zweites Korea zu riskieren und lieber Amerika zur uneinnehmbaren Festung der Freiheit und Kultur auszubauen, als die Kräfte der Vereinigten Staaten in einem Versuch, den Kommunismus rund um den Erdball herum zu be-

kämpfen, nutzlos zu vergeuden. Und offenbar finden solche Gedankengänge in Amerika weit herum Anklang. Viele Leute scheinen nicht übel Lust zu haben, dem Rat des ehemaligen USA-Botschafters in London, Kennedy, zu folgen, man solle die Westeuropäer ruhig einmal ein Jahrzehnt lang den Kommunismus am eigenen Leib spüren lassen, um sie von ihrem Widerstreben gegen eine Vollaufrüstung zu kurieren. Im besondern fragt man sich ernsthaft, ob es – um wiederum Senator Taft anzuführen – einen Sinn habe, «den Europäern ein großes Militärprogramm aufzuzwingen, das doch mit beinahe tödlicher Gewißheit einen Krieg heraufbeschwören müßte». Andere Kritiker dieser Rüstungspläne weisen darauf hin, daß vor allem die Wiederbewaffnung Westdeutschlands ein zweifelhaftes Mittel sei, um die Russen von einem Krieg abzuschrecken:

«Wenn die Vereinigten Staaten in den nächsten paar Wochen anfangen, Westdeutschland als vorgeschobene Militärbasis für einen Krieg zu organisieren, so könnten die Russen durch eine Besetzung dieser Basis die Vereinigten Staaten zwingen, ein großes Stück davon aus der Luft wieder zu zerstören. Die Aussicht, daß die Amerikaner eine der mutmaßlichen amerikanischen Militärbasen selbst bombardieren, wäre für Moskau kaum ein Grund, sich von einem Krieg abhalten zu lassen.»
(I. F. Stone im linksstehenden Neuyorker «Daily Compaß», 1. 1. 51.)

Und auch der weit rechts stehende Senator Millikin meinte trocken, die Notwendigkeit einer Verteidigung der westeuropäischen Produktionsstätten sei durchaus kein Grund, amerikanische Truppen über den Ozean zu schicken, denn im Fall eines russischen Einbruches würden diese Industrieanlagen ja doch sofort aus der Luft zerstört und damit für die Russen unbrauchbar gemacht werden müssen. Was man angesichts der Erfahrungen, die man in Westeuropa wie jetzt auch in Korea mit der Zerstörungsstrategie der amerikanischen Luftwaffe gemacht hat, ohne weiteres glauben wird.

Die Kernfrage Inzwischen betreibt die amerikanische Regierung, unbeirrt durch solche «Miesmacherei», die Verwirklichung ihres Rüstungsprogramms mit ungeschwächter Energie weiter. Bis zum Ende des Budgetjahres 1951/52 sollen für die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten und ihrer Bundesgenossen fast 50 Milliarden Dollar aufgewendet werden, doppelt so viel, wie die Ausgaben im Jahr 1950/51 betragen haben, und mehr als viermal so viel, wie Amerika vor dem Koreakrieg für Rüstungszwecke ausgegeben hat. In den nächsten Jahren sollen diese Aufwendungen gar bis auf die astronomische Zahl von 140 Milliarden (140 000 000 000) Dollar gesteigert werden, was unter anderem erlauben soll, alljährlich mindestens 35 000 Tanks und 50 000 Flugzeuge herzustellen. Natürlich müsse dann, so machte Präsident Truman in seiner jüngsten Wirtschaftsbotschaft klar, die Erzeugung von nichtmilitärischen Gütern entsprechend gesenkt und strenge Sparsamkeit bei der Bewilligung von Krediten für soziale und

kulturelle Werke geübt werden. Daß der mit soviel Reklame in die Welt gesetzte «Fair Deal», diese Neuauflage des großen Rooseveltschen Wirtschafts- und Sozialplanes, bis zur Besiegung des Weltkommunismus wieder in einem Aktenschrank verschwinden wird, ist in der Tat selbstverständlich. Nur könnte man sich in Amerika – und anderwärts – eigentlich fragen, ob eine kommunistische Gefahr überhaupt hätte entstehen können, wenn man auch nur einen nennenswerten Teil der phantastischen Summen, die jetzt in Amerika und Europa für Kriegsrüstungen ausgegeben werden, zur Befreiung der Menschheit von Furcht, Not und Hunger aufgewendet hätte ...

Der Un- und Widersinn der ganzen Kriegsrüsterei sollte schon aus solchem Sichfragen eindeutig klar hervorgehen. Aber wer stellt heute noch Regierungsdoktrinen und populäre Losungen in Frage, wenn es sich um die «Ausrottung der kommunistischen Pest» handelt? Es sind überall nur noch kleine Gruppen, die gegen den Strom schwimmen und, ohne sich der kommunistischen Heilslehre oder der sowjetischen Machtpolitik verschrieben zu haben, dem verbrecherischen Irrwahn einer «Eindämmung» der gewaltrevolutionären Weltbewegung durch militärische Mittel entgegentreten. Um so mehr gereicht es uns zur Genugtuung, in der schon erwähnten Sondernummer der «Nation» aus der Feder von *James P. Warburg* einen Aufsatz zu finden, der das, was wir an dieser Stelle schon seit Jahr und Tag über das Verhängnis solcher Kommunistenbekämpfung gesagt haben, weithin bestätigt. «Entgegen unsern Absichten», so erklärt dieser amerikanische Fachmann für internationale Politik, «führen oder schleppen wir gegenwärtig die freie Welt auf einem Weg hin, der entweder in einem Atomkrieg ausläuft, in dem es keinen Sieg und nach dem es keinen dauernden Frieden geben kann, oder aber zum Verlust des Kampfes gegen den Totalitarismus führt, ohne daß ein russischer Soldat einen Schuß abgegeben hätte. Dies darum, weil unsere jetzige Außenpolitik negativ und von Furcht eingegeben ist und auf einer unzulässig vereinfachten Teufelslehre in bezug auf das Wesen der Weltkrise beruht.» Und Warburg fährt fort:

«Angesichts einer weltweiten sozialen Revolution, die sich im Innern des überalterten weltpolitischen Systems vollzieht, und angesichts des weltpolitischen Leerraumes, der durch den Zerfall Westeuropas geschaffen worden ist, sieht unsere Regierung nur das rücksichtslose, machthungrige russische Regime, das diese Verhältnisse für seine Zwecke ausnützt. Wir haben die bequeme Theorie angenommen, daß alles aufs beste bestellt wäre, hätte nicht – mit den Worten des Präsidenten – ‚ein einziger Staat, und nur dieser eine Staat, das Zustandekommen eines gerechten und ehrenhaften Friedens verhindert' ...[3] In dem Nebel, der durch unsere Ängste erzeugt worden ist,

[3] Die politische Neujahrsbotschaft Trumans an die Bundesversammlung wiederholt diese Behauptung mit womöglich noch primitiverer Selbstgerechtigkeit, als dies schon bisher der Fall war. – Nebenbei: Wes Geistes Kind dieser Truman ist, geht auch aus einem Zwischenfall hervor, der sogar in Amerika peinliches Aufsehen erregt hat. Die Tochter des Präsidenten ist bekanntlich Sängerin, und zwar eine recht mittelmäßig begabte (um höflich zu bleiben). Nun erlaubte sich ein angesehener Musikkritiker, Paul

haben wir unsern Richtungssinn wie unsere Zielpunkte verloren. Wir verzetteln unsere Macht und die unserer Freunde in einer Reihe schreckgeborener, jäh ins Werk gesetzter Unternehmungen über den ganzen Erdball hin ... Wir haben die ‚Eindämmung' des Kommunismus in erster Linie durch körperliche Gewalt zu bewirken gesucht und dabei unüberlegte Verpflichtungen übernommen, die über unsere Kraft, sie auch zu erfüllen, hinausgehen. Wir haben ein militärisches Gehaben ohne militärische Stärke angenommen und unsern eigenen Anstrengungen entgegengearbeitet, indem wir Trugbildern von Größe nachjagten und gleichzeitig widersinnigerweise rappenspaltende Zaghaftigkeit an den Tag legten.

Im letzten Sommer wurde uns die Rechnung in Korea präsentiert. Über Nacht wurden wir zu der Erkenntnis gezwungen, daß unser kostspieliger Militärapparat, für den wir seit Kriegsende etliche 50 Milliarden Dollar ausgegeben hatten, ganz unzulänglich für den Beruf des Weltpolizisten war, den wir uns mit unserer Eindämmungstheorie zurechtgelegt hatten.»

Die Folgen sind nach Warburg vierfacher Art:

1. Amerika ist auf dem Weg, ein Militärstaat zu werden, wobei viele Amerikaner in Versuchung kommen, zu denken, daß auch ein Krieg den unabsehbaren Bedrückungen und Einschränkungen des Lebens in einem Militärstaat vorzuziehen sei.

2. Amerika hat mit seinem Entschluß, in Deutschland eine große militärische Machtstellung aufzubauen, seine strategische Handlungsfreiheit preisgegeben und läuft Gefahr, ein Dünkirchen im Riesenmaßstab zu erleben, falls es diese seine Stellung nicht gegen rund 175 russische Divisionen zu halten vermag.

3. Indem Amerika seine Freunde in Westeuropa zu einer umfassenden militärischen Anstrengungen veranlaßt, stellt es sie möglicherweise vor die Wahl, entweder nicht genügend aufzurüsten, um ihre schwer gewonnene wirtschaftliche Erholung nicht zu schädigen, oder aber durch Vollaufrüstung wirtschaftliche Schwierigkeiten und politische Unsicherheit zu schaffen, die dem Kommunismus Tür und Tor öffnen würden.

4. Die Wiederaufrüstung Deutschlands und Japans, die noch vor kurzem als undenkbar erklärt wurde, wird nicht nur unvermögend sein, einen russischen Einbruch abzuwehren; sie wird auch die ganze Stellung der nichtkommunistischen Welt schwächen, ihrer Sache schweren Schaden tun und alle Hoffnungen auf die Entstehung friedlicher Demokratien in Deutschland und Japan zunichte machen.

Und Warburg faßt zusammen: «Alles in allem werfen diese vier

Hume, in einem Washingtoner Blatt die Bemerkung, um nicht Fräulein Truman, die schließlich die Tochter des Präsidenten sei, in der Achtung des Publikums herabzusetzen, verzichte er lieber darauf, ihre Leistungen zu besprechen. Worauf Papa Truman dem Kritiker einen Brief schrieb, in dem er seinen Gefühlen nicht den geringsten Zwang antat und im reinsten Stil amerikanischer Lebensform drohte: «Ich habe Sie zwar niemals gesehen. Wenn es aber je einmal passieren sollte, werden Sie eine neue Nase und vielleicht jemanden benötigen, der Sie nach Hause trägt.» Und dieser Mann steht an einem der verantwortungsvollsten Posten der Welt, beauftragt, Entschlüsse zu fassen, von denen Leben und Tod ungezählter Menschen abhängen können! Oder *braucht* man in Amerika gerade solche Typen an den entscheidenden Stellen?

nachkoreanischen Entscheidungen die sehr ernste Frage auf, ob der Kurs, auf den wir uns jetzt eingelassen haben, nicht tatsächlich gerade den Krieg heraufbeschwören kann, den wir zu verhindern suchen. Der Kreml findet vielleicht, daß unsere Pläne, wenn sie einmal fertig ausgeführt seien, eine so große Bedrohung für Rußland bildeten, daß es Westeuropa angreifen und überrennen müsse, bevor unsere Verteidigungsstreitkräfte ausgehoben, ausgebildet, ausgerüstet und an der Elbelinie aufgestellt seien.»

Nächste Schritte Nur ein *schneller* Wechsel des ganzen Kurses der amerikanischen Außenpolitik, so betont der Verfasser des zitierten Aufsatzes, könne bewirken, daß nicht auch noch die letzten Friedenshoffnungen zuschanden würden. Und dann entwirft er für eine solche Neuorientierung einen positiven Plan, der vor allem zwei große Ziele ins Auge faßt:

1. Den Verzicht auf die von den Vereinigten Staaten beanspruchte Rolle eines Weltpolizisten, verbunden mit der Entwicklung einer internationalen Rechtsordnung, in der die *allgemeine Abrüstung* eine praktische Möglichkeit und der Krieg eine praktische Unmöglichkeit wird;

2. die Schaffung einer internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung, die im Rahmen der Vereinten Nationen und in genossenschaftlichem Geist planmäßig all die Notstände zu überwinden hat, die zu Gewalttätigkeit und Krieg führen. «Das bedeutet, offen herausgesagt, daß sich ein solches Programm *mit der sozialen Reform und sogar mit der sozialen Revolution verbünden muß,* statt die Revolution unterdrücken und den herrschenden Zustand aufrechterhalten zu wollen. Das ist vielleicht», meint Warburg, «die schwierigste Hürde, die wir zu nehmen haben. Jetzt geht unser Streben ja dahin, uns an das zu klammern, was wir haben, uns gegen Änderungen zu wehren und uns darum in der ganzen Welt mit andern zu verbünden, die ebenfalls daran interessiert sind, ihre gegenwärtige Vorzugsstellung aufrechtzuerhalten.»

Hier ist in der Tat der Kern der Sache getroffen. Denn das *heutige* Amerika, eingeschlossen die ganz kapitalistisch verseuchte Arbeiterschaft, sträubt sich ja leidenschaftlich gegen jede radikale Reform der herrschenden Erwerbs- und Besitzordnung, und zwar nicht nur im eigenen Land, sondern nicht viel weniger auch in der Welt draußen. Der Durchschnittsamerikaner ist vom Erfolg des «freien Unternehmertums» in «Gottes eigenem Lande» derart benommen, daß er einfach nicht zu begreifen vermag, wie die übrige Welt nicht mit den gleichen Methoden ebenso glücklich gemacht werden könne und wolle, wie er sei. Und was ihn selber betrifft, so vermag er, dem es in den letzten zehn oder fünfzehn Jahren so gut gegangen ist wie noch nie, der massig Geld im Sack hat und Arbeitslosigkeit nur noch vom Hörensagen kennt, wirklich keinen Grund zu sehen, den Ast absägen zu lassen, auf dem er anscheinend so

behaglich sitzt. Sogar ein Henry Wallace hat vor ein paar Monaten (im Novemberheft der Zeitschrift «Coronel») einen Artikel erscheinen lassen, in dem man liest:

«Für mich war es nie eine Frage, daß ich, falls es zu einem Zusammenstoß (zwischen Ost- und Westblock) kommen sollte, auf seiten der Vereinigten Staaten und des kapitalistischen Systems stehen würde. Ich glaube nur nicht, daß es zu einem Zusammenstoß kommen *müsse*. Bis 1948 dachte ich, die Bedürfnisse Rußlands seien derart, daß es möglich sei, zu einer bindenden, friedlichen Verständigung zu kommen, und zwar um einen Preis, der weit niedriger wäre als ein blutiger Krieg. Seit 1949 habe ich angefangen zu denken, daß Rußland den «kalten» Krieg wolle und vielleicht auch einen blutigen Krieg, sobald es dazu bereit sei.»

Wenn das am grünen Holz geschieht, was soll am dürren werden? Nein, bei einer derartigen Denkweise wäre es sinnlos, auf einen *von innen her kommenden* Umschwung der amerikanischen Weltpolitik zu hoffen. Nicht sinnlos, vielmehr durchaus im Bereich des Möglichen gelegen ist es hingegen, wenn wir hoffen, daß es gelinge, die gefährlichsten *Auswirkungen* dieser Politik so weit einzudämmen, daß es wenigstens nicht zu einem neuen Weltkrieg kommt. In der jüngsten Korea- und Chinakrise waren es vor allem England und der Britische Staatenbund (Commonwealth), die diese Aufgabe mit vorläufigem Erfolg übernahmen, wobei freilich die Gefahr nach wie vor besteht, daß Amerika die ihm von jener Seite bereiteten Hemmungen doch überwindet und auch die übrigen von ihm ja so vielfältig abhängigen UNO-Mächte in den Strudel seiner Abenteuerpolitik hineinreißt. Soll es nicht so weit kommen, dann müssen sich eben die außerhalb des Ostblockes stehenden Völker der Welt, vor allem auch die Völker Europas, die bei einem Zusammenstoß zwischen Rußland und Amerika in erster Reihe zermalmt werden, zu *immer bewußterem und kraftvollerem Widerstand gegen den halsbrecherischen Kurs der amerikanischen Weltpolitik zusammenfinden.*

Ansätze dazu haben sich ja bereits an verschiedenen Orten gebildet. Wir zählen dazu auch den sogenannten französischen Neutralismus, den ja die Parteigänger Washingtons nach Noten schmähen, der aber bei allen Vorbehalten, die wir ihm gegenüber machen, im Grunde doch eine gesunde Reaktion auf das amerikanische Draufgängertum darstellt. Auch in England, wo man weiß, daß im Fall eines Atomkrieges gegen Rußland die britischen Inseln den furchtbarsten Vergeltungsschlägen von seiten der Sowjetunion ausgesetzt wären, ist der Widerstand mindestens gegen die amerikanische Ostasienpolitik dauernd lebendig, und zwar keineswegs nur in «linken» Labourkreisen. Anderseits machen die *Regierungen* sowohl Großbritanniens als Frankreichs die hemmungslose Aufrüstungspolitik, der sich die Vereinigten Staaten hingegeben haben, nach Kräften, ja sogar über die Kräfte ihrer Länder hinaus mit. Und doch muß gerade diesem tollen Rennen schleunigst Halt geboten werden, soll es nicht schon recht bald im Graben enden!

Eine nächste Gelegenheit dazu bietet die von der Sowjetunion angeregte *Viermächtekonferenz über Deutschland*, über die zwischen den beteiligten Staatskanzleien immer noch hin und her verhandelt wird. Die Westmächte sehen eine solche Konferenz eben lediglich vom taktischen Standpunkt aus an. Für sie steht es fest, daß die Sowjetunion die Welt mit Waffengewalt für den Kommunismus erobern will, und daß sich die «freien Völker» gegen diese Bedrohung ebenfalls mit Waffengewalt verteidigen müssen. Was also Rußland, bis es voll gerüstet sei, an Verständigungs- und Friedensvorschlägen in die Welt hinausschicke, das sei, so lautet der Schluß, natürlich nur darauf berechnet, die Verteidigungsmaßnahmen des Westens zu durchkreuzen und Verwirrung ins feindliche Lager zu tragen. Und dazu gehöre auch die Deutschlandkonferenz, auf die der Kreml die drei westlichen Alliierten mit allen Listen zu schleppen suche. Daß die Dinge in Wirklichkeit völlig anders liegen, als es diese primitive Propagandatechnik darstellt, spricht auch ein so erfahrener und klarblickender Beobachter der Weltereignisse aus, wie es *J. Alvarez del Vayo*, einer der führenden Männer der ehemaligen spanischen Republik, ohne jeden Zweifel ist. «Rußlands Vorschlag als neues Obstruktionsmanöver abzutun», so erklärte er letzthin,

«heißt die Tatsache verkennen, daß der Kreml der Treue Ostdeutschlands nie sicher war und die Lehre der Vergangenheit nicht vergessen hat. Stalin bemerkte einmal zu Benesch, er würde ‚nicht einmal einem kommunistischen Deutschland trauen'. Die Russen haben wie die Franzosen mehr als *einen* deutschen Einbruch erlebt, und der Schrecken des Sommers 1941 ist ihnen noch immer in lebendigem Gedächtnis. Die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten, jeder mit eigener Armee oder Sicherheitspolizei, oder wie man es immer nennen mag, kann Moskau nicht gefallen. Die unmittelbare Gefahr stellt Westdeutschland dar, das durch antikommunistische Propaganda erhitzt ist und nach den fruchtbaren Landstrichen des Ostens begehrt; aber auch Ostdeutschland könnte durch einen Ruf zur Wiedereroberung der jetzt Polen einverleibten Grenzprovinzen aufgewiegelt werden. Zwei deutsche Staaten stellen eine doppelte Dauergefahr dar. Wenn also Rußland die Rückkehr zu Potsdam vorgeschlagen hat, zum mindesten im Sinne der Wiederherstellung einer Politik der Zusammenarbeit der großen Vier, mit dem Zweck der Verhinderung des Wiederaufkommens einer deutschen Wehrmacht, so verfolgt es damit nur seine eigenen Interessen. Und diese Interessen sind auch diejenigen des Westens. Das Gespenst eines remilitarisierten Reiches geht in jedem Außenministerium Europas um.

Wenn die Vereinigten Staaten ein Verhandlungsabkommen mit Moskau über die deutsche Frage zurückweisen, werden sie nicht bloß die Gefahr eines dritten Weltkrieges laufen, der nicht am Rande Asiens, sondern im Herzen Europas ausgefochten werden müßte; sie werden auch Gefahr laufen, den Krieg ohne verläßliche Bundesgenossen ausfechten zu müssen.»

Genau die gleiche Auffassung vertritt Alexander *Werth* im «New Statesman». Die Furcht der Russen vor einem Wiederaufleben des deutschen Nationalismus und Militarismus, so glaubt dieser britische Journalist, der die ganzen Kriegsjahre in der Sowjetunion verbracht hat und noch immer gute Fühlung mit russischem Denken aufrechterhält, sei durchaus echt; die Erinnerung an die Taten der Hitlerarmee, die als

einzige Armee der Welt quer durch Rußland bis an die Grenzen Asiens hindurchmarschierte, sei vielleicht die grimmigste von allen Erinnerungen des Sowjetvolkes. Irgendwelche Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion einen Präventivkrieg gegen Deutschland plane, seien bisher nicht zu bemerken. «*Wenn* aber einmal», so fügt Werth hinzu, «die Sowjetregierung zu einer Kraftprobe in Westeuropa entschlossen wäre, so würde eine solche Kraftprobe zunächst die Form eines ‚innerdeutschen Konflikts' annehmen, wobei etwa der Osten als ‚Einiger' Deutschlands aufträte, bevor die westliche Wehrmacht dazu Zeit hätte . . . Die Sowjetregierung ebenso wie das russische Volk würden es bei weitem vorziehen, keinen Krieg zu bekommen; die wirkliche Gefahr ist aber, daß sie in ihrer begreiflichen Deutschenangst es als eine Sache von Leben und Tod ansehen könnten, eine deutsche Wiederaufrüstung zu verhindern.»

Wollen die Westmächte, die von Deutschland im letzten Krieg nicht den hundertsten Teil dessen erlitten haben, was Rußland erlitten hat, mit ihrem unverantwortlichen Plan für die Wiederbewaffnung Deutschlands die Sowjetunion wirklich mit aller Gewalt zu einem Verzweiflungsschritt treiben? Sie könnten, wenn ihnen das gelänge, nach außen hin in heller moralischer Entrüstung, aber innerlich triumphierend gewiß mit leichter Mühe vor ihren Völkern und der übrigen antikommunistischen Welt den Beweis für die Richtigkeit ihrer «Verteidigungspolitik» und die Verruchtheit der sowjetischen Eroberungsabsichten ausbreiten. Nur – wäre das dann auch die Wahrheit? Wäre dann nicht vielmehr die «Eindämmungspolitik» der *Westmächte* gerichtet? Vor allem die Weltpolitik Amerikas, die, wie ich immer mehr glauben muß, ganz planmäßig auf das in ein paar Jahren zu erreichende Ziel hinsteuert, Rußland zum Losschlagen zu zwingen – einem Losschlagen, das von der Sowjetunion aus defensiv oder doch präventiv gemeint wäre, aber dann eben den großartigsten Anlaß böte, um in fürchterlichstem Gegenschlag den Herd des Weltkommunismus ein für allemal atombombenmäßig zu vernichten!

16. Januar. *Hugo Kramer.*

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Landesverteidigung! Es wird Zeit, daß wir auch wieder einmal einen Blick auf die Lage der Schweiz werfen, wie sie sich unter dem Einfluß der Weltereignisse gestaltet. Die sichtbarste und wahrscheinlich folgenschwerste Wirkung der internationalen Hochspannung auf unser Land ist natürlich das *Rüstungsfieber*, das alle «guten Patrioten» – und je «besser» sie sind, um so mehr – ergriffen hat. Die Pläne für die neue, in der Schweizergeschichte ohne Beispiel da-

stehende Verstärkung unserer Kriegsrüstung sind längst fertig, und in einer Sondertagung der eidgenössischen Räte sollen und werden die dafür geforderten Mittel, vorerst einmal 1,4 Milliarden Franken, noch im Laufe dieses Winters bewilligt werden. Zwei Vorschußkredite von zusammen 311 Millionen sind ja im Juli, beziehungsweise Dezember letzten Jahres von der Bundesversammlung bereits gutgeheißen worden – fast widerspruchslos, denn an grundsätzlichen Widerstand gegen diesen kollektiven Wahnsinn denkt ja außer den moralisch aus der Volksgemeinschaft ausgestoßenen Kommunisten und einem kleinen Häuflein verachteter Pazifisten kein Mensch mehr. Natürlich auch die Sozialdemokratie nicht, deren Parteivorstand sich von keinem Geringeren als dem Generalstabschef der Armee, Oberstkorpskommandant de Monmollin, über das Rüstungsprogramm der Militärs und des Bundesrates «aufklären» und gewinnen ließ. «Rechts vom referierenden Oberstkorpskommandanten saß ein ehemaliger Dienstverweigerer und links neben ihm der sozialdemokratische Parteipräsident. Schon dieses Bild allein», schrieb damals, vor Ehrfurcht erschauernd, die Basler «Arbeiterzeitung», zeigt die große Wandlung an, welche im Verhältnis der schweizerischen sozialistischen Arbeiterschaft zur Frage der Landesverteidigung, zur Frage des Militärs eingetreten ist.» Und nicht nur des Militärs, so muß man beifügen, bildet doch die «große Wandlung», die *hier* erfolgt ist, nur eine Teilerscheinung der *allgemeinen* Neuorientierung, die auch in der schweizerischen Sozialdemokratie Platz gegriffen hat und sich besonders in einem durchaus nach bürgerlichem Muster geformten und dieses vielfach noch überbietenden gehässigen Antikommunismus ausdrückt. Denn daß die große Aufrüstung der Schweiz nur der Angst vor einem russisch-kommunistischen Einbruch nach Westeuropa entsprungen ist, einer Angst, die ihrerseits zuletzt im schlechten Gewissen der Anhänger der herrschenden Gesellschaftsordnung wurzelt, das ist ja bei der völlig kritiklosen Übernahme des westmächtlich-amerikanischen Weltbildes durch unsere öffentliche Meinung ganz selbstverständlich; die «ewige Neutralität», die man immer noch als obersten Staatsgrundsatz der Eidgenossenschaft ausgibt, ist wirklich nurmehr ein dünner Schleier über unserer fast vorbehaltlosen moralischen und wirtschaftlichen Solidarität mit der Sache der Westmächte, der kaum jemanden täuscht und der im Ernstfall von rauhen ausländischen Händen wahrscheinlich vollends ganz weggerissen werden wird[1]. Aber will man immer noch nicht einsehen, daß die zügellose militärische Aufrüstung Westeuropas und Westdeutschlands gerade diejenige Lage herbeizuführen droht, in der ein dritter Weltkrieg unvermeidlich wird? Wahrlich, unsere Aufrüster und Panikmacher laden eine schwere Schuld auf sich! Sie *verteidigen* die Schweiz nicht; sie helfen mit, sie *zugrunde zu richten*.

Oder bildet man sich wirklich ein, wenn Europa brenne, werde unser Haus auch wieder unversehrt davonkommen? Es *könnte* davonkommen – aber nur, wenn wir uns entschlossen von allem Kriegsdenken und Kriegsrüsten freihielten. Und das tun und

---

[1] Bei einer kleinen Volksumfrage, die auf Neujahr die Universum-Preß in Bern veranstaltet hat, sind in bezug auf die Abhängigkeit unseres Publikums von den im Ausland fabrizierten Propagandalosungen allerhand erbauliche Dinge zum Vorschein gekommen. «Ein besorgter Schweizer Bürger» schreibt zum Beispiel: «Die russischen Städte und Fabriken müssen möglichst bald dem Erdboden gleichgemacht werden.» Ein anderer: «Vor den Folgen der sofortigen Anwendung der Atom- und der H-Bombe schrecke ich nicht zurück ... Ich würde den Krieg mit einem übergewaltigen Flugzeugpark mit Atombomben auf die größten Städte (der Sowjetunion) beginnen und nicht Millionenheere ins Feld stellen» usw. Und ein dritter Gemütsmensch verlangt: «Sämtliche Kominformländer inklusive Rußland sollten aus der UNO ausgeschlossen werden. In der Rüstung ist das Hauptgewicht auf die Produktion der Atombombe zu legen ... Sollte China anderswo angreifen, dann müßten sämtliche Flugzeuge der Alliierten eingesetzt werden, und zwar eine Hälfte in China und die andere in Rußland, mit Atombomben beladen, aber ohne vorherige Warnung. Wenn's richtig gemacht wird und nichts mehr ausgeplaudert wird, bin ich der Überzeugung, daß nachher Frieden auf Erden sein wird.»

wollen wir ja gerade *nicht*. Wir rüsten nicht nur selber auf wie noch nie zuvor; wir hetzen auch unsere Nachbarn beständig, ja recht gründlich und hemmungslos, ebenfalls ihren Beitrag an die gemeinsame «Verteidigung der westlichen Freiheit gegen die östliche Tyrannei» zu leisten. Man verfolge nur etwa, wie unermüdlich die «Neue Zürcher Zeitung» die Aufrüstung Westdeutschlands verlangt, oder lese auch das «Volksrecht», das die Franzosen heruntermacht, weil sie Neigungen zeigten, sich außerhalb des Machtkampfes zwischen Rußland und Amerika zu halten! Was bei uns höchste Tugend ist, wird so bei den andern ärgstes Laster, ja Verrat an der «gemeinsamen Sache» – die man handkehrum durch den Rückzug in das Schneckenhaus seiner «ewigen Neutralität» selbst wieder verleugnet. Das ist nicht nur verlogen, sondern auch dumm. Wer durch seine Parteinahme für die *eine* Mächtegruppe beweist, daß ihm die Gegensätze zwischen den beiden großen Weltlagern durchaus keine «fremden Händel» sind, der hat das Recht verwirkt, sich um den höchsteigenen Einsatz zugunsten des von ihm bevorzugten Lagers zu drücken. Die Unterscheidung zwischen moralischer Parteinahme und politisch-militärischer Unparteilichkeit (Neutralität) ist psychologisch und sittlich auf die Länge einfach nicht haltbar. Das hat schon der zweite Weltkrieg erwiesen (obwohl es uns erspart wurde, in die militärische Auseinandersetzung hineingezogen zu werden); ein dritter Weltkrieg müßte es ganz handgreiflich klarmachen.

Staatsschutz! Der falschen Landesverteidigung nach außen entspricht ein falscher Staatsschutz gegen den «inneren Feind». Das revidierte Strafgesetz mit den neuen Bestimmungen über die Abwehr von Angriffen auf die verfassungsmäßige Ordnung als pièce de résistance ist ja nun auf den 1. Januar bereits in Kraft gesetzt worden, da ein Referendum dagegen nicht zustande kam. Es gab offenbar keine einzige Gruppierung von Bürgern, die groß genug gewesen wäre und hinreichend Mittel hätte aufbringen können, um diesem Gesetz den Kampf anzusagen, das freilich schlauerweise Rechtes und Schlechtes so sehr vermengte, daß dagegen nur sehr schwer eine wirkliche Volksbewegung wie gegen die beiden früheren gescheiterten Anläufe zu einem «Staatsschutz» hätte in Gang gebracht werden können. Aber das ist dennoch sicher: den Zweck, den man mit dem neuen Gesetz verfolgt, wird man nicht erreichen. Man wird die Freiheitsgesinnung noch mehr schädigen, die Bürgerrechte noch mehr drosseln, die «Umstürzler» noch mehr schikanieren und plagen können – aber den Kommunismus (und Antimilitarismus!) unschädlich zu machen, das wird man auch mit den schärfsten Polizeigesetzen nicht fertig bringen. Wenn insbesondere je einmal eine Lage eintreten sollte, da auch in der Schweiz der Kommunismus eine wirkliche Gefahr würde, dann müßten dagegen alle Staatsschutzartikel ebenso sicher versagen, wie ein Sandhaufen weggerissen würde, den man gegen ein elementares Hochwasser «vorsorglich» aufschütten wollte. Unendlich viel wichtiger als solche bösartige Kindereien wäre es, den Staat – oder besser: das Schweizervolk – vor den Vertretern und Nutznießern einer «Ordnung», eingeschlossen das Militärsystem, zu schützen, die den Bestand einer freien, der Gerechtigkeit und der Hilfe für die Schwachen und Geringen ergebenen Eidgenossenschaft gröblich schädigt, ja ihr Leben selbst gefährdet. Ich rechne zu diesen Leuten auch jenen Monsieur Paul Ladame, der eine amerikanische Persönlichkeit um zunächst einmal 20 Millionen Dollar anpumpte für die Gründung einer in Genf herauszugebenden «paneuropäischen» Tageszeitung, die im Schutze der schweizerischen Neutralität tatsächlich einen «Brückenkopf» für die amerikanische Weltpropaganda hätte aufbauen sollen. Herr Ladame rühmte sich dabei der von ihm am Schweizer Radio geführten antikommunistischen Feldzüge (für die «verschleppten» griechischen Kinder, für die Ostflüchtlinge usw.), von denen er selbst sagt: «Alle diese Radiofeldzüge waren dazu bestimmt, das Vertrauen in die von den Vereinigten Staaten zugunsten von Westeuropa betriebene Politik zu verstärken.» Und wie viele ahnungslose Hirtenknaben (und Hirtenmädchen) sind auf diese Spekulation des Herrn Ladame hereingefallen, der damit nur Vorarbeit für sein Zwanzig-Millionen-Projekt leisten wollte! Das Projekt selber ist inzwischen, wie sein Urheber erklärt, zurückgestellt worden. Inzwischen darf Herr Ladame sein trübes Handwerk in der Schweiz

ruhig weiter ausüben. Gehören aber Leute wie er nicht ein für allemal aus dem Radio- und Pressebetrieb ausgeschaltet? Werden wir nicht einmal einen Staatsschutz auch gegen *solche* Schädlinge bekommen – einen Schutz, der dann freilich nicht einfach eine macht- und polizeimäßige Abwehr von Angriffen auf die dannzumalige «verfassungsmäßige Ordnung», nur mit anderen Vorzeichen, sein dürfte?

Wirtschaft! Im Zeichen der zunehmenden Weltspannung steht schließlich auch, und ganz ausgesprochenermaßen, die schweizerische *Wirtschaft*. Noch im Frühjahr zeigten Handel und Industrie deutlich rückläufige Tendenz. Die Hoch- und Überkonjunktur der Kriegs- und Nachkriegszeit begann merklich abzuflauen; Absatzschwierigkeiten und Arbeitsmangel schienen die Hauptsorgen werden zu wollen. Der Korea-Krieg und die daraufhin eingeleitete gewaltige Aufrüstung, von Amerika aus auch auf Westeuropa und die Schweiz übergreifend, hat dann das Bild völlig verändert. Auf der einen Seite leidet die schweizerische Wirtschaft zwar unter der sensationellen Preissteigerung, die auf den Rohstoffmärkten eingetreten ist, anderseits aber öffnen sich ihr nun infolge der Ausschaltung eines Teiles der amerikanischen und britischen Konkurrenz auf den Absatzmärkten neue, höchst profitable Betätigungsfelder, während gleichzeitig große Auslandskapitalien in die Schweiz zurückströmen und die schweizerische Aufrüstung selbst auf Jahre hinaus umfassende Aufträge und reiche Gewinne verspricht. Kurz, die Aktienkurse, die Dividenden, die Grundrenten und teilweise auch die Löhne steigen – es ist eine Lust, zu leben, während die anderen sterben ... bis die Reihe an uns kommt, für die «Rettung der abendländischen Kultur» mit Gut und Blut zu bezahlen.

Denn nicht wahr, dieser ganze Tanz ums goldene Kalb ist ja eigentlich nur ein Totentanz – der Totentanz einer untergehenden Mammonskultur, die nur noch dank Krieg und Kriegsrüstung eine Scheinblüte von begrenzter Dauer aufrechterhalten kann. Die moralischen Hintergründe und Begleiterscheinungen des gegenwärtigen wirtschaftlichen Hochbetriebs sind tatsächlich auch in unserer sprichwörtlich «soliden» Schweiz erschreckend; es sind hier Kräfte am Werk, die unsichtbar, aber desto gewisser die geistigen wie auch die gesellschaftlichen Grundlagen der Demokratie zerstören. Die immer neu auftauchenden Skandale und Affären, von denen die Zeitungen voll sind, bis hin zum «Bunkerskandal», den man nun glücklich auf ein paar unbedeutende Versäumnisse reduziert hat, sind nur zufällig besonders gut sichtbar gewordene Ausdrucksformen einer Geistesverfassung, die unser ganzes Geschäfts- und Privatleben, mehr und mehr aber auch das öffentliche Leben, zu entwürdigen droht, sozusagen Blasen auf der Oberfläche eines Sumpfgewässers, dessen Schlamm und Unrat alles gesunde Leben rettungslos vergiftet und erstickt. Man braucht wirklich kein griesgrämiger Moralist zu sein, um doch jenem Mitarbeiter des «Essor» zuzustimmen, der unlängst meinte:

«Man macht schon lange viel Wesens von dem Materialismus der marxistischen Weltanschauung, in der Absicht, damit zu betonen, was uns angeblich von dieser letzteren trenne ... Aber ist es wirklich so viel anders in der Schweiz, wo man kaum die Gewohnheit hat, anders als im Sinn von ‚Wurst wider Wurst' miteinander zu verkehren, und wo das Geld eine solche Anziehungskraft besitzt, daß es sogar höchst geachtete Vertreter der herrschenden Klasse verdirbt? Ist das nicht auch Materialismus reinsten Wassers, ein Materialismus, der in einem bestimmten Sinne noch verabscheuungswürdiger ist als der andere, weil er heuchlerischer ist? Die Jugend dürstet überall nach dem Unbedingten und der Durchschnittsmensch nach einem Mindestmaß von Sauberkeit. Kann aber die eine wie der andere noch Vertrauen in eine Gesellschaft haben, die sich vor allem durch eine zügellose Jagd nach Geld, nach Macht und nach den Genüssen, die sie bieten, hervortut?»

Daß diese selbe Gesellschaft gleichzeitig so heftig gegen den Marxismus und Kommunismus wütet, hat wirklich seine guten Gründe. Ist sie aber mit ihrem ganzen Tun und Treiben nicht gerade die beste Schrittmacherin für den Kommunismus? Und

täte sie nicht besser, die *Ursachen* der gewalttätigen Umsturzbewegungen unserer Zeit abzustellen, als ihre *Erscheinungsformen* mit Kriegsrüstungen und Staatsschutzgesetzen unterdrücken zu wollen? Fragen, über die nachzudenken im Laufe des neuen Jahres vielleicht mehr Anlaß sein wird, als uns allen lieb ist.

17. Januar. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNGEN

Edna Ferber: «Die großen Söhne.» Steinberg-Verlag, Zürich (1950). 254 Seiten.
Sinclair Lewis: «Der königliche Kinsblood.» Steinberg-Verlag, Zürich (1951). 383 S.

Zwei amerikanische Romane von ungleichem Feingehalt. «Die großen Söhne» – das ist kaum mehr als eine in Form einer sieben Generationen umfassenden Familiengeschichte mäßig lesbar geschriebene journalistische Reportage über die außerordentliche Entwicklung der ganz im Nordwesten der Vereinigten Staaten gelegenen Stadt Seattle. Wer dieses nun ja allerdings erstaunliche Seattle und sein Hinterland ein bißchen kennt, der läßt sich gern mehr davon erzählen; wer es nicht kennt, der wird durch das Buch Edna Ferbers immerhin einen Einblick in eine Welt bekommen, die der unsrigen so unendlich fern ist und doch unser eigenes Schicksal ganz entscheidend mitbestimmen hilft. Aber wie gesagt: literarischen Wert hat das Buch nicht.

Ganz anders – das braucht nicht versichert zu werden – das letzte Werk des Schöpfers des berühmt gewordenen «Babbitt», des amerikanischen Normalspießers. «Der königliche Kingsblood» ist beim Erscheinen des amerikanischen Originals in den «Neuen Wegen» bereits gewürdigt worden; nun liegt die – ausgezeichnete – deutsche Übersetzung vor, zu der zu greifen jedem zu raten ist, der das Negerproblem, wie es sich in den Vereinigten Staaten stellt, in lebendiger Anschauung und künstlerischer Gestaltung kennen lernen möchte. Dies um so mehr, als Lewis uns das Problem – ein origineller Kunstgriff – zeigt, wie es sich für einen Weißen entwickelt, der dahinter kommt, daß einer seiner acht Urgroßväter ein Schwarzer war, und der darum von den Vollblutweißen als Neger gebrandmarkt wird. Kein menschlich empfindender Leser wird das mit ebensoviel gesellschaftskritischer Schärfe wie psychologischer Feinheit geschriebene Buch ohne reinigende Erschütterung aus der Hand legen! *H. K.*

Ansprache an der Tagung der religiös-sozialen Vereinigung

Um die Weihnachtszeit fand ich an einer Stelle, wo er sicher auch manchen von Ihnen begegnet ist, einen alten Spruch: «Du blickst nach Ihm und siehst nichts; Du horchst nach Ihm und hörst nichts; Du handelst nach Ihm und findest kein Ende.»

Dieser Spruch hat sich mir tief ins Herz gegraben; denn er ist ja das Grundwort der religiös-sozialen Bewegung: die Wahrheit des Reiches Gottes für die Erde, das von den Menschen verwirklicht werden soll. Die religiös-soziale Bewegung hat nie, wie so viele religiöse Bewegungen, Gott im Bilde zu schauen begehrt; sie hat nie eine mystische Gottesschau aufgestellt; sie hat auch die Stimme Gottes nie im Gesang einzufangen gesucht; sie hat keine Liturgie ausgebildet oder auch nur aufgenommen; sie hat die Stimme Gottes immer nur als unmittelbaren Aufruf, als Anruf an den Menschen, das menschliche Gewissen vernommen: als den Anruf und Aufruf zum Handeln nach Ihm, das kein Ende findet.

Nun spreche ich aber heute zu Ihnen in einem Augenblick, in dem das Handeln nach Ihm, das zu allen Zeiten das schwerste ist, uns noch einmal, und zwar in doppelter Weise, erschwert ist: zunächst durch die Finsternis und Wirrnis einer Weltlage, in der wir uns nicht mehr zurecht- und kaum mehr als Menschen wiederfinden, weil in ihr nicht nur alle Wege verwirrt sind, sondern auch eine Sprachverwirrung weit schlimmer als die babylonische über die Menschen hereingebrochen ist, weil heute nicht nur die Eine Menschensprache in unzählige Sprachen zerfallen ist, so daß die Menschen einander nicht mehr verstehen, sondern weil ein Verstehen nicht mehr gesucht und sogar gewaltsam verhindert wird, durch eine tobende Propaganda, die den Sinn und die Wahrheit aller Menschenworte verkehrt. Und da die Sprache der Hauptwegweiser im Menschenleben ist, sind durch ihre Verwirrung alle Wege ein zweites Mal verwirrt.

Es scheint vergeblich und sinnlos, in diesen Weltwirrwarr hinein auch nur ein Wort zu sagen. Ein leises verklänge in ihm sofort, und auch noch ein lautes müßte das eines Propheten oder Heiligen sein, um auch nur halb vernommen zu werden. Wenn ich trotzdem auf den Wunsch der Freunde in diesem Augenblick zu Ihrem engen Kreis ein ganz bescheidenes Menschenwort zu sagen wage, so geschieht es darum, weil die heutige Sprachverwirrung auch in unsere kleine Bewegung eingedrungen ist, weil unter dem Druck des Weltgeschehens, ihrem eigensten Sinn entgegen, die religiös-soziale Vereinigung sich in zwei einander entgegengesetzte Hälften gespalten hat.

Es ist mir immer gewiß gewesen, daß für keine Vereinigung irgendeiner Art eine Spaltung so widersinnig und unheilvoll sein könne wie für die, deren Sinn und Endziel der Friede, die Liebe, die Gerechtigkeit

ist. Denn kann sich die Liebe, der Friede, die Gerechtigkeit spalten? Die Welt, der sie von je entgegenstand, ist damit über unsere Bewegung Herr geworden, und der Teil, der diese Spaltung nicht gewollt hat, ist durch sie um so tiefer verwaist.

Es ist unmöglich, daß nach dieser Spaltung unsere Arbeit einfach weitergehen könnte, als ob nichts geschehen wäre. Die Gruppe, die aus der Bewegung ausgetreten ist, scheint dies trotzdem für ihr Teil zu glauben; sie kann es nur, weil sie einen wesentlichen Teil der religiös-sozialen Botschaft preisgegeben hat. Wir anderen sind einen Augenblick stehen geblieben und haben uns auf unsere durch die neue Lage veränderte Aufgabe besonnen, und es ist diese uns neu gestellte Aufgabe, auf die ich mich heute mit Ihnen gemeinsam besinnen möchte.

Wir waren von je ein kleines Häuflein; «die kleine Herde» hat Ragaz die religiös-soziale Bewegung oft genannt, und er hat damit nicht nur ihre äußere Kleinheit, sondern auch, freilich immer schon mit Zagen, seine große Hoffnung auf sie ausgesprochen; denn es ist ja die kleine Herde, auf der in der Bibel die Verheißung ruht. Nun ist durch die Spaltung die kleine Herde nicht nur noch kleiner geworden, sie ist auch in ihrem Eigensten gefährdet, und es muß sich zeigen, ob trotzdem das Häuflein der ihr treu Gebliebenen noch eine Hoffnung in sich bewahrt.

Bei dieser Prüfung unserer Aufgabe und unserer Hoffnung müssen wir zunächst unser Verhältnis zur heutigen Weltlage prüfen. Und da gilt es vor allem festzustellen, daß die Spaltung der religiös-sozialen Vereinigung keineswegs, wie es immer wieder vereinfachend und verfälschend gesagt wurde, die Spaltung der Welt in West und Ost wiederholt. Es wäre ohne dies fundamentale Mißverständnis wahrscheinlich zu einer Spaltung gar nicht gekommen. Unser Anliegen, das Anliegen derer, die der religiös-sozialen Vereinigung treu geblieben sind, ist ein vollkommen, ein grundsätzlich anderes: es geht, wie es zu jeder Zeit ihre Aufgabe war, nicht auf Spaltung, Verwirrung und Vernichtung, sondern auf Einigung, auf Klärung in gemeinsamer Verantwortung. Und wir sind gewiß, mit dieser Haltung nicht nur unserer eigenen Aufgabe zu dienen, sondern in all unserer Kleinheit und Schwäche der von ihr selbst so heillos überschriebenen Aufgabe der ganzen heutigen Welt.

Schon vor dem Ende des vergangenen Jahrhunderts hat Nietzsche das prophetische Wort ausgesprochen, das auch Ragaz einmal tief betroffen hat: «Langsam, furchtbar, unausweichlich kommt der Augenblick heran, wo das Ganze der Welt verwaltet werden muß.» Dieser Augenblick ist nun gekommen, und es zeigt sich, wie es Nietzsche in dem Wort «furchtbar» schon vorweggenommen hat, daß diese Aufgabe für die Menschen zu schwer ist. Und dies, obwohl heute in einem Ausmaß, das zu Nietzsches Zeit noch gar nicht vorauszuahnen war, durch die Entdeckungen und Erfindungen des Menschengeistes die Erde um den Menschen her sich zu einer Einheit zusammengezogen hat, mit der Überwindung von Raum und Zeit noch jüngst unvorstellbare Möglichkeiten

des Verkehrs, des Austauschs, des Kennens und Verstehens auch der entferntesten Völker und damit ein neues Wissen des Menschen um den Menschen erschlossen worden ist, das aus der Menschheit auch geistig eine neue Einheit geschaffen hat.

Aber mit dieser machtvollen Entwicklung ist zugleich ein anderes geschehen, das die Hoffnung der Welt zum Scheitern zu bringen droht: der Mensch selbst ist hinter der Entwicklung seines Geistes zurückgeblieben; er gebietet ihr nicht mehr. Mag er sich mit seinem Geist in die weitesten Fernen, mit seinem Leib in die Lüfte erheben: er selbst, der im Ebenbild Gottes geschaffene Mensch, ist um sein Bestes verarmt auf der Erde zurückgeblieben. Er ist durch das, was er erschaffen hat, selbst ein anderer geworden, und wieder ist damit die Voraussage eines großen Europäers erfüllt: das schwermütige Wissen des späten Goethe: «Es wird durch die Maschine eine neue Welt mit neuen Menschen kommen, die wir nicht mehr verstehen.»

Langsam, weil unvermerkt, und doch in dem rasenden Tempo der Maschine ist diese Veränderung eingetreten. Ich selbst habe in meiner eigenen Lebenszeit deutlich die Wandlung des Menschen, seines Fühlens und Denkens, aller seiner Begriffe und Werte erlebt. Immer wieder kam mir die Frage: Was ist in unserer Welt geschehen, seit ich in meiner Jugend, gegen das Ende des vergangenen Jahrhunderts, meinen Vater sagen hörte, Kriege könne es in der Zukunft nicht mehr geben, weil die Waffen, die seit dem letzten Kriege (dem deutsch-französischen) erfunden worden seien, zu furchtbar seien, als daß die Menschen sie noch gegeneinander anwenden könnten. Und dies war nicht so weltfremd, wie es uns heute erscheint; denn nicht allzulange vorher war wirklich eine neu erfundene Waffe, die eine große Anzahl von Menschen zugleich vernichten konnte, um ihrer zu großen Furchtbarkeit willen durch einen gemeinsamen Beschluß in einem See versenkt worden.

Wie konnte es kommen, daß in unserer heutigen Welt eine solche Tat nicht nur nicht mehr denkbar, sondern daß sie geradezu strafbar wäre, daß sie als gegen das Gemeinwohl gerichtet verurteilt werden würde, daß heute das Gemeinwohl die gegenseitige Zerstörung ist? Wie kommt es, daß Krieg und Vernichtung in unserer Welt so selbstverständlich geworden sind, das im Grunde allein noch Selbstverständliche, das alle Lebenswerte der Völker verschlingt? Gewiß haben die beiden Weltkriege die wachsende Entmenschlichung des Menschen bewirkt; aber sie selbst waren erst auf dem Grund einer neuen Geistesentwicklung möglich. Denn wohl hat es immer Kriege gegeben; aber sie waren nicht die mit allen Mitteln und Menschen kunstvoll organisierte totale Vernichtung. Wie kommt es, daß der Wächter der Menschheit, das menschliche Gewissen, so tief in Schlaf gesunken ist und an seiner Stelle ein riesenhafter Dämon der Vernichtung aus den Tiefen der Menschenseele aufsteigt?

Wir kennen diesen Dämon in vielen Gestalten. Ich brauche sie nicht

mit Namen zu nennen. Nicht nur das große Bibelwerk von Ragaz, sein ganzes Leben war ein Ringen mit diesem Dämon, den er unter allen seinen Verhüllungen erkannt und sichtbar gemacht hat und den er in allen seinen Erscheinungen als den Dämon des Todes, den Tod selbst erkannte. Er sah deutlich das Anwachsen der Todesmächte in unserer Welt. Er hat die Atombombe noch erlebt; er sah in ihr gleichsam die Menschheit am Scheidewege; ihm war in ihr noch einmal dem Menschen die Entscheidung zwischen Gut und Böse als die zwischen Leben und Tod vorgelegt. Was hätte er, der auf eine Entscheidung für das Gute, das Leben, auf die Einigung der Menschheit noch hoffte, zu dem Widersinn und dem Wahnsinn gesagt, daß nun in eben dem Augenblick, wo wie nie vorher in der Geschichte die Erde zu einer Einheit geworden ist, sie in zwei einander feindliche, von Zerstörungswut rasende Hälften auseinandergebrochen ist, daß so die ganze unendlich Fruchtbares in sich schließende Entwicklung des Menschengeistes sich schließlich gegen den Menschen selber kehrt?

Der Gründe für diesen Wahnsinn sind viele; aber der tiefste und eigentliche, der mit allen anderen Gründen verflochten ist, ist, daß der heutige Mensch noch einmal der Stimme der Schlange gefolgt ist, daß er sich nicht mehr aus der Hand Gottes entgegennehmen will, sondern daß er auch jetzt wieder — und diesmal durch eine ungeheure eigene Leistung — sein will wie Gott. Nicht durch ein neues Aufflammen zu Ihm, nicht durch das Handeln nach Ihm und nicht durch eine innere Erhöhung sucht er Gott gleich zu werden, sondern durch ein Mittel, das in seiner ganzen vermessenen Unheimlichkeit nur dadurch der Mehrzahl der Menschen verschleiert blieb, daß sie sich langsam daran gewöhnt haben, daß es ihren Bedürfnissen gedient und daß es sie selbst unvermerkt gewandelt hat: durch künstlichen, ständig verfeinerten und vervollkommneten *Ersatz* für den Menschen und für Gott. Den Prothesengott hat ein großer Denker mit furchtbarer Wahrheit den heutigen Menschen genannt. Er lebt in immer riesigerem Ausmaß vom Ersatz. Und aus der kalten leblosen Welt des Ersatzes, die ihn überall umgibt, ist eine neue, eine innere Eiszeit über den Menschen hereingebrochen; sie hat ihm mit ihrer kalten Schmeichelei das Herz aus der Brust gestohlen; das Erkalten der Liebe, von dem die Matthäus-Apokalypse als von dem schwersten Zeichen des nahen Untergangs spricht, ist in der kalten Welt des Gottes- und Menschenersatzes in neuer und furchtbarer Weise Wirklichkeit geworden. Es ist, als wäre der Menschheit das Herz ausgebrochen und als versuchte der Geist auf unzähligen Wegen etwas ihm Ähnliches zu erschaffen. Aber genau hier ist seine Grenze; denn nie erreicht und ersetzt ja der ständig fortrasende Geist das in der Mitte lebendig schlagende Herz. Viele Versuche zur Einigung der zerrissenen Völkerwelt sind zwischen den beiden Kriegen und nach dem letzten Krieg unternommen worden, viele Organisationen zur Befriedung der Welt wurden gegründet und mit immer schnelleren Flug-

zeugen von den Abgesandten aller Länder erreicht. Sie sind alle, wie der Völkerbund und nun die UNO, gescheitert, weil in ihnen eben das allein Frieden Stiftende und Erhaltende fehlt: das lebendig schlagende menschliche Herz. Darum klingen auch schon alle ihre Begründungen so hohl und leer und verblaßt.

Dies alles: die Welt leblosen Ersatzes, der Entmenschlichung durch technisierte Kriege, des Erkaltens der Herzen ist der Menschheit gemeinsam. Darum ist auch die Spaltung der Welt in West und Ost vom Ganzen aus gesehen ein bloßer Wahn; sie ist, wie Pfarrer Balscheit es letzthin in den «Neuen Wegen» gesagt hat, nur ein Mythos. Ein Mythos: das sichtbare Abbild einer inneren Wirklichkeit, und zwar unserer heutigen dämonisch verzerrten inneren Wirklichkeit. Das mag manchem sonderbar klingen, weil sie doch eine so grauenvolle äußere Wirklichkeit ist. Aber diese Wirklichkeit ist eine einzige ungeheure Verirrung; sie kann darum für uns niemals ein wirkliches Anliegen sein. Das ganze, das einzige Anliegen des kleinen Häufleins, das wir sind, ist angesichts dieser furchtbaren Spaltung die Frage: Wie ist es möglich, daß in einer bis an die Zähne gerüsteten, mit den grausamsten Waffen gerüsteten Welt, der Welt der Atombombe, des Bakterienkrieges, die zum furchtbarsten aller Kriege und damit zu allem Bösen und Fluchwürdigen, zu jeder Versklavung und Vernichtung der Menschen entschlossen ist, die aus dem Ersten Weltkrieg nicht nur das Entsetzen der Konzentrationslager, sondern in den größten Ländern Europas eine Schreckensherrschaft ohnegleichen entwickelt hat, deren eine noch heute unbehindert fortwuchert, – wie ist es möglich, daß in einer solchen Welt die eine Hälfte über die andere zu Gericht sitzt, als ob sie an allem, was auf der anderen Seite geschieht, ohne Schuld und Mitschuld wäre?

Und nicht nur die große Masse der Zeitungsleser, auch ernste, auch suchende Menschen erkennen heute die Einheit der Weltschuld, die gemeinsame Verantwortung für das Ganze des Geschehens nicht mehr. Sie alle hier haben sicher von dem Buch gehört, in dem sechs bekannte, zum Teil bedeutende westliche Schriftsteller, die, von der Ungerechtigkeit der westlichen Welt erschüttert, sich auf die Seite des Ostens geflüchtet hatten und durchweg Kommunisten geworden waren oder dem Kommunismus nahestanden, nun angesichts der Schrecknisse der russischen Wirklichkeit ihr Verwerfungsurteil über den in Gewalt umgeschlagenen Kommunismus aussprechen. Sie sind alle redliche Zeugen; sie haben aus ihrem persönlichen Erleben und aus ihrer wahren Überzeugung gesprochen und manches wahre Urteil gefällt; sie haben so mit ihrem tieferen Wissen die Haltung der westlichen Welt, die sie verworfen hatten, wieder fester und gründlicher unterbaut. Aber keiner von ihnen hat wie die Großen zur Zeit der Französischen Revolution: ein Kant, ein Goethe, ein Pestalozzi, Carlyle, die alle konservative, grundsätzlich gegen die Revolution gerichtete Geister waren, auch noch in den Schrecknissen der Umwälzung die große weltgeschichtliche Linie einer gemeinsamen

Schuld und Verantwortung gesehen, wie sie Carlyle mit einziger Gewalt auf der Höhe der Schreckensherrschaft ausgesprochen hat.

«Während einer langen Reihe von Jahrhunderten war die Summe der Gottlosigkeit, der Lüge, der Bedrückung des Menschen durch den Menschen immer größer und größer geworden, da jedes Jahrhundert den Bestand an Sünden, den es von seinem Vorgänger übernommen hatte, nach Kräften vermehrt, seinem Nachfolger zu vererben pflegte ... bis endlich eine so ungeheure Summe von Lug und Trug sich aufgehäuft hatte, daß Erde und Himmel es nicht mehr zu ertragen vermochten. Lange ließ der Tag der Abrechnung auf sich warten; aber er kam heran, freilich ganz unbemerkt, inmitten des prahlerischen Getöses des Höflingstreibens, des kriegerischen Helden- und Eroberertums, des allerchristlichsten Grandmonarchentums ... Näher kam der Tag und näher; und seht, jetzt ist er gekommen, plötzlich, unerwartet für alle Menschen! Die Saat langer Jahrhunderte war in dieser letzten Zeit so rasch gewachsen und der Ernte entgegengereift; und jetzt ist sie reif und wird schnell, gleichsam an einem Tage geschnitten und weggebracht. Geschnitten während dieser Schreckensherrschaft und hinweggeführt zum Hades und zur Hölle! – Unglückliche Sterbliche; so ist es immer; und doch begreifen wir es nie und werden es auch nie begreifen.» Und er schließt seine weltweite Betrachtung mit dem Wort, das er den Unterdrückten den Unterdrückern gegenüber in den Mund legt: «Seht, ihr erscheint uns ganz und gar als eine Lüge. Doch unser Leben ist keine Lüge, doch unser Hunger und Elend sind keine Lüge! Seht, wir heben schwörend, einer und alle, unsere 25 Millionen Hände empor und nehmen Himmel und Erde und auch die Hölle zu Zeugen, daß entweder ihr oder wir vernichtet werden müssen.

Wahrlich, kein unbedeutender Schwur; wir würden ihn mit Recht *die merkwürdigste Tat dieses Jahrtausends nennen.* Und bemerkenswert sind auch die Folgen, die er hat und haben wird. Die Erfüllung dieses Schwures, das heißt der verzweifelte Kampf der Menschen gegen ihre ganze Lage und Umgebung – ein Kampf, ach, gegen die Finsternis und die Sünde, die in ihnen selbst sowohl wie in den anderen war, das ist die Herrschaft des Schreckens.»

Carlyle hat in der machtvollen Wahrheit dieser Worte die Herrschaft des Schreckens – und sie war wahrlich auch damals grauenvoll – nirgends beschönigt. Er hat sie in ihrem ganzen Entsetzen gesehen, und er hat selbst die Schuld auf beiden Seiten erkannt, aber er hat sie als der große Historiker und der große Christ, der er war, als Ernte der Saat von Jahrhunderten gesehen, und er hat sie um der in ihr waltenden Gerechtigkeit willen als das größte Ereignis des Jahrtausends gesehen – nicht nur als Saat und Ernte französischer Jahrhunderte, sondern des ganzen Europa, in dessen Schuld und Verantwortung er und sein Volk mit eingeschlossen waren.

So, aus dieser eigensten innersten Verantwortung für das Ganze hat auch Ragaz die Geschichte gesehen, weil er sie aus derselben ewigen

Sicht gesehen hat. Und hier trägt unser kleines Häuflein ein großes Erbe, das freilich wie alles Große schwer zu verwalten ist. Ragaz hat anstelle der leeren verblaßten Begründungen, die den heutigen Bestrebungen zur Einigung der Welt zugrunde liegen, die ewigen Wahrheiten der Bibel gesetzt.

Gewiß: die Wahrheiten der Schrift sind uns heute weit schwerer zugänglich, als sie es in früheren gläubigen Zeiten waren. Der tiefe Unglaube unserer Welt, der mit dem Erkalten der Herzen über sie gekommen ist, gleicht einer zweiten Austreibung aus dem Paradies. Für uns haben diese großen Wahrheiten eher etwas Erschreckendes. Was sollen uns heutigen in Krieg, Zerstörung und Wahnsinn verstrickten Menschen die überschwänglichen Visionen der Propheten von einer erlösten Friedenswelt – Frieden, in der blutbefleckten Menschenwelt, Frieden bis in die grausame Natur hinein, in der der Tiger neben dem Lamme ruht und ein kleiner Knabe beide führt, von den Schwertern, die zu Pflugscharen, den Speeren, die zu Winzermessern umgeschmiedet werden?

Aber diese gewaltigen Visionen sind auch für uns nicht bloße Phantasien. Sie beziehen sich auf unsere tiefste Wahrheit: sie sind, indem sie den ganzen unüberbrückbaren und in unserer Welt noch unendlich vertieften Abgrund unseres Lebens von seinem Ziel, seiner Bestimmung ausmessen, das gewaltigste Gericht über unsere Welt. Sie sind aber auch zugleich der große, einzige Trost, der die ganze Schwere der prophetischen Botschaft durchwaltet: sie zeigen uns in dieser Wahrheit, unterhalb aller Verwirrung, die letzte Wahrheit unseres eigenen Seins; sie zeigen uns auf dem untersten Grund des Menschenherzens, von unzähligen fremden Schriften überschrieben als unterste unauslöschliche Schrift den tiefsten Traum des Menschenherzens: die unsterbliche Verheißung des Jesajas: daß «der Herr die Träne hinwegwischen wird von jedem Angesicht».

Denn horchen wir bei diesem Wort nicht auf? Streift es uns nicht wie ein Wiedererkennen von etwas einst Besessenem und nie bis zum Ende Verlorenen? Durchbricht es nicht mit dem Klang des Lebens unsere ganze Todeswelt? Freilich: dieser Klang ist leise, er ist fast unhörbar geworden; er schwankt im Weltsturm wie ein kleines, halb schon verlöschtes Licht.

Ich weiß nicht, ob unsere kleine Herde nach ihrer Zersprengung noch am Leben bleiben, ob sie weiter wirken und handeln und irgendwie ihrer Botschaft gewachsen sein kann; sie hat seit ihrem Bestehen – allein den Tod von Ragaz ausgenommen – nie vor einer ähnlich schweren Prüfung gestanden. Wenn sie bestehen und überstehen soll, so kann sie dies nur durch einen Ernst und eine Treue ohnegleichen, in der jeder das Eigene vergißt und die gemeinsame Verantwortung immer neu an der Größe und Tiefe der Botschaft mißt: durch einen Versuch zur Wiedererweckung der erkalteten Herzen durch den reinen, lebendigen Willen zu Frieden

und Liebe, durch den unsere Bewegung in all ihrer Kleinheit das genaue Gegenbild unserer heutigen Welt ist.

Wohl sind Liebe und Friede das Allerschwerste; sie sind nie und nirgends wirklich; es muß immer neu mit ihnen begonnen werden, und immer wieder ist der Anfang schwer. Aber er ist auch in aller Schwere das Einfachste, das allein Einfache unseres Lebens: das Hinabdringen zum göttlichen Ursprung, der unter aller Verschüttung der tiefste Grund unseres Herzens ist. Beides: die Einfachheit und die Schwere dieser Aufgabe, ist in dem schlichten jüdischen Wort beschlossen: «Wo immer du die Fußspur eines Menschen findest, zieht Gott vor dir her.» Die Fußspur des Menschen, in früheren Zeiten sichtbar dem weichen Erdboden eingedrückt, ist auf dem harten Asphalt unserer Straßen, den Zementböden unserer großen Betriebe nicht mehr zu erkennen. Sie mit allen Kräften, die unser sind, und mit noch größeren, als wir selber haben, aus diesem Verlorensein wieder aufzufinden und ihr unermüdlich zu folgen, ist die unendlich schwere Aufgabe unseres heutigen Lebens: das Handeln nach Ihm, das kein Ende findet; es ist die Botschaft vom Reich. *Margarete Susman.*

«Denn das Reich Gottes steht nicht in Worten, sondern in Kraft»

(1. Kor. 4, 20)

Was ist denn eigentlich das Reich Gottes, an das wir alle glauben, auf das wir alle hoffen, um das wir bitten und für das wir kämpfen wollen? Ist es eine Idee, ein Ideal, ein Bild der Menschheit, wie sie nach Gottes Willen sein sollte, brüderlich lebend in Gerechtigkeit, Liebe und Frieden? — Gewiß umschließt das Reich Gottes auch dieses Ideal, aber unsere Vorstellung davon ist nur ein blasser Schimmer seiner strahlenden Wirklichkeit, ist nur ein vages Zukunftsbild an Stelle lebendiger Gegenwart, ist nur Wort anstatt Kraft. Und wir brauchen doch Kraft in unserer Zeit, lebendige, aus göttlichen Quellen strömende, uns und andere erleuchtende, erfüllende, helfende Kraft. Wo können wir sie finden?

«Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben», «Ich bin das Licht der Welt!» Wie nie zuvor in der Menschheitsgeschichte bricht die Gotteskraft hervor aus dem Menschen, der in Vollmacht von sich sagen durfte: «Ich und der Vater sind eins.» Einer Sonne gleich steht er unter den Mitmenschen, erleuchtend, heilend, lebenspendend und verwandelnd. Unerschöpfliche Kräfte gehen von ihm aus, wirken in weitem Umkreis und bis in die fernste Zukunft hinein. Er «predigt gewaltig und nicht wie die Schriftgelehrten», er ringt selbst dem Tode seine Opfer wieder ab. «Ströme lebendigen Wassers» fließen von dem Leibe derer, die sich

ihm anvertrauen, und was die Jünger in seinem Namen erbitten, das geschieht.

Das ist Reich Gottes: das Wirken Gottes in der Gegenwart, die Verwandlung von Leib und Seele durch die unsichtbare Kraft, die aus dem Ewigen strömt. Sie müssen wir suchen, in uns aufnehmen und wieder ausstrahlen in die Welt. «Ihr seid das Licht der Welt», «ihr seid das Salz der Erde!» ruft Jesus seinen Jüngern zu. «Darin wird mein Vater geehrt, daß ihr viel Frucht bringt und werdet meine Jünger.»

Ungeheuer groß ist die Verheißung, erdrückend fast die Verantwortung, die sie uns auferlegt. Beides wollen wir in uns aufnehmen und in heiligem Ernste verarbeiten zu neuem Glauben und Wagen. Nur Ungläubigkeit und Kleinmut machen uns kraftlos und faul. Nur Mißverstehen ruft uns auf zu äußerlicher Nachfolge, in der wir immer wieder versagen, weil wir die Quellen der Kraft nicht suchen. Der sich das Licht der Welt, das Brot des Lebens, den Weg, die Wahrheit und die Auferstehung nannte, sagt schlicht von sich selbst: «Was heißest du mich gut? Niemand ist gut denn der einige Gott», «die Worte, die ich zu euch rede, die rede ich nicht von mir selbst. Der Vater aber, der in mir wohnt, der tut die Werke». — Wie Jesus sein ganzes Wesen dem Vater öffnete und den Vater durch sich wirken ließ, so lehrt er uns, unser Wesen ihm zu öffnen und ihn durch uns wirken zu lassen. «Wer in mir bleibt und ich in ihm, der bringt viel Frucht, denn ohne mich könnt ihr nichts tun.» Unvergeßlich sollten wir es uns einprägen: «Ohne mich könnt ihr *nichts* tun.» Wohl gilt es zunächst die Gebote zu halten: «Wer meine Gebote hat und hält sie, der ist es, der mich liebt», aber die Erfüllung kommt doch erst mit den Worten: «Wer mich aber liebt, der wird von meinem Vater geliebt werden und ich werde ihn lieben und mich ihm offenbaren.» Die Offenbarung des lebendigen Christus, der alle Tage bei uns ist, der mitten unter uns lebt, der in uns Wohnung nimmt, dessen Tempel wir sind, das ist es, was die Welt heute braucht. Das sollte unser einziges Anliegen werden, unser Ziel, dem wir Tag und Nacht zustreben, um das wir beten «ohne Unterlaß». Das «Gebet des Herzens» nannten große Gläubige diesen steten inneren Kontakt mit Christus. Ihn sollten wir wieder finden und damit das Reich Gottes mitten unter uns. Denn nur aus diesem neuen Himmel heraus werden die Kräfte strömen, die eine neue Erde schaffen. *Ines Spring-Zürcher.*

Emmanuel Mounier

Immer und überall hat es Menschen gegeben – so hat Leo Tolstoj, als er dem russischen Publikum die Werke von Guy de Maupassant vorlegte, wie man sich anläßlich des 100. Geburtstages des großen französischen Romanciers erinnert hat, erklärt –, die, wenn die Fackel von Generation zu Generation weitergegeben wird, gleich welches auch die Not und Angst

der Zeitgenossen sein mögen, – selber hoch begabt und ihrer Epoche voraus, prophetische Gestalten, den andern Sinn und Bedeutung ihres Lebens erklärten, und immer hat es auch in gleicher Weise mittelmäßige Menschen gegeben, die nicht genug Intelligenz hatten, um selbst den Sinn des Leben erklären zu können, die aber diesen Propheten folgten. «Das Christentum», so fügte der unvergeßliche Autor der «Auferstehung» und von «Der Tod des Iwan Illitsch» hinzu, «hat schon vor 19 Jahrhunderten klar, einfach, undiskutierbar und freudig den Sinn des Lebens erklärt, wie es das Leben derer beweist, die diese Lehre angenommen und seine Gebote befolgt haben.» Später jedoch sind Leute gekommen, die den Geist dieser Lehre zum Unsinn verfälscht haben, so daß die Menschen sich vor das Dilemma gestellt sahen: Selber das Christentum gemäß der gewöhnlichen Erklärung, die ihnen geläufig ist und die so gut die Interessen der Herren dieser Welt schont, anerkennen oder weiterhin nach den Vorschriften eines Renan und seinesgleichen – heute würden wir dazu noch einen J.-P. Sartre und seine Schule nennen – zu leben, nämlich ohne klare Linie des Lebens und ohne Verständnis für das Leben. Der mittelmäßige Mensch, so schloß Tolstoj, wählt einen oder den andern dieser Wege, manchmal auch beide, zuerst das Leben der Welt, den Skeptizismus, die Verderbtheit, und später dann den orthodoxen Glauben. So leben die Menschen von Generation zu Generation und maskieren sich mit den verschiedenen Theorien, die erfunden wurden, nicht etwa, um die Wahrheit zu entdecken, sondern um sie zu verlieren. Und so sind die mittelmäßigen Menschen, insbesondere die beschränkten, glücklich und zufrieden.

Von Zeit zu Zeit jedoch stehen Menschen auf, die wir als Propheten charakterisiert haben, und die man in der Tat gerade daran erkennt, daß sie jenseits der Lügen, des Scheins und des Truges, wovon unsere sogenannte Zivilisation zum Bersten voll ist, den wirklichen Sinn des Lebens erkennen und so gleichzeitig die Erklärung und das Geheimnis der menschlichen Bestimmung. Will man nur einige dieser aus unserer Generation zitieren, so erinnern wir für die Schweiz an einen Pierre Cérésole und einen Leonhard Ragaz, für Rußland an einen Nicolas Berdiaeff, für Frankreich an einen Emmanuel Mounier, von dem man wohl sagen kann, daß er ein besonderer Mensch gewesen ist, mitten in unserer Zeit, wo eine ganze Zivilisation in gräßlichen unbeschreiblichen Zuckungen stirbt, ohne daß man schon deutlich die Züge dessen feststellen könnte, was auf sie folgen soll. Mounier, der sich mit Leib und Seele in die brennenden Kämpfe der Gegenwart stürzte und dennoch ganz frei blieb, der stets nur von seinem eigenen Gewissen Weisung entgegennahm, hat niemals darauf verzichtet, die Wahrheit zu sagen, auch seinen Freunden gegenüber nicht und hat ebensowenig darauf verzichtet, an seine Feinde zu glauben. Wie selten ist das und auch wie schön! Er wollte sich aller Steine bedienen, um die Stadt der Brüderlichkeit zu bauen, dieser unermüdliche Kämpfer des göttlichen Planes, bei dem es wohl erlaubt ist, das Wort

Heiligkeit zu benutzen, wenn man diesen Ausdruck von dem ganzen Wust von herkömmlichen Bildern entkleidet, der daran schuld ist, daß wir die Heiligkeit in eine weit entfernte Vergangenheit verweisen und uns hindert, sie zu erkennen, wenn wir sie in der Gegenwart, im Verlauf unserer täglichen Existenz treffen – eine Heiligkeit ohne Krone, aber doch ganz wirklich, so daß wir sie irgendwie mit den Fingern greifen können und ihre Wohltat in unserer persönlichen Existenz würdigen können, eine Heiligkeit, die in der unentwegten Bereitschaft besteht, sich zu opfern für den Nächsten, für die Heimat, für die Menschlichkeit.

Noch ist es zu früh, um genau abschätzen zu können, was das Werk von Mounier gewesen ist, aber heute schon ist es erlaubt, in ihm die reine Seele einer Revolution zu sehen, die sich langsam Bahn bricht und der Welt ein neues Christentum, ein Christentum auf dem Marsch beschert, befreit von den Ketten, welche ihm die bürgerliche Welt angelegt hat, welche Mounier niemals als eine wirkliche Ordnung anerkennen konnte, sondern vielmehr als ein fortwährendes Abgleiten in ewige Unordnung betrachtet hat. Wie sollte es auch möglich sein, anders ein Regime zu beurteilen, das wirtschaftliche Krise ohne Ende und ohne Lösung erzeugt und dazu Kriege, die immer häufiger und immer mörderischer werden? Mounier, ein Gegner jedes Opportunismus angesichts der alten Gesellschaftsordnung, hat wohl mit ganzem Herzen den Kampf für die Herbeiführung einer neuen und gerechteren Welt bejaht, den Kampf für die Herbeiführung des Sozialismus; er hat es aber abgelehnt, in der Richtung des geringsten Widerstandes einfach eine Uniform mit der anderen, einen Opportunismus mit dem anderen, eine Anpassung mit der anderen zu vertauschen. Wenn Mounier kein bourgeoiser Christ war, so war er doch auch nicht entsprechend der neuen Formel ein progressiver Christ. Er war kurz und gut ein Christ und auf dem Plan dieser Welt gerade um dieses Glaubens willen ein wirklicher Sozialist.

Emmanuel Mounier war früh zu einer erstaunlichen Meisterschaft dieser Kräfte gelangt, zu einem vollendeten Gleichgewicht und einer harmonischen Nutzbarmachung seiner verschiedenen und vielfachen Begabungen, die übrigens in einer tiefen Weisheit wie in ihrer Fülle von Energie begründet waren. Selten ist man einem Menschen begegnet, der fähig war, irgendwie über sich selber zu verfügen in jedem Augenblick und ohne das Bedürfnis, wie es gewöhnlich bei Schriftstellern, bei Intellektuellen der Fall ist, sich an eine bestimmte Lebensweise, an bestimmte Arbeitsbedingungen zu binden. Seine immer wache und immer überschäumende Intelligenz war in der Tat von einer Beweglichkeit, einer gewaltigen Geschmeidigkeit, und sie war fähig, sich irgendwann irgendwelchen Gegenständen zuzuwenden. Als Direktor einer großen und einflußreichen Pariser Revue «Esprit», als geistiges Zentrum von Gruppen, als Teilnehmer an allen großen intellektuellen oder politischen Gesprächen hätte er, wie sehr viele andere, sich wohl im Rhythmus unseres modernen, zitternden und wahnsinnigen Lebens von den rein äußer-

lichen Tätigkeiten verschlingen und zerstören lassen können. Er aber kam immer noch dazu, niemand weiß wie, alles irgendwie Wichtige, was erschien, zu lesen und ein beachtliches persönliches Oeuvre zu schreiben und auch dazu, sich zu sammeln und die Ruhe und Entspannung der Kräfte zu finden, die so nötig sind für jeden, der sich erneuern will. Er kam auch dazu, sein inneres Leben zu pflegen und zu bereichern, wie es unumgänglich ist, wenn ein denkender Mensch in die Tiefe wirken und einen dauerhaften Einfluß ausüben will auf die Geschichte der Ideen und der Zeitgenossen.

Hier liegt der Grund, über den viele Eintagskoryphäen straucheln, die wirkliche Tätigkeit mit reiner Geschäftigkeit, gewollte Originalität mit echter Originalität verwechseln und es erreichen, daß eine lärmende und künstliche Publizität für einige Jahre den Gipfel eines falschen Ruhmes erreicht, von dem sie dann sicher heruntersteigen werden, um in eine ewige Vergessenheit zu fallen. Welch herrliches Beispiel hat uns hier in der Tat ein Mounier gegeben, dem es gelang, sich immer noch Freistunden abzusparen, um sie den Seinen, seiner Familie und seinen Freunden, ja auch harten Gartenarbeiten zu widmen.

Kein warnendes Zeichen hatte sich rechtzeitig erhoben und niemand dachte daran, daß diese ungezählten Aufgaben große Anforderungen an ihn stellten und ihn langsam aber sicher verzehrten; Mounier selbst war — dieses war gleichzeitig sein Glück und sein Unglück — so geschaffen, daß er keine Ermüdung spürte und denen, die in seine Nähe kamen, den Eindruck vermittelte, als könne er unbegrenzt tätig sein und seine stets verfügbaren Fähigkeiten in wunderbarer Weise ausüben. Er schien vor jeder menschlichen Hinfälligkeit geschützt zu sein und dennoch hat ihn eines Tages der Tod unvorhergesehen überfallen, nachts, wie ein Dieb, und Mounier gab seine Seele vor der Zeit und doch nach einem in jeder Hinsicht so fruchtbaren, so reichen, so völlig erfüllten Leben dahin. Im Hinblick auf ihn mag man an das Geschick des treuen Knechtes denken, der nach einem langen Arbeitstag beladen mit Arbeit des Abends einschläft mit friedlicher Seele und friedlichem Gewissen, um die Wohnung des Meisters zu erreichen, vor den er getrost hintreten kann, weil die Aufgabe, die ihm hienieden anvertraut war, sorgfältig erfüllt ist.

Sehr jung noch hat er die Berufung, die er dann erfüllt hat, erkannt und erwählt. Nach Beendigung seines Philosophiestudiums hätte er, wenn er gewollt hätte, sich dem Lehramt widmen können. Und hatte er nicht all die Qualitäten, die nötig sind, um ein guter Professor zu werden? Er hätte auch sich die für die Ausführung eines schriftstellerischen Werkes nötige Ruhe sichern können. Sehr stark war er durch den Einfluß von Charles Péguy geprägt und hat nicht nur als erster von diesem in angemessener Weise gesprochen, sondern auch nach 25 Jahren dessen Beispiel erneuert, indem er es auf die Notwendigkeiten einer neuen Epoche anwendete. Albert Béguin, der ausgezeichnet die fundamentale Ähnlichkeit zwischen den Berufungen dieser beiden Männer herausgestellt hat,

scheint uns aber einige grundlegende Verschiedenheiten in ihrem Charakter wie auch im Sinn ihrer Tätigkeit selbst zu übersehen, und das ist um so mehr bedauerlich, als es nicht nur von platonischer Bedeutung ist, sondern auch praktische Konsequenzen haben kann. In der Tat wissen wir heute, daß Albert Béguin kürzlich zum Nachfolger Mouniers in der Direktion des «Esprit» berufen ist. Es ist darum zu befürchten, daß dieser bedeutende Professor und Literarkritiker diese Zeitschrift nach und nach auf den von Péguy gebahnten Weg hin orientiert, und das in dieser zweiten Hälfte des Jahrhunderts, das uns gewisse Probleme stellt, die heute ganz anders liegen, als zu Beginn dieses Jahrhunderts, als die «Cahiers de la quinzaine» erschienen. «Die soziale Revolution wird eine moralische Revolution sein, oder sie wird überhaupt nicht sein», man kennt dieses unvergeßliche Wort Péguys, das im wesentlichen wahr geblieben ist, wenn es auch seines Korrektivs bedarf, seiner notwendigen Ergänzung, die dahin geht, daß die moralische Erneuerung der Charaktere, die so unentbehrlich für die Gesundung der menschlichen Gesellschaft ist, ihre volle Wirkung nur in der radikalen Umformung der wirtschaftlichen Verhältnisse erreichen kann. Es gibt eine christliche Geisteshaltung, die heute überholt ist, welche die soziale Frage ausschließlich im Prinzip der Barmherzigkeit begründet sieht und nicht in der Gerechtigkeit und für welche die Lebensumstände der Armen in moralischer Hinsicht so schön und bewundernswert sind, daß es unsinnig und unfromm wäre, sie verändern zu wollen. Charles Péguy, Léon Bloy, auch Georges Bernanos kommen von dieser Anschauung her, und es wäre töricht, ihnen daraus einen Vorwurf machen zu wollen. Denn sie waren vor allem Dichter, Visionäre, Propheten, für welche im Denken wie in der persönlichen Existenz einzig der Ewigkeitscharakter des Menschen und sein Heil im Diesseits und im Jenseits in Frage stand. Das war nicht so der Fall bei Mounier, der ohne im mindesten auf diese weiten und großartigen Perspektiven zu verzichten, nicht vergessen konnte, daß wir hier auf dem Felde des Zufälligen und Relativen leben, und der für sich selbst die Rolle eines Zeugen in der Zeitlichkeit gewählt hatte. Soziologe und Ethiker zugleich, begabt mit einem kritischen, scharfen, durchdringenden Geist, hatte er die marxistische Kritik der Gesellschaftsordnung, unter der wir leben, zu seiner eigenen gemacht und schied sich nur dort vom Marxismus, wo dieser der Versuchung erliegt, seinen Ausgangspunkt zu verlassen und die geistigen und psychologischen Phänomene nach den gleichen Kriterien zu beurteilen, die im wirtschaftlichen und sozialen Leben Gültigkeit haben. Diese totalitäre Versuchung, eine grob materialistische und deterministische Denkweise, stellt ein Erbe des 19. Jahrhunderts dar, welches heute durch die neuen Strömungen wissenschaftlichen Denkens längst überholt ist. Es ist allerdings nötig, dieses Urteil, das in dieser Form zu absolut sein könnte, in gewissem Sinne abzuschwächen. Der Marxismus selbst ist nicht, welches auch seine geistigen Quellen sein mögen, von Grund auf deterministisch. In der Tat ist für

ihn die Entwicklung nicht von allem Anfang an bestimmt, sie ist nur nötig. Es hängt vom Menschen, der also nicht ein ohnmächtiges Spielzeug geheimnisvoller Gewalten, sondern der Meister seiner Zukunft ist, ab, die nötige Entwicklung zu beschleunigen oder zu verlangsamen und so auf den Lauf der Geschehnisse einen Einfluß auszuüben. Im übrigen hat für den Marxismus die Geschichte einen Sinn. Das Leben ist nicht sinnlos, wie es Sartre und seine Schule lehren. Es ist nur schade, daß diese prometheische, eschatologische Vision von der Zukunft der Menschheit etwas einseitig und fragmentarisch bleibt, weil sie auf einer wissenschaftlich zu wenig tragfähigen Grundlage beruht, die im übrigen nicht ganz dem Stand unserer heutigen Erkenntnisse entspricht.

Unbeschadet dessen war Emmanuel Mounier, gleich wie Nikolas Berdiaeff der Meinung, daß man nur dann das, was beim Marxismus unvollständig und ungenügend ist, verwerfen dürfe, wenn man zuerst und ohne Vorbehalt seinen ungeheuren positiven Beitrag anerkannt habe. Die Schlüsse, die Henri Bartoli kürzlich in einem Vortrag in Genf über den Sinn der Geschichte nach dem zeitgenössischen Marxismus gezogen hat, hätte Mounier sicher zu den seinen gemacht: Es handelt sich heute darum, die gültigen Elemente des Marxismus mit dem Christentum zu verbinden und auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet den Akzent auf die verwandelnde Tätigkeit des Menschen zu legen, auf eine unfruchtbare Fluchthaltung zu verzichten, desgleichen auf eine ebenso unfruchtbare Abwendung vom technischen Fortschritt und den Folgen, die er mit sich bringt; es handelt sich um eine Abkehr vom Geist der Resignation, um einen Willen zur Geschichte und ihrer Meisterung. Mounier hätte wohl hinzugefügt, daß diese sinnvollen und großen Worte in greifbare und sichtbare Taten umgesetzt werden müssen und daß sie keineswegs, wie das bis heute oft, zu oft der Fall war, reine Worte bleiben dürften, schöne Versprechungen, unentwegt wiederholt, aber niemals gehalten, die den oft beunruhigten, aber kleinmütigen Geistern ein Alibi schenken. Bekanntlich war Emmanuel Mounier die treibende Kraft der personalistischen Bewegung, die er auch selbst so genannt hat. Man darf sich wohl des Widerhalls erinnern, den im Jahre 1935 ein Werk wie «die personalistische und gemeinschaftliche Revolution» erweckt hat, sowie auch die Bildung von Gruppen, in Frankreich und im Ausland, die sich diesen Zielen widmeten, nicht zuletzt die Gruppe «Esprit», deren gleichnamige Zeitschrift einzig dazu bestimmt war, diese Prinzipien besser zu erklären und zu vertiefen.

Doch glaube ich im Ernste nicht, daß diese Lehre den dauerhaftesten Beitrag darstellt, den wir Mounier verdanken. Sie hat ihre Bedeutung in gewissen zeitlichen Gegebenheiten gehabt, die jetzt schon überholt sind. Die Worte verlieren so schnell ihre Bedeutung in unserer Zeit, auch der Begriff Personalismus beginnt das gleiche Schicksal eines Bedeutungswandels zu erleiden, das schon das Schicksal des Begriffs Individualismus geworden ist. Die Motive sind die gleichen, da auch er mehr

und mehr dazu dienen muß, allerlei Schlauheiten und Zweideutigkeiten in sich aufzunehmen und im übrigen auch seine Anhänger in den gleichen sozialen Schichten wie jener findet.

Nein, was uns vor allem Mounier hinterlassen hat, ist sein Beispiel, sein Leben. Pascal hat gesagt: «Ich glaube den Zeugen gern, die bereit sind, sich für ihre Ideen töten zu lassen.» Mounier war einer von diesen. Er, der nicht allein seines Wohlergehens, sondern selbst seiner Gesundheit nicht achtete, ist, wie man wohl sagen kann, direkt an seiner Aufgabe gestorben. Seine junge Frau und vier kleine Kinder hat er, dem das Materielle hinter dem Geistigen zurückstand, in Not zurücklassen müssen. Unserer Zeit mit ihrem dem letzten Kriege folgenden schwächenden Klima, in welchem mehr denn je, da der Friede dem Kriege nicht gefolgt ist, Karrieremacherei, Geschäftemacherei und Opportunismus, diese getreuen und untrennbaren Kumpane aller Niedergangsepochen gedeihen, hat er ein großes Beispiel gegeben.

Der wahre Christ darf, so dachte Mounier, sich niemals dazu hergeben, in der Verzweiflung des Karfreitags die Osterverheißungen zu vergessen. Unsere Länder, von Zerstörungen und Erschlaffungen verwüstet, verlangen gebieterisch Menschen, die Aufgaben und Hoffnungen bauen können, stark und rein genug, um der Zeitgeschichte, der täglichen Arbeit, der modernen Menschheit einen dem ihrigen ähnlichen Sinn zu geben. Leider wenden sich heute viele Christen von der sozialen Aktion und der Wirklichkeit ab und finden in einem neu entdeckten metaphysischen Pessimismus die einzig gültige Erklärung der Welt, in der sie leben und die ihnen nur noch schrecklich und absurd erscheint.

Der große englische Romancier Graham Greene ist vielleicht einer der besten Repräsentanten dieser Strömung. Sein Werk ist nicht entmutigend, sondern spannend, denn es ist das Werk eines der in besonderer Weise mit dem geistigen Zustand unserer Zeit und mit der unendlichen moralischen Schwäche dieser Zeit verbunden ist, das Werk eines Sehenden, eines Visionärs, nicht eines Theologen. In bezug auf diese letztere Eigenschaft hat uns Armand Pierhal kürzlich in einem sehr interessanten Artikel in den «Nouvelles littéraires» eine Bestätigung für den Pessimismus von Graham Greene gebracht, ein persönliches Zeugnis, das außerordentlich instruktiv ist. Für die Herausgabe eines Essays «Vom lebendigen Gott» in den Vereinigten Staaten hat Graham Greene ihm den Freundesdienst erwiesen, ihn dem amerikanischen Publikum zugänglich zu machen. Gegenüber dem wesentlichen und grundsätzlichen Optimismus, welcher der Schrift von Pierhal entströmt, im Hinblick auf Probleme wie das Wesen Gottes oder die Wirksamkeit des Gebets hat Greene in seinem Vorwort den Ausspruch des Bischofs Gors wiedergegeben: «Ich habe immer, da ich von pessimistischer Grundhaltung bin, zutiefst die Argumente gegen die Liebe Gottes empfunden. Ich habe immer gedacht, das einzige Dogma der Kirche, das in Wahrheit schwer zu glauben sei, sei das Dogma, daß Gott Liebe ist». Mit Emmanuel Mou-

nier bekennen wir uns zu einer ganz anderen Schau des menschlichen Geschicks. Er hat uns als letzte Hoffnungs- und Trostesbotschaft das Wort hinterlassen, «die Geschichte steigt zur Vollendung empor, aber sie steigt nicht auf einfachen Wegen». Welches wäre heute die Botschaft, die uns Emmanuel Mounier übermitteln würde? Wir können nicht hoffen, das Abgleiten ins Böse, das die Welt den schlimmsten Katastrophen zu mitreißt, aufzuhalten, wenn wir in unseren alten Irrtümern verharren, in einer Art erstarrten Denkens versteinern und so zum voraus jeder Diskussion, jeder Geisteserneuerung und jeder neuen Problemstellung ausweichen. Darum gab Mounier, der die Integrität des Denkens in Person war, sich auch nicht dem unfruchtbaren Antikommunismus hin, auch nicht dem Existentialismus Sartres; denn die Menschheit ist heute mehr denn je gequält und leidend und keineswegs beschäftigt mit einer Philosophie des Absurden, die ihr nichts bieten kann, sondern hat es nötig, überzeugende Motive und einen Glauben zu finden, daß das gegenwärtige Leben, dieses immer kompliziertere, schwierige und so oft schmerzerfüllte Leben wahrhaft der Mühe wert sei, gelebt zu werden.

Emmanuel Mounier — darin sehen wir den Höhepunkt der wesentlichen Bedeutung seiner Botschaft — wird einer jener Menschen gewesen sein, die für unsere Zeit am meisten wirksam in diesem Sinne gearbeitet haben. Er hat hier gearbeitet, gleichzeitig durch seine Schriften und durch seine Existenz selber und hat durch diese jenen die unvergängliche Prägung gegeben, die in Wahrheit das Siegel der Originalität ist. Durch ein wirklich überraschendes, tragisches und ergreifendes Zusammentreffen trägt die letzte Herausgebernotiz, die er für den «Esprit» geschrieben hat, den Titel «Treue». Ja, er war sein Leben lang treu, bis zur Stunde seines Todes, auf allen Gebieten und in der ganzen Bedeutung des Wortes. Es ist unsere Hoffnung und unsere Überzeugung, daß die hohe und reine Seele Emmanuel Mouniers lebt und leben wird nicht allein in der Erinnerung derer, die ihm ähnlich sind, die er durch sein Denken und durch sein Leben bereichert hat, sondern auch im Sinne der persönlichen Unsterblichkeit, die schon Plato im Phädon verkündete und die in Vollendung Christus uns verheißen hat. Diese Verheißung ist zugleich beglückend und gewaltig, denn nun sind auch die schlimmsten persönlichen und kollektiven Tragödien niemals mehr nur endgültig, das letzte Wort wird nicht hier auf Erden gesprochen, die Hoffnung behält ihren Platz.

Serge Radine.

Die Weisheit Altisraels

Zum unvergänglichen Erbe des alten Israel gehören nicht nur die Gedankenwelt des Gesetzes und der Lebensraum der Prophetie, sondern auch all die Gedankenkreise, die sich innerhalb der altisraelitischen Literatur um den Gedanken der Weisheit gruppieren. Während wir es aber

beim Gesetz und bei der biblischen Prophetie mit spezifisch israelitischen Gedankenwelten zu tun haben, trifft dies für den Weisheitsgedanken nicht zu. Der Begriff der Weisheit und das Ideal des weisen Menschen sind Gedanken, die auf der ganzen Erde auftreten können und auch fast überall aufgetreten sind. Sie setzen wohl nichts anderes voraus, als daß Menschen — befreit von der Verpflichtung, die ganze Kraft ausschließlich für den Kampf ums tägliche Brot einzusetzen — beobachten und das Beobachtete in Gedanken zu fassen vermögen. Wo immer die niederste Stufe der Barbarei, auf welcher die Macht allein als ein erstrebenswertes Gut und der Held allein als ein menschliches Ideal erscheint, überwunden ist, beginnt die Möglichkeit, nach der Weisheit zu fragen und das Ideal des Weisen zu gestalten.

Es ist darum nicht verwunderlich, daß der ganze alte Orient dieses Gedankengut und dieses Ideal kennt, ja daß die israelitische Beschäftigung mit der Weisheit nicht wie das israelitische Gesetz oder die alttestamentliche Prophetie die Gedanken ihrer Umwelt fremd und einsam überragen, sondern Teile eines gemeinsamen Suchens und Denkens darstellen. Wenn wir die ältesten Stücke der hebräischen Weisheitsliteratur bald nach der salomonischen Epoche datieren dürfen und die jüngsten Stücke dieser Literatur bis in den Beginn der neutestamentlichen Zeit hineinreichen sehen, so zeigt es sich, daß im alten Israel das Nachdenken über die Weisheit und das Streben nach ihr die ganze Geschichte des alttestamentlichen Geistes begleitet hat, daß sie also neben der Ausbildung des Gesetzes und neben dem Werden und der Wandlung der Prophetie einhergegangen ist. Die Tradition berichtet darum auch von der Weisheit Salomos, der ja älter ist als die älteste hebräische Geschichtsschreibung, sie berichtet von den Weisen zur Zeit des Königs Hiskia, die also Zeitgenossen des Propheten Jesaja gewesen sind, und sie läßt Weise in der nachexilischen und spätjüdischen Zeit auftreten. Die Beschäftigung mit den Gedanken der Weisheit bildet so einen selbständigen Teil innerhalb der gesamtisraelitischen Geistesgeschichte.

Einzelne Splitter des gesamten da der Weisheit errichteten Hauses sind wohl in die Häuser der verschiedenen Zeitgeister eingebaut worden. Wir alle kennen, auch wenn uns die Herkunft nicht immer bekannt ist, biblische Sprichwörter wie: «Hochmut kommt vor dem Fall» (Spr. 16, 18), «Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein» (Spr. 26, 27), oder apokryphe Sprüche wie «Bei allem, was du tust, bedenke das Ende (Sir. 7, 40), und «Wer Pech anfaßt, besudelt sich» (Sir. 13, 1), oder «Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu» (Aristeasbrief 207); aber das ganze Gedankengebäude selber scheint doch zunächst in jedem Falle weniger als die Räume des Gesetzes und der Propheten mit dem christlichen Geist oder mit dem abendländischen Geist Verbindungslinien zu besitzen.

Auf dem Felde der Gemeinschaftsbeziehungen wie auf dem Felde der Zeit, die beide von der Welt des Gesetzes einerseits und der Welt der

Prophetie anderseits erfaßt und geprägt werden, ist ja durch das Hören auf eine lebendige Gottesstimme die wirkliche Zwiesprache in die Räume des Schweigens oder der Monologe eingebrochen. Die Welt der Weisheitssucher und Weisheitsgläubigen besteht aber ihrem Wesen nach zunächst in der innermenschlichen Welt, im Raume des Ich, das über die Welt und sich selber nachdenkt und so zur Theorie, zur Vernunft und zur Weisheit gelangt. Diese Welt ist ihrem Wesen gemäß viel weniger der echten Dialogik zugänglich.

Worum geht es dem israelitischen Menschen, wenn er sich die Frage nach der Weisheit stellt? Es geht ihm um sich selber. Und er ist, genau so, wie der ägyptische, babylonische, indische, chinesische Mensch, der die Frage nach der Weisheit stellt, ein durch das praktische Leben, in dem er sich vorfindet, bestimmter Mensch. Er hat eine Frau und hat Kinder, Haus und Hof, Besitz und Beruf, Amt und Namen. Daß er dieses alles hat, ist ihm sehr deutlich bewußt, denn all dieses kann ihm zum Heil wie zum Unheil gereichen. Die Frau kann eine solche sein, die ihm «Liebes tut ihr Leben lang» (Spr. 31, 12), aber auch eine, die «wie Wurmfraß in seinen Gebeinen» wirkt (Spr. 12, 4). Seine Kinder können ihm Freude oder Grämen bescheren (Spr. 10, 1). Sein Besitz kann ein Reichtum sein, der das Leben errettet (Spr. 13, 8), er kann aber auch vergeudet werden (Spr. 13, 11), ja er kann sogar eine trügerische Selbstberuhigung darstellen (Spr. 11, 28). Beruf und Amt, vor allem wenn sie sich im Lichte der Öffentlichkeit abspielen, wenn es sich um eine Stellung am Hofe, eine Erzieher- oder Ministerstellung handelt, aus welchen Kreisen naturgemäß die ältesten Weisen stammten, können vom Menschen durch Klugheit erhalten, von ihnen aber auch durch Torheit verscherzt werden, denn «Das Wohlwollen des Königs wird einem klugen Diener zuteil» (Spr. 14, 35), und weil die Ungnade des Königs wie das «Brüllen eines Junglöwen, sein Wohlwollen aber wie Tau auf Pflanzen» (Spr. 19, 12) wirkt, ist Vorsicht geboten. Ist der nach der Weisheit fragende Mensch gar selber ein König oder einer, der durch seine weisen Lehrer gerade für dieses Amt erzogen werden soll, dann muß er erst recht wissen, daß ein König das Land «durch Recht aufrichte» (Spr. 29, 4), daß es aber umgekehrt nicht zum Aushalten ist, «wenn ein Sklave König wird» (Spr. 30, 22).

Wenn das praktische Leben, wenn die werktäglichen Beziehungen als die über das Leben bestimmenden Faktoren angesehen werden, so kreist die bohrende Frage des Menschen um die Meisterschaft über diese Faktoren, über dieses werktägliche Leben. Hier wird die Weisheit zu einem reinen Instrument, ausschließlich zu einem Mittel, das Leben, die Faktoren, die es bestimmen, zu meistern. Weisheit heißt hier das Leben*können* sowie man ein Handwerk kann. Und so, wie sich die Meisterschaft im Handwerk in der Beherrschung der Werkzeuge und des Stoffes zeigt, so auch die Meisterschaft des Weisen über das Leben. Der Weise ist also der, welcher es versteht, eine rechte Frau und rechte Kinder zu haben, Haus und Hof, Beruf , Amt, Name, seine ganze alltägliche

Welt so um sich zu haben, daß er an ihr weder zuschanden wird, noch sie verliert. Die Weisheit in bezug auf die Frau besteht zunächst darin, die rechte zu finden, denn «lieber auf der Zinne eines Hauses wohnen, als mit einem zänkischen Weib in einem großräumigen Haus» (Spr. 25, 24). Die Weisheit besteht darin, hier auf das Wesentliche und nicht auf das Unwesentliche zu schauen. Denn «ein schönes Weib ohne Zucht ist wie ein goldener Ring im Rüssel einer Sau» (Spr. 11, 22). Die Weisheit in bezug auf die Kinder besteht in der rechten Erziehung, denn «wer seine Rute schont, der haßt seinen Sohn, wer ihn aber lieb hat, bedenkt ihn mit Züchtigung» (Spr. 13, 24). Die Weisheit in bezug auf den Besitz führt den Menschen zur Überlegung, daß der Besitz am ehesten durch Fleiß gemehrt und durch Faulheit gemindert werde. Darum: «Gehe hin zur Ameise, du Fauler, sieh ihre Weise an, daß du klug werdest» (Spr. 6, 6). Weisheit ist Abwendung von der Faulheit, denn «der Faule spricht, ein Löwe ist auf dem Wege, ein Löwe ist auf den freien Plätzen; wie die Tür sich dreht in ihrer Angel, so der Faule auf seinem Bett; steckt der Faule seine Hand in die Schüssel, wird's ihm sauer, sie wieder zum Munde zurückzubringen; ein Fauler dünkt sich weiser als sieben, die verständig antworten» (Spr. 26, 13—16). Zur Weisheit in bezug auf den Besitz gehört so auch eine Besonnenheit, die von Kaltherzigkeit zu unterscheiden nicht immer leicht sein mag. Denn der Weise setzt sich als Regel seines Lebens: «Sei nicht unter denen, die Handschlag geben, unter denen, die sich für Schulden verbürgen» (Spr. 22, 26). Erscheint die Weisheit in bezug auf den Besitz als die Meisterschaft, ihn zu erhalten und zu mehren, so erscheint dem Weisen auch der ruhige, möglichst ungefährdete Weg zur Mehrung seines Besitzes besser als ein hastender Weg, auf dem es vielleicht einmal ein schnelles Vorwärtskommen, vielleicht aber ein andermal ein rasches Stürzen gibt. «Erhastetes Vermögen mindert sich, wer aber händeweis sammelt, der vermehrt» (Spr. 13, 2).

Diese so der Erhaltung und Mehrung des Besitzes dienende Weisheit gelangt auch zur Aufstellung von Normen, die wie Gebote, wie Kategorien einer Ethik klingen. So warnt etwa der weise Erzieher seinen Zögling vor der Trunksucht «Der Wein macht lose Leute» (Spr. 20, 1), «Wer Wein liebt, wird nicht reich» (Spr. 21, 17), «Den Königen geziemt es nicht, Wein zu trinken» (Spr. 31, 4). Und der Jähzorn wird von dieser Weisheit angeprangert und von denen, welche dem Ideal des Weisen nachstreben, gemieden «Gesell dich nicht zu den Zornmütigen, und mit einem Hitzkopf habe keinen Umgang, damit du dich nicht an seine Pfade gewöhnst» (Spr. 22, 24). Die Weisheit in bezug auf den Besitz lehrt Maß halten. Erscheint ihr Besitz und großer Besitz als erstrebenswert, so lehnt sie doch die Habgier ab, denn «der Habgierige erregt Zank» (Spr. 28, 25). Erscheint ihr oft Nehmen seliger als Geben, Reichsein gesegneter als Armsein, so weiß diese Weisheit doch aber auch, daß «wer dem Armen gibt, keinen Mangel leidet» (Spr. 28, 27). Habgier erscheint hier als ein ungeeignetes Mittel, den Besitz zu mehren, weil Zank und

schlechter Ruf den Kredit schädigen. Und Barmherzigkeit erscheint als ein Weg zur Mehrung des Besitzes, weil der Name des Barmherzigen eine friedliche, die Menschen anziehende, Vertrauen erweckende Atmosphäre um sich verbreitet. Weil die Weisheit ein Werkzeug sein soll, Schaden zu vermeiden, hält sich der Weise auch von Ausschweifungen fern. Wenn der weise Lehrer seinen Schüler vor Unzucht warnt, so tut er es mit der Begründung, «damit sich nicht Fremde von deiner Kraft sättigen» (Spr. 5, 10). Die Weisheit des Königs selber wird sich darin erweisen, «daß er getreu den Geringen Recht schafft» (Spr. 29, 14), denn auf die Dauer wird das den Thron erhalten.

Wie anders ist dieser Boden als der, auf dem der Mensch das gewaltige, die Erde ins Beben versetzende göttliche «Du sollst» hört, für das keine Gründe angegeben werden, das «Du sollst» des Mose und der Propheten. Bei Mose und den Propheten, bei den Menschen, die in jenen Lebensräumen das göttliche «Du sollst» aussprachen und bei den Menschen, die es hörten, war für ihr Menschsein die Tatsache bestimmend, daß sie Israeliten waren, Glieder des Volkes, mit dem Gott einen Bund geschlossen hat. Im Raum, da die praktische Weisheit gilt, ist nicht dieses des Menschen erste Bestimmung, sondern eben die, welche der Werktag schafft, die Bestimmung, die Weib und Kind, Haus und Hof, Amt und Arbeit dem Menschen geben. Der nach solcher Weisheit trachtende Mensch steht vor der Frage: «Was muß ich tun, damit ich Meisterschaft erlange?» Sein Tun ist immer nur Mittel zu einem Zweck. Sein Verkehr im Hause, bei der Arbeit, in der Öffentlichkeit sind alles Dinge, mit denen er diese Meisterschaft erringen kann. Wenn aber die Barmherzigkeit des reichen Bürgers, die Gerechtigkeit des Königs, die Selbstzucht des jungen Mannes, die besonnene Erziehung, wenn diese Dinge alle zu Mitteln werden, wird dann nicht das Gute schlechthin aufgehoben? Wird es nicht einer Berechnung, einer Spekulation unterstellt, die sich gerade nicht mehr mit dem Guten vertragen? Es ist keine Frage, das Ideal der praktischen Lebensweisheit hat in Israel wie in allen anderen Ländern alter Kulturen besonders würdige Menschentypen geschaffen. Und doch, stellt man diese Typen neben einen Mose, der von der Gerechtigkeit Gottes gefressen ist, neben einen Jeremia, der sich im Dienste des Gottes Israel kompromittiert, wie fremd wirken dann im israelitischen Raum von Gesetz und Propheten die Weisen. Die rein praktisch bestimmte Lebensweisheit, welche Israel mit seiner Umwelt teilte, hat die nur vom Gesetz und den Propheten her bestimmte israelitische Geistigkeit wohl um recht gewichtige Gedanken bereichert. Die Besonnenheit ist ein solcher Gedanke, und der in den Weisheitssprüchen aufblitzende Humor ist ein solches Gut. Dadurch, daß auch in Israel wie in der Umwelt die Weisheit gepflegt ward, haben das Ideal des Maßhaltens (Aristeasbrief 122, 237) und die Schätzung eines fröhlichen Humors (III. Esr. 4) in die Geisteswelt Israels Eingang gefunden, die diesen Gütern wohl verschlos-

sen geblieben wäre, hätte die Geisteswelt Israels nur aus Mose und den Propheten und nicht auch aus der Weisheit bestanden.

Während bei Mose und den Propheten der Mensch, der israelitische Mensch in einen nie abbrechenden Dialog mit Gott versetzt ist, mit dem göttlichen «Du sollst» des Mose, mit dem «So spricht der Herr» der Propheten, hat die Welt der Weisheit die Tendenz, eine sehr schweigende Welt zu werden. Nicht, daß in dieser Welt wenig geredet würde, die weisen Lehrer haben sehr viel Sprüche gesagt, trotzdem sie etwa auf die Geschwätzigkeit des Weibes mit etwelcher Verachtung hinuntergeschaut haben. Aber schweigend ist die Welt der Weisheit darum, weil zwischen Gott und den Menschen keine Rede ergeht. Wohl gibt es auch innerhalb der alttestamentlichen Weisheitsliteratur Beziehungen auf göttliche Gebote «Wer das Gesetz beobachtet, ist ein verständiger Sohn, wer es aber mit Prassern hält, bringt seinem Vater Beschämung» (Spr. 28, 7). Und es gibt auch den Gedanken des Segens Gottes «Der Segen des Herrn macht reich, und eignes Mühen kann nichts zu ihm hinzutun» (Spr. 10, 22). Der Weise hat auch so etwas wie ein Ideal der Frömmigkeit, aber auch dieses alles steht im Dienste der von ihm erstrebten Meisterschaft. «Die Furcht vor dem Herrn mehrt die Lebenstage, aber der Gottlosen Jahre werden verkürzt, das Harren der Frommen endet in Freude, aber der Gottlosen Hoffnung wird zunichte (Spr. 10, 27 f.). Darum wohl muß uns die Welt der Weisheit als eine schweigende Welt erscheinen, weil der redende Gott in ihr in die Ferne gerückt wird. Es fehlt die unmittelbare Beziehung, es fehlt die Gottessprache, die die Propheten im Brausen der Weltgeschichte vernahmen, es fehlt die Hand Gottes, welche die von ihr Ergriffenen dem Boden, auf dem Berechnung und Spekulation gedeihen, entriß.

Israel hat darum die Gedanken der altorientalischen Weisheitsliteratur wohl mitdenken, nie aber in diesen Gedankenräumen allein heimisch werden können. Eine erste und wichtige Veränderung des überkommenen Weisheitsgedanken taucht dort auf, wo Weisheitslehrer Israels das Bild von der redenden Frau Weisheit schufen. Im jüngeren, ersten Teil der Sprüche Salomos wird die Weisheit als eine Redende geschildert. Daß menschliches Leben zuerst und vor allem durch Meisterschaft oder Nichtmeisterschaft bestimmt sei, konnte der gesamte alte Orient sagen und glauben, daß das Leben zuerst und vor allem dadurch bestimmt sei, daß zwischen der menschlichen und der göttlichen Sphäre eine Rede und eine Antwort ergeht, konnte nicht überall gesagt und geglaubt werden. Der Versuch, in die schweigende Welt der Weisheit den Dialog einzuführen, ist eine erste spezifisch israelitische Veränderung des Weisheitsgedankens gewesen. Wenn der redenden Frau Weisheit Worte in den Mund gelegt sind wie «Hoffahrt, Hochmut und bösen Wandel, sowie den Mund der Verkehrtheit hasse ich» (Spr. 8, 13), so wird damit angedeutet, daß die Weisheitslehrer dieser Zeit diese Weisheitsgebote nicht einfach mehr als zweckbestimmte Überlegungen

empfunden haben, sondern als die Worte einer höheren, einer engelgleichen Macht. Wenn die Weisheitslehrer dieser Zeit der redenden Frau Weisheit auch die ebenfalls redende, werbende und lockende Torheit an die Seite gestellt haben, so scheint daraus hervorzugehen, daß sie die Doppeldeutigkeit aller menschlichen Weisheit geahnt haben. Nun ist die werktägliche Welt des Menschen nicht mehr nur durch seine Überlegung bestimmt, sondern durch eine Rede, die der Mensch in dieser Welt vernimmt. Da ist die Weisheit, die zum Gastmahl ladet, «Kommt, genießt von meiner Speise, und trinkt von dem Wein, den ich gemischt habe» (Spr. 9, 5), und da ist hart neben ihr die laute Torheit, die schamlos wirbt «Gestohlenes Wasser ist süß, und heimliches Brot schmeckt lieblich» (Spr. 9, 17). Freilich behält die Weisheit, auch wo sie als Person, ja als überirdische redende Macht erscheint, doch immer noch den Charakter eines Gutes, das sich letzten Endes bezahlt macht. Denn auch diese jüngere redende Weisheit verkündet «Reichtum und Ehre sind bei mir» (Spr. 8, 18). Und als das Wesen der Torheit wird gerade der in ihrer Rede erkennbare Zug zur Lässigkeit und zum Verderben geschildert. So muß es aber nicht immer sein. Den israelitischen Weisheitslehrern auch dieser jüngeren Zeit ist der Gedanke fremd, daß die Torheit etwa auch gerade mit den Worten der Weisheit locken und werben könnte. Aber auch unsere Gegenwart, die es ja wohl erkannt haben sollte, daß gerade auch hohe und höchste Ideale im Dienste des Teufels geübt werden können, hat sich zu dieser Erkenntnis noch nicht immer und überall emporgerungen. Auch im Bereich, da man den Dialog in der werktäglichen Welt vernimmt, behält die Weisheit ihren Charakter als Mittel zum Zweck, aber sie ist nicht ausschließlich nur mehr Mittel zum Zweck. Bei beiden Stufen, bei der einfachen Lebensklugheit wie bei der redenden Frau Weisheit, scheint die Schranke, die diesen Kreis israelitischen Denkens von den Zentralgedanken des Alten Testaments trennt, darin zu liegen, daß man im Bereich der Weisheit der Paradoxie Gottes glaubt entgehen zu können. Der Gott, an den der Weise glaubt, ist der Gott, der Tugend belohnt und Laster straft, der Gott, der *dem* Könige den Thron sichert, welcher den Armen ihr Recht verschafft, und *den* König vom Thron stürzt, der nur an seine Lust zu denken vermag. Der Gott dieser Weisen ist der Gott, der *dem* Menschen, welcher Selbstbeherrschung und Barmherzigkeit kennt, auch die zum täglichen Leben nötigen Güter gewährt und sie *dem* nicht gewährt, der sie sich ohne Rücksicht auf den anderen Menschen zu rauben unternimmt. Hier tut sich eine Grenze auf, denn in den zentralen Gedankenräumen des alten Israel hat man zuerst und vor allem die Paradoxie Gottes erfahren. Schon die Erwählung Israels, diese durch nichts begründete Erwählung ist eine Paradoxie. Und daß, wo Gott nahe ist, auch das verzehrende Feuer nahe ist, der brennende Dornbusch, die Gottesnähe, die einen verschlingt, daß, wo Gott nahe ist, auch das Leid sehr nahe sein kann, ist eine Paradoxie, welche Mose und die Propheten wohl erfahren haben. Im alten Israel

sind beide Gedanken beheimatet gewesen: Der Gedanke, daß Gott der Geber aller Güter ist, wie auch der Gedanke, daß Gottes Nähe das Leid bringt. Im Kreise der Weisheitslehrer hat man sich bemüht, nur dem ersten Gedanken Raum zu gewähren. Unüberhörbar aber hat das aus dem Hause der Weisheit gedrängte Paradox Gottes an die Pforten dieses wohlgefügten Hauses gepocht. Gottes Paradox hat in Israel wenigstens die Gläubigen der Weisheit nicht in Ruhe gelassen. Die zwei Fäuste, die an diesem Hause gerüttelt haben, Fäuste des paradoxen Gottes, sind der Tod und das Leid. Sie haben Einlaß verlangt in die Gedankenräume der Weisheitsgläubigen, und sie haben diese gezwungen, sie einzulassen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Im Weisheitsbuch des großen Unbekannten, das uns unter dem Namen des Predigers überliefert ist, finden wir vor allem das Zeugnis dafür, daß der Tod sich nicht länger hat unterdrücken lassen: «Denn ein Zufall sind die Menschenkinder und ein Zufall das Vieh und *ein* Zufall trifft sie beide; wie dieses stirbt, so stirbt auch jener» (Pr. 3, 19). Dieser Weise hat auch erfahren, daß das Leid in das wohlgefügte Haus des Weisheitsgläubigen einbricht «Ich schaute alle Bedrückungen, die da verübt werden unter der Sonne, und sah die Tränen der Bedrückten, und sie hatten keinen Tröster ... da pries ich die Toten, die schon gestorben vor den Lebenden, die bisher am Leben sind und glücklicher als beide den, der bisher nicht geworden, weil er nicht geschaut hat das böse Treiben, das da getrieben wird unter der Sonne» (Pr. 4, 1f.). Daß ein Geschick sie beide trifft, den Menschen und das Vieh, ja den Weisen und den Toren, das ist die große Erschütterung, die hier in Israel durch den Raum der Weisheit gegangen ist. Darum zerbricht hier das Bild einer vernünftigen Weltordnung, einer ihre verständigen Diener belohnenden Frau Weisheit, und die Weisheit selber wird zur Sinnlosigkeit. Alles ist nichtig und ein Weiden des Windes. Dieses immer wiederkehrende Wort gilt im Buche des Predigers sowohl vom Tun des Menschen, als auch vom menschlichen Leben, als auch von der Weisheit selber. Wenn so der Glaube an das göttliche Paradox in das Weisheitsstreben eindringt, dann könnte wohl ein letzter Pessimismus, ein gründlicher Nihilismus alles verschlingen. Denn die alte zweckbestimmte Weisheit lebte ja gerade davon, daß mittels der Weisheit Tod und Leid und Sinnlosigkeit überwunden werden sollen. Ihre hohen Ziele, das Maßhalten, das Überlegen dienten ja gerade diesem Zweck. Wenn nun dem Verfasser des Buches des Predigers diese Ziele zerschlagen sind, so gibt er darum die Forderungen der alten Weisheitslehre, die Forderung nach Maßhalten und Überlegen, gerade nicht auf. Der, welcher vom paradoxen Gott ergriffen ist, vermag auch, das paradoxe Leben zu leben, in welchem man weiß, daß alles sinnlos ist, nichtig und ein Weiden des Windes und dennoch an der Weisheit festzuhalten, die dem Weisen «mehr Stärke gibt als 10 Befehlshaber» (Pr. 7, 19). Hier ist die Weisheit dem Bereich der Spekulation entzogen. Sie ist nicht mehr eine Macht, über welche man nachdenkt, auch nicht mehr nur eine redende Macht,

sie ist eine zwingende Gewalt, die den Menschen zwingt, das Lebens*ganze* zu schauen, zu dem Tod und Leid und Sinnlosigkeit gehören, die ihn zwingt, die Weisheit selber nicht zu überschätzen, und ihn zugleich zwingt, weiterhin dennoch ein Weiser zu sein, weil das in der sinnlosen Welt der Schwachheiten immer noch die stärkste Stärke bedeutet.

Mit diesen zwei Auffassungen der Weisheit, mit dem Raum, aus dem Tod und Sinnlosigkeit verbannt sind, und dem Raum, in den sie eingedrungen sind, hat das alte Israel sich im Laufe der Geschichte weiter auseinandersetzen müssen. Der alte Begriff der Weisheit, die sich letzten Endes bezahlt macht, taucht in jüngeren Schriften Israels wieder auf, in der sogenannten Weisheit Salomos und im 4. Makkabäerbuch etwa. In der Weisheit Salomos, dieser, wohl dem 1. vorchristlichen Jahrhundert zuzuweisenden Schrift, dient die Weisheit wiederum der Meisterung des Lebens und auch des Todes. Wohl kann nun das große Paradox des Todes nicht mehr aus den Gedanken der Weisheitsgläubigen fortgewischt werden, aber es wird durch den Glauben an eine Vergeltung nach dem Tode zu überwinden versucht. Wo die alte vorderorientalische Lebensweisheit vom Lohn redete, den die Weisheit im Leben ihren Dienern gewährt, von Ansehen, Reichtum, langem Leben, da redet die Weisheit Salomos von einem Geschehen jenseits des Todes: «Der Gerechten Seelen sind in Gottes Hand, und keine Pein kann sie berühren. Sie scheinen den Augen der Toren gestorben zu sein, als ein Scheitern wurde ihr Ende beurteilt und ihr Scheiden von uns als Untergang; und doch sind sie im Frieden. Denn, wenn sie auch für das Auge der Menschen gestraft werden, so ist doch ihre Hoffnung voll Unsterblichkeit ... Die auf ihn vertrauen, werden die Wahrheit erkennen und die Getreuen bei ihm in Liebe bleiben; denn Gnade und Erbarmen wird seinen Auserwählten zuteil. Die Gottlosen aber werden nach dem, was sie sannen, Strafe empfangen» (Weish. 3, 1ff.; vgl. IV. Makk. 9, 8; 12, 19 u. ö.). Hier werden die Sinnlosigkeiten des Lebens, die beim Prediger den alten Weisheitsglauben erschüttert hatten, als Erziehungsmaßnahmen Gottes gedeutet, hier wird durch die Einführung jenseitigen Lohns und jenseitiger Strafe das alte Gebäude der Weisheit erweitert wieder aufgebaut. Weil der Gedanke an das Jenseits aufgetaucht ist, erhält die Weisheit weitgehend den Charakter der Frömmigkeit.

In der jüngeren Weisheitsliteratur findet zudem die Weisheit selber ihren Platz in und bei Gott. «Die Weisheit ist aller Dinge Bildnerin» (Weish. 7, 21), Gott selbst aber «ist auch der Weisheit Führer und der Weisen Lenker» (Weish. 7, 15).

Ja, die Weisheit sagt von sich selber: «Als Gott die Grundfesten der Erde machte, da war ich ihm zur Seite, da war ich ganz Entzücken, Tag für Tag, spielend vor ihm unentwegt, spielend auf seinem Erdenrund» (Spr. 8, 30f.). Wirkliche Weisheit vermag hier also zu spielen. Die Weisheit, die als in Gott beheimatet gesehen und geglaubt wird, überwindet die Fessel der Zweckgebundenheit. Damit aber unternehmen die

am Begriff der Weisheit interessierten Kreise Israels einen Schritt über die Grenzen der gefesselten Menschlichkeit hinaus. Vielleicht vermag gerade der Gedanke an diese vollendete, spielende Weisheit Gottes das Weisheitsstreben von dem verkrampften Vorbeisehen an Tod und Leid zu erlösen. Hier ist eine größere Weisheit erahnt, als es das alte Werkzeug zur Meisterschaft über das Leben war. Die größere Weisheit aber hört nicht auf, auch ihrerseits wieder Meisterschaft zu geben. Wird die Weisheit in ihrer Vollendung in Gott gesehen, wird sie als diese zugleich wirkende und zugleich spielende freundliche Macht geschaut, dann muß sich wohl auch der Weg des Menschen zur Weisheit verändern. Er wird wohl weiter die Weisheitsregeln der Alten anwenden, auch die jüngere Weisheitsliteratur kennt die gleichen Ermahnungen zu Maß und Sitte, zu Anstand und Rechtlichkeit. Sie weiß aber zugleich, daß der eigentliche Anfang der Weisheit in tieferen Gründen zu suchen ist. So verkündet die jüngere Partie der Sprichwörtersammlung «Der Weisheit Anfang ist die Furcht des Herrn, und den Heiligen erkennen, ist Einsicht» (Spr. 9, 10). Dieser größeren Weisheit begegnet man nicht mehr wie dem alten Werkzeug zur Meisterung des Werktags. Man begegnet ihr vielmehr in der Gottesfurcht, in der Anerkennung des Abstandes zwischen dem Raum, da Gott und seine spielende Weisheit ruhen und dem anderen Raum, da Tod und Leid an die Tore der Menschen pochen. Darum setzt die jüngere Weisheitsliteratur die Weisheit schließlich auch dem Gesetze Gottes gleich. Durch das Nachdenken über Gottes Gebote und Verordnungen soll die Weisheit des Menschen wachsen: «Sinne nach über die Verordnungen Gottes, und über seine Gebote denke alle Zeit nach. Er ist's, der dein Herz stark machen wird, und dein Verlangen nach der Weisheit wird dir gestillt werden» (Sir. 6, 37). So drängen sich am Ende des langen Weges israelitischen Weisheitsuchens die zentralen israelitischen Begriffe doch wieder in den Vordergrund. Und wenn das geschieht, dann gewinnt die Frage, die das alte Weisheitsdenken zu erschüttern vermocht hatte und die dann in der Weisheit Salomos eine scheinbare Lösung gefunden hatte, die Frage nach dem Sinn von Tod und Leid, eine ganz neue Bedeutung. Es kann keine israelitische Weisheit geben, die nicht durch das Problem der Sinnlosigkeit in der Welt zutiefst erschüttert würde. In keinem anderen Geisteskreis des israelitischen Volkes als in dem der Weisheit ist diese Frage nach der göttlichen Gerechtigkeit so akut geworden. Natürlicherweise könnte es sich hier um ein Entweder—Oder handeln: Entweder man beherzigt Weisheitsregeln und sieht an der Sinnlosigkeit vorbei, oder man erkennt dieselbe und gibt Weisheitsstreben und Weisheitsregeln preis. Modern ausgedrückt, könnte dieses Entweder—Oder heißen, entweder rationalistischer Fortschrittsglaube oder krisengeborener Nihilismus. Das Merkwürdigste in der Geschichte der israelitischen Weisheit besteht darin, daß dieses Entweder—Oder überwunden wird. Die Weisheit wird nicht preisgegeben, auch angesichts aller Siege von Tod und Sinnlosigkeit nicht. Die einen

haben die Möglichkeit und die Kraft zu dieser Verbindung dadurch erhalten, daß sie durch den Glauben an eine jenseitige Vergeltung sich die Sinnhaftigkeit des diesseitigen Lebens gerettet haben. Dieser einfache Weg ist aber — wenigstens innerhalb des alttestamentlichen Kanons — nicht der Hauptweg der israelitischen Entwicklung. Dieser besteht vielmehr darin, daß die Frage nach der göttlichen Gerechtigkeit keine theoretische Lösung, nur eine leidenschaftlich praktische kennt. In den Kreis der Weisheitsliteratur gehört nämlich auch Hiob hinein, und er ist der Mann, der Tod und Sinnlosigkeit erfährt wie kaum ein anderer, und dennoch das Leben weiterführt, das sein Suchen nach Weisheit ihn als recht erkennen ließ. Er findet und braucht keine Theorie über das Jenseits. Er überwindet die Erschütterungen, die Tod und Sinnlosigkeit nicht nur der Weisheit, sondern der ganzen Existenz versetzen, nur durch den leidenschaftlichen Schrei nach Gottes Rede und Antwort. Er findet und braucht nicht einmal die Theorien seiner Freunde über den erzieherischen Wert des Leidens, er bleibt so untheoretisch, wie man nur sein kann. Die Leidenschaft für die lebendige Zwiesprache mit Gott aber ist aus dem innersten und eigensten Wesen Israels erwachsen, und dieses Innerste und Eigenste ist nicht nur in das Reden und Denken über die Weisheit eingedrungen, sondern hat diesem schließlich eine ganz neue Wendung gegeben. Je mehr sich die israelitische Weisheit dem zentralen Gedankengut Israels nähert, um so mehr nimmt die Weisheit selber den Charakter des Glaubens an.

So hat das alte Israel mit dem Nachdenken über die Weisheit einen Boden betreten, der zunächst fremdes Land war. Am Ende der langen Arbeit aber ist dieser Boden verwandelt. Das Fremde und das Eigene sind eine eigentümliche Verbindung miteinander eingegangen. Das Fremde hat das Eigene befruchtet, hat dem alten urwüchsigen Israel den Sinn für Maßhalten gegeben und hat dem oft im düsteren prophetischen Feuer flackernden Geiste Israels eine Heiterkeit, ein lichtes Lächeln geschenkt. Das Eigenste aber hat das Fremde verwandelt, hat die schweigende Welt, da der Mensch mit seinen Idealen in einem unfruchtbaren Monologe stand, durchbrochen und in ihr Platz für die lebendige Rede Gottes gemacht. Wichtiger als einzelne Gedanken, einzelne Splitter aus dem reichen Schatz israelitischer Sprichworte und Weisheitsregeln ist die Erkenntnis dieses besonderen Weges, den das alte Israel mit der Weisheit gegangen ist. Die Geschichte Israels mit der Weisheit ist die Geschichte eines, der auszog, um auf bekanntem Felde den verborgenen Schatz der Lebensmeisterschaft zu finden und der am Ende seines Suchens den kostbaren Fund dessen fand, der sich selber wiederfindet. Hier werden dann die scheinbar unüberwindlichen Feinde Tod und Sinnlosigkeit nicht mehr durch Ignorieren und auch nicht durch theoretische Konstruktionen überwunden, sondern durch den leidenschaftlichen Hunger nach dem lebendigen, redenden Gott selber und durch ein illusionsloses Tun und Bewahren dessen, was als Weisheit gilt. Das

dürfte nicht ohne Bedeutung sein für eine Gegenwartszeit, in der ja auch die große Flut von Tod und Sinnlosigkeit die naive Lebensmeisterung fortgeschwemmt hat und die nun weder durch ein verkrampftes Ignorieren dieser bösen Flut noch durch ein wollüstiges Hineinspringen gerettet werden kann, sondern nur dadurch, daß auch sie die lebendige Anrede Gottes wieder findet und im Hunger nach diesem Gott und im illusionslosen Bewahren der Weisheit sich selber wiederfindet – und ein klein wenig Maßhalten und ein kleines Lächeln dazu. *Bruno Balscheit.*

WELTRUNDSCHAU

Sieg des Rechts! Noch immer beherrscht der *Krieg um Korea* das Bild der Weltlage. Doch ist in der Berichtszeit mehr seine *politische* als seine militärische Seite im Vordergrund gestanden. Die nordkoreanisch-chinesische Offensive, die mit Jahresbeginn anscheinend so wuchtig eingesetzt hatte, ist ja nach wenigen Wochen plötzlich zum Stillstand gekommen und gegen Ende Januar von einer energischen Gegenoffensive der UNO-Armeen abgelöst worden, die nun bereits wieder in Söul stehen, aber anscheinend Befehl haben, diesmal nicht aufs neue den 38. Breitengrad zu überschreiten. Also Hemmungen auf beiden Seiten, die militärischen Operationen bis zu ihrem «logischen» Ende weiterzutreiben. Die Kampfpause, die durch das merkwürdige Haltmachen der Nordarmeen Mitte Januar herbeigeführt worden war, ist dann aber durch eine um so regere *diplomatische* Tätigkeit ausgefüllt worden, deren Mittelpunkt das Hauptquartier der Vereinten Nationen in Neuyork war. Es ging dabei um die Doppelfrage, ob dem Krieg in Korea nicht doch endlich durch Verhandlungen ein Ziel gesetzt werden könne, und ob, falls die Nordkoreaner und Chinesen weiterhin eine Entscheidung durch Waffengewalt suchten, China von der UNO gemäß amerikanischem Antrag in aller Form als Angreifer gebrandmarkt werden solle. Und nun ereignete sich das Neue – das in unserer Presse sozusagen durchwegs verwedelt wurde –, daß die *zweite* Antwort der Chinesischen Volksregierung, offenbar unter indischem Einfluß, einer raschen Beendigung des Krieges durchaus günstig war. China erklärte sich jetzt vor allem damit einverstanden, daß die Feindseligkeiten *vor* der Aufnahme von Verhandlungen eingestellt würden, mindestens «für eine begrenzte Zeitspanne», während welcher eine Konferenz von sieben Mächten eine friedliche Lösung der Koreafrage suchen sollte. Der gleichzeitige Abbruch der Nordoffensive unterstrich die Ernsthaftigkeit dieses Angebots, sodaß sogar der konservative Pariser «Monde» (31. Januar) feststellte, die Chinesen hätten tatsächlich auf eine Weiterführung des

Krieges in Korea verzichtet, und es liege nun kein Anlaß mehr vor, sie als Angreifer bloßzustellen und vor den Kopf zu stoßen. Aehnlich schrieb der «New Statesman» (27. Januar): «Es ist nicht klar, wie die Antwort Chinas hätte noch versöhnlicher ausfallen können, noch aus was für Gründen sich Amerika jetzt weigern kann, auf dieser Grundlage zu verhandeln. Unter diesen Umständen kommt ein Antrag, China als Angreifer zu brandmarken, einfach darauf hinaus, Verhandlungen überhaupt abzulehnen.»

Trotzdem *hat* Amerika seinen Antrag gestellt und natürlich in der Generalversammlung der UNO auch durchgedrückt. Die Tür zu Verhandlungen mit China soll zwar, wie in dem Beschluß scheinheilig bemerkt wird, gleichwohl offen bleiben; im selben Atemzug wird aber gedroht, es müßten *Strafmaßnahmen* – und das heißt zuletzt ein regelrechter Krieg – gegen China ins Werk gesetzt werden, falls die neuen Verhandlungsbemühungen ohne Erfolg bleiben sollten. Die innere Unwahrhaftigkeit dieser Haltung wurde vom Sprecher der indischen Abordnung, die den amerikanischen Antrag ablehnte, sofort aufgedeckt. «Mit einer Verdammung zu beginnen», so erklärte Sir Benegal Rau, «und dann Verhandlungen vorzuschlagen, kann nur beweisen, daß es uns weder mit der Verdammung noch mit Verhandlungen ernst ist.» Schon damit ist eigentlich das Urteil über einen Akt gesprochen, der jetzt in der ganzen amerikahörigen Welt als «Sieg des Rechts und der Wahrheit» (!) gepriesen wird. Aber es liegt ja auch sonst nur allzu offen auf der Hand, daß China moralisch und politisch *nicht* als Urheber eines Angriffskrieges bezeichnet werden kann. Man stelle sich doch vor: Die Vereinigten Staaten erklären nicht nur seit 125 Jahren jedes Eingreifen einer nichtamerikanischen Macht an irgend einem Punkte des amerikanischen Erdteiles als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit. Sie fühlen ihre Sicherheit und Existenz neuerdings auch dann bedroht, wenn jenseits des Atlantischen Ozeans irgendwo in Westeuropa oder auf der anderen Seite des Stillen Ozeans in China, Korea oder wo immer, also viele Tausende Kilometer von den Vereinigten Staaten entfernt, der Kommunismus seinen Einflußbereich erweitert. Und nun erfährt das neue China schon seit Jahr und Tag die ausgesprochene und höchst tätige Feindseligkeit Amerikas, die sich unmittelbar gegen das chinesische Herrschaftsgebiet selber richtet. Es sieht sich unter amerikanischem Druck aus der UNO ausgeschlossen. Es muß erleben, daß ein wertvolles Stück chinesischen Gebietes – Formosa – durch das Eingreifen der amerikanischen Flotte vom chinesischen Mutterland abgetrennt gehalten wird und daß Amerika eng mit einem Tschiang Kai-shek zusammenarbeitet, um die Rückeroberung ganz Chinas durch die Gegenrevolution herbeizuführen. Und es muß schließlich mitansehen, daß die sogenannten UNO-Truppen unter dem Befehl seines alten Feindes MacArthur nach der «Befreiung» Südkoreas auch in Nordkorea einfallen, ja in Eilmärschen der Grenze von Chinas industriereichster Provinz zustreben. Wenn sich China nun aber, nachdem

all seine Proteste und Warnungen mißachtet worden sind, gegen diese *tatsächliche* Bedrohung seiner Sicherheit zur Wehr setzt und dem amerikanischen Vormarsch Halt gebietet, *bevor* er die Grenze der Mandschurei erreicht hat, dann ist das natürlich ein ruchloser, durch nichts zu entschuldigender Angriffskrieg, der «im Namen des Rechts und der Wahrheit» feierlich gebrandmarkt und mit Strafe bedroht werden muß – von den Vertretern der gleichen UNO, die China rechtswidrig Sitz und Stimme in ihrer Mitte verweigern ... Wahrlich, man kann die Heuchelei und Verlogenheit auch *zu* weit treiben!

UNO im Niedergang Wie es mit dem «Sieg des Rechts», der durch den Brandmarkungsbeschluß gegen China errungen sein soll, tatsächlich bestellt ist, geht auch daraus hervor, daß die tapferen Befürworter dieses Beschlusses bisher Strafmaßnahmen erst auf dem Papier angedroht, aber glücklicherweise noch nicht gewagt haben, sie auch auszuführen. Und doch müßte hinter das Recht, dem man angeblich einen Sieg verschafft hat, sofort auch eine entsprechende *Macht* gesetzt werden, die es zu verwirklichen hätte, wenn man von diesem Recht auch wirklich überzeugt und im Ernst entschlossen wäre, ihm gegen jeden Widerstand zum Durchbruch zu verhelfen. Davon kann aber vorderhand gar keine Rede sein.

Jawohl, in den Vereinigten Staaten selbst wäre man wahrscheinlich schon heute bereit, sich auch in einen Krieg mit China zu stürzen. Wozu – so fragen sich nicht nur die Militärs, so kann man es auch in der amerikanischen Presse lesen –, wozu haben wir denn unsere so wunderbar vervollkommneten Atombomben, wenn wir sie ja doch nicht gegen die Roten einsetzen? Aber die anderen UNO-Staaten, die China verdammen halfen, schrecken dann doch vor dieser Konsequenz ihrer Haltung – vorläufig wenigstens – noch zurück. Sie erklärten China keineswegs deshalb als Angreifer, weil sie alle an einen chinesischen Angriffskrieg auch wirklich geglaubt hätten, sondern vor allem darum, weil sie Amerika wenigstens eine «moralische» Genugtuung geben wollten, weil sie sich auf Gedeih und Verderb an die antikommunistische Machtpolitik der Vereinigten Staaten gebunden fühlen, und nicht am wenigsten, weil sie von Amerika wirtschaftlich und finanziell gänzlich abhängig geworden sind. Die wochenlange Sperrung amerikanischer Weizenlieferungen an das von Trockenheit heimgesuchte Indien wurde ja ganz offen damit begründet, daß man dem in der Chinafrage so «unsolidarisch» auftretenden Indien und besonders *anderen* zögernden Staaten eine heilsame Lektion geben müsse. Und einem Beschluß, der mit solchen Mitteln erzwungen wurde, dem sagt man dann: Sieg des Rechts und der Wahrheit ...

Die fast vollständige Amerikanisierung der UNO ist freilich längst kein Geheimnis mehr. Schon allein der Umstand, daß die Vereinten Nationen ihren Sitz in Neuyork haben, brächte ihre ständigen Beamten wie auch die Delegierten aus anderen Ländern von vornherein auch dann

unter den gleichschaltenden Einfluß der amerikanischen Umwelt – durch gesellschaftlichen Verkehr, Presse, Radio, Literatur usw. –, wenn nicht zwei Drittel des Personals der UNO aus Amerikaner bestünden und die amerikanische Abordnung für Rat und Versammlung mit ihrem Bestand von 180 Damen und Herren ein weniger erdrückendes Übergewicht über die ausländischen Delegationen besäße. Dazu kommt aber, daß von amerikanischer Seite ebenso planmäßig wie erfolgreich auf die Säuberung des Sekretariatsstabes und der fremden Delegationen von nicht ganz sattelfesten Parteigängern Washingtons hingearbeitet wird. Und da sowohl das Personalamt wie das Budget- und das Finanzamt, also gerade diejenigen Stellen, die bei der Einstellung und Entlassung von Personal ein maßgebendes Wort zu sprechen haben, vom stellvertretenden Generalsekretär abhängen, der ein zielbewußter Amerikaner ist, anderseits auch die Führung der laufenden Geschäfte der Generalversammlung, die Behandlung der Rechtsfragen (zum Beispiel die Abfassung der Resolutionen) und die Ausführung der Versammlungsbeschlüsse ebenfalls Verwaltungsabteilungen anvertraut sind, an deren Spitze Amerikaner stehen, so ist aufs beste dafür gesorgt, daß die Vereinten Nationen ein zuverlässiges Werkzeug in der Hand der Gestalter der amerikanischen Politik sind. Jeder einzelne Sekretariatsbeamte, jedes einzelne Mitglied der auswärtigen UNO-Delegationen wird nach den bewährten Grundsätzen der amerikanischen Bundespolizei und des Komitees zur Bekämpfung unamerikanischer Umtriebe ständig durchleuchtet und überwacht, und es dürfte nur wenige Delegationsmitglieder geben, die es darauf ankommen lassen, eine amerikanische Beschwerde bei ihrer heimischen Regierung herauszufordern und dann ihre ebenso ehrenvolle und interessante wie einträgliche Stellung zu verlieren.

Es ist auf alle Fälle eine groteske Verkennung der wirklichen Sachlage, wenn man den Chinabeschluß der UNO-Versammlung als eine moralische Stärkung der Vereinten Nationen ausgibt. Das Gegenteil ist der Fall: Die UNO ist damit noch tiefer in Abhängigkeit von Amerikas verhängnisvoller Weltmachtspolitik verfallen und damit ihrer ursprünglichen Sendung vollends ganz entfremdet worden. Dem Geist und Buchstaben der UNO-Satzung hätte es entsprochen, wenn das neue China in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen worden wäre. Es *wider*spricht aber völlig dem Geist und Buchstaben dieser Satzung, eine Großmacht mit Krieg zu bedrohen, die von Rechts wegen längst der UNO angehören sollte und die von den UNO-Streitkräften selber zur Verteidigung ihres Lebensrechtes geradezu gezwungen worden ist. Die UNO ist mit gutem Bedacht – im Unterschied zum alten Völkerbund – auf *friedlichen* Ausgleich der Gegensätze zwischen den Großmächten angelegt gewesen; das Vetorecht, das seinerzeit sämtliche Großmächte für die ständigen Ratsmitglieder verlangt hatten, ist nur der konsequente Ausdruck dieses Gedankens, der dann durch die von Amerika durchgesetzte Änderung der UNO-Satzung (Erhebung der Generalversamm-

lung zum eigentlichen Entscheidungsorgan) freilich weithin unwirksam gemacht wurde. Die ganze Art und Weise, wie die Korea- und Chinafrage von der UNO behandelt wurde, zeigt so nur allzu deutlich, wie nahe bereits die Vereinten Nationen ihrem inneren und äußeren Zerfall gekommen sind. Und Freda Kirchwey hat ganz recht, wenn sie in der Neuyorker «Nation» (16. Dezember 1950) schreibt: «Korea beweist, daß die Vereinigten Staaten, wenn sie ihre Macht dazu gebrauchen, eine Revolution zu verhindern, wo eine Revolution unvermeidlich ist, einen Weg beschreiten, der direkt zum Kriege führt. Korea beweist, daß die Vereinten Nationen ihre Fähigkeit, einem Angriff Halt zu gebieten, in dem Maße schwächen, da sie sich als Werkzeug der Gegenrevolution gebrauchen lassen.»

Angelsächsische Solidarität Nichts deutet freilich vorderhand darauf hin, daß Amerika und seine Gefolgsstaaten die koreanische Lektion zu lernen im Begriffe stünden. Ja, wenn es auf die amerikanische *Armee* in Korea ankäme! Selbst ein so regierungstreuer Journalist wie Mr. Kelsey, der politische Kommentator der «Detroit News», hält es für nötig, darauf hinzuweisen, daß «dauernd Berichte eintreffen, wonach sie (die amerikanischen Soldaten) nicht begreifen, für was sie eigentlich kämpfen oder, wenn sie es begreifen, nicht viel Sinn in der Fortsetzung eines Kampfes sehen, der ja doch verloren sei . . . Es ist mächtig schwer, die Armee zu überzeugen, daß sie in Korea für die Sicherheit der Vereinigten Staaten kämpfe.» (25. Januar.) Und ein redaktioneller Leitartikel des gleichen Blattes (5. Februar) bestätigt das Fortdauern dieser Stimmung trotz den jüngsten Erfolgen MacArthurs, hinzufügend, daß die Soldaten auf die Heimkrieger in Amerika schlecht zu sprechen seien und den Politikern eine furchtbare Abrechnung androhten, wenn sie wieder einmal in Reichweite einer Stimmurne seien.

Inzwischen gehen die Politiker in Washington weiterhin *ihren* Weg. Da die Pekinger Regierung nach dem Schlag ins Gesicht, den die UNO ihr versetzt hat, keine Lust zeigt, sich mit den «Friedensboten» der Vereinten Nationen an den Verhandlungstisch zu setzen, so macht man sich in Washington und demgemäß auch in Lake Succeß bereits kühl und sachlich mit der angeblichen Notwendigkeit vertraut, die angedrohten Strafmaßnahmen gegen China zur Tat werden zu lassen. Käme es aber wirklich so weit, dann wäre die Welt ohne Zweifel einem neuen allgemeinen Krieg ein bedeutendes, vielleicht sogar das entscheidende Stück näher gerückt. Dies um so mehr, wenn die Führung der Operationen gegen China wiederum einem verantwortungslosen Imperialisten wie MacArthur anvertraut würde, der erst letzthin wieder erklärte, ein Krieg gegen China müsse zum Ziel haben, nicht nur China, sondern ganz Asien zu «befreien», das heißt die Revolution der kolonialen und halbkolonialen Völker *überall* gewaltsam zu ersticken.

Und gegen diese Aussicht bäumt sich nun doch auch im amerika-

nischen Volk alles auf, was nach der jahrelangen fürchterlichen Verhetzung durch eine zügellose antikommunistische Propaganda an gesundem Denken und Empfinden noch übrig ist. Private Mitteilungen, die uns zukommen, sprechen von einem wachsenden Widerstand in allen Bevölkerungsschichten gegen die amtliche Außenpolitik, von einem erschreckten Aufwachen vieler aus den Opiumträumen der letzten Jahre, von einer Besinnung auf die *wirklichen* Kräfte, die das Leben der Nation regieren müssen[1]. Und verschiedene Volksumfragen aus jüngster Zeit scheinen diese Beobachtung zu bestätigen. So hat das Gallup-Institut schon im Dezember festgestellt, daß jetzt 58 Prozent der Befragten für die Aufnahme des kommunistischen China in die UNO sind und 28 Prozent dagegen; noch im Juli 1950 waren 58 Prozent *gegen* die Aufnahme Chinas und nur 11 Prozent dafür. Eine noch neuere Umfrage hat eine Mehrheit von drei zu eins für den Rückzug der UNO-Truppen aus Korea ergeben. Begreiflich, daß die amerikanische Regierung Mühe hat, ihr ungeheuerliches Rüstungsprogramm dem Volke mundgerecht zu machen. Sie hat denn auch klugerweise dem von seiner Europareise zurückgekehrten General Eisenhower, dem populären Führer der westalliierten Befreiungsarmeen am Schluß des zweiten Weltkrieges, die Aufgabe überbunden, Parlament und Volk «von der Notwendigkeit der weittragenden und in der amerikanischen Geschichte einzig dastehenden Entscheidung zu überzeugen, die . . . in einer eindeutigen Gutheißung der durch den Präsidenten anzuordnenden Entsendung amerikanischer Truppen bestehen wird, die Eisenhowers atlantischer Armee eingegliedert werden sollen» («Neue Zürcher Zeitung», 3. Februar). Daß ihm das in der Bundesversammlung ohne weiteres gelingen wird, ist fast selbstverständlich, trotz der «Meckerei» Senator Tafts und anderer Nörgler. Ob er auch im Volk und bei den Soldaten viel Begeisterung dafür erweckt, für die kühnen Ostpläne der Adenauer, Schumacher und Guderian zu sterben, steht auf einem andern Blatt.

Mit ähnlichen Schwierigkeiten hat die *britische* Regierung zu kämpfen. Sie hat zwar dem Brandmarkungsbeschluß der UNO nur nach erheblichem Zögern und sichtlich ohne starke Überzeugung zugestimmt. Nachdem sie sich aber einmal doch auf eventuelle Strafmaßnahmen – sagen wir ruhig: auf einen allfälligen Krieg – gegen China festgelegt hat, wird sie kaum mehr die Kraft zum Widerstand aufbringen, wenn Amerika zum Losschlagen entschlossen ist. Hingegen ist im britischen Volke selber der Widerstand gegen solch unwürdiges und selbstmörderisches Satellitentum immer noch im Zunehmen begriffen. Zwar dürfen

[1] In der pennsylvanischen Stadt Pottstown hielten am Sonntag, dem 4. Februar, Tausende von Menschen in der Mittagsstunde inne, um jeder für sich still zu beten: «Allmächtiger Gott, wir bitten dich demütig: Schütte über alle Völker deine Friedensgabe aus. Hilf uns die Probleme anderer Völker verstehen. Leite unsere Führer, daß sie Weisheit und Geduld haben, und höre unsere täglichen Gebete, die wir in deinem Namen vor dich bringen.» Dieses Gebet soll jeden Mittag von neuem dargebracht werden, solange die Weltlage so kritisch ist.

die neuerdings um sich greifenden Lohn- und Streikbewegungen keineswegs als Zeichen von Opposition gegen den außenpolitischen Regierungskurs angesehen werden, obwohl die Ursache für die Verknappung wichtiger Rohstoffe und Nahrungsmittel und die daraus entspringende Verteuerung der Lebenshaltung unzweifelhaft in der militärischen Aufrüstung zu suchen ist, die die Kräfte und Hilfsmittel der westlichen Länder jetzt in erster Linie beansprucht. Aber daß die Unruhe über die Konsequenzen, zu denen die britisch-amerikanische Weltpolitik zu führen droht, im englischen Volke groß und weitverbreitet ist, geht doch aus allen Berichten hervor, die von jenseits des Kanals zu uns kommen. In besondere Bedrängnis ist dabei derjenige Flügel der Labourbewegung geraten, der ausgesprochen *gegen* die Ankettung Englands an das kapitalistisch-imperialistische Amerika ist, nun aber doch nicht weiß, ob er die Treue zur «angestammten» Führerschaft über die Treue zu den Grundsätzen des Sozialismus stellen oder doch einfach der zum Krieg treibenden Strömung unter allen Umständen widerstehen soll, auch auf die Gefahr einer zeitweiligen Spaltung der Bewegung und einer ja ohnehin ziemlich sicheren Niederlage Labours bei den nächsten Wahlen hin[2]. Daß die Großzahl der britischen Labourleute und Gewerkschafter zuletzt die «nationale Solidarität» über alles stellen wird, unterliegt für uns freilich nicht dem leisesten Zweifel.

„Die Europäer lachen bloß" Anders liegen die Dinge in *Frankreich*. Auch hier geht zwar die Regierung und die hinter ihr stehende gesellschaftliche Oberklasse durch dick und dünn mit den Vereinigten Staaten, und zwar, wie der Besuch Ministerpräsident Plevens in Washington demonstrativ klargemacht hat, noch vorbehaltloser als die britische Regierung, weil sich das offizielle Frankreich eben *noch* mehr von amerikanischen Waffen und Hilfsgeldern abhängig fühlt als Großbritannien, das immerhin an der allbritischen Völkergemeinschaft (Commonwealth) einen starken Rückhalt besitzt. Die Pariser Regierung hat sich darum auch von Anfang an ohne Hemmungen für die Chinapolitik der Vereinigten Staaten eingesetzt, zumal sie sich, wie Pleven vor der amerikanischen Presse bemerkte, in Indochina der gleichen Aufgabe gegenübersehe wie Amerika in Korea. (Kann man den

[2] Vorbildlich, wenn auch kaum typisch für die Haltung der englischen Linkssozialisten, ist die saubere Stellungnahme Professor *Coles*, des hervorragenden Oxforder Volkswirtschafters. «Wenn sich Großbritannien», so erklärte er unlängst, «von den Amerikanern in einen Krieg mit China schleppen läßt, so werde ich auf seiten Chinas stehen, und ich glaube, das werden auch so viele andere meiner Landsleute tun, daß dadurch in unserer nationalen Solidarität ein tiefer Riß entsteht. Wenn Großbritannien der Wiederaufrüstung Westdeutschlands zustimmt, so werde ich mich außerstande sehen, weiterhin die britischen Arbeiter ermahnen zu helfen, eine allumfassende Produktionsanstrengung zu machen, um Waffen für einen Krieg in Europa herzustellen, der in keiner Hinsicht mehr ein Krieg für Freiheit und Demokratie sein wird.» Was er natürlich auch dann nicht wäre, wenn die Deutschen dabei *nicht* mitkämpften.

«Krieg für Recht und Freiheit», den die Vereinigten Staaten und ihre Hilfsvölker in Korea führen, schärfer verurteilen, als indem man ihn auf die gleiche Stufe stellt wie den schmutzigen Kolonialkrieg der Franzosen in Indochina?) Frankreich hat sich eben nunmehr mit verbundenen Augen an Amerika angehängt, dessen «totale Strategie» in Asien wie in Europa es willenlos mitmacht. Auch die jüngste Verschärfung des Kampfes der französischen Staatsgewalt gegen den Kommunismus, insbesondere die Schließung der Pariser Hauptquartiere dreier kommunistisch beeinflußter internationaler Organisationen – des Weltgewerkschaftsbundes, des Internationalen Frauenbundes und des Demokratischen Jugendbundes – dient ganz offenkundig dem Zweck, die Gleichschaltung der französischen mit der amerikanischen Innenpolitik sichtbar zu bekunden. Und der Lohn für soviel Gefolgsmannentreue ist ja auch nicht ausgeblieben; Amerika hat vor allem versprochen, seine Waffen- und Materiallieferungen sowohl für die Kriegführung in Indochina als auch für die Aufrüstung des Mutterlandes beträchtlich zu verstärken, und mit der Erfüllung dieses Versprechens auch schon begonnen.

Aber hat die Pariser Regierung bei all dem auch wirklich das französische *Volk* hinter sich? Täuscht man sich in Washington nicht gewaltig, wenn man die «unverbrüchliche Solidarität mit Amerika», die ein Pleven, ein Moch, ein Petsche nicht müde werden zu geloben, auch bei den französischen Bauern und Arbeitern, Kleinbürgern und Intellektuellen voraussetzt? Claude *Bourdet*, der Chefredakteur des «Observateur», der seine Landsleute kennen dürfte, warnt jedenfalls in «The Nation» (16. Dezember 1950) eindringlich vor allen Illusionen:

«Ein geringer Teil des westeuropäischen Volkes könnte für einen Kreuzzug zugunsten der atlantischen Politik auf die Beine gebracht werden; aber mindestens in Frankreich ist die Mehrheit gleichgültig gegen jede sogenannte russische ‚Gefahr', die nicht die Form einer ausgesprochenen Drohung gegen französisches Gebiet oder französische Einrichtungen annimmt. Außerdem werden jetzt rund 25 Prozent der Bevölkerung von den französischen Kommunisten beeinflußt und könnten leicht dazu gebracht werden, die atlantischen Strategiepläne aktiv oder passiv zu sabotieren, solange sie nicht unmittelbar das Gewicht einer sowjetischen Invasion verspüren.

Und das ist noch nicht einmal alles. Der Marshallplan, die atlantische Politik und das amerikanische Bündnis haben die wahrscheinlich von der amerikanischen Regierung nicht beabsichtigte Wirkung gehabt, die politische und wirtschaftliche Macht der alten Herrenklasse wiederherstellen zu helfen. Die politische Lage in Frankreich ist jetzt so, daß die Kosten der Aufrüstung in der Hauptsache von den Arbeitern und den andern armen Bevölkerungsschichten getragen werden müssen. Die Warenpreise gehen hinauf, und die Regierung macht vergebliche Anstrengungen, die Inflation zu verheimlichen, die sie stillschweigend als die ‚leichte' Methode der Aufrüstung angenommen hat. Leicht ist sie tatsächlich für die Wohlhabenden; denn die Profite folgen den Preisen. *Nur die Reichen und Konservativen sind wirklich mit der gegenwärtigen Außenpolitik Frankreichs einverstanden.*» (Von mir hervorgehoben. H. K.)

Zum gleichen Schluß kommt in derselben Zeitschrift (6. Januar 1951) Alvarez *del Vayo*, der in Westeuropa und besonders in Frankreich über die besten Beziehungen verfügt:

«Angenommen, Frankreich könne morgen durch ein Wunder 15 motorisierte Divisionen ins Feld stellen. Dann bliebe immer noch das Problem der soldatischen Moral. Wo wären die zehntausende französischer Mechaniker zu finden, die mit dem Herzen in einer Koalitionsarmee mitkämpften, bestehend aus Deutschen, spanischen Falangisten und aus Faschisten, die von allen Ecken und Enden her zusammengetrommelt wären?

...Von der Idee besessen, daß 175 russische Divisionen marschbereit dastünden, denken die westlichen Strategen nur daran, wie die größtmögliche Zahl Soldaten an diesen oder jenen gefährdeten Punkt hin geworfen werden könnten, vergessen aber gänzlich die *politische* Seite des Krieges – und rennen darum kopfüber ins Unglück. Sie machen sich nicht klar, daß die russischen Truppen, die von einer gemeinsamen Weltanschauung beseelt sind, ganz abgesehen von ihrer Zahl, eine stärkere Macht sind als ein zusammengewürfelter Haufe Soldaten, in dem Antifaschisten Seite an Seite mit Faschisten zu kämpfen hätten, und zwar für eine Sache, die ihnen niemals als Befreiungskrieg mundgerecht gemacht werden könnte. Es mag sein, daß man dem amerikanischen Volke den Glauben beibringt, die westlichen Verbündeten seien die Verteidiger der Freiheit, während man gleichzeitig die Macht des spanischen Diktators durch Anleihen, durch die Ernennung eines amerikanischen Botschafters in Madrid und durch das ganze tägliche Gerede von der Einbeziehung Spaniens in den Atlantikbund untermauert. Aber die Europäer lachen bloß, wenn man sie ermahnt, für eine derartige Sache zu sterben.»

Die Einbeziehung des faschistischen *Spaniens* in den «Bund der freien Völker» macht unterdessen tatsächlich bemerkenswerte Fortschritte. Nicht nur tauschen die westlichen Staaten der Reihe nach Gesandte mit Spanien aus, wobei es Franco boshafterweise darauf anlegt, militante Faschisten als seine Vertreter ins Ausland zu schicken (England hat einen solchen Herrn, ehemaligen Rußlandkämpfer und Träger des Eisernen Kreuzes, unhöflicherweise abgelehnt). Auch sonst knüpfen sich immer engere Bande zwischen Spanien und den Westmächten. Die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 196) berichtet mit unverhohlener Genugtuung:

«Besprechungen, die den schrittweisen Einbau Spaniens in das westliche Verteidigungssystem vorbereiten, sind seit längerer Zeit im Gang. Die Reisen amerikanischer Militärs und Industrieller nach Spanien sind bekannt und haben in letzter Zeit an Häufigkeit noch zugenommen. Darüber hinaus hat Spanien es verstanden, trotz der politischen und diplomatischen Blockade dank der Vermittlung befreundeter Staaten nicht ganz von der Arbeit der Vereinten Nationen ausgeschlossen zu werden. Teile der ibero-amerikanischen und der arabischen Staaten haben Spaniens Stimme im Rahmen der Vereinten Nationen Gehör zu schaffen versucht, und Portugal, dessen Beziehungen zu Spanien selten herzlicher waren als heute, hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß es bei den Beratungen der atlantischen Nationen nicht allein für sich, sondern auch bis zu einem gewissen Grad für Spanien spreche.»

Und um das gleich hier beizufügen: auch die Aufrüstung *Japans* und seine Eingliederung in das Militärsystem der Westmächte wird neuerdings – ganz logischerweise natürlich – besonders von Amerika mit verstärktem Nachdruck betrieben. Wie der konservative Londoner «Observer» (7. Januar) schreibt, besitzt Japan in seiner amerikanisch gedrillten und ausgerüsteten Nationalpolizei – 75 000 Mann stark – bereits eine militärische Kerntruppe, deren Bewaffnung über die normalen Polizeierfordernisse weit hinausgehe. Mit welchem Recht die Westmächte da

die «Bereitschaften» der «Deutschen Demokratischen Republik» beanstanden, die von den Russen organisiert worden sind, ist schwer einzusehen.

Das Werben um Deutschland Aber es ist ja natürlich nicht – wie oft vorgegeben wird – das Bestehen dieser ostdeutschen Volkspolizei, das die Westalliierten veranlaßt, auch *Westdeutschland* aufzurüsten. Dies schon darum nicht, weil auch die Bonner Republik eine höchst ansehnliche Polizeimacht ihr eigen nennt, eine Truppe, die auch zahlenmäßig über den Bestand der ostdeutschen Polizeimacht mit ihren 60 000 Mann weit hinausgeht. (Länderpolizei 87 000 Mann, Bundespolizei künftig 30 000 Mann, Dienstorganisation in der britischen Zone 70 000 Mann, davon 5000 bewaffnet, Industriepolizei in der amerikanischen Zone rund 60 000 Mann.) Nein, der Grund für das heftige Werben um den «deutschen Beitrag» an die Militarisierung Westeuropas ist, wie bekannt, in der Überzeugung der Westmächte zu suchen, daß ein immer stärkerer militärischer Druck auf die Sowjetunion nötig sei, um die Ausbreitung des Kommunismus zu verhindern. Und um dieses Zweckes willen, so glauben sie, müsse eben auch Westdeutschland energisch wiederaufgerüstet werden, selbst wenn die von allen westdeutschen Parteien verlangte unbedingte Gleichstellung Deutschlands mit seinen atlantischen Partnern die Wiederherstellung der vollen politischen und militärischen Souveränität des Vierten Reiches und die Schaffung einer neuen «Wehrmacht» in sich schließe*. *Darum* mußte General Eisenhower bei seiner europäischen Rundreise auch den Herren Adenauer, Ollenhauer und Genossen seine Aufwartung machen. *Darum* überbot er sich in Komplimenten an die heutigen Westdeutschen und versprach ihnen, all ihre vergangenen Sünden vergeben und vergessen zu wollen, wenn sie ihre kriegerischen Tugenden in Zukunft nur recht brav gegen die *Russen* einsetzten. Es scheint wirklich so, wie jüngst ein ironiebegabter Engländer meinte: «Was in den letzten paar Tagen von diesen (Eisenhower, Kirkpatrick) und anderen hohen Beamten gesagt wurde, kommt auf die Bitte an die Deutschen hinaus, uns zu verzeihen, daß wir den Fehler gemacht haben, im letzten Kriege gegen sie zu kämpfen!» Oder, um ein deutsches Blatt anzuführen: Um

* Über das westdeutsche Programm für den *Wiederaufbau der Wehrmacht* teilt Basil Davidson im «New Statesman» (10. Februar) aufsehenerregende Einzelheiten mit. Die psychologische, politische und wirtschaftliche Vorbereitung der Wiederaufrüstung ist danach bereits in vollem Gang. Was die militärtechnischen Fragen selber anlangt, so ist vorerst keine Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht beabsichtigt. Es sollen vielmehr zunächst — wie nach dem ersten Krieg — nur die *Kader* für eine «Volksarmee» aufgestellt werden, umfassend 22 Brigaden mit 130 000 Mann. Um dieses «Skelett» einer Mehrmacht herum soll dann Fleisch und Blut angesetzt werden, so daß etwa Ende 1952 eine Wehrmacht von einer halben Million Mann dastünde. Die Waffen und die Ausrüstung für die Kaderarmee wird Amerika liefern. Und dann soll es noch einmal gegen Rußland gehen.

die Kommunisten zu schlagen, braucht es die britische Flotte, französische Intelligenz, Amerikas Industriekraft und deutsche Kriegsverbrecher ...

Jene hochgestellten Deutschen, die seinerzeit als Kriegsverbrecher gebrandmarkt worden waren, werden ja gerade jetzt dutzendweise wieder freigelassen, auch Alfred Krupp, auch Baron von Weizsäcker, überhaupt die meisten der 500 Hauptverbrecher, die ursprünglich als die am meisten belasteten Helfershelfer Hitlers ausgesondert worden waren. Nur 142 von ihnen wurden nach den Nürnberger Prozessen noch bestraft, teilweise sehr mild; die andern gingen leer aus, und auch die Verurteilten wurden nach und nach fast alle von den Westmächten wieder in Freiheit gesetzt. Nicht aus Rechtsgefühl oder Barmherzigkeit, selbstverständlich, sondern aus politischer Berechnung und, soweit es sich um Industriekapitäne oder Finanzgenies wie Schacht handelte, aus der Besorgnis, ob «ein langer öffentlicher Feldzug, der gegen die Privatindustrie gerichtet würde, nicht dazu beitragen könnte, die industrielle Zusammenarbeit mit unserer Regierung zur Verteidigung der Privatwirtschaft zu erschweren», wie der amerikanische Bundesrichter Jackson schon im Mai 1946 in einer Eingabe an Präsident Truman zu bedenken gegeben hatte.

Nun kommt allerdings aus Paris und Washington der Bericht, Pleven und Truman hätten sich darüber geeinigt, daß die Aufrüstung der westeuropäischen Bundesgenossen Amerikas den Vorrang vor allen andern Begehren haben müsse und darum die Remilitarisierung Westdeutschlands «auf die lange Bank geschoben» werden könne. Das letztere wäre tatsächlich eine erfreuliche Angelegenheit. Nur ist gegenüber einer solchen Vereinbarung zunächst noch Vorsicht am Platz; die westalliierten Militärs drängen ja nach wie vor sehr darauf, durch deutsche Divisionen die Lücke auszufüllen, die auch nach vollzogener Aufrüstung der Atlantikmächte in der Westfront noch verbliebe. Aber *wenn* die europäischen Widerstände gegen eine Wiederherstellung der deutschen Wehrmacht – die ja keineswegs auf Frankreich allein beschränkt sind[3] – in Washington wirklich Eindruck gemacht hätten, dann könnte das der Forderung auf *Entmilitarisierung ganz Deutschlands* höchst erwünschten Auftrieb geben und der von Rußland angeregten Viermächtekonferenz, über die noch immer hin und her diplomatisiert wird, doch etwelche Aussicht auf Erfolg eröffnen. Und wie lebensnotwendig wäre es, daß eine solche Konferenz zu greifbaren Ergebnissen führte! Sei man sich doch überall darüber klar, daß die Möglichkeit eines friedlichen Nebeneinanderlebens des sowjetischen und des amerikanischen Gesellschafts- und Machtsystems in

[3] Auch Holland will von einem neudeutschen Militarismus nichts wissen. Seine Regierung hat darum den bisherigen Generalstabschef Kruls Knall und Fall entlassen, als er nach dem Besuch Eisenhowers im Haag meinte, die amerikanische Forderung nach einer verstärkten holländischen Aufrüstung übernehmen zu müssen. Eisenhowers Freunde hatten freilich auch den Fehler gemacht, einen Brief des Generals zu veröffentlichen, in dem dieser von der «gedrückten und verstörten» Stimmung sprach, die ihn beim Verlassen Hollands erfülle.

erster Linie von einer beidseits annehmbaren Lösung – nicht der koreanischen oder chinesischen, sondern der *deutschen* Frage abhängt. Wie der «Carolus» zeichnende westdeutsche Mitarbeiter der Neuyorker «Nation» – offenbar ein sozialdemokratischer Politiker – ganz richtig meint: Es geht ja gar nicht darum, ob Europa bolschewisiert werden soll, sondern darum, *ob Europa morgen von Rußland oder von Deutschland beherrscht werden soll,* und wie die eine *und* die andere Gefahr beseitigt werden kann. Rußland in einem neuen Krieg zu besiegen, so stellt dieser keineswegs des Kryptokommunismus verdächtige Beobachter fest,

«hieße nur Europa den Deutschen ausliefern. Oder bildet sich etwa jemand ein, ein Deutschland, das einen entscheidenden ‚Beitrag' zu einem Sieg über Rußland geleistet hätte, ließe sich je wieder auf seinen Stand von 1945/1950 herabdrücken? (Herr Adenauer sagt ja schon jetzt – in seiner Rede vom 10. Februar vor den Bonner Studenten –: «Dies soll keine Drohung sein, aber als Chef der deutschen Bundesregierung muß ich sowohl den Osten als auch den Westen darauf aufmerksam machen, daß wir uns nicht mehr im Jahr 1945 befinden.» H. K.) Oder glaubt man, die Vereinigten Staaten würden dann wieder bereit sein, in Europa einzugreifen, wenn ihr deutscher Verbündeter zum Angriff gegen ein Nachbarland schreiten sollte?

... Ist es also wahr, daß Europas Schicksal an dem dünnen Faden von 30 deutschen Divisionen hange? Was für eine komische Täuschung, anzunehmen, Rußland könne mit zwei oder drei Dutzend Divisionen in Schach gehalten und die Welt so gegen eine sowjetische Eroberung verteidigt werden!»

In Übereinstimmung mit dem, was schon in der letzten Weltrundschau über die durchaus echte Furcht der Russen vor einem neu aufgerüsteten Vierten Reich gesagt wurde, gibt Carolus freimütig zu:

«Seit seine siegreichen Soldaten 1945 durch das Brandenburger Tor einmarschiert sind, hat Rußland immer die Gefahr eines remilitarisierten und wirtschaftlich wiedererstarkten Deutschland vorausgesehen. Diese Gefahr war es, die den Gegensatz zwischen Ost und West entzündet hat, die zu der Berliner Blockade, zu einem gesonderten Westdeutschland, zu einem russischen Satellitenstaat, zu der Remilitarisierung Ostdeutschlands, zu der Remilitarisierung Westdeutschlands geführt hat. Jeder Keil arbeitete dem nächsten vor – *aber am Anfang stand die russische Furcht.* Und jetzt soll dieses wiedererstarkte Westdeutschland, das morgen remilitarisiert werden soll, wirklich der große Verbündete der Vereinigten Staaten werden! Zu was für einer Rolle verurteilt eine solche Entwicklung ein Frankreich, das schon heute weit schwächer ist als Deutschland, nicht zu reden von Italien und den kleineren festländischen Nationen? Ein remilitarisiertes Westdeutschland würde das Ende jeden Mächtegleichgewichtes auf dem Kontinent bedeuten, würde schließlich einen Krieg gegen den Osten unvermeidlich machen, ob ihn nun die Vereinigten Staaten wollten oder nicht.»

Einzig ein *wiedervereinigtes, aber entmilitarisiertes und neutralisiertes Deutschland* – das ist der Schluß aus allen solchen Überlegungen – vermöchte diese Gefahr wirklich zu bannen und einen Puffer zu bilden, der stark genug wäre, um den Zusammenstoß der beiden Machtkolosse zu verhindern, die sich auf deutschem Boden bereits so gefährlich nahegekommen sind. *Darauf* müßte eine jetzt einzuberufende West-Ost-Konferenz in allererster Linie abzielen, und im Zusammenhang damit vielleicht auf eine weitere Vereinbarung des Inhalts, daß die Ostblockstaaten auf jede militärische Zwangsaktion gegen *Jugoslawien* verzichten, wäh-

rend anderseits die Westmächte den heutigen Gebietsbestand *Polens* und der *Tschechoslowakei* garantieren, also die Oder-Neiße-Grenze ebenso wie die Zugehörigkeit des Sudetenlandes zur Tschechoslowakei endgültig anerkennten.

„Frieden durch Kraft"? Aber *will* denn der Westen, will vor allem Amerika überhaupt eine solche Verständigung mit dem Osten, deren Grundlage die dauernde Entmilitarisierung Deutschlands sein müßte? Sind nicht insbesondere die Vereinigten Staaten einfach entschlossen, Westdeutschland unter allen Umständen aufzurüsten und dementsprechend jede Vereinbarung mit Rußland abzulehnen, die diese Absicht durchkreuzen würde? Gehen sie nicht von der für sie feststehenden Voraussetzung aus, es sei der Sowjetunion mit ihrem Vorschlag, Deutschland für immer zu entwaffnen, ja doch nicht ernst, und der Konferenzplan sei darum nur ein Versuch, die im Gang befindliche Aufrüstung Westeuropas zu sabotieren, nach dessen Gelingen der «wehrlose» Westen dann um so gefahrloser überfallen werden könne? Und kommt darum den Westmächten der neuerwachte deutsche «Drang nach Osten» nicht gerade recht als bewegende Kraft für die Eingliederung Westdeutschlands in die alliierte Militärfront?

So muß man sich wirklich fragen, wenn man die wachsende Agitation in Westdeutschland für die *Zurückgewinnung der an Polen und Rußland verlorenen Ostprovinzen* und der «volksdeutschen» Gebietsteile der Tschechoslowakei und die Duldung, ja Förderung dieses Revanchestrebens durch die Westmächte mitansieht. Der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» stellte schon vor Monaten fest (Nr. 1250 vom 21. Dezember 1950):

«Der Revisionismus (die Bewegung für die Revision der deutschen Ostgrenzen) hat bereits sein Haupt erhoben ... Die Vorschläge der Bundesregierung zur Lösung der deutschen Frage laufen auf die Beseitigung des Regimes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hinaus. Das Verlangen nach Rückgabe der Provinzen jenseits von Oder und Neiße wird immer häufiger und stärker laut. Die Amerikaner und Briten stehen den deutschen Forderungen, soweit diese die deutsche Ostzone betreffen, mit größtem Verständnis gegenüber. Frankreich dagegen verhält sich reserviert; es befürchtet, daß ein wiedervereinigtes Deutschland das Gleichgewicht der Kräfte auf dem europäischen Kontinent, wie es seit 1945 besteht, umstürzen und daß es den Westen zwingen werde, sich seine Ansprüche gegenüber Polen und der Tschechoslowakei zu eigen zu machen.»

Ob eine kürzlich gefallene Äußerung des französischen Oberkommissars für Westdeutschland, François Poncet, über den bloß vorläufigen Charakter der deutschen Ostgrenzen eine Schwenkung Frankreichs nach der britisch-amerikanischen Seite hin ankündigt, ist nicht sicher, aber bei der vorhin gekennzeichneten völligen Unterordnung Frankreichs unter die aktivistische Politik Amerikas durchaus möglich. Der scharfe polnische Protest, der daraufhin ergangen ist, wie auch die den Regierungen Frankreichs, Englands und Amerikas zugestellte tschechoslowakische

Note, die von einer Bedrohung der Tschechoslowakei durch die geplante Wiederaufrüstung Westdeutschlands spricht, zeigen jedenfalls an, daß man im östlichen Lager voller Mißtrauen gegenüber einem Deutschland ist, dessen Revanchestreben sich die Westmächte für ihre eigenen Zwecke nutzbar machen könnten. Und eine nur halbwegs sachliche Beurteilung der Lage der osteuropäischen Volksrepubliken wie auch der Sowjetunion selbst sollte diesen Gefühlen weitgehend Rechnung tragen.

Rede man doch nicht immer so leichtfertig von den berühmten 175 russischen Divisionen, denen der Westen nichts Gleichwertiges entgegenzustellen habe, und die darum eine ständige Bedrohung Westeuropas, ja der Beweis für die Angriffspläne der Sowjetunion seien! Auch wenn man von den inneren Triebkräften der Sowjetpolitik ganz absieht, die nach unserer Überzeugung vor allem auf die Sicherung einer langen, langen Friedenszeit für die Weiterführung des sozialistischen Aufbaues ausgehen, so gibt es zwei kaum zu widerlegende Gründe, die *gegen* russische Angriffsabsichten, für jetzt oder eine absehbare Zukunft, sprechen:

1. Die Tatsache, daß die Sowjetunion ihre militärische Überlegenheit, die schon seit sechs Jahren besteht, zu einem Zeitpunkt *nicht* ausgenützt hat, da es ihr in jeder Beziehung viel leichter gefallen wäre, Westeuropa zu überrennen, als dies heute der Fall ist.

2. Die Tatsache, daß die Rußland zur Verfügung stehenden Kräfte nicht ausreichen würden, um einen Angriffskrieg gegen Westeuropa (oder gar Amerika) mit einiger Aussicht auf dauernden Erfolg zu führen. Man darf ja doch nicht einfach die ostmächtlichen *Landstreitkräfte* den in Westeuropa mobilisierbaren oder dorthin beförderbaren Armeen der Atlantikmächte gegenüberstellen, muß vielmehr das *ganze* Kriegspotential der beiden Blöcke gegeneinander abwägen, vor allem auch ihre *wirtschaftlichen* Kampfkräfte. Und dann wird man schnell sehen, daß hier das Ostlager dem Westbund bei weitem unterlegen ist und unterlegen bleiben wird. Um nur die eine Zahl festzuhalten: Die Sowjetunion erzeugt heute kaum 25 Millionen Tonnen Stahl im Jahr, die Vereinigten Staaten aber 100 Millionen. Und auch wenn sich das Verhältnis der Produktionskräfte der beiden Reiche in Zukunft zugunsten der Sowjetunion verschieben sollte (wofür es vorerst keinerlei Anhaltspunkte gibt), so wird der Vorsprung Amerikas dennoch so gewaltig bleiben, daß an ein Nachkommen Rußlands gar nicht zu denken ist. Ähnlich verhält es sich mit andern kriegswirtschaftlich wichtigen Industriezweigen, in denen die höchstentwickelte amerikanische Technik der noch immer mit Anfangsschwierigkeiten aller Art und auch mit Rohstoffknappheit ringenden russischen Industrie meistens weit voraus ist. Und wenn man dann vollends die Wirtschaftskraft der Bundesgenossen auf beiden Seiten in Betracht zieht, dann wird das Übergewicht des Westblocks noch viel erdrückender, produziert doch gegenwärtig Westdeutschland allein mehr

Industriegüter als der ganze asiatische Kontinent, und Großbritannien nur unwesentlich weniger als die große Sowjetunion*.

Aber auch wenn man nur auf die unmittelbare *militärische* Schlagkraft der beiden Lager abstellen wollte, kann man keineswegs von einer derartigen Überlegenheit des Ostens reden, daß – über zeitweilige Anfangserfolge hinaus – sein Sieg auch nur in Westeuropa auf die Dauer wahrscheinlich wäre. Allein schon auf dem Gebiete der Atomwaffen und des Luftkrieges sind die Vereinigten Staaten der Sowjetunion soweit voraus und mit ihrem Netz von Stützpunkten rings um Rußland herum geographisch in einer so viel günstigeren Ausgangslage als dieses, daß der in Infanteriedivisionen gemessene Vorsprung der Sowjetunion dadurch ohne weiteres eingeholt, wenn nicht längst überholt ist. Übersehe man auch nicht, was erst letzthin General Collins, der Stabschef der amerikanischen Armee, in einer Zeitschrift feststellte, daß es nämlich gar nicht nötig sei, jeder russischen Division eine solche der Westmächte gegenüberzustellen. Eine kleinere, aber im höchsten Grad bewegliche Armee mit modernsten Waffen könne einen russischen Angriff wirksam aufhalten. Die amerikanische Industrie und die technische Entwicklung in den Vereinigten Staaten böten Gewähr dafür, daß die «freie Welt» in der Waffenherstellung ihren bisherigen Vorsprung halten könne.

Wie man unter solchen Umständen die Größe der russischen Landarmee als maßgebend für die Gefährdung Westeuropas durch den Kommunismus hinstellen und eine massive Vermehrung der Landarmeen der Atlantikstaaten, eingeschlossen Westdeutschland, als elementare Lebensnotwendigkeit für die «freie Welt» ausgeben kann, wird immer rätselhafter, wenn man nicht von vorneherein annehmen will, daß es sich hier eben einfach um eine demagogische Irreführung der Völker handle. Auf alle Fälle ist die «Frieden-durch-Kraft»-Theorie, die jetzt im westlichen Lager wieder ganz obenauf ist – früher sagte man einfach: Man muß zum Krieg rüsten, wenn man Frieden haben will –, nicht nur sittlicher und psychologischer Widersinn (was sie immer war); sie wird auch rein militärpolitisch Bankerott machen, wenn ihr noch ein paar weitere Jahre nachgelebt wird. Ihr einziges Ergebnis, so muß man fürchten, wird sein – nicht daß die Sowjetunion von einem Angriff auf Westeuropa abgeschreckt wird, den sie sonst überhaupt nicht in Betracht zöge, sondern daß sie samt ihren Verbündeten in schwerste Versuchung gerät, gegen

---

* Soeben veröffentlichen die Kommissionen des amerikanischen Senats für militärische und für auswärtige Angelegenheiten einen Vergleich zwischen der Kriegsstärke des Westblocks und jener der Oststaaten. Darin wird unter anderem hervorgehoben, daß die Jahresproduktion der Westmächte an Stahl 142,3 Millionen Tonnen im Jahr betrage, diejenige des Ostblocks nur 33 Millionen. Rohöl erzeuge der Westen 459 Millionen, der Osten 46 Millionen. Bei Aluminium stehe den 1,26 Millionen Tonnen des Osten eine Produktion des Westens von 192,5 Millionen Tonnen jährlich gegenüber. Und was die Mannschaftsbestände betreffe, so halte der Ostblock zurzeit 5 Millionen Soldaten unter Waffen, der Westbund 4,5 Millionen.

den Westbund loszuschlagen, *bevor* er seinen Ring um Rußland fertiggeschmiedet hat und hundertprozentig gerüstet hinter einem Deutschland steht, das nur darauf brennt, den zweimal gescheiterten Eroberungszug nach dem Osten ein drittes Mal aufzunehmen. Was vor dem zweiten Weltkrieg ein Lieblingsgedanke westlicher «Realpolitik» war: Deutschland und Rußland gegeneinander auszuspielen und beide sich aneinander verbluten zu lassen, ohne selber wirklich eingreifen zu müssen – das wandelt sich jetzt immer sichtbarer zu dem erweiterten Plan, Deutschland als «Panzerspitze» der westmächtlichen Kriegsmaschinerie gegen den «Herd des Weltkommunismus» einzusetzen, den gewaltsam zu zerstören man sich an den entscheidenden Orten offenbar fest vorgenommen hat. Aber es kann auch ganz anders herauskommen! Ja, es *wird* anders herauskommen. Seien wir dessen in aller Wirrnis und Dunkelheit der Weltlage nur ganz getrost. Wir werden sicher nicht enttäuscht werden!

Hugo Kramer.

BUCHBESPRECHUNGEN

Werner Tanner: «Mensch und Tier in christlicher Sicht.» Vadian-Verlag, St. Gallen. 1950, 79 Seiten.

Die Fragen, die das Verhältnis zwischen Mensch und Tier aufwirft, sind leider oft nur Stiefkinder der christlichen Glaubenslehre. Wenn Christen sie dennoch immer wieder als ihnen selber ins Leben geworfene Fragen empfinden und nicht loskommen von der Not der leidenden Kreatur, nicht los auch von dem im Tier immer wieder aufbrechenden Bruderblick, so suchen sie Antwort auf ihre Fragen, da doch Katechismen und Dogmatiken weitgehend schweigen, oft bei schwärmerischen, meist auf indischem Boden gewachsenen Systemen und verfallen so oft in ihrem besten Suchen einem schwächlichen Synkretismus. Diese Verlegenheit des modernen Christentums hat Werner Tanner gespürt und ihr zu wehren gewußt. Der Vorzug des Büchleins, dem man es anspürt, daß sein Verfasser sowohl mit dem Wort Gottes als auch mit der realen Kreatur in Rede und Antwort zu stehen weiß, liegt in seiner Klarheit. Die Not der vom Menschen unverstandenen Kreatur und die Notwendigkeit ihres Schutzes wird deutlich gesehen. Ebenso deutlich werden schwärmerische Extreme vermieden. Die Not der Kreatur als wahrhaft kosmische Not findet ihre letzte Lösung im Reiche Gottes, und der Mensch als der durch Christus erlöste Mensch wird als Mittler der Erlösung zur Kreatur hin angesprochen. Auch in der Ausstattung ist das Büchlein reizvoll. Der Stich Dürers, Madonna mit den Tieren, ziert den Umschlag, und einige Photos von Holzreliefs und Plastiken Lehmanns, des in echter Weise originellen Künstlers in der alten Mühle von Niederhelfenschwil, der in seiner Kunst die gewachsenen Formen erlösend schaut und gestaltet und so selber die Sprache der Kreatur vernimmt und weitergibt, sind dem Text beigegeben. B. B.

Hermann Diem: «Die Existenzdialektik von Sören Kierkegaard.» Evangelischer Verlag, Zollikon. 1950, 207 Seiten.

Über Kierkegaard waltet eine eigentümliche Tragik. Zu Lebzeiten von niemand, wird er als Toter von fast allen beansprucht. Es sind vor allem zwei Grundzüge sei-

nes Denkens, welche die moderne Geistesgeschichte von ihm herleitet, nämlich seine Dialektik und seine Auffassung der Existenz. Die gründliche, auf eingehendem Quellenstudium beruhende Arbeit Diems durchforscht sowohl das öffentliche Werk Kierkegaards als auch seine Tagebücher. Wichtig ist dabei die Herausarbeitung der grundlegenden Unterschiede zwischen der Dialektik Hegels und der Kierkegaards und — besonders für die theologische Fragestellung — die Bedeutung und Definition der Sünde, die ihr Gegenstück nicht in der Sündlosigkeit, sondern im Glauben hat. Die Arbeit Diems, die nicht immer leicht zu lesen ist, da die Sprache fast allzusehr der Sprache des in Frage stehenden Autors angeglichen ist, vermeidet Schematisierungen und läßt auch die Möglichkeiten innerer Widersprüche zu, denn in der Tat sind Kierkegaards Ausführungen über Kirche und Nachfolge etwa nicht einheitlich, und er scheint in bezug auf die Nachfolge zuzeiten die echte Dialektik verlassen zu haben. Es ist darum nur richtig, wenn der Verfasser auch die tiefe, bis zum Lebensekel gehende Schulderkenntnis und Widerspruchserkenntnis Kierkegaards betont. Der an Kierkegaard selber in dieser Arbeit geleistete Dienst besteht darin, daß seine Subjektivität auch gerade darin gewahrt wird, daß es als unmöglich aufgezeigt wird, aus Kierkegaard etwa eine Lehre vom existentiellen Denken zu gewinnen. B. B.

Hermann Adler: «Vater ... vergib.» Gedichte aus dem Ghetto. Auswahl und Nachwort von Karl Thieme. Christian-Verlag, Berlin-Hamburg-Stuttgart 1950. 46 S.

Nachdem wir schon früher auf die Dichtungen von Nelly Sachs hingewiesen haben, in denen das schier Unsagbare des jüdischen Schicksals aus der Hitlerzeit durch das lebendige, aus den eigensten Quellen des jüdischen Geistes gespiesene Wort gestaltet worden ist, können wir heute auf einen weiteren jüdischen Dichter aufmerksam machen, der einen ähnlichen Versuch gemacht und damit, wie wir glauben, unserer Zeit einen der wichtigsten Zeugen- und Mahnerdienste erwiesen hat. Hermann Adler hat den Massenmord an den Juden in Wilna und den Todeskampf des Warschauer Ghettos miterlebt und ist nach einer Zeit in Bergen-Belsen in die Schweiz gekommen. Karl Thieme hat aus verschiedenen Büchern des Autors die vorliegende Sammlung zusammengestellt.

Dichtung, die solche Erlebnisse zu verdichten unternimmt, wird ihrem Wesen nach eine Klage sein und so in die Bahnen eines Jeremia oder des Hiob-Buches einlenken. Dazu gehört, wenn die Dichtung von den Quellen der Bibel her lebt, daß diese Klage, wie es hier geschieht, zur Rede mit Gott, nicht zu einem mit einem blinden Schicksal hadernden Monolog wird.

... Weiter als die Blicke reichen,
liegen Tote unbegraben;
Riesenschwärme alter Raben
nähren sich mit Fleisch von Leichen.
Seht, wie überm Ghetto heute
Schwärme alter Raben fliegen,
denn in unsern Todeszügen
äugen sie schon neue Beute.

Friede auf Erden, an den wir so glauben,
hoffend und sehnsuchtsvoll, kommst du nicht bald?
Wo sind die Boten des Friedens, die Tauben,
gibt es nur Raben, nur Raben im Wald?
Wird uns nicht göttliche Liebe einst laben,
lebt nicht mehr Gott, der das Flehen erhört,
gibt es nur Raben? Nur Raben? Und Raben?
Hat denn die Welt soviel Aas, das sie nährt?

Es ist kein Zufall, daß solche Dichtung sich auch in der Motivwahl biblischen Bildern zuwendet, dem Verhältnis Abel—Kain, der Madonnengestalt und anderen. Und des eigenen, gequälten Volkes Gestalt erscheint in dem mit besonderem Inhalt gefüllten Bilde des ewigen Juden, der immer mit den Irrenden irrte, tausendmal gekreuzigt ward und mit dem die Freiheit selber mitblutet und mitleidet:

Niemals kommt Frieden auf Erden, solange er Frieden nicht findet!
Wo man den Irrenden haßt, wuchert vernichtender Wahn.
Gibt es nicht Erde für alle, dann kämpften die Völker vergebens;
Gilt nichts des Schwächeren Recht, bleiben die Völker bedroht.

Und mit den Witwen und Waisen, den Irrenden und den Bedrückten
Zieht er den dornigen Weg, schwach, von den Feinden beschimpft.
Aber er hält mit der Rechten die goldene Krone der Thora
und mit der Linken, empört, flatternde Fahnen der Not.

Episoden, die in der großen Blutflut nichts als Augenblicksepisoden sein mochten, und in denen doch der tiefste Grund des Geschehens Gestalt gewonnen hat, werden von Adler dem Vergessen entrissen, so etwa die Gestalt des christlichen polnischen Mädchens, das, weil es ein verlassenes Judenkind — der Pharaonentochter ähnlich — am Rande des Flusses barg und zu retten suchte, selber mit den Juden erschossen wird und deren letzter Schrei «Jesus Maria» sich mit dem Bekenntnis des in einem letzten Aufschrei von den jüdischen Opfern gerufenen «Höre Israel ...» verbindet. Oder die Gestalten der Mönche von Ostra Brama, in deren Klausur geflüchtete Juden Zuflucht fanden.

Die Form der Gedichte ist streng, gotisch, irgendwie der Klosterzelle ähnlich. Der Inhalt ist Zeugendienst im doppelten Sinne, einmal als Zeugnis für das Niezuvergessende und zum anderen Zeugnis einer Hoffnung auf die Überwindung von Haß und Hölle. B. B.

Karl Adolf Laubscher: «*Im großen Sommergarten*. Berner Heimatbücher, herausgegeben von Walter Laedrach und Christian Rubi. Verlag Paul Haupt, Bern 1950. 64 S.

Dieser Band der schmucken Berner Heimatbücher vereinigt eine Reihe schöner Naturaufnahmen mit neuen Naturgeschichten Laubschers. Wer diese Gedichte, ohne die übrige Arbeit Laubschers zu kennen, zur Hand nimmt, wird sich an der naiven Herzlichkeit erfreuen, die da hinter dem Zwiegespräch mit Vögeln, Blumen und Bäumen steht und wird auch den Aufruf zur Ehrfurcht vor dieser ganzen Schöpfung vernehmen. Wer die vorausgegangenen Werke des Dichters kennt, ahnt etwas von der Weite eines Weges, der, je mehr der Kreis sich rundet, zum unmittelbaren Erleben aller kleinen und doch so ehrfurchtgebietenden Lebenswunder hinzielt. Der Ton, der schon hinter den um die großen menschlichen Lebensfragen kreisenden «Notwendenden Worten» etwa zu vernehmen war, klingt hier durch das Gegenüber, an das er sich richtet, heller gefärbt, wieder auf, wenn zum Beispiel das Gedicht von den Windröslein sich gleichzeitig an diese und an den Menschen wendet:

Unser Hasten und Mühen
Gefällt mir nicht.
Die Windröslein blühen,
Wir sehen sie nicht.

Wir stehn an den Pflügen
Mit hartem Gesicht:
Was die Äcker auch trügen,
Genüget uns nicht.

Wir fallen zu Grabe,
Und nichts ist geschehn,
Das rettet von diesem
Sinnlosen Vergehn.

Ich will lieber leben,
Will manchmal hinsehn,
Wie Hügel sich heben,
Und Windröslein wehn ...

So steht hinter den Naturliedern keineswegs eine Flucht vor den Rätseln und dem Schweren. Und darum wird ihr Ton nicht schnell verklingen. B. B.

Flucht, Kreuz und Ostern

Gesprochene, gestammelte oder auch nur mehr oder weniger klar gefühlte Bekenntnisse zum Leben fehlen auch dieser vom Tod durchrasten, vom grauenhaften Massentod überschatteten Zeit nicht. Wie in den Tagen, da der Dr. Faust seinen Osterspaziergang machte, vermischen sich auch heute die Lieder der Glocken mit den Stimmen der erwachenden Natur und der – hart zupackend oder leise tastend – nach dem Leben greifenden Menschen. Diese Bekenntnisse zum Leben können christlich oder heidnisch gefärbt sein, sie können den Glauben an den Endsieg des Guten enthalten oder den Glauben an den im Grunde doch vorhandenen Friedenswillen der Völker, oder auch den Glauben an eine eschatologische Christwerdung der Welt. Dem Tod und dem Grauen zum Trotz werden diese Lebensbekenntnisse, diese scheinbaren Ostergesänge in dieser Zeit laut.

Und doch spürt man, daß es nicht eigentliche Osterlieder sind. Es geht von ihnen allenfalls noch jene Stimmung aus, die auch schon den Dr. Faust ergriff, jene Stimmung, die da staunt, daß es so etwas gäbe. Ja, inmitten der vom Tod durchrasten und überschatteten Zeit vor lauten oder leisen, klaren oder unklaren Bekenntnissen zum Leben stehen, heißt wohl staunen müssen, daß so etwas allem Dunkel zum Trotz noch möglich sei. Es ist das Staunen über die Tatsache eines Glaubens, es ist nicht das Staunen, das aus dem Glauben selber kommt und den Glauben selber erzeugt. Lebensbekenntnisse sind wohl eben nicht automatisch Auferstehungsbekenntnisse. Einfache Lebenshoffnungen sind nämlich auch auf der Flucht möglich. Und darum sind die säkularen Lebensbekenntnisse wie die konventionell christlichen Osterbotschaften im Grunde heute so kraftlos, so osterlos, weil sie Gefühle und Bekenntnisse von fliehenden Menschen sind. Man hat schon auf viele Weise versucht, den Menschen der Gegenwart zu charakterisieren, die Merkmale hervorzuheben, die ihn von dem Menschen anderer Epochen trennen. Man hat vom Massenmenschen geredet, man hat den technisierten Menschen aufgezeigt, man hat besonders häufig vom vermaterialisierten Menschen gesprochen. Man hat diese Züge gefunden, wenn man den Menschen dieser Zeit mit dem Menschen des Mittelalters und der Renaissance, ja mit dem Menschen der Urchristenheit oder der Reformation, ja sogar noch mit dem Menschen des 18. Jahrhunderts konfrontierte. Diese Charakterisierungen enthalten alle ein Stück Wahrheit. Eine klarere und eindeutigere Wahrheit freilich wird wohl dann gefunden, wenn man den Menschen nicht einfach mit dem Menschenbild anderer Zeiten konfrontiert, sondern wenn man sich die Mühe nimmt, in die Augen des Menschen dieser Zeit zu schauen. Sind diese Augen nicht weithin die Augen der Fliehenden? Wovor wir freilich auf der Flucht sind, ist darum nicht so leicht zu erkennen, weil es vordergründige und hintergründige Verfolger gibt, und weil wir, nach dem Grund unserer Flucht befragt, zunächst an die vordergründigen Verfolger denken und sie nennen. Dann ist unsere Flucht eine Flucht vor der

Not, eine Flucht vor dem Grauen, eine Flucht vor dem Tod. Hinter diesen dem eigentlichen Verfolger vorauseilenden Bluthunden des letzten Feindes jagt aber dieser selber hinter uns her. Diese Macht, vor der man mehr flieht, hastiger flieht, auch hoffnungsloser flieht, als vor Not und Tod, ist die Macht der Verzweiflung. Der fliehende Mensch unserer Zeit ist zuerst vor allem ein vor der Verzweiflung fliehender Mensch. Weil wir ahnen, daß diese verfolgende Gewalt über alle Grenzen und durch alle Mauern bricht, darum ist die Flucht so hoffnungslos. Die Verzweiflung kann zum unabschüttelbaren Weggefährten werden auf Menschenstraßen und in der Waldesstille, in den Mauern des Hauses und in den Mauern der Kirche. Wenn irgendeiner das Geheimnis der sagenhaften Tarnkappe kennt, so diese unheimliche Verfolgergewalt.

Wenn unser Wesen dadurch vor allem gekennzeichnet ist, daß wir die vor der Verzweiflung fliehenden Menschen sind, so ist damit noch nicht alles gesagt. Denn die Verzweiflung hat einen Ort, an dem sie besonders beheimatet ist; und wer vor ihr flieht, flieht zuerst und vor allem ihren Heimatort. Dieser Ort, an dem die Verzweiflung sich am deutlichsten offenbart hat, ist der Ort Gottes, ist das Kreuz, von dem aus der Schrei «Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen!» über eine leer gewordene Menschenwelt in einen rätselschweren Himmel drang.

Wenn es wahr ist, daß der Mensch dieser Tage ein fliehender, ein vor dem Kreuz fliehender Mensch ist, dann steht freilich das Kreuz in einer verborgenen, aber doch spürbaren Deutlichkeit in der Mitte der Welt. Schaut man nur auf das, was vor aller Augen ist, so steht freilich alles andere als das Kreuz in dieser Weltenmitte. Sieht man nur auf die sichtbaren Usurpatoren des Raumes der Mitte, auf die Götzen des Geldes und des Schwertes, die diesen Raum scheinbar unangefochten behaupten, so bleibt einem nur ein wehmütiges Lächeln vor den mythischen Bildern der Alten, die davon redeten, daß in der Karfreitagsnacht der Vorhang des Tempels zerrissen und das bisherige Weltenzentrum des Allerheiligsten dem neuen Weltenzentrum Golgatha Platz gemacht habe. Und manchmal wird das wehmütige Lächeln zum tiefen Weinen, wenn man das vor Augen hat, was sich heute als «christliche Mitte der Welt» gebärdet. Diese sichtbaren Kreuze des Petersdomes oder der Weltkirchenkonferenzen stellen weder jene Mitte dar noch können sie, ohne der Lächerlichkeit zu verfallen, den Anspruch auf diesen Ort erheben. Das wahre und echte Gotteskreuz hingegen bildet nicht nur für die mythische Rede der Alten die Mitte der Welt, sondern in Wirklichkeit, in einer Realität, die, so man sich eben die Mühe nimmt, in die Augen des Menschen unserer Tage zu sehen, unübersehbar ist. Das ist freilich eine Mitte, die die Bewohner des Raumes dieser Welt nicht anzieht, von der sich diese vielmehr in zentrifugaler Bewegung fortbewegen. Die rasende Hast unserer Zeit, die Hast des privaten Lebens im Erwerbskampf und im Vergnügungsbetrieb, die Hast der Völker im Rüstungswettlauf und im Wettstreit der Furcht ist aus der Angst geboren, der Angst, plötzlich dem Kreuz gegenüberstehen

zu müssen. Jagender als die Angst vor dem, was man wenigstens in groben Umrissen kennt, Not, Tod und Grauen, ist die Angst vor dem, was schlechthin unabschätzbar ist, die Angst vor diesem Stehen vor dem Kreuz, das die Blickrichtung, die Wertung, die Denkensart des Menschen umstürzt.

Das Stehen vor dem Kreuz, diese letzte Verzweiflung, macht es dem Menschen nämlich bewußt, daß er selber ein Zimmerer dieses Kreuzes ist. Vor dieser Erkenntnis, daß wir Gott kreuzigen, fliehen wir in alle Winde. Wir fliehen in die Illusionen, daß wir Gott besäßen oder daß Gott tot sei, wir fliehen in die Phantome selbstzufriedener Frömmigkeit und ebenso selbstzufriedenen Gottlosentums. Wir fliehen in die Illusion, daß es immer die anderen seien, die das Kreuz gezimmert und aufgerichtet hätten. Diese Illusion lieben, diesem Phantom nachjagen, heißt eben, auf der Flucht leben. Wer flieht, sei es ein Einzelner oder seien es Völker, kann gar nicht anders denken, als daß die anderen an der Niederlage Gottes – oder dessen, was man eben als Gott empfindet – schuld seien.

Diejenige Flucht, welche die raffinierteste und zugleich die gefährlichste sein mag, besteht darin, den Gott, vor dem man flieht, die Forderung, vor der man davonläuft, in möglichst hohe Höhen zu versetzen. Darum ist diese Flucht so raffiniert, weil hier der Mensch ja gar nicht mehr zu fliehen scheint, vor keinem Gott, vor keinem Gebot, vor keinem Kreuz. Im Gegenteil, er verkündet absolute Forderungen des höchsten Gottes, er übt eine absolute Nachfolge des Gekreuzigten, er stellt höchste Ideale, die Freiheit oder den Frieden vor seine Seele. Und doch widerfährt diesem in die Höhe gehobenen Gotte das gleiche, was etwa dem altbabylonischen oder dem altchinesischen Himmelsgotte widerfuhr. Seine Höhe wird zur Ferne. Man kann nämlich auch einer großen Forderung, einem hohen Ideal viel leichter als durch Negierung, Verleugnung oder Vernachlässigung dadurch entgehen, daß man es unerreichbar macht. Alles oder nicht, das ist der beste Weg zum Nichts. Verachtung der kleinen Schritte, die zu einer Überwindung des Hungers oder des Krieges führen können, ist der beste Weg, um dem Hunger und dem Krieg die Bahn frei zu machen. Darum ist diese Art der Flucht so gefährlich, weil ihr – im Unterschied zu jener Flucht der Verleugnung und Vernachlässigung – so leicht die besten Menschen zum Opfer fallen. Und das hat diese Flucht mit aller Flucht gemeinsam, daß sie den Fliehenden davon befreit, sich selber als Erbauer des Kreuzes Gottes erkennen zu müssen. Wer in irgendwelche Absolutheitsideale flüchtet, erhält die Möglichkeit, sehr von oben herab die andern als Zimmerer des Kreuzes zu erkennen. Er befindet sich jenseits jenes jämmerlichen Zugs zum Calvarienberg, er befindet sich auf den Höhen des Richters, auf den Inseln der Vollkommenen. Diese Art von Flucht ist auch darum die gefährlichste, weil, wenn man so flieht, um den Fliehenden herum die eisige Atmosphäre des Pharisäertums sich ausbreitet, in der das Leben erfriert oder erstickt. Wirkliches Leben verträgt nicht die Verachtung der kleinen Schritte.

Auch die Pflanze schießt nicht fertig aus dem Boden empor. Die Gerechtigkeit, der Frieden, die menschliche Gesellschaft ohne Hunger und ohne Gewalt, auch sie werden nicht mit einem Gewaltschritt erreicht. Sie warten auf helfende Hände, warten auf Sonnenlicht, das sie aus dem Dunkel befreit und werden in ihrem Warten gerade dann am meisten betrogen, wenn der Mensch, der ihnen dienen sollte, ihnen nicht das gibt, dessen sie bedürfen. Das, was im Dienst des Reiches Gottes wirklich zählt, sind die oft kleinen und unscheinbaren Verwirklichungen. Mehr als alle Proklamationen über die Gerechtigkeit zählen die kleinen Taten, durch die etwa, Schritt für Schritt, dem schreienden Unrecht gesteuert wird, das, auch bei uns, in unserer scheinbar so reichen Schweiz, darin besteht, daß für weiteste Volkskreise die wiederansteigende Teuerung zum Lebensproblem wird. Auf der Flucht vor dem Kreuz erscheinen, weil das Ideal selber in unerreichbare Fernen gerückt wird, die kleinen Schritte als unwichtig.

Gerade darum aber tönen die Verkündigungen der Ideale, diese scheinbaren Bekenntnisse zum Leben, diese angeblichen Osterbekenntnisse so hohl und leer. Sie sind keine Osterbekenntnisse, weil sie nicht aus der Begegnung mit dem Tode, aus der Überwindung des Todes, aus der Verwandlung der Verzweiflung herausgewachsen sind. Jen erstes Ostern hatten diejenigen Menschen erlebt, für die das Kreuz zu einem Gericht über sie selber geworden war. Sie hatten dieses Kreuz nicht mehr nur als eine Tat der Juden oder Römer anschauen können. Sie hatten vielmehr erkennen müssen, daß sie mit ihrem Kleinglauben das Kreuz schon lange gezimmert hatten, lange bevor es sich ragend auf der Schädelstätte erhob.

Wo dieses nicht so ist, wo man als Zuschauer nur auf ein Kreuz der Vergangenheit blickt, oder wo man das gegenwärtige Gotteskreuz nur als von den anderen errichtet betrachtet, da muß wohl das Bekenntnis zum Leben hohl werden. Alle Worte, die von den Inseln der Vollkommenen her in die unvollkommene Welt geschleudert werden, bleiben ohne Inhalt, weil die Welt der Fliehenden nicht durch Worte von Fliehenden gewandelt oder gar erlöst werden kann. Die Welt der Fliehenden, die fliehende Welt hungert nach Worten von Menschen, die wirklich vor dem Kreuze stehen, die sich vor dem Kreuze sehen, die ihre Verzweiflung tragen, die ihrer Schuld begegnet sind, die nach ihren kleinen Taten und kleinen Schritten gefragt sind.

Zuzeiten freilich tut Gott gnädige Taten. Er läßt sich nicht in die himmlischen Höhen verbannen. Er wirft eine Schlinge um die Fliehenden. Wenn man in rasender Flucht von der Schlinge gefangen zu Boden stürzt, so tut das weh. Wenn man von der wirklichen Gnade Gottes erreicht wird, so tut es so weh, wie es den erschreckten Menschen am leeren Grabe weh tat, wie eine Geburt, wie eine Schöpfung wehe tun. Die Schlinge aber wirft auf den Boden, damit der von der Schlinge gefangene Mensch wieder merke, daß er auf den Boden gehört, daß er nicht zum Leben im luftleeren Raum der Ideologien und Absolutheiten, sondern zum Leben auf der harten Erde bestimmt ist. Die Schlinge, die Gott über die Fliehen-

den wirft, besteht in den mancherlei Verantwortungen, die den Menschen an seinen Boden mahnen. Wer eine Verantwortung, eine nüchterne, drückende zu tragen hat im kleinen oder größeren Raum, ist auf den Boden geworfen. Und darum ist dieser Boden so hart, darum ist die Berührung mit ihm so schmerzhaft, weil es nun nicht mehr zu übersehen, auch nicht mehr zu überschreien ist, daß wir durch unsere Taten, auch durch unsere besten Taten, Schuldige und Mitschuldige werden. Es gibt gar keine Menschentat, die nicht irgendwo in ein Schuldigwerden mündete. Das erkennen aber heißt, von der Verzweiflung erreicht sein. Hier hat die Flucht ein jähes Ende gefunden. Hier ist das Gotteskreuz kein historisch vergangenes Kreuz mehr. Hier ist die arme Verlassenheit Gottes kein Werk der anderen mehr. Hier ist der Hunger und der Krieg nicht mehr etwas, für das der in seiner Vollkommenheit träumende Mensch keine Verantwortung trüge. Hier kann man vor allem nicht mehr sagen, daß es nur darauf ankäme, irgendeines der vielen Weltprobleme zu lösen, irgendeine der vielen Zeitenfragen zu beantworten, damit alles in Ordnung käme. Hier kann man nicht mehr jammern, daß diese oder jene Institution am gesamten Übel der Welt die Schuld trage. Hier geht einem das Meer von Schuld bis zum Hals, ja darüber hinaus.

Wir erwarten wohl immer noch zuviel von Programmen, Ideen oder gar Ideologien. Von solchen können wohl allerlei Impulse ausgehen, sie können wohl zuzeiten Menschen und Menschenmassen aus den Niederungen in höhere Höhen mitnehmen. Sie können aber auch die ganze Fülle der Gotteswelt gefährlich verengen. Eine solche Verengung findet wohl heute statt, wenn bei den Idealisten die einen sich um die Idee der Freiheit, die anderen sich um die des Friedens scharen, die einen in der Freiheitsbedrohung, die anderen in der Rüstung d a s große Nein zu Gottes Willen sehen. Je enger der Mensch das Gebot Gottes an die Stunde erfaßt, um so mehr hat er die Möglichkeit, sich selber jenseits des Kreuzes zu sehen. Die bloßen Ideen, auch die ganz großen und edlen, sind nicht nur der Gefahr unterworfen, daß sie verfälscht und in den Dienst des Bösen gestellt werden, sondern ihre Schwäche liegt vor allem auch darin, daß sie selten den Menschen von der Not erlösen, jenseits des Kreuzes stehen zu bleiben. Sie können eben auch zu einer Art von Religion werden mit der ganzen Gefährlichkeit aller Religionen, der Gefahr des Gottbesitzens. Darum gibt es wohl so viele Freiheitsbegeisterte, die ohne Skrupel selber die Freiheit von anderen zertreten helfen, und es gibt auch Friedensbegeisterte, die in der Praxis Gewalttätigkeit üben, weil sie nur die Idee, nicht aber das Kreuz vor sich sehen. Dann aber werden die hohen Ideale bei den nicht von Idealen selber begeisterten Massen nicht nach dem Wortgehalt gemessen und bewertet, sondern nur noch nach dem, was ihre Träger und Verkündiger in Wahrheit daraus machen.

Es ist wohl möglich, daß Gott unserer jahrhundertelang mit Ideen überfütterten Welt heute ganz anders zum Leben verhelfen will. Die Verantwortung, die der einzelne Mensch oder das einzelne Volk zu tra-

gen hat, eine Verantwortung für Menschen, für den eigenen Weg, die eigene Aufgabe, mag soviel unscheinbarer sein als große Ideen; eines ist in jedem Fall ihr großer Vorzug: Niemand kann in Wahrheit Verantwortungen erfüllen, ohne sein Schuldigsein zu spüren. Gott ist nicht mehr ein besessener Gott, vielmehr ein von uns gekreuzigter Gott. So führt diese Schlinge Gottes, die der Flucht ein jähes Ende setzt, zum Schmerz und rettet gerade so vor dem Betrug der Selbstzufriedenheit, sie zieht uns zum Kreuze hin, indem sie uns das Errichten des Kreuzes Gottes als unser eigenes Tun enthüllt.

Von dieser verfolgenden Macht eingeholt, von dieser Verzweiflung gepackt, bliebe eben nichts als die nackte Verzweiflung, wenn, ja wenn nicht auf das Kreuzesgeschehen, dieses von uns gewirkte, heute immer neu gewirkte Geschehen, das Ostergeschehen gefolgt wäre und folgen wollte. Karfreitag und Ostern gehören nicht nur kalendermäßig so nahe zusammen. Weil Karfreitag war, hat Ostern werden können, weil Ostern werden sollte, hat Karfreitag sein müssen. Weil Gott uns die Schlinge über den Leib wirft und uns von den Inseln der Vollkommenen weg auf den harten Boden vor dem Kreuze zieht, darf es einen Glauben an das Leben des göttlichen Reiches, an das Wachsen seines Werkes geben; und weil es die Gnade ist, die uns, auch wenn sie wehe tut, auf den Boden wirft, können wir uns vor dem Kreuze erkennen, können es ertragen, von der Verzweiflung eingeholt zu werden, weil nun ja auch die Verzweiflung verwandelt ist. Es könnte wohl sein, daß auch unsere vom Tod überschattete Zeit ein wenig Raum gewänne für die wirkliche Botschaft vom Leben. Von den leeren Bekenntnissen zum Leben, die nur die Flucht vor der Verzweiflung widerspiegeln, wird sie nicht erlöst. Die Erlösung braucht viele Schritte. Es ist oft schwer, das langsame Wachsen göttlicher Saaten auszuhalten, und die Ungeduld der Fliehenden verdirbt oft mehr als die rasenden Stürme oder das vom bösen Feind gesäte Unkraut verderben.

Die Erlösung des Menschen dieser Zeit, die Abwendung des Todesschattens von dieser Zeit können wohl nur geschehen, wenn die Flucht aufhört. Diese freilich ist eine so elementare Äußerung des Menschen, daß keine Willens-, keine Vernunftanstrengung ihr steuern kann. Die Schlinge Gottes aber, die uns auf den Boden wirft, dem einzelnen Menschen seine Verantwortungen, sein Scheitern, sein Errichten des Kreuzes zeigt, und den Völkern und Zeitepochen ihr eigenes, nicht das der anderen Schuldigwerden vor Augen stellt, ist eine rettende Tat. Wenn die Fliehenden nicht mehr Fliehende sind, dann ist auch Gott nicht mehr nur ein Gott der Vergangenheit oder ein Gott der Zukunft, dann hat das Leben, dann hat die Gegenwart Raum für Gottes Frage und Gottes Rede. Und in solcher Zeit, in solcher Gegenwart leben dürfen, ist ein Osterglaube, ist ein Lebensbekenntnis, das eine neue Atmosphäre um den Menschen und um die Völker wirkt, die zu Boden geworfen, vor das Kreuz gestellt, zu Gott und zu sich selber kommen dürfen. *Bruno Balscheit.*

Blick auf die Kirchen

Was soll der Prediger heute in einer furchterfüllten Welt predigen?

Diese Frage wurde als Rundfrage an eine Anzahl weltbekannter Prediger von der amerikanischen Wochenschrift «The Christian Century» gesandt. In ihrer Ausgabe vom 7. März 1951 veröffentlichte sie die Antwort von Pasteur Marc Boegner, dem Haupt des französischen Protestantenbundes. Pasteur Boegner war zwischen den zwei Weltkriegen für das «Rassemblement Universel pour la Paix» tätig und ist heute einer der Präsidenten des Weltrates der Kirchen. Seine Antwort wird in folgendem in Übersetzung wiedergegeben.

Alice Herz

Was kann ein Prediger in einer Zeit wie der heutigen seiner Gemeinde predigen?

Ist es vielleicht, weil ich Franzose bin und zur lateinischen Sprachgemeinschaft gehöre, daß ich die Frage so fassen möchte: «Was *sollte* ich heute predigen?»

Durch die 48 Jahre, die ich das verantwortungsschwere Amt eines Predigers übte, war ich mir immer dessen bewußt, daß ich die Botschaft an meine Gemeinden von Zeitverhältnissen unbeeinflußt halten müsse. Was ich predige, darf nie durch meine Neigungen und Wünsche, durch meine sozialen und psychologischen Erkenntnisse bestimmt sein, sondern allein durch Jesus Christus.

Warum, wird man fragen, werfe ich nun heute diese Frage auf? Fühle ich mich durch die Zeitverhältnisse gedrängt, die christliche Botschaft, ihre Bedeutung in dieser Zeit, ihr Wesen, ihren besonderen Anruf sorgsamer zu überprüfen? Sicher haben zu anderen Zeiten, fernen und nahen, Priester, Mönche und Pfarrer aller christlichen Bekenntnisse in der Tiefe ihres Herzens der gleichen Frage gegenübergestanden. Während der Zeit der großen Verfolgungen unter Diokletian, zu Beginn der konstantinischen Ära, als das Römische Reich unter dem Hammer der Barbarenstämme in Stücke zerfiel, ferner als Europa im 16. Jahrhundert durch die Reformation und im 18. Jahrhundert durch die Französische Revolution erschüttert wurde, wie viele Prediger mögen damals angstvoll gefragt haben: «Was soll ich in dieser Zeit predigen?»

Was ist es, das in unserer Zeit diese Frage aufzwingt und ihr solche Schwere und Dringlichkeit gibt?

Eine Tatsache hebt sich sofort heraus: was wir das christliche Zeitalter zu nennen pflegten, hat zu bestehen aufgehört, nicht nur deshalb, weil der politische Aufbau und die bewußte oder unbewußte Weltanschauung der meisten heutigen Staaten es ihnen untersagt, sich christlich zu nennen, sondern auch dadurch, daß der Zerfall der christlichen Kirche in unzählige Konfessionen dem wesentlichen Gedanken des Christentums zuwiderläuft, und zuletzt und nicht am wenigsten dadurch, daß zahlreiche Völker, die sich jahrhundertelang christlich nannten, sich heute ausgesprochen vom Christentum abgewandt haben.

Aus Gründen, die wir hier nicht näher erörtern können, haben große

Teile auch der westlichen Welt sich dem Einfluß der christlichen Kirche im weitesten Sinne des Wortes entzogen. Von einem christlichen Humanismus kann man heute nur als von einer vergangenen Epoche oder als von einer Hoffnung für die Zukunft reden. Der Humanismus unserer Zeit ist offen oder verhüllt atheistisch und geradezu anti-christlich. Es gibt im zum größten Teil wieder heidnisch gewordenen Westeuropa keine christlichen Völker mehr, nur noch einzelne Christen in größerer oder kleinerer Zahl und in mehr oder minder getrennten Gruppen.

Wir wissen, daß die Kirche Christi, bevor sie vor 16 Jahrhunderten durch Konstantin und seine Nachfolger zur Staatsreligion gemacht wurde, gewaltsam unterdrückt war. Jedoch das nach-christliche Heidentum, wie wir es heute haben, ist ein viel verheerenderer Feind, als es das Heidentum eines Nero und eines Marc Aurelius war.

Denn unsere Zeit ist eine Zeit der Entmenschlichung des Menschen. Der große russische Denker Nicolas Berdiaeff, der vor vier Jahren in der Nähe von Paris verstarb, gab eine treffliche Diagnose ab. «Der Tod des Menschen», sagte er, «ist die verhängnisvolle Folge des Todes Gottes, der von Nietzsche und Karl Marx verkündet wurde. Wenn es Gott nicht mehr gibt, kann es auch den Menschen nicht mehr geben», sagte Berdiaeff. Unser materialistisch-atheistisches Zeitalter ist das Zeitalter der Technokratie, das nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Erziehung und Regierung der Völker Alleinherrschaft beansprucht.

Die Zivilisation des Massenmenschen tötet den «Menschen». Und der Totalitarismus, der so viele Völker vergiftet, bedeutet äußerste Verachtung des Menschen an sich. Nur das, was er produzieren kann, hat Wert. Eine Zeit wie die unsere läßt keinen Raum für echte Menschlichkeit, hat keine Achtung vor der Seele, der Würde und dem Wert jedes einzelnen Menschen.

Was soll ich den Menschen einer solchen Zeit predigen? Die alleinige Predigt, zu der ich mich gedrängt fühle, ist die Predigt von Jesus Christus. «Jesus Christus heute und morgen, und derselbe auch in Ewigkeit.» Jesus Christus wird *das* Thema bleiben von gestern und heute bis zu dem Tage, da die Kirche durch Gottes Reich auf Erden aufgehoben sein wird.

Schön und gut, werdet ihr sagen. Aber was soll das heißen? Vielleicht gibt der Ausspruch des Apostels Paulus die rechte Antwort: «Wir predigen nicht uns selbst, sondern Jesum Christum.» (2. Korinth. 4, 5.)

Getreu ihrer Berufung kann die christliche Predigt das Evangelium weder dem Zeitgeist noch irgend einem philosophischen System, das gerade Mode ist, anpassen. Seit 150 Jahren hörte das protestantische Europa Predigten, die auf Kant und Bergson abgestimmt waren. Heute mögen sie gar existentialistisch getönt sein. Begreiflicherweise wird die philosophische Einstellung des Predigers — wenn er eine hat — seine Predigt und auch seine Ausdrucksweise beeinflussen. Noch mehr ist das von der theologischen Einstellung zu sagen. Aber gerade deshalb ist es nötig, es sich immer wieder zum Bewußtsein zu bringen, daß der Prediger sich vor

der verhängnisvollen Versuchung hüten muß, seinen eigenen Geist in die Predigt zu legen, anstatt aus dem Geiste Jesu zu sprechen.

Wie meine ich das? Der Christus, den ich predigen soll, ist nicht nur der Jesus der Evangelien, der Bergpredigt, der Gleichnisse vom «Reich», sondern auch der Christus, von dem die Apostel und die Propheten zeugen, der durch das ganze Alte Testament verkündete Erlöser, das fleischgewordene Gotteswort, der Christus der Passion und der Auferstehung, der Herr der Herrlichkeit, auf dessen Wiederkunft die Kirche wartet. Ich habe niemals gesehen, daß der Jesus des Liberalismus die Menschenseelen zu packen vermag, wie Christus, der Herr, der einst Saulus von Tarsus wandelte und nicht aufgehört hat, Seelen umzukehren und sie zu dem großen Erlebnis des Glaubens zu erwecken, der allein fähig ist, die Welt zu überwinden.

Unser Christus hat nichts gemein mit dem süßen, weichlich-salbungsvollen Jesus, dessen Lob so freudig in den Kirchen gesungen wird, der allein für den bürgerlichen Sonntagsgebrauch gemacht ist, aber den Menschen nichts für ihren materialistisch-heidnischen Alltag bedeutet. Eine Predigt, die uns friedlichen Schlummer im bequemen Kirchenstuhl unserer Sonntagsfrömmigkeit erlaubt, ist nicht die Predigt, die ich in einer Zeit wie der heutigen halten darf.

Kierkegaard forderte von seiner Zeit, daß sie ihr Christentum ernst nehme. Diese Forderung ist heute dringender denn je, und die Predigt kann nicht genug Nachdruck darauf legen. Die dämonischen Kräfte, die in unserer Zeit losgelassen sind, werden die Kirchen und ihre Anhänger hinwegfegen, wenn ihre Predigt sich auf die Verheißungen und Tröstungen des Evangeliums beschränkt und seine furchtbaren Forderungen und Gerichte mit Schweigen übergeht, wenn sie nicht Männer und Frauen zu lebendigem Tun im Geiste Jesu aufruft.

Wir haben den fordernden Christus zu predigen, der kein erbarmungsloser Christus ist. Der Christus des Verlorenen Sohnes, der verzeihende Christus der Ehebrecherin ist der gleiche Christus, der sein «Wehe» gegen die Pharisäer schleudert und die Tempelkrämer geißelt. Die Menschheit braucht beide Haltungen, und die Predigt sollte sie ihnen verständlich machen. Unsere Worte müssen aus der Liebe heraus zugleich taktvoll und bestimmt und unmißverständlich für unsere Hörer sein. Als Menschen sind wir alle der Versuchung zur Heuchelei ausgesetzt. Wir können uns und unsere Hörer am besten vor dieser Versuchung schützen, wenn wir uns in die Nähe dessen flüchten, der in Seinen Gefühlen, Gedanken und Handlungen die Wahrheit ist.

Mit größerer Kraft denn je müssen wir heute die Forderung nach Gerechtigkeit erheben.

Die Massen haben sich von den Kirchen abgewandt, weil diese willige Diener von Besitz und Vorrechten wurden und soziale Ungerechtigkeit gefühllos duldeten. Der Christus, den wir zu predigen haben, hat nichts mit diesen sündhaften Irrtümern zu tun. Als Schützer und Diener der

Armen und Getretenen erfüllte er das Gesetz und die Propheten. Er fordert von seinen Jüngern, die Sache der Unterdrückten, der Verfolgten und der Opfer menschlicher Verworfenheit zu ihrer eigenen Sache zu machen und der Gerechtigkeit von Mensch zu Mensch und von Volk zu Volk zum Siege zu helfen.

«Allein tätige Liebe kann Gerechtigkeit schaffen. Sie ist der erhabendste Ausdruck der Gerechtigkeit.» Diese Worte sprach zu Beginn des Jahrhunderts einer der machtvollsten Prediger, die ich während meines langen Lebens hörte.

Dem Christus der Gnade und Wahrheit muß unsere Predigt dienen. In einer von Gewalt, Haß und Furcht geschändeten Welt dürsten geknechtete, verängstigte Menschen nach den Worten wahrer Liebe. Affektierte, sentimentale Barmherzigkeit vermag ihnen nicht zu helfen, nur eine Liebe, die stark und zugleich zart und unbedingt wahrhaftig ist. Aus Liebe sandte uns Gott Christus, uns zu helfen, uns von unseren Sünden zu befreien, die uns zu Leiden und Tod führen. Dieser Christus, der Bruder aller Menschen, will aus allen Menschen das geschändete Ebenbild Gottes wieder herausholen. Seine Jünger, die Christen von heute und morgen, müssen diesen, Seinen Geist, in sich aufnehmen, in Ihm für ihre Mitmenschen arbeiten. Nicht für uns selbst sollen wir Christen sein, sondern um unseren Brüdern Ahnung und Wissen von Gottes Liebe zu geben.

In einer Zeit, da der Mensch als Abglanz göttlicher Herrlichkeit mehr und mehr verschwindet, hat unsere Predigt zu verkünden, daß Christus allein uns den Sinn des Lebens und das Geheimnis unserer Bestimmung erschließen und uns die Kraft geben kann, unser Leben zu erfüllen. «Nur durch Christus wissen wir, was der Mensch ist», schrieb Pascal. Ohne Christus können wir nicht zu voller Menschlichkeit gelangen. Seine Lehre, daß unser Leben mit dem aller Menschen verbunden ist, hilft uns allein, mit uns selber fertig werden. Eindringlicher denn je muß die christliche Predigt die fundamentale Wahrheit lehren, daß wir zu geistiger Freiheit nur dadurch gelangen können, wenn wir Christus folgend, uns Gott durch den Dienst am Nächsten geben. Christus predigen heißt, den Menschen unserer Zeit zu zeigen, daß nur das Leben für die Gemeinschaft Glück und Lebensfülle geben kann.

Nicht Demokratie, nicht Gleichheit der Rassen und Geschlechter sollen wir predigen. I h n sollen wir predigen, der von seinen Jüngern fordert, in Menschen jeder Rasse, jeder Nation, jedes Glaubens den Bruder zu sehen, für den Er starb.

I h n zu predigen heißt, das Geheimnis der Kirche als seines Leibes zu erschließen, nicht einer Kirche, die sich abschließt und sich mit ihrer Zersplitterung abfindet, sondern einer weit offenen Kirche, deren prophetische Botschaft einer kriegsverstörten Menschheit wahren Frieden kündet, den jeder finden kann, der ihn sucht. Doch die Trennungsmauern können nur durch Christus, der der Friede ist, abgerissen werden. Das

sollte die Kirche in die Welt schreien, aber wissen, daß ihre Schreie nur gehört werden, wenn sie durch ihr eigenes Leben die Wahrheit ihrer Predigt erweist. Sie wird die große Friedenskraft werden, sobald sie selber zum Frieden gelangt ist.

Das ist in Kürze, was ich in einer Zeit wie dieser predigen sollte. Aber wie *kann* ich das predigen?

Ich muß eine Sprache finden, die auch von denen verstanden wird, die sich von der Religion abgewandt haben. Um das zu können, muß ich die Menschen meiner Zeit kennen, ihren Alltag, ihre Freuden und Leiden und Strebungen. Ich kann ihnen nicht Christus predigen, bevor ich sie nicht kenne und in Liebe verstehe.

Das erfordert große Geduld, starkes Einfühlungsvermögen, ernstes Gebet. Doch welche Freude, wenn wir den Weg finden zu denen, die, Sünder wie wir selbst, Gott uns geheißen hat, zu Ihm zurückzuführen als seine Kinder in Zeit und Ewigkeit! Welches Glück zu sehen, wie sie nach und nach unsere Botschaft verstehen lernen und zu wahrem Leben in der Hingabe an Christus durch den Dienst am Nächsten gelangen!

Hat dies alles mit Theologie zu tun? Die christliche Predigt verlangt theologisches Durchdenken als Unterbau. Doch es darf sich dem Hörer nicht aufdrängen. «Jesus», sagte Spurgeon, «war ein Meister in volkstümlicher Rede.» Wir müssen für Ihn in einfacher, gerader, klarer Sprache zeugen, die zu erkennen gibt, daß wir uns an nichts anderem halten als an Gottes Wort allein. Nur dann werden wir durch unser Predigtamt die Wahrheit des Christuswortes erweisen: «Wer euch höret, der höret mich.»

Die Krise des Sozialismus

I.

Die Krise des Sozialismus ist eine Tatsache. Und es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß es bei dieser Krise um Leben oder Tod geht. Zwar *merken* manche sozialdemokratische Parteien — z. B. die schweizerische — gar nicht, daß es um sie sehr kritisch steht; sie fühlen sich im Gegenteil höchst gesund und kräftig. Aber andere Glieder des sozialistischen Gesamtkörpers, so die Partei des französischen Sozialismus und die diversen sozialistischen Splitterparteien Italiens, sind ganz offenkundig krank, und die sozialistischen Parteien des europäischen Ostens sind überhaupt verschwunden, sind vom Kommunismus wegamputiert worden, was unmöglich gewesen wäre, wenn ihnen wirkliche Gesundheit und Lebenskraft innegewohnt hätten. Im ganzen muß man wohl feststellen, daß der sogenannte demokratische Sozialismus im heutigen Weltkampf als *selbständige* Macht, die entscheidend in den Gang der Ereignisse ein-

greifen könnte, nur mehr eine geringfügige Rolle spielt. Er ist insbesondere in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus nicht die so viel beredete «dritte Kraft», die die Lösung des Gegensatzes zeigen und herbeiführen könnte; er ist kaum viel anderes als eine «dritte Schwäche», ein Gebilde, das fast nur noch als willenloses Anhängsel des einen der beiden Machtkolosse zu existieren vermag.

Und damit ist auch bereits das eigentliche Wesen der Krise des Sozialismus angedeutet: die äußere Ohnmacht des demokratischen Sozialismus ist nur die Folge seiner *inneren* Schwäche und Haltlosigkeit. Die Krise des Sozialismus ist eine *moralische* Krise. Und sie besteht, kurz gesagt, darin, daß der demokratische Sozialismus im entscheidenden Abschnitt des Ringens zwischen der alten und der neuen Welt sich selbst zu verlieren droht, daß insbesondere seine offiziellen Vertreter im großen Kampf um Sozialismus und Demokratie den Sozialismus zurückstellen oder gar überhaupt opfern, um die Demokratie zu retten, damit aber tatsächlich die Demokratie zerstören helfen, die nur auf dem Boden des Sozialismus verteidigt und gesichert werden kann.

In dieser Haltung, die für die meisten sozialdemokratischen Landesparteien durchaus kennzeichnend ist, kommt eine radikale Wendung der ganzen sozialistischen Strategie und Taktik gegen früher zum Ausdruck. Bis zum zweiten Weltkrieg war es ja trotz allen Einbrüchen in hergebrachte Lehren und Auffassungen für die sozialdemokratische Bewegung aller Länder fast selbstverständlich, daß der Kampf des Sozialismus in erster und letzter Linie der *Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft* und des zeitgenössischen *Imperialismus* gelten müsse, den nicht nur Lenin, sondern auch sozialdemokratische Theoretiker wie Hilferding als «die letzte Etappe des Kapitalismus» bezeichnet hatten. Und der Weg zu diesem Ziel führe, so sagt z. B. das geltende Programm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom Jahre 1935, «über den Zusammenschluß aller ausgebeuteten Volksschichten zu einer einheitlichen, antikapitalistischen Kampfgemeinschaft». Noch zu Beginn der Nachkriegszeit war man sich innerhalb der sozialistischen Bewegung Westeuropas über diese Zielrichtung einig. Die Programmschrift der Britischen Labourpartei über die internationale Neuordnung nach dem Krieg stellte 1945 unzweideutig fest:

«Für die Erreichung unserer internationalen Ziele ist der Sozialismus entscheidend wichtig, insbesondere um dem Faschismus und den Kriegsursachen ein Ende zu setzen, den wirtschaftlichen Wiederaufbau erfolgreich durchzuführen und die Ausbreitung der Demokratie und der politischen Freiheit im Nachkriegseuropa zu fördern.»

Heute vernehmen wir ganz andere Töne, vor allem auch aus dem Lager der Britischen Labourpartei, die seit ihrem großen Wahlsieg von 1945 die Führung der sozialistischen Internationale innehat, aber nunmehr einer Grundanschauung huldigt, die von derjenigen, welche ihr vor

sechs Jahren den Sieg gebracht hat, in wesentlichen Stücken aufs schärfste abweicht.

Jetzt wird von den sozialdemokratischen Parteien aller Länder — mit wenigen Ausnahmen, deren bedeutendste die große Sozialistische Partei Italiens ist — als Hauptgegner nicht mehr der Kapitalismus und sein Sprößling, der Imperialismus (im klassisch-sozialistischen Sinn), empfunden, sondern der *Kommunismus* und der sogenannte Sowjet-Imperialismus. «Die hundertprozentig stalinisierte Kommunistische Partei», so schrieb im «Populaire» (22./23. Mai 1950) Jules Moch, der führende Kopf der französischen Sozialisten, «bleibt der Hauptgegner des Sozialismus und des sozialen Fortschritts, die schlimmste Gefahr für unsere Unabhängigkeit.» Und das gleiche Thema wird in tausendfältiger Variation auch in der ganzen übrigen Presse und Propaganda des internationalen Sozialismus abgewandelt. Auch in der Schweiz. Was einer der bekanntesten Führer unserer Sozialdemokratie — der nach dem ersten Weltkrieg selber zum Kommunismus hinübergewechselt hatte — einmal ausrief: «Wenn ich zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu wählen hätte, so würde ich mich ohne Zögern für den Kapitalismus entscheiden, der doch wenigstens die Demokratie achtet», das hört man auch im Parteivolk häufig nachgesprochen. Der Kapitalismus, so geht jetzt die Rede, habe sich in der letzten Zeit derart zu seinem Vorteil gewandelt, daß der Kampf gegen ihn eine «sekundäre» Sache und die Verteidigung der Demokratie gegen die Sowjetdiktatur die Hauptaufgabe unserer Zeit geworden sei (C. Miville im «Freien Aargauer»). Was Wunder, daß solche Auffassungen auch in gewissen religiös-sozialen Kreisen obenauf gekommen sind, daß Sozialismus und Kapitalismus hier als «veraltete Schlagworte» abgetan werden, mit denen die Welt nicht mehr geklärt, sondern nur noch vernebelt und vergewaltigt werde («Aufbau» 1949, Nr. 45), und daß hier der Bolschewismus «vom Sozialismus unendlich viel weiter entfernt» gesehen wird als etwa vom Kapitalismus («Aufbau» 1949, Nr. 40), mit anderen Worten: daß man sich dem Kapitalismus unendlich viel näher fühlt als dem Kommunismus.

Ganz allgemein herrscht heute in der Sozialdemokratie die Meinung vor, daß der große Trennungsstrich nicht mehr zwischen der sozialistischen und der bürgerlich-kapitalistischen Welt hindurchgehe, sondern zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie einerseits, Kommunismus und Sowjetwelt anderseits. Der Kampf gegen den Kommunismus wird durchaus als Fortsetzung des Kampfes gegen Faschismus und Nazismus aufgefaßt, der Arm in Arm mit dem «freiheitlichen» Bürgertum ausgetragen werden müsse. Zum Kommunismus und den von ihm irgendwie beeinflußten Bewegungen hin werden von der Sozialdemokratie keinerlei Beziehungen geduldet, während die Zusammenarbeit mit den bürgerlich-kapitalistischen Kräften, auch mit solchen der ärgsten Reaktion (z. B. Bündnisse mit katholisch-konservativen Parteien), als ganz normal und jedenfalls sehr erträglich und einträglich empfunden werden.

Dementsprechend wird in der sozialistischen Propaganda alles, was von der Sowjetunion oder einem anderen kommunistischen Lande herkommt, mit äußerster Schärfe abgelehnt. Die Zustände in diesen Staaten werden der eigenen Gefolgschaft nur in leidenschaftlich-gehässiger Verzerrung gezeigt, während zum Beispiel die Verhältnisse im kapitalistischen Amerika und die Politik der Vereinigten Staaten mit nachsichtigstem Verständnis, ja oft mit lebhafter Zustimmung behandelt werden. Man müsse einmal, so meinte Morgan Philipps, der Sekretär der Britischen Labourpartei, an der Kopenhagener Konferenz der Sozialistischen Parteien (1950), «das alte Vorurteil gegen die Vereinigten Staaten» als überholt fahren lassen, denn abgesehen von England und Schweden sei Amerika «das fortschrittlichste Land der Welt» und der Marshallplan «praktischer Sozialismus auf internationaler Stufenleiter». Ganz ähnlich fragte der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Oprecht: «Was ist denn die Politik des Marshallplanes anderes als angewandter Marxismus? Wie könnten die Pläne der europäischen Wiederaufbauorganisation in Paris ... anders als angewandter Sozialismus bezeichnet werden?» («Volksrecht», 31. Januar 1949), während der gleiche sozialdemokratische Führer den Leistungen der Sowjetunion jeden sozialistischen Charakter rundweg abspricht. (Vgl. «Volksstimme», St. Gallen, 23. Januar 1951.) Am «vorurteilslosesten» erweisen sich in dieser Beziehung die mit der europäischen Sozialdemokratie eng verbundenen Gewerkschaften, die mehr und mehr die grundsätzliche Sympathie der amerikanischen Gewerkschaften für das «freie Unternehmertum» teilen und vom amerikanisch beherrschten neuen Weltgewerkschaftsbund aus die Haltung der sozialistischen Parteien gegenüber der Politik der Vereinigten Staaten maßgebend beeinflussen.

Das gilt namentlich von der amerikanischen Außenpolitik, die grundsätzlich – von Einzelheiten abgesehen – auch diejenige der sozialistischen Parteien Westeuropas ist. Von Trumandoktrin und Marshallplan über Atlantikpakt und Brüsseler Union bis zum militärischen Eingreifen in Korea und zur Wiederaufrüstung Westdeutschlands ist die weltpolitische Grundauffassung der Vereinigten Staaten regelmäßig auch diejenige der britischen Labourregierung und der festländischen Sozialdemokratie gewesen. Eine an der eben erwähnten Kopenhagener Tagung der «Comisco» angenommene Resolution erklärt bündig: «Die von der Kominform-Politik hervorgerufene Unruhe stellt die größte Gefahr für den Weltfrieden dar.» Und wenn die gleiche Resolution auch den *Kapitalismus* als Friedenshindernis bezeichnet, so bleibt es doch richtig, daß die Sozialistische Internationale – oder was von ihr noch übrig ist – das Schwergewicht ihres Kampfes durchaus auf die Abwehr des «Sowjetimperialismus» legt, und zwar auf die Abwehr mit Waffengewalt. Wie Julius Braunthal in der «Roten Revue» (Oktober 1949) unverblümt heraussagt: «Der westeuropäischen Sozialdemokratie ist jedenfalls keine andere Wahl gelassen, als sich der russischen Expansion zu widersetzen: mit gei-

stigen Waffen, solange sie allein sprechen dürfen; mit sozialistischen Werken, solange die Freiheit sozialistischen Wirkens nicht bedroht ist; mit dem Instrument der Gewalt, falls die Gewalt einer bewaffneten Invasion sie zu überwältigen sucht.»

Es ist darum auch ganz natürlich, daß es heute keine sozialistische *Friedensbewegung* im echten Sinne mehr gibt. Man ist zwar im sozialdemokratischen Lager selbstverständlich a u c h «für den Frieden» und redet noch immer davon, wie wichtig es sei, die im Kapitalismus wirkenden Kriegsursachen zu überwinden und eine auf wirtschaftlicher Gerechtigkeit begründete Friedensordnung in der Welt aufzurichten. Aber mit der *Tat* unterstützt man aufs energischste jene früher von allen Pazifisten und nicht zuletzt von den Sozialisten aller Länder klar abgelehnte Lehre, die die beste Friedenssicherung in einer möglichst starken Kriegsrüstung sieht. Die sozialdemokratischen Parteien Westeuropas sind so beinahe vorbehaltlos in die Front der Westmächte eingeschwenkt, deren «Friedenspolitik» in der höchstgesteigerten militärischen Aufrüstung zur Verhinderung oder Abwehr eines angeblich drohenden ostmächtlichen Angriffskrieges besteht – nicht etwa in der Schaffung «sozialistischer Werke», die vielmehr von der Vormacht des Westbundes, dem kapitalistischen Amerika, gehaßt und bekämpft werden wie nur irgend etwas Böses auf dieser Erde. Und so ist denn auch von dem sozialdemokratischen Antimilitarismus in der Schweiz, der sich nach dem ersten Weltkrieg so verheißungsvoll zu entfalten schien, kaum mehr eine schwache Spur zu finden; die Sozialdemokratische Partei hat sich im Zeichen des Kampfes zuerst gegen den Faschismus, dann gegen den Kommunismus völlig die bürgerlich-patriotische Auffassung von der Landesverteidigung zu eigen gemacht und hat grundsätzlich gegen die Beteiligung auch der Schweiz an dem wahnsinnigen Wettrüsten nichts Ernsthaftes mehr einzuwenden, stimmt ihr vielmehr mit Schwung und Überzeugung als einer fast selbstverständlichen Notwendigkeit durchaus zu.

II.

Wie sollen nun aber *wir* uns zu diesen neuen Strömungen innerhalb der sozialistischen Parteien stellen? Ich kann es in *einen* Satz zusammenfassen: Wir müssen dazu überall, wo sie hervortreten, klar und entschlossen Nein sagen, weil die Losung vom Vorrang des Kampfes für die politische Freiheit vor dem Kampf für die soziale Gerechtigkeit der wirklichen Lage des Sozialismus und ihren Notwendigkeiten in keiner Weise entspricht, vielmehr durchaus der heutigen Lage des Weltkapitalismus entsprungen ist und den Bedürfnissen der ihn tragenden Klassen dient. Denn entgegen der unter uns herrschenden Vorstellung geht ja der große Kampf unserer Zeit nicht in erster Linie um den Gegensatz von Freiheit und Totalstaat; er ist vielmehr vor allem ein *weltweites Ringen zwischen sozialer Revolution und politisch-sozialer Gegenrevolution. Das* ist das

zentrale Thema der Weltgeschichte unserer Zeit. Und zwar keineswegs nur im engeren politischen und wirtschaftlichen Sinn. Nein, in der Umwälzung der materiellen Lebensbedingungen drückt sich nach unserem Glauben vor allem die geistige und sittliche, ja die religiöse Revolution aus, die in der Völkerwelt am Werk ist und in der Verbindung mit jener anderen Revolution erst Tiefe, Substanz und Wirklichkeit gewinnt, Fleisch und Blut wird und wahrhaft weltumgestaltende Kraft bekommt. Wir erleben es nun wirklich, daß «das Wesen dieser Welt vergeht» (1. Kor. 7, 31). Und wir stehen als Bürger des Atomzeitalters sogar unter der Drohung, daß «der Himmel sich entzündet und auflöst und die Elemente vor Hitze schmelzen», dürfen dann aber freilich auch «einen neuen Himmel und eine neue Erde erwarten, worinnen Gerechtigkeit wohnt» (2. Petri 3, 12/13).

Begonnen hat die Revolution gegen die Herrschaft von Feudalismus und Kapitalismus schon 1910/11 in Mexiko und China. Dann kam der erste Weltkrieg, der das Ende des bürgerlichen Zeitalters einleitete und der sozialen Umwälzung neue, mächtige Antriebe gab, vor allem in Rußland und weiterhin in ganz Nordasien. Dawider erhob sich freilich sofort die Gegenrevolution der bürgerlich-kapitalistischen Welt mit den Interventionskriegen und dem wirtschaftlich-politischen Boykott, wodurch die Sowjetunion erdrückt werden sollte, mit dem Faschismus und Nazismus und der Zusammenarbeit der kapitalistischen Demokratien des Westens mit den faschistischen Diktaturen Mittel- und Südeuropas. Die Folge war der Zusammenbruch des Völkerbundes und der Ausbruch des zweiten Weltkrieges, der die Westmächte notgedrungen mit der Sowjetunion zum Kampf gegen den faschistisch-nazistischen Imperialismus zusammenführte.

Die wirklichen Fronten stellten sich indessen gleich nach Kriegsende auf ihren alten Linien wieder her. Denn inzwischen war die soziale Revolution neuerdings gewaltig und aufs bedrohlichste vorgedrungen: in Westeuropa im Gefolge der Widerstandsbewegungen auf dem Festland und des Labour-sieges in England, in Osteuropa in Gestalt der jungen Volksrepubliken mit ihren Bodenreformen, Industrialisierungsprogrammen, Sozialisierungen und politisch-kulturellen Umstürzen. Und die jetzt von Amerika geführte Gegenrevolution zögerte wiederum nicht, gegen diese «tödliche Gefahr» unter Einsatz aller wirtschaftlichen und militärischen Mittel einzugreifen – mit Erfolg bisher, wenigstens in Westeuropa.

Anders in Osteuropa, wo sich das neue Regime überall befestigte und sogar ausbreitete, und anders namentlich in Ost- und Südasien, wo die ungeheuren Massen der farbigen Nationen in heftigste Bewegung gekommen sind und ein Volk nach dem andern das Joch seiner eigenen Gewaltherrscher und der fremden Ausbeuter abschüttelt. Alles Eingreifen der kapitalistisch-imperialistischen Kräfte ist hier vergeblich geblieben und wird weiterhin vergeblich bleiben, insbesondere gegenüber China, Korea, Indochina und Malaya. Als Ganzes aber ist die politisch-soziale

Gegenrevolution in der Welt noch völlig ungebrochen, ja sie schickt sich zu ihrer höchsten Kraftentfaltung erst jetzt an. Und da sie weiß, daß sie auf dem Boden der bloß geistigen und sozialen Auseinandersetzung mit den revolutionären Kräften niemals siegreich bleiben würde, greift sie zu zwei Waffen, die ihr trotzdem die Überlegenheit über den gefürchteten Gegner sichern sollen:

Sie trägt erstens die Auseinandersetzung auf den machtpolitisch-militärischen Boden, mit der Begründung, es gelte einen beabsichtigten Angriffskrieg der Ostblockstaaten abzuwehren – dies obwohl im Verhältnis der Westmächte zur Sowjetunion von den Interventionskriegen bis zu Hitlers Einbruch in Rußland der Angriff immer vom Westen ausging und keinerlei Grund ersichtlich ist, warum nach dem Ende des zweiten Weltkrieges die Sowjetunion plötzlich ihre bisherige, auf Entfaltung und Verteidigung des «Sozialismus in *einem* Lande» gerichtete Politik hätte auf den Kopf stellen und ihrerseits den Weg kriegerischer Ausdehnung beschreiten sollen. *Wenn* die Sowjetpolitik innerlich eine solche Wendung um 180 Grad vorgenommen hätte, dann wäre der gegebene Augenblick für ihre Ausführung beim Zusammenbruch des Dritten Reiches gekommen gewesen, als sozusagen ganz Mittel- und Westeuropa dem Zugriff des Kremls mehr oder weniger wehrlos ausgeliefert dagelegen hätte. Dann hätte der «Sowjetimperialismus» sicher nicht gewartet und würde nicht heute noch warten und tatenlos zusehen, wie die Westalliierten ihre Militärmacht neu aufbauen, um seine «Eroberungspläne» zunichte zu machen.

Zweitens aber haben die Westalliierten seither auch eine ideologische Front von unleugbarer Schlagkraft aufgebaut, indem sie den Mythos von der Verteidigung der westlichen Freiheit und Menschlichkeit gegen östliche Staatstyrannei und Barbarei geschaffen und popularisiert haben. Dies wiederum im Widerspruch zu den Tatsachen, die handgreiflich erweisen, daß die kapitalistischen Demokratien im Bunde mit den freiheitsfeindlichen Kräften in der ganzen Welt stehen, von Madrid und Rom bis Söul, Tokio und Manila, von Westdeutschland und Griechenland über die Türkei und Persien bis nach Indochina und Formosa. Aber der Zweck heiligt eben auch hier das Mittel. So wie schon nach dem ersten Weltkrieg die Westmächte die Gegenrevolution organisierten und mit der sozialen Reaktion, ja sogar mit dem Faschismus und Nazismus zusammenarbeiteten, um den Sozialismus und Kommunismus zu ersticken, so ist, unter amerikanischer Führung, auch nach dem zweiten Weltkrieg das oberste Ziel der kapitalistischen Weltkräfte die Eindämmung der sozialrevolutionären Bewegung mit allen nur möglichen Mitteln. Und *eines* dieser Mittel ist die Freiheitslosung — eines der wirksamsten, aber auch eines der unehrlichsten Mittel, deren sich der in seinen eigentlichen Lebensgrundlagen erschütterte Kapitalismus bedient.

Daß die bürgerlich-kapitalistische Welt den Freiheitsmythos verwendet, um die soziale Revolution abzuwehren und die Aufmerksamkeit von

der Unfreiheit und Unmenschlichkeit abzulenken, die der moderne Kapitalismus politisch wie wirtschaftlich über die Völker gebracht hat, das ist nur zu verständlich und natürlich. Aber daß auch die sozialistischen Parteien die Ideologie der Gegenrevolution übernommen haben, das ist, von *ihrem* programmatischen Standort aus gesehen, schlechterdings unverständlich und geradezu widernatürlich, verrät aber eben darum die ganze Instinktlosigkeit eines gewissen sozialdemokratischen Funktionärtypus.

Sozialsten sollten immerhin wissen, daß die inneren Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise allmählich eine Schärfe und Heftigkeit gewonnen haben, die ihre Überwindung mit den normalen Mitteln dieses Regimes nicht mehr zuläßt.

Sie sollten gelernt haben, daß in dieser Dauer- und Lebenskrise des Kapitalismus die herrschenden Klassen zu jedem, auch zum verzweifeltsten Mittel zu greifen bereit sind, um ihre Vormachtstellung und ihre Gewinnmöglichkeiten zu retten, von bloßen Kommunistenverfolgungen bis zu offenem Faschismus, von krisenabwehrenden Militärrüstungen bis zu gewaltsamer Ausweitung des Weltmarktes, von planmäßiger Gehirnverkleisterung durch Presse und Radio bis zur Atombombe und zu den radioaktiven Nebeln.

Sozialisten müßte es eigentlich klar sein, daß der Antikommunismus der bürgerlichen Welt auch und sogar vor allem sehr entschlossener Antisozialismus ist, daß das «liberale» Bürgertum dieser Restaurationszeit von allem, was Planwirtschaft, Sozialisierung und Wohlfahrtsstaat heißt, radikal nichts wissen will und den demokratischen Sozialismus nur als Vorfrucht des Kommunismus ansieht.

Sozialisten sollten keinen Augenblick im Zweifel sein, daß sie mit allen Beteuerungen ihrer demokratischen und patriotischen Zuverlässigkeit vom kapitalistischen Bürgertum ja doch nicht voll genommen werden und sachlich einfach die Rolle von Zutreibern für den Kreuzzug gegen die kommunistischen Länder spielen, der, wenn er so weiterbetrieben wird, nur im Atomkrieg enden kann. Und daß ein kommender Weltkrieg von Sozialismus und Freiheit mindestens in Europa wenig mehr übrig lassen würde, das ist hoffentlich sogar unseren rüstungsfreudigsten Sozialdemokraten und wütendsten Kommunistenfressern einigermaßen klar. Über diese Aussicht tröstet auch der jetzt häufig gehörte Spruch «Lieber tot als Sklav'» nicht hinweg; die darin liegende Wahrheit ist ja doch in der heutigen Lage nur das heroisch aufgedonnerte Eingeständnis der eigenen moralischen Impotenz, der Unfähigkeit nämlich, den Kommunismus auf die allein mögliche und wirksame Art zu bekämpfen, die darin besteht, daß man die soziale Revolution, die der Kommunismus erstrebt, selbst macht, aber im Geiste der Freiheit und der Achtung vor dem Rechte der anderen.

Sozialisten sollte es darum auch nicht schwerfallen, zu begreifen, daß nicht Kriegsrüstungen *und* soziale Umwälzung dem Kommunismus zu wehren vermögen, wie das von denkfaulen Leuten so gerne behauptet

wird. Denn Kriegsrüstungen und sozialistische Wirtschaftsreform sind ja zwei Methoden, den Kommunismus zu bekämpfen, die einander völlig entgegengesetzt sind und sich wechselseitig ausschließen. Das kapitalistische Bürgertum hat sich doch gerade darum für den Weg der Kriegsdrohung und der militärischen Einschüchterung der kommunistischen Staaten entschieden, weil es den anderen Weg, denjenigen der Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Not durch eine auch nur einigermaßen radikale Umgestaltung der Besitzordnungen, *nicht* gehen will. Kriegsrüstungen und nötigenfalls der Krieg selbst sollen für die Träger der alten Welt nur ein *Ersatz* für den Sozialismus als Alternative zum Kommunismus sein — und Sozialisten sollten sich dazu hergeben, ihnen die Anwendung dieses ohnmächtigen Ersatzmittels noch zu erleichtern? Selbst wenn ihnen die grundsätzliche Unvereinbarkeit der beiden Methoden, den Kommunismus abzuwehren, nicht klar sein sollte, so müßten sie sehen, daß sie *praktisch* nicht vereinbar sind. Um nur die eine Tatsache zu nennen: die Vereinigten Staaten haben für die vielgenannte Hilfe an rückständige Länder bisher kaum 40 Millionen Dollar ausgegeben, während sie für Kriegsrüstungen und Kriegführung allein im Laufe dieses Jahres mindestens 40 Milliarden, also 40 000 Millionen Dollar, ausgeben wollen. Für die rechte Art, den Kommunismus zu bekämpfen, nur ein Zehntelprozent der Summe, die sie für die falsche Abwehr des Kommunismus aufwenden! Und ähnlich, wenn auch nicht so kraß, ist das Verhältnis zwischen Sozialausgaben und Rüstungsaufwendungen in anderen Ländern der sogenannten «freien Welt». Die Lebenshaltung der ärmeren Schichten wird im Zeichen der zunehmenden Militarisierung fühlbar gesenkt, die Demokratie wird geschwächt, die Macht der kapitalistischen Klasse aber gestärkt – und damit will man den Völkern den Kommunismus verleiden? Wahrlich, von Blindheit geschlagen ist, wer auf *diesem* Weg zu einer kommunismusfreien Welt zu kommen hofft? Eine gänzliche *Abkehr* von ihm täte not, wenn man das Ziel auch nur annäherungsweise noch erreichen will.

III.

Mit dem bisher Gesagten ist bereits festgestellt, daß die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem *Kommunismus* und der *Sowjetunion* im wesentlichen falsch ist. Wie ich das meine, mag deutlicher werden, wenn ich ein paar Gedanken eines bedeutenden Amerikaners, des im vergangenen Frühjahr so tragisch aus dem Leben geschiedenen Francis Otto Matthiessen, Literaturprofessors an der Harvard-Universität, anführe*. Matthiessen, der sich allen Anfeindungen zum Trotz bis ans Ende als Christ und Sozialist bekannte, erklärt sich als unfähig, irgendwie die Lebensanschauung des Kommunismus anzunehmen. «Ich bin ein Christ»,

* In seinem Buch «From the Heart of Europe» (zitiert im Gedenkheft der Neuyorker «Monthly Review» für Matthiessen).

sagt er, «nicht durch Erziehung, sondern aus Überzeugung, und ich finde jeglichen Materialismus unangemessen . . . Ich habe den Glauben des 19. Jahrhunderts, daß jedermann sein eigener Messias sei, ebenso abgelehnt wie die anderen individualistischen Verirrungen dieses Jahrhunderts.» Und doch, so fährt er fort, müsse er den Kommunismus als gewaltige revolutionäre Kraft in unserer Zeit würdigen:

«Ich nehme die Russische Revolution als das fortschrittlichste Ereignis unseres Jahrhunderts an, als die notwendige Nachfolgerin der Französischen Revolution, der Amerikanischen Revolution und des englischen Bürgerkrieges im siebzehnten Jahrhundert. Das Fach der Geschichte scheint nur dann einen Wert zu haben, wenn es einen befähigt, solch allgemeingültige Ähnlichkeiten zu erfassen und festzuhalten, auch insofern man anerkennen muß, daß das eiserne Zeitalter der Ernüchterung, das sich nach den Ausschreitungen Robespierres auf so viele europäische Intellektuelle herabsenkte, nicht weniger düster und hart war als das unsrige . . . Wir können uns nicht den Luxus gestatten, zu wählen, wo und unter welchen Umständen eine Revolution stattfinden soll. Revolutionen finden statt, weil die Zustände so unerträglich geworden sind, daß die Menschen dazu getrieben werden, sie mit wenn auch noch so gewalttätigen Mitteln in Ordnung zu bringen.»

Ähnliches, so glaubt Matthiessen, gelte auch für die *kommenden* Revolutionen. «Einer meiner französischen Freunde aus der Widerstandsbewegung», so bemerkt er, «betont immer die Gleichgültigkeit der Kommunisten gegenüber der Würde des Einzelmenschen, ihre Bereitschaft, jedermann den strengen Anforderungen der immer straffen und doch immer wechselnden Parteilinie zu opfern. Aber ich kann gleichwohl nicht vergessen, daß in Frankreich, wo jetzt die meisten offiziellen Sozialisten aus Furchtsamkeit die Richtung verloren haben, die jüngeren Denker unter den Kommunisten, zusammen mit den Gewerkschaftsführern, jetzt die Revolution lebendig halten.»

Das will sagen: Als Sozialisten dürfen wir trotz aller Ablehnung der kommunistischen Philosophie und der kommunistischen Gewaltherrschaft die elementaren Kräfte der sozialen Revolution nicht verkennen, die im Weltkommunismus wirken. Das Ziel, das tausendmal rechte Ziel des Kommunismus war von Anfang an die Überwindung einer Ordnung, die immer wieder Massenarmut und Massennot, Entwürdigung und Knechtung des Menschen durch den Menschen, Krisen und Kriege erzeugt, und die Begründung einer klassenlosen, ja brüderlichen Volks- und Völkergemeinschaft, in der ein jedes Glied sagen darf: «Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein!» Gewalttat und Staatstyrannei sind dem Kommunismus nur *Mittel* – wie er meint vorübergehend notwendige Mittel zur Erreichung dieses Zweckes. Und so sehr wir uns über die Unmenschlichkeit dieser Mittel entsetzen mögen, so sehr auch die Machtausübung für die herrschende Schicht von Kommunisten in einem gewissen Maße Selbstzweck geworden sein mag, so wollen wir doch zweierlei nicht

vergessen: Einmal, daß der Kommunismus regelmäßig dort emporsteigt, wo Gewalt und Unrecht den Charakter der gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung in besonders unerträglichem Grade bestimmen und der Gedrückte, der nirgends Recht kann finden, zum «letzten Mittel, wenn kein anderes mehr verfangen will», zu greifen sich gezwungen sieht. Und sodann, daß mindestens im Fall der Sowjetunion und der osteuropäischen Volksrepubliken die Diktatur im Inneren und ihre Verhärtung großenteils nur die Antwort auf die Bedrohung und Bekriegung von außen darstellt, gegen die sie Schutz und Kraftquelle sein soll. Wenn sogar unsere Schweiz mit ihrer großen und langen demokratischen Überlieferung im zweiten Weltkrieg, nach der bekannten Feststellung von Professor Giacometti, «ein autoritärer Staat mit totalitären Tendenzen», eine «kommissarische Diktatur der Bundesbürokratie» geworden ist, wieviel mehr ist es da erklärlich (wennschon nicht einfach zu rechtfertigen), daß die Sowjetunion, die das Erbe eines absolutistischen Staates verwalten mußte und seit ihrer Geburt um ihr bares Leben zu kämpfen hatte, zu Diktatur und Terror griff, um sich gegen die Feindseligkeit der kapitalistisch-imperialischen Außenwelt zu panzern! Die Hoffnung ist sicher nicht unbegründet, daß die Sowjetunion diesen Panzer in dem Maße lockern werde, da sie des Aufhörens der Bedrohung von außen sicher sein kann.

Für mich steht jedenfalls fest, daß die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, trotz allen Trübungen des Ideals, der Daseinsgrund sowohl der Sowjetunion wie der neuen kommunistisch regierten Staaten geblieben ist. Und es ist keineswegs so, wie uns namentlich die sozialdemokratische Propaganda glauben machen will, daß die Förderung der sozialen Revolution in Rußland selbst wie in der übrigen Welt nur ein schlaues Mittel sei, um die Führungsschicht der Sowjetunion an der Macht zu halten und die anderen Länder einem egoistischen *Sowjetimperialismus* dienstbar zu machen. Solches Machtstreben, sei es einer regierenden Kaste, sei es einer ganzen Nation, müßte — wie wiederum gerade Sozialisten wissen sollten — ganz in der Luft stehen, wenn es nicht durch solide wirtschaftliche und gesellschaftliche Triebkräfte gestützt würde. Während aber der *kapitalistische* und *faschistische* Imperialismus tatsächlich von solchen Kräften getragen wird — insbesondere vom Ausdehnungsstreben der kapitalistischen Wirtschaft, die auf dem Binnenmarkt eine zu schmale Existenzgrundlage findet —, hat es die Wirtschaft der Sowjetunion in keiner Weise nötig, sich durch Anwendung staatlicher Machtmittel, insbesondere durch militärische Angriffsaktionen, Absatzmärkte, Rohstoffquellen oder Kapitalanlagemöglichkeiten im Ausland zu sichern; sie hat es hingegen sehr nötig, endlich einmal eine lange Friedensperiode geschenkt zu bekommen, die ihr die volle Entfaltung aller ihrer Möglichkeiten und Kräfte gewährt. In ähnlicher Lage sind die anderen Länder, die sich auf den Weg der sozialen Revolution im Zeichen des Kommunismus begeben haben oder in Zukunft begeben wollen. Zwischen ihnen und der Sowjetunion bildet sich daher eine ganz natürliche Solidarität

revolutionärer Interessen heraus, bei der es gewiß Gegensätze zwischen den einzelnen Mitgliedern dieser Interessengemeinschaft geben, ja zu ernsthaften Konflikten um den Führungsanspruch kommen kann, den die Sowjetunion gegenüber den kleineren kommunistischen Staaten erhebt; aber deswegen von einem «roten Imperialismus» zu reden, der in Wirklichkeit keine hinreichende Grundlage in den wirtschaftlichen und politischen Tatsachen fände, hieße dem Begriff Imperialismus einen Sinn unterlegen, den er mindestens bisher nicht hatte.

Erst recht zeugt es aber von einer geradezu grotesken Farbenblindheit, wenn infolge der äußeren Ähnlichkeit der beiden Regierungstechniken auch Sozialisten nicht mehr zwischen dem *Wesenskern* von Kommunismus und *Faschismus* unterscheiden können, zwischen kapitalistischer Gegenrevolution und — wenn auch gewalttätiger und totalitärer — sozialer Revolution. Die Vertreter der herrschenden Ordnung können sich nichts Besseres wünschen. Sie haben es durch die Überbetonung der totalitären Seite des Faschismus und Nazismus fertiggebracht, die Aufmerksamkeit in verhängnisvollem Maß von den *kapitalistischen* Wurzeln des Faschismus abzulenken und das alte Wirtschaftsregime vor der ihm mindestens in Westeuropa drohenden Beseitigung noch einmal zu retten. Und nun ist es ihnen gelungen, auch große Teile der Sozialdemokratie — von den Gewerkschaften nicht zu reden — für die Erhaltung des Kapitalismus zu mobilisieren, da ja der Kampf gegen den Kapitalismus neben demjenigen gegen den Kommunismus durchaus nebensächlich geworden sei und sich die wahre Scheidung der Geister nach ihrer Einstellung zur politischen Demokratie (in ihrer gegenwärtigen, bürgerlichen Form natürlich) vollziehe. Die Folge ist nicht nur, daß sich der Faschismus überall dort, wo er militärisch besiegt worden ist, aufs neue kräftig regt, und dort, wo er, wie in Spanien, heil durch den Krieg gekommen ist, eine kräftige Stützung durch die großen und kleinen Demokratien findet. Wichtiger ist, daß ein Sozialismus, der den Kommunismus auf die gleiche Stufe stellt wie den Faschismus, ob er es will oder nicht, mehr und mehr ins Lager der sozialen Konservation gedrängt wird und im Bunde mit dem hochkapitalistischen Amerika auch das, was ihm an revolutionären Energien noch geblieben sein sollte, einzubüßen Gefahr läuft. Oder kann ein Sozialismus, der in der gleichen Front mit den gegenrevolutionären Weltkräften steht und den kommunistischen Staaten, neuerdings auch dem revolutionären China, jede, aber auch jede sozialistische oder auch nur sozialfortschrittliche Bedeutung und Leistung abspricht, kann ein solcher Sozialismus noch eine Kraft gesellschaftlicher Umwälzung sein, wie wir sie in unserer Generation fast so nötig haben wie das tägliche Brot? Wir sind *freiheitliche* Sozialisten, jawohl, und lehnen darum mindestens für den westlichen Kulturkreis den Diktatursozialismus ab. Aber wir sind eben doch *Sozialisten* und dürfen uns deshalb nie dazu hergeben, den Diktatursozialismus im Bunde mit den Mächten des konservativen Kapitalismus zu bekämpfen, die nicht nur den Kommunismus, sondern die

soziale Revolution überhaupt zu ersticken trachten. Die Folge der Erstarrung großer Teile der sozialistischen Bewegung der demokratisch maskierten alten Ordnung ist natürlich, daß sich der Kommunismus mit scheinbarem Recht den Alleinbesitz revolutionärer Tatkraft anmaßen kann und in wachsendem Grade diejenigen Menschen, Klassen und Völker anzieht, die in einem gewaltsamen Sturz des kapitalistischen und feudalen Regimes die einzige Lösung ihrer Schwierigkeiten sehen. Man denke an die asiatischen, die afrikanischen und die lateinamerikanischen Völker, aber auch an Griechenland, Italien, Spanien und Frankreich! Soll es wirklich so weit kommen, daß die Welt nur mehr die Wahl hat zwischen reaktionärem Kapitalismus und Imperialismus, ja Faschismus einerseits und sozialer Umwälzung im Zeichen und unter Führung des Kommunismus anderseits? Für eine Bewegung, die den Anspruch erhebt, eine «dritte Kraft» zu sein und die Welt im Geiste eines freiheitlichen Sozialismus umzugestalten, wäre das ein wahrhaft beschämendes Ergebnis, ja der eigentliche moralische Bankerott.

Um das bisher Gesagte zusammenzufassen, so stellt sich für uns das Verhältnis von Kapitalismus und Kommunismus wesentlich anders dar als der von uns gekennzeichneten neueren Richtung im westlichen Sozialismus.

Einmal *grundsätzlich*: Für uns ist es keine Frage, daß der Kapitalismus und die ganze auf ihm beruhende gesellschaftliche Ordnung (oder Unordnung) sowohl dem äußeren Wirkungsgrad als dem inneren Gehalt nach das unvergleichlich viel schwerere sittliche und materielle Übel ist als der Kommunismus. Dies zumal, wenn man bedenkt, daß der Kapitalismus aufs engste mit dem reaktionären Faschismus und dem primitiven Feudalismus verbündet ist und so weitaus mehr als die Hälfte der Menschheit, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika, in einem Zustand der wirtschaftlichen Not, der leiblichen Verkümmerung, der geistigen Rückständigkeit und der moralischen Verkommenheit hält, der menschlicher Wesen gänzlich unwürdig ist. Was auch der Kommunismus in den dreißig Jahren seiner Herrschaft im Osten Europas und in der kurzen Zeit seines Wirkens in Asien an Sünden begangen haben mag — es reicht nicht entfernt an die Verbrechen und entsetzlichen Schäden hin, die dem Kapitalismus und dem von ihm gezeugten Kolonialismus und Imperialismus zur Last gelegt werden müssen. Die beiden Weltkriege, der deutsche Nazismus, der italienische Faschismus und der japanische Militarismus — um nur dies eine zu erwähnen — konnten nur auf *seinem* Boden großwachsen. Der Kommunismus aber ist – nach dem Sozialismus – die weltweite Gegenbewegung gegen Kapitalismus, Feudalismus und Absolutismus, besonders in den Ländern ohne Demokratie, eine Bewegung, deren revolutionäres Element — und es ist das ursprüngliche und wesentliche in ihm — wir grundsätzlich vollauf bejahen müssen.

Taktisch ergibt sich daraus die Folgerung, daß es widersinnig ist, das andere, das absolutistisch-gewalttätige Element im Kommunismus isoliert

zu bekämpfen, gar noch Arm in Arm mit den Kräften und Staaten des «demokratischen» Kapitalismus. Der Kommunismus als Diktaturregime wird nur in dem Maße überwunden, weil unnötig werden, wie die Zustände, die ihn hervorgerufen haben, aus der Welt geschafft werden. Wir werden darum den Kommunismus nicht los werden, solange wir nicht den *Kapitalismus* los werden, solange wir also nicht die soziale Revolution mit den Mitteln und im Geiste der Demokratie — und das heißt letztlich mit den Kräften des Reiches Gottes — vollziehen. Solange wir das unterlassen, wird der Kommunismus eine «tragische Notwendigkeit» bleiben, die wir schmähen und verurteilen mögen, der wir aber keine realistische Alternative entgegenzusetzen imstande sind.

IV.

«Ja, sind denn aber», so wird man mir vielleicht erwidern, «*politische Freiheit und Demokratie* nicht so hohe Güter, daß man sie unter allen Umständen und in allererster Linie verteidigen muß, wenn sie bedroht sind?» Nun — Freiheit und Demokratie *sind* Lebensgüter höchsten Wertes, und wir werden sie uns gutwillig keinesfalls schmälern oder nehmen lassen. Aber sowenig die Demokratie, die letzlich im Absoluten wurzelt, unter allen Umständen und zu jeder Zeit gefordert werden kann, so wenig kann sie ohne Rücksicht auf die Umstände und Zeitverhältnisse verteidigt werden. Freiheit und Demokratie treten niemals abstrakt, als an und für sich bestehende Lebensformen auf; sie sind immer an bestimmte gesellschaftliche Kräfte und Einrichtungen gebunden und werden nur mit und in diesen verwirklicht.

Das sollten wiederum gerade Sozialisten wissen, auch wenn sie im übrigen gar nicht auf dem Boden des Geschichtsmaterialismus stehen. Sie sollten sich klar darüber sein, daß sie heutzutage nicht *die* Demokratie als solche verteidigen können, sondern nur die *bestehende*, also die bürgerlich-kapitalistische Demokratie. Das ist keine Spitzfindigkeit, sondern eine Tatsache von höchster Bedeutung. Denn war einstens die Demokratie — und ich verstehe darunter hier auch den politischen Liberalismus — eine durchaus revolutionäre Sache, die sich in engster Verbindung mit dem Kampf des jungen Bürgertums und der erwachenden Arbeiterschaft gegen den absoluten Staat, die feudalen Gewalten und ein konservatives Patriziat durchsetzte, so ist sie heute infolge eben dieser Verbindung mit den Schicksalen des Bürgertums weithin eine ausgesprochen gegenrevolutionäre Angelegenheit geworden. Nicht nur sind die Losungen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, welche die politische Demokratie auf ihre Fahne geschrieben hat, durch die krasse *wirtschaftliche* Unfreiheit, Ungleichheit und Unbrüderlichkeit, die den Kapitalismus kennzeichnen, aufs äußerste abgewertet worden. Auch die politische Demokratie selbst ist durch das kapitalistische Gewinnstreben und die von ihm erzeugte Klassenspaltung völlig verfälscht und ausgehöhlt worden. Ihre

Handhabung und Steuerung ist ganz überwiegend zu einer Sache des besitzenden Bürgertums geworden, das sie dank seinen großen Macht- und Geldmitteln und mit Hilfe eines weitverzweigten Systems der Beeinflussung der öffentlichen Meinung zur Erhaltung seiner reaktionär wirkenden Klassenvorrechte und Profitmöglichkeiten mißbraucht. Darum auch der interessierte Eifer, mit dem das kapitalistische Bürgertum die Wiederherstellung der Demokratie in den kommunistisch regierten Ländern verlangt: es hofft — und nicht ohne Grund —, bei der Veranstaltung sogenannter freier Wahlen würden die alten feudalen und kapitalistischen Besitzinteressen und die konservativen Mächte der Erziehung und Tradition, nicht zuletzt auch die Kirche, einen derartigen Einfluß auszuüben vermögen, daß die neue soziale und politische Ordnung zerschlagen und der Weg für eine Wiederherstellung des ancien régime geebnet würde...

Für das kapitalistische Bürgertum ist eben die politische Freiheit unauflöslich mit dem verbunden, was es «freie Wirtschaft», «freies Unternehmertum», «liberale Marktwirtschaft» usw. heißt. Es weigert sich leidenschaftlich, die politische Freiheit von der herrschenden Wirtschaftsweise zu trennen, die wir das kapitalistische Regime nennen; es behauptet vielmehr, die Demokratie stehe und falle mit dem «freien Unternehmertum», und wendet sich darum mit größter Heftigkeit gegen alle Bewegungen, die auf eine gebundene, geplante, gelenkte Wirtschaft abzielen, so sehr, daß «Demokratie» in seinem Bewußtsein fast gleichbedeutend mit «herrschende Gesellschaftsordnung» geworden ist und das, was man drüben über dem Ozean als «American way of life», als «amerikanische Lebensform» zu bezeichnen gewohnt ist, in erster und letzter Linie die Freiheit ist, Geld zu machen, wie es einem gefällt, und so schnell, als man es vermag.

Gerade dagegen lehnt sich nun aber der Sozialismus in klarer Grundsätzlichkeit auf — oder *sollte* es wenigstens tun. Er geht gerade darauf aus, die Freiheit und die Demokratie vom Kapitalismus zu trennen und sie damit zu retten, ja erst wirklich zu begründen und zu sichern. Er weiß — oder müßte wissen —, daß die Demokratie heute nur noch durch den Sozialismus zu verteidigen ist, und daß ihre weitere Verkoppelung mit der kapitalistischen Klassenherrschaft ihren Untergang herbeiführen muß, weil der Kapitalismus selber zum Untergang verurteilt ist.

Wie können dann also Sozialisten hingehen und behaupten, es gelte heute einfach die Demokratie an und für sich zu verteidigen? Wie können sie den innigen, aber verhängnisvollen Zusammenhang, der in der Gesellschaft der Gegenwart zwischen Demokratie und Kapitalismus besteht, übersehen und den *notwendigen*, fruchtbaren Zusammenhang, der in der Gesellschaft der Zukunft zwischen Demokratie und Sozialismus geschaffen werden muß, in einem Maße außer acht lassen, daß sie sagen: Kapitalismus und Sozialismus — das sind veraltete Gegensätze; worauf es jetzt ankommt, das ist die Verteidigung der Demokratie, wie wir sie bereits haben und wie sie auch in den Ländern der kommunistischen Diktatur

begründet werden muß? Wie können sie sich einbilden, Arm in Arm mit den Verteidigern und Nutznießern der kapitalistischen Ordnung die Demokratie verteidigen zu können – mit Leuten also, die bereit sind, die Demokratie zu opfern, wenn sie ihren Klassen- und Geldinteressen gefährlich wird, die gestern den Faschismus gestützt haben, die heute jedes reaktionär-absolutistische Regiment als Bundesgenossen annehmen und morgen aufs neue zum offenen Faschismus greifen würden, falls diejenigen Güter, die *ihnen* die höchsten sind, ernstlich bedroht würden? Sehen diese Sozialisten wirklich nicht, daß Freiheit und Demokratie heute nur im *Kampf* mit den Mächten des Kapitalismus und Imperialismus gerettet werden können, nicht im Bündnis mit ihnen? Ist ihnen der Sozialismus bereits so wenig wert, daß auch für sie die Demokratie ein Götze geworden ist, wie es das kapitalistische Bürgertum will, das wohl weiß, warum es einen solchen Fetischkult mit der Demokratie treibt? Wahrlich, die unter uns umgehende Rede: «Lieber die Demokratie mit dem Kapitalismus als den Sozialismus mit der Diktatur» enthüllt im Licht all dieser Tatsachen ihre ganze Oberflächlichkeit und Gefährlichkeit. Wir *haben* gar nicht mehr die Wahl zwischen kapitalistischer Demokratie und Kommunismus. Der Kapitalismus ist auch in Westeuropa tatsächlich bereits abgetan. Und wenn wir trotzdem die Demokratie an ihn gekettet sein lassen, so wird mit dem Kapitalismus nur auch die Demokratie zugrunde gehen und eine Gesellschaft ohne Kapitalismus entstehen, die vom Kommunismus beherrscht sein wird.

V.

Wenn man die geistige Gesamthaltung kennzeichnen will, aus der das ganze Versagen der Sozialdemokratie im heutigen Weltkampf zwischen sozialer Revolution und Gegenrevolution fließt, so spricht man gern von der *Verbürgerlichung* des Sozialismus und der ihn tragenden Volksschichten. Und in der Tat, diese Verbürgerlichung hat stattgefunden und findet weiter statt. Sie ist oft beschrieben worden, und wir kennen sie alle. Vielleicht war sie, wie Hendrik de Man meinte, unvermeidlich, insofern eben die Arbeiterklasse, zum Teil gerade dank dem sozialistisch inspirierten Kampf ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, in einer Reihe von Ländern in eine kleinbürgerliche Lebenshaltung hineingewachsen ist und mit dem neuen gesellschaftlichen Sein auch das Bewußtsein der nächsthöheren sozialen Schicht übernommen hat. Noch viel stärker war das natürlich der Fall in einem Land wie Amerika, wo überhaupt nie für längere Zeit stärkere sozialistische Einflüsse auf die Arbeiterschaft wirkten und die Gewerkschaftsbewegung darum heute ganz überwiegend von individualistisch-kapitalistischer Gesinnung erfüllt ist. Was aber die aus dem Bürgertum gekommenen Sozialdemokraten anlangt, namentlich auch die intellektuellen Vertreter und Wortführer der Sozialdemokratie, so sind sie meist in einem liberalistischen Reformis-

mus stecken geblieben oder zu ihm zurückgekehrt, einem Reformismus, der gewiß von viel gutem Willen erfüllt ist und dessen Leistungen gering zu achten ungerecht wäre, der sich aber im großen und ganzen in der jetzigen Welt recht wohl fühlt, ihre Übel nicht mehr so tragisch nimmt und vor nichts *mehr* Angst hat als vor einer radikalen Umwälzung der bestehenden Ordnungen. Denn das ist ja diesem ganzen kleinbürgerlichen Sozialdemokratismus, dem der gebildeten Stände und der Mittelschichten wie demjenigen der Arbeiterschaft, überhaupt eigen: die Liebe zum Besitz, sei es zum materiellen, sei es zum geistigen und kulturellen Besitz, um dessen Erhaltung und Verteidigung man nun so schrecklich bangt. *Daher* jener wütende, philisterhafte Haß gegen die Revolution und gegen den Kommunismus — neben anderen, edleren Beweggründen dafür, sicherlich —, der so viele brave Bürger aller Stände beherrscht und der im Kommunismus vor allem die Bedrohung ihres geordneten, geruhsamen Lebens durch ein zügelloses Barbarentum sieht. Daher die panische Angst um die eigene werte Person und um die Weiterexistenz des Partei- und Gewerkschaftsapparates, die im Hinblick auf die Möglichkeit eines Einbruches des Kommunismus nach Westeuropa so viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter offensichtlich beherrscht und sie für jegliche Art von antikommunistischer Propaganda anfällig macht. Und daher mindestens teilweise auch jene Begeisterung für die Demokratie, die keineswegs bloß aus tiefer Liebe zur Freiheit und zum Recht des Menschen stammt, sondern ost genug recht seichter Art ist und die Demokratie vor allem als Sicherung vor dem Umsturz schätzt, den zu verhindern sie gerade gut genug ist.

Das alles muß man gewiß klar sehen. Aber ich meine, man müsse diese ganze Erscheinung eines verbürgerlichten Sozialismus noch tiefer erfassen. Vielleicht trifft man den Kern der Sache am besten, wenn man sagt: Der Sozialismus von heute hat seinen alten marxistischen *Glauben* verloren und will den neuen, leninistisch-stalinistischen Glauben nicht annehmen, hat aber den wirklich zum Sozialismus gehörigen Glauben an Gott und seine Herrschaft noch nicht gefunden. Das gilt auch von einem Sozialismus wie demjenigen der Britischen Labourpartei, der nie sehr marxistisch war und sich, wie ihr derzeitiger Sekretär Morgan Philipps beansprucht, «allein auf die demokratischen und christlichen Grundsätze stützt, die uns von unseren großen religiösen Reformatoren gelehrt wurden, lange bevor Marx geboren wurde». Denn in Wahrheit ist diese evangelische Grundlage des Labour-sozialismus, wie jeder weiß, der ihn kennt, allmählich doch recht dünn und schmal geworden, soweit sie von den britischen Sozialisten und ihren Führern überhaupt noch anerkannt wird. Auf jeden Fall hat der Labour-sozialismus als Ganzes auch die *Wahrheit*, die im Marxismus liegt, nie aufgenommen, insbesondere nicht seine Erkenntnis von der Klassenstruktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, sonst hätte er nicht in der Außenpolitik so weithin die Denkweise und Praxis des konservativen Imperialismus übernehmen und so verhäng-

nisvoll tief in die Abhängigkeit von der Weltmachtspolitik des amerikanischen Kapitalismus versinken können.

Aber auch bei den festländischen Sozialdemokraten hat sich der Marxismus, der einmal ein welt-umgestaltender Glaube war, mehr und mehr verflüchtigt, ohne daß ein neuer Glaube, der eine ähnliche Siegesgewißheit und Opferwilligkeit erzeugt hätte, an seine Stelle getreten wäre. «Zum Teufel ist der Spiritus, das Phlegma ist geblieben.» So ist eine große Leere im Inneren dieser Sozialisten entstanden, und da auch ein seelischer Hohlraum nicht lange bestehen kann, so ist in den westlichen Spätsozialismus von außen her, aus der bürgerlichen Umwelt, ein Inhalt eingeströmt, der ganz und gar nichts mit dem Wesen des Sozialismus zu tun hat: ein trüber Nationalismus und Imperialismus, ein richtiggehender Militärpatriotismus, eine satte Besitzfreudigkeit, ein oberflächlicher Humanismus und Demokratismus und namentlich jener wütende Antikommunismus, der die echteste Leidenschaft des heutigen Normalsozialisten ist. Nur zu sehr trifft auf zahlreiche Vertreter der internationalen Sozialdemokratie das harte Urteil zu, das Gustav Mayer, der Biograph von Friedrich Engels, in seinen Lebenserinnerungen über die sozialdemokratische Führerschicht der Weimarer Republik gefällt hat:

«Kleinbürgerliche Philisterallüren paarten sich bei vielen mit Egoismus und Strebertum ... Ich vermißte an ihnen ‚nicht bloß staatsmännische Begabung, Instinkt, Kenntnisse und jenen großen Ehrgeiz, der sich an die Sache hingibt, restlos, um im Werke fortzuleben'. Ich nannte ihre große Mehrzahl ‚hochgekommene Spießer, muffige Kleinbürger ohne Glauben, ohne echte Ideale, ohne moralischen Mut und ohne hinreichendes Verantwortungsgefühl' ... Die Kleinheit ihres moralischen und intellektuellen Formats schlug sie mit Unfruchtbarkeit.»

Dieser Typus von Sozialisten hat es durch seine innere Schwäche und seine Zusammenarbeit mit dem konservativen Bürgertum schon nach dem ersten Weltkrieg verhindert, daß Deutschland, Frankreich, Italien und andere Länder den Weg zum Sozialismus beschritten; das Ende *seines* Weges waren dann Hitler, Mussolini und die anderen Gesellschaftsretter. Er hat auch am Ende des zweiten Weltkrieges, in Zusammenarbeit insbesondere mit der amerikanischen Gegenrevolution, die Begründung eines sozialistischen Europa hintertrieben, das damals durchaus möglich gewesen wäre. Nur eines bringt er nicht fertig: einen wirklichen Damm gegen den Kommunismus zu bilden. Denn daß der behagliche Reformismus und schwächliche Humanismus, in dem er sich gefällt, dem robusten Gewaltglauben, dem fanatischen Tatwillen und der grenzenlosen Hingabe der Kommunisten an ihre Sache irgendwie gewachsen sei, das können nur Leute erwarten, die ihre Wunschträume für Wirklichkeiten nehmen. Den Kommunismus wirklich zu überwinden, indem er ihn *überbietet*, das vermag zuletzt nur der Glaube an Gott und sein Reich und an den Christus, der es herbeiführt. Unser französischer Freund Georges Lasserre hat es im «Christianisme Social» richtig gesehen:

«Wenn man den Dingen auf den Grund geht, so bemerkt man, daß eine lediglich soziale und lediglich irdische Mystik einem Dilemma nicht ausweichen kann: entweder führt sie zu einem Totalitarismus, oder aber sie zerbröckelt bei der Berührung mit den Wirklichkeiten und mit der Geschichte. Sie ist etwas ebenso Unvollständiges und Unbefriedigendes, aber im umgekehrten Sinn, wie das Kirchenchristentum.»

Oder, um mit Leonhard Ragaz zu sprechen:

«Wir fordern und erwarten eine soziale Umwälzung auf Grund einer religiösen. Das ist unsere Grundhaltung.»

«Auf Grund einer religiösen *Umwälzung*», wohlgemerkt, also nicht eines christlichen Konservatismus, auch nicht eines solchen, der im religiös-sozialen Gewande auftritt. «Denn der Glaube an das Reich», so betont Ragaz immer wieder, «kehrt sein Antlitz nach *vorwärts*, nicht wie dasjenige Christentum, das so lange geherrscht hat, nach rückwärts. Aus der Reaktion wird Revolution, aus dem Opium, das die Völker mit religiösen Träumen, mit Kirchen- und Frömmigkeitswesen aller Art einlullt, wird das Dynamit, das die Berge der gottwidrigen Zustände sprengt und den Weg frei macht für Gott und den Menschen.» (Aus «Neuer Himmel und neue Erde!»)

Sind wir von solchem Glauben berührt, dann werden wir uns nie und nimmer mit jenem gemütlichen Spießbürgersozialismus zufrieden geben können, der wohl ganz schöne Worte und Erkenntnisse in bezug auf die Notwendigkeit einer sozialen Neuordnung der Welt hat, dem es aber gar nicht einfällt, mit diesen Worten und Erkenntnissen auch wirklich Ernst zu machen, der vielmehr vor jeder wirklich radikalen, das heißt an die Wurzel des Übels gehenden Umgestaltung der Besitzordnungen und Lebensformen heftig zurückschreckt, ja sich im großen Weltkampf zwischen Revolution und Gegenrevolution mit unfehlbarer Sicherheit auf die Seite der Gegenrevolution und insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika stellt, die er eben — ich erinnere an das eingangs Gesagte — als Vorkämpfer eines «praktischen Sozialismus auf internationaler Stufenleiter» ansieht. Dann werden wir unserseits, ohne in billige Schwärmerei zu verfallen, all unsere Begeisterungsfähigkeit und edelste Leidenschaft der Aufgabe weihen, einer neuen, auf Gerechtigkeit und Achtung vor dem Bruder und der Schwester im Mitmenschen begründeten Ordnung des Gemeinschaftslebens zum Durchbruch zu verhelfen. Dann werden wir, sofern es uns wirklich ernst ist mit unserem Kampf, immer wieder, als auf den alt bösen Feind, auf den Geist und die Werke des Mammonismus stoßen, von dem Emmanuel Mounier gesagt hat: «Niemals hat ein Tyrann über eine so weltweite Macht geboten, die Menschen von einem Ende der Erde bis zum andern durch Elend oder Krieg zu zermalmen; kein Tyrann hat je im stillen Alltag soviel Ruinen und Ungerechtigkeiten aufgehäuft.» Dann werden wir es einfach nicht mehr ertragen können, daß mehr als die halbe Menschheit hungert und keine rechte Bekleidung und Behausung hat — vor allem die asiatischen Völker — und werden

uns mit brennendem Herzen auf die Seite all der Nationen stellen, die, aus jahrtausendelanger Nacht erwachend, zur Sonne, zur Freiheit, zum Licht und zum Menschsein emporstreben, *auch wenn es in Gestalt von bewaffneten Revolutionen geschieht und nicht, wie bisher in Indien, durch gewaltlosen Widerstand gegen die Bedrücker.* Dann werden wir aber auch unsere westliche sogenannte Kultur nicht mehr ertragen können, die mit ihrer Voranstellung der materiellen Lebensgüter und ihrer Ausbeutung der Schwachen und Gutmütigen, mit ihrer Vergötzung der Technik und ihrem Glauben an Gewalt und Militär die Gottlosigkeit selber geworden ist, die höchstgesteigerte Form der Gottlosigkeit, die unsere Erde jemals gesehen hat. Kurz, es wird uns innerstes Bedürfnis werden, uns in den Dienst der Revolution gegen diese ganze Welt zu stellen. Und in dem Maße, in dem wir dies tun, werden wir dann auch über den Kommunismus Herr werden, der ja nur die Antwort — eine ungenügende und höchstens vorläufige Antwort — auf die Fragen ist, die uns der Zerfall und der Bankerott der immer noch herrschenden Weltordnung stellt. Dann brauchen wir den Kommunismus nicht mehr zu fürchten — wir sind ihm ja überlegen. Ja, wir können sogar mit ihm zusammenarbeiten, ohne besorgen zu müssen, daß er uns, wenn er uns für seine Zwecke gebraucht habe, wegstoßen und auffressen werde. Denn nun sind wir ja nicht mehr die Einschläferer der revolutionären Kräfte und die Schädlinge der sozialistischen Sache, als die uns jetzt die Kommunisten verachten und hassen; wir stehen jetzt selber auf festem revolutionärem Grund, auf demjenigen Grund, von dem aus allein die bleibende Umwälzung auch der weltlichen Ordnungen und Einrichtungen geschehen kann.

Natürlich kann der neue Glauben, der die Voraussetzung einer Überwindung der gegenwärtigen Krise des Sozialismus ist, nicht einfach gefordert oder gar kommandiert werden. Er ist zuletzt Gabe von oben und muß von Gott gewirkt werden. Aber wir können uns dem Licht, das zu uns kommen will, auftun und uns für seine Empfängnis vorbereiten. Wir können als die Religiös-sozialen, die wir sein wollen, durch unser bloßes Dasein und Auftreten Zeugnis ablegen von dem Glauben, der in uns lebt und der auch alle anderen Menschen erfassen kann. Und wir werden namentlich die Sozialisten in aller Brüderlichkeit, aber auch mit aller Unerbittlichkeit immer wieder vor die Entscheidung stellen müssen, der sie nicht ausweichen können: Entweder den Kommunismus auf die bisherige falsche Art weiter zu bekämpfen und damit immer tiefer ins Verderben zu kommen, oder ihm mit den rechten Waffen entgegenzutreten und uns mit ihm zu gemeinsamem Kampf gegen den gemeinsamen Gegner zu verständigen, unter sauberer Aufrechterhaltung unserer politischen Selbständigkeit und unserer freiheitlichen Grundsätze. Entweder den Kommunismus zu fürchten und zu hassen und damit die Kräfte zu stärken, die uns in einen neuen Weltkrieg hineinzujagen drohen, oder aber die Tatsache anzuerkennen, daß sich die soziale Revolution in Osteuropa und Asien, wahrscheinlich auch in Afrika und Lateinamerika unter kommuni-

stischer Führung vollzieht, und daß mindestens auch in Ostdeutschland, Frankreich und Italien, wenn nicht ähnlich in Spanien und Griechenland die treibende Kraft der sozialen Umwälzung der Kommunismus und die ihm nahestehenden Bewegungen sind, Kräfte, mit denen der sich freiheitlich nennende Sozialismus in ein Verhältnis der Zusammenarbeit kommen muß, wenn er nicht mehr und mehr zum Bundesgenossen der konservativen, ja rückschrittlichen Mächte werden will.

Das ist die Entscheidung, die der demokratische Sozialismus treffen muß. Entscheidung heißt mit dem Fremdwort Krisis. Und die Lösung der sozialistischen Krise, die Meisterung der lebensgefährlichen Schwierigkeiten, in die der Sozialismus besonders der westeuropäischen Länder geraten ist, kann darum nur in der rechten Entscheidung zwischen den beiden Wegen bestehen, die jetzt vor ihm liegen.

WELTRUNDSCHAU

Ungewißheit im Fernen Osten Der *Krieg in Korea* geht nun bereits in den neunten Monat, und noch ist sein Ende nicht abzusehen. Die neue Offensive Mac Arthurs ist trotz beträchtlichen örtlichen Erfolgen im ganzen nicht entscheidend über die Linie hinausgekommen, die die UNO-Streitkräfte schon vor einem Monat erreicht hatten; der «Fortschritt», den die Interventionsarmeen seither gemacht haben, besteht im wesentlichen in der Anrichtung *noch* ärgerer Verwüstungen und Metzeleien, als sie schon bisher den koreanischen «Befreiungskrieg» gekennzeichnet haben. Wie zahllose andere koreanische Städte und Dörfer, so ist auch das gerade jetzt wieder – zum wievielten Mal? – umkämpfte Söul, einst eine geschäftige Millionenstadt, ein einziger, unbewohnbarer Trümmerhaufen geworden, und wenn man annimmt, daß seit Kriegsbeginn in Nord- und Südkorea zusammen zwei Millionen Zivilpersonen getötet worden sind, so ist das wahrscheinlich eine noch bedeutend unter der Wirklichkeit bleibende Schätzung. Aber so sind sie eben, diese in rein militärischen Begriffen denkenden Kommunistenvertilger: Was tut's, wenn der Patient stirbt? Wenn nur die Operation technisch gelingt! Der Anschauungsunterricht für die europäischen Völker, die gegebenenfalls *auch* à la Korea «befreit» werden sollen, ist immerhin eindrucksvoll genug . . .[1]

[1] Im Londoner «Observer» (11. März) erwähnt der militärische Mitarbeiter des Blattes eine amtliche Schätzung, wonach allein zwischen dem 1. Januar und dem 15. Februar 80 000 Nordkoreaner und Chinesen durch die UNO-Streitkräfte getötet worden seien, davon 50 000 durch Luftangriffe, 30 000 durch Bodenangriffe, 12 000 Feinde seien an Krankheiten gestorben. Und die Neuyorker «Times» beschrieb kürzlich die Wiederbesetzung eines kleinen von Napalm-Bomben zerstörten koreanischen Dorfes

Um die Verhandlungen mit *China* ist es mittlerweile ziemlich still geworden. Manche Beobachter vermuten, die Amerikaner *wollten* gar keine friedliche Verständigung mit den Chinesen, gedächten vielmehr den Kampf in Korea so lange hinauszuziehen, bis entsprechend dem immer ernster werdenden Drängen Mac Arthurs auch gegen die Chinesische Volksrepublik der Krieg in aller Form eröffnet werden könne. Und diese Deutung ihres Verhaltens hat sicherlich einiges für sich. Für einen Krieg gegen China braucht es ja strategisch günstige Ausgangsstellungen wie auf dem Festland (Korea), so auch auf den China vorgelagerten Inseln, besonders auf Formosa, das darum für Tschiang Kai-shek unter allen Umständen gehalten werden muß. Ginge der Krieg in Korea «vorzeitig» zu Ende, so müßten die Amerikaner ihre Flotte aus den Gewässern um Formosa zurückziehen, und die Pekinger Regierung könnte ihrerseits zum Angriff auf den letzten Stützpunkt des alten chinesischen Regimes schreiten. Es läge somit offenbar im Interesse der Vereinigten Staaten, Formosa nicht aus der Hand zu geben, solange ein kommunistisches China besteht, und tatsächlich hat denn auch der stellvertretende Hauptdelegierte Amerikas bei der UNO, Ernest Groß, schon vor Wochen offen zugegeben, daß die Formosapolitik der Vereinigten Staaten einzig und allein durch ihre Sicherheitsbedürfnisse diktiert werde – eine zynische Verleugnung der früheren amerikanischen Versprechungen, wonach die Zukunft Formosas nach den Grundsätzen des Völkerrechts entschieden werden müsse. Und da anderseits die «Sicherstellung» Formosas durch die amerikanische Flotte, wie sie im Juni 1950 erfolgte, doch allzu offenkundig ein reiner Akt amerikanischer Faustrechtspolitik war, so sollte die vorsorgliche Erklärung Chinas zum Angreifer durch die UNO einem Krieg gegen China von vornherein den Charakter einer bloßen Polizeiaktion verschaffen, falls er offiziell doch noch beschlossen würde.

Wie dem auch sei: die Gefahr bleibt bestehen, daß sich an dem amerikanisch-chinesischen Gegensatz ein offener Krieg entzünde, ein Krieg, der fast unvermeidlicherweise auch auf die Sowjetunion übergreifen würde und für den die Verantwortung unzweideutig auf die Vereinigten Staaten fallen müßte. Wie Etienne Trocmé im «Christianisme social» (Märzheft) schreibt:

«Man kann nicht genug die Gefahr betonen, die diese amerikanische Haltung für den Weltfrieden bedeutet. Ein großes Land kann gute Gründe haben, die Ausdehnung eines Konkurrenten über seine Grenzen hinaus einzudämmen, und in diesem Sinne war der berühmte ‚kalte Krieg', den die Vereinigten Staaten gegen die Sowjetunion führen, vielleicht nicht ungerechtfertigt, mindestens in seinen ersten Äußerungen. Aber ein

---

durch eine amerikanische Kolonne: «Die Einwohner im Dorf herum und auf den Feldern waren alle überrascht und getötet worden und hatten noch genau die gleichen Stellungen wie bei dem Napalm-Angriff: ein Mann im Begriff, auf sein Fahrrad zu steigen, fünfzig Knaben und Mädchen, die in einem Waisenhaus spielten, eine seltsamerweise äußerlich nicht verletzte Hausfrau, die eine aus einem Sears-Roebuck-Katalog herausgerissene Seite in dr Hand hielt ... Es muß in dem kleinen Dörfchen fast 200 Tote gegeben haben.»

großes Land, das *ohne genügende Gründe die eigentliche Existenz eines Konkurrenten bedroht*, dessen Ausdehnungspolitik mit anderen Mitteln bekämpft werden könnte, handelt gefährlich und unmoralisch, und gerade das tun die Vereinigten Staaten augenblicklich gegenüber China. Denn von den obenerwähnten Maßnahmen können mindestens drei von der Pekinger Regierung mit Fug und Recht als tödliche Drohungen empfunden werden: die allfällige Wiederaufrüstung Japans, dem man nicht vergessen hat, was es China in einer nicht weit zurückliegenden Vergangenheit angetan hat; die Blockade der chinesischen Küsten, die den dringend nötigen Wiederaufbau Chinas beträchtlich verlangsamt und dadurch ein inneres Chaos hervorzurufen droht; und schließlich insbesondere die Hilfe, die Tschiang Kai-shek in seinen vielleicht wirklichkeitsfremden, aber jedenfalls mörderischen politischen Umsturzbestrebungen bekommen hat. Jeder chinesische Gegenstoß kann darum als rechtmäßige Verteidigung betrachtet werden, weiß man doch, daß die Leiter des neuen China weder der Bergpredigt noch der Lehre Gandhis nachleben ... Will man also den ‚heißen' Krieg?»

Die große Drohung Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten immer noch zögert, dem Druck der «asiatischen» Richtung unter den Vertretern einer amerikanischen Draufgängerpolitik nachzugeben und durch einen Gewaltstoß gegen China den allgemeinen Krieg gegen den Kommunismus zu entfesseln, so darum, weil sie die Entscheidung jetzt vor allem in *Europa* sucht. Das ist in der Berichtszeit besonders klar geworden durch die Art und Weise, wie Amerika den russischen Vorschlag einer *Viermächtekonferenz* über die dauernde Entmilitarisierung Deutschlands behandelt hat. Die Leser wissen, daß wir der Regierung der Sowjetunion den guten Glauben zubilligen, wenn sie erklärt, eine Wiederaufrüstung der westdeutschen Republik müsse die Zerreißung Deutschlands in zwei feindliche Lager, also auch die Aufspaltung der Welt in zwei gegensätzliche Mächtegruppen vollends unheilbar machen und damit die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes der beiden Blöcke in bedenkliche Nähe rücken. Eine Konferenz der drei Westalliierten mit der Sowjetunion, so regte Moskau an, solle daher Mittel und Wege suchen, um diese Gefahr endgültig aus der Welt zu schaffen, und eine Reihe von Anzeichen deutete auch darauf hin, daß Rußland zu wirklichen Zugeständnissen bereit sei, um ein für beide Teile annehmbares Abkommen zu ermöglichen[1a]. In den Vereinigten Staaten empfand man nun aber diesen Konferenzplan von Anfang an als unangenehm und die eigenen Pläne störend, die eben auf die unbedingte Einbeziehung Westdeutschlands in das atlantische Militärsystem abzielen. Und nur aus Rücksicht auf England und namentlich Frankreich ließ man sich schließlich nach fast viermonatigem, unerquicklichem Notenkrieg mit saurer Miene

[1a] Wir zählen dazu auch die weitgehenden Vorschläge der von der Sowjetunion abhängigen Deutschen Demokratischen Republik für die Schaffung eines abgerüsteten Gesamtdeutschlands, eingeschlossen die Abhaltung freier Wahlen in beiden Besetzungszonen — ein Vorschlag, der, wenn ausgeführt, natürlich das Verschwinden des gegenwärtigen politischen Regimes in Ostdeutschland bedeuten müßte. Aber offenbar ist man in Moskau wirklich bereit, Ostdeutschland zu opfern, wenn damit nur die dauernde Entwaffnung Deutschlands und sein Verzicht auf die Beseitigung der Oder-Neiße-Grenze zu erkaufen wäre.

dazu herbei, wenigstens eine *Vorkonferenz* zu beschicken, die – sie findet gerade jetzt, da wir schreiben, in Paris statt, in einer wiederum höchst unerfreulichen Atmosphäre – die Tagesordnung für die Hauptverhandlungen festzusetzen habe. Dies aber nur unter der Bedingung, daß die deutsche Frage in den zweiten oder dritten Rang versetzt und vor allem über die Rüstungen der Sowjetunion und ihrer Gefolgsstaaten gesprochen werden solle – ein Vorgehen, das höchst wahrscheinlich bewirken würde, daß man nach kurzer Zeit überhaupt nicht mehr weiter käme und dann eben frisch-fröhlich weitergerüstet werden könnte.

Nun weiß man natürlich in Washington ganz gut, daß der gegenwärtige Stand der russischen Rüstungen nicht die lebensgefährliche Bedrohung des Westens ist, als die sie in der populären Propaganda hingestellt wird. Die Sowjetunion wäre ja nie imstande, mit ernsthafter Aussicht auf dauernden Erfolg einen Angriffskrieg gegen Westeuropa oder gar Amerika zu führen, hat aber ihrerseits Grund zu der Befürchtung, daß sich die Westmächte von einer wiedererstandenen deutschen Wehrmacht in einen «Befreiungskrieg» gegen den Osten hineinreißen lassen könnten, dessen Aussichten mit jedem Monat ihrer fortschreitenden Aufrüstung besser würden. Rußland hat die größte Landarmee der Welt – sei's drum. Aber Amerika hat, neben einer millionenstarken Landarmee, die größte Kriegsflotte der Welt, mit der es, z. B. von der Ostsee und vom Schwarzen Meer aus, ohne weiteres der Sowjetunion in die Flanke zu fallen vermöchte. Amerika hat ferner wenn nicht die größte, so doch die furchtbarste Luftwaffe der Welt, die ihre Lasten von Atombomben jeden Tag auf jedes beliebige Ziel in der Sowjetunion abwerfen könnte. Und es hat nicht zuletzt schon seit Jahren einen Ring von gewaltigen militärischen Stützpunkten um die Sowjetunion herum gelegt, von denen aus es seine Land-, See- und Luftstreitkräfte mit einer Wucht in Bewegung setzen könnte, daß Rußland nicht daran denken dürfte, alle seine 175 marschbereiten Divisionen an die Elbe und gegen den Rhein zu werfen. General Eisenhower hat denn auch jüngst (United-Preß-Meldung vom 12. März) ausdrücklich erklärt, er rechne «mindestens für die nahe Zukunft» nicht mit einem Krieg. «Wenn die Russen», so sagte er, «im gegenwärtigen Zeitpunkt einen Krieg beginnen würden, so wären sie richtige Dummköpfe. Sie werden keinen weltweiten ‚Knockout-Schlag' führen können. Es käme zu einem langen Abnützungskrieg gegen die Vereinigten Staaten. Mit jeder Meile, um die sich die Russen von ihren Grenzen entfernen, würde ihre militärische Schlagkraft abnehmen. Die *Satellitenstaaten* würden für Rußland anstatt einer Verstärkung eine der größten Quellen von Schwierigkeiten werden.»

Die «lebensgefährliche Bedrohung des Westens», welche die russische Landarmee bedeuten solle [2], ist darum für die Vereinigten Staaten und

[2] Natürlich sucht man in Amerika auch die russische *Luftwaffe* als schwere Gefahr für die eigene Sicherheit hinzustellen. So haben vor den Senatsausschüssen für militärische und äußere Angelegenheiten verschiedene Luftgeneräle behauptet, der dritte

ihre Verbündeten nur ein Scheingrund, der dazu dienen soll, die eigenen Riesenrüstungen zu rechtfertigen, in denen sie sich jetzt eine vermeintlich unfehlbar wirkende Waffe zur Durchsetzung ihrer *Politik der «Eindämmung» und Überwältigung des Kommunismus* zu schmieden glauben. Dabei wenden die Vereinigten Staaten gegenwärtig ihre besondere Aufmerksamkeit dem Ausbau ihres Stützpunktsystems zu. Frankreich hat ihnen erst kürzlich in Marokko eine Reihe von Militärbasen überlassen, zu deren Bedienung bereits 20 000 Mann gelandet worden seien; in Bälde dürfte den Amerikanern auch etwa ein Dutzend britischer Stützpunkte im Mittelmeerraum und im Mittleren Osten zur Verfügung gestellt werden, darunter ein solcher auf Cypern, der – neben einer Militärbasis auf dem griechischen Kreta – zu einem Hauptbollwerk der Vereinigten Staaten im Nahen Osten ausgebaut werden soll. Wenn alle diese Vorbereitungen fertig sind, wenn Westeuropa die 70 oder 75 Divisionen aufgestellt haben wird, die Eisenhower verlangt – Amerika selbst will weitere 16 Divisionen liefern –, wenn namentlich auch Westdeutschland wieder schlagbereit ist, dann – so ist wohl die Absicht der Planer der offiziellen amerikanischen Außenpolitik – wird Rußland derart unter Druck gesetzt werden, daß es kapitulieren muß und von innen her zusammenbricht, sofern es nicht einen von vornherein hoffnungslosen Krieg mit dem übermächtigen Westen wagen will.

Die inoffiziellen Politikmacher in den Vereinigten Staaten sind noch kühner. Eines ihrer Organe, die von dem überaus einflußreichen Henry-Luce-Konzern herausgegebene Wochenschrift «Time», meinte letzthin:

«Solange die Vereinigten Staaten sich mehr oder weniger sicher fühlten, konnten sie die Idee dulden, daß sie mit Ländern ‚zusammen existieren' könnten, die von einer Weltanschauung beherrscht sind, die den Vereinigten Staaten verhaßt ist. Aber die Amerikaner werden sich nicht auf ein unbegrenztes Zusammenleben zu dem Preis einlassen, den sie jetzt bezahlen müssen: ständige Furcht vor einem Atombombenangriff. 70 Milliarden jährlich für Verteidigungsrüstungen und die Mehrzahl ihrer Jugend in Uniform. Wir haben mobilisiert, um einen bestehenden unerträglichen Zustand der Gefahr zu *beenden*. Das bedeutet nicht, daß dies notwendigerweise eine Mobilisierung für den Krieg ist und noch weniger für die bedingungslose Kapitulation des letzten Kommunisten. Die vollkommene Ausrottung des Kommunismus mag der angemessene Inhalt von Gebeten sein, aber kaum von internationaler Politik. Die Vereinigten Staaten können durchaus die bedingungsweise Mitexistenz von kommunistischen Regierungen annehmen. Aber die allgemeine Voraussetzung dafür ist, daß die kommunistischen Regierungen nicht imstande sein dürfen, einen Welteroberungsfeldzug zu führen. Besondere Bedingungen würden beinhalten: 1. Die internationale Inspektion und Kontrolle atomischer Waffen; 2. die Abrüstung aller Polizei- und Sklavenstaaaten.»

Manfred George, der in der «Nationalzeitung» (Nr. 107) diese Äußerung anführt, bemerkt dazu, daß solche Forderungen natürlich nicht ohne

---

Weltkrieg werde von den Russen nicht in Europa ausgelöst werden, sondern durch einen Blitzangriff auf die Vereinigten Staaten, deren bedeutendste Kraftzentren die Sowjetflugzeuge über den Nordpol in 5½ Stunden erreichen könnten. Aber derlei Prophezeiungen sind ja von vornherein nicht ernst zu nehmen. Die Absicht der Panikmacherei ist zu offenkundig.

Krieg durchzusetzen seien, daß also damit der *Präventivkrieg* befürwortet werde, den jetzt «eine Anzahl weitreichender Meinungsorgane und Gruppen mit stärksten finanziellen Mitteln und Beeinflussungsverbindungen» systematisch predigten. Nicht unterschrieben werde diese Lehre von der Regierung Truman, und das ist durchaus richtig, zum Glück, wenn auch in der Regierung Truman selbst Männer sitzen, die – wie der Marineminister Matthews – offen für den Präventivkrieg werben, und hohe und höchste Militärs gleichfalls für ein «rechtzeitiges» Losschlagen gegen die Russen sind. Daß aber die amerikanische Regierung im Blick auf die lokkende Aussicht, die Sowjetunion durch wachsenden militärischen Druck von außen auf ihre «natürlichen Grenzen» zurückwerfen zu können, keine große Lust zeigt, die Viererkonferenz zu einer *«vorzeitigen»* Verständigung mit Rußland – also ohne Sturz des Sowjetregimes – zu benützen, das liegt freilich *auch* auf der Hand. Der «New Statesman» (3. März) äußert denn auch die ernste Befürchtung,

«daß Amerika im Vertrauen auf die kolossale Verheißung seiner eigenen wachsenden Militärmacht glauben könnte, es werde 1952 in der Lage sein, Sowjetrußland zur Annahme eines Ultimatums zu zwingen. Im Banne dieser Täuschung könnte es der Westen jetzt versäumen, die vielleicht letzte Gelegenheit zu ergreifen, die sich ihm bietet. Und selbst wenn die Sowjetunion im Jahre 1952 immer noch konzessionsgeneigt wäre, ist es zum mindesten zweifelhaft, ob in zwölf Monaten Amerika psychologisch oder wirtschaftlich noch in der Lage sein wird, die riesenhafte Aufrüstungsmaschinerie abzustellen oder auch nur ihren Gang zu verlangsamen.»

Was nur zu richtig ist. Von *hier* geht in Wirklichkeit die große Drohung aus, die über der Welt und besonders über Europa liegt. Lassen wir uns das durch keinerlei Erregung von Angst vor dem «sprungbereiten russischen Koloß» vernebeln!

Die deutsche Gefahr Daß bei all dem die Art und Weise, wie die *deutsche Frage* behandelt wird, eine entscheidende Rolle zu spielen haben wird, das kommt inzwischen auch im westalliierten Lager vielen Menschen klarer und klarer zum Bewußtsein. Mag sich das amtliche Frankreich mit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands abgefunden haben, um die amerikanische Hilfe für seine eigene Aufrüstung (die vielleicht einmal gegen dieselbe deutsche Wiederbewaffnung wird eingesetzt werden müssen) nicht zu verwirken – im französischen Volk wird die Wachsamkeit gegenüber der deutschen Gefahr nie einschlafen. Und das gleiche gilt für England. *Ein* Zeichen dafür unter anderen ist eine vortreffliche Flugschrift, die unlängst unter dem Titel «Gewehre für die Deutschen?» vom Bund für Demokratische Kontrolle herausgegeben worden ist. Mit der wünschenswerten Klarheit wird hier festgehalten, was ja nur absichtlich Blinde leugnen können, daß dasjenige Deutschland, das die Westmächte aufzurüsten beschlossen haben, das alte, reuelose Deutschland der kapitalistischen Reaktion und des brutalen Nationalismus ist, und daß namentlich auch die alten militärischen Führer,

die dem deutschen Weltmachtstreben in seiner nazistischen Gestalt so treu gedient haben, ihren Platz auch in der neuen patriotischen Bewegung wieder einzunehmen begonnen haben. «Wenn irgendwelche Deutsche in Westdeutschland militärische Macht bekommen sollen, so müssen es unvermeidlicherweise diese gleichen Befehlshaber sein – dieselben Männer wie diejenigen, die Hitlers Armeen auf blutiger Bahn quer durch Europa geführt haben. Jede andere Annahme ist irreleitender Unsinn.»

Und dieser Umstand, so zeigt das Schriftchen, gewinnt nun eine besonders verhängnisvolle Bedeutung dadurch, daß dem deutschen Volk mit wachsender Eindringlichkeit wiederum ein großes «nationales» Ziel vor Augen gestellt wird: die Zurückeroberung der verlorenen *Ostprovinzen* und des *Sudetenlandes:*

«Die neue Wehrmacht, die wir jetzt — wenn auch nur stufenweise — aufbauen sollen, wird das bewaffnete Werkzeug einer nationalistischen und revisionistischen deutschen Regierung von der bekannten großmauligen Art sein. Bezweifelt ihr das wirklich? Wenn nicht, habt ihr euch dann nicht für die Wiederaufrüstung einer Macht erklärt, die aller Wahrscheinlichkeit unabhängig von all dem tätig sein wird, was ihr für Recht oder Unrecht haltet, einer Macht, die, wenn sie stark genug sein wird, durchaus fähig ist, aus eigenem Antrieb einen Krieg zu beginnen und euch zur Hilfeleistung in ihn hineinzuziehen? Wenn General MacArthur uns an den Rand eines Krieges bringen konnte, wozu ist dann erst General Guderian imstande, wenn ihr ihm einmal seine Panzerdivisionen zurückgebt?

... Der Schluß ist kristallklar: Wir, das britische Volk, legen uns, ob wir es wissen oder nicht, auf die Wiederbewaffnung einer deutschen Armee fest, die aller Wahrscheinlichkeit nach — einerlei, was das deutsche Volk jetzt wünschen mag — dazu dienen wird, einen Krieg in Osteuropa zu entfesseln oder heraufzubeschwören.»

Und die maßgebenden Kräfte der Westalliierten fassen diese Aussicht kalten Blutes ins Auge! Der amerikanische Hochkommissar in Westdeutschland, McCloy, hat schon am 27. Dezember 1950 verkündet, daß «die alliierte Hochkommission mit den Verhandlungen über einen Beitrag zur Verteidigung des Westens vorwärts machen wird ohne irgendwelche Rücksicht auf eine Viermächtekonferenz zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion». Und damit kein Zweifel darüber obwalten könne, worin die «Verteidigung des Westens» tatsächlich bestehe, fügte er gleich bei, daß alle Völker des Ostens ihre *Befreiung von der Herrschaft des Kommunismus* sehnlichst erwarteten. Die Befreiungslosung nimmt denn auch in der alliierten Gesamtpropaganda allmählich einen beunruhigend breiten Raum ein. Und die westdeutschen Parteien aller Richtungen – hierin sind sich Regierung und sozialdemokratische Opposition vollkommen einig – nehmen natürlich von der Bereitschaft der Westmächte, Deutschland in seiner alten Ausdehnung und Macht wiederherzustellen, mit inniger Genugtuung Kenntnis. (Nach dem «Esprit» vom Februar 1951 meinte der westdeutsche Minister für Flüchtlingsangelegenheiten bei der Eröffnung einer Ausstellung der Ostgebiete in Berlin treuherzig, Europa scheine allmählich doch zu begreifen, was es verloren habe, als die Sudetendeutschen durch die slawische Barbarei vertrieben

worden seien.) Bereits hat die Deutsche Bundesrepublik eine weitere, einschneidende Änderung des Besetzungsstatuts erreicht, die ihr nebst anderen Neuerungen wie Aufhebung oder Lockerung der alliierten Aufsicht über Außenhandel, Wechselkurse und innere Gesetzgebung insbesondere das Recht gibt, wieder ein eigenes Außenministerium und diplomatische Vertretungen im Ausland zu errichten. Wie lange geht es und Westdeutschland hat wieder volle nationale Souveränität in allen Angelegenheiten der Außen- und der Militärpolitik, mit eigenem Kriegsministerium und Großem Generalstab, der den 1945 vorläufig verunglückten Freiheitszug gen Osten ebenso gründlich wie zielbewußt neu organisiert?

Krieg löst kein Problem Und doch ist es von den Westmächten vollendeter Irrsinn, den Deutschen freie Hand für ein neues Ostunternehmen zu lassen und sich daran selber mit allen verfügbaren Kräften beteiligen zu wollen. So vielerlei Dinge in Osteuropa neu zu ordnen sind, so viel Unrecht dort gutzumachen ist – ein Krieg würde kein einziges dieser Probleme lösen, am wenigsten das Kommunismusproblem, das er vielmehr auf alle absehbare Zeit erst recht unlösbar machen müßte. Es ist ein Verdienst Fritz *Sternbergs*, das in seinem Buch «How to stop the Russians without war» («Wie man den Russen ohne Krieg Halt gebieten kann») besonders überzeugend klargemacht zu haben. Dieser ehemalige deutsche Kommunist, der jetzt, in Amerika lebend, wie so viele andere seiner Art heftig in Antikommunismus macht, warnt darin nachdrücklich vor der Täuschung, die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten könnten, gestützt auf ihre gewaltige kriegstechnische und wehrwirtschaftliche Überlegenheit, die Sowjetunion ohne allzu viel Aufwand militärisch erledigen. Rußland, so zeigt er, wäre dank seiner Ausdehnung, dank seiner dezentralisierten, weithin unterirdisch angelegten Rüstungsindustrie und seiner Fähigkeit, als Antwort auf einen Atombombenangriff mit einem Teil seiner Kräfte sofort einen Gegenstoß nach Westeuropa zu führen, nicht auf die Knie zu zwingen, ohne daß die Amerikaner auch Westeuropa zerstören müßten (was ihnen freilich nicht viel ausmachen dürfte; siehe Korea). Aber auch wenn Amerika zuletzt gewänne: was wäre der Preis eines solchen Sieges? In was für einer Welt müßten die «freien» und die «befreiten» Völker leben? Sternberg hat keinen Zweifel:

«Es wird eine Welt sein, die in Europa, Asien und vielleicht auch Amerika einen großen, vielleicht den entscheidenden Schritt zur Barbarei hin getan hat ... Die tatsächliche Vertreibung der Roten Armee aus Europa würde ein Ausmaß von Zerstörungen verlangen, das den zweiten Weltkrieg als Kinderspiel erscheinen ließe. Das gleiche gilt für Asien.

... Die Amerikaner wären gezwungen, ‚Gesetz und Ordnung' einer Welt von Hiroshimas in Europa und Asien aufzuerlegen. Überall außerhalb der Vereinigten Staaten wäre der härteste Despotismus nötig, um auch nur den Wiederaufbau möglich zu machen ... Es ist eine gefährliche Täuschung anzunehmen, daß es unter solchen Umständen möglich wäre, in den Vereinigten Staaten noch demokratische Einrichtungen zu bewahren.»

Auch Lord *Ismay*, während des letzten Krieges militärischer Hauptberater Churchills, hat kürzlich im Oberhaus mit großem Ernst auf die unvorstellbare Zerstörungskraft der neuesten Waffen hingewiesen. Ein dritter Weltkrieg, so meinte er, müßte dadurch zu etwas unendlich viel Ärgerem werden als alles, was man sich heute ausdenken könne. Flugzeuge vermöchten jetzt «Tod, Krankheit und dauernde Verwüstung – ich wiederhole das Wort ‚dauernd' – auf 8000 Kilometer Entfernung zu tragen». Und das heißt, daß durch radioaktive Stoffe, Todesbazillen, Atom- und Wasserstoffbomben ganze Bevölkerungen einfach vom Erdboden vertilgt und neue, nie mehr bewohnbare oder fruchtbar zu machende Wüsteneien geschaffen werden können. Der britische Marschall zieht aus diesen Tatsachen den Schluß, daß das «höchste und einzige Ziel» seines Landes die Vermeidung eines neuen Krieges sein müsse – seine *Vermeidung*, wohlgemerkt, nicht die Bereitstellung der wirksamsten Waffen, um ihn gegebenenfalls zu gewinnen! Er kommt damit tatsächlich zum gleichen Ergebnis, zu dem auch Sternberg seine Erörterungen führt: daß ein Krieg kein geeignetes Mittel sei, um dem weiteren Vordringen des Kommunismus zu wehren und die westliche Demokratie zu retten. Dieses Ziel, so glaubt Sternberg, könne nur durch eine *gründliche Umstellung der amerikanischen Außenpolitik* erreicht werden, die in Europa wie in Asien alle Bewegungen auf eine sozialistische Planwirtschaft hin großzügig und weitherzig unterstützen müsse.

Leider schwächt Sternberg die Wirkung seiner Beweisführung selbst wieder entscheidend ab, indem er – wie so viele Sozialisten und Sozialreformer, die auf beiden Achseln Wasser tragen möchten – behauptet, militärische Rüstungen seien «natürlich» *auch* nötig, um den Russen Halt zu gebieten. Er übersieht dabei zweierlei:

1. Daß die ungeheuren Kriegsrüstungen der Westmächte zu ihrer praktischen Anwendung geradezu drängen und eine Kriegsatmosphäre erzeugen, deren Entladung in einer fürchterlichen Katastrophe wahrscheinlicher ist als ihre friedliche Wiederauflösung; und

2. daß die Kräfte, die heute die Vereinigten Staaten beherrschen, eine «grundlegende Umstellung der amerikanischen Außenpolitik», wie er sie fordert, *gar nicht wollen*, ja mit der fieberhaften Aufrüstung der Westmächte und Westdeutschlands, die sie betreiben, wie mit der ganzen Druck- und Drohpolitik, die dahinter steht, den Durchbruch einer sozialistischen Planwirtschaft in Europa und Asien gerade *verhindern* wollen. Sie haben sich darum ganz folgerichtig mit allen konservativen, demokratie- und sozialismusfeindlichen Kräften in fünf Erdteilen zum Kampf gegen eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzung verbündet und sind entschlossen, lieber alles andere zu opfern als auf die Durchsetzung des «freien Unternehmertums» und der übrigen amerikanischen Ideale in der Welt zu verzichten.

Schwierigkeiten hüben und drüben Nein, es ist so klar wie der Tag: im gleichen Maß, da man militärisch aufrüstet, um den Kommunismus abzuwehren, arbeitet man *gegen* diese Abwehr, weil man die gründliche Umwälzung der Besitzordnung in den für den Kommunismus besonders anfälligen Ländern versäumt oder sie direkt verhindern will. Dazu kommt, daß die Rüstungslast, die den Völkern aufgebürdet wird, mindestens in Westeuropa die Lebenshaltung der ärmeren Volksklassen noch weiter herabzudrücken droht. Die *Amerikaner* glauben das zwar nicht. Die Fachleute der Marshallplanverwaltung in Paris z. B. behaupten im Gegenteil, die militärische Aufrüstung werde

«die westliche Produktionskraft so weit steigern, daß sie eine höhere und nicht eine niedrigere Lebenshaltung und tatsächlich einen viel gesünderen Wirtschaftszustand sichern wird. Die Leistungen der Vereinigten Staaten seit dem Ende des zweiten Weltkrieges werden als schlüssiger Beweis für die Lebenskraft des modernen Kapitalismus betrachtet.» («Christian Science Monitor», 19. Februar.)

Aber das ist nun wirklich ein typischer Fehlschluß. Die neue Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten ist ja gerade der Tatsache entsprungen, daß der Spätkapitalismus *nicht* mehr lebenskräftig ist, wenn er nicht seinen Machtbereich fortwährend ausdehnen kann und nicht gleichzeitig durch Kriegsrüstungen einen großen neuen Absatzmarkt auch zu Hause findet. Und da diese beiden Möglichkeiten zuletzt doch recht begrenzt sind, wird sich die jüngste Erholung des Kapitalismus an den Kriegslieferungen über kurz oder lang als Scheinblüte erweisen, der ein nur um so schwererer Rückschlag folgen muß. Aber die Selbstsicherheit des amerikanischen Kapitalismus ist eben heute wieder so groß, daß wohl nur härteste Erfahrungen sie werden erschüttern können. Und so ist es auch mit der *moralischen* Selbstgerechtigkeit, von der Amerika gegenwärtig nur so trieft, rühmte doch beispielsweise John Foster Dulles, der große Kirchenmann und republikanische Vertrauensmann im Außenministerium, vor nicht langer Zeit den Hochstand der amerikanischen Kultur in lautesten Tönen, behauptend, daß die soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit in den Vereinigten Staaten ohne Revolution und ohne Materialismus (!) verwirklicht worden sei, wie denn Amerika auch mächtig zur Befreiung der früheren Kolonialvölker beigetragen und seit Kriegsende nicht weniger als 44 Milliarden Dollar für die Wiederaufrichtung anderer Völker ausgegeben habe. Die schändliche Hinrichtung der sieben jungen Neger von Martinsville, der weitere gesetzliche Lynchmorde folgen sollen, hat inzwischen vielleicht sogar *diesen* hartgesottenen Pharisäer zum Nachdenken darüber veranlaßt, wie weit es mit Kultur und Menschenrecht in gewissen Staaten der amerikanischen Union her ist – nicht zu reden davon, daß die Vereinigten Staaten wahrhaftig genug zu tun hätten, um den acht Millionen Familien der eigenen Nation, die in dürftiger Armut leben, ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, bevor sie sich ihrer Wohltätigkeit an den Marshallplaneuropäern und

anderen Kolonialvölkern rühmen dürfen. Und wenn jetzt sogar die keineswegs revolutionären amerikanischen Gewerkschaften in offenen Kampf mit der Regierung getreten sind, weil bei der Durchführung der wirtschaftlichen Mobilisierung das Großkapital seine Interessen doch allzu rücksichtslos wahrnehmen dürfe, so wirft auch das ein eigentümliches Licht auf die «soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit», die nach Mr. Dulles in den Vereinigten Staaten bereits verwirklicht sein soll.

Aber auch in Europa merkt man herzlich wenig von einer ernsten Anstrengung zur grundlegenden Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die *britische* Regierung hat zwar in dieser Richtung seit Kriegsende tatsächlich Großes geleistet; aber seit ihrem vorjährigen Wahlrückschlag führt sie nun von einer Parlamentsabstimmung zur anderen ein unsicheres, mühsames Dasein und ist zu jeder weiteren sozialistischen Initiative gänzlich unfähig. Auch in der Außenpolitik wird die Ersetzung des kranken Bevin durch Herbert Morrison als Leiter des Außenministeriums keinen neuen, *sozialistischen* Kurs einleiten, so daß der Londoner Mitarbeiter des Schweizer Radios, Theodor Haller, befriedigt feststellen konnte, das Märchen sollte nun endgültig aus der Welt geschafft sein, daß Bevin ein sozialistischer Außenminister gewesen sei und die britische Außenpolitik unter konservativer Führung in den letzten Jahren einen anderen Charakter gehabt hätte . . .

In *Frankreich* ist unterdessen die vom konservativen Bürgertum beherrschte Regierungskoalition über dem häßlichen Streit um die *Wahlreform* vorübergehend auseinandergebrochen. (Das Problem ist für jede Partei, durch Abschaffung der gerechten Verhältniswahl den Kommunisten soviel Sitze als nur möglich abzunehmen und doch selber ohne Verlust, ja mit dem Gewinn eines möglichst großen Stückes der Beute davonzukommen.) Der alte Routinier Queuille hat sie zwar noch einmal notdürftig zusammengeleimt, aber die Aufgabe, die Wahlreform rechtzeitig vor dem natürlichen Ende des gegenwärtigen Parlaments doch noch durchzuführen, ist gleichwohl nicht einfach und wird gewiß nur dank der Furcht der Regierungsparteien gelöst werden können, daß bei der Aufrechterhaltung des Proporzsystems die Kommunisten vielleicht noch stärker als bisher in die Nationalversammlung zurückkehren und anderseits die Gaullisten auf Kosten der Mittelgruppen eine erhebliche parlamentarische Vertretung gewinnen würden. Gleichzeitig hat die französische Regierung, zu ihrem Dauerkrieg in Indochina hinzu, erhebliche Sorgen auch in *Marokko* bekommen, wo der alte, unbelehrbare Kolonialismus sich in den Kopf gesetzt hat, die Unabhängigkeitsbewegung des zu Selbstbewußtsein und Menschenwürde erwachenden Volkes mit den überlebten Methoden der klassischen Gewaltpolitik auch fernerhin niederzuhalten. Die erregte Antwort, die Frankreich darauf in der ganzen arabischen Welt erhalten hat, sollte ihm allerdings zeigen, daß es auf *diesem* Wege nicht mehr lange weiterkommt.

Auch in *Holland* hat die seit Wochen anhaltende Regierungskrise mehr und mehr den Charakter einer Krise des ganzen gegenwärtigen Regimes angenommen, dessen Träger bisher vor allem die Sozialdemokraten und die Klerikal-Konservativen gewesen sind. Die *westdeutsche* Regierung vollends sieht sich mit ihrer seinerzeit so gerühmten neukapitalistischen Wirtschaftspolitik Schwierigkeiten gegenüber, die sie auch mit stärkster amerikanischer Hilfe nur schwer zu meistern imstande sein wird. «Kohlenkrise, steigende Preise auf den Rohstoffmärkten, übermäßige Ausnützung der verfügbaren Devisen zur Ausfuhr ‚liberalisierter' Waren, unbefriedigende Entwicklung des Exportes haben», so berichtet die «Neue Zürcher Zeitung» aus Bonn, «unvermittelt eine Situation heraufbeschworen, die schnelles und durchgreifendes Handeln erfordert, wenn die wirtschaftliche Katastrophe vermieden werden soll.» Als erfreuliches Zeichen darf anderseits vermerkt werden, daß die westdeutschen Gewerkschaften ein Gesetz über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie durchgedrückt haben, nach dem die Verwaltungsräte künftig aus einer gleich großen Anzahl von Vertretern der Kapitalbesitzer und der Arbeiter und Angestellten bestehen werden und überdies jeder Betrieb einen Arbeitsdirektor als mit seinen Kollegen gleichberechtigtes Vorstandsmitglied erhalten soll. Aber der Eindruck, daß – wie in Westeuropa überhaupt, so auch in Westdeutschland – die bürgerlich-kapitalistische Ordnung auf schwankendem Grunde steht, ist dadurch eher noch verstärkt worden. Selbst die *italienische* Regierung, die doch über eine unbedingt zuverlässige Mehrheit in der Kammer zu gebieten schien, ist ihrer «christlich-demokratischen» Gefolgschaft (die weder christlich noch demokratisch ist) nicht mehr ganz sicher, wie ein paar Abstimmungen in den letzten Wochen gezeigt haben. Und das faschistische *Spanien* sieht sich mit den Streikunruhen in Barcelona gar bereits einer offenen Rebellion gegenüber, deren gewaltsame Unterdrückung auf die Länge die soziale und politische Spannung natürlich nur zu erhöhen geeignet ist.

Aber auch auf der anderen Seite der Barrikade sind Schwäche- und Zerfallserscheinungen zu bemerken. Bei der Unmöglichkeit, die für unsereinen besteht, sich von den Verhältnissen in den Ostländern ein auch nur halbwegs zuverlässiges Bild zu machen, sind zwar Fehlurteile keineswegs ausgeschlossen. Aber wenn es auch zutreffen mag, daß der Umbau der Wirtschaftsverfassung in der Sowjetunion und in den anderen Ostblockländern gute Fortschritte macht[3], so erweckt doch die Verschärfung des *politischen Terrors*, die in den kommunistischen Volksrepubliken unzweifelhaft eingetreten ist, den denkbar schlechtesten Eindruck. Neuerdings ist es besonders die *Tschechoslowakei*, die mit ihren brutalen «Säube-

[3] In der Sowjetunion ist am 1. März eine neue Herabsetzung der Detailpreise — die vierte seit 1947 — verfügt worden. Sie schwankt zwischen 10 und 25 Prozent und betrifft vor allem Lebensmittel und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs, die jetzt offenbar in größerem Umfang hergestellt werden als früher.

rungsmaßnahmen», ihren ewigen «Verräter»-Prozessen und ihren sozusagen täglichen Erschießungen «staatsfeindlicher Elemente» den Protest aller freien Gewissen herausfordert. Es ist ja völlig unglaubhaft, daß z. B. der frühere Außenminister Clementis und die anderen mit ihm verhafteten hochgestellten Kommunisten die gemeinen Verbrechen begangen hätten, deren sie jetzt beschuldigt werden; wahrscheinlich suchte man einfach einen Vorwand, um auch die leiseste Regung selbständigen Denkens und Handelns zu ersticken, die sich namentlich bei den slowakischen Kommunisten hätte geltend machen können. Hinter der ganzen Terroraktion, wie sie sich gegenwärtig ausbreitet, steht eben die große Furcht vor einem tschechoslowakischen Titoismus, das heißt vor einem Übergang der Tschechoslowakei ins Lager der Westmächte nach dem Vorbild Jugoslawiens, eine Furcht, die ja schon ein Hauptantrieb für den Umsturz von 1948 gewesen war und damals sachlich viel eher begründet schien als sie es heute ist. Denn wenn es vor drei Jahren tatsächlich bedeutende Gruppen gab, die sowohl innen- als außenpolitisch eine Angleichung der Tschechoslowakei an den Westen vorbereiteten, so muß heute mindestens jeder Tscheche wissen, daß sein Land aufs neue der Verstümmelung entgegenginge, wenn ein wiedererstandener deutscher Nationalismus im Bund mit den Westmächten den «Befreiungskrieg» gegen die «slawischen Barbaren» eröffnen könnte. Aber offenbar sind im tschechoslowakischen Volk aus innenpolitischen und wirtschaftlichen Gründen – die Regierung verhehlt ja die Schwierigkeiten der Wirtschaftslage durchaus nicht – Unzufriedenheit und Mißstimmung in einem Umfang entstanden, der es den Trägern des Systems geboten erscheinen läßt, nach «bewährten» Mustern mit eisernem Besen auszufegen.

Ob die Abfallbewegung bei den *italienischen* Kommunisten, die natürlich von oben ungehemmt vor sich gehen kann, so bedeutend ist, wie unsere Presse sie darstellt, ist fraglich; die Kommunisten melden jedenfalls Neueintritte, die die Austritte aus der Partei weit überwögen. Vorsicht ist auch gegenüber den ständig verbreiteten Gerüchten von einer kriegerischen Bedrohung *Jugoslawiens* durch seine rechtgläubig kommunistischen Nachbarn geboten, so bitter auch die Feindschaft ist, die zwischen beiden Teilen besteht. Hingegen ist offenbar doch etwas Wahres an den Meldungen, die von *griechischen* Angriffsgelüsten gegen Bulgarien und Albanien wissen wollen. So lesen wir im «New Statesman» (3. März):

«Zu einer Zeit, da man erwarten sollte, die griechischen Politiker dächten ausschließlich an die Notwendigkeiten des friedlichen Aufbaus, scheint Ministerpräsident Venizelos auf einen Marsch an die Donau zu sinnen. ‚Die griechische Regierung findet, daß es mit den westlichen Plänen zu langsam vorwärts geht', meinte er der Presse gegenüber vor einigen Tagen und verlangte zugleich die Entsendung einer britischen Division nach Griechenland, die Aufrichtung einer ‚schlagkräftigen Ordnungsmacht' in Griechenland und die rasche Verwirklichung eines jugoslawisch-türkisch-griechischen Militärbündnisses, das mit Eisenhowers westeuropäischem Hauptquartier in enge Verbindung gebracht werden müsse. Das Stichwort gewisser westdeutscher Propheten von

der ‚offensiven Verteidigung' aufnehmend, sagte Venizelos: ‚Wir glauben, wir sollten nicht nur zur Verteidigung unseres Gebietes bereit sein, sondern auch zum Angriff', hinzufügend: ‚Wir könnten an die Donau marschieren und eine Speerspitze durch die feindliche Flanke treiben, die jeden russischen Versuch, gegen den englischen Kanal vorzustoßen, lähmen würde.'

Solch pseudo-strategisches Gefasel mag einem vielleicht ein Lächeln entlocken; was indessen offenbar ernst genommen werden muß, das ist die jetzt in Athen zum Ausdruck kommende Ansicht, die Zeit werde nun wohl bald für den vielerörterten Einfall in Albanien reif sein. In seinem Trinkspruch an einer Versammlung der irredentistischen ‚Vereinigung griechischer Flüchtlinge aus Nordepirus' in Janina am 18. Januar sagte Venizelos, er hoffe, ‚das nächste Mal, wenn ich mein Glas erhebe, wird das mit der Befreiung von Nordepirus zusammenfallen, das ich niemals preisgeben werde'.»

Die Befreiungsideologie, die jetzt in Westdeutschland und von gewissen Westalliierten gepflegt wird, richtet ihre Verheerungen also auch in den Köpfen ehrgeiziger Balkanpolitiker an. Möge es nicht gehen wie in dem unglücklichen Korea! Möchten doch die Völker wachsamer und nüchterner sein als in diesem Fall, bereit zum äußersten Widerstand, wenn der Kreuzzug zur Erlösung der Ostvölker wirklich ins Werk gesetzt werden sollte! *Dem* Kreuz, das *hier* vorangetragen wird, folgt gewißlich keine Auferstehung – nur Tod und grauenvolles Verderben.

13. März 1951. *Hugo Kramer.*

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Die Rüstungsvorlage Im öffentlichen Leben der Schweiz ist während der Berichtszeit allerhand geschehen, was für gewöhnlich auch in unserer Rundschau besprochen zu werden verdiente: Lawinenkatastrophen, Fortschreiten der Teuerung, Verwerfung der Autotransportordnuung, Ablehnung eines bescheidenen Anfangs von Frauenstimmrecht in der Waadt, Urteil im Bunkerprozeß (der Berg hat eine Maus geboren) usw. Und doch kann ich diesmal nur von dem einen *außergewöhnlichen* Gegenstand politischer Beschlußfassung reden, der uns alle aufs stärkste beschäftigen und erregen sollte (obwohl ihn manche als bloße Randangelegenheit abtun möchten): von der ungeheuerlichen Steigerung der *Kriegsrüstungen*, die der Bundesrat und seine militärischen Ratgeber verlangen und die in der bevorstehenden Frühjahrstagung der eidgenössischen Räte gutgeheißen werden soll und wird. Wo sind die Zeiten, da wir — es war in den Jahren nach dem ersten Weltkrieg — gegen ein Militärbudget von lumpigen 100 oder 120 Millionen Franken in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratischen Partei einen heftigen Kampf führten? Wo ist die Empörung, die uns ergriff, als gegen Ende des zweiten Weltkrieges die Schweizerische Offiziersgesellschaft mit einem Aufrüstungsprogramm herausrückte, das wir als schlechthin frevelhaft empfanden?[1] Was uns damals als ausschweifende Phantasie überspannter Militärgehirne vorkam, ist heute Tatsache geworden, ja überboten; wir stehen vor einer «Modernisierung» der Schweizer Armee von einer solchen «Großzügigkeit», daß die anderthalb Milliarden Franken, die sie kosten soll — auf sechs Jahre verteilt, ergibt das, mit

[1] Vergleiche die von der Zentralstelle für Friedensarbeit herausgegebene Schrift «Soll die Schweiz militarisiert werden?»

den ordentlichen Militärausgaben, einen jährlichen Betrag von 720 Millionen —, durchaus nicht mehr als übersetzt angesehen, sondern eher als ein Mindestmaß aufgefaßt werden, das nur mit Rücksicht auf die Finanzlage des Bundes vorerst nicht überschritten werden solle. Und nirgends ein ernsthafter, konsequenter, im Volk ein Echo findender Widerstand! Außer der Partei der Arbeit, der Zentralstelle für Friedensarbeit und einer einzigen sozialdemokratischen Parteisektion (Luzern-Untergrund) hat meines Wissens keine organisierte Gruppe von Bürgern grundsätzlichen Einspruch gegen die Rüstungsvorlage erhoben, auch nicht irgendeine kirchliche Gemeinschaft oder gar die Sozialdemokratische Partei als ganze (sie hat soeben in ihrem Oltener Parteitag gegen eine geringfügige Opposition — 40 ablehnende Stimmen gegen 450 annehmende — dem Rüstungsprogramm wie etwas Selbstverständlichem zugestimmt) — niemand. Ist das nicht tief bedrückend und zugleich schwere Schuld?

„Tötet den Krieg!" O ja, es gibt ziemlich weit herum im Volk allerlei Kritik an der bundesrätlichen Vorlage: an der Höhe der verlangten Gesamtausgaben, an technischen Einzelheiten — besonders an der Wirkungskraft der Abwehrpanzer —, an der beabsichtigten Aufbringung der Geldmittel usw. Aber all das rührt ja nicht an den *Grundsatz* der Aufrüstung; es betrifft nur Zweckmäßigkeitsfragen, und sich auf *diesem* Boden mit den Befürwortern der Totalaufrüstung herumzuschlagen, hat — wenn man von der Frage der Lastenverteilung absieht —, wenig Sinn. Aussichtslos wäre vor allem jeder Versuch, zu beweisen, daß es mit ein paar hundert Millionen weniger auch ginge. Nein, *es geht überhaupt nicht mehr*, auch nicht mit der bestgerüsteten und teuersten Armee, wenn es überhaupt noch einmal zu einem Kriege kommt — mit dieser Erkenntnis muß jeder Widerstand gegen die neue Aufrüstung der Schweiz anfangen, dem irgendwelche moralische Kraft und Konsequenz innewohnen soll. Denn wie Leonhard Ragaz schon vor sechs Jahren schrieb: «Wenn die Weltkatastrophe, die wir nun im Verlaufe von drei Jahrzehnten zweimal erlebt haben, ein drittes Mal wiederkehren sollte, und zwar, wie es nach der Logik der Tatsachen geschehen würde, in Bälde, so bedeutete das nach menschlichem Ermessen den endgültigen Untergang Europas, wenn nicht der abendländischen Welt überhaupt... Das gilt selbstverständlich auch von der Schweiz. In einer Welt, die jener Hölle verfiele, welche die sichere Folge einer neuen Weltkatastrophe wäre, könnte auch die Schweiz nicht leben, selbst wenn sie gegen alle Wahrscheinlichkeit wieder nicht unmittelbar in das Kriegsgeschehen hineingerissen würde. Schon darum darf sich die Schweiz, wenn sie leben will, nicht von dem Kampfe um den Frieden zurückhalten; dieser ist vielmehr, wie für die Weltstunde überhaupt, so auch für ihre besondere Geschichtsstunde die große und fundamentale Aufgabe.»

Gerade um diese Aufgabe — den Krieg zu töten, wenn er nicht uns töten soll — hat sich aber die Schweiz in entscheidenden Augenblicken selbstsüchtig herumgedrückt. Im Namen ihrer «integralen Neutralität» hat sie sich unter Mottas unseliger Führung von ihrer halbherzigen Unterstützung des Völkerbundes vollends ganz abgekehrt und an ihrem Teil redlich zum Zusammenbruch jener Organisation der kollektiven Sicherheit beigetragen, die den zweiten Weltkrieg durchaus hätte verhindern können, wenn man nur gewollt hätte. *Heute* hindert die gleiche Neutralität die Mehrheit der Schweizer in keiner Weise, geistig, politisch und wirtschaftlich mit beiden Füßen im Lager der Westmächte zu stehen und deren verhängnisvollen Versuch, durch fortschreitenden militärischen Druck auf die Sowjetunion den Zusammenbruch des Weltkommunismus zu erzwingen, nach Kräften zu unterstützen. In diese antikommunistische Front gliedert sich nun auch die Schweiz, wenngleich unter Wahrung ihrer Neutralität, durch ihre den entsprechenden Anstrengungen der Westalliierten parallel laufende militärische Neuaufrüstung tatsächlich in aller Form ein. Sie nimmt zwar nicht an der Druck- und Drohpolitik der Atlantikmächte teil, aber sie steht doch ganz im Banne der Suggestion, daß dem «Expansionsstreben des Sowjetimperialismus» durch militärische Machtmittel gewehrt werden müsse, und macht darum auch ihrerseits bei der verhängnisvollen Aufrüstung Westeuropas tatkräftig mit. Es ist ja ganz offenkundig und wird auch in

der Begründung der Rüstungsvorlage von unseren Politikern gar nicht verschwiegen, daß die offizielle Schweiz einen Angriff auf ihr Gebiet allein von der Sowjetunion befürchtet und für die Abwehr *dieser* Gefahr gerüstet sein will[2] — was freilich nicht heißen soll, daß die Westmächte im Kriegsfall unsere Neutralität lange achten würden. Amerika, das uns schon jetzt vorschreiben will, mit wem wir Handel treiben dürften und mit wem nicht, wird uns dann schon zeigen, wo Bartli den Most holt, auch ohne zu militärischer Gewalt zu greifen.

Es steht uns darum wahrlich recht schlecht an, uns bloß als die ohnmächtigen, leidenden Objekte des Kampfes um die Weltmacht auszugeben, die nur dafür sorgen könnten, daß sie wenigstens nicht selbst in den Strudel eines allfälligen neuen Krieges hineingerissen werden. Das ist nur eine scheinheilige Ausrede für unser vorläufiges, schlaues Beiseitestehen gegenüber dem großen Weltkampf. In Wirklichkeit sind wir längst recht tätige *Subjekte* dieses Kampfes, den wir ganz und gar nicht als bloße Angelegenheit «fremder Händel» ansehen, vielmehr in jeder Hinsicht außer der militärischen als *unsere* Sache mitkämpfen, als die Sache der Freiheit und des Rechtes, die — wie es die meisten unter uns auffassen — gegen den kommunistischen Barbarismus und Totalismus verteidigt werden müsse. Wir sind so — und nunmehr auch durch unsere militärische Aufrüstung — Mitverursacher der Kriegsatmosphäre, die sich über Europa zusammenballt, und würden darum auch mitschuldig an dem Unglück, das unser Land und Volk träfe, wenn sich das Unwetter wirklich entladen sollte. *Verhindern* zu helfen, daß es sich entlädt — das allein kann unter den gegebenen Umständen Sinn und Inhalt einer realistischen Landesverteidigung sein. Und dazu gehört vor allem einmal der Verzicht auf weitere Kriegsrüstung und der Einsatz all unserer Kräfte für die Schaffung einer Weltordnung, die einen neuen Krieg ein für allemal unmöglich macht.

Wie die Schweiz sich verteidigt

Diese Ordnung kann freilich nach unserer Überzeugung, mindestens in Europa, nur eine *sozialistische* oder doch dem Sozialismus zustrebende sein, eine Völkerdemokratie, die auf plan- und gemeinwirtschaftlicher Grundlage erbaut werden muß. Und hier liegt nun eben die entscheidende Schwierigkeit. Die Schweiz ist heute ein *kapitalistisches* Land, eine *kapitalistische* Demokratie. Der Geist der Genossenschaftlichkeit und der gemeinwirtschaftlich unterbauten Demokratie, der sie geschaffen hat, ist im Zeitalter der industriellen Revolution und des «freien Unternehmertums» mehr und mehr jenem brutalen Gelderwerbs- und Besitzgeist gewichen, der in der wirtschaftlichen Hochkonjunktur dieser Kriegs- und Nachkriegsjahre seine häßlichsten Triumphe gefeiert hat und weiter feiert. Er ist es auch, der die Schweiz in die scheindemokratische Weltfront hineingeführt hat, die tatsächlich die Konservierung der herrschenden Ordnungen zum Ziel hat und den Freiheitssinn des Volkes nur dazu benützt, ihren gegenrevolutionären Charakter zu verdecken.

Diese von sich selbst abgefallene Schweiz soll auch durch unser Militärsystem gestützt und erhalten werden; im Dienste dieser *falschen* Landesverteidigung steht die neue Riesenrüstung, die der Schweiz angelegt werden soll. Und damit wird unser Kampf gegen die Aufrüstung ganz von selbst auch zum Kampf für eine *neue* Schweiz, für eine Schweiz, die zu sich selbst zurückfindet, die sich aus ihrem innersten Wesen, aus dem besten Geist ihrer Geschichte heraus verjüngt und, was sie ererbt hat, neu erwirbt, um es nun wirklich zu besitzen. Was sich heute so als Landesverteidigung ausgibt, das ist in Wahrheit *Zerstörung* der Schweiz, Untergrabung ihrer stärksten Grundlagen, nicht zuletzt auch darum, weil der immer ungesünder aufgeblähte Militärapparat auch die politischen Volks- und Freiheitsrechte, die uns das bürgerlich-liberale Zeitalter als beste Errungenschaft hinterlassen hat, vollends zu ersticken droht und einen Geist der

[2] Auch Nationalrat Schümperli hat schon früher im «Neuen Bund» geschrieben: «Wir haben die harte Tatsache zur Kenntnis zu nehmen: Die bolschewistische Diktatur hat aus der einst freiheitlichen Revolution des Jahres 1917 einen derart furchtbaren Gewaltstaat gemacht, daß die übrige Welt zur bewaffneten Notwehr gezwungen ist.»

Gewalttätigkeit und des rücksichtslosen Egoismus züchtet, der nur zu unserem Verderben ausschlagen kann. Bereits fordert in der «Neuen Zürcher Zeitung» ein Major Wanner zu der militärischen Aufrüstung hinzu eine «ebenbürtige Kraftanstrengung» *ziviler* Art, zunächst einmal in Form eines «aktionsfähigen Luftschutzes», dessen Durchführung «von den zivilen Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, wie von jeder Familie und von jedem einzelnen Bürger verlangt werden» müsse — also eine Versetzung des ganzen Volkes in eine Art Daueralarmzustand, der die Kriegsatmosphäre erst recht verdicken müßte. Wanner ist übrigens der gleiche Offizier, der sich schon in dem Geburtstagsbuch für General Guisan («Bürger und Soldat») im Sinne der «totalen» Kriegführung für den Einbau auch der «außermilitärischen Wehrkräfte» (Wirtschaft, Technik, Sozialpolitik, geistiges Leben usw.) in den Militärbetrieb eingesetzt hat. Daß dies alles «gar nichts» mit einer Militarisierung des ganzen Volkslebens zu tun habe, ist seine private Meinung, die freilich — sofern sie nicht bloß gespielte Naivität ist — nur von wenigen Leuten ernsthaft geteilt werden dürfte.

Mit all diesen Kriegsvorbereitungen — das ist unsere sich immer tiefer festsetzende Überzeugung — wird nur am Untergang der Schweiz gearbeitet. Wahrhaft erhalten und verteidigt wird unser Land, wie jedes andere, nur aus den geistigen und sittlichen Kräften, denen es seine Entstehung und seinen Aufstieg verdankt, nur durch die Arbeit an einer brüderlichen, solidarischen Volksgemeinschaft, durch die Schaffung sozialer Gerechtigkeit unter uns selber wie in der Welt draußen, nach der Verheißung des Propheten: «Das Werk der Gerechtigkeit wird Frieden sein und die Frucht des Rechtes Sicherheit auf ewig» oder, um das größte hiefür gültige Gebot zu nennen: «Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch das übrige alles hinzugetan werden» — alles, auch nationale Sicherheit und Bewahrung unserer eigenen, freiheitlichen Lebensform. Hier gibt es kein ausweichendes Sowohl — Als auch, sowohl militärische Aufrüstung als auch sozialistische Neugestaltung von Staat und Wirtschaft (wo ist sie denn, diese Neugestaltung der Schweiz, außer in papierenen Resolutionen rüstungsbeflissener Sozialdemokraten?); es gibt nur ein klares, hartes Entweder — Oder. Denn in dem Maße, wie wir auf Waffen, Panzer und Flugzeuge bauen, verlieren wir die Fähigkeit, denjenigen Kräften zu vertrauen, die uns auch als Volk wirklich zu sichern vermögen. Und umgekehrt werden diese Kräfte für uns im gleichen Maße wirksam werden, wie wir unser Vertrauen den Gewaltmächten entziehen, von denen unsere Rettung zu erwarten man uns jetzt anleitet.

Um den Weg einer solchen wirklichen Landesverteidigung zu gehen, dazu braucht es freilich Glauben, einen Glauben, den man nicht ohne weiteres als schon vorhanden voraussetzen kann. Und es braucht dazu auch Bereitschaft zum Opfer — zum echten Opfer, nicht zu demjenigen Opfer, das wohl das eigene Leben hinzugeben gewillt, gleichzeitig aber auch das Leben des Feindes zu zerstören entschlossen ist. Denn daß der Verzicht auf militärische Aufrüstung die Gefahr in sich schließt, daß wir unsere nationale Unabhängigkeit vorübergehend verlieren, und daß der gewaltlose Widerstand, den wir im Fall einer feindlichen Besetzung unseres Landes leisten müßten, nicht ohne den Einsatz vieler menschlicher Leben möglich wäre, das sich zu verhehlen wäre gänzlich unrealistisch. Aber ist denn der Weg des *gewaltsamen* Widerstandes nicht noch viel mehr von Gefahren umdroht? Wären die Opfer, die er fordern würde, nicht noch unvergleichlich größer als diejenigen, die eine Verteidigung ohne todbringende Waffen erheischen würde? Und zuletzt: Kann man einem Volke, dessen Verfassung den allmächtigen Gott anruft, und dessen Wappenschild das Kreuz Christi führt, kann man diesem Volke wirklich nicht zumuten, *den Weg* zu gehen, zu dem sein Bekenntnis es verpflichtet? Wir fragen nur. Die Antwort muß das Schweizervolk selber geben. Aber es muß auch wissen, daß von dieser seiner Antwort Leben und Sterben jedes einzelnen wie der ganzen Eidgenossenschaft als eines eigenständigen Gemeinwesens abhängen kann.

14. März *Hugo Kramer*

Bericht

über die Tätigkeit der Auskunftsstelle für Flüchtlinge, Zürich

1. Januar bis 31. Dezember 1950

Über die Flüchtlinge in der Schweiz hört man nicht mehr viel. Dann und wann vernahm man von größeren gemeinschaftlichen Ausreisen nach Australien. Man hörte davon, daß behördliche Bestrebungen zu Maßnahmen führten, um Flüchtlinge und Emigranten, die schon vor Kriegsende in der Schweiz Aufenthalt genommen hatten, ins normale Niederlassungsverhältnis überzuführen, so daß sie auch, wie irgendein anderer Ausländer mit Niederlassungserlaubnis, ungehindert ihrem Verdienste nachgehen können, soweit dies ihre Gesundheit noch gestattet.

Aber unter dieser ruhigen Oberfläche verbarg sich doch ein emsiges Betreuen und Verwalten der Flüchtlingsangelegenheiten durch die eidgenössischen und kantonalen Behörden sowie durch die verschiedenen Hilfsstellen. In dieser Zusammenarbeit leistete auch unsere Auskunftsstelle ihren Teil. Wir betreuten am 31. Dezember 1950 noch 38 Flüchtlinge, und dazu unterstützten wir 24 Flüchtlinge. Während des Berichtsjahres waren sechs neue Flüchtlinge dazugekommen, welche sich aus Ungarn oder Jugoslawien zu uns geflüchtet hatten. Fünf Flüchtlinge sind in eine andere Hilfsstelle übergetreten, und neun verloren wir durch Ausreisen nach Australien, den USA, Frankreich und Deutschland. Die meisten der von uns unterstützten Flüchtlinge sind krankheitshalber verdienstunfähig, oder sie sind zu alt, um noch verdienen zu können. Einzelne unterstützen wir nur dann, wenn sie als Schauspieler kein Engagement haben oder wenn sie in Umschulung für ihre Ausreise begriffen sind. Einzelnen bringt ihr Beruf als Schriftsteller oder Journalist zu wenig ein, so daß wir ergänzungsweise in die Einkommenslücke treten müssen. Im Durchschnitt haben wir pro Monat einen Betrag von 5000 Franken ausbezahlt. An Gönnerbeiträgen sind unserer Auskunftsstelle im Berichtsjahr 3200 Franken zugegangen, wofür wir den Gebern auch an dieser Stelle herzlich danken. Die übrigen Summen sind uns von der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfe, aus der allgemeinen Sammlung für die Flüchtlinge, zugegangen, wie auch vom Bund aus seiner gesetzlichen Hilfe von 60 Prozent an die Unterstützungen der Hilfsstellen und aus den Rückvergütungen der Kantone für Dauerasylanten. Hätte uns der Bund nicht ein Betriebskapital von 1500 Franken zur Verfügung gestellt, und würden wir nicht monatlich mit ihm abrechnen, hätten wir unsern Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Ende 1950 verfügten wir über einen Barsaldo von 2110 Franken für die Aufrechterhaltung unserer Dienste. Diese Summe ist aber völlig ungenügend, um unsere Arbeit zwei Monate lang aus eigenen Mitteln durchhalten zu können, das heißt, bis sich der «Zustupf» aus der neuen Flüchtlingssammlung wieder einstellt. Darum sind wir nach wie vor dringend auf die großherzige Hilfe unserer Freunde und Gönner angewiesen. Wir bitten deshalb: Lassen Sie unsere Pflegebefohlenen nicht im Stich, sondern helfen Sie uns weiter, ihnen ihr tägliches Brot zu reichen. Wir sind Ihnen für jede Gabe herzlich dankbar, die Sie uns regelmäßig oder einmalig zukommen lassen.

Ehemaligen deutschen und österreichischen Flüchtlingen nichtjüdischer Abstammung ist dieses Berichtsjahr zu einem Lichtblick geworden, dank den Mitteln des sogenannten Reparationsfonds, welcher von der Internationalen Flüchtlingshilfe aus Nazigeldern verwaltet wird. In sieben Fällen war es uns möglich, unter Mithilfe des Internationalen Sozialdienstes der Schweiz in Genf, unsern Betreuten und Unterstützten einen größeren, einmaligen Betrag für dringendste Anschaffungen für ihre Ansiedlung in der Schweiz, für Arzt- und Zahnarztkosten zukommen zu lassen.

Vom Gluthauch Gottes

«*Ich* habe dich erwählt in der Wüste, dich geweidet in dem Lande der Glut. Als sie Weide hatten, wurden sie satt, und da sie satt wurden, überhob sich ihr Herz; so werde ich gegen sie denn wie ein Löwe, laure gleich einem Panther am Wege. Ich falle sie an wie eine Bärin, die ihrer Jungen beraubt ist, und zerreiße den Verschluß ihres Herzen.» (Hos. 13, 5–8).

Wie haben die Propheten von Gott zu reden gewagt! Es regt sich in uns doch schon ein Widerspruch, wenn das Geheimnis, das hinter dem stammelnden Worte Gottes verborgen liegt, mit Bildern und Zeichen aus dem Bereich des menschlichen Lebens verdeutlicht wird, wenn dieser Gott wie ein redender, denkender, handelnder Mensch erscheint. Die Propheten Israels können da noch weiter gehen und von dem Gotte reden, der dem Löwen, dem Panther, der ihres Jungen beraubten Bärin gleicht. Von den menschlichen Göttern, den Olympiern, die wie die Menschen hassen und lieben, haben vor allem die Griechen geredet; von den Göttern, deren dem Menschen so fremdes Wesen am ehesten mit der Fremdheit eines den Menschen anschauenden Tierblicks verglichen werden kann, haben lange vor ihnen die Aegypter zu sagen gewußt. Die rauhe Redeweise Hoseas aber scheint in noch weitere Fernen zu weisen, aus noch tieferen Schichten zu stammen. Die Propheten, besonders, wenn sie drohen und warnen, stehen fremd in dieser unserer Zeit. Aber ist es wirklich nur der gute Geschmack, der sich dagegen empört, daß Gott menschliche oder sogar tiergleiche Handlungen zugeschrieben werden? Ist es wirklich nur die reinere Erkenntnis der Größe und Höhe Gottes, die sich dagegen wehrt, daß dieser Gott in die begrenzten Räume kreatürlicher Handlungen und Gefühle hereingezogen wird? Wenn die Ablehnung der prophetischen Redeweise aus diesen Gründen erwüchse, so wäre sie berechtigt, denn der lebendige Gott hat den Menschen wirklich auch den guten Geschmack und die Erkenntnis göttlicher Höhe und Größe gegeben. Geschmack und Gefühl für die göttliche Größe könnten aber dann niemals so weit gehen, daß sie zusammen mit der für sie anstößigen Redeweise auch die Lebendigkeit Gottes preisgeben. Gerade dieses aber geschieht vor dem unprophetischen Gottesbild unserer Zeit.

Der liebe Gott, dessen Pflicht es ist, Wohlbefinden und Wohlstand zu schützen und zu mehren, ist von der Anstößigkeit des hoseanischen Gottesbildes befreit. Er gleicht weder der Bärin, noch dem Löwen, er gleicht nur dem kleinen Menschen einer kleinen Zeit. Das Hegelsche Absolute, das für weite Teile der Welt die Stelle Gottes eingenommen hat, dieses sich im denkenden Menschen wie vor allem in der ordnenden Welt des Staates entfaltende Absolute ist ebenfalls von der Fremdheit des bärengleichen hoseanischen Gottes befreit. Und der Gott gar, der in eine bestimmte monomanische Idee wie in einen Panzer gekleidet ist, der kleine Gott der kleinen Ismen, ist noch mehr des Unheimlichen entkleidet.

Diese Götter aber sind nicht nur ohne Fremdheit und Unheimlichkeit – das Fremde und das Unheimliche können sie verlieren, die . . . heit und . . . keit, die Spitteler einst so entsetzten, bleiben dieser Götter innerstes Wesen –, sondern vor allem ohne Leben. Mit einem Gott ohne Leben zu leben ist, solange dieses Leben nicht in nachtschwarze Abgründe fällt, angenehm, es bietet einen gewissen seelischen Komfort, es mehrt den Besitzstand an Gedanken und Gefühlen. Fällt dieses Leben aber in Abgründe, in denen der Wahnsinn rast, das Blut schäumt und die jagende Angst ihren Totentanz tanzt, fällt dieses Leben eines einzelnen Menschen in die Abgründe der Verzweiflung, fällt dieses Leben von Zeitenepochen in die grausigen Schluchten des Chaos, verliert man allen Komfort, dann erhebt sich aus den dunklen Grüften der bebende, grollende Schrei: Wo ist nun Gott? Ja, zuzeiten steht einer der in den Abgrund Gestürzten inmitten seiner Leidensgefährten auf einem nackten Felsblock und verkündet mit dem Pathos einer neu entdeckten Erkenntnis: Gott ist tot. O, hätten sie es doch früher gewußt, daß Gott tot ist! Hätte die in den Abgrund gestürzte Kultur unseres Jahrhunderts es doch vor ihrem Sturz in die Nacht von Haß und Angst, von Hilf-, Rat- und Hoffnungslosigkeiten gewußt, daß der liebe Gott des herkömmlichen Christentums, das Absolute Hegels, die göttlichen Ideale aller Ismen, tot sind. Dann hätte die Nietzschesche Botschaft vom toten Gott weder soviel Begeisterung auf der einen noch soviel Empörung auf der anderen Seite auslösen können. Man wäre dann vor diesem Künder auf dem einsamen Felsblock ganz ruhig stehen geblieben und hätte ihm geantwortet: Du sagst uns nichts Neues.

Der Gott, von dem die Propheten etwas zu künden haben, ist nicht darum fremd und einsam in dieser Zeit, und ihre Botschaft nicht darum abstoßend, weil die Redeweise Gründen entspringt, die tiefer liegen als unser Geschmack und unsere Erkenntnis es zulassen, sondern weil ihr Gott zum Unterschied von den Göttern unserer Zeit lebt, sein eigenes Leben lebt, seinen eigenen Blick hat, seinen eigenen Atem atmet, dessen Eigenheit zu malen sie gerade auch zum Fremdesten, zum Bild der Bärin und des Löwen, greifen.

Manchmal wird freilich die prophetische Botschaft nicht abgelehnt, sondern geradezu nachgeahmt. Wir kennen ja auch in unseren Tagen die pseudoprophetische Redeweise von Sektierern und Idealisten. Wir kennen jene donnernden Stimmen, die ihre Lieblingsideen mit einem beglaubigenden Hinweis auf den göttlichen Willen zu begründen lieben. Sie künden der Welt Sintflut oder Verdorren, Feuer vom Himmel und jüngstes Gericht, wenn diese Welt sich nicht zu den geliebten Ideen bekehrt. Gott will den Kreuzzug gegen die Ungläubigen, das wurde schon vor bald tausend Jahren von monomanischen Nachahmern der Propheten den christlichen Völkern Europas in die Ohren geschrien, und riesige, von flackernder Begeisterung erfüllte Völkerscharen schrien damals in den rheinischen Städten den pseudoprophetischen Predigern die Antwort ent-

gegen: «Ja, Gott will es.» Es passiert zuzeiten, daß Menschen, die noch irgendwo ein verstecktes Empfinden dafür haben, daß die prophetische Botschaft mehr vom lebendigen Gott zu sagen wisse, als die Botschaften vom herkömmlichen lieben Gott, vom Absoluten oder von blassen Idealen, gerade das Opfer der falschen Propheten werden. Original und Imitationen zu unterscheiden, erfordert eine gewisse Übung des Blickes oder des Gehörs. Echte prophetische Botschaft vom Theaterdonner der Pseudopropheten zu unterscheiden, ist dann um so schwerer, wenn das Ohr des Menschen durch ein Übermaß von Geräuschen, durch ein ganzes Meer inflatorischer Worte abgestumpft und zu feinerer Nuancierung unfähig geworden ist. Je mehr dieses geschieht, je weiter die Inflation der Worte fortschreitet, um so leichteres Spiel werden die falschen Propheten, auch die falschen Messiasse, alle Nachahmer des prophetischen Donners bei den armen Menschenmassen haben, gerade bei denen, die enttäuscht von den toten Göttern irgendwo nach dem Lebendigen suchen und fragen.

Das eigentliche Wesen der prophetischen Botschaft, der wirkliche Charakter auch der anstößigen Rede Hoseas, liegt ja aber nicht im Donner, liegt auch nicht in der Originalität, Fremdheit und Urgewalt der Bilder, die er für Gott braucht.

Der Prophet ist nichts als ein Vermittler dessen, was er selber verspürt hat. Wenn er vom Gotte redet, der dem Löwen, dem Panther und dem Bären gleicht, dann hat er neben seinem eigenen Wege, neben dem Wege seines Volkes durch seine Zeit den verzehrenden Gluthauch göttlichen Atems verspürt. Er hat diesen Weg nicht beschreiten können als einer, der einen bequemen, toten Gott besitzt, und er hat ihn noch viel weniger beschreiten können als einer, der mit donnernder Stimme Gott zum Werkzeug seiner Lieblingswünsche macht. Er hat vielmehr den Gott erlebt, der den Menschen, dem Volk, der Zeit sowohl eine leuchtende Verheißung als auch eine furchtbare Freiheit gewährt: Die Verheißung seines Reiches und die Freiheit der Wahl der Wege. Diese beiden Dinge miteinander gewähren die toten Götter nicht. Der liebe Gott des herkömmlichen Christentums hat keine Verheißung für die Erde und die Zeit, das Absolute Hegels, in seinem eigenen Monolog befangen, läßt die Freiheit der Wahl nicht zu. Die als göttlich verklärten Ideale lassen die Verheißung wie die Freiheit nur für die Parteigänger der Ideale gelten. Beim lebendigen Gott allein lebt das Miteinander von Leuchtendem und Furchtbarem, dieses Miteinander, das den lebendigen Gott gerade für Menschen, Völker und Zeiten so unbequem, so unerträglich macht.

Die prophetische Botschaft vom unheimlichen Warten und Handeln Gottes, die hoseanischen Bilder vom Löwen, Panther und Bären sind aus dem entsetzlichen Erlebnis geboren worden, da diese prophetischen Menschen ihr eigenes Volk, ihre eigene Zeit in der furchtbaren Freiheit, die Gott diesen ließ, einen falschen, einen tödlichen Weg wählen sahen. Nur wer sein Volk und seine Zeit liebt, wie die Propheten sie geliebt haben, kann beim Anblick der verkehrten Wege diese furchtbaren Bilder

schauen. Diese Liebe ist es wohl gerade, was die echten Propheten von ihren nur lärmenden Imitatoren trennt. Wenn das Volk, wenn die Zeit zuerst gemächlich, bald aber in rasender Hast dem Abgrund zueilt, dann schlägt dem echten prophetischen Menschen der sonst so lebenschaffende Atem Gottes wie der Gluthauch des Tieres neben dem Wege entgegen. Der Sturz in den Abgrund selber ist, wenn er wirklich eintritt, wohl immer der Menschen eigenes Werk, immer die Vollendung eines falschen Völkerweges, eines verkehrten Zeitenpfades. Es gehört aber zur menschlichen Natur, daß, wenn der Sturz eingetreten ist, gar nicht mehr unterschieden werden kann, was Werk des Menschen und was Werk Gottes sei. Wenn eine Atombombe niedergeht, dann schreien die Menschen in Hiroshima wie in Moskau, in Washington wie in Bern: Wo bist du nun, o Gott? Wenn im entfesselten Völkerkrieg die letzten Reste der Freiheit zertreten werden, die entfesselte Bestialität alle Dämme durchbricht, dann klagen wohl die Herzen der Menschen aus allen Religionen: Wo bleibst du nun, o Gott? Wer wollte noch im Rasen des Todes unterscheiden können zwischen eigenem Werk und Gottes Werk, zwischen logischer Entwicklung aus düsteren Anfängen heraus und katastrophengleichen Ereignissen ohne Ursache und Vorbereitung!

Die prophetische Botschaft vom bärengleichen Gott lebt vor den Katastrophen auf. Der Glaube dieser Botschaft ist nicht ein Erzeugnis der Krisen und Katastrophen. Krisengezeugter Glaube und katastrophengezeugte Theologie bleiben Strohfeuer; die prophetische Botschaft erwächst aus anderen Gründen. Sie entsteht aus dem Blick auf den gnädigen, verheißenden, weit seine Vaterarme öffnenden Gott und aus dem Blick auf die furchtbare Weite der menschlichen Freiheit. Wenn ein schlimmes Sattwerden in die Herzen der Menschen einbricht, dann schlägt den Sehenden, den wirklich an den lebendigen Gott Glaubenden der glühende Atem dieses Gottes entgegen. Und immer zieht dieses schlimme Sattwerden lange vor den Katastrophen in die Herzen ein. Wir reden mit Absicht von einem schlimmen Sattwerden. Es gab für die Menschen des alten Israel auch ein gutes Sattwerden. Nicht jeder Hunger ist gesegnet. Unsere Zeit sollte vielleicht besser als romantisch gestimmte Zeiten etwas davon wissen, daß es auch einen schlimmen Hunger, ja auch einen schlimmen Hunger der Herzen gibt. Wie der reale Hunger nach Brot Menschen zu Bestien zu machen vermag, so vermag auch die hungrige Unzufriedenheit der Herzen dem Menschen sein Menschliches zu rauben. Der schlimme Hunger der Herzen richtet sich, da er durch nichts gestillt werden kann, am Ende auf den Tod, wird zur Todessehnsucht, zum letzten Nihilismus.

Wann aber ist das Sattwerden schlimm? «Da sie satt wurden, überhob sich ihr Herz; darum vergaßen sie meiner.» Israel hat, das war Hoseas schwere Erkenntnis, die von Gott gewirkte Erlösung vergessen. Es hat damit seinen geistigen Heimatboden verloren und so schon vor der Katastrophe von Land und Volk auch die reale Heimat selber ver-

loren. Es lebt ein ihm selber fremdes Leben, vermischt seinen Gott mit den Göttern, denen man sonst in der Umwelt dient, vermischt sein eigenes Glück mit dem, was man so gemeinhin Glück nennt, vermischt sein Leben mit dem animalischen und heidnischen Leben und spricht so nicht mehr seine eigene Sprache, lächelt nicht mehr sein eigen Lächeln und stirbt am Ende nicht einmal mehr seinen eigenen Tod. Dieses Verlieren des eigentlichen Heimatbodens, dieses Fremdwerden von sich selber erscheint wohl den Menschen aller Zeiten zunächst als ein bequemes Glück. Denn wenn man die Erlösung vergißt, kann man reden und fühlen, leben und sterben, wie der Wind es einem eingibt. Wenn aber das Reden und Fühlen, das Leben und Sterben zur standarisierten Konfektionsware wird, ahnt der prophetische Glaube die göttliche Bärin am Wege. Eine Zeit, die die gottgewirkte Erlösung vergißt, ist wohl immer auch eine freudlose Zeit und eine Zeit, in der die Liebe erkaltet. Wehe, wenn das Schicksal eines Volkes, einer Zeit, einer Bewegung in die Hände freudloser – nicht unglücklicher, sondern innerlich zerrissener, willentlich freudloser – Menschen fällt. Vor Verbrechern und Wahnsinnigen kann man sich einigermaßen sichern, vor Freudlosen aber, die weder Verbrecher noch Wahnsinnige sind, kann man sich kaum sichern. Wenn die Erlösung vergessen wird, wenn Freude und Liebe kalt werden, dann wird meist ein reaktionärer Weg eingeschlagen; dann gilt es meist nur, bestehende oder errungene Macht zu sichern, ererbten, erworbenen oder errafften Besitz zu erhalten. Wird von den die Erlösung vergessenden Menschen hingegen ein scheinbar revolutionärer Weg eingeschlagen, so fehlt auch hier das, was auch für Revolutionen lebenswichtig ist, der gute Blick nämlich für das, was erhalten werden muß, der gute Blick, der allein die Brücke schafft zwischen vergehenden und neu erstehenden Zeiten.

Daß aus dem Vergessen der Erlösung nicht nur eine geistige, sondern eine höchst reale, Einzelne und Völker, Epochen und Kulturen mitreißende Katastrophe erwächst, haben die Propheten, hat gerade auch Hosea gesehen. Es ist kein Zufall, daß dieser Prophet, der so in besonders anstößiger Weise Tierbilder benutzt, um die Nähe, den Willen, das Leben Gottes zu verdeutlichen, eben auch gerade der Prophet ist, der wie keiner vor ihm von der Liebe Gottes zu reden gewußt hat. Das sind nicht zwei Seelen in einer Menschenbrust, das ist vielmehr eine wirkliche, dem Gegenstand der Rede entsprechende Einheit. Nur wo Erlösung ist, kann Gericht sein, nur wo Segen ist, kann Fluch sein. Und nur der Gott, der Erlösung und Segen zu geben bereit ist, der mit beidem auf sein Volk, auf seine Menschen wartet, kann zum Löwen, zum Panther und zur Bärin werden. Die anstößige prophetische Rede würde dann nicht verstanden, wenn sie nur in dieser ihrer anstößigen Form gesehen, wenn sie aber in ihrer Verbindung mit der Botschaft von Liebe, Erlösung und Segen nicht mehr gesehen würde. Alle die christlichen Kreise, die den Gott des Zorns vom Gott der Liebe zu trennen unter-

nommen haben, von Marcions Zeiten bis in die Gegenwart, gleichgültig welcher Seite sie ihre Sympathie zugewendet haben, sind in Gegensatz zur prophetischen Botschaft schlechthin getreten. Nach dieser prophetischen Botschaft aber, nach dieser Erkenntnis der ganzen Wirklichkeit Gottes, nach dieser Erkenntnis, die nicht ein nackter Akt menschlichen Verstandes, sondern ein lebendiges Spüren der ganzen göttlichen Gegenwart ist, hungert die Zeit. Denn sie ist ja das Letzte, das sich der rasenden Entwicklung dem Abgrund zu in den Weg werfen könnte. So hätte wohl auch ein Hosea, wenn er heute durch unsere Zeit, durch unsere Straßen und Dörfer schreiten, unsere Worte hören, unser Handeln und Laufen sehen würde, allerlei Fragen an uns Menschen zu stellen. Hinter den Fragen, die der prophetische Glaube zu stellen hat, steht immer die Sehnsucht, die Menschen, die Völker, die Zeiten möchten die Nähe Gottes an ihrem Wege verspüren.

Die prophetische Botschaft vom lebendigen Gott wird dann zu einer doppelten Frage an die Menschen der Zeit, zur Frage nämlich, ob sie wissen und kennen, was dieser lebendige Gott ihnen gegeben, wie er sie geführt und geweidet hat, und ob sie auch wissen und kennen, was ihr eigenes schlimmes Sattwerden und ihr eigenes Gottvergessen sei. Wenn die prophetische Botschaft zur Frage an die Zeit wird, fragt sie also zunächst nach der Freude. Von den Taten des lebendigen Gottes, auf die Hosea hinweist, sollte sein Israel leben können. Von den Taten Gottes, der durch alle Menschen- und Völkergeschichte hindurch befreiende Taten tut, sollten die Menschen in jeder Zeit leben können. Ob man aber die prophetische Botschaft hört oder nicht, daran werden sich in Wahrheit die Geister scheiden. Die Welt ohne Raum für die prophetische Frage nimmt all ihre Befreiungen, all ihre Speisungen als Selbstverständlichkeiten oder Zufälligkeiten hin. Ihr ist es auch heute kein Gotteswunder, daß die Freiheit des Menschen sich in den Jahrhunderten entfaltet hat, daß auch in scheinbar so unfrommen Bewegungen wie der Renaissance und der Französischen Revolution eine Befreiung durchgebrochen ist. Und so, wie sie die echten Befreiungen nicht kennt, so wenig kennt sie auch die echten Bedrohungen. Diese Welt ohne Raum für die prophetische Botschaft jammert über alle Bedrohungen von außen her. Sie klagt, daß alles, was das Leben lebenswert mache, von außen her erschüttert und bedroht werde. Sie ruft nach starken Taten diesem bedrohenden Fremden gegenüber. Eine Welt, die Raum hat für die prophetische Frage, Menschen, die diese Frage als große Beunruhigung in ihren Ohren, in ihren Herzen haben, sollten wissen, daß alles, was aus Gott geschah, weiterleben, in die Weite sich entfalten, in die Höhe und in die Tiefe wachsen will. Hier werden die befreienden Durchbrüche Gottes Anlaß zu steter Freude und zugleich zur Verpflichtung, ihrer weiteren Entfaltung zu dienen, ihrer Erstarrung und Verkalkung zu wehren. Hier gibt es wahrhaftig auch Bedrohung, aber Bedrohung, die zuerst und vor allem von innen her erwächst, Bedrohung der Freude

und des lebenswerten Lebens, die gerade da und dort aufsteht, wo das schlimme Sattwerden, das Vergessen Gottes, das Verlassen des eigenen Weges zum Menschen-, Völker- und Zeitenschicksal werden. Hier gibt es wahrhaftig auch einen Hunger nach starken Taten. Aber dieses ist etwas ganz anderes, als was die unprophetische Philisterwelt unter diesem Begriff versteht. Die wirklich starken Taten, die Gott damals vom Israel der Propheten forderte und die er zu aller Zeit von Menschen fordert, denen die prophetische Botschaft zur beunruhigenden Frage wird, bestehen darin, daß den befreienden Durchbrüchen Gottes weiterer Raum gewährt wird. Das eigentlich Böse, was heute die abendländische Welt bedroht, besteht in der Verkalkung ihres eigenen Geistes. Vor 200 Jahren schrie die bürgerliche Welt nach Erlösung aus den Fesseln des Ständestaates, der absoluten Fürstengewalt, der Zunftenge. Die Befreiung geschah und wird heute gefeiert. Was aber ist aus dem Gefeierten geworden? Und das Abendland preist die langsame, fast schrittweise Entdeckung des menschlichen Individuums als seine große Tat, seinen Vorzug, seine göttliche Würde. Aber ist das wirklich ein Vorzug, der noch verpflichtet? Wird die Sorge um die Freiheit des Individuums nicht immer wieder zum Vorwand erniedrigt, der dazu dienen muß, die Interessen der besitzenden Individuen gegen die Interessen der nicht besitzenden Individuen zu verteidigen? Die wirklich starken Taten müssen sich gegen diesen inneren Feind richten, der die Gottestaten verfälscht.

Wir reden auch in der Schweiz heute gerne von großen und starken Taten, aber vergessen wir nicht bei den Vorbereitungen zur Abwehr einer möglichen äußeren Gefahr die viel schlimmere innere, das eigenste Wesen bedrohende Gefahr? Da hat etwa der Geschäftsleitende Ausschuß des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeberorganisationen eine Entschließung gefaßt, in der darauf hingewiesen wird, «daß eine Geldentwertung heute allein durch eine gewisse Einschränkung der Lebenshaltung abgebremst werden könne». Diese beabsichtigte Drosselung des Lebensstandards der breiten Masse, beabsichtigt von den gleichen Kreisen, die einmal durch einen befreienden Durchbruch Gottes ihre eigene Befreiung aus allerlei Drosselungen erlangten, ist eine Verleugnung des Gottesweges und des eigenen Volksweges. Sie ist daneben noch mehr, sie ist nämlich auch eine Dummheit, weil sie den Inlandmarkt beschränkt. Solche törichten Verleugnungen abwehren, das hieße starke Taten tun. Wir rühmen uns auch gerne der Zähmung des Kapitalismus, die in den letzten Jahrzehnten erfolgt ist. Läßt man aber nicht gerade, wenn man sich dessen rühmt, sehr leicht außer acht, was alles noch zu tun bleibt? Ist nicht gerade oft die Rede vom gezähmten Kapitalismus eine Verteidigung des Kapitalismus schlechthin? Wenn letzthin der Chef einer großen Schuhfabrik die wegen schwerer Steuerhinterziehungen vorgenommene amtliche Untersuchung dadurch abgeschnitten hat, daß er die Drohung aussprach, die gesamte Arbeiterschaft zu entlassen, falls die Untersuchung fortgesetzt werde, so bleibt die beunruhi-

gende Frage offen: Sind darum Landvögte vertrieben worden, damit Arbeitsvögte ihre Stelle einnehmen? Starke Taten? Ja, aber zuerst und vor allem gegen diese innere Fäulnis, diese Verfälschung der Freiheit, diese Entwürdigung gottgewirkter Güter zum Vorwand, zur Fassade niedriger Profitgier! Geschähen diese starken Taten bei uns, dann müßte uns vor äußeren Bedrohungen nicht bange sein. Die von innerer Fäulnis gereinigte Freiheit bliebe eine das Volk einende Macht, an der äußere Bedrohung zerschellt oder sich abnutzt.

Der Löwe, der Panther, die Bärin am Weg, das alles ist nichts anderes als der feurige Atem, der uns entgegenschlägt, wo wir so vom gottgewiesenen eigenen Wege abirren. Man fällt nicht dann erst in die Gewalt des Furchtbaren neben dem Wege, wenn all diese inneren Verleugnungen die äußere Katastrophe nach sich ziehen. Das Furchtbare tut schon vorher sein Werk. Wenn man nur noch mit fremden Worten spricht, nach fremden Zielen sucht, nach fremdem Glücke schielt, dann hat die furchtbare Gewalt schon zugeschlagen. Ein Abendland, das keine andere Frage mehr vor sich sieht als die Teufelsfrage Rußland oder Amerika, ist in jedem Falle schon ein geschlagenes Land. In ganz besonderem Maße gilt das für die Schweiz. Durch wirkliche Durchbrüche des lebendigen Gottes ist sie ja auf einen eigenen Weg gewiesen. Und sie wäre noch mehr als das gesamte Abendland ein geschlagenes Land, wenn die Entwicklung der letzten fünf Jahre fortschreiten sollte, wenn diese Einreihung in die Blockpolitik ideologisch und wirtschaftlich fortgesetzt werden sollte.

Hosea hatte dem Israel seiner Zeit zugerufen, daß es durch die Verleugnung, durch das Verlassen seiner geistigen Heimat auch die reale Heimat verliere. Er hatte den Gluthauch verspürt, der dem abirrenden Israel neben dem Wege entgegenschlug. Er hatte das bequeme, von vielen gesuchte Glück der Angleichung an fremdes Leben, das kleine Glück, in dem man den lebendigen Gott gegen bequemere, erträglichere Götter vertauscht, als das eigentliche große Unglück gesehen, als die Wunde, die vom Furchtbaren her den kleinen Glücksuchern geschlagen wird. Hosea lebt nicht mehr. Propheten leben kaum noch, und wir wollen uns nicht als solche gebärden. Aber eines wollen wir: Die Frage der Propheten, die große Beunruhigung, die sie in die Welt geschleudert haben, in unseren Ohren, in unseren Herzen tragen. Der lebendige Gott, der die leuchtende Verheißung seiner Herrschaft und die furchtbare Weite der Freiheit zur Wahl des Weges gegeben hat, ist heute noch der Gott Hoseas, der große Liebende, der zur Freude ruft und zum Sich-Selber-Finden, und zugleich der große Furchtbare, der den Menschen und Völkern, die Weg, Freude und sich selber verlieren, zum Löwen, Panther, zur furchtbaren Bärin wird.

Bruno Balscheit.

O Gott!

So hälf doch euser chranke Wält
Und lo sen äntlig wider einisch gsunde!
Und wehr dämm Gift vo Haß und Faltsch,
Verbarm Di ob den alte böse Wunde.
O wehr im Wind, wo d'Flamme wytertreit
Und lo der Brand, wo wyterfrißt, verstickе.
Vertryb der Wahn: Im Starke ghöri d'Wält –
Der Chly und Schwach sell si dryschicke.
So hälf doch euser chranke Wält!
O Gott!

Helene Bossert

Der antirussische Komplex – eine Kontroverse

Das Ost-West-Problem

Der Artikel von Kr. *Strijd* im Septemberheft 1950 der «Neuen Wege» veranlaßt mich zur nachfolgenden Stellungnahme. Dabei soll das Problem nicht in spezifisch christlicher Sicht behandelt werden – ich halte mich hierfür nicht für zuständig –, wohl aber in einem möglichst umfassenden menschlichen Sinne, getragen von der Überzeugung einer höheren als einer rein materialistischen Bestimmung des Menschen.

1. Die kritisch-prüfende Behandlung des Ost-West-Problems im «Westen» (im «Osten» kann es ja aus bekannten Gründen gar keine solche Behandlung geben) krankt oft daran, daß sie vielfach mit unklaren, mehrdeutigen Begriffen arbeitet, daß die in Frage kommenden politischen und wirtschaftlichen Tatbestände inhaltlich nicht genügend geklärt und mit möglichster Objektivität dargestellt werden; daß vorgefaßte, durch Eigeninteressen oder durch Gefühle bedingte Urteile das Ergebnis der Stellungnahme voraus bestimmen. Daraus folgen dann schiefe Urteile und weiterhin eine bedenkliche Desorientierung des Publikums, dem solche Darstellungen vorgesetzt werden.

Es ist für den obgenannten Artikel charakteristisch, daß er jene Tatsache nicht einmal erwähnt, die vor allem anderen die heutige Ost-West-Spannung und damit die Weltsituation beherrscht. Der in der Sowjetunion nach Vernichtung jeden Widerstandes zum totalitären System er-

Anmerkung: Neue Abonnenten, die nicht im Besitz des Septemberheftes der «Neuen Wege» 1950 sind, können dieses kostenlos bei der Administration beziehen.

hobene Kommunismus bolschewistischer Prägung bekennt sich zum Ziele der *Weltrevolution*. Er fühlt sich selbst als Pionier und Kraftzentrum, aber auch als direktives Zentrum des von ihm angestrebten, den substanziellsten Teil seines politischen Credos bildenden Weltumsturzes. Da dieser Umsturz weder, wie Marx und Engels es vorausgesagt hatten, als «unvermeidliches» Ergebnis der Morschheit und der «inneren Widersprüche» des «Kapitalismus» bisher eingetreten ist (obwohl seit den ersten derartigen Prophezeiungen rund hundert Jahre verstrichen sind), noch auch eintreten zu wollen scheint, ist der bolschewistische Kommunismus entschlossen, ihn mit List, Wühlerei, Gewalt, wenn erforderlich selbst mit der Gewalt der Waffen, herbeizuführen. Und er betätigt seit Jahren alle drei Methoden, wie er sie jeweils für zweckmäßig hält.

Dies festzustellen, ist nicht etwa Ausdruck «westlicher Hysterie» oder einer «getarnten prokapitalistischen Haltung» (beide Wendungen von Strijd gebraucht), es ist einfach das Resumée einer unzählige Male von den maßgebenden bolschewistischen Persönlichkeiten ausgesprochenen These, einer von ihnen verkündeten Absicht, einer von ihnen verfolgten Politik. Hier eine kleine Auslese:

Stalin: «Mit andern Worten, das Gesetz der gewaltsamen Revolution des Proletariats, das Gesetz der Zerbrechung der bürgerlichen Staatsmaschinerie als Vorbedingung einer solchen Revolution, hat Gültigkeit für die revolutionäre Bewegung der imperialistischen Länder der ganzen Welt.» («Probleme des Leninismus», 2. deutsche Auflage, 1926, IV, S. 106.)

Stalin: (ebenda, S. 170) «Lenins Theorie der Diktatur des Proletariats ist keine rein ‚russische' Theorie, sondern eine für alle Länder gültige Theorie. *Lenin* hat gesagt: ‚Der Bolschewismus ist ein Muster der Taktik für alle.'» (Bd. XV, S. 503, der russischen Gesamtausgabe: «Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky.»)

Stalin: «Der Sieg des Sozialismus» (nach bolschewistischer Lehre vertritt *nur* der Bolschewismus den wahren, unverfälschten Sozialismus) «in einem einzelnen Land ist nicht Selbstzweck. Die Revolution des siegreichen Landes darf sich nicht als eine sich selbst genügende Größe betrachten, sondern als Stütze, als Hilfsmittel zur Beschleunigung des proletarischen Sieges in allen Ländern.» («Probleme, wie oben, S. 194/198, mit dem bezeichnenden Titel: «Die Oktoberrevolution als Beginn und Voraussetzung der Weltrevolution.»)

Daß diese Worte nicht nur auf dem Papier geblieben sind, lehrt die Erfahrung der letzten dreißig Jahre. Diese Arbeit für den Weltumsturz hat begreiflicherweise zur Zeit der höchsten Bedrängnis Rußlands durch Nazideutschland sehr nachgelassen (Auflösung der «Komintern» 1943), sie hat aber nie ganz aufgehört und ist nach dem Siege über Hitler durch Gründung des «Kominform» (1947) auch nach außen hin neu aktiviert worden.

Das Credo der Weltrevolution wird «organisch» untermauert und ergänzt durch die gleichfalls zum eisernen Bestand des bolschewistischen Kommunismus gehörende These von der absoluten, nicht zu be-

seitigenden *Unverträglichkeit eines Nebeneinanders* von «kapitalistischer» und echt-sozialistischer Staats- und Gesellschaftsordnung. So hat *Lenin* schon im März 1918 erklärt (Bd. XV, S. 126/127):

«Der internationale Imperialismus, dem die Macht des ganzen vereinigten Kapitals und die ganze Macht der Kriegstechnik zur Verfügung steht, stellt eine riesenhafte reale Kraft dar. Er kann sich in keinem Fall, unter keinen Umständen, friedlich mit der Sowjetrepublik vertragen, sowohl infolge seiner objektiven Lage wie infolge der ökonomischen Interessen jener kapitalistischen Klasse, die in ihm verkörpert ist, er kann es auch nicht infolge der Handelsverbindungen, der internationalen und finanziellen Beziehungen.»

Und in den «Problemen» zitiert *Stalin* beifällig *Lenins* Rede auf dem 8. Parteitag der KPR, 1919, wonach «die Existenz der Sowjetrepublik neben den imperialistischen Staaten auf die Dauer undenkbar» und daß «eine Reihe der furchtbarsten Zusammenstöße zwischen der Sowjetrepublik und den bürgerlichen Staaten unausbleiblich» sei.

(Wieviel demgegenüber von den immer wieder in die Öffentlichkeit getragenen Beteuerungen der bolschewistischen Führung zu halten ist, es sei ohne weiteres ein friedliches Nebeneinander der «kapitalistischen» und der sozialistisch-bolschewistischen Staaten möglich, ist wohl klar. . . Damit sollen die Oberflächlichen, die stets Friedensbereiten, die Idealisten – und die Dummköpfe eingelullt werden[1].)

Die Eroberung der Macht über die ganze Erde, um das System endgültig zu sichern, ist *das reale Endziel* des heute weltpolitisch allein maßgebenden «Kommunismus». Daran vorbeizusehen und von einem Edelkommunismus zu träumen, der «zur Abschaffung der Diktatur des Kapitalismus» und «zur Sozialisierung der Produktionsmittel» führen werde und daher «aus christlichen Beweggründen von Christen nicht abgewiesen werden» könne, heißt, angesichts dieser furchtbaren, sich der Welt heute allein präsentierenden *kommunistischen Wirklichkeit* einem idealistischen und *heute* jedenfalls nicht zur «Wahl» stehenden Wunschgebilde nachhängen – sehr zum Vergnügen der zielbewußten kommunistischen Politiker, deren Geschäfte durch diese Spielart von Ahnungslosigkeit und Idealismus nur gefördert werden können . . .

[1] Die Gründung des Kominform erfolgte 5 Monate nachdem Stalin persönlich dem damaligen amerikanischen Präsidentschaftskandidaten Staßen auf die Frage, ob die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten harmonisch zusammenleben könnten, erklärt hatte: «Selbstverständlich ist das möglich ... Wenn zwei Systeme in Kriegszeiten zusammengearbeitet haben, warum können sie nicht auch im Frieden zusammenarbeiten?» Dabei ging er darüber hinweg (daß er sich selbst darüber nicht im klaren gewesen sein soll, ist unwahrscheinlich), daß die Zusammenarbeit zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten im Krieg ausschließlich durch die militärische Notwendigkeit erzwungen war. Mit der Frage des friedlichen Nebeneinanders hat dies nicht das Geringste zu tun.

2. Das bolschewistische System ist, wie *Lenin* und *Stalin* oft und oft betont haben, identisch mit der «Diktatur des Proletariats». Seine Avantgarde ist die «Partei», deren Führung in den Händen einer kleinen, fanatischen, doch kalt berechnenden Gruppe effektiver Machthaber liegt. *Lenin* definiert die Diktatur des Proletariats als «die Macht, die sich unmittelbar auf Gewalt stützt» («Probleme», S. 30; Bd. XVII, S. 124). Nach *Stalin* schließt die Diktatur des Proletariats «die durch kein Gesetz eingeengte Gewaltanwendung in bezug auf Kapitalisten und Grundbesitzer» (manchmal spricht er von der «Bourgeoisie» schlechthin) in sich («Probleme», S. 295). Dabei gelten die «Dorfarmut», die Klein- und Mittelbauern als «Reserve» des – allein zur Führung berechtigten – revolutionären Proletariats, das sie zu sich «herüberziehen müsse». Der Bolschewismus ist in seinen geschichtlichen Vorbedingungen, in seinen volklichen und materiellen Grundlagen eine spezifisch russische, wenn auch durch westliche Lehren entscheidend beeinflußte politische, soziale, ökonomische und geistige Erscheinung. Er hat nur mittels Gewalt in andern Ländern, zu denen er sich Zutritt verschaffte, Boden gefaßt, wobei alle nationalen Interessen der Völker dieser Länder unter der Wucht der allein bestimmenden bolschewistischen Weltideologie zertrümmert wurden bzw. werden. Am deutlichsten wird dies am westlichsten dieser Staaten, der Tschechoslowakei, sichtbar, über deren nationale und kulturelle, aber auch soziale und wirtschaftliche Tragödie man sich im Westen nicht entfernt ausreichend Rechenschaft gibt.

Zweifellos hat Rußland unter dem Bolschewismus eine bedeutende und in vielem staunenswerte wirtschaftliche und technische Entwicklung durchgemacht, auf deren Problematik hier allerdings nicht eingegangen werden kann. Worauf es hier aber ankommt, ist die Frage, die sich angesichts des unentwegten und für den Bolschewismus unverzichtbaren Willens desselben zur Weltrevolution, zur Welteroberung stellt: was würde der weltrevolutionäre Sieg des Bolschewismus bedeuten, sei es, daß er nun mit List, mit Umnebelung der Gehirne, mit Wühlerei, mit Gewalt, durch sukzessive Eroberung der Welt herbeigeführt würde? Die Antwort kann für jeden, der Augen hat, zu sehen, und Ohren, zu hören, nur lauten: Dieser Sieg wäre für alles, was wir im «Westen» an Kultur, an gesellschaftlichen, staatlichen Errungenschaften für lebenswert, für Werte des Lebens halten, er wäre für den abendländischen Menschen als Persönlichkeit vernichtend. Auch das ist nicht «westliche Hysterie», sondern teils persönliche Kenntnis des frühbolschewistischen Rußlands, teils das Ergebnis vernünftiger Einsicht und Überlegung, die sich bemüht, die Dinge so zu nehmen, wie sie sind, und daraus die zwingenden Folgerungen ableitet.

Es gehört zu den vielen gefährlichen Äußerungen des geistigen Selbstbetrugs, dem der «Westen» vielfach unterliegt, wenn, wie dies Strijd tut, die «Methoden der russischen Außenpolitik» als «um kein Haar besser» bezeichnet werden als jene der westlichen Welt; und wenn

über die heute schließlich doch nurmehr in den Ostblockstaaten bestehenden Zwangsarbeitslager, diese fürchterlichste, diese mit nichts, mit gar nichts vergleichbare Schande einer entmenschten Menschheit nachlässig mit ein paar Worten hinweggegangen wird[2].

Die Methoden der russischen Außenpolitik sind nicht nur «um kein Haar besser» als jene des Westens – diese Methoden sind vielmehr in ihrem geheimen Zusammenspiel mit den umstürzlerischen Elementen in allen Ländern der Welt, mit dem Nicht-Zurückscheuen vor Menschenraub und Ausrottung ganzer mißliebiger Volks- und Bevölkerungsgruppen (baltische Staaten) absolut inkongruent jenen der westlichen Welt.

Es ist grundverfehlt und maßlos gefährlich, heute mit dem Begriff «Kommunismus» herumzuwerfen, ihn «fakultativ» zu billigen, wo die einzig-aktuelle, reale Form desselben jene ist, die die übrige Welt kraft eines von fanatischer Ideologie beseelten Willens mit Untergang bedroht. Hier davon zu sprechen, in der Oktoberrevolution habe «etwas vom Mythos der Gerechtigkeit gelebt», ist fehlgeleitete Bewunderung, geeignet, bei der krisenhaften geistigen Lage großer Teile der westlichen Welt die Erkenntnis zu trüben, worauf die Oktoberrevolution letztlich hingezielt hat: nämlich auf die Errichtung eines weltexpansiven Zwangsregimes mit den gewaltigsten menschlichen, sachlichen, wissenschaftlichen und technischen Machtmitteln, die jemals einem solchen Regime zur Verfügung gestanden sind; eines Zwangsregimes, in dem selbst für den Edelkommunismus unserer Idealisten kein Raum ist – außer im Zwangsarbeitslager und in der Kerkerzelle!

3. Strijd spricht von der «entehrenden Wirklichkeit der kapitalistischen Kultur». Es liegt uns ferne, hier für diese Kultur eine Lanze brechen zu wollen. Nur die Frage sei gestellt, wie denn die nicht-kapitalistische Kultur, das ist vor allem jene im Sowjetstaat und die in den Satellitenstaaten seit deren Unterwerfung zutage getretene Kultur aussehe?

Die von Strijd gegen den «Kapitalismus» gerichteten Vorwürfe des «Gelddenkens», des Profitstrebens, der «mitleidlosen Konkurrenz und Verschwendung von Produktionskräften und Produkten, der Arbeitslosigkeit, der periodischen Krisen, der Ungleichheit der Entwicklungsmöglichkeit für den Einzelnen» sind nicht neu. Diese – schweren – Mängel bestehen, wenn auch durchaus nicht überall und immer, und auch nicht so, daß sie mit jeder nicht-kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung unlösbar verbunden wären. Was wir jedoch für falsch halten, ist, diese Kritik des «kapitalistischen» Systems dem «Kommunismus» gegenüberzustellen, um beide Systeme gegeneinander ab-

[2] Wer einmal die Luft eines solchen Lagers geatmet, wer die ganze, Herz und Bewußtsein zerschneidende Gräßlichkeit dieser «Daseinsform» erlebt hat, muß gegen solch ein nonchalantes Hinweggleiten über dieses grauenhafteste gesellschaftliche Symptom unserer Zeit flammenden Protest erheben namens der Millionen zu diesem Inferno Verdammten!

zuwägen, um zu zeigen, daß «der Kommunismus» eben doch «dem Kapitalismus» in dem und jenem wesentlich überlegen sei. Denn «er» ist es nicht, dieser allein heute der Realität des «Kapitalismus» (und was man in Bausch und Bogen diesem zurechnet) gegenüberstehende bolschewistische Kommunismus. Wenn das Menschen behaupten, die selbst unter den von ihnen verfluchten Segnungen des «Kapitalismus» oder jedenfalls einer nicht-bolschewistischen Ordnung leben, so ist dies auch eine Art Splitterrichtertum: sie sehen hier den «Splitter» und drüben nicht den «Balken».

Wir müßten eine komplette Kritik der bürgerlichen Ökonomie von heute schreiben, wollten wir ihre evolutiven Kräfte darzustellen suchen, das zu Beseitigende ausscheiden, das zu Verbessernde analysieren. All den vielfältigen Erscheinungen wäre nachzugehen, in denen sich dem «Kapitalismus» soziale und sozialistische Elemente vermischen. Es wäre über den Interventionismus, über den demokratischen Sozialismus und über ihre funktionelle Verbindung mit dem «Kapitalismus» zu sprechen. Im Rahmen dieser Betrachtungen kann dies selbstverständlich nicht geschehen. Ablehnen müssen wir aber ausdrücklich die Schwarz-Weiß-Malerei, das Operieren mit schematischen Begriffen und Vorwürfen, wobei man nicht beachtet, daß auch die nicht-kommunistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformen im Fluß sind, daß die letzten Jahrzehnte hier eine Fülle zum Teil sehr wichtiger Entwicklungen gebracht haben und daß man dem «Kapitalismus» gewiß allerlei mit Recht vorwerfen kann, doch eines nicht: daß er nicht bedeutende Elastizität, daß er nicht seine evolutive Fähigkeit bewiesen hätte, dies selbst auf die Gefahr hin, sich —vom manchesterlichen Kapitalismus aus gesehen — selbst aufzugeben.

Schablonenhafte Schlagworte gegen den «Kapitalismus», die auch bei Strijd nicht fehlen, sind jene, daß er «die Arbeit zur Ware degradiere» und von der «Existenzunsicherheit» unter ihm. Nun, man mag in guten Treuen verschiedener Meinung darüber sein, ob diese marxistische Charakteristik der «Arbeit» auch heute noch auf die in mächtigen Gewerkschaften organisierten Arbeiter der USA und Großbritanniens, ob sie auf die Arbeiter der skandinavischen Länder, auf die der Schweiz zutrifft, von den andern westeuropäischen Ländern zu schweigen. Doch was ist — in ihrer sozialen Wertung und Verwertung — die «Arbeit» in der Sowjetunion? Welchen gesellschaftlichen Rang hat sie dort, effektiv, nicht propagandistisch? Und wie wird sie wirtschaftlich behandelt? Und was die «Existenzunsicherheit» betrifft, so kann gerechterweise wohl nicht bestritten werden, daß gerade auf diesem Gebiete in den letzten Jahrzehnten einige Fortschritte erzielt worden sind, ohne daß es nötig gewesen wäre, die «kapitalistische Ordnung» und was man noch alles so nennt, einfach zu zertrümmern.

Aber Strijd geht weiter. Er will den Wahlspruch «Lieber tot als ein Sklave» nicht allein gegenüber Moskau, sondern auch gegenüber Washington angewendet wissen. Er lehnt «Totalitarismus» vom Westen wie

vom Osten ab. Ob er auch den Marshall-Plan zum «westlichen Totalitarismus», zu der von Washington drohenden «Versklavung», rechnet, sagt er allerdings nicht; auch nicht, ob das «Punkt-vier-Programm» (nach der Kongreßbotschaft des Präsidenten Truman vom Januar 1949) zum Aufbau der unentwickelten Gebiete dazu gehört.

4. Zu den alten, schon von Lenin zu Tod gehetzten Schlagworten zählt das vom «Imperialismus», der mit dem «letzten Stadium des Kapitalismus untrennbar verknüpft sei. Es kehrt auch bei Strijd wieder, der vom Imperialismus spricht, welcher «die farbigen Völker auf wirkungsvolle Weise ausbeutet». Daß die letzten zehn Jahre da immerhin einiges zum Bessern geändert haben, zweifellos zum großen Verdruß der Kommunisten, wird vorsichtig verschwiegen. Die völlige Loslösung Burmas vom britischen Commonwealth, die Unabhängigkeit Indiens und Aegyptens von Großbritannien, Indonesiens von Holland, der Philippinen von den Vereinigten Staaten – uninteressant! Denn nach dem kommunistischen Klischee *muß* ja der kapitalistische Imperialismus des «Westens» die Farbigen ausbeuten ... Daß daneben die Behandlung Indochinas durch Frankreich freilich kein Ruhmestitel ist, wird kein Einsichtiger leugnen. Auch über die amerikanische Politik im nachhitlerischen Deutschland, über jene in China seit Befreiung des Landes von Japan, ist mit Recht sehr Kritisches zu sagen[3]. Vor allem das eine, das ja noch weit hinausgeht über das an sich so riesige China-Problem: daß weiten und jedenfalls auch heute noch einflußreichen amerikanischen Kreisen das volle Verständnis für die sozialen Pflichten noch immer nicht aufgegangen zu sein scheint, die das Leben in der menschlichen Gesellschaft stellt. Sonst könnte es Truman mit seinem Fair Deal nicht so schwer haben. Doch all das berechtigt nicht zu Pauschalurteilen, berechtigt nicht dazu, über den «Westen» einfach den Stab zu brechen; durchschlimmern zu lassen, der «Osten» sei da doch etwas ganz anderes ...

5. Es ist ein Merkmal der geistigen Krise unserer Zeit, wie inhaltlich wichtige Begriffe ausgehöhlt, verfälscht werden, um sie bestimmten Tendenzen dienstbar zu machen. Das gilt unter anderem von den Begriffen «Freiheit» und «Friede». Für die Kommunisten ist «Freiheit» die, den politischen Gegner physisch zu vernichten, jede ihnen ideologisch nicht genehme Aeußerung oder Ansicht zum Verschwinden zu bringen. «Friede» wird gepredigt, der Kommunismus als sein allein berufener Wahrer erklärt und gleichzeitig mit aller Kraft für den Krieg gerüstet, weil man eben doch damit rechnet, früher oder später die Gewalt der Waffen zur Ausführung seiner weltrevolutionären und Welteroberungspläne zu benötigen. Gibt nun der Edelkommunist oder der Anti-

[3] Hingegen gehört es zur tendenziösen Seite der Darstellung Strijds, wenn er behauptet, Amerika wolle über Korea und Formosa der kommunistischen Regierung Chinas «in die Quere kommen». Diese Behauptung ist sachlich absolut nicht fundiert und nur dazu bestimmt, wie so manche andere, den «Westen» gegenüber dem politisch offenbar so «integren» Osten zu diskreditieren.

militarist die Losung aus: Kein Militarismus, keine Rüstungen! – so arbeitet er dem bolschewistischen Kommunismus direkt in die Hände, hilft er mit an der Selbstentmannung der vom Kommunismus bedrohten Welt, genau so, wie dies durch die Unterstützung der verschiedenen kommunistisch lancierten, obgleich sorgsam getarnten Friedenskundgebungen geschieht.

Selbstverständlich ist es zu bedauern, wenn zum Beispiel Holland, wie Strijd erwähnt, neuerdings große Mittel für Kriegsrüstungen ausgeben muß, welche Mittel dadurch seinem wirtschaftlichen Aufbau entzogen werden. Doch warum tut es das? Warum rüsten Großbritannien, Frankreich, vor allem die USA – nachdem sie jahrelang nur das Ziel kannten, möglichst abzurüsten, um wirtschaftlich und sozial vorwärts zu kommen? Von wem anders ging der Anstoß aus als vom bolschewistischen Rußland, das seit 1945 nicht aufgehört hat, zu rüsten, Expansion in Europa und in Asien zu treiben und unablässig zu wühlen? Womit es übrigens,, wie eingangs ausgeführt, nichts anderes tat, als worauf es sich seit Beginn programmatisch festgelegt hatte. Strijd aber sagt zum Atlantikpakt «Nein» und «Nein» zu jeder Rüstungspolitik ... Er bedauert das Verbot der Kommunistischen Partei in Australien und Südafrika[4], die Gründung geheimer Polizeidienste, weil damit die Freiheit auf eine Weise verteidigt würde, «die zu ihrem vollen Verluste führen» müsse ... Nach ihm wäre es also die «richtige» Verteidigung der Freiheit seitens der Staaten, auf die es der Bolschewismus abgesehen hat, wenn sie weiterhin ruhig zuließen, daß die Kommunisten die Grundlagen dieser Staaten untergraben.

Strijd findet, in der augenblicklichen Lage sei der «Gerechtigkeit» der Vorzug vor der «Freiheit» zu geben. Hier wäre zunächst einzuwenden, daß es ohne ein gewisses Mindestmaß an Freiheit überhaupt keine Gerechtigkeit geben könne. Denn die Bestimmung dessen, was «gerecht» ist, setzt Erkenntnis und Entscheidung freier Menschen voraus. «Gerechtigkeit» im politischen, sozialen, wirtschaftlichen Leben zu verwirklichen beinhaltet eine Unzahl differenzierender Interessenabwägungen und -würdigungen und deren möglichste Harmonisierung. Sodann: eine kommunistisch schielende Gerechtigkeit ist nicht mehr wert als eine «kapitalistische», die sich der sozialen Rücksichtnahme, wenn auch oft nur zögernd, erschließt. Die «kapitalistische» Freiheit war gewiß nur allzu oft und allzu lange eine solche harter sozialer Rücksichtslosigkeit. Aber unter dem sich wandelnden «Kapitalismus» gibt es immerhin Kombinationen, die der Freiheit Beschränkungen zugunsten der «Gerechtigkeit» auferlegen. Dagegen ist die russische «Lösung» des Problems der Gerechtigkeit gleichbedeutend mit der integralen Vernichtung der Freiheit.

---

[4] Eine Maßnahme, über deren Klugheit und Zweckmäßigkeit man gewiß verschiedener Meinung sein kann, die aber noch immer etwas ganz anderes ist als die Behandlung der wirklichen und angeblichen Opposition im kommunistischen Staat.

6. Recht hat Strijd darin, daß der dialektische Materialismus von Marx und Engels, auf dem Lenin und Stalin weitergebaut haben, abzulehnen ist – nicht nur vom Christen, sondern von jedem, der das Irrige und die Gefahren dieses Denkens und der daraus folgenden Politik erkennt. Denn diese Betrachtungsweise führt unabwendbar zur funktionellen Abwertung des Geistigen im Menschen, weil sie die Souveränität des Geistigen grundsätzlich bestreitet und mißachtet. Damit jedoch büßt der Mensch das Wesentlichste ein, das ihm eigen ist. Deshalb auch befindet sich der Kommunismus, der ja auf dem dialektischen Materialismus basiert, mit sich selbst in einem inneren Widerspruch – er, der so viel von den unbehebbaren Widersprüchen des «Kapitalismus» spricht, an denen dieser zugrunde gehen müsse: der Kommunismus will – in absehbarer Zeit – die klassenlose Gesellschaft herbeiführen; er will, anders als Nietzsche, nämlich auf *seine* eigene Weise, einen höheren Menschen züchten, eine Gesellschaft, die frei von Zwang sich selbst ordnet und erhält. Aber – und nun kommt das Entscheidende: der Kommunismus, wie er sich uns heute in seiner einzigen realen Form präsentiert, *zerstört* all das im Menschen, dessen der Mensch gerade im höchsten Maße bedürfte, um die kommunistische Ordnung dieser «höheren» Gesellschaft zu ermöglichen: den Geist und das verfeinerte sittliche Gefühl.

Das darf natürlich nicht hindern – und auch darin pflichten wir Strijd bei –, zu erkennen, daß auch die Freiheitsideologie des Westens an der Sünde des Materialismus mitschuldig ist. Noch mehr: der geistige Liberalismus, dem wirtschaftlich der moderne Kapitalismus entwuchs, der sich jedenfalls in Wechselbeziehung zum Kapitalismus entfaltete, hat recht eigentlich jenes einseitig-materialistische Denken gefördert, es zur Blüte gebracht, das dann durch Marx und Engels, die beide aus der Bourgeoisie kamen, weltanschauliche Grundlage des Sozialismus-Kommunismus geworden ist. In *diesem* Sinne – aber auch nur in diesem – *ist* der Kommunismus die folgerichtige Antwort an die bürgerliche Gesellschaft, die sich allzu selbstgefällig für die schlechthin vollendete Form menschlicher Gemeinschaft gehalten hat.

7. Und nun der Weg aus dem Labyrinth, in das sich unsere Generation verschlagen sieht? Für Strijd ist es «der Glaube an die wirksame Kraft der Wahrheit»; die «neue Wehrhaftigkeit», die «neue Kampfesweise», die bewußt «Nein» sagt zu jedem Totalitarismus, zum Atlantikpakt, zum Militarismus; und «Ja» zu einem radikalen Sozialismus, der der Gerechtigkeit dient und die wahre Demokratie verwirklicht; «Ja» zu jedem «Versuch, der dem internationalen Vertrauen dienen kann».

Ist das – in der Ablehnung des Atlantikpakts und jeder Bewaffnung – ganz richtig? Und vor allem, kann es genügen? Genügen in einer Situation, wie wir sie eingangs dokumentarisch gekennzeichnet haben? Strijd selbst scheint daran zu zweifeln, denn er fügt hinzu: «Auf die Frage, ob diese neue Kampfesweise uns vor dem Untergang retten wird,

müssen wir die Antwort schuldig bleiben.» Vielleicht bleibe letztlich dem Christen nur der Untergang im Dienste Christi übrig . . . damit würde der Welt auch am meisten und besten geholfen . . .»

Gewiß ein eminent ethischer, ein tief religiöser Standpunkt. Doch, man verzeihe uns, wenn wir uns damit nicht bescheiden; wenn wir die weitere Frage stellen, ob denn diese Untergangsphilosophie – und es ist eine solche – wirklich die einzige, die letzte Möglichkeit ist? Soll also der bolschewistische Kommunismus den sich selbst wehrlos machenden «Westen» zertrampeln? (Daß er zögern würde, es zu tun, könnte nur ein unverbesserlicher Illusionist hoffen.) Und ist es nicht Selbsttäuschung, auf «internationales Vertrauen» hinzustreben, wo die andere Seite «Vertrauen» höchstens für Zeitgewinn oder zur Überlistung nutzen würde, da ernstgemeintes Vertrauen mit ihrer letzten Zielsetzung unvereinbar ist?

Strijds «dritter Weg» würde zur Kapitulation führen vor einem Schicksal, das abzuwenden die abendländische Menschheit verpflichtet ist, verpflichtet der Vergangenheit und der Zukunft gegenüber. Und wenn sie nur will, *hat* sie Fähigkeit und Macht dazu. Wir wollen versuchen, anzudeuten, wessen es hierzu unseres Erachtens vor allem bedarf.

Das erste ist: die Befreiung aus den Ketten des Materialismus, des einseitig-materiellen Denkens und Tuns; die Besinnung auf die übermateriellen Werte und die Bereitschaft, dieselben zur Geltung zu bringen, wo sie wesensgemäß Geltung beanspruchen können.

Das zweite: die Erkenntnis, daß eine subtile, vielschichtige Problematik nicht vom Gefühl her behandelt werden darf, sondern daß es hier auf eindringendes Wissen ankommt, da alles andere Beginnen Dilettantismus ist, der, wäre er auch noch so gut gemeint, nicht helfen kann.

Das dritte: Man vermeide Begriffsverfälschungen, man operiere nicht mit zweideutigen Begriffen, ohne sich diese Zweideutigkeit klar zu machen. Man verwechsle nicht den bolschewistischen Kommunismus mit einem kommunistischen Idealgebilde, das heute nirgends auf der Welt real zur Diskussion steht.

Das vierte: Man liebäugle nicht mit dem «Kommunismus» bloß aus Dégoût am «Kapitalismus», man bilde sich nicht ein, «dort« sei «der Fortschritt», hier das «Überlebte». Man verschließe nicht die Augen vor der Katastrophe, zu der ein Sieg des Kommunismus über das Abendland führen würde.

Das fünfte: Man übe an den nicht-kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftserscheinungen sachliche, unvoreingenommene Kritik; man fördere ihre evolutiven Möglichkeiten und vergesse nie, daß eine maßvolle Evolution einer noch so brillanten Revolution vorzuziehen ist.

Das sechste: Man hüte sich im «Westen» davor, sich selbst geistig und willensmäßig zu schwächen, indem man einem Defaitismus ver-

fällt, der das Abendland unabwendbar untergehen und nur im Osten Zukunftsmöglichkeiten sieht. Man spiele den «Kommunismus» nicht deshalb gegen den «Kapitalismus» aus, weil die westlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsformen mangelhaft sind.

Das siebente: Man scheue sich nicht, angemessene politische und auch militärische Mittel anzuwenden, wo es nötig ist, um sich gegen einen Feind zu behaupten, der kein Erbarmen und nur seine fanatische Ideologie kennt. Man bescheide sich nicht bei der Idee, sondern man schreite, wo es sein muß, mit aller Energie zur Tat.

Hans Ornstein.

Noch einmal: Das Ost-West-Problem

Man kennt den Hergang:

Im Juli 1950 hielt ich auf der internationalen Tagung des IFOR (International Fellowship of Reconciliation) in Woudschoten (Holland) einen Vortrag über «Das Problem Ost-West».

Dieses Referat wurde in «Neue Wege», September 1950, abgedruckt (S. 358—373).

Hans Ornstein schrieb eine ausführliche kritische Beschauung hierüber an die Redaktion der «Neuen Wege». Die Redaktion sandte mir diese Entgegnung direkt zu und ersuchte mich, hierauf zu antworten.

Leider mußte die Beantwortung wegen Zeitmangels lange unterbleiben, bis mich die zwei Artikel von Hans Ornstein im «Aufbau» (vom 23. Februar und 2. März 1951) plötzlich an meine Schuld und an meine Aufgabe erinnerten.

Übrigens: Wenn meine Antwort auch spät kommt – die Angelegenheit selbst ist wichtig und dringend geblieben . . .

Ich will nun versuchen, auf die hauptsächlichsten Bemerkungen von Hans Ornstein so kurz und deutlich wie möglich einzugehen. Ich folge seinem Artikel Punkt für Punkt.

1. Hans Ornstein macht erst einige Bemerkungen über das Ziel der Weltrevolution, dem der russische Kommunismus nachjagt. Er weist dann auf die «Unverträglichkeit des Nebeneinanders von kapitalistischer und echt-sozialistischer Staats- und Gesellschaftsordnung», gemäß Leninistisch-Stalinistischer Lehre, hin.

Ich will der letzte sein, das in Zweifel zu ziehen. Die Weltrevolution ist ein Teil des kommunistischen Mythos, der niemals widerrufen wurde. Die Idee der Weltrevolution paßt übrigens auch ganz in die messianische Struktur des russischen Kommunismus.

Auch der Wahlspruch von Stalin «Sozialismus in einem Lande» war keine Verleugnung der Weltrevolution. Das große Ziel muß auf diesem (Um)weg erreicht werden.

Komintern (bis zum 10. Juni 1943) und Kominform (seit Oktober 1947) sind internationale Organisationen, wodurch die Einheit des Handelns aller Kommunisten gewährleistet wird. Wie die Römisch-Katholischen in der ganzen Welt von Rom ihre Weisungen erhalten, so erhalten die Kommunisten in der ganzen Welt die ihrigen aus Moskau.

Rußland ist sich dessen bewußt, eine Welt-Mission erfüllen zu müssen. Damit werden wir ernst machen müssen.

Aber wir müssen dann auch ehrlich sein und den amerikanischen Imperialismus nennen. Ich bekomme gerade während ich diesen Artikel schreibe einen Brief aus Deutschland, worin über die Remilitarisierung Deutschlands geschrieben wird. In Deutschland gibt es Kreise (diesem Briefe zufolge), in denen die Meinung herrscht: «Ich lasse mich lieber freiwillig in meiner Wohnung bolschewisieren, als erst für den *imperialistischen Westen* zu kämpfen und dann als Krüppel bolschewisiert zu werden!» Und wenn wir so heftig gegen die kommunistische Überzeugung protestieren, daß Rußland eine Weltmission zu erfüllen habe, wollen wir dann doch nicht vergessen, daß es noch gar nicht so lange her ist, daß Cecil Rhodes den englischen Imperialismus verteidigte, weil die Engländer («the finest race which history has yet produced») berufen wären, die Welt zu beherrschen, um die Pax Britanica zu verkünden und zu verteidigen. «Da Gott» – so sagte Cecil Rhodes – «offenbar die englische Rasse als sein Werkzeug geschaffen hat, womit er eine Gesellschaft aufrichten will, die auf Gerechtigkeit, Freiheit und Friede gegründet ist, kann er nichts anderes wollen, als daß ich mich dafür einsetze, die Macht und den Einfluß dieser Rasse so weit wie möglich auszubreiten.»

Man begreife mich gut. Ich behaupte nicht, daß das eine und das andere genau dasselbe sei. Ich behaupte jedoch, daß es sich hier um Parallelen handelt, die wir nicht übersehen dürfen. Nur auf diese Weise werden wir bald bemerken, daß jede Beschuldigung auch eine Selbstbeschuldigung einschließt und einen Aufruf zu Selbstverbesserung.

Die Macht, welche sich die Vereinigten Staaten in der Zeit seit dem Ende des zweiten Weltkrieges im Westen erobert haben, ist enorm. Und wenn man bei Sowjetrußland (und mit Recht) immer wieder auf die «Weltrevolution» hinweist, der nachgejagt wird, sollte es dann nicht ein Beweis von sachlicher Ehrlichkeit sein, wenn man darauf auch bei den Vereinigten Staaten von Amerika hinweist, die – um nur eines zu nennen – Westdeutschland und Japan vollkommen in den amerikanischen Machtblock eingeschlossen haben?

Und wieviel ist über das Auftreten von Eisenhower in Westeuropa zu sagen!

Und um in der Geschichte einen Schritt zurück zu tun – sind die Interventionskriege, die die Westmächte in Rußland führten, um die antikapitalistische Revolution in den Jahren 1918 bis 1920 ungeschehen zu machen, nicht ein ebenso großer Beweis, daß der Westen die «Weltrevo-

lution» will, wie die Anti-Sowjet-Hetze, die unmittelbar nach 1945 einsetzte?

Und nun kann man zwar sagen, daß es bei der USSR eine Theorie ist, die Lenin und Stalin verkündigt und verteidigt haben; bei den USA ist es keine so deutlich ausgesprochene Theorie, dafür aber eine sehr deutliche Wirklichkeit.

Wir müssen also sowohl für den Osten wie auch für den Westen die sendungshafte Tätigkeit erkennen. Aber wichtiger als diese Erkenntnis wird dann die Frage: «Wie können wir dieser Aktivität als *Christen* begegnen? Welches ist die *christliche* Antwort auf die Idee der «Weltrevolution» sowohl des Ostens wie des Westens?

2. Ich wundere mich darüber, daß Hans Ornstein meinen Vortrag so schlecht gelesen hat. Tatsächlich habe ich darauf hingewiesen, daß «in der Oktober-Revolution etwas vom Mythos der Gerechtigkeit lebt.» («Neue Wege», September 1950, Seite 363). Ich nehme hiervon kein Wort zurück. Ich freue mich, daß L. John Collins, Canon von St. Pauls London, und Victor Gollancz, die zu Beginn dieses Jahres zusammen eine Broschüre unter dem Titel «Christianity and the war crisis» herausgegeben haben, dies auch rundweg zugeben. Das ist in dieser Zeit, die durch Schlagworte vergiftet wird, schon eine ganze Menge.

Aber, Herr Ornstein, ich habe doch wirklich auch noch mehr gesagt! Wenn ich in den «Neuen Wegen», September 1950, Seite 362 bis 365 über «Ziel und Mittel» spreche, dann komme ich zu der folgenden Schlußfolgerung:

«Von dem *Namen* aus, dessen wir uns als Christen stets erinnern (Jesus Christus), von dem *Zeichen* aus, mit dem dieser Name verbunden ist (das Kreuz), von dem *Reich* aus (das Reich Gottes) – sagen wir als Christen: wir glauben nicht, daß der Sozialismus als Gesellschaftsform, in welcher die Gerechtigkeit regieren soll, mit derartigen Methoden verwirklicht werden kann. Wir glauben, daß bei der Anwendung solcher Mittel das Endziel unerreichbarer denn je wird. Wir glauben, daß diese Mittel sich in entscheidender Weise an dem erreichten Resultat rächen werden. Wir glauben, daß diese Mittel auch in Sowjetrußland auf das ursprünglich gestellte Ziel einen verzerrenden Einfluß ausüben, so daß wir uns die Frage stellen müssen: worum geht es nun eigentlich im Augenblick: um die Gerechtigkeit für die Gemeinschaft oder um die Machtstellung Rußlands in der Welt?»

Ich finde es bedauerlich, daß mein Artikel aus den «Neuen Wegen» nicht in extenso im «Aufbau» aufgenommen wurde, bevor die Bemerkungen von Hans Ornstein darin abgedruckt wurden. Dann hätten die Leser vom «Aufbau» sehen können, daß ich wirklich nicht von einem «Edelkommunismus» ausgehe und daß ich weniger von «Ahnungslosigkeit und Idealismus» benebelt bin, als Hans Ornstein denkt.

Und die Zwangsarbeitslager? Ich habe darüber tatsächlich nur mit

ein paar Worten gesprochen, weil die Existenz derartiger Zwangsarbeitslager hier im Westen allgemein bekannt ist. Sie gehören zu den Mitteln, von denen ich sagte, daß sie sich «in entscheidender Weise an dem erreichten Resultat rächen werden».

Hans Ornstein ruft in einer Fußnote aus: «Wer einmal die Luft eines solchen Lagers geatmet hat . . . muß gegen solch ein nonchalantes Hinweggleiten . . . flammenden Protest erheben namens der Millionen zu diesem Inferno Verdammten!»

Ich habe selbst «die Luft eines derartigen Lagers geatmet», ein Jahr lang in Holland während der deutschen Besetzungszeit. Gerade darum aber auch ist es nicht Nonchalance zuzuschreiben, daß ich nur mit einigen Worten diese grausame Wirklichkeit anrührte. Mehr sage ich hierüber nicht.

Dann nennt Hans Ornstein noch unter Punkt 2 «die Methoden der russischen Außenpolitik». Wiederum: ich ziehe keine Parallelen, weil sie zu hundert Prozent richtig sein würden. Ich ziehe nur Parallelen, weil sie uns einige Oktaven tiefer singen lassen, wenn wir Rußland beschuldigen.

Ich nenne jetzt nur zwei Dinge, auf Grund der Aussprache, daß die Russen «nicht zurückschrecken vor Menschenraub und Ausrottung ganzer mißliebiger Volks- und Bevölkerungsgruppen».

Zuerst: Hat Hans Ornstein vergessen, daß wir im Augenblick angestrengt daran arbeiten, mit Hilfe leitender Persönlichkeiten aus dem alten Nazi-Deutschland, das auch nicht «zurückschreckte vor Menschenraub und Ausrottung ganzer mißliebiger Volks- und Bevölkerungsgruppen», Deutschland zu remilitarisieren? Woraus wir den Russen einen Vorwurf machen, sehen wir bei diesen Deutschen durch die Finger.

Weiter denke ich an den 6. August 1945, als Amerika die Atombombe auf Hiroshima fallen ließ. P. M. S. Blackett hat in seinen «Military and political consequences of atomic energy» (1948, p. 116 bis 130) darauf hingewiesen, daß Amerika genau am 6. August 1945 die Atombombe auf Hiroshima warf, um Rußland (das am 8. August den Krieg an Japan erklären sollte) außerhalb Japans zu halten. *Ohne irgend welche dringende militärische oder diplomatische Gründe wurden in einem Moment 100 000 Menschen als Ratten in Hiroshima vertilgt.*

Blackett zieht hieraus folgende Schlußfolgerung: «Das Abwerfen der Atombombe war nicht so sehr die letzte militärische Tat im zweiten Weltkrieg als vielmehr die erste große Operation in dem Kalten diplomatischen Kriege gegen Rußland, der jetzt geführt wird.»

Das hätte sich Rußland erlauben müssen!

Wir können höchstens sagen, daß Sowjetrußland in dem Kalten Kriege, den es seit 1917 gegen den Westen führt, gewisse Mittel gebraucht, die die westlichen Demokratien nicht oder so gut wie nicht gebrauchen (ein totales Regime, Konzentrationslager, Gleichschaltung, unbegrenzte Macht *eines* Führers, politische Unfreiheit).

Bei der gebräuchlichen Entrüstung über diese Mittel wird jedoch, besonders von denjenigen, die an der Umzingelung Rußlands mit hartnäckiger Ausdauer mitarbeiten, der defensive Kriegscharakter der russischen Handlungsweise vollkommen aus dem Auge verloren.

3. Es wird dem Leser des Zitats aus meinem Artikel in den «Neuen Wegen» wohl klar sein, daß es mir rätselhaft ist, wie Hans Ornstein sagen kann, daß ich zwar einen «Splitter» in unserer «nicht-bolschewistischen Ordnung» sehe, aber nicht den «Balken» im bolschewistischen Kommunismus. Wer das Zitat, das zum *Kern* meines ganzen Vortrags gehört, noch einmal nachliest, wird mit Erstaunen von dem Vorwurf der «Schwarz-Weiß-Malerei» Kenntnis nehmen.

Soweit ist es schon in der Welt gekommen. Wer ein einziges gutes Wort für Sowjetrußland übrig hat, ist ein (Krypto)-Kommunist, und wer zwei gute Worte für Sowjetrußland übrig hat, ist ein Landesverräter. Was Hans Ornstein unter Punkt 3 sagt, ist ein gebildetes Echo dessen, was als gewöhnliche lärmende Meinung zu hören ist.

Was den Kapitalismus betrifft: Die Zeit eines hemmungslos ausbeutenden Kapitalismus ist, wenigstens in bedeutenden Teilen der kapitalistischen Welt, vorbei. Und es ist darum vielleicht am richtigsten, von einem «gebrochenen», einem gemäßigten Kapitalismus, zu sprechen.

Lassen wir aber dabei nicht außer acht, daß auch ein «gebrochener» Kapitalismus noch Kapitalismus bleibt. Das bedeutet: die Interessen des Kapitalismus überherrschen die Interessen der Arbeit. In der Hierarchie der Werte steht das ökonomische Motiv an der Spitze. Das Privateigentum der Produktionsmittel, mit den Folgen davon, zum Beispiel Einkommen ohne Arbeit, bleibt bestehen. Die Arbeit bleibt zu einer «Ware» erniedrigt. Und dabei sprechen wir noch nicht von der «kapitalistischen Kultur» (dieser Ausdruck stammt von Sidney und Beatrice Webb), die bei unserer Beurteilung der Menschen, in Erziehung und Unterricht, der Presse, dem Radio, immer wieder in Erscheinung tritt.

Meine feste Überzeugung ist, daß wir, erst wenn wir die entehrende Wirklichkeit der kapitalistischen Wirklichkeit *nicht mehr zu entschuldigen versuchen, indem wir nach anderen, schuldigen Wirklichkeiten hinweisen,* die Kraft aufbringen können, die Herausforderung Sowjetrußlands auf die richtige Weise zu beantworten.

Hans Ornstein wird mich fragen, ob denn keine guten Dinge über den modernen Kapitalismus zu sagen sind. Darauf antworte ich: «Ja, sicherlich.» Ich lasse einem unverdächtigen Zeugen das Wort, dem Kommunistischen Manifest (1848): «Die Bourgeoisie hat während ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massalere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle früheren Generationen zusammen.»

Die Millionenbevölkerung des Westens und des Ostens kann nur mit Hilfe der in der kapitalistischen Periode zur Blüte gekommenen Massenproduktion und rationalistischen Ökonomie am Leben gehalten werden. Übrigens: die Erhöhung des Wohlstandes und der Bildung –

es gibt im Westen so gut wie keine Analphabeten mehr – hat die materiellen Bedingungen für die Bewußtseinsformung der Arbeiter und der Verwesentlichung der wirklichen Demokratie in einem personalistischen Sozialismus geschaffen.

Meiner Ansicht nach sollten wir daher unsere Haltung dem Kapitalismus gegenüber wie folgt umschreiben können:

Die Resultate der Entwicklung der Produktions*kräfte* innerhalb des modernen Kapitalismus, welche wir soeben aufzählten, wollen wir in ihrem Wert nicht unterschätzen – die Entwicklung der Produktions*verhältnisse* innerhalb des modernen Kapitalismus müssen wir entschlossen bekämpfen: sie bedeutet eine fortgesetzte Schändung der wesentlichen Bestimmung des Menschen.

Hans Ornstein fragt mich, wie denn die «Arbeit» in Sowjetrußland wirtschaftlich behandelt wird? Aber habe ich denn in meinem Artikel («Neue Wege», S. 362 bis 363) nicht ausdrücklich über die Gefahren von Managerialismus und Stachanowismus gesprochen? Herr Ornstein stellt es in seinen Bemerkungen so dar, als ob ich, wie die Kommunisten, immer nur die sowjetrussischen Zustände lobe und preise! Man lese doch die Artikel und Bücher über Rußland, die Menschen geschrieben haben, die eine andere Ansicht haben als wir selbst, nüchtern und ruhig – und das gilt für beide Parteien!

Zum Schluß sei bemerkt: Was die Sowjetunion betrifft, so ist hier wirklich prinzipiell mit dem Gewinnsystem, wie wir es kennen, gebrochen. Nicht Gewinn für den Einzelnen beherrscht den Lauf der Dinge in der Gesellschaft. Das hat seine Ursache in der Tatsache, daß die Produktionsmittel kein Privateigentum, sondern Staatsbesitz sind.

Kapitalbildung durch Privatpersonen ist in Sowjetrußland unmöglich. Das Einkommen ohne Arbeit ist abgeschafft. Niemand kann also so viel Geld erben, daß er davon leben könnte, ohne zu arbeiten.

Aber auch hier macht sich wieder die Problematik von Ziel und Mitteln geltend: hier verweise ich nochmals auf das unter Punkt 2 genannte Zitat aus meinem Artikel in den «Neuen Wegen» (S. 362 bis 365).

4. Ob es nur auf einer Vorliebe für «Schlagwörter» beruht, daß ich über den Imperialismus des Westens spreche, wage ich zu bezweifeln. Es ist einfach eine Tatsache, daß die farbigen Völker von uns auf wirkungsvolle Weise ausgebeutet worden sind und noch oft werden. –

Daß über die westliche Politik in Indochina und Westdeutschland, in China und Japan, «mit Recht sehr Kritisches zu sagen ist», darin stimmt Ornstein mir bei. Daß aber meine Behauptung, der koreanische Konflikt hänge wesentlich mit der amerikanischen Politik China gegenüber zusammen, nicht nur «tendenziös» ist, wird leider je länger desto mehr durch den Lauf der Dinge bewahrheitet.

Ornstein nennt auch einige Lichtpunkte, die die Dunkelheit der Ausbeutung der farbigen Völker durchbrechen. Ich nenne hiervon nur

einen, und zwar denjenigen, womit ich am meisten innerlich verbunden bin: die Loslösung Indonesiens von Holland. Ich möchte Herrn Ornstein in dieser Beziehung auf meinen Artikel in den «Neuen Wegen», Februar 1949, S. 71 bis 73, aufmerksam machen und die darauf folgende Diskussion in den «Neuen Wegen», Mai 1949, S. 220 bis 229. Daraus wird er ersehen, daß nicht so sehr viele Gründe bestehen, dieses Gute «zu verschweigen». So sehr viel Gutes ist davon nicht zu sagen; Niederland fehlte der Mut, dasjenige zu tun, was in der gegebenen historischen Lage seine Mission gewesen wäre. Die Umstände schoben uns in eine bestimmte Richtung, zu einer bestimmten Entscheidung – aber darüber brauchen wir wirklich nicht so froh zu sein! Und ist es mit England in seiner Beziehung zu Indien nicht grundsätzlich dasselbe gewesen?

Noch einmal: Wenn wir unsere Schuld nicht mutig und offenbar, ohne Umwege und Camouflage, erkennen wollen, gerade auch, was Asien betrifft, dann werden wir auch niemals den Mut aufbringen können, auch nur auf einem einzigen Punkt einen wirklich konstruktiven Beitrag zum Aufbau des gärenden, erwachenden Asiens zu liefern.

5. Von Sowjetrußland erhalten wir die Herausforderung, eine Antwort auf die Frage nach gesellschaftlicher Gerechtigkeit, genauer gesagt, nach Brot, zu geben.

Wenn wir diese Herausforderung von unserer europäischen Situation aus nicht entdecken können, so tun wir gut daran, nach Asien zu sehen. Auf dem Boden des Feudalismus, der durch den Westen am Leben erhalten wird, und auf dem Boden der Rassendiskrimination, die durch den Westen in Praxis gebracht wurde (und wird), gedeiht die kommunistische Pflanze üppig.

Darum werden wir erst eine Antwort auf die Frage nach Gerechtigkeit geben müssen, so sehr wir auch den Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit und Freiheit kennen. Die Situation, in der wir uns befinden, wird uns wohl klar vor Augen führen, worauf wir den stärksten Nachdruck legen müssen!

Das aber ist die Tragik des Westens, daß wir den verkehrten Weg einschlagen. Wir wollen die Freiheit verteidigen. Und dafür bringen wir einen gewaltigen Kriegsapparat auf die Beine. Mit diesen Folgen:

a) Wir haben kein Geld mehr, eingreifende sozialökonomische Maßnahmen zu treffen. In Holland zum Beispiel gehen die Preise pfeilschnell in die Höhe, auch bei den allernötigsten Dingen. In kurzer Zeit werden wir nur noch von Kanonen sprechen können; die Butter werden wir vergessen haben.

Ist es ein Wunder, daß die Unzufriedenheit steigt? Je leerer der Magen ist, je schwieriger die Umstände werden, desto größer werden die Aussichten für kommunistische Beeinflussung. Infolge unserer eigenen Aushöhlungspolitik, die wiederum eine Folge des Bewaffnungswettlaufes ist, nehmen wir uns selbst die Möglichkeit, eine *passende*

und rettende Antwort auf die Gerechtigkeitsherausforderung Rußlands zu geben.

An der Herausforderung ist nicht zu zweifeln. Die Herausforderung bleibt bestehen, wenn auch viele behaupten, daß Sowjetrußland hierzu nicht das Recht habe ... usw.

b) Wir gehen nicht nur der Gerechtigkeit verlustig durch unsere Verteidigungsmaßnahmen, wir verlieren auch langsam aber sicher je länger desto mehr unsere Freiheit. Die Marge von Freiheit – daß diese noch existiert, ist einer der großen und kostbaren Unterschiede zwischen West und Ost – wird im Westen immer kleiner. Geheime Dienste verrichten auch im Westen ihre die Demokratie schändende Arbeit.

c) Wir leben in einer Kriegspsychose, wodurch unser Urteil benebelt wird und die Geister gleichgeschaltet werden.

Manchmal denke ich: Wenn es so weitergeht, dann schreiben die holländischen[1] Zeitungen in zwei Jahren alle, daß wir im Jahre 1940 einen großen (obwohl verständlichen) Fehler begangen haben: wir hätten damals nicht gegen Nazi-Deutschland kämpfen müssen (und später selbst *mit* den Russen gegen Deutschland) – wir hätten mit den Nazi-Deutschen gegen das bolschewistische Rußland kämpfen müssen!

Je länger es dauert, desto mehr verliert man im Westen ein selbständiges Urteil. Wir sind wie ein Stück Holz auf den Wellen – willenlos ausgeliefert an die amerikanische Propaganda und geleitete Aufklärung in Zeitung, Film, Radio. Und dadurch werden wir ohnmächtig, noch eine eigene und andere Meinung in uns selbst zu formen. Wir können die «Freiheit», die noch übrig bleibt, selbst nicht mehr benutzen.

Darum, Herr Ornstein, sage ich: keine Rüstungen. Denn *mit* Rüstungen «arbeiten wir dem Kommunismus direkt in die Hände» und helfen wir mit an der «Selbstentmannung» dieser Welt.

Ich will dabei deutlich bemerken, daß diese realpolitischen Erwägungen für meinen Antimilitarismus nicht ausschlaggebend sind. Ausschlaggebend ist vielmehr die Überzeugung, daß es für Anhänger von Jesus Christus vollkommen unmöglich sein müßte, sich in ein System von totalitärer Gewalt ein- und damit gleichschalten zu lassen.

Wir dürfen es nicht, denn ER will es nicht – das ist das letzte Wort über den Krieg vom christlichen Glauben aus.

Wir glauben nicht, daß der Teufel durch den Beelzebub ausgetrieben werden kann.

6. Auf Punkt 6 kann ich nur die eine Antwort geben: es ist mir vollkommen rätselhaft, wie Menschen, die die widerwärtigste Kriegsgewalt in gewissen Fällen als zulässig erachten (und wir können ganze Stadtbevölkerungen wie Rattenkolonien vertilgen, wir brauchen ja nur

[1] *Anmerkung der Redaktion.* Nicht nur diese; die Zyniker des modernen Kreuzzuges, die ehrlicher sind als seine Prediger, erklären schon heute, man habe damals das falsche Schwein geschlachtet.

an den 6. August 1945 und an den unmenschlichen Krieg in Korea zu denken!) – ich wiederhole: es ist mir vollkommen rätselhaft, wie wir – während wir selbst die Atombomben und Bakterienwaffen in Bereitschaft halten – zu sagen wagen, daß der Kommunismus «den Geist und das verfeinerte sittliche Gefühl zerstört».

Wenn der Kommunismus hierauf mit dem Worte: «Arzt, heil dich selbst!» antwortet – hat er dann nicht recht?

7. Die Frage: Was müssen wir dann tun? habe ich auf den Seiten 370 bis 373 meines Artikels in den «Neuen Wegen» beantwortet.

Wir sagen dreimal NEIN und dreimal JA.

Wir sagen NEIN zum Militarismus und JA zu der neuen Wehrhaftigkeit.

Wir sagen NEIN zu jedem Totalitarismus und JA zu jedem Versuch, der in radikaler Weise der Gerechtigkeit dienen will, ohne die Menschlichkeit zu schänden.

Wir sagen NEIN zum Atlantikpakt und allen seinen fatalen Folgen, aber JA zu jedem Versuch, mehr Vertrauen in die internationalen Beziehungen zu erwecken (Nehru, die Anerkennung des neuen Chinas usw.).

Auf diese Weise werden wir nicht wehrlos. So werden wir *auf eine neue Weise* wehrhaftig.

Wir lassen uns viel zuviel von anderen zeigen, wie und mit welchen Waffen wir kämpfen müssen. Dadurch begehen wir in den meisten Fällen gerade die Fehler, welche Lenin vorausgesehen hat und die Stalin erwartet. Und das nennt man dann Realpolitik!

Nur wenn wir, und in erster Linie die Christen und die Sozialisten, dieses dreifache NEIN zusammen mit dem dreifachen JA auf uns nehmen und zu realisieren beginnen, nur dann sind wir auf dem Wege, uns nicht «geistig und willensmäßig zu schwächen».

Kr. Strijd.

WELTRUNDSCHAU

Ein Kriegstreiber weniger Der *Sturz MacArthurs* gehört zu jenen Ereignissen, denen das Zeichen des Vorsehungshaften sichtbarlich aufgedrückt ist. Mit der Entfernung des scheinbar allmächtigen Generals vom Oberkommando der UNO-Armeen in Korea und seiner gleichzeitigen Abberufung vom Posten eines Statthalters des amerikanischen Weltreiches für die ostasiatischen Gebiete ist dem gefährlichsten Kriegstreiber, der bisher die Welt beunruhigt hat, das Handwerk gelegt worden. An dieser Tatsache werden

auch die rauschendsten Empfänge und lärmendsten Kundgebungen, die dem ausgebooteten Nationalhelden in Amerika bereitet werden mögen, nichts mehr ändern. *Dieser* Götze ist gefällt, und er wird nicht wieder aufstehen! Es ist, wie wenn eine unsichtbare Hand eingegriffen hätte, um die Menschheit vom Rand eines Abgrundes zurückzureißen, in den dämonische Mächte sie zu stürzen drohten, und ihr eine Atempause zu schenken, in der sie Klarheit und Kraft finden soll, um sich von dem Irrweg, den sie geht, endgültig abzukehren.

Das Mindeste, was man sagen muß, ist, daß die Entlassung Mac Arthurs die internationale Lage unverhofft aufs stärkste entspannt hat. Noch wenige Tage vorher hatte der Pariser «Monde», also ein Blatt des konservativen Bürgertums, schreiben können:

«MacArthur will den Krieg, weil er glaubt, ein gefestigter chinesisch-sowjetrussischer Block bedeute für den Westen eine Gefahr, der kaum zu widerstehen sei. Im Verein mit seinem Freund Tschiang Kai-shek, dessen Hoffnung, eines Tages wieder Herr von ganz China zu werden, sich einzig und allein verwirklichen läßt, wenn sich ein allgemeiner Krieg über den ganzen Fernen Osten ausbreitet, propagiert und präpariert er die Blockierung der chinesischen Küste, die Landung der auf Formosa befindlichen nationalchinesischen Truppen und die Beschießung der chinesischen Luftstützpunkte und Industriezentren in der Mandschurei. Dies würde nach seiner Meinung genügen, um Mao Tse-tung zu einer vollkommenen Umkehrung seiner Politik zu veranlassen. Ein russisches Eingreifen sei in diesem Falle höchst unwahrscheinlich. Aber man muß daran erinnern, daß er einst bestimmt versichert hat, die Chinesen würden in Korea nicht eingreifen, und die amerikanischen Soldaten würden an Weihnachten bei sich zu Hause den obligaten Truthahn verspeisen. Warum soll sich also MacArthur nicht noch einmal täuschen?»

Die amerikanische Regierung, so fuhr «Le Monde» fort, habe zwar die ehrliche Absicht, den Frieden zu erhalten. Aber sie wage eben aus Furcht vor der öffentlichen Meinung doch nicht, den unbotmäßigen, aber volkstümlichen General zur Ordnung zu rufen. Man habe sich seinerzeit wohl doch nicht genügend Rechenschaft darüber gegeben,

«was es heißt, einem Manne vom Schlage des Generals das Recht einzuräumen, unbeschränkt Nachrichten zu verbreiten, die jeglicher Kontrolle durch die Stellen, mit denen er in Washington zusammenarbeiten muß, entzogen sind. Im Zeitalter des Fernschreibers geben die Drähte jeden Tag Dutzende von Emser Depeschen durch. Aber eben: diese Meldungen beeinflussen die öffentliche Meinung, diese wirkt sich auf die Bundesversammlung aus, und von der Bundesversammlung wird die Regierung ins Schlepptau genommen.»

Das kennzeichnete die Lage, wie sie noch bis vor ganz kurzem bestand, durchaus treffend. General MacArthur und seine Leute verstanden es tatsächlich besonders gut, «Emser Depeschen» zu fabrizieren, das heißt nach dem berüchtigten Muster Bismarcks, der von Bad Ems aus im Sommer 1870 durch ein Fälscherkunststück den Krieg mit Frankreich heraufbeschwor, Tendenzmeldungen in die Welt zu setzen, die planmäßig darauf ausgingen, eine Ausdehnung des Korea-Krieges mindestens auf China zu erzwingen. Ja, unabhängige französische und amerikanische Journalisten haben sogar den Beweis dafür angetreten,

daß MacArthur dank der scharfen Nachrichtenzensur, die er eingerichtet hatte, mit seinen Heeresberichten in den letzten Monaten die Welt und seine eigene Regierung regelrecht angelogen habe. Wie Claude Bourdet in den von J.-P. Sartre geleiteten «Temps Modernes» (Märzheft 1951) schreibt, ließ der General beispielsweise im vergangenen November mit Trompetenstößen eine riesige chinesische Dampfwalzen-Offensive ankündigen, die sich aber mehr in den Zeitungsspalten als auf dem Schlachtfeld entwickelt habe:

«Söul wurde angesichts der chinesischen ‚Drohung' aufgegeben, und MacArthurs Streitkräfte zogen sich heldenmütig Schritt um Schritt zurück, unter gewaltigem Aufwand von Erbitterung und Druckerschwärze gegen einen Feind, dessen Bedeutung sich — wie alle Frontberichte erwiesen — auf ein paar Patrouillen beschränkte. Durch ein Wunder ohnegleichen in der Kriegsgeschichte gelang es MacArthur im Verlauf dieser Patrouillengefechte, den anstürmenden Horden in zehn Tagen Verluste von 50 000 Toten und Verwundeten beizubringen, also auf den Tag gerechnet größere Verluste, als die Deutschen vor Verdun erlitten und die Russen dem General von Paulus vor Stalingrad zugefügt haben ... Vom 15. Januar ab neue Wendung der Strategie MacArthurs: Er geht wieder zum Gegenangriff über und wirft die chinesischen Horden nach Norden zurück. In Wirklichkeit nahm er nur die Suche nach dem abwesenden Feind wieder auf, wahrscheinlich weil die ganze Pressemache auf die Länge doch nicht den Leerraum hätte verschleiern können, der zwischen den beiden Armeen lag.»

Politisch hatte MacArthur seinen Zweck immerhin erreicht. Die drohenden Friedensgespräche mit China wurden entscheidend gestört, die amerikanische Aufrüstung bekam neuen Auftrieb, und schließlich wurde China von den Vereinten Nationen feierlich als Angreifer erklärt, so daß grundsätzlich einer «Vergeltungsoffensive» in die Mandschurei hinein nichts mehr im Wege gestanden wäre. Da man in Washington aber immer noch zögerte, diesen letzten Schritt zu tun, schickte sich MacArthur an, ihn nun eben selber zu tun, indem er aus eigener Machtvollkommenheit den Chinesen einen «Waffenstillstand» anbot, gleichzeitig aber – und darauf ruhte der Nachdruck – mit Losschlagen gegen China direkt drohte, falls seine edelmütige Offerte unberücksichtigt bleiben sollte. Wenn irgend etwas die chinesische Regierung veranlassen konnte, auf MacArthurs Eröffnungen *nicht* einzutreten, so war es natürlich diese Drohung, die zum Überfluß von der ausdrücklichen Erklärung begleitet war, daß selbstverständlich so «abseitige» Fragen wie die Zukunft Formosas und Chinas Sitz in der UNO nicht zur Debatte stünden, und schon am nächsten Tag von MacArthurs Ankündigung gefolgt wurde, daß die ihm unterstellten Truppen den 38. Breitengrad erneut überschreiten würden, «wenn und sobald ihre Sicherheit es ratsam mache».

Das war nun freilich auch den Truman, Marshall und Acheson zuviel. Schon seit Monaten unter dem Druck der Regierungen von London, Paris, Ottawa usw. stehend, die mit steigender Besorgnis die Treibereien MacArthurs verfolgten, und immer neue «Privatbriefe» und öffentliche Erklärungen des Tokioter Diktators im Sinne seiner gemein-

gefährlichen Asienpolitik lesend, bekamen sie es endlich satt, sich als die schwachmütigen Politiker hinstellen zu lassen, die mit der Feder verdürben, was das Schwert errungen habe, und nicht einsehen wollten, daß die UNO-Streitkräfte «die chinesischen Kommunisten leicht schlagen» könnten, wenn man sie nur die chinesischen Küsten blockieren, das dürftige Eisenbahnnetz Chinas durch Luftangriffe außer Betrieb setzen und die Stützpunkte der roten Armeen in der Mandschurei zerstören lasse. Es mußte ja schließlich auch den wohlwollendsten und nachgiebigsten unter den Staatsmännern, die MacArthur bisher die Stange gehalten hatten, einleuchten, daß dessen Kriegführung, statt durch die unfähigen und feigen Politiker gelähmt zu werden, umgekehrt auf dem besten Wege war, die ganze Außenpolitik der Vereinigten Staaten heillos in Verruf zu bringen und Amerika seinen besten Verbündeten zu entfremden. Die Sowjetunion aber wäre durch MacArthur zum Eingreifen geradezu herausgefordert worden, hätten doch die Russen, die nach halbamtlichen amerikanischen Angaben starke Kräfte im Fernen Osten zusammengezogen haben sollen, kaum untätig zusehen können, wie die USA-Luftwaffe die Mandschurei verwüstet hätte, ohne daß wirksame Gegenwehr durch eine eigene chinesische Luftwaffe möglich gewesen wäre.

Das Wetter, das sich über dem Haupte des rebellierenden Generals zusammenzog, war so diesmal wirklich ernst. Und als dann am 11. April der Blitzstrahl von Washington aus in Tokio niedersauste, da wirkte das zwar als internationale Sensation erster Ordnung, gleichzeitig aber auch als Entladung einer Spannung, die unheildrohend nicht allein über Ostasien, sondern über der ganzen Welt gelegen hatte. Der politische Himmel schien sich wirklich wieder einmal aufgeheitert zu haben.

Aber was weiter! Die große Frage ist nun freilich, was in Korea weiter werden soll und was für eine Bedeutung der Kaltstellung des einflußreichsten Befürworters eines Krieges mit China im Rahmen der Gesamtpolitik der Vereinigten Staaten zukommt. General Ridgeway, der MacArthur ablöst, wird sicherlich die Weisungen seiner Vorgesetzten loyal ausführen und einer Liquidierung des koreanischen Abenteuers keine Schwierigkeiten machen, wenn einmal die amerikanische Regierung dazu bereit ist. Aber *ist* sie schon dazu bereit? Vergesse man doch niemals, daß Amerikas Eingreifen in Korea überhaupt nicht erfolgt wäre, hätten nicht MacArthur und seine Partei entschlossen darauf gedrückt, die vermeintlich glänzende Gelegenheit wahrnehmend, den bewaffneten Machtkampf gegen den Kommunismus in ganz Asien, der mit dem Scheitern der amerikanischen Intervention in China ein unrühmliches Ende gefunden hatte, neuerdings aufzunehmen. Die Logik der Dinge würde also verlangen, daß die UNO-Armee aus Korea zurückgenommen, Formosa preisgegeben und der Chinesischen Volksrepublik ihr Sitz in den Räten der Vereinten Nationen frei-

gemacht würde. Aber eine solche Schwenkung ihrer Ostasienpolitik weist die amerikanische Regierung ja weit von sich. Sie erklärt ein übers andere Mal, daß eine «Beschwichtigung» des kommunistischen Angreifers, wie die aufs tiefste empörten Parteigänger MacArthurs sie ihr als Absicht vorwerfen, gar nicht in Frage komme, daß der Krieg in Korea nun erst recht zielbewußt fortgesetzt werde und vor einem bedingungslosen Rückzug der Chinesen von irgendwelchen Zugeständnissen an sie keine Rede sein könne. Der Korea-Krieg wird also, wenn China und Nordkorea nicht einlenken, im gleichen Stile weitergehen wie bisher, zumal die UNO-Truppen seit mehr als Monatsfrist in fast unaufhörlichem Vorrücken begriffen sind und die Verhandlungsposition der Vereinten Nationen damit bedeutend besser geworden ist, als sie es noch vor kurzem war. Anderseits haben aber gerade darum die Chinesen und Nordkoreaner, wie man meinen sollte, ein Interesse daran, den Kampf unter annehmbaren Bedingungen abzubrechen, einen Kampf, den zu gewinnen sie aus eigenen Kräften kaum mehr hoffen dürfen, und dessen Fortsetzung höchstens der Sowjetunion zustatten käme, die wünschen muß, daß die amerikanischen Machtmittel in möglichst weitem Umfang in Ostasien gebunden bleiben und nicht für ein Eingreifen großen Stiles in Europa frei werden. Es wäre darum nichts als elementare Staatsweisheit, wenn die Vereinigten Staaten – beziehungsweise die Vereinten Nationen – allen Prestigerücksichten und allem Geschrei der MacArthuristen zum Trotz den Chinesen goldene Brücken für ihren Rückzug bauten und zum mindesten Formosa seinem rechtmäßigen Oberherrn überließen. Ohne Sicherheit, daß China nicht von Formosa aus doch noch angegriffen wird, wird Peking keinen Frieden schließen.

Verharren beide Teile in ihrer bisherigen starren Haltung, so ist freilich die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß auch ohne MacArthur der Koreakrieg auf China übergreift und der abgesetzte General früher oder später, wenigstens «moralisch», doch noch seine Revanche bekommt[1]. Bis dahin bleibt jedoch seine Verabschiedung das, was sie, rein politisch gesehen, von Anfang an war: *eine neue Niederlage der «asiatischen Schule» amerikanischer Außenpolitik* und ein Sieg derjenigen Richtung, die den entscheidenden Schauplatz eines Krieges mit dem Weltkommunismus in *Europa* sieht. Und die Frage erhebt sich mit verdoppelter Dringlichkeit, ob hier, in Europa, eine solche Auseinandersetzung vermieden, also ein friedliches Nebeneinanderleben der beiden sich heute feindselig belauernden Welten gesichert werden kann. Wie stehen dafür die Aussichten?

Grundsätzlich muß man wohl Jean-William Lapierre zustimmen, der

[1] Inzwischen wird der grollende Achill seine Erinnerungen schreiben. Ein Angebot von einer Million Dollar Honorar hat er dafür bereits bekommen, außerdem auch die Einladung zur Annahme eines leitenden (?) Postens in der Remington Rand Company mit einem sechsstelligen Gehalt. Bisher bezog der bedauernswerte Mann nur ein steuerfreies Einkommen von 15 000 Dollar plus 3700 Dollar Spesenvergütung.

im «Esprit» (März 1951) feststellt, daß *beide* Kräftegruppen, wie sie jetzt miteinander konkurrieren, nach Ausdehnung ihres Einflußbereiches über die ganze Welt hin streben, streben *müssen*:

«Es gibt einen kapitalistischen Imperialismus, der Absatzmärkte und Rohstoffquellen braucht, um sich zu entfalten; und der zweite Weltkrieg, der den Ruin der europäischen Nationen vollendet und denjenigen der Britischen Völkergemeinschaft ernstlich begonnen hat, hat aus den Vereinigten Staaten die führende Macht dieses Imperialismus gemacht. Und es gibt einen internationalen Kommunismus, dessen Ziel es ist, die ‚unvermeidliche' Revolution über die ganze Menschheit hin auszubreiten, die Revolution, die nach ihren Vorkämpfern und Theoretikern den Widersprüchen und Nöten des kapitalistischen Regimes ein Ende machen soll ... Durch die Oktoberrevolution von 1917 ist die Sowjetunion die leitende Macht dieses internationalen Kommunismus geworden.»

Von einem «friedlichen Wettbewerb» der beiden Systeme in dem Sinne, daß sich beide mit ihrem bisherigen Tätigkeitsbereich begnügen könnten, sei also keine Rede:

«In der Sicht des Kapitalismus ist die Grundbedingung für jeden Wettbewerb der freie Zugang zu den Märkten und Rohstoffquellen. Die imperialistische Expansion vollzieht sich eben im 20. Jahrhundert nicht mehr durch Gebietseroberungen oder politische Annexionen, sondern durch wirtschaftliche ‚Organisation'. Es kann also in den Augen des Geschäftsmannes kein *friedliches* Zusammenleben und Konkurrieren geben, wenn die kommunistisch regierten Länder seinen Unternehmungen nicht freien Zugang, seinen Waren nicht freie Einfuhr gewähren. Heißt aber die Erfüllung einer solchen Bedingung in den Augen des Kommunisten nicht die Gefährdung der Zukunft der Revolution? Liegt darin nicht die Ursache für den Widerstand des Kommunismus gegen den Marshallplan, den die Sowjetunion und alle ihre Vasallen, eingeschlossen die Tschechoslowakei, unter den bekannten Umständen abgelehnt haben? Und ist das nicht der Daseinsgrund für den ‚eisernen Vorhang', der nur im Falle genau begrenzter Handelsabmachungen gelüftet wird?»

Kapitalistische Konstruktionen Der westliche Kapitalismus befindet sich angesichts dieses Widerstandes der kommunistischen (und sozialistischen!) Welt gegen seine weitere Ausdehnung in einer besonders schwierigen Lage. Er hat, wie Paul Sweezy in der Neuyorker «Monthly Review» (November 1950) schrieb, ein Stadium erreicht, in dem ein einzelnes kapitalistisches Land wirtschaftlich und militärisch stärker ist als alle übrigen Länder zusammen. Und der Sozialismus ist nicht länger «eine Insel im Ozean des Imperialismus», sondern ein Gesellschaftssystem, das von einem Drittel der menschlichen Familie angenommen worden ist. Der Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus geht vor allem in den unentwickelten Ländern vor sich, die für eine Revolution reif sind. Wenn unter diesen Umständen die Vereinigten Staaten «in einen Zustand dauernder Krise verfielen und darin verblieben, so würde sich der Weltkapitalismus reißend schnell zersetzen. Die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Weltsystems verlangt also erstens, daß der Neigung zu einer Dauerkrise in den Vereinigten Staaten entgegengewirkt wird, und zweitens, daß eine große ‚Polizeikraft' in ständiger Bereitschaft gehalten wird, um revolutionäre

Neigungen in jedem Lande niederzuhalten, das Miene macht, den Kapitalismus fahren zu lassen und sich der entstehenden sozialistischen Welt anzuschließen. Die Kriegsrüstungswirtschaft dient beiden Zwecken». Deshalb hat sich «die herrschende Klasse Amerikas jetzt vollständig auf die Kriegsrüstungswirtschaft festgelegt als die einzig mögliche Methode, um den Weltkapitalismus aufrechtzuerhalten.»

In der soeben erschienenen Aprilnummer der genannten Zeitschrift entwickelt der Verfasser diesen Gedanken auf bemerkenswerte Art weiter. «Die herrschende Klasse Amerikas», so legt er dar,

«kann und will das nicht eingestehen, nicht einmal sich selber. Sie *muß* eine andere Erklärung für die Gefahren haben, die sie bedrohen, eine Erklärung, die nicht das moralisch verhängnisvolle Eingeständnis in sich schließt, daß gerade das System, das sie zur herrschenden Klasse macht und ihr Reichtum und Vorrechte einbringt, auf die höchste geschichtliche Probe gestellt worden ist und versagt hat. Und die herrschende Klasse Amerikas hat diese Erklärung in der Hypothese gefunden, daß jede Bewegung, die irgendwo die Ersetzung der alten Ordnung durch das neue System des Sozialismus erstrebt, nur ein Arm, eine Ausdehnung, eine Kundgebung des russischen Staates sei.

Unsere Führer sind von den Erfahrungen der Kriegszeit her mit fünften Kolonnen und psychologischer Kriegführung der verschiedensten Art vertraut, und all das liefert ein passendes Schema, mit dem sie die sozialistische Weltbewegung erklären können. Der Sozialismus verwandelt sich in ihrer Einbildung in eine riesenhafte russische fünfte Kolonne, deren einziger Zweck ist, die Interessen einer teuflischen neuen Art von Imperialismus zu fördern ... Und sie beweisen sich selbst — und leider auch sehr vielen ihrer Landsleute —, daß ihre eigene Angriffspolitik in Wirklichkeit eine schwache und verspätete Verteidigung gegen den allumfassenden Angriff des Überfeindes ist, dessen Hauptquartier sich in Moskau befindet.»

Daß bei solcher Betrachtungsweise ein Vergleich der heutigen Lage mit derjenigen vor 1939 naheliegt, ist leicht begreiflich. «Die Vereinigten Staaten und Westeuropa», so sagt Jean Lacroix im «Esprit» (März 1951),

stehen im Begriffe, sich in den Krieg zu stürzen aus Gewissensbissen darüber, daß sie nicht früher gegen Hitler aufgestanden sind! Der Gedanke an Hitler verfolgt die Geister und richtet darin die ärgsten Verheerungen an. Eine Politik der Nachgiebigkeit gegenüber Deutschland hat den Zusammenstoß verursacht; eine Politik der Festigkeit gegenüber der Sowjetunion wird ihn vermeiden ... Diese Stellungnahme setzt voraus, daß wir uns im Jahr 1950 gegenüber der Sowjetunion in der gleichen Lage befinden wie im Jahr 1938 gegenüber Deutschland, daß Kommunismus und Nazismus als ‚totalitäre' Bewegungen einander gleichzusetzen sind, daß die russische Politik seit 1917 eine Angriffspolitik von der gleichen Art wie die Hitlerpolitik gewesen ist usw. — lauter falsche oder anfechtbare Behauptungen. Wer den Marxismus auch nur im geringsten kennt, weiß doch, daß der Kommunismus seinen Sieg nicht vom Krieg erwartet, sondern vom Zerfall des Kapitalismus, daß er sicher zu gewinnen glaubt, wenn er den Frieden nur lange genug erhalten könne, daß er sich aber tatsächlich auf den Krieg gefaßt macht, weil das nach seiner Auffassung für die Vereinigten Staaten das einzige Mittel ist, eine sonst unvermeidliche Krise zu überwinden, und der Kapitalismus so nach der Formel von Jaurès ‚den Krieg in sich birgt wie die Wolke das Gewitter'. Diese Auffassung mag wahr oder falsch sein, aber es heißt die Katastrophe entfesseln wollen, wenn man sich denen gegenüber, die sie vertreten, genau so verhält wie gegenüber den Hitlerleuten.»

Kommunistische Reaktionen Hier ist wirklich der entscheidende Punkt getroffen. Die Russen verlangen nichts anderes als *Zeit* – nicht um sich, wie eine böswillige Deutung behauptet, recht ausgiebig auf einen Angriffskrieg gegen Westeuropa oder gar Nordamerika vorbereiten zu können, sondern um endlich einmal das Schwert ablegen und allein die Kelle führen zu dürfen, mit der sie ihre neue Gesellschaft aufbauen wollen, in der festen Überzeugung, daß der sichtbare Erfolg dieses Werkes auch die anderen Völker für den Kommunismus moralisch erobern werde. Das ist seit 25 Jahren der Grundgedanke von Stalins Innen- und Außenpolitik («Sozialismus in einem einzigen Land»), und in diesem Geist hat sich die Sowjetunion auch gleich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges an die gewaltigen Friedenswerke gemacht, die jetzt in der Durchführung begriffen sind: umfassender Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebiete, Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrie und entsprechende Hebung der Lebenshaltung des Volkes, Erweiterung und Vertiefung der Volkskultur, weitere Rationalisierung und Technisierung der Landwirtschaft, Schaffung eines riesigen Waldgürtels um die Steppengebiete herum, Aushebung eines Kanals vom Amu Darja zum Kaspischen Meer, Bau einer südsibirischen Eisenbahn usw. Auf westmächtlicher und besonders amerikanischer Seite aber fürchtet man nichts *mehr*, als daß das Sowjetexperiment gelingen könnte, macht sich doch seine Anziehungskraft auf die zurückgebliebenen Völker Asiens, Südeuropas und Afrikas schon jetzt aufs stärkste geltend. Man möchte deshalb den ganzen grandiosen Versuch noch so rechtzeitig zum Scheitern bringen, daß er gar keine Möglichkeit mehr hätte, sich weiter zu entfalten und zu bewähren. *Darum* die hysterischen Angstschreie der Vertreter und Nutznießer der alten Ordnung («Wir sind in tödlicher Gefahr!» «Ein teuflischer Feind steht vor unseren Toren, um die ganze Welt seinem Schreckensregiment zu unterwerfen» usw.), darum die fieberhafte militärische Aufrüstung des Atlantischen Blocks, darum die Politik der Einschüchterung und Druckausübung gegen die Sowjetunion, darum auch die verführerische Kraft des Gedankens, es sei ein Präventivkrieg auszulösen, solange der Westen noch einigermaßen geschlossen dastehe und der Osten nicht neu gefestigt und gestärkt auftreten könne. Kurz, der militärisch-machtpolitische Kampf gegen die Sowjetunion und den Kommunismus, den die imperialistischen Staaten des Westens und Ostens schon seit 1917 geführt hatten, lebte nach der gemeinsamen Niederringung des Nazismus und Faschismus in neuer Form kräftiger auf als je und wird seither in immer weiter verstärktem Grade planmäßig vorwärtsgetrieben.

Wie reagieren nun die Russen auf diese Aktion der Westalliierten? Zunächst mit einer Steigerung der eigenen Rüstungen, sodann mit der Schaffung eines Systems verläßlicher Satellitenstaaten, die einem neuen Angriff von Westen her den Weg verlegen könnten, mit schärfster Absperrung der Sowjetunion von der nichtkommunistischen Außenwelt, mit

Aufrechterhaltung einer unbarmherzigen Diktatur in allen Ländern des Ostblocks und nicht zuletzt mit der *Begünstigung der sozialen Revolution* in denjenigen Ländern, die dafür reif scheinen, aber ohne Einsatz russischer Machtmittel. In dieser Beziehung hat die Sowjetunion eine unschätzbare Stütze im neuen China gewonnen, dessen revolutionäre Interessen mit den ihrigen weithin parallel laufen, und mit dem zusammen sie in der ost- und südostasiatischen Völkerwelt den Kampf gegen die alten und neuen Herrschaftsformen des westlichen Kapitalismus mächtig fördern und im Kriegsfall eine amerikanische Millionenarmee in Asien binden, also von Rußland fernhalten könnte. Korea und Indochina, Hongkong und die Philippinen, Siam, Burma, Malaya und Indonesien, ja vielleicht sogar Indien eignen sich für eine solche Aktion vorzüglich, aber auch in Mittel- und Vorderasien gibt es Ansatzpunkte genug für eine sozial-revolutionäre Bewegung, die den Westmächten schwer zu schaffen machen könnte. Gerade die jüngsten Ereignisse in *Persien*, wo sich eine heftig nationalistische Bewegung ausbreitet, die die Abkehr von England und Amerika und die Anhandnahme wirtschaftlicher und sozialer Reformen auf ihre Fahne geschrieben hat (Verstaatlichung der Ölindustrie, Wohnungsbau, Lohnerhöhungen usw.), zeigt deutlich die Möglichkeiten an, die sich für eine weitschauende Sowjetpolitik im näheren Osten eröffnen.

Für eine *weitschauende* Sowjetpolitik! Das heißt für eine Politik, die die soziale Revolution, wie sie den Inhalt der kommunistischen Arbeit auf dem eigenen Gebiete der Sowjetunion darstellt, in anderen Ländern nicht auf eine Art und Weise begünstigt, daß damit der *Völkerfriede* gefährdet wird. Denn nicht wahr, die Zeiten sind doch wohl vorbei, da sich gewalttätige Staatsumwälzungen im Innern eines Landes durchsetzen konnten, ohne auch dessen Stellung als Mitglied der Völkerfamilie aufs stärkste in Mitleidenschaft zu ziehen! Innere und äußere Politik, nationale und internationale Ordnung, Klassenkrieg und Völkerkrieg hängen heute so eng zusammen, daß gewaltsame Eingriffe auf dem einen Feld auch den Stand der Dinge auf dem anderen Felde gefährlich beeinflussen und erschüttern müssen. Die Gewaltrevolutionen des 20. Jahrhunderts, so hat man mit Recht gesagt, sind nicht mehr bloß explosive Volkserhebungen, sondern eigentliche Kriege und nicht bloß Bürgerkriege, sondern militärische Kriege, die mit voll ausgerüsteten und organisierten Armeen geführt werden. Wir haben ja dafür ein abschreckendes Beispiel an *Korea*, dessen kommunistisch gewordene Nordhälfte ihren revolutionären Angriff (Revolutionen stehen par définition immer im Angriff) auf die feudal-rückständig gebliebene Südhälfte mit der gleichen Militärtechnik ins Werk setzte, die bei auswärtigen Kriegen üblich ist[2]. Mindestens duldend, wenn nicht tätig ermutigend standen

[2] Die kürzlich von der nordkoreanischen Regierung herausgegebene Sammlung südkoreanischer Aktenstücke, die im Juli 1950 in Söul erbeutet wurden, bestätigt zwar die Tatsache, daß Nordkorea mit seinem Einfall in den Südstaat nur einem An-

aber hinter diesem Revolutionskrieg China und die Sowjetunion, die beide auf einen verhältnismäßig leichten Sieg der Nordkoreaner gerechnet hatten und nur schwer enttäuscht sein konnten, als die revolutionäre Aktion Nordkoreas die gegenrevolutionäre Reaktion Amerikas und der Vereinten Nationen hervorrief. Das Ergebnis ist niederschmetternd: Korea ist nach dem Ausspruch des UNO-Bevollmächtigten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, J. Donald Kingsley, das meistverwüstete Land und sein Volk das meistverelendete in der Geschichte moderner Kriegführung, mit mindestens zwei Millionen Toten und dreieinhalb Millionen Flüchtlingen, die an Nahrung, Kleidung und Obdach in unvorstellbarer Weise Mangel leiden.

Würde wohl eine kommunistische Revolution in einem anderen Lande, das amerikanischem Zugriff offen steht, grundsätzlich anders verlaufen und bessere Ergebnisse bringen? Es ist kaum anzunehmen. Der Umsturz in der Tschechoslowakei war vermutlich auf absehbare Zeit die letzte gelungene Revolution dieser Art, die nicht mit einer gegenrevolutionären Intervention der konservativen und kapitalistischen Mächte beantwortet wurde. Jedes ähnliche Unternehmen in oder gegen Indien, Persien, Griechenland oder Spanien, nicht zu reden von Westdeutschland, Frankreich und Italien, würde von den Verteidigern des Bestehenden wie von denjenigen Sozialisten, die einen Regimewechsel nur mit den Mitteln der parlamentarischen Demokratie zulassen wollen, unfehlbar als Ausfluß russisch-kommunistischen Welteroberungswillens erklärt, von der UNO als Friedensbruch gebrandmarkt und fast automatisch zur Entfesselung eines dritten Weltkrieges benützt werden. Und am Ende stünde nicht eine neue, menschlichere, gerechtere Gemeinschaftsordnung, sondern die ärgste Unordnung und Barbarei, in der nur mehr das roheste Faustrecht das notdürftige Funktionieren einer primitiven Wirtschaftsmaschinerie zu sichern vermöchte.

Verantwortungen Heißt das, daß wir uns einer zynischen Erpresserpolitik der gegenrevolutionären Kräfte, die eine notwendige Gesellschaftsumwälzung mit Gewaltandrohung verhindern wollen, einfach widerstandslos beugen müßten? Gewiß nicht. Es heißt nur, daß, wie ein sogenannter Freiheitskrieg zur Zerschmetterung des Kommunismus, so auch ein Revolutionskrieg zur Überwindung von Kapitalismus und Feudalherrschaft schlechterdings widersinnig, ja selbstmörderisch geworden ist. Auch eine begrenzte, scheinbar lokalisierte Gewaltrevolution droht unter den heutigen Verhältnissen zu einem allgemeinen, sich unaufhaltsam ausweitenden Völkerkrieg zu werden, in

griff zuvorkommen wollte, den die Regierung Syngman Rhee mit mindestens wohlwollender Duldung durch Amerika vorbereitete. Aber auch ein präventiver Revolutionskrieg verfällt dem Gericht, das alle Kriege zwischen Klassen, Rassen und Nationen trifft.

dem alle Güter und Werte, die uns teuer sind, zugrundegehen müßten. Die große Verantwortung, die sich daraus für die Kommunisten und für die Sowjetunion im besonderen ergibt, liegt auf der Hand. «Wie die Dinge heute liegen», schreibt Scott Nearing in seinen «World Events» (Winter 1951) zutreffend,

«brauchen sich die Kommunisten nicht zu überstürzen, um die Frucht zu pflücken, die vom Baume des kapitalistischen Imperialismus überall reif herabhängt. Die Frucht ist dem Zugriff der Kapitalisten entzogen. Wenn die Kommunisten warten wollten, bis sie bereit sind, für die Ernte zu sorgen, könnten sie diese mit geringeren Verlusten und weniger Schaden einbringen. Die Kommunisten brauchen für den Augenblick nicht mehr Land. Wenn sie am Frieden interessiert sind, ist die größte Aufgabe, die sich ihnen stellt, die Schaffung einer Musterordnung für die gegenseitige Hilfe unter den verschiedenen Nationen, die jetzt im sozialistischen Aufbau begriffen sind ... Wenn die Kommunisten in diesem Abschnitt ihres Kampfes ums Dasein Frieden wollen, so sollten sie nicht so viel Aufmerksamkeit dem Kapitalismus schenken, der im Todeskampf liegt, und ihre Hauptenergie vielmehr der Aufgabe widmen, einen Weltbund von Volksrepubliken aufzurichten ... Es versteht sich von selbst, daß militärische Intervention und bewaffnete Invasion, als Werkzeug der Politik gebraucht, die Organisierung eines Weltbundes von Volksrepubliken unwahrscheinlich oder unmöglich machen wird.

... Wenn die Kapitalisten und Kommunisten Frieden wollen, so müssen sie ihre Kräfte derart einsetzen und ihre Diplomatie dergestalt ausrichten, daß sie Verständigung und Kompromiß an die Stelle bewaffneter Macht setzen in der Behandlung von Angelegenheiten, die die Beziehungen zwischen den Klassen und den Völkern betreffen. Wenn die Kapitalisten oder die Kommunisten in dieser Hinsicht versagen, so werden sie sich vom Volke geschieden sehen, denn die Masse der Menschheit will Frieden.»

An dieser Forderung gemessen, bieten die gegenwärtigen Beziehungen der beiden Weltmachtgruppen, bietet insbesondere die *Pariser Vorkonferenz der stellvertretenden Außenminister* freilich ein geradezu klägliches Bild. Wohl haben beide Teile in endlosem, haarspalterischem Parlamentieren, dem bald kein Mensch mehr Beachtung schenkt, einander allerlei nicht unwesentliche Zugeständnisse abgerungen. Aber im Grunde sind die Stellungen hüben und drüben dennoch die gleichen wie zu Beginn der Verhandlungen: Die Russen beharren darauf, daß die Frage der Wiederaufrüstung Westdeutschlands, als den Frieden Europas am unmittelbarsten bedrohend, in den Vordergrund einer kommenden Viermächtekonferenz gestellt werde, ohne sich damit ihrer Verknüpfung mit einer Erörterung der *«allgemeinen»* Ursachen der internationalen Spannung zu widersetzen; die Engländer, Franzosen und Amerikaner hingegen scheinen entschlossen zu sein, Westdeutschland unter allen Umständen aufzurüsten, und legen darum – bei allen Meinungsverschiedenheiten, die sie trennen – den Nachdruck auf die Behandlung jener allgemeinen Konfliktsursachen, in der nicht unbegründeten Überzeugung, daß es dann überhaupt nicht mehr zu einer Erörterung des unbequemen Deutschlandproblems kommen werde. Wie unter diesen Umständen eine Hauptkonferenz der vier Großmächte – falls sie je einberufen würde – zu einem positiven Ergebnis kommen soll, erscheint tat-

sächlich rätselhaft, besonders wenn die Russen, wie jetzt in Paris, wieder mit stundenlangen Reden zum Fenster hinaus eine Trölerei betreiben, die von der Gegenseite natürlich als Beweis dafür ausgelegt wird, daß auch *sie* im Ernst keine Verständigung wollten.

Die Westmächte fahren inzwischen fort, ihren Zusammenschluß auch auf *wirtschaftlichem* Gebiete zu befördern. Der *Schuman-Vertrag* über die Vereinigung der festländisch-westeuropäischen Kohlen- und Stahlindustrien ist soeben unterzeichnet worden; er bringt bezeichnenderweise den Deutschen Erfolge, auf die sie noch vor einem Jahre kaum zu hoffen gewagt hätten, so namentlich die fast gänzliche Aufhebung des Verbots der Vertrustung ihrer Schwerindustrie und die Ermächtigung an die Ruhrstahlwerke, eigene Bergwerke bis zu 75 Prozent ihres mutmaßlichen Kohlenbedarfes auszubeuten. Was natürlich die Deutschen durchaus nicht hindert, über eine «Schwächung und Verminderung der deutschen Wirtschaftssouveränität auf Jahrzehnte hinaus» zu jammern, die der Schuman-Vertrag bringe ... Im übrigen ist der fertige Schuman-Plan wirklich das geworden, was er von vornherein sein sollte: «ein ausgesprochen kapitalistisches Werkzeug, das den Gesetzen der privaten Besitzkonzentration in der Industrie unterworfen ist» («New Statesman», 31. März). Die Westmächte tragen mit dieser Politik, die den *wirklichen* Notwendigkeiten der europäischen Wirtschaft stracks zuwiderläuft, gewiß nicht zur sozialen Neuordnung und damit zur politischen Befriedung unseres Kontinents bei! Erst recht aber drohen sie, auf den Weg des eigentlichen Abenteuers zu geraten, wenn sie sich unter dem Einfluß eines immer ungeduldiger werdenden Amerikas dazu drängen lassen sollten, die Sowjetunion über kurz oder lang vor eine ultimativ geforderte Entscheidung zu stellen. Die in den amerikanischen Richtungskämpfen selbst liegenden Hemmungen für eine solche Entwicklung seien keineswegs verkannt; J.-M. Domenach und Paul Fraisse warnen aber doch mit gutem Grund im «Esprit» (Märzheft) davor, die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der amerikanischen Führungsschicht zu überschätzen:

«Wenn Truman und Taft in bezug auf die Ausdehnung des Raumes, in dem schon jetzt der Einsatz der Streitkräfte der Vereinigten Staaten gewagt werden könne, auch auseinandergehen, so sind sie darin einig, daß es vor allem auf die Macht Amerikas ankomme, wenn die kommunistische Expansion aufgehalten werden solle. Das ‚friedliche Nebeneinanderleben' bedeutet heute für sie, daß es Zeit sei, diese Expansion zu bremsen, ja sogar sie — in Ostdeutschland oder in Asien — zurückzudrängen — durch Einschüchterung oder nötigenfalls durch Gewalt.

Amerika übernimmt damit eine ungeheure Verantwortung. Die Politik, die es eingeschlagen hat, vermehrt an allen Punkten der Erde die Spannung beträchtlich. Die Gefahr ist im übrigen nicht allein diejenige, die einem bewaffneten Frieden immer innewohnt. Wer vermag sich vorzustellen, daß Amerika in diesem Zeichen dauernd leben könne? Es betreibt seine Politik wie ein Geschäft. Seine Aufrüstung muß zu einem Ergebnis führen. Es ist zu befürchten, daß dieses Ergebnis nur um den Preis des Weltfriedens erreicht wird.»

Los von Amerika! Das hauptsächliche Gefahrenzentrum ist so in der gegenwärtigen Weltlage unzweifelhaft *Amerika*, genauer seine kapitalistisch-antikommunistischen und antisozialistischen Kräfte. Wie vollkommen müßte die ganze internationale Situation revolutioniert werden, wenn in der Haltung der Vereinigten Staaten ein entscheidender Umschwung einträte! Nun sind gewiß im amerikanischen Volk viele Kräfte am Werk, die auf eine solche Wendung hinarbeiten. Und es ist wahrhaft ergreifend, die oft unerhört tapfere und opfervolle Gegenwehr einzelner Menschen und Gruppen zu beobachten, die sich fast verzweifelt bemühen, dem sich nahenden Verhängnis Halt zu gebieten und Licht und Wahrheit in ein irregeleitetes Volk hineinzutragen. Im ganzen genommen muß man aber doch einfach feststellen, daß unter dem Einfluß eines beispiellos bösartigen und dazu mit überreichen Mitteln ausgestatteten Propagandapparates Versteifung, Verhärtung und Verblendung in der amerikanischen Nation noch so groß sind, daß die erschütternde Wahrheit vorerst wenig Aussicht hat, bis zu den entscheidenden Stellen durchzudringen. Das gilt auch von der organisierten Arbeiterschaft, die zwar ihren Kampf um mehr Anteil am Ertrag des bestehenden Wirtschaftssystems zäh und rücksichtslos weiterführt, das System selbst aber in ihrer großen Mehrheit durchaus nicht in Frage stellt und namentlich dem daraus entsprungenen gegenrevolutionären Kurs der amtlichen Außenpolitik mit Begeisterung folgt,[3] was auch in der Haltung der westeuropäischen Arbeiterschaft sehr deutlich zum Ausdruck kommt! Und daß die Regierung ihrerseits das Nötige tut, um den primitiven Antisowjetismus der Arbeiter noch weiter zu stärken, versteht sich fast von selber. Nur *ein* kleines Beispiel: Der stellvertretende Arbeitsminister Ralph Wright führte unlängst einer Versammlung von Gewerkschaftsvertretern eindringlich zu Gemüte: «Wenn Amerika über Nacht in eine sowjetisch beherrschte Wirtschaft umgewandelt würde, würden die Löhne der amerikanischen Arbeiter nach meiner Schätzung um ungefähr 86 Prozent vermindert. Mit anderen Worten: dem amerikanischen Arbeiter würde von je fünf Dollar nur ein einziger übrig bleiben, und damit wäre er auf dem niedrigen Lebensstandard der Russen angelangt.» Wenn das nicht wirkt, was soll dann noch wirken?

Aber nun die ernste Frage: Müssen wir uns bei solcher Erstarrung der amerikanischen Gesamthaltung einfach darauf gefaßt machen, daß der Kalte Krieg fast zwangsläufig in den Heißen übergeht? Wenn keine durchschlagende Gegenwirkung kommt – allerdings! Aber wir müssen sogleich beifügen, daß eine solche Gegenwirkung immer noch möglich und voll größter Verheißungen ist. Und zwar besonders im Hinblick

[3] Ein Hauptvertreter dieses Kurses ist zur Zeit der «Boß» der Automobilarbeiter, Walther Reuther, der kürzlich unter zwanzigminutigem Beifallsgeschrei zum Präsidenten seiner Gewerkschaft — vielleicht der größten der Welt — wiedergewählt wurde.

auf *Westeuropa*. Denn Westeuropa spielt ja, zumal nach der Zurückbindung des Draufgängertums der asiatischen Schule, in den amerikanischen Plänen eine ganz überragende Rolle. Das Weltregime des «freien Unternehmertums», die Vorherrschaft der «amerikanischen Lebensform» – das soll ja mit politischen und militärischen ebenso wie mit wirtschaftlichen Mitteln zunächst einmal *hier* zum Siege geführt werden, wenn nötig durch eine «offensive Verteidigung» gegen den Sowjetblock. Und wenn im Dezember 1950 an der Brüsseler Tagung des Atlantikrates jenes große Rüstungsprogramm für Westeuropa und Westdeutschland beschlossen wurde, das jetzt unter Eisenhowers Führung verwirklicht wird, so ist das nur der vorläufig letzte, folgerichtige Ausdruck einer Politik, die Westeuropa zum amerikanischen Prell- und Rammbock gegen den kommunistischen Osten machen will. Wie nun aber, wenn sich Westeuropa für diese Rolle bedankte? Wenn es, kriegsmüde, wie es ist, gewillt wäre, sein eigenes Leben zu leben, anstatt für fremde Interessen zu sterben? Wenn es, ebenso unabhängig vom amerikanischen Kapitalismus wie vom russischen Kommunismus, die seinen eigenen Bedürfnissen und Überlieferungen gemäße Gemeinschaftsordnung aufzubauen den festen Entschluß faßte? Ist eine solche Vorstellung bloß ein utopischer Wunschtraum, oder kann sie zur Leitidee einer völlig realistischen Politik werden, die sich die Verhinderung eines Zusammenstoßes zwischen den beiden Machtblöcken und die Schaffung eines freien, sozialistischen Westeuropas zum Ziel setzte?

Sie *kann* es werden. Aber nur, wenn rasch und tatkräftig gehandelt wird. Denn die Zeit drängt. Es ist uns wahrscheinlich nur noch eine kurze Frist gegeben, vielleicht fünf, vielleicht auch zehn Jahre, um das Werk an die Hand zu nehmen, das uns ein Leben in Frieden und Freiheit sichern kann und das, bei der von vornherein feststehenden Ablehnung des östlichen Kommunismus durch die große Mehrheit der Westeuropäer, vor allem in der vollständigen, sauberen Lösung Westeuropas von der Machtpolitik des kapitalistischen Amerikas bestehen müßte.

Die Freunde von heute Der Kampf um Europa hat denn auch in den maßgebenden Ländern längst begonnen. *England* fühlt sich zwar auch nach dem Tode des gänzlich amerikahörigen Bevin und trotz der Einstellung der Marshall-Plan-Hilfe fest an die Vereinigten Staaten gekettet. Aber die schweren Lasten, die ihm die neue Kriegsrüstung auferlegt – das letzte Woche bekanntgegebene Budget für das Finanzjahr 1951/52 spiegelt sie deutlich genug wider –, die zunehmenden Einschränkungen der Lebenshaltung, die Erschwerung der Friedenswirtschaft durch die Ansprüche der Kriegsindustrie und besonders die Gewißheit, daß Großbritannien im Kriegsfall, als europäischer Hauptstandort der amerikanischen Luftwaffe, den

fürchterlichsten Verwüstungen durch russische Gegenangriffe ausgesetzt wäre — all das läßt im britischen Volk langsam doch den Willen reifen, sich von Amerika nicht in einen Krieg hineinziehen zu lassen, von dessen Recht es so wenig überzeugt sein könnte wie von der Aussicht, ihn zu gewinnen[4]. Und das vielleicht entscheidende Eingreifen der Labourregierung in Washington, zuerst gegen eine Entfesselung des Atombombenkrieges gegen China und dann gegen die militaristische Diktatur MacArthurs überhaupt, zeigt schon jetzt, was gegenüber einem dem Abgrund entgegentaumelnden Amerika erreicht werden kann, wenn ihm nur mit Klarblick und Festigkeit begegnet wird.

Frankreich ist grundsätzlich in ähnlicher Lage. Seine regierende Klasse hat zwar durch Präsident Auriol, den «Sozialisten», neuerdings ihre todesmutige Solidarität mit den Vereinigten Staaten öffentlich sehr laut verkünden lassen. Aber man kann sicher sein, daß bei diesem Staatsbesuch von französischer Seite auf mehr diskrete Weise auch Tatsachen und Stimmungen zur Sprache gebracht wurden, die den amerikanischen Tatendrang doch einigermaßen zu zügeln geeignet sind. Auf jeden Fall wissen wir Europäer, daß es neben dem offiziellen auch noch ein anderes Frankreich gibt, das — als «neutralistisch» verschrien — eine Verwicklung in den von den Vereinigten Staaten so kühn und kühl ins Auge gefaßten dritten Weltkrieg fast um jeden Preis ablehnt. Und wenn schon die jüngste, so plötzlich aufgeflammte Streikbewegung, bei der es doch nur um ein paar Franken mehr Lohn ging, das Wirtschaftsleben des Landes aufs gefährlichste zu stören vermocht hat, was für eine Antwort der französischen Arbeiterschaft muß man dann erst erwarten, wenn eine Regierung es sich einfallen ließe, das Volk an der Seite Deutschlands in einen Krieg gegen die Länder des Ostens zu führen! Wären die Herrschenden nicht von allen guten Geistern verlassen, sie würden einmal über *diese* Frage nachsinnen, statt an einer «Wahlreform» herumzupfuschen, die die parlamentarische Vertretung der Kommunistischen Partei künstlich auf 50 oder 30 Prozent ihres jetzigen Bestandes zurückwerfen soll, und darüber alle wirklichen Reformen zu vernachlässigen, die den kommunistischen Einfluß auf natürliche Weise schwächen könnten!

Ein Warnungszeichen waren auch die *revolutionären Ereignisse von Barcelona,* die nach privaten Mitteilungen aus Spanien, auf die sich A. del Vayo in «The Nation» (vom 24. März) bezieht, von einem Tag auf den andern eine halbe Million Arbeiter in den Streik warfen und die stärkste und umfassendste Herausforderung darstellten, der sich das Regime Franco bisher überhaupt gegenübersah. Dabei waren die Unruhen in der katalanischen Hauptstadt nur die ersten zitternden Vor-

[7] Die von dem Geschichtsschreiber Toynbee ausgegebene Losung: «No annihilation without representation» («Keine Vernichtung ohne Mitsprache» — ein Anklang an den altberühmten Grundsatz: «Keine Besteuerung ohne Mitsprache») ist mit ihrem typisch britischen Galgenhumor schnell populär geworden.

boten eines Erdbebens, das Spanien noch ganz anders erschüttern wird! Ja, glaubt man in Amerika im Ernst, ein Land, in dem solche Explosivkräfte zum Ausbruch drängen, werde jemals ein verläßlicher Eckpfeiler der Atlantikfront in einem Krieg gegen den Kommunismus werden?

Die Feinde von gestern Wie sich in diesem Falle *Westdeutschland* verhalten würde, ist trotz dem heftigen Antikommunismus, der dort vorherrscht, zum mindesten nicht sicher. Vorderhand geben sich die Westmächte freilich alle Mühe, die Gunst der Feinde von gestern und besonders der wirtschaftlich und politisch maßgebenden Kreise der Deutschen Bundesrepublik zu gewinnen. Von der Wiederherstellung der Machtstellung der Schwerindustrie im Rahmen des Schuman-Planes haben wir bereits gesprochen. In den gleichen Zusammenhang gehören Zugeständnisse wie die von der alliierten Hochkommission jüngst gemachten, wonach die Bestimmungen über die «verbotenen und beschränkten Industrien» wesentlich gelockert werden, namentlich für die chemische Industrie (die man eben für die Kriegsvorbereitung braucht) und für die Stahlwerke, die jetzt über die ihnen bisher bewilligten 11,1 Millionen Jahrestonnen hinaus produzieren dürfen, sofern die zusätzliche Produktion «den westlichen Verteidigungsanstrengungen zugutekommt». Und selbstverständlich verfolgen auch die fortgesetzten Begnadigungen deutscher Schwerkriegsverbrecher, die meist auf amerikanisches Konto gehen, den Zweck, die «nationalgesinnten» Westdeutschen moralisch zu bestechen. Unter den von MacCloy aufgehobenen Todesurteilen sind auch diejenigen gegen einige SS-Einsatzmörder, die mehr als eine Million Juden in Westrußland «liquidiert» haben. Der SS-Lieutenant Schubert zum Beispiel, der nach eigenem Geständnis um die Weihnacht 1941 in der Nähe von Simferopol die Erschießung von 700 bis 800 Juden und Zigeunern befehligte, wurde zu zehn Jahren Gefängnis begnadigt und dürfte bald ganz freigelassen werden. Die Wirkung dieser Urteilsrevisionen auf die Deutschen kann, wie der «New Statesman» meint, nur verhängnisvoll sein, in doppelter Hinsicht:

«Erstens geben sie denjenigen in Westdeutschland recht, die da schreien, die Kriegsprozesse seien ein Hohn auf die Gerechtigkeit, und lenken insofern das deutsche Volk von der Besinnung auf die Ungeheuerlichkeit des Naziregimes und auf seine eigene Verantwortung ab. Sie sind zweitens falsch, weil sie unter den gegenwärtigen Umständen diese Verbrecher in Stellungen befördern, die oft mit viel Macht und Vorrechten ausgestattet sind. Das Kruppsche Reich kommt wieder in die Hände von Krupp — obwohl Krupp schuldig befunden wurde, fremde Länder ausgeplündert und Sklaven beschäftigt zu haben. Nazioffiziere und -mannschaften werden im gleichen Augenblick aus dem Gefängnis entlassen, da 130 000 Freiwillige für eine neue deutsche Armee gesucht werden. Was anderes sollen die Deutschen davon halten, als daß die Verbrechen der Vergangenheit vergeben und vergessen sein sollen, als Anzahlung auf den Preis, den der Westen für Deutschlands Bereitschaft zur Wiederaufrüstung erlegen will?»

Ob die Rechnung der Alliierten stimmen wird, bleibt abzuwarten; eine Mehrheit der Westdeutschen ist vorläufig noch *gegen* die Wiederaufrüstung. Sicher aber trägt die amerikanische Begnadigungspolitik dazu bei, in den anderen Völkern Westeuropas, wo man die Verbrechen der Deutschen nicht vergessen hat, die Bereitschaft weiter zu schwächen, Arm in Arm mit den «geschätzten deutschen Waffenkameraden» in den «Freiheitskrieg» gegen Osten zu ziehen – und *diese* Wirkung der Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten kann uns schließlich *auch* recht sein . . .

Die Lösung Westeuropas aus seiner verhängnisvollen Verkettung mit Amerika ist jedenfalls eine durchaus ernstzunehmende Möglichkeit, die wir mit all unseren Kräften erfassen und verwirklichen sollten. Ob dann aber die Vereinigten Staaten nicht einfach die große Machtprobe mit dem Kommunismus doch in *Asien* suchen würden? Ich glaube es nicht. Einmal setzt auch die Politik der MacArthur-Leute voraus, daß ein Losschlagen in Asien, wenn es zum Welterfolg werden soll, über kurz oder lang auch das «freie» Europa in den Kampf hineinreißen werde. Fällt aber die europäische Waffenhilfe von vornherein aus, so sind auch einer Kriegführung in Asien bestimmte Grenzen gesteckt. Sodann braucht Amerika in Asien selbst ebenso notwendig Verbündete wie in Europa. Es braucht vor allem die volle Kampf- und Wirtschaftskraft *Japans*. Nun liegt zwar jetzt der amerikanische Entwurf für einen Sonderfrieden mit Japan in Washington fix und fertig vor, mit der Aufrechterhaltung der amerikanischen Militärstützpunkte in und um Japan, der Fortsetzung der amerikanischen «Schutzherrschaft» über Japan und der Wiederaufrüstung Japans selbst als Hauptbedingungen. Aber abgesehen davon, daß England gegen den Ausschluß Chinas und der Sowjetunion von der Teilnahme am Friedensschluß mit Japan ist, zeigen die Japaner ungefähr die gleich große Begeisterung für die Verewigung des amerikanischen Protektorates und für ihre Wiederaufrüstung wie die Westdeutschen, wenn sich auch bisher außer den Linkssozialisten und Kommunisten keine politische Gruppe gegen die Remilitarisierung ausgesprochen hat. Dazu kommt, daß man in Australien und Neuseeland die Wiederbewaffnung Japans nicht viel weniger fürchtet, als man in Frankreich die Wiederbewaffnung Deutschlands fürchtet. Kurz, auch in Asien werden die amerikanischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, wenn nur in den bedrohten Völkern der Wille lebendig wird, ihr Emporschießen rechtzeitig zurückzuschneiden. Und das bleibt freilich immer unser letztes Wort: Die Völker müssen ihre Sache selber in die Hand nehmen und *den offenen Widerstand gegen den Krieg und alle Kriegsrüstung proklamieren und organisieren*. Nicht den Krieg vorbereiten, sondern den Frieden – das muß die Losung werden. Das allein kann

uns retten. Noch ist Zeit, das Werk zu vollbringen – aber wirklich hohe Zeit. Oder soll es dereinst auch von uns heißen, der große Augenblick habe ein kleines Geschlecht gefunden?

17. April. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNGEN

Fulton und Will Oursler: «Pater Flanagan von Boys Town.» Diana-Verlag Zürich (1950). 339 Seiten.

Dies ist die Geschichte des wunderbaren katholischen Priesters Edward Flanagan und seines Lebenswerkes, der Rettung verwahrloster, verkommener, oft auf den Weg des Verbrechens geratener amerikanischer Buben. «Es *gibt* keine schlechten Jungen» — das war die Grundüberzeugung, die diesen irischen Pater leitete, und es war wirklich kein billiger «amerikanischer» (oder auch rousseauischer) Optimismus im Sinne des «Der Mensch ist gut», sondern ein aus dem «Dennoch» erwachsener, tiefer Glaube, der eine Liebeskraft in ihm weckte, wie sie nur wenigen begnadeten Seelen geschenkt wird. Durch unzählige Mißerfolge und Enttäuschungen hindurch trug den «am meisten geliebten Geistlichen der Vereinigten Staaten» diese Kraft und die damit verbundene geniale Weisheit bis hin zu der Krönung seiner Arbeit in der Gründung der «Bubenstadt» (Boys Town), zehn Meilen westlich der Stadt Omaha im Staate Nebraska, die eine Heimat und Erziehungsstätte für Tausende und Tausende von Buben jeglicher Herkunft und Art, jeder Hautfarbe, jedes Glaubensbekenntnisses werden sollte. Gewiß, Pater Flanagan hat nur die jugendlichen Opfer einer gänzlich verkehrten Gesellschaftsordnung gerettet, hat nur *Wirkungen* gemildert, ohne die *Ursachen* zu bekämpfen. Aber zeigt uns nicht die Art und Weise, wie er dies tat, den Weg auch zur Umgestaltung unserer gottlosen Lebensordnungen selber, zu ihrer Erneuerung aus dem gleichen Geiste des Glaubens und der Liebe, der diesen großartigen Mann erfüllte? *H. K.*

Nevil Shute: «Eine Stadt wie Alice.» Roman. Steinberg-Verlag Zürich. 1950. 383 Seiten.

Ein Vermögen, das aus australischer Goldgräberei stammt, fällt unversehens einer jungen englischen Stenotypistin zu. Sie ist in Malaya geboren und während des zweiten Weltkrieges wieder dort gewesen; jetzt reist sie ein letztes Mal hin und schenkt dem Dorf, in dem sie nach fürchterlichen Leiden in japanischer Gefangenschaft Zuflucht gefunden hatte, einen Brunnen und ein Waschhaus. Und dann fliegt sie geschwind nach Australien, um einen Kriegskameraden aufzusuchen, den sie so wenig vergessen kann wie er sie – und bleibt natürlich drüben fürs Leben hängen. Denn jetzt hat sie ihre Aufgabe gefunden: eine Stadt zu gründen «wie Alice Springs», das Musterstädtchen in der hintersten australischen Wildnis, das sie fast zufällig kennengelernt hat. Das alles wird mit soviel Feinheit, Anmut und Sauberkeit erzählt, daß es einem ganz warm ums Herz wird bei diesem Hohelied auf frauliche Tapferkeit und fraulichen Unternehmungsgeist, auch wenn sich alles im Rahmen individualistisch-kapitalistischen Pioniertums abspielen muß. *H. K.*

Resignation?

Das tapfere kleine Basler Theater «Die Komödie» hat es während dieser Saison gewagt, Sartres «Ehrbare Dirne» auf die Bühne zu bringen. Erschütternd war die Gestalt des Negers, der recht- und hilflos als Unschuldiger, aber doch um einer höheren Gesellschaftsraison willen Verfolgter, der Lynchwut des weißen Pöbels ausgeliefert ist und sich dennoch weigert, die Pistole zur Hand zu nehmen. Erschütternd war auch der Gegensatz zwischen der Dirne, die durch ihren sehr eindeutigen Broterwerb nicht daran gehindert wird, die Unschuld des Unschuldigen und die Schuld der Schuldigen zu erkennen, und den ehrbaren, von Mutter- und Vaterlandssentimentalität strotzenden, die Stütze der Gesellschaft bildenden, geldaristokratischen Heuchlern. Am meisten erschütternd aber ist wohl der Schluß, in dem Sartre sein Schauspiel enden läßt. Die den ehrbaren Bürgern moralisch überlegene unmoralische Frau kapituliert am Ende doch mit großer Selbstverständlichkeit und läßt sich vom Gelde des von ihr verachteten und verhaßten Mannes aushalten. Über diesem Dunkel liegt kein Hoffnungsschimmer. Ein entsetzlicher Spiegel wird da vor diese Zeit gestellt. Das Schreckliche besteht nicht darin, was er an Einzelheiten enthüllt, sondern darin, daß er den Sieg des Dunkels in dieser Selbstverständlichkeit als das natürliche Schicksal annimmt.

Und nun ist der Mai gekommen und hat sozialistische Maifeiern, demokratische Landsgemeinden, familienfestliche Muttertage und kirchliche Pfingstfeiern gebracht. Mit alledem scheint er so voll zu sein von Protest gegen jene selbstverständliche Hinnahme des Dunkels, so voll von Bekenntnis zum Leben und zum Sieg des Lichts. Wohl sind es gestammelte Bekenntnisse und Hoffnungen, das Stammeln aber protestiert schon gegen die Resignation. In ihm lebt ja etwas vom Glauben an die Zeit, da den arbeitenden Menschen ihr Recht und ihre Würde zuteil wird, da die Mütter der Erde in froher Dankbarkeit ohne Furcht vor der Zukunft auf ihre Kinder schauen können, da die Freiheit der Völker und die Freiheit des Einzelnen über alle Tyrannei den Sieg behalten werden und da der Geist den Frieden und die Liebe den Menschen schenken werde. Wer hat recht, Sartre oder der Mai?

Genügen unsere Proteste gegen die Resignation? Sind sie imstande, die lähmende Hoffnungslosigkeit, in der unsere Kräfte zu versanden drohen, zu überwinden? Tausendfältig jubeln, schreien, stammeln, flüstern oder hauchen wir gegenüber der sichtbaren Gewalt des Dunkels ein gläubiges «Dennoch». Aber ist dieser Glaube an ein Dennoch nicht oft nur die verkrampfte Selbsttäuschung, das gewollte und bewußte Vorbeisehen an der schicksalhaften Resignation? Ja, bestätigt die Art, in der wir unser Dennoch sagen, nicht oft gerade eben diese Resignation? Ist die Lautstärke unserer Bekenntnisse nicht oft genug gerade ein Maßstab für die Bewußtseinsstärke der Resignation?

So leicht, so mit bloßen Worten, läßt sich das große Dunkel nicht

besiegen. Wie nachtschwarz es ist, das kann einem vielleicht am deutlichsten bewußt werden, wenn man jenen Mai vor sechs Jahren, in dem ein großes Aufatmen, ein großes neues Hoffnungfassen über die Erde ging, mit diesem Mai vergleicht. Waren wir am Ende vielleicht sogar in den schlimmsten Tagen des Krieges dem Lichte näher als in dieser so müde und zukunftslos gewordenen Zeit? In der Opferbereitschaft, die damals auflebte, lag ja die Hoffnung begründet, einmal in nicht allzu ferner Zukunft das schreiende Unrecht, das in der heutigen Einkommens- und Vermögensverteilung liegt, zu überwinden. Und heute? Unsere Nachbarländer sind diesem Ziel ferner denn je. Und wie weit entfernt die Schweiz von ihm ist, vermag ein Blick in die Quellensammlung der eidgenössischen Steuerverwaltung über die eidgenössische Wehrsteuer zu erkennen. Wenn man dort sieht, daß in ganzen Talschaften 90 und mehr Prozent der Bevölkerung mit einem unter dem steuerpflichtigen Einkommen liegenden Verdienst haushalten müssen, so ist das auch eine erschütternde Erkenntnis. Wir müssen uns nicht einmal vom Neger Sartres erst in die Erschütterung versetzen lassen. Damals, in jenen dunklen Jahren, hatten wir auch das stolze Bewußtsein, das hohe Gut des Rechtsstaates inmitten einer Umwelt, die dieses leuchtende Gut längst verloren oder verraten hatte, festzuhalten und mit allen Kräften zu verteidigen. Hat diese Idee Fortschritte machen können, sind wir ihrem Sieg nähergerückt? Wenn man etwa erfährt, daß Menschen, die aus politischen Gründen ihren Arbeitsplatz verlieren, die Einsicht in die Akten verweigert und damit eine wirksame Verteidigung verunmöglicht wird, dann ist auch das wahrhaftig eine erschütternde Erkenntnis, und wir müssen uns nicht einmal von der Gestalt des südstaatlichen Senators in Sartres Spiel erst in Erschütterung versetzen lassen. Und der Sozialismus? Ist er seiner Verwirklichung näher gekommen? Wenn ein Teil der Arbeiterschaft der Welt, der westlichen Welt, am 1. Mai unter den Transparenten «Wir schützen die Sowjetunion» marschierte und so ihr eigenes Land preisgebend für geistige Hörigkeit demonstrierte, und wenn andere Teile, der weitaus größere Teil der Arbeiterschaft der westlichen Welt, müde und matt sich fast bedingungslos zu den Zielen der sogenannten freien Nationen stellte, dann sind auch das wahrhaft erschütternde Erlebnisse, und wir müssen uns nicht erst vom lichtlosen Ausgang des Sartreschen Schauspiels erschüttern lassen.

Und der Geist, den die Christenheit am Pfingstfest gefeiert und bekannt hat, hat wenigstens dieser Geist mehr Raum gewonnen auf der Erde? Wenn die christlichen Stimmen dieser Zeit vielfach einfach das Echo der Stimmen der Mächtigen des jeweiligen Lebenskreises darstellen, wenn die Stimmen der westlichen Christenheit den amerikanischen Kampf in Korea und die Stimmen der östlichen Christenheit den propagandistischen Feldzug des Ostens in gleicher Weise bedingungslos mitmachen, dann ist das dadurch enthüllte Dunkel vielleicht die größte Erschütterung.

So leicht also ist Sartre vom Mai nicht zu besiegen. Die Resignation überwindet man nicht, wenn man an ihren Gründen vorübergeht. Wollte man ihr nur darum entgehen, um nicht den großen Schmerz des resignierenden Menschen tragen zu müssen, so würde man nur um so sicherer der neue Schmerzen zeugenden Resignation verfallen. Im Gegenteil, der Schmerz, den zu tragen uns auferlegt ist, muß ein noch größerer Schmerz sein. Denn die sichtbare Herrschaft des Dunkels, die so deutlich erkennbare Beharrungskraft Mammons und des Schwertes müssen ja den Schrei in Menschenherzen auslösen: «Wo bleibt nun Gott?» Und erkennen, daß das Kleid dieser Zeit nicht Gottes Kleid, der Name dieser Zeit nicht Gottes Name, die Stimme dieser Zeit nicht Gottes Stimme ist, das eben ist der größere Schmerz. Denn im Grunde lieben wir doch diese Zeit, lieben wir ihr Kleid, ihren Namen und den Klang ihrer Stimme, lieben sie so, wie wir uns selber lieben, denn wir sind ihre Kinder. Und Gott trägt ein anderes Kleid und redet mit anderer Stimme! So fremd ist Gott, so fremd wie das Kreuz. Ja, wenn die Hoffnungen der Welt, die sie in jenem unvergeßlichen Mai vor sechs Jahren hatte, zerbrachen und weiter zerbrechen, dann ist Gott am Kreuz. Da ist kein Gott mehr zu finden, der sichtbar seine Macht bewiese, kein Gott, der auf den ewigen Ruf der Menschen hörte: «Steige herab vom Kreuz, hilf dir selber und uns.» Es ist nur der zu finden, der am Kreuze bleibt und uns den Schmerz seiner Fremdheit tragen heißt.

Aber wenn wir diesem dunkelsten Dunkel ins Auge schauen, wenn wir uns nicht in krampfhafte Verleugnungen des Dunkels flüchten, wenn wir diesen Schmerz nicht fliehen, sondern ihn tragen, wie Maria vor dem Kreuze, wie Johannes das Bleiben des Göttlichen am Kreuze ertrugen, dann gibt es einen Weg, auf dem die Resignation nicht mehr das letzte Menschenschicksal ist. Wenn solche Zeiten über die Erde gehen, in denen Gottes Schweigen schwer über den Zeiten liegt, dann hat Gott auf der Erde keinen erhabenen, leuchtenden, weithin sichtbaren Tempel . . . Wer dann noch sagt: «Schaut her, wir haben ihn, ihr anderen habt ihn nicht», der lügt. Mit dieser Lüge können die Kirchen, die Parteien, die Bewegungen, die Weltanschauungen lügen.

Aber hat Gott, wenn er keinen Tempel hat, überhaupt keinen Raum? Gibt es, wenn wir dem dunkelsten Dunkel ins Auge zu schauen haben, überhaupt kein Licht, lebt, wenn alle Proteste gegen das Dunkel sich immer nur wieder als vergebliche Fluchtversuche vor dem Dunkel enthüllen, nirgends ein echtes, ein sieghaftes Dennoch? Der Geist Gottes lebt in den Herzen, die nach ihm schreien, er lebt in der Sehnsucht, die nach ihm hungert, er lebt in der ringenden Hiobsfrage, die einsam und steil aus der Nacht dieser Zeiten steigt. Hier ist sein Raum, ein Raum freilich, der mehr als dem Tempel dem Stall und der Krippe gleicht, ein armer Raum; ein Raum zudem, in dem um seiner Armut willen niemand das Göttliche vermuten würde. Aber der Raum ist da. Inmitten einer Zeit, die entweder die Herrschaft des Dunkels fraglos hinnimmt oder

krampfhaft leugnet, lebt der Raum der vielen fragenden und hungernden Herzen. Dieses Fragen und Hungern ist eine große, aber eine harte Gnade Gottes.

Wie leicht aber schleicht sich in unser Fragen und Hungern, in das Brennen unserer Herzen das Unreine ein! Wie leicht vermischt sich menschliche Begeisterung mit göttlichem Geist! Darum gibt es wohl noch ein weiteres Merkmal für den Raum Gottes, für den wirklichen Sieg über die Resignation. Der unentwegte schlichte Kampf gegen die selbstverständliche Beharrlichkeit des Dunkels, das treue, schlichte Tun des Gottesgebotes, das er in die Zeit gestellt hat, bergen als Raum den dieser Zeit so fremden Gott. Wo dieses schlichte Tun ist, ein Tun, das sich nicht mit der wichtigtuerischen Gebärde des Weltverbesserers umkleidet, dessen einziger Schmuck vielmehr die Echtheit, die Spontaneität, die Unmittelbarkeit darstellt, da hat Gottes Geist einen Raum auf der von den Geistern des Dunkels besetzten Welt.

Es gibt einen Sieg über die Resignation. Er wird aus dem Schmerze Hiobs geboren. Es gibt einen Protest gegen die selbstverständliche Herrschaft der Nacht. Er sprießt aus dem Hunger der Herzen. Es gibt ein sieghaftes Dennoch, es quillt aus dem schlichten Tun göttlichen Willens.

Bruno Balscheit.

Zwei Gedichte Rilkes

Alle, welche dich suchen, versuchen dich,
und die, so dich finden, binden dich
an Bild und Gebärde.
Ich aber will dich begreifen
wie dich die Erde begreift;
mit meinem Reifen
reift
dein Reich.
Ich will von dir keine Eitelkeit,
die dich beweist.
Ich weiß, daß die Zeit
anders heißt
als du.
Tu mir kein Wunder zulieb.
Gib deinen Gesetzen recht,
die von Geschlecht zu Geschlecht
sichtbarer sind.

Rainer Maria Rilke
aus «Das Stundenbuch»

Du darfst nicht warten, bis Gott zu dir geht
und sagt: Ich bin.
Ein Gott, der seine Stärke eingesteht,
hat keinen Sinn.
Da mußt du wissen, daß dich Gott durchweht
seit Anbeginn,
und wenn dein Herz dir glüht und nichts verrät,
dann schafft er drin.

Rainer Maria Rilke
aus «Die frühen Gedichte»

Ist der Monotheismus Israels größte Gabe an die Welt?

Gar oft wird als geistige Entdeckung und höchste Steigerung religiösen Lebens gerühmt, daß durch das Volk des Alten Testaments weiten Teilen der Welt die Erkenntnis überliefert sei, daß nur *ein* Gott als Schöpfer und Erhalter des Alls wirke. Wo aber immer der suchende Mensch einen Blick geworfen hat auf das regsame, farbüberflutete, tondurchwebte Treiben der Völker, die eine Vielheit der Götter hinter der sichtbaren Welt suchen und verehren, und dann damit das kaltnüchterne Leben unserer Kulturwelt vergleicht, die nicht nur den erfüllten Götterhimmel aufgegeben, sondern auch den Einen Gott in unverbindliche Fernen gerückt hat, da wird ihm gar leicht der Monotheismus als höchste Steigerung religiösen Lebens fraglich. In der Tat, ist Monotheismus nichts anderes, als was ein Forscher des letzten Jahrhunderts spöttisch darunter verstand, der den israelitischen Monotheismus mit dem Bericht eines Unteroffiziers verglich, der, zur Intendantur kommandiert, das Vorhandensein nur eines Exemplars einer Gattung Gegenstände meldete, so wird es verständlich, daß dem die übersinnliche Welt liebenden und suchenden Menschen auch heute wie einstmals ein erfüllter Götterhimmel, sei er nun mit Göttern, Heroen, Heiligen oder Ideen erfüllt, höheres Erleben gibt als die Rauhreifstarre der Welt des Einen fernen Gottes, deren Konzeption als deistisches Erbteil heute noch vorhanden ist. Es wäre somit ein zweifelhafter Ruhm, den Juden und Christen als Entdecker des Monotheismus haben.

Monotheismus als reine Negation der vielen Götter ist nichts, wovon man leben könnte; und der gutmütige Spott eines Missionsmannes etwa über die Torheit der heidnischen Frommen, deren Götter die Macht ja unter sich teilen müssen, erreicht die Seele des an diese Götter glaubenden Menschen nicht, für den diese Mächte, auch wenn sie nicht als allmächtige Großmacht ins Bewußtsein getreten sind, eben doch erlebte

Wesenheiten in und über den Dingen dieser Welt sind. Und die Klage Rilkes an die moderne Welt, die ihm alle Dinge umbringe, ist demgegenüber ein verständlicher Ruf mitten aus dem suchenden Leben heraus.

Doch ist Monotheismus nicht naturnotwendig mit dem seichten deistischen Glauben an den fernen unverbindlichen Gott identisch. Es gibt auch ganze Hingabe und ganzen Gehorsam dem Einen, und nicht nur den vielen gegenüber. Dann allerdings ist der Begriff «ein einziger Gott» kein durch einfache Negation der vielen gewonnener, sondern, obwohl diese Negation auch mit dazu gehört, ein recht komplizierter Begriff. Soll der Mensch ihn erfassen, so sind verschiedene geistige Voraussetzungen zu erfüllen.

Erstens darf die Welt nicht eine Vielheit von Lebenssphären sein, die unvermittelt nebeneinander stünden. Denn solche nebeneinanderstehenden Größen verfallen zwangsläufig den sie beherrschenden, ihnen immanenten oder transzendenten Ideen und Göttern, sie werden entweder selbst numinos aufgefaßt oder bestimmten numina unterstellt. Der Gedanke der Welteinheit allerdings muß keineswegs abstrakt verstanden werden, er kann in recht primitiver Form auftreten. Wird die Welt etwa als von einem göttlichen Wesen aus einem Ei ausgebrütet vorgestellt, oder wird sie als der zerschnittene Leib eines überwundenen Chaosungetüms bezeichnet, so ist damit schon eine Einheit gespürt und im Glauben ausgedrückt. Ob diese Einheitsschau durch tiefes Erleben, durch allumspannende Reflexion oder durch geschichtliche Ereignisse, die dem Menschen die Einheit der Welt eindrücklich machen, erreicht wird, ist eine sekundäre Frage. Wichtig aber ist, daß die Welt dann nicht mehr in ein unverbundenes Nebeneinander verschiedener Sphären zerfallen kann.

Schafft ein solches einheitliches Weltbild die Voraussetzung, daß eine Gottheit als diese Welt beherrschend aufgefaßt werden kann, so bedarf der Glaube an den Einen und Einzigen auch einer bestimmten Auffassung des einzelnen Menschen. Der Primitive, der von der realen Existenz seiner verschiedenen Seelen überzeugt ist, steht dieser Auffassung fern. Der Mensch hingegen, der – gleichgültig auf welcher Kulturstufe – sein Ich in seiner Ganzheit erlebt hat und so Person geworden ist, sei es als einer, der die Ganzheit seiner Existenz in der Ganzheit einer Stammesexistenz findet, sei es als einer, der als Person, wie Hiob, mit Gott zu rechten beginnt, sei es als einer, der beim Anblick der Schöpfung auch eine geschaffene Harmonie des menschlichen Gemüts entdeckt, kennt eine Innenwelt, deren Regungen auf eine Gottheit bezogen werden können. Soll diese eine Macht aber nicht nur ästhetisch oder philosophisch betrachtet, sondern lebendig geglaubt werden, dann findet eine Unterstellung dieser Personeinheit unter die göttliche Macht, die auch die Ursache alles Geschehens wird, statt.

Es ist darum nötig, den wirklichen Monotheismus zu unterscheiden

von der einfachen ganzheitlichen Ergriffenheit irgendeinem göttlichen Wesen gegenüber und ebenso von einfacher monistischer Weltbetrachtung. Martin Bubers Definition hingegen, daß der Gedanke der Einzigkeit im rechten Monotheismus nicht die Einzigkeit eines betrachteten Exemplars bedeute, sondern die des Du in der Ich-Du-Beziehung, sofern diese an der Ganzheit des gelebten Lebens nicht verleugnet wird, besteht zu Recht. (Königtum Gottes, 1932, S. 40 f.)

Es dürfte nun von Anfang an klar sein, daß die Schriften des Alten Testaments, die in einem Zeitraum von rund tausend Jahren entstanden sind, in bezug auf die genannten geistigen Voraussetzungen des Monotheismus nicht alle die gleiche Höhenlage aufweisen. Und trotzdem haben Schriftstücke, deren Verfasser gewichtige montheistische Merkmale nicht kennen, und andere, die diese ganz deutlich aufweisen, sehr viel miteinander gemein. Das Wort Josuas: «Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen» (Jos. 24, 15), das die Existenz der andern Götter durchaus ernst nimmt, aber eine Entscheidung für den Gott Israels bedeutet, und der Gottesspruch des unbekannten Propheten: «Ich bin der Erste, und ich bin der Letzte, und außer mir ist kein Gott» (Jes. 44, 6) sind weniger Stufen einer Leiter, deren Höhe verschieden ist, als vielmehr Ausdrücke eines wurzelhaft gleichen Glaubens inmitten verschiedener geistiger Umgebungen. Das Alte Testament, das Zeugnis geben will von der Macht und der Liebe des Gottes, der über Natur und Geschichte Herr geworden ist, ist weniger an der geistigen Entwicklung der Gottesvorstellung, als vielmehr an der in die Gegenwart hineinzündenden Rede und Tat Gottes interessiert. So kommt es, daß die geschichtliche Frage nach dem wachsenden Monotheismus nicht eine Kern-, sondern eine Randfrage des Alten Testaments ist. Darum sollte vor allem bei der Betrachtung der einzelnen Geschichtsepochen des Alten Testaments deren eigentliches Anliegen gehört und beachtet werden.

Während keine einwandfreien Indizien erlauben, bestimmte literarische Stücke direkt aus der ältesten historisch greifbaren, der Mosezeit, herzuleiten, bezeugt die über diese Zeit berichtende Tradition doch einen bestimmten Glaubenscharakter. Zur Zeit der aus Ägypten ausziehenden Stämme erging an dieselben immer wieder neu der Ruf ihres Gottes. Diese wegweisende, führende Gottheit verlangt Entscheidung des ganzen Volkes wie des Einzelnen zu ihrer Autorität. Der Stämmeverband ist eine Ganzheit, und der Mensch in ihm ebenfalls. Das Menschenleben umfaßt die gesamte Polarität von Kult und Ethos. Die Berichte über den Auszug zeigen wiederholt diese Beziehungen. Das Bewußtsein jener Menschen kennt so den Begriff der Einheit. Eine solche Einheit ist der politische Verband und ebenso das innere Leben des Einzelnen. Es gibt darum keine Aufspaltung des Gottesdienstes in verschiedene Bezirke. Der Entscheidungsruf, den die charismatischen Führer vermitteln, kann nur mit Ja oder Nein beantwortet werden. Aber auch die Umwelt des Menschen, Natur und Geschichte, bilden eine Einheit. Im Wunder am

Schilfmeer hat Gott sich als Herr über beide erwiesen. Darum heißt das älteste Glaubensbekenntnis dieser Zeit: «Wer ist wie du, du herrlich Erhabener, furchtbar in Ruhmestaten, ein Wundertäter!» (Ex. 15, 11.) Dieser überlegene Gott verlangt als schrecklicher und helfender Gott zugleicht Furcht und Vertrauen. Wenn diese Polarität in andern Kulturkreisen – in Indien etwa – zur Konzeption von Götterpaaren und Trinitäten geführt hat, so vermag der altisraelitische Gottesgedanke sie in der Einheit zu umfassen. Die Vorstellung dieses so überlegenen Führergottes zeichnet die Tradition über die älteste Zeit auch darin trefflich nach, wenn sie betont, daß dieser Gott im Bundesschluß nicht einfach ein gleichberechtigter Partner sei, sondern vom Volke Zustimmung zum Bunde verlange, bevor dieses das eigentliche Bundesgesetz kennt. Eine solche Gottesvorstellung liegt der schon in dieser ältesten Zeit bekannten Bezeichnung Gottes als Mäläk (König) zugrunde.

Bewegt sich so die Gottesvorstellung der mosaischen Zeit darin durchaus auf monotheistischer Bahn, daß die erfaßte äußere und innere Einheitsschau nicht selber numinos verklärt, sondern dem geschichtlich erfahrenen Gott als Herrschaftsbereich unterstellt wird, so zeigen die Berichte auch die Grenzen dieser Vorstellung gegen den wirklichen Monotheismus hin auf. So gehört denn aller Lebensraum außerhalb der Sphäre des Stämmeverbandes nicht mehr zu der Einheit, auf die das Bewußtsein sich richtet. Und auch in bezug auf die innere Einheitsschau wird, der Erfahrung folgend, die Herrschaft dieses Gottes nur in Lebensgebieten gesehen, die den wandernden Stämmen vertraut waren. Für den Fall des Eintritts in neue Kulturverhältnisse bleibt darum der Abfall eine anerkannte Gefahr. Einen solchen Abfall suchen die alten Gesetzeskorpora in durchaus thetischer Form zu verbieten: «Du sollst mir keine anderen Götter entgegenstellen.» (Ex. 20, 2.) Weder über die Nichtexistenz dieser andern Götter noch über die Allkausalität des einen verehrten Gottes wird in dieser Zeit etwas ausgesagt. Im Gegenteil verrät die thetische Verbotsform die Anschauung, daß durch die Verehrung der andern Götter seitens anderer Menschengruppen durchaus auch die Existenz jener gegeben sei.

Einem vergleichenden Blick auf die Umwelt jener Epoche bietet sich das überraschende Bild, daß diese Umwelt dem Volk des Alten Testaments auf dem Wege zum reinen Monotheismus eher vorangegangen als nachgefolgt ist. Die Zentren der Hochkultur haben, ihrem speziellen Charakter entsprechend, durch Systematik des Denkens oder durch religiöse Glut stärkere monotheistische Züge entwickelt als Altisrael selbst. Der Versuch des ägyptischen Königs Amenophis IV., die wesentliche Gleichartigkeit der göttlichen Erscheinungsformen in der einen Sonnenscheibe Aton zu erfassen, ist ein rein monotheistischer Versuch, der freilich durch seinen spekulativen Charakter die Verwurzelung im Volksleben unmöglich machte. Dafür zeigt das ägyptische Neue Reich, auch in seinen Einflußsphären in Syrien, einen deutlichen Zug zum Synkretis-

mus, der seinerseits wiederum oft genug als Nährboden einer mystischen Eingottverehrung bekannt ist.

Etwas anders ist man im ostsemitischen Kulturkreis vorgegangen. Hier liebt es der gläubige Mensch, der freilich auch an die Existenz der Göttervielheit glaubt, sich inmitten dieser oft verwirrenden Fülle einem einzelnen Gott, der später dann zum besonderen Schutzgott ausgestaltet wird, zuzuwenden. Dessen Anrufungen zeigen stark monotheistische Züge, so etwa, wenn es heißt: «Sin, Herr, Herrscher unter den Göttern, der im Himmel und auf Erden allein erhaben ist . . . im Himmel – wer ist erhaben? Du allein bist erhaben! Auf Erden – wer ist erhaben? Du allein bist erhaben.»

Das alte Israel hat diesen Gedanken der Affinität der Götter nur für untergeordnete Gottwesen gebraucht, etwa für die himmlischen Zebaoth, die wiederum dem geschichtlich erlebten Gott so radikal unterstellt werden, daß sogar monotheistische Propheten der späteren Zeit diesen Begriff unbedenklich verwenden können.

Diesen reichen monotheistischen Möglichkeiten gegenüber hat sich Altisrael auf die Betonung des radikalen Überlegenheitscharakters seines Gottes beschränkt. Diese Züge sind freilich auch in der Umwelt nicht ganz unbekannt. Sogar die kanaanäischen Landesbaale, die ja nicht einfach personifizierte Naturkräfte, sondern diesen als Herren übergeordnet waren, erweckten bei ihren Verehrern Gefühle des Abstands und der numinosen Scheu. Viel mehr aber hat Altisrael mit seiner palästinensischen Umwelt die Vorstellung des persongebundenen, nicht genuin lokalverhafteten Stammesgottes gemeinsam. Daß solche Gottheiten auch schon vor dem Sinaibund als Gottheiten ganzer Stammesverbände verehrt worden sind, ist eine Hypothese, die viel Wahrscheinlichkeit für sich hat. Auch die Vorstellung vom Wohnsitz eines Hauptgottes im Himmel, die zum Monotheismus hinneigt, ist in der Umwelt eher aufgenommen als in Israel selbst.

So hat Altisrael wenig oder keinen Gebrauch davon gemacht, aus der reichen Geisteswelt des alten Orients schon in dieser Frühzeit Bewußtseinsinhalte aufzunehmen, die in besonderer Weise für monotheistischen Glauben geeignet waren. Israels Gott war allzu stark als der persönlich ins Leben Eingreifende erlebt, als daß spekulative Erwägungen hätten auf ihn übertragen werden können. Was Altisrael allenfalls mit seiner Umwelt gemeinsam oder gar von ihr übernommen hat, dient dazu, die Macht dieses Gottes über Natur und Geschichte zu betonen. Denn in alttestamentlichen Berichten aus dieser Frühzeit geht es um die polare Macht und den Willen dieses Gottes, und nicht um dessen begriffliche Einzigkeit.

Auf diesem Fundament hat das im Kulturland heimisch gewordene Israel weiter bauen können. Neue Verhältnisse wecken neue Fragen und erfordern neue Antworten. Und das Einleben im Kulturland war in der Tat etwas Neues, das zudem mannigfache Gefahren in sich barg. Sowohl

der archäologische Befund, der für die Zeit der ersten Ansiedlungsversuche eine im Land stark verbreitete Vielgötterei zeigt, als auch der literarische Hinweis der Richtergeschichten etwa, die die ständige Gefahr des Abfalls zu den Fremdgöttern zeigen, bestätigen dieses. Demgegenüber zeigt es sich, daß eine Richtung des eingewanderten Volkes die alte charismatische Gottesauffassung in besonderer Weise weitergeführt hat. Das ganze Interesse wendet sich dem Willen Gottes zu. Kampf gegen die Fremdgötterverehrung ist hier Gebot. Der Richter Gideon, der als erste Tat die Zerstörung des heimischen Götzenaltars unternehmen muß (Ri. 6, 25 ff.), ist ein Symbol dieser Richtung. Der Überlegenheitscharakter des Gottes wird besonders darin gesehen – wie es freilich Nachbarvölker auch tun –, daß der Gott auch den Seinen Not und Gefahr senden kann, denn er bleibt der Herr der ungeteilten Lebenseinheit.

Durch den Zwang des Zusammenlebens mit Andersgläubigen ist aber auch zur Ansiedlungszeit die Einbürgerung des Jahveglaubens im Leben der kanaanäischen Landschaft ein besonders dringliches Anliegen geworden. Verschiedene Züge aus dem geistigen Besitz der Ureinwohner des Landes sind übernommen worden. So vernahm nun der gläubige Israelit, wo früher Landesgottheiten in heiligen Sträuchern ihren Willen kundtaten, hier seines Gottes mantische Weisung (2. Sam. 5, 24). Und sehr friedlich ließ sich der Glaubenskonflikt lösen, wenn die alte und die neue Gottheit identifiziert werden konnten. So sind durch diesen priesterlichen Identifikationsprozeß teils gefährliche, spannungsgeladene Züge auf den Bundesgott übertragen worden, wie die Bindung an das Land und die Naturverflochtenheit der alten Baale, wogegen dann der charismatisch-prophetische Kampf einsetzen mußte, teils auch ist eine Bereicherung der Gottesvorstellung erzielt worden, so, wenn, da dem alten Israel kein eigentlicher Pest- oder Verderbensgott, auch keine Göttin mit liebenden, gütig verstehenden Zügen gegeben war, auch solche Züge ins Gottesbild aufgenommen wurden, das dadurch mit einem Zug von primitiver Allkausalität gefüllt wurde. Mag diese Tendenz zuzeiten gefährlich sein, in Altisrael blieb sie durch Bindung an den persönlichen Geschichtsgott vor dem Hereinfluten des Pantheismus bewahrt.

Auf beiden Wegen des im Lande angesiedelten Altisraels, auf dem charismatischen wie auf dem priesterlichen, aber bleibt die Grenze gegen den reinen Monotheismus hin sichtbar. Weltbegriff und Allkausalität fehlen in reflektierter Form. Fremdgötter bleiben als reale Mächte anerkannt. Es geht auch hier um die polare Macht und speziell um die Verwurzelung des Gottesgedankens in den neuen Verhältnissen, und nicht um seine begriffliche Einzigkeit. Das Gebet zu diesem im Leben verwurzelten, Macht wie Liebe übenden Gott dieser Zeit heißt: «Laß uns in Jahves Hand fallen, denn sein Erbarmen ist groß, Menschen aber möchte ich nicht in die Hände fallen.» (2. Sam. 24, 14.)

Haben dann die großen pentateuchischen Sammelschriften dieses Ergebnis vorgefunden, so ist auch von ihrer Seite her das Bestehende nicht

unwesentlich modifiziert worden. Wenn die ältere dieser Sammlungen, J, in Gen. 2–3 einen alten Schöpfungsbericht liefert, so erweckt diese Tatsache leicht den Anschein, als sei diese Schrift schon wesentlich am Monotheismus interessiert. Wohl ist beim Schöpfungsgedanken eine Einheitsschau vorhanden, doch ist hier vor allem der Weg wichtig, auf dem diese Sammler dazu gelangt sind. Sie verlängern die geschichtliche Tradition aus der historischen Zeit der Volksentstehung nach rückwärts durch die Sammlung von Überlieferungen über die Erzväter. Die starke Betonung des Erwählungsgedankens dürfte hierzu der religiöse Antrieb gewesen sein neben einem wohl auch vorhandenen politischen Antrieb, ein großisraelitisches Bewußtsein in den verschiedenen Stämmen zu schaffen. Dieser einmal so gefaßte Erwählungsgedanke aber hat die Frage wachgerufen nach dem Verhältnis der übrigen, auch geschaffenen, aber nicht speziell erwählten Welt zum besonderen Bundesvolke Gottes. So ist die Erzählung von der Weltschöpfung, die sich hier in Gen. 2 freilich auf die Schöpfung von Regen, Pflanzen, Tieren und Menschen beschränkt, keineswegs Selbstzweck. Der monotheistische Zug dieser Quellenschrift entsteht ungewollt und wird auch keineswegs begrifflich ausgewertet. Wichtiger ist der Schrift J Gottes Gnade gegenüber seinem Volk Israel. Sie ist der Weg, der aus dem Chaos in die Ordnung Gottes führt. Durch Übernahme zahlreicher Berichte über außerisraelitische Gegenden und Verhältnisse und deren Unterstellung unter den israelitischen Gottesgedanken entsteht in dieser Quellenschrift, ebenfalls ungewollt, auch ein primitiv universalistischer Zug. Und durch die großen Gedanken der Schuldverflochtenheit der Menschheit gibt es eine Art innerer Einheitsschau. Ihre Grenze aber ist die, daß als selbstverständlich angenommen wird, israelitische Bräuche und Sitten seien Menschheitsethik. Über Allkausalität und Nichtexistenz anderer Götter werden keine Erwägungen angestellt. Eine deutliche Grenze gegen den Monotheismus hin ist auch die Annahme eines himmlischen Hofstaates, dessen Gottwesen, zwischen Gott und den Menschen stehend, Gott unbequem werden können (Gen. 6, 1–4). So ist diese Schrift, als deren charakteristisches Bekenntnis der Satz «mein erstgeborner Sohn ist Israel» (Ex. 4, 22) gelten kann, weniger an der monotheistischen Fragestellung als vielmehr an den theologischen Problemen, am rechten Gottesverhältnis, der Sündenerkenntnis und dem glaubenden Vertrauen interessiert. Gerade damit aber vermittelt sie über die Zeiten hinweg nicht eine blasse Lehre, wohl aber Brot zum Leben.

Die etwas jüngere Quellenschrift des Pentateuch, E, läßt die zum Monotheismus neigende Weltbetrachtung von J ganz außer acht und zeigt so, daß man im alten Israel durchaus auch ohne diese Fragestellung leben und glauben konnte. Noch viel weniger als die ältere Quellenschrift ist diese jüngere am begrifflichen Monotheismus interessiert. Mehr aber noch als jener gilt ihr Interesse der radikalen Gottesforderung in der Gegenwart. Der schon in der mosaischen Religion liegende Ent-

scheidungscharakter wird stark betont und radikalisiert. Hier hat die Geschichte von Isaaks Opferung (Gen. 22) ihren Platz. Auch hier ist der Glaubensbegriff ein zentrales Anliegen, mit dem dieses Geschichtswerk in Gen. 15 einsetzt. Die besondere Bezeichnung, die diese Quelle für Gott verwendet, Elohim, Götter, ist die höchste verfügbare, aber ganz unreflektierte Bezeichnung der göttlichen Majestät ohne Hinblick auf Existenz oder Nichtexistenz anderer Götter.

Bezeichnete diese Quellenschrift so auf dem Wege zum begrifflichen Monotheismus eher einen Rückschritt, so weist ihre Besonderheit auf den Anfang der prophetischen Bewegung hin, die gerade die hier vertretenen Anliegen aufgenommen hat, wie denn auch durchaus zwischen den Kreisen dieser Sammler und Elia und seinem Kreise Beziehungen anzunehmen sind.

So bieten auch die großen Quellenschriften ungewollt Bausteine für den reinen Monotheismus. Sie bieten aber mehr, indem sie von Schuld und Erwählung, von Glaube und Verheißung künden und so Worte formen, die auf den verschiedenen Stufen begrifflicher Denkweise stets Gottes Botschaft an seine Welt sein wollen.

Wenn wir die im Monotheismus erfaßte Einzigkeit Gottes als die des Du in der Ich-Du-Beziehung, die an der Ganzheit des gelebten Lebens nicht verleugnet werden darf, erfaßt haben, dann dürfen wir im Hinblick auf das prophetische Moment der altisraelitischen Religion allerdings schon von der ältesten Prophetie, dem ekstatischen Nebiismus, einen besonderen Beitrag zum Monotheismus erwarten. Denn der Ekstatiker ist von der normal menschlichen Ebene ver-rückt und ganzheitlich auf den erlebten Gott konzentriert. Ist dieser Gott dann noch, wie in Altisrael, persönlich und übersinnlich aufgefaßt, dann kann unter Umständen der Schritt vom persönlichen zum einzigen Gott klein sein. Gerade aber diesem Ekstatikertum fehlt alles Interesse an bewußt formulierten monotheistischen Gedanken. Schon diese frühe Prophetie lehnt die in der ersten Ansiedlungszeit aufgekommene Tendenz, den Gott Israels mit Landesgottheiten zu identifizieren, strikte ab. So ist der Kampf des Elia gegen die Baalsverehrung seiner Zeit ausschließlich ein Kampf um die Frage, wer in Israel Herr sein soll, nicht aber darum, wer existiere und wer nur Truggebilde sei.

Mit den eigentlichen Schriftpropheten beginnen aber auch Begriffe und Anschauungen in die religiöse Sprache des Alten Testaments einzudringen, die für die begriffliche Klärung des werdenden monotheistischen Glaubens von größter Bedeutung sind. In dem Augenblick, da Amos etwa den in seiner Wirklichkeit der Volksphantasie gar nicht entsprechenden «Tag Jahves», die hereinbrechende Endzeit, verkündigt, wird die Macht des Bundesgottes in ungekannter Weise gesteigert. Vollends ist dies der Fall, wenn die Fremdvölker deutlich in Beziehung zu Jahve gesetzt werden (Am. 9, 7) und diesem die fast völlige All-

kausalität zugeschrieben wird: «Geschieht ein Unglück in einer Stadt, ohne daß Jahve es verursacht hat?» (Am. 3, 6.)

Bei Hosea ist ein solch gewichtiger Bewußtseinsinhalt die innere Einheitsschau, die durch die Liebesforderung Gottes erzielt wird. Die Gottesanschauung gewinnt so an Wucht wie an Verinnerlichung zugleich, und doch kann der gleiche Prophet den Volksgottcharakter Jahves eher unterstreichen als sprengen (Hos. 9, 1; 11, 1). Auch der Kampf gegen die Verehrung von Fremdgottheiten, der bei Hosea besonders bezeugt ist, geschieht in ganz unreflektierter Form, ohne zu untersuchen, ob die Verehrung direkt heidnischen Göttern gilt, oder ob dieselben schon als mit dem Bundesgott identisch angesehen sind. In jedem Falle wird diese Art Gottesverehrung abgelehnt, nicht, weil sie im Gegensatz zum Monotheismus stünde, sondern weil durch die bestehende Religions- und Rechtsübung das Recht Gottes gebeugt und verkürzt wird. Ob die so bekämpften Gottheiten etwa außerhalb Israels Macht ausüben können, wird in keiner Weise untersucht.

Im Strom der auch Juda überflutenden Weltgeschichte jener Tage mußten Propheten, wie Jesaja und Micha, die Größe Gottes ihrem Volke näherbringen. So taucht hier wuchtig der Gedanke auf, daß Israel-Judas Gott auch die mächtigsten Fremdvölker lenke, um sein Volk zu strafen und zu erziehen, ja daß er auch am Ende der Zeit diese fremden Völker unter sein Recht beugen will. Wie die Welt, so wird hier auch der Mensch klar als Einheit gesehen. Weil Gott der ganz andere ist, dessen herrliche Macht die ganze Welt erfüllt (Jes. 6, 3), darum ist vertrauender Glaube die Einheit menschlichen Tuns, die allein der Hoheit dieses Gottes entspricht. Einen Schritt weiter zum klaren Universalismus hin ist Jesajas Zeitgenosse Micha gegangen, der Jahve sogar als von Zion und Tempel losgelöst verkündigen konnte (Mi. 3, 11 f.).

Möchte man angesichts dieser gewaltigen Aussagen auch die letzte Bedingung für reinen Monotheismus, die klare Bestreitung der Existenz der Fremdkörper, schon bei diesen Propheten erwarten, so wird man allerdings enttäuscht. Wohl erhebt sich die Frage, wo angesichts der die Erde füllenden Macht Gottes noch Platz sei für die andern Götter, und wohl finden sich auch an einigen echten neben zahlreichen unechten Jesajastellen Bezeichnungen dieser Götter als «Nichtse» (Jes. 2, 8; 10, 11). Jedoch wird fremden Göttern die Macht allein zu dem Zweck abgesprochen, um die falsche Vertrauensrichtung der Hörer in die einzig richtige, die auf den Bundesgott bezogene, umzulenken. So fehlt hier zwar nur eine Kleinigkeit zum reinen Monotheismus. Der Grund dafür ist wieder, daß die Propheten ihre Aufgabe nicht in der Erzeugung großer Gedanken, sondern in der Ausrichtung des akuten Gottesbefehls gesehen haben.

Noch klarer ist Jeremias Konzeption. Nicht zu Unrecht heißt er der Völkerprophet oder auch der individualistischste unter den Propheten. Die Herrschaft seines Gottes über die Völkerwelt in Zeit und Endzeit ist ihm selbstverständlich, und durch Betonung der Sittlichkeit als der

einzig Gott adäquaten Anbetungsform bezeugt er auch eine klare innere Einheitsschau. Echt prophetisch bleibt seine Botschaft, wenn auch er Gott als den ganz anderen zeichnet (Jer. 7, 5 ff.; 31, 33). Neben Ausdrücken, die deutlich die unbedingte Nichtexistenz der Fremdgötter zu besagen scheinen, finden sich andere, die diese Eindeutigkeit, allerdings vielleicht nur aus stilistischen Gründen, vermissen lassen (Jer. 2, 8; 23, 13). Lediglich die prophetische Tendenz läßt hier wohl den in der Tat erreichten Monotheismus nicht mit Deutlichkeit zutage treten. So weiten die Propheten den Gottesgedanken in der Tat universal aus. Sie tun es dann und darum, weil der akute Gotteswille mit dem jeweiligen Volksglauben in Widerspruch steht. Ihr Beitrag zum Monotheismus ist also nicht Selbstzweck, ebensowenig wie die oft zu beobachtende Ablehnung des Kultus, die dann dem gleichen Grunde entspringt. So entzündet sich auch der prophetische Kampf gegen die Fremdgötter nicht an der monotheistischen Fragestellung, sondern an der brennenden Augenblicksfrage, auf wen sich das Vertrauen des Volkes gründen soll. So bleibt auch bei ihnen der werdende, bei Jeremia wohl erreichte Monotheismus eine Nebensache neben der Hauptsache, der radikalen Forderung und Verheißung Gottes, die in dieser Polarität ihre Glaubensgrundlage ist.

Ein Schriftdokument, das mehr als Prophetenreden dazu geeignet ist, auch begriffliche Klarheit zum Ausdruck zu bringen, ist das aus Jeremias Zeit stammende Deuteronomium. In ihm steht das später dann rein als monotheistisch empfundene jüdische Glaubensbekenntnis: «Höre, Israel! Jahve unser Gott ist *ein* Jahve!» Geschichtlich freilich richtet sich dieses Bekenntnis ursprünglich nicht gegen Polytheismus, sondern gegen Polyjahvismus, die Aufspaltung des einen Gottes in verschiedene Lokalnumina.

Die Grundrichtung des Deuteronomiums geht auf eine Neubesinnung über den Volks- und Erwählungsgedanken. Die Verheißung an die Väter und Gottes erzieherische Leitung haben das heilige Volk geschaffen, das somit auf dem Wege zur Gemeinde ist. Und nun entsprechen Zweck dieses Gesetzes und sein Gottesbegriff einander. Die Gesamthaltung des Menschen im Gottesbund soll von Gott her bestimmt werden. So werden Universalismus und Heilsgeschehen miteinander verbunden. Wie die ältere Pentateuchquelle J nimmt auch diese Tradition den Schöpfungsgedanken auf, vermeidet aber die bei J zuzeiten zu beobachtende Tendenz, den Gott des Bundes mit Lokalgottheiten zu identifizieren. Angesichts der bei Jeremia noch offenbleibenden Frage nach der Existenz der Fremdgötter gelangt nun das Deuteronomium zu zwei verschiedenen Arten von Monotheismus.

1. In Anknüpfung an die charismatisch-prophetische Linie betont es die alleinige Machtwirklichkeit des Bundesgottes in aller Geschichte (Deut 14, 32; 26, 19).

2. In Anlehnung an die in der Geschichte schon beobachtete priesterliche Identifikationstendenz betont das Deuteronomium, daß die

Fremdgötter den Fremdvölkern – nur diesen – zugeteilt seien: «Daß du wenn du deine Blicke gen Himmel schweifen läßt und die Sonne, den Mond und die Sterne, das ganze Heer des Himmels betrachtest, dich nicht dazu verleiten läßt, dich vor ihnen niederzuwerfen und ihnen Verehrung zu erweisen. Denn Jahve, dein Gott, hat sie allen Völkern unter allen Himmelsstrichen zugeteilt, euch aber hat Jahve genommen und euch aus dem Eisenschmelzofen, aus Ägypten herausgeführt, damit ihr sein Volk würdet, sein Eigentum, wie es jetzt der Fall ist.» (Deut 4, 19 f.)

Zweck dieser Aussagen ist beide Male allerdings nicht begrifflicher Monotheismus, sondern der Hinweis, daß Gott sein Volk auch durch das Werkzeug der Fremdvölker erziehen kann, ein Gedanke, der besonders in der an das Deuteronomium anknüpfenden geschichtlichen Literatur aufgenommen ist. Wenn so im Deuteronomium sowohl eine totale Hingabe des glaubenden Menschen an die Gottesliebe zutage tritt, als auch die äußere Einheit der Welt wie die innere der menschlichen Persönlichkeit gewahrt bleibt, so ist in der Tat angesichts solcher Äußerungen Monotheismus als erreicht anzusehen. Darum sind auch deuteronomische Gottesbezeichnungen wie «Gott der Götter und Herr der Herren» (Deut. 10, 17) oder ha'elohim, die Götter, für den einen Bundesgott (Deut. 4, 35; 1. Kö, 8, 60) als sehr real anzusehen. Merkwürdigerweise tritt so in Altisrael die dem modernen Menschen als monotheistisches Hauptmerkmal erscheinende Negation der Fremdgötter als letztes Kriterium zu den andern, bei weitem lebendigeren hinzu.

Diese Beobachtung betreffs der Gottesauffassung im Deuteronomium vereinigt sich mit der bekannten Feststellung, daß auch innerhalb der deuteronomischen Gesetzespartien prophetische und priesterliche Kreise zusammengewirkt haben. Aber auch hier ist es klar, daß diese «Stufe» des Gottesbegriffs auf indirektem Wege erreicht worden ist. Die spätere Literatur, vor allem Jesaja 40–66, hat diesen monotheistischen Glaubensbesitz dann aufnehmen und weitergestalten können.

Wirklichem biblischen Geschichtsdenken ist jede erreichte Stufe eine prinzipiell neue Gottestat, mag sie auch auf gebauten Fundamenten errichtet sein. Denn Gott ist der lebendige Gott aller Zeiten. Darum kann nicht irgendeine Stufe das Ziel der Offenbarung sein, dieses ist vielmehr im Wesen der Offenbarung selbst zu suchen. Darum ist auch Israels Religion nicht etwa darum lebendig geblieben, weil sie den Monotheismus hervorgebracht und der heutigen Welt überliefert hat, sondern umgekehrt, der Monotheismus erscheint uns als Glaubensgut, weil die Kraft und das Wesen des altisraelitischen Glaubens in ihn eingegangen sind. Der Glaube des Bundesvolkes Gottes, und nicht irgendeine Religionsstufe, die sich immer nur sekundär und am Rande ergibt, ist eine Lebenskraft. So hat Israel höhere Würde, als es die wäre, den Monotheismus der Kulturwelt vermittelt zu haben. Seine Würde ist, im Bundesgedanken das Geheimnis Gottes, seine Polarität von Macht und Liebe offenbart erhalten zu haben und den Gott zu kennen, der lebendiger

ist als alle Fülle bunter Götterhimmel, so lebendig, daß er sogar die Pole Unheil und Heil, Gericht und Gnade, ja Zeit und Ewigkeit, und letztlich, für den neutestamentlichen, seinen israelitischen Wurzelgrund kennenden und bejahenden Glauben, sogar Kreuz und Auferstehung umfaßt.

Bruno Balscheit.

Gibt es einen Frieden, der auf der starken Rüstung aufgebaut ist?

Gibt es eine Freiheit, die durch Waffengewalt gesichert ist?

Diese beiden Fragen sind die Schicksalsfragen der Menschheit. Unsere Staatsmänner und mit ihnen die überwiegende Mehrzahl der Menschen haben die Antwort auf diese Frage schon längst gegeben – zu allen Zeiten der Geschichte – und wir haben sie in diesen letzten Nachkriegsjahren deutlich genug gehört: «Den Russen macht nur die reine, nackte, ungeschminkte Macht Eindruck. Eine andere Sprache verstehen sie nicht.» Die Russen sind schlauer. Sie geben sich als Friedensapostel aus, um die bösen Kriegstreiber des Westens zu entlarven, während sie in Wirklichkeit dasselbe Machtspiel mit der starken Kriegsrüstung treiben.

Nun, wir kennen dieses Spiel des Rüstungswettkampfes, wir kennen die Methoden, mit denen man sich immer wachsende Kredite für die Rüstung abgewinnt, wir wissen, daß jedes Prahlen mit den dicken Muskeln vom Gegner mit einer Anstrengung beantwortet wird, welche die Muskeln noch stärker anschwellen läßt. Wir kennen diese Haudegenmoral, wie sie schon die Buben auf dem Schulhof üben: «Wer ist stärker – ich oder du?!» Wir wissen, daß dieses Kraftmessen eine tiefverwurzelte menschliche Eigenschaft ist. Unser Leben selbst ist ja der eindeutige Ausdruck dieses ewigen Kampfes, von welchem der Krieg lediglich die äußerste Konsequenz ist.

Diese Kampfmoral: «Wer ist stärker – ich oder ihr?!» hat das menschliche Leben in einem Sinn umgestaltet, in welchem das «Sichdurchsetzen» die allgemeingültige Tugend geworden ist. Was sind nun die Kampfmittel des Kampfes zur «Durchsetzung»? Intelligenz und Können. Mit der Intelligenz und mit dem Können sich durchsetzen, vorne stehen, der Erste sein, das Beste sein, der Tüchtigste sein – das ist unser Ideal, das Ideal der weißen Rasse, das Ideal des sogenannten «christlichen» Abendlandes.

In der Schule beginnt diese Schulung für den «Lebenskampf». In der Schule wird der noch kindlich-naive Mensch für das «rauhe Lebenskämpfertum» vorbereitet. In der Schule wird den jungen Menschen dieses Ideal der Höchstleistung, der Bestleistung, dieses Ideal des ewigen Kampfes, so lange eingehämmert, bis es nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen erscheint, daß auch nur einer dieser jungen Menschen die Schule anders verläßt als ein eintrainierter «Lebenskämpfer».

Jede Änderung, von den jungen, glaubensstarken Menschen bewirkt, ist keine Richtungsänderung, keine Kampfaufgabe, kein freiwilliger Machtverzicht, vielmehr kann man beobachten, daß jede Änderung nur eine Verstärkung des Leistungskampfes ist, nämlich: die größere und bessere Intelligenz und das größere und bessere Können verdrängen die bisherige Intelligenz und das bisherige Können und setzen sich an den ersten und obersten Platz. Dies aber entspricht ganz dem Ideal des «Sichdurchsetzens».

Es ist offensichtlich, daß diese Moral des Leistungskampfes, diese Moral, die den Wert des Menschen in seiner Intelligenz und seinem Können erkennen will, nun, daß diese Moral den Menschen in einen Leistungskampf hineinsteigert, der darum immer härter, kälter, rücksichtsloser und gemeiner wird und werden muß, weil eine immer größer werdende Anzahl Menschen trainierte Leistungskämpfer sind, die alle sich durchsetzen wollen, das heißt an die erste, oberste Spitze wollen. Nun können aber nicht alle an die Spitze, denn nur der Intelligenteste, nur derjenige, der das größte Können hat, kann sich bis an die Spitze durchsetzen. Die größte Intelligenz und das größte Können sind die Summe der bisherigen Intelligenz und des bisherigen Könnens.

Man kann diese Intelligenz und dieses Können am besten an den Früchten erkennen. Da erkennt man nun: die heutige Intelligenz und das heutige Können haben eine derartige Schärfe und Präzision erreicht, daß sie mit diesem die größte Kraft, die Atomkraft, freilegen und bannen können. Das Wesen dieser Intelligenz liegt in ihrer Zielsetzung, nämlich: mache dir die Welt untertan. Man macht sich die Welt untertan, indem man sie zerteilt. Teile und herrsche, divide et impera – das ist das altbewährte Prinzip der Macht.

Heute nun hat man diese Welt bereits derart aufgeteilt, daß sie sich nicht weiter teilen läßt. Die Intelligenz hat den Gipfel der Macht erreicht: sie hat die größte Macht entdeckt. Was die Intelligenz gesucht hat, hat sie bekommen: absolute Macht.

Doch ohne das Können wäre die Intelligenz wirkungslos. Intelligenz und Können sind die beiden Seiten des Machtgeistes. Was die Intelligenz an Machtmöglichkeiten entdeckt, kann nur das entsprechende Können ausnutzen. Das heißt: die theoretische Erkenntnis der Atomkraft muß durch die praktische Ausnutzung der Atomkraft ergänzt werden. Die Macht, die der Geist gewinnt, muß sich einen Körper, ein Vehikel schaffen, in welchem die Kraft «leben» kann.

Und so erkennen wir in allen Produkten dieses Machtgeistes eine Kraft und einen toten Körper, einen Mechanismus, welch letzterer von der Kraft sein «Leben» erhält. Diese Kraft ist immer mehr zur Explosivkraft geworden. Die Atomkraft ist die größte Explosivkraft. Diese Explosivkraft trägt auch jeder Mensch in sich – man braucht nur von einem Gegner in die Enge getrieben oder unterdrückt zu werden, um «hochzugehen».

So macht es die Intelligenz: sie gewinnt die Kraft durch Unterdrückung. Der Unterdrücker macht sich die Kraft des unterdrückten Lebens zunutze. So haben wir mit unserem Können einen Unterdrükkungspanzer gebaut, mit dessen Hilfe wir die ungeheuren Lebenskräfte für unsere Zwecke einfangen und ausnutzen können.

Man braucht sich nur unsere vom Machtgeist völlig veränderte Welt genauer anzuschauen. Da erkennt man dann: diese ganze «Schöpfung» aus dem menschlichen Machtgeist ist eine einzige Offenbarung von Tod und Teufel. Diese aus dem Machtgeist des Menschen entstandene «Schöpfung» ist eben keine «Schöpfung», denn «Schöpfung» heißt Leben; vielmehr ist das, was der Mensch da «erschaffen» hat, tot und häßlich und seelenlos – und das, was in diesen Totgeburten «lebt», ist allein der teuflische Wille zur Macht, diese Unterdrückerwut, eine Geistbesessenheit.

Wir haben dem Teufel und dem Tod ein Reich auf Erden errichtet. In die lebendige, beseelte Schöpfung haben wir unsere seelenlose und darum dämonische Maschinenwelt gebaut. Wir haben die Macht gewollt, wir haben die Macht bekommen. Das sind die Früchte unserer Intelligenz und unseres Könnens. Und die Früchte sind bald reif. Das heißt: wir sind vollkommene Sklaven von Teufel und Tod geworden. Nur merken wir noch nicht, daß wir Sklaven sind. Darum nämlich, weil wir diesen Teufelsgeist, aus dem diese seelenlose, häßliche Dämonenwelt stammt, immer noch als einen herrlichen, befreienden, von Gott gesegneten Geist anbeten und verehren. Wenn einmal diese verfluchte Illusion, dieser Bann der schrecklichsten Lüge von den Menschen erkannt sein wird – ja, was dann? Dann geht das große Erdbeben los, dann werden diejenigen, die heute noch über den «Teufel» lächeln können, wie Wahnsinnige aufheulen, weil sie die Macht des Teufels erkennen – und nicht mehr fliehen können.

Angesichts dieser wahrhaft furchtbaren Wahrheit, die es zu erkennen gelten würde, schließt man sich natürlich instinktiv ab. Man steigert sich in sein «Lebensrecht» hinein. An dem bisherigen Weg des Lebens war nichts falsch, nein! Die Russen sind's, diese Feinde der Menschheit, die unser Leben bedrohen! Ohne Russen würde heute schon das «goldene Zeitalter der Menschheit» angebrochen sein. Die Russen sagen: «Da, der kapitalistische Westen ist an allem schuld! Ohne diesen kapitalistischen Westen würden wir heute schon das wahre Paradies auf Erden haben.» (Im Grunde genommen unterscheiden sich Russen und

Amerikaner gar nicht so sehr. Beide glauben an den ewigen Fortschritt, beide sind überzeugt, daß der andere diesen Fortschritt aufhält.) Warum wundern wir uns nur, daß dies so ist? Müßte man sich nicht wundern, wenn es anders wäre, als es tatsächlich ist?

Bleiben die Menschen nicht ihrem Geiste treu, diesem Geist des ewigen Machtkampfes, des ewigen Leistungskampfes, der mit allen Machtmitteln der Intelligenz und des Könnens ausgetragen wird? Wie sollte dieser Kampf auch jetzt aufhören können, wo die Menschen durch die ungezählten Machtmittel so große Macht gewonnen haben? Einer muß doch an die Spitze der Macht kommen. Eine Intelligenz und ein Können müssen sich an die Spitze durchsetzen.

Amerika – Rußland: wer ist stärker? Was für uns als Einzelmenschen gilt, das gilt halt auch im großen. Wenn es das Ideal des Menschen ist, mit seiner Intelligenz und seinem Können alle Macht auf Erden zu gewinnen, dann wird die Menschheit sich eine Welt erbauen, die das genaue Spiegelbild dieses Geistes ist.

Damit dürfte die Frage: «Gibt es einen Frieden, der auf der starken Rüstung aufgebaut ist?» beantwortet sein, mehr noch: wie kann eine Welt, die durch den Machtgeist, der am eindeutigsten in Wissenschaft und angewandter Wissenschaft, der Technik, ausgeprägt ist, Frieden finden? Diese Frage findet ihre klare Antwort: Was aus dem Machtgeist kommt, ist böse und trägt darum die Vernichtung in sich. Nein, für diese Welt kann es keinen Frieden geben – Sein, Gottes Wille ist unser Friede. Und Gottes Friede ist die völlige Machtaufgabe, das Ende jeglichen Kampfes, Leistungs-, Konkurrenz-, Fußball-, Box- und Ringkampfes. Es gibt nur einen Kampf: der Kampf gegen sein eigenes Ich. Gottes Wille ist die echte Brüderlichkeit, aber nicht die Partei- oder Sauf- oder Skatbrüderlichkeit, sondern jene Brüderlichkeit, die im andern Menschen den gemeinsamen Vater, Gott ehrt.

Und noch ein Wort über die Freiheit. Was ist Freiheit? Freiheit ist der Wille des Einzelmenschen, selbstverantwortlich zu sein. Dieser Wille zur Freiheit holt seine Kraft aus der Erkenntnis, daß nur dies gut sein kann, was aus dem freien Willen entspringt, während alles das als böse erkannt wird, was den Menschen zum Instrument eines fremden Zweckes erniedrigen will. Wird doch der Mensch jeden Wertes beraubt, wenn er nicht aus freiem Willen, sondern aus Zwang handelt. Gar noch, wenn es sich darum handelt, daß man «etwas Gutes» gezwungenermaßen tut – das gibt es eben nicht. Gut ist nur, was aus der Freiheit kommt.

Aber diese Art von Freiheit macht den Menschen nicht hochmütig und überlegen, vielmehr fühlt sich der Mensch, der sie, das Himmelsgeschenk der Freiheit, erlebt, so hoch erhoben, daß er sich ganz tief verneigen möchte . . . so unwürdig kommt er sich vor . . . und er wird still und demütig und bescheiden. Ja, wer sich durch diese Freiheit erhoben fühlt, der wird sich um eine Rücksicht bemühen, die sich vor den Mitmenschen verneigt, denn in ihnen ehrt und achtet sie, die Rücksicht,

eben jenes unantastbare, heilige Gut der Freiheit. So großzügig, so wahrhaft frei und selig macht diese Freiheit, daß man kein größeres Glück kennt, als sich alles zu versagen, um es seinen Mitmenschen, den Brüdern, zu gönnen. Ihre Freude ist das eigene Glück.

Aber von dieser herrlichen, befreienden Himmelsfreiheit haben wir nicht nur keinen blauen Dunst in dieser heutigen wahnbesessenen Zeit, wir haben sogar mit unserer Freiheit jene Himmelsfreiheit zertreten und vernichtet oder besser – weil sich diese Freiheit nicht vernichten läßt – von dieser Erde vertrieben. Und was ist unsere Freiheit? Die Freiheit zur Macht, Freiheit zum pausenlosen, unbarmherzigen, gemeinen Machtkampf, zum Leistungskampf, zum Konkurrenzkampf, zum Kampf um die Spitze; Freiheit, um mit allen modernen Mitteln der Teufelspropaganda: Presse, Radio, Kino, Television, die Massen für seine Machtzwecke weichzuklopfen und aufzupeitschen und zum Massenmord zu hetzen; Freiheit, um die stärkste, teuflischste und tödlichste Rüstung aufzubauen, die je diese Welt gesehen hat; Freiheit, um diese ganze Welt, diese ganze Menschheit zu vernichten. Hitler hat es uns allen ja vorgemacht. Auch er fühlte sich angegriffen. Auch er wollte Deutschlands Freiheitskampf. Für Deutschlands Freiheit hat er die bis dahin größte Rüstungs- und Militärmacht aufgebaut. Die ganze Welt war sein Feind. Also mußte er die ganze Welt vernichten – für Deutschlands Freiheit. Unsere heutigen Staatsmänner in Ost und West scheinen Hitlers Vernichtungsfanatismus, genannt Freiheitskampf des Volkes, noch überbieten zu wollen . . . usw. . . . usw.

Wer also an den starken Mann und die starke Rüstung glauben will; wer zynisch genug ist, das eine Freiheit zu nennen, die mit Atombomben droht und auf einer brutalen Militärmacht errichtet ist; wer seine Sicherheit von der größeren Anzahl Atombomben abhängig machen will, der bleibe weiter ein Narr. Wer jedoch die Wahrheit will, der mache die Augen auf und sehe zu, wie er mit seiner Seele ins Reine komme.

Ist die Wahrheit nicht eine Kraft, ein Feuer, ein strahlendes Licht, welche nicht eher ruht, als bis alle Macht, Teufel und Tod überwunden sind? Und wenn diese Macht des Bösen überwunden ist, was kann der Seele dann noch passieren? Habt nur keine Angst – mit der Wahrheit, mit der echten Freiheit werdet ihr siegen! *R. Wiegand.*

Teurer oder billiger Friede?

Während Schiller den Frieden als schönen lockigen Knaben darstellt, der, am Bache die Flöte blasend, Lämmer lustig hüpfen läßt, wird ein Künstler von heute dem Frieden ein ganz anderes bildliches Aussehen geben müssen. Er läßt sich kaum anders denken wie als hinfälliger, grämlicher Greis, der nur noch auf den Krücken der UNO einherhumpeln

kann und der sich nur mühsam mit den Patentmedizinen der Aufrüstung am Leben erhält.

Ein Blick auf die Zusammensetzung der ihm verabreichten Rezepte ist nicht minder grauenvoll. Schrecklicher brauchen auch die Zerstörungen des wütendsten Krieges nicht zu sein, denn die von ihm benötigten Heilmittel werden aus dem Besten zubereitet, das menschliche Arbeit und menschliches Denken zu bieten vermag. Darum drängt sich die Frage auf, wie lange noch die produktiven Kräfte aller Länder der Erde den sich immer weiter steigernden Anforderungen der Kriegsvorbereitungen gewachsen sein werden.

Der erste Vierteljahresbericht des Director for Defense Mobilisation in den Vereinigten Staaten, Wilson, zeigt, was sich auf dem Gebiet der Rüstungen Amerikas bereits begeben hat, aber es ist noch ein Kinderspiel dagegen, was auf dem Gebiet noch bevorsteht. Wenn die Union mit diesen Schritten weitermarschiert, werden die übrigen Völker das Tempo mithalten müssen, auch wenn ihnen der Atem darüber vergeht. Zurzeit werden in Nordamerika 2 Billionen Dollar pro Monat, mehr als das Doppelte der Rate des letzten Juni, für Kriegszwecke ausgegeben. Schon diese Zahlen machen schwindeln, aber noch Ärgeres steht bevor. Die Zahl von 2 Billionen wird sich vor Ende des im Juni zu Ende gehenden Etatjahres auf 4 Billionen Dollar verdoppeln. Als Endziel einer amerikanischen Aufrüstung, die nach Mr. Wilsons Ansicht für die Abschreckung jeden Angreifers genügen wird, ist beabsichtigt, die Jahresleistung der amerikanischen Industrie auf 50 000 Flugzeuge und 35 000 Tanks zu bringen.

Das amerikanische Rüstungsprogramm sieht für die nächsten drei Jahre eine Produktionssteigerung von wenigstens 5 Prozent pro Jahr vor. Nach der Ansicht Wilsons werden die Ausgaben des Rüstungsprogramms allerdings durch den Rückfluß in die Gesamtwirtschaft zu einer allgemeinen Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung führen.

In einem Kommentar zu den Wilsonschen Theorien zeigt sich der «New Statesman» erheblich weniger optimistisch. Auf Grund einer Kritik, die von einer aus Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses kombinierten Kommission an dem Bericht Präsident Trumans über die wirtschaftliche Lage der Union geübt wurde, kommt die englische Wochenschrift zu dem Schluß, daß sich die Zuversicht Wilsons zu sehr auf papierne Kalkulationen stützt. Die amerikanischen Parlamentarier warnen vor der Gefahr, eine Inflationssintflut könne alle Berechnungen durcheinanderbringen und sich zu einer ernsten Gefahr für die amerikanische Wirtschaft auswachsen.

Der Pessimismus findet seine vornehmste Stütze in der phantastischen Steigerung der Produktionskosten, die in der Hauptsache auf die übersteigerten technischen Verbesserungen des gesamten Materials zurückzuführen sind. Der Herstellungspreis für einen B-36-Bomber ist zum Beispiel genau dreizehnmal höher geworden als der seines im Weltkrieg verwandten Schwesterntyps B-17.

Die Fernwirkungen der amerikanischen Aufrüstung haben sich bereits im englischen Budget für das nächste Etatjahr höchst unangenehm fühlbar gemacht. Der neue Schatzsekretär, Gaitskell, hat unter diesen Auspizien kein sehr erfreuliches Debut gehabt. Er mußte den Etat mit dem Eingeständnis einleiten, daß ein volkstümliches Budget unter den gegenwärtigen Umständen unmöglich gewesen sei und daß er sich damit begnügt habe, ein ehrliches Budget vorzulegen. Das dem englischen Steuerzahler diesmal präsentierte setzt sich aus Erhöhungen der Einkommenssteuer, Umsatz-, Brennstoff- und Vergnügungssteuer zusammen.

Die Schwierigkeit, eine Balance zwischen den Einnahmen und den sich durch die Steigerung des Lebensstandards dringend notwendig machenden Erhöhungen im Bereich der sozialen Fürsorge zu finden, wird für das kommende Etatjahr zu einem Defizit von 114 Millionen Pfund Sterling führen.

Der Schatzkanzler ist, wie die «Times» sagt, bis an die äußerste Grenze der Belastung gegangen, die sich in normalen Zeiten tragen läßt. Von einer Fortsetzung einer Steuerpolitik dieses Ausmaßes läßt sich auf die Dauer nichts anderes erwarten als neue Preiserhöhungen, neue Schulden und weitere Volksverarmung.

Unter diesen Umständen drängt sich selbst im inflationsscheuen England die Frage mehr und mehr in den Vordergrund, ob es nicht besser wäre, die Risiken einer neuen Inflation auf sich zu nehmen, als eine Inflation durch Abwehrmaßnahmen, wie die im diesjährigen Budget enthaltenen, ohne Erfolg aufzuhalten.

Im Angesicht der Gefahren, die Englands wirtschaftliche Zukunft aus einer Fortsetzung der Aufrüstung ins Ungemessene drohen, sieht es so aus, als bemühte sich die britische Außenpolitik mit dem ganzen Aufwand ihres zurzeit nicht geringen Einflusses jenseits des Atlantiks den wild gewordenen Pferden rechtzeitig in die Zügel zu fallen, ehe der Wagen in den Straßengraben geschleudert wird. Die englische Diplomatie war daher an der Abberufung General McArthurs nicht ganz unbeteiligt. Durch den unerwarteten Schritt Präsident Trumans ist immerhin schon etwas Positives erreicht worden. Es besteht nunmehr Klarheit darüber, daß, abgesehen von einem großen Teil des amerikanischen Volkes, auch hohe Militärs nicht gewillt sind, das Spiel mit dem Feuer weiter mitzumachen. General Omer Bradley hat sich gegen die Idee des Präventivkrieges mit einer Deutlichkeit ausgesprochen, die auch ein überzeugter Pazifist nicht besser hätte aufbringen können. Der Chef des amerikanischen Generalstabes ist der Ansicht, daß sich die gegenwärtige internationale Krise weder durch Ultimatum noch durch Drohungen an Rußland mit einem Bombardement entspannen läßt. Die Anwendung beider Mittel könne nur dazu dienen, die USA in neue kriegerische Verwicklungen hineinzumanövrieren.

Die Folgen des Konflikts Truman–McArthur sind in ihrem ganzen Umfang noch nicht übersehbar. Eines läßt sich aber mit einiger Sicherheit

prophezeien, daß die friedensfreundlichen Einflüsse bis nach den Präsidentenwahlen stark genug sein werden, um unerwartete Eskapaden der Kriegspartei im Zaune zu halten.

In einer geklärten innenpolitischen Situation werden die Demokraten für brauchbarere Vorschläge zur Erhaltung des Friedens zugänglich werden. Die Chancen müssen sich also vergrößern, daß sie auch Neigung zeigen, die Rüstungsmaschine etwas zu drosseln, die sie weniger aus Furcht vor Rußland als aus Furcht vor ihrer republikanischen Parteikonkurrenz auf so hohe Touren gebracht haben.

Die amerikanische Demokratie wird sich um so eher in die neue Situation finden können, wenn sie einmal erkannt hat, daß sie über weit bessere Propagandawaffen verfügt als ihre eigene Atombombe und die Propaganda Moskaus. Sie verfügt nämlich in der Tennessee Valley Authority über das Geheimnis, durch eine Kombination von Natur und Technik überall auf der Erde durch friedliche Mittel bessere Daseinsbedingungen zu schaffen. Die Größe der Rooseveltschen Entdeckung und seiner New-Deal-Mannschaft liegt, weit über das Ökonomische hinaus, auf einer bisher weder von Wissenschaft noch von Politik genügend beachteten Ebene. Vom New Deal her wird sich ein Ausgleich zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft auf dem Wege ruhiger Entwicklung ermöglichen lassen. Von hier aus wird sich auch die Hinfälligkeit der These von der Ewigkeit des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit erweisen, denn im Laufe einer vom Humanitären bestimmten wirtschaftlichen Aktivität wird sich herausstellen, daß Individualismus und Kollektivismus gar keine konträren Weltanschauungen sind, sondern den äußern Bedingungen je nach Bedarf angepaßte wirtschaftliche Organisationsformen.

Trotzdem ein System zum Aufbau von über die ganze Erde verstreuten New-Deal-Zentren den Einsatz riesiger Mittel nötig machen wird, muß es doch billiger und lohnender sein als die Aufrüstung ad infinitum. Von ihrem Kostenaufwand abgesehen, hat die Montage einer ins Gigantische gesteigerten Kriegsmaschine noch einen schon oft durch die Kriegsgeschichte sehr oft bewiesenen Nachteil; im Ernstfall hat sich gezeigt, daß sie auch nicht einen Bruchteil der für sie gebrachten Opfer an Geist und Geld wert ist. *Karl Loewy.*

Die Krise des Sozialismus

Unter dieser Überschrift fragt im Märzheft dieser Zeitschrift Hugo Kramer nach der Ursache der «Schwäche» des «sogenannten demokratischen Sozialismus», die in der heutigen, über Krieg und Frieden und damit über unsere gesamte irdische Existenz entscheidende «Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Kommunismus» zutage tritt.

Kramer sieht eine doppelte Schwäche, eine moralische und politische. Die moralische Schwäche des demokratischen Sozialismus besteht darin, daß er «seinen alten marxistischen *Glauben* verloren ... aber den wirklich zum Sozialismus gehörigen Glauben an Gott und seine Herrschaft noch nicht gefunden» hat (S. 115). Darum ist er der «Verbürgerlichung» anheimgefallen und droht der Korrumpierung durch den kapitalistischen Imperialismus zu erliegen. Die politische Schwäche ergibt sich aus der moralischen. Sie führt zu dem fehlerhaften Verhalten des demokratischen Sozialismus, daß «seine offiziellen Vertreter im großen Kampf um Sozialismus und Demokratie den Sozialismus zurückstellen ... Jetzt wird von den sozialdemokratischen Parteien aller Länder – mit wenigen Ausnahmen – als Hauptgegner nicht mehr der Kapitalismus und sein Sprößling, der Imperialismus, empfunden, sondern der *Kommunismus* und der sogenannte Sowjetimperialismus» (S. 100 f.). Der Aufsatz gipfelt in der Überzeugung, daß nur ein moralisch erneuerter, auf dem Reich-Gottes-Glauben fußender Sozialismus «über den Kommunismus Herr werden» wird. Ein solcher Sozialismus würde den Kapitalismus beseitigen können und damit den Kommunismus überflüssig machen, «der ja nur die – vorläufige – Antwort auf die Fragen ist, die uns der Zerfall der immer noch herrschenden Weltordnung stellt» (S. 118). Kramer stellt den demokratischen Sozialismus vor die «Entscheidung: entweder den Kommunismus auf die bisherige falsche Art weiter zu bekämpfen oder ihm mit den rechten Waffen entgegenzutreten». Die rechte Art der Bekämpfung des Kommunismus besteht darin, «uns mit ihm zu gemeinsamem Kampf gegen den gemeinsamen Gegner zu verständigen, unter sauberer Aufrechterhaltung unserer politischen Selbständigkeit und unserer freiheitlichen Grundsätze» (S. 118).

Um der Wichtigkeit der angeschnittenen Frage willen sei um Aufnahme einer Entgegnung gebeten, welche die Voraussetzung Kramers teilt, daß nur die Annahme des Reich-Gottes-Glaubens den Sozialismus aus seiner gegenwärtigen Krise befreien kann, aber die Forderung einer «Verständigung» mit dem Kommunismus als undurchführbar ablehnt.

Es dürfte richtig sein, daß der demokratische Sozialismus den Kampf gegen den Kapitalismus aus opportunistischer Rücksichtnahme auf Nordamerika zurückstellt. Damit versagt er in unserer größten Not. Wenn es uns Heutigen nicht gelingt, die Verwaltung der Erde, die für uns alle Raum hat, nach sozialistischen Grundsätzen gemeinschaftlich durchzuführen, dann wird der Imperialismus die halbe Welt in Trümmer legen. Auch innerlich werden die Menschen dann entweder zur Verrücktheit getrieben oder zur Schlacke ausgebrannt werden von dem Konflikt zwischen der öffentlichen Anerkennung einer universalen Moral und der Proklamation, vielmehr der wirklichen Verwendung, des privategoistischen Trieblebens als alleinigen Antriebes des Wirtschaftslebens; dieser Konflikt macht aber das *Wesen* des Kapitalismus aus. Die Krise des demokratischen Sozialismus fällt zusammen mit dem Höhepunkt der

Weltkrise, in die uns der Kapitalismus hineingeführt hat. Der Aufsatz analysiert die Lage im westlichen Lager zutreffend: «Auf jeden Fall hat der Laboursozialismus ... die *Wahrheit*, die im Marxismus liegt, nie aufgenommen, insbesondere nicht seine Erkenntnis von der Klassenstruktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, sonst hätte er nicht in der Außenpolitik so weithin die Denkweise und Praxis des konservativen Imperialismus übernehmen und so verhängnisvoll tief in die Abhängigkeit von der Weltmachtspolitik des amerikanischen Kapitalismus versinken können. Aber auch bei festländischen Sozialdemokraten hat sich der Marxismus, der einmal ein weltumgestaltender Glaube war, mehr und mehr verflüchtigt» (S. 115 f.). Es ist begreiflich, wenn Kramer in dieser Not fragt, ob nicht das Zusammengehen mit dem Kommunismus Hilfe bringen kann. Dieser Wunsch führt ihn aber dazu, den Kommunismus viel voreingenommener und weniger scharf zu prüfen als den demokratischen Sozialismus.

In der Untersuchung des Kommunismus fällt zunächst die subjektive *Form* auf. «Für mich (!) steht jedenfalls (!) fest, daß die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft, trotz allen Trübungen des Ideals, der Daseinsgrund sowohl der Sowjetunion wie der neuen kommunistisch regierten Staaten geblieben (!) ist.» (S. 109.) Der Schreiber dieses Satzes stellt sich damit den Sozialisten gegenüber, die aus der Erfahrung, daß Rußland mit unbeugsamer Konsequenz in allen von der Roten Armee beherrschten Ländern die sozialdemokratische Opposition unterdrückt, den Schluß ziehen, daß *nur unter dem Schutz europäischer und amerikanischer Waffen ein Fortbestand des demokratischen Sozialismus denkbar ist*. Die Sozialisten, welche diese Ansicht vertreten, stammen aus allen Lagern und sind keineswegs in Bausch und Bogen als «verbürgerlicht» zu bezeichnen. Kramer verwirft ihren Schluß mit der Versicherung, daß «die Wirtschaft der Sowjetunion in keiner Weise nötig» habe, «sich durch Anwendung staatlicher Machtmittel «Absatzmärkte, Rohstoffquellen oder Kapitalanlagemöglichkeiten im Ausland zu sichern» (S. 109). Auch hier befremdet es, daß ein Dritter bemüht wird, der feststellen soll, was die Sowjetunion «nötig hat». Viel wichtiger dürfte es sein, festzustellen, was die Sowjetunion *selber* für nötig hält und wie sie dementsprechend handelt. Jeder weiß, daß die Sowjetführung sich seit 1939 in den zusätzlichen Besitz des schlesisch-mährischen Industriegebietes in Europa und des mandschurischen Industriegebietes in Asien gesetzt und außerdem danach gestrebt hat, an der Ausbeutung des Ruhrgebietes beteiligt zu werden. Es ist freilich durchaus möglich, daß es dem russischen Interesse besser entsprochen hätte, den Ausbau des vorhandenen Industriepotentials zu betreiben und auf imperialistische Expansion zu verzichten. Dagegen erhebt sich sofort die weitere Frage, ob die ganze Struktur der sowjetischen Politik und Wirtschaftsführung eine solche Beschränkung erlaubt hätte. Das sind Fragen, welche nur sehr genaue Kenner Rußlands zu beantworten vermöchten, und wo gibt es die im Westen? Der

Durchschnittsbürger im westlichen Europa wird sich mit der Feststellung der *Tatsachen* begnügen müssen, daß Stalin die panslawistische Politik der Zaren wieder aufgenommen und in Asien die Wiedergewinnung der im russisch-japanischen Krieg verlorenen (chinesischen) Mandschurei warm begrüßt hat. Die Möglichkeit einer friedlichen Revision dieses Imperialismus steht auf einem andern Blatt. Auf ihr beruht unsere Hoffnung auf Erhaltung des Friedens.

Ferner geht Kramer der russischen Sphinx auf geschichtsmaterialistische Weise zu Leibe. Das Machtstreben eines «egoistischen Sowjetimperialismus ... müßte ganz in der Luft stehen, wenn es nicht durch solide wirtschaftliche und gesellschaftliche Triebkräfte gestützt würde» (S. 109). Von eben diesen Triebkräften gibt er wenige Seiten später zu, daß sie wahrscheinlich nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben. Das kapitalistische Bürgertum des Westens verlangt deshalb «die Wiederherstellung der Demokratie in den kommunistisch regierten Ländern», weil «es hofft – und nicht ohne Grund –, bei der Veranstaltung sogenannter (!) freier Wahlen würden ... die neue soziale und politische Ordnung zerschlagen und der Weg für eine Wiederherstellung des ancien régime geebnet» (S. 113). Was können das für «wirtschaftliche und gesellschaftliche Triebkräfte» sein, welche die Wiederherstellung der formalen Demokratie und die Abhaltung «sogenannter freier Wahlen» nicht vertragen können? Marx und theoretisch auch noch Lenin vertraten den Standpunkt, daß die Diktatur des Proletariats «auf dem Boden» der formalen Demokratie errichtet werden müsse als «Herrschaft der ungeheuren Mehrheit über eine verschwindende Minderheit». Der von Kramer als «kommunistisch» anerkannte Zustand hinter dem Eisernen Vorhang ist also nicht mehr kommunistisch im Sinne von Marx und Lenin. Er wäre einer genaueren Untersuchung bedürftig, als der Aufsatz sie unternimmt. Aber der Verfasser zieht sich einfach auf die «grundsätzliche» Feststellung zurück: «Für uns (!) ist es keine Frage, daß der Kapitalismus ... sowohl dem äußeren Wirkungsgrad als dem inneren Gehalt nach das unvergleichlich viel schwerere sittliche und materielle Übel ist als der Kommunismus.» (S. 111.) Es besteht doch auch die Möglichkeit, daß ein Übel so schlimm ist wie das andere; in Thüringen gibt es ein Sprichwort: «Gefährlich ist die Hungersnot, doch wer erfriert, ist gleichfalls tot.»

Zu einer Verständigung über die russische Frage ist eine Klärung des Begriffs der Demokratie notwendig. Wörtlich heißt Demokratie «Herrschaft des Demos»; dieser Demos kann sehr Verschiedenes bezeichnen. In der Antike war der Demos die aus dem Zusammenschluß eines Stammes oder mehrerer Stämme entstandene Stadtgemeinde. In den europäischen Revolutionen ist der Demos die in der absoluten Monarchie zusammengeschweißte Staatsnation. Beide Träger der Demokratie sind in der heutigen Zeit, in der die gesamte Erde zu organisieren ist, zweifellos überholt; was aber eine Demokratie auf weltbürgerlicher

Grundlage bedeutet, können wir erst ahnen. Kramer dürfte auf der richtigen Spur sein, wenn er sagt: «Im Geiste der Demokratie – das heißt letztlich mit den Kräften des Reiches Gottes.» (S. 112.) Aber die Präzisierung dieser Ahnung erfordert ungeheure Arbeit der Menschen und Gnade «von oben» (S. 118). Die Hauptschwierigkeit beruht darauf, daß es bisher nur einen Universalismus auf undemokratischer Grundlage, als «Reiche» von «Weltherrschern» gegeben hat, deren Untertanen sich auf magische Weise mit ihren Herren identifizierten. Dieser mystisch-monarchische Universalismus ist weithin im konservativen Christentum noch lebendig. Er ist nicht kapitalistisch, aber auch nur schwer für den prophetisch-evangelischen Reich-Gottes-Glauben zu gewinnen, der auf dem selbständigen Gewissen eines jeden Einzelnen fußt. Gleichwohl ist dieses konservative Christentum, und nicht der Kommunismus, der gegebene Bundesgenosse des demokratischen Sozialismus. Er ist sogar ein gewisser Schutz für den demokratischen Sozialismus gegen die Versuchung, aus seiner Geburtsstätte, den europäischen Revolutionen, den nationalstaatlichen Partikularismus zu übernehmen. Vielleicht ist gerade dies die Tragik der russischen Revolution, daß sie den Nationalismus aus der Französischen Revolution wie aus dem eigenen Volkstum übernommen hat, gegen den der «Zäsaropapismus» der russischen Kirche keine Immunitätsstoffe ausgebildet hatte. Auf jeden Fall ist der Einsatz *für* eine universale Demokratie zugleich Einsatz *gegen* einen sich verabsolutierenden Nationalismus. *Feodor Roettcher.*

WELTRUNDSCHAU

Der Richtungskampf in Amerika «Was soll nun nach MacArthurs Sturz in Ostasien weiter geschehen?» Die Frage, die wir hier vor vier Wochen gestellt haben, ist auch heute noch nicht beantwortet — weit entfernt davon. General MacArthur ist zwar bei seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten wie ein Triumphator empfangen worden, unter unglaublichen Ausbrüchen zügelloser Massenhysterie, wie sie nicht einmal ein Hitler zu erzeugen gewußt hatte[1]. (Man hat die Gefährlichkeit dieses amerikanischen Engroshypnotiseurs bisher immer noch nicht gebührend gewürdigt!) Und

[1] Ein kanadischer Zeuge von MacArthurs Empfang in Washington, wo es noch lange nicht so toll herging wie z. B. in San Franzisko oder in Neuyork, sprach von einer «fast erschreckenden Kundgebung des Führerkomplexes, wobei die Gefühlsraserei der Menge an die Anbetung irgendeines Stammesgottes erinnerte» («New York Times» vom 22. April). Recht nett ist auch, was amerikanische Blätter aus Los Angeles berichten: «Frau Beatrice H. C. Wood hat ihren Geburtstag nicht gern. Es ist der 8. Mai, der auch Präsident Trumans Geburtstag ist. Sie ließ heute wissen, daß sie künftig ihren Geburtstag am 26. Januar feiern werde – dem Geburtstag General MacArthurs.»

die Anhänger des entlassenen Helden haben denn auch, die Konjunktur ausnützend, unverzüglich den Kampf um seine Ehrenrettung mit aller Macht aufgenommen. Die dreitägige theatralische Einvernahme MacArthurs vor den zuständigen Senatskommissionen war unzweifelhaft ein erster, wichtiger Erfolg in diesem Kampf, und eine ungeheure, glänzend orchestrierte Propagandaaktion sorgte dafür, daß er seine psychologische Wirkung bis in den letzten Winkel des Landes hinein tat. Aber was für *politische* Folgen sich daraus ergeben werden, in welcher Weise namentlich der Krieg in Ostasien weitergeführt werden wird, das ist noch keineswegs klar abzusehen.

Klar ist vorderhand nur die Angriffslinie der Mac-Arthur-Partei. Ihre Vorkämpfer klagen die Regierung an, erstens unter ausländischem Druck eine Politik der Kapitulation vor den chinesischen und damit auch den russischen Kommunisten zu betreiben; zweitens durch das Verbot der «Entfesselung» von Tschiang Kai-sheks Formosa-Armee und des Angriffs auf die mandschurischen Etappenstützpunkte der Chinesen einen Sieg der UNO-Truppen in Korea unmöglich zu machen, unter Aufopferung der Blüte der amerikanischen Jugend, und drittens die Chinesen zur Fortsetzung des Krieges zu ermutigen, also die Existenz der «freien Welt» selber aufs Spiel zu setzen, die zum Untergang verurteilt sei, wenn sie in Korea nicht siege. Umgekehrt käme, wie MacArthur sagt, eine Niederlage des Kommunismus in Korea seinem Zusammenbruch in der ganzen Welt und der Verhinderung eines neuen Weltkrieges gleich. Das Gebot der Stunde sei also der Einsatz aller militärischen und wirtschaftlichen Kampfmittel gegen das kommunistische China, das einem entschlossenen Angriff nicht lange widerstehen könne, und in dessen Hinterland anderthalb Millionen Partisanen nur auf das Zeichen zum Losschlagen warteten, während die Gefahr eines Eingreifens der Sowjetunion angesichts der Schwäche und Verwundbarkeit ihrer militärischen Stellung im Fernen Osten nicht hoch zu achten sei.

Die amerikanische Regierung hat gegenüber dieser Offensive der Mac-Arthur-Partei – die jetzt mit der Republikanischen Partei fast identisch ist – keinen leichten Stand. Sie sucht zwar die Ausdehnung des Koreakrieges auf China oder gar die Sowjetunion wenn immer möglich zu vermeiden, zumal sie für diesen Fall einen Bruch der Einheitsfront der Vereinten Nationen befürchtet. Aber anderseits läßt sie sich durch die anscheinende Volkstümlichkeit der MacArthurschen Parolen mehr und mehr selbst zu dem Zugeständnis drängen, daß es bei einer Weiterführung des Koreakrieges im bisherigen Rahmen unmöglich sei, das von der UNO-Generalversammlung gesteckte Ziel – «Aufrichtung einer geeinten, unabhängigen und demokratischen Regierung in Korea» – zu erreichen. Und die Frühjahrsoffensive der Nordkoreaner und Chinesen, die diese, wenn auch unter sehr schweren Verlusten, wieder weit über den 38. Breitengrad hinaus schon bis unmittelbar vor Söul heran-

gebracht hat, scheint dieser Auffassung auch tatsächlich recht zu geben. Die amerikanischen Wehrmachtsführer waren im Blick auf diese Lage schon im Januar nahe daran, Mac Arthur zu einem «Teilkrieg» gegen China zu ermächtigen; unter dem Eindruck des MacArthur-Rummels läßt nun die Regierung offen ankündigen, daß die Mandschurei sofort von der UNO-Luftwaffe angegriffen werde, wenn die Chinesen *ihre* Flugzeuggeschwader gegen Korea in Bewegung setzten. Gleichzeitig beliefern die Vereinigten Staaten die Armee Tschiang Kai-sheks mit reichlichem Kriegsmaterial, dessen zweckmäßige Verwendung von einer Hals über Kopf nach Formosa beorderten amerikanischen Militärmission überwacht wird, und erklären ein übers andere Mal, daß Formosa in keinem Fall einem kommunistischen China überlassen werden dürfe, vielmehr ein unveräußerlicher Bestandteil des amerikanischen Verteidigungssystems im Pazifikraum bleiben müsse. Kurz, die Truman, Acheson und Marshall haben sich zwar des arroganten MacArthur als Person entledigt, sind aber nun auf dem besten Weg, sachlich seine Ostasienpolitik selber zu übernehmen. Nur die Loslassung Tschiang Kai-sheks auf China liegt ihnen noch nicht recht – die Erinnerung an den katastrophalen Mißerfolg der früheren Unterstützung Tschiang Kai-sheks durch die Vereinigten Staaten ist noch allzu lebendig –; im übrigen aber weicht Washington vor dem Draufgängertum der MacArthuristen Schritt um Schritt zurück, so daß vielfach bereits mit dem völligen Sieg der Aktivistenpartei gerechnet wird.

Hände weg von Korea! Dennoch halten wir das Vertrauen fest, daß dieses Unglück nicht zugelassen werden wird. Warum sollte nicht die Sonne der Wahrheit doch noch durch den erstickenden Lügennebel durchbrechen, der jetzt auf dem amerikanischen Volke liegt? Und sicherlich, die Wahrheit ist einfach genug, um von allen Menschen verstanden zu werden, die sich ihr überhaupt auftun *wollen*. Weit entfernt, einen Angriff auf den Lebensraum der Vereinigten Staaten zu bedeuten, wie das MacArthur behauptet, stellt das Auftreten der Chinesen in Korea nach allen hergebrachten Begriffen umgekehrt die Abwehr einer unmittelbaren Bedrohung dar, der das neue China von seiten der amerikanischen Armee ausgesetzt war und noch ist. Diese Bedrohung entspricht ja auch durchaus der Linie, der die amerikanische Politik seit Kriegsende immer konsequenter folgt. Ihr leitender Grundsatz ist in der Tat, wie die Neuyorker «Monthly Review» (Aprilheft) schreibt,

«einmal die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der sowjetischen und chinesischen Sicherheitszonen zu verweigern, und sodann die gänzliche Beseitigung dieser Sicherheitszonen durch Gewalt und Gewaltdrohung zu versuchen. Daß es sich im Falle Chinas so verhält, liegt völlig klar auf der Hand. Formosa und Korea waren entscheidende Etappen in Japans Bemühen, ganz China zu erobern. Daß diese Länder in chinafreundlichen Händen sein müssen, ist das allererste Erfordernis von Chinas Sicherheit.

(Korea, so sagt Sumner Welles in ‚Harpers Magazine' vom März 1951, Seite 79, ist für China von grundlegender Bedeutung. Die Beherrschung Koreas durch irgendeine Macht, die Chinas Unabhängigkeit bedroht, ist eine Lebensgefahr für das chinesische Volk.) Jetzt wird aber Formosa durch die amerikanische Siebente Flotte gehalten, und eine gewaltige militärische Streitkraft Amerikas sucht Korea in die Hand zu bekommen. Machtpolitisch ausgedrückt ist der Angriffscharakter der amerikanischen Politik so klar, wie nur irgend etwas sein kann, und diese Politik hat überdies, wie das immer der Fall ist, auch zu ihrer unvermeidlichen Ausmündung in einen Krieg geführt.»

Eine dem Recht und der Vernunft entsprechende Beendigung des Koreakrieges ist darum nur möglich, wenn die Vereinigten Staaten Korea als zur Sicherheitszone Chinas gehörig anerkennen und damit zugleich auch darauf verzichten, die Vollendung der koreanischen Revolution — die mit der chinesischen so eng zusammenhängt — mit Gewalt verhindern zu wollen. Mit andern Worten: Frieden kann in Korea und in Ostasien überhaupt nur werden

«auf Grund einer Regelung, an der auch China und die Sowjetunion beteiligt sind, einer Regelung, die eine vorläufige allkoreanische Regierung mit kommunistischer Vertretung einsetzt, die irgendeine Art Kompromiß mit dem Kommunismus als der sozialen und politischen Grundlage der vorläufigen Ordnung annimmt und damit einverstanden ist, daß ‚freie Wahlen' solche sind, bei denen die koreanischen Kommunisten und die koreanischen Parteien, die mit ihnen zusammenzuarbeiten bereit sind, die gleichen Rechte wie die andern Parteien haben und in keinerlei Weise geächtet oder benachteiligt werden.» (K. Zilliacus im «New Statesman», 28. April.)

Natürlich wird in den Vereinigten Staaten – und nicht nur dort – jeder sofort als moskauhöriger Feind der «freien Welt» angeprangert, der solche Forderungen erhebt. Daß aber die Losung «Hände weg von Korea» doch auch in Amerika ihren Weg macht, mag der Offene Brief eines großen Geschäftsmannes, des Präsidenten der Lincoln Electric Company in Cleveland (Ohio), James F. *Lincoln*, an die «Cleveland Preß» zeigen, in dem als Ausweg aus der verfahrenen Lage in Korea an die verantwortlichen Staatsmänner eine dreifache Forderung gestellt wird: «Zum ersten gebet zu, daß wir die Angreifer sind und es nicht unsere Aufgabe ist, in Korea oder irgendein anderes Land einzufallen. Zum zweiten: Bringt unsere Armee nach Amerika zurück. Zum dritten: Zahlt für den Schaden, den wir in Korea angerichtet haben.» Die Zeitung, die diesen Brief veröffentlicht hat, teilt mit, sie habe daraufhin 500 zustimmende Äußerungen erhalten und nur eine einzige ablehnende.

Gleichzeitig geht freilich die «Besudelungskampagne» der echten Patrioten gegen alle, die sich nicht mit der kriegstreiberischen Strömung gleichschalten lassen, mit unverminderter Heftigkeit weiter. Eines ihrer jüngsten Opfer ist Thomas *Mann*, der sich gegen den Versuch, ihn als Schrittmacher des Kommunismus abzustempeln, im Neuyorker «Aufbau» zur Wehr setzen muß. «Exkommunistische Renegaten und frühere Sowjetspione, gelernte Verräter durch die Bank», so schreibt er,

«werfen sich auf und werden akzeptiert als Hauptverteidiger der Demokratie. Leute, die Schwarz nicht von Weiß unterscheiden können und – angeblich zumindest – die primitivsten Tricks der kommunistischen Propaganda für bessere Münze halten als das Wort eines Mannes von bisher unbestrittener Integrität, sind auf dem Posten zur Verteidigung des Anstandes und der Freiheit.

Ich bin kein Kommunist und bin nie einer gewesen. Auch ein ‚Reisekamerad' bin ich weder, noch könnte ich je einer sein, wo die Reise ins ‚Totalitäre' geht. Daß aber für dieses Land, dessen Bürger zu werden mir eine Ehre und Freude war, der hysterische, irrationale und blinde Kommunistenhaß eine Gefahr darstellt, weit schrecklicher als der einheimische Kommunismus; ja daß der Verfolgungswahnsinn und die Verfolgungswut, in die man verfallen und der sich mit Haut und Haar zu überlassen man im Begriffe scheint – daß all dies nicht nur zu nichts Gutem führen kann, sondern zum Schlimmsten führen wird, wenn man sich nicht schleunigst besinnt, wollte bei dieser Gelegenheit ausgesprochen sein.»

Satelliten Thomas Manns Warnung erscheint doppelt berechtigt, wenn man sieht, wie die amerikanische Rüstungsmaschinerie in atembeklemmendem Tempo und mit wild stampfender Wucht weiterarbeitet. Das neue Militärbudget (für das Finanzjahr 1950/51) weist Ausgaben von über 65 Milliarden Dollar (etwa 280 Milliarden Schweizer Franken) auf – eine auch für amerikanische Größenverhältnisse fast irrsinnige Summe. Die Hilfsgelder an die Bundesgenossen und Satelliten in aller Welt fließen denn auch reichlicher als je. Neuerdings sucht auch *Jugoslawien* wieder um eine «Spezialhilfe» nach, die, wie aus Washington gemeldet wird, von der amerikanischen Regierung «wohlwollend in Erwägung gezogen» werde, obwohl die Regierung Tito in den vergangenen 18 Monaten von den Vereinigten Staaten bereits Anleihen, Kredite und Unterstützungen in der Höhe von 150 Millionen Dollar erhalten habe. Jugoslawien ist denn auch eifrig bemüht, sich dem amerikanischen Lebensstil anzugleichen. Neuerdings hat es, wie die «Neue Zürcher Zeitung» mit Befriedigung vermerkt, einen bedeutsamen Schritt «auf dem Weg zur freien Wirtschaft» getan, indem es die Ablieferungspflicht für Fleisch, Magerschweine, Milch, Kartoffeln, Hülsenfrüchte und Viehfutter mit Wirkung vom 1. Juli weg aufgehoben hat. Diese Maßnahme entspricht, so berichtet der Belgrader Korrespondent des genannten Blattes, «der allgemeinen Tendenz der heutigen jugoslawischen Wirtschaftspolitik: Abbau der totalen Planwirtschaft sowjetrussischen Musters und Herstellung der freien Marktwirtschaft in möglichst vielen Wirtschaftszweigen». Rückkehr zu kapitalistischen Methoden also auch hier . . .

Daß in *Japan* gleichfalls mit amerikanischer Hilfe das «freie Unternehmertum» (das in Wahrheit mehr als in irgendeinem andern Land unter die monopolistische Herrschaft einiger weniger Mammutkonzerne geraten ist) neu ersteht und gleichzeitig die kaum zerschlagene Wehrmacht wieder aufgebaut, also auch die schuldbeladene militaristische Führerkaste wieder in ihre alte Machtstellung eingesetzt wird, mit selbstverständlicher Begnadigung fast aller Kriegsverbrecher, weiß jeder, der

sich um die Kenntnis dieser Dinge bemüht; der durchschlagende Erfolg der Konservativen Partei bei den jüngsten Gemeinde- und Provinzwahlen macht diesen Vorgang auch nach außen hin aller Welt sichtbar. Wie große Anstrengungen die Vereinigten Staaten anderseits machen, um die *mittel- und südamerikanischen Republiken* vollends ganz unter ihre Botmäßigkeit zu bringen und deren reiche, aber meist noch ungenützten Wirtschaftskräfte in den Dienst der militärischen Aufrüstung des Westblockes zu stellen, hat neuerdings mit besonderer Deutlichkeit die allamerikanische Konferenz gezeigt, die diesmal sinnvollerweise in Washington abgehalten worden ist. Nur wird das Lied von der Verteidigung der freien Welt gegen Diktatur und Staatsallmacht, das auch bei diesem Anlaß von den nordamerikanischen Staatsführern gesungen wurde, von den anwesenden Vertretern der diversen Militärdiktatoren, die in Honduras, Kolumbien, Brasilien, Uruguay, Argentinien und Umgebung ihr Wesen treiben, mit der in diesem Fall besonders angebrachten Ironie angehört worden sein. Aber als die Realpolitiker, die sie sind, haben auch diese Freiheitskämpfer gewiß alles Verständnis für die propagandistischen Notwendigkeiten der nördlichen Schwesterrepublik, zumal sie, wie Del Vayo in «The Nation» (7. April) bemerkt,

«eifrig bestrebt sind, den Versuch Francos, ihres Vorbilds, nachzumachen, sich mit amerikanischer Hilfe der Finanzkrise zu entwinden, die sein Regiment erdrosselt. Gewisse Vorschläge Washingtons haben keineswegs ihren Beifall, aber sie hoffen eben, die Konferenz werde ihnen ein langes und gedeihliches politisches Leben sichern, so wie es der große ‚Wohltäter' von San Domingo, General Trujillo, genießt. Die Einheitsfront gegen den Kommunismus, der sie unter der Leitung der Vereinigten Staaten beitreten sollen, bedeutet für sie und ihre Erben Schutz gegen den Zorn ihrer eigenen Völker.»

Rebellion in England! Die latein-amerikanischen Satelliten der Vereinigten Staaten haben es so immerhin noch verhältnismäßig gut. Sie murren zwar über die Oberherrschaft der Yankees, die sie zum Rang von Kolonialstaaten herabdrücke, genießen dadurch aber doch schätzenswerte wirtschaftliche und politische Vorteile für ihre Oberklasse, ohne gezwungen zu sein, ihren militärischen Beitrag für die Rettung des Abendlandes zu leisten. Anders die europäischen Kostgänger Nordamerikas, die gerade unter diesem Zwang zur Aufrüstung, den ihnen als Gegenleistung für ihre Finanzhilfe die Vereinigten Staaten auferlegen, wirtschaftlich immer empfindlicher leiden. Man sieht das neuerdings besonders deutlich an *England*. Denn die *Bevankrise*, die einen Augenblick lang den Weiterbestand des Labourregimes selber zu gefährden schien, hat ja ihre Ursache wesentlich darin, daß die drei zurückgetretenen Regierungsmitglieder, Arbeitsminister Bevan, Handelsminister Wilson und Versorgungssekretär Freeman, die Erhöhung der Wehrmachtsausgaben um gleich 1100 Millionen Pfund (etwa 12 Milliarden Franken) von einem Jahr zum andern für rein unmöglich erachten, es sei denn um den Preis einer ernstlichen Schädigung der Friedenswirt-

schaft und einer fühlbaren Senkung der Lebenshaltung. Sie befürchten insbesondere einen gefährlichen Einbruch in das ganze System der neugeschaffenen großen Sozialwerke, hat sich doch der bisher unentgeltlich geleistete öffentliche Gesundheitsdienst – dieses Kleinod des britischen Wohlfahrtsstaates, auf das die Labourpartei mit Recht besonders stolz ist – bereits eine grundsätzlich nicht unbedenkliche Einschränkung gefallen lassen müssen.

Die durch den Rücktritt Bevans und seiner beiden Kollegen hervorgerufene Krise konnte dann zwar in ihrer akuten Form schnell überwunden werden; dafür ist aber die *schleppende* Krise des Labourregimes, die sich schon seit drei oder vier Jahren entwickelt, nur um so deutlicher offenbar geworden und greift immer weiter die Überzeugung um sich, daß die Tage der Regierung Attlee gezählt seien. Dies nicht nur, weil die Krankheit Attlees selbst und des schon vor Monaten ausgeschiedenen Cripps, der Tod Bevins und die Müdigkeit Morrisons wie auch anderer Kabinettsmitglieder unverkennbare Anzeichen dafür sind, daß die politische Tatkraft der bedeutendsten Labourführer verbraucht ist, sondern viel mehr noch darum, weil es jetzt allmählich auch dem befangenen Blick aufdämmert, daß die unsozialistische Außenpolitik der Labourregierung, die sich so unbesonnen hat vor den Wagen des kapitalistisch-imperialistischen Amerika spannen lassen, auch ihrer sozialistisch ausgerichteten Innenpolitik zum Verhängnis zu werden droht. Bevan selbst und seine Freunde suchen sich diesen Zusammenhang zwar immer noch zu verbergen, indem sie nach wie vor die grundsätzliche Vereinbarkeit der militärischen Aufrüstung und der sozialistischen Reformpolitik behaupten und nur eine bessere Anpassung der Aufrüstung an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes fordern[1]. Aber das ist nun wieder gerade jener tragische Irrtum, der auch auf dem europäischen Festland, eingeschlossen die Sowjetunion, so weit verbreitet ist. In dieser Frage stoßen einfach zwei Welten aufeinander: die Welt der sozialistischen Erneuerung, in der allein Freiheit und Frieden gesichert sind, und die Welt der alten militärischen Machtpolitik, die wirtschaftliche Zerrüttung, Knechtschaft und Krieg nach sich zieht. Für die eine oder die andere Welt müssen wir uns alle entscheiden: sauber, ganz und konsequent. Und je länger sich Labourengland dieser Entscheidung zu entziehen sucht, desto wirksamer ebnet es den Weg für die Rückkehr der auf *ihre* Weise konsequenten konservativen Imperialisten, mit dem alten Churchill an der Spitze, der schon lange nach Revanche für seine Demütigung durch

[1] Oder regt sich in Bevan doch schon die Einsicht, daß der außenpolitische Kurs der Labourregierung *grundsätzlich* verfehlt ist? Der Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» rief jedenfalls letzthin erschrocken aus: «Bevan hat die Flagge des *Neutralismus* von neuem entrollt. Attlee und Churchill können noch von Glück reden, daß dieser Kampfruf der ‚Rebellion' zunächst durch die hysterischen Obertöne verdeckt wurde, die Bevan in seinen persönlichen Angriffen auf die Regierung anschlug.»

das Volksurteil von 1945 dürstet. Es ist schon so, wie uns dieser Tage ein Freund schrieb:

«Churchill ist ein großer Engländer, wohl der letzte der viktorianischen Zeit. Er sagte sich: England ist verarmt. Amerika ist an seine Stelle getreten. England ist Labour geworden. Was gibt es dagegen zu tun? Eine Kriegspolitik heraufbeschwören, neue allgemeine Unsicherheit schaffen! Die spannt alle Nationen an, vornehmlich Amerika. Wenn dann auch England zu Rüstungen übergehen muß, bedeutet das neue Lasten für das Volk, neue Lasten zu einer Zeit (angeblicher) nationaler Bedrohung. Da wird die Labourregierung unsicher, kommt zur bürgerlichen Politik der Kostenabwälzung auf das Volk, und dann ist Labour im Volk erledigt. So geht Churchills Politik auf lange Sicht jetzt in Erfüllung.»

Frankreich vor den Wahlen Auf der *französischen* Wirtschaft lastet, wie man weiß, der Druck der Kriegsrüstungen und der Kriegführung (Indochina!) womöglich noch schwerer als auf der britischen, die immerhin einer planmäßigen Lenkung mit ausgesprochen sozialer Zielsetzung untersteht, während Frankreich zum «freien Unternehmertum» zurückgekehrt ist, mit all seiner Selbstsucht, Willkür und Unordnung. Seine Produktion ist in den letzten Jahren gewiß erheblich gestiegen (wenn auch weniger als diejenige Großbritanniens); aber das darf nicht darüber hinwegsehen lassen, daß die *Verteilung* des erzeugten Reichtums so ungleich und widersinnig ist wie nur je. Und das ständige Fortschreiten der Teuerung, bei ebenso regelmäßigem Zurückbleiben der Löhne, macht die Ungleichheit in der Verteilung des Wirtschaftsertrages nur immer stärker fühlbar. Die Aufrüstung spielt dabei eine Rolle, die immer verderblicher zu werden droht. «Die Sparmaßnahmen», so schreibt Raoul Crespin im ‚Christianisme social' (Aprilheft), «erfassen die Schulen, die Sozialversicherung für die Studierenden, die Familienzulagen. Die Inflation, diese Geldsteuer, die letzten Endes die Aufrüstung finanzieren wird, vollzieht sich zum Schaden aller Bezüger von festen Einkommen, von den Lohnverdienern bis zu den wirtschaftlich Schwachen. Die politische Wendung, die 1947 mit der Verdrängung der Kommunisten aus der Regierung und dann der Sozialisten aus den Schlüsselstellen der Volkswirtschaft und der Finanzen einsetzte, ist heute abgeschlossen. Die Burgfriedenszeiten sind niemals Zeiten sozialer Gerechtigkeit gewesen.»

Dazu kommt nun noch die in Frankreich besonders gut ausgebildete Fähigkeit der Wohlhabenden, sich um ihren Anteil an der Tragung der gemeinsamen Lasten zu drücken. Im Jahre 1949 gab es zum Beispiel über eine Million Privatautomobile. Aber nur 131 000 Personen versteuerten ein Einkommen von mehr als 10 200 Schweizer Franken; 272 000 Personen gaben ein Einkommen von 7200 bis 10 200 Schweizer Franken an. Nur vier von den 17 Millionen Erwerbstätigen zahlten überhaupt Einkommenssteuer, und davon waren mehr als die Hälfte Arbeiter mit einem Durchschnittslohn von 3200 Schweizer Franken. Die Inhaber der 950 000 «persönlichen Geschäftsunternehmungen» – meistens Klein-

händler und Handwerker – gaben ein Durchschnittseinkommen von ganzen 2700 Schweizer Franken an. Die amtliche Schätzung, daß im Jahre 1949 rund drei Milliarden Schweizer Franken der Einkommensbesteuerung entzogen worden seien, dürfte unter solchen Umständen hinter den Tatsachen weit zurückbleiben.

Selbstverständlich tun die Besitzenden, die den Wirtschafts- und Staatsapparat beherrschen, nichts, um diese Ungerechtigkeiten zu beheben und das sogenannte Volkseinkommen neu zu verteilen. Im Gegenteil! Der «Esprit» (Märznummer) hat ein paar erbauliche Müsterchen der Gesinnung, wie sie in dieser Klasse herrscht, mitgeteilt. Nach dem Protokoll der Sitzung eines Unterausschusses der Kommission für Gesamtarbeitsverträge meinte ein Unternehmervertreter bei der Beratung über Familienbudgets: «Laufendes Wasser in Arbeiterwohnungen braucht es nicht; die können es ja draußen holen.» Ein anderer fand: «Ausgezeichnete Anzüge, die fünf Jahre halten, kann man jetzt für 3600 Francs (42 Schweizer Franken) kaufen. Ein paar Notstände darf der Mindestlohn schon noch übrig lassen, sonst werden die Burschen faul.» «Der ungelernte Arbeiter legt einen Anzug nur zweimal an – am Hochzeitstag und wenn man ihn verscharrt (quand on le descend dans le trou).» «Eine halbe Tonne Kohle für jeden Arbeiter? Wofür? Wenn er von der Arbeit kommt, kann er ins Bett gehen und seine Frau zu sich nehmen, dann haben sie beide warm.»

So läßt sich das Volk nun freilich doch nicht behandeln. Damit es aber seine Stimme künftig nicht mehr gar zu laut erheben kann, haben die Regierungsparteien nach unsäglichem Laborieren und Manövrieren nun doch ihre *Wahlreform* unter Dach gebracht, die wirklich ein Muster politischer Zweckmathematik geworden ist. Die Partei, die die Mehrheit der Stimmen in einem Wahlkreis (Departement) erhält, wird künftig sämtliche zu vergebenden Sitze gewinnen, und das wird in der Regel eine «staatserhaltende» Partei sein. Um aber gewisse Teilhaber der Regierungsmacht, insbesondere die katholischen Volksrepublikaner und die Sozialdemokraten, nicht selbst zu schädigen, haben die Konstrukteure der Reform auch die Möglichkeit der Listenverbindung vorgesehen. Das wirkt sich in einem Departement mit sagen wir 10 Abgeordneten so aus: Angenommen, die Volksrepublikaner bekommen 130 000 Stimmen, die mit ihnen verbundenen Sozialdemokraten 113 000, die Kommunisten 110 000, die Gaullisten 95 000. Dann fallen den Volksrepublikanern und den Sozialdemokraten je fünf Sitze zu, während Kommunisten und Gaullisten völlig leer ausgehen. Beim bisherigen System würden sie je zwei Sitze bekommen. Wo keine Einzelpartei und keine Allianz die Mehrheit der Stimmen erhält, wird auch in Zukunft die Verhältniswahl gelten, ebenso in Paris und Umgebung, weil hier die Einführung des in der Provinz anzuwendenden Systems den Kommunisten als der Mehrheitspartei zugute käme. Wo die Regierungsparteien die Mehrheit bil-

den, gilt das neue System; wo sie die Minderheit sind, schützen sie sich durch den Proporz!

Die konservativen Parteien hoffen mit dem neuen System bei den Wahlen zur Nationalversammlung, die nun am 17. Juni stattfinden sollen, den Kommunisten von ihren rund 180 Sitzen an die hundert abjagen zu zu können. Die Frage ist nur, ob damit dem Regime selbst gedient ist. Wahrscheinlich werden die politischen Spannungen nur um so größer werden und zu Entladungen führen, die den Herrschenden zum Verderben werden können – besonders wenn die Kriegsgefahr einmal in unmittelbare Nähe rücken sollte.

„Gleichberechtigtes" Westdeutschland *Ob* die Kriegsgefahr näher rückt, das hängt nicht zuletzt von der Entwicklung in Deutschland ab, das eben auch im «neuen» Europa eine Schlüsselstellung innehat. Nun ist aber das ganze Streben der Deutschen Bundesrepublik darauf gerichtet, die volle *Gleichberechtigung* im Rat der «freien» Nationen zu gewinnen und die Macht und Herrlichkeit des Reiches innert seiner alten Grenzen wiederaufzurichten. Gleichberechtigung ist ein schönes Wort. *Hier* deckt es eine häßliche Sache, meint es doch nur, daß das Welturteil über die Verbrechen der Nazi und über die Mitschuld des deutschen Volkes daran aufgehoben und ein *reueloses* Deutschland als den andern Nationen moralisch ebenbürtig anerkannt werden solle. «Die Bekriegung und Besiegung Deutschlands durch die Alliierten», so rufen die Deutschen ihren neuen Freunden im Westen zu, «war eine Fehlleistung. Vergessen wir die Vergangenheit und ziehen wir Arm in Arm gegen den gemeinsamen Feind im Osten!»

Der Erfolg dieses Kampfes um Gleichstellung mit den Feinden von gestern ist offensichtlich. Er drückt sich neuerdings in der Zulassung Westdeutschlands zur vollen Mitgliedschaft im Straßburger Europarat aus, die prompt von einer amtlichen Erklärung der Bonner Regierung gefolgt war, wonach Deutschland seine *Grenzen von 1937* zurückhaben müsse, also nebst dem Saarland und den an Belgien und Holland abgetretenen Landstreifen vor allem das heute russische Ostpreußen und die von Polen übernommenen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie wiedererstattet haben wolle. Daß diese Forderung der allgemeinen Volksmeinung in Westdeutschland durchaus entspricht, darüber kann kein Zweifel bestehen; wie stark der radikale Nationalismus an Boden gewinnt, zeigt ja neuerdings der große Erfolg, den die recht eigentlich neunazistische Sozialistische Reichspartei bei den Wahlen in Niedersachsen errungen hat, flankiert von dem kaum weniger nationalistischen «Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten», der gleichfalls eine ungemein große Zugkraft bewiesen hat. Auf die Rückgewinnung der verlorenen Ostprovinzen dürfen die Deutschen freilich nur im Fall eines siegreichen Krieges gegen den Sowjetblock hoffen. Aber was verbietet ihnen, diese

Hoffnung zu hegen? Die Haltung der Westmächte sicher nicht. Die militärische Wiederaufrüstung Deutschlands ist zwar ins Stocken gekommen, aber grundsätzlich beschlossen ist sie seit der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1950 dennoch. Und bis zur Ausführung dieses Beschlusses schickt jetzt Amerika eine neue Division um die andere übers Meer, in der Absicht, den Deutschen eine gewisse Gewähr dafür zu bieten, daß sie im Kampf gegen den Ostblock nicht allein dastehen würden, sondern sich vertrauensvoll den täglich stärker werdenden Armeen des Atlantikbundes anschließen könnten. Das Mißtrauen der Adenauer, Schumacher und Guderian wird dadurch in nützlicher Frist schon überwunden werden: und Westdeutschland bekommt wieder seine geliebte Armee, wenn auch gegen den Willen der Volksmehrheit. Aber das ist nun eben einmal ihre Auffassung von Demokratie . . .

Neues Mächtegleichgewicht! Es war vor allem die Aussicht auf die automatische Weiterentwicklung dieser Politik der deutschen Wiederaufrüstung zu einem neuen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion, die die russische Diplomatie zu dem Vorschlag bestimmt hat, es sei eine *Außenministerkonferenz* der vier an Europa unmittelbar interessierten Großmächte einzuberufen. Nachdem nun aber bis zur Stunde nicht weniger als 49 Sitzungen der Pariser Vorkonferenz stattgefunden haben, ohne daß auch nur eine Verständigung über die *Tagesordnung* einer allgemeinen Konferenz erreicht worden wäre, ist die von Anfang an nicht sehr große Hoffnung auf einen Viererpakt über die Beendigung des Kalten Krieges beinahe ganz geschwunden. Und zwar ist es offenbar die Sowjetunion, die – wie schon in unserer April-Rundschau vermutet – kein Interesse mehr an einer Friedenskonferenz zeigt. Die Umstände, unter denen im vergangenen Herbst die Russen zu weitgehenden Zugeständnissen bereit gewesen wären, um nur die anscheinend akut werdende Kriegsgefahr zu bannen, haben sich inzwischen, wie sie glauben, zu ihren Gunsten stark verändert. «Die Ausschreitungen des MacArthurismus im Fernen Osten», so schreibt der «New Statesman» (5. Mai),

«haben das russisch-chinesische Bündnis gefestigt und den Hauptteil der amerikanischen Militärmacht auf einen Schauplatz zweiten Ranges abgelenkt. Eine halsbrecherische Aufrüstung, begleitet von Inflation und Rohstoffknappheit, unterhöhlt die Wiederaufrüstung Europas, die der Marshallplan fertiggebracht hat; und die Russen können ziemlich sicher sein, daß auch ohne eine Viermächtekonferenz keine *unmittelbare* Aussicht auf die Neuschaffung einer deutschen Armee besteht. Als sie zuerst die Konferenz vorschlugen, brauchten sie eine Verständigung . . . Heute sind es, im Gegensatz zum vergangenen Oktober, die Westmächte, die eine Konferenz und eine Lockerung der Spannung brauchen. Aber das Gefühl ihrer Schwäche macht sie weniger und nicht *mehr* willig, die Waffe der Diplomatie zu gebrauchen.»

Anders kann man es sich in der Tat nicht erklären, daß die Westmächte durch den Mund des britischen Außenministers Morrison ausgerechnet in dieser Lage von den Russen verlangt haben, sie müßten in

eine deutliche *Verschiebung des Kräfteverhältnisses in Europa zu ihren Ungunsten* einwilligen, wenn es doch noch zu einer Verständigungskonferenz kommen solle. Denn was hier unter einer Rückverschiebung des Schwergewichts nach dem Westen hin verstanden wird, das ist ja nichts anderes als die Zurückdrängung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten auf eine Linie, wie sie die Westmächte als in *ihrem* Interesse gelegen festsetzen würden. Wobei angenommen werden darf, daß dazu die Rückgabe der ehemaligen deutschen Ostprovinzen und die «Befreiung» Polens, der baltischen Länder, der Tschechoslowakei, Ungarns, Bulgariens und Rumäniens gehören würde. Sonst nichts. Aber auch wenn die westmächtlichen Ziele bescheidener wären, so ist es doch völlig klar, daß weder die Sowjetunion noch die übrigen Ostblockländer, und zwar ohne daß es dazu eines russischen Befehls bedürfte, sich auf die Herstellung eines solchen «vernünftigen Gleichgewichts» einlassen werden, «das Westeuropa die von ihm geforderte Sicherheit gewährt, ohne aber deswegen eine Bedrohung für Osteuropa darzustellen». («Neue Zürcher Zeitung».)

Die Sowjetunion ist gewiß auf einen Krieg mit den Westmächten heute weder militärisch noch psychologisch vorbereitet. Darauf deutet, wenn nichts anderes, auch der Umstand hin, daß in Moskau der Sturz MacArthurs mit sichtbarer Erleichterung aufgenommen wurde, nicht mit Ärger und Enttäuschung, wie es hätte sein müssen, wenn die Sowjetführung darauf spekuliert hätte, daß MacArthur durch einen Angriff auf China einen neuen Weltkrieg heraufbeschwören würde, für den die Verantwortung eindeutig auf Amerika fallen müßte und der deshalb von den andern UNO-Mächten nur mit schlechtem Gewissen und mit halber Kraft geführt werden könnte. Allein wenn *etwas* die Russen endgültig zu der Überzeugung bringen kann, daß ein dritter Weltkrieg doch unvermeidlich sei, dann ist es die neueste Haltung der Westmächte und ihre fast ultimativ gestellte Forderung auf freiwilligen Abbau der sowjetischen Machtstellung im östlichen Europa.

Das wirkliche Problem Wir sind gewiß die letzten, die mit dem alten Moltke glaubten, der Völkerfriede sei «ein Traum, und nicht einmal ein schöner». Aber *das* glauben wir allerdings, daß man nicht den Giftbaum der Kriegsrüstungen wachsen und wachsen lassen und dann erwarten darf, man könne mit der Zeit von seinen Ästen die Frucht des Friedens pflücken. Man kann immer noch nicht Trauben von den Dornen lesen oder Feigen von den Disteln! Und wir glauben zweitens, daß für das Wettrüsten und die zunehmende Kriegsgefahr vor allem die hinter der Außenpolitik *Amerikas* wirkenden Kräfte verantwortlich sind, nicht der «sowjetische Imperialismus». Auch nicht der nordkoreanische Revolutionskrieg, von dem Präsident Truman behauptet, er bilde «einen Bestandteil der weltweiten Strategie des Kremls zur Vernichtung der Freiheit» und eines «sowjetischen Planes

zur Eroberung der Welt», der aber in Wahrheit nur der – vielleicht sogar willkommene – Anlaß für die Vereinigten Staaten war, ihre im übrigen längst offen verkündete Politik des bewaffneten Hochdrucks auf Rußland im größten Stil vorwärts zu treiben und womöglich ihrem Ziel ein entscheidendes Stück näherzubringen. Nur auf diesem Boden konnte sich jene Kommunismuspanik und Kreuzzugsstimmung entfalten, die die größte Kriegsgefahr in der heutigen Welt darstellt und unversehens zu der alles verheerenden Katastrophe führen kann. Noch sind die letzten Hemmungen nicht gefallen; aber sie *werden* fallen, wenn der Geist, der jetzt unter uns waltet, sein Werk weiter tun darf. Dann wird der abendländischen Weisheit letzter Schluß sein, was schon heute in einer sonst keineswegs maßgebenden Monatsschrift, die sich «Dinge der Zeit» heißt und in London auch deutsch herauskommt, ein gewisser Oskar *Fischer* predigen darf (April 1951):

«Der Krieg gegen das totalitaristische Rußland erscheint mir ... als die einzig mögliche Lösung des Problems. Mit andern Worten: als eine historische Notwendigkeit, um den europäischen Kontinent davor zu bewahren, für die nächsten Generationen in einen Zustand bolschewistisch-asiatischer Barbarei hinabgeworfen zu werden ... Der Okzident (einschließlich allem, was kulturell zu ihm gehört) sähe (nämlich im Falle eines russischen Vordringens nach Westen) einer Entvölkerung ins Auge, wie sie in der Weltgeschichte beispiellos wäre ... ‚Ernste Bibelforscher' und heitere Sozialdemokraten, Trotzkisten, Anarchisten, Konservative, Revolutionäre, Liberale, Esperantisten und eine Unmenge derer, die überhaupt nichts sind – alle politischen, religiösen und sonstigen Glaubensbekenntnisse, alle Gemeinden, Parteien, Sekten, Fraktionen, Gruppen und Vereine würden auf diese oder jene Weise ausgerottet werden, und das organisationsmäßig wie individuell ... Die Schrecken der Atombombe und all ihrer Schwesterbomben müssen unbedeutend erscheinen gegenüber den Leichenbergen, die sich als Resultat der Stalinisierung der Welt auftürmen würden.»

Im Blick auf diese Gefahr, so schließt Fischer, sei es dringend erforderlich, «die Anhänger demokratischer Prinzipien von der historischen Notwendigkeit eines Krieges gegen Rußland zu überzeugen, das heißt von der Notwendigkeit, das Krebsgeschwür des Erdballs durch einen chirurgischen Eingriff zu beseitigen».

Wie tröstlich war es, ein paar Tage, nachdem ich den Artikel Fischers gelesen hatte, die Schrift eines tapferen Amerikaners[1] in die Hand nehmen zu dürfen, der seinen Landsleuten und all den andern Menschenrechtskämpfern, die auf den Sowjetkommunismus als das verkörperte Untermenschentum zeigen, Wahrheiten sagt wie diese:

«Unser Blick auf die tatsächliche Lage der heutigen Menschheit sollte uns überzeugen, daß, wenn auch sämtliche Russen heute abend gefälligerweise stürben und sämtliche Kommunisten jedwelcher Rasse so freundlich wären, morgen mittag punkt 12 Uhr Selbstmord zu begehen, die Weltrevolution für die Gleichheit nicht stillstehen würde. Wir sollten uns erinnern, daß die ‚zurückgebliebenen' Völker nicht bloß hungrig, krank und verzweifelt sind; sie wissen jetzt auch, daß die moderne Wissenschaft und die modernen technischen Verfahren ihren Hunger und ihre Krankheit unnötig machen.

[1] Let's join the human race (Wir wollen zum Menschengeschlecht stoßen) von Stringfellow *Barr*, früherem langjährigem Hochschullehrer und nun Präsident der Stiftung für eine Weltregierung. (The University of Chicago Press. 25 Cents.)

Wenn sie finden, daß sämtliche Kommunisten plötzlich auf unerklärliche Weise gestorben sind, werden sie eben jedem andern folgen, der ihnen Abhilfe zu schaffen verheißt. Die Asiaten und Afrikaner werden weiter kämpfen oder planen, um die weißen Leute hinauszuwerfen. Die Hungrigen werden weiter kämpfen oder planen, um zu essen zu kriegen. Diese Völker sind in Bewegung ... Der Gedanke, wir könnten eine stabile Welt bekommen, wenn wir Rußland einschüchtern oder besiegen, ist darum widersinnig ...

Unsere einzige Chance liegt darin, daß wir etwas zur Lösung des wirklichen Problems tun. Zu diesem Zweck müssen wir nicht nur auf die Russen hinschauen, sondern auf die zwei Milliarden andern Menschen, denen sie Hilfe anbieten. Was brauchen sie? Was hat nach ihrer Meinung zu geschehen, damit die Welt für sie erträglich wird?

Wenn wir erst einmal den kindischen Glauben aufgeben, allein die Russen stünden zwischen der Menschheit und einem dauerhaften Frieden, können wir auch wieder zu denken anfangen. Und wenn wir denken, dann werden wir eine vernünftige Außenpolitik finden, die sich auf Tatsachen gründet und nicht auf Phantasien.»

Worte, die der gesunde Menschenverstand selber eingegeben hat! Aber wer hört noch auf so etwas im heutigen Amerika?

10. Mai. *Hugo Kramer.*

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Ihr Patriotismus Die eidgenössischen Räte haben uns dieses Frühjahr eine eindrucksvolle Lektion in Patriotismus gegeben. Die beispiellos ausschweifende Rüstungsvorlage, die der Bundesrat ihnen unterbreitet hatte, haben sie zwar im Handumdrehen und ohne grundsätzliche Bedenken – wer hat so etwas noch in dieser Zeit antikommunistischer Massenangst? – fast einmütig angenommen, obschon über die militärtechnische Zweckmäßigkeit wesentlicher Teile der vorgesehenen Maßnahmen lebhafte Meinungsverschiedenheiten bestehen. Als es dann aber ans *Zahlen* ging, da streiften die großen Patrioten auf einmal all die gleißnerischen Hüllen, in die sie sich sonst zu kleiden lieben, mit einer derartigen Ungeniertheit, ja eigentlichen Schamlosigkeit ab, daß der ganze Entwurf für die Deckung der Rüstungsausgaben an den Bundesrat zurückgewiesen wurde. Und der hat nun als Strafaufgabe ein neues Finanzprogramm auszuarbeiten, das auf die Erwerbs- und Besitzinteressen all diejenige Rücksicht nehmen muß, die in unserer «reinen» Demokratie ernstlich geboten ist.

Angefangen hat das erhebende Schauspiel mit dem organisierten Widerstand gegen eine Getränkesteuer, gegen die alles, was irgendwie am Alkoholgenuß interessiert ist, aufgeboten wurde, mit dem Erfolg, daß der Nationalrat diesen Anschlag auf die heiligsten Güter der Nation mit beträchtlicher Mehrheit abwies. Er stimmte dann zwar der verstümmelten Deckungsvorlage in der Gesamtabstimmung dennoch zu; die Opposition gegen die Zuschläge auf die eidgenössische Wehrsteuer, die den Schwerverdienern ein besonderer Anstoß sind, äußerte sich nur in einer auffallend hohen Zahl von Stimmenthaltungen. Dafür ging dann der Ständerat, dieser zuverlässige Hort aller klassenegoistischen Besitzinteressen, um so offener aufs Ganze, indem er gegen nur neun Stimmen die Deckungsvorlage in Bausch und Bogen verwarf. Und das machte dann schließlich auch dem Nationalrat Mut, dem Bundesrat seinen ganzen Finanzierungsplan vor die Füße zu werfen, nachdem ein Antrag auf Wiederaufnahme der Getränkesteuer mit knapper Mehrheit abgelehnt worden war.

Die Folge ist, daß nun über die neue Deckungsvorlage von Räten und Volk nicht vor Jahresende beschlossen werden kann und die verhaßten Wehrsteuerzuschläge mindestens für 1951 nicht erhoben werden. Ob sie überhaupt noch einmal auftauchen,

bleibt abzuwarten; wahrscheinlich wird es so herauskommen, daß die Hauptlast der Kriegsrüstung in Form von Verbrauchs- und Umsatzsteuern, Zöllen und dergleichen von den wirtschaftlich schwächeren Volksschichten getragen werden muß, während die zahlungskräftigen Kreise um eine nennenswerte Neubelastung herumkommen und in den nun aufzunehmenden großen Bundesanleihen Kapitalanlagen finden werden, deren Sicherheit sie wohl zu schätzen wissen. Ob das «Friedensopfer» des Besitzes, das die Sozialdemokratische Partei durch ein Volksbegehren erzwingen will, wirklich zustande kommt, mag zweifelhaft erscheinen, wenn man sich an den schweren Mißerfolg erinnert, den nach dem ersten Weltkrieg die Initiative für die Erhebung einer bescheidenen Vermögensabgabe erlitten hat. Immerhin: die Sozialdemokratie wird mit dem Lärm, den sie um die Opferidee herum veranstalten wird, wenigstens die Aufmerksamkeit vieler ihrer Anhänger von ihrem gänzlichen Versagen im Kampf gegen die Kriegsrüstungen selbst abzulenken vermögen, und das ist in der heutigen Lage ein nicht zu unterschätzender Vorteil ...

Was man aber von der Vaterlandsliebe einer Besitzerklasse zu halten hat, die dank den massiven Militärrüstungen ihre ganze Stellung – auch in internationaler Sicht – wesentlich zu stärken imstande ist, aber vollkommen versagt, wenn es um die tätige *Beweisung* nationaler Solidarität im Lastentragen geht, das wird bei dieser Gelegenheit hoffentlich auch von etlichen derjenigen Bürger begriffen werden, die noch nicht sehen, wie eng auch die Kriegsrüstung der Schweiz mit dem nun im Weltmaßstab geführten Klassenkampf des konservativen Bürgertums zusammenhängt. Wir unserseits haben keinen Zweifel daran, daß ein Regiment, das aus Angst vor der sozialen Revolution anderthalb Milliarden Franken in zusätzliche Waffenrüstungen steckt, seine sozialen Aufgaben – z. B. den Wohnungsbau – aber ebenso sträflich vernachlässigt wie seine internationalen Solidaritätspflichten (für die 14 Millionen heimatlosen Europäer hat es ganze drei Millionen Franken übrig, für die verhungernden Inder gar nichts) – wir sind längst überzeugt, daß dieses Regime sein Lebensrecht verwirkt und seine Lebenskraft erschöpft hat. Es wird über kurz oder lang fallen, so fest und sicher es scheinbar immer noch dastehen mag, und sein Fall wird groß sein.

Demokratiebegeisterte Lehrer

Dieses Geschick werden auch Schutz- und Stützungsmaßnahmen nicht abwenden können, wie sie letzthin der *Zürcherische Lehrerverein* gegenüber dem gefürchteten Umsturz ergreifen zu sollen für gut befunden hat. Der Standesorganisation der stadtzürcherischen Lehrer mit ihren 1300 ordentlichen Mitgliedern gehörten bisher auch fünf Lehrer an, die bei der Partei der Arbeit eingeschrieben sind und dort mehr oder weniger wichtige Ämter bekleiden. Das ist weiter wirklich nichts Besonderes, aber es war dennoch mehr, als der Lehrerverein vertragen konnte. Seine staatstreuesten Mitglieder empfanden es «als Belastung, einer Vereinigung anzugehören, die Parteigängern der östlichen Diktatur die Mitgliedschaft gewährte, trotzdem diese unter Umständen bereit sein würden, die Schweiz dem Schicksal eines Satelliten zuzutreiben». Und so kam denn die Sache vor die Hauptversammlung, die nach langer Beratung mit 210 gegen 54 Stimmen die fünf Kommunisten wirklich aus dem Verein ausschloß. Die Partei der Arbeit, so wird zur Begründung angeführt, sei eben «keine Partei im schweizerischen Sinne», sondern «eine Organisation landesverräterischen Charakters», und ihren Mitgliedern könnten gewisse von der Demokratie sonst gewährte Rechte nicht mehr zugestanden werden, weil «Grund zur Annahme» (!) bestehe, «es könnte später in ihrem Schutze gefährliche Totengräberarbeit geleistet werden». (Vgl. «Schweizerische Lehrerzeitung», Nr. 16.)

Soweit die Tatsachen. Sagen wir zuviel, wenn wir behaupten, daß sie den Protest all derjenigen Bürger herausfordern, denen die Kommunistenpsychose noch nicht das Vertrauen auf die Selbstheilkräfte einer gesunden Demokratie geraubt hat? Die von dem Ausstoßungsbeschluß des zürcherischen Lehrervereins betroffenen PdA-Mitglieder haben zwar wenig Anlaß, sich über ihnen angetanes Unrecht zu beklagen. Wer eine bestimmte staatliche Ordnung nötigenfalls mit Gewalt zu stürzen bereit ist, dem steht es schlecht an, den Entrüsteten zu markieren, wenn die Vertreter dieser

Ordnung im gleichen Geiste zurückschlagen, aus dem er selber handelt. Aber den ausschlußfreudigen Lehrern und Lehrerinnen – *denen* muß man nun gerade das sagen, daß sie im Grunde dem gleichen Geist der Unduldsamkeit und Gewalttätigkeit verfallen sind, den sie ihren PdA-Kollegen vorwerfen, nur daß er sich in der entgegengesetzten Richtung äußert. Gewiß hat auch die Demokratie nach herrschender Auffassung das Recht zur Notwehr – aber doch nur, wenn sie unmittelbar bedroht ist und «kein andres Mittel mehr verfängt». Und von einem solchen Notstand kann für die schweizerische Demokratie vorläufig in keinerlei Weise die Rede sein. Die Partei der Arbeit bildet für unsere demokratischen Einrichtungen gegenwärtig und für alle absehbare Zukunft keine wirkliche Gefahr, eine viel geringere jedenfalls als gewisse andere Mächte, die schon seit langem unter uns am Werke sind, die Demokratie auszuhöhlen und sie ihres wirklichen Sinnes zu berauben. So haben denn sogar die Bundesbehörden, denen es kaum am Willen zur Unterdrückung des Kommunismus fehlt, bisher keinen Anlaß gehabt, die Partei der Arbeit zu verbieten. Warum mußte also der zürcherische Lehrerverein Mitglieder einer Partei ausstoßen, die sich in der ganzen Schweiz im Rahmen der Gesetze frei bewegen und betätigen darf? Er hat es ja seinerzeit nicht einmal für nötig befunden, die frontistischen und nazifreundlichen Lehrer – und es gab deren mehr als fünf – auszuschließen, obwohl damals Frontismus und Nazismus eine ungleich realere Gefahr für die Schweiz darstellten, als es heute die Partei der Arbeit tut!

Wie man die Sache auch ansieht: der Ausschluß der PdA-Lehrer kann nur als Bekundung eines Antikommunismus erklärt werden, der schon so maß- und kopflos geworden ist, daß ihm schon das bloße *Dasein* von Kommunisten, noch ganz abgesehen von ihrer Staatsgefährlichkeit, völlig unerträglich wird, und dem die bloße «Annahme», die fünf Lehrer könnten später einmal «Totengräberarbeit» an der schweizerischen Demokratie leisten, vollauf genügt, um sie mit Schimpf und Schande aus den heiligen Hallen des Lehrertempels fortzujagen. Mit der gleichen Begründung müßten nun freilich auch die Mitglieder der Partei der Arbeit aus den Gemeinde- und Kantonsräten wie aus dem Nationalrat ausgeschlossen werden. Ja, die nicht wenigen Eidgenossen, die überzeugt sind, daß der internationale Kapitalismus und der politische Katholizismus eine viel größere Bedrohung für die Demokratie und das Leben der Schweiz bedeuten als der Kommunismus, könnten jetzt mit Berufung auf die Grundsätze, die zum Ausschluß der PdA-Lehrer gezwungen hätten, die gleiche Maßnahme auch gegenüber den Vertretern der erwähnten «staatsgefährlichen» Gebilde verlangen. Natürlich denkt niemand daran, solche Schlußfolgerungen zu ziehen. Warum mußte dann aber der zürcherische Lehrerverein einen Weg beschreiten, dessen Fortsetzung sich im Absurden verlieren würde?

Mit all dem ist nicht gesagt, daß der Kommunismus überhaupt nicht bekämpft werden müsse. Er *muß* bekämpft werden – aber mit Waffen, die dem Geiste der Demokratie entsprechen: dadurch nämlich, daß man den Kommunisten die Demokratie *vorlebt*, daß man den *Ursachen* des Kommunismus mit ganzem Ernste zu Leibe rückt, und daß man die notwendige soziale Umwälzung selber an die Hand nimmt also den Kommunismus überflüssig macht. Aber eben – hier versagt unsere Demokratie auf entscheidende Art, versagt auch der zürcherische Lehrerverein. Wohl wird in der «Lehrerzeitung» am Schluß auch noch geschwind versichert, daß wie der versklavende Kommunismus, so auch ein versklavender Kapitalismus zu bekämpfen sei. Aber das sind ja doch in *diesem* Zusammenhang nichts als leere Worte, hinter denen keine beweiskräftige Tat steht. Die antikapitalistische Gesinnung eines Teiles der Lehrervereinsmitglieder in allen Ehren; aber daß der Lehrerverein *als solcher* gegen den Kapitalismus und dessen Vertreter ebenso scharf auftrete, wie er es als Verein gegenüber dem Kommunismus und dessen Anhängern tut, davon hat man noch nie etwas vernommen. Und tatsächlich ist ja auch die Methode der Unduldsamkeit und Ausschließlichkeit, die nun auch der zürcherische Lehrerverein gegenüber dem Kommunismus anwendet, nur ein armseliger Ersatz für die *rechte* Art und Weise, den Kommunismus zu bekämpfen. Man beruft sich auf den Buchstaben der Demokratie, um ihren Geist zu verleugnen. Man klammert sich an ihre äußere Form, um

mit ihrem Inhalt nicht ernst machen zu müssen. Das aber ist keine *lebendige* Demokratie mehr, das ist erstarrte, vergreiste Demokratie, die wahrlich keine kommunistische Totengräberarbeit mehr braucht, die sich vielmehr selber das Grab schaufelt. *Hier*, in *dieser* Gesinnung und Haltung, liegt die wirkliche Gefahr für unsere Freiheit und unser Land. Und darum glaubten wir das Vorgehen des zürcherischen Lehrervereins als ebenso bedenkliches wie bezeichnendes Symptom unserer geistigen Lage auch an dieser Stelle zur Sprache bringen zu müssen, sowenig welterschütternde Wirkungen es im übrigen auch haben mag.

10. Mai. *Hugo Kramer.*

Nachschrift. Dem Schreibenden sind nachträglich einige Einzelheiten des Verfahrens gegen die fünf PdA-Lehrer zur Kenntnis gekommen, die die ganze Sache *noch* bedenklicher erscheinen lassen. Zunächst scheint die rechtliche Grundlage des Verfahrens ziemlich brüchig zu sein. Wohl kann sich der Lehrerverein auf Art. 72 ZGB berufen: «Die Statuten können die Gründe bestimmen, aus denen ein Mitglied ausgeschlossen werden darf, sie können aber auch die Ausschließung ohne Angabe der Gründe gestatten.» Der Lehrerverein hat es in seinen Statuten vorgezogen, die Ausschlußgründe einzeln aufzuzählen: Widerhandlung gegen die Zwecke des Vereins, Ungehorsam gegen die Beschlüsse und Anordnungen der Vereinsorgane oder Gefährdung der Interessen der Lehrerschaft. Das ist alles. Der Präsident erklärte, die PdA-Mitglieder würden wegen Gefährdung der gewerkschaftlichen Interessen der Lehrerschaft ausgeschlossen, nannte aber keinen einzigen Fall einer solchen Gefährdung, berief sich vielmehr – auf Art. 72 ZGB, der aber nur besagt, daß die *Statuten* keine Ausschlußgründe vorsehen müssen. Auch die bereits oben erwähnte Behauptung, die PdA sei keine Partei im herkömmlichen Sinn, ist eine zum mindesten fragwürdige Rechtfertigung für die Nichtbeachtung jener andern Bestimmung der Statuten, wonach der Lehrerverein parteipolitisch neutral sein soll. Das Willkürhafte des Ausschlußverfahrens wird dadurch jedenfalls besonders stark unterstrichen. Ferner scheint es, daß ein Vereinsmitglied ausgeschlossen wurde, das *nicht* der PdA angehört – eine Lehrerin, die Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist, deren Mann aber der PdA angehört. Daß die wirtschaftliche Existenz der Ausgeschlossenen nunmehr sehr gefährdet ist, versteht sich von selbst. Der Lehrerverein wird sich im Fall ihrer Anfechtung bei der Wiederwahl *nicht* für sie einsetzen, während er seinerzeit mit Erfolg für die Wiederwahl eines Angehörigen der Gruppe der bekannten «Zweihundert» eingetreten ist, der wegen seiner «Anpassergesinnung» scharf angefochten worden war. *H. K.*

Vorstandssitzung des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten

12.–14. Mai 1951 auf Schloß Heiligenberg bei Jugenheim, Darmstadt

Auf dem erhöht gelegenen Schloß Heiligenberg, in einer großartigen Landschaft, inmitten herrlicher grüner und blutroter Buchen, kamen die Vorstandsmitglieder des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten zusammen, um sich über Stand und Tätigkeit der religiös-sozialen Bewegung ihrer eigenen Länder sowie über die Abhaltung und Gestaltung einer Konferenz im Jahre 1952 auszusprechen. Neben der Schönheit der Natur trug auch die fürsorgliche Hausmutter des Schlosses (welches ein pädagogisches Seminar beherbergt), die uns liebevolle Verpflegung und Unterkunft und eine gemütliche, heimatliche Atmosphäre schuf, dazu bei, die Mühen der teils friedlichen, teils spannungsreichen Sitzungen und Diskussionen leichter zu ertragen.

Außer dem Präsidenten, Pfr. Bachmann, und der Aktuarin, Frl. Dr. Christine Ragaz, waren die Vorstandsmitglieder Mogard (Schweden), Nordvik (Norwegen), Metzger (Deutschland), Ruitenberg (Holland), Voge (Frankreich) sowie Hugo Kramer

als Delegierter der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz anwesend. Boggi (England) hatte leider abgesagt. Die religiös-soziale Bewegung der Tschechoslowakei hat im Februar 1951 ihren Austritt aus dem Internationalen Bund gegeben, weil sie sich mit der Abänderung der Prinzipienerklärung (in Bentveld beschlossen) nicht einverstanden erklären konnte. Sie hatte mit dem Austritt mehr als ein Jahr gezögert und Antwort vom Präsidium erwartet. Zu den Vorstandsmitgliedern gesellten sich verschiedene deutsche religiöse Sozialisten, unter andern die Herausgeber und der Aktuar der religiös-sozialistischen Zeitschrift «Christ und Sozialist» (Schleich, Zschaler und Deutsch).

Über den Verlauf der Sitzungen, über die nähern Umstände der gefaßten Beschlüsse und über die Folgerungen, die sich für unsere Vereinigung aus dieser Zusammenkunft ergeben, wird die Berichterstatterin anläßlich der nächsten Jahresversammlung Mitteilung machen. Es mögen innerhalb dieses kurzen Berichtes nur die hauptsächlichsten Beschlüsse selbst erwähnt und ein allgemeiner Eindruck wiedergegeben sein.

Beschlossen wurde einstimmig, daß der Internationale Bund zusammenbleiben solle und daß der Vorstand grundsätzlich damit einverstanden ist, beide Gruppen der Schweiz als zum Internationalen Bund gehörig anzuerkennen. Ferner wurde die Abhaltung einer Konferenz im Jahre 1952 beschlossen. Der schwedische Vertreter, Mogard, lud die Konferenz nach *Schweden* ein, und seine freundliche Einladung wurde mit großer Freude angenommen. Als Zeitpunkt ist der 4.–6. August 1952 vorgesehen. Man einigte sich nach längerer Debatte über die zu wählenden Themata und Referenten auf zwei Themen, wovon das eine die Reich-Gottes-Botschaft, das andere unsern Standpunkt zum Sozialismus behandeln soll. Die endgültige Formulierung der Themen wurde den jeweiligen Referenten im Einklang mit dem Präsidium vorbehalten. Es wurde beschlossen, für jedes Thema einen Korreferenten zu bestimmen, damit sich die Behandlung der betreffenden Themen lebendiger und umfassender gestalte. Daß als einer der Hauptreferenten ein Schwede angefragt werden solle, war ein selbstverständlicher Wunsch. Es wurden weiterhin die verschiedensten Vorschläge gemacht, und die Zusage der von der Vorstandsmehrheit bestimmten Referenten liegt noch nicht vor, ausgenommen diejenige des Franzosen Voge.

Die Sitzungen standen unter dem Zeichen des guten Willens; aber es machten sich doch in gewissen Momenten die Spannungen zwischen unsern getrennten Gruppen bemerkbar, und vor allem gab die Tatsache, daß die deutschen Freunde der Remilitarisierung, wenn auch in innerer Zerrissenheit, so doch positiv gegenüberstanden, Anlaß zu manchen erregten Auseinandersetzungen. Aus tiefstem Herzen und wirklich nicht als Abseitsstehende und vom Krieg Verschonte, sondern aus echter Liebe und Sorge heraus konnte man menschlich die Argumente der deutschen Freunde verstehen, die sie uns eindringlich darlegten. Aber es bedrückte uns schwer, daß nun gerade aus der Gemeinde der religiösen Sozialisten keine reineren und erlösenderen Klänge vernehmbar waren, daß immer und immer wieder nur Krieg, Rüstung, Abwehr als einzige Lösung erkannt wird. Der Franzose Voge, der so klar, einfach, einleuchtend und vor allem so brüderlich zu seinen deutschen Freunden sprach, der gleicherweise den Glanz des Reiches Gottes wie den Glanz der aus Gottes Reich herrührenden Realität in ihre Herzen zu leiten versuchte, fand leider viel zuwenig Verständnis. Nun – auf dieses schwerste Problem werden wir noch zurückkommen.

Sehr anregend und fruchtbar dünkten uns die Ausführungen des Holländers Ruitenberg, der vor allem stark betonte, daß wir uns alle besser kennenlernen, daß jedes Land in die Probleme des andern tiefer eindringen, daß wir auch das Problem des Kommunismus von Grund auf studieren sollten. Beeindruckt waren wir von den Berichten des Norwegers Nordvik, der uns erzählte, daß ihr Bund der religiösen Sozialisten aus Arbeitern bestehe und daß durch unzählige Andachten während der Fabrikpausen den Arbeitern das Evangelium Christi nahegebracht werde.

Eine erfrischende, humorvolle Note brachte der Schwede Mogard in das Dickicht mancher allzu «orthodox» sich zuspitzenden Diskussion. Indem er sich in einer un-

Sackgassen

In den Wäldern gibt es Holzwege, die sich plötzlich im Gestrüpp verlaufen, und in alten Städten Sackgassen, an deren Ende sich der Besucher, der sich in sie verloren hat, vor die Notwendigkeit gestellt sieht, entweder um allerlei Ecken zu biegen und auf Winkelpfaden einen Ausweg zu suchen oder ganz einfach umzukehren. Wo immer eine Sackgasse sich auftut, da tut sich auch dieses Entweder-Oder auf. Daß man in solche Sackgassen gerät, ist freilich nicht eine Besonderheit des Waldes oder der alten Städte. Die Wand, vor der ein Weg endet, das Gestrüpp, in dem ein Pfad sich verliert, können auch eine geistige Wand und ein Geistesgestrüpp sein. Kein Einzelleben, das wandernd sich bewegt, kein Zeitenleben, das sich abrollt und entwickelt, bleibt vor solcher Wand, vor solchem Gestrüpp bewahrt.

Es kann sein, daß man den Anfang der Sackgasse bewußt erkennt und dennoch in sie einbiegt, gelockt von Unbekanntem, Ungewohntem. Es kann auch sein, daß man, gehaltenen Blicks, halb träumend oder schlafend den Pfad betritt in der dämmrigen Gewißheit, er sei die ruhige Fortsetzung des Gewohnten. Immer ist dann der Augenblick vor der Wand ein kleines Erwachen. Dieser Augenblick will etwas, verlangt etwas vom wandernden Menschen oder vom streifenden Zeitengeist. Er will die Entscheidung, auf welchem Wege man umkehrt. Meist fällt solche Umkehr auch nicht schwer. Denn wenn man sich bewußt ist, ein Mensch zu sein, dann hat man von allem Anfang an mit solchen Möglichkeiten rechnen müssen. Und wenn man weiß, daß der Zeitengeist nichts anderes ist, als der Geist der Zeit, dann hat man auch niemals mit einer Unfehlbarkeit, mit einem unbeirrbaren Finden der geradesten Wege rechnen dürfen. Man weiß ja dann — als Mensch in der Zeit —, daß der Trieb, der uns auf Wege und Abwege, auf Pfade und Holzpfade, in Straßen und Sackgassen führt, entweder der Dämmerschlaf der Gewohnheit oder der gaukelnde Traum vom lockenden Ungewohnten ist. Man hat keine Illusionen und täuscht sich nicht über die Schwachheit des kleinen Lichts, in dem man die Wege unterscheidet, täuscht sich auch nicht über die Kleinheit der Gewißheit, in der man Wege wählt. Darum wohl fällt dem Menschen, der nichts anderes ist als ein Wanderer mit kleinem Licht, die Umkehr in den Sackgassen des Lebens, im Gestrüpp des Geistes nicht allzu schwer.

Ganz anders aber ist es, wenn dieser Mensch mehr sein will. Dann kann der Augenblick vor der wegversperrenden Wand ein fürchterlicher Augenblick sein. Ja, wie man sich vor solchen Wänden verhält, gerade das enthüllt, was der Mensch oder der Zeitengeist im Grunde seines Lebens sein möchte. Die Art, wie er der Wand begegnet, enthüllt seinen Glauben und den ganzen geistigen Besitz, den er hat oder zu haben meint. Und es gibt wohl wenig Dinge, die schlimmer, mehr vom Tode, verheerender vom Wahnsinn gezeichnet sind, als diese Begegnungen

eines Menschen mit der Wand, in denen eben dieser Mensch versteift und verbissen alles tut, um sich nicht eingestehen zu müssen, daß sein Weg eben eine Sackgasse war. Auch ganze Menschengruppen, Gemeinschaften, Völker, Epochen können dieses fürchterliche Bild darbieten. Dann beseelt nur ein Trieb die Herzen und die Hirne: Die Wand darf nicht da sein, es gibt keine Wand! Das raffinierteste Mittel, um sich selber über das Vorhandensein der Wand, über das Fiasko des Weges hinwegzutäuschen, besteht dann darin, daß man mit wollüstigem Grimm auf das Fiasko, die Sackgasse, die Krise *der andern* hindeutet. Wenn immer wieder die Rede vom Versagen der andern, der Regierungen, der Kirchen, der Parteien in den Vordergrund tritt, wenn Völker, deren Weg zur Sackgasse wurde, sich verkrampft ihre Dolchstoßlegenden erdichten, wenn Menschen, deren Pfad sich im Gestrüpp verlor, ihre Michael-Kohlhaas-Komplexe züchten, dann eben sind die fürchterlichen Bilder da, diese Bilder, da der Mensch oder die Zeit Kopf voran die Wand anrennt, weil die Wand nicht da sein darf!

Diese Verbissenheit kann um so größer werden, je schöner der Weg am Anfang war: die Versteifung des Geistes kann um so verheerender werden, je richtiger das suchende Ahnen des Geistes am Anfang sich vorwärts tastete. In jedem Falle wird die Umkehr um so schwieriger sein, je religiöser die Triebkraft des Wanderns war.

Wenn ein paar Völker in der Sackgasse des Nationalismus gescheitert sind und wenn eben dieser Nationalismus ihre Religion war, ihr ganzes armseliges geistiges Gepäck, dann sträuben sie sich eben mit allen Kräften des verkrampften Lebens gegen die Einsicht und gegen die Umkehr. Aber das ist nicht nur bei so fragwürdigen religiösen Besitztümern der Fall, sondern alles, was religiös verklärt ist, hat die Dämonie in sich, welche die Umkehr aus Sackgassen verbietet. Die Krisen aller religiösen Idealismen sind darum wohl die schlimmsten aller Krisen. Der religiöse Idealismus nämlich rechnet nicht — wie der Wanderer im alten Städtchen, wie der Mensch, der weiß, wie klein und schwach sein Licht, wie groß und weit die Möglichkeit des Irrens ist — mit der Möglichkeit der Selbsttäuschung. Er besitzt ein Göttliches, das ihn unbedingt den richtigen Weg führt! Wie er dieses Göttliche nennt, ist nicht von Bedeutung. Aber daß er es besitzt, ist bedeutungsschwer. Baal, Jahve, der Gott Israels, Christus der Auferstandene — die Namen sind verschieden. Aber der besessene Baal, der besessene Gott Israels, der Christus, den man besitzt — das alles ist die gleiche Sache. Dieses Besitzen des Göttlichen rückt die Möglichkeit von Schuld und Irren in die weiteste Ferne. Dieser Besitz ist dämonischer als jeder andere Besitz, der ja immer auch ein Stück Dämonie in sich birgt.

Je höher die Wege sind, auf denen der religiöse Idealismus seinen tragischen Fortgang nimmt, um so trauriger wird das Bild sein, das er vor den Wänden in den Sackgassen darbietet. Das Streben nach einem wirksamen Völkerrecht, nach echter Menschheitssolidarität, nach wirk-

licher Überwindung der brutalen Gewalt, sind vielleicht die höchsten Pfade, die der Zeitengeist jemals erklomm. Aber auch das sind keine schnurgeraden, auf kürzestem Weg dem Ziel zustrebenden Pfade. Es sind selber ganze Städte, ganze Wälder mit allen Möglichkeiten des Entdeckens und des Verirrens. Hatten wir nichts als religiösen Idealismus, als wir während des letzten Krieges etwa oder in der Nachkriegszeit diese Höhenpfade suchten, dann waren wir arme Menschen.

Verschiedene Male schon in der Geschichte der Christenheit hat sich als Hilfe für die in Sackgassen verrannten Geister, als Überwindung des dämonischen Gottbesitzens, des verblendenden religiösen Idealismus das Zurückgreifen auf das Wort Gottes eingestellt. So war es in den Tagen der Reformation, und so war es auch in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg. Rückkehr zum Worte Gottes heißt Umkehr von dem Gott, den man besitzt, zu dem Gott, der zu einem redet. Das besessene Göttliche ist tot, das Göttliche, das in der Zwiesprache lebt, wirkt und schafft. Freilich, das besessene Göttliche übt mehr Anziehungskraft aus als die göttliche Zwiesprache. Es verheißt ja die Unfehlbarkeit des Weges! Das Göttliche, das in der Zwiesprache lebt, aber läßt nicht nur diese Möglichkeit offen, sondern deckt sie sogar als des Menschen eigenste Möglichkeit auf. Der Gott, der hier gefunden wird, ist also nicht ein König auf einem Märchenthron, sondern ein Kind in der Krippe, ein armer Gott, einer, den man nicht sucht, sondern vor dem man das Angesicht verbirgt.

Wenn so in der reformierten Theologie der letzten dreißig Jahre ein Rückgriff auf das Wort Gottes geschehen ist, wenn — auch innerhalb des Judentums, ja sogar des römischen Katholizismus gibt es parallele Erscheinungen — der Versuch unternommen ist, den Weg vom besessenen Göttlichen weg zum redenden Gotte hin zu finden und so den verblendenden religiösen Idealismus zu überwinden, so ist damit sicher ein verheißungsvoller Versuch unternommen worden. Dieser Versuch kann eine Hilfe sein, wenn das Leben des Menschen oder die Entwicklung der Zeit vor den Wänden der Sackgassen halt macht. Er kann davor bewahren, daß man dann, verkrampft, versteift, verbissen, die Selbsttäuschung sucht. Er kann eine echte Umkehr ermöglichen. Er kann, aber er muß nicht. Denn auch dieser Versuch kann selber zu einer neuen Sackgasse werden. Man kann nämlich auch aus dem Worte Gottes einen Götzen machen, wiederum einen Besitz, der beruhigt. Es fehlt wahrhaftig nicht an Anzeichen, die darauf hindeuten, daß diese verheißungsvolle Überwindung des religiösen Idealismus in einer neuen Orthodoxie zu versanden droht. Soll das nicht das Schicksal dieses Rückgriffs auf das Wort sein, dann gilt es wohl, zu bedenken, was dieses Wort verheißt und wirkt und was es nicht verspricht und schafft.

«Wie der Regen und der Schnee vom Himmel herabkommt und nicht dahin zurückkehrt, sondern die Erde tränkt, daß sie fruchtbar wird und sproßt, und dem Sämann Samen und dem Essenden Brot gibt, so auch

mein Wort, das aus meinem Munde kommt: Es kehrt nicht leer zu mir zurück, sondern wirkt, was ich beschlossen, und führt durch, wozu ich es gesendet.» (Jes. 55, 10f.)

Die Begegnung mit dem redenden Gott, vor dem man das Angesicht verbirgt, die Begegnung mit dem Worte Gottes, verheißt nicht, was man gerne als Verheißung bekäme: weder spannungslose Zeiten noch krisenlose Leben, weder irrtumsloses Wandern noch Aufhebung der Wände, vor denen die Wege enden. Nur die Verheißung, daß sein Werk fortgehe, wie das Wachsen und Reifen des Samens, ist gegeben. Kein Schlaraffenland ist verheißen, weder ein materielles noch ein von Schuld und Irrtum befreites geistiges. Nur das Wachsen und Reifen ist verheißen. Die Wege freilich, auf denen Wachsen und Reifen sich vollziehen, sind dem Blick verborgen. Der Regen und der Schnee sind ja, wenn sie niederfallen, zunächst eher zerstörend als fördernd. Sie wirken erst in den Tiefen. In diesen Tiefen geben sie dem Samen die Kraft, das Dunkel und die Härte des Bodens zu durchstoßen, über Dunkel und Härte den Sieg zu erhalten. Immer bleiben Härte und Dunkel. Sie sind so uralt wie die Erde selber, denn sie sind von der Erde; und hart und dunkel sind Leid und Tod, dunkel auch noch der Tropfen des Todes, der im Lichtesten schimmert.

Des göttlichen Wortes größte Verheißung ist die Verheißung der Kraft zum Reifen. Es dringt in die Tiefen und führt in die Tiefen. Die Tiefen sind nicht dort, wo kein Leid ist und kein Tod und auch nicht der Tropfen des Todes in Liebe und Werden. Die Tiefen sind dort, wo in Leid und Liebe, in Tod und Werden die Reife geschieht, das Wachsen in die Tiefen, die Verwandlung des Samens zum wirklich Lebendigen. Nicht dazu sendet Gott sein Wort, daß Menschen oder Kirchen es besitzen und verwalten und nun doch gerade wieder daraus die trügerische Selbsttäuschung ziehen, sondern dazu, daß Menschen und Zeiten unter dem Harten und Dunklen zum Leben gelangen. Ja, in der Zwiesprache mit dem Göttlichen wird das Leid noch mehr Leid, der Tod noch mehr Tod sein als vorher und wird gerade auch im Lichtesten und Beglückendsten noch wie eine Träne der dunkle Tropfen sichtbar. Der Sieg über das Dunkle und Harte ist niemals ein Vermeiden, immer nur ein Reifen. Dazu hat Gott sein Wort gesendet, und dieses Wort tut sein Werk. Es wirkt bei denen, die wirklich hören; es gibt ihnen die illusionslose Klarheit und die schlichte Ehrlichkeit, in der man aus Sackgassen umkehrt. Gibt es damit nicht verblendeten Menschen und besessenen Zeiten das echteste Leben?

Es tut sein Werk auch bei denen, die nicht hören. Dieses ist freilich ein indirektes Werk, ein Werk, das langsam, unendlich langsam, für uns kurzlebige Menschen viel zu langsam geschieht. Dieses indirekte Werk Gottes ist wohl weniger mit dem nur Wochen oder Monate währenden Wachsen und Reifen des Samens zu vergleichen, als vielmehr mit der Jahrtausende lang währenden Verwandlung der Felsengebirge in samen-

tragendes Erdreich. Und doch erblickt auch zuzeiten das Auge der kurzlebigen Menschen etwas von diesem unendlich langsamen indirekten Werk des göttlichen Wortes. Das Wort Gottes enthüllt die echten Werte. Es zeigt, worin das Menschliche besteht, was das Wesentliche sei. Es enthüllt dieses alles nur, es verdrängt nicht die falschen Werte, schafft das Gegenteil der echten Werte nicht aus der Welt. Und doch geschieht etwas, langsam und indirekt. Die falschen Werte brüllen und lärmen, sie drängen sich in den Vordergrund, sie nehmen allen Platz ein. Laut wird die Welt, unendlich laut, und die echten, schöpferischen Taten geschehen im Dunkel des Unbemerkten. Daß dieses so sein kann und so ist, scheint ja zunächst der schöpferischen Kraft Gottes zu widersprechen. So wenig wie die Geburt des Kindes in der Krippe die Throne des Herodes, des Pilatus, des Kaiphas umstieß, so wenig schafft die Enthüllung der echten Werte die falschen aus der Welt. Herodes, Pilatus und Kaiphas müssen sich und ihre Throne selber aus der Welt schaffen. Und wenn die falschen Werte die echten verdrängen, wenn die lärmenden Tageskoryphäen zu Helden der Zeit werden und die echten Helden der Zeit, die unbeachteten Menschen, die in der Stille in reifer Kraft Leid und Tod besiegen, und aus allem Zersprengenden neu geschaffen verwandelt hervorgehen, in die dunklen Hintergründe gedrängt werden, dann, gerade auch dann geschieht das Werk des redenden Gottes. Die Zeit, in der das Lärmende das Wahre und Leise überschreit, in der der glitzernde Schein das echte Sein zudeckt, in der Gewalt und Intrige das Reifen verdrängten, wirkt ja selber am Sturz ihres eigenen Thrones.

Diese Verheißung, daß Gott am Werke sei, ist gegeben. Sie ist alles andere als eine beruhigende Verheißung. Sie ist vielmehr die alle Illusionen, alle geliebten Selbsttäuschungen vernichtende Verheißung. Wenn man mit ihr im Herzen in die weiten Wälder, die winkligen Städte der Menschengeschichte, des Zeitgeistes wandert, dann hat man auch die größte Kraft, die Kraft der Umkehr. Die Sackgassen und Holzwege sind da. Unser Streben nach wirksamem Völkerrecht und nach Frieden stößt an steinerne Wände und wegversperrendes Gestrüpp. Mit dieser größten Verheißung im Herzen aber wissen wir, was wir suchen. Und wer das weiß und die wirkliche Verheißung des Schöpfergottes kennt, geht auch aus Sackgassen nicht ohne Reifen hervor. Sollte das nicht wie ein großes, stilles Licht über allen Irrenden der Zeit liegen? Bruno Balscheit

---

Kleine Politik ist ein Monolog; große Politik ist ein Gespräch mit dem «stillhaltenden» Gott.

Martin Buber, aus «Der Glaube der Propheten».

Neue Pfade in der Literatur

Es gibt zahlreiche literarische Werke, die uns heute, ihrem unbestreitbaren Wert zum Trotz, darum so erschreckend wenig zu den Hoffnungen und Sorgen dieser Zeit zu passen scheinen, weil die Welt, die sie gestalten und der sie entstammen, wesentlich eine komfortable Welt, eine Vorkriegswelt ist. In den Romanen von *Francis Stuart* hingegen handelt es sich durchaus um diese Welt, diese vom und durch den Krieg geschaffene Welt, die wir nur zu gut kennen. Hier begegnen uns einige der Plagen, die uns nur allzu vertraut geworden sind: Hunger, Kälte, Angst, allgegenwärtige Polizei und in der Einsamkeit der mit soviel negativen feindlichen Elementen belasteten Menschen die totale Leere, die große innere Wüste. Dennoch aber, und darauf beruht gerade die Originalität und die wohltuende Wirkung solcher Bücher, lebt auch mitten in den bittersten Leiden, den grausamsten Enttäuschungen, ja selbst den schlimmsten Erniedrigungen ohne Unterlaß, unermüdlich und unbesiegbar eine immerwährende Hoffnung auf. Im Gegensatz zur Umwelt, die nur in der Erinnerung an eine für immer verschwundene Vergangenheit und deren unsicheren Frieden lebt und total unfähig ist, die furchtbaren, aber unabänderlichen Veränderungen, die sich vor ihren Augen abgespielt haben, zu begreifen, haben es die dem Herzen des Autors Francis Stuart nahestehenden Helden verstanden, die große Aufgabe, die die schreckliche ihnen auferlegte Erfahrung gestellt hat, zu entwickeln; sie suchen den Frieden mitten im Chaos und wissen, daß da die wahrhaftige, geduldige, von Eitelkeiten freie, ausdauernde und selbstvergessene Liebe ist. So gelangen Dominique und Halka in der «Feuersäule» siegreich zum Ufer einer neuen Existenz, einer neuen Schau der Dinge und einer Auffassung von den Menschen und vom Leben, die von der vorherigen ganz verschieden ist. «Sie hatten das Feuer durchquert und waren stärker daraus hervorgegangen; sie hatten ihr Leben nicht retten wollen, und dennoch war das Leben ihnen geschenkt worden.»

Gerade dieser Roman, «Die Feuersäule», hat dem französischen und schweizerischen Publikum diesen irländischen Schriftsteller bekanntgemacht, der in seinem Heimatland wie auch in England gefeiert ist. Die beiden neuen Bücher von ihm, «Versöhnung» und «Die Taufe der Nacht», die unmittelbar hintereinander in Paris, das erste bei Gallimard, das zweite, wie schon «Die Feuersäule», in den «Editions du Temps Présent», erschienen sind, zeugen auch bei uns von einem Romancier, der wahrscheinlich zu den bedeutendsten und am meisten charakteristischen unserer Generation gehört. Man hat, da sein Werk ganz von geistigem Leben beseelt ist, nicht unterlassen, den Vergleich mit Graham Greene zu ziehen. Es handelt sich dabei aber augenscheinlich um eine Vergleichung, die sich wohl leicht einstellt, aber nicht unbedingt richtig ist. Denn die literarische Welt Greenes ist trostlos durch die Abwendung vom

Leben der Erde und von der menschlichen Liebe im einzelnen. Das ewige Heil ist hier dem Menschen vor Augen gestellt als Ausweg einer sonst auswegslosen Schöpfung, während, wie wir gesehen haben, bei Francis Stuart immer, auch im schwärzesten Unglück, eine geheimnisvolle Hoffnung bleibt, die in unserer Natur selber verwurzelt ist und das fleischliche Leben immer aufs engste mit dem Schicksal der Seele verbunden bleibt. Darum erscheint uns dieser von dichterischem Feuer beseelte Schriftsteller als ein großer Darsteller der göttlichen Liebe. Ebenso beseelt auch die russische Idee – der Einfluß Dostojewskis ist hier sehr sichtbar – von der Sündenvergebung durch Leiden und Liebe das ganze Werk Stuarts. So ist die «Versöhnung», die uns das Verbrechen und die Ängste eines Mörders zeigt, dennoch zuerst und vor allem ein Lied der Liebe, ein Streben nach Gemeinschaft der Menschen, vor allem nach Gemeinschaft der Herzen, wie auch nach materieller Gemeinschaft. So sehen wir denn gegen das Ende des Romans einen Verzweifelten und die von ihm geliebte Frau, einen Mörder, einen Priester und seine Schwester in völliger Gemeinschaft unter dem gleichen Dache leben. Wir sehen weiter, wie die Schwester des Priesters den Verbrecher heiratet, um ihm bis zum Augenblick der Bestrafung den Trost ihrer Gegenwart und ihrer Liebe zu geben. Die Größe von Francis Stuart besteht darin, daß er es verstanden hat, den ganzen Schmerz der Menschen und der Zeit zu erfassen und daß er dennoch die Hoffnung bewahrt hat.

Wenn auch in vielen Punkten sehr verschieden, so findet man dennoch die gleiche Mischung von Realismus und geistigem Streben bei einem italienischen Schriftsteller, Carlo Coccioli, welcher im letzten Herbst den Veillon-Preis für sein Buch «Das Spiel» erhalten hat. Dieser junge Schriftsteller, der knapp 30 Jahre alt ist, schreibt unbestreitbar realistisch. Er zeigt uns die Menschen und ihre Taten mit fast grausamer Deutlichkeit, verbirgt nichts und täuscht nichts vor; er geht gerade aufs Wesentliche zu, auf die Tatsachen selber, die sich brutal vor uns aufbauen mit ihrer ganzen Gewalt. Coccioli steht sicher mit beiden Füßen auf der Erde und schwebt nicht in den Wolken. Er enthüllt die Häßlichkeiten und Fehler der Menschheit und weiß doch zur gleichen Zeit von der Tatsache, daß nicht alles im Menschen schlecht ist, und daß, wenn es gelingt, an seine besten Gefühle zu appellieren, man ihn über sich selbst hinausheben kann. Sehr charakteristisch hierfür ist das Buch, welches besonders originell und den Leser bereichernd ist, welches den recht suggestiven Titel «Das kleine Tal des lieben Gottes» – La piccola valle di Dio – trägt. Die Erzählung läßt den Leser in einer erstaunlich lebendigen Weise am Kampf zwischen dem Guten und dem Bösen teilnehmen, der als Ganzes den Sinn unseres Lebens bestimmt und sich in der Menschheit abspielt, seit die Welt besteht. Die Schilderungen dieses kleinen Alpentales, eben des kleinen Tales des lieben Gottes, sind wahrhaft entzückend und poetisch. Von den ersten Seiten an hat man den Eindruck, selber mitten darinnen zu leben, mitten unter einer Bevölkerung, die

man glaubt, schon immer gekannt zu haben, denn Coccioli beschreibt als ausgezeichneter Romancier viel mehr die Früchte seiner Beobachtung als die seiner Vorstellungen. Und er hat es verstanden, mit vollendeter Feinheit und Takt, inmitten der Bevölkerung dieser italienischen Berge eine reine Apostelfigur, eine Art modernen Christus zu zeichnen, der allein durch seine Gegenwart, durch seine Haltung und seinen einfachen Blick Streitfragen zur Ruhe bringt und vornehmere Gefühle in den Herzen derer erweckt, die ihm begegnen und der einen moralischen und fördernden Einfluß auf die Einwohner des Tales ausübt und ihnen dadurch die Orientierung nach einer ganz anderen Existenz hin gibt. Freilich, nicht alle verstehen ihn und einige verharren viel lieber im Irrtum; Carlo Coccioli will nämlich in gleicher Weise unaufhörlich daran erinnern, daß der Mensch in der Wahl seiner Wege frei bleibt, und daß der Streit zwischen Gut und Böse, der seit Bestehen der Welt sich vollzieht, ohne Zweifel auf Erden niemals aufhören wird. Läßt man sich einmal von der Erzählung mitreißen, so bietet jedes Kapitel eine reiche Ernte neuer Eindrücke und Besinnungen und wird zur durststillenden Quelle von Schönheit und Reinheit, wenn alle Häßlichkeiten und Trivialitäten der täglichen Existenz auch in ihrer härtesten und abstoßendsten Form verwandelt und erhöht werden. So bleiben die Personen des kleinen Tals des lieben Gottes unvergeßlich in unserer Erinnerung. Sie besitzen in der Tat alle die Eigenschaft, gegenwärtig zu bleiben – eine für einen Erzähler unschätzbare Gabe. Das verdankt die Erzählung dem plastischen Sinn, dem großen Zug und dem Geschmack des Erzählers, der sich auch an einigen Stellen als humorvoller Schilderer zu zeigen versteht. Der Schluß, zu dem wir nach der Lektüre dieses schönen Werkes kommen werden, ist der, daß diese paar Menschen aus dem kleinen Alpental, deren Geschick durch eine besondere menschliche Existenz gewandelt wird, von uns verschieden und uns dennoch im Grunde so ähnlich sind.

Der neue Roman von Carlo Coccioli, «Himmel und Erde», der in französischer Übersetzung soeben in Paris bei Plon erschien, ist ebenfalls ein großes, reiches und bewegendes Buch. Es schildert die Geschichte eines Priesters, der nach mannigfachen und schmerzvollen Anfechtungen langsam zur Heiligkeit und zum Martyrium reift. Nach einem langen und peinvollen Weg hat Don Ardito schließlich die Tatsache erkannt, daß Gott Liebe ist und daß man ihn in allen seinen lebenden Geschöpfen lieben muß. Er erhebt sich mit Kraft gegen die Gewalt und den Wahnsinn des Krieges. Um einige Leben zu retten, läßt er sich als Verräter behandeln und stirbt schmachvoll, von Angst gefoltert, denn er ist trotz allem nur ein Mensch; aber er hat wenigstens die Einfalt und die Unschuld, diese unvergeßlichen Gaben der Menschen reinen Herzens, gefunden. Carlo Coccioli hat in «Don Ardito» eine außerordentlich eindrückliche Figur gestaltet. Wenn wir seither an ihn denken, erinnern wir uns der so einfachen und doch so grundlegend wichtigen Entdeckung, die er für sich und für uns gemacht hat, und deren Verwirklichung genü-

gen würde, um das Antlitz der Erde zu verwandeln: «Ich habe entdeckt, daß es nützt, zu lieben.»

Einige andere Werke der jungen italienischen Literatur stehen durch ihre Eingebung dem Werke Carlo Cocciolis nahe, so insbesondere «Der Himmel ist rot» von Giuseppe Berto, wo das soziale Problem sich mehr indirekt gestellt findet. Dieser Autor gehört zur gleichen Richtung wie zwei französische Romanschriftsteller der Nachkriegszeit. Die Zeitungen haben kürzlich berichtet, daß der Romanpreis Guy de Maupassant – der große Romanpreis der Stadt Cannes – Luc Decaunes für seinen neuen Roman «Ich bereue nichts» zugefallen ist. Man muß sich herzlich freuen, daß ein so kühnes Werk, das mit soviel Mut die soziale Frage aufwirft, von einer literarischen Jury preisgekrönt worden ist. Luc Decaunes, 1913 in Marseille geboren, hat sich schon sehr früh durch Gedichte ausgezeichnet. «Ich bereue nichts», erscheint als ein langer und harter Kampf, um die Menschenwürde zu verteidigen und zu bewahren. Der Held, André Vannier, ist ein Revolutionär, ein freiwillig Deklassierter, der schließlich, aber um den Preis harter und äußerst schmerzvoller Prüfungen und auf Wegen, die denen, welche er zehn Jahre früher beschritt, gar nicht gleichen, dazu gelangt, nicht nur über die andern, sondern auch über sich selber zu triumphieren und jene Würde der Existenz zu erreichen, die seit seiner Jugend sozusagen seine Lebensnorm und das einzige Ziel seiner Existenz war.

Als junger Lehrer, so beginnt der Roman, hatte André Vannier eines Tages vor der Klasse einen Inspektor, dessen Arroganz und Ehrgeiz ihm in diesem Augenblick zum Symbol einer ungerechten und verabscheuungswürdigen Gesellschaft geworden war, geohrfeigt. Auch sonst hatte André Vannier kein Glück im Leben gehabt. Waise, war er schließlich dazu gelangt, in seinem Amt sich die Freundschaft seiner Schüler zu erwerben, hatte aber nie sich der administrativen Disziplin beugen können. Der Streich, den er jetzt begangen hat, bildet den Wassertropfen, der das Gefäß zum Überlaufen bringt. Er wird entlassen und ist gezwungen, als Arbeiter sein Brot zu verdienen. In dem für ihn ganz neuen Milieu fühlt er sich wohl, in einem gewissen Sinn auf gleichem Fuß mit seinen Kameraden, ist aber dennoch von ihnen getrennt. Sein geistiger Besitz hindert ihn, ihre Interessen ganz zu teilen, wahrhaftig einer der ihren zu sein. Als gründlicher Individualist kann er sich nicht dazu entschließen, sich selbst zu verleugnen und beugt sich weder der Liebe noch den sozialen Notwendigkeiten. Trotzdem er die besten Absichten hat, führt der Stolz, von dem er besessen ist, am Ende alle seine Anstrengungen zu einem totalen Fiasko, und erst in den letzten Monaten seines Lebens, nach der Erfahrung des Krieges und der Widerstandskämpfe, entdeckt er das große Gesetz der menschlichen Solidarität und kann handeln, und zwar diesmal wirksam, weil seine Kräfte sich mit denen seiner Kameraden vereinigen. An der Schwelle des Todes, als er für ein von einem anderen begangenes Attentat büßt, begreift er, worin zu lange sein Irr-

tum bestanden hatte und daß der Mensch für sich allein nichts vermag und nichts ist als ein Narr, der seine eigene Vernichtung vorbereitet.

«Ich bereue nichts» ist vom Gesichtspunkt der Komposition aus ein Roman mit ziemlichen Ungleichheiten. Während der erste Teil meisterhaft durchgeführt ist, hält sich der zweite nicht vollständig auf dem gleichen Niveau. Dieser ist vielmehr dann und wann durch Längen und durch manchmal zu melodramatische Verwicklungen sowie durch allzu zahlreiche Liebesintrigen belastet. Doch wer wollte sich allzu unduldsam gegenüber solchen Unvollkommenheiten im einzelnen zeigen, wenn man Stellen wie der folgenden gegenübersteht: «Die häßlichen Frauen haben keine Aussichten, vielleicht einen Menschen zu finden, der sie rettet. Sehen Sie dieses arme Mädchen, das vorübergeht? . . . Ich glaube, niemals ist ein Mann stehen geblieben, um mit ihr zu sprechen, um ihre Hand zu ergreifen, sie weiß nicht, was Liebe ist . . . Ihre Häßlichkeit trennt sie von der Welt. Und sie ist arm im Übermaß. Die Arme, ihre Häßlichkeit kann allmächtig werden und allen Platz einnehmen.» Oder: «Um zu wissen, was die Mühsal der Menschen ist, muß man morgens vor 5 Uhr aufgestanden sein. Alle Einzelheiten sind dann von Bedeutung: Das gellende Klingeln des Weckers, die verlassene Bettfeuchte, der Seifengeruch und der Geschmack des zum Wärmen aufgestellten Kaffees, die an der Decke klebende elektrische Lampe, welcher zehn ähnliche Lampen in den Nachbarhäusern vis-à-vis antworten, der schwere Schlaf der Lider, der bittere Geschmack im Halse, die Schuhe, die man unter dem Bett sucht, der schlafende Mund der Frau, die man verläßt, der Lärm der Schritte im schweigenden Treppenhaus, die kalte Nacht draußen vor der Tür, die leuchtenden Gangwände der Untergrundbahn und die unbestimmbare Reise mitten in einer Fülle halbschlafender Menschen. . . Das wiederholt sich jeden Morgen und prägt sich dem Gehirne ein, wird Gewohnheit, bildet eine graue Decke, und nur manchmal in lichten Momenten vermag das Auge scharf Einzelheiten zu erkennen, die umstürzende Gewißheit, daß dieses eine Knechtschaft ist, die nicht enden darf.»

Der große Balzac hat vorhergesehen und vorhergesagt, – sicher als erster – daß die soziale Frage dem modernen Schriftsteller fast unbegrenzte neue Möglichkeiten eröffnen werde. Wenn aber Luc Decaunes wie andere mit unendlich viel Klarheit und Großherzigkeit hieraus seine Eingebung schöpft, so ist, wenn es ein Arbeiter selbst ist, der schreibt, sein Zeugnis noch viel bewegender. Man muß daran denken, welche gewaltigen Kräfte er aufwenden muß, um die Hindernisse, die sich vor seinem Fuß auftürmen, zu besiegen, nicht nur diejenigen Schwierigkeiten, die zur schriftstellerischen Arbeit gehören, sondern auch die des Milieus, in dem er lebt. Man muß daran denken, welch große Menge von physischer Energie und Nervenkraft hier nötig ist, um täglich für sich selbst und die Seinen die Existenz sichern zu können. Ein Arbeiter, der schreibt, hat immer etwas besonders Bewegendes an

sich. Darum hat man vor einigen Jahren in Paris besonders viel von einem Buche «Arbeiten» gesprochen, dessen Autor, Georges Navel, ein lothringischer Arbeiter war, der schon im Alter von 12 Jahren die Schule verlassen hat, um, wie sein Vater, Arbeiter zu werden. In diesem Buche «Arbeiten» war die ganze Lebenserfahrung des Menschen und Künstlers zusammengedrängt und in einer Form und einem ganz besonders verdichteten Stil ausgedrückt. Auch als Fabrikarbeiter ist Navel ein Mensch der Erde geblieben, und die Natur hat niemals aufgehört, auf ihn einen starken Eindruck, dem er immer wieder verfällt, auszuüben. So hat er in seinem abwechslungs- und wanderungsreichen Leben die verschiedensten Berufe ausgeübt, Autoarbeiter bei Citroën oder Renault, Hirt in Algerien, Anstreicher in Paris, Erdarbeiter in der Provence, je nach der Saison mit dem Kirschenpflücken oder mit den Aprikosen oder dem Lavendel beschäftigt. Schließlich aber kehrt er in die Fabrik zurück und kämpft darum, die beruflichen Verpflichtungen des täglichen Lebens mit der persönlichen Arbeit und der persönlichen Kultur zu vereinen. Er steht vor Tagesanbruch auf, um zu lesen oder zu meditieren und entfaltet, um dieses schwierige Unterfangen zu einem guten Ende zu führen, eine unzähmbare Energie, welcher man die gebührende Anerkennung schuldig ist. Am Ende des Buches «Arbeiten» versichert uns Navel, daß, auch wenn man bei der Arbeit in der Fabrik nicht unglücklich war, man daraus erschöpft und mit versiegender Vorstellungskraft herauskommt. Das gestattet ihm besser als irgend etwas anderes, den rechten Wert der wohltuenden Reduktion der Arbeit zu erkennen, von der manche nur die Kehrseiten, die zeitlich bedingten und zufälligen Schattenseiten sehen wollen. Die Bitterkeit aber und der Pessimismus beherrschen keineswegs das Werk dieses Mannes, und das Buch «Arbeiten» schließt trotz allem mit einem harmonischen Ton, einem Lied der Hoffnung.

Für alle diejenigen, die noch nichts von dem Buche «Arbeiten», das bei Stock erschienen ist, gehört haben, bietet die Veröffentlichung eines zweiten Werks «Fahrt» bei Gallimard heute die Gelegenheit, eine bedauerliche Unterlassung aufzuholen und Kontakt zu nehmen mit den Problemen der Arbeiterklasse, die für die moderne Gesellschaft so wichtig sind und die hier von einem zuverlässigen Zeugen behandelt werden, der sie selbst durchlebt hat und von ihnen mit ganzer Sachkenntnis zu reden weiß.

In diesen paar Büchern, deren wesentliche Bedeutung wir hier zu skizzieren versucht haben, wird der Leser ohne Zweifel mehr als in soviel anderen künstlich aufgebauschten Büchern – in der Art des berühmten Erfolgsromans von Margarete Mitchell «Vom Winde verweht» – ein getreues Spiegelbild dieser Zeit finden, in welcher eine lastende, materiell und geistig begründete Angst sich mit der unauslöschlichen Hoffnung für eine bessere Zukunft verbindet. *Serge Radine.*

Ausgabe

Wie hat sie damit gerungen
Und es sich so sehr
Aus Liebe in den Mund gelegt.
Sie hat ihre helle Stimme
Jetzt darf sie bleiben wie sie ist.

Sie sah im Himmel
Überall sich wandeln
Und preist so wechselnd Farben.
Sie liebte drei Dinge vereint
Die gelingen so selten im Leben:

Im Augenblick überwunden sie
Überall wird zum Schönen.
Der Schmerz sei Flügel dort wenn
Nur so es gelebt ist in ehrlichem Bild -
Ernst – und Spiel für Sie.

Da sie war hier.
Da sie war gut.
Wie Gottes Gabe dort erwarte
Voller Wunsch, unbeschwert –
Im Übergang so große Gabe!

Der Maler weiß.
Sie blieben so viel.
Im Schein dort so Süße rufe.
Ich sie allein und ihr weinet sie –
O wenn I dort unsere Seelen

Ernst Barlach

Waffen oder Wasser für den Mittleren Osten

Nachdem die Türkei in einer Situation der zunehmenden Isolation politik mit dem Verlust ihres traditionellen Status beraubt hat, ist dieser gegenwärtig unter der Bezeichnung Mittlerer Osten bekannt Teil Asiens zum Zentrum Europas geworden. Wie vor der Kriegszeit, die diese Phänomene selbst voraus vorhergesagt wurden, war der Mittlere Osten wieder das Objekt widersprüchlicher Interessen, wobei sie verschiedenen Verbündeten Seiten suchen und die drei Großmächte

versuche weder als glücklich noch als erfolgreich erwiesen. Sie konnten es schon aus dem einen Grunde nicht werden, weil die als Treuhänder des seligen Völkerbundes fungierenden Mächte, England und Frankreich, erstens unter einander über das anzuwendende System uneinig waren und zweitens kein anderes Ziel vor sich hatten als unter dem Schein der Treuhänderschaft eigene Interessen zu verfolgen. Der Versuch, sich gegenseitig die Beute abzujagen, ist zwar durch den zweiten Weltkrieg vereitelt worden, aber die allgemeine Situation des Mittleren Ostens hat sich durch das Auftauchen neuer Einflüsse eher verschlimmert als verbessert. Die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland sind als Nachfolger Hitlers und Mussolinis als neue Konkurrenten in den Wettbewerb eingetreten.

Als Folge des nicht immer mit den saubersten Mitteln geführten Kampfes um die maßgebenden Stellungen ist der Mittlere Osten statt einer Brücke zwischen zwei Kulturen und einem Vermittler zwischen den Zivilisationen des Westens und des Ostens auf dem besten Wege, zu einem der gefährlichsten Brandherde der Weltpolitik zu werden.

Auch der schärfste Kritiker des Tun und Lassens der verflossenen 25 Jahre kann nicht bestreiten, daß die Idee, dem Mittleren Osten auf dem Wege über die Methode der kolonialen Mandate zu einer kulturellen und ökonomischen Aufwärtsentwicklung zu verhelfen, eine richtige war. Ihre Verwirklichung mußte am Unverständnis der europäischen Mächte scheitern, die nicht imstande waren, die Bedürfnisse der Schwächeren zu verstehen und zu fördern. An diesem Zustand haben weder die Erfahrungen des zweiten Weltkrieges noch die Umwandlung des Völkerbundes in die UNO viel geändert. Die Fortsetzung dieser auf falsche menschliche und sachliche Voraussetzungen gegründeten Politik muß mit Notwendigkeit zu einer neuen Katastrophe führen, wenn sie nicht rechtzeitig durch eine bessere und den veränderten Verhältnissen entsprechende Methode ersetzt wird.

Obwohl die von Lawrence und der sogenannten Schule von Kairo aufgerichteten «Seven Pillars of Wisdom», mit denen England in Gestalt eines Großarabischen Reichs den ins Wanken geratenen Brückensteg zwischen seinem asiatischen und afrikanischen Besitz zu stützen hoffte, den Stürmen des zweiten Weltkrieges nicht standzuhalten vermochte, soll jetzt ein neuer Versuch unternommen werden, die Mittel- und Kleinstaaten des Vordern Orients, obwohl sie tief in den Kinderkrankheiten ihres innern Aufbaus stecken, mit amerikanischer Hilfe in einen Schutzwall des Westblocks gegen von Sowjetrußland drohende Gefahren zu verwandeln.

Während an der Wiege der für die Behandlung des Mittleren Ostens nach dem Ersten Weltkriege maßgebend gewesenen Ideen immerhin noch Männer gestanden haben, deren Konzeptionen ein von Geist bestimmtes Weltbild aufwiesen, heißt das Leitmotiv der gegenwärtigen Middle Eastpolitik plattester Utilitarismus. Der Imperialismus

der alten Schule gab wenigstens noch vor, die Untertanen des ehemaligen Osmanischen Reichs zu europäisieren und zu demokratisieren; der Imperialismus der neuen Schule will sie über Anleihen zu Schuldnern Amerikas gegen gefährliche Verpflichtungen machen. Der Middle Eastpolitiker unserer Tage denkt nur in Divisionen und in Öl. Die Hilfe, die von den USA den Staaten des Mittleren Ostens im Rahmen der sogenannten World Aid gewährt werden soll, wird völlig von dieser Ideologie beherrscht.

Die von den Darlehensgebern und ihren Beratern angewandte Taktik ist deshalb ebenso einfach wie im Kern ihres Wesens grausam. Sie basiert auf dem folgenden Kalkül: der Mittlere Osten ist durch die Nachbarschaft der Ölfelder Irans mit Sowjetrußland dank der innen- und außenpolitischen Schwäche des Reiches vom Silbernen Löwen genau so zu einem geopolitischen Druckpunkt geworden wie Korea. Den daraus entstandenen Eventualitäten, die für die USA und die Mitglieder des Westblocks lebenswichtige strategische und wirtschaftliche Interessen berühren, kann nur durch den Hinweis auf das Vorhandensein eines starken militärischen Gegendrucks wirkungsvoll vorgebeugt werden. Von den Vertretern dieser Theorie wird kein Geheimnis daraus gemacht, weshalb sie nötigenfälls aus ihr eine unheilvolle Praxis machen wollen. Das Öl, zurzeit noch der kostbarste Besitz des Mittleren Ostens, muß um jeden Preis gesichert werden. Im Raum zwischen Mittelmeer und Persischem Golf befinden sich die größten bisher auf der Erde bekannten Ölreserven, die sich auch hier wie die auf der westlichen Hemisphäre gelegenen rasch zu erschöpfen beginnen, weil mit ihnen wie mit allen industriellen Zwecken dienenden Naturprodukten ein sinnloser Raubbau getrieben wird.

Ohne den Besitz der Ölfelder des Iraks, Süd-Persiens und Saudi-Arabiens läßt sich nach der Meinung des englischen Militärschriftstellers Liddell Hart, der als internationale Autorität für die Strategie eines neuen Weltkrieges gilt, weder ein Angriffs- noch ein Verteidigungskrieg gegen die Sowjetunion führen, denn ein moderner Krieg ohne ausreichenden Brennstoff gleicht einem Menschen ohne Hände.

Zum großen Leidwesen der Militärs und der von ihren Thesen beeindruckten Wirtschaftler verfügt der für die künftige Existenz Europa–Amerikas so lebenswichtige Abschnitt weder über das genügende Potential an Menschen noch an Kriegsmaterial, um sich im Notfall auch nur selbst zu verteidigen. Nur ein einziger Staat macht eine Ausnahme: die Türkei, weil sie erstens durch die Natur vor einer Invasion geschützt ist und weil sie ihre Armee auf eine Effektivstärke von zwei Millionen Mann bringen kann.

Obwohl die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges gelehrt haben, daß auch die vereinten Kräfte mehrerer kleiner Staaten nicht imstande sind, einer großen Macht erfolgreichen Widerstand zu leisten, geschweige denn sie zu schlagen, stellt sich die Kreditpolitik der Vereinig-

ten Staaten weiter auf dieses zweifelhafte System ein. Präsident Truman hat vom Kongreß neuerdings die bisher nie überbotene Summe von 8500 Millionen Dollar angefordert, aus der für dieses Jahr die Mittel zur Verteidigung der Union und die zur Unterstützung der Satelliten bestritten werden sollen. Sie übersteigt den Etat des Vorjahres um eine ganze Milliarde. Ihr von Jahr zu Jahr sich verstärkendes Anschwellen läßt wenig erfreuliche Schlüsse darauf zu, in welche astronomische Zahlenhöhen das amerikanische Militärbudget noch klettern kann.

Im Vergleich hierzu wirken die für den Mittleren Osten mit Ausnahme der Türkei und Griechenlands vorgesehenen 125 Millionen Dollar liliputanisch. Präsident Truman hat angesichts der Befürwortung seiner Forderung die Hoffnung ausgesprochen, daß sich das von ihm vorgeschlagene Budget als ein solider Beitrag für die Erhaltung des Weltfriedens erweisen möge, aber abgesehen davon, daß ein Teil der Zuschüsse in natura, das heißt in Kriegsmaterial und wahrscheinlich nicht sehr modernem Kriegsmaterial erfolgen wird, ergibt schon ein flüchtiger Blick auf die Lage der von dieser Gabe bedachten Staaten, wie wenig auf ihre wirklichen Bedürfnisse Bedacht genommen wird und wie wenig von dem Gelde überhaupt für produktive Zwecke Verwendung finden kann.

Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Israel benötigt für die Unterbringung seiner Einwanderer nach vorsichtigen Schätzungen in der nächsten Dekade allein eine Summe von etwa 7 bis 8 Milliarden Dollar.

Auch die wichtigste soziale Aufgabe zur Befriedung des Mittleren Ostens, die Seßhaftmachung der aus Palästina geflohenen Araber, erfordert einen Betrag, der nicht sehr weit unter der Grenze von einer Milliarde Dollar liegen dürfte.

Das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten ist sich der Bedeutung durchaus bewußt, die sich daraus ergibt, in welcher Weise das arabische Flüchtlingsproblem gelöst wird. Mit vollem Recht, denn die gesamte Menschheit wird es dabei zu spüren bekommen, ob hierbei gute oder Stümperarbeit geleistet wird. In einer zu weiter Resonanz bestimmten Denkschrift des Staatsdepartements in Washington heißt es: «Die Situation ist weit davon entfernt, sich auf lokale Bedeutung zu beschränken; sie berührt nämlich die Bemühungen der freien Nationen um die Erhaltung einer gesunden Weltwirtschaft und des Weltfriedens an einer für den Weltfrieden lebenswichtigen Stelle.»

Leider stehen die für die arabische Flüchtlingshilfe vorgesehenen praktischen Maßnahmen in krassem Gegensatz zu dieser anerkennenswerten Erkenntnis. Für die Unterstützung der Réfugiés und ihre Seßhaftmachung sind nämlich im ganzen 50 Millionen Dollar in Aussicht genommen.

Die durch den jüdisch-arabischen Krieg dem Mittleren Osten geschlagene Wunde schwärt schon zu lange, um noch durch lokale Behandlung geheilt zu werden. Das Verfahren muß von Grund auf geändert werden, an Stelle des Eisens muß das Wasser treten. Mit anderen Worten, we-

der kärglich hingeworfene Wohlfahrtsbrocken noch unzulängliche Rüstungsbeihilfen reichen zur Sanierung des Mittleren Ostens aus. Sie wird nur möglich durch eine ins Große gerichtete Bewässerungspolitik, die augenblicklich Hungernde durch produktive Notstandsarbeiten anständig aber bescheiden ernährt und ihnen gleichzeitig die Hoffnung gibt, auf dem durch ihre Arbeit dem Wasser entrissenen oder besserer Bewirtschaftung zugänglich gemachten Boden eine neue Heimat zu finden.

Das Modell für ein Unternehmen dieser Art im Mittleren Osten existiert in der Tennessee Valley Authority Franklin D. Roosevelts. Die augenblicklich in den USA maßgebenden Politiker scheinen der Wichtigkeit dieses Exportartikels für die Sicherheit ihres Landes und die Sache des Friedens und der Freiheit gar nicht in vollem Umfange bewußt zu sein. Dabei ließe sich kaum ein geeigneterer Platz für die Wiederholung des Rooseveltschen Experimentes finden als der Mittlere Osten. Mit der Lieferung des geistigen und technischen Equipements für ein mittelöstliches Bewässerungssystem würden sich die Vereinigten Staaten unendlich mehr moralisches Prestige und faktische Sicherheit schaffen als durch Waffenlieferungen von problematischem Wert.

Darüber läßt der augenblickliche ökonomische Zustand des Mittleren Ostens keinen Zweifel, daß der Ausbau seines Bewässerungssystems, wenn es zu seiner endgültigen Befriedung und zum Fortschritt seiner Bewohner beitragen soll, nur auf überstaatlichem und nicht auf partikularistischem Wege geschehen darf. An der Organisation, der Finanzierung wie der geistigen Vorbereitung des Projekts müßten sich neben dafür zuständigen politischen Stellen und den Industrien Englands, der USA, des europäischen Kontinents, wenn es sein muß auch denen Indiens, selbstverständlich die arabischen Staaten und Israel beteiligen.

Dem Schutz der Nordflanke der mittelöstlichen Ölfront wird eine durch Wasser zu Wohlstand gebrachte türkische Bauernbevölkerung, eine durch Vervollkommnung des irakischen Irrigationssystems von vier Millionen auf das Fünffache und mehr gebrachte Bevölkerung des Zweistromlandes besser dienen als künstlich aufgepäppelte Miniaturarmeen.

Die sozialen Spannungen Ägyptens werden sich auf diesem Wege zum mindesten mildern lassen, wenn sie durch eine Landreform zugunsten der Fellachen ergänzt werden, genau so wie die natürlichen Reichtümer Abessiniens mit Hilfe des Wassers zu erschließen sein werden.

In diesen Riesenrahmen werden sich die aus den türkischen Bergen strömenden Flüsse genau so spannen lassen wie der Euphrat, der Tigris, der Orontes Syriens, der Litani des Libanon und der Jordan, von dessen Wasserschätzen nicht weniger als vier Länder: Syrien, Libanon, Israel und Jordanien gemeinsam profitieren können, ohne sich irgendwie zu benachteiligen, der Nil Ägyptens und des Sudans wie der Tanasee Abessiniens.

Ein so weitgestecktes Ziel setzt eine weitgesteckte politische und wirt-

schaftspolitische Sicht voraus; zugleich mit ihr werden große moralische und physische Kräfte aufzubringen sein, um mit dem Axiom allen politischen Denkens von heute zu brechen, daß die Ausnutzung von natürlichen Reichtümern ein heiliges nationales Privileg ist. Eine Umwälzung der Geister nach dieser Richtung wird nur durch eine Führung erfolgen können, deren Vision groß genug ist, um in so großen Räumen zu denken, ohne den Wahnvorstellungen des Imperialismus zu erliegen, daß nur der Begriff des eigenen Rechtes, aber nicht der der Gerechtigkeit die Welt regiert.

In einer solchen Aufgabe könnte sich die Intelligenz des Ostens mit der des Westens finden, ohne daß Rivalitäten von Rasse oder Religion zu befürchten sind, wenn die Leitung des Unternehmens, wie es bei der Tennessee Valley Authority der Fall war, in die Hände von klugen und taktvollen Menschen gelegt wird, die wie dort gar nicht ausschließlich in den Reihen der berufsmäßigen Politiker gesucht zu werden brauchen.

Die heute zu ungewolltem Müßiggang verurteilten arabischen Réfugiés können bei der Arbeit ebenso mit Erfolg eingesetzt werden wie die nach Israel geströmten Massen der Juden Europas und des Orients. Zwischen beiden Gruppen wird sich durch ein längeres Zusammenleben unter gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen eher die notwendige jüdisch-arabische Verständigung erreichen lassen als durch die wohlmeinendste Propaganda. Außerdem werden sich die an dem Erschließungswerk aktiv beteiligten jüdischen Luftmenschen besser zur Lebensform von freien Bauern umerziehen lassen als wenn sie auf unabsehbare Zeit Pensionäre des amerikanischen Judentums bleiben.

Die geistige Vorbereitung des Gedankens der Pazifizierung des Mittleren Ostens durch das Wasser sollte zu einer der nächsten Aufgaben eines aktivistischen Pazifismus werden. Von ihr aus wird sich der Beweis erbringen lassen, daß ein bestimmender Einfluß auf die Entscheidungen über Sein oder Nichtsein der kommenden Generationen nur dadurch möglich werden wird, wenn die augenblicklich zwischen Krieg und Frieden unsicher schwankenden Führer der Menschheit zu der Erkenntnis gebracht werden, daß nur Taten, bei denen der Stahl nicht der Zerstörung, sondern dem Bau von Werken des Friedens dient, des Schweißes der Edlen wert sind. *Karl Loewy.*

Indien – wohin?

Lange Zeit haben die friedliebenden Menschen des Westens wie des Ostens ihre Hoffnung auf Nehru gesetzt. In den letzten Monaten ist es jedoch um seine Vermittlerrolle etwas stiller geworden, und es ist nicht leicht, sich aus den Bruchstücken von Nachrichten ein Bild vom heutigen Einfluß Indiens in der Welt zu machen.

Nehru neigte von Anfang an zu der Ansicht, daß, wenn die UNO China bereits zu Anfang anerkannt hätte, die darauffolgenden gefährlichen Entwicklungen, einschließlich der Vorgänge in Korea, einen anderen Verlauf genommen hätten. Anderseits verurteilte er den, wie er sich ausdrückt, «unglücklichen Beschluß der UdSSR, dem Sicherheitsrat fernzubleiben». Nehru war jedoch der Meinung, daß Nordkorea eine großangelegte und gutgeplante Invasion durchgeführt hatte. So rechtfertigte er am 3. August vor dem Parlament die Annahme der ersten Resolution des Sicherheitsrates durch Indien.

In der gleichen Rede stellte Nehru aber fest, «in Asien hätten sich im Laufe der Geschichte der letzten hundert bis zweihundert Jahre, als der europäische Kolonialismus blühte, gewisse gemeinsame Bande unter den asiatischen Völkern gebildet und gewisse gemeinsame Reaktionen stattgefunden. Die dringende Forderung jedes asiatischen Landes ohne Ausnahme sei der Kampf gegen Kolonialismus. Die positive Seite davon sei das Erwachen des Nationalismus.» Dies ist die Stellung Nehrus – er sieht Fehler auf beiden Seiten. Indien wird als Mitglied des Britischen Commonwealths auf die eine Seite gezogen, und als asiatische Nation auf die andere.

Obwohl die indische Regierung die Resolution des Sicherheitsrates in der Koreafrage angenommen hat, war die «im wesentlichen amerikanische Intervention unter der Flagge der Vereinten Nationen durchaus *nicht populär*», berichtete der «NZZ»-Korrespondent am 15. August 1950. Die Schlagworte «Hands off Korea» und «No Intervention in Asia» tauchen in verschiedenen Variationen in allen Teilen der indischen Presse auf. «Der Sieg der Kommunisten in China hatte die Beurteilung des kommunistischen Problems sehr verändert. Während früher der Kommunismus als Export eines neuen Imperialismus mit größtem Verdacht betrachtet wurde, sieht man in ihm plötzlich auch eine asiatische Erscheinung und eine Erscheinung des historischen Kampfes asiatischer Völker für nationale Emanzipation und soziale Erneuerung.»

Als am 1. Februar dieses Jahres China von der UNO als Angreifer gebrandmarkt wurde, stimmte der indische Vertreter dagegen. Er behauptete, ein «Cease fire» hätte innerhalb einer Woche erreicht werden können, wenn nur der asiatisch-arabische Antrag angenommen worden wäre. Obwohl nur sieben Staaten gegen diese Brandmarkung Chinas stimmten (44 dafür, 9 Enthaltungen), hatte Indien die Genugtuung, zu wissen, daß, der Volkesstärke nach, zwei Drittel der Weltbevölkerung gegen den amerikanischen Antrag stimmten oder sich der Stimme enthielten.

Wie dann General Eisenhower mit einem sofortigen Abwurf der Atombombe bei Kriegsausbruch drohte, wiederholte Nehru seine Ansicht, daß die Atombombe für Indien und den größten Teil Asiens ein Symbol des verkörperten Bösen im Menschen sei, des Bösen vor allem in nicht-asiatischen Ländern.

Für dieses unabhängige Benehmen mußte Indien gestraft werden. Als der Sicherheitsrat am 2. April den Beschluß über Kashmir faßte, wurde der Konflikt zu ungunsten Indiens entschieden. Scheik Abdullah, der Ministerpräsident von Kashmir, sagte: «Die Asiaten sind jetzt erwacht – der indische Premierminister ist die Person, um die sich die Asiaten gruppieren. Dies ist der Grund, warum die Amerikaner Nehru zurückzusetzen und Pakistan emporzuheben wünschen.» Daß auch andere Gründe in diesem Entscheid der UNO mitspielten, kann man den Worten des Außenministers von Pakistan entnehmen: «Von der Lösung der Kashmirfrage hängt es ab, ob Pakistan und damit die gesamte Moslem-Welt dem Westen oder dem Osten zufällt.»

Nehrus Neutralismus hat sich auch in der Verzögerung der amerikanischen Weizensendung nach Indien ausgewirkt. Vor anderthalb Jahren schon hatten die Vertreter Indiens die Amerikaner auf die Möglichkeit eines Mangels an Nahrungsmitteln in ihrem Lande aufmerksam gemacht. Im Dezember 1950 bat Madame Pandit, die indische Gesandte und Schwester Nehrus, Amerika formell um Hilfe. Unterdessen war Reis von China und Weizen von der Sowjetunion unterwegs: «Man hat es nicht zuletzt diesen Ländern zu verdanken», schreibt die Neuyorker «Nation» am 28.April, «wenn Amerika die zwei Millionen Tonnen Weizen liefert . . . Anstatt daß wir Amerikaner Lebensmittel nach Indien senden, weil die Menschen Hunger leiden, senden wir den Hungernden Getreide, nur weil wir sie davon abhalten wollen, Kommunisten zu werden.»

In der Tat fürchtete man in Indien eine Wiederholung der Hungersnot von 1943. «Drei Jahre schlechter Ernten, Erdbeben, Überschwemmungen, Dürren und Epidemien haben solche Zustände hinterlassen, daß 20 Millionen von Hungersnot bedroht werden», schrieb die «Times Weekly Edition» vom 11. April 1951.

Trotzdem hielt Nehru am 1. Mai eine Rede, worin er sagte, Indien würde jede ausländische Weizenhilfe ablehnen, die mit irgendwelchen Bedingungen politischer Art verknüpft sei. Die Zukunft wird zeigen, ob er sich von solchen Bedingungen freihalten kann. Wie die «NZZ» vom 12. Juni meldet, hat der amerikanische Senat der Gewährung eines 190-Millionen-Kredites zum Ankauf von zwei Millionen Tonnen Weizen zugestimmt, unter der Bedingung, daß Indien einen Teil der Anleihe durch Lieferung von «strategischen Materialien» zurückzahlen solle, sofern dies möglich sei. Für die Getreidesendungen war auf jeden Fall der Druck der amerikanischen Weizenproduzenten und die Lieferungen der Sowjetunion und Chinas mitbestimmend.

Wenn die Gefahr der Hungersnot in Indien aus politischen Gründen vielleicht übertrieben wurde, erinnert uns diese Bedrohung des Lebens von Millionen von Menschen an die Tatsache, daß wir von einer gerechten Verteilung der Güter der Erde noch weit entfernt sind. Eine Milliarde Menschen lebt in den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten

der Welt. Ihr jährliches Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, beträgt rund *einen Achtzehntel* des Einkommens eines Bürgers der Vereinigten Staaten. Wann werden die Europäer dieser Tatsache bewußt werden? Werden wir nicht immer vom Krieg bedroht sein, solange diese Ungleichheiten bestehen? Fünfzig Prozent aller in der Welt produzierten Güter werden in den USA erzeugt. Anderseits bringen die USA «nur» (die Anführungszeichen stammen aus der «NZZ» Nr. 1176) einen Drittel der Rohstoffe der Welt hervor. Ist es nicht Zeit, daß wir anderen Ländern behilflich sind, mehr für ihre arme Bevölkerung zu produzieren, statt daß wir die mächtigste Nation verteidigen helfen, wenn sie ihre bevorzugte Stellung schützen will? Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Sozialrates, des ECOSOC, Herman Santa Cruz, appellierte in diesem Sinne auch an die Europäische Wirtschaftskommission («NZZ», Nr. 1184), der «bedrohlichen Tendenz einer sich ständig weitenden Kluft zwischen den wirtschaftlich hochentwickelten und wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern entgegenzutreten.»

Obwohl Indien zu diesen benachteiligten Ländern gehört, behauptet es eine neutrale Stellung im Widerstreit der Großmächte. Als die Politische Kommission der Generalversammlung der UNO den amerikanischen Antrag auf Verhängung einer Kriegsmaterialsperre über China und Korea annahm, enthielt sich Indien der Stimme, legte aber Wert auf die Feststellung, daß es China nicht mit Kriegsmaterial beliefere und nicht zu beliefern gedenke. («NZZ», Nr. 1078.) . . . Anderseits hat sich Indien (wie auch Pakistan und Ceylon) geweigert, an Verteidigungsmaßnahmen oder auch nur an militärischen Besprechungen teilzunehmen («NZZ», 26. Mai, Nr. 1145). Als überdies im Mai Großbritannien die indische Regierung um ihre guten Dienste für eine friedliche Beilegung des iranischen Ölkonfliktes ersuchte, wollte Indien diesem Gesuche nicht entsprechen. Nehru hatte schon am 3. Mai gesagt, die indische Regierung beabsichtige nicht, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Um diese Zeit erschien eine Depesche in «Times Weekly Edition» (23. Mai). Die USA bauen einen Luftstützpunkt in Okinawa, von wo aus die größten Bomber Amerikas jedes beliebige Gebiet von Ostasien erreichen können, von Ostsibirien und der Mandschurei bis zu Südostasien und sogar Indien. Wenn die USA ihr Ziel mit Weizen nicht erreichen, werden vielleicht solche Drohungen Indien von seinem Neutralismus abbringen. Trotzdem hat es sich bis jetzt geweigert, sich in ein Allianzsystem eingliedern zu lassen. Auch beharrt es immer noch darauf, daß Peking nach Lake Succeß eingeladen werde, «da das kommunistische Regime die effektive Regierungsgewalt in China ausübe.»

Es wird in Europa oft übersehen, daß die Inder den Kommunismus bei weitem nicht so hassen wie den Imperialismus. Die Hinrichtungen in China, die unsere Presse beschäftigen, machen weniger Eindruck auf die Inder, weil sie wissen, daß unter Chiang Kai-Shek zeitweise in noch

größerem Maßstabe hingerichtet wurde. Auch die Propaganda gegen die Konzentrationslager in der Sowjetunion hat nicht die erwünschte Wirkung auf die Inder, wissen sie doch, daß auch in den Plantagen Asiens die Menschen als Halbsklaven ihr Leben fristen, wie der Weltbund der Freien Gewerkschaften von Karachi berichtet («Manchester Guardian», 30. Mai). Solche Plantagen seien weit verbreitet in Asien, und werden von einer Privatgruppe von Produzenten kontrolliert, die ungeheure Profite herauswirtschaften. Warum berichten unsere Zeitungen nichts von dieser Art von Sklaverei?

Wenn die Inder den Kommunismus nicht so hassen wie den Imperialismus, wird diese große Halbinsel mit ihren 350 Millionen Menschen den gleichen Weg gehen wie China? Vorläufig sieht es nicht so aus, aber es hängt davon ab, ob Nehru eine gründliche Bodenreform durchführen will und kann. Um einen Einblick in die Schwierigkeiten dieses Problems in Indien zu geben, lassen wir hier eine Zusammenfassung eines Artikels von Jean Lyon in der Neuyorker «Nation» vom 19. Mai folgen.

Bodenreform in Indien

«Eine radikale Änderung der Besitzverhältnisse an Grund und Boden gehört zu den Forderungen, die sich in Indien seit Generationen aufdrängen. Die Kongreßpartei vertrat sie schon lange, bevor sie an die Unabhängigkeit Indiens denken konnte. Die Sozialisten, die heute in Opposition zur regierenden Kongreßpartei stehen, drängen unter der Losung «das Land den Bauern» auf greifbare Resultate, bisher mit geringem Erfolg. Es ist unter heutigen Verhältnissen nicht möglich, genaue Angaben zu machen, aber Schätzungen von 1950 lauten dahin, daß zwischen 90 und 95 Prozent der Bebauer keinen gesicherten Besitz an Boden haben. Zwar variieren die Besitzverhältnisse von Staat zu Staat, doch ist bis jetzt eine Entlastung und Sicherung der Bauern nur in ganz wenigen Fällen erfolgt. Die dauernd unterernährten Landproletarier tragen auf ihren Schultern noch immer den Grundbesitzer und seine Pachteintreiber. All dies hätte mit der Unabhängigkeit Indiens sein Ende nehmen sollen. Aber die junge Regierung mit ihrer Auffassung von Gerechtigkeit für alle ihre Volksschichten steht heute vor einem Dilemma. Einerseits vertritt sie den Grundsatz «Das Land dem Bebauer», oder wie es neuerdings heißt «die Ausmerzung aller Mittelsmänner zwischen Bauer und Staat». Anderseits aber garantiert die indische Verfassung, zum Teil auf Betreiben Gandhis selbst, den individuellen Besitz an Grund und Boden, das heißt sie sieht vor, daß der Grundbesitzer, falls der Staat seinen Boden übernimmt, in «fairer Weise» zu entschädigen sei.

Eine revolutionärere Regierung hätte dem Staat das Recht auf Konfiskation von Land vorbehalten, eine zaghaftere Regierung hätte dem Bauern kein Land versprochen und sicher auch nicht die Unterstützung des Volkes gefunden. Wie die Lage heute ist, wird wohl die Notwendig-

keit der Reform anerkannt, es bestehen überdies schöne Programme, aber an der konkreten Maßnahme, die am Anfang aller Reform steht, der Ausschaltung des ‚Zemindar', des Grundbesitzers und Pachteintreibers, ist die Gesetzesmaschinerie zum Stillstand gekommen. Es hat sich herausgestellt, daß die Kosten einer «angemessenen» Entschädigung an die Grundbesitzer, besonders wenn ihre Zahl in einem Staat bedeutend ist, fast unerschwinglich sind. Jeder Staat ist übrigens gehalten, seine Agrargesetzgebung den lokalen Verhältnissen entsprechend zu gestalten. In Uttar Pradesh zum Beispiel, einem Staat von 60 Millionen Einwohnern, wo zwei Millionen Zemindars zu entschädigen sind, beschäftigen Entschädigungsverhandlungen die parlamentarischen Kommissionen seit anderthalb Jahren.

Kennzeichnend für die derzeitigen Verhältnisse in Indien ist der Vorschlag, die Pächter ihren Zins für zehn Jahre vorausbezahlen zu lassen, und aus einem so geäufneten Fonds die Grundherren abzufinden. Der Vorteil für den Bauern läge darin, sein Land in Besitz zu bekommen und an den Staat nur die Hälfte des früheren Pachtzinses in Form von Steuern abliefern zu müssen. Es ist auf den ersten Blick ersichtlich, daß damit dem Landarbeiter, der der Hilfe am meisten bedarf, nicht geholfen ist. Im oben erwähnten Uttar Pradesh sind aber 8 Millionen Landproletarier, die nach diesem Plan sozusagen nichts gewinnen. Andere Staaten suchen die Entschädigungsfrage auf anderer Grundlage zu regeln, immerhin sind es bis jetzt erst 8 von 26 Staaten, die sich überhaupt damit befaßt haben und in allen Fällen muß die Entschädigung an die Grundherren irgendwie aus einem entsetzlich armen Volk herausgepumpt werden.

Die Höhe der Entschädigung ist nicht der einzige Grund für das langsame Tempo der Bodenreform. Die Zemindars sind einflußreich, sie gehören dem Parlament und den entscheidenden Kommissionen an, besitzen eigene Zeitungen, sie sind alles in allem in bester Position, um der Reform so viele Hindernisse wie möglich in den Weg zu legen. Die Zemindars von Uttar Pradesh zum Beispiel reichten Klage gegen gewisse Bestimmungen der neuen Gesetzgebung ein. Das oberste Gericht verfügte, die Reformgesetze dürften nicht in Kraft gesetzt werden, bis über jede angefochtene Bestimmung ein Gerichtsentscheid vorliege. Sollte in einem Fall der Kläger, das heißt der Zemindar, Recht erhalten, so würde die Verfassungsmäßigkeit der ganzen Reform in Frage gestellt, was für die Grundbesitzer immerhin einen Zeitgewinn von vielleicht Jahren bedeuten würde. Die Diskussion in allen Fragen verlagert sich naturgemäß mehr auf die Höhe der Entschädigung an den Zemindar als auf die Vorteile, die dem wirklichen Bearbeiter des Bodens aus der Reform erwachsen. Für die letztere Kategorie geben die Regierungsbeamten zu, seien die Vorteile «mehr psychologischer Natur».

Noch hat kein indischer Staat den Grundbesitz ausgeschaltet. Auch in Madras, das in der Reform am weitesten fortgeschritten ist, sollen wei-

tere vier Jahre vergehen, bis sein Einfluß gebrochen ist. Selbst dann ist fraglich, ob die Abschaffung des Feudalwesens erreicht ist, denn viele Pachtinhaber, die bis jetzt dem Zemindar Tribut entrichteten, sind selbst eher Grundbesitzer als Bebauer des Bodens und als solche die Hauptnutznießer der Reform, eine Art Grundherren zweiter Kategorie.

Angehörige der Indischen Kongreßpartei betonen, der Fortschritt könne nur Schritt für Schritt erfolgen. Das Reforminteresse scheint auf jeden Fall nach der Beseitigung der Zemindars und der unter ihnen stehenden Grundbesitzer zunächst der Verbesserung der Lage der Kleinpächter und erst in allerletzter Linie dem landlosen Proletarier sich zuzuwenden. Ob dies die richtige Rangfolge ist, mag bezweifelt werden, aber nachdem man von einer entschädigungslosen Enteignung, wie sie in China praktiziert wurde, nichts wissen will, so bleibt eben jene Demokratie der kräftigen Ellbogen übrig, die man auch andernorts an der Arbeit sehen kann. Ob es weise ist, die Dutzende von Millionen Landarbeiter und Kleinpächter leer ausgehen zu lassen, ist eine andere Frage.

Soweit die «Nation». Kein sehr hoffnungsvolles Bild für die Zukunft der Millionen und Abermillionen von armen Landproletariern. Wie kann Nehru hoffen, durchgreifende Reformen durchzuführen, solange der Einfluß der Zemindars, der Prinzen, der reaktionären Hindu-Nationalisten so stark ist? Auch von der neuen Regierung, die nach den Wahlen (in etwa 6 Monaten) die Zügel ergreifen wird, kann man nicht zu viel erwarten. Das indische Parlament hat neuerdings den von Ministerpräsident Nehru beantragten Verfassungsänderungen zugestimmt, so daß die Regierung von nun an über weitgehende Vollmachten zur Kontrolle der Presse verfügt. Sie hat aber zur gleichen Zeit die Möglichkeit zur Inkraftsetzung der Agrarreform erhalten. Nehru sagte, die Bodenreform in Indien sei so dringend, daß diese Verfassungsänderungen nötig geworden seien. War das nicht möglich ohne die Einschränkung der Pressefreiheit? Welche Garantie besteht, daß die Bodenreform richtig durchgeführt wird, wenn die Presse geknebelt ist? Wollen diese Männer, die für die Verfassungsänderungen stimmten, überhaupt eine wirkliche Bodenreform? Wird die neue Regierung sie wollen? Dazu kommt das kürzlich angenommene Gesetz über die Präventivhaft, das der Regierung Verhaftung und Gefangenhaltung von Verdächtigen ohne gerichtliches Urteil gestattet, wodurch das indische Kabinett fast diktatorische Befugnisse erhält. Sollen diese Vollmachten wirklich nur die Trübung des Verhältnisses zu fremden Staaten und die Kriegshetze verhindern helfen, wie man in Regierungskreisen vorgibt? Das ist die Frage, die man sich stellen muß.

Wenn man allein an die Probleme denkt, die die Beziehungen Indiens zu seinen großen Nachbarn im Norden, der Sowjetunion und China darstellen, wenn man sich der jahrzehntelangen Streitigkeiten an der Nordostgrenze (Nepal, Sikkim und Bhutan) erinnert, muß man zugeben, daß es von größter Bedeutung sein könnte, eine Pressehetze gegen

eine friedliche Vereinbarung zu verhindern. Es wäre geradezu ein Triumph für Indien, und für Asien überhaupt, wenn es der Welt zu zeigen in der Lage wäre, daß Grenzkonflikte ohne Blutvergießen geregelt werden können. Aber wird das möglich sein, solange die Volksmeinung ausgeschaltet wird und das Volk seine Rechte nicht geltend machen kann? *M. Furrer.*

Rottet ech zäme!

Müettere –
Fraue der ganze Wält,
Öb wyß,
Öb schwarz
oder gääl:
Rottet ech zäme
und wehret dämm Wahn,
's gäb wider Chrieg
ob churz oder lang.
Sy mer au numme schwach
und gring,
mir säge nei
und nonemol nei!

Müettere –
Fraue der ganze Wält,
Öb wyß,
Öb schwarz
oder gääl:
Heit echs vor Auge
und 's cheem eso wyt,
so sy mer verlore,
's nützt is nüt.
Und eusi Chinder
gibore
mit Schmärze,
es sinnlosis Pfand.

Müettere –
Fraue der ganze Wält,
Öb wyß,
Öb schwarz
oder gääl:
Dr wüsset alli
was gschlage het. –
Mer wei keini Bombe.
Mer wei Brot!
Mer wei der Fride.
D'Angscht
die mues furt.
Rottet ech zäme!

Helene Bossert.

Wie stehen wir zum Kommunismus?

Unser holländischer Freund Krijn *Strijd* hat vor kurzem ein Buch über Christentum und Kommunismus erscheinen lassen, das nicht warm genug empfohlen und nicht ernst genug genommen werden kann, ist es doch geradezu vorbildlich für die Behandlung eines Gegenstandes, der unter uns meistens – und zwar von «geistlicher» Seite fast noch mehr als von «weltlicher» – aufs traurigste *mißhandelt* wird. (*K. Strijd: «Chrisdendom en Communisme. Een Confrontatie.»* Holland Uitgeversmaatschappij, Amsterdam 1951. 299 Seiten.) Vorbildlich nenne ich die Art und Weise, wie Strijd an das Kommunismusproblem herangeht,weil er sich von vornherein in schärfsten Gegensatz zu der üblichen christlichen Haltung gegenüber dem Sowjetregime stellt und nicht die Kritik – gewöhnlich die leidenschaftlichste, einseitigste Kritik – am Kommunismus in den Vordergrund stellt, sondern die Besinnung auf den Auftrag der Christenheit und der Kirchen gegenüber dem sozialen und politischen Geschehen unserer Zeit. «Wenn wir uns darum als Christen mit dem Kommunismus befassen wollen», so sagt er, «dann werden wir nicht zuerst unsere Kritik gegen die totalitäre Struktur des Kommunismus und alles, was damit zusammenhängt, richten müssen. Das werden wir erst tun dürfen, *nachdem* wir uns mit unserem christlichen Auftrag in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wirklichkeit, in der wir leben, befaßt haben. Vor allem einer Kirche, die eine so konservative und reaktionäre Vergangenheit hat hinsichtlich der sozialen Fragen wie die unsere, wird man es einfach nicht glauben, daß ihr Protest gegen den Kommunismus nicht der Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsform entspringe.»

Strijd sieht den christlichen Auftrag für den «Kampf unserer Zeit» im Ernstmachen mit der Botschaft von der Herrschaft Gottes über alle Welt. Und zwar in einem sehr radikalen Sinn. Was er meint, faßt er in einem dreifachen Nein und einem dreifachen Ja zusammen. Wir sagen nein – so bekennt und fordert er – zu allem Militärwesen. «Nachfolger Jesu Christi dürfen nicht an militärischer Gewalt teilnehmen, weil so das Heil verleugnet, weil so das Reich verneint, weil so das Sakrament und seine Communio (mit dem Herrn *und* mit dem Anderen, dem Nächsten, dem Feind) unmöglich gemacht wird.» Seine Abrechnung mit einem Christentum, das Krieg und Kriegsrüstung «nötigenfalls» bejaht, gehört zum Saubersten und Tapfersten, was wir je über diese Dinge vernommen haben. Dem Nein folgt aber sofort das Ja: Wir sagen ja zu der neuen Wehrhaftigkeit, die jedem Versuch zur Vergewaltigung der Gewissen einen tätig-gewaltlosen Widerstand entgegensetzt. Und darum auch nein zu jedem Totalitarismus, mag er nun von Osten oder – in anderen Formen – vom Westen her kommen. Wir müssen nämlich auch sehen, «daß wir je länger je mehr Sklaven von Amerika werden». Daraus ergibt sich,

daß wir – als zweites Ja – uns zu einem radikalen demokratischen Sozialismus, zu einer totalen Demokratie bekennen und – als drittes Nein – die Politik des Atlantikpaktes mit seinen Kriegsrüstungen völlig ablehnen müssen. Und schließlich sagen wir ja zu allen Bemühungen, um internationales Vertrauen zu wecken, um die internationale Dschungelmoral zu überwinden und Europa zu einigen. Und zwar «nicht mit frommen Worten, sondern mit konkreten, radikalen, aufbauend-revolutionären Plänen und Taten.» Wobei die Christen vorangehen müssen. «Auf die Frage: Wer soll anfangen? werden die Christen, in welchem Land auch, stets antworten müssen: *Wir*. Nicht die anderen, sondern wir.»

Von hier aus erst packt Strijd das Kommunismusproblem an. Er bemüht sich dabei vor allem, ein möglichst zutreffendes und sachliches Bild vom Sowjetregime und seiner Entwicklung zu gewinnen. Er geht den geistigen Quellen des russischen Kommunismus nach, die er insbesondere in dem widerchristlichen dialektischen Materialismus sieht (wobei er auch der in der marxistisch-leninistischen Weltanschauung liegenden *Wahrheit* gerecht wird). Und er setzt sich besonders einläßlich, ja sozusagen ununterbrochen, mit dem Grundsatz auseinander, der in so hohem Maße das praktische Wirken des Kommunismus bestimmt, daß nämlich die Durchsetzung der sozialen Revolution die Anwendung *aller* Mittel verlange, auch der gewalttätigsten und unmenschlichsten. Was er hierüber zu sagen hat, ist schlechterdings unwiderleglich, und wir stimmen ihm von Herzen bei, wenn er zu dem einfachen und klaren Schluß kommt, daß

«weder die Methoden des zweiten Weltkriegs noch die Methoden des russischen Kommunismus von Christen mit Wort oder Tat unterstützt werden dürfen, weil in diesen Mitteln nichts mehr von der Gerechtigkeit und der Barmherzigkeit des Gottesreiches zu bemerken ist, weil es uns diese Mittel unmöglich machen, auch nur etwas von dem Gehorsam zu üben, den Christus von uns fordert ... Der Mensch darf nach christlicher Überzeugung nicht als Zweck angesehen noch als Mittel gebraucht werden. Wenn der Mensch *Zweck* ist, dann begehen wir die Sünde der Überschätzung. Über dem Menschen steht Gott. Über der Menschheit steht das Reich Gottes. *Das* ist das Ziel von Mensch und Menschheit ... Wenn der Mensch *Mittel* ist, dann begehen wir die Sünde der *Unterschätzung*. Das Evangelium predigt uns — ich erwähne hier lediglich Luk. 15 — den Wert des einzelnen Menschen in Gottes Augen ... Diktatur, in welcher Form auch immer: die Diktatur des Profits im Kapitalismus, die Diktatur der Gewalt im Militarismus, die Diktatur im Nationalsozialismus und Kommunismus, die Diktatur im römischen Katholizismus und in verschiedenen Formen des Protestantismus, die Diktatur in unserer vertechnisierten und vermechanisierten Gesellschaft, *alle* Diktatur erniedrigt die Masse der Menschen und den Einzelmenschen zum Mittel, zum ‚Menschenmaterial'. Und das Ziel hängt stets mit einer greulichen Selbstüberschätzung einer kleinen Gruppe Menschen zusammen, die trotz aller gleisnerischen Vermummung sich selbst als ‚Zweck' ansehen.»

Es ist gegeben – und wiederum hat er unsere volle Zustimmung –, daß Strijd alle Maßnahmen und Einrichtungen des Sowjetregimes, die auf der vermeintlichen Heiligung des Mittels durch den Zweck beruhen, grundsätzlich ablehnt. Er rechnet dazu insbesondere: die Diktatur des Proletariats, die in Wirklichkeit zur Diktatur der einen Partei geworden

sei; die schrankenlose Macht, die Stalin und seine allernächsten Mitarbeiter in Händen haben (den Stalinkult könne man nur eine «verfluchte Abgötterei» nennen); die Macht und Bevorrechtung der Führerkaste (Managers); die Stachanow-Methoden zur Steigerung der Produktion; die politische Unfreiheit, durch die jede organisierte Opposition vollkommen unmöglich geworden sei; die Gleichschaltung von Presse, Radio und Unterricht im Rahmen eines strengen Totalitarismus; die Konzentrationslager mit einem Millionenheer von Zwangsarbeitern; die politischen Prozesse; den immer wieder neu aufgepeitschten Nationalismus; den gigantischen Kriegsapparat; die Unterdrückung und Gleichschaltung der osteuropäischen Länder aus strategischer «Notwendigkeit»; eine unbegrenzte Verehrung der Technik. Wenn die Kirchen in Rußland «frei» seien, so nur deshalb, weil sie sich selber mit dem Sowjetregime gleichgeschaltet und ihren prophetischen Auftrag verraten hätten.

*

Bei dieser Verwerfung aller Gewaltmittel, deren sich der Sowjetkommunismus zur Durchsetzung seiner Zwecke bedient, will Strijd freilich keineswegs übersehen, daß das neue Regime mit geschichtlichen und sozial-psychologischen Schwierigkeiten ungeheuren Ausmaßes zu ringen hatte.

«Die Oktoberrevolution war ein heroischer Versuch, um *trotz* der bestehenden Lage, die vor allem sozial-psychologisch ganz schwierig war — die Arbeiterklasse hatte ja keine Gelegenheit gehabt, denjenigen Grad von Bewußtheit zu erlangen, durch den sie die Gesellschaft hätte tragen können —, eine neue Gesellschaft zu begründen und aufzubauen. Nach 1917 erhielt Sowjetrußland keine Zeit, um zu Atem zu kommen: Krieg, Intervention. Rußland mußte die Zeit forcieren. Die Industrialisierung wurde in gewaltigem Tempo durch- und fortgesetzt, um die Lage gegenüber dem Ausland zu retten. Dazu kam die Kollektivierung der Landwirtschaft, innere politische Spannung, die Drohung eines neuen Krieges . . .»

Dennoch hält unser Autor daran fest, daß vom Standpunkt eines lebendigen Christentums aus die Diktaturmethoden des Sowjetregimes rundweg abgelehnt werden müssen. Er unterläßt es nur, uns zu sagen, wie die Russische Revolution dann mit *anderen Methoden* hätte vollzogen werden können. Daß sie mit den Mitteln des Reiches Gottes hätte vollzogen werden *sollen*, ist allerdings klar. Aber hätte sie bei dem offenbaren Mangel des russischen Volkes an jener geistigen und sittlichen Reife, wie sie für die Anwendung dieser Mittel nötig gewesen wäre, damit auch vollzogen werden *können*? In seinen «Betrachtungen über die Revolution unserer Zeit», die Strijd verschiedentlich anführt, macht Harold J. Laski mit Recht auf die Verumständungen aufmerksam, unter denen die Schöpfer der Sowjetunion ihr Werk zu vollbringen hatten:

«Sie hatten es mit einem kaum geschulten und nur halb verwestlichten Land zu tun, das einzig an einen halb byzantinischen, halb orientalischen Despotismus gewöhnt war. Das industrielle Bürgertum war ein winziger Bruchteil der Bevölkerung, und das städtische Proletariat war nur schwach im Verhältnis zu der breiten bäuerlichen Masse, die ihre überwältigende Mehrheit bildete. Das zaristische Rußland stand erst am Be-

ginn seiner industriellen Revolution, und kein geringer Teil seiner technischen Kenntnisse war von ausländischer Leitung und Beherrschung abhängig ... Sie hatten es mit einem Volk zu tun, das der Selbstregierung ungewohnt war. Sie kämpften mit Leuten, die, wie die Geschichte des Bürgerkrieges klar macht, keine Barmherzigkeit mit ihnen geübt hätten, wären sie auch nur einen Augenblick schwach geworden.»

Laski meint, die Führer des neuen Rußlands wären darum «gezwungen gewesen, entweder den Gedanken einer sozialistischen Revolution oder aber die Diktatur preiszugeben.» Es nimmt uns wunder, wie sich Strijd zu diesem Dilemma stellt. Ist er wirklich der Meinung, die Bolschewiki hätten auf die Revolution verzichten sollen, weil die geistigen und materiellen Voraussetzungen dafür noch nicht vorhanden waren?

Wie dem auch sei: Strijd lehnt es ab, nach der Weise der vulgären Antikommunisten die positiven Leistungen des Sowjetregimes wegen seines Diktaturcharakters *überhaupt* zu verneinen und etwa zu behaupten, dieses Regime habe «mit Sozialismus nicht das Mindeste zu tun».

«Der russische Kommunismus», so stellt er fest, «ist nach Wesen und Ursprung ein ernstlicher Versuch, eine nicht-kapitalistische, sozialistische, kommunistische Gesellschaft aufzubauen.» Die Produktionsmittel sind in Gemeineigentum übergeführt; arbeitsloses Einkommen ist unmöglich; das Gewinnstreben ist ausgeschaltet; Krisen und Arbeitslosigkeit sind beseitigt; eine allumfassende Planwirtschaft regelt Erzeugung, Verbrauch und Austausch der Güter. Strijd zitiert zustimmend Berdiajew: «Im sozialen System des Kommunismus liegt eine große Wahrheit verborgen, die dem Christentum nähersteht als den kapitalistischen Lebensprinzipien. Gegenüber dem Kapitalismus ist der Kommunismus im Recht.» Er anerkennt auch, daß in bezug auf das Verhältnis der Geschlechter, auf Ehe und Familienleben die Sowjetmoral gesünder ist als diejenige der kapitalistischen Länder. Und vom Volksbildungswesen sagt er: «Es sind in Sowjetrußland Wunder geschehen auf dem Gebiete des Schulwesens. Wer das verkennt oder verneint, schwächt dadurch seine eigene Überzeugungskraft.» Er hätte auch Dr. Henry Siegerist anführen können, den selbst in der «Neuen Zürcher Zeitung» hochgerühmten schweizerischen Medizinforscher, für den es außer Zweifel steht, daß «das Sowjetsystem der sozialen Sicherheit weitaus besser (ist) als irgendein System in kapitalistischen Ländern», und der darauf hinweist, daß dank der gewaltigen Verbreitung der Entbindungsanstalten im neuen Rußland die Kindersterblichkeit nicht einmal halb so groß ist wie vor der Revolution. Vergessen wir auch nicht die entscheidende Hebung der Würde und Stellung der Frau durch das Sowjetsystem und die Erweckung einer ganzen Reihe «zurückgebliebener» Völker des russischen Reiches zu wirtschaftlichem und kulturellem Leben – eine der gewaltigsten Leistungen des Sowjetkommunismus, der keine westliche Kolonialmacht etwas Ähnliches an die Seite zu stellen vermag. Kurz, Strijd lehnt es ab, den Sowjetkommunismus auf die gleiche Stufe zu stellen wie den deutschen Nazismus, trotz der Ähnlichkeit der Mittel, die

beide Systeme für die Erreichung ihrer Zwecke anwenden oder anwandten. Der Sozialismus war im Dritten Reich nur Phrase, nur Propagandamittel; in der Sowjetunion ist er völlig ernst gemeint. «Das nationalsozialistische Deutschland kannte eine gelenkte Wirtschaft ohne Abschaffung des Privateigentums; es war und blieb ‚Kapitalismus im Todeskampf'». Sowjetrußland hingegen «ist und bleibt der große Gegner des alten wie des heutigen Kapitalismus. Der Widerstand gegen Rußland, der bis zum heutigen Tag in den kapitalistischen Ländern herrscht, hat auch diese Ursache: Sowjetrußland ist noch immer antikapitalistischer, als viele wünschen.»

Strijd fragt sich zwar mit Beklemmung – und wir fragen uns mit ihm –, ob nicht der Gebrauch gewalttätiger, also auch unsozialistischer Mittel zur Erreichung des sozialistischen Zieles die Verwirklichung der neuen Gemeinschaftsordnung gerade unmöglich macht, ja die Zielsetzung selbst verändert, so daß es jetzt «nicht mehr um die Gerechtigkeit für die Gemeinschaft und den Einzelnen geht, sondern um die Macht Rußlands in der Welt und über die Welt». Und sicherlich liegt hier der Kern unserer Kritik an der Art Sozialismus, die im sowjetischen Rußland erstrebt wird. Die Dämonie der Gewalt, die «Despotie der Mittel», wie man es auch genannt hat, ist eine Tatsache von allererster Bedeutung gerade auch für unser Geschlecht, und wir sehen wie im kleinen so auch im großen alle Tage nur zu klar, wie die Ausübung von Macht aus einer bloßen Regierungstechnik zum politischen Selbstzweck zu werden droht. Dennoch beweist uns all das, was das Sowjetregime trotz den hemmenden und niederdrückenden Wirkungen von Diktatur und Terror an Positivem bereits geschaffen hat, daß der ursprüngliche sozialrevolutionäre Antrieb des östlichen Kommunismus nicht erschöpft ist – ganz im Gegenteil. Er wird sich über alle Widerstände und Krisen hinweg mehr und mehr doch durchsetzen dank der Macht der Idee, die hinter ihm steht und die, einmal in die Welt gesetzt, unabhängig von ihren berufenen Trägern, ja sogar gegen ihre Absicht, ihr Werk tun wird. In dieser Sicht erscheint uns das, was unter dem kommunistischen Regime in der Sowjetunion, aber auch in den anderen Ländern Osteuropas und Asiens, die es angenommen haben (wir denken namentlich auch an China), tatsächlich erreicht worden ist, bereits als so groß, so ermutigend und so verheißungsvoll, daß wir den dunklen Seiten dieses Regimes nicht die entscheidende Bedeutung zumessen können, die man ihnen im Westen gemeinhin zumißt.

*

Dies um so weniger, als die westliche Welt wahrhaftig keinen Grund hat, sich irgendwie in Selbstgerechtigkeit über die östlich-kommunistische Welt zu erheben. Darauf legt Strijd besonderen Nachdruck. Der Kapitalismus, so erklärt er, ist nicht weniger materialistisch, nicht weniger totalitär, nicht weniger bedenkenlos im Gebrauch unmenschlicher, unsittlicher Mittel als der Kommunismus. Die Seele des Kapitalismus in

all seinen Formen ist ja das *Gewinnstreben*, die Ausbeutung von Arbeitskräften und Verbrauchern; der Mensch ist lediglich Mittel zu diesem Zweck – bloßes Material. «Der Kapitalismus ist ein *totalitäres Ganzes*: alles wird dem Streben nach Gewinn untergeordnet . . . Die Demokratie wird in ihrer Verwirklichung durch die kapitalistischen Grundlagen unserer Gesellschaft verstümmelt . . . Das Schulwesen ist typisch kapitalistisch beeinflußt . . . Infolge der kapitalistischen Kultur sind Presse und Radio ohne viel Aufsehen nach außen, inoffiziell, gleichgeschaltet. Besser: sie haben, dem unwiderstehbaren Druck der kapitalistischen Kultur nachgebend, sich selber gleichgeschaltet. Die freie Meinungsäußerung besteht offiziell – aber was die kapitalistische Gesellschaftsordnung in ihrem Wesen und ihren Grundlagen angreift, wird als zu rot, als revolutionär und unanständig be- und verurteilt. Das gehört nicht auf die Tagesordnung. So etwas darf vielleicht noch gedruckt werden – aber es wird nicht mehr gelesen, außer noch von einer kleinen Gruppe von Gesinnungsverwandten. Es darf vielleicht noch gesagt werden – aber niemand, außer den bereits Überzeugten, hört darauf. Was die kapitalistische Kultur radikal und konkret angreift, wird boykottiert.» (p. 208—210.)*

So kommt denn auch ein von unserem Autor zitierter römisch-katholischer Schriftsteller in einer von der zuständigen kirchlichen Behörde gebilligten Veröffentlichung zu dem eindeutigen Schluß: «Es ist ohne weiteres klar, daß per saldo der Kapitalismus kein Haar weniger materialistisch ist als der Kommunismus . . . Die Anhänger des Kapitalismus haben kein Recht, den Anhängern des Kommunismus ihren Mangel an Achtung vor der Persönlichkeit vorzuwerfen», ebensowenig «ihren Mangel an Moral, an Wahrhaftigkeit, an Sinn für Recht und Gerechtigkeit, an Achtung für die Religion.» (Dr. E. Brongersma: «Kapitalismus, der Vater des Kommunismus», herausgegeben von der Katholischen Aktion in Holland.)

Erst recht aber steht es keinem Anhänger *militärischer Gewaltmittel im Dienste der Landesverteidigung* zu, sich über den Kommunismus moralisch zu entrüsten. Das Militärwesen ist ja doch ebenso totalitär wie der Kommunismus; es ist ebenfalls die radikale Verneinung aller sittlichen und politischen Freiheit, die angeblich das höchste Gut der westlichen Kultur ist. «Man empört sich», so schreibt Strijd, «im Westen dar-

* Das bestätigt sogar der amerikanische Bundesrichter Black, der das Urteil der Mehrheit des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten in dem Verfahren gegen die Führer der Kommunistischen Partei als undemokratisch und dem Geiste der Verfassung widersprechend ablehnt. In einer öffentlichen Erklärung stellt Black unumwunden fest, «der Mehrheitsentscheid bedeute, daß das Erste Amendment (der Bundesverfassung), das die Redefreiheit garantiert, künftig nur noch die Äußerung ‚orthodoxer' Anschauungen decke, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß später einmal in ruhigeren Zeiten die Freiheitsgarantien des Ersten Amendments wieder so interpretiert würden, wie es sich in einer freien Gesellschaft gehöre». («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 1231.)

über, daß im Osten die Sklaverei in allerlei Beziehungen möglich ist und von vielen auch angenommen wird. Aber – müßten wir uns nicht viel mehr empören, daß wir im Westen die Sklaverei auch willig annehmen? Wenn unsere jungen Leute 19 Jahre alt werden, müssen sie in die Kaserne! Widerstand dagegen erhebt sich nur bei Einzelnen. Müssen wir uns nicht viel mehr darüber entrüsten, daß wir in den demokratischen Niederlanden durch eine plötzliche Verfassungsänderung es ermöglichten, daß junge Männer gegen ihren Willen für Jahre nach Indonesien geschickt werden?» Auch wenn man mit unserem Autor die Versündigung an der Freiheit, wie sie im Westen geschieht, keineswegs auf die gleiche Stufe stellt wie die offen und konsequent geübte Diktatur in den kommunistischen Ländern, so bleibt doch bestehen, daß man im Westen wenig Grund hat, sich seiner Freiheits- und Persönlichkeitsrechte all zu sehr zu rühmen, besonders wenn man an die fortschreitende Aushöhlung der Demokratie durch den Militarismus denkt.

Dazu kommt nun aber, daß militärische Machtpolitik, Kriegsrüstungen und vollends die Kriegführung selbst, auch wenn sie noch so sehr mit der Notwendigkeit der Landesverteidigung begründet wird, ihrem Wesen nach gerade den Triumph desjenigen Grundsatzes darstellen, dessen Praktizierung man dem Kommunismus (mit Recht) so heftig vorwirft: der Zweck heiligt die Mittel. Strijd betont völlig zutreffend: «In Kriegszeiten handelt jedes Volk nach dieser Regel, unverhüllt und ungescheut. Nun weiß sich aber Sowjetrußland in einen *Dauerkrieg* mit dem Kapitalismus verwickelt . . . Darum gilt auch dauernd die Kriegsmoral: der Zweck heiligt die Mittel. Man schreckt in diesem Klassenkrieg auch vor dem Gebrauch der grausamsten Mittel nicht zurück.» In der Tat: wenn die Amerikaner durch Atombomben 120 000 Japaner mit einem Schlag umbringen, wenn sie in Korea als Ziel ihrer Kriegführung die Vernichtung der größtmöglichen Zahl von Kommunisten erklären und unter diesen «Untermenschen» Schlächtereien anstellen, wie sie noch selten einmal in der Völkergeschichte verübt wurden – warum sollten da (so fragen die Kommunisten) auf einmal weniger harte Kampfmittel gebraucht werden müssen, wenn es sich um die Durchsetzung und Sicherung der sozialen Revolution handelt? Was dem einen recht ist, ist dem andern billig! Der Kapitalismus und sein Militarismus sind wirklich das Muster auch für die kommunistische Kampfmoral geworden; wer die kommunistischen Kampfmittel entrüstet verwirft und diejenigen der «demokratischen» Völker gutheißt oder doch entschuldigt, macht sich der widerlichsten Heuchelei schuldig.

Das sagt Strijd den christlichen Kirchen offen ins Gesicht: «Je länger je mehr werden wir in unserer Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu der Entdeckung kommen, daß, wenn die Kirche keine ehrliche, sachlich-christliche Botschaft in bezug auf den heutigen totalitären Militarismus hören läßt, sie auch nicht imstand ist, eine ehrliche, sachlich-christliche Botschaft über den Kommunismus hören zu lassen. Jedes Ar-

gument wird sich als Bumerang gegen sie selbst kehren . . . Eine Kirche, die den Militarismus stillschweigend annimmt oder tätig unterstützt, hat das innerliche Recht verloren, sich gegen den Kommunismus auszusprechen . . . Ein Krieg zur Verteidigung von ‚Rechts' (wirtschaftlich, sozial, politisch) wird von den Kirchen anerkannt, in der Praxis sanktioniert und stimuliert. Ein Krieg zur Verteidigung von ‚Links' (wirtschaftlich, sozial, politisch) wird von den Kirchen nicht anerkannt – im Gegenteil, dagegen zieht man zu Feld! . . . Es wird wohl einmal soweit kommen, daß der Militarismus der Hauptpunkt der Prüfung ist, der das Christentum in dieser Zeit unterworfen wird.»

*

Aber Kapitalismus und Feudalismus, Militarismus und Imperialismus sind nicht nur das *Muster* der kommunistischen Kampfführung; sie sind weithin auch die eigentliche *Ursache* für das Aufkommen des gewalttätigen Kommunismus. Gegen das System der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gewalt, das der Kapitalismus und Feudalismus darstellt, setzt der Kommunismus eben *seine* Gewalt – ebenso konsequent und rücksichtslos, wie es sein Widersacher tut. Er glaubt, gegen die bestehende Ordnung der Gesellschaft mit all ihrem entsetzlichen Unrecht auf keine andere Art mehr aufkommen zu können, als indem er die notwendige Revolutionierung dieser Ordnung mit Waffengewalt vollziehe. In den östlichen Ländern, von Ostdeutschland über Rußland bis nach China hinein, ist dieser Zusammenhang mit Händen zu greifen, und es soll hier kein Wort mehr darüber verloren werden. Es soll nur wieder einmal darauf verwiesen werden, daß auch die *Sicherung* der revolutionären Errungenschaften gegen konterrevolutionäre Angriffe von innen und außen nach kommunistischer Moral nur mit Waffengewalt und Diktatur erfolgen kann. Sowjetrußland befindet sich, wie auch Strijd bemerkt, von seiner Entstehung an in einer ständigen Kriegssituation. «Die Bedrohung aus dem Westen ist nicht nur eine kommunistische Legende, sie ist eine politische, ideologische, wirtschaftliche, strategische und militärische Wirklichkeit . . . Von Sowjetrußland muß gesagt werden, daß es in diesem kalten Krieg gewisse Mittel gebraucht, welche die westlichen Demokratien nicht oder so gut wie nicht gebrauchen. Bei der üblichen Entrüstung über diese Mittel wird aber, namentlich von denjenigen, die an der Einkreisung Rußlands mit Ausdauer mitwirken, der *defensive* Kriegscharakter der russischen Handlungsweise vollkommen vernachlässigt.» Ein wesentlicher Teil der Diktatur- und Terrormethoden, die man im Westen der Sowjetunion zum schwersten Vorwurf macht, ist in der Tat die unmittelbare Antwort auf die Interventionskriege, die Boykott- und Absperrungsmaßnahmen, die Unterwühlungsversuche, Kriegsdrohungen und Kriegshandlungen, die seit 1917 von den kapitalistischen Demokratien wie von den faschistischen Diktaturen gegen das «Vaterland der sozialen Revolution» ins Werk gesetzt und von den

Westmächten in veränderter Form nach dem zweiten Weltkrieg aufs neue aufgenommen wurden. Wenn also die «freien Völker» das Dasein einer diktatorisch regierten Großmacht im europäischen Osten als tödliche Bedrohung ihrer eigenen Existenz empfinden, so haben sie es durchaus in der Hand, diese Gefahr entscheidend abzuschwächen, indem sie auf die Fortsetzung der von gegenrevolutionären Beweggründen eingegebenen Zurückdrängungspolitik gegenüber der Sowjetunion (und China!) verzichten und sich mit derjenigen Form der sozialen Revolution abfinden, wie sie sich im Raum zwischen Elbe und Gelbem Meer in den letzten 30 Jahren vollzogen hat und weiter vollzieht.

Das setzt freilich eine grundsätzliche Wendung der ganzen Weltpolitik der Westmächte und vor allem der Vereinigten Staaten voraus. Es setzt die Abkehr von der machtpolitisch-militärischen Bekämpfung des Kommunismus und die entschlossene Beschreitung des Wegs radikaler sozialer Reformen im Geiste der Freiheit und der Achtung des Rechtes zum Andersdenken voraus. Es setzt den Durchbruch der Erkenntnis voraus, daß es heute in erster Linie um die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit geht und nicht um die Verteidigung der Demokratie, besser: um die Ausdehnung der Demokratie auch auf das wirtschaftliche und soziale Leben, um die Verwirklichung der *totalen* Demokratie – die einzige Methode, um auch die nicht nur vom Kommunismus, sondern auch vom Kapitalismus her bedrohte *politische* Demokratie zu retten und zu sichern. Strijd fordert diese Neuorientierung der westlichen Welt mit größter Entschiedenheit. Er fordert sie von den Parteien des sogenannten demokratischen Sozialismus. Und er fordert sie von den christlichen Kirchen. Aber er macht sich kaum große Hoffnungen auf eine innere Wandlung der beiden Körperschaften. Er stellt die zunehmende Vermilitarisierung der Sozialdemokratie und eine bedenkliche Schwächung ihrer sozialistischen Antriebskräfte zugunsten der Zusammenarbeit mit antidemokratischen und antisozialistischen Mächten fest und weigert sich, der Sozialdemokratie auf *diesem Wege* zu folgen.

«Wir stehen dann», so meint er resigniert, «außerhalb des Parteiverbands. Wir laden die Schmähung auf uns, ein ‚Deserteur' zu sein. Viele werden in uns einen Kryptokommunisten, einen naiven Mitläufer (der Kommunisten nämlich. H. K.) sehen. Gut — dagegen ist nichts zu machen. Es kann ein Augenblick kommen — und für den Schreibenden (Strijd) *ist* dieser Augenblick gekommen —, da man im Namen des demokratischen Sozialismus gegen den organisierten demokratischen Sozialismus stehen muß, unter Zerbrechung des Bandes der Zusammenarbeit. Wir tun das vor allem aus Liebe zum demokratischen Sozialismus. Denn wir sind mehr als je davon überzeugt, daß in der konkreten Lage durch einen radikalen, konstruktiv-revolutionären, demokratischen Sozialismus die Antwort auf die Herausforderung des Kommunismus gegeben werden muß. Geben wir die Antwort nicht, dann wird das Gericht nicht ausbleiben.»

Das ist insbesondere auch Strijds letztes Wort an die Kirchen. Das Gericht wird unabwendbar über sie kommen, wenn sie ihren Auftrag für unsere Zeit nicht erfüllen.

«Und vor solchem Gericht» – mit dieser Bußmahnung schließt der tapfere holländische Prädikant sein aufrüttelndes Buch – «werden wir uns dann zu allererst beugen lernen müssen. Das wird hart sein. Aber verdient. Soweit ist es freilich noch nicht. Jesus Christus spricht, zu allererst zu der Kirche: Wenn du doch jetzt zu dieser deiner Zeit erkennen möchtest, was zu deinem Frieden dient!» *Hugo Kramer.*

WELTRUNDSCHAU[1]

Auf abschüssiger Bahn Wird der schon nicht mehr bloß kalte, sondern bereits lauwarme Krieg zwischen West und Ost bald vollends in den «heißen» Krieg übergehen? Der Ausgang der «Großen Debatte», die nun schon seit mehr als zwei Monaten um die *Fernostpolitik und -strategie* der Vereinigten Staaten geführt wird, mag früher oder später die Antwort auf unsere Frage bringen. Aber noch immer ist kein Ende dieser Auseinandersetzung abzusehen, die ja alles andere, nur keine *echte*, das heißt um die Erforschung des Wahren und Richtigen gehende Diskussion ist, sondern nur ein wüstes Durcheinander von Geld- und Machtinteressen, Parteileidenschaften und persönlichen Ehrgeizeleien. Ja, wenn es auf MacArthur ankäme, dann wäre natürlich der immer grotesker anmutende Kampf schon lange entschieden. Aber die scheinbare Logik und Durchschlagskraft seiner These, daß man nur alle «opportunistischen» Rücksichten schwachmütiger Politiker fallen lassen und den *Krieg gegen Rotchina* frisch-fröhlich wagen müsse, um dem Weltkommunismus einen tödlichen Schlag zu versetzen – die Logik dieser These, die weiteste Schichten des amerikanischen Volkes in einen eigentlich magischen Bann gezogen hat, ist eben doch nur die Logik des hemmungs- und verantwortungslosen Abenteurers, der sich wieder einmal als den «Mann des Schicksals» fühlt und endlich vollbringen zu können glaubt, was einem Hitler, einem Mussolini, einem Hirohito versagt blieb. Und es wird schon so sein, daß ein gewisses Maß von Einsicht in den Charakter und die Rolle MacArthurs die verantwortlichen Staats- und Militärführer Amerikas bisher davon abgehalten hat, den scheinbar endlos hin- und herwogenden Koreakrieg durch den Versuch zu einem umfassenden Angriff auf China zu entscheiden – abgesehen von der parteipolitischen Berechnung der regierenden Demokraten, daß ihre republikanischen Gegner bei den Präsi-

[1] Aus äußeren Gründen muß für einmal die Weltrundschau sehr verkürzt erscheinen. Der Verfasser bittet um Nachsicht.

dentschaftswahlen des nächsten Jahres am sichersten zu schlagen seien, wenn man ihrem «großen Mann» schon heuer eine eindeutige Niederlage bereite.

Diese Spekulation mag soweit ganz richtig sein – nur sind gerade die Leute um Truman und Marshall herum, wie schon in der letzten Weltrundschau vermerkt werden mußte, aufs eifrigste bemüht, ihrem persönlichen Gegner MacArthur einen sachlichen *Erfolg* zu verschaffen, der auf die Länge auch seinen republikanischen Freunden und Gönnern zugute kommen muß. Außenminister Achesons rechte Hand in Fernostfragen, Unterstaatssekretär Dean Rusk, hat – vielleicht etwas vorschnell – bereits die neue Politik der Vereinigten Staaten gegenüber China in einer sorgsam formulierten öffentlichen Erklärung so eindeutig umschrieben, daß man auch beim besten Willen nur den Schluß daraus ziehen kann, den die Londoner «Times» zog: der Krieg in Korea müsse fortgesetzt werden, bis die Regierung von Peking – diese «russische Kolonialregierung» – gestürzt sei und den von Tchiang Kai-Shek geführten Kräften des «freien» China Platz gemacht habe. Das gegenrevolutionäre Ziel des amerikanischen Eingreifens in Korea wird damit aufs neue klar. Die erste Etappe war, unter dem Vorwand der Abwehr eines Friedensbruches, die Säuberung Koreas selbst von den Kommunisten; jetzt soll, da sich daraus nicht «von selbst», nach MacArthurs Idee, der Krieg gegen China entwickelte, diese Ausweitung der Operation durch förmlichen Staatsbeschluß, mit oder ohne Bundesgenossen, herbeigeführt werden. Und Herr Acheson übernimmt seinerseits eine weitere Hauptthese MacArthurs: daß nämlich Formosa einen unveräußerlichen Bestandteil des Militärsystems der Vereinigten Staaten im Pazifikraum bilde und nie in die Hände der Chinesischen Volksrepublik fallen dürfe, eine These, die Acheson noch vor anderthalb Jahren – in einer jetzt auszugsweise veröffentlichten Propagandaanweisung vom 23. Dezember 1949 – ebenso entschieden zurückgewiesen hatte wie die Zumutung, Amerika solle neuerdings zugunsten von Tschiang Kai-Shek mit Geld und Waffen eingreifen. Jetzt ist die amerikanische Regierung nicht nur entschlossen, Formosa dauernd von China abzutrennen und ihrem eigenen Imperium einzuverleiben; sie betreibt auch die Hilfeleistung an das «nationale», also das gegenrevolutionäre, China Tschiangs neuerdings mit größter Tatkraft und Zelstrebigkeit. Was sie sich dabei vorstellt, ist dunkel. Oder glaubt sie wirklich, China auf die Knie zwingen zu können? Die Japaner haben es in zehn Jahren eines blutigen Krieges *nicht* fertiggebracht, trotz einer Millionenarmee, die sie in China stehen hatten, trotz ihrer hundertprozentigen See- und Luftherrschaft und trotz der Zerreißung Chinas in zwei feindliche Lager, bei fast völliger Abgeschnittenheit des kommunistischen China von jeder ausländischen Hilfe. Heute ist China unter einem revolutionären Regime geeinigt. Es ist mit der Sowjetunion verbündet und kann von dort her über eine Landgrenze von Tausenden von Kilometern ständig mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Waffen und an-

derem Kriegsmaterial versorgt werden. Wie unter diesen Umständen Amerika die Chinesische Volksrepublik und ihr 500-Millionen-Volk soll niederwerfen können, gar noch mit einem «begrenzten», also nicht totalen Krieg, das ist das Geheimnis MacArthurs und der amerikanischen Staats- und Armeeführung.

Wenn es den Vereinigten Staaten *wirklich* um eine Beendigung des Koreakrieges zu tun ist, der nun bereits ein volles Jahr dauert, dann dürfen sie nur Chinas elementarste Lebensinteressen anerkennen, ihre Hand von Formosa zurückziehen und der Pekinger Regierung Einsitz in den Sicherheitsrat gewähren. Ein für beide Teile annehmbarer Friedensschluß wird dann keine ernsten Schwierigkeiten machen[2]. Aber eben – diesen Weg der Vernunft und des Rechtes will Amerika um keinen Preis gehen. Das ist in seinen Augen «Appeasement», unehrenhafte Erkaufung eines falschen Friedens von einem unter allen Umständen zum Krieg entschlossenen Feind. Dabei liegen ja heute die Dinge völlig anders als zur Zeit Hitlers, dessen Wohlverhalten die Engländer und Franzosen erkauften, indem sie ihm gaben, was ihm nicht gehörte (so wenig wie ihnen selber), während die Chinesen nur verlangen, was ihnen von Rechts wegen gehört. Aber darüber sieht man in Amerika souverän hinweg. Man verlangt von China praktisch einfach die *bedingungslose Kapitulation* – und bildet sich ein, sie auch wirklich durchsetzen zu können. Der vollendete Irrsinn! Noch schreckt die Regierung Truman vor dem äußersten Schritt zurück. Aber viel fehlt nicht mehr, und sie ist auf der abschüssigen Bahn, auf die sie geraten ist, vollends ganz unten angelangt – unten im Abgrund des offenen Krieges mit China, dem derjenige mit Rußland nur zu leicht folgen kann[3].

---

[2] Was das koreanische Volk gelitten hat und weiter leiden muß, schreit ja zum Himmel. Ein kalifornischer Leser des Londoner «New Statesman» schreibt (16. Juni): «Die ‚Los Angeles Times' berichtet: ‚In Korea sind seit Kriegsbeginn schätzungsweise etwa zwei Millionen Zivilisten, meistens Kinder, getötet worden oder infolge Obdachlosigkeit gestorben. Mehr als zehn Millionen sind ohne Wohnung und leben im Elend.' Dong Sung Kim, der Sondergesandte der Republik Korea, berichtete hier am 1. Juni: ‚In einer einzigen Nacht wurden 156 Dörfer niedergebrannt. Sie lagen in der Richtung eines feindlichen Vormarsches. So mußten natürlich die Flugzeuge der Vereinten Nationen sie zerstören. Und all die alten Leute und Kinder, die sich noch in ihnen befanden, weil sie den Räumungsbefehlen nicht nachkommen konnten, wurden getötet.'»

[3] Ob in diesem Fall die amerikanische Regierung ihre Behauptung, es sei die Politik der Sowjetunion, die zum Kriege treibe, auch nur zum Schein wird aufrechterhalten können, bleibt abzuwarten. Außenminister Acheson hat jedenfalls in seiner Einvernahme vom 5. Juni vor der Senatskommission festgestellt: «Die Zugeständnisse von Jalta (als Preis für Rußlands Eingreifen in den Krieg mit Japan) ... sollten der Sowjetunion die Grundlage für einen Rechtsanspruch liefern, und sie sind tatsächlich auch weit geringer gewesen als das, was die Sowjetunion hätte ohne Rechtsanspruch nehmen können. Kaum jemand wäre damals bereit und imstande gewesen, die Russen aus dem chinesischen Kontinent oder aus irgendeinem Gebiete zu vertreiben, dessen Besetzung sie für angezeigt gehalten hätten.» Also genau wie in Europa: Zu einer Zeit, da die Sowjetunion hätte erobern können, was sie nur gewollt hätte, wenn sie wirklich von imperialistischem Geist erfüllt gewesen wäre, hat sie bewußt auf solche Expansion

Hintergründe und Folgen Der *Widerstand*, der aus dem amerikanischen Volke heraus gegen dieses Abgleiten in die Katastrophe geleistet wird, ist weiterhin viel zu schwach, als daß er sich gegen die gewaltigen Kräfte, die die USA-Politik in ihre jetzige Richtung getrieben haben, irgendwie wirksam durchzusetzen vermöchte. Das gilt auch von einer neuen Quäkerschrift «Schritte zum Frieden», auf die uns eine große Freundin unserer Sache, die in Amerika lebt und arbeitet, aufmerksam macht. «Was ich dagegen einzuwenden habe», so bemerkt sie, «ist, daß sie (die Quäker) nicht mehr wie Jeremia, Jesaja, Amos reden, sondern immer noch im milden Quäkerton, obgleich sie wissen, daß es dieser hervorragenden Arbeit ebenso gehen wird wie ihrer ersten Abhandlung, die weites Interesse fand (und auch in den «Neuen Wegen» ausführlich gewürdigt wurde. H. K.), aber von den Stellen, auf die sie wirken sollte, höflich als idealistischer Nonsense abgetan wurde. Nach meiner Überzeugung wäre es für Gottes und der Menschen Sache besser, daß sie unhöfliche, ja drohende Reaktion erführe! Weh euch, wenn jedermann Gutes über euch sagt! Und: ‚Ihr sollt gehaßt werden um meines Namens willen.' Auch jetzt wird es heißen: die Quäker sind harmlos. Laßt sie nur ihren Unsinn reden.»

Ähnliches gilt von der ganzen «liberalen» Opposition in den Vereinigten Staaten: hier reden meistens gutartige, oft erstaunlich klarsehende, auf jeden Fall redliche und verantwortungsbewußte Menschen – aber es fehlt ihnen der Ernst des Willens zum *ganzen* Einsatz ihrer Person, ihrer Stellung, ihres «guten Namens». Und mit solcher Halbherzigkeit ist nun einfach gegen die ungeheuren totalitären Propagandamaschinen, die das moderne Amerika aufgebaut hat, nicht entfernt aufzukommen. Zumal hinter diesen Propagandamaschinen die mächtigsten Geldinteressen der Welt stehen. Erst vor kurzem sind die vollständigen Übersichten über die Jahreserträgnisse von rund 3300 führenden Kapitalgesellschaften Amerikas für 1950 erschienen. Danach sind die Reingewinne dieser Korporationen gegenüber dem Vorjahr (das bereits Spitzenerträgnisse aufgewiesen hatte) neuerdings um volle 30 Prozent gestiegen. Eine Reihe von Wirtschaftszweigen wie Gummiproduktion, Buntmetallindustrie, Verkehrsbetriebe, Metallbergwerke, Gerberei, Flugzeugfabrikation hatte sogar Gewinne, die bis zu 103 Prozent über denjenigen von 1949 lagen, und nur acht von den siebzig untersuchten Gruppen wiesen einen Rückgang der Profite gegenüber dem Vorjahr auf. (Vgl. «The Nation», 28. April 1951.) Da begreift man allerdings

---

verzichtet und sich an die interalliierten Abmachungen gehalten. Warum sie heute, wo sie keinen Quadratmeter Boden erobern könnte, ohne einen militärisch und wirtschaftlich überlegenen und täglich stärker werdenden Gegner zum Krieg herauszufordern, in völliger Umkehrung ihrer früherer Haltung aggressiv und eroberungslustig geworden sein soll, das ist ein Rätsel, das uns bisher noch niemand zu erklären imstande gewesen ist.

verschiedenes! Unter anderem auch die zynische Verachtung, die die Sache der *Freiheit* (wenn schon nicht das *Wort* Freiheit; das steht als Propagandamittel Nr. 1 höher in Ehren als je!) mehr und mehr in den Vereinigten Staaten erfährt. Eine Untersuchung, die sich auf 72 größere Colleges (ein Mittelding zwischen Gymnasium und Hochschule) in ganz Nordamerika erstreckte, hat ihren Leiter Kalman Seigel, wie er in der «New York Times» mitteilt, zu der Überzeugung geführt, daß «eine heimtückische, schleichende Lähmung der Freiheit des Denkens und der Rede» eine Gleichgültigkeit gegenüber den Zeitfragen erzeugt habe, die «fast an deren vollständigen Ausschluß» grenze. Direkte Verbote mußten zwar nur selten ausgesprochen werden; die bloße Einschüchterung und Entmutigung genügte fast immer, die jungen Leute (die sogenannte geistige Elite des Landes) von der Annahme oder gar Äußerung von Gedanken abzuschrecken, die ihrem Weiterkommen, ihrem gesellschaftlichen Ansehen, ihrem bürgerlichen Ruf verhängnisvoll werden müßten.

Und Hand in Hand mit dieser Entwöhnung vom freien Denken und Reden geht dann natürlich – das ist ja der Zweck der Übung – eine Zusammenballung der Staatsmacht bei der politischen und noch mehr der *militärischen Bürokratie*, wie sie Amerika bis vor wenigen Jahren kaum im Traume geahnt hatte. Die protestantische Wochenschrift «The Christian Century» stellte schon vor ein paar Monaten (7. März 1951) fest:

«Das Pentagon (also der Sitz der amerikanischen Militärverwaltung mit seinen über 30 000 Beamten und Angestellten. H. K.) ist beinahe ein Gesetz für sich selber geworden. Jede neue Krise in unseren internationalen Angelegenheiten erweitert seine Freiheit von der Zivilverwaltung. In dieser Session verlangt es astronomische Summen vom Kongreß, ohne mehr als die nebelhaftesten Andeutungen darüber zu machen, wie es das Geld zu verwenden gedenke ... Die allgemeine Tendenz zur Machtzusammenballung wird geradlinig weitergehen. Sie wird weitergehen, so glauben wir, weil über einen militarisierten Staat keine echte demokratische Kontrolle ausgeübt werden kann ... Solange diese Tendenz nicht umschlägt, wird die Bundesversammlung weiter an Macht verlieren, werden das Weiße Haus und das Pentagon aber weiter an Macht gewinnen. Und Macht, die man einmal verloren hat, wird nie ohne einen furchtbaren Kampf zurückzugewinnen sein, auch wenn die Spannungen, die unsere Militarisierung beschleunigen, sich mildern oder verschwinden sollten.»

„Zuerst Europa!" Hinter dem *hier* aufgebrochenen Gegensatz – demjenigen zwischen einer nach Allmacht strebenden Staatsgewalt und der verfassungsmäßigen Oberaufsicht der Volksvertretung – tritt der Konflikt zwischen den beiden Richtungen *innerhalb* des beiden gemeinsamen außenpolitischen Regimes an Bedeutung weit zurück. Es ist immerhin ein großes Glück, daß bisher die «asiatische Schule» die Niederlage, die sie mit der Entlassung MacArthurs erlitten hat, nicht hat entscheidend wiedergutmachen können. In den Augen der amerikanischen Regierung bleibt *Europa* die Hauptfront, an der der Weltkommunismus aufgehalten und geschlagen werden muß. Was freilich nur heißt, daß die Entscheidung, die die Partei MacArthurs *heute* erzwingen will, erst *morgen* gesucht werden könne –

genauer: von Ende 1952 an, da erst zu diesem Zeitpunkt Amerika und seine Verbündeten militärisch voll bereit sein würden. Darauf beschränkt sich tatsächlich der Gegensatz, der zwischen der Partei MacArthurs und der Regierung Truman-Acheson-Marshall besteht: die Regierung will sich China gegenüber nicht zu weit vorwagen, weil sie die Sowjetunion noch nicht endgültig herausfordern möchte (Wehrmachtsminister Marshall gab das in seiner Einvernahme den Senatoren George und Saltonstall gegenüber ohne Umschweife zu); sie will hingegen die gegenwärtige Periode eines auf Ostasien begrenzten Krieges mit dem Kommunismus dazu benützen, die militärische Schlagkraft des Westblocks so weit auszubauen, daß der unbegrenzte Krieg mit der Sowjetunion und den anderen kommunistischen Ländern im gegebenen Augenblick ohne Gefahr eines Mißerfolges aufgenommen werden kann, sei es von Korea und Formosa aus, sei es in Vorderasien oder in Europa selbst. Und daß es Amerika ernst ist, das Schwert, das es jetzt schmiedet, mit seinem ganzen Gewicht in die Waagschale zu werfen, daran darf man nicht zweifeln. Wie im «Journal de Genève» (13. 3. 1951) Jacques Chastenet nach seiner Rückkehr von einer Amerikareise schrieb: «Der Amerikaner, der solche Opfer auf sich genommen hat, um seiner und der Welt Sicherheit willen, will das nicht umsonst getan haben. Im Bewußtsein der Gerechtigkeit seiner Sache wird er vielleicht nicht zögern, dem möglichen Feind ein Ultimatum zu stellen und ihn aufzufordern, sich hinter seine Grenzen von 1939 zurückzuziehen – oder aber dann vom Leder zu ziehen.»

Um diese Entwicklung der Dinge aufzuhalten, schlugen ja die Russen zu Beginn dieses Jahres eine Viermächtekonferenz vor, die vor allem die dauernde Entwaffnung Deutschlands zu beschließen hätte, überzeugt wie sie sind, daß ohne die Beteiligung Westdeutschlands die Mächte des Atlantikblocks keinen Krieg gegen den Ostblock führen könnten. Das Wiederaufleben der nationalistischen Tendenzen jeglicher Art in Westdeutschland ebenso wie die planmäßige Wiederherstellung des Kapitalismus in der Bonner Republik konnte sie in ihrer Furcht vor einem revanchesuchenden Deutschland nur bestärken. «Moskau hat darum», so meint A. Serrières im «Esprit» (Mai 1951), «wahrscheinlich nicht unrecht, wenn es die Verbindung der industriellen, faschistischen, militaristischen und revisionistischen Kräfte für explosiv und *schicksalhaft* zum Kriege führend erachtet. Es hat wahrscheinlich auch nicht unrecht, wenn es in den amerikanischen Sympathien für das ‚freie Unternehmertum' die Hauptursache des seit drei Jahren langsam aber sicher vor sich gehenden Wiederaufstiegs der seinerzeitigen Wegbereiter des Nazismus sieht.»

Inzwischen ist freilich die Aufrüstung Westdeutschlands auf die lange Bank geschoben worden, so daß die Russen – wir haben das bereits in unserer letzten Übersicht dargelegt – keinen großen Eifer mehr für die Verwirklichung ihres Konferenzplanes zeigen und die Pariser Vorkonferenz

zu einer anwidernden Trölerei und Rechthaberei von beiden Seiten ausartete. Denn der jetzt in den Vordergrund gerückte Streit darum, ob der Atlantikpakt und die amerikanischen Militärstützpunkte um die Sowjetunion herum *auch* an der Außenministerkonferenz verhandelt werden sollten, ist ja wirklich nur ein wie abgekartet aussehendes Geduldspiel zu vieren, da nichts und niemand die Sowjetunion verhindern könnte, die erwähnten beiden Fragen vor jene Konferenz zu bringen, falls sie es für angezeigt hielte[4]. In Wahrhet kommt es wohl beiden Teilen darauf an, durch immer neue Scheinmanöver Zeit zu gewinnen und den Gegner vor der Weltöffentlichkeit ins Unrecht zu setzen, wobei die Russen anscheinend darauf vertrauen, daß Westdeutschland in absehbarer Frist ja doch keine Armee bekommen werde, während die Westmächte innert der nächsten anderthalb Jahre mit ihrer großen Aufrüstung soweit fertig zu werden hoffen, daß sie dann einen westdeutschen Beitrag gar nicht mehr nötig hätten. Dabei wird weiterhin dem *Mittelmeerraum* ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Um die gewiß unverdächtige «Neue Zürcher Zeitung» anzuführen (Nr. 1092):

«Am Mittelmeer und in den benachbarten Gebieten wird mit großer Eile ein enges Netz von Luftstützpunkten errichtet, vorwiegend mit amerikanischen Geldern und von amerikanischen Spezialisten. Diese Flugplätze bilden einen Teil des weltumspannenden Ringes von mächtigen Basen, von denen aus schwere oder sogar mittlere Bomber die lebenswichtigen Zentren jedes möglichen Angreifers zerstören könnten und der sich bald von Island über England, Marokko, Cypern bis nach Dhahran in Saudi-Arabien hinziehen wird. Nach zuverlässigen Angaben wird nun auch in der Nähe der türkischen Stadt Adana — die, beiläufig gesagt, annähernd auf dem gleichen Längengrad liegt wie Moskau — der Bau eines neuen Stützpunktes für die amerikanische Luftwaffe und ihre schwersten Bomber mit Energie vorwärtsgetrieben. Diesen vom Wasser geschützten Basen sind die Flugplätze vorgelagert, die sich auf die demokratischen Staaten Kontinentaleuropas von Norwegen bis an die Meerengen verteilen.»

Dazu kommt dann selbstverständlich der Ausbau des amerikanischen Militärsystems im engeren Sinn, die enorme Vermehrung der Flugzeuggeschwader, Kriegsschiffe, Landwaffen und Mannschaftsbestände, die den Inhalt des laufenden Rüstungsprogramms der Vereinigten Staaten bildet und an der auch ihre Bundesgenossen und Satelliten in steigendem Maße teilhaben.

---

[4] Nun ist ja die Pariser Konferenz in aller Form aufgelöst worden. Und das ist gut so. Wer die größere Schuld an diesem Mißerfolg trägt, wird schwer zu entscheiden sein. Wäre der Sowjetunion an der Einberufung einer Außenministerkonferenz noch wirklich etwas gelegen gewesen, dann hätte sie sich nicht auf die ausdrückliche Erwähnung des Atlantikpaktes und der amerikanischen Militärstützpunkte als Traktanden der Konferenz versteift. Aber ebenso hätten es die Westmächte in der Hand gehabt, das Scheitern der Pariser Verhandlungen zu verhindern, wenn sie sich nicht gleich stur der Erörterung dieser beiden Punkte widersetzt hätten, zumal kaum zu bestreiten ist, daß Atlantikpakt und Stützpunktpolitik zu der Entwicklung der gegenwärtigen internationalen Spannung wesentlich beigetragen haben. Aber offenbar sind eben beide Teile zu der Überzeugung gelangt, daß man mit dem «anderen» einfach nicht mehr reden könne. Was für einen Sinn unter diesen Umständen es noch hat, für den Abschluß eines Friedensvertrages der fünf Großmächte Propaganda zu machen, wie es die «Bewegung für den Frieden» tut, ist mir nicht verständlich. (23. Juni.)

Wie die Freiheit verteidigt wird Die notwendige Ergänzung zu all diesen militärischen Maßnahmen stellt die *politische* und *wirtschaftliche* Eingliederung der antikommunistischen Staaten in das amerikanische Weltsystem dar. Hier stehen wiederum der Mittelmeerraum und der nähere Orient zurzeit im Vordergrund. *Griechenland* und die *Türkei* werden in Bälde ihr Begehren auf förmliche Aufnahme in die Atlantikpaktorganisation erfüllt sehen, auch wenn da und dort, namentlich in Skandinavien und den Beneluxländern, offene Verwunderung darüber besteht, was diese beiden Halbdespotien in einer Gemeinschaft «freier» Völker zu tun haben. Amerika wird sich um solche Spitzfindigkeiten auch in diesem Falle nicht viel kümmern, so wenig wie im Falle *Franco-Spaniens*, das tatsächlich ein wohlgesichertes Glied des gegenrevolutionären Weltbundes ist, auch wenn die offiziellen Formen noch nicht erfüllt sind. Ob die amerikanische Protektion auch ausreichen wird, um die revolutionäre Gärung in Spanien selbst zu ersticken, bleibt abzuwarten; für die nächste Zeit scheint die Herrschaft von Feudalismus und Kapitalismus, Kirche und Militär unter Francos Führung jedenfalls nicht ernstlich bedroht zu sein.

Ähnliches ist von *Italien* zu sagen. Die Gemeinde- und Provinzialwahlen, die in den letzten Wochen stattgefunden haben, brachten zwar in Hunderten von Fällen den «Sturz der roten Herrschaft», aber doch nur dank dem Zusammenschluß der konservativen Parteien zu einem einheitlichen Wahlblock, nicht dank einer Schwächung der Kommunisten und Linkssozialisten, die vielmehr im ganzen genommen seit den letzten Wahlen eher stärker geworden sind, während die Regierungsparteien, voran die Christlich-Demokraten, aber bezeichnender- und verdienterweise auch die sogenannten Sozialdemokraten, an Boden im Volke verloren haben. Nicht ohne Grund seufzt der römische Korrespondent der «NZZ» (Nr. 1201): «Wenn man bedenkt, daß diese Stabilität der linksextremistischen Wählerschaft in den blühendsten Gebieten Italiens möglich ist – trotz den von Amerika zum Wiederaufbau beigesteuerten Milliarden, trotz den dringenden Aufforderungen der Bischöfe, katholisch zu stimmen, trotz dem Abfall von Chucchi, Magnani und Matteotti junior –, so drängen sich pessimistische Schlüsse auf.» Der Fortschritt der neufaschistischen Bewegung, der auch bei diesen Wahlen zu bemerken war, tut ein übriges, um einem nicht absichtlich verblendeten Auge klar zu machen, was für ein Regime schließlich der Nutznießer einer Politik sein wird, die im Namen der Freiheit die ärgste soziale Knechtung und Entwürdigung des Menschen konserviert, ja neu schafft. Ohne *vorherige* Überwindung der kapitalistischen und feudalen Unterdrückung bleibt alle Bekämpfung des Kommunismus im Namen der Freiheit und des Menschenrechts nur elende Phrase, dazu dienend, einen gegenrevolutionären Kreuzzug militärischer Art zu nähren, der vielleicht den Kommunismus (und Sozialismus!) zeitweise ausrotten, sicher aber zugleich aller

wirklichen abendländischen Kultur ein fürchterliches Ende bereiten würde[5].

Schon die gegenwärtigen *Vorbereitungen* auf die «große Abrechnung mit Moskau» beginnen ja verheerend auf Sittlichkeit, Freiheit und Wohlstand der Völker zu wirken. Nicht umsonst sagt sogar der «New Statesman», der die militärischen Rüstungen *Großbritanniens* gegen die Sowjetunion grundsätzlich gutheißt, es komme jetzt alles darauf an, daß bis zum Labour-Parteitag im Oktober die Gegner des jetzigen Tempos der Aufrüstung realistische Vorschläge für ein Nebeneinander von Wohlfahrtsstaat und Militärapparat vorlegen könnten: «Sie müssen es klar machen, daß der Parteitag zu wählen haben wird zwischen dem gegenwärtigen Aufrüstungstempo und dem Weiterleben der sozialen Demokratie selbst.» (2. 6. 1951.) Was müßte man erst sagen, wenn es zur Auslösung des Krieges selbst als Folge des Rüstungswahnsinns käme?

Für *Frankreich* ist es jedenfalls klar, daß die Fortsetzung seiner Rüstungs- und Kolonialkriegspolitik, mit der ihr entsprechenden reaktionären Innenpolitik, all das, was in der Vierten Republik noch an bürgerlicher Freiheit und sozialer Wohlfahrt vorhanden ist, aufs schwerste gefährdet. Der «Sieg», den die Regierungsparteien soeben bei den Wahlen zur Nationalversammlung davongetragen haben, täuscht nicht einmal sie selbst über diese Tatsache hinweg. Denn es ist ja nur das neue Wahlsystem, das sie ausdividiert haben, dem sie es verdanken, daß die Gaullistenpartei zur Rechten und die Kommunistische Partei zur Linken künstlich auf eine Abgeordnetenzahl herabgedrückt wurden, die ihrer Anhängerschaft im Volke bei weitem nicht entspricht[6]. Insbesondere bleibt, wie in Italien, die Kraft der kommunistischen Opposition, hinter der ein guter Viertel der französischen Wählerschaft steht, ziemlich unerschüttert, allen Fehlern zum Trotz, die die Kommunisten andauernd begehen. Nur eine scharfe Wendung zu einem aufbauenden freiheitlichen Sozialismus hin vermöchte Frankreich aus seiner gegenwärtigen

[5] Es sei in diesem Zusammenhang festgestellt, daß die Redaktion der Monatsschrift «Dinge der Zeit», aus der wir im Maiheft der «Neuen Wege» zitiert haben, was ein Oskar Fischer über die Notwendigkeit eines Freiheitskrieges gegen die Sowjetunion geschrieben hat, die Auffassung ihres Mitarbeiters ablehnt. Warum dann aber erst solches Gift verbreiten, um es dann, soweit es überhaupt noch möglich ist, wieder zu bekämpfen?

[6] Im Departement Ain zum Beispiel, das an den Kanton Genf grenzt, haben die katholischen Volksrepublikaner mit 16 400 Stimmen einen Abgeordneten bekommen, die Unabhängigen der Rechten mit 14 800 ebenfalls einen, die Radikalen mit 24 800 zwei Abgeordnete, die Kommunisten mit über 35 000 Stimmen aber keinen. In Hochsavoyen haben die Kommunisten mit ihren 29 300 Stimmen ebenfalls kein Mandat erhalten, während die Sozialisten mit nur 14 400 Stimmen einen Sitz «erobert» haben. Zu den krassesten Fällen gehört aber zweifellos derjenige des Departements Hérault, wo die Sozialisten sich mit 38 000 Wählern drei Sitze sichern konnten, während die Kommunisten mit 70 000 Wählern leer ausgingen.

Krise herauszuführen. In Wirklichkeit wird, als Folge der Schwäche der bisherigen Regierungskoalition, das Schwergewicht der Staatsmacht noch weiter nach rechts verlegt werden als bisher. Und damit will man das Land vor dem Kommunismus retten!

Blick nach Asien Inzwischen fügen sich immer weitere Staaten der westmächtlich - antisowjetischen «Freiheitsfront» ein. Von *Jugoslawien* ist kaum mehr zu reden; es hat sich – durch große Mitschuld der Sowjetunion selbst, wie man weiß – wirtschaftlich und militärisch gänzlich von den Vereinigten Staaten abhängig gemacht. Hingegen soll wenigstens ein Wort über *Israel* gesagt werden, das jetzt als neuerstandenes Staatswesen gerade drei Jahre alt ist. Seine bisher von den Rechtssozialdemokraten Ben Gurions (der Mapai) beherrschte Regierung hat Wunder der Verteidigung und des wirtschaftlichen Aufbaus geleistet. Aber kein Land kann seine Bevölkerung in zwei Jahren fast verdoppeln und bei einer Volkszahl von 650 000 allmonatlich 20 000 bis 30 000 Neueinwanderer aufnehmen, ohne sich in die größten wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten zu stürzen. Die bürgerlich-kapitalistischen Kräfte innerhalb und außerhalb Israels nützen diese Lage nun wacker aus, drängen den Einfluß der Arbeiterschaft mehr und mehr zurück und verlangen energisch die Schaffung von Bedingungen, die den Zustrom fremden Kapitals und die Entfaltung der «Privatinitiative» zu sichern vermöchten. Kurz, auch hier «muß» Amerika einspringen; eine USA-Anleihe von einer Milliarde Dollar soll entscheidend zur Durchführung eines Dreijahresplanes beitragen, der einen großzügigen Ausbau der Wirtschaftskräfte des Landes vorsieht (Modernisierung und Erweiterung der Industrieanlagen, Entwicklung der Landwirtschaft, Wohnungsbau, Ent- und Bewässerungsanlagen, Schaffung industrieller Mittelstädte usw.). Die Folge wird sein, daß sich die Grundlage der Regierung ausgesprochen nach rechts hin verschiebt (was sich vermutlich bereits bei den Wahlen von Ende Juli zeigen wird) und Israel – auch mit Rücksicht auf seine militärische Verteidigung – inoffiziell der Weltkoalition gegen den Kommunismus beitritt. «Die klassenlose, sozialistische, von Bauern und Arbeitern getragene Gesellschaft, von der Arbeiteridealisten, auch Ben Gurion, vor etlichen vierzig Jahren träumten, scheint nicht mehr möglich zu sein.» (A. Rosenfeld, «The Nation», 28. 4. 1951.)

In *Persien* scheint die Entwicklung in der entgegengesetzten Richtung zu verlaufen: weg von der Bevormundung durch die Westmächte. Aber wir sagen: Vorsicht! Der wilde Nationalismus einer Gruppe mohammedanischer Fanatiker, die jetzt die Regierung und das sogenannte Parlament regelrecht terrorisieren, hat zwar die förmliche Verstaatlichung der Erdölproduktion durchgezwängt, aber wenn sich Persien nicht selber seiner zuverlässigsten und ergiebigsten Geldquelle berauben will, dann

muß es mit der Anglo-Iranischen Petrolgesellschaft (deren Aktien mehrheitlich der britischen Regierung gehören) zu einem Einvernehmen kommen, das die nur mit ausländischer Hilfe mögliche Aufrechterhaltung der Produktions- und Absatzorganisation für das iranische Erdöl sicherstellt. Und das heißt, daß die beiden angelsächsischen Mächte – denn Amerika hat sich mehr oder weniger geschickt als gewinnender Dritter in den britisch-persischen Streit eingeschaltet – nach wie vor die wirklichen Herren des Landes sind, gestützt auf eine feudal-kapitalistische Oberschicht, deren moralische Verkommenheit nur von ihrer politischen und sozialen Schädlichkeit übertroffen wird. Aber was macht das? Hauptsache ist, daß die Sowjetunion ausgeschaltet bleibt und die soziale Gärung im Bauern- und Arbeitervolk nicht irgendwie radikale Formen annimmt. Die Ablenkung der hier wirksamen Kräfte auf «nationale» Ziele hin scheint mindestens in der Ölfrage für einmal gelungen zu sein[7].

Auch in *Indien* erhebt ein reaktionärer Nationalismus, verkörpert von der Mahasaba und von der halbfaschistischen, militärisch organisierten RSSS, immer kühner sein Haupt. Aber die Energie der Regierung, in deren Schoß Nehru ständig an Einfluß verliert, richtet sich in erster Linie gegen die soziale Revolution, wobei ihr sehr zustatten kommt, daß die Sozialistische Partei innerlich zerrissen ist, daß eine sich bildende linksbürgerliche Opposition («Kongreß-Volkspartei») noch wenig Anhang hat und die Tätigkeit der Kommunisten im wesentlichen auf die Grenzgebiete der Provinzen Madras und Haiderabad beschränkt ist. Wie lange die Notwendigkeit einer gründlichen Wirtschafts- und Sozialreform noch ignoriert werden kann, wird man ja mit der Zeit sehen. Die neuen außerordentlichen Vollmachten, die sich die Regierung hat geben lassen und mit deren Hilfe sie die Presse weitgehend in ihre Hand bekommen hat, auch Verhaftung und Gefangenhaltung politischer Gegner ohne Anklage oder Urteil nach Belieben verfügen kann – auch diese geradezu diktatorischen Vollmachten werden dem *wirklichen* Problem gegenüber, mit dem es Indien zu tun hat, auf die Länge völlig versagen. Vor kurzem erst wurde dem Parlament das Ergebnis einer Untersuchung des indischen Volkseinkommens im Budgetjahr 1948/49 vorgelegt, wonach der Inder im Durchschnitt ganze 255 Rupien (etwa 215 Schweizerfranken) im Jahr einnimmt. Hunger, Obdachlosigkeit und Krankheit sind auf diesem Lebensniveau chronisch – aber wo ist der Wille, diesem Frevel ein Ende zu machen? Wenn dann der Kommunismus auch nach

[7] Bin ich zu optimistisch gewesen? So wie es augenblicklich aussieht, scheint die persische Regierung zum offenen Bruch mit England zu treiben. Ob auch mit Amerika, ist noch nicht deutlich. Für die Sowjetunion eröffnen sich damit «interessante» Aussichten. Wenn sich Großbritannien zum militärischen Eingreifen in Südpersien entschließen sollte, hätte die Sowjetunion jedenfalls das vertragliche Recht, auch in Nordpersion Truppen einmarschieren zu lassen. Und was daraus entstehen könnte, ist überhaupt nicht abzusehen. Auf dem ganzen Ölkapitalismus der Westmächte liegt einfach ein Fluch! (23. Juni.)

Indien einbricht, dann wird natürlich das Wehegeschrei in der ganzen «Kulturwelt» groß sein und wie gegen Rußland und die osteuropäischen Volksrepubliken, gegen China, Nordkorea und Viet Nam, so auch gegen Indien die Entrüstung und die Militärmacht des «demokratischen» Abendlandes mobilisiert werden, damit ja nicht an den Grundfesten der herrschenden Ordnung allzu roh gerüttelt werde. Nur bilde sich niemand ein, daß diese «Ordnung» noch echte Lebenskraft in sich trage! Solange es Menschen, Klassen und ganze Völker gibt, denen es materiell gut geht, die genug, ja zuviel zu essen, zu trinken, anzuziehen und zu bewohnen haben, und daneben gleichzeitig Menschen, Klassen und ganze Völker, die in Mangel und Elend verkommen und verderben, solange ist das Gesetz der Solidarität – von Brüderlichkeit nicht zu reden – in einer derart frech-herausfordernden Weise verletzt, daß all diejenigen, die nur zum Schein soziale Gerechtigkeit fordern, in Tat und Wahrheit aber sich im Namen der Freiheit auf die Seite der gegenrevolutionären Weltmächte stellen, das Gericht auf unsere alte, verderbte Gesellschaft herabzwingen. Hören wir doch die Mahnung Stringfellow Barr's, des amerikanischen Gelehrten, dessen Schrift «Wir wollen zum Menschengeschlecht stoßen» ich schon vor einem Monat hier anführte:

«Wir können ja weitermachen wie bisher: aufrüsten, Steuern zahlen und schreien, daß die Gottlosen vor unseren Toren stehen. In diesem Fall glaube ich, die ganze Menschheit wird schwer bestraft werden, die Unschuldigen mit den Schuldigen. Ein Teil unserer Strafe wird sein, daß wir für unsere Weigerung, die Einheit der Welt und unsere Schicksalsgemeinschaft zu sehen, jeder in seinem besondern Volk leiden werden ... Vielleicht ist ein dritter Weltkrieg nötig, um uns zu belehren. Wenn es dann vorbei ist, können wir ja immer noch aufstehen und handeln. Die Werkzeuge, mit denen wir arbeiten müßten, werden wohl bis dahin fast alle zerstört und die Arbeit dannzumal viel härter sein. Aber wir haben eine Chance, daß wir dann auch gescheiter sein werden. Und Gescheitheit, mit einfachen Werkzeugen in der Hand, hat vielleicht doch Erfolg, wo der Wahnsinn des Reichtums versagt hat.»

19. Juni. *Hugo Kramer.*

Was wir zu tun haben, das ist nach meinem Denken zunächst nicht die einfache Zerstörung der Technik, die ja auch schwer auszudenken wäre, sondern eine Abwendung vom Götzendienst der Technik, ein Abkommen von der Neigung, von ihr das Heil zu erwarten, und eine Hinwendung zu andern Mächten und andern Quellen des Lebens und des Reichtums; eine Abwendung von den Götzen und eine Hinwendung zu Gott auf allen Gebieten des Lebens; eine Abwendung von den bloßen Sachen und eine Hinwendung zur Seele überall ...

Leonhard Ragaz, aus «Die Atombombe», «Neue Wege» 1945.

Jürgen Uhde: «*Der Dienst der Musik*» (Vortrag, gehalten in der Stuttgarter «Privatstudiengesellschaft» im November 1949). Theologische Studien, herausgegeben von Karl Barth, Heft 30 (Evangelischer Verlag AG, Zollikon-Zürich).

Je eingehender wir uns in diese wertvolle, überaus anregende Studie vertiefen, um so größer wird die Dankbarkeit dafür, daß ein Musiker von einer heute fast verloren gegangenen Schau her eine so einprägsame, gerade in ihrer Sachlichkeit so beglückende Definition der Musik fand: «Musik ist das mitteilsame Spiel klingender Ordnungen in der Zeit.» Der Autor setzt sich mit jedem Wort bzw. Begriff dieser Definition auseinander, und seine Ausführungen leiten hin zur grundsätzlichen und fundamentalen, heute aber kaum mehr gestellten Frage: Welchen *Auftrag* hat die Musik? (Und welchen Auftrag haben wir der Musik gegenüber?) Daß er diese Fragen stellt und zum Versuch ihrer Beantwortung aufruft und seinerseits in so einleuchtender Weise beiträgt, halten wir für das Bedeutsame und in die Zukunft Weisende dieser Studie. Der Verfasser meint, der Auftrag der Musik lasse sich nur theologisch begründen; aber seine Gedankengänge scheinen uns — wie es sowohl das Reich und das Wesen Gottes als auch der Musik ebenso gebieten wie erlauben — durchzustoßen über die Grenzen des Theologischen ins freie Reich Gottes. Dies beweist uns allein schon das eine ergreifende Bekenntnis: «So kann das musikalische *Spiel* der schöne Hinweis sein für die Existenz des neuen Menschen auf der neuen Erde: des Menschen, der in Freiheit das Gesetz in Christus erfüllt.» Es möge vorläufig einmal auf diese kleine, reiche Broschüre nur hingewiesen sein. Wem es mit der Musik und ihrer Beziehung zu Gott ernst ist, den wird ihr Inhalt nicht mehr loslassen.

Carmen Weingartner-Studer

Serge Radine: «*Anouilh, Lenormand, Salacrou. Trois dramaturges à la recherche de leur vérité.*» Editions des Trois Collines S. A., Genève 1951. Pg. 141.

In überlegen sachkundiger Weise orientiert uns der Verfasser dieser Studie über Wesen und Werk dreier zeitgenössischer Dramatiker des französischen Theaters. Anouilh, Lenormand und Salacrou verdienen darum zusammen genannt zu werden, weil sie sich trotz ihrem verschiedenen Temperament doch in ihrem weltanschaulichen Aspekt seltsam berühren. Alle drei sind entschlossene Individualisten, die ihr eigenes Denken und Erleben gestalten, ohne auf den gleichen akademischen Salonstil anpassungsbeflissener Schönschreiber Rücksicht zu nehmen. Alle drei befinden sich im Ringen und Kämpfen mit ihrem schwer bezähmbaren Selbst, das jeweils in der Hauptgestalt ihrer Dramen so sehr überragt, daß die übrigen Personen, zum Schaden des Ganzen, zu abstrakten Nebenfiguren verkümmern. Alle drei sind der Welt des Subjektiven so sehr verhaftet, daß sie das sich ihnen bietende Chaos menschlicher Beziehungen und Verflechtungen kaum zu ordnen vermögen und zu keiner Versöhnung, zu keiner harmonischen Synthese bereit sind. Das klassizistische Vorbild ist bei ihnen bewußt preisgegeben. Sie sind eher als verspätete Romantiker zu verstehen, deren Romantik aber des befreienden Elements entbehrt, weil sie von einem düsteren Egozentrismus geprägt wird.

Serge Radine sieht darin die größte Schwäche dieser Dramatiker, daß sich ihr eigenes Selbst nicht ausweitet, ihr persönliches Drama nicht transzendiert. Wohl ist ihnen ein echtes Wahrheitsbedürfnis eigen. Sie sind auf der Suche nach der Wahrheit. Ihre Intensität, ihr pathetischer Ernst erinnert an André Gide. Sie möchten den Schleier auch von den intimsten Seelenvorgängen lüften und die Ganzheit des Schicksals enträtseln. Aber sie enden mit ihren kühnen Anläufen in resigniertem Agnostizismus, ja,

in brutalem Zynismus. Der Verfasser weist in diesem Zusammenhang mit Recht auf einen Ausspruch von La Rochefoucauld hin, der besagt, daß zwar die Heuchelei ein Laster ist, daß sie aber doch noch der Tugend Ehre einlege. Die absichtlich zur Schau getragene Respektlosigkeit gegenüber allem Göttlichen, wie sie auf der Bühne dieses Theaters in fortwährenden Verzweiflungsausbrüchen perhorresziert wird, ist ein zeitgenössisches Symptom und deckt die Gefahr des heutigen Nihilismus auf, den der Verfasser sehr zutreffend als eine Art moderner Romantik kennzeichnet, eine Romantik der Verzweiflung. Der Sartresche Existentialismus bildet die Atmosphäre dieser Dichter, die alle sich zum Leben in einer absurden Welt aus keinem anderen Grunde als aus purem Zufall verurteilt sehen, und die als moderne George den Drachenkampf mit dem von unserer Zeit beschworenen Nichts kämpfen. Unter den drei Genannten ist am meisten Salacrou von der tantalischen Qual umgetrieben, das metaphysische Bedürfnis zu stillen. Darum hat er sich an religiöse Probleme gewagt und in «La Terre est ronde» unter der Gestalt Savonarolas eine Tragödie der göttlichen und der menschlichen Liebe entfaltet, wobei der wirklich geschichtlichen Gestalt jenes florentinischen Mönches eine arge Eskamotage widerfährt, indem sie mit einem Duce oder Hitler in Vergleich gesetzt wird.

Man wird also diesen drei Dramatikern auf ihrer Suche nach der Wahrheit wohl folgen, aber nicht zugeben können, daß sie ihr Ziel auch erreicht haben. Der Leser stimmt dem Verfasser gerne zu, wenn bei aller freimütigen Anerkennung die er der dramatischen Gestaltungskraft der hier beschriebenen Zeitgenossen schenkt, doch auch in kritische Distanz zu ihnen treten muß. Wir benötigen selbst auf der Bühne Wahrheit, die aufbaut. Daß auf der Bühne des zeitgenössischen Theaters die destruktive Analyse vorherrscht, das ist ein kummervolles Zeichen unserer unheilschwangeren Gegenwart, deren wirre Problematik konstruktiver Lösungen bitterlich bedarf. H. H.

Zum Berliner Jugendfestival

Die Unterzeichneten möchten nach reiflicher Prüfung Sie hiermit auch ihrerseits aufmerksam machen auf das großzügige im Gang befindliche Unternehmen, Angehörige aller Jugendorganisationen aller Länder und Völker, auch der Schweiz, zusammenzuführen zu einem großen Welt-Treffen in Berlin vom 5. bis 19. August, benannt *3. Welt-Festival* der Jugend und Studenten für den Frieden. Ein vorläufiges Schweizerisches Festivalkomitee hat sich dafür bereits gebildet, wie auch Komitees in den großen Städten unseres Landes, in denen möglichst alle großen Jugendverbände vertreten sein sollen nach dem dringlichen Wunsch der Initianten, um wirklich auch die Schweizerische Jugend aller religiösen und politischen Richtungen und Einstellungen zu repräsentieren und zu vertreten. Nähere Mitteilungen der betreffenden Komitees liegen hier bei.

Wir Unterzeichneten haben als Beobachter an der eingehend orientierenden Gründungsversammlung des Schweizerischen Festival-Komitees teilgenommen und können auf Grund unserer Beobachtung, Aussprache und Prüfung auch Ihrer Jugendorganisation warm empfehlen, Ihrerseits die Frage der Beteiligung ernsthaft zu prüfen, sich dazu mit den betreffenden Komitees in Beziehung zu setzen, und wir dürfen guten Gewissens auch Ihre Jugendorganisation ermuntern, sich tatkräftig zu beteiligen, um auch ihren Einfluß geltend zu machen.

Dies dürfen wir, obwohl die Initiative zu der ganzen kühnen Veranstaltung bekanntermaßen ausgeht von der sogenannten «Demokratischen Jugend», der politisch linksstehenden, kommunistischen Jugend. Denn gerade auch deren Vertreter an der Berner Versammlung haben uns in ihrer Aufgeschlossenheit, Lebendigkeit, ja Gläubigkeit und Bereitschaft zum Aufnehmen auch geäußerter Bedenken, Einwände und Rat-

schläge und zur wirklichen Fühlungnahme mit allen andern Jugendkreisen einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Es scheint wirklich der dringliche Wunsch der Initianten zu sein, Vertretern der Jugend und Jugendorganisationen aller Länder und aller Richtungen Gelegenheit zu verschaffen, miteinander in wirkliche Fühlung zu kommen, einander kennenzulernen über die «eisernen Vorhänge» hinweg und miteinander sich auszusprechen in unbedingter Sachlichkeit und so der Schaffung friedlicher Gesinnung Bahn zu brechen in der jungen Generation. Die Schweizer Jugend soll in Berlin wirklich Schweizerart und -kultur zu repräsentieren und zu vertreten suchen in sportlichen und kulturellen Veranstaltungen und freien Aussprachen. Beides scheint uns gerade in der derzeitigen Weltlage von großer Wichtigkeit und Bedeutung zu sein.

Wir möchten Sie auch darauf aufmerksam machen, daß Persönlichkeiten, wie Fräulein Dr. Elisabeth Rotten, Dr. Fr. Wartenweiler, der Saanener Volkswochenleiter Lehrer Frautschi, die Schriftsteller Hermann Hesse und C. A. Loosli in uns vorgelegten Vernehmlassungen — bei aller Einsicht in gewisse Gefahren von Massenbetrieben, die auch wir kennen — die Teilnahme junger, verantwortungsbewußter Schweizer an diesem «Welt-Festival» entschieden begrüßen und empfehlen. Auch wir möchten in diesem Sinne dazu lebhaft ermuntern.

In Hochachtung zeichnen

Dr. Hs. Lehmann, Gymnasiallehrer
Frau Pfr. P. von Greyerz
P. Lauterburg, Pfr., Leiter der Berner Gruppe des Schweizerischen Kirchlichen Friedensbundes.

Wir geben dieser Empfehlung gerne Raum, auch wenn wir selber in bezug auf die Veranstaltung und die Möglichkeit, im Rahmen einer Massenorganisation eigene Art und Kultur zu vertreten, weniger zuversichtlich sind. B.

Dieses Etwas, das zu allem hinzukommt und dessen Sinn von Grund aus verändert, ist der Glaube an den Gott, der das Gute will, der mit seiner Welt seinen Plan hat, der über und in den Dingen und Geschehnissen waltet und mit allen, auch mit den bösen, die er umwendet, seinen Willen erfüllen und das Reich der Gerechtigkeit auf Erden erbauen will. Was man irrigerweise meinen Optimismus nennt, ist einfach der Glaube an diesen Sinn, der eben das Walten Gottes in und über den Dingen bedeutet . . .

Leonhard Ragaz, aus «Von Optimismus und Defaitismus», «Neue Wege» 1945

Weg und Herz

Lehre mich, o Herr, deinen Weg, daß ich wandle in deiner Wahrheit; erhalte mein Herz bei dem einen, daß es deinen Namen fürchte. Ps. 86, 11

Daß es einen Weg gibt für den Menschen, eine Menschengemeinschaft, eine Epoche der Zeit, ist keine Selbstverständlichkeit. Darum begegnet man der Weglosigkeit öfter als den Wegen. Darum suchen Menschen, Völker, Gruppen, Zeiten ihr Glück eher in dem, was das Gegenteil des Weges ist. Das Gegenteil des Weges lebt dort, wo man stehen bleibt. Das Verharren an einem Punkte, das innerliche Fertigsein, diese Haltung der materiell oder geistig oder moralisch Besitzenden ist so dem Wege und den Wege suchenden Menschen und Zeiten entgegengesetzt. Und es ist ein – wohl trügerisches – im Grunde aber doch lockendes Glück, irgendwo und irgendwie fertig sein zu dürfen, irgendwie mit einer ererbten oder gefundenen Parole, mit einer auswendig gelernten oder abgelesenen Formel sich vom unbequemen Suchen und Vorwärtstasten auf neuen Wegen dispensieren zu dürfen.

Dieses Stehenbleiben der Menschen oder der Zeiten kann auch die Form eines ewigen Kreisens annehmen; auch der Kreis ist ein Gegenteil des Weges. Das sich im ständigen Kreisen bewegende Einzelleben, der immer zu den gleichen Punkten zurücklenkende Zeitenkreis, beide bieten wohl ein von Neurosen und Krisen gezeichnetes Bild, beide sind aber nicht ohne Verheißung und Lockung; der ewig um sich selber, um seine Probleme kreisende Mensch ist wohl nicht ohne Last und ohne Leid, aber ohne die schwere Last des Vorwärtsschreitens und Wegsuchens; die im Kreislauf sich bewegende Zeit ist wohl erfüllt von Klagen und Tränen, verheißt aber als lockende Seligkeit eine wohlig einschläfernde Müdigkeit.

Auch das Treiben in allen Winden, das ziellose Schwimmen auf trüben Chaosgewässern gehört zum Gegenteil des Weges. Treiben mit den Winden und Schwimmen mit den Strömungen, die aus den düsteren Gründen steigen, ist ein dem Kreislauf verwandtes Glück. Wo es gesucht wird, da nimmt das Menschenbild die häßliche Prägung des Opportunismus an, da beginnen die Zeiten der lärmenden Scharlatane, da lenkt eine Welt aus den Tagen der Schöpfung zurück zu den Tagen der die Erde bedeckenden Urflut.

Daß es – mag die Weglosigkeit in allen ihren Formen noch so verheißend locken – einen Weg gäbe, das gehört zum zentralen Inhalt der biblischen Botschaft. Fremd und steil erhob sich so aus der Geschichtsbetrachtung der altorientalischen Umwelt die Botschaft Altisraels, daß das Volk einen Weg habe. Darum darf dieses Volk weder stehen noch kreisen, noch schwimmend treiben, es muß wandern, getreu seinem Ursprung und getreu der Verheißung, es muß aus der Heimatlosigkeit in eine Heimat wandern, es muß auf großer geistiger Wanderschaft die ihm gegebenen Gebote und Verheißungen in die Sprache immer neuer

Zeiten übersetzen, es muß einen großen Bogen schlagen zwischen dem göttlichen Morgen, an dem seine Geschichte begann und der göttlichen Zukunft, auf die seine Geschichte zielt. Und wenn das Volk seinen Weg hat, dann hat auch der Mensch als Glied dieser Gemeinschaft den seinen. Der dunkle Morgen, an dem ihm selber unverständlich und ungewollt sein Leben begann, und der dunkle Abend, an dem dieses Leben ins unverstandene Dunkel mündet, sind nun nicht mehr getrennte, unverbundene Punkte, die nichts miteinander zu tun hätten; auch dieser Mensch hat einen Bogen zu schlagen, hoch gewölbt und in oft feindliche Lüfte gespannt, einen von Wolken umhangenen und von jähen Stürzen bedrohten Bogen, der immer sein eigener Bogen sein muß. Und höher hinauf noch in feindliches Dunkel, näher hinan an Geheimnisse und Rätsel wölbt sich der hohe Bogen der Zeit, für die es nun auch kein Stehen und Kreisen und Treiben mehr, wohl aber einen Weg gibt, der von den Anfängen der Zeit hinüber in ihre göttliche Vollendung sich baut.

Auch, daß der Mensch ein Herz habe, ist keine Selbstverständlichkeit. Denn das Herz ist hier nicht nur das körperliche Organ, es ist vielmehr die Mitte des Lebens, um die herum die Lebensräume sich gruppieren. Der Gegensatz zum Herz ist nicht einfach die Herzlosigkeit im gewöhnlichen Sinne des Wortes, sondern vielmehr die Zerrissenheit, die chaotische Unordnung eines Lebens ohne Mitte. Und wie unsere Städte und Dörfer heute keine Mitte mehr haben, um die herum sie sich organisch gliedern, wie unser Weltbild heute keinen Himmel über sich und keine Hölle unter sich hat, so hat der Mensch dieser Zeit kein Dach und keinen Himmel, weil er keine Mitte hat. Darum überschwemmt eine große synkretistische Flut die geistige Welt unserer Tage, darum ist das Weltbild der Gebildeten wie vor allem der Halbgebildeten ein großer Salat, aus den Früchten aller fünf Erdteile gemischt. Darum auch haben wir Platz für Christus und Mammon und tausend Ismen zugleich.

Steil und fremd in diese Formlosigkeit hinein ragt die Botschaft der Bibel vom Herzen, von der Personhaftigkeit des Menschen. Es waren wohl die prophetischen Geister Israels, die, unter dem harten Zugriff der göttlichen Hand, zuerst ihre innere Einheit verspürten, die Mitte Gottes in ihrem Leben.

Immer, wenn man etwas davon vernommen hat, daß Mensch und Volk und Zeiten einen Weg haben, und daß der Mensch eine Einheit sei, sucht man nach Orientierungspunkten, die die Orientierung erleichtern. Irgendwann einmal heben wir Menschen, die wir etwas davon gemerkt haben, daß Stehenbleiben, Kreisen, Treiben und Zerrissensein uns verwehrt sind, unsere Augen auf zu Bergen, von denen wir Hilfe erwarten. Wir haben es als solche Menschen vielleicht gelernt, daß die Hilfe von irgendwelchen Höhen kommen muß, wir vertrauen vielleicht nicht mehr auf das Niedere, weder auf die brutale Gewalt, noch auf die Demagogie, noch auf die Diktatur des Geldes. Wir suchen größere Höhen, schauen aus nach Geist und Schönheit, nach Charakter und

Wahrheit. Haben wir aber damit den Weg gefunden? Kommt von solchen Höhen wirklich immer die erwartete Hilfe? Auch Berge können stürzen, und der zu den Bergen nach Hilfe ausschauende Mensch ist nie und nirgends davor sicher, daß dieser Berg ihn nicht unter sich begräbt. Wenn die Höhenzüge der geistigen Landschaft die einzigen Orientierungspunkte sind, was bleibt dann übrig, wenn die Bergstürze kommen? Was bleibt übrig, wenn ein Einzelschicksal unter unverstehbarem Schlag zusammenbricht, ein Menschenleben vielleicht, das gerade nach den Höhen schaute, während ungezählte andere, die nur im Trüben schwammen, ungeschlagen, ungetroffen bleiben? Was bleibt übrig, wenn über eine Zeit, in der die Besten – enttäuscht von der nackten Gewalt, der Demagogie und dem Reiche Mammons – nach den geistigen Höhen ausschauen lernten, wie eine Lawine, wie eine Sturmflut, wie ein Erdbeben, ein neuer Wahnsinn alles verwüstend hineinbricht?

Oft bleibt dann nichts übrig als ein Fluch, den der Mensch zu den Höhen hinschleudert, die ihm helfen sollten und doch nicht helfen konnten. Der Nihilismus unserer Zeit ist ein solcher Fluch, aus vielen enttäuschten Herzen zu den Idealen, den großen Worten und Gedanken, auf die man einstmals hilfesuchend blickte, hingeschleudert. Aber haben diese Höhen wirklich diesen Fluch verdient? Liegt der Fehler an ihnen? Liegt er nicht im Grunde viel tiefer, dort nämlich, wo der Mensch das Vorletzte mit dem Letzten, die sichtbaren Höhen mit dem unsichtbaren Gott verwechselt? Davon hat der unbekannte Psalmdichter Israels etwas gewußt, der als wegsuchender Mensch in einer wohl weglosen Zeit geschrien hat: «Lehre mich, o Herr, deinen Weg.» Er hat sich nicht mehr den vorletzten Orientierungen zugewendet, sondern hat den letzten kühnsten Sprung getan. Er hat gewußt, daß Mensch und Volk und Zeit nur dann einen Weg, einen wirklich neuen Weg, ihren Weg finden, wenn sie sich auf den Weg Gottes ausrichten. Gerade darum konnte ja die Bibel so stark vom Weg des Volkes und der Menschen zeugen, weil ihr Gott kein in der Ewigkeit ruhender, sondern ein seinen Weg gehender und sein Reich bauender Gott ist.

Der Schrei des Menschen: «Lehre mich, o Herr, deinen Weg!» ist freilich ein Schrei, den entweder der Wahnsinn oder dann der Glaube tut; denn der Weg Gottes ist weder ein Spaziergang, noch ein sieghafter Triumphzug. Es ist vielmehr der Weg, auf dem Gott das trotzige oder heuchlerisch versteckte Nein der Menschen findet. Es ist der Weg, der erst durch Krippe und Kreuz hindurch zur Auferstehung führt. Diesen Weg wird man wohl immer neu zu erkennen lernen müssen. Wer aber auf ihn hinschaut, bleibt selber auf dem Wege, auch wenn die Bergstürze kommen, bleibt auf dem Wege, sowie der mit dem Engel ringende Jakob auf dem Wege blieb, oder wie Hiob, der, als sein Bergsturz sein Glück begrub, dennoch dem Rat seiner Frau widerstand, die ihm zurief: «Fluche Gott und stirb.»

Wer, um selber von der Weglosigkeit oder vom Nihilismus befreit

zu werden, auf den Weg Gottes hinschaut, sich von ihm selber über diesen Weg belehren läßt, wird es freilich wohl gerade erleben müssen, daß sein eigener Weg irgendwo ein wenig dem Kreuzweg Gottes zu gleichen beginnt. Darum kann nur der Wahnsinn oder der Glaube einen solchen Wunsch hegen, der Wahnsinn ohne zu wissen, was er tut und der Glaube, ohne zu fürchten, was er weiß.

Dieser Blick auf den Gottesweg ist auch das einzige Mittel, um das Herz, die Einheit der Person zu erhalten. Diese Einheit nämlich ist am meisten und zutiefst bedroht durch die vielen Ängste, die wie stürmische Winde über die Zeiten wehen. Diese Ängste zerreißen das Wesen des Menschen, jagen seine einzelnen Teile in die verschiedensten Richtungen. Manchmal ist man versucht zu meinen, die Summe aller Ängste bleibe zu allen Zeiten die gleiche. Denn die Angst des Urmenschen vor Wetter und Tier, vor unbekannten Geräuschen und Formen, diese Angst des Wilden, über die wir zivilisierte Menschen einmal überlegen zu lächeln gelernt haben, ist sicher im Grunde nicht viel größer gewesen, als die Angst eben dieses zivilisierten Menschen vor Not und Unglück, vor Krieg und Grauen. Ja, vielleicht ist sie insofern noch größer, als eben dieser zivilisierte Mensch vor allem noch die Angst vor dem Alleinsein mit sich selber kennt. Diese vielen, die Einheit zerreißenden, das Herz betörenden oder zerstörenden Ängste werden dadurch niemals aufgehoben, daß man so tut, als habe man keine Angst. Gerade in scheinbar heroischen Zeiten ist die Angst das einzig Reale. Die scheinbar so todesmutigen und den Tod verachtenden römischen Gladiatoren, die als Todgeweihte ihren Cäsar grüßten, hatten ja wohl nur die Todesangst durch die Angst vor dem Angsthaben und Angstzeigen überwunden. Und wenn die Angst die privaten wie die öffentlichen Entscheidungen bestimmt, wenn sie in den Völkern – und wahrhaftig nicht nur in den diktatorisch regierten Völkern – das freie Wort vernichtet, wenn sie das Klima bestimmt, in der die heutige Generation lebt und stirbt und in der die kommende aufwächst, dann ist eine gewaltige Zerstörung der Einheit des Menschen, eine furchtbare Vernichtung der Herzen am Werke.

Der unbekannte Psalmendichter hat mit seinem Ruf: «Erhalte mein Herz bei dem einen, daß ich deinen Namen fürchte!» die einzige Hilfe gegen diese furchtbare Zerstörung ergriffen. Er besiegt die Lebensangst durch die Gottesfurcht. Und Gottesfurcht heißt hier: Wissen, was man zu verlieren hat. Israel hatte den Segen Abrahams zu verlieren: Du sollst zum Segen werden für alle Geschlechter der Erde. Die Christenheit hat den Auftrag, Salz und Licht der Welt zu sein, zu verlieren. Dadurch werden die vielen die Zeit durchschwirrenden Ängste nicht aus der Welt geschafft, sie verlieren aber ihre verwirrende Größe und ihre allesbestimmende Gewalt. Der vor den Namen Gottes geführte und gestellte Mensch ist vor ein einziges großes Du geführt, neben dem die vielen gernegroßen anderen Größen erst wieder ihre rechten Proportionen bekommen, die Gedanken und Ideale, die Worte, Hoffnungen und Ängste!

Die tiefe Sehnsucht unserer Herzen nach einer geformten, echt geprägten Welt mit rechten Proportionen, diese Sehnsucht, die etwa dann in uns aufsteigt, wenn wir aus der Form- und Gesichtslosigkeit unserer heutigen Städte und Dörfer in ein altes Dorf oder in ein noch gotisches Städtchen treten, findet durch keinen krampfhaften Ruck nach rückwärts eine Erfüllung. Jede Romantik ist immer nur Traum von Erfüllung, niemals Erfüllung selber. Diese selber muß echt sein, muß für jede Zeit in ihrer besonderen Weise kommen.

Weg und Herz, die so als Rettung über Menschen und Zeiten stehen, welche das Fertigsein, Kreisen und Zerrissensein als ihr letztes grauenhaftes Schicksal kennen, sind zuletzt auch die Rettung der Wahrheit. Was ist doch die Wahrheit in solchen Zeiten für eine arme Sache! Kleine Teilwahrheiten streiten gegeneinander. Gerade darum, weil der Mensch merkt, wie leicht sich Teilwahrheiten und Propaganda miteinander vermischen, ist er geneigt, dem achselzuckenden Pilatus Recht zu geben. Wenn die nationalen und konfessionellen Wahrheiten einander bekämpfen, dann ist auch beim Menschen der absolute Nihilismus nur allzu verständlich. Die echte Wahrheit, von der die Bibel zeugt, ist aber niemals ein menschlicher Besitz. Darum redet der Psalmendichter von der Wahrheit Gottes. In ihr soll wandeln, wer einen Weg und seine Persönlichkeit gefunden hat. Gottes Wahrheit ist, daß er sein Reich baut. Weil das zu jeder Zeit geschieht, ist keine noch so dunkle Zeit von dieser Wahrheit getrennt. Auf dem Feld der Ideologien freilich wird die Wahrheitsfrage nie entschieden. Umgekehrt werden die Ideologien von der Wahrheit Gottes aus, vom Glauben an den sein Reich bauenden Gott her gerichtet.

Wollte man dieser Zeit und den von ihr geformten Menschen nur Ideologienwahrheiten bringen, so wäre das wohl ein törichtes Unterfangen. Viel Größeres hat diese Zeit nötig, und viel Größeres darf ihr gebracht werden: Die große Verwandlung, welche die so gerne stehenbleibenden, ins tierische Treiben oder ins pharisäische Besitzen abgleitenden Menschen zu Wegsuchern und Wanderern macht und die zerrissenen, atomisierten Seelen zu Einheiten werden läßt und damit die Wahrheit rettet. Dort beginnt diese Verwandlung, wo man den Herrn des Weges kennt. Dort beginnt der Weg, wo man an den Weg dieses Herrn glaubt, dort beginnt die Wahrheit, wo man sich von seiner Wahrheit richten läßt. Während Ideologien die Trümmer der Welt – die geistigen wie die greifbaren – nur verhüllen, vermag diese Verwandlung den tiefsten Hunger der Zeit zu stillen, den Hunger nach einer neuen Schöpfung. Wenn es wieder Wege und Herzen gibt, Wege durch die Geschichte, hohe Bögen, die sich runden und Lebensräume, die zur Einheit werden, dann greift eine schaffende Hand in die weg- und herzlose Zeit und gibt ihr – vielleicht unter vielen Schmerzen – ein neues Gesicht und eine echte lebendige Prägung. *Bruno Balscheit*

Die zehn Gebote und wir

(Eine jüdische Predigt)

Die Grundlagen unserer Welt sind erschüttert. Kaum jemand kann noch zwischen Gut und Böse unterscheiden. Diese Verwirrung aber ist nicht die holdselig-paradiesische vor dem Essen vom Baume der Erkenntnis, sondern die dämonisch-höllische, nachdem wir einmal jenes Wissen hatten, uns auch noch des Besitzes selber erinnern, es sogar noch «auswendig» hersagen können, aber nicht mehr imstande sind, es lebendig zu machen.

«Nicht sei dir andere Gottheit neben meinem Angesicht . . .», so lautet das zweite Gebot, aber zahlreich und verwirrend sind die Götzen, denen wir dienen, sowohl die von jeher bestehenden, wie Blut und Boden, als auch das Machwerk unserer Hände, wie Staat und Heer. All diese sind wirkliche Werte und verdienen Ehrfurcht, aber doch nur unter der Bedingung, daß sie ihren eigentümlichen Rang, nämlich den *zweiten*, innehalten. Erstreben sie, jene relativen Werte, den Platz des Absoluten, so verlieren sie auch das, was sie haben, ohne zu gewinnen, was sie erstreben: sie werden zu Götzen. Denn ein Götze ist nichts anderes als ein relativer Wert, den der Mensch verabsolutiert. Und ihrer sind viele . . .

Das dritte Gebot lautet: «Trage nicht Seinen deines Gottes Namen auf den Wahn» (Buber-Rosenzweigs Übersetzung). Wir tun es täglich. Für welche Zwecke bemühen wir nicht Gottes Namen, die Verheißungen der Propheten, die Symbole der Erlösung! Dieser Mißbrauch ist uns so geläufig geworden, daß wir ihn gar nicht mehr spüren, nicht als Redner und Schreiber, kaum als Hörer und Leser.

Wer hat in dieser Welt noch die Kraft, den Sabbath zu heiligen, nicht «als Rasttag der Erschöpfung, sondern als Ruhetag der Schöpfung?» (Rabbiner N. A. Nobel.) Wir hetzen unser Leben durch die Tage, Wochen und Jahre, und der Tod ereilt uns, bevor wir einmal recht tief Atem geschöpft haben und zur Besinnung gekommen sind. Der Sabbath aber ist das allwöchentliche Atemschöpfen des Schöpfers und der Geschöpfe.

Ehren wir Vater und Mutter? Nie war die Spannung und Spaltung zwischen den Generationen größer als heute. Manchmal scheint es, als gehe der Fluch des Propheten Jesaja in Erfüllung: «Knaben werden Dich beherrschen». Aber diese Knaben, die weißhaarig sein können, haben keinen Segen von ihrer Herrschaft, denn sie ist losgerissen von der Vatersphäre der Gerechtigkeit und von der Muttersphäre der Ehrfurcht vor dem Leben, wie es heißt: « . . . damit sich mehren deine Tage auf dem Boden, den Er dein Gott dir gibt».

Morde nicht! Wir morden täglich. Buhle nicht! Welches Volk und Land weiß sich rein? Stiehl nicht (stiehl keine Menschen, nach der Auslegung der Rabbiner)! Wer wagt es, im Zeitalter einer neuen gewaltsamen Völkerwanderung, die Menschenraub im Millionenmaßstab bedeutet, sich noch dieses Gebots zu erinnern?

Das neunte Gebot warnt vor falscher Aussage gegen unsern Genossen. Es setzt eine von Terror freie Atmosphäre polizeilicher Vernehmungen und gerichtlicher Untersuchungsmethoden voraus. Die Folter ist heute fast überall in der Welt wieder eingeführt, in dieser oder jener Form. Manchmal heißt sie «der dritte Grad». Das macht sie nicht schöner.

Und das letzte, das zehnte Gebot: «Begehre nicht das Haus deines Genossen, begehre nicht das Weib deines Genossen, seinen Knecht, seine Magd, seinen Ochsen, seinen Esel, noch irgend etwas, was deines Genossen ist.» Es ist das Gebot gegen den Neid und seine Gesinnung, gegen das schielende Vergleichen dessen, was ich habe, mit dem, was der andere hat, geschehe es nun in der Privat- oder in der Gemeinschaftssphäre, in den Beziehungen zwischen den Einzelnen oder in denen zwischen den Völkern. Kaum jemand, kaum ein Mensch, und wohl kein Volk, mißt das, was man erreicht hat, am Maßstabe der eigenen Kräfte und vergleicht seine Wirklichkeit mit seiner Möglichkeit, sondern fast jeder, fast jeder Einzelne, und wohl jedes Volk, mißt seinen Besitz an dem des anderen, beneidet ihn und begehrt ihn.

II.

Dies ist die Bilanz unseres Offenbarungsfestes, an dem wir uns, wie alljährlich, wieder der zehn Gebote erinnern sollen. Es ist die Bilanz einer Welt, die möglicherweise in hastiger und eifriger Selbstzerstörung begriffen ist. Die alte jüdische Sage hat die Bedeutung der zehn Gebote für die Rettung und Erhaltung der Welt wohl erkannt. Sie läßt Gott zu den Werken der Schöpfung sprechen: «Wenn Israel die Thora annehmen wird, werdet ihr bestehen, wenn aber nicht, werde ich euch wieder ins Chaos zurückbringen.»

Die Wahl, vor der die Welt, und Israel in ihr, stand und steht, ist die zwischen der Ordnung der zehn Gebote und dem Chaos des Bruchs mit ihnen. Das empfinden manche Juden und manche Nichtjuden. Im Senat der Vereinigten Staaten von Amerika hat der Demokrat J. William Fulbright eine bemerkenswerte Rede gehalten, die in der «New York Times» vom 28. März wörtlich abgedruckt ist. Er knüpft an die Untersuchungen eines Unterausschusses über die Finanzlage an und fordert, *allen Ernstes*, die Einsetzung einer Kommission, bestehend aus privaten Bürgern von hervorragendem Charakter, welche die ethischen Grundlagen der amerikanischen Gesellschaft im einzelnen und konkreten prüfen soll. Senator Fulbright sieht das Hauptproblem seines Landes darin, daß die sittlichen Maßstäbe der großen Religionen, die einmal Recht und Gesetz geschaffen und getragen haben, nun selbst wankend geworden sind. Dies, und nicht Rußland, sei die eigentliche Gefahr, denn «eine Demokratie kann sich schnell von einem physischen oder wirtschaftlichen Unglück erholen, aber wenn ihre moralischen Überzeugungen schwach werden, dann wird sie eine leichte Beute für den Demagogen und den Scharlatan. Tyrannei und Unterdrückung werden dann die Regeln des Tages.»

Es ist leicht, für dieses universale Chaos Gründe anzugeben; es ist sehr schwer, seinen Grund zu nennen. Die Gründe hören wir täglich: der «Osten» sucht sie im Kapitalismus, der «Westen» sucht sie im Bolschewismus, Europa bei Asien, Asien bei Europa, Israel bei den Arabern, die Araber bei Israel, kurz: niemand sucht sie bei sich selbst, jeder bei dem andern. Auf diese Weise werden wir den Grund nicht finden. Die Verwirrung ist so tief, daß der wahre Grund wohl tiefer liegen muß als in der bequemen Schicht der Fremdanklage (und Selbstbeweihräucherung). Die zehn Gebote sprechen ihn aus. Ihr erstes nämlich lautet, höchst merkwürdig: «Ich bin dein Gott, der dich führte aus dem Land Ägypten, aus dem Haus der Dienstbarkeit.»

Aber ist dies denn ein Gebot? Scheinbar verlangt es ja nichts von uns, kein Ja und kein Nein, sondern stellt nur etwas fest: Gott lebt und führt den Menschen aus dem Sklavenstand in die Freiheit.

Die Thora aber und ihre Ausleger haben wohl gewußt, was sie taten, als sie diesen, gleichsam historischen, Aussagesatz an die Spitze der übrigen neun Gebote stellten: er ist ihr tragender Grund, und ohne ihn verlören sie ihre unbedingte Gültigkeit, würden zu Regeln der Zweckmäßigkeit oder zu Ratschlägen einer guten Politik. Auch dann noch würde von ihnen das fast überkühne Wort gelten, das der Talmud Gott in den Mund legt: «Mögen sie doch mich vergessen und meine Thora halten!» Aber die Erfahrung scheint zu zeigen, daß mit der Erschütterung jenes tragenden Grundes der ganze Bau rissig wird und in die Gefahr des Einsturzes gerät. Das erste, das Grundgebot, ist das des Vertrauens zu Gott, der uns aus der Knechtschaft des Menschen in Seine Freiheit führt, immer und überall, wenn wir uns nur führen lassen.

III.

Wir erleben große Tage. Hunderttausende kommen «auf Adlers Flügeln» zu uns. Dies alles aber geschieht in einer chaotischen Welt, da von außen und innen die Ordnung der zehn Gebote verletzt wird. Gibt es eine Hoffnung?

Es ist schön, einem Trostwort unserer Weisen vertrauen zu dürfen. Sie stellen einmal die Frage, warum Israel nicht gleich nach dem Auszuge aus Ägypten der Offenbarung am Sinai gewürdigt wurde, sondern erst einen Teil der Wüstenwanderung hinter sich bringen mußte, und sie antworten: «Der Heilige, gelobt sei er, sprach: Noch ist meinen Kindern der Glanz ihres Antlitzes nicht zurückgekehrt. Aus der Knechtschaft des Lehms und der Ziegel sind sie herausgezogen, und sie können die Thora nicht sofort bekommen ... Mögen sich meine Kinder drei Monate vorbereiten ... und nachher werde ich ihnen die Thora geben.»

Hoffen wir also und bereiten wir uns vor auf eine bessere Welt, eine gerechtere Ordnung! Gut aber ist die Welt, gerecht eine Ordnung, in der jeder Mensch die zehn Gebote halten kann. *Ernst Simon.*

Gerechtigkeit

Wir haben die Verheißung an das biblische Volk: «Du sollst durch Gerechtigkeit bereitet werden, du sollst ferne sein von Gewalt und Unrecht» vernommen und an ihr unter den Bergen von Gewalt und Unrecht, die in unserer Zeit auf dies Volk gehäuft wurden, als einer ewigen festgehalten. Wir haben die Forderung an die Menschheit: «Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit!» vernommen und durch die Vergewaltigung aller Gerechtigkeit in zwei blutigen Weltkriegen als ewige hindurchgerettet. Wir erkennen in der Gerechtigkeit Gottes den ewigen menschlichen Trost. Aber wir haben ihn nur dann recht vernommen, wenn wir auch die ganze Härte der Verheißung und der Forderung erkennen, wenn wir die ganze Tiefe des Abgrunds sehen, der die göttliche Gerechtigkeit von aller menschlichen trennt. Von der Tiefe dieses Abgrunds zeugt die ganze Heilige Schrift; von ihr zeugt die ganze Menschheitsgeschichte; sie ist auch der Gegenstand der großen Kunst und Dichtung aller Zeiten.

Es sei hier der Versuch gewagt, dies an zwei großen späten Dichtern zu zeigen, die beide, der eine um die Mitte des vergangenen, der andere am Anfang unseres Jahrhunderts, die Frage nach der Gerechtigkeit Gottes in einer veränderten menschlichen Welt mit brennendem Herzen gestellt haben. Dem Geiste des ersten, Adalbert Stifter, hat in seiner knappen Erzählung «Abdias» die ewige Weltgerechtigkeit, die ihm zugleich die blind waltende Naturgesetzlichkeit, das über den Menschen hinweggehende Schicksal und die unergründliche Gerechtigkeit Gottes ist, in ihrer stillen Gelassenheit nach langem, dunklem Grübeln sich entschleiert als «eine heitere Blumenkette, die durch die Unendlichkeit des Alls hängt und ihren Schimmer in die Herzen sendet»; und er hat zur Darstellung dieses lichten Mysteriums das finsterste, erbarmungsloseste Menschenschicksal gewählt.

Nicht zufällig ist es das Schicksal eines Juden. «Wer vielleicht von ihm gehört hat . . ., sende ihm kein bitteres Gefühl nach – weder Fluch noch Segen, er hat beides in seinem Leben reichlich geerntet.» Mit diesen Worten leitet Stifter seine Erzählung von dem Juden Abdias ein. Ähnlich hat Goethe von dem Volk, dem man nichts Böses, aber auch nichts Gutes nachsagen dürfe, gesprochen. Was steckt hinter diesen beiden nahverwandten Worten? Sind sie der Ausdruck der ungeheuren Paradoxie, die am klarsten das Johannesevangelium spiegelt, in dem unüberhörbar das Wort steht: «Das Heil kommt von den Juden» und in dem das den Juden von Gott für die Menschheit gegebene Gesetz zum Geschwätz erniedrigt wird vor dem Fleisch gewordenen Wort? Dem Wort, das im Fleisch dieses Volkes erschienen ist und nur im Fleisch dieses in Geist und Leib bereiteten Volkes erscheinen konnte, – dem Wort, das von Menschen dieses Volkes flammend weiter in die Völkerwelt getragen wurde und dem dasselbe Volk nicht minder flammend

um des Einen, nie Erschienenen willen sich versagt und damit das Martyrium eines düsteren Erdenschicksals auf sich genommen hat? Ist es dies menschlich nie Begreifbare, Unberührbare, Untragbare in dem Geheimnis dieses Volkes, das durch sein Doppelschicksal aus allen Völkern herausgehoben, in ihnen allen das ewig andere ist, das nicht nach dem Gesetz der irdischen Zeit im irdischen Raum wurzelt, aufblüht und vergeht, sondern unter einem andern unirdischen Daseinsgesetz steht, in dessen Auswirkung im Irdischen sich Heiligkeit und Fluch, Schmach und Verklärung unentwirrbar mischen? Nur das Eine scheint allem tieferen Wissen sicher: Weder Fluch noch Segen, weder Gutes noch Böses aus Menschenmund können dem Schicksal dieses Volkes gerecht werden.

Mit dem Problem und Mysterium des Judentums haben sich die großen Künstler und Dichter des Abendlandes immer erneut auseinandergesetzt; sie alle haben in verschiedenen Zeiten und verschiedenen Kunstformen das jüdische Schicksal als ein Äußerstes, als einen Grenzfall des Menschenlebens erfaßt. Auch Stifter, der uns zeitlich Nächste unter ihnen, der sich selbst als einen bescheideneren Genius, einen Nachfahren der Größten begriff und der doch gerade in dieser Erzählung einen Gipfelpunkt aller Kunst erreicht hat, hat in ihr am Schicksal eines Juden ein Äußerstes, ja, wie es schon seine Einleitung zeigt, *das* Äußerste des Menschendaseins als große Ahnung sichtbar gemacht. Er hat es in einer sehr still, sehr nüchtern und irdisch gewordenen Epoche getan, die sich im Schicksal des Abdias zugleich spiegelt und es gewaltig aus ihr heraushebt. So hat dieser Dichter seinen Helden weder wie Shakespeare zu der durch die furchtbarste Unterdrückung geschaffenen finsteren Gegenkraft einer Welt des Glanzes, der Schönheit, des Lebensgenusses zusammengeballt, noch das Bild des Juden wie Rembrandt im feuchten Dunkel seiner Heimatstadt von einer einzigen Lichtquelle erleuchtet, umgeben von himmlischen Boten und Erscheinungen, in ständigem Vernehmen des Übersinnlichen und zugleich aus den Tiefen irdischer Erfahrung lebend dargestellt.

Beide großen, aus Bibel und Geschichte gewonnenen Erschließungen wirken aus weiter Ferne im Bilde dieses späten jüdischen Menschen nach; aber das eigentliche Problem seines Schicksals erhebt sich gerade darauf, daß keine von beiden, daß überhaupt nichts Einzelnes und Benennbares des jüdischen Daseins in ihm mehr Gestalt gewinnt. Stifter erzählt das Schicksal eines zu seiner eigenen Zeit lebenden Juden, das sich räumlich in weiter Ferne von ihm begibt. Die mit der schweigsamen Überklarheit, der Strenge und visionären Schönheit von Stifters Pinsel gezeichnete Wüstenlandschaft, die die Heimat des Abdias wie die Urheimat seines Volkes ist, erscheint selbst als das Symbol des Äußersten, in das dieser gewaltige späte Mensch gestellt ist, als ein Symbol der Grenze des Lebenkönnens, an der der jüdische Mensch überhaupt, vollends aber in der modernen Welt steht.

Der Jude Abdias, im Anfang als ein gebeugter neunzigjähriger

Greis eingeführt, der längst die Beziehung zur Welt und zu seinem eigenen Leben verloren hat, war «in seiner Jugend so schön wie einer der himmlischen Botenengel, die einstens so oft in seinem Volk erschienen». Einstens – denn diese Zeit ist längst vorüber. Die gotterhellte Wirklichkeit, das sichtbare Eingreifen höherer Mächte, die leuchtenden Erscheinungen und Offenbarungen seines Volkes sind Abdias unbekannt geblieben. Von der Schönheit des Anfangs seines Volkes ist er so weit entfernt, wie er es später von der strahlenden Schönheit seines Antlitzes ist, die auf der Höhe seines Lebens eine furchtbare Pockenkrankheit für immer zerstört hat. Nirgends wird in dieser Erzählung der Name Gott genannt, kein Lichtschimmer aus einer anderen Welt fällt in dies dunkle Leben herein. Nur in seltenen Augenblicken dämmert es in ihm wie eine dumpfe Sehnsucht nach der Wahrheit und Weisheit der alten Propheten und Führer seines Volkes auf. Abdias sollte eigentlich nach dem Willen seines Vaters in dieser Wahrheit erzogen werden. Aber es wurde nichts daraus, «weil es in Vergessenheit geraten war». Vergessenheit dessen, was dieses Volk «das ausschließendste der Welt» eigentlich ist, wozu es von Anfang her bestimmt ist, liegt wie der leere, weite Wüstenhimmel, unter dem der Knabe viele Stunden in einem leeren Sinnen und Fragen träumt, über seinem Schicksal. Aber in dem reichen, verschlagenen, mächtigen Händler, zu dem Abdias von seinem Vater, um sich im Leben zu bewähren, plötzlich aus dem verschwenderischen Reichtum, der Verwöhnung und Verweichlichung seiner Kindheit, in vollkommene Armut und Schutzlosigkeit ausgesetzt, im erbitterten Kampf mit einem feindlichen Leben erwächst, in dem glänzenden, prunkliebenden Kaufmann, der mit seinen Karawanen durch den ganzen Orient zieht, in der unerhörten Kraft und Ausdauer, mit der er alles Unternommene vollendet, in der Größe und Sicherheit seiner Lebensbeherrschung, der Macht, mit der er ohne seinen Willen andere Menschen an sich fesselt, und selbst in dem Rausch und Glanz kriegerischer Tapferkeit und Macht, in all diesem, womit er «die schimmernde Straße des Reichtums immer näher gegen die Wüste zieht» – in diesem Übermaß an starkem, zähem und wildem Leben und später weit mehr noch in der glühenden Ausschließlichkeit seiner Liebeskraft sehen wir doch – nur gleichsam als rohes, ungeschmiedetes Material – die ganze Übergewalt des Stammes aufleuchten, der einst die Propheten und Heilsbringer der Menschheit hervorgebracht hat.

Alle einander widerstreitenden, aus Ursprung und Geschichte stammenden Züge seines Volkes sind in diesem späten Menschen vereint, dessen Leben, durchwachsen von dem Riesenbaum einer jahrtausendealten Vergangenheit, selbst ein seine ganze Umgebung überragender, riesenhafter Baum, losgelöst von seinem göttlichen Wurzelgrund, in all seinen verlassenen menschlichen Tugenden und Lastern vor uns steht. Es ist, als wäre die Frage Stifters, die unausgesprochen dieser

Dichtung zugrunde liegt: Was kann und muß aus einem großen Menschen dieses Stammes werden, wenn seine übermächtige, ihrem Wesen nach prophetische, das heißt auf das Heil gerichtete Kraft ihr Ziel nicht findet und auf rein irdische Wege gerät? Der Stern der Verheißung war einen Augenblick über der verborgenen Höhle der alten verschütteten Wüstenstadt aufgeleuchtet, als der Knabe Abdias in ihr geboren wurde. Aber weil niemand sein Licht erblickt und den Knaben seiner Bestimmung zugeführt hat, darum müssen sich alle ihm gewordenen Gaben und Kräfte gegen ihn selbst und alles Seine kehren: er muß aus dem schuldlosen Knaben zum harten, bösen Händler werden, er muß durch seinen Reichtum, seinen Glanz und Stolz seine eigene, vor den feindlichen Menschen verborgene Heimat verraten und all seiner Schätze beraubt werden; sein Liebstes muß sich unter seinen sanften, sorgenden Händen verbluten; er muß den treuesten Freund, seinen Hund, als dieser ihm eine große Hülfe leistet, mit eigener Hand erschießen; er muß mit der Häßlichkeit geschlagen werden, durch die er die Liebe seiner Frau verliert, und in demselben Augenblick, wo ihr Auge plötzlich seine entstellte äußere Hülle durchdringt und zwischen den beiden, die einander nur um ihrer äußeren Schönheit willen geliebt hatten, plötzlich wie ein Blitz des Heils sanft und mächtig die echte Liebe aufflammt, muß die, die seine Seele erblickt, sterben. Dem Kinde, das sie ihm sterbend schenkt, das ihm das Wunder der Schöpfung erschließt und von nun an seinem glühenden Herzen allein alles Leben vertritt, muß selber die Schöpfung durch seine Blindheit verschlossen sein, und es muß dadurch in all seiner Unschuld ihn in neue Schuld und Verfehlung stürzen. Und als das Wunder eines Blitzes ihm dennoch jäh die Augen öffnet und es sich unter den wachsamen Augen, den ständig bemühten Händen dem auf jede seiner Regungen lauschenden Geist des Vaters zu reinster Schönheit des Leibes und Geistes entfaltet, da muß dieselbe Kraft, die ihm das Augenlicht gab, es zerschmettern. Die Schöpfung selbst steht wider ihn auf: Weil der Stern, der über seinem Hause erschienen war, ungesehen verblich, darum mußte alles so kommen, wie es kam.

Aber eben weil es so kommen *mußte*, darum leuchtet durch die Kette unsinniger und unseliger Begebenheiten, die dies Leben bilden, dennoch etwas wie ein verborgenes Licht hindurch. Das Seltsamste und Geheimnisvollste in dieser Erzählung ist, daß das ganze Leben dieses heillosen, schmerz- und schuldbeladenen Menschen dennoch immer am Heil entlangläuft, daß es überall und immer auf das unbekannte Heil ausgerichtet ist. Das Fehlen aller religiösen Gehalte macht diesen Zusammenhang nur undurchsichtiger und verworrener, aber auch furchtbarer und vernichtender. Die Wirrnis äußert sich für ihn selbst als bloße Zerstörung; aber ihm selbst unsichtbar, nur in den seltensten Augenblicken jäh hindurchbrechend, wird das ganze rasende, gesetzlose Drauflosleben dieses Menschen von Gesetz und Ordnung aufgenom-

men. Unterhalb des sichtbaren Zusammenhanges seines Schicksals läuft ein tieferer unsichtbarer Zusammenhang des Heils. Die Häßlichkeit selbst, die sein strahlendes Antlitz entstellt und ihn aus dem Kreis der Liebe entrückt, schenkt ihm die reinste Offenbarung der Liebe. Die ihn ganz aus jeder Verbindung mit den Menschen lösende ausschließliche Liebe zu seinem Kinde läßt den Plan flammender Rache an dem verhaßten Feind langsam in seinem Herzen ersterben. Und noch die treue Kreatur, die er erschossen hat, leckt ihm sterbend mit dankbarem Blick die Hände. Alles in diesem scheinbar gesetzlosen Leben ist schicksalhaft und gesetzhaft verbunden, die gewaltigsten Leidenschaften und zartesten Empfindungen verschlingen sich mit den schweren Schicksalsschlägen zu einer Kette, deren Glieder gesetzhaft ineinander hängen, so daß aus ihr wirklich die Ahnung einer Weltgerechtigkeit aufdämmert, in der nichts verloren geht, alles einander wechselseitig trägt und hält und gerade auf die düstersten Augenblicke geheimnisvoll und versöhnend der Schimmer eines Blattes aus jener heiteren Blumenkette fällt.

Abdias endet im Wahnsinn in dem Augenblick, als ihm mit dem Tod des übermächtig, des einzig geliebten Wesens die Welt zusammenbricht. Und auch dieser Wahnsinn noch ist eine Offenbarung des Sinnes. Abdias ist der Mensch, dem bei aller machtvollen Lebensbeherrschung nicht zu leben geworden ist, weil seine Seele nur das Eine kennt und er dies Eine, das sich ihm nie als Unsichtbares offenbart hat, nur unter der Vielheit sterblicher Geschöpfe finden kann. Daß er die Vergänglichkeit der teuersten Menschen nicht in den von der Natur zugemessenen Maßen, sondern an seiner Frau auf der Höhe von beider Leben, an seinem Kinde in dessen frühester Jugendblüte erfährt, das verstärkt die Klarheit des göttlichen Zeichens. Ein Äußerstes, ein Letztes faßt ihn in Sinn und Wahnsinn als Wahrheit seines Lebens an.

Enthüllt sich diese Wahrheit in der Erzählung Stifters an einem Einzelnen, an einer großen, prophetischen, ihr Ziel verfehlenden Natur, so zeigt sie sich nicht weniger deutlich am Schicksal des Volkes als Ganzem. Abdias ist das Bild der großen, ins Irdische verirrten Volksgestalt, die ihre Wahrheit allein an Gott und an Gottes Gesetz hat. Mit der ganzen abendländischen Menschheit hingerissen in ein Leben, in dem Liebe, Haß und Schuld blind und gesetzlos schweifen, hat sie ihres göttlichen, botenumstrahlten Ursprungs vergessen. Aber eben damit steht wie von je, wie in der Bibel und in der ganzen Menschheitsgeschichte auch heute das Volk mit seiner tieferen, düstereren Lebens- und Leidenserfahrung stellvertretend für die Menschheit.

Auch das Schicksal der heutigen, tief ins Irdische verirrten Menschheit ist unlebbar geworden: alle ihre riesenhaften Träume, Entdeckungen und Erfindungen haben sich gegen sie selbst gekehrt und ihre menschlichen Ziele beschädigt und zerstört. Von dieser Heils-

verlassenheit, dieser Unlebbarkeit unseres heutigen Lebens hat ein Dichter unseres eigenen Jahrhunderts, Franz Kafka, bestürzendes Zeugnis abgelegt. Aus derselben strengen Wahrheit jüdischen Schicksals, die Stifter mit unendlich zartem, liebendem Wissen gestaltet hat, hat nun ein großer jüdischer Dichter das Schicksal der heutigen Menschheit erblickt.

Die Dichtung Kafkas scheint anfangs schwer verständlich; sie ist es nicht mehr und nicht anders als in der Tiefe gesehen die Stifters, an die sie schon durch die das Letzte immer verschweigende Verhaltenheit, die Überklarheit und Präzision der Sprache, nicht weniger aber durch die Tiefe des Blicks in das Leben, über das Leben hinaus und unter das Leben hinab gemahnt. Diese Dichtung ist schwer verständlich nur so lange, als ihr Ausgangspunkt von der absoluten Wahrheit nicht gesehen ist, als nicht erkannt ist, daß in ihr über der verstörten heutigen Welt ein großer religiöser Blick aufgegangen ist. Was aber Stifter noch mit Silberstift in den leeren Himmel gezeichnet hat, das hat dieser spätere Dichter mit dem harten schwarzen Griffel unseres heutigen Lebens in dieselbe Leere geschrieben.

Nicht mehr nur von einem einzelnen Menschen und auch nicht von einem einzelnen Volke, von den Menschen überhaupt darf man nun nichts Böses, aber auch nichts Gutes mehr sagen. Man kann es gar nicht, weil es kein klares Wissen um Gut und Böse mehr gibt, weil der weisende Stern über der Heimat der Menschheit wie über der alten verschütteten Wüstenstadt des Abdias erloschen ist, weil heute in einem Wirbel gott- und menschenfremder Stimmen alles, was einst die Menschheit zu sich selbst aufrief, in Vergessenheit geraten ist. Eine große Stummheit liegt über diesem ganzen lärmenden Geschlecht. Das Wort hat in ihm seine offenbarende und bindende Kraft verloren. Nichts ist darum in seiner eigentlichen Wahrheit auszusagen, nichts mehr in seiner Wahrheit zu erkennen. Niemand empfängt mehr von irgendwoher klare Weisung; niemand weiß, woher er kommt, noch wohin er gesandt ist. Nur das Eine weiß er: er ist gesandt. Denn — das ist das überaus Unheimliche —: überall regeln in dieser verworrenen Welt unverstandene, unverständliche Gesetze unser Leben, deren Übertretung uns die furchtbarsten Strafen bringt. Aber wir können sie gar nicht befolgen; denn wir verstehen sie nicht nur nicht, wir vermögen nicht einmal, sie zu vernehmen, so vollkommen haben wir in der Nacht und Undeutlichkeit unseres Lebens den Weg zu ihnen verloren. Wege im eigentlichen Sinn, Wege, die zu einem bestimmten Ziel führen, gibt es nicht mehr. Ein labyrinthischer Wahnsinn scheint alle Wege umeinander gedreht und ineinander verwirrt zu haben. Das Ziel ruft, aber wir wissen nicht wohin. Sinn ist da, aber nicht für uns. Und doch gibt es ja Sinn: Beziehung des Ewigen auf ein Zeitliches, nur für uns. Aber eben diese Beziehung ist hoffnungslos verstört. Wir verstehen nichts von den Ordnungen, in denen wir leben, den Gesetzen, die uns richten, den Bedingungen,

die uns angewiesen sind. Unser Leben läuft wie das des Abdias nach einer vollkommen unverstandenen, unverständlichen Notwendigkeit ab. Aber die Verstörung geht noch weiter: wo keine gemeinsamen Gesetze mehr wirken, da gibt es auch keinen gemeinsamen Raum und keine gemeinsame Zeit mehr. Jeder trägt seine eigene Zeit mit sich, ist in seinen eigenen Raum eingeschlossen. Der Verlust der Gemeinsamkeit von Zeit und Raum zeigt sich darin, daß dieselbe Zusammenziehung und fast schon Vernichtung der Zeit, die einen Menschen in einer Nacht einen entfernten Erdteil erreichen läßt, einen alten Mann in einem entlegenen Dorfe am Ende seines Lebens, nicht begreifen läßt, daß ein Mensch in einem einzigen Leben auch nur den Versuch unternehmen kann, das nächste Dorf zu erreichen. So stürzt alles in ein ungeheures Wirrsal. Mit dem Verlust der gemeinsamen Lebensbedingungen sind alle Brücken zwischen den Menschen abgebrochen. Die Einsamkeit ist absolut. Der Nächste ist uns unvertraut: wie ein Albdruck überdeutlich und rasch zerfließend; er versteht unser Wort nicht und wir das seine nicht, weil wir nicht mehr in einer gemeinsamen Wahrheit verbunden sind. Endlose, fruchtlose Auseinandersetzungen zwischen den Menschen treten so an die Stelle unmittelbaren Verstehens. Wir möchten helfen, dem Nächsten helfen; aber wir erreichen ihn nicht; die suchende, tastende Hand gleitet an der Unzugänglichkeit eines uns fremden und unfaßbaren Lebens ab. Wie Kafkas unheimlicher «Landarzt» in einer finsteren Nacht plötzlich gerufen, um eine gräßliche Wunde zu untersuchen – wir ahnen, daß es die Menschheitswunde ist –, die er beim ersten Blick als unheilbar erkennt, jagen wir mit irdischem Wagen, unirdischen Pferden, von einem unerreichbaren Ziel verzweiflungsvoll gerufen, sinnberaubt, verloren durch die schwarze, stürmische Nacht.

Und doch liegt mitten in diesem Irrsal, in diesem verworrenen Traum vom Leben klar erkennbar das Schloß, das Symbol des Übersinnlichen. Alle Wege des rings um es her gelagerten Dorfes (das unsere Welt ist) führen zu ihm empor, und doch hat auf ihnen niemals ein Mensch das Schloß erreicht. Die Entfernung scheint keineswegs unüberwindlich; das Schloß ist aus der Traumsphäre unseres Lebens herausgehoben, es ist unendlich wirklicher als alles, was uns umgibt; es ist uns ebenso nah, wie es uns fern ist; es ist mitten unter uns. Aber eben darum sind auch die Wege so schwer zu finden, weil wir sie nicht übersehen können, und wir werden immer wieder aufgehalten von den Abgesandten des Schlosses, die nicht kommen, uns einfach zu leiten, sondern uns durch unendliche Fragen, Untersuchungen, Hinweise und Verweise den Weg verstellen. Auch die himmlischen Boten, die einst so oft in dem Volk des Abdias erschienen, kehren so in dieser späten Dichtung wieder. Aber auch sie sind in einer veränderten Welt verändert, sie sind fremd und unkenntlich geworden, sie verbergen sich in den niedrigsten menschlichen Hüllen. Nur in seltensten Augenblicken blitzt in ihnen geheimnisvoll Schönheit auf, um sofort wieder zu erlöschen und

den ahnungsvoll aufgeschreckten Menschen im Dunkel allein zu lassen. Dies aber ist allein der Augenblick, an dem alles für den Menschen hängt. So ist das Heil nicht der Schimmer eines Blütenblattes, der in den düstersten Augenblick des Menschenlebens fällt; es ist Frage, es ist Prüfung, es ist der eine einzige Augenblick, der dem Menschen für seine Rettung gegeben ist.

Wer erkennte in alldem unsere verirrte, dunkel suchende Welt nicht wieder? Aber das Schloß ist da, wenn auch unerreichbar, die Boten kommen, wenn auch unkenntlich, das Gesetz wirkt, wenn auch unverstanden. Das Reich ist in all seiner unendlichen Ferne in jedem Augenblick genaht. Die Gerechtigkeit Gottes ist nicht die heitere Blumenkette, die in stiller Gelassenheit durch die Unendlichkeit des Alls hängt; sie ist dem Menschen nicht weniger fern und entrückt; aber sie ist ganz und allein auf den Menschen bezogen: sie ist *Gericht*. – Damit ist aber auch der Mensch anders auf die Gerechtigkeit bezogen. In einem letzten Brief an einen Freund schrieb Franz Kafka: «Freude kann ich an Arbeiten wie ‚Landarzt' noch haben, Glück aber nur, wenn ich die Welt ins Reine, Wahre, Unveränderliche heben kann.» In ihm selbst also lebte der große messianische Traum, die verirrte und verlassene Menschheit in die verlorene Wahrheit wieder emporzuheben. Ohne diesen großen Traum auf dem Grunde seines Lebens wäre dies Bild einer verirrten, vom Ewigen abgeirrten Menschheit nicht entstanden. Daß er aber die Erfüllung dieses Unerreichbaren, der sein ganzes Leben zustrebte, in seiner Dichtung nicht erreicht hat, das war sicher der Grund, aus dem er vor seinem frühen Tod bestimmte, daß sein ganzes Werk vernichtet werden solle. Seine Freunde haben diesen Wunsch nicht erfüllt – zweifellos nicht nur, weil sie in seiner, allein ihm selbst vor dem Anspruch des Absoluten nicht genügenden Dichtung zu deutlich die hohe Vollendung erkannten, sondern mehr und verantwortungsvoller noch, weil sie in ihr zu mächtig das Weltgewissen schlagen fühlten.

Aber dieser letzte Wille des Dichters war mehr als ein bloßes Zurücktreten von seinem Werk; er war mehr als Bescheidenheit und künstlerischer Verzicht; er war der Ausdruck des tiefsten Bekenntnisses des Todesnahen: des Bekenntnisses zur *Demut*. Demut als Verstummen vor dem Unbegreiflichen, Hingabe an die unverständliche Gerechtigkeit Gottes, jene schrankenlose Hingabe, die so nah wie nichts anderes der Liebe ist. Demut, die in ihrer heiligsten Tiefe die Gewißheit des achtundneunzigsten Psalms ist, in dem die Seele sich ihrem eigenen Gericht als der Gerechtigkeit Gottes jauchzend entgegenwirft. Durch sie erfüllt sich das stillste und heiligste Mysterium, das selbst das Wunder des Reiches ist: daß die Gerechtigkeit, indem sie sich über den Menschen hinweg vollzieht, aufblüht zur heiteren, allversöhnenden Liebe.

Margarete Susman.

Mein Weg

Von *Leonhard Ragaz* *

DIE ÄUSSERE UMGEBUNG

... Mein Geburtsort ist Tamins, am Zusammenfluß der beiden Quellströme des Rheins. Sozusagen auf dem Felsen, an dem sie aufprallen, bevor sie vereinigt ihren Weg weiter nehmen, steht das Schloß, das der Familie Planta gehörte, wo einst Zschokke an dem dort eingerichteten Philanthropinum gelehrt hatte, um dann, als verfolgter «Patriot», das heißt Anhänger der Französischen Revolution, rheinabwärts zu fliehen, einer großen Wirksamkeit entgegen, während die Inschrift über einer Türe noch in unseren Tagen anzeigte, daß unter dem Decknamen Louis Chabot dort einmal, auch als Lehrer, der spätere französische König Louis Philipp gewohnt habe. Zum Schlosse gehörten rheinabwärts ein großer Baumgarten, dessen für unsere Verhältnisse seltene und besonders edle Früchte uns Knaben lockten, jenseits der Straße aber, auf dem Felsen, ein schöner, von uns bewunderter Park, wo man von einem Vorsprung aus gut den Zusammenprall der beiden Rheine beobachten kann. Daran grenzt auch heute noch ein viel besuchter Gasthof, in welchem ich später, als Pfarrer von Chur und auch sonst etwa, manchem Hochzeitsessen beigewohnt habe, nachdem die Traufeier in der dafür stets freundlich überlassenen Schloßkapelle stattgefunden hatte. Über den vereinigten Rhein führte eine alte hölzerne Brücke, die prachtvoll in das ernste Landschaftsbild paßte, aber leider noch in meinen Schulkinder-Tagen abgebrannt ist (ich lieferte, trotzdem ich, auf dem Maiensäß weilend, den Brand nicht selbst gesehen hatte, davon in einem Schulaufsatz eine Beschreibung, die meinen Lehrer veranlaßte, den Eltern dringend zu raten, daß ich studieren müsse), während die über den Vorderrhein noch lange aushielt, bis auch sie einer langweiligen Eisenkonstruktion weichen mußte. Hart an der andern aber stand ein Laden mit Bäckerei (er war zugleich Post und Telegraph), deren gütige Inhaberin bei uns Kindern hoch in Gunst und Ehren stand; denn sie legte einem bescheidenen Kauf immer ein paar Feigen oder auch ein «Mütschli» (ein kleines süßes Brötchen) bei. Ging man über die Brücke, so kam man, sich rechts wendend, am Hochufer des Hinterrheins nach dem Brühl, wo es, neben den Wiesen weiter hinten, sogar Weinberge gab (etwas für uns Kinder besonders Merkwürdiges) und dazu, was noch wichtiger und lockender war, ganze Reihen von Maulbeerbäumen, deren süße Früchte wir im Sinne des primitiven Kommunismus, ohne Gewissensbisse, behandelten, während die «Gumpen»

* Mit freundlicher Genehmigung des Diana-Verlages geben wir hier unsern Lesern einige Leseproben aus dem so wichtigen letzten Werk unseres verehrten Leonhard Ragaz, welches demnächst im Diana-Verlag, Zürich, erscheint. (Vgl. 3. Umschlagseite.)

(das heißt Wassertümpel) am sandigen Strande uns zum Baden dienten und zu Schwimmversuchen verlockten, die nicht ohne Gefahr waren. Weiterhin schlossen sich dann neben dem Doktorhaus und einer Hufschmiede, mit einer großen klematisumwundenen Pappel, dem Wahrzeichen der Straße ins Oberland, das heißt ins vordere Rheintal aufwärts, weiträumige Stallungen für die Postpferde an. Denn Reichenau – so heißt ja der Weiler – war sozusagen ein Knotenpunkt für das Bündnerische Verkehrswesen meiner Jugendzeit, das nur eine Eisenbahn bis Chur kannte. Da, wo die beiden Straßen ins Vorder- und Hinterrheintal sich trennten (oder auch sich fanden), stand am Fuße einer andern gewaltigen alten Pappel ein ebenfalls alter steinerner Brunnen mit köstlichem Wasser. An seiner steinernen Hinterwand wies eine eingemeißelte Inschrift den Weg nach «Bellenz» (Bellinzona) und Cleven (Chiavenna) und erinnerte an die Zeiten, wo Chiavenna und auch das Veltlin als Untertanenländer zu Graubünden gehörten. Diese Inschrift, welche, wenn ich nicht irre, durch eine zum Gotthard und darüber hinausweisende ergänzt wurde, lockte die träumende Phantasie des Knaben in die Weite. Der Brunnen aber wurde ihm, wie jener andere, von dem bald die Rede sein wird, zum Typus dessen, was ein Brunnen bedeuten kann. Aber die Phantasie schweifte auch dem Laufe des Hinterrheins nach, an dessen Hochufer die katholischen und romanischen Dörfer Bonaduz und Rhäzüns liegen, während über der breiten und düsteren Schlucht, die der Rhein bald nachher bildet, die alte Burg Rhäzüns wuchtet und weiter vorn auf einem Hügel, an dessen Abhang im Frühling eine seltene Art von Anemonen blüht, die ebenfalls sehr alte, durch interessante Bilder ausgezeichnete St. Georgskapelle steht und jenseits des Domleschg die Viamala, wie später die Rofflaschlucht die Phantasie weiter ziehen, während wuchtige Bergmassive und auch schneebedeckte Gipfel den Hintergrund abschließen. Noch mehr aber reizte die träumende Kinderphantasie das Vorderrheintal. Denn da gab es noch keine Eisenbahn, die dessen Geheimnis zerstört hätte. Da, wo die Felder von Tamins an der Grenze des Gebietes von Trins aufhörten, begann die sich bis in die Nähe von Ilanz ziehende Rheinschlucht, die damals ein Geheimnis war, ein für die Rheingoldsage geeigneter Schauplatz, den nur etwa ein Jäger oder Fischer betrat, und wo nur ganz ausnahmsweise ein bescheidener Heuschober von menschlicher Tätigkeit zeugte, phantastisch gestaltete Felsköpfe und aus Bergsturzschutt gebildete gewaltige Absturzhänge eine Märchenromantik darstellten, die auch heute noch auf den in der Eisenbahn Durchfahrenden wirkt, falls er ein Auge für solche Dinge hat. Die Gemeinde Trins selbst bildete mit ihrer in die vorkarolinische Zeit zurück reichenden mächtigen Burgruine den Abschluß unseres kindlichen Horizontes, der sich höchstens, über die Trinser Ebene hinweg bis nach Flims, dem Kurort, erweiterte und an dem ungeheuren Gebilde des Flimsersteins seinen Abschluß fand.

ELTERN UND GESCHWISTER

... Besonders ist mir, als Illustration des Wesens meiner Mutter, eine Episode unseres Kinderlebens ergreifend in der Erinnerung geblieben. Ein einziges Mal ist, abgesehen von dem frühen Sterben meines Vorgängers (eines kleinen Leonhard, der als ganz kleines Kind starb), der Tod in unsere Reihen getreten. Einer der beiden Zwillinge, Georg – der andere war Felix – ein stiller, ernster Knabe, erkrankte an Gliedersucht, welche die Wassersucht nach sich zog. Er mußte zuletzt ins Stadtspital von Chur gebracht werden. Dort lag er lange krank. Die Mutter, das Herz voll Kummer, besuchte ihn von Zeit zu Zeit, indem sie, die abgearbeitete Frau, die zwei Stunden von Tamins nach Chur hin und zurück zu Fuß machte. Einmal begleitete ich sie heimwärts. Da zog sie, auf dem Emserboden, ein Täschchen hervor und gab mir in mütterlicher Güte ein paar getrocknete Zwetschgen zu essen. Ich habe diese Zwetschgen und den Gang mit der armen, guten Mutter nie vergessen.

Auch nicht das stille, geduldige Leiden und Sterben des guten Bruders Georg. Ich war damals Zögling der Kantonsschule in Chur. Jeden Tag besuchte ich den Bruder, gewöhnlich bevor ich in die Schule mußte. Als sein Zustand sich verschlimmerte und das Ende nahte, war die Mutter Tag und Nacht bei ihm. In der Nacht, als er starb, wachte ich auf wie von einer leisen Berührung. Das Zimmer, in dem noch ein Mitschüler schlief, war von hellem Mondschein erfüllt, die Fenster offen. Ich blieb eine Weile wach, verwundert über das Erwachtsein, das sonst nicht leicht vorkam. Die Turmuhr schlug, wie ich dann feststellte, ein Viertel vor ein Uhr. Als ich am Morgen wieder ins Stadtspital hinaus ging, erfuhr ich von der Mutter, daß der Bruder ein Viertel vor ein Uhr gestorben sei!

DIE DORFGEMEINSCHAFT

... Ich will hier überhaupt eine allgemeine Bemerkung nicht unwichtiger Art anbringen. Man hält denen, welche die kapitalistische, rein private, am individualistischen Gewinninteresse orientierte Wirtschaftsordnung durch eine mehr kollektivistische, auf das Gemeininteresse aufzubauende ersetzen wollen, gerne entgegen, daß dies die menschliche Natur verkennen heiße, welche nun einmal vorwiegend auf das private Interesse eingestellt sei; an die Verwaltung von Gemeingut und die Arbeit dafür würden nicht der nötige Eifer und die nötige Gewissenhaftigkeit verwendet. Die Erfahrungen mit unserem Dorfkommunismus widerlegen diese Annahme ganz gründlich. Bei uns war das Gegenteil der Fall: Es war selbstverständlich, daß an das Gemeingut und die Gemeinarbeit viel mehr Eifer und Treue gewendet wurde als an das eigene Gut und die eigene Arbeit. Wenn einer faul und nachlässig war, wo es seine eigenen Interessen anging, da war es nicht gerade

eine Ehre für ihn, aber schließlich war das *seine* Sache; aber wo er dies beim Gemeinwerk war oder sonst in etwas, was die Gemeinschaft anging, da war es eine Schande und auf die Länge unmöglich. Die menschliche Natur ist eben nicht ein so festes Gebilde, wie man immer wieder anzunehmen beliebt, wo man eine Änderung der Verhältnisse nicht gern sieht und nicht gern daran glaubt, sondern sie wird selbst weitgehend durch die Verhältnisse bestimmt. Eine auf den Egoismus abstellende Ordnung erzieht selbstverständlich zum Egoismus, eine auf das Gemeinschaftsprinzip abstellende aber ebenso selbstverständlich zur Gemeinschaft.

MEIN LEBEN MIT DER NATUR

... Eine Vermittlung zwischen der Natur und dem, was wir Kultur nennen können, bildet ein Moment, das einen nicht kleinen Teil meines Kinderlebens ausfüllte: das Hirtentum. Ich war der eigentliche Hirte in unserer Familie. Trotzdem ich ältere und jüngere Brüder hatte, die dieses Amt hätten verwalten können, zum mindesten neben mir, überließ man es mit Vorliebe mir. Und ich übernahm es gerne. So trieb ich denn, sobald die Allmende ergrünt war, unser Jungvieh (die Kühe blieben auf den Dorfwiesen) das Dorf hindurch auf die Weide, in meinem Hirtensack den Marend, aus Brot und Butter und etwas Käse bestehend, zu denen etwa noch ein Stück Speck oder Bindenfleisch gehörte. Zuerst kamen wir auf Gartschitscha, dann in die Flühe mit dem Eichwald, wohin ein Weglein führte, auf dem man die Tiere sorgfältig in der Hut behalten mußte, oder auch auf Via nova und Penis oder, auf der andern Seite, auf Girsch, am Kunkelsweg, in den Rand des Schwarzwaldes oder in andere Partien. Es war eine reiche Welt und im Hirtentum selbst eine gewisse Ordnung. Mühsam war dieses Leben nicht. Die Hauptsache war das Hintreiben der Tiere, die Anweisung der Weideplätze und das Heimtreiben. Daneben galt es bloß, ein wenig auf die Tiere aufzupassen, namentlich an gefährlichen Stellen oder in der Nähe von Wiesen und Äckern. Man war viel allein, aber auch etwa mit andern Buben zusammen. Denen erzählte ich wohl etwa die Geschichte Robinsons aus meinem Buch, wofür sie mir dann «wehren», das heißt Gänge machen mußten, um den Tieren den rechten Ort zu weisen, oder sie an diesem festzuhalten. Noch geruhsamer, aber auch einsamer war es, wenn ich im Sommer etwa dem «Ochsler» als «Fißner» dienen mußte. Für die Kühe, die man um der Milch willen nicht auf die Alp ließ, «Heimkühe» genannt, gab es einen eigenen Dorfhirten, «Ochsler» genannt, weil man früher offenbar viele Zugochsen hielt, was zu meiner Zeit nicht mehr der Fall war. Ich hatte *diesen* Fißnertag gern, während ich, wohl aus krankhaftem Hochmut, es meistens vermied, Fißner des Geißhirten («Geißler») zu werden. Es war manchmal auch langweilig. Nur gab es da für die Hirtenfreuden des Frühlings

einen köstlichen Ersatz: die Erdbeeren, die an einzelnen, uns wohlvertrauten Plätzen in unerschöpflicher Fülle zwischen den Farnkräutern leuchteten. Ich war im übrigen kein schlechter, sondern ein ausgesprochen guter Hirte. Ich wünschte, daß ich es später, als Pfarrer und Lehrer, an den Menschen ebenso musterhaft gewesen wäre, wie ich es an meinen Tieren gewesen bin. Ich verstand es, sie auf die besten Weiden zu führen, ich kannte sie und liebte sie. Wenn ein Kälbchen sich in den Alpwald verirrt hatte, dann überwand ich auch die Scheu vor dem nächtlichen Dunkel mit seinen Gefahren, um es, sehnsüchtig rufend, anzulocken und zu finden. Wenn aber eines umkam, meistens auf der Alp und am sogenannten Kost (dem Milzbrand), so war es ein großer Kummer. So lernte ich früh das Verlorene suchen. Ich lernte es auch von der Mutter, wenn sie einen Franken oder auch nur einen Zwanziger verloren hatte und Stube oder Küche kehrte, bis sie ihn gefunden. Die Gleichnisse vom verlorenen Schaf und Groschen wurden mir damit unmittelbar vertraut.

An den Stätten, wo sich dieses Hirtenleben meiner Kindheit abgespielt hat, ist vieles anders geworden. Es wächst wohl dort, wo man, nach einem einstigen Waldbrand, junge Pflänzchen hingesetzt hatte – die man schonen mußte – hoher, grüner Wald, Lärchen- und Tannenwald, aber in meiner Erinnerung leuchtet es im Glanze des Kindheits- und Jugendfrühlings, so wie es war. Sicher hat es mein Wesen tief beeinflußt.

AUF DER UNIVERSITÄT

. . . Das war die Studentenstadt Jena. Sie war in mancher Beziehung wie ein Dorf. Die Lebenshaltung war primitiv. Man konnte als Student ruhig auf dem Marktplatz für einige Pfennige Kirschen kaufen und sie im Weitergehen aus der Düte essen. Im Herbste bedeckten abgefallene kleine Pflaumen alle Wege der Umgebung. Man mußte sich aber in acht nehmen, nicht in einen der Töpfe mit Pflaumenmus zu treten, die nicht nur vor allen Fenstern, sondern auch auf den Treppen standen. Unser gemeinsames Mittagessen (Frühstück und Abendessen besorgten wir uns selbst oder bekamen es von der «Philisterei») im «Kaiserhof» bei Papa Zimmermann (dem Moosherr mit großem und lautem Eifer seine neueste Lektüre kund tat, jeden einen «truurige Sack» nennend, der nichts davon wußte) stand in starkem Kontrast zu diesem großartigen Namen. Auch ließen wir uns durch überreichlichen Genuß des Gratisbrotes mit der gesalzenen Butter eine gewisse Schäbigkeit zu Schulden kommen, wie sie Schweizer im Auslande nicht selten zeigen, und deren ich mich noch jetzt schäme.

Moosherr und ich wohnten auch sozusagen auf dem Lande, nämlich in Wenigenjena jenseits der Saale, wo eine Zeitlang auch Schiller gehaust hatte. Es war eine primitive Bude, der Besitzer ein typischer

Jenenser Studentenphilister, die ganze Bevölkerung, namentlich die einfachen Leute, freundlich und zutraulich, gegen uns Schweizer mit einem gewissen herablassenden Wohlwollen erfüllt. Nur daß man uns für ein wenig dumm hielt, was zu einem großen Staunen führte, als ich im Seminar von Professor Nippold einen Vortrag hielt, von dem die deutschen Teilnehmer das Gefühl hatten, daß sie ihn nicht zustande gebracht hätten.

Es ist hier vielleicht der Ort, ein Grundthema all dieser autobiographischen Erinnerungen anzuschlagen, wenigstens auf vorläufige Weise: unser Verhältnis zu den Deutschen und zu Deutschland. Wie ich schon angedeutet habe, war ich noch naiv alldeutsch gesinnt. Und so die schweizerischen Kameraden auch. (Moosherr ist es zeitlebens geblieben.) Es gab da keine Schwierigkeiten. Immerhin fiel es uns auf, als ein Schweizer Historiker, den wir dort trafen, der freilich schon vom Vater her mehr ein Deutscher war, aktiv in der deutschen politischen Parteibewegung mitkämpfte, wenn auch in demokratischer Opposition. Es war ja auch so, daß der Nationalismus im damaligen Deutschland, etwa abgesehen von Berlin, noch nicht die abstoßenden Formen angenommen hatte, die später sich entfalteten. (Oder haben wir sie bloß weniger gespürt?) Es war, soweit Politik überhaupt in Frage kam, die Atmosphäre des Nationalliberalismus. Vom Sozialismus merkten wir noch nichts. Aber mein Alldeutschtum geriet in Blüte. Es kam bei einem bestimmten Anlaß zu einem Ausdruck, den ich nicht vergessen habe, und der zu meinem späteren Erleben in einem seltsamen Kontrast steht. Wir Schweizer hatten, zum Abschied, eine Versammlung veranstaltet, zu der wir auch eine Anzahl deutscher Kommilitonen, Professoren wie Studenten, eingeladen hatten. Ich hielt die Festrede. Es war ein enthusiastischer Erguß, worin ich unter anderem die Deutschen aufforderte, sich gegen ihre drohenden Feinde zu waffnen und zu rüsten! Ich zitierte die Verse von Leuthold (Zeitgedichte) . . .

Wir wohnten, Moosherr und ich, in der Elsässerstraße, welche damals beinahe den Norden *Berlins* abschloß. Dort hatten wir bei Schutzmann Herrmann und seiner Frau zwei schöne Zimmer gemietet, die wohl zum großen Teile Moosherr bezahlte. Wir mußten zu ihnen neunundneunzig Stufen hinaufsteigen. Es wohnten in dem Hause etwa dreißig Familien. Einige auch in den Kellerwohnungen, zu denen wir hinuntersahen, wenn wir über den Hof gingen, was mir besonders am Abend einen tiefen Eindruck machte. Oben aber war eine in ihrer Art prachtvolle Aussicht. Tief unter uns lag ein Spielplatz, oben ging es dann in die nordwestliche Weite, der Himmel zeigte auf noch großartigere Weise jene Sonnenuntergänge der Ebene, die mir schon in Basel Eindruck gemacht hatten. An einem der ersten Abende hatte ich aber, nach eingebrochenem Dunkel, ein erschreckendes Erleben: in nicht zu großer Ferne schlugen mächtige Flammen auf und erfüllten den ganzen Horizont. Ich dachte zunächst an eine große Feuersbrunst. Aber

die Flammen blieben. Es wurde mir dann, am andern Tag, erklärt, das seien die Flammen aus den Essen der Borsigwerke in Moabit. Aber ich habe doch daran denken müssen, als ich von dem Brande Berlins las, der in diesen Tagen die gewaltige Stadt verzehrt, wie er in der Offenbarung Johannis Rom verzehrt.

Wir lebten wieder sehr einfach. Am Morgen brachte uns Frau Herrmann den wie in Jena etwas zweifelhaften Kaffee, das Nachtessen besorgten wir uns selbst. Ich kaufte in einer der zahlreichen Auslagen und Lebensmittelläden ein wenig Leberwurst oder Cervelat, und Moosherr kochte dazu eine Tasse Tee oder Schokolade. Das Mittagessen nahmen wir zeitweilig in der akademischen Speisehalle hinter der Universität ein, nachher aber, weil es dort doch etwas zu gedrängt und zu primitiv war (wieder mit einer kleinen Gesellschaft von Schweizer Studenten zusammen), in einem bescheidenen Restaurant an der «Schloßfreiheit» da, wo später das protzige Kaiser-Wilhelm-Denkmal stand, nur durch eine Straße vom Schlosse getrennt. Das Essen war ebenso einfach und ebenso billig wie im «Kaiserhof» in Jena.

Unsere Vermieter waren biedere, gemütliche Sachsen. Der Mann war ein Glied der Berliner Polizei. Als solcher wußte er allerlei Interessantes zu berichten. Auch gab es Anekdoten über den Kaiser – alle sehr wohlwollend; denn man war selbstverständlich monarchistisch und konservativ gestimmt. Das kinderlose Ehepaar bewohnte die Küche, wo über dem Herde ein Bett aufgehängt war, und lebte in äußerster Einfachheit.

Freundschaft und Kameradschaft spielten in Berlin eine geringe Rolle. Man traf sich wohl etwa mit Schweizern beim Essen, auf der Straße, im Theater, in der Kirche, in der Volksversammlung und wohnte zum Teil nahe beieinander. Aber es waren ausnahmslos nur flüchtige Berührungen. Den Schweizerverein mieden wir mit Bedacht. Einladungen gab es einige, auf Empfehlungen hin. Wir durften dadurch ein wenig in das Berliner Familienleben blicken. Auch vermittelte die Hochzeitsfeier des Freundes Guidon, der die Tochter eines preußischen Beamten älteren Schlages geheiratet hat, eine gewisse Kenntnis gerade dieser Schicht. Im allgemeinen aber waren Moosherr und ich aufeinander angewiesen. Mein erster Aufenthalt in der Großstadt ist für mich mit dem Gedanken der Einsamkeit verbunden . . .

Von einer andern Seite her sind religiöse Eindrücke positiver Art vollends nicht gekommen. Von allen «Gottesdiensten», die ich mitgemacht, hat mir noch am stärksten einer in der großen jüdischen Reformsynagoge an der Oranienburgerstraße Eindruck gemacht: noch weiß ich den Text der Predigt: «Wa jithaum Mosche – und Moses verstummte». Dazu einer in der Garnisonskirche, aber in einem andern Sinne. Es ist mir daran die enge Verbindung von «Thron und Altar», die das deutsche Kirchen- und Christentum so lange charakterisiert hat, besonders anschaulich geworden. Nicht nur waren die Kirchenplätze um

Geld vermietet, so daß wir stehen mußten, sondern auch der Gottesdienst trug einen höfischen Charakter. Denn mitten im Beginn der Predigt erstarrte der Prediger wie jener Soldat und blickte nachher nicht mehr auf die Gemeinde, sondern bloß auf eine Loge, worin – der Kaiser saß. Und doch war dieser Hofprediger jener sonst so freie und menschliche – Frommel!

Wohl aber hat mein übriges Berliner Leben, noch abgesehen von der Umgebung und der allgemeinen Atmosphäre, mir bleibende Eindrücke hinterlassen. Da war vor allem das Theater, mit dem ich eigentlich nur damals in eine tiefere Berührung gekommen bin. Ich erinnere mich besonders an die Rollen, welche Agnes Sorel und Joseph Kainz in Shakespearedramen spielten. Auch Ibsen lernte ich kennen; doch trat er mir erst viel später nahe. Zum Theater gesellte sich die bildende Kunst, besonders die Malerei. Ich weilte viel in den reichen Gemäldegalerien von Berlin. Auch ging ich dem Problem der Kunst theoretisch nach. Statt der «Glaubenslehre» oder «Dialektik» von Schleiermacher oder der «Summa» eines großen Scholastikers oder Calvins «Institutio» studierte ich die sechsbändige «Ästhetik» von Friedrich Theodor Fischer, der mir dann auch durch seinen «Auch Einer» und allerlei anderes vertraut und nützlich geworden ist.

Was aber das seltsame Mißverhältnis zwischen meinem theologischen Interesse und meinen andern geistigen Tendenzen in der größeren Hälfte meines Lebens, nicht nur in der Jugend- und Studentenzeit, betrifft, so bin ich nun geneigt, auch darin etwas Bedeutsames zu sehen: Ich habe Gott nie bloß in der Theologie gesucht, sondern in der *Welt*. Mir ist schließlich das Studium der Welt zum Studium der Theologie geworden. Das reut mich nicht. Denn wie ich schon anderwärts erklärt habe: der lebendige Gott des Reiches, der der Gott auch der Bibel ist, ist nicht ein Religionsgott, Kirchengott, Theologiegott, sondern ein Weltgott, ein Gott, der, gerade weil er wirklich Gott ist, in die Welt eingehen, «Fleisch werden» will. *Ihn* habe ich unbewußt, aber mit Leidenschaft, auf meinen Wegen durch die Kunst wie durch die weltliche Wissenschaft und die Welt selbst gesucht und gefunden. Ich bin gerade jetzt daran, ihn auf diesem Wege neu zu suchen und zu finden. Und ich habe ihn dann freilich auch in der Bibel gefunden. So war Gott auch über meinen nicht religiösen Jugendwegen und war größer als meine Gedanken.

BERGPFARRER

Unmittelbar aus diesem reichen, warmen Leben ging ich ins Pfarramt, mit noch nicht einundzwanzig Jahren.

Ich war, nachdem ich, aus den angegebenen Gründen, eine Berufung an die Gemeinden Feldis, Scheid und Trans, links über der Schlucht, die aus dem Vorderrheintal ins Hinterrheintal, und zwar zu-

nächst ins Domleschg, führt, abgelehnt hatte, an die andere, stolzere Seite des Tales gewählt worden, in die Gemeinden Flerden, Urmein und Tschappina, die rechts oben am Heinzenberg liegen.

Anfangs März trat ich die Stelle an. In Summaprada, unten an der Talstraße, wartete meiner ein Schlitten, der mich mit meinen paar Habseligkeiten auf einem bloßen Fußweg in tiefem Schnee nach dem bei aperem Weg für den Fußgänger in etwa anderthalb bis zwei Stunden erreichbaren Flerden führte. Es war ein wenig verheißungsvoller Anfang; aber ich wäre damals getrost in die Hölle gegangen, so voll war ich von Mut und Kampfeslust. Dort mußte ich, da die Pfarrwohnung noch nicht bereit und meine Schwester Nina noch nicht eingetroffen war, zunächst in dem primitiven Wirtshaus wohnen, dessen Inhaber ein ausgesprochener Pfarrerfeind war. Er empfing mich mit dem sehr wenig ermunternden Wort: «Wir hätten hier einen Vieharzt nötiger als einen Pfarrer.» Auch das erschreckte mich nicht zu stark.

Die Führung dieses kleinen Haushaltes war trotz seiner Einfachheit nicht immer leicht. Denn es gab im Dorfe keinen Kaufladen, keine Bäckerei und dergleichen, sondern alles Nötige mußte von Thusis, wenn nicht gar von Chur bezogen und zum Teil heraufgetragen werden. Auch war oft die Kasse buchstäblich leer. Denn das höchst bescheidene Gehalt, 1950 Franken für alle drei Gemeinden, wurde namentlich von der einen ganz unregelmäßig bezahlt –, und zwar nicht, weil man das Geld nicht gehabt hätte, sondern weil der Kassier sich nicht von ihm trennen wollte und zuletzt, wenn auch sehr gegen mein Empfinden, unter Druck gesetzt werden mußte, um es herauszugeben. Es konnten viele Wochen vergehen, ohne daß wir mehr als zwanzig Rappen in der Kasse hatten. Ich erinnere mich, daß ich mit einem «Gelehrten» aus dem «Unterland» eine kleine Wanderung, die ich vorschlug, nicht machen konnte, weil ich nur noch – 4 Rappen im Beutel hatte. Als Ersatz für die Dürftigkeit der Besoldung gab es freilich, nachdem das alte Pfrundgut säkularisiert worden war, einen beinahe obligatorischen Tribut von Fleisch, Rahm, Butter und Käse und auch von ganzen «Gitzeli» (Zicklein). Es wurde uns das oft zu viel. Und die Essen, zu denen wir eingeladen wurden, hätten jeweilen für eine Woche genügt und bedeuteten eine Anstrengung eigener Art.

Die Bibel war mir durch das theologische Studium beinahe zerstört worden. Aber nun zog es mich zu ihr hin. Ich beschloß, sie einmal ganz zu lesen, und zwar nicht nur ohne gelehrten Kommentar, sondern auch ohne jede theologische Brille. So stand ich denn im tiefen Winter um fünf Uhr morgens auf und setzte mich bis zum Frühstück über die Bibel. Ich las sie ganz, von dem «Im Anfang schuf Gott Himmel und Erde» bis zu dem: «Komm, Herr Jesu!» Und sie erschloß sich mir. Nicht ganz, gewiß nicht, aber zum erstenmal. Sie wurde lebendig. Und es waren unendlich feierliche Augenblicke, wenn gleichzeitig mit dem Aufleuchten des Lichtes aus Gottes Höhen über den Berggipfeln des Danis

das Morgenrot aufleuchtete, nach und nach die ganze unermeßliche Schneelandschaft mit seinem Glanze übergoß und es in meiner Seele aufstieg: «Morgenglanz der Ewigkeit, Licht vom unerschaffnen Lichte.»

Das war meine erste entscheidende Begegnung mit der Bibel. Ihr sind dann noch etwa zwei bis drei weiterführende, ebenso entscheidende, gefolgt.

PFARRER IN CHUR

... Wenn ich dieses Wesentliche und Eigentliche aussprechen soll, so erfaßt mich eine gewisse Scheu davor. Doch darf ich wohl soviel sagen: Wenn mein bisheriger Weg trotz allem religiösen Eifer und auch einem entsprechenden, obgleich noch mehr betonten Ernst ein *Suchen* Gottes gewesen war, so war aus diesem Suchen ein Finden geworden. Nun war mir Gott, wie ich mit Recht erklären durfte, gewisser als ich mir selbst. Wie das zuletzt so geworden ist, kann ich nicht sagen. Es ist eben eines Tages dagewesen; es ist als Gabe und Wunder gekommen. Ich habe in Chur Gott verkündigt, und zwar den starken, weltüberlegenen, heiligen, persönlichen Gott und Vater. Aber ich muß sofort hinzufügen: Obwohl ich in Flerden die Begegnung mit der Bibel gehabt habe, die ich geschildert, die Entdeckung der Bibel für mich selbst gemacht habe, könnte ich nicht sagen, daß ich – ich will mich jetzt etwas kraß ausdrücken – die Bibel gepredigt habe, besser gesagt: daß ich in meiner Predigt und Lehre bewußt und klar auf dem Boden dessen gestanden hätte, was ich als Botschaft der Bibel betrachtete. Gewiß setzte ich voraus, daß das, was ich predige und lehre, mit der Bibel im Einklang sei, aber es war auf der einen Seite mein persönliches Erleben und Empfinden, was darin zum Ausdruck kam, auf der andern ein gewisses Destillat meines theologischen Denkens. Zwei Punkte spielten darin eine besonders bedeutsame Rolle: der Vorsehungsglaube und das Jenseits. Von dem Leben über den Tod hinaus darf ich auch sagen, daß es mir ebenso gewiß, wenn nicht gewisser war, als meine «diesseitige» Existenz. Was aber den Vorsehungsglauben betrifft, besser gesagt, den Glauben an Gottes Regiment im kleinsten wie im größten, so führte er auch oft in schweres Ringen mit dem Schein des Gegenteils, blieb aber doch der feste Turm meines Denkens und Tuns. Ich muß vielleicht bemerken, daß beide Themen in sich etwas verändernder Form Zentralprobleme meines geistigen Lebens geblieben sind ...

Noch mehr als durch mein Auftreten gegen den Alkohol kam ich durch mein politisches Verhalten in Konflikt mit der herrschenden Denkweise. Schon recht bald nach meinem Amtsantritt hatte ich durch eine Predigt über die Speisung der Fünftausend eine Art religiös-soziales Bekenntnis abgelegt, das großes und zum Teil unliebsames Aufsehen erregte. Ich geriet bald in freundliche Beziehung zu der sozia-

listischen Arbeiterschaft, die damals in der Hauptsache durch den Grütliverein repräsentiert war und infolgedessen einen sehr gemäßigten Charakter hatte. Im Schoße desselben hielt ich etwa Festreden. Auch erteilte ich einen Kurs über deutsche Sprache, der aber, sicher infolge meiner falschen Methode, mit einem ziemlichen Mißerfolg endigte, der mein Urteil über den geistigen Zustand der Arbeiterschaft lange beeinflußt hat. Auch war von seiten eines Teils der Arbeiter ein gewisses Mißtrauen gegen den Pfarrer als solchen zu spüren. Dagegen erinnere ich mich mit Wehmut und Dankbarkeit der Freundschaft eines einfachen Straßenarbeiters, eines älteren Mannes von tiefem und ernstem Wesen, der einen entsprechenden Sozialismus vertrat, und mit dem ich auf meiner Studierstube gelegentlich eine bedeutsame Abendaussprache hatte. Auch das Wohlwollen des Polizeidirektors Versell, der auf selbständige Weise einen demokratischen und volksverwurzelten Sozialismus vertrat, gewann ich durch meine Gesinnung und dazu das Vertrauen der wichtigsten Vertreter und Führer der Arbeiterschaft. In meiner Bibliothek befindet sich als besonders wertvolles Stück der erste und zweite Band des «Kapitals» von Karl Marx, den mir bei meinem Wegzug von Chur der Grütliverein widmete.

Zum Abschluß dieser Skizze von meiner Churer Pfarrerzeit muß ich noch zwei Ereignisse erwähnen, die sich daraus hervorheben und für mein Leben bestimmend oder doch bezeichnend geworden sind.

Da ist einmal das Schweizerische Predigerfest vom Jahre 1897. Ich hatte seinen geistigen Charakter durch die beiden Themen bestimmt, welche lauteten: «Wie predigen wir den Armen das Evangelium?» und «Wie verhalten sich Evangelium und moderne Moral?» Für das erste waren Pfarrer Benz in Basel als Referent und Pfarrer Pflüger in Zürich als Korreferent gewonnen worden. Dieser erging sich in leidenschaftlichen Ausführungen, welche aber der Verhandlung erhöhte Aktivität verliehen. Über das zweite hatte ich das Hauptreferat und Pfarrer Hauri in St. Gallen, der Bruder unseres Dekans Hauri, das Korreferat. Ich erntete großes Lob, besonders aus dem Munde von Professor Chapuis in Lausanne. Mein Vortrag ist als Broschüre erschienen und war meine erste theologisch-philosophische Schrift, wohl auch eine erste Stufe der Treppe, die zur Professur führte. Wichtiger war, daß damals jene Beschäftigung speziell mit den Problemen der Ethik begann, die dann in meinem Studium und Denken so zentral wurde. Pflüger hatte heftig gegen meine positive Würdigung Nietzsches protestiert. Auf ein Schlußwort hatte ich leider verzichtet. Eine Fahrt nach Thusis mit einer poetisch-erbaulichen Rede des ehrwürdigen Pfarrers Klotz ist mir in Erinnerung. Sehr wirkungsvoll und charakteristisch hatte Hosang die ganze Tagung eingeleitet.

Wichtiger noch ist das zweite Ereignis, die Calvenfeier. Sie wurde zu einem Gipfelpunkt bündnerischen Lebens, an dem ich einen reichen Teil hatte. Lange, lange hatte man in ganz Graubünden darauf ge-

rüstet, hatte die alten kostbaren Trachten aus Kasten und Truhen geholt, die Rollen verteilt und geübt, die Gesänge studiert und was sonst notwendig war. Das Festspiel war von M. Bühler und G. Luck gedichtet und enthält sehr schöne Partien, namentlich eingelegte Lieder; die ebenfalls vortreffliche Musik stammte von Barblan. Die Aufführung, zu der auch sehr viel Volk aus dem «Unterland» strömte (auch Hodler war dabei), litt am ersten Tage unter ungünstigem Wetter, erregte aber doch gewaltigen Enthusiasmus. Als dann bei der zweiten Aufführung die Worte gesprochen wurden:

Schaut hin, noch nie sah ich so hell sie strahlen,
Die Gottessonne über unserm Tal,
Und machtvoll geht ein glückverheißend Leuchten
Durch unsern großen stillen Ahnensaal

leuchtete wie ein Zeichen die Sonne auf.

Ich hatte die Festpredigt zu halten. Es war ein großer Anlaß, der größte dieser Art, den ich erlebt. Gott half mir (ich darf wohl so sagen), daß ich auf der vollen Höhe stand. Mein Text war: «O Land, Land, höre des Herrn Wort.» Ich konnte aus dem stärksten und tiefsten Quell meines religiös begründeten Bündnertums schöpfen. Groß war der Beifall und das Lob (nur ein Basler Theologe fand die Predigt zu wenig religiös!). Ich empfing ein freundliches Lob auch aus dem Munde der Gattin des anwesenden Bundespräsidenten Müller. In der ganzen Schweiz war man auf mich aufmerksam geworden. Die Berufungen an wichtige Stellen wollten nicht aufhören – zu meiner Qual! Es war der Höhepunkt meiner Beliebtheit und Volksverbundenheit.

Auch vorher hatte ich, aus meiner Kenntnis des Schlachtfeldes und der von mir sorgfältig studierten Schlachtgeschichte schöpfend, in Vorträgen die Feier vorbereitet. Diese Calvenschlacht ist ja wirklich das großartigste Beispiel von moralischer Kraft und echtem Heldentum, das sich in unserer Geschichte mit einer Waffentat verbunden hat. Und ich war ja damals Militarist. Eine Feldpredigt auf dem Waffenplatz Chur hielt ich für eine große Ehre. In der Familie von mehr als einem Obersten war ich hochgeehrter Gast und Freund. Die Verbindung mit den Obersten Wasmer und Becker hat sogar meinen späteren Antimilitarismus überstanden.

So bildete die Calvenfeier den Höhepunkt einer Linie meiner Entwicklung und eines Momentes meiner Existenz – und das Ende!

BASEL

... Im übrigen enthüllte Basel nach und nach auch seine nicht kleinen Vorzüge. Man muß in Basel sozusagen eine Quarantäne durchmachen, muß einen Stachelwall von Unfreundlichkeit, abweisendem Hochmut, ängstlichem oder überheblichem Mißtrauen durchmachen. Der

«Spion» über den Haustüren, das heißt ein ovaler Spiegel, der das Bild des vor der Türe Stehenden weitergibt, muß zuerst ansagen, wer unten stehe, bevor man die Türe öffnet, und ist für die Basler Art charakteristisch. Aber wenn die Quarantäne vorüber und der Stachelwall durchbrochen ist, dann ist man in Basel auch daheim. Dann wird man sozusagen in die Familie aufgenommen, als Eigener behandelt und mit großer Treue festgehalten. Dann offenbart die Basler Art ihre Schätze. Unter der stachligen Schale verbirgt diese baslerische Art ja einen kostbaren Kern von Ernst, Tiefe, Gescheitheit, Kultur und neben der konservativen Befangenheit die Fähigkeit zu einer großen geistigen Freiheit. Mit Zürich verhält es sich umgekehrt. Hier liegt der Kern ohne Stachelschale zutage. Man wird mit offenen Armen aufgenommen. Aber man ist schließlich doch nicht daheim – man ist nicht in einer Familie, sondern in einem Hotel. Und die bereitwillige Aufmerksamkeit wendet sich leichter wieder einem andern zu, der die Anziehungskraft der Neuheit besitzt. Wobei übrigens Zürich auch seine ihm eigenen Vorzüge hat, wie sie sich in allerlei Gestalten verkörpern: von Zwingli über Lavater und Pestalozzi bis zu Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer . . .

Zu der erwärmenden Erfahrung dieses geistigen Elementes in der Basler Atmosphäre kam nach und nach auch die des äußeren Rahmens. Zwar wenn ich aus den Parpaner Ferien zurückkehrte, wurde der Übergang immer wieder für Leib und Seele drückend und konnte nur durch irgendein gutes Erleben, gelegentlich durch eine Wanderung auf den Gempenstollen oder gar den Hauenstein, häufiger auf den Belchen, ein wenig überwunden werden. Aber das wendete sich doch immer mehr zum Besseren. Die Rhein- und Juralandschaft ist mir in ihrer Heiterkeit und noch mehr in ihrem träumerischen Ernst immer mehr ans Herz gewachsen und der Alpenlandschaft ebenbürtig geworden . . .

In diesen Zusammenhang stelle ich wohl am besten ein anderes wichtiges Faktum der Basler Zeit: die Gründung der «Neuen Wege». Sie fiel in die Wendezeit des Jahres 1906, also in das Jahr der Gründung der religiös-sozialen Bewegung. Doch galten sie nicht von Anfang an als deren spezifisches Organ, sondern mehr als Ausdruck der Überbietung des Parteiwesens. Ihr wichtigster Mitarbeiter war darum lange Professor Wernle. Daneben aber war auch Kutter vertreten. Das Religiös-Soziale war von Anfang an auch dabei. Es war der Ausgangspunkt für die Überbietung des Parteiwesens. Aber das Religiös-Soziale hatte selbst eine noch unbestimmtere Form und einen weiteren Rahmen als später. Fast alle lebendigen Kräfte strömten ihm zu.

Bei der Gründung machte das Finden des rechten Namens für die neue Zeitschrift ziemliche Mühe. Gegen «Neue Wege» wurde eingewendet, dieser Name müsse in dem Maße veralten, als unser Programm sich erfülle. Diese Sorge hat sich als unbegründet erwiesen.

Die Redaktion war nicht von Anfang an in meiner Hand. Es standen neben mir die Pfarrer Liechtenhahn in Buch am Irchel (Zürich) und

Hartmann in Chur, zwei ziemlich anders geartete Geister, von denen Hartmann eigentlich nie so ganz zu den Religiös-Sozialen gehörte. Ich war jedenfalls der Revolutionärste unter ihnen, von dem die meisten Stürme ausgingen. Auch lastete der Hauptteil der Redaktionsarbeit auf mir. Meine Gänge die Augustinergasse hinunter an der Universität und dem Blauen und Weißen Haus vorbei zum Rheinsprung, zur kleinen Druckerei Zbinden, wo der stets freundliche, charaktervolle und uns auch gesinnungsverwandte alte Berner waltete, gehörten fortan zum eisernen Bestand meines Basler Wirkens. Später, als unser sozialer und religiöser Sozialismus stärker hervortrat, zog sich zuerst Hartmann, der am konservativsten Geartete, und noch später Liechtenhahn zurück, und an ihre Stelle traten Matthieu und Stückelberger und später Lejeune und Straub, bis infolge meines Rücktrittes von der Universität die Freunde mir durch die «Neuen Wege» eine Existenzmöglichkeit schaffen wollten und mich daher zum alleinigen und besoldeten Redaktor wählten. Die «Neuen Wege» sind ein wichtiger Teil meines Schicksals geworden und es geblieben bis auf diesen Tag. Sie haben mir viel Mühsal gebracht, viel großen und kleinen Kampf und Schmerz, aber auch viel Freude und Sieg.

Juden und Araber in Israel

Während die arabischen Flüchtlinge aus Israel zu den großen Sorgenkindern der UNO geworden sind, hat sich an ihren in Israel zurückgebliebenen Stammesgenossen ein weder von ihnen selbst noch von den Juden in seiner ganzen Bedeutung genügend beachtetes Wunder vollzogen.

Nach Beendigung der jüdisch-arabischen Feindseligkeiten war die Stellung der arabischen Minderheit in Israel höchst prekär. Besiegt und von den Siegern der aktiven Anteilnahme an den Kämpfen beschuldigt, bildeten sie mit einer Zahl von mehr als 170 000 Menschen ungefähr 14 Prozent der Bevölkerung eines Staates, der seine Existenz unter dem Druck der Furcht begann, daß eine zweite Runde mit einem politisch oder militärisch besser gerüsteten Gegner jeden Augenblick wieder beginnen kann. Die wenig freundliche Behandlung der Araber in der ersten Zeit nach dem Waffenstillstand war ein sichtbarer Ausdruck dieser Mentalität.

Im Laufe der letzten fünfundsiebzig Jahre hat das Verhältnis zwischen Arabern und Juden Palästinas häufig gewechselt. Die ersten unter der Ägide Baron Rothschilds nach dem Lande gekommenen Siedler haben anfangs zur arabischen Umwelt ähnliche Beziehungen gehabt wie die deutschen Templer. Der Zustand von damals glich dem an der Wildwestgrenze Nordamerikas zwischen Farmern und Rothäuten herrschenden, und er bestand in einem dauernden Wechsel von Krieg und Frieden

zwischen in Lebensstandard, Religion und Moral durch Welten voneinander geschiedenen Gruppen. Das Zünglein an der Waage war in jenen Zeiten eine primitive, aber keineswegs immer unfähige türkische Verwaltung.

Die Situation veränderte sich mit dem Eindringen europäischer politischer Ideen in die arabische Welt und mit der Zuwanderung größerer jüdischer Massen aus dem ehemaligen zaristischen Rußland und aus dem unabhängig gewordenen Polen. Die englische Mandatspolitik schuf durch ihr «divide et impera» einen ähnlichen Zustand wie den zwischen Deutschen und Tschechen in Altösterreich. Der Streit um politische Belanglosigkeiten veränderte eine durch das Zusammenleben von Bauern allmählich entstandene Atmosphäre von Menschlichkeit allmählich in das Gegenteil. Sie wurde ersetzt durch eine dauernd zu Ausbrüchen überreizter Nerven inklinierende.

Das goldene Zeitalter der jüdisch-arabischen Beziehungen in Palästina war der zweite Weltkrieg. Tausende von Arabern und Hunderte von Juden arbeiteten gemeinsam zu gleichen Löhnen und Arbeitsbedingungen in den Camps, Werkstätten und Flugplätzen der alliierten Armeen des Mittlern Ostens. Zu politischen und nationalen Reibungen ist es in dieser Zeit niemals gekommen. Ganz im Gegenteil, in gemeinsamer Arbeit sind auf diesem Wege menschliche Bindungen entstanden, die den arabisch-jüdischen Konflikt überdauert und sich bei der Wiederanknüpfung der Beziehungen als äußerst wertvoll erwiesen haben.

Der unbehagliche Übergangszustand ist für die arabische Minderheit noch keineswegs ganz vorüber. Es wird noch lange dauern, bis sich die Folgen der übereilten Beschlagnahme des mobilen und immobilen Besitzes der Flüchtlinge wieder eingerenkt haben. Als Folge davon schleppen sich schon seit Jahren Rechtsstreitigkeiten hin, denn die in den Besitz von Boden und Häusern gekommenen Personen und Organisationen sind nur sehr schwer zur Herausgabe der Gewinne zu bewegen, die ihnen der Krieg leicht in den Schoß geworfen hat.

Anerkennenswerte Verdienste um die Restitution arabischen Eigentums und um die Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte der Araber Israels hat sich der Oberste Gerichtshof Israels erworben. Mit Hilfe der aus der britischen Mandatsgesetzgebung übernommenen «order nisi» sind namentlich die Militärbehörden in Aufenthaltsfragen, Rücknahme von Ausweisungen und Wassergerechtsamen häufig dazu gebracht worden, ihre Entscheidungen zugunsten der Kläger zu korrigieren.

Der Araber Palästinas ist immer ein geschickter Untertan gewesen, denn er hat sich schon sehr oft und sehr schnell in völlig veränderte Verhältnisse schicken müssen. Während eines halben Jahrhunderts hat Palästina unter vielen Herrschern gestanden: auf das Regime Abdul Hamids folgten die Jungtürken, nach ihnen kamen die Engländer, und heute ist das alte Mandatsgebiet zwischen Israel, Jordan und Ägypten geteilt. Aus

diesen Erfahrungen haben die Araber Israels zu gehorchen und stehenzubleiben gelernt.

Der Umschwung in der Lage der Araber hat aber seine entscheidenden Gründe nicht im Politischen, sondern sie liegen auf dem Gebiet der Menschenökonomie, und sie sind merkwürdigerweise das Ergebnis der jüdischen Masseneinwanderung in das Land. Nach den gegenwärtig maßgebenden Gesetzen der politischen und ökonomischen Logik hätte die Immigrationswelle den Rest der Araber erbarmungslos aus Israel fortspülen müssen, denn jeder Zoll Boden wird dringend zur Unterbringung der Neuankömmlinge benötigt. Das Wunder der arabischen Minderheit erklärt sich daraus, daß sie ein dringendes ökonomisches Bedürfnis Israels befriedigen kann und zu dessen Befriedigung noch auf lange Zeit hinaus unentbehrlich sein wird. Ohne die arabische Landwirtschaft wäre die Versorgung Israels mit Gemüse trotz der Vergrößerung der Gesamtanbaufläche noch unzureichender als sie ist. Ihre Stärke liegt darin, daß sie durch uralte Erfahrung auf den Anbau jener Gemüsearten spezialisiert ist, die wie Zwiebeln, Tomaten, Gurken und Melonen den Hauptanteil des orientalischen Ernährungspotentials ausmachen und auf dem Gebiet der hierzu erforderlichen Bewässerung bisher durch niemand anderen ersetzbare Spezialisten sind. Trotz einem Überangebot an jüdischen Arbeitskräften sind daher auch die jüdischen Landwirte genötigt, auf arabische Arbeit zurückzugreifen. Alles spricht dafür, daß sich die Araber Israels zu einem seiner integrierenden Bestandteile und zu einem beachtenswerten Element eines sich neu gestaltenden Orients entwickeln werden.

Vom Tage her gesehen, erscheint der Wandel dieses Teils der jüdisch-arabischen Beziehungen als eine nebensächliche Angelegenheit. In Wirklichkeit stecken in ihm bedeutsame, für eine Neugestaltung des Verhältnisses von weißen und farbigen Völkern höchst bedeutsame Ansätze. In Israel bildet sich unter dem Zwang der äußern Verhältnisse eine Form neuer kolonialer Kooperation heraus, die schon sehr bald richtungweisend nicht nur für die Behandlung des arabischen Flüchtlingsproblems, sondern auch für die Probleme internationaler Flüchtlingspolitik sein wird, weil sie zeigt, daß sich von gemeinsamer Not getriebene Menschen ohne Vorurteile auf einer gemeinsamen Basis zusammenzufinden vermögen, auch wenn sie noch vor kurzem sich als tödliche Feinde gegenübergestanden haben. *Karl Loewy.*

Vom andern Amerika

Die Kirchgänger in Amerika pflegen beim Eintritt in die Kirchen ein Programm der gottesdienstlichen Handlungen sowie der sozialen und erzieherischen Veranstaltungen der Kirche während der Woche zu er-

halten. Diese Programme sind meistens mit Bildern, Gedichten und Weisheitssprüchen geziert.

Der liberale methodistische Kanzelredner Dr. H. Crane in Detroit gibt seinem Gottesdienst einen besonderen Wert durch kurze, meist auf das Zeitgeschehen und seine Predigt bezügliche eigene Betrachtungen auf der ersten Seite des Kirchenprogramms. Diese Betrachtungen, immer geistreich und in meisterhafter Sprache, suchen, was Bekennermut und kühne Kritik anbelangt, ihresgleichen.

Wenn mit ihnen immer ein konsequentes Handeln verbunden wäre, wenn die Diener der Kirche aller Konfessionen mit dem Geist, der Einsicht und dem Mut des Dr. Crane nicht nur eine kleine Herde, sondern eine gewaltige Schar wären, dann sähe es in den Vereinigten Staaten und in der Welt heute anders aus. Hoffen wir, daß es wieder einmal «die kleine Herde» sei, der der Sieg gegeben wird.

Im Folgenden geben wir eine solche Betrachtung des Dr. Crane in Übersetzung wieder. *Alice Herz.*

Wozu wir nicht schweigen dürfen

Nach allem, was wir über die Notwendigkeit, uns in das Schicksal zu fügen und über den Adel stiller Ergebenheit in das Unvermeidbare sagen mögen, es gibt Dinge, denen gegenüber es keine Ergebenheit geben darf.

So oft wir in gewissen Fällen die Hand aufs zitternde Herz legen, um sein schrilles Aufbegehren zu beschwichtigen und ihm sagen: «Sei still, es wird schon alles wieder gut werden!», es bleibt doch der trotzende, nicht zu unterdrückende Aufschrei: «Nein, das darf nicht sein! Nicht alles kann wiedergutgemacht werden. Diese unfaßbaren Frevel und Leiden dürfen nicht sein!»

Wenn wir Millionen menschlicher Wesen unmenschlich leiden, verhungern, sterben sehen, während andere Millionen im Überfluß schwelgen und sich weigern, ihren Überfluß mit den Hungernden zu teilen, oder, was schlimmer ist: das Unglück der Hungernden höhnisch und barbarisch ausnutzen, indem sie durch ihre Hilfeleistung politische Konzessionen zu erpressen suchen, so scheint es uns unfaßbar, daß solche grausame, steinerne Härte in «christlichen» Kulturländern möglich sei. Aber sie ist Wirklichkeit.

Wenn wir uns durchs Herz gehen lassen, welch ein maßloses Verbrechen der moderne Krieg ist und gleichzeitig sehen, wie sich Völker verschwenderisch, ohne Rücksicht auf die Grenzen ihrer Kraft und ihres Vermögens, wie wahnsinnig auf das Massenschlachten vorbereiten, dabei in lichten Momenten wohl wissend, daß alles letzten Endes äußerste Sinnlosigkeit, grauenvollen Wahn bedeutet, dann trachten wir umsonst, Geist und Herz zu beschwichtigen.

Vielleicht mag es noch heute «Philosophen» geben, die von der «besten aller Welten» plappern und behaupten, daß alles, was in ihr vorgehe, richtig sei und so sein müsse. Aber ein unverbogenes Menschenwesen nährt in seiner Brust einen Rebellen, der gegen alle Mächte des Himmels und der Erden nicht zugeben wird, daß solches Unrecht, solche Grausamkeit und Verderbnis notwendig und durch irgendwelche Gründe zu rechtfertigen seien, jetzt und in Zukunft.

Seltsam genug: der stärkste Beweis für des Menschen göttlichen Ursprung und die Unsterblichkeit seiner Seele liegt gerade in diesem nicht tot zu machenden Rebellen und seinem ununterdrückbaren Protest.

Die Welt ist voll von Unheil, Ungerechtigkeit, teuflischer Bosheit. Es ist unsittlich, dies nicht sehen zu wollen, die Augen davor zu verschließen, blöde zu beteuern, daß, weil Gott gut ist, auch alles auf Erden gut sei.

Wir handeln nur dann als sittliche Wesen, wenn wir aufschreien gegen das Böse, den Kampf mit ihm aufnehmen und unser Äußerstes für seine Beseitigung tun. Gerade dieser ewige Protest in uns gegen das Böse ist das stärkste Zeichen unseres göttlichen Ursprungs. Er erhebt den Menschen über die Tierwelt, stellt ihn «nur ein wenig niedriger als die Engel und krönt ihn mit Ruhm und Ehren».

Dulden wir aber schweigend das Böse, oder machen wir gar harten Herzens mit, dann stellen wir uns «an den abbröckelnden Rand des Abgrunds zur Hölle».

Zur Diskussion

Wie stehen wir zum Kommunismus?

Unter dieser Überschrift hat H. Kramer im vorigen Heft dieser Zeitschrift die Beurteilung des russischen Kommunismus besprochen, die K. Strijd in seinem Buche «Chrisdendom en Communisme» gegeben hat. Das Buch stellt offenbar die westliche Demokratie vor eine Kraftprobe. Man wird sich nicht mit dem formalen Hinweis begnügen können, daß das öffentliche Erscheinen einer gleich heftigen Verteidigung der westlichen Demokratie im russischen Herrschaftsgebiet völlig undenkbar ist, sondern die berufenen Stellen werden sich inhaltlich mit diesem Buch auseinanderzusetzen haben. Von der Stellungnahme der sozialdemokratischen Parteien und der christlichen Kirchen werden wir hoffentlich zu hören bekommen. Ich möchte aus einem anderen Gesichtspunkt zu dem Inhalt des Buches Stellung nehmen: als Emigrant aus der Ostzone, der freiwillig seine schwere Entscheidung zum Verlassen der Heimat getroffen hat, fühle ich mich zur Besinnung aufgerufen darüber, wie die westliche Demokratie zum russischen Kommunismus steht.

Was zunächst grundsätzlich an dem Strijdschen Buch auffällt, ist sein Messen mit zweierlei Maß. Das ist weltanschaulich gemeint. Der russische Kommunismus wird nach alttestamentlich-antiken, die sozialdemokratischen Parteien und die christlichen Kirchen werden nach neutestamentlichen Maßstäben beurteilt. Der russische Kommunismus wird vorgestellt wie der alttestamentliche Zorn Gottes und noch mehr wie das antike Schicksal, als unabhängig vom freien Willen der von ihm Betroffenen wirkend. Die Besprechung führt aus: «Der ursprüngliche sozialrevolutionäre Antrieb des östlichen Kommunismus ... wird sich über alle Widerstände und Krisen hinweg ... durchsetzen dank der Macht der Idee, die hinter ihm steht und ... und unabhängig von ihren berufenen Trägern, ja ... gegen ihre Absicht ihr Werk tun wird» (Seite 253). Die «Macht der Idee», die hier für den Kommunismus in Anspruch genommen wird, ist allem Anschein nach die Hegelsche List der Vernunft; diese ist die Notwendigkeit, die Vorstufe der Freiheit. Die Freiheit ist die eingesehene, bewußt gewordene Notwendigkeit, die Notwendigkeit die uneingesehene Freiheit. Marx und Engels machen dieselbe Unterscheidung wie Hegel und beanspruchen für ihren Kommunismus den Charakter der Freiheit, einer Freiheit, die freilich mit der Hypothek des Materialismus belastet ist. Nach dem kommunistischen Manifest ist die kommunistische Gesellschaft «eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden Bedingung für die freie Entwicklung aller ist», und Engels nennt im Anti-Dühring den Sozialismus den «Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit». Die Zurückversetzung des russischen Kommunismus aus dem Reich der Freiheit in das Reich der Notwendigkeit ist also das Zugeständnis, daß dieser Kommunismus weder christlich noch marxistisch ist. Die sozialdemokratischen Parteien des Westens und vor allem die christlichen Kirchen stehen dagegen nach Strijd unter dem Gesetz der Freiheit; sie sind zur Buße, zur freiwilligen Umkehr aufgerufen. «Jesus Christus spricht zuallererst zu der Kirche: Wenn du doch jetzt zu dieser deiner Zeit erkennen möchtest, was zu deinem Frieden dient» (S. 258). Inhaltlich gesehen lebt also der russische Kommunismus in der Zeit vor Christus, während die sozialdemokratischen Parteien und die christlichen Kirchen des Westens in der Zeit nach Christus leben.

Die beiden auf ganz verschiedene weltgeschichtliche Stufen versetzten Mächte sehen sich vor die Aufgabe einer gegenseitigen Verständigung gestellt, wobei der fortgeschrittene Westen dem zurückgebliebenen Osten «vorangehen» soll. «Auf die Frage: Wer soll anfangen?, werden die Christen, in welchem Land auch immer (auch in Rußland? – F. R.) antworten müssen: Wir. Nicht die andern, sondern wir» (S. 250). Es wird also dem Westen kraft seiner Christlichkeit die Initiativpflicht der Verständigung zugesprochen. Strijd befindet sich hier in Übereinstimmung mit dem gesamten Westen, denn eine Priorität

der Verantwortung des Westens für die Erhaltung des Friedens wird hier allgemein angenommen. Es fragt sich aber, ob bei einer so schroffen Scheidung, wie sie von Strijd angenommen wird, eine Verständigung noch möglich ist. Unter dem Vorangehen in der Verständigung wird hauptsächlich das Vorangehen in der Entwaffnung verstanden. Das «Vorangehen» hat den Sinn, daß der Partner der Verständigung «nachfolgt». Bei dem weiten Entwicklungsabstand, den Strijd dem russischen Osten zuschreibt, ist diese Nachfolge sehr unwahrscheinlich, ja unmöglich. Nur im Zusammenhang mit der Bildung einer übergreifenden Gemeinschaft ist die Entwaffnung feindlicher Gruppen möglich. Ohne diese findet der Anfang des Fortgeschrittenen keine Nachfolge des Zurückgebliebenen. Die jüdischen Partisanen der Makkabäerzeit, die am Sabbat nicht kämpften, wurden niedergemacht. Origenes hielt das Gebet der Christen für einen sichereren Schutz des Reiches als die kaiserlichen Legionen, aber die «Barbaren» eroberten das Reich. Die deutschen Bauern unter Thomas Müntzer leisteten im Vertrauen auf Gottes Beistand den Landsknechten der Fürsten keinen Widerstand, ohne daß die Landsknechte ihrem Beispiel folgten. Es scheint, daß die von Strijd so getadelten westlichen Regierungen mehr Chancen zur Herstellung einer gemeinsamen Front mit den Russen und damit zum Frieden und zur endgültigen Entwaffnung haben als ein radikaler Pazifismus, weil sie bei allem Rüsten doch die Russen als gleichartig und gleichzeitig mit sich ansehen. Bei Strijd sieht es so aus, als ob die Christenheit des Westens «zuerst» die volkommene Gerechtigkeit des Reiches Gottes verwirklichen soll, ehe sie die Nachfolge des russischen Kommunismus erwarten darf: «Wenn wir uns . . . als Christen mit dem Kommunismus befassen wollen, dann werden wir nicht zuerst unsere Kritik gegen die totalitäre Struktur des Kommunismus und alles, was damit zusammenhängt, richten müssen. Das werden wir erst tun dürfen, *nachdem* wir uns mit unserem christlichen Auftrag in der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wirklichkeit, in der wir leben, befaßt haben» (S. 249). Strijd übersieht dabei ganz, daß seine Zurückversetzung des russischen Kommunismus unter die Herrschaft der List der «Idee» oder der Notwendigkeit eine viel schärfere Kritik ist, als sie der grobschlächtigsten Schwarz-Weiß-Propaganda zugrunde liegt. Er streitet damit dem russischen Kommunismus nicht nur jede Christlichkeit, sondern auch den wahrhaft marxistischen Charakter ab. Strijd fordert vom Westen als «Antwort auf die Herausforderung des Kommunismus» die Verwirklichung eines «radikalen, konstruktiv-revolutionären, demokratischen Sozialismus» (S. 257). Dieser Sozialismus ist so ziemlich das Reich Gottes auf Erden. Dieses Reich kann aber nicht vom Westen allein geschaffen werden, sondern nur von Gott und den beiden Partnern, dem Westen *und* dem Osten zusammen. Es sieht doch ganz danach aus, als ob Strijd mit dem vielberufenen «himmlischen Egoismus»

des pietistischen Christen vor allem *seine* und seiner Gleichgesinnten Seele zu retten versucht. Bei Nichtverwirklichung des «radikalen» Sozialismus droht er den Kirchen mit dem «Gericht». Es steht zu vermuten, daß er den russischen Kommunismus als das Werkzeug ansieht, mit dem Gott sein Gericht vollziehen würde. Als solches Werkzeug wäre der russische Kommunismus zum «Mittel» erniedrigt; da die Erniedrigung der Menschen zum Mittel für ihn das Hauptmerkmal der «Diktatur» ist, wäre so die Herrschaft Gottes selbst eine Diktatur wie der westliche und der östliche Imperialismus. Die Forderung eines absoluten, ohne Rücksicht auf die Fähigkeit des Partners zur Nachfolge in der Entwaffnung zu vollziehenden Gewaltverzichts führt stets zur Vergewaltigung: Versagt der zuerst zur Entwaffnung Aufgeforderte, so fällt er unter Gottes Gericht, das jemand vollstreckt, der dadurch zum «Henker und Büttel Gottes», wie Luther sagt, erniedrigt wird. Vollzieht der Kandidat der völligen Gewaltlosigkeit die von ihm geforderte Entwaffnung, dann führt er den Partner in Versuchung, über ihn herzufallen und damit seinerseits das Gericht mit seinen entmenschlichenden Folgen für seine Vollstrecker über sich heraufzubeschwören. Jede das Maß überschreitende Einseitigkeit der sittlichen Forderung, jedes Messen mit zweierlei Maß, wie es Strijd übt, widerspricht dem für alle Menschen, ja für alle Geschöpfe geltenden Gebot der Gottes- und Nächstenliebe.

Solche Einseitigkeit widerspricht auch dem Marxismus. In seiner dritten «These über Feuerbach» definiert Marx die «revolutionäre Praxis», für ihn das Gesetz der geschichtlichen Bewegung überhaupt, als «das Zusammenfallen des Änderns der Umstände» mit der «Selbstveränderung». Die «Umstände» haben für Marx zwar nicht den Sinn der menschlich-geschichtlichen Umwelt schlechthin, sondern bezeichnen speziell die ökonomische Praxis der bürgerlichen Gesellschaft, und die «Selbstveränderung» zielt nicht direkt auf das selbstsverantwortliche Individuum, sondern beinhaltet bei ihm die Theorie, das staatliche und weiterhin das ideologische Verhalten der Individuen. Das Zusammenfallen von Theorie und Praxis im historischen Materialismus ist eine Verzerrung der christlichen und naturrechtlichen Gemeinschaft, die immerhin die Proportionen der Gerechtigkeit des Reiches Gottes noch durchschimmern läßt. Verstehen wir unter den «Umständen» die russische kommunistische Gesellschaft und unter dem «Selbst» die staatliche und kirchlich-ideologische Wirklichkeit des Westens, dann muß ihre beiderseitige «Veränderung» oder geschichtliche Weiterbewegung nach dieser These im einen Akt zusammenfallen.

Der abstrakte Rigorismus Strijds kehrt sich bei der geschichtlichen Interpretation gegen den russischen Kommunismus selbst. Von Lenin und den andern Vätern der Oktoberrevolution wird gefordert, daß sie auf alle Diktatur- und Gewaltmethoden hätten verzichten müssen. Die Besprechung wendet hier ein: «Er unterläßt es nur, uns zu sagen, wie

die russische Revolution dann mit *andern Methoden* hätte vollzogen werden können. Daß sie mit den Mitteln des Reiches Gottes hätte vollzogen werden *sollen*, ist allerdings klar. Aber hätte sie bei dem offenbaren Mangel des russischen Volkes an ... geistiger und sittlicher Reife ... damit auch vollzogen werden *können*?» (S. 251). Dieser Einwand bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Frage, ob nicht Strijds Forderung der unbedingten Gewaltlosigkeit der russischen Revolution beizeiten das Lebenslicht ausgeblasen hätte. Im übrigen war wohl die Entstehungssituation der russischen Revolution noch komplizierter, als der Einwand annimmt. Das russische Volk war nicht nur geistig unreif, sondern auch gefühlsmäßig fromm und tief menschlich; die revolutionären Führer wußten nicht nur, was sie wollten, sondern sie waren auch Anhänger des «widerchristlichen dialektischen Materialismus» (S. 250). Das Volk und die Führer hatten also jeder das, was dem andern fehlte, aber sie hatten es beide in einem Zustand, der die gegenseitige Ergänzung unmöglich machte. Die mystisch-konservative Frömmigkeit der orthodoxen Kirche war eine «Weltherrscher»-Religion orientalischen Stils, die Christus und den Zaren miteinander vermengte. Ohne den dialektischen Materialismus hätten sich weder Führer noch Volk von diesem «Cäsaropapismus» losreißen können; um so unverantwortlicher ist es, daß Stalin in den altorientalischen Herrscherkult aus Gründen der Staatsräson und wohl auch des persönlichen Sicherheitsbedürfnisses zurücklenkt und damit das Volk um den eigentlichen Ertrag seiner Option für den westlichen Materialismus zu bringen droht. Die unpolitischen Führer des russischen Volkes haben mit großer Kraft und tiefem Ernst um einen Gottesglauben gerungen, der mit der individuellen Freiheit vereinbar war; am wirkungsvollsten wohl Dostojewskij. Man gelangte aber nicht zu festen Ergebnissen, auf denen eine politische Führung hätte aufbauen können. Mit den Ansätzen der neuen russischen Geschichte verglichen, ist die Oktoberrevolution an der Oberfläche geblieben, weil sie weder die individuelle Freiheit verwirklichte, noch die religiösen Kräfte des Volkes vom Weltherrschertum auf das Reich Gottes umlenkte. Es ist anzunehmen, daß das russische Volk sich treu bleiben wird und auf den Wegen seiner großen Denker und Dichter über den bolschewistischen Staat hinaus zu einer Gesamtordnung gelangen wird, die den «Mitteln des Reiches Gottes» besser entspricht. Im Hinblick auf diese Zukunftsmöglichkeit ergibt sich die wahre Aufgabe des Westens. Es genügt nicht, die russische Drohung mit der Weltrevolution militärisch abzuschirmen, wie es die US-amerikanische Politik – kaum ganz frei von eigenen imperialistischen Nebenabsichten – als hauptsächliches Ziel verfolgt. Es würde auch noch nicht genügen, wenn man, wie Strijd es will – und darin hat er tausendmal recht –, eine gerechte soziale Ordnung im Westen schaffte. *Gemeinsam* mit den fortschrittlichen Kräften des russischen Volkes muß der demokratische Westen für die Verwirklichung einer Organisation der gan-

zen Erde arbeiten, die christlich und sozialistisch ist. Es darf sich in Rußland nicht die Tragödie wiederholen, daß der Westen nur mit der offizellen Regierung rechnet und das Volk als Eigenwesen nicht beachtet, wie es gegenüber dem Nazideutschland geschah. Als die Russen in Berlin einmarschierten, schlugen sie Tausende von Plakaten mit einem Stalin-Wort an: «Regierungen kommen und gehen, aber das deutsche Volk wird bleiben.» Das gilt natürlich auch für Stalin.

Strijd faßt sein Urteil über die Politik des Westens gegenüber der Sowjetunion zusammen, indem er von dem «defensiven Kriegscharakter der russischen Handlungsweise» (S. 256) und von einer «gegenrevolutionären ... Zurückdrängungspolitik (des Westens) gegenüber der Sowjetunion» (S. 257) spricht. Ob man in den Zickzackkurs des Westens, der von nationalen Eifersüchteleien der Westmächte untereinander und von dem Streben ihrer Privatwirtschaft, am russischen Aufbau zu profitieren, aufs stärkste beeinflußt war, eine einheitliche Linie hineinbringen kann, ist fraglich. Anthroposophen, die von ihrer Weltanschauung aus sich zu ebenso eindeutigen Interpretationen ermutigt fühlen, nehmen an, daß der Westen in Rußland nicht ungern das Experiment einer Verwirklichung materialistischer Grundsätze sich vollziehen ließ, das er selbst gern angestellt hätte, vor dem er aber auch zugleich Angst hatte. Bis vor wenigen Jahren konnte jedenfalls von einer entschlossenen Gegnerschaft des Westens gegen den russischen Osten keine Rede sein. Sie trat erst auf nach der ungeheuren Expansion der Sowjetmacht, die seit dem Ende des letzten Krieges «vom Gelben Meer bis zur Elbe» reicht, wie Strijd, anscheinend nicht ohne Genugtuung, versichert. Die westliche Front ist daher schwer zu widerlegen, wenn sie als Motiv ihrer Rüstung die Absicht bezeichnet, sich gegen die russische Expansion zu wehren und den russischen Herrschaftsraum auf sein Vorkriegsausmaß zu beschränken. Die Russen haben demgegenüber immer wieder emphatisch erklärt, daß die Verfolgung dieses Programms den «Krieg» bedeute; allein das hängt doch wohl von den Umständen ab. Vom christlichen und sozialistischen Standpunkt aus kann man von den Vertretern dieses Programms verlangen, daß sie mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen und auf die Lebensinteressen der von ihm betroffenen Völker, einschließlich des russischen, entscheidend sich leiten lassen. Die Verwerfung dieses politischen Programms vom christlichen Standpunkt aus würde die Wiederaufnahme der Theologie des Parteiwillens und der politisierenden Beichtväter bedeuten, die in Europa von den Konfessionskriegen bis zur Heiligen Allianz bestanden hat.

Strijd weist darauf hin, daß die Kirchen des Westens ähnlich mit einer unehrlichen Verteidigung des status quo belastet sind, wie die Kirchen des Ostens. Hatte die orthodoxe Kirche sich in Rußland hilflos und schamlos hinter den Zarismus gestellt, so haben die Kirchen des Westens die Beseitigung des Kapitalismus gehemmt; der Protestan-

tismus hat sogar die Entstehung des Kapitalismus wesentlich gefördert, wie Marx und Max Weber bewiesen haben. Strijd stellt zutreffend fest: «Einer Kirche, die eine so konservative und reaktionäre Vergangenheit hinsichtlich der sozialen Fragen hat wie die unsere, wird man es einfach nicht glauben, daß ihr Protest gegen den Kommunismus nicht der Verteidigung der bestehenden Gesellschaftsform entspringe» (S. 249). Die Verflochtenheit mit dem Kapitalismus stellte er indessen nicht nur für die Kirchen, sondern auch für den «widerchristlichen dialektischen Materialismus» fest, und dieser Materialismus beseelt ja nicht nur den russischen Kommunismus, sondern auch die westliche Sozialdemokratie, soweit sie marxistisch ist. Strijd zitiert zustimmend eine Stelle aus einer von der holländischen Katholischen Aktion herausgegebenen Sammelschrift: «Es ist ohne weiteres klar, daß per saldo der Kapitalismus kein Haar weniger materialistisch ist als der Kommunismus» (S. 254). Nun ist der Kapitalismus nicht, wie die Sammelschrift behauptet, der «Vater des Materialismus». Auch das Verhältnis von Kapitalismus und Materialismus ist komplizierter, als hier angenommen wird. Der Materialismus als Weltanschauung ist älter als der Kapitalismus; speziell der vom Marxismus übernommene französische Materialismus entstammt dem Niemandsland zwischen Feudalismus und bourgeoisem Industrialismus und hat eine unterirdisch aus dem Christentum gespeiste naturrechtlich-humanistische Moral, die der Kapitalismus nur erheuchelt. Marx sagt, daß der kapitalistische Bourgeois die «Moralität» theoretisch anerkannte und zugleich praktisch umging, «wie der Jude das Gesetz». Der historische Materialismus erhebt die bourgeoise «Heuchelei» zum Schlüssel der Weltgeschichte; er will sie entlarven, indem er überall die Interessiertheit im Verhalten der Menschen aufdeckt, und verfällt durch diese Bemühung in die ursprünglich gar nicht beabsichtigte Verleugnung der Moralität, die er mit dem Materialismus motiviert. Marx erklärt den Bourgeois nicht als materialistisch, sondern als Doppelwesen: in der bürgerlichen Gesellschaft ist er «praktischer Egoist», und dies ist sein wahres Wesen. In der Sphäre des Staates und der Ideologie ist er Liberaler, «theoretischer Idealist». Der Kapitalist ist «Bourgeois» und «Citoyen» in «dualistischer Einheit». Dadurch, daß Marx den liberalen Citoyen als Heuchler und Illusionär entlarvt, wird ihm die Ideologie überhaupt zur Illusion. Das Proletariat, das Produkt der «akuten Auflösung des Mittelstandes», dem Marx eine Christus-Rolle als Erlöser der Menschheit zuschreibt, wird die Verwirklichungskraft des menschlichen Verstandes wiederherstellen, aber nur als Planen und «Kontrollieren» der materiellen Produktion. Die «Diktatur» des Proletariats bewegt sich daher auf dem Boden der formalen Demokratie und macht lediglich ernst mit dem Mehrheitsprinzip: Diktatur des Proletariats ist die «Herrschaft der ungeheuren Mehrheit über eine verschwindende Minderheit» mit gewaltsam-staatlichen Mitteln. Auch die

westliche Demokratie als Herrschaft der parlamentarischen Mehrheit über die Minderheit ist keine «totale Demokratie»; eine völlig gewaltlose Selbstbestimmung der Völker könnte nur auf Einstimmigkeit beruhen. Die Diktatur des russischen Bolschewismus ist nicht unverhüllte Herrschaft der Mehrheit über eine Minderheit, sondern die Herrschaft einer Minderheit über die Mehrheit, wie die Verteilung des Sozialprodukts in Rußland beweist. Die bäuerliche Bevölkerung und die Zwangsarbeiter machen weit mehr als die Hälfte des russischen Volkes aus, erhalten aber längst nicht die Hälfte des Volkseinkommens. Die Herrschaft übt die Minderheit der «Apparatschiki» aus, die sich auf die bevorzugte Schicht des städtischen Proletariats stützt. Aus dem Teufelskreise des Kapitalismus ist also der russische Kommunismus keineswegs herausgetreten, es sei denn durch Rückkehr zu vorkapitalistischen, nicht liberalen Herrschaftsmethoden. Insofern haben Kirche und Kommunismus sich gegenseitig nichts vorzuwerfen, sie haben beide die Gerechtigkeit des Reiches Gottes an den Kapitalismus verraten. Der Kapitalismus als Liberalismus barg aber auch einen Fortschritt, nämlich die formale Freiwilligkeit oder die «formale Willkür», die Marx an Hegel als wertvoll hervorhob. Mit der formalen Willkür verband Marx in seinem Diktaturbegriff das Moment der Gewalt, und zwar in inhaltlicher Übereinstimmung mit dem Christentum. Das Reich Gottes verwirklicht sich *auch* mit den Mitteln der äußeren Gewalt. Es ist nicht auf die Menschen beschränkt, sondern die Verwandlung der *ganzen* Welt in eine Gemeinschaft sich liebender und erkennender Individuen. Es ist die Verwirklichung des Geistes, der durch die Vereinigung von Gedanklichkeit und Sinnlichkeit oder durch die «Auferstehung des Fleisches» zustande kommt, oder der diese Vereinigung zustande bringt. So ist es durchaus möglich, daß Freiwilligkeit, Gewaltlosigkeit und Gewaltanwendung auf einem gemeinsamen Boden stehen. Eine Liquidation des Kapitalismus, welche dessen liberalen Boden verläßt, ist Preisgabe des «Geistes» des Marxismus wie des Christentums. Dieser Preisgabe hat Lenins Diktatur Vorschub geleistet, und das Stalinsche Regime droht, sie endgültig zu vollziehen. Damit sollen die Leistungen des russischen Kommunismus im einzelnen nicht abgestritten werden.

Es ist zu hoffen, daß die Demokratie des Westens stark genug ist, sich mit dem von lauterem Wahrheitsstreben eingegebenen Buche Strijds auseinanderzusetzen. Brächte sie das nicht fertig, so würde sie damit ihre Erschlaffung beweisen. Aber auch Strijd sollte seine ehemaligen Freunde nicht überfordern. Es geht nicht an, die Forderungen der Bergpredigt von ihrem Hintergrund, dem Glauben an die sofortige Ankunft des die ganze Welt umfassenden Gottesreiches, zu trennen. Die Bezogenheit des individuellen Gewaltverzichts auf die Gewaltlosigkeit der gesamten Umwelt bleibt grundsätzlich dieselbe in einer apokalyptischen Soforterwartung und in einer langfristigen Geschichtsentwicklung.

Feodor Röttcher.

Zum Redaktionswechsel

Angesichts der Verpflichtung, einige seit langem begonnene, dann immer wieder zurückgestellte Arbeiten nunmehr zum Abschluß zu bringen, habe ich mich genötigt gesehen, das Redaktorenamt der «Neuen Wege», welches durch die besonderen mit dieser Arbeit verbundenen Anforderungen zuweilen sehr viel Zeit und Kraft beanspruchte, niederzulegen. Ich konnte diesen reichlich und reiflich erwogenen Schritt jetzt um so eher tun, als heute im Unterschied zum Zeitpunkt meiner Amtsübernahme die «Neuen Wege» unbestritten das Organ einer größeren Vereinigung bilden, die als die Zeitschrift tragende Organisation auch die Redaktion wohl zu leiten wissen wird.

Im Rückblick auf die verflossenen drei Jahre darf wohl gesagt werden, daß die Notwendigkeiten, die damals die Führung unseres Weltanschauungskampfes bestimmten, heute noch fortbestehen. Politische Schwarz-Weiß-Malerei verdrängt die echten Fragestellungen, fertige Ismen lähmen das Suchen nach Wahrheit, sektiererische Enge beschränkt die Weite der Welt und des Geistes, die Formlosigkeit der Welt verschlingt Gesicht und Gepräge. Dem allen – komme es nun, aus welcher Richtung es auch sei – gilt es weiter zu begegnen. Der Mittel und Wege dazu sind viele.

Ich kann an dieser Stelle nur einen schlichten Dank aussprechen an alle, die mir in diesen Jahren bei diesem Kampf und diesem Suchen geholfen haben, sei es literarisch, redaktionell, administrativ oder technisch, sei es durch Opfer aller Art, sei es auch «nur» durch ihr Verstehen. Wenn ich heute nun diese Arbeit, die mir lieb geworden ist, wie einem etwa ein Sorgenkind lieb wird, beschließe und mich mit den besten Wünschen für unsere Zeitschrift und ihre neue Redaktion und solch herzlichem Dank von meinen Lesern verabschiede, so darf ich es in der Gewißheit tun, daß die eigentliche Arbeit für eine weitere und geprägtere Welt, einen tieferen Sozialismus größerer Menschen, für das Reich des Größeren Christus – mögen auch die Werkzeuge, mit denen und die Räume, in denen wir sie tun, wechseln – weitergeht und gleichsam das Vaterhaus bildet, in dem es wohl viele Wohnungen, aber keinen Abschied gibt.

Bruno Balscheit.

Pfarrer Balscheit hatte sich im August 1948 nach dem Ausscheiden Pfarrer Trautvetters aus der Redakion der «Neuen Wege» unserer Zeitschrift als Redaktor zur Verfügung gestellt. Wir wußten, was wir in ihm als starker, unabhängig denkender Persönlichkeit hatten; wir waren ihm dankbar für seinen Mut und für seinen ganzen und lebendigen Einsatz; seine überaus wertvollen, auf hervorragendem Wissen

fundierten und aus echtem Impuls geschauten und formulierten Andachten und Aufsätze sowie die von ihm herangezogenen Arbeiten seiner Mitarbeiter gaben der Zeitschrift Gehalt, dem Leser Anregung und Ansporn zur innern Mitarbeit. Die Ergänzung des ersten Teiles der «Neuen Wege» zum zweiten Teil, der Weltrundschau und der Schweizer Rundschau, erschien uns als eine gute und fruchtbare.

Um so härter traf uns der Entschluß Pfarrer Balscheits, als Redaktor der «Neuen Wege» zu demissionieren. Wir haben alles versucht, ihn zu einer Weiterarbeit zu bewegen, doch bleibt uns nichts anderes übrig, als Pfarrer Balscheits Beweggründe zu respektieren und ihm aufrichtig und herzlich zu danken für alles, was er für die «Neuen Wege» geleistet hat. Uns ist es selbstverständlich, daß wir zuversichtlich hoffen, er möge, früher oder später, durch seine Beiträge unsere Zeitschrift bereichern und uns auf diese Weise verbunden bleiben.

Die Präsidentin
der Vereinigung der «Freunde der ‚Neuen Wege'»:
Carmen Weingartner-Studer.

VERSAMMLUNGSBERICHTE

Jahresversammlung der Vereinigung der «Freunde der ‚Neuen Wege'»

(Samstag, den 16. Juni 1951)

Vorgängig der Jahresversammlung, über die hier berichtet werden soll, hatte auf Grund der Demission Pfarrer Balscheits am 9. Juni 1951 eine Vorstandssitzung stattgefunden, an welcher dieser schwerwiegende Entschluß bekanntgegeben, diskutiert und aufs lebhafteste bedauert wurde. Den Vorstandsmitgliedern war es bewußt, daß diese Demission für die Mitglieder der Jahresversammlung, für alle Freunde, Abonnenten und Leser der «Neuen Wege» eine große Überraschung sein werde. Einmütig wurde aber beschlossen, die Demission der Jahresversammlung bekanntzugeben, wobei Pfarrer Balscheits sehr begrüßte Erklärung, er werde, wenn nötig, die Redaktion bis zum Jahresende weiterführen, sowie an der Vorstandssitzung vereinbarte Vorschläge zur Bildung eines Redaktionskollegiums mildernd und in die Zukunft weisend sein sollten.

An der Jahresversammlung wurde nach Verlesung des Protokolls Herrn Pfarrer Balscheit das Wort gegeben. Dieser begründete seinen Rücktritt als Redaktor der «Neuen Wege» einerseits mit Arbeitsüberlastung, anderseits mit der Erklärung, daß er die «Neuen Wege» als etwas Selbständiges aufgefaßt habe, was er heute nicht mehr sehe, so daß die enge Verbindung mit der Religiös-Sozialen Vereinigung ihn belaste, da er nie ein «reinrassiger» Religiös-Sozialer gewesen sei. Da ihm nahegelegt worden sei, alle Gründe für seine Demission zu nennen, müsse er auch über seine Beziehung zu seinem Mitredaktor Dr. Kramer etwas sagen, was ihm bei dessen Abwesenheit schwerfalle. (Dr. Kramer war im letzten Moment am Erscheinen verhindert gewesen.) Aus den Ausführungen Pfarrer Balscheits ging hervor, daß in bezug auf den West-Ost-Konflikt keine grundsätzlichen Differenzen bestanden hätten, daß er

sich hingegen mit dem «Wie» der von Dr. Kramer geschriebenen Weltrundschau und Schweizer Rundschau (mit letzterer konnte er sich vor allem nicht befreunden) nicht mehr habe abfinden können. Mit seinem Dank für die Mitarbeiter und die Vorstände verbinde er den Dank für Dr. Kramers Arbeit, dessen besonderen Weg er nicht verbauen wolle.

Der Präsident Willi Lüssi betonte die Bemühungen, Pfarrer Balscheit von seinem Entschluß abzubringen, respektierte aber, wenn auch mit großem Bedauern, seinen Entscheid und dankte ihm für seine bedeutende geistige Arbeit, für die großen Zeitopfer und für die flotte Zusammenarbeit.

Im Verlaufe der Diskussion kam in zahlreichen Äußerungen der Teilnehmer die Überraschung über den unerwarteten Rücktritt zum Ausdruck. Pfarrer Balscheit blieb aber bei seinem Entschluß, und es mußten neue Lösungen ins Auge gefaßt werden. Vor dem Vorschlag, welchen der Präsident ebenfalls vertrat, vorerst ein Redaktionskollegium zu bilden, warnte Pfarrer Balscheit und schlug seinerseits Dr. Kramer als einzigen Redaktor vor, was aber von der Versammlung nicht als richtige Lösung für die Zeitschrift angesehen wurde. Es war auch Dr. Kramers negative Einstellung zu einer solchen Lösung bekannt. Verschiedene Mitglieder betonten, daß im Moment keine geeignete Persönlichkeit, die Pfarrer Balscheit vollwertig ersetzen könne, zur Verfügung stünde und daß die Bildung eines Redaktionskollegiums in dieser Situation die einzig mögliche Lösung darstelle. Die endgültige Beschlußfassung hierüber wurde jedoch auf Wunsch einiger Teilnehmer einer weiteren Versammlung vorbehalten.

Hierauf gab Willi Lüssi seine Demission als Präsident der Vereinigung der «Freunde der ‚Neuen Wege'» bekannt und begründete sie damit, daß er sich den veränderten Verhältnissen nicht mehr gewachsen fühle und daß eine gesundheitliche Behinderung ihn diese Belastung schlecht ertragen lasse. Er dankte allen, die ihm in seiner Arbeit geholfen haben. Die Demission wurde angenommen, wobei bedauernd ausgesprochen wurde, wie sehr unsere Sache die Kräfte jedes Einzelnen nötig hätte. Der Vizepräsident Werner Egli erklärte sich bereit, in die Lücke zu springen, bis ein Ersatz für Willi Lüssi gefunden sei. Damit schloß die Versammlung, die alle Teilnehmer aufs tiefste bewegt hatte.

Außerordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigung der «Freunde der ‚Neuen Wege'»

(30. Juni 1951)

Der Vorstand und Dr. Kramer waren zur Einsicht gekommen, daß eine Aussprache zwischen den beiden Redaktoren anläßlich dieser zweiten Versammlung an der Sachlage nichts mehr zu ändern vermöge. So fand diese Versammlung ohne sie statt und widmete sich völlig dem Problem einer neuen Lösung für die «Neuen Wege».

Den Vorsitz führte der Vizepräsident Werner Egli, welcher in einleitenden Worten das Positive schwerer Zeiten hervorhob, da sie zur Besinnung aufrufen. Es komme jetzt wirklich darauf an, daß jeder Einzelne an seinem Platze und in seiner eigenen Art und Weise sich für die gemeinsame Sache einsetze.

Nach Verlesung des Protokolls wählte die Versammlung, da keine andern Vorschläge vorlagen und gemacht wurden, C. Weingartner als Präsidentin der Vereinigung der «Freunde der ‚Neuen Wege'», welche erklärte, daß sie dieses Amt vorübergehend übernehmen wolle. Der Vizepräsident berichtete sodann, daß keine Persönlichkeit gefunden werden konnte, um Pfarrer Balscheit zu ersetzen. Es hätten sich aber einige Gesinnungsfreunde bereit erklärt, die schwere Aufgabe der Weiterführung der «Neuen Wege» zu übernehmen. Nach einer ruhig und sachlich geführten Diskussion, welche die zukünftige Gestaltung der Zeitschrift von allen Seiten durch Kritik und Anregung beleuchtete, wurde, als vorläufige Lösung, ein Redaktionskollegium bestimmt, in welchem Hugo Kramer wie bis anhin die Rundschau übernehmen solle. Mit der redaktionellen Bearbeitung des Septemberheftes wurde C. Weingartner betraut.

Die endgültige Zusammensetzung des Redaktionskollegiums und der Gestaltung der Zeitschrift wurde dem Vorstand überlassen.

Nach Abnahme der Rechnung gab der Vizepräsident die Demission von Pfarrer Götz als Vorstandsmitglied der Vereinigung der «Freunde der ‚Neuen Wege'» bekannt, während Margarete Susman und Albert Böhler neu in den Vorstand gewählt und die übrigen Vorstandsmitglieder bestätigt wurden. Otto Siegfried trat als Rechnungsrevisor zurück; in dankenswerter Weise stellte sich dafür A. Zürcher zur Verfügung.

Mit einigen Vorschlägen, die der Vorstand zu prüfen versprach, schloß die gut besuchte Versammlung.

Es sei der Berichterstatterin erlaubt, einige Worte hinzuzufügen: Im Gedanken an das Erbe, das die Religiös-Soziale Vereinigung und die Vereinigung der «Freunde der ‚Neuen Wege'» zu verwalten, und an den Weg, den sie zu gehen haben, bedeutet ehrliche und ernsthafte Bemühung zur Wiedererweckung lebendiger Kräfte und zur Unterordnung alles Persönlichen unter die Sache, der wir dienen wollen, eine Grundbedingung, auf welche jeder von uns sich heute mehr als je zu besinnen hat. Wir wollen uns immer wieder erneut bemühen, treue und aufrichtige Arbeiter am Reich Gottes und an seinem Kommen auf die Erde zu sein, und diese Hingabe allein wird uns auch in Zeiten der Not und des Versagens Zuversicht verleihen.

Carmen Weingartner-Studer.

Jahresversammlung der Religiös-Sozialen Vereinigung der Schweiz

(17. Juni 1951)

Die Präsidentin eröffnete die Versammlung mit Worten von Ragaz und Blumhardt und gab darauf einen Überblick über das vergangene Jahr, das ein schweres gewesen war. Sie machte die Versammlung mit dem Rücktritt Pfarrer Balscheits von der Redaktion der «Neuen Wege» bekannt und bat die Anwesenden um weitere Treue und Zuversicht für die Zukunft.

In Abwesenheit Dr. Kramers, der zu Pfingsten zur Vorstandssitzung des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten nach Darmstadt delegiert worden war, berichtete die Präsidentin, die den Sitzungen als Gast beigewohnt hatte, über deren Verlauf.

Über die Frage, ob die Vereinigung den Appell der «Bewegung für den Frieden» zu einem Fünf-Mächte-Pakt unterschreiben solle, wurde dahingehend abgestimmt, daß jedem Einzelnen der Entscheid darüber freigestellt sei, die Vereinigung als solche aber von einer Unterschrift absehe, da sie den ihr aufgetragenen Weg auch im Kampfe um den Frieden unbeirrt gehen wolle und zu gehen habe.

Die Rechnung wurde verlesen und von den Revisoren gutgeheißen. Aus dem Vorstand traten aus: Pfarrer Balscheit und Otto Siegfried. Neu gewählt wurden Frau Meyer-Kläsi und Margarete Susman. Die Präsidentin der Vereinigung sowie die übrigen Mitglieder des Vorstandes wurden bestätigt.

Der gute Geist, der während der Versammlung herrschte, verstärkte sich am Nachmittag, als wir die Freude hatten, Pfarrer Krijn Strijd aus s'Hertogenbosch (Holland) begrüßen zu dürfen. Er sprach in einem klaren, eindeutigen, in die Herzen gehenden Referat über «Neue Wehrhaftigkeit», darin er die Königsherrschaft Christi als diejenige Herrschaft darstellte, unter die wir uns gerade auch in bezug auf die Kriegs- und Wehrbereitschaftsprobleme alleine stellen sollten. Wir freuen uns, daß die Leser der «Neuen Wege» das vollständige Referat im nächsten Heft lesen können. Seine Worte gaben den Anwesenden neuen Mut, neue Kraft und neue Besinnung. In der sich anschließenden Diskussion trat zwischen dem Referenten und der Versammlung schöne Einmütigkeit zutage, und keiner ging von diesem Gespräch mit dem so sympathischen Gast unbeschenkt und unbewegt nach Hause.

C. W.-St.

Kriegsende in Korea Die große Überraschung der Berichtszeit ist das nahende Ende des Koreakrieges. Die Börse und die Geschäftswelt überhaupt haben die «drohende» Einstellung der Feindseligkeiten in Korea und das Schwinden der Aussicht auf einen allgemein ostasiatischen Krieg mit Bestürzung aufgenommen; die übrige Menschheit ist von einem Albdruck befreit und wagt wieder hoffnungsvoller in die Zukunft zu schauen. Die beteiligten Regierungen haben jedenfalls die sorgsam in eine sonst bedeutungslose Radiorede Jakob Maliks, des sowjetrussischen Vertreters bei den Vereinten Nationen, eingewickelte Aufforderung zum Abschluß eines *Waffenstillstands* in Korea sofort mit Eifer ergriffen. Die Verhandlungen zwischen den Bevollmächtigten der UNO (lies: Amerikas) und denjenigen Nordkoreas und Chinas sind, während wir schreiben, in vollem Gang, und die Hoffnung auf eine Beendigung des grauenhaften Gemetzels, zu dem der Koreakrieg geworden ist, scheint trotz allen Schwierigkeiten, die sich noch einstellen werden, wohlbegründet.

Wie konnte es zu dieser großen Wendung kommen? Man macht sich die Antwort zu leicht, wenn man sagt, die Russen, die «bekanntlich» den ganzen Koreakrieg entfesselt hätten, wären jederzeit imstande gewesen, ihn auch wieder abzubrechen, hätten aber erst durch den gemeinsamen Widerstand der «freien Völker» gegen ihr tückisches Angriffsunternehmen gezwungen werden müssen, ihren ostasiatischen Satelliten gegenüber ein Machtwort zu sprechen. Tatsächlich hing weder die Auslösung noch die Abstellung des Koreakrieges wesentlich von der Sowjetunion ab. Der Krieg, der am 25. Juni 1950 ausbrach, war in erster und letzter Linie ein Revolutionskrieg des kommunistischen Nordkoreas, hinter dem – *wenn* man schon auswärtige Einflüsse daran beteiligt sehen will – weit mehr China stand als Rußland, war doch die chinesische Revolution solange unvollendet und stets bedroht, als Südkorea unter einem feudal-reaktionären Regime stand, das von dem gegenrevolutionären Amerika und seinem erklärt chinafeindlichen ostasiatischen Statthalter MacArthur gestützt wurde. Die Sowjetunion wußte natürlich von dem bevorstehenden Angriff der Nordkoreaner auf den Südstaat und billigte ihn, weil sie sich durch immer wiederholte Erklärungen der (scheinbar) maßgebenden Washingtoner Regierungsstellen zu der Annahme verleiten ließ, daß die Vereinigten Staaten Südkorea ohnehin abgeschrieben hätten. Als sich dann erwies, daß dieser «Defaitismus» im entscheidenden Augenblick von den Aktivisten der Mac Arthur-Schule auf die Seite geschoben und der Kampf gegen die soziale Revolution in Ostasien aufs neue und mit einer zügigen Deckparole – Durchsetzung der kollektiven Sicherheit gegenüber einem ruch-

losen Angriff – aufgenommen wurde, da *konnte* Moskau nichts anderes tun, als den Ereignissen ihren Lauf zu lassen und sich selbst möglichst aus dem Spiel zu halten. Und die Sowjetunion verzichtete ja tatsächlich auf jegliches militärische Eingreifen in den Koreakrieg auch dann, als eine verhältnismäßig geringfügige Waffenhilfe an Nordkorea, zum Beispiel mit Flugzeugen, genügt hätte, um die in den äußersten Südostwinkel Koreas gedrängten Amerikaner vollends ins Meer zu werfen.

Der psychologische Augenblick zum Eingreifen Rußlands – nicht zum militärischen, sondern zum politischen – war erst gekommen, als sich herausstellte, daß eine militärische Entscheidung in Korea selbst unmöglich geworden war. Dem Oberkommando der UNO-Streitkräfte war das längst klar geworden; darum MacArthurs Drängen auf eine Ausdehnung des Krieges nach China hinein. Die amerikanische Regierung suchte durch die Absetzung MacArthurs um diese Folgerung herumzukommen, stand aber in großer Gefahr, durch die Logik der Dinge und die Propaganda der Draufgängergruppe um den grollenden Ex-Generalissimus herum dennoch in das Abenteuer eines Krieges mit China – und damit wahrscheinlich auch der Sowjetunion – hineingetrieben zu werden. Wenn sie deshalb die Anregung Maliks begierig aufgriff, so handelte sie damit nur im wohlverstandenen Interesse ihrer Gesamtpolitik, die auf die Vermeidung eines Zusammenstoßes mit dem Weltkommunismus in Ostasien und die Vorbereitung einer Machtprobe in *Europa* ausgerichtet ist. McArthurs und seiner Anhänger Stellung ist jedenfalls durch die Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen von Kaesong neuerdings wesentlich geschwächt worden, was sich in den heftigen Ausfällen des abgesetzten Generals gegen die ganze Innen- und Außenpolitik der Regierung Truman deutlich genug kundtut.

Anderseits mußten sich auch die Nordkoreaner und Chinesen wie die Russen selbst nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensive 1951 davon Rechenschaft geben, daß die Amerikaner nicht mehr mit Gewalt aus Südkorea vertrieben werden könnten. Wenigstens nicht ohne volle Mithilfe der Sowjetunion. Und diese Hilfe zu leisten, dazu war man eben in Moskau weniger als je bereit. Dazu kam, daß die Entfernung MacArthurs die Gefahr einer Bekriegung Chinas durch die Vereinigten Staaten mindestens für den Augenblick beseitigt hatte und die Pekinger Republik keine unmittelbare Bedrohung von dieser Seite mehr geltend machen konnte. Man war im Kreml ohnehin nicht immer sehr einig mit der Haltung, die das neue China in dem ganzen Konflikt einnahm, und fand nun den Zeitpunkt gekommen, um ohne jede Erwähnung der Frage des chinesischen Sitzes im Sicherheitsrat und des Formosaproblems, ja offenbar ohne vorherige Begrüßung der Pekinger Regierung, vor der Weltöffentlichkeit den Abbruch des Koreakrieges anzuregen. Was blieb den Chinesen – und gar den Nordkoreanern – anderes übrig, als auf die russische Linie einzuschwenken und ihrerseits Hand

zur Beendigung eines aussichtslos gewordenen Krieges zu bieten? Das Gesicht blieb ja dabei gewahrt; hatten die Vereinten Nationen das Ziel einer Einigung Koreas unter «demokratischer» Kontrolle nicht erreicht und nur ihre Mindestabsicht, die Zurücktreibung der Nordkoreaner hinter den 38. Breitengrad, verwirklichen können, so hatten auch die Nordkoreaner wenigstens die Genugtuung, den Plan für die Zerstörung ihres revolutionären Staates zunichte gemacht zu haben, wenn sie auch ihr Haupt- und Anfangsziel, die Einigung Koreas auf dem Boden *ihres* Systems, verfehlt hatten. Kurz, erst unter diesen Umständen wurde es den Russen möglich, den Abschluß eines Krieges zu vermitteln, dem sie von Anbeginn an nur mit gemischten Gefühlen zugeschaut hatten.

Was nun weiter! Man hat viel hin- und hergeraten, was die *«eigentliche»* Absicht der Sowjetunion bei ihrer Friedensaktion für Korea sei. Denn daß die Russen immer abscheuliche Hintergedanken bei allen scheinbar anständigen Handlungen und Haltungen haben müssen, das ist für die meisten Leute in der westlichen Welt ein Glaubenssatz, der keines weiteren Beweises bedarf. Und man hat deshalb behauptet, daß Moskau nur darum Ruhe in Ostasien haben wolle, weil es nunmehr aussichtsreichere Angriffsziele an andern Orten des Erdballs ins Auge gefaßt habe – Persien und Jugoslawien zum Beispiel – und den Aufrüstungswillen der Westmächte lähmen möchte, um seine Kriegsabsichten eher verwirklichen zu können. Wir halten diese Betrachtungsweise für ebenso unwürdig wie dumm. Die Leiter der Sowjetpolitik, die – wie sie wenigstens glauben – rational und realistisch denken, haben gute Gründe, um wirklich den Frieden zu suchen. Sie sehen, daß das Wettrüsten, wenn es nicht noch rechtzeitig eingestellt wird, über kurz oder lang zum offenen Zusammenstoß der beiden Blöcke führen muß, einem Zusammenstoß, der für Rußland eine unabsehbare Katastrophe bedeuten würde. Sie fürchten namentlich die Folgen einer Wiederaufrüstung Deutschlands, dessen Tatendrang unvermeidlich wiederum nach Osten gelenkt würde, und neuerdings fast noch mehr die Wiederherstellung der Militärmacht Japans, mit dem sich ohne, und das heißt gegen die Sowjetunion, zu verständigen die Westmächte im Begriffe stehen – wie sie es seinerzeit mit Hitler und Mussolini in München getan haben. Und sie stellen fest, wie die westeuropäischen Staaten mehr und mehr in eine willenlose Abhängigkeit von Amerika geraten, wie auch die öffentliche Meinung in diesen Ländern immer mehr einem fatalistischen Laisser-aller verfällt, das der Entfachung einer allgemeinen Bewegung des Widerstands gegen Aufrüstung und Krieg nicht günstig ist. So sind denn die Sowjetführer offenkundig überzeugt, daß keine Zeit mehr zu verlieren sei, um durch diplomatische und politische Interventionen eine Atmosphäre zu schaf-

fen, in der eine wenn auch nur vorläufige Gesamtverständigung zwischen den Großmächten möglich würde. Ein Schritt in dieser Richtung ist die Anregung, den Koreakrieg zu beendigen, wobei man in Moskau vielleicht – diesmal sicher trügerischerweise – hofft, als Gegenleistung zu dieser Vermittlungsaktion die Zulassung der Sowjetunion zu der bevorstehenden Konferenz über den Friedensvertrag mit Japan zu erlangen.

Das Suchen nach hinterlistigen Manövrierplänen, die der Kreml mit seinem Waffenstillstandsvorschlag verfolge, darf somit ruhig eingestellt werden. Es widerspricht übrigens auch der Art und Weise, wie man seinerzeit den *Ausbruch* des Koreakrieges erklären wollte: mit der russischen Absicht nämlich, Amerika in eine Falle zu locken und seine Kräfte sich in Ostasien erschöpfen zu lassen, worauf es um so leichter in Europa lahmgelegt oder gar direkt angepackt werden könne. Jetzt, da die Sowjetunion den Koreakrieg *abgebrochen* haben will, unterstellt man ihr den gleichen Plan im Zusammenhang mit einer Aktion, die genau das Gegenteil dessen erstrebt, was sie angeblich vor einem Jahr mit dem «stellvertretenden Angriff» ihres nordkoreanischen Satelliten auf Südkorea erstrebt hatte ... Viel richtiger scheint es uns, zu fragen, was *Amerika* nach dem Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea eigentlich wolle. Vergessen wir doch nicht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in ihrer Erklärung vom 27. Juni 1950 nicht nur ihr militärisches Eingreifen in Korea ankündigte (das dann gefälligerweise von der UNO juristisch und moralisch gedeckt wurde), sondern auch entsprechende Maßnahmen in bezug auf Formosa, Indochina und die Philippinen traf. Mit andern Worten: Amerika dehnte den Bereich der Truman-Doktrin, der bisher auf Westeuropa, Griechenland und die Türkei beschränkt gewesen war, nunmehr auf den ganzen Raum des Stillen Ozeans aus. Das amerikanische Imperium um den Pazifik herum sollte neue, mächtige Stützpfeiler erhalten und der bewaffnete Kampf gegen den Kommunismus in Ostasien in aller Form eröffnet werden. Oder besser: wiedereröffnet. Denn mit der finanziellen und politischen Unterstützung der Kuomintangregierung (Kostenpunkt über drei Milliarden Dollar) hatten die Vereinigten Staaten den Kampf gegen die nationale und soziale Revolution in China ja bereits jahrelang geführt, nach dem Siege der Volksbewegung aber Tschiang Kai-shek offiziell wieder fallen gelassen. Jetzt arbeiteten sie aufs neue mit ihm zusammen und sicherten ihm insbesondere den Besitz von Formosa, das die Pekinger Regierung ebenfalls zu gewinnen sich gerade anschickte. An Indochina hatten sich die Vereinigten Staaten bisher mehr oder weniger desinteressiert; nun erklärten sie sich solidarisch mit Frankreichs häßlichem Kolonialkrieg und lieferten Geld und Waffen für dessen siegreiche Beendigung. Die Philippinen hatte Washington seinem früheren Versprechen gemäß nach dem zweiten Weltkrieg freigegeben; jetzt zog die Regierung Truman das Inselland fest in sein

pazifisches Stützpunktsystem ein, so wie amerikanisches Kapital es nach wie vor auch wirtschaftlich beherrschte. Japan aber soll, nach sechsjähriger Besetzung, durch den zur Unterzeichnung fertigen Friedensvertrag zum Kampf gegen China und die Sowjetunion militärisch erneut aufgerüstet werden (in offener Verletzung der neuen japanischen Verfassung, die die Besetzungsmacht selber diktiert hat) und dadurch nicht nur ein Verbündeter, sondern tatsächlich ein des eigenen Willens unfähiger Satellit Amerikas werden. Wobei Großbritannien nach etwelchem Zögern energisch mithilft. Was das bedeutet, hat jüngst der «New Statesman» (21. Juli) unmißverständlich ausgesprochen:

«Daß England und die Vereinigten Staaten gemeinsam den Entwurf zu einem japanischen Friedensvertrag empfehlen sollen, der ohne Rücksicht auf die Sowjetunion und China ausgearbeitet wurde, ist ein erschreckendes Anzeichen dafür, wie weit entfernt noch eine Gesamtregelung der Lage im Fernen Osten ist. Ein japanischer Friedensvertrag könnte und sollte eine der Grundlagen einer solchen Regelung sein. Er muß ja unvermeidlicherweise den Verlauf der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung in großen Teilen Südasiens auf Jahre hinaus bestimmen. Die Abwesenheit Pekings vom Konferenztisch muß als ernsthafter Rückschlag für die Sache des Friedens betrachtet werden. Ohne China wird ein Schritt, der den Anfang einer aufbauenden Regelung hätte bilden können, zu einer weiteren Verschärfung der Schwierigkeiten.»

Die Japanpolitik der Westmächte muß in der Tat, wie das Londoner Blatt weiter bemerkt, China erst recht auf die Seite der Sowjetunion drängen und in dieser die Furcht vor einer feindseligen Einkreisung vermehren. «Die Annahme einer solchen Aussicht darf auch in einer Zwangslage nicht ohne Widerspruch erfolgen.» Noch mehr: die Sache des Friedens, der politischen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit in Asien wie in der Welt überhaupt kann nicht zum Siege geführt werden, ohne daß *Amerika seine bisherige Ostasienpolitik radikal umstellt.* Die machtmäßige Bekämpfung der sozialen und nationalen Revolution der asiatischen Völker und die Entwicklung ihrer Wirtschaft vom Boden des Kapitalismus aus muß einer verständnisvollen Förderung der Freiheitsbewegung der farbigen Rassen auf dem Boden einer solidaristischen Weltplanwirtschaft weichen – *das* ist die grundlegende Forderung, die heute an die Asienpolitik der Vereinigten Staaten gestellt werden muß. Im Lichte dieses Sachverhaltes erscheint auch der Koreakrieg, den die Vereinten Nationen unter dem Titel der kollektiven Friedenswahrung, in Wahrheit aber in Unterstützung der amerikanischen Machtpolitik, geführt haben, als Fehlhandlung und als völlig wirklichkeitsfernes Gewaltunternehmen. Mit nur zuviel Recht sagt Théodore Gounelle in der «Cité Nouvelle», dem tapferen Halbmonatsblatt der französischen Religiössozialen:

«Die UNO ist gegen den Krieg in den Krieg gezogen. Das ist ein Punkt, auf den wir als Christen allein aufmerksam machen. Wir haben von Anfang an gesagt: Das ist ein Fehler; man überwindet den Krieg nicht durch den Krieg. Und die Ereignisse haben uns recht gegeben. Der Krieg, so wie man ihn heutzutage führen

muß, kann nicht die Gerechtigkeit zur Geltung bringen. Er zerstört alles. Um die Nordkoreaner zu bestrafen, hat man fast alle Südkoreaner abschlachten und alle ihre Städte zerstören müssen, nicht zu reden von den Kindern, Frauen und alten Leuten ganz Koreas, des südlichen wie des nördlichen, die völlig unschuldig waren. Der Straffeldzug hat alle Merkmale eines schmutzigen Krieges getragen und beinahe die Welt in Brand gesteckt. Der Vergleich mit dem Polizisten, der rechtmäßigerweise einen Banditen verhaftet, stimmt nicht. Wenn der Bandit richtig aufgestöbert und festgestellt ist, muß er unschädlich gemacht werden. Im Krieg sind aber die Unschuldigen, die büßen müssen, zahlreicher als die Schuldigen, die oft gar nicht büßen. Die Vorstellung von einer internationalen Polizei mit Reaktionsflugzeugen, Bomben und Napalm hat Bankrott gemacht. Sie muß aufgegeben werden ... Stark sein, um Furcht einzujagen, stark sein, um seine Kraft nicht gebrauchen zu müssen – das ist der große Trugschluß, der heute klarer daliegt als früher. Denn die Gewalt ist jetzt unbeherrschbar und blind. Pascal sagte, hinter der Gerechtigkeit müsse die Macht stehen. Heute würde er sagen, daß die Macht überhaupt nicht gerecht sein kann.»

Noch mehr Rüstungen Denkt Amerika – wir meinen immer das offizielle Amerika – auch nur von ferne daran, diese Folgerung aus dem Koreakrieg zu ziehen? Man braucht nur die jüngsten Reden seiner obersten Vertreter zu lesen, um im Bilde zu sein. Präsident Truman griff in seinem Wirtschaftsbericht vor dem Bundesparlament die Sowjetunion schärfer und – muß hinzugefügt werden – demagogischer an als je und forderte zum Schutz gegen die «Unterwerfung der freien Welt unter die kommunistische Herrschaft» noch umfassendere Kriegsrüstungen, als Amerika sie schon bisher bereitgestellt hat. Außenminister Acheson hieb in Detroit in die gleiche Kerbe, ausgehend von der Behauptung, der Koreakrieg habe bewiesen, daß «die Kommunisten bereit seien, das Risiko eines Krieges auf sich zu nehmen». Den neun Millionen Mann, die die Sowjetunion ins Feld stellen könne, müsse eine derartig gewaltige Streitmacht der Westallianz entgegengesetzt werden, daß ein Angriff des Ostblocks von vornherein zum Scheitern verurteilt sei. Und Botschafter Jessup, der an der Pariser Konferenz der stellvertretenden Außenminister die amerikanische Abordnung geführt hatte, warnte in einem Vortrag an der Universität Colgate: «Wir dürfen uns nicht von einem Gefühl der Sicherheit einlullen lassen durch kleine Gesten (gemeint ist die russische Anregung für einen Waffenstillstand in Korea), deren Ziel darin bestehen könnte, uns zur Abrüstung zu veranlassen, die uns für einen plötzlichen Angriff reif machen würde.» General MacArthur machte sich zwar das Vergnügen, in Boston festzustellen: «Materiell sind die Vereinigten Staaten heute so stark, daß das Gerede von einer Bedrohung unserer nationalen Sicherheit durch Anwendung von Gewalt von außen reiner Unsinn ist.» Aber so recht er in diesem Fall hat, so wenig lassen sich die Regierenden in ihren Bemühungen stören, die Kriegsfurcht des amerikanischen Volkes wachzuhalten und die ständige Steigerung der militärischen Rüstungen als eine Lebensnotwendigkeit für die Vereinigten Staaten und die übrige «freie Welt» erscheinen zu lassen. Die

Kosten dieser Kriegsvorbereitungen, die in den abgelaufenen zwölf Monaten 35 Milliarden Dollar betrugen – fast doppelt soviel wie im Jahr zuvor –, sollen bis Ende 1951 auf über 50 Milliarden steigen und Mitte des nächsten Jahres gar nahezu 65 Milliarden erreichen. Besonderer Wert wird dabei auf den Ausbau der rings um die Sowjetunion herum angelegten militärischen Stützpunkte gelegt, von denen aus Rußland konzentrisch angegriffen werden könnte. Von Kreta aus sind es zum Beispiel tatsächlich kaum mehr als 1600 Flugkilometer bis zu dem großen Industriegebiet am Dnjepr, nur 2200 Kilometer bis zu den Erdölproduktionsstätten im Kaukasus und nicht mehr als 2500 Kilometer bis Moskau selbst – Entfernungen, die die modernen Bomber ohne Mühe hin und zurück fliegen können. Von England aus, dem «unversenkbaren Flugzeugträger» der amerikanischen Luftwaffe, sind es nur 2600 Kilometer bis Moskau und etwa 2100 Kilometer bis Leningrad.

All diese Vorkehrungen, so sagt und glaubt man in Amerika, sind lediglich zur *Verteidigung* gegen einen sonst unfehlbar erfolgenden russischen Angriff bestimmt; ihrerseits denken die Vereinigten Staaten nicht im Traum an eine Bedrohung der Sowjetunion. Schön. Warum dann aber nicht dieselbe Verteidigungsabsicht auch den Russen zubilligen? Warum es als plumpe Heuchelei erklären, wenn Molotow kürzlich in Warschau sagte: «Wenn es jemals in der neueren Geschichte auf der Erde einen gesättigten Staat gab, so ist das die heutige Sowjetunion. An nichts in der Welt denken wir weniger als an einen Überfall auf die Engländer oder die Amerikaner oder auf irgendeinen unserer Nachbarn.» Für sich selber nehmen die Vereinigten Staaten und ihre Partner das Recht in Anspruch, viele Tausende Kilometer von den Küsten Amerikas entfernt, jenseits der Weltmeere, in Westeuropa und Ostasien militärische Stützpunkte zu errichten, ja ganze Länder ihrem Militärsystem anzuschließen. «Unsere Grenzen müssen heute an der Elbe und am Gelben Meer verteidigt werden», ist ein geläufiger Grundsatz der amerikanischen Strategie. Wenn aber die Sowjetunion sich erlaubt, *ihre* Grenzen in Polen und Ungarn, in Wien und Berlin zu verteidigen, also nur wenige hundert Kilometer von ihren Kerngebieten entfernt, und zwischen sich und Westeuropa eine Sperrzone legt, die ein neuerdings Rußland angreifender Feind nicht mehr so leicht solle durchstoßen können wie im Jahre 1941 – dann ist das in den Augen Amerikas selbstverständlich ein schlagender Beweis, daß man in Moskau Angriffsabsichten hat. Was würde man in Amerika erst sagen, wenn russische Armeen in Mexiko oder Kanada stünden, so wie schon seit Jahren amerikanische Divisionen und Flugzeuggeschwader in Westdeutschland und Griechenland stationiert sind? Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg auch keinem andern zu!

Zu verargen ist es den Russen jedenfalls nicht, wenn sie bezweifeln, daß die riesigen militärischen Vorbereitungen Amerikas und seiner

Verbündeten ausschließlich der Verteidigung dienen, und überzeugt sind, daß sie auch oder sogar in erster Linie den Zweck haben, die Sowjetunion in eine Lage zu drängen, in der sie vor den Westmächten einfach kapitulieren oder aber einen hoffnungslosen Krieg annehmen müsse. Die Erbitterung und Entschlossenheit, mit der in den Vereinigten Staaten und weithin auch in Westeuropa (die neutrale Schweiz nicht ausgenommen!) jedes Entgegenkommen gegenüber der Sowjetunion, jede Verständigung mit den Russen durch gegenseitiges Vor- und Nachgeben als verhängnisvoller Kompromiß, ja als den späteren Angriff direkt herausfordernde Befriedungspolitik à la München verketzert wird, zwingt ja geradezu zu dem Schluß, daß man sich in den Kreisen, die so reden, ein friedliches Nebeneinanderleben von Kommunismus und Kapitalismus (man sagt zwar: Demokratie) auf die Dauer überhaupt nicht vorstellen kann und die einzig saubere Art, den Gegensatz der beiden Systeme auszutragen, in einem Waffengang sieht. Die Kommunisten, so hört man zur Erklärung beifügen, verstehen ja doch nur *eine* Sprache: die der Gewalt.

Vom „freien" Europa Es ist nur natürlich, daß auf dem Boden dieser Denkweise alle moralpolitischen Hemmungen im Kampf gegen den Kommunismus mehr und mehr verschwinden. Es war ja freilich schon immer klar, daß der Anspruch der Westmächte und besonders der Vereinigten Staaten, den kommunistisch-revolutionären Ländern gegenüber eine höhere Form der Kultur zu vertreten und die Menschlichkeit gegenüber der Barbarei, das Recht gegenüber der Gewalt, die Freiheit gegenüber der Tyrannei zu verteidigen, widersinnig und innerlich verlogen war. Wer einem Wirtschaftsregime huldigt, das den Profit zum Gott erhebt und in Form des Rüstungskapitalismus eine der gefährlichsten Kriegskräfte geworden ist, der schweige uns von Kultur und Sittlichkeit. Wer ein Hiroshima, ein Nagasaki mit seinen 120 000 Atomtoten auf dem Gewissen hat und bereit ist, dieselben Methoden in noch viel größerem Stil auch gegen das russische Volk anzuwenden, der höre gefälligst auf, sich als Vorkämpfer der Menschlichkeit aufzuspielen. Und wer sich mit einem Tschiang Kai-shek, einem Bao Dai, einem Syngman Rhee verbündet, um die gewaltige Freiheitsbewegung der ostasiatischen Völker zu ersticken, dem steht es wahrlich schlecht an, seinen Macht- und Interessenkampf gegen die Länder der kommunistischen Revolution unter dem Banner der Freiheit und Demokratie zu führen. Wären die Sowjetunion, die osteuropäischen Volksrepubliken und das neue China nur Diktaturstaaten – die Westmächte hätten wenig Schwierigkeiten, sich mit ihnen zu verständigen, sowenig sie solche hatten, als es galt, mit dem deutschen Nazismus und dem italienischen Faschismus zu einem Einvernehmen zu gelangen. Was ihnen an jenen Ländern so unerträg-

lich erscheint, das ist nicht ihr Antidemokratismus, sondern ihr Antikapitalismus. Und was sie ihnen gegenüber verteidigen, ist nicht schlechtweg die Freiheit, insbesondere nicht die Freiheit der sittlichen Persönlichkeit, sondern die Freiheit des Gelderwerbs und der Ausbeutung fremder Arbeit, im besten Fall die Freiheit, in einer Gesellschafts- und Kulturform weiterleben zu dürfen, die nun einfach ihre Zeit gehabt hat und neuen Formen menschlichen Gemeinschaftslebens Platz machen muß, wenn es auch im Westen sicher nicht diejenigen sein können, die im Osten vorderhand Geltung erlangt haben.

Die Losung von der Freiheit, welche die Westmächte gegen den kommunistisch-asiatischen Despotismus zu schützen hätten, ist so schon von Anfang an eine Unwahrheit gewesen. Sie wird es aber jetzt, da die Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltblöcken einer Entscheidung zustrebt, allmählich in einem derart gesteigerten Grade, daß man sich fragt, wie redliche Menschen sie immer noch in guten Treuen sich zu eigen machen können. Vom Friedensvertrag mit *Japan* haben wir bereits gesprochen; fügen wir dem nur bei, daß das «neue» Japan trotz den äußerlichen Demokratisierungsoperationen, die die amerikanische Besetzungsmacht an ihm vorgenommen hat, im Grunde die gleiche autokratische Gesellschaftsstruktur, den gleichen wirtschaftlichen Absolutismus, die gleiche politische Gewaltherrschaft aufweist, die das von den Westmächten im zweiten Weltkrieg so bitter bekämpfte alte Japan und seine brutal-unmenschliche Herrenschicht gekennzeichnet haben. Nicht viel anders steht es mit dem «neuen» *Deutschland*, genauer mit der westdeutschen Republik, auf deren rasche Wiederaufrüstung vor allem Amerika mit rücksichtsloser Konsequenz hindrängt. Der Plan ist, vorerst eine westdeutsche Wehrmacht in der Stärke von 250 000 Mann aufzustellen, gegliedert in sechs Armeekorps mit je zwei Divisionen und gegründet auf die allgemeine Militärdienstpflicht, die entgegen der Bonner Verfassung wieder eingeführt werden soll. Eingeschlossen in diese Wehrmacht soll eine Luftwaffe mit mindestens 2000 modernen Kampfflugzeugen und leichten Bombern sein, eine Luftmacht also, die derjenigen Hitlers kurz vor der Entfesselung des zweiten Weltkrieges zahlenmäßig ungefähr gleichkäme, ihr aber an Kampfkraft wesentlich überlegen wäre. Wie diese Pläne auf die Deutschen wirken, braucht kaum extra gesagt zu werden; bereits schießen an allen Ecken und Enden Soldatenbünde, Offiziersbruderschaften und Veteranenvereinigungen jeglicher Art aus dem Boden, mit einem Geist, der das Schlimmste ahnen läßt und denen nur allzu peinlich recht gibt, die nicht an eine Gesinnungswandlung im westdeutschen Volk, mindestens nicht in seinen maßgebenden Schichten, glauben wollten.

Nur nebenbei sei nochmals erwähnt, daß nun auch *Griechenland* und die *Türkei* glücklich zur Aufnahme in den Nord-Atlantikbund reif sind, zwei Länder also, die nur äußerster Zynismus irgendwie mit Demokratie oder Menschenrecht in Verbindung bringen kann. Am

stoßendsten ist es aber auch für die getreuesten Schildknappen der westmächtlichen Freiheitsritter, daß jetzt sogar das faschistische *Spanien* wirklich in das Militärsystem der «freien Nationen» eingegliedert wird, wie das ja schon seit langem zu erwarten war. Der Widerstand Frankreichs und Englands hat zwar die Vereinigten Staaten veranlaßt, diese Eingliederung nicht in Form einer Aufnahme Spaniens in den Atlantikbund vorzunehmen, sondern nur durch eine Militärallianz zwischen Amerika und der Regierung Franco. Aber es ist natürlich klar, daß das wirklich nur eine Formsache ist, dazu dienend, einen Schleier der Schamhaftigkeit über eine allzu krasse politische Unanständigkeit zu legen. Tatsächlich wird Spanien jetzt auch der Bundesgenosse der französischen, der englischen, der belgischen, holländischen, norwegischen usw. «Demokratie» im Kampf gegen östlichen Despotismus. Welche Selbstenthüllung dieser «Demokratien»! Welche Klarstellung des wahren Charakters ihres Kampfes! Kein Wunder, daß selbst der jüngste Kongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften – der völlig von den systemshörigen amerikanischen Gewerkschaften beherrscht ist – in Mailand in der ersten Bestürzung dem amerikanischen Außenminister telegraphierte, ein Bündnis mit Spanien würde «tatsächlich die moralische Grundlage der demokratischen Westallianz zerstören».

Diese Grundlage ist, wie gesagt, von Anfang an nicht dagewesen und braucht darum gar nicht erst zerstört zu werden – höchstens für die Naiven, die auf sie gebaut haben –; aber daß eine Kampffront, in die neben den lateinamerikanischen Diktaturen, den südeuropäischen Reaktionsregierungen, den vorderasiatischen Despotien und den ostasiatischen Feudaltyranneien auch ein reueloses, moralisch rehabilitiertes («gleichberechtigtes») Deutschland und das unmögliche Spanien Francos aufgenommen werden, daß eine solche Kampffront jedes Recht verwirkt hat, als die Sache der Freiheit verteidigend aufzutreten, das steht allerdings fest. Wobei noch ganz dahingestellt sei, ob Spanien mit seiner rückständigen Wehrmacht und seiner hoffnungslos zerrütteten Wirtschaft für Amerika und die übrigen Westmächte den Kraftzuwachs bedeuten wird, den man von ihm für den Kampf gegen den Kommunismus erwartet. Von einem freien Europa zu reden, das sich zur Verteidigung der menschlichen und politischen Selbstbestimmung mit den Vereinigten Staaten als der Vormacht der Weltdemokratie zusammengeschlossen habe, ist jedenfalls fürderhin noch sinnloser, als es schon bisher war.

Dies auch noch aus einem andern Grund. Im westlichen Lager hat man immer – und mit Recht – beanstandet, daß die unbedingte Vorherrschaft der Sowjetunion innerhalb des Ostblocks jede würdige Mitsprache der übrigen Teilhaber bei der Bestimmung der gemeinsamen Bundespolitik ausschließe. Sieht es aber im Westblock soviel besser aus? Von den ohnehin einflußlosen kleineren Mitläufern Amerikas sei dabei von vornherein abgesehen. Aber auch Länder wie *Frankreich* und

Italien sind heute, im Gefolge der Marshall- und der Rüstungshilfe, kaum mehr etwas anderes als bessere amerikanische Satelliten. Und *England*, das einst so stolze Albion? Es ist gleichfalls auf Gedeih und Verderb an die Vereinigten Staaten gebunden, und das heißt, daß sich die Planer der amerikanischen Weltpolitik – die Wehrmachtsführer und die imperialistisch-kapitalistischen Interessengruppen – je länger, je weniger um die politischen Grundanschauungen Englands, und gar noch Labourenglands, kümmern. Der «New Statesman» klagt (28. Juli) bitter über den «unbedingten Vorrang, den in den Vereinigten Staaten die Strategie über die Politik gewonnen» habe. «Achesons Stellung», so schreibt das Blatt,

«ist jetzt so jämmerlich schwach – und er hat ja selbst seinen Gegnern so viele Zugeständnisse gemacht –, daß die Führung der amerikanischen Außenpolitik an die Wehrmachtschefs übergegangen ist. Und nachdem einmal beschlossen war, Tschiang Kai-shek, die Japaner und die Deutschen wiederaufzurüsten, war es sicher, daß auch Franco bald als Bundesgenosse im amerikanischen Kreuzzug gegen den Kommunismus willkommen geheißen werden würde ... Niemand kümmert sich darum, daß dieses einseitige amerikanische Vorgehen den Anspruch zunichte macht, der Atlantikpakt sei eine Teilhaberschaft gleichberechtigter Nationen ... Im Falle der spanischen Wiederaufrüstung haben sich die Amerikaner überhaupt nicht bemüßigt gefühlt, unsere Zustimmung einzuholen. Die Vereinigten Staaten beschließen einfach, Spanien in das amerikanische Verteidigungssystem einzubeziehen; und wir dürfen uns mit der Illusion trösten, daß wir doch etwas erreicht hätten, indem wir die förmliche Aufnahme Francos in den Atlantikpakt verhindert hätten. Werden wir uns eines ähnlichen Trostes erfreuen, wenn einmal die deutsche Armee wiederaufgebaut wird? ...

Amerika schafft sich jetzt eine neue Serie von noch gefügigeren Bundesgenossen, die mit Banden von Stahl und Gold an es gekettet sind. Indem es die Militär- und Wirtschaftsmacht der drei faschistischen Mächte wiederbelebt, zuerst gegen unsern offenen Widerstand und dann mit unserer murrenden Zustimmung, verschiebt es rasch das machtpolitische Gewicht innerhalb der nichtkommunistischen Welt ... Jedermann gibt sich Rechenschaft darüber, daß die Unabhängigkeit Großbritanniens einen dritten Weltkrieg nicht zu überleben vermag. Wir haben jetzt die bittere Lektion zu lernen, daß sie wahrscheinlich nicht einmal Amerikas Vorbereitungen auf einen solchen Krieg überleben kann, es sei denn, diese Unabhängigkeit werde jetzt endgültig zur Geltung gebracht.»

Frommer Wunsch! Attlee, Morrison und ihre Regierungskollegen denken gar nicht daran, sich von der amerikanischen Machtpolitik unabhängig zu machen. Lieber lassen sie die Lebenshaltung des britischen Volkes durch die hemmungslose Aufrüstung recht empfindlich herabgedrückt werden und verzichten auf die Weiterführung ihrer früheren Politik sozialer und wirtschaftlicher Reformen. Ihr Antikommunismus ist so sehr die beherrschende Triebkraft ihrer ganzen Außenpolitik, daß sie wohl unwiderruflich zu Gefangenen derer geworden sind, die auf dem Weg der militärischen Abwehr oder Zerstörung des Kommunismus bis zum Ende – einem Ende mit Schrecken – zu gehen entschlossen sind, selbst wenn dabei mit andern Dingen auch England geopfert werden muß. Nicht besser steht es mit *Frankreich*, dessen Abhängigkeit von Amerika für die Aufrüstung gegen Rußland und für die Weiter-

führung des Kolonialkrieges in Indochina jede Wendung nach «links» in der Innenpolitik verhindert; die sich nun als Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung schon seit Wochen hinschleppende Regierungskrise wird vermutlich mit einer offenen Verschiebung des politischen Schwergewichts nach «rechts» hin enden. In *Italien* hat de Gasperi sein Kabinett bereits in diesem Sinne umgebildet. Die Sozialdemokraten wie freilich auch die Liberalkonservativen sind ausgeschieden, während der rechte Flügel der Christlichdemokraten, der insbesondere die Interessenten des Großgrundbesitzes umfaßt, seinen Einfluß verstärkt sieht. Ob das Kleinbürgertum, das unter der Deflationspolitik des Finanzministers Pella seufzte, durch dessen Entfernung von seinem Posten befriedigt worden ist, steht dahin, bleibt doch Pella weiterhin in der Regierung, wenn auch mit dem interessanten, aber etwas rätselhaften Titel eines «Ministers für Internationale Wirtschaftskoordination» . . .

Persien – ein Schulfall Die alte Gesellschaftsordnung zu konservieren, ist den bisher herrschenden Klassen in Westeuropa allerdings gelungen. Nicht aber die Zurückdrängung des Kommunismus. Denn was besagt schließlich der Verlust von etwa 10 Prozent ihrer Höchststimmenzahl, den die französischen Kommunisten bei den letzten Wahlen erlitten haben, wenn davon nur die autoritär-nationalistische Gaullistenbewegung profitiert hat, die eine Revolution im entgegengesetzten Sinn vorbereitet und der Vierten Republik ebenfalls den Tod geschworen hat? Auch in verschiedenen andern Ländern ist der Rückgang der kommunistischen Wählerschaft nicht derart, daß daraus schon weitgehende Schlüsse auf die Festigkeit des bürgerlichen Regimes gezogen werden dürften, noch ganz abgesehen von der vorrevolutionären Lage in Italien, die sich in dem Anschwellen der linksradikalen Bewegung spiegelt, und in Spanien, wo die Arbeiterunruhen jederzeit aufs neue ausbrechen können. Das alles ist eigentlich doch etwas erstaunlich, wenn man die Heftigkeit und Planmäßigkeit der antikommunistischen Propaganda des vergangenen Jahrfünfts, die Massivität der amerikanischen Wirtschaftshilfe, den Abfall Jugoslawiens vom Ostblock und den populären Glauben an die Kriegsabsichten der Russen in Betracht zieht. Es erscheint aber recht natürlich, wenn man sich vor Augen hält, daß der Kommunismus so lange die einzige ernsthafte Alternative zum Massenelend bleibt, als nicht ein radikaler Sozialismus eine wirkliche Lösung des «Weltproblems Nr. 1», das eben ein wirtschaftliches und soziales Problem ist, nicht zunächst ein solches der politischen Freiheitsrechte, anzubieten imstande ist. Daß die Hälfte der Erdbevölkerung in wirtschaftlich zurückgebliebenen Ländern lebt – oder vegetiert – mit einem Einkommen, das nur 5 bis 10 Prozent des amerikanischen Durchschnitts erreicht,

das ist eine derart grundlegende und erschütternde Tatsache, daß nur ganz durchgreifende und mit größten Mitteln unternommene Reformmaßnahmen den Explosionen zuvorkommen können, die aus der Empörung der hungrigen, aber erwachenden Klassen und Völker hervorzubrechen drohen.

Einen aktuellen Anschauungsunterricht zu diesem Gegenstand liefern uns die Ereignisse, die sich jetzt im Mittleren Osten – also in Vorderasien – abspielen. Typisch ist vor allem das politische Geschehen in *Persien*, von dem schon in einer früheren Rundschau kurz die Rede war. Hier sind all die Elemente vereinigt, die auch sonst den Hinter- und Untergrund der sozialen Revolution und der politischen Gegenrevolution in der Welt bilden; wer die Krise in Persien versteht, der versteht die politisch-soziale Krise in der Welt überhaupt.

Da ist erstens eine herausfordernd *widersinnige und ungerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur*. Das Land, dreimal so groß wie Frankreich, trägt eine Bevölkerung von nur 15 Millionen. Seine herrschende Klasse – Großgrundbesitzer, Kaufleute, Spekulanten, Offiziere und hohe Beamte – führt eine durchaus schmarotzerhafte Existenz. Die wirtschaftliche Erschließung Persiens liegt ihr so fern wie der Sirius; woran sie interessiert ist, das ist einfach die Erhaltung und Ausnützung des überkommenen Zustandes der Dinge, insbesondere einer Landbesitzordnung, die ihr erlaubt, bei unglaubhaft rückständiger Agrartechnik aus den Hunderttausenden von Pächterfamilien 60 Prozent des Bodenertrages als reinen Tribut herauszupressen, als arbeitsloses Einkommen, das sie dann auf verschwenderische Art in Teheran oder Paris durchbringt. «Sparkapital» aber wird zu Zinssätzen von 30 Prozent aufwärts angelegt. Begreiflich, daß die Masse der Bauern- und Arbeiterbevölkerung in Armut und Schmutz, Krankheit und Unbildung dahinlebt, ausgesogen nicht allein von den Grundherren und Kapitalisten, sondern auch von einem Heer nichtstuender Beamter und Staatsangestellter, deren Zahl sich auf mindestens 175 000 belaufen soll, in Teheran allein auf über 50 000. Das Finanzministerium zum Beispiel hat drei Unterstaatssekretäre, 17 Generaldirektoren und etwa 350 Beamte der höchsten Rangstufen.

Dann ist da zweitens ein sehr tätiger und gieriger ausländischer Kapitalismus, dessen Sinnbild und Mittelpunkt die *Anglo-Iranische Ölgesellschaft* ist. Gewiß hat die Anglo-Iranian – wie etwa die britischen Kapitalgesellschaften in Indien und die holländischen in Indonesien – auch bedeutende wirtschaftliche und zivilisatorische Leistungen aufzuweisen, die Persien selbst zugute gekommen sind. Aber im Wesen war ihre Tätigkeit doch eine solche der Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes im Bunde mit der einheimischen Oberschicht, der sie einen Teil ihrer Riesengewinne ablieferte. Um was für Summen es sich dabei handelt und wie sie verteilt wurden, mag aus folgender Aufstellung hervorgehen:

	Abgaben an die persische Regierung	Steuern in England	Bruttogewinne
	(alles in Millionen Pfund Sterling)		
1947	15	7	34
1948	28	9	53
1949	23	13,5	41

Die Geschäfte der Anglo-Iranian, die damit verbundene Korruption der persischen Oberklasse und die politischen Machenschaften und Ränke, die von beiden Seiten betrieben wurden, riefen – und das ist ein dritter Punkt – wachsendem Unwillen im persischen Volk. Ja es entstand daraus eine eigentlich *national-revolutionäre Bewegung*, ähnlich wie in andern kolonialmäßig ausgebeuteten Ländern. Die Übernahme der Ölquellen und Raffinerien in Volksbesitz wurde zur zügigen Losung einer sich mehr und mehr ausbreitenden populären Propaganda, die über dieses nächste Ziel hinaus eine Gesamtumwälzung der Wirtschafts- und Staatsordnung erstrebt. Um diese Gefahr abzuwenden, bemächtigte sich die herrschende Klasse selbst der Forderung auf Verstaatlichung der Petrolgewinnung. Enteignung der Anglo-Iranian und Abschüttelung des britischen Imperialismus – die britische Regierung hat die größere Hälfte der Ölaktien in ihrem Besitz – als Mittel der *Gegenrevolution*, Nationalisierung des Erdöls als Blitzableiter, der die Volksempörung auf die Fremden lenken und die einheimischen Bedrücker in ihrer Besitz- und Machtstellung sichern soll – das ist der Kern der Lage, wie sie sich seit dem offenen Ausbruch des persisch-britischen Konflikts entwickelt hat.

Übersehen wir aber darüber nicht ein viertes, wichtiges Element dieser Lage. Die *Sowjetunion* hat sich streng jeder Einmischung in die gegenwärtige Krise enthalten. Es ist auch nicht etwa so, daß sie sich in der Tudeh-Partei eine «Fünfte Kolonne» geschaffen hätte. Die Tudeh-Partei ist überhaupt keine kommunistische Partei, wenn sie auch stärkste Sympathien für die Sowjetunion hat. Warum das? Die Antwort ist einfach: weil die Sowjetunion das Problem, mit dem Persien ringt, gelöst zu haben scheint und darum als Vorbild für die fällige Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung auch in Iran gilt. Nehmen wir das Beispiel Uzbekistans, eines der nächsten Nachbarn Persiens. Noch vor einem Menschenalter eines der rückständigsten, fast kulturlosen Gebiete Gesamtrußlands, ist es heute ein blühendes, aufstrebendes Land mit einer wachsenden, lebensvollen Bevölkerung. Der englische Oberst C. E. Ponsonby, ein konservativer Mann, der den Mittleren Osten aus langjähriger Anschauung kennt, hat schon 1945 in einem Vortrag berichtet: «Vor 21 Jahren betrug der Anteil der geschulten Menschen (die lesen und schreiben konnten), an der Gesamtbevölkerung 7 Prozent; so ziemlich der einzige Unterricht wurde in den mohammedanischen Schulen erteilt, und nur ganz wenige Frauen konnten überhaupt schreiben. Es gab eine oder zwei kleine Bewässerungsanlagen auf den Gütern des Zaren; Fabriken und Kraftwerke gab es gar nicht. Wie ist

die Lage nach 21 Jahren? Jetzt können 98 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben; es gibt 4000 Schulen, zwei Universitäten und mehrere technische Institute. Es gibt große, leistungsfähige Fabriken, große Bewässerungsanlagen, 20 Kraftwerke und neben anderem ein wundervolles Ballett und eine Oper, in deren Spielplan auch ‚Othello und Desdemona' vorkommt.» Wundert man sich, daß die Sowjetunion Millionen von Persern fast als Märchenland erscheint? Wenn es dann aber einmal zu einer wirklichen Revolution in Persien kommen sollte, ist es natürlich der auf Welteroberung ausgehende «Sowjetimperialismus», der dahinter steckt – wie überall, wo die Völker das Joch ihrer nationalen und internationalen Bedrücker abwerfen.

Und schließlich ein fünfter Punkt: Die gegenwärtige *britische* Regierung, die, wie gesagt, die Anglopersische Ölgesellschaft kontrolliert, hat in ihren Beziehungen zu Persien kaum merken lassen, daß sie eigentlich auf ein sozialistisches Programm verpflichtet ist. Wie die amerikanische «Monthly Review» (Juli 1951) feststellt: «Das Verhältnis Großbritanniens zu Iran ist immer rein ausbeuterischer Art gewesen, und die Labourregierung hat lediglich versucht, dieses Verhältnis so unbeschädigt zu erhalten, als die Umstände es erlauben mochten. Wenn etwas sicher ist, so dies, daß keine Nation zu Hause sozialistisch sein und gleichzeitig im Ausland andere Völker ausbeuten kann. Solange die britische Labourbewegung das nicht versteht, wird sie eher die Rolle eines Geschäftsführers des britischen Kapitalismus spielen als die des Urhebers eines britischen Sozialismus. Die iranische Krise zeigt so klar wie nur irgend etwas, daß sie es noch nicht verstanden hat.»

Tatsächlich sind es ironischerweise die Vereinigten Staaten gewesen, die Labour-England aus seiner Verlegenheit gezogen haben. Indem die Washingtoner Regierung zunächst einmal die Interessen der *amerikanischen* Ölgesellschaften hintanstellte und diejenigen des internationalen Gesamtkapitalismus in den Vordergrund schob, brachte sie – soweit wenigstens im Augenblick erkennbar ist – wirklich eine Verständigung zwischen Persien und Großbritannien zuweg, die sonst schwerlich Tatsache geworden wäre und deren Ausbleiben beide Streitparteien in die gefährlichsten Konflikte hätte stürzen können. Denn auch die persische Regierung hatte sich ja bös in die Nesseln gesetzt. In der Annahme, die nationalistische Bewegung für ihre Klassenpolitik benützen zu können, hatte sie Geister gerufen, die sie nun nicht mehr los wurde und die sie mit körperlicher Drohung, ja mit offenem Mord zwangen, die Verstaatlichung der Anglo-Iranian um jeden Preis durchzudrücken, obwohl sich immer deutlicher zeigte, daß ohne ganz umfassende Mitwirkung ausländischer Fachleute der Betrieb der Ölgesellschaft gar nicht aufrechtzuerhalten war. Diese Mitwirkung scheint nun das amerikanische Eingreifen gesichert zu haben, so daß unter Anerkennung des Grundsatzes der Verstaatlichung durch England und mit größerer Beteiligung der persischen Staatskasse an den Gewinnen der

Betrieb ungefähr in der bisherigen Weise fortgeführt werden kann. Daß Amerika dabei seine Sonderinteressen nicht vernachlässigt hat, versteht sich von selbst; mit einer Anleihe und sonstigen Hilfsgeldern sichert es sich verstärkten Einfluß auf die persische Politik und Wirtschaft, nachdem es mit einer ständigen Militärmission bereits die persische Armee weitgehend in die Hand bekommen und seine strategischen Belange in Iran – die kaukasischen Ölfelder sind von persischen Flugplätzen aus in wenigen Stunden zu erreichen – auch sonst wahrgenommen hat. Die Tätigkeit des «ehrlichen Maklers» machte sich also nicht schlecht bezahlt – oder soll man mit der vorhin erwähnten Zeitschrift eher von der Rolle eines «Vermittlers zwischen zwei Satelliten» reden, die Amerika im persischen Ölkonflikt gespielt habe? . . .

Jordanien – Israel Einigermaßen ähnliche soziale und politische Verhältnisse wie in Iran herrschen in *Jordanien*. Das Land, über dreimal so groß wie Palästina, hat nur den fünften Teil von dessen Bevölkerung. Die Masse des Volkes lebt in größter Armut; eine dünne Oberschicht von Grundbesitzern, Händlern und Beamten genießt einen relativen Wohlstand nur dank britischer Unterstützung, ist doch Jordanien bisher durchaus Kostgänger und Satellit Englands gewesen, das ihm in General Glubb Pascha einen militärischen Organisator von Rang und in Sir Alec Kirkbride einen gewiegten politischen und finanziellen Berater gestellt hat. Und in König *Abdullah* hatte Großbritannien eine zuverlässige Stütze seiner Orientpolitik – den letzten Freund, der ihm von einer ganzen Galerie abhängiger Feudaldespoten in den arabischen Ländern geblieben war. Seine Ermordung durch einen arabisch-palästinensischen Fanatiker ist darum ein schwerer Schlag für England; ja man sieht noch keineswegs klar, ob Jordanien als eigener Staat überhaupt weiterbestehen kann. Und dabei träumte Abdullah von einem *größeren* Jordanien – mit Syrien, Libanon und Irak, neben dem bisherigen Jordanien, als Gliedern –, das er schaffen und beherrschen könne! Damit ist es jetzt vorbei. Ja, gerade diese Pläne, wie Abdullahs allgemeine, auf Freundschaft mit England und Israel gerichtete Außenpolitik trugen ihm den tödlichen Haß der arabischen Nationalisten und der Machthaber der meisten übrigen vorderasiatischen Staaten, eingeschlossen Ägypten, ein, der ihm nun wirklich das Leben gekostet hat. Dabei ist aber stets zu bedenken, daß der Nationalismus auch auf arabischem Boden das nächstliegende Mittel der Herrschenden ist, um die innenpolitischen und besonders die sozialen Energien oppositioneller oder gar revolutionärer Art auf den «äußeren Feind» abzulenken. Das kann man sogar in unserer vorsichtigen «Neuen Zürcher Zeitung» lesen, die sonst derlei Zusammenhänge nicht gerade gern durchleuchtet. Ein allerdings aus Tel-Aviv schreibender Mitarbeiter des Blattes bemerkt (in der Nummer vom 29. Juli) zu der durch Abdullahs Ermordung geschaffenen Lage unter anderem:

«Westlichen Beobachtern ist es seit langem klar, daß die Hauptprobleme des Nahen Ostens *sozialer Natur* sind. Sämtliche Staaten des ‚fruchtbaren Halbmondes' haben neben einer dünnen herrschenden Schicht, die einen unverhältnismäßig hohen Prozentsatz des Nationaleinkommens abschöpft, eine Masse von Fellachen und Ansätze zu einem städtischen Proletariat – Leute, die kaum das Nötigste haben, um Leib und Seele zusammenzuhalten. Wie überall in Asien und Afrika, haben England und Amerika *Pläne für eine Besserung* dieser unhaltbaren Situation durch eine Entwicklung der wirtschaftlichen Möglichkeiten bereit.

Der Nationalismus, der sich oft mit *Fremdenhaß* paart, ist jedoch so stark und das Traumbild der nationalen Unabhängigkeit so verlockend, daß die Szene überall extrem nationalistische Gruppen zeigt, die eine unverhältnismäßig starke Rolle in der Politik spielen. Der Mörder Abdullahs wurde als ein Mitglied einer solchen Gruppe identifiziert, die unter dem Einfluß des früheren *Mufti von Jerusalem* steht, jenem Führer der palästinensischen Araber, der, von den Engländern verbannt, in Hitlerdeutschland auftauchte und jetzt bei Kairo lebt. Wie das persische Beispiel zeigt, gefährden solche Gruppen eine überlegte und rationale Politik.»

Der Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Jordanien und *Israel* ist durch Abdullahs Ermordung auf alle Fälle aufs neue erschwert worden. Und Israel selbst ist ja noch weit davon entfernt, ein innerlich gefestigter Staat zu sein. Die Wahlen vom 30. Juli haben zwar die hauptsächliche Regierungspartei, die Mapai, unerwartet gestärkt – ihr Stimmenanteil ist von 34,7 auf 42 Prozent gestiegen –, aber eben nur deshalb, weil der Sozialdemokratismus Ben Gurions und seiner Freunde allmählich so «undoktrinär» und «staatsmännisch» geworden ist, daß er für einigermaßen fortschrittliche Elemente unter den Neueinwanderern nichts Abschreckendes mehr haben konnte. Die Bildung einer neuen Regierungskoalition zusammen mit den sehr bürgerlichen, sehr antisozialistischen Allgemeinen Zionisten, die von 5 auf 18 Prozent der Gesamtstimmenzahl hinaufgeschnellt sind, wird der Mapai somit kaum größere Schwierigkeiten machen; die Schwierigkeiten werden erst bei der Bewältigung der übergroßen Probleme auftreten, die insbesondere der Massenzustrom neuer Einwanderer während der letzten Jahre geschaffen hat. Auch für die Weiterführung der äußeren Politik in der Richtung auf den Westblock zu ist die nötige Grundlage gesichert, hält doch die große Mehrheit der israelitischen Bevölkerung um der Landesverteidigung willen wie auch zum Zwecke der Gewinnung amerikanischer Anleihen und privater Kapitalien die Ausrichtung auf die Politik der Vereinigten Staaten für durchaus gegeben. Denn daß die Arabische Liga ihr Ziel – oder ihre Illusion – einer Zerschlagung des Judenstaates mit Hartnäckigkeit weiter verfolgt, lehrt die Bürger Israels der Augenschein jedes Tages. Und für einen neuen Krieg gerüstet zu sein, wird auch die zweite Regierung Ben Gurion als eine ihrer Hauptaufgaben erachten.

Indische Not Mittlerweile ist im indischen Subkontinent fast akute Kriegsgefahr entstanden. Es geht wieder um *Kaschmir*, das von einer mehrheitlich mohammedanischen Bevölkerung bewohnte

Bergland, das schon vor vier Jahren der neugeschaffene Staat Indien mit Waffengewalt seinem Nachbarn und Rivalen Pakistan vorzuenthalten suchte. Die endgültige politische Zuteilung Kaschmirs ist seither dauernd umstritten gewesen und eine Quelle blutigster Kämpfe geworden, so daß schließlich die Vereinten Nationen eingriffen und Indien aufforderten, den von ihm besetzten Teil des Landes zu räumen, damit eine vom Sicherheitsrat überwachte Volksabstimmung durchgeführt werden könne. Indien weigerte sich beharrlich, der Aufforderung nachzukommen, und zog neuerdings sogar beträchtliche Streitkräfte an den Grenzen Kaschmirs zusammen, um seinen Willen, Kaschmirs Anschluß an Pakistan um jeden Preis zu verhindern, möglichst eindrücklich kundzugeben. Die Panik, die daraufhin Pakistan ergriffen hat, ist wohlverständlich, kann aber leicht zu Reaktionen führen, die den Krieg der beiden Brudervölker in aller Form entfesseln müßten. Wenn der Sicherheitsrat *hiergegen* die Machtmittel aufböte, über die er verfügt, so fände er gewiß, anders als im Fall Korea, die Zustimmung der ganzen übrigen Welt. Aber eben – hier spielt der Kommunismus, der offenbar allein die UNO wirklich in Bewegung zu setzen vermag, noch keine wesentliche Rolle, so daß sich die mehr oder weniger an dem Streitfall interessierten Mächte, einschließlich Amerika, auf bloße diplomatische Vermittlerdienste und wohlgemeinte Ratschläge an die beiden Parteien beschränken. Und doch *kann* einmal die Kommunismusfrage auch für Indien und Pakistan brennend werden – dann nämlich, wenn das auch hier allbeherrschende soziale Problem derart unlösbar geworden ist, daß die Gewaltrevolution der einzige Ausweg zu werden scheint.

Das hat die indische Regierung theoretisch längst erkannt. Nur sind die praktischen Maßnahmen, die sie bisher ins Werk gesetzt hat und die neuerdings die Nationale Planungskommission in einem ersten Fünfjahrplan weiter zu entwickeln vorschlägt, so dürftig und unwirksam, daß es fraglich ist, ob der Not der riesigen indischen Volksmassen dadurch rechtzeitig gesteuert werden kann. Und diese Not ist schlechthin grauenhaft. In einem vor kurzem erschienenen Buch «L'Inde devant l'orage» («Indien vor dem Gewitter»), aus dem der Pariser «Esprit» einen Auszug veröffentlicht hat, gibt Tibor *Mende* davon ein wahrhaft niederdrückendes und zugleich aufreizendes Bild. Oder mit was für Gefühlen kann man sonst Tatsachen zur Kenntnis nehmen wie die, daß von den 90 Prozent Indern, die in den 500 000 Dörfern leben, der größte Teil von Geburt an zum langsamen oder auch schnellen Hungertod verurteilt ist? Daß in diesen Dörfern von zwei Kindern unter zehn Jahren immer je eines sterben muß? Daß die durchschnittliche Lebensdauer der Landbevölkerung, die 1881 immerhin noch 30 Jahre betrug, bis heute auf weniger als 23 Jahre gefallen ist? Daß der Inder im Durchschnitt kaum den zwanzigsen Teil des Einkommens eines Engländers bezieht und die meisten Bauern (wenn man diese ver-

elendeten Landproletarier so heißen will) mehr als 200 Tage im Jahr arbeitslos und verdienstlos sind und den Rest der Zeit über nur teilweise Beschäftigung haben?

Genug – man muß die Schilderung Mendes gelesen haben, um den ganzen unsagbaren Jammer der untermenschlichen Existenz dieses Volkes wenigstens zu ahnen. Und noch immer geschieht so gut wie nichts, um das Grundproblem des modernen Indien auch nur einigermaßen annehmbar zu lösen. «Monat für Monat», so schreibt Mende, «habe ich mir den Weg durch Sturzbäche von Wortakrobatenkünsten der indischen Presse gebahnt, ohne auch nur eine einzige wirksame Maßnahme, eine einzige tatkräftige Aktion entdecken zu können, die darauf abzielte, der schmachvollen Sklaverei ein Ende zu setzen, die 90 Prozent der Bevölkerung in Ketten schlägt.»

„Opfer militärischen Denkens" Es wäre wahrlich besser, die «freie» Welt des Westens kümmerte sich um *diese* Zustände und hülfe ihnen ab, statt sich täglich neu über die «kommunistischen Sklavenhalter» zu entrüsten und den heiligen Krieg gegen sie vorzubereiten! Und die westlichen, wirtschaftlich und zivilisatorisch fortgeschrittenen Nationen *könnten* der Not Indiens wie aller zurückgebliebenen Länder abhelfen, wenn sie nur *wollten*, das heißt, wenn sie sich entschlössen, die ohnehin unaufhaltsame nationale und soziale Freiheitsbewegung der wirtschaftlich versklavten Völker zu fördern, anstatt sie zu unterdrücken oder doch nur ganz lässig zu unterstützen. Aber gerade das wollen sie nicht, mindestens nicht die führenden unter ihnen. Den Kampf Tschiang Kai-sheks gegen die chinesische Revolution haben die Vereinigten Staaten mit über 3 Milliarden Dollar subventioniert; für die Hilfe an die unterentwickelten Völker, gemäß dem berühmten Punkt 4 von Trumans Regierungsprogramm, haben sie bisher ganze 45 Millionen zur Verfügung gestellt!* Auch ein neuer Plan für die wirtschaftliche Förderung rückständiger Länder *ohne* Regierungsgelder – er ist im sogenannten Rockefeller-Bericht niedergelegt – bleibt weit unter den Mindestanforderungen, die an dieses Werk gestellt werden müssen. Fritz Sternberg bezeichnet ihn in der Neuyorker «Nation» (30. Juni) einfach als «imperialistische Politik, angepaßt an die amerikanischen Wirtschaftsbedürfnsse in einer Periode der Wiederaufrüstung». Ja, glaubt man auf diesem Wege wirklich weiterzukommen? Oder bildet man sich ein, einer planmäßigen Kraftanstrengung zur Behebung der großen Völkernöte gar nicht zu bedürfen, erschöpfe man sich doch schon genug in Vorbereitungen, um die *Folgeerscheinungen* dieser Nöte, den Kommunismus, *militärisch* in Schach zu halten? Dann lasse man sich von dem

* Auf je 300 Dollar, die Amerika im abgelaufenen Finanzjahr für Militärzwecke ausgegeben hat, hat es je einen Cent für Hilfe an notleidende Völker «geopfert».

allerdings liberal angehauchten und noch von Roosevelt berufenen amerikanischen Bundesrichter Douglas sagen, daß das amerikanische Volk «das Opfer einer militärischen Philosophie geworden» ist, die es «in Asien an den Rand des Abgrundes geführt hat». Der Kommunismus, so schreibt Douglas in der Zeitschrift «Look», gewinne die Massen mit der Verheißung von Reformen, deren geschichtliche Ursprünge nicht in Rußland, sondern in den Vereinigten Staaten lägen. In Asien sei aber die amerikafeindliche Stimmung jetzt so stark, daß sie vielleicht sogar in einen Kreuzzug gegen Amerika umschlagen werde. Und der Schlüssel zu Asien sei Indien geworden. «Wenn Indien kommunistisch wird, dann ist ganz Asien verloren ... Wir stehen in der Tat am Rande des Abgrundes. Die Gefahr droht uns nicht von der bewaffneten Macht Rußlands. Unsere Unsicherheit rührt von unserem Unvermögen her, das Schicksal Asiens zu beeinflussen. Der Kommunismus erobert Asien durch unsere Fehler. Wir wurden weitgehend gelähmt, weil wir die Opfer eines militärischen Denkens geworden sind.»

Es ist Amerikas Unglück, daß seine führenden Schichten das nicht begreifen. Wenn auch *wir*, die Menschen und Völker Westeuropas, es nicht endlich begreifen, vielmehr als Opfer des gleichen militärischen Denkens, das Amerika im Bann hält, fortfahren, uns von den Vereinigten Staaten und ihren Helfern auf dem Wege der Kriegsrüstungen immer weiter vorantreiben zu lassen, dann wird es auch uns zum Unglück ausschlagen – noch viel mehr als dem immerhin durch zwei Weltmeere geschützten Amerika.

2. August. *Hugo Kramer.*

Europa

Wer sie verstünde, die unerlöste, die Sprache
der Stillen im Lande, wer sie beredt machen könnte,
die Männer am Pflug und die Frauen in Hoffnung,
die Männer vor Kohle und Erz,
die Männer im Steingebirge verschütteter Städte,
die auf den Schultern Steine tragen für Künftige,
wer die Zunge lösen könnte den Jungen,
die sich verlieren wollen und wissen nicht wem,
wer die Sprache verstünde derer,
die Gott verschweigen in Demut,
wer die Seufzer zu deuten wüßte und
die stummen Gebete schlafloser Nächte
im Norden und Süden, im Osten und Westen
des Kontinents,
der allein wüßte die Sprache der Zukunft.
Modrig ist der millionenfältige Wortschwall,
stockfleckig und staubig,

den die Walzstraßen der Zeitungskonzerne
tagtäglich ausspein,
aber die heilsamen Worte schlafen behütet
im Herzen der Einfältigen, der Träumer und Dichter.

Wenn Ihr zu lauschen verstündet,
Ihr müßtet sie hören:

Gebt unsern Füßen Sandalen,
die leichten Schuhe der Armut,
sorglich darin zu wandern
auf den gemarterten Straßen Europas.
Laßt uns auf Leinpfaden gehen,
am Ufer der schimmernden Flüsse,
vom Quell bis zur Mündung
und wieder bergauf mit den springenden Lachsen,
ohne Schranken.
Laßt uns auf Fähren und Brücken
eilen hin und herüber, mit Körben und Krügen,
auszutauschen die Früchte des Fleißes,
ohne Schranken.
Gebt unsern Augen zu trinken
vom Reichtum der Wälder und Wiesen,
der Seen und Fjorde,
der Berge und Hügel
im Norden und Süden, im Osten und Westen
des Kontinents,
ohne Schranken.

Daß wir wieder die Weite spüren
und wissen, woher uns der Wind weht,
und daß er den Rauch bringt
der silbernen Roggenmeere des Tieflands
oder den Duft der Zitronenhaine am Tiber,
oder die weiche, üppige Luft
von den Rebenhügeln Burgunds
oder den kühlen atlantischen Salzhauch.
Daß wir's mit unseren Wagen erfahren,
daß wir's mit unseren Füßen erwandern,
das Land unserer Väter,
das unvergleichliche Erbe.

Daß ein jeglicher wüßte,
wie über der Moldau breit auf den Hügeln sich hinschwingt
die kostbare Krone des Hradschin,
daß unser keiner vergäße, wie über den sieben
Brücken der Seine aufblüht das Wunder von Notre Dame.

Einstmals waren wir eins,
und könnte der jemals wieder
des einigen Ursprungs vergessen,
der die Arme jauchzend ausbreitet
vor den Säulen von Paestum,
den der marmorne Himmel St. Peters niederwarf in die Knie,
dem nur einmal die Rose des Münsters zu Straßburg
glühte ins Herz?

Einstmals waren wir eins
und liebten einander in hundert Gestalten,
in ewiger Wandlung,
bis wir den Spiegel erfanden, in dem wir das eigene
Trugbild umarmten in fruchtloser Wollust.
Laßt uns die gläsernen Wände zerschlagen,
daß wir uns wiederfinden,
einer im Auge des andern,
im klaren, offenen Spiegel des Herzens.

O, es ist Zeit,
die Dürre uns'rer Entzweiung zu enden
und die Lande neu zu wässern mit Duldung,
daß wieder blühen möge der Garten,
der einstmals so bunt war.
Haben wir nicht die Schmerzen der
Wiedergeburt zweimal gelitten
in grausam-blutigen Wehen?
Hat es uns nicht beinah das Leben gekostet,
und wäre am Ende
totgeboren die Frucht?

Wir, die wir übriggeblieben sind,
auf dem Totenacker Europa,
wir, die wir hausen in Gräberstädten
auf schaurigem Mahnmal,
wir, die wir pflügen zwischen Gebeinen,
flüchtig verscharrten,
wir, die Herlinge, die der Zorn des Gärtners
verschonte im Weinberg,
wollen nicht Erben sein
des verloderten Hasses,
wollen nicht Erben sein
der vergilbten Schuldbriefe,
die wir aufhäuften in Jahrhunderten
unsrer Entfremdung.

Laßt uns auf der verbrannten Erde
neu aufschlagen die Augen, wie
Kinder.
Laßt uns wetteifern in den heiteren
Künsten des Lebens, die wir so
lange verlernt.

Laßt uns Abende haben,
den fürstlichen Überfluß müßiger
Zeit,
den an Frankreichs Flüssen die
Angler verschwenden,
kleine, in sich gekehrte, friedsame
Gestalten.
Laßt uns Abende haben wie in
Italien,
wenn auf den Plätzen und Straßen
die Stimmen der Sänger und der
Erzähler
aufsteigen wie des Springbrunnens
klingende Säule.
Laßt uns Abende haben wie im
Norden,
wo sich Alte und Junge sammeln
ums Feuer,
wenn Schnee fällt und Wind an
das Haus stößt,
wo sie Gespenstergeschichten
erzählen
und der Kobold heult im Kamine.

Weit ist der Himmel und schön
ist die Erde
und willig, Ernten zu tragen
im Norden und Süden, im Osten
und Westen
des Kontinents.
Mehr als genug wäre es für uns
alle,
wenn wir's einander zu schenken
verstünden
und hielten nicht immer
gierig das Eigene fest.
Die ihr die Macht habt,
zaudert nicht, zögert nicht,
denn die Hände des Würgers
sind schon ausgestreckt nach der
Ernte,
wenn Eure Zwietracht
sie faulen läßt auf dem Halme.
Die Ihr die Macht habt,
zaudert nicht, zögert nicht,
denn es haben die Hoffenden
längst ihr Herz vorausgeworfen
über den Graben
und sie werden, noch eh ihr die
Notbrücken
auskalkuliert habt am Schreibtisch
mit Reißbrett und Zahlen,
nackenden Fußes hinübergeh'n,
ihre Kinder im Arm und Blumen
im Haar.
Kommet, ihr Schwachen, der
Geißel zuvor,
überholet die Furcht,
denn was Furcht zusammenzwingt,
löst sich im Scheidewasser des
Schreckens.
Überholt die Erinnerung der Alten
an lange Vergangenes,
überholet die Hoffnung der
Jungen auf fernere Zukunft,
heut ist die Stunde der Gnade,
die letzte vielleicht,
daß wir zusammen,
wir leidenden Völker Europas,
tauchen die schuldigen Häupter
ins Wasser der Demut, ins
Wasser der Liebe,
ins Wasser des heilgen Vergessens.

Wer das Stammeln verstünde derer,
die übrig blieben,
wer sie verstünde, die unerlöste
Sprache Europas,
o, ihm würden die Steine sich
fügen
wie einst dem Sänger der Griechen,
o, er würde uns bauen das Haus
uns'rer Sehnsucht,
lange darin zu leben
in Frieden. *Hannah Vogt.*

Verheißung und Glaube

«Geschehen wird's in der Späte der Tage; festgegründet ist der Berg seines Hauses zuhäupten der Berge, über die Hügel erhaben strömen werden zu ihm die Weltstämme all, hingeh'n Völker in Menge, sie werden sprechen: Laßt uns geh'n, aufsteigen zu Seinem Berg, zum Haus von Jakobs Gott, daß er uns unterweise in seinen Wegen, daß auf seinen Pfaden wir geh'n! Denn Weisung fährt von Zion aus, von Jerusalem Seine Rede. Richten wird er dann zwischen den Weltstämmen, ausgleichen unter der Völkermenge; ihre Schwerter schmieden zu Karsten sie um, ihre Speere zu Winzerhippen, nicht trägt mehr Volk gegen Volk das Schwert, nicht lernen sie fürder den Krieg. Haus Jakobs, laßt nun uns geh'n, einhergeh'n in Seinem Licht! (Jesaja 2, 1–5.)

«Selig sind die, die Frieden schaffen, denn sie werden Söhne Gottes heißen.» (Matthäus 5, 9.)

Was sollen solche Worte in unserer Zeit? Was sollen die Verheißungen Gottes in unserer Welt? Empfinden wir nicht täglich in dem Geist der Welt, der uns durch zwei ihrer Hauptkanäle – die Presse und das Radio – entgegenströmt, den kalten, zynischen, satanischen Hohn über alle Verheißung, alles Hoffen und Glauben?

Diese Welt der *Flucht vor Gott* – ist ihre Flucht nicht noch rasender geworden? Ihre *Loslösung von Gott* – wird sie nicht immer umfassender, tiefdringender, unheilbarer? So unheilbar, daß sie sich – kaum emporgetaucht aus dem Meer von Blut und Tränen, kaum der pressenden Angst und den höllischen Schrecken entronnen – schon wieder inmitten solcher Schrecken befindet, neuen Katastrophen zustürzt! – Ja, ihr Kampf *gegen* Gott, gegen seinen Willen, gegen sein Reich, nimmt er nicht immer neuen, furchtbareren Ausdruck an, von Trug und Lüge verzerrte Formen, die so oft in der Maske des Kampfes für das Gute und Rechte erscheinen?

Das Erschreckendste aber ist wohl dies, daß die Ohnmacht, ja Nichtigkeit des *Menschen* in der heutigen Welt und auf andere Weise seine Kleinheit und Gemeinheit, sein Selbstbetrug und seine Verzweiflung, die er zumeist in Ideologien und ihre Propaganda umsetzt, gleichzeitig verbunden sind mit einer *Übermacht, ja Allmacht des Menschen über den Menschen*, wovon die offenen und versteckten Totalismen von Staaten und anderen «Mächten» (wie sie bei uns etwa der Kapitalismus, der Militarismus und die Klassengesellschaft darstellen) nur ein Ausdruck sind. Denn im Grunde ist der Hang zum Totalismus eine Erscheinung der ganzen heutigen Welt, eine Ausprägung uralten Gewaltglaubens und des mit ihm verbundenen Versuches, das Weltreich zu bauen und zu festigen. Daran ändert jene heutige Freiheitslosung nichts, welche die Freiheit mit den Mächten zusammenbindet, die ihre Totengräber sind und die, wie das «Recht», so auch im Grunde nur *die* Freiheit suchen, die ihnen nützt. Das zeigt nicht nur die Tatsache der Überkreuzung der

Erscheinung des Totalitären in den beiden «Blöcken», die in dem Bündnis der bürgerlichen Demokratie mit dem Feudalismus, Kapitalismus und Faschismus immer mehr zur inneren Aushöhlung der Demokratie führt, sondern auch das, was man die Angleichung aller Mittel an die Gewaltmethode nennen könnte, die andernorts nur unverhüllter zum Ausdruck kommen. «Recht ist, was uns nützt», und – noch schlimmer: «Wahrheit ist, was der Propaganda dient» – diese Saat Hitlers hat eine große Streuung in der heutigen Welt. Die Politik und Propaganda fast aller «Staaten» zeigt das beinahe jeden Tag aufs neue. Das dient, ob man es will oder nicht, der Fernsteuerung auf den «totalen» Krieg, dessen Vorproben in Korea nur die Unerschütterten auf allen Seiten nicht erschüttern können. Der Krieg selbst spricht die gewaltige Sprache von der tiefen politischen und sozialen Zerrissenheit der Welt, ihren abgründigen, durch schwere Schuld vertieften geistigen Gegensätzen und dem Trug, das Erdreich ordnen zu wollen durch Gewalt. Er zeugt von der einen entscheidenden Tatsache: der immer größeren Ausdehnung der Herrschaft des Todes und der Vernichtung über die Menschen und die Völker, von der nur menschliche Überhebung meinen kann, sie meistern zu können.

Diese Sachlage liegt vor. Sie wird genährt durch die Schuldverstrikkung und Schuldanhäufung der Völker, Klassen und Rassen gegeneinander. Diese in wirklicher sittlicher Verantwortung vor Gott und gegeneinander zu suchen, nach wahrer Schuldbefreiung und Vergebung füreinander zu trachten, davon sind auch die sich auf die «christliche Zivilisation» berufenden Völker und Mächte weit entfernt. Sie sind genau so weit davon entfernt wie sie von Gott entfernt sind, durch dessen Geist allein eine Wandlung und Erneuerung des Geistes unter den Völkern möglich wird.

Die beiden «Weltkriege» haben eines nicht vermocht – es ist das Entscheidende: die Völker zu *der Umkehr* zu rufen, die allein heilbringend, befreiend, erneuernd, Gerechtigkeit schaffend wirken könnte: der Umkehr zum Reich des lebendigen Gottes und seines Christus und durch sie zum wahren Menschenreich. Das war, das ist und wird sein der wahre und einzige «Drehpunkt» der Welt und der Menschengeschichte, der sich durch den Aufbruch der Völker zu Gott und seinem Reich vollziehen soll. Dann kann Gerechtigkeit geschehen, die große göttliche Gerechtigkeit, die Frieden schaffende! So meint es unser prophetisches Wort. Immer wieder aber ist die Atempause der Geduld und Langmut Gottes der Menschenseele und den menschlichen Gemeinschaften, den Völkern gegeben für die *Entscheidung zur Umkehr*, zur Hinwendung zu Gott und seinem Reich. Wehe, wenn die Entscheidung zur Abwendung wird! Sie kann und soll zum Dienst Gottes und seines Reiches werden. Wehe, wenn sie zum Dienst an den Gegenmächten wird, an Mammon, Gewalt, Lüge, Unmenschlichkeit, die in der Herrschaft des Todes gipfeln! Die «Staaten» sind zur Umkehr wohl nicht

imstande. Sie sind zu sehr von «dieser Welt», zu sehr Kains-Gründung, zur sehr «Macht» über den Menschen und Absage an die sittliche Verantwortung. Aber die *Völker* können diesen Aufbruch vollziehen, sind dazu aufgerufen. Sie auf diesen Weg zu rufen und auf ihm voranzugehen ist der Dienst einer wahren Gemeinde Christi, eines wahren Gottesvolkes.

Das muß heute unser «politischer» Gesichtspunkt sein, wenn wir nicht in die Irre gehen wollen. Er bedeutet den Durchbruch durch alle bloße «Politik», durch den «Totalismus» der Politik, zu dem, was mehr ist als sie. Zu dem, was ihr allein wahre Richtung und einen echten Weg weisen kann. Das Reich ist die Entscheidung über die Politik der Völker. Auch mit den besten Staatsformen (wenn man sie noch so nennen will, denn sie sollen mehr sein als das!) der «Demokratie» und der «Theokratie» – können die Völker stecken bleiben, in schwerstes Gericht und Katastrophen geraten, wenn sie nicht mehr dem Willen und der Herrschaft des lebendigen Gottes dienen. Das bewegt uns in der heutigen Weltlage und möge uns auch als Anlaß zur Besinnung in diesen Tagen des eidgenössischen Dank-, Buß- und Bettages dienen. Daß die Demokratie auf den Felsengrund der Herrschaft Gottes und Christi komme, in denen allein auch die wahre, nicht die Talmi-«Freiheit» gründet, das wird ihre Rettung und Vollendung sein. Wir sind gewiß, daß nur ein auf dieser Linie geführter Kampf um die Demokratie Aussicht auf dauernden Sieg gegen den Totalismus hat. Auf einen Sieg, der eine *Überwindung*, nicht eine bloße zeitweilige Niederschlagung des Totalismus wäre.

Das ist die tötliche Not unserer Welt, ihre «Fallsucht» zu einer neuen, unermeßlichen Katastrophe, weil sie diesen «Drehpunkt» nicht sucht und nicht gefunden hat, weil auch Religion, Kirche und Kultur sich um sich selbst drehen, sich selbst suchen wie die Staatenblöcke. «Ein jeder sieht auf seinen Weg.» Ein jeder sucht *seinen* Vorteil, auch wenn man einmal etwas gemeinsam tut. Oder man tut es im Sinn der kollektiven Selbstsucht zur Rettung etwa der bürgerlichen Klassengesellschaft. An diese «Rettung» glauben wir nicht, auch wenn sie um den Preis der Vernichtung großer Teile der Welt weitergeführt wird.

Kehren wir zu unserer Ausgangsfrage zurück! Die Welt kommt uns so vor, wie wir es anzudeuten versucht haben. Und wir sind – nicht aus «Pessimismus» – überzeugt, daß ihr wahres Bild noch erschreckender ist, als wir ahnen. Welches Menschen Geist sollte die Abgründe ermessen können, über dem die Völkerschicksale schweben, jeder Augenblick die Möglichkeit des Absturzes in sich bergend?

Aber gerade das, liebe Leser und Freunde, ist *der wirkliche Ort der Verheißungen Gottes!* Wo die äußerste Finsternis ist, strahlt das Licht auf. In den Gerichten und Katastrophen der Welt schreitet der wirkliche Gott zu seinen Zielen vorwärts. Durch die stürmischen Wogen hat er seinen Weg. Seine Verheißung fällt nicht dahin, auch wenn Gericht um

Gericht sich folgt, wenn er vernichtet, was sich mächtig wähnt oder «totale» Herrschaft an sich zu reißen versucht, wenn er vielleicht noch rascher richtet, was halb und lau und heuchlerisch ist! So steht die Zionsverheißung der Gerechtigkeit und des Friedens (das ist das wahre «Zion Gottes»), die Verheißung des Königtums Gottes, des neuen Himmels (der neuen Himmel) und der neuen Erde im Buch des Propheten Jesaja, aus dem unser Eingangswort stammt. So ist sie der *Hauptbestandteil* aller prophetischen, messianischen und apostolischen Verkündigung des lebendigen Wortes Gottes zu allen Zeiten. Sie ist der echte biblische «Leitfaden». Sie ist das wahre «Programm» göttlicher Verwirklichung. Sie ist die erlösende, sein ganzes Wort, Wirken und Leben umfassende Seligpreisung Jesu für die Jüngerschaft und Nachfolge. Sie ist der Weg, auf den Jesus die Völker ruft! Darin erfüllt sich auch der Dienst der Gemeinde Christi.

Wir haben guten Grund, darauf zu schauen, festen Grund, darauf zu bauen. Gott kämpft um sein Reich *auf Erden* in allem Geschehen und über allem Geschehen auch *heute*. Christus, der Herr, ist der Vorkämpfer um das Reich des Vaters – heute. Christus ist zum König und Herrn über die Völker ausgerufen, weil seinem Gott und Vater, unserm Gott und Vater, das Reich werden soll. *Daran ist alle Verheißung befestigt.* Gott selbst ist die Bürgschaft seiner Verheißung. Er selbst ist die Verheißung; er kommt! Nicht stürzt die Verheißung vor der Welt dahin – nein die Welt stürzt vor der Verheißung Gottes und wird allein gerettet durch die Verheißung Gottes. Er spricht auch über unsere dunkle Zeit sein Wort, und er macht alles neu! Bauen wird darauf auch in dieser Weltstunde, da neue Vernichtung droht, gewaltige Entscheidungen fallen werden.

Und in dieser Verheißung geht es um *die Erde, die Völker*. Sie sollen in das Licht Gottes kommen und der Macht der Finsternis entrissen werden. Die tiefen Wasser der Gerichte sind Führungswege zum endlichen Heil, zur Gerechtigkeit und Wahrheit Gottes in seinem Reich. Das ist doch wohl der Sinn des Geschehens heute, wie er es im Grunde immer war: die Verkündigung des Reiches «zum Zeugnis über den Völkern». Über den Völkern des Ostens und Westens. Über den Kolossen und «Mächten», in die sie eingetan sind. Über die Todesherrschaft, das Chaos und die Vernichtung, die ihnen drohen. Das ist das Zeugnis derer, die zu den Generationen dieser Zeit ein lebendiges Wort zu sagen hatten. Das die Botschaft, die Leonhard Ragaz nicht umsonst immer wieder in dem Wort zusammenfaßte: «Erfüllt ist die Zeit und nahe die Herrschaft Gottes; kehret um und glaubt dieser (der) Frohbotschaft.» (Markus 1, 15.)

Die Völkerverheißung hat aber wie die Verheißung für den einzelnen Menschen die unabdingbare Voraussetzung der Umkehr. Gottes Herrschaft setzt die Abkehr von der Götzenherrschaft, Gottes Reich die Abkehr von den Weltreichen, Gottes Weg die Abkehr von den Weltwegen des Krieges, des Terrors und der Ausbeutung voraus. Das ist

die Bedeutung Christi für die Welt, das war sie damals in jener Entscheidungsstunde für Israel. Das ist sie heute für die Völker. *An seinem Ruf zum Reich Gottes entscheidet sich ihr Geschick.* Es ist der Sinn alles Messianismus Gottes, der wahren Überwindung alles Totalismus. In dieser «Umkehr» liegt das Heil der Völker, nicht in ihren «Pakten» und «Plänen» und Atombombenversicherungen, von denen nur gilt: «Rüstet euch – und stürzet, rüstet euch – und stürzet, schließt Beschluß, er zerbröckelt, redet Rede, sie besteht nicht, denn bei uns ist Gott!»[1] Christus ist der «Eckstein», an dem die Völker zu Fall kommen oder aufstehen. Er allein ist das «Zeichen» ihrer wirklichen Rettung. Seine Herrschaft ist die Verheißung der Völker und keine andere. Jetzt ist die Zeit, da die Völker und «Blöcke», richtungslos wie sie sind, sich das Gericht bereiten, sich unaussprechliches Verderben «an den Stricken der Schuld herbeiziehen».

Gerade jetzt ist aber auch die Stunde für das Zeugnis der Rettung durch die Umkehr, durch das Reich für die Völker. Nicht die Gewalt- und Vernichtungsrüstungen im Selbstbetrug und in der Maskierung der «Verteidigung» (auch dort, wo sie ehrlich gemeint sind!) sind Weg und Wahrheit, sondern Christi Ruf zur Umkehr, zur Gerechtigkeit des Reiches Gottes unter den Völkern und in allen ihren Angelegenheiten: den politischen, sozialen, kulturellen, religiösen Angelegenheiten. Daran wird sich alles entscheiden.

Auch das Geschick des «Christentums». Es treibt allerlei «Politik», allerlei «Religion», allerlei kirchliche und ökumenische Organisation, und es ist allerlei guter und ernster Wille darin. Und doch – es geschieht im wesentlichen, wie wenn nichts geschehen wäre und geschähe! Man baut Kirchen und wendet viel Geld für die Pflege des «kirchlichen Lebens» auf. Wo aber bleibt der Glaube, die Kraft, der Dienst für die Verheißung?

Es ist aber etwas Entscheidendes geschehen. Das, daß die Völker und die «Kirchen» vor das eine, wahre, allein dauernde, alles Gericht, alle Hölle, allen Tod überwindende Reich Gottes gestellt wurden und werden – das Christusreich der Erlösung und Neuschöpfung des Menschen und der Welt. Daß sie davon gerichtet oder dadurch gerettet werden. Dieses Licht gilt es zu ergreifen, darin zu wandeln, dafür zu kämpfen, darum zu leiden.

Denn die Verheißung wird, wo sie im Ernst erfaßt wird, *Glaube*. Sie ist kein jenseitiger und auch kein eschatologischer Apparat. Der Glaube aber wird und ist Dienst der Gerechtigkeit des Reiches, so wie ihn das ganze Evangelium verkündet. Er wird Nachfolge Christi, Jüngerschaft Christi. Bei aller Nüchternheit und Ruhe, allem Stillesein und Warten, bei allem kindlichen «Vertrauen» in das Tun Gottes selbst wird er doch ein «lebendig, tätig und geschäftig Ding» sein, wird in ihm die Glut

[1] Jesaja 8, 9/10

des Meisterwortes brennen: «Trachtet aber zuerst nach der Herrschaft Gottes und seiner Gerechtigkeit.» Das Leben dieses Glaubens nährt sich und wirkt aus dem Geist des Gottes, der Gerechtigkeit und Frieden schafft, der seine Söhne und Töchter zu seinem Werke ruft, der seine milde Hand noch auftun wird zur Barmherzigkeit über allen Völkern. «Laßt nun uns gehen, einhergehen in seinem Licht!» Darin faßt sich die Verheißung des Propheten zusammen. «Ich bin das Licht der Welt» sagt der Christus des Reiches Gottes, und «Ihr seid das Licht der Welt» ruft er denen zu, denen die Verheißung zur Umkehr und zum Glauben wird für sich und die Welt. *Albert Böhler.*

Wege zum Frieden

I.

Es ist nötig, die allbeherrschende Frage unserer Zeit, die Friedensfrage, auch in den «Neuen Wegen» immer wieder von Grund auf neu zu erörtern und zu durchdenken. Die folgenden Betrachtungen wollen nur als Beitrag zu dieser Diskussion aufgefaßt sein, an der sich hoffentlich unsere Freunde recht lebhaft beteiligen werden.

Das gegebene Werkzeug der Friedensschaffung wäre natürlich die Organisation der *Vereinten Nationen* (United Nations Organization, UNO). Dies, obschon die UNO, anders als der Völkerbund, keine allumfassende internationale Rechtsordnung im eigentlichen Sinn sein wollte, sondern nur ein Zweckverband zur vorläufigen Verhinderung eines neuen Weltkrieges, wobei die fünf Großmächte die Führung haben sollten und ihre Einigkeit die entscheidende Bedingung für die Erreichung des Organisationszweckes wäre. Man weiß, daß diese Bedingung nicht erfüllt wurde. Die Einigkeit der fünf Großen ist schon verhältnismäßig bald in die Brüche gegangen – die einen sagen, weil die Sowjetunion, kaum der Zerstörung durch das nazistische Deutschland entgangen, ihrerseits den Weg eines aggressiven Imperialismus beschritten habe, die andern glauben, weil die Vereinigten Staaten und die gleichgerichteten Kräfte in der übrigen Welt die Politik der gegenrevolutionären Intervention wieder aufgenommen hätten, die sie schon seit dem Ende des ersten Weltkrieges betrieben und insbesondere in Zusammenarbeit mit dem internationalen Faschismus planmäßig fortgesetzt hätten, bis Hitlers Unverstand sie wenigstens vorübergehend an die Seite der Sowjetunion gezwungen habe.

Wie dem auch sei – die UNO ist jedenfalls ihrem ursprünglichen Zweck völlig entfremdet worden und hat sich mehr und mehr in ein Werkzeug der Politik der *Vereinigten Staaten von Amerika* verwandelt, die dank ihren wirtschaftlichen und militärischen Riesenkräften die beherrschende Macht innerhalb des Kreises der UNO-Staaten geworden

sind. Die amerikanische Politik aber ist wesentlich auf die Erhaltung und Stärkung der bestehenden Gesellschaftsordnung in aller Welt gerichtet, mit dem «freien Unternehmertum» – der privatkapitalistisch-monopolistischen Wirtschaftsweise – als tragendem Grund und innerstem Sinn. Und das heißt, daß sie nicht nur konservativen, sondern ausgesprochen reaktionären und gegenrevolutionären Charakter hat, mit Front gegen alle Bewegungen und Kräfte, die die herrschende Ordnung – auch in den außerkapitalistischen und primitiv-kapitalistischen Ländern – bedrohen oder gar schon zerbrochen haben. Gewiß schwebt auch der amerikanischen Politik die Sicherung eines möglichst lange dauernden Friedenszustandes vor – aber es soll eben ein Frieden sein, der den Interessen der Oberklasse der Vereinigten Staaten (und der ihr gleichgeschalteten Volksschichten) entspräche, ein *amerikanischer* Frieden und dazu einer, der – nach dem großen altrömischen Vorbild – den Widerstrebenden mit überlegener Waffengewalt aufgezwungen werden müsse.

Tu regere imperio populos, Romane, memento ...
Parcere subjectis et debellare superbos.

(Du, Römer, trachte die Völker durch dein Machtwort zu regieren ..., die Unterworfenen zu schonen und die Hochmütigen niederzukämpfen), wie der imperialistische Staatsdichter Vergil in den hallenden Schlußversen seiner «Aeneis» die Herrenklasse seines Landes ermahnte.

Natürlicherweise kehrt sich die amerikanische Weltpolitik vorab gegen die als zerstörerisch-revolutionär empfundene *Sowjetunion* und neuerdings kaum minder gegen das kommunistische *China*. Ihr offen verkündetes Mindestziel ist die Zurückwerfung der Sowjetmacht auf den Bereich des eigentlichen Rußlands und die Eindämmung der kommunistischen Weltbewegung hinter nie wieder zu überschreitende Machtgrenzen. Es gelte, so formulierte es schon 1946 George Kennan, einer der ersten Schrittmacher dieser «Containment»-Politik, durch wirtschaftlichen und militärischen Druck von außerhalb der Sowjetwelt her «Kräfte zu fördern, die schließlich entweder in der Zerschlagung oder in der allmählichen Aufweichung der Sowjetmacht ihre Auswirkung finden müssen».

Die ganze amerikanisch-westmächtliche Weltpolitik seit der Verkündung der Trumandoktrin ist von diesem Grundgedanken beherrscht. Und die ganze «Friedenspolitik» auch der nichtamtlichen kriegsgegnerischen Kräfte, insbesondere der sozialdemokratischen Parteien, der nichtkommunistischen Gewerkschaften und der meisten pazifistischen Vereinigungen, ist mehr oder weniger vom gleichen Geiste beseelt. Zum mindesten wird von diesen «Friedenskämpfern» kein ernster Widerstand gegen die amerikanische Pazifizierungspolitik geleistet und die Wucht der kapitalistischen Kriegskräfte verhängnisvoll unterschätzt, wenn nicht einfach ignoriert.

Was ist aber, so muß man fragen, das bisherige Ergebnis des großen Versuches, der weiteren Ausbreitung der sozialen Revolution mit

militärisch-wirtschaftlicher Machtentfaltung zu wehren? Statt einer eigenen Antwort wollen wir wenigstens auszugsweise wiedergeben, was die amerikanischen Quäker in ihrer neuen Denkschrift «Schritte zum Frieden» – wir haben sie bereits in der Weltrundschau des Juniheftes erwähnt – darüber zu sagen haben.

«Gewinnt uns», so fragen sie, «unsere gegenwärtige Politik die Freundschaft und das *Vertrauen anderer Völker und Staaten* in der Welt herum?

... Wenn es zu einer Abstimmung in der UNO kam, haben die meisten Staaten die amerikanische Haltung unterstützt. Das hat uns zu der Annahme geführt, daß unsere Politik die Billigung des Großteils der Welt habe. Wir sind aber geneigt, die harte Tatsache zu übersehen, daß andere Staaten immer mehr Unabhängigkeitsgeist und immer mehr Widerstreben gegen eine Unterordnung unter die amerikanische Führung bekunden. Die Kritik daran, daß unser Hauptinteresse einem Zweiländer-Machtkampf gelte, gewinnt unter den kriegsmüden Europäern rasch an Boden, haben doch manche von ihnen offen heraus erklärt, daß wir mehr auf einen militärischen Sieg als auf das Allgemeinwohl erpicht seien. Unsere aus militärischen Gründen erfolgende Unterstützung Tschiang Kai-sheks und der Franzosen in Indochina verknüpft uns für das Denken der Asiaten mit dem alten, in Unehre gefallenen westlichen Imperialismus, den sie ebenso verabscheuen wie wir.

... Befördert unsere Politik die Sache der menschlichen *Freiheit* und *Wohlfahrt*? Die Amerikaner möchten das gern annehmen, ist es doch ein Hauptgrund dafür, daß sie diese Politik betreiben. In Wirklichkeit gefährdet aber die militärische Eindämmungspolitik gerade die Freiheit, die sie zu verteidigen sucht, und die Demokratie mag recht wohl verloren gehen bei der unerträglich einengenden Wahl zwischen kommunistischer Diktatur und militärischer Tyrannei. Wir vergessen außerdem zu leicht, daß Freiheit für zwei Drittel der Menschheit, die immer noch in einem elementaren Kampf gegen Hunger, Armut und Krankheit stehen, eine andere Bedeutung hat als für uns. Für sie hat Freiheit weithin eine wirtschaftliche Bedeutung: Freiheit von veralteten Bodenbesitz- und Steuersystemen, Freiheit von den erdrückenden Wirkungen der Armut. Sie haben wenig Gelegenheit gehabt, die Bedeutung politischer Freiheit kennenzulernen, und der Kommunismus zieht sie großenteils darum an, weil er in den wirtschaftlichen Begriffen redet, die sie verstehen können ... Kann jemand ehrlicherweise sagen, daß auch bei einem totalen Siege der Vereinten Nationen Freiheit dem koreanischen Volk viel bedeute? Es ist sicher zweifelhaft, ob 800 Millionen Asiaten, die die Vernichtungsbombardemente und die verbrannte Erde in Korea beobachten, viel Geschmack an einer ‚Freiheit' unter solchen Bedingungen haben, was sie auch von ihren gegenwärtigen Regierern halten mögen.

... Auch zu Hause führt unsere Außenpolitik eher zu einer Einschränkung der Freiheit als zu ihrer Erweiterung. All unsere Kriegs-

rüstungen, wie unsere weltweite militärische Eindämmungspolitik sie verlangt, müssen unausweichlich von Zwangsmilitärdienst, Reglementierung, hohen Steuern, Zwang zur Gleichschaltung, Regierungskontrollen und Verlust individueller Freiheit begleitet sein . . .

Gibt die militärische Eindämmungspolitik Aussicht, daß wir und andere Länder ein gewisses Maß von *Sicherheit* gewinnen? . . . Wenn jemals Waffen und Macht Sicherheit bieten können, so sollten sich die Vereinigten Staaten im Jahre 1951 sicher fühlen können. Wir haben geographisch die günstigste Lage von allen Staaten der Welt. Wir haben die größte und höchstentwickelte Wirtschaftskraft, die stärkste Flotte, das größte Lager von Atomwaffen und die größten Möglichkeiten, noch mehr davon zu produzieren. Diese Umstände sollten uns zum mindesten ein größeres Sicherheitsgefühl geben als dasjenige, dessen sich die europäischen und asiatischen Länder erfreuen. Und doch ist es eine augenscheinliche Tatsache, daß sich die Vereinigten Staaten nicht sicher fühlen. Ja, wir haben uns seit dem Ende des zweiten Weltkrieges sogar unsicherer gefühlt als irgendwann seit Menschengedenken, trotz dem höchsten Rüstungsstand, den wir jemals in Friedenszeiten erreicht haben.

Sind wir vielleicht die Opfer unserer eigenen Politik? Tragen vielleicht die Rüstungen, die wir im Interesse unserer Sicherheit auf uns genommen haben, selbst zu unserer und der übrigen Welt Unsicherheit bei? Wenn wir rüsten, steigern dann nicht auch diejenigen ihre Rüstungen, die wir am meisten fürchten? . . . Gerade jetzt unterstreicht das Bestehen amerikanischer Militärstützpunkte in fernen Weltteilen die russischen Behauptungen von einer ‚Einkreisung' der Sowjetunion und liefert den Sowjetführern gutes Propagandamaterial im In- und Ausland. Insofern unsere Stützpunkte dazu dienen können, andere Völker von den Kriegsabsichten Amerikas zu überzeugen, sind sie eine Belastung und ein Unsicherheitsfaktor. Überdies kann keine Entfaltung militärischer Macht den tiefsitzenden ideologischen Gegensatz zwischen dem russischen Kommunismus und der westlichen Demokratie lösen. Unsere Unsicherheit kommt von der schnellen Ausbreitung des russischen Einflusses her, aber wir sollten erkennen, daß ein Hauptgrund für diese Ausbreitung die Wirksamkeit der wirtschaftlichen Argumente des Kommunismus ist. Der wirkliche Streitpunkt ist ideologischer Art, und Ideen werden nicht mit Kugeln umgebracht. Sie werden nur durch die Verwirklichung besserer Ideen überwunden.»

In der Tat: weit entfernt, ein Höchstmaß von Sicherheit gegenüber einem neuen Krieg zu bieten, erzeugen die amerikanisch-westmächtlichen Rüstungen ein Höchstmaß von *Gefahr*, daß dieser neue Krieg eben doch ausbreche. Kriegsrüstungen haben es nun einmal in sich, daß sie, wenn sie (mehr oder weniger) fertig sind, auch angewandt werden wollen. Oder glaubt man, wenn in ein paar Jahren die militärischen Vorbereitungen der Vereinigten Staaten den jetzt erstrebten Stand erreicht haben, daß dann die Rüstungsproduktion eingestellt oder auch nur

wesentlich herabgesetzt werde und Amerika passiv abwartend, sozusagen nur Gewehr bei Fuß, in der Welt stehen bleiben könne? Das ist wirtschaftlich ebenso unwahrscheinlich wie psychologisch. Die Versuchung zum Losschlagen, die schon unter dem Druck MacArthurs und der Aktivistenpartei groß war, wird dann fast unwiderstehlich werden.

*

Vermag nun aber vielleicht *Rußland* den Weg zum Frieden zu weisen? Seine Propaganda behauptet es, indem sie beständig das «Friedenslager» des Sowjetblocks, eingeschlossen China, dem «Kriegslager» des Westblocks gegenüberstellt. Daran ist mindestens soviel richtig, daß die Außenpolitik der Sowjetunion, entgegen der fast allgemeinen Annahme in den Ländern des Westens, nicht auf die Vorbereitung eines Angriffskrieges – auch nicht für einen irgendwie absehbaren späteren Zeitpunkt – ausgeht, sondern auf die Ermöglichung einer recht langen Periode friedlicher Entwicklung. Im ersten Überschwang der Oktoberrevolution ließen die Führer der jungen Sowjetunion ihrem pazifistisch-internationalistischen Idealismus denn auch frei die Zügel schießen. Die gegenrevolutionäre Intervention der westöstlichen Mächtekoalition brachte sie dann freilich rasch zu einer realistischeren Auffassung der Lage, und neben der bewaffneten Abwehr der ausländischen Einmischung ging eine Zeitlang sogar eine weltrevolutionäre Gegenoffensive der Sowjetunion einher, die der Bedrohung des jungen sozialistischen Staates durch den Sturz der kapitalistisch-feudalistischen Regime selbst ein Ende zu machen suchte. Das Unternehmen scheiterte nur allzu rasch, und die Folge war ein konsequenter Rückzug der Sowjetunion auf sich selbst. Der noch nicht revolutionsreife Kapitalismus der Außenwelt sollte sich fernerhin selber zersetzen und an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen; inzwischen sollte wenigstens in der Sowjetunion das sozialistisch-kommunistische Experiment planmäßig weitergetrieben werden, den anderen Völkern als Vorbild und Ansporn dienend, wenn sie einmal soweit sein würden, daß auch sie das kapitalistisch-feudale Joch abschütteln wollten.

Beides setzte eine möglichst lange Zeit friedlichen Nebeneinanderlebens der sowjetischen und der außerkommunistischen Welt voraus, und die Abwehr aller kriegerischen Störungen von außen her war darum, besonders in der faschistisch-nazistischen Periode, das ausgesprochene Hauptziel der russischen Außenpolitik. Die große Frage war nur, ob die konservativ-kapitalistischen Staaten der Sowjetunion wirklich diese Chance zu geben bereit wären. Ihre ganze Haltung während der zwanziger und dreißiger Jahre, zuletzt namentlich ihre Zusammenarbeit mit Hitler und Mussolini, schien den Sowjetführern zu beweisen, daß sie dem aus der großen Revolution geborenen neuen Gemeinwesen diese Chance gerade *nicht* geben wollten. Die für die Westmächte selbst be-

drohliche Wendung der deutschen Außenpolitik unterbrach dann freilich unversehens die militant antikommunistische Linie, die sie bisher eingehalten hatten, und führte sie sogar notgedrungen an die Seite der «bolschewistischen Tyrannen», deren Regime Churchill früher als «die ärgste, die zerstörendste und erniedrigendste aller Tyranneien der Geschichte» gebrandmarkt hatte. Aber die alte gegenrevolutionäre Linie der westmächtlich-konservativen Außenpolitik wurde dann, so sahen es wenigstens die Russen, bald nach Kriegsende neuerdings aufgenommen, wobei die sowjetfeindliche Front durch die zur ersten Weltmacht aufgestiegenen Vereinigten Staaten eine gewaltige, entscheidende Verstärkung erhielt. Die russische Antwort war die Aufrechterhaltung und der Ausbau eines Systems militärischer Machtsicherungen, das die höchstmögliche Garantie gegen die Wiederholung eines westmächtlichen Angriffs auf die Sowjetunion bieten sollte. «In Osteuropa geschieht das», um mit Professor Carr zu sprechen («Sowjetrußland und der Westen», S. 132 f.),

«in der Form, daß man einen breiten Schutzgürtel befreundeter Staaten zu schaffen sucht, der alle feindlichen Einflüsse von der Sowjetunion fernhalten soll ... Die Erfahrung der ersten Revolutionsjahre, als diese Länder als Ausgangsbasis für die Entfesselung des Bürgerkrieges gegen das Sowjetregime mit Rückendeckung durch die Westmächte benutzt wurden, steht den Russen noch deutlich vor Augen. Diese Gebiete sind für die Sowjetunion heute dasselbe wie die Monroedoktrin für die Vereinigten Staaten, die Niederlande für Großbritannien oder die Rheingrenze für Frankreich.»

Wobei immer festzuhalten ist, daß die Westmächte in den Abmachungen von Teheran, Jalta usw. das Recht der Sowjetunion, sich auf diese Weise zu sichern, ausdrücklich anerkannt haben. Osteuropa und der Balkan nordwärts von Griechenland – so wurde zwischen Washington, London und Moskau vereinbart – sollten als zur russischen Sicherheitszone gehörig gelten, während Westeuropa, Italien und der Mittelmeerraum, eingeschlossen Griechenland, als Teile der anglo-amerikanischen Sicherheitszone erklärt wurden.

Vom Standpunkt der überlieferten Machtpolitik aus ist so das sowjetische Sicherheitsstreben mit allem, was dazu gehört, grundsätzlich nicht zu beanstanden. Zu beanstanden ist es erst, wenn man sich auf den Boden einer *radikalen Friedenspolitik* stellt, die den Grundsatz der Friedenssicherung durch Kriegsrüstungen, also durch Gewaltdrohung und gegebenenfalls Gewaltanwendung, verwirft und die einzig wirksame Landesverteidigung und Existenzsicherung für ein Volk in der Verwirklichung von Gerechtigkeit, Menschenwürde und Freiheit sieht. An diesem Maßstab gemessen kann auch die Friedenspolitik der Sowjetunion nicht bestehen. Sie arbeitet ja ebenfalls mit den Mitteln militärischer und wirtschaftlicher Machtpolitik, hat alle Methoden der alten und neuen Diplomatie und Propaganda übernommen, einen gewaltigen Militärapparat aufgebaut, einen oft primitiv, ja lächerlich anmutenden Nationa-

lismus entwickelt und allen wirklichen Internationalismus und Pazifismus als «bürgerlichen Kosmopolitismus» aufs strengste verpönt[1].

Daß die sowjetrussische Großmachtspolitik im Dienste der sozialen Revolution ausgeübt wird oder doch als deren Zwecken dienend aufgefaßt werden will, macht die Sache nicht besser, sondern schlechter; was bei kapitalistisch-imperialistischen Großmächten normal und konsequent ist, das muß bei einem Regime, das die alte Welt der Gewalttätigkeit, des Unrechts und der nationalen Selbstsucht überwinden zu können beansprucht, als unerträglicher Widerspruch zu seinen Grundbekenntnissen und höchsten Zielen wirken. Gewiß ist diese ganze Entwicklung der Sowjetunion zur hochgerüsteten Großmacht alten Stils unter dem schwersten Druck äußerer Kriegsdrohung und Kriegführung erfolgt. Aber sie wäre dennoch entscheidend gemildert oder gar gänzlich abgestoppt worden, hätte ihr nicht die typisch bolschewistische Auffassung des Kampfes um den Sozialismus als eines militärischen Machtkampfes wirksamsten Vorschub geleistet. Denn wenn auch die Idee der gewalttätig-kriegerischen Weltrevolution längst aufgegeben worden ist und das Schwergewicht der sowjetischen Politik seit Trotzkijs Ausschaltung und Stalins Aufkommen durchaus auf der Entfaltung des Sozialismus in *einem* Lande liegt, so beherrscht doch die Furcht vor der Störung, ja Zerstörung des sozialistischen Aufbauwerkes im Sowjetreich durch kriegerischen Eingriff der kapitalistisch-imperialistischen Außenwelt, entsprechend einem leninistischen Dogma, so sehr das ganze Denken der russischen Staatsführung, daß daraus fast eine fixe Idee geworden ist, auf jeden Fall aber ein geradezu krankhaftes Mißtrauen, das zu zahlreichen und oft verhängnisvollen Fehlhandlungen geführt hat. Der Stalin-Hitler-Pakt, die rein negative Haltung der Sowjetunion gegenüber dem Marshallplan, zum Teil auch die Deutschlandpolitik Moskaus und nicht zuletzt die starre Rechthaberei Gromykos und seiner Auftraggeber an der Pariser Konferenz zur Vorbereitung einer Tagung der «Großen Vier» sind nur wenige Beispiele dafür.

Die Ergebnisse der militärisch-machtmäßigen Friedenspolitik der Sowjetunion sind denn auch alles andere als erfreulich. Vor allem ist, auch wenn wir jetzt nur die Zeit seit dem Ende des zweiten Weltkrieges in Betracht ziehen, die Sicherheit der Sowjetunion dadurch nicht erhöht, sondern andauernd vermindert worden. Die Aufrechterhaltung einer wenigstens mannschaftsmäßig gewaltigen russischen Streitmacht in Ost-

[1] Im sowjetischen Fremdwörterbuch von Liekhin und Petrow (Moskau, Staatsverlag, 1949, Seite 484) wird «Pazifismus» also erläutert: «Bourgeoise Bewegung, die sich jedem Krieg widersetzt. Indem sie sich heuchlerisch hinter dem Wort Pazifismus verkriechen, sträuben sich diese Reaktionäre gegen Kriege der nationalen Verteidigung, Kriege der Revolution, Bürgerkriege und andere gerechte Kriege, deren Ziel es ist, die Völker aus der kapitalistischen Versklavung zu befreien, die Kolonialländer und die von der kapitalistischen Unterdrückung abhängigen Gebiete zu befreien ... So trägt die Politik der Pazifisten zu den ungerechten kriegerischen Aggressionen der Imperialisten bei.»

europa und die immer straffere Zentralisierung und Disziplinierung des ganzen Ostblocksystems – die dann zum Ausbruch Jugoslawiens geführt hat – haben denjenigen Kräften im Westen, die auf die gewaltsame Zurückdrängung der Sowjetmacht und des kommunistischen Einflusses ausgehen, den willkommenen Vorwand geliefert, um ihr weitgespanntes Unternehmen als bloße Vorbeugung gegen eine geplante kriegerische Welteroberung durch den «kommunistischen Imperialismus» auszugeben. Die Gefahr, daß der so in Gang gekommene kalte Krieg über kurz oder lang in den heißen umschlägt, wird so von Monat zu Monat größer – und die Sowjetunion trägt mit *ihrer* «Friedenspolitik» eine nicht geringe Verantwortung dafür. Ja, die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß Rußland es gar nicht so weit kommen lassen wird, daß ihr eines Tages von einem fertig gerüsteten Westblock – eingeschlossen Westdeutschland – nur mehr die Wahl gelassen wird, entweder vor den ultimativen Forderungen der «freien Völker» zu kapitulieren oder aber einen Krieg anzunehmen, den sie auf keinen Fall gewinnen könnte. Die Gefahr, daß die Sowjetunion auf diese Art zum Losschlagen in dem *ihr* noch verhältnismäßig günstig erscheinenden Augenblick veranlaßt werden könnte, wird jedenfalls von verantwortlich denkenden Menschen im Westen völlig ernst genommen.

Die Machtpolitik der Sowjetunion fordert die westliche Welt um so mehr zu noch schlagkräftigerer eigener Machtpolitik heraus, als sie trotz Verzicht auf den Export der Revolution durch Krieg die Begünstigung von Revolutionen, die aus den Verhältnissen in anderen Ländern selbst herauswachsen, keineswegs ausschließt. Man denke etwa an Korea! Die Gelegenheit, an solchen Beispielen die «Hand Moskaus» allem Volk schreckhaft sichtbar zu machen, wird jeweilen von der Gegenpropaganda bis zum letzten ausgenützt, und das Ergebnis ist eine weitere Vertiefung der Feindseligkeit gegenüber der Sowjetunion mit nachfolgender Verstärkung der Druck- und Drohmittel in der Hand der Westmächte. Der Koreakrieg, der einfach als das Werk des «roten Imperialismus» ausgegeben wurde, hat ja erst die Inangriffnahme des ungeheuren Rüstungsprogramms ermöglicht, mit dessen Ausführung die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten jetzt beschäftigt sind.

Um wieviel gesicherter stünde heute die Sowjetunion da, wenn sie, statt als Gönner aller irgendwo in der Welt vor sich gehenden *gewaltsamen* Revolutionen zu erscheinen, ihre ganze Aufmerksamkeit einerseits der Förderung des gesellschaftlichen Umbaus im eigenen Lande, anderseits der friedlichen Hilfe an die in der sozialen Neugestaltung begriffenen anderen Völker widmete! Der Kapitalismus und Feudalismus braucht ja gar nicht erst gewaltsam erschüttert zu werden; er *ist* schon *abbruchreif* (wenigstens in Westeuropa, Südamerika und Asien) und wird nur künstlich noch durch die Furcht gestützt, die der tägliche Hinweis auf das «hochgerüstete, sprungbereite Rußland» in den Völkern wachhält. Abrüstung und Durchführung einer Art Gegen-Marshallplan-

hilfe an die Völker, die einer sozialistischen Ordnung zustreben – *das* wäre eine Friedens- und zugleich Revolutionspolitik, gegen die alle gegenrevolutionäre Machtentfaltung nicht mehr aufkäme.

Keine Angst, daß darüber die Verteidigung der Sowjetunion zu kurz käme! Gewiß liegt auf diesem Weg ein Risiko. Aber ist etwa das Risiko geringer, das die militärische Macht- und Sicherheitspolitik in sich schließt? Es ist in Wahrheit unvergleichlich größer. Das Leben der Sowjetunion mit allem, was hinter ihr steht, ist auf dem Weg der Kriegsrüstungen sogar ganz unmittelbar bedroht, sind doch die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten militärisch und wehrwirtschaftlich den Ländern des Ostblocks bei weitem und auf der ganzen Linie überlegen. Die ständige Kriegsbereitschaft zwingt überdies die Sowjetunion zu einer Vernachlässigung der Friedensproduktion und der Versorgung des Volkes mit Gütern des täglichen Verbrauchs in einem Maße, das der werbenden Kraft der sozialistischen Wirtschaft aufs schwerste abträglich ist. Und sie veranlaßt sie nicht zuletzt zu jener Aufrechterhaltung, ja Verschärfung der innerstaatlichen Diktatur, die von jeher der feindlichen Propaganda die wirksamsten Waffen geliefert hat, so wahr es auch ist, rein sachlich, daß ein Regime der Unfreiheit und des Terrors im Innern kein wirksamer Schutz vor Angriffen von außen sein kann. Wir haben die zivile und militärische Diktatur, unter der auch die Schweiz im Kriege stand, immer als Schwächung, nicht als Stärkung der Landesverteidigung bezeichnet und bekämpft! *Hugo Kramer.*

(Schluß folgt.)

Neue Wehrhaftigkeit*

Die Lage

Vor einigen Jahren erschien in der holländischen Wochenzeitschrift «De Groene Amsterdammer» eine Zeichnung, welche die internationale Lage widerspiegelte. Man konnte zwei Schiffe sehen, das eine hieß «Sowjetrußland», das andere «Amerika», und dazwischen fuhr ein kleines Boot, sehr bedroht, «West-Europa», und alle zusammen fuhren sie auf den wilden Wogen der See, die «Furcht» und «Mißtrauen» genannt waren.

Seit 1948 hat sich die Lage nicht verbessert. Und als im Jahre 1951 Miß Sarah Chakko, die Präsidentin des Isabella-Thoburn-Colleges in Lucknow (Indien) über ihre Besuchsreise durch Europa und die Vereinigten Staaten berichtete, sagte sie: «Der alles beherrschende Faktor, der jedem Reisenden, der nach Europa oder Amerika kommt, auffällt,

* Vortrag, gehalten an der Jahresversammlung der Religiös-Sozialen Vereinigung der Schweiz, Zürich, 17. Juni 1951.

ist wahrscheinlich die Angst ... Angst vor einem neuen Kriege, Angst vor Atomwaffen, Angst vor den totalitären Ideologien, Angst vor der unbekannten Zukunft. Gerade diese Angst macht ein klares Urteil unmöglich. Und diese Angst ist sehr oft noch viel gefährlicher als das, wovor man sich fürchtet.»

Es scheint tatsächlich, daß wir durch den zweiten Weltkrieg die letzten Überreste an positiven Kräften verbraucht haben. Wir haben es uns selbst unmöglich gemacht, irgendeine konstruktive Lösung für die heutigen internationalen Schwierigkeiten zustande zu bringen.

Dieser Zustand hat uns so verwirrt, daß wir selbst nicht mehr sehen, wo die eigentlichen Probleme liegen. Und wenn wir uns dann daran machen, eine Lösung zu suchen, dann tun wir das auf ganz verkehrte Weise.

Automatisch fühlen sich große Massen zu der Wahl zwischen zwei Größen gezwungen: Wenn es Amerika nicht ist, dann muß es sicherlich Sowjetrußland sein. Wenn es Rußland nicht ist, dann muß es eben Amerika sein. Die Nervosität, in welche man sich durch diese Zweiteilung drängen läßt, ist angsterweckend. Gerade dadurch auch hat der heutige internationale Zustand einen deutlich neurotischen Charakter bekommen. Oft herrscht selbst eine beklemmende hysterische Vernunftlosigkeit.

Dadurch flüchten nun beide Lager, West und Ost, in die Bewaffnung, mit allen ihren heillosen Folgen.

Die Kirchen stehen machtlos inmitten dieser Not der Welt. Es gelingt ihnen leider nicht, in ihren Aussprüchen und Botschaften über das Allgemeine und Abstrakte hinauszukommen. Und da, wo es wohl geschieht, geschieht es auf verhängnisvolle Weise. Die Aussprache des Weltrates der Kirchen in Toronto, worin das militärische Auftreten der Vereinten Nationen in Korea gepriesen wurde, ist dafür ein Beweis. Und noch viel schlimmer ist es eigentlich, daß diese Erklärung bis zum heutigen Tage niemals widerrufen wurde. So ist auch die Kirche in diese Neurose hineingezogen worden. Auch ihr gelingt es nicht, Ursachen und Symptome deutlich zu unterscheiden.

Trotzdem bleibt auch für Christen in dieser Zeit eine gewisse Aktivität möglich. Diese Aktivität wird aus dem prophetisch-apostolischen Zeugnis der Bibel genährt. Wie die Propheten des Alten Testaments, Männer wie Amos, Jesaja und Jeremia in ihrer Zeit – wie die Apostel aus dem Neuen Testament, wie Petrus und Paulus in der damaligen Weltsituation sich behaupteten, so müssen auch die heutigen Christen inmitten der Weltlage aufrecht stehen. Das Wesentliche muß für sie darin bestehen, die Königsherrschaft Christi aufrechtzuerhalten. Dieses Wort darf für uns Christen nicht ein abstrakter und theologischer Fachausdruck bleiben, sondern dieses Wort muß lebendig werden, so daß es uns zu einer neuen Aktivität, zu einer neuen Wehrhaftigkeit antreibt. «Regem habemus – wir haben einen König» – das muß der Grundton

des christlichen Lebens sein. Und dieser König ist Jesus Christus, der gleichzeitig auch der größte Prophet und der höchste Priester ist. Hier liegt die Wurzel der neuen Wehrhaftigkeit.

Ein selbständiges, freies Urteil

Zu der neuen Wehrhaftigkeit in dieser Zeit gehört an erster Stelle, daß wir ein freies und selbständiges Beurteilen der Dinge erwerben und uns bewahren. Es muß Christen anzumerken sein, daß sie nur Anhänger von IHM sein wollen, von dem gesagt ist: «Wenn Euch der Sohn dann freigemacht haben wird, dann werdet Ihr wahrlich frei sein.» Das aber bedeutet, daß wir auch gegenüber der neurotischen Weltsituation ein freies Urteil haben werden.

Das schließt in erster Linie ein, daß wir hier im Westen uns nicht an den ewigen Schimpfereien über Sowjetrußland beteiligen dürfen. Wir werden versuchen müssen, uns sachlich über die Tatsachen zu informieren. Wir werden die Ideologie des russischen Kommunismus zu verstehen lernen müssen. Diese Ideologie: der leninistisch-stalinistische Marxismus ist für Christen nicht akzeptabel. Wir werden vor allem auch den Einfluß, den die Mittel stets auf das gesteckte Ziel ausüben, sehr wesentlich mitsprechen lassen müssen, wenn wir uns über unsere Haltung Sowjet-Rußland gegenüber Rechenschaft geben wollen. Christen können nicht glauben, daß mit solchen Mitteln, wie man sie jetzt in Sowjetrußland gebraucht, ein gutes Ziel erreicht werden kann. Als Christen werden wir aber auch nicht davor zurückschrecken dürfen, sowohl die Realität des Westens wie auch die des Ostens mit demjenigen zu konfrontieren, was wir als einzige Rettung der Welt sehen, wenn wir die Königsherrschaft Christi anerkennen.

Zur neuen Wehrhaftigkeit gehört, daß alle Mittel ergriffen werden, die zu gegenseitigem Verständnis, vor allem auch Sowjetrußland gegenüber, führen. L. John Collins, Canon van St. Paul's Cathedral zu London, und Victor Gollancz haben in ihrer Schrift «Christianity and the War-crisis» – «Christentum und die Kriegskrise» – in dieser Richtung einen sehr lobenswerten Versuch unternommen. In dieser Broschüre sprechen sie über Sowjetrußland, China und Amerika.

Auch gegenüber den Ereignissen in Asien dürfen wir uns nicht durch die Hetzpropaganda mitschleppen lassen. Fritz Sternberg schrieb im Jahre 1948 in seiner Broschüre «Wie bringen wir die Russen ohne Krieg zum Stehen» folgendes: «Für China liegt die große Gefahr darin, daß es mit seiner Bevölkerung, die zahlenmäßig einen Fünftel der Bevölkerung der Welt ausmacht, zu einem Satelliten der Sowjetunion wird, und das nicht allein, weil die Russen militärisch stärker sind – das war Japan ja China gegenüber auch –, sondern weil sie die Kunst verstehen, die mächtigen Tendenzen, welche heute ganz China grundlegend verändern, für ihre eigene expansive Offensive zu gebrauchen.» Sternberg weist dann auf

die Notwendigkeit hin, agrarische und soziale Reformen in China einzuführen und die Industrie aufzubauen. Seine Schlußfolgerung lautet: «Bis jetzt haben die Amerikaner der russischen Herausforderung gegenüber völlig versagt.»

Wir können leider auch im Jahre 1951 nichts anderes tun als Sternberg zuzustimmen. Unsere Fehler schaffen den Raum, worin sich in Asien die Aktivität von Sowjetrußland entfalten kann. Die Anziehungskraft des Kommunismus wird stets stärker, je mehr sich unsere Taten von Schwachheit und unsere Angst um unser Prestige dokumentieren. Noch immer wollen zahllose Abendländer nicht einsehen, daß der Prozeß des fortschreitenden Selbstbewußtseins, des Willens zur Selbständigkeit der asiatischen Völker, trotz allem weitergeht. Ebensowenig, wie wir einen wild brausenden Strom hindern können, über seine Ufer zu treten, ebensowenig ist dieser Prozeß aufzuhalten. Die Aufgabe der Abendländer besteht darin, den Strom so zu leiten, daß so wenig Unheil als möglich angerichtet wird. Aber was Amerika in China tut, Frankreich in Indochina, was Holland in Indonesien tat – und man kann noch mehr Beispiele nennen – das alles beweist nur unsere Ohnmacht.

Amerika gibt 40 Milliarden für seine militärische Verteidigung aus und nur 40 Millionen für Hilfe an in der Entwicklung stehengebliebene Völker (besonders Asiaten).

Die Situation, die jetzt in Asien entstanden ist, kann man wie folgt kennzeichnen: «Amerika und China präsentieren sich die Rechnung, aber ... Korea muß sie bezahlen.»

Zur neuen Wehrhaftigkeit gehört, daß wir ein offenes Auge, einen hellen Blick für die wesentliche Problematik in Asien und auch für die von uns erwartete Auflösung der Schwierigkeiten behalten. Und das gilt in gleichem Maße von Afrika.

Durch diese neue Wehrhaftigkeit haben wir auch ein freies und selbständiges Urteil dem Atlantikpakt gegenüber. Wir wissen, daß dieser Vertrag auf keinerlei Weise der Erhaltung des Friedens dienen kann. Wir haben das von Anfang an gesagt. Und leider behielten wir in diesem Punkt auf eine viel greulichere Weise recht, als wir uns je hätten vorstellen können. Die Wiederbewaffnung Deutschlands ist nur noch eine Zeitfrage.

Hromadka, der bekannte Prager Professor der Theologie, hat anfangs dieses Jahres auf Ersuchen des Redaktors der Englischen Zeitschrift «British Weekly» seinen Standpunkt über das Problem Ost–West auseinandergesetzt. Er hat darin auch deutlich zum Ausdruck gebracht, worin die großen Gefahren für die Christen im Westen liegen. Diese sind ja häufig Sklaven der öffentlichen Meinung geworden, sie haben sich in ihren politischen Meinungen und Taten gleichschalten lassen, ohne daß sie sich dessen bewußt sind. Um es in Hromadkas scharfen Worten zu sagen: «Sie ersticken und wissen es selbst nicht.»

Wenn wir nüchtern und sachlich die Lage der Christen des Abend-

landes betrachten, dann können wir nicht umhin, Hromadka recht zu geben. Große Mengen kirchlicher Christen erleben auf keinerlei Weise den dynamischen Einfluß, der von dem Bekenntnis zur Königsherrschaft Christi ausgeht. Auch da, wo es die internationalen Angelegenheiten betrifft. Sehr viele von ihnen sind, wenn es sich um ihr Urteil, zum Beispiel über Rußland, Amerika oder China handelt, widerstandslos. Sie treiben mit der herrschenden Strömung wie ein Stück Holz auf den Wellen.

Es liegt nicht in meiner Absicht, in diesem Vortrag näher auf den internationalen Zustand einzugehen. Zusammenfassend möchte ich nur folgendes sagen:

Neue Wehrhaftigkeit bedeutet, in erster Linie darüber zu wachen, daß wir unser freies und selbständiges Urteil über die Weltgeschehnisse und -verhältnisse aufbauen und uns erhalten. Wir lassen uns nicht widerstandslos «schieben» durch die Propaganda von Presse, Radio, Film und – leider auch oft von der Kirche.

Was Sowjetrußland betrifft, so dürfen wir uns nicht dem allgemeinen Urteil anschließen, daß es sich bei der Konfrontation mit dem russischen Kommunismus in erster Stelle um die Freiheit handelt. Wir müssen daran festhalten, daß das Gebot der Stunde an erster Stelle auf dem Terrain der ökonomisch-sozialen Gerechtigkeit liegt. Es ist das große Verdienst von Dr. Hugo Kramer, daß er in seiner Weltrundschau der «Neuen Wege» nicht müde wird, dies zu betonen.

Fortgesetzt müssen wir uns selbst vor Augen führen und in Gesprächen stets den Nachdruck darauf legen, daß das, was nun in Korea geschieht, international, politisch, vollkommen aussichtslos ist. Mit Recht wurde vor zwei Monaten in «The Christian Century» die heutige polizeiliche Aktion in Korea wie folgt charakterisiert: «It creates a desert and calls it peace.»

Was die heutige Verteidigung der Freiheit, zusammen mit Führern aus dem alten Nazi-Deutschland, mit Japan und mit Franco-Spanien betrifft, so müssen wir sagen: «Non tali auxilio» – nicht mit einer derartigen Hilfe.

Es scheint mir ratsam, auf das Urteil von Karl Barth über die Remilitarisierung Deutschlands zu hören, der im April 1951 in Herborn sagte: «Die Situation ist nicht wie in 1938, wo es um offenen Wahnsinn und klaren Kriegswillen gegangen ist. Stalin dagegen ist ein beachtlicher Denker, und das Problem des Sozialismus ist eine ernsthafte Forderung an uns. Wir sollten also dem Widersacher willfährig sein, solange wir noch mit ihm auf dem Wege sind.» Auch diese Töne gehören zur neuen Wehrhaftigkeit.

Der Anti-Militarismus

Zur neuen Wehrhaftigkeit gehört auch eine neue Art Sachlichkeit und Nüchternheit.

Wenn über Krieg gesprochen wird, dann gehen wir darauf nicht mit der bekannten Redensart ein: «Wir wissen, daß Krieg etwas Schreckliches ist. Was im Krieg passiert, ist grausam. Darüber brauchen wir nicht weiter zu sprechen.»

Wenn wir glauben, mit diesen allgemeinen Worten das Problem des Krieges zur Seite stellen zu können, dann sind wir zum so und so vielten Male das Opfer eines Betäubungsmittels, das man der Masse gegenüber anwendet. Nein, zur neuen Wehrhaftigkeit gehört zu allererst, daß wir nüchtern und sachlich nach dem Wesen des Krieges und nach der Wirklichkeit des Krieges fragen. Es geht hier um die Ideologie und die Realität des modernen Militarismus.

Zur Ideologie der heutigen Kriegsvorbereitungen und Kriegführung gehört das Vertrauen, daß wir mit diesen Gewaltmitteln doch einen guten Zweck erreichen oder ihn verteidigen können. In der Praxis aber wird deutlich, daß zu dieser Ideologie auch die Überzeugung gerechnet werden muß, daß das Ziel alle Mittel heiligt.

Jedem Christen aber, der sich der Königsherrschaft Christi unterwerfen will, muß es klar sein, daß diese Ideologie antichristlich ist. Wir können den Teufel nicht durch Beelzebub, den Führer der Teufel, austreiben.

Hiezu kommt noch, daß der heutige Militarismus totalitär ist: der Mensch wird mit Leib und Seele gefordert. Der Militarismus hat seine eigene Dynamik, seine eigene Dämonie; er ist autonom, das heißt, er kann sich seinem Wesen nach nicht der Königsherrschaft Christi unterwerfen.

Aus Veröffentlichungen von Berufssoldaten wird uns das alles stets klarer. In einer der sozialistischen holländischen Zeitschriften wurde von einem Marine-Mitarbeiter folgendes geschrieben: «In einem modernen Kriege, das heißt in einem totalitären, ist alles erlaubt, und jeder Soldat, der in einem solchen Kriege irgendwelchem Befehl, welcher es auch sei, nicht gehorcht, ist strafbar; er muß so schwer bestraft werden, daß jedem die Lust vergehen wird, seinem Beispiel zu folgen.»

In der «Allgemeinen Zeitschrift der Niederländischen Kriegsmacht» wurde zu Beginn dieses Jahres auseinandergesetzt, daß nur ein Vorsprung auf militärischem Researchgebiet den Westen gegen einen russischen Angriff beschützen und bewahren könne. Danach wird dann die Untersuchung auf dem Gebiet der militärischen Anwendung von infraroten Strahlen, Radar, Bakterien und von anderen, augenblicklich noch außerhalb unseres Vorstellungsvermögens fallenden Mitteln verlangt. Man spricht hier also ganz öffentlich zugunsten der Vorbereitung des Bakterienkrieges.

Anders ist es auch nicht möglich. Das Gesetz für die Handlungen im modernen Krieg wird uns nur durch *eine* Macht vorgeschrieben, nämlich die der militärischen Wirkung, des militärischen Effektes.

Neue Wehrhaftigkeit besteht auch darin, daß man ohne Angst die

Ideologie und die Realität des Militarismus durchschaut. Dann werden wir sehen, daß die Generäle je länger desto mehr die Politiker zur Seite drängen. Dann werden wir sehen, daß die Freiheit, welche wir verteidigen wollen, gerade auch durch die Kriegsvorbereitungen bedroht und geschändet wird. Auch in Holland kennen wir die Geheimpolizei. Und dem Dekan von Canterbury, Hewlett Johnson, wurde verboten, in Holland zu sprechen. Man glaubt nicht mehr an den Frieden, man glaubt nur noch an Krieg. In unserer Bewußtseinsverengung sehen wir keine Möglichkeit mehr zu verständiger Beratung. Vor kurzem wurde die Situation in den Vereinigten Staaten wie folgt beschrieben: «Durch den Druck der lärmendsten Teile der amerikanischen öffentlichen Meinung weiß die amerikanische Regierung nicht mehr, was sie wirklich will, und sie will nicht mehr, was sie wirklich weiß.» Öffentlich hat Senator Taft am 5. Januar im Senat gesagt, daß man in Amerika dieselben Methoden gebrauchen muß, die auch der Kommunismus gebraucht, «weil wir sonst weggefegt werden».

Wir gehen jetzt einer Zeit entgegen, in der wir, zusammen mit Diktatoren und früheren Nazis, für die Menschlichkeit kämpfen müssen; im Kampf um die Menschlichkeit geht der Mensch verloren. Norman Mailer's «The naked and the dead» und Irwin Shaw's «The young lions» sprechen in dieser Beziehung eine abscheulich deutliche Sprache: jeder Mythos des Heldenmuts, alle Romantik der Kriegführung wird hierin zur Seite geschoben. Besonders bei Norman Mailer sehen wir den Menschen in all seiner Flachheit, Gemeinheit, Entartung *und* Tragik.

Außerdem müssen wir uns völlig darüber klar sein, daß durch den modernen Krieg kein einziges Problem gelöst wird. In Deutschland bekommt der Nazismus neue Möglichkeiten. Die 14,5 Millionen Flüchtlinge bilden, um ein Wort von Prof. Bouman zu gebrauchen, «die gefährlichste Zeitbombe, die uns Hitler vererbt hat». Zwei Millionen Arbeitslose sind in Westdeutschland. Ökonomisch-sozial ist der alte, veraltete Kapitalismus dort wieder zurückgekommen. Es ist nicht gelungen, der jüngeren Generation, die zwölf Jahre hindurch, von 1933 bis 1945, keine eigene Meinung haben durfte, einen neuen und starken Halt zu geben. Was gesunde Demokratie realiter bedeutet, das haben wir den Deutschen nach 1945 nicht klar vor Augen führen können. Krupp aber ist wieder freigelassen, und viele Naziverbrecher, darunter die Männer, welche das Zyklongas für die Vergasung der Juden fabriziert haben, laufen jetzt wieder frei herum. Aber Eisenhower hat erst kürzlich behauptet: «Was mich betrifft, so glaube ich nicht, daß der deutsche Soldat seine Ehre verloren hat.»

Es wird uns also sehr klar, daß durch den modernen Krieg nicht ein einziges Problem gelöst wird. Es werden nur neue Probleme dadurch geschaffen.

Was die Realität des Krieges weiter anbetrifft: Was augenblicklich in Korea geschieht, ist so furchtbar, daß wir unser Vorstellungsvermö-

gen am liebsten ganz ausschalten. Wir würden an die Grenze des Wahnsinns gelangen, wenn wir unsere Phantasie walten ließen. Charles Favre in «Le Monde» und John Osborne in «Time» haben hierüber ausführlich geschrieben. Osborne ist tief erschüttert von den Taten of the utmost savagery, zu denen die amerikanischen Soldaten getrieben werden. George Marshall hat rundheraus erklärt (Seiten 5 bis 51), daß die chinesische Moral durch große Verluste gebrochen werden muß. Und das bedeutet: Die Menschen müssen wie Ratten ausgerottet werden. Ein amerikanischer Offiizier sagte von den Chinesen: «They have no tanks and aeroplanes and we have been killing their infantry like flies.» Dieser entmenschte Krieg treibt Kriegskorrespondenten dazu, Briefe zu schreiben, die dazu aufrufen, diesen Wahnsinn, dieses Verbrechen, diese Sünde zu beendigen.

Diese Wirklichkeit ist die Wirklichkeit *jedes* Krieges. Sie ist die Wirklichkeit des Aggressiv-, es ist auch die Wirklichkeit des Defensivkrieges. Unsere Taten werden *nur* von der Macht, christlich: dem Götzen des Militäreffekts, bestimmt. Das ist nicht anders möglich.

Daß die heutige Wiederbewaffnung einen eventuellen Angriff, von wem auch immer, verhüten könnte, ist ein sinnloses Märchen. Bewaffnung ruft nur Haß, Mißtrauen und Angst hervor. Bewaffnung gegen Aggression stimuliert den sogenannten Aggressor nur zu noch stärkerer Bewaffnung. Gerade als Folge unserer Bewaffnung schlagen alle Verhandlungen fehl.

Neue Wehrhaftigkeit, die auf Gehorsam der Königsherrschaft Christi gegenüber gegründet ist, kann nichts anderes tun, als reell und entschlossen dem heutigen Militarismus ein *Nein* entgegenzustellen. Wir erwarten davon nichts anderes als nur Elend, Zerrüttung, Chaos und Ohnmacht zu konstruktivem Aufbau.

Unsere eigene Verantwortlichkeit

Wenn uns auf diese Weise die Augen für die Problematik der heutigen internationalen Lage geöffnet werden, wenn wir die Sünde und die Fruchtlosigkeit der heutigen Militarisierung deutlich erkennen, dann muß das alles einen Stempel auf unsere persönliche Lebensführung drücken, und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in Taten.

Das alles ist natürlich nicht etwa einfach. Doch müssen wir uns davor hüten, alle diese Fragen in eine gesetzliche formalistische Sphäre zu bringen. Neue Wehrhaftigkeit ist für Christen nicht ein hartes Gesetz oder eine schwere Last, sondern es ist ein Gehorsam, der aus dem Glauben, aus der Bindung an Christus geboren ist. Wenn wir uns unter die Königsherrschaft Christi stellen wollen, dann werden wir bemerken, daß uns nicht nur ein Weg gewiesen wird, sondern daß wir auch die Kraft empfangen, diesen Weg zu gehen. So bleibt auch der Aufruf zu neuer Wehrhaftigkeit ein Stück Evangelium und wird kein Gesetz, kein «. . . ismus».

Weil wir von Haus aus nicht dazu geneigt sind, den schwierigsten Weg einzuschlagen, weil wir als Christen eigentlich vollkommen verlernt haben, daß zum Christentum auch Leiden gehört, weil das empirische Christentum solch eine ruhige und bürgerliche Angelegenheit geworden ist, darum sind wir der fundamentalen christlichen Wahrheit, daß wir bereit sein müssen, Opfer zu bringen, so vollkommen entwachsen.

Ich habe in den letzten Monaten häufig Gespräche geführt und Briefe gewechselt mit Menschen, die in großen Betrieben arbeiten. Diese Fabriken beginnen jetzt, sich völlig auf Wehrmachtslieferungen umzustellen. Was müssen diese Christen tun?

Ich bin davon überzeugt, daß sie sich stets eine wirkliche Möglichkeit lassen müssen, um zu einem gegebenen Zeitpunkt dem Rufe: *«Heraus!»* gehorchen zu können. Man tut gut, sich das von vornherein deutlich zu machen und auch in der Familie zu besprechen. Aber ebenso wie große Opfer im Dienst des Krieges – und dann ohne irgendwelche Perspektiven – gebracht werden, Opfer, welche große Erniedrigungen für den Menschen und die Menschlichkeit mit sich bringen, so müssen wir auch lernen, in diesen Tagen bereit zu sein, Opfer zu bringen. Wann müssen wir sie aber bringen? Das werden wir sicherlich aus der Situation herausfühlen. Je mehr wir uns an die Königsherrschaft Christi gewöhnen, desto sicherer werden wir sein können, daß uns der Zeitpunkt, zu dem wir herausgehen müssen, gewiesen werden wird.

Lassen wir uns nicht zu rasch sagen, daß alles nur eine negative Haltung sei! Ich glaube, daß die positive Auswirkung eines solchen Beschlusses groß sein kann. Wenn wir nur dabei deutlich werden lassen, welches die Triebfedern waren, die uns zu unserem Entschluß gebracht haben. Das ist übrigens die einzige Art und Weise, wie wir den Menschen, die völlig vom Christentum losgeschlagen sind, deutlich machen können, was «Königsherrschaft Christi» bedeutet.

Noch eines: Denken Sie nun nicht, daß ich diese Dinge vom Evangelium einfach finde. Ich glaube jedoch, daß sie in uns vom Evangelium her lebendig gemacht werden müssen. Und ich bin immer wieder dankbar, wenn ich bemerke, daß sie bei gewissen nüchternen und sachlichen Christen tatsächlich lebendig sind.

Dasselbe gilt hinsichtlich des Militärdienstes. Ich bin davon überzeugt, daß es in dieser Zeit zum normalen christlichen Glaubensgehorsam gehören muß, daß Christen sich weigern, Militärdienst zu erfüllen. Und das nicht, weil sie so anarchistisch sind, sondern nur, weil sie die Ideologie und die Realität des modernen Krieges mit der Königsherrschaft Christi für unvereinbar halten.

Auch wenn man den Sanitätsdienst akzeptiert, dann bedeutet das doch immer: Sanitätsdienst innerhalb des militärischen Systems. Und das heißt konkret: zuerst den Leichtverwundeten helfen, damit sie am schnellsten wieder kriegsfähig sind – und zuletzt den Schwerverwundeten. Dies

ist nicht eine tendenziöse Darstellung der Sache, sondern so fordern es militärische Autoritäten.

Ein schwieriger Punkt ist für viele Christen auch das Bezahlen der Steuern. Dürfen wir das tun, obgleich wir wissen, daß ein so großer Anteil regelrecht für die militärische Verteidigung gebraucht wird? In Amerika kennt man die tax-refusers. Zwischen militärischer Dienstverweigerung und der Hinterziehung von Steuern besteht aber ein sehr wesentlicher Unterschied, der darin liegt, daß in ersterem Falle dem militärischen Apparat nicht gedient wird – der Mann oder die Frau, die ihre Dienste verweigern, entgehen ihm – während im zweiten Fall der Militärapparat letzten Endes doch zu seinem Geld kommt, zum Beispiel durch den Verkauf des Hausrats des betreffenden Steuerverweigerers.

Auch diese Frage der Steuerbezahlung wird unser christliches Gewissen immer beunruhigen müssen. Es bleibt noch zu erwägen, ob man nicht auch an das Gewissen des Volkes appellieren könnte, die Bezahlung von Steuern aus christlichen Gründen zu verweigern. Auch diese Frage darf nicht zu gering veranschlagt werden.

Das alles sind nur einige Gesichtspunkte der neuen Wehrhaftigkeit, da, wo es unsere eigene Existenz berührt. Es handelt sich hierbei um unsere Stellung, unseren Besitz, unsere Freiheit, unser Schicksal, um unsere eigene Zukunft wie diejenige unserer Familie, also auch – was vielleicht das Entscheidendste ist – um das Los unserer Kinder.

Wir werden jedoch auch hierbei nicht vergessen dürfen, daß wir, wenn wir durch Gehorsam an die Königsherrschaft Christi in Schwierigkeiten geraten, das letzten Endes nicht bedauern dürfen. Wir müssen wieder lernen, etwas zu riskieren. Und zwar nicht im weltlichen Sinne des Wortes, sondern im christlichen Geiste. Christlich zu leben bedeutet gefährlich zu leben!

Bei einem eventuellen Kriege

Wir müssen in dieser Zeit mit allen Möglichkeiten rechnen. Und zu den Früchten des zweiten Weltkrieges gehört auch, daß wir jetzt bereits mit einem eventuellen dritten rechnen müssen. Jeder müßte wissen, daß der Weg, der im Augenblick beschritten wird, mit Sicherheit zur Katastrophe führen wird. Nur Umkehr oder ein Wunder können hieran noch etwas ändern.

Menschen, die sich um der Königsherrschaft Christi willen zur neuen Wehrhaftigkeit berufen fühlen, werden sich in Kriegszeiten ebensowenig wie vor dem Kriege in eine der beiden Fronten einschalten lassen. Das haben wir im Grunde genommen auch während des zweiten Weltkrieges nicht getan.

So werden wir uns auch, falls ein dritter Weltkrieg ausbrechen sollte, weder ein- noch gleichschalten lassen – weder in den amerikanischen noch in den russischen Block. Den Christen ist die Aufgabe der Versöhnung übertragen worden. Wir werden also in aller Selbständigkeit und

Ehrlichkeit den Russen wie den Amerikanern Gerechtigkeit und Barmherzigkeit in bezug auf Hilfeleistung usw. widerfahren lassen müssen.

Daß wir dann durch viele Menschen, ja – noch schlimmer – durch viele kirchliche Christen als verrückt erklärt werden, davon bin ich jetzt schon überzeugt. Wenn wir sehen, wie die Geisteshaltung im Augenblick entartet, dann haben wir wenig Hoffnung auf Verständnis für eine versöhnliche Haltung in Kriegszeiten.

Und doch wird es nötig sein: Wir haben in diesem Punkte großartige Beispiele an der Haltung der Quäker.

Wie sich das alles in concreto verwirklichen lassen wird, das kann man vorläufig unmöglich voraussagen. Wir können schließlich von der Zukunft nur eine Behauptung mit Sicherheit aufstellen, und das ist: Es wird immer anders sein, als wir es uns im Augenblick vorstellen. Und doch ist es gut, wenn wir uns schon jetzt in unseren Gedanken mit unserer Haltung während eines eventuellen dritten Weltkrieges ohne Furcht beschäftigen.

Bei einer eventuellen Besetzung durch die Russen

Ich nenne diesen Punkt, weil er in den Gedanken so vieler lebt. Persönlich glaube ich nicht allzu sehr an die Möglichkeit einer russischen Besetzung.

Daß Rußland selbst mit einem Angriff beginnen wird, ist schon darum nicht sehr wahrscheinlich, weil Sowjetrußland eine Periode von Ruhe für den Aufbau und die Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie dringend nötig hat. Außerdem kann Stalin abwarten. Wenn der Westen diese alle Grenzen überschreitende Bewaffnung fortsetzt, wenn bei uns alles Geld für Verteidigungszwecke ausgegeben wird, wodurch, je länger es dauert, immer weniger Geld für durchgreifende ökonomisch-soziale Veränderungen zur Verfügung steht, dann wird die Unzufriedenheit hier sehr stark zunehmen. Und gerade auf dem Boden der Unzufriedenheit gedeiht der Kommunismus am besten. So geben wir, selbst wenn wir glauben, den Kommunismus bekämpfen zu können, dem Kommunismus alle Möglichkeiten.

Aber lassen wir es dabei! Wir wollen wirklich annehmen, daß wir hier eine russische Besetzung bekommen. Was das ist, besetzt zu werden, das haben wir in Holland während einiger Jahre erfahren in der nationalsozialistischen Besetzungsperiode. Wir können, was das anbetrifft, einige Parallelen ziehen, obgleich wir darin sehr vorsichtig sein müssen, denn erstens wiederholt sich die Geschichte niemals in allen Punkten, und zweitens dürfen wir nicht an der üblichen Gleichstellung von Nationalsozialismus und Kommunismus festhalten.

Selbstverständlich ist nicht zu leugnen, daß sowohl der Nationalsozialismus wie auch der Kommunismus totalitäre Bewegungen sind. Zu jedem Totalitarismus gehören Diktatur und Terror. Das ist anders gar nicht möglich. Die individuelle Freiheit wird beschnitten und, wenn

es nötig ist, auch geknebelt. Opposition in wesentlichen Punkten ist ausgeschlossen.

Wenn jemand bei einer eventuellen russischen Besetzung gegen die den ganzen Menschen fordernde Struktur des Kommunismus protestieren würde, wenn jemand dem nationalistischen und militärischen Einfluß der Jugend mit Wort und Tat entgegenarbeiten wollte, und wenn ferner jemand gegen die Methoden der Zwangsarbeitslager und der politischen Prozesse auftreten wollte, würde das totalitäre Regime ihn bald daran hindern.

Was werden wir bei einer eventuellen russischen Besetzung aber tun können? Vielleicht können wir es am deutlichsten auf folgende Weise formulieren:

Wir werden *ja* sagen müssen gegenüber dem russischen Menschen; wir werden *nein* sagen müssen gegenüber jeder Tat in dem System, wodurch der Mensch geschändet wird.

Wir werden *ja* sagen müssen gegenüber allem, was innerhalb des Systems geschieht und wodurch der Gerechtigkeit gedient wird, ohne daß der Mensch geschändet wird.

Nur dann haben wir ein moralisches Recht, das erwähnte *Nein* auszusprechen, wenn wir, bevor die Russen noch hier waren, dieselbe Kritik gegenüber dem Kapitalismus und dem Militarismus ausgesprochen haben. Man muß es als unehrlich bezeichnen, wenn wir plötzlich gegen die russische Unmenschlichkeit zu schreien beginnen, während wir die amerikanische Unmenschlichkeit in Korea ohne irgend welche Kritik hinnahmen. Es ist nicht ehrlich, wenn wir hinsichtlich der Ereignisse in der Tschechoslowakei sagen, daß der Einzelne dort nicht wichtig ist, daß das Individuum in Verdrängung kommt usw., während wir mit keinem einzigen Worte dagegen protestieren, daß auch beim modernen Militarismus mit dem Individuum nicht gerechnet wird. Ich weiß wohl, daß es hier im Westen eine größere Freiheitsmöglichkeit und eine größere Freiheitsrealität gibt als in der Tschechoslowakei – aber darum geht es in *diesem* Punkt nicht. Solange wir die Realität der Kriegshandlungen in Korea hinnehmen, das heißt einen Knäuel sich ermordender Menschen, solange haben wir jedes moralische Recht verspielt, gegen russische Gewaltshandlungen zu protestieren.

Es wird nicht einfach sein, die hier beschriebene Haltung in die Praxis umzusetzen. Persönlich glaube ich, daß einer der größten Fehler, welchen wir während der deutschen Besetzungszeit begangen haben, der gewesen ist, daß wir nicht genug Kontakt mit den deutschen Besetzern *als Menschen* suchten. Nicht in dem Sinne, daß wir uns vor ihnen hätten beugen müssen, sondern, daß wir mit ihnen über allerlei Dinge, den Nazismus und den Militarismus betreffend, ehrlich und mutig hätten sprechen müssen. Damit wäre natürlich eine große Gefahr verbunden gewesen. Aber auch die Soldaten, die irdischen Königen dienen, sind immer großen Gefahren ausgesetzt. Aus meiner Erfahrung mit oft

schwer berüchtigten SS-Leuten aus meiner Gefangenschaft kann ich nur sagen: Wenn wir es nur erst einmal wagen, dann können auf diesem Punkte Dinge passieren, die man nüchtern und verstandesgemäß zu den allergrößten Unmöglichkeiten gerechnet hätte.

Wilhelm Mensching, der bekannte Pfarrer aus Bückeburg, hat in allen Hitler-Jahren in Hitler-Deutschland niemals mit dem Hitler-Gruß gegrüßt. Mehrere Male hat man ihn arrestieren wollen, und doch ist es nicht geschehen. Später hat man feststellen können, daß ein Amtsträger sich bei der höchsten erreichbaren Parteistelle für ihn mit seinem Kopf verbürgte, weil jahrelange Beobachtung ihn überzeugt hätte, daß dieser Gegner «unter keinen Umständen einem Deutschen schaden werde, ebensowenig wie einem Feinde, weil er überhaupt nur helfen und niemandem schaden wolle».

Mensching erzählt in einem Rapport über die Geschehnisse in Hitler-Deutschland, daß er eine Frau gekannt habe, die immer Juden und andere Verfolgte aufsuchte und ihnen half. Wer in Gefahr war, konnte sich in ihrem Haus verbergen, ob er Jude oder Nationalsozialist war. Unmöglich war ihr aber, in die NS-Frauenvereinigung oder sonst eine nationalsozialistische Randorganisation einzutreten, mit «Heil Hitler!» zu grüßen, eines der unzähligen Plakate zu tragen oder sonst irgendwie sich als Anhängerin oder Mitläuferin der herrschenden Partei zu geben. Diese Frau hatte bei einer der «Wahlen» in der Hitler-Zeit den ihr gereichten Stimmzettel zurückgewiesen mit der ruhigen Bemerkung, daß er gezeichnet sei. Und dann hatte sie vor den Augen des beobachtenden Nationalsozialisten deutlich sichtbar «Nein» geschrieben.

Ich glaube, daß wir bei einer eventuellen Besetzung durch die Russen eine große Menschenliebe und gleichzeitig eine prinzipielle Haltung im Hinblick auf die Taten des Systems beweisen müssen. Und das bedeutet dann gleichzeitig das *Ja* und das *Nein*, über das ich sprach.

Wir können in dieser Hinsicht auch viel von Mahatma Ghandi lernen. Eigentlich ist es eine Tatsache, die uns tief beschämt, daß wir, wenn wir von der neuen Wehrhaftigkeit sprechen, direkt auf diesen Hindu verweisen müssen. Die Waffen der «non violent résistance», des gewaltlosen Widerstandes, des bürgerlichen Ungehorsams, seines Glaubens in satyagraha, die Wahrheitskraft, und ahimsa, die Gewaltlosigkeit, das alles ist eine lebendige Anwendung des Paulus-Wortes: «Werde vom Bösen nicht besiegt, sondern besiege das Böse durch das Gute!» Wir müssen dem Gegner, dem sogenannten Feinde, mit ganz anderen Waffen begegnen als denjenigen, mit denen er uns bekämpft oder bekämpfen will. Von Christi Königsherrschaft aus wissen wir, daß wir einen besonderen Weg wandeln müssen, den Weg, der uns durch den König gewiesen wird.

Nur auf diese Weise richten wir Zeichen von Christi Königsherrschaft, auch in Zeiten von Besetzung, auf. Was die Folgen davon sein werden, das müssen wir abwarten. Wir haben keine Garantie.

Mensching sagt: «Wir erlebten unzählige Siege und unzählige Niederlagen. Oft brachte ein Tag zugleich entmutigende Niederlagen und beglückende Siege der Menschlichkeit.»

Neue Wehrhaftigkeit, auch in Besetzungszeit, bedeutet, daß wir nicht durch den Geist der Zeit, durch Haß und Gewalt und Verbitterung, besiegt werden.

Die Kirche

Die lebendige Kirche hat die Aufgabe, ihren Mitgliedern und der Welt deutlich vor Augen zu führen, was es in dieser Zeit bedeutet, Christi Königsherrschaft zu akzeptieren. Sie hat dies auch hinsichtlich der aktuellen internationalen Lage zu tun. Die Kirche darf die Menschen nicht den antichristlichen Ideologien, die augenblicklich die Welt regieren, überlassen. Vielleicht gehört es noch mehr zur priesterlichen Aufgabe der Kirche als zu ihrem prophetischen Auftrag, daß sie versucht, die Augen der Menschen zu öffnen und ihnen die wirklichen Gründe von dem zu zeigen, was jetzt geschieht. Die Kirche, die etwas von der barmherzigen Königsherrschaft Christi wissen müßte, darf nicht stillschweigend zulassen, daß die Menschen zum Beispiel auf einem Punkt wie den Ereignissen in Korea total heidnisch werden und in eine Gewaltideologie mitgeschleppt werden, die mit Christus nichts mehr zu tun hat. Das ist nicht Parteipolitik, sondern Seelsorge.

Die Kirche wird auch immer wieder über die möglichen konkreten Formen der neuen Wehrhaftigkeit sprechen müssen. Beim pastoralen Gespräch, beim Konfirmationsunterricht und dem Kontakt mit den jüngeren Mitgliedern, bei Zusammenkünften der Gemeinde, überall muß von der christlichen Glaubenshaltung aus über den Militärdienst, die Arbeit in der Kriegsindustrie, das Bezahlen von Steuern usw. gesprochen werden. Ich will damit nicht behaupten, daß sich die Verkündigung der Kirche ausschließlich auf diese Dinge richten muß, aber die Verkündigung der Kirche darf keineswegs an diesem Problem vorbeigehen. Die Verkündigung des Evangeliums wird beschnitten und verkürzt, wenn diese Problematik nicht behandelt wird.

Über diese Dinge zu schweigen hilft nichts. Schweigen bedeutet Zustimmung. Das ist in der Welt so und in der Kirche auch.

Die Kirche müßte der lebendige Mittelpunkt für die neue Wehrhaftigkeit im Volke sein. Leider aber ist die Kirche das nicht. Nur wenn wir diese ihre große Schuld büßend eingestehen, kann für die Kirche in diesem Punkt noch eine Zukunft liegen.

Nietzsche hat einmal gesagt: «Nur wo Gräber sind, gibt es Auferstehungen.» Auch Dostojewski betont immer wieder, daß aus dem Tode neues Leben erwächst. Nur durch das Grab der Buße wird die Kirche zur Auferstehung kommen können. Um es konkret auszudrücken: Wenn sich der Weltrat der Kirchen wirklich einen Augenblick vor Gott über die Korea-Erklärung von Toronto schämt, dann besteht die Möglichkeit

eines neuen Beginns. Wir dürfen uns der Glaubenshoffnung hingeben, daß diese Dinge geschehen können.

Solange die Kirchen bleiben, wie sie sind, solange haben wir die Aufgabe, mit Takt und Liebe, mit Verständnis und Entschiedenheit die Kirche auf ihre hohe Aufgabe hinzuweisen, nämlich: von der Königsherrschaft Christi aus für die neue Wehrhaftigkeit zu arbeiten.

Wir selbst

Wir werden uns selbst in diesen Tagen immer wieder die Frage stellen: Inwieweit sind wir selbst schon geschwächt, inwieweit überlassen wir uns selbst bereits dem unselbständigen Denken, inwieweit sind wir selbst schon gleichgeschaltet mit dem Geist dieser Zeit?

Wenn es wirklich so ist, daß die Unruhe und das Elend dieser Tage nur ein Vorspiel sind von einer Zeit noch größerer Unruhe und noch tieferen Elends, dann müssen wir uns darauf jetzt ruhig vorbereiten. Das gehört auch zu unserer Verantwortlichkeit.

In der römisch-katholischen Kirche wird häufig von den excercitia spiritualia, den geistlichen Übungen, gesprochen. Uns Protestanten ist das eigentlich ganz verloren gegangen, sehr zu unserm Nachteil. Durch das Gebet, das lebendige Lesen in der Bibel, die Feier der Sakramente werden wir immer wieder auf unseren normalen Platz zurückgebracht. Und der ist da, wo die Königsherrschaft Christi herrscht.

Durch diese excercitia spiritualia gestärkt, werden wir neue Kraft zum Dienen und Leiden in uns fühlen, auch neue Kraft zu ruhigem Widerstand und revolutionärer Tat. Beide sind nebeneinander denkbar.

Mystik und Ethik haben im lebendigen Christentum viel miteinander zu tun. Und dies gilt auch hinsichtlich Prophetie und Liturgie. Schauen und Bauen sind wesentlich miteinander verbunden. Neue Wehrhaftigkeit und Gebet und Sakrament, sie gehören wesentlich zueinander.

Neben dieser geistlichen Stärkung haben wir auch noch eine gute sachliche Aufklärung nötig. Wir müssen orientiert werden und bleiben. Auf diese Weise werden wir nicht vor dem kapitulieren, was man uns als «Tatsachen» auftischt. Ein Blatt wie «Neue Wege» kann uns hierbei sehr viel helfen. Die Weltrundschau darin hat eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, und ich meine, wir können für die Weise, wie es geschieht, in vieler Hinsicht nur sehr dankbar sein.

Dann ist es vor allem auch nötig, nicht einseitig zu werden. Was das betrifft, ist es für die Freunde der «Neuen Wege» – so scheint mir – sicherlich gut, regelmäßig auch die Veröffentlichungen des «Aufbaus» zu lesen. Ich glaube, so zu sprechen berechtigt zu sein, weil ich in Holland auch probiere, mich immer wieder in die Veröffentlichungen derjenigen zu vertiefen, welche in wesentlichen Punkten völlig anders denken als ich.

Als dritten Punkt nenne ich, daß es sehr wichtig ist, über diese Dinge auch untereinander zu sprechen. Es ist nötig, daß Gruppen bleiben und kommen, in denen die Frage der neuen Wehrhaftigkeit immer wieder erörtert und besprochen wird. Und zwar nicht als eine mehr oder weniger akademische Angelegenheit, sondern als ein Problem, das jetzt und hier, im Jahre 1951 und in diesem Land, uns selbst, unsere Familie und also auch unsere Kinder wesentlich angeht. Wenn diese Dinge auf diese Weise besprochen werden, dann kann das nicht anders als fruchtbar wirken.

Und nun zum Schlusse:

In dieser durch Angst und Mißtrauen neurotisch erkrankten Welt werden Christen zu einer neuen Wehrhaftigkeit gerufen. Diese neue Wehrhaftigkeit ist nichts anderes als eine Frucht der Erfahrung von der Königsherrschaft Christi. Zu dieser neuen Wehrhaftigkeit gehört eine neue Wahrhaftigkeit: ein selbständiges und freies Urteil hinsichtlich der internationalen Angelegenheiten, eine radikale Ablehnung des Militarismus, weil seine Ideologie und seine Wirklichkeit nichts mehr mit dem Evangelium zu tun haben.

Die neue Wehrhaftigkeit kann von uns Opfer verlangen, und zwar auf dem Gebiete unserer bürgerlichen Stellung, unseres Geldes, unserer Freiheit. Das ist ein Punkt, der jetzt in einer Zeit von Kriegsvorbereitung sehr aktuell ist.

In Kriegszeiten bedeutet neue Wehrhaftigkeit Taten von Versöhnung zugunsten beider Parteien. Zur gleichen Zeit bedeutet es, daß wir uns nicht in das ganze Kriegsgetriebe einschalten lassen.

Bei einer eventuellen Besetzung werden wir auf die richtige Weise lernen müssen, *ja* und *nein* zu sagen.

Niemals aber werden wir in einer negativen Haltung erstarren dürfen. Unser *Nein* hat nur einen Sinn, wenn ihm ein sehr positives *Ja* gegenübersteht.

Wenn diese neue Wehrhaftigkeit durch Einzelne, durch kleinere oder größere Gruppen demonstriert wird, dann werden wir auf diese Weise auch denjenigen, die nichts mehr von Christus wissen, vor Augen führen können, was es bedeutet, unter der Königsherrschaft Christi leben zu wollen.

Regem habemus – das ist für Christen die Wurzel der neuen Wehrhaftigkeit. Und die Liebe zu dieser Welt hängt damit unverbrüchlich zusammen. Laßt uns nicht vergessen: Auch bei der neuen Wehrhaftigkeit geht es um das Schicksal, um das Glück von lebenden Menschen.

Kr. Strijd.

Brandherd Ostasien Wir waren, so scheint es, etwas voreilig, als wir in unserer letzten Rundschau das nahe bevorstehende Ende des *Korea-Krieges* erwarteten. Die Waffenstillstandsverhandlungen von Kaesong sind vorläufig abgebrochen, und der Krieg ist aufs neue aufgeflammt, ohne daß man sehen könnte, wie er endgültig ausgelöscht zu werden vermöchte; ja die Gefahr ist nicht gering, daß der Brand nun wirklich auf China und von da auf die Sowjetunion übergreife, also die ganze Welt erfasse.

Wir wollen uns nicht lange bei der Frage aufhalten, wer und was an dieser unglücklichen Wendung schuld sei. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Nordkoreaner und Chinesen einen an sich harmlosen Fliegerzwischenfall absichtlich dramatisiert und zu einem «Mordversuch» gegenüber ihrer Verhandlungsdelegation aufgebauscht haben, um irgend welche politisch-taktische oder auch militärische Ziele zu erreichen, die vorerst nicht deutlich zu erkennen sind. Wichtiger als diese sehr schwer durchschaubaren Zusammenhänge ist ein Dreifaches: Erstens, daß auch die Amerikaner, bald nach Beginn der Verhandlungen von Kaesong, einen unbedeutenden Zwischenfall – das Erscheinen einer Gruppe bewaffneter Nordkoreaner in der neutralen Zone – stark aufbauschten und dadurch die Schaffung einer ihnen günstigeren Verhandlungsposition erzwangen. Zweitens, daß die Nordkoreaner und Chinesen mit einigem Recht befürchten, die Festlegung der gegenwärtigen Frontlinie als Waffenstillstandsgrundlage werde dazu führen, daß diese Linie später auch die *politische* Grenze zwischen Nord- und Südkorea bilden, daß also Nordkorea ein nicht unwesentliches Stück seines früheren Gebietsbestandes verlieren werde. (Die Amerikaner befürchteten ja ihrerseits, ein Rückzug bis zum 38. Breitengrad würde sie teuer zu stehen kommen, falls nach einem Scheitern der Waffenstillstandsverhandlungen die neugestärkte Rote Armee abermals zum Angriff anträte.) Und drittens ist zu sagen, daß – wie schon dieser Grenzstreit zeigt – die militärischen Fragen, die mit dem Waffenstillstand zusammenhängen, schwer zu lösen sind, solange nicht mindestens in ihren Grundzügen eine politische Gesamtregelung in Ostasien in Aussicht steht. Es ist deshalb immer wieder notwendig, die Korea-Frage im größeren Rahmen der allgemeinen Ostasienpolitik zu sehen, und wir möchten darum unseren Weltüberblick diesmal gerade einer Beleuchtung dieses Zusammenhangs widmen, dessen Klärung für das Verständnis der kommenden internationalen Ereignisse so besonders wichtig ist.[1]

[1] Als Regel und im Sinn eines Versuches wollen wir im Rahmen unserer Weltrundschau künftig überhaupt nur ein einzelnes aktuelles Hauptproblem behandeln, das auf diese Weise gründlicher dargestellt werden kann, als wenn neben ihm noch eine

Den Schlüssel für alles, was im ostasiatischen Raume vorgeht, haben die Vereinigten Staaten in der Hand. Vor allem mit ihrer *China-Politik*. Als Japan im August 1945 kapitulierte, sah sich Amerika in China vor einer schwierigen Lage. Die Mandschurei war von der Sowjetunion besetzt; die meisten Städte und viele Verbindungslinien Ost- und Zentral-Chinas wurden von den Japanern beherrscht; die ländlichen Gebiete waren im Besitz der chinesischen Kommunisten, die außerdem in Nordwest-China ein regelrechtes Staatswesen geschaffen hatten; nur der äußerste Südwesten des Riesenreiches stand unter der Kontrolle von Tschiang Kai-sheks Kuomintang-Regierung. Das Ziel der Vereinigten Staaten war nun, Tschiangs Herrschaft auf ganz China auszudehnen und die Kommunisten so vollständig wie möglch zu liquidieren. Und zunächst schien es auch, als würden sie es tatsächlich erreichen. Eine amerikanische Armee von 50 000 Mann übernahm nach und nach alle von den Japanern geräumten Gebiete, Seehäfen, Verbindungslinien und Industriezentren; ganze chinesische Armeen wurden mit amerikanischen Lufttransportern aus dem Süden nach dem Norden gebracht, und die Verdrängung und Vernichtung der Kommunisten konnte ebenso planmäßig wie erfolgreich begonnen werden. Ende 1946 war «Nationalchina» den Kommunisten an Mannschaften dreifach, an Ausrüstung vierfach überlegen, und der Traum von einem Amerika gänzlich hörigen China, das zusammen mit dem amerikanisch besetzten Japan ganz Asien zu beherrschen vermöchte, schien der Verwirklichung nahe.

Aber es schien nur. Trotz ausgiebigster amerikanischer Unterstützung mit Geld, Waffen und Ausrüstungsmaterial versank das Regime Tschiang Kai-shek so rasch und so vollständig in Korruption, Unfähigkeit und Auflösung, daß sein endgültiger Zusammenbruch und der Sieg der kommunistischen Revolution in ganz China nurmehr eine Frage der Zeit waren. Eine *noch* umfassendere Hilfe an die Kuomintang-Regierung kam für die Vereinigten Staaten nicht in Frage; anderseits aber vermochte sich Washington auch zu einem Bruch mit Tschiang und einer Verständigung mit den Kommunisten nicht aufzuschwingen, so daß es die Dinge einfach treiben ließ, wie sie wollten. Immerhin bereitete eine Gruppe realistisch denkender Amerikaner eine Schwenkung in China vor, wie sie mit der Anerkennung der neuen Regierung auch von anderen Ländern, besonders Großbritannien und Indien, vollzogen wurde und durch die rasch zunehmende Verschlechterung der militärischen Lage Tschiangs, der nur noch *Formosa* in der Hand hatte, vollends gerechtfertigt schien. Aus dieser Zeit – Ende 1949 und Anfang 1950 – stammen die wiederholten Erklärungen höchster amerikanischer Regierungsmänner über Formosa, das China nicht mehr länger vorenthalten werden dürfe, so daß es wirklich so aussah, als seien die Vereinigten Staaten

---

Reihe anderer Fragen und Vorgänge beleuchtet werden muß. Daß deswegen die Kommentierung der übrigen Weltereignisse nicht zu kurz kommt, dafür wollen wir Sorge tragen.

bereit, Tschiang Kai-shek abzuschreiben und sich mit dem Dasein eines kommunistischen Chinas abzufinden.

Korea und die Folgen So standen die Dinge, als am 25. Juni 1950 der Krieg in Korea ausbrach. Fast mit einem Schlag wechselte die Szene. Die Vereinigten Staaten beschlossen, in Korea militärisch einzugreifen, riegelten Formosa durch ihre Siebente Flotte gegen einen Angriff vom chinesischen Festland aus ab und stellten sich wieder offen hinter Tschiang Kai-shek – kurz, die ganze amerikanische Ostasienpolitik nahm eine neue Wendung und kehrte zu der Linie zurück, der sie bis etwa Mitte 1948 konsequent gefolgt war. Was war geschehen?

Um darauf zu antworten, muß man auf die Zeit der Befreiung Koreas von der japanischen Herrschaft zurückgehen. Die Japaner hatten am 14. August 1945 die Waffen gestreckt. Um Reibungen zwischen den Alliierten zu vermeiden, beschloß die Potsdamer Konferenz, Korea in zwei Zonen zu teilen und das Gebiet nördlich des 38. Breitengrads von russischen, dasjenige südlich davon durch amerikanische Truppen besetzen zu lassen. Inzwischen nahmen aber die Koreaner ihr Geschick in die eigenen Hände. Noch von China aus verkündete die provisorische koreanische Regierung ein Reformprogramm mit vier Hauptpunkten: 1. Nationalisierung alles japanischen Besitzes in Korea; 2. Anerkennung der Eigentumsrechte der Koreaner; 3. Verteilung von Land an diejenigen, die es bebauten, ohne es zu besitzen; 4. Förderung der Gesundheit und allgemeinen Wohlfahrt des Volkes. Den meisten Koreanern mußte dieses Programm angesichts der tiefen Klassengegensätze in Korea, die von der japanischen Ausbeutungsherrschaft noch verschärft worden waren, als sehr mild erscheinen. Wie dem aber auch gewesen sein mag: in Korea selbst schritt man unverzüglich an seine Verwirklichung. Im ganzen Land bildeten sich Volksausschüsse, die für die Wahrung der öffentlichen Ordnung sorgten, die politische Macht von den Japanern übernahmen, die Kollaboratoren absetzten und Reis an die notleidende Bevölkerung verteilten. Ein Nationalkongreß, der aus allen Landesteilen beschickt war, rief am 6. September die koreanische Volksrepublik aus. Unter der Führung von Lyuh Wun Hyung, eines sozialistischen Journalisten, der ein Jahr lang in einem japanischen Lager gefangen gewesen war, machte sich der Kongreß an die Verwirklichung sozialer und politischer Reformen. Da rückten die alliierten Besetzungsarmeen ein, zuerst von ihren Stützpunkten bei Wladiwostok aus die Russen und dann, von ihrem Landungshafen Inchon in Westkorea aus, am 8. September die Amerikaner.

Man kann nicht stark genug betonen, daß dies der entscheidende Augenblick in der Nachkriegsgeschichte Koreas war. Was seither geschehen ist, war weithin die Folge der Ereignisse, die sich in dem Monat zwischen der Kapitulation der Japaner und der Ankunft der alliierten Truppen abspielten. Hätte die neue koreanische Regierung unbehindert durch

die Besetzungsarmeen ihr Reformwerk durchführen können, so wäre Korea in kurzer Zeit zu voller nationaler Einheit und auch zu äußerer Unabhängigkeit gekommen. Daß es nicht dazu kam, war vor allem die Schuld der Vereinigten Staaten. Denn während die Sowjetarmee – begreiflicherweise – in ihrer Zone die revolutionären Volksausschüsse und die Regierung der neuen Republik Korea anerkannte, war die amerikanische Militärregierung von stärkstem Mißtrauen gegen sie erfüllt. Ihr Programm war für den durchschnittlichen USA-Offizier einfach Bolschewismus, und General Hodge kündigte denn auch unverzüglich an, daß vorläufig die japanischen Behörden weiter in Tätigkeit bleiben würden. Sein Befehl führte in Südkorea zu heftigen Protesten und zu Volkskundgebungen, bei denen Koreaner von der japanischen Polizei erschossen wurden. Die örtlichen Volksausschüsse und die koreanische Nationalregierung wurden von den Amerikanern zuerst ignoriert und dann gänzlich unterdrückt. Zwar wurden nach und nach auch die japanischen Behörden ersetzt, aber die Koreaner, die von der amerikanischen Militärregierung an ihrer Stelle ernannt wurden, gehörten meistens der äußersten Rechten an und hatten teilweise sogar mit den Japanern zusammengearbeitet. «Die Vereinigten Staaten», so stellte Andrew Roth in der Neuyorker «Nation» (13. August 1949) von Söul aus fest, «schufen eine Regierung, deren Ideale dem Faschismus näher standen als der Demokratie. Das geschah nicht ganz absichtlich. Die amerikanischen Besetzungsbehörden hätten einen gemäßigteren Politiker der Rechten lieber gehabt als Dr. Rhee. Aber sie erlaubten die Entwicklung von Verhältnissen, die Dr. Rhees Aufkommen unvermeidlich machten. Um den Kommunismus zu bekämpfen und das Vordringen sowjetischer Einflüsse aufzuhalten, verbündeten sich die Amerikaner mit extremen Antikommunisten, die die ganze totalitäre Technik des Polizeiterrors, der Folterung und der Unterdrückung der Freiheitsrechte anwandten, deretwegen die Amerikaner den Kommunismus zu verdammen gewohnt sind.»

So war Korea unheilbar in einen revolutionären Norden und einen gegenrevolutionären Süden gespalten. Der Norden gestaltete sich in einen kommunistisch geführten modernen Industrie- und Agrarstaat um, wobei vermerkt zu werden verdient, daß sich die Landwirtschaftsreform mehr nach chinesischem als nach russischem Muster vollzog. Der Süden blieb ein rückständiger, primitiv kapitalistischer und feudalistischer Ausbeuterstaat mit scharfen Klassengegensätzen und bedenklicher Verderbnis der herrschenden Schicht. Polizeistaaten ohne politische Demokratie im westlichen Sinn waren beide.

Wer war am Krieg interessiert? Beide Landeshälften faßten auch die Wahrscheinlichkeit eines Bürgerkriegs ins Auge und bereiteten sich darauf vor – in der wachsenden Überzeugung, daß die nationale Einheit Koreas nur mit Gewalt hergestellt werden könne. Dabei muß aber festgehalten werden,

daß ein unmittelbares Interesse an der Herbeiführung eines Krieges nur der engere Kreis der Regierenden in Südkorea mit Syngman Rhee an der Spitze hatte, und außerdem natürlich Tschiang Kai-shek, der in einem Krieg gegen das kommunistische Nordkorea nur den Anfang eines Krieges auch gegen das rote China sah und bis zum heutigen Tag zu einem solchen *größeren* Kriege treibt. Rhees Stellung war so unsicher, daß er eine gewisse Stützung aus dem Volk heraus nur durch einen «nationalen» Krieg erhoffen konnte. Nur so durfte er auch hoffen, sich der bedrohlichen revolutionären Strömung erwehren zu können, die vom Norden her auch ins Südland eindrang und bereits dazu geführt hatte, daß bei den Wahlen zur südkoreanischen Nationalversammlung vom 30. Mai 1950 die Partei des Ministerpräsidenten nur noch etwa einen Fünftel der Sitze behielt, während ein großer Teil der gewählten Kandidaten anderer Richtung sich öffentlich für Verhandlungen mit dem Nordstaat erklärt hatte. Die Nordkoreaner nützten diese Lage sofort zur Eröffnung einer lebhaften Einheitspropaganda aus, für Syngman Rhee ein Grund mehr, seine Rettung im Krieg zu suchen.

Tatsächlich schlug denn auch die südkoreanische Regierung den Vereinigen Staaten in aller Form vor, den kommunistischen Norden anzugreifen und das dortige kommunistische Regime zu stürzen. Doch wies Washington dieses Ansinnen offiziell ab, nicht zuletzt, weil die südkoreanische Armee für einen Einfall in den Nordstaat militärisch nicht genügend vorbereitet war; von amerikanischer Seite wurde sogar, wie General Roberts, der Leiter der USA-Militärmission in Korea, damals sagte, die Kriegsbereitschaft Südkoreas absichtlich verzögert, weil man fürchtete, daß eine schlagfertige Armee dann auch ohne amerikanische Bewilligung Nordkorea angreifen würde. Immerhin versicherte am 19. Juni 1950 John Foster Dulles, der republikanische Sachberater des amerikanischen Außenministeriums besonders für ostasiatische Fragen, vor dem südkoreanischen Parlament seinen Zuhörern: «Das amerikanische Volk leiht euch seine Unterstützung, moralisch wie materiell ... Wir sehen euch als geistigen Teilhaber der Vereinten Nationen an ... Ihr seid nicht allein; ihr werdet nie allein sein.»

Sechs Tage darauf stand Südkorea im Krieg mit dem Norden. Der militärische Angriff ging im großen offenbar von der Nordarmee aus; aber ebenso offenbar war er von der Regierung des Südstaates *provoziert* worden, vielleicht sogar bewußt, jedenfalls in dem Sinne, daß die Nordkoreaner überzeugt waren, Syngman Rhee und seine Gruppe würden im Vertrauen auf amerikanische Hilfe früher oder später doch zum Angriff schreiten, und nun ihrerseits losschlugen, solange diese Hilfe noch in weiter Ferne zu liegen schien. Diese letzte Erwägung dürfte auch für die Sowjetunion maßgebend gewesen sein. In Moskau hatte man keinerlei Interesse an einem Kriegsbrand im Fernen Osten, mußte vielmehr umgekehrt die nur im Frieden mögliche Entwicklung eines starken Chinas wünschen; wenn sich die Sowjetpolitik dennoch dem nordkoreanischen

Unternehmen nicht widersetzte, so nur darum, weil sie von einem schnellen Sieg der Revolutionsarmee und von einem Nichteingreifen der Vereinigten Staaten in die Auseinandersetzung der beiden Korea überzeugt war.

In dieser Annahme täuschte sich nun freilich Moskau ganz gründlich. Wohl war die amtliche Politik Amerikas anscheinend auf dem Weg, Ostasien sich selbst zu überlassen. Aber die mächtigen Interessengruppen, die in den Vereinigten Staaten und vom Hauptquartier MacArthurs in Tokio aus auf ein neuerliches aktives Eingreifen in den Kampf gegen die «Bolschewisierung des Fernen Ostens» drängten, hatten durchaus noch nicht abgerüstet. Sie waren durch den katastrophalen Zusammenbruch des alten Chinas nur zeitweilig verwirrt und entmutigt, gaben aber ihre Sache auf längere Sicht ganz und gar nicht verloren. Ein endgültiger Verzicht auf bewaffnetes Eingreifen in Ostasien hätte für sie, wie die «Monthly Review» (August 1951) mit Recht hervorhebt, weitreichende und schwere Folgen gehabt. «Zum ersten», so stellt die Neuyorker sozialistische Zeitschrift fest,

«hätte er den endgültigen Triumph der chinesischen Revolution, das Ende jeder ernsthaften gegenrevolutionären Drohung und die Festigung eines Blocks sozialistischer Staaten bedeutet, die sich von Mitteleuropa ununterbrochen bis nach Südostasien hinein erstrecken. Zum zweiten hätte er den Resten des westlichen Imperialismus im ganzen Fernen Osten einen tödlichen Schlag versetzt. Zum dritten hätte er allen amerikanischen Träumen von einer Beherrschung Chinas und dadurch auch des übrigen Asiens ein Ende gemacht. Und viertens wäre er – was zuwenig beachtet wird – auf die Länge für alle Träume von einer amerikanischen Herrschaft über Japan verhängnisvoll gewesen.»

So blieben die scharfmacherischen Imperialisten und konservativen Revolutionsgegner nur scheinbar untätig; in Wirklichkeit spähten sie gespannt nach der Gelegenheit aus, einen neuen und – wie sie hofften – entscheidenden Vorstoß in den asiatischen Riesenkontinent hinein zu machen. Und der Feind selbst lieferte ihnen überraschend schnell und glänzend diese Gelegenheit. Als sich die nordkoreanische Armee gegen Süden in Bewegung setzte, brauchte es nicht einmal mehr viel Mühe, um Präsident Truman und seine nächsten Ratgeber davon zu überzeugen, daß jetzt oder nie der Augenblick da sei, um dem «Angriffs- und Ausdehnungsstreben des Weltkommunismus» ein Halt zu gebieten. Die politischen und militärischen Führer der Vereinigten Staaten glaubten selbst, in dem nordkoreanischen Unternehmen den Anfang des langerwarteten *allgemeinen* Eroberungskrieges Moskaus sehen zu sollen; den Stürmern und Drängern im Hintergrund blieb nur übrig, ihre Chance so vollständig als möglich auszunützen. Und das taten sie denn auch ohne Wanken. Kaum hatten – am 25. Juni 1950, frühmorgens – die Feindseligkeiten in Korea begonnen, da drückten sie – gleichentags in einer abendlichen Sitzung der politischen und militärischen Spitzenmänner der Vereinigten Staaten – einen Beschluß auf bewaffnetes Eingreifen in den Bürgerkrieg durch, und zwar, obgleich die UNO-Kommission in Korea

in ihrem Telegramm über den Ausbruch der Feindseligkeiten bemerkt hatte, es sei noch nicht festzustellen, welche Partei den Kampf begonnen habe. Man kann sich diese ganz außergewöhnliche Hast nur dadurch erklären, daß man annimmt, es sei irgendwie auch die Frage von Formosa im Spiel gewesen. Trotz den vorhin erwähnten Erklärungen führender amerikanischer Politiker über die Zugehörigkeit der Insel zu China waren eben die Militärführer um MacArthur und ihre politischen Agenten in den Vereinigten Staaten entschlossen, diesen wichtigen Stützpunkt nicht auch noch in die Hand der Pekinger Regierung fallen zu lassen. Und als dann im April 1950 die Streitkräfte der chinesischen Volksrepublik die Insel Hainan überraschend schnell besetzen konnten und sich anschickten, auch auf Formosa zu landen -- die Unternehmung war auf den Juli angesetzt –, da schien ihnen offenbar der Augenblick zum Handeln gekommen. In der ersten Hälfte Juni flogen Foster Dulles, der amerikanische Wehrmachtsminister Louis Johnson und der Generalstabschef Omar Bradley zu General MacArthur nach Tokio; am 19. Juni hielt Dulles seine Rede vor dem südkoreanischen Parlament, und am 23. Juni wurde bekannt, an der Tokioter Konferenz sei beschlossen worden, «Formosa müsse in den amerikanischen Verteidigungsgürtel einbezogen werden». Es bedurfte nur noch der Eröffnung der Kämpfe in Korea, um der amerikanischen Regierung den Anlaß zu bieten, Formosa gegen einen Zugriff des kommunistischen Chinas abzuschirmen, also die spätere Eingliederung der Insel in den amerikanischen «Verteidigungsgürtel» vorzubereiten und gleichzeitig in Korea eine unschätzbare Landbasis für ein weiteres Vorgehen gegen China zu gewinnen.

Die Eigengesetzlichkeit eines Krieges Die Aktivisten ihrerseits weiteten inzwischen ihren Erfolg zielbewußt aus. Nicht nur, indem sie aufs neue enge Fühlung mit Tschiang Kai-shek nahmen, sondern auch und namentlich durch die Art und Weise, wie sie den Krieg in Korea selber führten und führen ließen. Das Ziel, das die Vereinten Nationen diesem Krieg zugewiesen hatten – die Zurückwerfung der Nordkoreaner hinter den 38. Grad – wäre schon im Frühherbst 1950, nach der Landung in Inchon und den großen Niederlagen der Nordarmee, zu erreichen gewesen. Aber das hätte eben nur die Wiederherstellung des früheren Zustandes bedeutet, und das wollten MacArthur und seine Partei gerade nicht. Das kommunistische Regime in Nordkorea sollte gänzlich liquidiert und damit – nach der «Sicherung» Formosas – eine weitere Ausgangsstellung geschaffen werden, die es erlauben würde, das rote China selbst bei Zeit und Gelegenheit anzupacken. So setzte denn der Oberbefehlshaber der UNO-Streitkräfte die Bewilligung zum Vordringen über den 38. Breitengrad hinaus und bis an die chinesische Grenze hin durch, damit Lebensinteressen Chinas am Yalu und in der industriereichen Mandschurei be-

wußt verletzend und Peking zum militärischen Eingreifen direkt herausfordernd.

Dennoch erreichten die amerikanischen Aktivisten ihr letztes Ziel vorläufig nicht: den endgültigen Bruch mit dem neuen China und die Ausdehnung des Krieges mindestens auf die Mandschurei und die ostchinesischen Küstengebiete. Denn nur, wenn der Koreakrieg den engen Rahmen sprengte, den ihm – der guten Form halber – die Vereinten Nationen gezogen hatten, war der Weg frei für die *Gesamtregelung* der ostasiatischen Fragen, so wie sie den militärischen und politischen Imperiumsbauern vorschwebte. Und vor dieser Schlußfolgerung schreckten die Verantwortlichen in Washington doch zurück – nicht, weil sie eine solche Abrechnung überhaupt ablehnen würden, sondern weil sie fürchteten, die Sowjetunion auf den Plan zu rufen und einen Teil ihrer eigenen Verbündeten, insbesondere Großbritannien, zu verlieren. Nicht einmal die triumphale Rückkehr des abberufenen MacArthur nach der Vereinigten Staaten vermochte den Kurs der Regierung Truman–Marshall–Acheson zu wenden; es blieb bei dem Entschluß, in Ostasien zunächst Gewehr bei Fuß stehen zu bleiben und dafür die Entscheidung im Kampf mit dem Weltkommunismus in Europa zu suchen.

Merkwürdigerweise zog aber die amerikanische Politik nicht die Konsequenz aus ihrer Schau der Lage. Sie schien sich nicht klar darüber, daß der Koreakrieg – wie jeder einmal entfesselte Krieg – seine eigene Gesetzmäßigkeit hat und *entweder in aller Form abgebrochen oder aber nach China hinein ausgedehnt werden mußte.* Sie ließ den Brand in Korea weiter motten, hielt Formosa fest, duldete die Blockierung eines Teiles der chinesischen Küstengewässer durch Tschiang Kai-sheks Flotte, sperrte die Belieferung Chinas mit kriegswichtigen Gütern, begünstigte den Widerstand der Reste der Kuomintangarmee gegen die Volksrepublik und weigerte sich hartnäckig, dieser den chinesischen Sitz im Sicherheitsrat zuzuerkennen. So befand sich die Ostasienpolitik Washingtons in einem eigentümlichen Schwebezustand, der erst ein Ende zu nehmen schien, als dank dem diplomatischen Eingreifen der Sowjetunion Waffenstillstandsverhandlungen mit Nordkorea und China eröffnet werden konnten.

Aber auch diese Möglichkeit, den Koreakrieg abzubrechen, wurde nicht entschlossen benützt. Man blieb an Nebenfragen hängen und ließ die Verhandlungen sich totlaufen, so daß der Krieg, wenn auch nicht ganz im alten Stil, wieder aufgenommen, ja durch Zerstörung eines Etappenzentrums dicht an der sowjetrussischen Grenze und durch Fliegervorstöße ins koreanisch-chinesische Grenzgebiet am Yalufluß teilweise noch verschärft wurde. Die Gefahren, die aus dieser ganzen militärisch-politischen Lage drohen, sind offenkundig, und MacArthur mag nicht geringe Genugtuung empfinden, daß er mehr und mehr doch Recht bekommt mit seiner Forderung, aufs Ganze zu gehen, das heißt, dem Koreakrieg seinen eigentlichen Sinn zurückzugeben und ihn nur als Aus-

gangspunkt für die weit umfassendere «Operation China» zu behandeln. Es rächt sich nun eben, daß die Vereinten Nationen sich dazu hergaben, den gegenrevolutionär-imperialistischen Krieg Amerikas in Korea als internationale Polizeiaktion gegen einen Friedensbrecher (im hergebrachten völkerrechtlichen Sinn) aufzuziehen. Aber es bietet sich jetzt auch die Möglichkeit, diesen verhängnisvollen Fehler wieder gutzumachen, von dem reaktionären Imperialismus der herrschenden Klasse Amerikas klar abzurücken und durch großzügige Unterstützung der elementaren Freiheitsbewegung der «rückständigen» Völker auch das Ostasienproblem einer Lösung, einer *wirklichen* Lösung, entgegenzuführen.

Frieden mit Japan! Die Unterzeichnung eines Sonderfriedens der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten mit *Japan*, die soeben in San Francisco erfolgt ist, kann freilich nur die Zweifel daran verstärken, ob diese Möglichkeit ernsthafterweise überhaupt noch besteht. Denn die entscheidenden Bestimmungen des japanisch-alliierten Vertrags sind ja – wenn wir von den freilich nicht unbedenklichen wirtschaftlichen Klauseln absehen – diejenigen, die Japans Beziehungen zum asiatischen Festland nach Kräften erschweren, seine militärische Wiederaufrüstung hingegen erleichtern und seine Stellung als Satellitenstaat Amerikas bekräftigen. Dieser Zweck des Vertrags wird noch unterstrichen durch das gleichzeitig unterzeichnete japanisch-amerikanische «*Verteidigungsabkommen*», das den Vereinigten Staaten das Recht gibt, auch fernerhin Militärstützpunkte in Japan mit der dazu erforderlichen Truppenzahl zu unterhalten. (Wobei die Frage der Zugehörigkeit Formosas zu Japan oder China überhaupt nicht erwähnt wird, natürlich in der Meinung, daß Formosa als Zufluchtsort Tschiang Kai-sheks ohnehin für das amerikanische Militärsystem in Ostasien gesichert sei.) Japan wird somit auch in Zukunft der «unversenkbare Flugzeugträger» Amerikas im Fernen Osten sein und eine wesentliche Rolle im Krieg gegen China und die Sowjetunion zu spielen haben, den man in Washington offenbar als unvermeidlich ansieht.

Man muß schon sagen: ein seltsamer Friedensvertrag, dieses Abkommen mit Japan, das von vornherein klar auf Krieg ausgerichtet ist und damit den Ausbruch eines Krieges fast willentlich begünstigt! Und mit dem Inhalt des Vertrags steht die Art und Weise im Einklang, wie er an der «Konferenz» von San Francisco unter Dach und Fach gebracht wurde: keine Verhandlung, Unterdrückung jeder wirklichen Aussprache über die einzelnen Vertragsbestimmungen, lediglich auf ein Mindestmaß beschränkte offizielle Erklärungen der vertretenen Mächte – kurz: amerikanisches Diktat, Durchsetzung eines einseitigen Parteiwillens, Protokollierung eines fait accompli. Mit nur zuviel Grund stellt darum der «New Statesman» (1. September) fest:

«Indem Amerika die Erörterung dieser Fragen (Militärstützpunkte in Japan, Zukunft Formosas, Wiederaufrüstung Japans usw.) in San Francisco verweigert, wird

es der Welt verkünden, daß seine Politik nunmehr auf der Hinnahme eines Krieges mit China beruht... Wir wären nicht gegen einen ‚liberalen' Vertrag, wenn er eine aufbauende Bemühung zur Lösung der Streitfragen darstellte, die die Großmächte in Asien einem Krieg entgegentreiben. Aber gerade weil der vorliegende Entwurf nichts zu einer solchen Regelung beiträgt, sondern im Gegenteil durch den Ausschluß des kommunistischen Chinas den Schwierigkeiten dauernde und sozusagen verfassungsmäßige Form gibt, stellt er eine katastrophale Abkehr von jeder wirklichen Bemühung zur Vermeidung eines Krieges dar.»

Und diesen Vertrag wagt man uns in allen Tönen als «Werk der Versöhnung», als «Etappe auf dem Wege zur Befriedung der Welt», ja als Ausdruck wahrhaft christlichen Geistes, der mit der Feindesliebe Ernst mache, anzupreisen! Genau das Gegenteil von dem ist wahr, was uns diese lügnerische Propaganda glauben machen will. Kein Wunder darum, daß das «Friedenswerk» von San Francisco vor allem von den asiatischen Völkern deutlich abgelehnt wird und beispielsweise Regierung und Presse Indiens einig sind in der Feststellung, er trage bereits den Keim eines neuen Krieges in sich. Mitunterzeichnet wurde der Vertrag, als Vertretern Asiens, denn auch nur von Pakistan, Ceylon, Bao Dai's Indochina, den Philippinen und Indonesien; Indien und Burma lehnten die Beschickung der Konferenz überhaupt ab, und die Sowjetunion, die den Widerstand gegen den Vertrag anführte, verweigerte die Unterschrift. Moralisch steht so der «Frieden» mit Japan auf denkbar schwachen Füßen, zumal Pakistan und Ceylon wohl nur aus Trotz gegen Indien, nicht aber aus sachlicher Überzeugung Ja zum Vertrag sagten. Und auch Australien und Neuseeland mußten zuvor durch den Abschluß eines «Verteidigungspaktes» mit Amerika beschwichtigt werden, ehe sie der Wiederaufrüstung Japans ihre förmliche Zustimmung gaben. Daß Frankreich, das jede Selbständigkeit in außenpolitischen Entscheidungen verloren hat, vorbehaltlos unterschreiben würde, war von vornherein gegeben. Was aber England betrifft, so lassen wir wiederum den «New Statesman» sprechen (21. Juli): «Die Wahrheit ist, daß Großbritannien durch sein Einverständnis mit einem Vertrag, der China noch weiter in die Arme der Sowjetunion treiben muß, seine eigenen besten Interessen wie auch die Hoffnungen seiner Freunde in Asien verraten hat.» Vom bloß machtpolitischen Standpunkt aus könnte in der Tat die Sowjetunion, die ihr Ansehen in Asien nicht wenig gestärkt sieht, mit dem Werk von San Francisco zufrieden sein. Nur wird man auch in Moskau nicht so kurzsichtig sein und die verhängnisvollen Fernwirkungen des Japan-Vertrags verkennen, Wirkungen, an denen gerade die Sowjetunion alles, nur keine Freude haben kann, die aber auch die übrige Welt zu beklagen nur allzu bald Anlaß haben wird.

Gefahr und Hoffnung Sehen wir näher zu. Der Vertrag von San Francisco steht zunächst in schroffem Gegensatz zu der Politik, welche die Alliierten bei Kriegsende gegenüber Japan befolgen zu wollen erklärten. Damals war man anscheinend durch-

aus einig darüber, daß Japan nicht wieder aufrüsten dürfe, bevor sein ganzer Gesellschafts- und Staatsaufbau von Grund aus umgewandelt sei. Die neue japanische Verfassung, die von General MacArthur namens der Vereinigten Staaten ausdrücklich gutgeheißen wurde, bestimmt sogar, daß Japan «für alle Zeiten» auf die Führung von Kriegen zu verzichten habe, und garantiert, daß Japan nie wieder Land-, See- und Luftstreitkräfte unterhalten dürfe. Das wird jetzt, wenn nicht der Form, so doch der Sache nach durch einseitige, von Amerika diktierte Verfügung widerrufen. Wenn man aber einwenden wollte, daß das heutige Japan eben ein anderes sei als dasjenige von 1945, so könnte nur Unkenntnis der Dinge oder gewollte Blindheit dem beistimmen. Gewiß hat Japan nach außen hin während der Besetzungszeit einen demokratisch-pazifistischen Anstrich bekommen (so wie auch Westdeutschland). Auch ist eine Reihe wirtschaftlicher und sozialer Reformen durchgeführt worden, die unzweifelhaft ihr Gutes haben und auf die Länge ebenfalls demokratisierend wirken dürften. Aber die *entscheidenden, vorherrschenden* Züge im Gesicht des «neuen» Japans sind – darüber kann ein Zweifel überhaupt nicht bestehen – die gleichen wie diejenigen des alten, das seit zwei, drei Generationen planmäßig auf die Unterwerfung ganz Asiens unter die Herrschaft seiner führenden Klasse ausging. Im besonderen ist die Macht der wirtschaftlichen und finanziellen Riesenkonzerne, die für Japan noch kennzeichnender sind als für irgendein anderes modernes Industrieland, tatsächlich ungebrochen, wenn nicht gegenüber der Vorkriegszeit gar noch verstärkt. Noch vor wenig mehr als anderthalb Jahren sprach der britische Vertreter in der alliierten Kontrollkommission für Japan davon, daß «ein neues Monopol im japanischen Bankwesen aufgekommen» sei, mit dessen Hilfe «acht Banken 80 Prozent des industriellen, finanziellen und wirtschaftlichen Lebens von Japan beherrschen». (Oberstleutnant Hodgson am 1. März 1950.)[2] Und Hand in Hand damit geht die Wiederaufrichtung der Machtstellung der alten politischen und militärischen Führungsschicht, die Japan auf den Weg seiner Kriegs- und Eroberungsunternehmungen getrieben hat. Was die Londoner «Times» in ihrem Jahresrückblick auf 1949 bemerkte, gilt heute noch viel mehr: «Immer größere Macht, wirtschaftliche wie poli-

[2] Zu dieser Feststellung steht in auffallendem Widerspruch die Behauptung Präsident Trumans (in seiner Ansprache vor der Konferenz von San Francisco): «Monopole, die einstmals die japanische Wirtschaft im Würgegriff hielten, sind im wesentlichen gebrochen worden.» Aber im gleichen Widerspruch mit den Tatsachen befindet sich Truman eben auch mit seinen übrigen Behauptungen: Japan erhalte jetzt seine volle Unabhängigkeit und Souveränität wieder (als Untertanenland Amerikas!), sein alter Militarismus sei beseitigt worden (durch seine Neuaufrüstung!), der mit ihm abzuschließende Vertrag sei ein Vertrag der Versöhnung (weil man Japan auch einen Preis dafür zahlen muß, daß es sich zum Werkzeug der westmächtlichen Machtpolitik hergibt!) und enthalte «nicht die Saat für einen neuen Krieg», diene vielmehr nur der Abwehr gegen eine über Ostasien schwebenden «Aggressionsgefahr» (China oder die Sowjetunion als Angreifer Japans? Welcher Widersinn!). Auf derlei Behauptungen baut sich das «Friedenswerk» von San Francisco auf!

tische, wird jetzt den Japanern eingeräumt, und die Männer, die sie ausüben, lassen gegenwärtig wenig Anzeichen erkennen, daß sie mit den Überlieferungen der Wirtschafts- und Militäroligarchie gebrochen haben, die zuerst Japan auf seinen verhängnisvollen Angriffskurs festgelegt hat.» Die planmäßige Freilassung und Rehabilitierung der Hunderttausende von Kriegsverbrechern und sonstigen Mitschuldigen des alten Regimes ist nur *ein* Anzeichen für das, was jetzt in Japan (wiederum wie in Westdeutschland) tatsächlich vor sich geht. Basil Davidson, der Sekretär der britischen «Union für Demokratische Kontrolle», darf darum in seiner Schrift «Japan als Bundesgenosse? Fassade und Tatsachen», die diese Zusammenhänge scharf beleuchtet, ruhig feststellen: «Die Wiederaufrüstung Japans unter den gegenwärtigen Umständen bedeutet die Wiederaufrüstung eines militaristischen und nationalistischen Japans.»

Aber eben – das ist es ja gerade, was Amerika will oder doch in Kauf nimmt. Es braucht für seine ostasiatische Machtpolitik einen zuschlagwilligen Verbündeten, ein nicht so leicht zu erschöpfendes Soldatenreservoir, ein verläßliches Werkzeug für seine Absicht, die national- und sozialrevolutionäre Bewegung der Völkermassen des asiatischen Festlands in Schach zu halten und womöglich zu zerschlagen. Zu diesem Zweck soll Japan in das pazifisch-ostasiatische Imperium der Vereinigten Staaten eingegliedert und im gegebenen Augenblick vor allem gegen das neue China eingesetzt werden. Das war von Anfang an die Politik MacArthurs, und das ist nun in aller Form die amtliche Politik der Regierung Truman–Acheson geworden. Eine falsche Politik, ein widernatürliches Unterfangen, das von vornherein zum Scheitern verurteilt ist! Schon aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen. Japan gehört ja eng mit dem asiatischen Festland, besonders mit China, zusammen. Seine Industrie ist auf die Einfuhr von Kohle und anderen Rohstoffen aus dem Festland angewiesen; ohne ungehinderten Warenaustausch namentlich mit China, der Mandschurei und den südostasiatischen Ländern müßte ein großer Teil der 84 Millionen Japaner buchstäblich verhungern. Das ist denn auch der Grund für die Herrschafts- und Eroberungspolitik gewesen, die Japan von etwa 1870 bis 1945 konsequent betrieben hat.

Nun wäre es freilich denkbar, daß diese Wirtschaftsgemeinschaft Japans mit China und dem übrigen asiatischen Festland *unter amerikanischer Vormundschaft* hergestellt würde, und in dieser Richtung gehen tatsächlich die Pläne der amerikanischen Imperiumsbauer. Aber dem stehen zwei unübersteigbare Hindernisse im Weg. Einmal der Unabhängigkeitswille der asiatischen Völker, der wie jeden anderen, so auch den amerikanischen Imperialismus endgültig abzuwerfen entschlossen ist. Und daß es sich bei den «Verträgen» von San Francisco wirklich um amerikanischen Imperialismus handelt, der durch die juristische Einkleidung nur aufs allernotdürftigste verschleiert ist, das ist für jeden Sehenwollenden völlig klar. Darauf macht auch Robert Guillain, der Tokioter Korrespondent des «Manchester Guardian» und des Pariser «Monde»,

aufmerksam wenn er schreibt: «Der Friedensvertrag enthält einen gewissen Artikel 5, der Japan verpflichtet, den Vereinten Nationen unter allen Umständen Beistand zu leisten. Durch diesen Verbindungsmechanismus wird Japan unausweichlich ins Schlepptau genommen. Die Stützpunkte auf japanischem Gebiet können im Namen der Vereinten Nationen benützt werden, ohne daß Japan darüber befragt wird, und sogar noch, ehe es seinen Einzug in Lake Success gehalten hat, den das russische Veto ohnehin fragwürdig macht.» («Manchester Guardian», 1. September.) Der ganze Friedensvertrag scheint überhaupt nur deshalb abgeschlossen worden zu sein, um dem japanisch-amerikanischen Militärabkommen eine formale Grundlage zu geben. Und dieses Abkommen geht nun wirklich sehr weit. Es sichert den Amerikanern mehr als 20 Stützpunkte, gibt ihnen fast vollkommene Verfügungsfreiheit über das japanische Verkehrsnetz, ermöglicht ihnen nötigenfalls die Übernahme der öffentlichen Dienste und die Abhaltung von Manövern auch außerhalb der Militärstützpunkte und entzieht ihre Wehrmachtsangehörigen im wesentlichen aller japanischen Rechtshoheit. Also einfach Fortführung des Besetzungsregimes unter anderem Namen für die Zwecke der amerikanischen Ostasienpolitik!

Die Amerikaner würden sich aber sehr täuschen, wenn sie ernstlich darauf zählten, daß Japan auf die Dauer die ihm zugedachte Rolle als Sturmbock einer ausländischen Wirtschafts- und Militärmacht zu spielen bereit sei. Dazu wird es sich um so weniger hergeben, als während der kaum sehr kurzen Zeit, die nötig wäre, um Japan dem amerikanischen Fernost-System einzufügen, die japanische *Wirtschaft* auf enge Beziehungen zum asiatischen Festland gar nicht verzichten könnte, ohne die schwersten Erschütterungen zu erleiden. Ein ungenannter Mitarbeiter der Neuyorker «Nation», der als «hervorragender japanischer Volkswirtschafter mit gemäßigten politischen Ansichten» vorgestellt wird, bemerkt denn auch (Nummer vom 11. August) unumwunden:

> «Unter den mittleren und kleinen Geschäftsleuten, Ingenieuren, Lehrern und Gewerkschaftern sieht man ein, daß das Land ein größeres Interesse daran hat, seine Wirtschaft auf eine friedliche und solide Grundlage zu stellen, als kurzsichtig unter unsicheren Verhältnissen sofortigen Bestellungen nachzujagen. Ihre wahre Sorge gilt der Überwindung der Unsicherheit, die dem gegenwärtigen Kolonialstatus des Landes entspringt, in welchem die japanische Wirtschaft mit der amerikanischen Kriegswirtschaft verflochten ist.»

So bleibt als natürliche Folgerung aus den wirtschaftlichen und geopolitischen Gegebenheiten des japanischen Lebens nur die enge, freundschaftliche Zusammenarbeit mit dem übrigen Asien, vor allem mit China, und der Anschluß Japans an die große Umwälzung übrig, die sich im ganzen Sozial- und Kulturgefüge des asiatischen Erdteiles vollzieht. Noch verdunkelt diese Sachlage die Unterwürfigkeit einer japanischen Oberschicht und Regierung, die ihr Klasseninteresse mit demjenigen der amerikanischen Führungsgruppen zusammengeworfen hat. Allein

im japanischen *Volk* wächst sichtbar der Widerstand gegen einen Kurs, der das Land aufs neue ins Verderben stürzen muß, wenn er nicht noch rechtzeitig herumgerissen wird. «Der Dulles-Vorschlag, amerikanische Armee-Einheiten auf unbestimmte Zeit in Japan zu stationieren und die Militärstützpunkte zu behalten (mit der Wiederaufrüstung als Ergänzung), ist bei den meisten Japanern unbeliebt», schreibt der schon erwähnte japanische Mitarbeiter der «Nation», der auch die Korruption unter den hohen Beamten seines Landes geißelt und keinen Unterschied zwischen der gegenwärtigen japanischen Regierung und derjenigen Tschiang Kai-sheks oder Syngman Rhees sehen kann. Und er fährt fort:

«Die Amerikaner sagen, wenn nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags alliierte Truppen in Japan stationiert würden, so werde das im Einklang mit Vereinbarungen geschehen, die Japan freiwillig für Zwecke der kollektiven Sicherheit getroffen habe ... Die Japaner glauben aber, daß sie keine freie Wahl haben. Schon wenn jemand nur den Rückzug der Besetzungstruppen verlangt, kann er auf Grund einer Regierungsverordnung wegen beleidigender Haltung gegenüber der Besetzungsarmee bestraft werden. Er kann sogar vor Militärgericht gestellt werden. Seit Beginn des Korea-Krieges sind im Gebiet von Tokio oft schon Massenversammlungen für den Frieden oder einen Friedensvertrag verboten worden. Eine Zeitung, die sich ‚Friedensstimme' nannte, wurde gezwungen, ihr Erscheinen einzustellen. Der ‚Arbeiter', das Organ einer linksstehenden Gewerkschaft, und die ‚Friedenspresse der Frauen' wurden ebenfalls unterdrückt. Nicht weniger als 2000 Menschen sind wegen Agitation für den Frieden ins Gefängnis geworfen und viele junge Studenten der Tokioter Universität verhaftet worden. Niemand in unserem Lande bildet sich ein, daß ein Abkommen über den Verbleib amerikanischer Armee-Einheiten in Japan freiwillig getroffen würde oder daß die Regierung Yoshida, wenn sie ihm zustimmt, den freien Willen der Nation ausdrücke. (Schon diese Feststellung genügt, um klarzumachen, was es mit der angeblichen Demokratisierung Japans auf sich hat. H. K.)

... General MacArthur mag in Aussicht genommen haben, die japanische Volksreservepolizei kriegsmäßig auszubilden und sie aufs Schlachtfeld zu schicken, aber das gegenwärtige japanische Volk, so kriegerisch gesinnt es in der Vergangenheit gewesen sein mag, sieht keinerlei Grund, sein Leben zur Verhinderung einer Ausbreitung des Kommunismus herzugeben, wenn kein Anzeichen dafür besteht, daß sein Heimatland angegriffen wird. Das japanische Volk hat eine bittere Kriegserfahrung ... Die jungen Männer zögern, Soldaten zu werden, da sie wissen, daß sie gezwungen werden könnten, als Söldner China oder Korea anzugreifen, statt ihr eigenes Land zu verteidigen ... Eine Abstimmung, die kürzlich in den Universitäten von Kyoto und Hitosubashi vorgenommen wurde, ergab, daß 92,8 Prozent der jungen Japaner nicht freiwillig in die Wehrmacht eintreten werden. Die meisten derjenigen, die gefragt wurden, was sie täten, wenn sie ausgehoben würden, sagten, sie würden sich der organisierten Widerstandsbewegung anschließen oder davonlaufen. Ähnlich hat eine Umfrage unter den Automobilarbeitern in Tokio und Yokohama ergeben, daß 90 Prozent einen allumfassenden Friedensvertrag wollen und 70 Prozent gegen die Wiederaufrüstung sind.»

«Diese weitherum vertretenen Ansichten», so schließt der japanische Volkswirtschafter, «sind nicht auf den Einfluß Rußlands oder des kommunistischen Chinas zurückzuführen, sondern entsprechen den innersten Gefühlen des Volkes.» Wie tröstlich, das zu wissen! Und so bleibt auch hier unsere große Hoffnung, daß der Krieg durch den wachsenden Widerstandswillen des einfachen Volkes verhindert werden wird. Wenn das japanische Volk Nein sagt, wird das imperialistische Amerika kein

«Menschenmaterial» haben, um seinen Krieg gegen die revolutionäre Neugestaltung Asiens zu führen, so wenig es in *Europa* zum Krieg schreiten kann, wenn die Völker unseres Erdteils nicht mitgehen. Aber die Regierenden müssen das rechtzeitig *wissen*, damit sie nicht dennoch den wahnwitzigen Versuch machen, eine neue Weltkatastrophe auszulösen!

10. September. *Hugo Kramer.*

SCHWEIZERISCHE RUNDSCHAU

Glänzende Zeiten Wer diesen Sommer an ein paar unserer Kurorte vorbeikam oder gar selbst in der Nähe eines Fremdenverkehrsgebietes wohnt, dem wurde aufs neue bewußt, welcher Wohlstand, ja Reichtum sich dank der üppigen Kriegs- und Nachkriegskonjunktur im Schweizervolke mehr und mehr ausbreitet. Der «Betrieb», der hier herrschte, das Geld, das hier rollte, der Luxus, der sich hier entfaltete — das waren neue Anzeichen des unerhörten materiellen Aufschwunges, den das Leben in der einstigen bescheidenen, von Natur kärglich bedachten helvetischen Hirtenrepublik genommen hat. Gewiß sind es großenteils Ausländer, die jetzt wieder, waggonweise importiert, unsere Kurorte bevölkern, aber daß die einheimischen Gäste aus breiteren Volksschichten herkommen, als dies noch vor verhältnismäßig wenig Jahren der Fall war, ist dennoch auffällig und weist auf den erfreulich guten Einkommensstand hin, zu dem sich auch ein ganz großer Teil der Arbeiterschaft und des «unteren» Mittelstandes emporgehoben hat. Die Arbeitslosigkeit ist jedenfalls so geringfügig wie wohl überhaupt noch nie in der neueren Wirtschaftsgeschichte der Schweiz; zählte man im Juli 1949 immerhin noch 4081 Arbeitslose — schon das eine ausnahmsweis niedrige Zahl —, so waren es im Juli dieses Jahres nur deren 1159, so daß die Nachfrage nach Arbeitskräften nur durch verstärkte Heranziehung ausländischen Saisonpersonals, besonders in der Landwirtschaft, im Baugewerbe, in der Hotellerie und im Hausdienst, befriedigt werden konnte. Auch der Außenhandel ist sowohl mengen- als wertmäßig bedeutend über den Stand der letzten Jahre hinaufgekommen; die Ausfuhr war im zweiten Vierteljahr 1951 um nicht weniger als 40 Prozent höher als in der entsprechenden Zeit des vergangenen Jahres. Schon fragt man sich, wo das alles enden solle. Denn daß dem wirtschaftlichen Aufschwung der Abstieg so sicher folgen wird wie dem Sonnenaufgang der -untergang, das weiß man gerade auch in denjenigen Kreisen sehr wohl, die am meisten von der Hochkonjunktur profitieren. Oder rettet ein neues Kriegsgeschäft auch die schweizerische Wirtschaft vor der Krise? Es wäre vermessen, darauf zu spekulieren; die Wahrscheinlichkeit ist größer, daß auf die Länge ein Krieg auch die Schweiz ruinieren und auf einen primitiveren Kulturstand zurückwerfen müßte.

Inzwischen nützt die «freie Wirtschaft» die Rüstungskonjunktur nach Kräften aus. Gegenüber der dritten Wehrsteuerperiode (1943/44) hat sich in der vierten Periode (1947/48) die Zahl der Bezüger von Einkommen zwischen 90 000 Franken und 100 000 Franken um volle 45 Prozent erhöht, diejenige der Verdiener von über 100 000 Franken im Jahr auch noch um 34 Prozent. Und seither sind der Schwerverdiener zweifellos *noch* mehr geworden. Daß angesichts dieser Reichtumssteigerung unsere Oberschicht jammert, das wahrlich sehr rücksichtsvoll angelegte «*Friedensopfer*», das zusammen mit einer bescheidenen Erhöhung der Zuschläge zur Wehrsteuer die gegenwärtig laufende Initiative der Sozialdemokratischen Partei den Besitzenden zumutet, sei wirtschaftlich unerträglich und drohe den Unternehmungsgeist

zu lähmen, das ist wirklich ein starkes Stück Demagogie. Wir haben allen Grund, von den Riesenvermögen und Spitzeneinkommen nicht nur ein klein wenig, sondern recht viel – meinetwegen so viel wie in England – wegzusteuern, ist doch die Alternative dazu einfach die fortschreitende *Geldentwertung* durch Schuldenmachen und Notenausgabe. Schon jetzt stehen wir ja mitten in der Inflation drin; die Lebenskosten sind höher als jemals, und die Kaufkraft der Löhne ist trotz den zahlreichen Lohnsteigerungen bereits um 3,7 Prozent geringer als vor Jahresfrist. Geldentwertung, Inflation, ist tatsächlich der einfachste Weg, die Lebenshaltung des Volkes herabzudrücken und die Klassenherrschaft der Besitzenden zu festigen. Wie Professor Georges Lasserre, einer der Führer der französischen christlichen Sozialisten, im «Christianisme Social» (Mai/Juni 1951) zutreffend sagt:

«Die Inflation erscheint uns heute als ein Mittel zur Neuverteilung des Volkseinkommens zum Vorteil der wirtschaftlich Starken, welche die Unternehmer sind, und auf Kosten zunächst der Sparer, solange ihnen noch etwas bleibt, aber vor allem, und immer mehr, auf Kosten der Arbeiter. Sie bläht die Gewinne auf anstatt der Zinsen, der Löhne und der Steuern, die sie sonst anzufressen die Tendenz hätten. Sie ist ein Werkzeug der Neuverteilung der Einkommen, die Hauptwaffe des Geschäftsbürgertums im Klassenkampf; mit ihrer Hilfe vermag das Bürgertum die Macht der Gewerkschaftsbewegung zu neutralisieren. Der ‚Höllenzirkel' der Löhne und Preise ist für viele ein ‚Vorsehungszirkel'; sobald er stillsteht, ist eine Menge künstlicher, schlecht ausgestatteter, schlecht geführter, schlecht organisierter und übersetzter Unternehmungen vom Untergang bedroht. In seinem gegenwärtigen Gefüge kann der Kapitalismus eine Senkung der Preise nicht mehr ertragen, ja nicht einmal mehr ihre Stabilisierung.»

Was weithin auch für die Schweiz gilt und den Widerstand der Besitzenden gegen ihre stärkere Heranziehung zur Finanzierung der Kriegsrüstungen nur allzu begreiflich erscheinen läßt.

Unbewaffnete Neutralität! Ob dieser Widerstand gebrochen werden kann, das ist freilich recht fraglich. Übersehen wir doch nicht, daß das Wohlleben, das Hineinwachsen in eine früher als bürgerlich empfundene Lebenshaltung und die scheinbare Aussicht auf immer weiteren Fortschritt der materiellen Zivilisation die kämpferischen Energien der Arbeiterschaft mehr und mehr eingeschläfert und geschwächt haben. Die «Neue Zürcher Zeitung» veröffentlichte letzthin eine Artikelserie eines ihrer zahllosen Redaktoren über amerikanische Wirtschaftsfragen, worin mit besonderer Befriedigung festgestellt wurde, daß die gewaltige Steigerung der Produktionskräfte, die jahrelange Vollbeschäftigung und die augenfällig steigende Lebenshaltung der breiten Massen mächtig dazu beigetragen habe, «die Zuversicht in die Lebenskraft und die Vorzüge der freien Wirtschaft ... in allen Volksschichten wieder zu festigen». «Nie war in den letzten Jahren das *Bekenntnis zum kapitalistischen Wirtschaftssystem* in den Vereinigten Staaten *mehr Gemeingut als heute*». Nicht zuletzt sei auch die Arbeiterschaft von «kapitalistischen Instinkten» erfüllt und keineswegs geneigt, sich grundsätzlich und im Ernst gegen eine gesellschaftliche Ordnung zu stellen, die ihm so bedeutende Aufstiegsmöglichkeiten biete. Ähnliches gilt – wir haben es hier schon mehr als einmal gesagt – von der Schweiz. Und hier liegt ja auch der Hauptgrund für den *Kommunistenkomplex*, der sich in breiten Schichten des Schweizervolkes festgesetzt hat. Was wunder, wenn die kleinlich-gehässigen Polizeimaßnahmen gegen kommunismusverdächtige Bewegungen, die unsere Regierungen jeweilen ergreifen, wenn «Gefahr» droht – zum Beispiel das Verbot des Anschlags eines Aufrufes des Weltfriedensrats und eines solchen zum Besuch der Berliner Jugendtagung – von der öffentlichen Meinung fast widerspruchslos hingenommen werden und der Gedanke eines Verbots der Partei der Arbeit grundsätzlich schon längst keinen Einwänden mehr begegnet! Was wunder namentlich, daß die *militärische Aufrüstung* der Schweiz, als Schutz gegen die vermeintlich drohende Invasion von Osten her, auch in den sozialdemokratisch und gewerkschaft-

lich organisierten Volksschichten mit Herz und Hand unterstützt wird! Noch hat man zwar etwelche Hemmungen gegenüber dem Zusammengehen mit den ausgesprochen rückschrittlichen und faschistischen Mächten, das auf internationalem Plan die unausweichliche Folge der militärischen Bekämpfung des Kommunismus ist. «Wer sich in der Abwehr der bolschewistischen Gefahr mit dem Faschismus verbündet, der schaufelt erst recht der europäischen Demokratie das Grab», schrieb unlängst (am 25. August) das «Volksrecht». Aber in der Praxis begünstigen die sozialdemokratischen Parteien eben doch überall jene amerikanisch-westmächtliche Politik, die – siehe Westdeutschland, Spanien und Japan, um von anderen Beispielen zu schweigen – Arm in Arm mit dem Faschismus die Freiheit retten zu können glaubt. Und vollends auf schweizerisch-nationalem Boden gilt es als ausgemacht, daß die Armee für den Kampf gegen die «bolschewistische Gefahr» bereitgestellt werden müsse. Die offizielle sozialdemokratische Parteikorrespondenz verbreitete erst letzthin wieder einen Artikel, der die Sowjetunion der Kriegsvorbereitung beschuldigt. «Die stalinistische ‚Friedens'-propaganda», so heißt es darin, «ist *bolschewistische Kriegsvorbereitung*. In Rußland und der Tschechoslowakei arbeiten die Rüstungsfabriken Tag und Nacht. (In Amerika, England usw. bekanntlich nicht! H. K.) ... Gleichzeitig versucht der russische Propagandaapparat – der Friedensrat ist nur ein Teil davon – einmal mit Schalmeientönen, ein andermal mit massiven Drohungen den Abwehrwillen jener Länder zu lähmen, die als künftige Opfer ausersehen sind.» Wozu nach der Auffassung des parteisekretärlichen Verfassers selbstverständlich auch die Schweiz gehört ...

Es verdient demgegenüber vermerkt zu werden, daß in der «Neuen Zeit», einer von der Sozialdemokratischen Kreispartei Außersihl herausgegebenen Quartierzeitung (Juli 1951), aus der Feder unseres Freundes Willi Kobe ein Aufsatz erscheinen konnte, der den Trug der Aufrüstung rückhaltlos aufdeckt: «Die Neutralität der Schweiz in einem künftigen Kriege zwischen West und Ost ist eine Fiktion ... Bei einem Vormarsch aus dem Osten, der in der ersten Phase bis an den Atlantik gehen dürfte, wäre die Schweiz isoliert und würde durch die Zeit bezwungen oder durch direkten Angriff zerstört werden. Gerade wenn sie bis zu den Zähnen modern gerüstet ist, würde dies ihr Los sein, weil der Gegner einen solchen stacheligen Igel, der eine ausgezeichnet passende Flugbasis für dessen Gegner werden dürfte, nicht in seinem Rücken dulden kann ... Bewaffnete Neutralität bietet dem großen Gegner, aus seinem Bedürfnis nach Selbstschutz heraus, geradezu einen Anreiz, uns anzufallen. Für den ideologisch großen Freund ist sie möglicherweise geradezu ein Anreiz zur Intervention und dadurch zur praktisch zu vollziehenden Einreihung in seine Front.» Von dem Unsegen, der auf unserem Militärwesen liegt, geben auch Zeugnis die ganz auffallend vielen Unglücksfälle, die sich fortwährend im Armeebetrieb ereignen: Fliegerabstürze, Schießunfälle, Todesfälle bei Gewaltmärschen und dergleichen. Sollten wir nicht weit mehr auf solche Zeichen achten, als es gemeinhin geschieht? Kobe setzt sich darum für eine *unbewaffnete* Neutralität ein, die durch die Vereinten Nationen völkerrechtlich zu sichern wäre. Er verschließt sich zwar nicht der Tatsache, daß die Schweiz auch so vom Gutdünken beider Parteien abhängig wäre, «einzig mit dem sittlichen Schutz bedacht, nicht mit verwerflichen Mitteln den anderen zu Feindseligkeiten gereizt zu haben». Aber er glaubt mit Recht, daß die Schweiz damit «zur Überwindung der Willkür der Macht im Staatenleben einen entscheidenden praktischen Beitrag geliefert» hätte. «Würde es», so fragt er, «der friedensgesegneten Schweiz nicht gut anstehen, diesen Vorstoß zu wagen, welcher in Übereinstimmung stünde mit allen den guten, aufbauenden und menschlichen Tendenzen, welche den Lauf ihrer Geschichte auszeichneten und für die der Name ‚Schweiz' in der Welt auch gutsteht?»

Niemand wird sich über das Schicksal dieses Vorschlages Täuschungen hingeben. Allein gerade weil das gegenwärtige Geschlecht von Schweizern in seiner großen Mehrheit so gänzlich glaubenslos geworden ist, dürfen wir anderen, die wir an die große Sendung der Schweiz glauben, nicht müde werden, dem Abfall unseres Volkes von der Macht, die sein Leben trägt, zu wehren und die Kräfte aufzurufen – sie sind auch noch da, Gott sei Dank! –, die die Schweiz wirklich durch die Gefahren hindurchzutragen vermögen, von denen sie jetzt umgeben ist.

Zu einem Kirchenstreit Im Zusammenhang mit der allgemein-politischen Lage der Schweiz sei auch ein Wort zu dem Konflikt gesagt, der zwischen der *bernischen* Regierung, insbesondere ihrem Mitglied Dr. M. Feldmann, einerseits und Professor Karl *Barth* und seinen theologischen Freunden anderseits entstanden ist und diesen Sommer nicht wenig Aufsehen in der Öffentlichkeit erregt hat. Es handelt sich dabei zunächst um den von den Staatsorganen erhobenen Vorwurf, die Vertreter der dialektischen Theologie maßten sich Rechte an, die mit der religiösen Toleranz und den Befugnissen des demokratischen Staates unvereinbar seien, daneben – und nach unserem Eindruck sogar noch viel mehr – aber auch um die Haltung, die vom evangelischen und demokratischen Boden aus zum Ost-West-Konflikt und zur Frage des Kommunismus einzunehmen sei. Ich denke nun nicht daran, Professor Barth hier zu verteidigen; das wird er selber tun, sofern er es für nötig hält. Ihn anzugreifen aber bin ich nicht zuständig, so fremd mir seine Theologie auch ist und so starke Vorbehalte ich besonders gegenüber gewissen seiner *politischen* Losungen und seiner politischen (oder unpolitischen) Folgerungen aus seiner Theologie auch anbringen muß. Eine dreifache Bemerkung zu dem ganzen Handel drängt sich indessen dem Schreibenden doch auf.

Einmal: Toleranz kann gewiß eine Tugend sein – aber dann muß es *echte* Toleranz sein, duldsame Achtung vor den Überzeugungen anderer Menschen, die mit unserer eigenen, wenn auch noch so gewissenhaft erworbenen Überzeugung nicht im Einklang stehen. Verstößt im gegebenen Fall Professor Barth gegen solche Toleranz? Erinnern wir uns doch, daß einer der beliebtesten und doch grundlosesten Anklagen, die je und je auch gegen Leonhard Ragaz erhoben wurden, diejenige der Intoleranz und Herrschsucht war. Sollte es nicht ähnlich bei Karl Barth sein? Ich für meinen Teil gestehe, daß mir eine Intoleranz, die aus dem Eifer für eine *Wahrheit* stammt, tausendmal lieber ist als jene «Toleranz» eines seichten Allerweltsliberalismus, der überhaupt keine absoluten Wahrheiten mehr kennt und darum desto häufiger mit einem persönlichen Autoritätsgeist verbunden auftritt, der nichts von wirklicher Duldsamkeit an sich hat. Muß es nicht stutzig machen, wenn in der «Gazette de Lausanne» (und zwar in rühmender Weise) Kirchendirektor Feldmann als ein Staatsmann vorgestellt wird, der «den Sinn und sogar die Leidenschaft für die Autorität» habe und «völlig bar (sei) jener beunruhigenden Geschmeidigkeit, die man zu Recht dem gegenwärtigen bernischen Bundesrat hat vorwerfen können»? (Herr Feldmann wird ja allgemein als Nachfolger von Steigers im Bundesrat angesehen.) Das Lausanner Blatt fügt bei, Dr. Feldmann sei «nicht immer sehr entgegenkommend», er fange gern Feuer und sei «den Argumenten anderer Leute nicht zugänglich». «Er hat es nicht gern, wenn man ihm Widerstand leistet und gibt nur zu gern seiner Neigung nach, einer ideenmäßigen Auseinandersetzung, einer Meinungsverschiedenheit eine persönliche Wendung zu geben.» Ist das nun wirklich der Mann, der einem Diskussionsgegner Unduldsamkeit vorwerfen darf?

Sodann: Unsere Presse hat sich sehr ausgiebig mit dem «Fall Barth» beschäftigt, aber meistens so, daß man gar nicht richtig erfuhr, was eigentlich Barths Anliegen sind. Während aus der Kampfbroschüre Feldmanns ausgiebig zitiert wurde, wurden Professor Barths Äußerungen zumeist nur ganz ungenügend wiedergegeben. Typisch dafür ist die Behandlung der Angelegenheit im «Volksrecht», das mehr als einen großen Leitartikel den Argumenten Feldmanns widmete, über Barths ja ebenfalls im Druck vorliegende Äußerungen zum West–Ost-Konflikt aber mit ein paar tendenziösen Andeutungen hinwegging und aus dessen letztem Brief an Herrn Feldmann nur drei Sätze anführte, die Barth vor den Lesern in dem Licht erscheinen lassen sollten, in dem das «Volksrecht» ihn gesehen haben möchte. Alles andere wurde einfach weggelassen. Ob das fair ist?

Schließlich: Es konnte nicht fehlen, daß nun auch Professor Barth zum «Kryptokommunisten» ernannt wurde. Regierungsrat Feldmann selbst behauptete, daß Karl Barth «eine auffallende Verbeugung vor Stalin» gemacht habe, weil er nicht in die bedingungslose Verdammung des Sowjetregimes einstimmte, die heute als einzig beweiskräftige Bekundung rechter demokratischer Gesinnung gilt, und dem Westen ein

paar Wahrheiten sagte, die man heute gar nicht gern hört. Die Presse gab dann den Vorwurf der versteckten Sympathie für den Kommunismus (als Diktatur- und Terrorsystem verstanden) in entsprechend gröberer Form weiter, wobei sich die sozialdemokratische Presse und der Pressedienst des SP-Parteisekretariats wieder besonders auszeichneten; neuerdings spricht in einer Artikelserie «Verblendung eines Diktators», die in der «Volksstimme» erschienen ist, Dr. K. F. (Pfarrer Kuno Fiedler in St. Antönien, ein von der Emigrationswelle in die Kirche verschlagener Voltairianer) ebenfalls von einem «nur notdürftig verhüllten Bekennntnis zum Kommunismus», das Barth abgelegt habe, das aber zu seinen Diktatorenallüren im Kirchenraum nur zu gut passe. Fiedlers Ausfälle gegen Karl Barth sind überhaupt von einer Gehässigkeit, die eigentlich auch einem Polemiker aus Passion nicht erlaubt und noch schlimmer ist als seine seinerzeitigen Rempeleien gegen Ragaz. Daß Barths «sektiererische Irrlehre» «ein unzweideutiger Rückfall ins bare, blanke, nackte, krasse Heidentum» sei, ist noch das Mildeste, was er zu sagen weiß.

Aber eben: So wird heute polemisiert! So wird einem politisch nicht gleichzuschaltenden Denker das Brandmal des «Stalinismus» aufgedrückt und seine Diffamierung vor dem Volke zu erreichen gesucht — von Leuten, die einem Karl Barth nicht einmal das Wasser bieten können! (Weshalb es geradezu erheiternd wirkt, wenn Pfarrer Fiedler von Barth sagt: «Daß er einem Kopf wie dem dieses erstaunlichen Regierungsrats nicht im entferntesten gewachsen sei — das mußte er allerdings inzwischen gemerkt haben.») Es ist allmählich weit gekommen mit der Achtung vor geistiger Freiheit und unabhängigem Denken im Schweizerland! Soll es *noch* weiter gehen?

11. September. *Hugo Kramer.*

Aus den Tagebüchern Kierkegaards

Der archimedische Punkt außerhalb der Welt ist eine Betkammer, wo ein wahrer Beter in aller Aufrichtigkeit betet — und er soll die Erde bewegen. Ja, wenn er da wäre, dieser richtige Beter, so er seine Türe schließt, es ist nicht zu glauben, was er vermag. (1848.)

Geist ist: welche Macht eines Menschen Erkenntnis über sein Leben hat. Der, welcher vielleicht mit einer unrichtigen Vorstellung von Gott dem nachkommt, was diese unrichtige Vorstellung an Selbstverleugnung von ihm verlangt, hat mehr Geist als der, der vielleicht sogar gelehrt und spekulativ die richtige Gotteserkenntnis hat, die aber überhaupt keine Macht über sein Leben ausübt. Menschlich gesprochen ist dieses das Größte, eine solche Tüchtigkeit zu sein, daß man wie unentbehrlich ist für eine ganze Gemeinschaft, ein Reich vielleicht.

Göttlich verstanden ist doch dieses noch größer: mit ebenso großen Gaben, ebenso großem Fleiß — doch wie zum Überfluß in der Welt zu sein, verschmäht von allen Praktischen; denn was also zum Überfluß ist, das ist recht eigentlich zu Gottes Ehre. (1851.)

Der freie Mensch in der Brandung

Die christliche Freiheit

Die Freiheit in Westeuropa wird bedroht von außen her, aber auch von innen her. Und ob wir es wollen oder uns dagegen wehren: wir sind in dieser Lage Partei. Wo ist unser Platz?

An erster Stelle wird daher von uns verlangt, daß wir uns klar dessen bewußt werden, was Freiheit für uns Christen bedeutet, ja, was sie bedeuten *darf*.

Für uns ist der freie Mensch: der an Christus gebundene Mensch. Und das darf nicht nur ein eitles Wort, sondern das muß für uns lebendige Wirklichkeit sein.

Der freie, das bedeutet also: der an Christus gebundene Mensch, wird immer fragen: Was verlangt ER, Christus, von uns? Was findet ER gut? Was verbietet ER? Was dürfen wir einfach nicht tun?

Diese Fragen werden nicht vom Gesetz aus gestellt. Wir fragen nicht als Sklaven, sondern als Kinder, als Kinder Gottes. Wir «lassen uns kein Sklavenjoch auflegen» (Galat. 5:1). Und wir wissen auch: «Wo der Geist des HERRN ist, da ist Freiheit.» (II. Korinther 3:17).

Freie Menschen ... bedeutet das, daß wir traditionslos und widerspenstig durch dieses Leben gehn? Nein ... wir wollen die Tradition ehren, sofern dadurch unsere Gebundenheit an Christus nicht berührt wird.

Neue Selbständigkeit

Der freie, das heißt der an Christus gebundene Mensch muß aus eigenem Antrieb (also wieder: kein Gesetz!) eine gewisse neue Selbständigkeit zur Schau tragen. Wir sind ja durch Christus in eine neue Lebensdimension gebracht worden. Wir stehen in einem neuen Licht. Wir atmen andere Luft. Unser Leben ist in neuem Boden verwurzelt.

Diese selbstverständlich bewiesene neue Selbständigkeit macht uns von allerlei Bindungen frei. Nicolai Berdjajew nennt in seinem Buche «Sklaverei und Freiheit» eine Reihe solcher Bindungen. Er gebraucht dabei ein anderes Wort, ein anderes Bild: er sagt, daß diese Bindungen Fallstricke seien.

Berdjajew erwähnt unter anderem den Fallstrick des Menschen sich selbst gegenüber (Individualismus); den Fallstrick des Menschen dem Kosmos, der Natur gegenüber; den sozialen Fallstrick (der Mensch Sklave der Gesellschaft); den Fallstrick des Krieges und des Nationalismus; den Fallstrick der Aristokratie (und wir leben in der Sklaverei der Zufriedenheit); den Fallstrick des Bourgeoisgeistes (und wir leben in der Sklaverei von Eigentum und Geld) ...

Man kann noch viel mehr Fallstricke und Sklavereien nennen: den Eros, das Dogma, die Ideologie.

Die Freiheit des an Christus gebundenen Menschen bringt eine neue

Selbständigkeit mit sich, eine Befreiung, die früher oder später aus diesen Fallstricken und diesen Sklavereien führt.

Der freie Mensch glaubt an die Siegesmacht von Christus, an die Zukunft Seines Reiches. Er überläßt sich völlig der Königsherrschaft Christi. Dadurch entsteht etwas wie eine neue Liebe in ihm, eine neue Barmherzigkeit und eine neue Gerechtigkeit.

Die neue Selbständigkeit den vielen Gebundenheiten gegenüber ist aber die Frucht der Gebundenheit an Christus (vergl. Joh. 15, 1—8).

Das Primäre

Es ist darum nötig, daß wir, wenn wir wirklich als «freie Menschen in der Brandung» stehen wollen, alles tun, um die Gebundenheit an Christus nicht zu verlieren. Es ist nötig, daß wir diese neue Lebenseinstellung, diese Haltung immer wieder aufs neue in uns erwecken.

Immer mehr sehe ich ein, daß dies das Primäre ist. Alles andere ist sekundär.

Primär bleibt die Gebundenheit an Christus: mit dieser Wurzel ist die Frucht der neuen Selbständigkeit wesentlich verwachsen.

Von uns aus ist ein lebendiger Kontakt mit der Bibel, und durch die Bibel mit Gott, notwendig. Notwendig ist auch: Gebet, von dem Verkehr mit Gott zu wissen, «eine Viertelstunde Stille» an jedem Tage. Notwendig ist auch, daß wir die tröstende und aktivierende Wirkung der Sakramentsfeier erleben.

Was frei steht, ist einsam. Und auch: Wer frei steht, ist einsam. Um nicht hochmütig oder wichtigtuend, oder ernster: um nicht bitter oder zynisch in unserer Freiheit, in unserer Selbständigkeit zu werden, ist primär notwendig, was ich hier soeben genannt habe.

So bleiben wir im Glauben «in Christus gepflanzt» (vergleiche wieder Johannes 15).

Und wenn wir vielleicht selbst einmal (oder auch oft) an unserem Glauben zweifeln — lassen wir uns dann nicht vergessen, daß Gott nicht fahren läßt das Werk, das Seine Hand an uns begann.

Lassen wir uns nicht gleichschalten!

Der freie, d. h. der an Christus gebundene Mensch sieht als eine der größten Gefahren in dieser Zeit: gleichgeschaltet zu werden, gerade wo es sich um die «Verteidigung des Westens», die «Verteidigung der Freiheit» handelt.

Die Presse schreibt immer wieder dasselbe, das Radio verkündigt immer wieder dasselbe, der Film zeigt stets dasselbe . . . alles läuft darauf hinaus, daß «Rußland die Schuld trüge, wenn Krieg ausbricht, und um der Diktatur zu entgehen, müßten wir an dem Bewaffnungswettlauf teilnehmen».

Im Namen der Freiheit wird Japan remilitarisiert. Im Namen der

Verteidigung der Freiheit werden Deutsche, die zu Hitlers Zeiten die abscheulichsten Verbrechen begangen haben, mit verantwortlichen Posten bekleidet. Deutschland, das vor sieben Jahren noch vollauf unser «Feind» war, ist auf dem besten Wege, unser «Bundesgenosse» zu werden. Im Namen der Verteidigung unserer Freiheit wird das ganze Leben der Völker vermilitarisiert, unsere Freiheit beschnitten, unser Lebensstandard herabgesetzt.

Ein jeder spricht einem jeden nach. Die Angst regiert die Welt. Wer etwas anderes sagt, ist ein «Kommunist», und selbst wenn man mit den besten Belegen beweisen kann, daß man von den kommunistischen Zeitungen angegriffen wird . . . man bleibt eben doch ein «Kommunist»!

Die Freiheit wird bedroht. Der freie Mensch steht in der Brandung. Fallstricke sind gespannt; Sklaventum engt uns ringsum ein.

Der freie, an Christus gebundene Mensch läßt sich nicht gleichschalten. Nicht der Geist der Zeit, sondern der *Herr* der Zeit darf über ihn verfügen. Und dadurch beweist er selbstverständlich eine neue Selbständigkeit.

Außerdem weiß er aus der Bibel, daß diejenigen, die an Gott glauben, immer mißtrauisch derjenigen Meinung gegenüber sein müssen, an der 90 Prozent der Menschen hängen. Daß diese Meinung nicht die richtige ist, d. h. daß diese Meinung nicht durch den Gläubigen geteilt werden darf, ist in beinahe allen Fällen wahr, wo es sich um Politik, um die Weltlage handelt. Man lese die alttestamentlichen Propheten, Jesajas und Jeremias.

Korea, der einzelne Mensch

In diesen letzten Monaten wurde viel über Korea gesprochen. Ist es uns wohl aufgefallen, daß über die *Menschen* in Korea eigentlich niemals gesprochen wird? Und doch ist schon mehr als eine Million Tote in Korea zu verzeichnen und viele Millionen Flüchtlinge. Alles ist in Korea zerschlagen. Und sogar McArthur hat gesagt: «Als ich die Ruinen und die Tausende von Frauen und Kindern gesehen hatte, wurde mir übel.» Was die Napalmbomben angerichtet haben, ist einfach unbeschreiblich.

Und die Soldaten? Haben wir noch die geringste Empfindung dafür, wie die Massenschlächtereien stattfinden und wie der Soldat (nein, nicht in der Mehrzahl . . . dann können wir noch in die dämonische Geborgenheit der Kollektivität flüchten . . . sondern in der *Einzahl*, also: wie *der Soldat)* sich bei dieser blutigen Arbeit fühlen muß?

Wir lassen uns nicht gleichschalten!

Als freie Menschen, als an Christus gebundene Menschen müssen wir auch Korea gegenüber diese Fragen stellen, welche die *konkreten* Menschen betreffen. Wozu nützen sonst alle unsere gelehrten Gespräche über die Anthropologie? Ecce Homo! Das gilt auch für Korea. Es gilt für jede Kriegswirklichkeit.

Was können wir tun?

Man merkt wohl: wenn etwas von dieser neuen Selbständigkeit in uns durchbricht, dann ergeben sich allerlei Fragen. Man geht dann nicht auf die christlichen, also wahren und praktischen Seiten in unseren Bemerkungen ein, nein, man beginnt zu fragen: Aber, wenn wir nun nicht bewaffnen und kämpfen, was müssen wir dann tun?

Ich glaube, daß wir auch dann nicht verlegen zu sein brauchen. Man kann jetzt verschiedene Veröffentlichungen finden, welche alle das eine sagen: Nur mit größerer Gerechtigkeit, oder noch konkreter: nur dadurch, daß man die Massen von Hunger und Unzufriedenheit erlöst, und zwar sowohl in Europa als auch in Asien, nur auf diese Weise kann man der Herausforderung, welche der Kommunismus bedeutet, begegnen. Nur so geben wir eine wesentliche Antwort auf diese Frage.

L. John Collins, Canon von St. Paul, und Victor Gollancz versuchten in einer Broschüre «Christianity and the War Crisis» einige gesunde und klare Dinge über die heutige Weltlage zu sagen und die Frage «Was nun?» zu beantworten.

Weiterhin möchte ich auf die sehr wertvollen und konstruktiven Versuche der amerikanischen Quäker in ihrem Rapport «Steps to Peace. A Quaker View of U. S. Foreign Policy» hinweisen, welcher im April 1951 erschienen ist. Auch erwähne ich Stringfellow Barrs Veröffentlichung «Let's join the human race».[1]

Freie Menschen, d. h. durch Christus befreite und an Ihn gebundene Menschen müssen in dieser Welt, die aus lauter Verlegenheit und Ohnmacht ängstlich geworden ist, von den neuen Möglichkeiten Zeugnis ablegen und für die Realisierung dieser neuen Möglichkeiten kämpfen. Hierfür müssen wir uns auch sachlich gut unterrichten.

Unsere Haltung

Überlassen wir auf diese Weise, wie man uns so oft vorwirft, die westeuropäischen Werte dem Untergang?

Meine Antwort ist: Nein. *Gerade dadurch, daß wir uns nicht gleichschalten lassen,* verteidigen wir diese Werte auf die einzig erlaubte, Christus nicht schmähende Weise.

Nur wenn wir uns weigern, mit Mächten zusammenzuarbeiten, deren antichristlicher Charakter sich kundtut, können wir neue Kräfte für eine neue Wehrhaftigkeit in uns wachrufen.

Der freie Mensch in der Brandung muß sowohl den russischen wie den westeuropäischen Menschen bejahen. Er wird sich gegen den Zeitgeist zur Wehr setzen, der nicht sagt: «Sieh den Menschen!», sondern nur: «Sieh, welches System er vertritt!».

---

[1] Die Leser der «Neuen Wege» werden im Novemberheft einen größeren Abschnitt aus Stringfellow Barrs hier genannter Veröffentlichung lesen können.
Das Redaktionskollegium.

Der freie Mensch in der Brandung muß jede Handlung und Tat unterstützen, von welcher Seite sie auch kommen möge, welche der Gerechtigkeit dient und den Menschen nicht schändet oder vernichtet.

Der freie Mensch in der Brandung muß aber jede Tat ablehnen, die behauptet, der Gerechtigkeit zu dienen, die aber in Wirklichkeit den Menschen vernichtet oder schändet.

Opfer

Dieser Kampf für die Freiheit, wie er oft von Einzelnen einsam gestritten wird, fordert auch Opfer: Opfer an Geld, Stellung, Beförderung, Freundschaft, Freiheit, Leben.

Wir müssen uns dann des Wortes erinnern, das Christus sprach: «Wo ich bin, da soll auch mein Diener sein» (Johannes 12, 26). Aber wir werden auch des anderen, tröstenden Wortes gedenken: «Ich bin bei euch, alle Tage» (Matth. 28, 20).

Ich bin davon überzeugt, daß wir alle mit diesen urchristlichen Realitäten gerade auch da, wo es sich um unsere Haltung in dem großen Weltgeschehen handelt, auf eine ganz neue Weise Ernst machen müssen.

Aber dieses Wort «müssen» klingt mir zu gesetzlich. Wer aus der Botschaft der Propheten Ernst macht, wer der Liebe Gottes in der Gestalt von Jesus Christus begegnet, wer bei der Feier des Heiligen Abendmahls Brot und Wein zu sich nimmt, wird ganz selbstverständlich etwas von dieser neuen Selbständigkeit ausstrahlen.

Der freie Mensch in der Brandung.
Sind wir also Helden?
Nein, aber wir dürfen Jünger sein.

Kr. Strijd.

Kirche in der Entscheidung

Die Kirche ist heute der Welt und der Menschheit ein klares und deutliches Wort schuldig. Wenn die Kirche jedoch angesichts der fortschreitenden Aufspaltung der Welt und der zunehmenden Friedlosigkeit der Menschheit schweigt, so begibt sie sich immer mehr in ein zweifelhaftes Zwielicht. Es ist der Auftrag der Kirche, ein Licht in der Finsternis zu sein. Sie kann sich diesem Auftrag nicht entziehen, ohne selbst schwersten Schaden zu nehmen.

Wie kann der Friede Gottes mit uns sein, wenn viele seiner Verkündiger sich immer noch mühen, eine irgendwie geartete Rechtfertigung des Krieges unter den Menschen zu finden? Derartige Rechtferti-

gungsversuche lassen den Verdacht aufkommen, daß es auch in der Kirche gar nicht so ungern gesehen wird, wenn man sich anschickt, das christliche Abendland mit Feuer und Schwert zu verteidigen. Es wird zwar weithin gepredigt, daß unsere Hilfe im Namen des Herrn steht und daß Er allein unsere Zuflucht ist, trotzdem spürt man aber überall in der Kirche das allzu menschliche Rückversicherungsbedürfnis und deshalb die Erwartung, daß Panzer und Flugzeuge und schließlich sogar Atombomben uns schützen können.

Haben wir vergessen, daß uns das Wort gilt: «Einem Könige hilft nicht seine große Macht; ein Riese wird nicht errettet durch seine große Kraft. Rosse helfen auch nicht, und ihre große Stärke errettet nicht.»

Worauf verlassen wir uns eigentlich?

Diese Frage muß sich wohl die Kirche selbst erst einmal beantworten; dann aber ist sie der Welt und der Menschheit ein sehr eindeutiges Wort schuldig. Wenn die Kirche sich bedingungslos und uneingeschränkt zu ihrem Herrn bekennt, dann wird sie sich zu einer Kirche des Friedens wandeln.

Die Kirche des Friedens gibt jeden Versuch auf, den Krieg unter den Menschen zu rechtfertigen. Sie weiß vielmehr, daß Kriege nur dort geführt werden können, wo Menschen in der Finsternis ihrer Absonderung von Gott nicht mehr die gangbaren Wege zueinander sehen wollen oder können. Überall dort, wo der Mensch nicht mehr wahrhaben will, was er Gott und seinem Nächsten schuldig ist, entsteht der Keim zum Kriege.

Die Kirche des Friedens weiß, daß alle Menschen der Gerechtigkeit bedürfen. Es ist deshalb ihr Auftrag, der Menschheit eine auf Gerechtigkeit beruhende Ordnung des Lebens zu zeigen. Nicht zuletzt wird sie an sich selber ein lebendiges Beispiel darstellen müssen, wie Friede und Gerechtigkeit gestiftet werden – nicht durch Gewalt, sondern durch die Wandlung des alten Menschen in eine neue Kreatur.

Diese Wandlung kann sich aber nur dort vollziehen, wo das unverkürzte Evangelium verkündet, geglaubt und gelebt wird. Dort, wo die Botschaft vom Kreuz Christi und gleichzeitig die Bergpredigt Jesu ernstgenommen werden, beginnt das Wort der Kirche glaubwürdig zu werden.

Überall dort, wo das Wort der Kirche glaubwürdig geworden ist, wird auch der Welt geholfen werden können, den Weg des Friedens und der Gerechtigkeit zu finden.

Eine Kirche, die dem Weg der Gewalt und der Ungerechtigkeit absagt, wird vielleicht durch Anfechtungen und Leiden gehen müssen. Sicher ist aber, daß eine solche Kirche unterwegs ist hin zum Tage des Heils und daß keine Macht der Welt sie überwinden kann. Eine Kirche, die auf diesem Wege ist, weiß, was hier und heute zu tun ist.

Albert Priebe.

„Christianos ad Leones"?

Überparteiliche Betrachtung zum Berner Kirchenstreit

Über den Streit zwischen dem Berner Kirchendirektor und dem Theologieprofessor Karl Barth braucht hier nichts berichtet zu werden, ist davon doch in der Presse genügend die Rede gewesen. Ich fühle mich aber gedrängt, als überparteilicher Beobachter meine Meinung dazu zu sagen.

Unter der Überschrift «Staatsmann oder Feldmann» ist in der «Freien Volkszeitung», St. Gallen, mit Recht betont worden, daß die grobe, verständnislose Anprangerung des bekannten und geschätzten Kunstmalers W. Fries, Wattwil, besonders bezeichnend und beispielhaft für das Vorgehen Feldmanns sei. Der Bundesratskandidat enthüllt hier in dankenswerter Weise noch rechtzeitig sein wahres Gesicht und seinen wahren Standort, wenn er das Passionsbild von Willi Fries als «liederliche, infame Geschichtsfälschung» hinstellt.[1] Es handelt sich hier leider nicht nur um eine bedauerliche Entgleisung — Karl Barths Theologie und die Malerei von Fries haben ja nichts miteinander zu tun —; es handelt sich auch nicht um die spezifische theologische Richtung von K. Barth, über die man ruhig verschiedener Meinung sein kann; es offenbart sich in der ganzen Argumentation Feldmanns in seinem «Weißbuch» «Kirche und Staat im Kanton Bern» ein Geist, der zu denken gibt und zum Aufhorchen mahnt. Die Noten, die dieser Herr austeilt, so zum Beispiel gegen Pfarrer Leuenberger, Pfarrer Lüthy, Lehrer Wittwer u. a., stellten ihn selber bloß. Denn was diese Männer in Wort und Schrift mit lobenswertem Mut vertraten, ist nichts anderes als das recht und zeitgemäß verstandene Evangelium. Wenn ein Regierungsmann derartig wild reagiert gegenüber Zeugen der biblischen Wahrheitserkenntnis, so ist es vollkommen berechtigt, wenn man sagt: «Voilà l'ennemi!» Hier steht der Feind! Ja die Mahnung ist durchaus begründet, daß wir heute der Wachsamkeit in ganz anderer Richtung bedürfen als nur gegen Osten. Wenn man deutlich hinhorcht und zwischen den Zeilen zu lesen versteht, so hört man aus den Worten Feldmanns im Grunde nichts anderes als das alte: «Christianos ad Leones!» Aber, aber! sagt man vielleicht, seht ihr da nicht doch zu schwarz? Ein bernischer Kirchendirektor ist doch kein Kirchen- oder Christenverfolger! Allein die schönen Phrasen von Demokratie und Toleranz dürfen uns nicht täuschen.

War es nicht auch ein hochstehendes demokratisches Staatswesen, nämlich Athen, das den weisen Sokrates als Volksfeind bezeichnete und zum Giftbecher verurteilte? Kein zivilisatorischer Fortschritt wird ver-

[1] Was übrigens den Geist in unserem Militär betrifft, konnte Pfarrer Leuenberger in der Sitzung der theologischen Arbeitsgemeinschaften zuhanden des Dossiers von Regierungsrat Feldmann eine Photo beibringen, die in einer schweizerischen Rekrutenschule während einer Übungspause aufgenommen wurde und die eine Verhöhnung der Kreuzigung Christi darstellt, veranstaltet von schweizerischen Soldaten.

hüten, daß sich auch in unserer Zeit im wesentlichen das wiederholt, was wir als überwundene Fanatismen früherer Jahrhunderte zu bezeichnen pflegen. Es muß sich nur *etwas* wiederholen: die Ungeistigkeit, und dies ist erfahrungsgemäß möglich, trotz des Fortschrittes auf intellektuellem und technischem Gebiet. Der Philosoph Theodor Lessing (der seinerzeit um dieser Erkenntnis willen von der Hitlermeute umgebracht wurde) hat einmal geschrieben, hinter einem Zero stehe immer auch ein Nero. Das ist ein überaus wahres, viel zuwenig beachtetes Wort. Es will besagen, daß die Ungeistigkeit, der Rückfall von der übernatürlichen Glaubensauffassung zur bloß natürlichen oder kulturellen Auffassung des Christentums den Mutterboden bildet für die größten Konflikte zwischen Christus und Cäsar, Geist und Natur. Wenn ein Staatsmann, der zugleich Kirchendirektor ist, eine so oberflächliche Feld-, Wald- und Wiesenauffassung vom Christentum hat, dann heißt es aufgepaßt, dann kann gerade sein Eifer für das natürlich-volksgemäß, bürgerlich-staatsfromm aufgefaßte «Christentum» gefährlich werden, dann müssen immer mehr alle aufrechten und zeitwachen Verkündiger des Evangeliums mit ihm in Konflikt geraten. Der Schreibende ist, wie gesagt, nicht Partei, auch nicht Anhänger der Barthschen Theologie, aber hier handelt es sich im Grunde nicht um Theologie und Dogmatik, sondern um das praktisch-christliche Urteilen und Handeln in konkreter geschichtlicher Stunde. Wenn Barth vielen dazu verholfen hat — zu dieser neuen christlichen Besinnung und Vertiefung —, dann können wir ihm dafür nur danken.[2] Was mir aber an ihm *nicht* gefallen hat, das ist sein letzter Brief an Feldmann mit seiner brüsken Absage einer weiteren Aussprache. Aus diesem Brief spricht nicht christlicher Bekennermut, christliche Verantwortlichkeit, noch weniger die Liebe des guten Hirten gegenüber dem Irrenden, sondern lediglich verletzter Stolz des berühmten Professors.[3]

Schade, schade, daß Barth seinem Gegner diesen Trumpf in die Hand gespielt hat! Jetzt wird er sagen: Da seht ihr den geistigen Diktator, er macht in «Dialektik» und erträgt selbst keinen Dialog.

Gefallen, ja restlos gefreut hat mich aber an der ganzen Sache die prächtige Einstellung der angegriffenen Berner Pfarrer W. Lüthy, Leuenberger, Blaser und auch des Präsidenten der Münsterkirchgemeinde, Lehrer Wittwer. Sie alle haben mutiges Zeugnis abgelegt von einem erwachten Christentum, von einem tieferen Verständnis des Evangeliums

---

[2] Gerade die angegriffene ausgezeichnete Predigt Barths über «Die Kirche zwischen Ost und West» ist ein Musterbeispiel wahrer geistiger Führung im Wirrwarr der Zeit.

[3] Dr. Feldmann verdient es immerhin, daß man ihm wenigstens Red und Antwort steht. Seine Äußerungen muß man hinnehmen als das ehrliche persönliche Anliegen eines Mannes, der an prominenter Stelle des Staates wirksam ist und der an den Angelegenheiten seines Amtsbereiches ein für heutige Verhältnisse ungewöhnliches Interesse nimmt (siehe «Kirchenblatt für die reformierte Schweiz», Nr. 20, S. 311). Anderseits ist es wiederum durchaus begreiflich, daß ein Mann wie Barth eine derartige Auseinandersetzung unfruchtbar findet. Niemand kann eben über seinen Schatten springen!

Christi, und es war nicht anders möglich, als daß sie auf Widerstand stießen.

«Die wenigen, die was davon erkannt,
Die, töricht genug, ihr volles Herz nicht wahrten,
Dem Pöbel ihr Gefühl, ihr Schauen offenbarten,
hat man von je gekreuzigt und verbrannt.» (Goethe)

Geschieht dies auch heute nicht mehr buchstäblich, so doch in effigie und dem Sinne nach.

Wenn mich diese ganze Angelegenheit als Außenstehenden (soweit sich ein Christ in einer solchen Sache überhaupt draußen halten kann und nicht vielmehr irgendwie mitbetroffen ist), so sehr interessiert, so darf ich vielleicht den Grund dafür angeben. Als ich vor 35 Jahren als junger Bundesbeamter ein Jahr lang in Bern weilte, war die Situation noch ganz anders.[4] Ich erinnere mich, daß ich damals das Berner Münster als einen «toten Steinhaufen» bezeichnet habe. Denn die liberalistische Staatsfrömmigkeit, die damals dort herrschte, hatte mich abgestoßen. Dazumal stand in der Bundesstadt nur die damals noch kleine, rechtlose, an die Wand gedrückte römisch-katholische Gemeinde in christlicher Selbständigkeit und Opposition gegenüber dem Staat, weshalb sie meine volle Sympathie hatte und mir erst einen Begriff davon gab, wie eigentlich eine Kirche zum Staat stehen sollte. Daß es inzwischen *ganz anders* geworden ist, daß das Berner Münster und die Berner Synode der Ort mutiger christlicher Wahrheitsverkündigung und selbstbewußter Kirchlichkeit geworden sind, daran ist der Schreibende vielleicht auch nicht ganz unschuldig, hat er doch vor bald 20 Jahren dort auch seine Eier gelegt und seinen Samen ausgestreut in Zeitschriften und Organen, die inzwischen leider verschwunden sind — ja eben *deswegen* seinerzeit verschwinden *mußten*. Nun, den Geist, der in ihnen wirkte, konnte man nicht töten, er wirkte offenbar weiter, und der Same, der damals ausgestreut wurde, ist in herrlicher Weise aufgegangen. Ein einziges Wort, das übrigens in der «Dokumentensammlung» auch auf die Anklagebank verwiesen wurde, hat mich daran erinnert, das Wort: «Kulturchristentum». (Siehe den Brief Lehrer Wittwers an Feldmann s. 36: «Der Kommunismus ist zu verstehen als ein drohendes Gericht über eine Christenheit, die sich selbst in der Form eines Kulturchristentums anbetet und darum von Gott dem Herrn abgefallen ist.») Diesen Ausdruck «Kulturchristentum» glaube ich damals geprägt zu haben. Ich verstand darunter nicht das Gegenteil von *Un*kulturchristentum (Feldmann), sondern ich verstand darunter ein schlafendes Gewohnheitschristentum, das auf den Lorbeeren der Alten ausruht, das zu einem bloßen «Fest frommer Erinnerungen und Gottesdienste» (Nietzsche) geworden ist. Dies Kulturchristentum — so schrieb ich damals, müsse abgelöst werden durch ein

[4] Siehe Pfr. *Schädelin* in seinem Referat in der Theologischen Arbeitsgemeinschaft.

neues Urchristentum, das heißt durch ein erwachtes, selbständiges Christentum persönlicher Entscheidung und märtyrermutigen Bekenntnisses gegenüber dem neuheidnischen Geist der Gegenwart. Ein ungeistiges Christentum, das sich nur noch als «Treue zur angestammten Religion und Kultur der Väter» versteht, sozusagen als vaterländisches Erbstück bewahrt werden will, ist im Grunde nichts Übernatürliches mehr, sondern etwas ganz Natürliches, das man dann mit Waffengewalt verteidigt wie die übrigen Güter des Vaterlandes. Für die richtig verstandene *Sache Christi* dagegen kann man nie die Waffen ergreifen und töten, wohl aber unter Umständen getötet *werden*.

Um diese wichtige Erkenntnis und Unterscheidung geht es heute und wird es künftig immer mehr gehen. Der Berner Streit ist nur ein Vorgefecht eines kommenden großen Entscheidungskampfes — darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Möge es uns von oben geschenkt werden, daß wir diesbezüglich immer klarer sehen und in entscheidender Stunde stark genug sind, unserer Erkenntnis entsprechend auch zu handeln. *H.*

Wege zum Frieden

II.

All das, was hier gegen die sowjetrussische Friedenspolitik gesagt wurde, muß auch gegen die «*Weltfriedensbewegung*» eingewendet werden, die ja wesentlich auf die Unterstützung der Sowjetpolitik ausgerichtet ist. Wir können mit dieser Bewegung ein gut Stück Weges zusammengehen – soweit nämlich, als sie den Hauptsitz der Kriegskräfte unserer Zeit im westlichen Kapitalismus und im Imperialismus sieht und die tödliche Gefahr des Wettrüstens erkennt. Auf diesem Boden sind auch gemeinsame Aktionen für begrenzte Ziele möglich, ist es doch offenkundig, daß die «Weltfriedensbewegung» ganz ehrlich aus kommunistischer Ausschließlichkeit herausstrebt und Fühlung mit anderen Bewegungen sucht, die das gleiche Ziel verfolgen, wenn auch aus anderer Grundhaltung heraus – ähnlich wie die Kommunisten in den dreißiger Jahren in einer Reihe von Ländern «Volksfronten» zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus aufbauen halfen. Hätte sich dieser Gedanke nur durchgesetzt – es wäre zu keinem zweiten Weltkrieg gekommen! In diesem Sinn verteidigen wir die Bewegung auch gegenüber den gehässigen Angriffen nicht allein von bürgerlicher, sondern auch von sozialdemokratischer Seite, hat doch ein Recht zur Kritik an ihr nur, wer sich bemüht, die Friedenssache auf eine *bessere* Grundlage zu stellen. Und das tun die westmächtlich orientierten Antikommunisten gerade nicht!

Wo unsere und der «Weltfriedenspartisanen» Wege auseinandergehen, das ist dort, wo es sich um die *grundsätzliche* Stellung zur An-

wendung von Waffengewalt handelt, sei es im Völkerkrieg, sei es im Bürgerkrieg. Hier stellen wir uns auf den Boden der evangelischen Botschaft und des Reichsgottesglaubens, auf den Boden der gewaltlosen Revolution also und einer radikalen Friedensverkündigung, die *alle* Kriegsrüstung und Kriegführung verwirft und wie im Einzelleben, so auch im Völkerleben Existenzsicherung und Gedeihen als Auswirkung des Trachtens nach der Gerechtigkeit des Reiches Gottes und nach der Gewinnung derjenigen Güter erwartet, die weder die Motten noch der Rost fressen und wo die Diebe nicht nachgraben noch stehlen. In Begriffen der praktischen Politik ausgedrückt wird sich unser Friedenskampf darum auf einer doppelten Linie bewegen müssen: Er wird dazu beitragen müssen, den *Boden* abzugraben, auf dem die Kriege wachsen, insbesondere die wirtschaftliche Ausbeutung und Vergewaltigung in all ihren Formen, und er wird ferner darauf ausgehen müssen, den Glauben an die Waffengewalt als letztes Mittel der Existenz- und Interessenwahrung zu überwinden und alles Militärwesen und allen Militarismus aus der Welt zu schaffen.

Die erste Aufgabe fällt zusammen mit dem Kampf für einen freiheitlichen, aber entschlossen durchgreifenden *Sozialismus*. Wir sehen auf gesellschaftlichem Gebiet als die wesentliche Kriegskraft immer noch und heute erst recht den als «freie Wirtschaft» auftretenden Kapitalismus an, der in drei Hauptformen gegen den Frieden wirkt:

1. Als Ausdehnungs- und Eroberungsstreben in fremde Länder hinein, in denen er Absatz für seine Waren sowie Rohstoffe und neue Ausbeutungsmöglichkeiten (Kapitalanlagen) sucht. Ein jüngstes Beispiel dafür haben wir im Wirken des englischen Ölkapitals, das aus Persien ein Land gemacht hat, an dem sich der gefährlichste Weltbrand entzünden kann. Und dies unter mindestens fahrlässiger Beteiligung einer sozialdemokratischen Regierung, die einen großen Teil der Profite der Anglo-Iranian Oil Company an sich zieht, um ihren «Wohlfahrtsstaat» zu finanzieren. «Die Lehre von Persien», so schreibt darum der «New Statesman» (30. Juni) mit vollem Recht, «ist, daß dieser neue ‚Wohlfahrtsimperialismus' – der mit der vorbedachten, unter der Maske einer parlamentarischen Demokratie betriebenen Erhaltung halbfeudaler, unserem Willen gefügiger Herrschaftsformen Hand in Hand geht – völlig bankerott gemacht hat.» Ähnliches gilt für *allen* Imperialismus und Kolonialismus der europäisch-amerikanischen «Demokratien», der überall, wo er sich behaupten oder neu einrichten will, eine Quelle ständiger Kriegsgefahr ist.

2. Diese Tätigkeit des klassischen Kapitalismus wird um so verhängnisvoller, als im Zeitalter der niedergehenden Privatwirtschaft die Flucht in *Kriegsrüstungen* und *Kriegslieferungen* mehr und mehr eine normale Methode der Verhinderung oder Überwindung von Wirtschaftskrisen geworden ist. Die schamlosen Berichte der kapitalistischen Presse über Kursrückgänge und Depressionen an der Börse, wenn jeweilen Frieden

«droht», und über neue Erholung und Ermutigung des Geschäftes, wenn die Rüstungskonjunktur wieder gut wird, sprechen ja Bände. Die Vereinigten Staaten hätten jedenfalls schon längst wieder die schwersten wirtschaftlichen Störungen, schüfen nicht die riesigen Rüstungsaufträge beispiellose Gewinne für die Unternehmer und Aktionäre – und bestechende Verdienstmöglichkeiten für die Ober- und Mittelschicht der Arbeiter. Hat darum die amerikanische Wirtschaft nicht allen Grund, den Ausbruch eines allfälligen Dauerfriedens zu fürchten?

3. Dazu kommt, daß der große Feind jetzt eben ein Block antikapitalistischer Staaten ist, der schon bald den dritten Teil der Weltbevölkerung umfaßt und dessen bloßes Dasein die Grundlagen der kapitalistischen Welt erschüttert. Mit anderen Worten: der Kapitalismus, einst eine revolutionäre Kraft erster Ordnung, ist wesentlich *gegenrevolutionär* geworden und bedient sich der von ihm beherrschten Staatsmacht, um den kommunistischen Gegner gewaltsam zurückzudrängen, ja zu vernichten. Die kriegserzeugende Wirkung dieses Strebens kann kaum überschätzt werden; zusammen mit den beiden anderen Tätigkeitsformen des Kapitalismus trägt sie dazu bei, die internationale Spannung aufs höchste zu steigern und die Kriegsgefahr unmittelbar drohend zu machen.

Eine Umkehrung der Bewegungskräfte und Organisationsformen unserer ganzen Wirtschaft ist damit zur unerläßlichen Bedingung des Völkerfriedens geworden. Soziale, ja mehr und mehr sozialistische Weltplanwirtschaft statt Kapitalismus und Imperialismus – das wird eine der großen Losungen jeder konsequenten, ernstzunehmenden Friedensbewegung sein müssen. Mit allerlei schön aussehenden Projekten für die Entwicklung der rückständigen Länder im Rahmen der «freien Wirtschaft» ist es freilich nicht getan. Dafür hat das Privatkapital lange nicht genug Interesse. Wie Stringfellow Barr in seinem Büchlein «Wir wollen zum Menschengeschlecht stoßen» zutreffend bemerkt:

> «Das Privatkapital hat andere Geschäfte zu besorgen. Wenn wir das Problem lösen könnten, indem wir es der ‚Führung der Geschäftswelt' überließen, so wäre das ja schön. Aber das können wir nicht. Das Privatkapital läßt sich nur auf etwas ein, wobei es nach der Meinung seiner Lenker am meisten Geld machen kann. Das ist ein Grund, warum die Geschäftsleute das private Unternehmertum stolz ‚freies Unternehmertum' heißen. Es ist frei, dem Höchstprofit nachzujagen. Es ist frei, sich in ungenügend entwickelten Gebieten zu betätigen. Tut es das? Harte Tatsache ist, daß es das nicht tut — jedenfalls nicht im nötigen Maß. Von 1945 bis 1948 hat die amerikanische Geschäftswelt, abgesehen von der Export-Import-Bank, nur zweiundeinzehntel Milliarden Dollar in allen fremden Ländern angelegt, eingeschlossen diejenigen fremden Länder, die Förderung am wenigsten nötig haben.» (Zum Vergleich: In Kriegsrüstungen legen die Vereinigten Staaten gegenwärtig 40 bis 50 Milliarden Dollar im Jahr an.)

Nicht getan ist es aber auch mit bloßen sozialistischen Lippenbekenntnissen. An solchen fehlt es ja zurzeit wirklich nicht; aber es ist einem gar nicht wohl, wenn man Deklamationen wie die «Prinzipien-

erklärung» der neuen Sozialistischen Internationale liest und gleichzeitig daran denken muß, daß die Parteien dieser Internationale fast ausnahmslos die antikommunistische Eindämmungs- und Aufrüstungspolitik mitmachen, deren entscheidende Triebkraft der gegenrevolutionäre Kapitalismus ist. Ihm ist es ja bei seinem Kampf gegen den Kommunismus und die von ihm beherrschten Staaten wirklich nicht in erster Linie um die Verteidigung der politischen Freiheit zu tun, für die er keinesfalls wesentliche Opfer zu bringen bereit ist, und deren erklärte Gegner ihm als Bundesgenossen jederzeit hochwillkommen sind, wenn sie nur ihren Beitrag zur Bodigung der sozialen Revolution zu leisten vermögen. Welche Naivität darum – man kann es auch anders heißen –, im Verein mit den Vorkämpfern des kapitalistischen Weltsystems und in Abhängigkeit von ihnen die Freiheit durch Kriegsrüstungen retten und gleichzeitig den Sozialismus aufbauen zu wollen! Daß dabei der Sozialismus zu kurz kommen, ja bloße Phrase bleiben muß, liegt klar auf der Hand. Die Wahl steht tatsächlich nur zwischen der aus kapitalistischem Interessendenken geborenen Eindämmung des Kommunismus durch militärische und wirtschaftliche Machtmittel, also durch Kriegsdrohung und Stärkung der «freien» Wirtschaft, und seiner Bekämpfung durch die soziale Umwälzung, die auch eine unerläßliche Voraussetzung für die Sicherung der politischen Demokratie ist. Erst recht aber für die Sicherung des Friedens. So lesen wir denn auch in der früher erwähnten Denkschrift der amerikanischen Quäker:

«Die Schreibenden sind überzeugt, daß die Außenpolitik, die jetzt von den Vereinigten Staaten verfolgt wird, geeignet ist, uns gerade der Kriegskatastrophe näherzubringen, die sie verhindern soll. Konzentration auf die Schäden des Sowjetregimes führt zu einer großen Übervereinfachung der Weltprobleme ... Sie hat einen von Grund auf negativen Charakter, der uns verhindert, die Initiative für positive Leistungen zu ergreifen. Es liegt eine große Gefahr in unserem Beharren auf der Annahme, daß eine Politik gewaltsamer Zurückdrängung, die tatsächlich Rußland zu einer militärischen Kraftprobe herausfordert, wirklich den Frieden aufzubauen vermöge.»

Abkehr von dieser ganzen Politik, ungesäumte Abkehr und tatbereite Hinwendung zur Organisierung einer weltweiten Wirtschaftsplanung, die die Lebenshaltung der notleidenden Völker und Klassen entscheidend hebt und vermenschlicht – das ist auch vom Standpunkte der Überwindung des diktatorischen Kommunismus eines der dringendsten Erfordernisse der Stunde.

*

Wir müssen in Westeuropa aber nicht allein den politischen *Antrieb* zum gegenwärtigen Wettrüsten – den militanten Antikommunismus – ausschalten; es muß auch die Erkenntnis durchbrechen, daß Kriegsrüstung und erst recht Kriegführung überhaupt *untaugliche Mittel* sind, um irgendeinen vermeintlich noch so heiligen Zweck zu erreichen. Seit vielen Jahrzehnten schon suchen es die radikalen Pazifisten klar zu machen, daß die uralte Regel: «Willst du Frieden haben, dann drohe mit Krieg» sittlicher und politischer Widersinn ist. Die Völker und ihre

Regenten wollten es einfach nicht glauben. Immer wieder probierten sie es mit dem Krieg als letztem Mittel der Politik – im Namen der höchsten Güter natürlich –, und immer wieder zeigte es sich, daß der Krieg kein Problem wirklich zu lösen vermochte, vielmehr nur neue Probleme schuf, die womöglich noch schwerer zu lösen waren als die alten. Aber immer aufs neue predigte man die alte Lüge: «Hier muß einfach Waffengewalt eingesetzt werden – wenn möglich nur als Drohung, wenn nötig aber auch im blutigen Krieg.» So auch jetzt wieder im Kampf gegen den Kommunismus und den Sowjetblock, wobei man mit großer Beflissenheit möglichst schöne Worte – kollektive Sicherheit, Polizeiaktion, Durchsetzung des Rechts gegenüber der Gewalt, Eindämmung des Chaos usw. – gebraucht, um die schmutzige Tatsache etwas zu verdecken, daß ein neuer Weltkrieg, geführt mit den modernsten Massenvernichtungswaffen, selbst das Chaos, ja die Hölle entfesseln müßte und alles Recht, alle Menschlichkeit, alle Sittlichkeit, nicht zu reden von materieller Wohlfahrt und Kultur, in den von ihm betroffenen Ländern auf unabsehbare Zeit zerstören würde. Wenn irgend einmal, so ist jetzt der Augenblick gekommen, da dieser ganze Irrglaube an Krieg und Kriegsrüstung, an bewaffnete Landesverteidigung und gewaltsamen Existenzschutz überwunden werden muß. Und die *Christen* sind berufen, den heillosen Trug dieses Militärglaubens rücksichtslos aufzudecken und ihm die Wahrheit des Glaubens an die rettenden und erhaltenden Kräfte der Gottesherrschaft entgegenzusetzen. *Sie* wissen – oder sollten doch wissen –, daß die herkömmliche Art, sich gegen Bedrohung von Leib und Leben, von Freiheit und Recht zu wehren, Heidentum ist. Sie lehnen es ab, sich an eine nationale Existenz, an nationale oder kulturelle Güter gierig zu klammern, die Feinde dieser Existenz, dieser Güter zu denunzieren und zu hassen und recht viele von ihnen zu töten oder doch kampfunfähig zu machen. Sie wissen, daß *diese* Art, sein Leben zu suchen, zuletzt nur dazu führen kann, es zu verlieren. Und sie verlassen sich darauf, daß ein Volk, wenn es nur seine ihm von Gott gewiesene Aufgabe – Recht und Gerechtigkeit zu üben – treu erfüllt, auch sein äußeres Leben sichert und ihm all die Güter hinzugetan werden, deren es in dieser Welt noch bedarf.

Es sollte von diesem festen Boden aus nicht schwer sein, die Widersinnigkeit des Satzes aufzuweisen, der allem Kriegswesen zugrunde liegt, daß der hohe Zweck, dem die Militärgewalt dient, auch die unheiligen Mittel heilige, die zu seiner Erreichung nötig seien. Es ist ja gerade umgekehrt: das unheilige Mittel entheiligt auch den höchsten Zweck. Es führt als Atombombe, Raketengeschoß und Bakteriengift dazu, daß das erstrebte Ziel gerade *nicht* erreicht wird und statt erhöhter Sicherheit nur äußerste Lebensunsicherheit, ja allgemeines Verderben und völliger Ruin erzeugt wird. Es bewirkt, daß sich die edlen Menschheitsziele, die man verfolgt, unversehens in systematische Unmenschlichkeit, Gewalttat und Gottlosigkeit verkehren. (Korea ist auch hier ein abschreckendes

Beispiel!) Und es führt mit Sicherheit dazu, daß derjenige, der es gebraucht, sich selber entwürdigt und gemein macht, untermenschliche und untersittliche Maßstäbe an sich selbst anlegt, Freiheit und Gewissen zynisch verachtet und so unfähig wird, den Idealen zu dienen, in deren Namen er Waffengewalt anwendet. Schon die bloße Rüstung auf den «nächsten Krieg» hin läßt all diese Folgen in allen Ländern nur zu deutlich erkennen; welch entsetzliche Verheerungen wird der Grundsatz «Frieden durch Waffengewalt» erst anrichten, wenn die Hölle des technischen Totalkrieges wirklich losgelassen werden sollte?

Hier darf es keine Halbheiten, keine Ausreden mehr geben. Wir betrügen uns nur selber, wenn wir uns zu trösten suchen, Rüstung sei ja noch nicht Krieg und nur dazu bestimmt, Machtpositionen aufzubauen, von denen aus man mit dem Gegner – der nur die Sprache der Gewalt verstehe – auf gleich und gleich verhandeln und ihn zum Verzicht auf seine Angriffspläne zwingen könne. Der ungeheuerliche Kriegsapparat, den die Westmächte jetzt gegen Rußland aufbauen, wird sicherlich nicht zu laufen aufhören, wenn er den ihm von klugen Politikern gewiesenen Einschüchterungszweck erfüllt hat; er wird nicht demontiert werden, ohne dem ihm selbst innewohnenden Gesetz gehorcht zu haben: durch seine praktisch-blutige Anwendung den Feind zur bedingungslosen Kapitulation zu zwingen – oder doch alles daran zu setzen, um seine Widerstandskraft zu vernichten und ihn dem Willen der siegreichen Mächtegruppe zu unterwerfen. Die hinter den Kriegsrüstungen stehenden und von ihnen noch weiter herausgelockten Gewaltkräfte der Völker sind etwas so Unheimliches, Unberechenbares und Unbeherrschbares, daß uns graut, wenn wir uns vorzustellen suchen, daß sie sich schicksalhaft eines Tages doch entladen und austoben könnten. Und sie *werden* sich entladen und austoben, wenn wir nicht das Werkzeug zerschlagen, das sie sich jetzt zu schmieden im Begriffe sind.

*

Also statt der Aufrüstung – energisch angepackte und planmäßig fortschreitende *Abrüstung!* Wenn man das so ausspricht und nur an die beiden großen Weltmächte denkt, die sich auf eine letzte Kraftprobe vorbereiten, so mag das als völlig wirklichkeitsfremde Utopie erscheinen. Es wird aber sofort eine durchaus praktische Möglichkeit, wenn man an *Westeuropa* denkt, zu dem wir gehören und das sicher zum Kriegsschauplatz würde, falls die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion offen aufeinanderstießen. Denn Westeuropa wird ja mehr und mehr einfach zum militärischen Vorgelände Amerikas; es wird von den Vereinigten Staaten wirtschaftlich und finanziell in den Stand gesetzt, diejenige Rolle auch wirklich zu spielen, die ihm nach amerikanischer Auffassung bei einem Krieg mit dem Ostblock zufiele, und ist jedenfalls in den Augen der amerikanischen Strategen für die erfolgreiche Kriegführung gegen Rußland durchaus unentbehrlich. Gerade diese seine Schlüsselstellung gibt

ihm nun aber auch einen Einfluß auf die Entscheidung über Krieg und Frieden, der es weit über die Rolle eines bloßen Satelliten hinausheben müßte, wenn es sein Schicksal in die eigene Hand zu nehmen entschlossen wäre. Will Amerika seine Containmentpolitik – die Politik der gewaltsamen Zurückwerfung der Sowjetmacht und des Weltkommunismus – fortsetzen? Gut – darauf haben wir keinen unmittelbaren Einfluß. Aber wir haben einen Einfluß darauf, ob auch Westeuropa diesen verhängnisvollen Weg weitergehen und in der Gefolgschaft Amerikas maßgebend zur Entfesselung der Kriegskatastrophe beitragen soll, die mit der forcierten Aufrüstung angeblich vermieden werden kann. Warum also nicht die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten lösen und das Seil durchschneiden, an dem Westeuropa in den Abgrund hineingezogen werden soll? Warum nicht die *politische Selbständigkeit und unbewaffnete Neutralität Westeuropas* erklären, die es mit großer Wahrscheinlichkeit vor der Verwicklung in einen russisch-amerikanischen Krieg schützen würde?

Der Gedanke des «Ohne uns» hat ja bereits nicht nur in Westdeutschland kräftig Fuß gefaßt; er ist auch in den Völkern Frankreichs, Belgiens und Italiens, teilweise sogar Großbritanniens, Hollands und Norwegens sehr lebendig, nicht zu reden von der – freilich bewaffneten – Neutralität der Schweiz und Schwedens. In bestimmten Ländern würde es sich im Ernstfall ja doch von vornherein als unmöglich erweisen, das ganze Volk und seine Armee in einen Krieg einzusetzen; es käme darüber wahrscheinlich zum Bürgerkrieg, der die Schlagkraft der Armee mehr oder weniger lähmen würde. Warum also dieser psychologischen Lage nicht rechtzeitig Rechnung tragen und nicht in aller Form festlegen, daß Westeuropa auf die Beteiligung an einem neuen Krieg verzichtet und darum auch keinerlei Rüstung für diesen Fall betreibt? Man sollte meinen, die Tatsache, daß Mitmachen bei einem dritten Weltkrieg für Westeuropa Selbstmord bedeuten müßte, und daß die Hoffnung auf sein Weiterleben gänzlich auf der Erhaltung des Friedens beruht – man sollte meinen, diese Tatsache sei nun allmählich derart handgreiflich und unmittelbar einleuchtend geworden, daß sich eine Bewegung zugunsten der Neutralisierung Westeuropas auf dem Boden der militärischen Abrüstung mit elementarer Macht durchsetzen *müsse*. Warum sie bisher erst in den Anfängen steckt und auf alle Fälle nicht organisiert und bewußt geleitet auftritt, das ist freilich nur zu klar: es ist die Furcht vor einem *russischen Angriff*, die die Mehrheit der westeuropäischen Völker davon abhält, sich «wehrlos zu machen» und sie veranlaßt, bei den Vereinigten Staaten von Amerika und ihrer überlegenen Militärkraft Schutz zu suchen. Wir können darauf nur dreierlei antworten:

1. Die Furcht vor Rußland wird im Widerspruch zu den Tatsachen von den Interessenten des Status quo, insbesondere von den Anhängern der «amerikanischen Lebensform» und der «freien Wirtschaft», planmäßig genährt, ja künstlich erzeugt. In Wirklichkeit ist die Außenpolitik

der Sowjetunion auf Verteidigung gerichtet und ihrerseits von der Furcht beherrscht, daß die Vereinigten Staaten mit Hilfe Westeuropas, besonders auch Westdeutschlands, zum Schlag gegen den kommunistisch-revolutionären Osten ausholen werden. Wenn also Westeuropa durch seine militärische Abrüstung beweist, daß es sich nicht für einen Krieg gegen die Sowjetunion gebrauchen läßt, dann wird diese Furcht gemindert, die internationale Lage Rußlands entscheidend erleichtert und die Abrüstung der Sowjetunion tatkräftig gefördert.

2. In dem Maße, da die Sowjetunion ihre äußere Sicherheit gewährleistet sieht, wird sie auch die Diktatur im Innern lockern, soweit sie als Schutzpanzer gegen die auswärtige Bedrohung gedacht ist. *Wenn* also der Diktaturcharakter der Sowjetunion eine Gefahr für den Frieden und die Unabhängigkeit Westeuropas ist, dann braucht Westeuropa der Sowjetunion nur durch Abkehr von der amerikanischen Druck- und Drohpolitik ein vermehrtes Gefühl von Sicherheit zu geben, um einer Liberalisierung Rußlands den Weg zu bahnen. Ähnliches gilt von den osteuropäischen Volksrepubliken.

3. Militärische Abrüstung heißt nicht Wehrlosigkeit. Sie soll ja nicht negativ bleiben, sondern muß positiv ergänzt werden durch das, was man zutreffend «neue Wehrhaftigkeit» genannt hat, und was in der Erweckung der sittlichen Kräfte für einen etwa doch nötig werdenden gewaltlosen Widerstand gegen einen feindlichen Einbruch, aber auch in der Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit und politischer Freiheit im eigenen Land bestünde. Ein Volk, das die Kräfte und Mittel, die es jetzt für Kriegsrüstungen verwendet, dem Aufbau eines sozialistischen Wohlfahrtsstaates widmet und die Opfer, die es bei der kriegerischen Abwehr eines feindlichen Angriffes zu bringen bereit ist, dem gewaltlosen Widerstand zugutekommen zu lassen entschlossen ist, ein solches Volk ist unüberwindlich und kann von keinem Eroberer auf die Länge unterdrückt werden.

Mit all dem soll gewiß nicht behauptet werden, daß der Weg der Abrüstung und des gründlichen sozialen und politischen Umbaus für Westeuropa keinen Gefahren ausgesetzt sei. Die Gefahren bestehen; keine große Umkehr, weder im Leben der einzelnen noch im Völkerleben, ist ohne Gefahr möglich. Aber nochmals sei gefragt: Liegen auf dem Weg der Aufrüstung und der sozialen Konservation, ja Reaktion nicht noch viel größere Gefahren? Und sind die Opfer, die die «neue Wehrhaftigkeit» von uns fordern kann, nicht tausendmal mehr wert dargebracht zu werden als die Opfer, die der Kriegsmoloch, der Götze des Massentötens, von den Völkern verlangt und die sie ihm so willig-selbstverständlich bringen?

Für denjenigen, der sich zu Jesus Christus bekennt, ist das Selbstverständliche jedenfalls das *reine* Opfer, das Kreuz, an dem das nur menschliche Selbst dahingegeben wird, dem aber die Auferstehung folgt, der Sieg über *alle* Todesmächte, auch über politische Unterjochung und

feindliche Aggression. Wir können diese Haltung sicherlich nicht von Menschen erwarten, die sich nicht an das Evangelium gebunden wissen (obwohl der Sinn für das Geheimnis des Opfers bei vielen als ungläubig Geschmähten viel lebendiger ist als bei den meisten «Christen»); wir können nur dem Widerstand gegen den Krieg, der in den Völkern erwacht ist, etwas von *unserem* Glauben mitzuteilen suchen und ihm dadurch, über alles bloß politisch-technische Friedenmachen hinaus, die große menschliche Würde bewahren helfen, die ihm zukommt. Anderseits aber werden wir noch viel weniger im Suchen des bloß «innerlichen» Friedens befangen bleiben, der mit Berufung auf den Frieden Gottes, «der allen Verstand überragt», das Friedensreich einfach in die künftige Weltzeit verweist und damit *diese* Welt dem Teufel überläßt oder – was fast aufs gleiche hinauskommt – mit der Losung einer «moralischen Aufrüstung» den *amerikanischen* Frieden vorbereitet, in dem für unser Zeitalter das Heil liege. Wir halten demgegenüber an der Wahrheit fest, daß Gottes Herrschaft nicht in einer einmaligen dramatischen Umgestaltung aller Dinge («mit äußeren Gebärden») kommt, sondern schon hier und jetzt offenbar wird, täglich, stündlich, auch in den Siegen der Friedenssache, die wir erwarten müssen. «Es gibt», so machte auch Leonhard Ragaz immer wieder klar, «neben der Revolution Evolution und neben *dem* Durchbruch Durchbrüche . . . Phantastik – und was für welche! – ist entstanden und entsteht immer wieder dadurch, daß das Tausendjährige Reich *wörtlich* gedeutet oder besser mißdeutet wird. Großartig und unendlich trostvoll ist der wirkliche Sinn: daß es im Kampfe zwischen Gottesreich und Weltreich immer auch *Siege* gibt, gewaltige Siege, gewaltige Durchbrüche des Reiches, die zwar nicht das Letzte sind, die aber für ganze Zeitalter, ja ganze Aeonen reichen. Noch einmal: Ich glaube, daß wir vor einem solchen oder vielleicht schon *in* einem solchen neuen Aeon, wenigstens in seinem Anfang, stehen.» Und wir glauben es mit ihm. Gerade auch im Blick auf das Kommen eines Reiches des Völkerfriedens, dem wir die Bahn bereiten helfen müssen. Nur in solcher Gesinnung dürfen wir uns unter die Seligpreisung der Friedensstifter stellen, die Gottes Kinder geheißen werden.

Hugo Kramer

Krankheit und Heilung

Der Bischof von Sheffield, einer der hohen Würdenträger der anglikanischen Kirche, hat in einer Zuschrift an die «Times» kürzlich auf eines der größten Übel der Nachkriegszeit hingewiesen. Das Verdienst seines Bemühens ist um so größer, weil sich Verstand und Gefühl des Menschen unserer Zeit durch die permanente, aber nicht immer sichtbare Existenz der Krankheit allmählich abgestumpft haben. Ihre Auswirkungen drohen aber viel folgenschwerer zu werden als der koreanische Konflikt, das

iranische Öl oder der Streit um den Suezkanal. Der Bischof sucht die internationale Aufmerksamkeit auf das Schicksal der deutschen Flüchtlinge zu richten. Nach englischer Sitte bedient er sich hierbei sehr geschickt einer aus Ethik und Statistik gut gegeneinander abgewogenen Methode.

Seine Folgerungen gehen von einer Feststellung aus, die ebenso erstaunlich wie erschreckend ist. Den Deutschen ist es wohl gelungen, vier und eine halbe Million von Ostflüchtlingen in das wirtschaftliche und soziale Leben der westlichen Zone einzuordnen. Die Leistung ist unter den obwaltenden Umständen außerordentlich groß, aber das erfreuliche Bild wird dadurch getrübt, daß noch fünf Millionen von Anwärtern auf die Regelung ihres traurigen Schicksals vergebens warten. Der größere Teil der zu leistenden Arbeit bleibt noch zu tun; außerdem werden alle Bemühungen um die endgültige Beseitigung der Krankheit dadurch hinausgeschoben, wenn nicht ganz illusorisch gemacht, daß neben dem natürlichen Geburtenzuwachs der Armee der Heimatlosen mit einer dauernden Infiltration von 200 000 Köpfen pro Jahr aus der Ostzone gerechnet werden muß.

Mit Recht weist der Schreiber des Briefes darauf hin, daß menschliche und materielle Motive eng ineinander verflochten sind, weil es sich gleichzeitig um eine humanitäre wie praktische Aufgabe erster Ordnung handelt. Nach dem Stand der deutschen Flüchtlingsfrage in ihrer gegenwärtigen Gestalt wird sich sehr bald praktisch erweisen, daß sie wegen ihres Umfangs nicht mehr, wie das seit Ende des ersten Weltkrieges stets in Flüchtlingsangelegenheiten der Fall war, mit der linken Hand abzutun ist.

In einem durch englische und amerikanische Sachverständige dem Bundeskanzler Adenauer unterbreiteten Bericht wird berechnet, daß die Seßhaftmachung aller Flüchtlinge auf deutschem Boden im Laufe der nächsten sechs Jahre einen Aufwand von 12 500 Millionen Mark nötig machen würde.

Angenommen, die Rechnung wäre richtig, so wird doch zuerst zu fragen sein, woher die auch im Zeitalter der Inflation ungeheure Summe zu nehmen und nicht zu stehlen sein wird. Aus einem analogen Fall, den Schwierigkeiten, die bei der Aufbringung der Mittel für die nach Israel einwandernden Juden mit fortschreitender Zeit entstehen, läßt sich auch für Deutschland der Schluß ziehen, daß die Größe des Vorhabens die der nationalen Gemeinschaft zur Verfügung stehenden finanziellen Möglichkeiten um ein Vielfaches übersteigt.

Als Konsequenz ergibt sich, nicht bloß für Deutschland und Israel, sondern überall da, wo sich ähnliche Komplikationen bemerkbar machen, folgendes Gesetz: Die Not der Kriegsflüchtlinge ist nur ein Teil der Schäden, die durch die unzweckmäßige Verteilung der Menschen über die Erde entstanden sind; sie wird deshalb erfolgreich nur durch gemeinsamen Einsatz von Geist und Geld aller Völker der Erde auf übernatio-

nalem Wege zu lösen sein. Das Ausmaß ihrer Wirkungen auf die positive oder negative Gestaltung der menschlichen Zukunft erfordert eine Behandlung, die zum mindesten das gleiche, wenn nicht sogar ein um vieles höheres Maß von Energie und Intelligenz voraussetzt als die Frage der Aufrüstung. Von der Antwort darauf, ob große Menschenmassen in kurzer Zeit von einem überfüllten Raum nach einem leeren zu bringen sind und ob sie sich dort schnell und mit einem Minimum an Opfern und einem Maximum an Wirksamkeit installieren lassen, hängt bei weitem mehr ab als von dem Versuch, Rußland durch die Drohung mit der Atombombe einzuschüchtern. Wenn auf dem Gebiete der Wanderungsfrage nicht sehr bald entscheidende Schritte unternommen werden, droht der gesamten Menschheit auch ohne dritten Weltkrieg eine viel größere Gefahr als der Kommunismus, der, ebensowenig wie der Kapitalismus, imstande sein wird, sich den Folgen eines Panikausbruchs einer durch die Nöte der Übervölkerung zur Raserei getriebenen Menschenmasse zu entziehen: das Absacken jeder sozialen Ordnung in Anarchie.

Nicht weniger bitter wird sich die Lauheit rächen, mit der das Wanderungsproblem gegenwärtig durch die Großen der Erde behandelt wird; sie muß zur Zerstörung der in den besten aller Völker noch schlummernden Energien für den Wiederaufbau der durch die zwei Weltkriege bis auf geringe Reste zerstörten ideellen und materiellen Werte nicht nur Europas, sondern auch der übrigen Erde führen. Verständnislose und phantasiebare Routine erstickt wertvolle Keime und ist im Begriff, Gutwillige zu Verzweiflungstaten zu zwingen, anstatt ihnen den Weg in die Weite freizumachen.

Beweise dafür, was auf diesem Gebiete gesündigt wird, finden sich täglich in der Presse aller europäischen Länder in beängstigender Fülle. Sie kommen aus dem Munde von Angehörigen der durch den Krieg aus der Bahn geschleuderten Generation. Für viele Beispiele sei hier nur eins angeführt, das wegen der Ruhe seiner Diktion und der Menge der zur Beweisführung zitierten, ähnlich gelagerten Fälle gleichzeitig symptomatisch und erschütternd ist.

In der in Stuttgart erscheinenden Sonntagszeitung «Das Ganze Deutschland» ist kürzlich über die Aussichtslosigkeit der Bemühungen aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrter junger Deutscher berichtet worden, im Wirtschaftsleben der Heimat Fuß zu fassen. Die Größe dieser Tragödie liegt darin, daß es sich gar nicht um Einzelschicksale, sondern um die eines bestimmten Typus handelt. Diese Menschen waren draußen imstande, alle Prüfungen einer ganz auf sich gestellten Persönlichkeit in fremdem und schwierigem Milieu zu bestehen. Jetzt werden sie von allen Türen mit der stereotyp gewordenen Formel gewiesen: «Erfahrung aus entsprechender Berufstätigkeit Voraussetzung.» In der Blüte ihrer Jahre stehende junge Leute, die das Schicksal auf den Schneefeldern Rußlands, in der afrikanischen Wüste, in allen Gefangenenlagern der Erde die Kunst der Improvisation gelehrt

hat, werden zum alten Eisen geworfen, weil sie nicht den Ochsentrott einer Angestelltenausbildung gegangen sind. Zur Avantgarde, zu Betreuern und zu Lehrern einer planmäßig geleiteten Emigration berufen, sehen sie sich vor der bittern Entscheidung, zu verkümmern oder sich vom Orkus einer sinnlosen Untergrundbewegung verschlingen zu lassen.

Im Rahmen des allgemeinen Wanderungsbedürfnisses stellen die noch nicht seßhaften deutschen Flüchtlinge auch dann, wenn zu ihnen die zweieinhalb Millionen nichtdeutscher heimatloser Menschen gerechnet werden, ziffernmäßig nur einen geringen Bruchteil jener Individuen aller Rassen und Völker dar, die zum Erstickungstode in einer sich immer mehr verengernden Heimat verurteilt sind, wenn ihnen nicht rechtzeitig der Weg in eine offene Welt geöffnet wird. Ihre Zahl wächst täglich; allein der jährliche Geburtenüberschuß des Fernen Ostens wird roh gerechnet auf mehr als zehn Millionen Seelen pro Jahr geschätzt.

Die Fachleute für Wanderungsfragen wissen längst, was zu einer gründlichen Remedur zu geschehen hätte; obwohl sie immer wieder auf die Notwendigkeit einer internationalen Planung und Finanzierung der Wanderung hingewiesen haben, sind sie augenblicklich am Ende ihres Lateins. Die ihnen direkt oder indirekt zur Verfügung gestellten Mittel sind erschöpft, und Aussicht auf neue Gelder ist nicht vorhanden. Die International Refugee Organisation, die sich einen riesigen technischen Apparat für den Transport größerer Menschenmengen zu Wasser, zu Lande und in der Luft geschaffen hat, sieht sich von der Gefahr bedroht, ihn liquidieren zu müssen. Trotzdem würden auch beim Einsatz viel größerer als der bisher mobilisierten Mittel die Leistungen des Komitees in keinem Verhältnis zum Bedürfnis stehen, weil seine Tätigkeit in der Hauptsache von bürokratischen und caritativen Motiven geleitet wird. Eine Wanderung, die zur Wiederherstellung des politischen und wirtschaftlichen Gleichgewichts auf der Erde führen soll, muß von ganz anderen Voraussetzungen ausgehen.

Der zweite Weltkrieg hat auf dem Gebiet der Wanderungspolitik Grundlegendes geändert. Die Kontrolle über die Menschenverteilung ist nicht mehr das Monopol der weißen Rasse. Ergebnisse werden sich nur in friedlicher Zusammenarbeit mit den bisher als zweitklassig angesehenen Partnern erzielen lassen. Da dieser Prozeß erst beginnt, läßt sich über die Art seines Ablaufs nur sagen, daß er langwierig und kompliziert sein wird. Er wird viel Geduld, Takt, Güte und menschliches Verständnis erfordern.

Deshalb setzt das neue Weltbild, nach dem sich die Wanderung zu gestalten hat, eine neue Ideologie voraus. Wie jede der vorhergehenden Völkerverschiebungen in der Geschichte, wird die Völkerwanderung von morgen nur dann gelingen, wenn ihr eine Feuersäule moralischer Kräfte voranleuchtet. Das Wahrzeichen wird aber erst etwas bedeuten, wenn es als Mittel dienen kann, die Bedürfnisse des Alltags durch eine große Idee zu erheben und zu verklären. Nur eine zum Opfer und zum Einsatz des

Einzelnen für die Gemeinschaft erzogene größere oder kleinere Gruppe von Menschen wird dazu berufen sein, als ausführende Organe einer von Idealismus und praktischem Sinn gleichzeitig bestimmten Bereitschaft bei der Heilung des größten Übels der Zeit ein bestimmendes Wort mitzureden. *Karl Loewy.*

WELTRUNDSCHAU

Imperialistendämmerung Noch immer herrscht keine Waffenruhe in *Korea* — von Frieden gar nicht zu reden. Ob die Nordkoreaner und Chinesen die endgültige Einstellung der Feindseligkeiten wirklich wollen oder nur auf eine Atempause bedacht sind, um den Krieg mit verstärkten Kräften wiederaufzunehmen, ist noch immer gänzlich unklar; sollten sie tatsächlich entschlossen sein, weitere Hunderttausende von Menschenleben zu opfern, um die Einigung Koreas auf dem Boden der sozialen Revolution zu erzwingen, so würden sie sich mit neuer, schwerer Schuld belasten. Die Amerikaner aber und ihre Mitläufer verüben einen eigentlichen Frevel, einen ungeheuren, weltgeschichtlichen Frevel, indem sie seit mehr als einem Jahr der tausendfach berechtigten und notwendigen sozialen Revolution, die, wie ganz Asien, so auch Korea erfaßt hat, die bewaffnete Gegenrevolution entgegenwerfen, im Namen der Freiheit das unglückliche Land aufs grauenhafteste verwüsten und seine Bewohner mit ihrer gottlosen Technik kalt berechnend in Massen abschlachten. Dabei ist es die handgreiflichste Wahrheit, daß das Zeitalter des kapitalistischen Imperialismus unaufhaltsam zu Ende geht, einerlei ob es sich nun um den klassischen, meistens in liberalem Gewand auftretenden Imperialismus der Briten, Franzosen und Holländer, um den totalitären Imperialismus der Deutschen, Italiener und Japaner oder um den Spätimperialismus der Amerikaner handelt, der unter formaler Wahrung der Selbständigkeit der unterworfenen oder zu unterwerfenden Völker die wirtschaftliche wie politische Oberherrschaft der herrschenden Klasse der Vereinigten Staaten über die ganze Welt erstrebt, neuestens mit Hilfe der Vereinten Nationen, die mehr und mehr zum ausführenden Organ der amerikanischen Großmachtpolitik geworden sind.[1] Dieser Wahrheit haben die

[1] Einen neuen Beleg für diese Behauptung hat — wider Willen — der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, John Hickerson, erbracht, als er am 5. Juni dieses Jahres in einer geschlossenen Sitzung des Unterausschusses der Finanzkommision des Senats feststellte, daß schon längst vor Ausbruch des Koreakrieges das Außenministerium eine «Rahmenresolution» vorbereitet habe, die den Vereinten Nationen vorgelegt werden sollte, falls es nötig würde, für eine schon vorher, aus eigener Machtvollkommenheit, vollzogene militärische Intervention Amerikas nachträglich die Zustimmung der UNO zu erwirken. Ein mir sonst unbekanntes Blatt,

Holländer bereits ihren Zoll entrichten müssen; die Franzosen werden es auch tun müssen, die Engländer sind — in Persien und Ägypten — eben daran, neue, bittere Niederlagen von seiten der «rückständigen», aber erwachenden Völker Asiens und Afrikas einzustecken, und auch den Imperialisten der USA wird es nicht erspart bleiben, ihren Traum von dem «amerikanischen Jahrhundert» zu begraben, dessen Anbruch sie mit Napalmbomben und Atomwaffen befördern zu können wähnen.

Ob Großbritannien seine Machtstellungen am *Suezkanal* und im *Sudan* endgültig wird räumen müssen, steht im Augenblick noch dahin; die Wahrscheinlichkeit spricht immerhin dafür, daß sich Ägypten auch auf die ihm angebotene Eingliederung in ein mittelöstliches «Sicherheitssystem», mit Beteiligung Amerikas, Englands, Frankreichs, der Türkei und anderer Staaten, nicht einlassen, sondern seine volle Unabhängigkeit und Souveränität durchzusetzen suchen wird. Um so eindeutiger ist die Austreibung Englands aus *Persien*. Sie ist mit der erzwungenen Zurückholung der britischen Öltechniker aus Abadan und dem Übergang des ganzen riesigen Betriebes der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft an Persien vollendete Tatsache geworden. Und wir können von Glück sagen, daß es eine Labourregierung war, die, wie in Indien und Burma, so auch im Falle Persiens das letzte Wort hatte — ein Wort des Friedens und der Vernunft, das Großbritannien nur zum Heil ausschlagen kann. Es hätte freilich nicht zu der Demütigung des britischen Stolzes kommen müssen, die mit der Vertreibung der Anglo-Iranier aus dem persischen Ölparadies verbunden war; aber nachdem die Labourregierung, aus Furcht, wieder des Verrats von Reichsinteressen geziehen zu werden, es versäumt hatte, rechtzeitig die entscheidenden Zugeständnisse an Persien zu machen, die gerettet hätten, was noch zu retten war, blieb den Regierenden in Teheran nichts anderes mehr übrig, als die persischen Souveränitätsrechte bis zum letzten durchzuzwängen, wollten sie nicht ihrerseits als Verräter nicht nur beschimpft, sondern einfach «liquidiert» werden. Vor diese Lage gestellt, zog Attlee die diplomatische Niederlage, verschleiert durch die Anrufung des Sicherheitsrates, einer militärischen Machtprobe vor, wie sie vielleicht Churchill ins Werk gesetzt hätte. Und er hat damit der Sache des Friedens, wenngleich unter dem Zwang der Umstände, einen wertvollen Dienst geleistet. Es ist so, wie der «New Statesman» (6. Oktober) schreibt:

«Soll die Welt Aussicht haben, zu Freiheit und Frieden fortzuschreiten, so kann das nur durch die Anerkennung der Wahrheit geschehen, daß Handelsunternehmungen in zurückgebliebenen Ländern nicht mehr durch Kanonen gestützt werden dürfen.

«The Iowa Union Farmer» (14. September 1951), das mir aus Amerika freundlicherweise zugeschickt wird, bemerkt dazu unter anderem: «Hickersons verheerendes Geständnis ist eine Bloßstellung der plumpen Art und Weise, wie die Vereinigten Staaten die Vereinten Nationen als Deckmantel für eine Politik benützen, die bereits von Amerika festgelegt worden ist... Sind die Vereinten Nationen nichts anderes als eine Schaufensterdekoration für den US-Imperialismus geworden? Geständnisse wie dasjenige Hickersons tragen wenig dazu bei, Vertrauen in die Vereinten Nationen als unabhängige Organisation zu erwecken.»

Die Herrschaft des Rechtes bedeutet das Ende des Sterling-Imperialismus (wie des Dollar-Imperialismus! H. K.); und Großbritannien nahm diese Lehre als bindend an, indem es die Satzung der Vereinten Nationen unterschrieb.»

Krankes Frankreich Wenden wir uns aber für einmal von diesen asiatisch-afrikanischen Fragen ab und den uns näher liegenden europäischen Nöten zu, indem wir unsern *französischen* Nachbarn diejenige Aufmerksamkeit widmen, die ihr kritischer, ja kranker Zustand längst verdient hätte. Frankreich hat seit zwei Monaten die am weitesten rechts stehende Regierung von all den vielen Kabinetten, die es seit Kriegsende gehabt hat. M. Pleven hat nicht weniger als 35 Minister um sich geschart: 13 Radikale (Rechtsfreisinnige), 12 Konservative (er selber ist der dreizehnte) und 10 Volksrepublikaner. Das Schwergewicht liegt bei den Radikalen, die, einstmals die Partei des kämpferischen, fortschrittlichen Bürgertums jakobinischer Tradition, heute zu Schildhaltern der sozialen Reaktion und Sachwaltern eigennütziger Geldinteressen geworden sind. Die Sozialisten, die selbst «nicht in dem Ding sein wollen», möchten am liebsten die Regierung Pleven unverbindlich unterstützen, um ein Abgleiten des politischen Kurses nach ganz rechts zu verhindern und doch nicht systematische Opposition im Bunde mit den Kommunisten machen zu müssen. Die Kämpfe um die Subventionierung der katholischen Schulen haben aber nicht nur die Sozialisten in weit schärferen Gegensatz zu Pleven gebracht, als ihnen selbst lieb war, sondern, als Folge des noch einmal aufgeflammten Antiklerikalismus der Radikalen, die Regierungskoalition tatsächlich gesprengt und die Nationalversammlung arbeitsunfähig gemacht, so daß noch nicht abzusehen ist, wie beim Wiederzusammentritt des Parlaments im November die bisherige Regierung überhaupt weiterbestehen soll. Auch die Teilerneuerung der Generalräte — der versteinerten «Volksvertretungen» der Departemente — hat keine Klärung gebracht; der Ruck nach rechts, der in den meisten Departementen eingetreten ist, war ja nur dank einem Wahlsystem möglich, dem jede Vernunft und Gerechtigkeit fehlt und das dennoch nicht verhindern konnte, daß die Kommunisten rund einen Viertel aller Stimmen auf sich vereinigten — dies obschon im Seine-Departement (mit Paris und Umgebung) diesmal gar nicht gewählt wurde und unter den 40 Prozent Wahlabstinenten sicher auch zahlreiche Arbeiter waren, die sonst kommunistisch stimmen, aber der Zusammensetzung der Generalräte keine wirkliche Bedeutung zumaßen.

Wohin soll also Frankreichs Weg künftig gehen? Wohin *kann* er gehen? Versuchen wir darauf eine Antwort zu finden, indem wir in ganz großen Umrissen die sozial- und wirtschaftspolitische Entwicklung Frankreichs seit Kriegsende nachzeichnen.

Wer unmittelbar nach der Befreiung in Frankreich weilte, der erinnert sich sehr deutlich des mächtigen geistigen und politischen Auf-

schwungs, den das Volk damals zu nehmen schien. Große Pläne wurden gewälzt; die Hoffnung auf einen radikalen Umbau des ganzen gesellschaftlichen Gefüges erfüllte die Herzen; Frankreich stand — so konnte man meinen — an der Schwelle eines revolutionären und zugleich freiheitlichen Sozialismus. Je länger man aber zusah, desto gründlicher veränderte sich das Bild. Die alten sozialen und politischen Mächte gewannen von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr wieder an Boden, und heute hat man den Eindruck, Frankreich stehe nicht an der Schwelle einer realen, einer sozialistischen Demokratie, sondern an der Schwelle irgendeines Diktaturregimes, sei es nun konservativ-klerikaler oder revolutionär-kommunistischer Art. Drei Hauptursachen wirkten zusammen, um diese unglückliche Wendung herbeizuführen.

Einmal die heillose Zerrissenheit der Arbeiterklasse, der stärksten revolutionären Kraft, über die Frankreich potentiell verfügt. Der Bruch der Linkskoalition im Mai 1947, mit der Entfernung der Kommunistischen Partei aus der Regierung, und die nachfolgende Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in einen revolutionären, aber gewaltgläubigen, und einen demokratischen, aber lähm-reformistischen Flügel haben die Schwungkraft der Arbeiterklasse gebrochen.

Gleichzeitig erholte sich das besitzende und konservative Bürgertum von der Lähmung, die es im Gefolge der Widerstandsbewegung und des Sturzes der Kollaborationsregierung von Vichy befallen hatte. Die selbstsüchtigen Klasseninteressen der «zweihundert Familien», die Frankreich beherrscht hatten, machten sich aufs neue scham- und rücksichtslos geltend. Dies um so mehr, als das wirtschaftliche und soziale Gefüge Frankreichs außerordentlich stark durch das Vorhandensein eines reaktionären Kleinbürgertums bestimmt ist, das sich je und je als Schutzgarde hinter die großen kapitalistischen Trust- und Finanzinteressen gestellt hat. Es sind dies die Inhaber jener zahllosen Klein- und Mittelbetriebe, von denen Professor Georges Lasserre im «Christianisme social» (Mai/Juni 1951) sagt, sie seien «mittelmäßig in jeder Hinsicht, schlecht ausgestattet, infolge ihrer Kleinheit Hindernisse der Modernisierung, Hindernisse aber auch für den sozialen Fortschritt infolge ihres Geistes, der enger ist als derjenige der Großgeschäfte, Hindernisse für eine Gesundung der Staatsfinanzen infolge ihrer Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung und Hindernisse für ein gesundes Erfassen der Allgemeininteressen, weil es in Frankreich zuviel Betriebsinhaber, also Personen gibt, die profitmäßig denken und darum kaum mehr imstande sind, wirklich gemeinnützig zu denken».

Und schließlich hat — vielleicht als entscheidende Kraft — das Eingreifen Amerikas zugunsten der Wiederherstellung des alten wirtschaftlichen und sozialen Regimes mächtig dazu beigetragen, die Hoffnungen zunichte zu machen, die sich an die anscheinende Erneuerung des französischen Volkslebens bei Kriegsende knüpften. Ohne die-

ses Eingreifen — das kann man getrost behaupten — hätte Frankreich ein Regime bekommen, das an Radikalität dem britischen Labourregime zum mindesten nicht nachgestanden wäre.

Rückschritt auf der ganzen Linie Tatsache ist jedenfalls, daß Frankreich sozusagen überall, wo es nach vorwärts drängte, wieder auf seinen alten, jammervoll erstarrten Sozialzustand zurückgefallen ist. Von einer durchgreifenden Modernisierung und Verbesserung des Wirtschaftsapparates ist keine Rede. Die Ansätze zu einer sozial ausgerichteten Planwirtschaft (Monnetplan!) wurden systematisch zerstört. Ein neuer Wirtschaftsliberalismus wurde auf den Thron gesetzt, obschon die ganze Natur des Nachkriegskapitalismus ebenso wie die besonderen Störungen, die das Wirtschaftsleben Frankreichs erlitten hatte, ein erfolgreiches Funktionieren des klassischen «Automatismus» — der Selbstregulierung — der wirtschaftlichen Kräfte ausschließt und das Ergebnis somit nur die Bereicherung einer kleinen Schicht von Inhabern bevorzugter Stellungen im kapitalistischen Geschäftsdschungel auf Kosten der großen Volksmehrheit sein konnte. Nicht einmal die dringendsten sozialen Reformen wurden ernsthaft an die Hand genommen; statt der 450 000 Wohnungen, die nach dem Monnetplan alljährlich erstellt werden müßten, um der schlimmsten Not abzuhelfen, sind im Jahr 1950 nur 68 000 gebaut worden, und im laufenden Jahr werden es nicht viel mehr sein. Während sich die Gewinne der Unternehmer und Händler ständig vergrößerten, und auch die Bauern sich im ganzen recht gut erholen konnten, sank infolge der unaufhaltsamen Preissteigerung, der die Löhne nicht nachzukommen vermochten, die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten dauernd, bei gleichzeitig fortschreitender Vernichtung des Sparkapitals.

Natürlich gibt es auch in Frankreich Arbeiterkategorien, die sich recht gut stellen — zum Beispiel Maschinensetzer, Mechaniker, Eisenbahner der oberen Lohngruppen, Bergarbeiter —, aber die Großzahl der Lohnverdiener ist ganz bedenklich dran, namentlich die ungelernten Arbeiter und die Bauarbeiter aller Stufen, bei denen auch die Entwürdigung des Menschen im Arbeiter am ärgsten ist. Besonders empörend ist die Ausbeutung der Frauenarbeit, die in Frankreich weitherum betrieben wird. Und was die Kinder anbelangt, so schreibt ein Lehrer aus einer Pariser Vorstadtgemeinde dem «Esprit» (Nr. 7/8, 1951):

«Man erkennt die (Arbeiter-) Kinder an ihren schmutzigen, geflickten oder zerrissenen Kleidern, ihrem kränklichen, unterernährten Aussehen, ihrem groben Wesen und ihrer Gleichgültigkeit gegen alles, was nicht zu ihrem eigenen Leben gehört... Alle sind sie von Schwindsucht bedroht; 50 Prozent meiner Schüler leben in erschreckenden Verhältnissen, zu fünft in einem Zimmer mit schlimmer Geschlechtermischung. Von den extremen Fällen, in denen man bis zu zwölf Menschen in einem Zimmer findet, rede ich gar nicht. Die Schule ist für diese Kinder eine vom Himmel gesandte Zuflucht, aber nach ein paar Jahren müssen sie an die Zukunft denken.»

Bezeichnenderweise stammen nur zwei Prozent der Hochschulstudenten aus Arbeiterfamilien. Nimmt es wunder, daß die französischen Arbeiter mit Sehnsucht nach Rußland schauen, wo begabten Arbeiter- und Bauernkindern der Aufstieg zu den höchsten Bildungsmöglichkeiten offen steht und die ganze menschliche und gesellschaftliche Lage der Arbeiter so gehoben ist, wie das der Stand der Gesamtwirtschaft überhaupt zuläßt?

Krisenhaft verschärft wird diese ganze Lage durch die *militärische Aufrüstung*, die sich Frankreich, das heißt seine herrschende Klasse, von Amerika hat diktieren lassen, als Gegenleistung für die Stützung der bestehenden Ordnung, die sie durch die Vereinigten Staaten immerzu erfährt. Die Militärausgaben figurieren im Staatsvoranschlag für 1951 offiziell mit 740 Milliarden Francs, was immerhin eine Erhöhung um 66 Prozent gegenüber 1950 bedeutet. Aber diese Zahl bleibt weit hinter den wirklichen Ausgaben zurück; allein schon der Krieg in Indochina verschlingt jeden Tag annähernd eine Milliarde Francs, und dazu kommen dann die hohen Nachtragskredite, die im Laufe dieses Jahres bewilligt wurden, und die das Budgetdefizit in geradezu astronomische Ausmaße hinaufsteigern. Für das nächste Jahr sind die Aussichten nicht besser, hat doch der Budgetminister Courant letzthin enthüllt, daß die Gesamtausgaben Frankreichs im Jahr 1952 mindestens 3500 Milliarden Francs betragen würden, was ein Defizit von etwa 1400 Milliarden Francs (rund 17 Milliarden Schweizer Franken!) bewirken müßte. Die französische Wirtschaft droht unter dem Druck dieser Lasten immer mehr aus dem Gleichgewicht zu kommen. Es mangelt vor allem an Rohstoffen (Kohle, Buntmetalle, Baumwolle usw.) und Halbfabrikaten (zum Beispiel Stahl); es mangelt aber auch an Dollars, um die notwendigen Einfuhren zu bezahlen, zumal soeben die amerikanische Bundesversammlung die Wirtschaftshilfe an das Ausland auf etwa die Hälfte des Betrages herabgesetzt hat, den die Regierung verlangt hatte. «Kein Wunder», so bemerkt der Pariser Mitarbeiter des «Volksrechts» (8. Oktober), «daß das hohe in Aussicht genommene Aufrüstungsprogramm praktisch auf ein großes Defizit der Handelsbilanz hinausläuft.» Wie die französische Volkswirtschaft dieses Defizit decken will, ist zurzeit noch ebenso rätselhaft wie die Deckung des chronischen und noch immer größer werdenden Defizits der Staatsrechnung. Sicher ist nur, daß die *Lebenshaltung* der überwiegenden Mehrzahl aller Franzosen durch die Kriegsrüstungen weiter heruntergedrückt werden wird. Gewiß, die Interessenten dieser «Verteidigungspolitik» haben jetzt goldene Zeiten. Aber das gewöhnliche, lohnverdienende, steuerzahlende Volk? Die Lebenskosten sind seit März um mehr als 20 Prozent gestiegen. Brot zum Beispiel kostet jetzt 50 Francs das Kilo gegen bisher 39 Francs; gleichzeitig wurden die Preise für Kohle, Gas und Elektrizität wesentlich erhöht, was sämtliche anderen Preise, eingeschlossen diejenigen der Verkehrstaxen, ebenfalls hinauftreiben muß. Wohl hat das Parlament auf Antrag der Regierung den

Mindestlohn, auf den ein Arbeiter Anspruch hat, um 15 Prozent erhöht; aber die 20 000 Francs, auf die bei normaler Arbeitszeit (45 Stunden wöchentlich) auch der schlechtestbezahlte Arbeiter im Monat kommen soll (nach unserem Geld etwa 250 Franken, bei eher höheren Preisen als den unsrigen), reichen lange nicht aus, um eine wenn auch kleine Familie vor Not zu schützen, so daß man sich immer wieder fragt, wie es der französische Lohnverdiener überhaupt fertigbringt, sich wirtschaftlich auch nur einigermaßen über Wasser zu halten. Ob die gleitende Lohnskala, also die automatische Anpassung der Löhne an die steigenden Preise, für die sich die Nationalversammlung vor ihrer Vertagung mit großer Mehrheit ausgesprochen hat, auch vom Senat angenommen werden wird, ist noch eine große Frage. Und auch *wenn* es der Fall sein sollte, so wäre das Problem, wie *neue* Preissteigerungen und *weitere* Drehungen der Preis-Lohn-Schraube aufgehalten werden können, noch lange nicht gelöst. Mit Überzeitarbeit, wie sie jetzt vielfach üblich geworden ist — die 60- oder 70-Stunden-Woche ist eine häufige Erscheinung —, ist jedenfalls nur vorübergehend geholfen.

Gegenmittel! Die *Gewerkschaften* stehen dieser ganzen Sachlage mehr oder weniger machtlos gegenüber. Wohl wehren sie sich immer wieder durch Streiks gegen die Verschlechterung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder. Gerade jetzt gärt es in der Metallarbeiterschaft der Pariser Gegend wieder recht stark, haben doch die Verhandlungen mit den Unternehmern über eine neue Lohnerhöhung bisher zu keinem Ergebnis geführt. Um die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2108) zu zitieren:

«Sowohl die im sozialistischen Fahrwasser schwimmenden Gewerkschaften (Force Ouvrière), wie auch die kommunistische Confédération Générale du Travail (CGT) bewarben sich um die Gunst der Metallarbeiter und ermutigen auch andere Forderungen, die bei verschiedenen Kategorien von Lohn- und Gehaltsempfängern laut werden. Die Kommunisten propagieren dabei den Gedanken einer ‚Aktionsgemeinschaft' und verraten die Tendenz, die unabhängige Gewerkschaftsbewegung aufzusaugen und zugleich der Sozialistischen Partei den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Force Ouvrière hat soeben eine Erklärung veröffentlicht, wonach sie ein Bündnis mit den Kommunisten ablehnt, zugleich aber auf der Forderung nach der gleitenden Lohnskala beharrt und voraussagt, daß die Welle der Preissteigerungen nicht zum Stillstand kommen werde, so daß den Arbeitern mit einer momentanen Erleichterung nicht gedient sei.»

Das ist in der Tat der springende Punkt: Jede Lohnerhöhung, die die Arbeiter und Angestellten erkämpfen, mit oder ohne Streik, wird durch die unfehlbar darauffolgende Preissteigerung wieder wettgemacht, wenn nicht übertroffen.[2] Die französischen Gewerkschaften haben zwar seit Kriegsende ihre Mitgliederzahl in einem bisher nie erreichten Maß erhöhen können (von 4,5 Millionen im Jahr 1936 auf 6 Millionen heute)

[2] Eine bestimmte Fabrik, die ihre Löhne um 11 Prozent erhöhen mußte, durfte gleich darauf ihre Preise um 15 Prozent steigern.

und stellen auch im politischen Getriebe eine Macht dar, mit der gerechnet werden muß. Dennoch ist es ihnen nicht gelungen, das Lebensniveau der Arbeiterklasse auch nur auf der Höhe zu halten, die es vor dem Kriege gewonnen hatte. Immer wieder waren es die Besitzer und Beherrscher der großen Wirtschaftsmittel, die das mühsam und opfervoll Errungene fast mit einem Federstrich zunichte zu machen und ihren Anteil am Volkseinkommen nicht wenig zu erhöhen wußten. Ein Hauptmittel dazu war ihre Fähigkeit, die Preise für Güter und Dienstleistungen willkürlich zu steigern oder doch ihre Senkung, ja selbst ihre Stabilisierung zu verhindern, also eine *Inflation* zu erzeugen. War die vermehrte Ausgabe von Papiergeld, die bei gleichbleibendem Warenangebot zu Preissteigerungen führen mußte, zunächst ein Mittel überschuldeter Staatsverwaltungen gewesen, um sich neue Einnahmen ohne Steuererhöhung zu verschaffen, so benützen jetzt die Unternehmer, Händler und Bankleute den massiven Überschuß der Güternachfrage über das Angebot, wie er durch den Krieg und dann durch die Aufrüstung entstanden ist, planmäßig dazu, eine wirksame Preiskontrolle zu verhindern, durch entsprechende Handhabung der Währungs- und Kreditmaschinerie die Preise weiter zu steigern und so auf Kosten der Sparer wie besonders der Lohnbezüger ihre Gewinne zu vermehren. So ist es in erster Linie die Inflation gewesen, die alle Anstrengungen der Gewerkschaften zur Erhaltung oder gar Erhöhung der Kaufkraft der Löhne zunichte gemacht und die Umgestaltung der französischen Volkswirtschaft in der Richtung einer sozialistischen Planung verhindert hat.

Auch das Wirtschaftsgefüge Großbritanniens droht unter der Last der Kriegsrüstungen zusammenzubrechen. Allein die Voraussicht und Entschlossenheit der Labourregierung hat bisher immerhin soviel erreicht, daß durch energische Staatseingriffe das gemeinschaftswidrige Gewinnstreben einigermaßen gezügelt, die Geldentwertung eingedämmt, der Rohstoffmangel für die lebenswichtigen Wirtschaftszweige gemildert, Vollbeschäftigung erhalten und eine gewisse Mindestgerechtigkeit beim Tragen der Entbehrungen gesichert wurde. In Frankreich durfte der Eigennutz der Besitzenden alle ähnlichen Maßnahmen sabotieren. Im besonderen brachte er es zuwege, daß dank einem durch und durch unsozialen *Steuersystem* und einer geradezu grotesken Steuerhinterziehungspraxis eine Neuverteilung des Volkseinkommens und -vermögens, wie sie in England auf fiskalischem Wege vorgenommen wurde, nicht einmal in den Anfängen ernstlich versucht wurde. Die Landwirtschaft ist sozusagen überhaupt steuerfrei; andere Erwerbsgruppen genießen die verschiedenartigsten Erleichterungen, während zahlreiche große Steuerpflichtige sich mit Pauschalabkommen von ihrer Schuldigkeit gegenüber dem Staat loskaufen und der eigentliche Steuerbetrug dem Gemeinwesen schätzungsweise 500 bis 600 Milliarden Francs jährlich entzieht, so daß die Steuerlast im wesentlichen auf den mittleren und höheren Gehalts- und Lohnempfängern sowie auf den ganz großen Einkommen liegen

bleibt, die tatsächlich stark hergenommen werden — sofern ihre Bezüger redlich deklarieren. Der geringe Ertrag der direkten Steuern zwingt außerdem den Staat, sich in einem ungesund hohen Maße (zu etwa 60 Prozent) an die indirekten Steuern zu halten, die ungerechtesten von allen, da sie vor allem von den unbemittelten Volksschichten zu tragen sind, aber auch die schädlichsten, werden sie doch fast vollständig auf die Preise geschlagen, die wirtschaftlichen Reibungen und Störungen so immer aufs neue vermehrend.

Es paßt vollkommen zu dieser ganzen Sachlage, daß die «staatserhaltenden» Parteien die parlamentarische Opposition gegen ihre Klassenpolitik nach Möglichkeit unwirksam gemacht haben, indem sie, zu der Verdrängung der Kommunisten aus der Regierung und den höheren Verwaltungsstellen hinzu, mit ihrer jüngsten Wahlreform auch die kommunistische Vertretung in der Nationalversammlung künstlich vermindert haben. Kurz, die Wirtschafts- und Finanzpolitik der regierenden Parteien, ebenso wie ihre übrige Innenpolitik, scheint den französischen Arbeitern geradezu einhämmern zu wollen, daß der Staat wirklich nur die politische Machtorganisation der besitzenden Klasse ist, und daß es kein Entrinnen vor dem unbarmherzigen Walten des bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftsapparates gibt, es sei denn durch revolutionäre Gewaltanwendung und Aufrichtung der proletarischen Diktatur.[3]

Reformversuche Gibt es aber nicht dennoch Möglichkeiten, auf dem Weg sozialer Reformen in kleinem Maßstab die bestehenden Ordnungen allmählich von Grund auf umzugestalten? Es gibt solche «mikrorevolutionäre» Möglichkeiten, und sie sind auch auf vielfältige Art ergriffen worden. Aber wenn sie auch vielleicht die am meisten französische Form der Lösungsversuche für die soziale Frage darstellen, so haben sie bisher im ganzen doch wenig Erfolg gehabt. Wir zählen dazu die von fortschrittlich gesinnnten *Unternehmern* angestellten Experimente: Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten, Abstufung des Lohnes je nach dem Geschäftsumsatz, Arbeiteraktien, selbständig arbeitende Belegschaftsgruppen, Vermenschlichung der Beziehungen zwischen Betriebsleitung und Arbeiterschaft und dergleichen. So erfreulich der Geist ist, der sich in solchen Bemühungen kundtut, so geringfügig ist die Zahl der Unternehmer, die überhaupt diesen Weg betreten haben; die ungeheure Mehrheit der französischen «Arbeitgeber» lehnt ihn ab oder bleibt gleichgültig dagegen. Nicht sehr viel größer ist

[3] Alexander Werth berichtet in «The Nation» (22. September) von französischen Kommunisten, die ihm gestanden, sie würden Labour stimmen, wenn sie in England lebten; in Frankreich hätten sie keine andere Möglichkeit, als mit den Kommunisten zu stimmen. Das erklärt, daß gerade die tätigsten und ihrer Klassenlage am stärksten bewußten Arbeiter Frankreichs Vorkämpfer eines revolutionären Umschwungs sind und über die schätzungsweise höchstens eine Million betragende Zahl aktiver Kommunisten hinaus weitere vier Millionen Franzosen bei sämtlichen Wahlen der letzten Jahre kommunistisch gestimmt haben.

die Auswirkung der Reformversuche, die von den Arbeitern selbst ausgegangen sind, besonders der *Produktivgenossenschaften* (deren Zahl sich gegenwärtig auf immerhin 720 mit rund 50 000 Arbeitern beläuft) und der *Gemeinschaftsbetriebe* nach dem Muster der wohlbekannten Boimondaufabrik in Valence, dem etwa sechzig weitere, meist kleine Arbeiterunternehmungen nacheifern. Liefern diese Arbeits- und Lebensgemeinschaften auch ohne Zweifel den Beweis, daß die Befreiung von kapitalistischen Geschäfts- und Denkmethoden möglich ist, so bleibt die Bewegung dennoch zu schwach, um als Anfang einer Überwindung des herrschenden Wirtschaftssystems im ganzen gelten zu können.

Ähnliches gilt von den *Konsumgenossenschaften*, zumindest in Frankreich, deren Bedeutung als Pflanzstätten einer demokratisierten Wirtschaft kaum zu überschätzen ist, deren Ausbreitung aber mit der Notwendigkeit einer *raschen* Sozialisierung nicht Schritt hält, noch ganz abgesehen von dem wenig sozialistischen Geist, der sich weithin in ihnen eingenistet hat. Auch die von Gesetzes wegen unternommene *Nationalisierung* ganzer Wirtschaftszweige hat nicht gehalten, was sie versprochen; wenn sie auch erlaubt hat, die Produktion ganz bedeutend zu erhöhen, und in diesem Sinn ihre Überlegenheit gegenüber der Privatwirtschaft zu beweisen vermochte, so hat sich doch im inneren Verhältnis der Arbeiter zu «ihren» Unternehmungen kaum etwas geändert. Die daraus entsprungenen Streikbewegungen haben jedenfalls gezeigt, daß die Nationalisierungen, so wie sie praktisch vorgenommen wurden, ein psychologischer Mißerfolg waren, und die Interessenten der Privatwirtschaft haben natürlich nicht versäumt, aus diesem Versagen wie auch aus der angeblich unfriedigenden Rentabilität der verstaatlichten Unternehmungen kräftig Kapital zu schlagen. Nicht weniger enttäuschend war schließlich das Ergebnis jener anderen großen Reform, die nach Kriegsende mit der Einsetzung von *Betriebsräten* — in der Privatindustrie wie in den sozialisierten Wirtschaftszweigen — versucht wurde, und zwar nicht nur wegen des Widerstandes, den ihr die Unternehmer entgegensetzten, sondern vor allem wegen des Mißbrauchs, den die kommunistischen Gewerkschaften mit den Betriebsräten für politische Zwecke trieben, und wegen der Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Arbeiter, aus der neuen Einrichtung das herauszuholen, was nach der Absicht des Gesetzgebers aus ihr herauszuholen gewesen wäre.

Vierte Kraft! Was ist bei dieser Stockung allen sozialen und politischen Fortschritts — um nicht von einem eigentlichen Rückschritt zu reden — für die Zukunft Frankreichs zu erwarten? Man munkelt da und dort von einer Neubildung der ehemaligen Volksfront, also einer Koalition der Radikalen und Sozialdemokraten, vielleicht auch der linken Volksrepublikaner, mit den Kommunisten, zur Durchsetzung eines entschieden sozialfortschrittlichen Kurses. Aber abgesehen von der Versteinerung der sogenannten Radikalen ist die Kluft zwischen Kom-

munisten und Nicht- oder Antikommunisten so breit, daß ohne eine Wendung im Kalten Krieg zwischen Ost- und Westblock auch keine innerpolitische Wendung in Frankreich denkbar ist. Anderseits ist neuestens vom Wiedereintritt der Sozialisten in die Regierung die Rede. Allein die Bedingungen, welche die Sozialisten dafür nennen, scheinen vorderhand kaum erfüllbar zu sein. Insbesondere kommt die von ihnen geforderte Rückkehr zum früheren Stand der Dinge im Schulwesen überhaupt nicht mehr in Frage. Dank dem geschickten Manövrieren der Gaullisten (Rassemblement du Peuple Français, RPF), die durch ihre geschlossene Zustimmung zu der Loi Barangé den Ausfall der sozialistischen Stimmen mehr als wettgemacht haben, ist die parlamentarische Gruppierung, auf die sich die Regierung Pleven gestützt hatte, tatsächlich durch eine *neue Mehrheit* ersetzt worden, die zwar noch nicht gefestigt ist, aber doch große Aussicht hat, als «Vierte Kraft» an Stelle der «Dritten Kraft» zu treten, die bisher, schwächlich genug, zwischen Rechts- und Linksextremen eingeklemmt Frankreich zu regieren beanspruchte. Und das bedeutet nun zweierlei. Einmal: daß die *Abkehr* von dem in langen, historisch gewordenen Kämpfen geformten Grundsatz der *konfessionslosen, weltlichen Schule* eine vorerst nicht mehr rückgängig zu machende Tatsache ist. Nicht nur im freidenkerisch-antiklerikalen, sondern auch im protestantischen Frankreich wird diese Tatsache sehr ernst genommen. «So hat denn also», schreibt beispielsweise André Monnier in der «Cité Nouvelle» (27. September),

«der Vatikan die erste Runde der Partie gewonnen, die er in Frankreich angefangen hat, den Verfassungsbestimmungen zum Trotz. Die katholischen Schulen werden subventioniert werden. Die Mittel dafür werden durch eine Erhöhung der Produktionsabgabe aufgebracht werden, die alle Verbraucher zu zahlen haben. Die Ungerechtigkeit, über die sich die Katholiken beklagten, war nur Schein, da ihnen ja die Staatsschulen zur Verfügung standen. Aber sie werden sich zweifellos bequemer mit einer Ungerechtigkeit abfinden, die die Verfassung verletzt, indem sie die Nichtkatholiken mit den Subventionen für die Schulen belasten, welche die Römische Kirche verlangt. Wirklich, ein hübscher Erfolg in einem Land, das von Grund auf antiklerikal ist! ... Aber wenn das Volk schläft, so wird es doch bald erwachen. Und wir sagen unseren katholischen Freunden: Das Erwachen wird schrecklich sein.»

Nicht wenige Katholiken fühlen selbst und sprechen es auch klar aus, daß — und das ist die andere Bedeutung der Loi Bérange — ihr Erfolg in der Schulfrage teuer erkauft ist: mit einem weiteren scharfen *Ruck nach rechts*, der in der französischen Innenpolitik bevorsteht. Die neue Taktik der Gaullisten, die von ihrer Alles-oder-nichts-Politik zu einer kompromißlerischen Haltung, von einer grundsätzlichen, systematischen Opposition zu einer angeblich «aufbauenden» Opposition übergegangen sind, droht zu ihrer endgültigen — soweit eben in Frankreich überhaupt etwas endgültig ist — Einschaltung in die Regierungspolitik zu führen. Und das kann weitreichende Folgen haben. Das RPF ist eben keine Partei wie die anderen Parteien Frankreichs. «Es bleibt», wie Paul Fraisse im «Esprit» (Oktoberheft) bemerkt,

«von der Persönlichkeit seines Führers beherrscht, der sich als der kommende Wiederhersteller der Größe Frankreichs fühlt, und zwar eher im Sinn eines Monarchen oder eines Generals als in dem eines demokratischen Leaders. Er kann nicht Präsident einer Regierung sein, die von einer Parteienkoalition getragen wäre. Sein Streben geht offenkundig dahin, aus allen Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, Männer herauszuholen, die seine Person und seine Politik annehmen und mit keiner anderen Körperschaft mehr verbunden sein sollen. Diese Lösung wird sich nicht ohne eine schwere Krise durchsetzen, die nur internationalen Ursprungs sein kann: eine Verschärfung der Spannung zwischen den beiden Blöcken, die uns an den Rand des Bürgerkrieges führen würde. Der neue Aufruf, den de Gaulle 1947 in Straßburg erlassen hat, ist ganz genau mit dem Bruch zwischen den Alliierten zusammengefallen, und der Mann, der in sich eine geschichtliche Sendung spürt, redet und handelt denn auch ausgesprochen im Blick auf einen neuen kriegerischen Konflikt.»

Vom Kampfwillen der Arbeiterschaft Das sind bedrohliche Perspektiven. Und das Bedenklichste daran ist, daß die französische *Arbeiterschaft* zurzeit in hohem Grade denjenigen revolutionären Kampfwillen vermissen läßt, der sie an den Wendepunkten der Geschichte ihres Landes so oft erfüllt hat. Das französische Proletariat ist, wie Jean Marie Domenach im «Esprit» (Juli-August 1951) feststellt, von einer *großen Müdigkeit* erfaßt. Die Arbeiter haben das Gefühl, getäuscht worden zu sein. Vier große Streikwellen (Herbst 1947, Herbst 1948, Februar-März 1950, Februar-März 1951) sind im Sand verlaufen und haben das Los der Arbeiter nicht verbessert. Aus dem «Höllenkreis» von Lohnerhöhungen und Preissteigerungen ist nicht herauszukommen. Die Kaufkraft der Löhne geht eher zurück, als daß sie zunimmt. Auch politisch folgt seit der Befreiung eine Enttäuschung der anderen. Die Reaktion gewinnt andauernd an Boden. Staatsgewalt und Unternehmermacht verbünden sich, um jeden wirklichen Fortschritt der Arbeiterbewegung zunichte zu machen. Dazu die politische und dann auch die gewerkschaftliche Spaltung der Arbeiterfront — alles trägt dazu bei, Lähmung, Gleichgültigkeit und Unglauben in der proletarischen Welt zu verbreiten. Der Rückgang der Auflage auch der kommunistischen Presse — die sozialistischen Blätter sind schon lange schwindsüchtig — ist nur *ein* Zeichen für die Verflüchtigung der überschwenglichen Hoffnungen auf eine Neugestaltung aller Dinge, die bei Kriegsende das französische Volk bis tief in seine mittelständischen und sogar «oberen» Schichten bewegt hatte.

Und doch glaubt Domenach in seiner aufschlußreichen Studie über den Kampfwillen der französischen Arbeiterschaft auch Zeichen eines *Neuerwachens* feststellen zu können. Die Bewegung auf eine Wiedervereinigung der getrennten Gewerkschaften hin gewinnt sichtbar an Kraft. In der kommunistisch geleiteten Confédération Générale du Travail steigt eine neue Schicht von Kämpfern auf, die «weniger bürokratisch, geschmeidiger, achtsamer gegenüber den Regungen von unten her» sind. Die Sache der Arbeiter gewinnt neue Freunde im gewerblichen Mittelstand und bei den ernsten Christen. Die Geschichten über den

«unsichtbaren Dirigenten» der sozialen Unruhen finden weniger Glauben als früher; kurz: «die Arbeiterklasse ist weniger isoliert als noch vor drei Jahren, und sie ist sich dessen bewußt.» Gewiß, die Folgen der Lähmung sind noch lange nicht überwunden; die Confédération Générale du Travail, die seit der Gewerkschaftsspaltung etwa die Hälfte ihrer Mitglieder verloren hat, holt nur langsam wieder auf, und in den Renaultwerken zum Beispiel, die wiederholt den Anstoß zu großen Streikbewegungen gegeben haben, ist von den 40 000 Arbeitern und Angestellten immer noch erst ein Viertel organisiert. Aber schon erlebt man wieder spontane Kundgebungen entschlossenen Kampfwillens eines Proletariats, das sich furchtlos den Gewehren entgegenwirft; «in Clermont-Ferrand, in Marseille, in Brest oder Lyon hat man Zornesausbrüche, die ganz nahe an eigentliche Aufstandsleidenschaften heranreichten, erlebt, wobei Frauen und Jugendliche sich in die erste Reihe drängten, um die Polizeisperren zu sprengen».

So scheint sich vorab innerhalb der Gewerkschaften, aber auch schon in den politischen Formationen ein neuer Kampfgeist zu entwickeln, der seine Ziele klar ins Auge faßt und sich mehr und mehr auch den entmutigten oder gleichgültigen Arbeiterschichten mitteilt. Und man hat allen Grund anzunehmen, daß eine nächste Erhebung der französischen Arbeiterschaft nicht bei bloßen Teilreformen und Kleinversuchen stehen bleibt, sondern diesmal *aufs Ganze gehen* wird. «Ist es», so fragt Professor Lasserre in dem früher erwähnten Aufsatz, «nicht zu spät für all diese aufbauenden Bemühungen, für dieses ganze Experimentieren mit Strukturverbesserungen, für diese gesunde und normale Entwicklung auf eine neue Gesellschaft hin? Ist das alles nicht überholt und überlebt infolge der Verschlimmerung der sozialen und internationalen Lage, infolge des dringenden und tragischen Charakters, den das Problem annimmt?» Und er antwortet selbst, indem er die Erwartung ausspricht, daß die französische Arbeiterklasse, aus dem Scheitern aller bisherigen Versuche zur Reformierung der herrrschenden Ordnungen die Lehre ziehend, bei der nächsten Gelegenheit darauf ausgehen wird, die politische Macht fest in ihre Hände zu bekommen. «Die soziale Ungerechtigkeit», so sagt er, «ist so groß, daß man die Lage als moralisch revolutionär ansehen muß. Sie kann es von einem Augenblick auf den andern auch sozial und politisch werden. Die Entmutigung und Angewidertheit der Arbeiterklasse steht im Begriff, sich in Erbitterung zu verwandeln. Die nächste soziale Krise wird darum wahrscheinlich einen Charakter annehmen und Folgen haben, die viel ernster sein werden als die Krisen von 1936 und 1945. Sie wird die Möglichkeit eröffnen, zur Aufrichtung einer ‚Volksdemokratie' zu führen.»

Und die Christen! Georges Lasserre, der, wie man weiß, einer der ersten Vertrauensmänner der Bewegung des «sozialen Christentums» in Frankreich ist, faßt ohne Zaudern die Hal-

tung ins Auge, welche die Christen angesichts dieser Perspektive einnehmen müssen. Und wir wollen seine Meinung hier ausführlicher wiedergeben, eine Meinung, die in allem Wesentlichen durchaus auch diejenige des Schreibenden ist. Er sagt also:

«Eine Vorbemerkung ist nötig: Nicht *wir* haben die Wahl zwischen Kommunismus und Reformismus. Wir würden wahrscheinlich fast alle stufenweis fortschreitende Lösungen vorziehen, die ohne Gewalt und ohne Diktatur verwirklicht werden könnten. Das französische Bürgertum und der Mittelstand sind es vielmehr, die den revolutionären Ausweg immer weniger vermeidbar machen, weil sie jede Möglichkeit eines sozialen Fortschrittes aufhalten und versperren. Sie sind es, die das Sicherheitsventil geschlossen haben und für die Explosion des Kessels verantwortlich sein werden . . .[4]

Der Antikommunismus ist unfruchtbar und erfolglos. Wenn zurzeit viele Arme, viele Arbeiter zum Kommunismus übergehen, so hat das seine tiefen Gründe. Diese Gründe muß man verstehen und sich den Kern von Wahrheit zu eigen machen, der in dieser Haltung beschlossen ist. Ganz allgemein haben wir unsere Kenntnis des Marxismus zu verbessern. Aber die Tatsache bleibt, daß das Problem, das sich so den Christen stellt, eines der schwersten ist, das ihnen die Geschichte je gestellt hat.

Im Sinne nicht von strengen Grundsätzen oder starren Regeln, sondern von bloßen Wegweisungen könnten wir die folgenden drei Punkte aufstellen:

a) *Positive Haltung* gegenüber der *Revolution*. Normalerweise scheint der Christ mit den Endzielen des Marxismus einverstanden sein zu müssen: Aufrichtung einer Gemeinwirtschaft und Aufhebung der Selbstentfremdung des Menschen, wobei diese Ziele übrigens in christlicher Sicht nicht Selbstzweck sind, sondern nur Mittel zum Zweck der Versöhnung und der Brüderschaft unter den Menschen und der Entfaltung der Persönlichkeit. Es ist nötig, den Kapitalismus abzuschaffen, das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln zu begründen und durch umfassende Planung die Wirtschaft auf Ordnung und Fortschritt hin auszurichten. Man wird also loyal mit der Revolution zusammenarbeiten müssen, soweit sie jene Wandlungen vollzieht, deren Notwendigkeit wir längst begriffen haben.

[4] Die Verantwortlichkeit des Bürgertums für die Gewaltmethoden des Kommunismus stellte auch Aneurin Bevan, der Führer der (sehr gemäßigten) Opposition innerhalb der Labourpartei, an deren jüngstem Parteitag klar. Nach dem Bericht des «Manchester Guardian» (3. Oktober) «erinnerte er die Welt daran, daß die Russische Revolution von 1917 von der britischen Arbeiterschaft als Befreiung ihrer Arbeitsbrüder in Rußland von ‚jahrhundertelanger Tyrannei und Bedrückung' begrüßt worden sei. Was habe die Russische Revolution in eine neue Tyrannei verwandelt? Nun — das Eingreifen Churchills, der Londoner Geschäftswelt ‚und der übrigen kapitalistischen Welt'. Nicht die ‚Bösartigkeit' Stalins habe die Russische Revolution auf ein falsches Geleise gebracht, sondern die Handlungsweise von Churchill und Kompagnie.»

b) *Widerstandshaltung* gegenüber dem *Totalismus*. Denn der Christ lehnt die Methoden des Leninismus ab, soweit dieser meint, eine gerechte und brüderliche Gesellschaft befördern zu können unter Anwendung von Unredlichkeit, Verleumdung, Haß, Polizeidiktatur und Terror. Gegenüber der Anwendung solcher Mittel scheint der Widerstand aus Gewissensgründen die normale Haltung des Christen zu sein. Dieser sieht im übrigen die Wirkungslosigkeit von Methoden voraus, die, weil ihrer Natur nach im Gegensatz zu den erstrebten Zielen stehend, eher von ihnen weg als zu ihnen hin führen.

c) *Zeugnishaltung*. Es wird darauf ankommen, der Revolution die Ergänzung zu bringen, die sie früher oder später braucht und die sie im Christentum finden kann. Zurzeit sind die Marxisten stärker als die Christen, weil sie geschichtlichen Sinn und eine Geschichtsauffassung haben, die den an individualistisches oder kirchliches Denken gewöhnten Christen meistens abgeht. *Sie* sind es deshalb, die am meisten Aussicht haben, die Welt von morgen zu erbauen. Aber sie haben keine ebenso richtige Vorstellung von der Natur des Menschen. Sie verkennen die Tatsache, einerseits, daß das Böse seinen Ursprung im Menschen hat, und anderseits, daß der Mensch durch die Gnade umgewandelt werden kann.

Es ist darum leicht vorauszusehen, daß das totalitäre Gemeinschaftssystem, dem sie uns entgegenführen, nicht hinreicht, Harmonie, Brüderlichkeit und die Aufhebung der Selbstentfremdung des Menschen zu bewirken. Die Polizeidiktatur scheint sogar zu einer noch ärgeren Selbstentfremdung des Menschen zu führen, als sie die Geschichte jemals gekannt hat. Es wird deshalb ein Augenblick kommen, da die Revolution, bei Strafe des Scheiterns mit Bezug auf ihre eigenen Ziele, in ihrem scheinbaren Triumph das Christentum brauchen wird. Die Rolle der Christen wird dann nicht die Zertrümmerung des Werkes der Revolution sein, sondern ihre Vollendung in ihren besten Bestrebungen. Wenn das Christentum gereinigt, echt und wirksam genug ist, wird das letzte Wort ihm gehören.»

Internationaler Ausblick Kehren wir aber noch einmal zur Haltung der nichtchristlichen Arbeiterschaft Frankreichs zurück. *Wenn* es zu ihrer gewaltrevolutionären Erhebung gegen das alte Regime kommen sollte, so wird es wahrscheinlich im Zusammenhang mit einer schweren *internationalen* Krise sein. Denn auf internationalem Boden streut ja die herrschende Klasse Frankreichs eine böse Saat aus. Ihre *Rüstungspolitik* vor allem, die so schwer auf der Wirtschaft des Landes lastet, ist Ausfluß einer ebenso selbstsüchtigen wie kurzsichtigen Klassenpolitik. Wie die «Cahiers Internationaux» (Nr. 26, 1951) schreiben:

«Die gegenwärtige Steigerung der Militärausgaben ist nur das Ergebnis der Politik, die unsere Regierenden seit vier Jahren betreiben, seit sie mit dem Marshallplan Frankreich unter die Botmäßigkeit des amerikanischen Imperialismus gebracht haben.

Und diese Botmäßigmachung ist nur möglich gewesen, weil im Zustande der Zersetzung des französischen Regimes und angesichts des Aufsteigens des Sozialismus über die Welt hin das sogenannte ‚französische' Großkapital, das bereits ‚Hitler der Volksfront vorgezogen' hatte, keine andere Rettungsplanke mehr gesehen hat, als eine Gefolgsmannenstellung gegenüber seinem amerikanischen Oberherrn. ... Was man 1918 bis 1921 und 1938 bis 1940 nicht hatte zum Erfolg führen können, das hoffte man diesmal zu erreichen.»

Das ist etwas grob gezeichnet, aber im Wesen wahr. Erinnern wir uns daran, daß ein so besonnener und maßvoller Beurteiler der Politik seines Landes wie Claude Bourdet schon vor bald einem Jahr — und seither ist es keineswegs anders geworden — feststellte: «Nur die Reichen und Konservativen sind wirklich mit der gegenwärtigen Außenpolitik Frankreichs einverstanden.» («The Nation», 16. Dezember 1950.) Und wenn «Esprit» (Mai 1951) recht hat, dann ist selbst in den regierenden Kreisen und innerhalb der Regierungsparteien die Sympathie mit der amerikanischen Orientierung der französischen Außenpolitik nicht groß. «Es gibt», so glaubt J.-M. Domenach, «in der Nationalversammlung eine Mehrheit gegen die deutsche Wiederaufrüstung, gegen die blinde Nachläuferei unserer Diplomatie, gegen die Irrtümer und die Verbrechen des Kolonialismus, aber diese Mehrheit bleibt im geheimsten Herzen verborgen ... Man hat sich so sehr daran gewöhnt, das politische Leben in eine Domäne der Lüge — diejenige der Reden und Handlungen — und eine Domäne der Offenheit — diejenige der vertraulichen Aussprache mit nahen Freunden und der Erklärungen im engen Kreise — zu trennen, daß ganz natürlicherweise das Gerücht in gut unterrichteten Kreisen umlief, Präsident Auriol werde auf seiner Amerikareise offiziell sagen, was man den Amerikanern sagen müsse, ‚um ihnen zu Gefallen zu sein', während er ernste Worte und Warnungen für die Privatunterhaltung aufspare, die er mit Präsident Truman haben werde ... Das Übel ist ärger als die bloße klassische Doppelzüngigkeit des gerissenen Politikers. Es enthüllt die fortschreitende Verderbnis einer Politik, die sich infolge ihrer Unfähigkeit und ihres Versagens der amerikanischen Leitung so weit ausgeliefert hat, daß sie sich nicht mehr davon losmachen oder ihr auch nur im geringsten entgegentreten kann, es sei denn mit einer Anstrengung, die ihr übermenschlich vorkommt.»

Es scheint nun zwar, als sei, nicht zuletzt im Gefolge der Konferenzen von Washington und Ottawa, die Ernüchterung und Enttäuschung in den regierenden Kreisen allmählich doch so groß geworden, daß sie auch in der Führung der offiziellen Außenpolitik irgendwie Ausdruck finden müsse. Man fühlt sich mehr und mehr solidarisch mit England, das unter der Rüstungslast kaum weniger seufzt als Frankreich und unverhohlen nach Möglichkeiten ausschaut, seine Abhängigkeit von Amerika zu lokkern. Aber es braucht bei den bevorstehenden Unterhauswahlen nur die Konservative Partei zu gewinnen und Churchill wieder ans Ruder zu kommen, damit sozusagen automatisch die schwankende Regierung des rechten Zentrums stürzt und einem offen reaktionär-diktatorischen Re-

gime Platz macht, vielleicht unter der Führung des alten Paul Reynaud, der sich mit Churchill, Truman und Eisenhower ausgezeichnet verstünde. Bereits hat General de Lattre, der «französische MacArthur», wie ihn eine amerikanische Zeitschrift nannte, mit Washington eine neue Politik für *Indochina* vereinbart, das, nötigenfalls als zweites Korea, also durch militärisches Eingreifen der Vereinten Nationen, vor dem Kommunismus gerettet, wenn möglich aber durch einfache amerikanische Waffen- und Geldhilfe in sechs Monaten wieder zur Botmäßigkeit gebracht werden soll. Ob dieser Aussicht scheint es den Pleven, Schuman und René Mayer doch etwas schwül zu werden; aber wer A sagt, muß auch B sagen, und daß die Logik der Dinge auf eine enge «Zusammenarbeit» Frankreichs mit Amerika auch in Indochina drängt, das kann kaum zweifelhaft sein.

Die deutsche Drohung Ähnlich steht es mit der *Wiederaufrüstung Westdeutschlands.* Die energische Beschleunigung der Remilitarisierung der Bonner Republik, die an der Washingtoner Konferenz beschlossen wurde, hat den meisten Franzosen doch einen Stoß in die Herzgegend versetzt. «Im knappen Zeitraum der nächsten drei Monate», so stellte der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» am 16. September fest,

«soll sich der Pleven-Plan, von dem man bisher eher annahm, daß er in den Wolken schwebe, in ein mit Brief und Siegel verbürgtes Vertragswerk verwandeln. Mit andern Worten: Es wird, abgesehen von einem für den Schutz der überseeischen Gebiete verbleibenden Restbestand, keine französische Armee mehr geben. Die tausendjährige, im Schulunterricht und in der Literatur reichlich gepflegte Tradition des französischen Kriegsromans geht zu Ende. Der psychologische Schock, der von dieser Neuigkeit ausgeht, wird durch eine Reihe von weiteren Nachrichten verstärkt. Es wird keine französische Uniform mehr geben, sondern eine einheitliche Montur der europäischen Truppen, kein französisches Armeeministerium, sondern einen internationalen Kommissar, darüber hinaus gemeinsame Stäbe und gemeinsame Offiziersschulen für den neuen Staatenverein. Ob im militärischen Bereich der Nationalflagge, der Tricolore, noch eine Existenzberechtigung zukommt, wird einstweilen nicht gesagt.»

Allein es müßte schon fast ein Wunder geschehen, wenn das offizielle Frankreich nicht auch in der deutschen Frage endgültig auf die amerikanische Linie einschwenken würde. Mögen der besseren Form halber die französischen Vorbehalte gegenüber den deutschen Begehren einigermaßen Berücksichtigung finden: die Wiederaufstellung einer deutschen Nationalarmee, die die beherrschende Militärmacht des festländischen Mittel- und Westeuropas sein wird — zumal da England außerhalb der Plevenschen «Europaarmee» zu bleiben entschlossen ist —, wird unweigerlich zur Tatsache werden, wenn die Washingtoner Beschlüsse ausgeführt werden. Und was das für Frankreich bedeuten kann, das weiß man bis ins hinterste bretonische Dorf hinein, den Beschwichtigungsreden de Gaulles zum Trotz, in denen er, wie unlängst an einem Bankett der englisch-amerikanischen Pressevereinigung in Paris, versichert, nur auf einer deutsch-französischen Verständigung könne «die Einheit des noch

freien Europa aufgebaut werden», und Frankreich habe keinerlei Grund zur Beunruhigung, wenn die «gleichberechtigte und autonome Beteiligung Deutschlands an der Verteidigung des Westens» gesichert werde.

Wenn aber Frankreich nicht beunruhigt sein sollte — *Rußland* ist es ganz bestimmt. «Die Aufstellung westdeutscher Truppen», so liest man wiederum in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 2217),

«droht das Kräftegleichgewicht in Europa in entscheidendem Maße zum Nachteil der Sowjetunion zu verändern. Sie würde nicht nur das Verteidigungssystem unter der Leitung General Eisenhowers stärken, sondern darüber hinaus weitreichende *politische Auswirkungen* haben. Bonn würde seine Forderung nach der Befreiung der Ostzone und seinen Anspruch auf die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie mit unvergleichlich stärkerem Nachdruck vertreten können. Der *deutsche Revisionismus* im Besitze militärischer Machtmittel würde starken Auftrieb erhalten. Wie die Situation sich heute darbietet, hat freilich der Kreml nur die Wahl zwischen zwei Übeln: entweder nimmt er den westdeutschen Wehrbeitrag hin mit allen sich daraus ergebenden Folgen, oder er sucht ihn dadurch zu verhindern, daß er als Gegenleistung die Preisgabe der Deutschen Demokratischen Republik anbietet. In beiden Fällen muß er eine Schwächung seiner Position befürchten, vor allem im Hinblick auf Polen und die Tschechoslowakei, die sich seit geraumer Zeit bereits von dem Wiederaufstieg Deutschlands bedroht fühlen.»

Rußland hat anscheinend das zweite Übel gewählt: durch den Mund Grotewohls, des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, hat es der Deutschen Bundesrepublik jenes vielumstrittene Angebot machen lassen, das darauf abzielt, auf Grund gesamtdeutscher Wahlen eine Einigung Deutschlands in der Weise herzustellen, daß Deutschland entwaffnet und außerhalb jeder Mächtegruppierung bliebe, also auch nicht als Rammbock gegen den Ostblock verwendet werden könnte. Die sogenannte freie Welt hat dieses Angebot selbstverständlich wieder als ein höchst tadelnswertes, ja bösartiges und hinterlistiges Manöver des Kremls hingestellt, dazu bestimmt, durch Verhinderung der westdeutschen Aufrüstung eine Eingliederung ganz Deutschlands in den Ostblock, wenn nicht einen sowjetischen Angriffskrieg gegen Westeuropa vorzubereiten. Allein, es ist fast mit Händen zu greifen (und die vorhin angeführte Stelle aus der «Neuen Zürcher Zeitung» bestätigt es), daß Rußland umgekehrt einen *westmächtlich-deutschen* Angriff oder zumindest eine derartige Verstärkung des militärisch-politischen Druckes auf die Sowjetunion fürchtet, daß ihm keine andere Wahl bliebe, als unter verzweifelt widrigen Umständen einen Krieg anzunehmen, wenn es nicht die Auslieferung Ostdeutschlands, Polens, Ungarns usw. an die kapitalistisch-faschistische Reaktion zugestehen wolle. Wenn also von einem Manöver gesprochen werden will, das sich um den Grotewohl-Plan herum entfalte, so kann das nur in dem Sinn sein, daß die Bonner Regierung und die Westmächte den Schein zu erwecken suchen, als wollten sie auf das Angebot des ostdeutschen Ministerpräsidenten ernsthaft eintreten, daß sie aber in Wirklichkeit entschlossen sind, unter allen Umständen die Militarisierung Westdeutschlands durchzuführen und keine Neutralisierung eines geeinigten Deutschlands zuzulassen, sondern

nur gesamtdeutsche Wahlen für sich allein, die natürlich eine erdrükkende Mehrheit der «demokratischen», das heißt westlich ausgerichteten Parteien ergeben würden.

Auch das offizielle Frankreich beteiligt sich eifrig an diesem Manöver. Ob auch das französische *Volk* dahinter steht, ist eine andere Frage. Oder nein — es ist keine Frage: die Mehrheit der Franzosen ist *gegen* eine Wiederaufrüstung Deutschlands, von der sie nicht nur eine militärische und wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands in Mittel- und Westeuropa fürchten, sondern auch die Hineinzerrung Frankreichs in einen deutschen Revanchekrieg gegen den Ostblock. Und vor einem neuen Kriege graut es den Franzosen nun eben einfach im höchsten Maß. Die Bewegung für eine *neutrale* Haltung Frankreichs im West-Ost-Konflikt hat hier ihren Ursprung. Und wenn auch bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung die neutralistischen Kandidaten sämtlich mit Glanz unterlegen sind, so heißt das wirklich nicht, daß der Gedanke des Nichtmitmachens in einem dritten Weltkrieg im französischen Volke nur schwach verbreitet sei; allein schon die Tatsache, daß die kommunistische Partei, die gerade dieses Nichtmitmachen zum Grundsatz erhoben hat, nach wie vor einen Viertel der Wählerschaft um sich schart, schließt eine derartige Möglichkeit aus. Aber das ist schon richtig: der Wille zum Widerstand gegen jede Beteiligung Frankreichs an einem neuen Krieg muß viel offenkundiger und eindeutiger zum Ausdruck kommen; er darf nicht das Monopol einer einzelnen Partei und einiger isolierter Gruppen christlich-pazifistischer oder sozialistischer Prägung sein, muß vielmehr *Volkssache*, bewegende Kraft der außenpolitischen Haltung *aller* Franzosen oder doch ihrer großen Mehrzahl werden. Dann wird es keiner französischen Regierung mehr möglich sein, auf der amerikanisch-antisowjetischen Linie ihr Volk in eine neue internationale Katastrophe hineinzustoßen. Dann wird man sich auch in Amerika zweimal besinnen, bevor man seine Druck- und Drohpolitik gegenüber der Sowjetunion bis zu dem Punkte fortsetzt, da es wirklich nur mehr Biegen oder Brechen heißt. Und dann wird Frankreich wieder einmal der Menschheit in einem entscheidenden Augenblick ihrer Geschichte einen Dienst geleistet haben, der ihm selbst unvergängliche Ehre und echte Größe eintragen wird.

15. Oktober. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNG

Atombombenversuche im Pazifik

David Bradley: «*Atombombenversuche im Pazifik.*» Diana Verlag Zürich.

«So sollt ihr hören von Taten, fleischlich, blutig, unnatürlich, zufälligen Gerichten, blindem Mord, von Toden, durch Gewalt und List bewirkt, und Plänen, die verfehlt zurückgefallen auf der Erfinder Haupt.» (Horatio in «Hamlet», 5. Akt, 2. Auftritt.)

Der amerikanische Arzt David Bradley hat seinem Bericht über die Atombombenversuche in Bikini, denen er als radiologischer Experte beiwohnte, das obenstehende, vielsagende Zitat vorgesetzt. Denn Bradley durfte zwar keine «militärischen Geheimnisse» enthüllen, trotzdem hat er für den einfachen Leser die Frage der *Stellungnahme* zu den Kriegsmächten und zum Atombombenkrieg unabweislich gestellt. Der eindringliche, sachliche Hinweis auf die Wirkung dieser nun auf unserer Erde bereitgehaltenen Zerstörungskraft stempelt Bradleys Buch zum Gewissenserwecker.

Die Reichweite dessen, was Shakespeare meint, ist in unserer Zeit ins Unbegrenzte gewachsen. Diese Erweiterung des Satansdienstes des Menschen und der Entfesselung des Bösen im Menschen ist im wesentlichen durch die moderne Technik und den mit ihrer Hilfe geführten modernen «Krieg» geschehen. Freilich so – und das dürfen wir nie vergessen –, daß sie selbst nur Ausdruck eines *Abfalls* von Christus zum Antichrist, vom Reiche Gottes zum Weltreich, von Gott zum Mammon, von der Wahrheit zur Lüge und zum Machtrausch, von der Gerechtigkeit Gottes zur Selbstgerechtigkeit des Menschen und einer umfassenden Verantwortungslosigkeit ist. Jetzt ist diese Welt, die sich immer noch am wahrsten gibt, wenn sie in ihrem herrschenden bürgerlichen Teil die sogenannte «freie Wirtschaft» mit ihrem Bewegungsgesetz der «Rendite» als die Grundlage aller menschlichen Existenz angibt, an ein Ende gekommen. Sie kämpft um ihr Leben, um ihre «Rettung» nicht nur vor dem Bolschewismus, sondern vor der sozialen, geistigen und religiösen Revolution überhaupt. Ob ihr nicht das Jesuswort gilt: «Wer sein Leben retten will, der wird es verlieren; wer es aber verliert um meinetwillen, der wird es gewinnen!»? Die Kraft der falschen Rettung soll die Kriegsrüstung sein, die Rüstung zu einem totalen Krieg mit Atomwaffen. Der Gegner, der Bolschewismus, hat, was die Austragung des Gegensatzes anbelangt, einen ähnlichen Glauben wie die bürgerliche Welt. Es ist der Glaube an die Überwindung des «Bösen» durch die Gewalt. Sozusagen klassisch formuliert es Karl Marx an folgender Stelle: «Der Junikampf zu Paris, der Fall Wiens, die Tragikomödie des Berliner Novembers 1848, die verzweifelten Anstrengungen Polens, Italiens und Ungarns, Irlands Aushungerung – das waren die Hauptmomente, in denen sich der europäische Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse zusammenfaßte, an denen wir nachwiesen, daß jede revolutionäre Erhebung, mag ihr Ziel noch so fernliegend dem Klassenkampf scheinen, scheitern muß, bis die revolutionäre Arbeiterklasse siegt, daß jede soziale Reform eine Utopie bleibt, bis die proletarische Revolution und die feudalistische Konterrevolution sich in einem *Weltkrieg* mit den Waffen messen.» (Karl Marx: «Lohnarbeit und Kapital.») Weltkrieg und Weltrevolution sind in der Tat im Gang und ebenso die Gegenaktion als Rettungsaktion der bürgerlichen Welt. Wir sind – nicht aus Neutralität, sondern grundsätzlich auf *unsere* Art – ebenso weit vom Bolschewismus wie von der Selbstrettungsaktion der bürgerlichen Welt entfernt, denn wir wollen in diesem ganzen Kampfe *Wahrheit und Gerechtigkeit* und nicht Lüge und Heuchelei. Wir wollen eine neue Welt durch einen neuen Geist und mit einer neuen Gerechtigkeit, die alle Verhältnisse und alle Beziehungen der Menschen und der Völker durchdringt und neu gestaltet. Wir wollen Gottes Reich und Willen auch in dieser Lage und nichts anderes. Zitieren wir noch ein Wort von Leonhard Ragaz aus dem Jahre 1918, das so aktuell wie nur je ist: «Bolschewismus oben und unten (heute müßte man eher sagen: im Westen und im Osten – d. Schr.), das war die Signatur der Lage. Ihr Wechselspiel reißt uns ins Verderben. Der Bolschewismus ist überall der Glaube an die Gewalt, statt an das Recht, an die Diktatur, statt an die Demokratie, an den Absolutismus, statt an die Freiheit, an die Materie, statt an den Geist. Das Bürgertum hat in seiner Masse den bolschewistischen Glauben, so gut und mehr als die Sozialdemokratie (gemeint ist die damals der III. Internationale zuneigende Sozialdemokratie). Der Bolschewismus ist Imperialismus und Militarismus in anderer Gestalt. Kein Wunder, daß er sich aus dem Weltkrieg erhebt als furchtbarer Gegner jener neuen Welt, die wir erhoffen. Er ist als ein Bastard-Kind von alter und neuer Welt. Er will die sozialistische neue Welt, will sie aber im Geist der alten. Das eine ist sein Recht, das andere sein Unrecht. In dieser Mischung von Recht und Unrecht besteht sein Zauber und sein Fluch.

Aber wie wird er bekämpft? Natürlich nicht mit *seinen* Waffen, nicht mit Gewalt und Diktatur, mit Bajonetten und Maschinengewehren und mit Lug und Trug. Vielmehr nur auf zwei Weisen, die im Grunde nur eine sind:

Erstens: Wir müssen diese ganze heutige Ordnung, die im Politischen, Sozialen, Geistigen bolschewistisch ist, beseitigen und sie durch eine umgekehrt orientierte ersetzen.

Zweitens: Wir müssen dies tun in einem neuen Geiste, in demjenigen Geiste, der wirklich der neuen Welt entspricht und mit den Mitteln, die ihr gemäß sind.» Dazu ist es nicht gekommen, sondern zum falschen Kampf der bürgerlichen Welt gegen den Bolschewismus und schließlich zum Nazismus und Faschismus, zum zweiten Weltkrieg und zur Atombombe und nun zur Vorbereitung des dritten Weltkrieges, des Atombombenkrieges. *Wo keine Umkehr und keine tiefgreifende Erneuerung ist, gibt es keinen Weg für die Völker.* Dann sind die Erdbeben der Geschichte nötig. Dann erfolgt nicht nur menschlicher Umsturz, sondern *Gottes Umsturz.* Zeitalter, die sich nicht dem befreienden und erlösenden «Gesetz» der Umkehr beugen, stehen unter dem richtenden Gesetz des Umsturzes, den sie sich selber bereiten. Das ist eine Grundlehre der ganzen biblischen Botschaft, die freilich die Hüter der bestehenden «Ordnungen» noch immer den Völkern verschwiegen haben. In dieser Lage sind wir, und das heißt, daß wir vor einer Vernichtung menschlichen und geschöpflichen Lebens in riesigen Ausmaßen stehen, wenn nicht in den kurzen Fristen, die uns vielleicht noch gegeben sind, *eine völlige Wendung der Geistesrichtung der Völkerwelt von allem Satanismus weg, zur Welt Gottes und des Menschen hin erfolgt.*

Wer Bradleys Buch gelesen hat – und seine Lektüre ist in mancher Beziehung ebenso erschütternd wie John Herseys «Hiroshima» –, wird von ihm, wenn er seine Wahrheit erkennen will, gründlich davon geheilt, zu meinen, ein solcher nackter Satanismus (wie es der heutige Krieg überhaupt ist!) könne dämonische und böse Mächte auf dieser Erde und unter den Völkern beseitigen. Oder gar, er könne zum Aufbau einer Ordnung des Rechtes dienen! Das Satanische soll das Satanische überwinden? Mit dieser Lüge hat es das Menschengeschlecht immer wieder probiert. Wir sind in die Zeit gekommen, wo es das sogar noch einmal in der wahnsinnigsten Weise zu versuchen scheint; aber welchen Preis wird es dafür bezahlen müssen, um diesen Lügengeist endgültig loszuwerden? Wird dieser Preis nicht einem weitgehenden Selbstmord des Menschengeschlechtes nahekommen und dem Triumphe Satans dienen? Denn der Krieg ist zum Triumph Satans geworden. Lassen wir uns von dieser Erkenntnis durch keinerlei Trug mehr abbringen! Und – stehen wir zu Christus!

Eine kleine Auswahl von Zitaten aus dem in Tagebuchform geschriebenen Buch von Bradley möge von diesem «Wunder Satans», als was Leonhard Ragaz die Atombombe bezeichnete, eine Ahnung geben:

In den Zeitungen las man: «Für Presse und Publikum besteht ein strenges Verbot, sich der ‚Independence' (ein mit der Strahlungsseuche nach San Franzisko abgeschlepptes Großschiff der Bikini-Flotte) zu nähern. Nach Ansicht der Flottenbehörden tut man am besten, wenn man sich dieses furchtbare Symbol einer vielleicht uns allen drohenden Zukunft von einem der Hügel aus betrachtet, die San Franzisko bekränzen.»

«Gegen die Ansicht, die hier zum Ausdruck kommt, lehnt sich der Verfasser dieses Buches auf. Gerade die Presse, vor allem aber die breite Öffentlichkeit hätte dringenden Anlaß, sich an Bord zu begeben und ihre ‚Independence' gründlich kennenzulernen! Vor den Gerichtshöfen des Landes schützt Unkenntnis des Gesetzes nicht vor der Strafe. Ebensowenig kann vor dem Gerichtshof der gesamten Menschheit, welcher jetzt in den hellen und dunklen Winkeln der Erde tagt, Unkenntnis der die Atomenergie regierenden Gesetze Straflosigkeit verbürgen.»

«Obzwar weniger dramatisch als Hiroshima und Nagasaki, rufen uns die Versuche von Bikini eine weit deutlichere Warnung vor der nachhaltigen und schleichenden Natur der radioaktiven Kräfte zu, durch die sie zu einer so idealen Waffe im Kriege gegen Zivilbevölkerungen wird.»

«Wenige Millionstelgramm Radium, die sich in einen menschlichen Körper verirrt haben, können tödlich wirken, wie sich bereits vor Jahren im Falle von Arbeitern

zeigte, die mit der Herstellung von Leuchtzifferblättern für Taschenuhren beschäftigt waren. Das Material, aus dem die Atombombe besteht – Plutonium –, hat eine ganz ähnliche Wirkung und ist sogar noch toxischer (giftiger). Sind diese Substanzen erst einmal in den Körper eingedrungen, sei es durch Schnittwunden, Atmung oder Nahrungsaufnahme, dann sind sie schwer zu entfernen. Sie haben die Neigung, sich in den Knochen abzulagern, wo sie entweder das blutbildende Mark zerstören, so daß der Betroffene an Blutmangel stirbt, oder aber die Bildung tödlicher Knochentumore anregen.»

«Es ist schwer, die ganze riesenhafte Größe dieser Explosion geistig zu erfassen. So wird uns zum Beispiel gesagt, daß die Sprengwirkung der Bombe 20 000 Tonnen TNT gleichkommt. Wer unter uns aber hat jemals schon eine große Pulverfabrik in die Luft fliegen oder auch nur einen kleinen Schubkarren voll TNT explodieren sehen? Es wird uns gesagt, die Intensität der Hitze und des Blitzes im Augenblick der Detonation werde derjenigen der Sonne gleichkommen. Der Feuerball, der dann das Zentrum des Zielareals umhüllt und das konkrete Merkmal der Explosionshitze darstellt, ist etwa eine Meile (1,6 Kilometer) im Durchmesser.»

«Die sonderbarsten Dinge erweisen sich als radioaktiv: eine Schiffsglocke aus Messing; einige Chemikalien eines Kästchens für Erste Hilfe auf Deck; ein Stück Seife, das in einem Strom von Neutronen lag. Man kann nie sagen, was für unbedeutende Gegenstände die unsichtbare Brandzeichnung der Atombombe tragen werden.»

«Auf den ersten Blick konnte man die ‚Crossroads'-Experimente leicht für einen Fehlschlag halten. Vom militärischen Standpunkt aus bestätigen die beiden Explosionen nur, was man bereits vorher über die Wirkungskraft einer Kettenreaktion als Explosivstoff wußte, und zudem erwiesen sie über jeden Zweifel und jede Erwartung hinaus, was man von einer radioaktiven Verseuchung von Land, Meer und Luft zu befürchten hat. Vom wissenschaftlichen Standpunkt bleibt uns noch die Aufgabe übrig, die Erfahrungen aus dem groben Naturlaboratorium von Bikini auszuwerten und den Archiven militärischer Geheimnisse zu entreißen. Am schwersten versagten wir bei all diesen Tests durch unser Unvermögen, die soziologischen Auswirkungen zu erfassen. Ganz offensichtlich hat das tödliche Potential der Bombe nur ein paar wenige gleichgesinnte Schwarzseher mit dem ganzen Grauen seiner Wirkungsweite gepackt.»

«Aus diesem Erlebnis ist der Verfasser mit der festen Überzeugung hervorgegangen, daß die Menschen die bedrohlichen Eigenschaften der Atomkraft verstehen und damit umgehen lernen müssen, sofern das Leben, so wie wir es kennen, fortbestehen soll.»

«In der großzügigen Kostenrechnung für die ‚Operation Crossroads' wird die Verschandelung dieser Inselkleinode im Pazifischen Ozean nicht einmal erwähnt werden. Wer sie aber gesehen hat, kann sie nie vergessen.» Es bedeutet tatsächlich einen teuflischen Hohn, wenn man sich vergegenwärtigt, daß – wie der Schreibende in einem Bericht über die nun auch der Zerstörung durch Atombombenversuche anheimfallende Insel Eniwetok («National-Zeitung» Basel, Nr. 228) las – der Spanier Alvaro de Saavedra, als er 1529 diese Koralleninseln entdeckte, sie ob ihrer Herrlichkeit «Gottes Garten» nannte. Und Adalbert von Chamisso hat neben der Schönheit dieser Inseln auch die bedürfnislose, anmutige, gutartige und begabte Inselbevölkerung gepriesen. Weiter schreibt der Autor: «Das Atom und das Weltall – beide wurden zum Spielzeug der modernen Physiker.»

«Wir wissen ja noch gar nicht, bis in welche Entfernungen von Bikini die ‚Strahlungsseuche' sich fortzupflanzen vermag. Jedenfalls haben wir nur eine sehr unklare Vorstellung davon, welche äußersten Folgen ein mit allen Mitteln der Zerstörung geführter Atomkrieg haben könnte, der unsere Küsten, unseren Fischbestand und unsere Landwirtschaft verheeren würde. Immerhin wissen wir aber schon jetzt das eine, daß Bikini mehr ist als ein weltabgeschiedenes kleines Atoll im Pazifik, ein bloßer Stecknadelkopf auf einer selten benützten Landkarte. Nein – Bikini ist die Bai von San Franzisko, der Puget-Sund, der Hudson. Es ist die Themse, ist das Adriatische Meer, der Hellespont und der nebelhafte Baikalsee. Unser Test betrifft keineswegs nur König

Juda, Eingeborenenhäuptling von Bikini, und seine evakuierten Untertanen, über die wir denken oder die wir vergessen. Wieviel ist zu tun, und wie wenig Zeit und Erfahrung haben wir, es zu tun!»

«Die Frage ist nicht so sehr politischer als biologischer Natur. Nicht die Sicherheit eines politischen Systems, sondern der Fortbestand der Menschheit steht bei dem wahllosen Gebrauch atomischer Energie zur Erzwingung politischer Ziele auf dem Spiel. Die einzigartigen Probleme der Kernenergie sprechen für sich selbst. Nichts daran ist so schwierig und tief, daß erst ein Wissenschafter sie in die Alltagssprache übersetzen müßte:

1. Es gibt keine wirkliche Abwehr gegen Atomwaffen. 2. Es gibt keine befriedigenden Gegenmaßnahmen und Entseuchungsmethoden. 3. Es gibt keine befriedigenden medizinischen oder sanitären Schutzmaßnahmen für die Bewohner «atomisierter» Gebiete. 4. Der verheerende Einfluß der Bombe und ihrer noch ungeborenen Verwandten kann das Land und seine Bodenschätze – und damit seine Bevölkerung – durch das Andauern der Radioaktivität auf Jahrhunderte hinaus in Mitleidenschaft ziehen. Diese Befürchtungen sind theoretisch bekräftigt worden durch Tausende von Tierversuchen und praktisch durch die Erfahrungen in Hiroshima, Nagasaki und Bikini. In diesem Sinne waren die Experimente von Bikini alles andere als Mißerfolge. Allzu rasch geplant und allzu rasch durchgeführt, mögen sie das wirkliche Problem nur in groben Zügen umrissen haben; darum aber zeigen diese Umrisse nicht weniger deutlich den Schatten des Kolosses, der unsere Zukunft bedroht.»

Eine Zeitlang hat man den Versuch gemacht, die Wahrheit über die Folgen des Atombombenkrieges zu verharmlosen. Neuerdings schweigt man sich darüber aus; denn den Völkern soll der Krieg wieder schmackhaft gemacht werden. Und auf allen Seiten ist es ja nur ein «Verteidigungskrieg». Nein, es wird der Beginn eines Höllen-Zeitalters sein, dem wir uns vielleicht zu früh entronnen glaubten, als Hitler (um ihn als Symbol dieser Zeit zu nehmen) in den Abgrund fuhr. Es ist ein merkwürdiges Wortspiel, daß der Atombombenabwurf auf Bikini sich «Operation Crossroads» nannte, «Operation Kreuzweg». In der Tat ist die Völkerwelt an diesem «Kreuzweg» angelangt. Sollte er nicht bedeuten, daß die Völker und Menschen sich zutiefst auf die Entscheidungen besännen, vor denen sie stehen und die sie treffen müssen? Für solche aber, «die mit Ernst Christen sein wollen» (wir gebrauchen mit Absicht diese Formulierung Luthers), stellt sich die Frage, ob sie die Stimme dessen hören wollen, der der Weg, die Wahrheit und das Leben ist, Christus aber ruft, wie vielleicht noch nie seit den Tagen seines Erdenlebens, nun als *der lebendige Herr*, zur Nachfolge und zum Kreuz, zum Zeugnis *seines* Reiches über allen Völkern und für alle Völker.

Die Völker aber müssen über alle Parteien und Regierungen hinweg den Willen zur Selbstbestimmung in allen ihren Lebens- und Schicksalsfragen aufbringen, sie müssen zu Subjekten ihrer Geschichte werden, was sie auch unter den jetzigen Formen der Demokratie nicht sind. Freilich nicht zu Subjekten im Sinne des selbstherrlichen Individualismus, der ja als «Nationalismus» einen Teil ihrer Katastrophe bildet, sondern als sittlich verantwortliche Glieder am Körper einer Völkergemeinschaft unter und mit Gott! Und die Christen? Sie müssen erkennen, daß sie als «Gemeinde Christi» berufen sind, Zeugen und Diener des Christus zu sein, der die Völker zum Reich des Vaters ruft – in Gnade und Wahrheit, in Gerechtigkeit und Frieden. «Vertraut ihr nicht, bleibt ihr nicht betreut!» übersetzt Martin Buber auf tiefe Weise das Jesajawort: «Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht!» Auf dieses «Glauben» wird es ankommen, nicht auf die Rechtfertigung von Verteidigungskriegen und die Sicherung durch Atombombenrüstung.

Albert Böhler.

Zum Advent!

Matth. 21, 9. Hosianna dem Sohne Davids! Gelobet sei, der da kommt in dem Namen des Herrn! Hosianna in der Höhe!

Herr, unser Gott, wir danken Dir, daß Du in Menschenherzen das Hosianna aufsteigen läßt, und in dunkeln Zeiten um so mehr, um so kräftigertiger, daß wir zu Dir schreien dürfen: Hilf doch, allmächtiger Gott und hilf Deinem König Jesus Christus endlich zu seinem Sieg; denn Sieger soll er werden, mit Gnade, mit Frieden, mit Leben, Sieger zu allem Guten auch auf Erden wie im Himmel, Sieger allezeit in unserem Leben, daß wir können aushalten in Trübsal, Angst und Not, ja selbst im Sterben. Sieger Jesus Christus von Dir aus. Hosianna dem Sieger! Gott, Allmächtiger, mache ihn kund auf Erden und laß seinen Weg in die Erscheinung treten zum Preis Deines Namens. Amen *Chr. Blumhardt*

Jesus will König sein; nicht *ein* König, sondern *der* König! Von Gott aus hat *er* die Macht für alle Menschen. Er ist im eigentlichen Sinn «König von Gottes Gnaden»!

Heute aber haben wir vielfach bloß noch eine christliche Religion, welche die Figur Christi mitgenommen hat. Diesen Christus nimmt man so in Kauf, aber man lebt nicht eigentlich im Bewußtsein: der König ist da! Wenn der König da ist, so muß man zu ihm Stellung nehmen, freundlich oder feindselig; und zu dieser Stellungnahme in bezug auf den Herrn Jesus kommt es selten. Da muß man immer an das Wort denken, das Petrus zu den Juden sagt: «Den ihr gekreuzigt habt.» Man hat einen Helfer haben wollen, aber den König hat man gekreuzigt. Er vertrat Gottes Willen und nicht den Willen der Menschen; und so hat man ihn auf die Seite geschoben. Das ist eine durch die Jahrhunderte fortlaufende Schuld. Man ist in ein gewisses religiöses Wohlbefinden hineingekommen, aber die Religion hat sich so gestaltet, daß jeder seinen Willen sucht.

Darum müssen wir für den König eintreten, und unsere Person muß sich nach diesem König richten. Jesus muß wieder Jünger haben, die alles verleugnen. Denn König ist Christus, nicht die Obrigkeit, die Gewalt über dich hat, nicht der Protestantismus oder der Katholizismus; auch nicht die Lehre von Christus, wie du sie dir ausdenkst. Dein König ist der Wille Gottes in Christus.

Es gibt eine falsche Anbetung Christi, die er nicht will. Vielfach hat sich diese Anbetung so gestaltet, daß man ihn benützt für alle seine Wünsche. Wie die Heiden zu ihren Göttern, so beten viele zum Heiland. Sind wir arm, krank, unglücklich, so beten wir immer bloß: Hilf uns, lieber Heiland! Diese Art von Anbetung will Jesus nicht. Er sagt: «Kommt mit mir, ich führe euch zu meinem Vater, dann habt ihr alles; aber erst mit mir zu Gott! Ich will keine Schmeichelei, ich will euren ganzen Menschen haben.»

Es kostet aber heute Kampf bis aufs Blut. Man hat in der Christenheit nicht gekämpft bis aufs Blut wider *die* Sünde, daß man den König verläßt und seinem eigenen Willen nachgeht. Eine solche Gemeinde aber, die unter ihrem König frei ist von der ganzen Welt, muß werden, als ein Licht und Salz der Welt. Gott gebe, daß die Riesenschuld der Jahrhunderte: «Den ihr gekreuzigt habt mit eurer Eigenliebe», getilgt werde!

Das ist das Ziel: Jesus der Herr auf Erden, Jesus der König der Könige, Jesus der Herr in der Politik, Jesus der Herr in unserer Gesellschaft, Jesus der Herr in unseren Familien, Jesus der Herr in unseren Sitten und Gebräuchen, Jesus der Herr und kein Gesetz und keine Menschenverfassung und nichts, was noch so heilig erscheint. Jesus der Herr zur Ehre Gottes des Vaters! *Chr. Blumhardt*

Seit der Apostelzeit ist ein großer Kampf auf Erden, das Ringen der geknechteten Menschen um ihre Freiheit, um ihr Leben, das doch nur dann ein Leben heißen kann, wenn die vielen Ketten und Bande gelöst sind, in denen die meisten Menschen schmachten. Dieser Kampf ist heute wieder lebendiger geworden als je. Heute ist es wieder möglich, die Fahne der Geringen aufzupflanzen und das Evangelium zu predigen, welches den Menschen Gutes verkündigt und sie freimachen will von der Knechtschaft des Todes. Heute kommen die Armen ans Tageslicht, deren Geschichte bis jetzt ganz verborgen gewesen ist unter der Geschichte der Großen. Daß man sich heute zur Humanität entschließen muß, ist ein Beweis, daß Gott sich der Elenden wieder annehmen will. Auch das Streben der Menschen nach Freiheit ist ein Zeichen der Zeit. Darum müssen wir heute dem Geist Jesu Christi, der den Unterdrückten und Elenden hilft, Vorschub leisten. Denn mit Jesus ist der Geist der Errettung der Elenden und Armen, der Geist des Rechtes und der Wahrheit gleichsam irdisch geworden. Und weil dieser Geist in der Menschheit ist, darum gärt es immer wieder aus den Menschen heraus. Es ist aber schwer, gegen den Weltgeist, den Unmenschgeist aufzukommen; selbst gute Menschen werden, sobald sie zu Stellung und Ansehen kommen, hart gegen ihre Nebenmenschen; sie werden vom Geist der Welt beherrscht. Und nun ist es eine Machtfrage: Welcher Geist ist der Herr, der Weltgeist oder der Geist Jesu Christi? Es wird gewiß noch einmal zu einer Katastrophe kommen über diese Frage. Und jeder, der sich zu dem Geiste Jesu Christi bekennt, muß diese Katastrophe zuvor schon in sich selber erleben wie Paulus, er muß den Unmenschgeist aus seinem Herzen hinauswerfen und den Geist Jesu Christi herrschen lassen. Haben wir aber diesen Kampf in uns durchgekämpft, so müssen wir reinlich bleiben und nicht den Geist Jesu mit Gewalt durchsetzen wollen. Ein Schwert mit diesem Geist verbinden, ist ein Verbrechen. Mit Sanftmut und Demut dienen wir Jesu, dem Sanftmütigen und Demütigen.

Chr. Blumhardt

Erinnerung an Rosa Luxemburg

Der Name Rosa Luxemburg ist weltbekannt; aber wenn man ihn hört, denkt man an Kampf, an die große Kämpferin, man denkt auch vielleicht an die große wissenschaftliche Leistung, die diese Frau vollbracht hat. Man denkt an Parteitage, an Kommunismus, Straßenkämpfe, vielleicht auch an die dunklen Gefängnisse, in denen sie jahrelang schmachtete, an das grauenvolle Ende, das sie fand – an diese ganze härteste, bitterste und furchtbarste Atmosphäre der Wirklichkeit, in der sich ihr Leben und Wirken nach außen sichtbar abspielte. Und unwillkürlich malt sich auch in diesen Farben ihr Bild selbst, man sieht eine harte, düstere, fast männliche Frau in scharfen Umrissen in die proletarische Bewegung eingezeichnet, eine Erscheinung, die mit Wort und Tat ganz im öffentlichen Wirken aufgeht.

Wie anders – wie erschütternd anders ist das Bild, das uns aus ihren Briefen entgegentritt: aus diesen Briefen aus dem Gefängnis, die eine ganze Welt innerer und äußerer Herrlichkeit vor uns ausbreiten. Ja – auch äußere Herrlichkeit, obwohl sie aus der engen, dunklen Zelle, höchstens aus dem jämmerlichen kleinen Gefängnishof kommen; denn alles Außen wiederstrahlt nur ihr Innen: Herrlichkeit, Schönheit, lebendigste Offenbarung finden die Augen dieser Begnadeten überall – zwischen den Pflastersteinen des Gefängnishofes, in dem Leben und den eigentümlichen Schicksalen der kleinen Tiere, die dort nisten, im Blühen und Wachsen der kargen Pflanzen um sie her, der paar Baumkronen, die über die Mauer winken, vor allem aber in der Luft, in dem Flug und den Stimmen der kleinen, geliebten, so gut gekannten Vögel, in den schimmernden, weich geballten Wolken – im Kleinsten wie im Größten, im Nächsten wie im Fernsten lebt, blüht, redet ihr die Welt. Mehr Leben und Reichtum, mehr Entzücken an neuer Offenbarung lebt in diesen Gefängnisbriefen als in mancher Schilderung fremder Länder und Zonen aus der Feder weitgereister Männer. Noch die einsame, schlaflose, schwarze Nacht im Gefängnis durchströmt sie mit einer geheimnisvollen, brennenden Freude, mit der unendlichen Seligkeit des Lebens, das in ihrem eigensten Innern aufblüht.

Es ist, als hätte sie in der Nachtigall im Gewitter, von der sie einmal so ergriffen schreibt, unbewußt ihr eigenes Leben gezeichnet: «Und mitten in all dieser gespenstischen Stimmung schlug plötzlich vor meinem Fenster auf dem Ahorn die Nachtigall! Mitten in all dem Regen, im Wetterleuchten, im Donner, schmetterte sie wie eine helle Glocke, sie sang wie berauscht, wie besessen, wollte den Donner übertönen, die Dämmerung erhellen . . ., ich hab' nie so Schönes gehört.»

Das schrieb sie aus ihrem achten Gefängnis, aus dem sie bald darauf ins neunte überführt werden sollte, an die Frau ihres Freundes Karl Liebknecht. Und wie sie über diese zarte, sensible, offenbar wesentlich künstlerisch gerichtete Natur in diesen Briefen den ganzen Reichtum ihres

verstehenden Herzens ausschüttet, wie sie sie in das weiche Tuch ihrer Liebe gleichsam einhüllt, so ist es auch, als fühlte sie sich ihr ganz und gar verwandt in einer tiefen Hingabe an das Schöne, in welcher Gestalt immer es ihr in ihrer Abgeschiedenheit begegnet. «Wenn es solche Farben, solche Formen gibt», ruft sie ihr einmal angesichts einer großen, glänzenden Wolke zu, «dann ist das Leben schön und lebenswert, nicht wahr?»

Ist das die unermüdliche, leidenschaftliche Parteikämpferin, die aufrüttelnde Straßenrednerin, die so scharf ins öffentliche Leben eingreifende, dem Staat so gefahrvolle Persönlichkeit, die da in der tiefen Einsamkeit der Gefangenschaft sich der Seligkeit des eigenen Innern, der Liebe zu allem Lebendigen hingibt, die wie der innigste, weltloseste Mystiker an den paar dürftigen Dingen um sie her die tieferen Gesetze des Lebens abliest, sich wie der reinst künstlerische Mensch an Natur und Dichtung immer neu berauscht, wie ein Falter beglückt von einem Kelch in den andern sinkt? Verbot ihr nicht ihr reines Empfinden für Schönheit und Anmut, wie es aus jedem dieser Briefe spricht, das der Frau so schlecht anstehende Wirken auf offener Straße? Verbot ihr nicht ihre durch Einsamkeit und Studium gereinigte Geistigkeit, sich an die Massen auf der Straße zu wenden? Wurde ihr nicht an der Fülle geistiger Güter, die sie genießend und erkennend in sich aufnahm, die ganze geistige Armut und Dürftigkeit der paar parteipolitischen Propagandagedanken klar? Ja, mußte nicht die materialistische Herkunft des Sozialismus als Partei ihr so geistig gerichtetes Wesen abstoßen? Wo ist zwischen der geistigen Persönlichkeit dieser Briefe und der lauten, Fanfaren schmetternden Parteikämpferin die Brücke?

Dagegen erhebt sich die ganz andere Frage: Wie kam es, daß vor mehr als einem halben Jahrhundert das Herz eines jungen, noch fast kindlichen Mädchens, das in denselben Verhältnissen wie andere junge Bürgermädchen jener Zeit aufgewachsen war, so mächtig von der Frage nach der Not und dem Elend ihm fremder Menschen erschüttert wurde, von dem Drang, den unbekannten Brüdern zu helfen, daß es alles tat und auf sich nahm, alles ließ und alles litt, um sein einziges Ziel zu erreichen: ihnen Hilfe zu bringen?

Es ist unter ihren Briefen der vielleicht ergreifendste und aufschlußreichste von allen, in dem die Brücke zwischen diesen beiden Seiten ihres Wesens plötzlich sichtbar wird. In ihm schlägt die tiefe, innere Seligkeit des Erlebens um in unermeßliches Leid, weil lebendige, wehrlose Geschöpfe, ein Paar vor einen Lastwagen gespannter rumänischer Büffel, die eine Ladung alter Uniformen in den Gefängnishof ziehen, von einem im Kriege verrohten Soldaten bis aufs Blut – wörtlich bis aufs Blut – gepeinigt, zerrissen und gepeitscht werden. «Sonitschka, die Büffelhaut ist sprichwörtlich an Dicke und Zähigkeit, und die war zerrissen. Die Tiere standen dann beim Abladen ganz still, erschöpft, und eins, das, welches blutete, schaute dabei vor sich hin mit dem Ausdruck in dem schwarzen Gesicht und den sanften, schwarzen Augen, wie ein verweintes Kind. Es

war direkt der Ausdruck eines Kindes, das hart bestraft worden ist und nicht weiß, wofür, weshalb, nicht weiß, wie es der Qual und der rohen Gewalt entgehen soll . . . ich stand davor und das Tier blickte mich an, mir rannen die Tränen herunter – es waren *seine* Tränen, man kann um den liebsten Bruder nicht schmerzlicher zucken, als ich in meiner Ohnmacht um dieses stille Leid zuckte.»

Das ist es: Das Leben in seiner in sich kreisenden, seligen Fülle ist durch das menschliche Tun verletzt. Der Mensch greift ein, der durch seine eigenen Einrichtungen von seiner eigenen, schlichten Natur gewaltsam losgerissene Mensch greift ein in das Leben der schuldlosen Kreatur. Es ist der Mensch, wie man ihm auf Schritt und Tritt begegnet, in der Geschichte wie im Leben, im Krieg und nach den beiden Kriegen mehr als je – und wie ihn die reinen, wahrhaftigen, dem Leid und der Freude lebendig geöffneten Menschenseelen nie ertrugen; wie ihn diese allem Lebendigen so selig und schmerzhaft aufgetane Seele nimmermehr ertragen kann. Und aus der brennenden Unerträglichkeit des Geschehens kommt bei solchen Naturen die Frage: wie kam es? und dann die Fragenreihe: Wie sollte es sein? Wie kann man es ändern? Was kann ich, ich selbst, der ich diese Zustände nicht will, nicht ertrage, dagegen tun? Wie kann ich helfen, bessern, lindern? Und indem diese Fragen übermächtig werden, geschieht das Opfer: alles Erkennen und Wissen und Bilden, jeder Traum von Glück und Liebe und Schönheit tritt in den Dienst der *einen* Sehnsucht, des *einen* Willens: zu helfen.

Es war eine Rede gegen die Soldatenmißhandlung, die Rosa Luxemburg im Jahre 1915 ins Gefängnis gebracht hatte, von dem sie dann weiter von Gefängnis zu Gefängnis wandern sollte, weil man ihre ungeheure Gefahr für die Kriegsgesinnung, die gewaltige Wirkung, die von ihr ausging, erkannte und scheute. Keine Erkenntnis der tieferen Lebenszusammenhänge also, keine der religiös erlebten Gewißheiten ihres Herzens, keine Würdigung und Verkündung reinster Schönheit, wie sie sie zu erleben und auszusprechen vermochte, trieb sie zum Reden, und hatte sie von jeher dazu getrieben – nur eine dunkle, nackte, alltägliche Erfahrung. Alles Wissen, Sehnen und Schauen trat still hinter dem Leid ihrer Brüder zurück.

Darum war sie Sozialistin, weil nur in dieser Partei ihr der Kampf möglich schien für die Entrechteten, Enterbten. Sicher war der Sozialismus bei ihr trotz der streng wissenschaftlichen Begründung, die sie ihm als Schülerin des in seiner echten Tiefe verstandenen Marx gab, nicht eine Lebensanschauung im Sinne einer bestimmten Überzeugung von den Zusammenhängen des Lebens; denn eigentlich sah sie, die aus jeder Blume, aus jedem Grashalm sich Schönheit und Erschließung zu trinken vermochte, das Leben von einer anderen Seite an. Sie war, so seltsam es scheinen mag, im Grunde ihres Herzens mit allen Lebenserscheinungen, auch denen, deren grausame Härte sie so klar erkannte und durchlitt, wie durch eine ihr gewordene unfaßliche Gnade versöhnt, von ihrer Not-

wendigkeit im Ganzen des Lebens durch ein tiefes, fast mystisches Wissen überzeugt. «Sie fragen in Ihrer Karte: «Warum ist alles so? Sie Kind, so ist das Leben seit jeher, alles gehört dazu! Leid und Trennung und Sehnsucht. Man muß es immer mit allem nehmen und *alles* schön und gut finden. Ich tue es wenigstens so. Nicht durch ausgeklügelte Weisheit, sondern einfach so aus meiner Natur. Ich fühle instinktiv, daß das die einzig richtige Art ist, das Leben zu nehmen, und fühle mich deswegen wirklich glücklich in jeder Lage. Ich möchte auch *nichts* aus meinem Leben missen und nichts anders haben, als was war und ist.» Und immer wieder kehren in ihren Briefen die mahnenden Worte: Seien Sie ruhig und heiter. Selbst unter dem schmerzlichsten, qualvollsten ihrer Briefe, in dem ihre ganze Seele vor Leid zittert, schreibt sie zuletzt: «So ist das Leben, und so muß man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem.»

Dies «Trotz alledem» ist das Siegel ihres Lebens und ihres Todes geworden: in diesem Zeichen lebte sie und starb sie; im Zeichen eines stetigen, ständigen immer wiederkehrenden Sieges des allesumfassenden Geistes, der allversöhnenden Seele, der allverbrüdernden Liebe über den brutalen Ungeist, das seelenlose Auseinanderfallen, die ungeheure Lieblosigkeit der Welt, in der sie lebte. Denn der wunderbare innere Friede, der aus all ihren Briefe strömt, ist ja nicht nur der einer mit dem eigenen Schicksal Versöhnten, sondern auch der einer Seele, die alles Lebendige, selbst noch das Häßliche und Gemeine mit der Kraft einer segnenden Liebe umschließt und so in ihrem Herzen gleichsam erlöst. Weit entfernt davon, die Menschen und Dinge mit irgendwelchem Optimismus zu betrachten, von der Gräßlichkeit und Grausamkeit des Daseins vielmehr bis in die Wurzeln ihres Lebens überzeugt und verwundet, war ihr der notwendige, ja offenbar in einem tiefen, unaussprechbaren Sinn gerechte Zusammenhang des Ganzen dennoch immer einer lebendigen Offenbarung gleich gegenwärtig. So war sie ihrer Natur nach eigentlich das Gegenteil einer Empörerin – vielmehr ein allem Lebendigen wirklich sich an- und einschmiegendes Wesen. Nichts von der Entzweitheit mit der Natur, der Heimatlosigkeit in der Unmittelbarkeit des Lebens, wie sie gerade der Parteileidenschaft so oft entspricht, finden wir bei ihr, der die Natur unmittelbare Heimat und Erschließung war. Die leidenschaftliche Kommunistin, die Freundin und Mitarbeiterin Karl Liebknechts, die als «die hervorragendste Führerin der sozialistischen Internationale, als die genialste Vertreterin des wissenschaftlichen Sozialismus seit Marx und Engels» bezeichnet wird, macht selbst einmal das erstaunliche Geständnis: «Innerlich fühle ich mich in so einem Stückchen Garten oder im Felde unter Hummeln und Gras viel mehr in meiner Heimat als auf einem Parteitag.» Und wenn sie dann fortfährt: «Sie wissen, ich werde trotzdem hoffentlich auf dem Posten sterben, in einer Straßenschlacht oder im Zuchthaus» – so ahnen wir die ganze Größe dieses Opfers. Weder ihr Temperament noch ihre Erkenntnis kann sie, nach

diesen Briefen zu schließen, auf die äußerste Linke getrieben haben: auch ihr Sozialismus muß ein «Trotz alledem» gewesen sein. Er war vielleicht, nur ohne den dämonischen Einschlag, etwas Ähnliches wie das Zurückgeben der Eintrittskarte zur großen Weltharmonie, wie bei Iwan Karamasoff, dem der Preis: das Leiden eines, auch nur *eines* unschuldig gequälten Kindes, für den Glanz dieser allgemeinen Erlösung und Versöhnung zu hoch erscheint.

Denn für sie, die überströmend Lebendige, Allgenießende lag in dem Leben, das sie auf sich nahm, der Verzicht auf die höchsten Güter: auf Fülle eigensten Schauens und lebendiger Lebensschönheit, auf alle so tief in ihrer Seele wurzelnden Träume bis empor zur Selbsterlösung – um der Menschen willen, denen alle diese Güter durch ihre äußeren Umstände von vornherein versagt sind. Was Rosa Luxemburg für die Erfüllung ihrer innersten Sehnsucht bei dieser Entscheidung eintauschte, war ein erbarmungsloses Schicksal und ein gewaltsamer Tod. Durch neun Gefängnisse ist sie in ihrem schweren und fruchtbaren Leben gewandert, weil sie dies ganze Leben hindurch mit Leidenschaft in Wort und Schrift gegen den Krieg und für die Internationale wirkte, weil sie mit allem, was sie war und besaß, für ihre armen Brüder einstand. Das Volk hing mit Leidenschaft an ihr; von allen Sozialistenführern des damaligen Deutschland hat keiner die geistig-seelische Kraft und Bedeutung dieser Frau in der Verbindung mit dem Volk erreicht. Im Gefängnis erfährt sie im Jahre 1916 die Verurteilung des Freundes Karl Liebknecht zu vier Jahren Zuchthaus. Sie tröstet, selbst – und nicht nur persönlich, sondern auch in der Sache, für die sie lebte, schwer getroffen – mit den zartesten Worten seine Frau. Niemals klagt sie, niemals verlangt sie für sich Trost – immer ist *sie* die Tröstende. Und diese verklärende Heiterkeit bleibt ihr bis zuletzt.

Im Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg, nachdem sie im November 1918 wie auch Karl Liebknecht durch die Revolution aus dem Gefängnis befreit worden war und in dieser Spanne Zeit zusammen mit dem Freunde unermüdlich und furchtlos für ihre Aufgabe gewirkt hatte, auf dem Wege zu neuer Gefangenschaft in bestialischer Weise ermordet – am gleichen Tage wie Karl Liebknecht. – Immer hatte sie es gewußt, auch in ihren stillen begnadeten Stunden im Gefängnis inmitten ihrer sanftesten Hingabe an das geliebte Leben, daß sie eines Tages aus ihm gewaltsam weggerissen werden würde. Und es war ihr recht so. Sie erkannte darin das Gesetz ihres selbstgewählten Schicksals. Wie erst ihre Ermordung ihre Feinde wirklich von der Gefahr befreite, die diese Frau war, und die kein lebenslanger Kerker hätte brechen können, so war auch ihres Lebens reine Linie selbst erst mit ihrem Opfertod vollendet.

Wir denken an ihre Worte aus der schlaflosen Gefängnisnacht in Breslau: «Da liege ich still allein, gewickelt in diese vielfachen Tücher der Finsternis, Langeweile, Unfreiheit, des Winters –, und dabei klopft mein Herz von einer unbegreiflichen, unbekannten inneren Freude, wie

wenn ich im strahlenden Sonnenschein über eine blühende Wiese gehen würde. Und ich lächle im Dunkeln dem Leben, wie wenn ich irgendein zauberhaftes Geheimnis wüßte, das alles Böse und Traurige Lügen straft und in lauter Helligkeit und Glück wandelt. Und dabei suche ich selbst nach einem Grunde zu dieser Freude, finde nichts und muß wieder lächeln über mich selbst. Ich glaube, das Geheimnis ist nichts anderes als das Leben selbst; die tiefe nächtliche Finsternis ist so schön und weich wie Sammet, wenn man nur richtig schaut.» Glaubt man nicht einen chassidischen Heiligen zu vernehmen?

So denken wir sie uns und so bleibt sie uns: in der finstern Nacht des jahrelangen Kerkers durchströmt und durchstrahlt von der innern Helligkeit ihres Seins. Daß die begnadete, von Liebe und Leben leuchtende Gestalt das Opfer einer gemeinen Mörderbande wurde – es wäre nicht im Sinne Rosa Luxemburgs und nicht im Sinne dessen, was uns ihr Leben und Sterben lehrt, darüber in wilder Verbitterung nutzlos zu klagen. Viel eher würde sie es verstehen und uns mit ihren wehen, wissenden Augen zulächeln, wenn wir mit ihren Worten sprächen: «So ist das Leben, und so muß man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem.» Das ist ihr Vermächtnis an die Überlebenden aus der Revolution, die mit ihrem und des Freundes Leben zusammenbrach: ein tapferer Glaube an den Sieg trotz dem blutigen Unterliegen. Aber nicht nur einen Glauben hat sie uns hinterlassen, sondern eine Wirklichkeit. Wie eine große unschuldige Sonne strahlt uns aus der Nacht ihres Lebens und Todes ihre Seele entgegen, strahlt über menschliche Verworfenheit und Niedrigkeit, über Dumpfheit und Trägheit und Verbrechen: der Sieg der unsterblichen Liebeskraft, der menschlichen Reinheit und Opfergröße – trotz alledem.

Margarete Susman

Karl Barth zum Problem des Krieges

I.

Im jüngst erschienenen Band seiner Kirchlichen Dogmatik (III/4) hat Karl Barth unter dem Titel «Das Gebot Gottes des Schöpfers» eine Ethik vorgelegt, die eingehendes Studium verdient. Es ist die Ethik eines weitblickenden, scharfsinnigen und unabhängigen Mannes. Von der christlichen Freiheit her gelangt er zur christlich normierten Ehrfurcht vor dem Leben als dem Geschenk, dem Auftrage und dem Geheimnis Gottes –, einer Ehrfurcht, die sich kritisch unter anderem mit dem Selbstmord, der Schwangerschaftsunterbrechung, der Euthanasie und der Todesstrafe auseinandersetzt. Von hier aus wendet er sich dem in unseren Tagen so besonders dringlichen Problem des Krieges zu, womit er sich auf den meist kompreß gedruckten Seiten 515–538 beschäftigt; eine wichtige Betrach-

tung, in die er auch mein Buch «Der Sündenfall des Christentums» einbezieht.

Es ist ein eigenes Gefühl, ein Buch fast ein Vierteljahrhundert nach seinem Erscheinen kritischer Behandlung unterworfen zu sehen. Es erschien im Sommer 1928, die deutsche Übersetzung 1930, Barths Kritik 1951. In 23 Jahren kann sich vieles ändern, besonders in unserer hastenden Zeit. Tempora mutantur, nos et mutamur in illis. Barth weiß ja aus eigener Erfahrung, wie christliche Glaubenslehren, selbst recht zentrale, radikaler Änderung unterworfen sind. Desto mehr wird sich etwas ändern können bei Anschauungen, die aus dem Glauben hervorgehen und zugleich auch in besonders enger Beziehung zu den wechselnden Umständen der Zeit stehen —, wie es eben beim Problem des Krieges der Fall ist.

In großen Zügen hege ich die gleichen Anschauungen wie vor 25 Jahren. Die Nebenlinien sind einer in sich notwendigen Änderung unterworfen. Als ich mein Buch schrieb (Winter 1927/28), hegten wir noch Vertrauen in den Völkerbund (I), setzte Dänemark sich mit der gänzlichen Abrüstung als Beweis dieses Vertrauens auseinander und arbeiteten auch in den Niederlanden einflußreiche politische Parteien für das gleiche Ziel (II). Ferner hatten einige prinzipielle Dienstverweigerer, die den sittlichen Mut und die Kraft aufbrachten, um für ihre Überzeugung einzustehen und auch zu leiden, die Regierung der Niederlande veranlassen können, das Gesetz für die Befreiung der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen vor das Parlament zu bringen, das von diesem 1923 in Kraft gesetzt wurde (III). Die zweite und dritte Phase hat die Schweiz nicht gekannt, die dritte leider bis auf den heutigen Tag nicht. — Wir meinten damals, den rechten Weg eingeschlagen zu haben. Auf unseren internationalen Konferenzen erfuhren wir warmes Interesse aus allen Ländern und konnten uns damals nicht denken (zwar habe ich in meinem Buch, besonders in der 3. Auflage von 1933, davor gewarnt), daß ein zweiter Weltkrieg unmittelbar bevorstünde.

Wenn Barth also unseren relativen Optimismus kritisiert, hat er wohl recht, jedoch auch ein recht leichtes Spiel. Wir haben, wie auch er, dieses und jenes gelernt. Und wichtiger ist ein zweites: wenn Barth mir vorhält, daß ich in meinen Ausführungen von 1928 die Eschatologie vernachlässige und zu wenig achte auf «die Entartung der Eschatologie und von daher auf die Überschätzung und dann auch falsche Interpretierung der Gegebenheiten und Gesetze dieser Welt» (S. 520), dann hat er wiederum recht. Auch in dieser Hinsicht habe ich umgelernt. Meine mir nahestehenden Mitarbeiter wissen, daß ich — falls es mir vergönnt ist, mein Buch nochmals umzuschreiben — dem Glauben an das kommende Reich Gottes mehr Bedeutung einräumen werde.

Mein wichtigstes Bedenken gegen Barths Behandlung meines Buches ist aber, daß er sich damit begnügt, einige Äußerungen hervorzuheben, gegen die er Einwände vorzubringen hat; daß er aber keinen Hinweis bringt auf die vielen Seiten, denen er von Herzen zustimmt und die meines

Erachtens nicht ohne Einfluß auf seine Bearbeitung der Frage gewesen sind. — Wir wollen uns aber lieber darüber freuen (denn es geht schließlich nicht um mein Buch, sondern um die Sache!), daß Barth unserer Kritik an der Haltung der Kirche hinsichtlich der Kriegsfrage (die für sie viel zu wenig eine wirkliche Frage ist!) so weitgehend beipflichtet.

Auch Barth hält fest, daß die 314 unter Anwesenheit von Kaiser Konstantin in Arles tagende Synode den ursprünglichen christlichen Standpunkt verleugnete und den Dienstverweigerer mit der höchsten Strafe, nämlich mit der Exkommunikation, belegte: «Diese prinzipielle, die Blankoberechtigung zum Kriegführen» und die anschließende theologische «Begründung» des «gerechten Krieges» war eine äußerst gefährliche Schwenkung der Kirche gegenüber den Gesetzen und Wegen dieser Welt; alle Kontrolle und Kritik drohte verloren zu gehen. «Es ist schon wahr, daß hier eine besondere und heute immer unerträglicher werdende *christliche Verkehrtheit* vorliegt» (S. 521).

Von einem «Sündenfall des Christentums» aber soll hier nach Barths Meinung nicht die Rede sein: «man nehme nicht allzu rasch allzu große Wort in den Mund» (S. 520). Zu rasch? Nach 1600 Jahren? Nach der endlosen Prozession der Schande und des Elends, die von jenen Beschlüssen ausgegangen ist? Wie dem auch sei, ich bin noch immer dankbar, daß dieser scharfe Titel meines Buches sich mir damals, allen dogmatischen Bedenken zum Trotz, geradezu aufdrängte. Der Titel der französischen Übersetzung «Dieu et César» ist ebenso richtig und überdies ruhiger, klassischer. Der holländische und der deutsche Titel aber ist wie ein Bolzen, der von innen in die Mauern der Kirche gedrungen ist und dort bleiben soll, bis er seinen Dienst getan hat. Wie ein Thüringer Pfarrer mir schrieb: «Der Sündenfall des Christentums wird immer mehr offenbar.»

Trotz der Ablehnung meines Titels wendet sich Barth mit gleicher Schärfe gegen die «nachkonstantinische Kriegstheologie», die «aus einer Art Panik, dem Kaiser doch nur ja zu geben, was des Kaisers ist, die heilsame Distanz» (S. 521) zwischen Kirche und Staat, welche allein weiterhin Kritik ermöglicht hätte, nicht zu wahren wußte und bis in unsere Zeit unter mißbräuchlicher Verwendung von Bibelworten den Krieg rechtfertigt. In ihrer bereitwilligen Anerkennung des «gerechten Krieges» übersah die Kirche, daß weitaus die meisten Kriege um der Macht oder materieller Vorteile willen geführt werden, und daß nur mit dem «seltenen, sehr seltenen Fall des gerechten Krieges» (S. 531) zu rechnen ist. Dabei bemerkte die Kirche nicht einmal «den Verlust des Gespürs für das nun doch unerhört Außerordentliche: die Möglichkeit des Massentötens von Staats wegen» (S. 521). So kam sie dazu, «den Krieg in ihr eigenes christliches Lebenssystem ganz gemütlich einzubauen» (S. 522). So konnte sie keine Friedensmacht sein, nicht einmal eine Bremse wider den Krieg. So gab sie eben dem Staate «carte blanche für den Griff nach der ultima ratio nach außen, für die Veranstaltung eines staatlich organi-

sierten Massentötens ... ohne darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Massentöten Massenmord sein könnte» (S. 522).

Barth wendet sich gegen eine Reihe hervorragender Theologen, gegen Th. Haering, W. Herrmann, A. Schlatter, P. Althaus und auch gegen E. Brunner, die alle den Krieg «vom Wesen des Staates bzw. von der geschichtlichen Existenz der Völker her zu rechtfertigen versucht haben» (S. 523). So wird der Krieg zugleich mit dem Staate verherrlicht, so entstehen die nationalistischen Schul- und Jugendbücher, aus denen auch Theologen oft ihre Weisheit holen. An diesem Punkte bedarf die Theologie wohl dringend der «Entmythologisierung».

Auf keinen Fall darf nach Barth die christliche Ethik aussprechen, daß die «Gewaltausübung das Wesen des Staates sei» (S. 522). Die *normale* Aufgabe des Staates besteht nach innen und nach außen nicht darin, menschliches Leben zu vernichten, sondern menschliches Leben zu erhalten und zu fördern. Die biologische Weisheit, daß zur Erhaltung und Förderung des Lebens auch Lebensvernichtung gehöre, hat in der Ethik als Norm und Regel keinen Raum. Der Staat, den die christliche Ethik bejahen kann und muß, ist nicht das mythologische Urwaldtier, das Ungeheuer mit dem Januskopf, das jeden Augenblick bereit ist, Tausende zu Tötern und andere Tausend zu Getöteten zu machen. Die normale Aufgabe des Staates besteht darin, den Frieden so zu gestalten, daß er dem Leben dient, den Krieg aber gerade fernhält. Wird der Staat gezwungen, Krieg zu führen, dann ist diese Tatsache als abnorm zu betrachten, als eine Aufgabe in anormalem Notzustand, als des Staates opus alienum. Verzichtet die Kirche ihrerseits darauf, ihren ganzen Einfluß gegen den Krieg geltend zu machen, dann ist sie kein Licht in der Welt mehr, dann ist sie zur Finsternis geworden. Wirft sie ihr Gewicht nicht entscheidend in die Waagschale, dann ist sie ein dummes Salz geworden, ein stummer Hund, der sich dann auch nicht wundern soll, von allen Seiten mit Füßen getreten zu werden. Muß diese Sorge (die Schmach der Rechtfertigung jedes Krieges von sich zu tun) für die christliche Ethik nicht viel vordringlicher sein als die, daß sie ein Stück weit mit der der Pazifisten[1] verwechselt werden könnte? Wie könnte es anders sein, als daß sie in der Tat mit diesen ein gutes Stück weit zusammengehen muß? (Vgl. S. 522, 524).

Ebenso wohltuend wie diese ungeschminkte Kritik ist Barths Mahnung, die Verantwortung nicht abzuwälzen auf den Kaiser, auf den Staat, auf die Obrigkeit, von der es doch heißt, daß sie im Namen Gottes handelt und gebietet, – wie dies die christliche Ethik zu tun gewohnt war. So wird das persönliche Gewissen um seine Wirksamkeit betrogen, man macht den Staat «zu dem seelenlosen, despotischen, menschenfresserischen Tier aus dem Abgrund» (S. 532) und erweist ihm einen denkbar schlechten Dienst. Es ist ja der Mensch selbst, der Mann oder die Frau, der das

[1] Barth spricht von «Pazifisten» im Sinne des englischen Sprachgebrauchs; = Antimilitaristen.

Werk des Tötens vorzubereiten, zu fördern und schließlich persönlich zu vollbringen hat. Der christliche Staatsbürger ist von Gott persönlich gefragt: darf dies sein? Der Staat hat keine göttliche Vollmacht, auch die Mehrheit des Volkes kann fehlen. «Die Kriegsfrage muß auch als persönliche Frage gestellt und beantwortet werden.» Ist ein Kriegsziel vom christlichen Standpunkt aus verwerflich, dann soll die Kirche den Mut haben, auch Nein zu sagen, «sie müßte der Regierung und der Majoriät im Staate gegenüber freilich das Odium der Unzuverläßigkeit auf sich nehmen und das ganze Risiko solcher revolutionären Staatstreue tragen müssen. Und sie müßte gegebenenfalls ihrerseits auf Bedrohung gefaßt, zum Leiden bereit sein. Wer sagt ihr, daß sie vom Risiko der Propheten dispensiert sei? Der Staat soll mit einer Kirche rechnen müssen, die heute zum Dienst, morgen aber zur Dienstverweigerung aufrufen kann. Hier würde der Staat in der Kirche auf seine wesensmäßige Schranke stoßen, die doch als solche auch sein tiefster Grund und Halt ist. Und wo sollte es dem Staat heilsamer sein, mit seiner Schranke rechnen zu müssen, als da, wo es um seine ultima ratio geht, und damit um die Frage, ob er sich als Träger der göttlichen Ordnung bewähren oder in deren Verkehrung zum Massenmörder werden sollte?» (S. 538).

Mit dieser eindringlichen Frage schließt Barth seine ernsten und wertvollen Ausführungen ab.

II.

So wie Barth sich weitgehend unserer Meinung anschließt, so können auch wir es hinsichtlich der seinigen tun. Auch wo er den «Pazifisten» vorwirft, daß sie den Zusammenhang des Krieges mit dem ihm vorausgehenden Friedenszustand übersehen und darum die kriegstreibenden Momente zu wenig berücksichtigen. Solche Leute gibt es, es gibt sie noch heute.

Wo Barth aber in seiner Darlegung stets wieder die Möglichkeit eines «gerechten Krieges» anerkennt, können wir uns ihm nicht anschließen. – Bevor wir ihm grundsätzlich entgegnen, haben wir auf zwei Faktoren hinzuweisen, die ihm zu seinen diesbezüglichen Schlußfolgerungen die Bahn geebnet haben: seine optimistische Staatsauffassung und seine ebenfalls optimistische Schau der Kirche.

1918 bis 1930 hatte Barth nicht viel Interesse für Kultur, Gesellschaft und Staat, für alles, was sich auf dieser dem Gericht anheimgestellten Welt befindet. «Welt bleibt immer Welt.» Der Aufstieg Hitlers ließ ihn die gefährliche Seite dieses Negativismus und die Bedeutung des rechten Staates erkennen: nur der Rechtsstaat kann einer Ungeheuerlichkeit wie dem Nationalsozialismus begegnen. Von da an wuchsen sein Interesse und seine Wertschätzung des Staates. In der Kontroverse der mehr pessimistischen Staatsauffassung eines Augustin und eines Luther und der mehr optimistischen eines Thomas von Aquin und eines Calvin entschied er sich für die letztere. Ebensowenig wie Calvin selbst wollte er doppelte

Moral gelten lassen: Staat und Kirche sind beide an Gottes Wort gebunden, mögen sie sich in ihren Funktionen auch noch so sehr unterscheiden, – mit den Worten Calvins: Staat und Kirche sind das linke und das rechte Auge, beide erst bilden das Angesicht. In seiner 1938 erschienenen Schrift «Rechtfertigung und Recht» stellt Barth dem «*Gegenüber* von Kirche und Staat in der Gemeinde des Neuen Testaments» (K. L. Schmidt) den «positiven *Zusammenhang* beider Bereiche» entgegen. Er anerkennt, daß der Staat «dämonisch» werden kann, dies bedeutet aber, daß er dann sein Wesen verleugnet. Dieses Wesen des Staates steht für Barth in Zusammenhang mit den «Mächten» von Römer 13, 1 und 7, die er als «Engelmächte» deutet. Diese Mächte schützen den Staat wider die Dämonen und das Tier aus dem Abgrund und weisen ihn auf das Gebiet, wo Christus in Gottes Namen herrscht: «Wo das Neue Testament vom Staate redet, befinden wir uns grundsätzlich im christologischen Bereich» (S. 20).

Die exegetische Frage, ob die Mächte von Römer 13 tatsächlich als Engelmächte zu verstehen sind, lassen wir auf sich beruhen, ebenso die Frage, ob unsere Welt, die in unseren Tagen ein großes Heerlager wird und vom Gedröhn der Kriegsvorbereitungen widerhallt, in der alle Angelegenheiten und Aufgaben beiseite geschoben und verdrängt werden durch die Dringlichkeit der Aufrüstung, nun wirklich der Meinung günstig ist, das Kriegeführen sei ein opus alienum des Staates. Zu seiner optimistischen Beurteilung des Staates als eines mit Christus verbundenen Wesens haben wir aber eine kritische Bemerkung zu machen. Meines Erachtens entspricht das Bild des Geschichtsphilosophen F. Meinecke mehr der Wirklichkeit: «Die Staatsräson ist eine Maxime des Handelns von höchster Duplizität und Gespaltenheit, sie hat eine der Natur und eine dem Geiste zugekehrte Seite und hat, wenn man so sagen darf, ein Mittelstück, in dem Naturhaftes und Geistiges ineinander übergehen.» (Die Idee der Staatsräson, 2. A. 1925, S. 6.) Und weiter: «Zum Wesen und Geiste der Staatsräson aber gehört es gerade, daß sie sich immer wieder beschmutzen muß durch Verletzungen von Sitte und Recht, ja allein schon durch das ihr unentbehrliche Mittel des Krieges, der trotz aller rechtlichen Formen, in die man ihn kleiden mag, den Durchbruch des Naturzustandes durch die Normen der Kultur bedeutet. Der Staat muß, so scheint es, sündigen» (ebda S. 15). «Wir sehen in der Geschichte», sagt Meinecke gegen Ende seines fesselnden Werkes, «nicht Gott, sondern ahnen ihn nur in der Wolke, die ihn umgibt. Nur zu viele Dinge aber gibt es, in denen Gott und Teufel zusammengewachsen sind. Zu ihnen gehört voraus, wie Boccalini zuerst gesehen hat, die Staatsräson» (ebda S. 542). Diese Staatsräson ist das Prinzip des staatlichen Handelns, das Bewegungsgesetz des Staates. «Die Kontemplation kann nicht müde werden, in ihr Sphinx-Antlitz zu blicken, und kommt ihr doch nie ganz auf den Grund. Dem handelnden Staatsmann aber darf sie nur zurufen, daß er Staat und Gott zugleich im Herzen tragen müsse, um den Dämon, den er doch nicht ganz abschütteln kann, nicht übermächtig werden zu lassen»

(ebda S. 542). – Auch Barth weiß ja: «Der Staat als Staat weiß nichts von Geist, nichts von Liebe, nichts von Vergebung» (Rechtfertigung und Recht, S. 31). So möge sich denn der Christ, der immer und überall aus dem Evangelium zu leben hat, vor dieser Macht hüten – er möge sie im übrigen ehren und ihr dienen. Wo ein Mensch in ein Handgemenge auf Leben und Tod verwickelt wird, da verliert er das, was ihn zum Menschen macht, es ist nichts Menschliches mehr an ihm. Ein Staat jedoch, der das Gleiche tut in einem Kriege, geht seines Wesens nicht verlustig und bleibt ganz und gar ein Staat, ja, nach Hegel und andern großen Denkern erweist er da gerade seine Macht und Majestät am deutlichsten. Diese Tatsache zwingt uns, den Staat weniger optimistisch zu betrachten als Barth.

Gleicherweise ist auch die Schau der Kirche bei Barth zu optimistisch. Dies mag uns bei einem Manne befremden, der seinerzeit mit Recht Otto Dibelius' «Jahrhundert der Kirche» aufs Korn nahm mit seinem scharfen «Quousque tandem?», darin er fragte, ob denn diese Selbstüberschätzung der empirischen Kirche nie ein Ende nehmen werde. Heute ist es Barth selbst, der der empirischen Kirche zu viel Ehre erweist, wenn er ihr die Möglichkeit zur Kontrolle, Bekämpfung und Leitung des Staates zuerkennt. Es ist gerade einer der traurigen Folgen des historischen Sündenfalls des in der Kirche organisierten Christentums, daß es seit jenem Fall – außer in den Zeiten der klerikalen, päpstlichen Vorherrschaft – den Willen nicht aufbrachte, sich eine andere Meinung zu erlauben und seine Überzeugung derjenigen des Staates entgegenzuhalten. Es ist ja auch nicht leicht: hinter Kirche und Staat steht das gleiche Volk, seine Leidenschaft macht sich auch in der Kirche breit – eine Leidenschaft, die in Zeiten der Spannung systematisch erregt und wach gehalten wird. Nur eine Kirche kräftigen Glaubens und klarer Führung, die ihre Selbständigkeit zu wahren weiß, kann dem entgegenwirken. Gerade dieser Selbständigkeit aber ist sie verlustig gegangen. Höchstens gegenüber einer fremden Besetzungsmacht vermag sie sich aufzuraffen, nicht aber gegenüber dem eigenen Volk und dem eigenen Staate. Sie sucht ihre Ehre gerade darin, eine nationale Kirche zu sein und den nationalen Interessen zu dienen. Und selbst die internationale, die katholische Kirche vermag sich dem nicht zu entziehen.

So wie die Kirche im Laufe der Geschichte mit den irdischen Mächten zusammengewachsen ist, entbehrt sie der eigenen Stellungnahme gegenüber Volk und Staat (auch wenn sie meint, eine solche zu haben). Selbst, wenn sie für einen Augenblick zu dieser Stellungnahme gelangen könnte, fehlt ihr die Kraft zu einer dementsprechenden Haltung, zu einem Protest, geschweige denn zu einem Widerstand. Und überdies wünscht sie auch gar nicht zu dieser eigenen Stellungnahme zu gelangen, auch wenn sie das Gegenteil behauptet. Im modernen Staat, der längst seine eigenen Wege gegangen ist und sich in seiner Staatsräson um keine kirchliche Meinung mehr kümmert, ist die Kirche in den Hintergrund und in die

Abhängigkeit gedrängt worden. Der Staat führt, die Kirche leistet Gefolgschaft. Der Staat setzt das Ziel, die Kirche stimmt zu. So war es, als der Krieg von 1914 ausbrach, auf beiden Seiten. So war es auch im zweiten Weltkrieg. Jedes Volk meinte, unter der Führung seines Staates im Recht zu sein und einen gerechten Krieg zu führen, und überall hat die Kirche diese Überzeugung untermauert. So wird es im dritten Weltkrieg, den Gott verhüten möge, wiederum sein. Heute schon sind die USA und Rußland mit ihren Satellitenstaaten und Satellitenkirchen fest und aufrichtig überzeugt (Volk wie Kirche), das Recht auf ihrer Seite zu haben. Beim militärischen Vorgehen in Niederländisch-Indien war es ebenso. Die Einsicht kommt erst nachher. Und wenn schon die Einsicht gleich zu Anfang da wäre – die Kirche als solche würde es doch nicht wagen, Widerstand zu leisten. Man denke sich nur, sie würde – wie Barth dies in Aussicht stellt – «gegenüber der Regierung und der Majorität im Staate das Risiko der revolutionären Staatstreue auf sich nehmen» und behaupten, diese sei unter den gegebenen Umständen die wahre Staatstreue! Der Staat wird sich bedanken! Man denke sich nur, sie würde es wagen, in Tagen der Spannung «ein gefährliches Zeugnis abzulegen und das Odium der Unzuverläßigkeit auf sich zu nehmen!» – «Es soll ja einmal Propheten gegeben haben», sagt Barth. Man denke nur an Jeremia. – Gewiß. Doch erstens: was eine prophetische Persönlichkeit vermag, ist einem Kollektiv verschiedener Personen noch lange nicht möglich. Und zweitens: Wohl ist die Kirche Christi unter Einwirkung des Heiligen Geistes mit einem prophetischen Charakter in diese Welt getreten, nach ihrem Sündenfall aber hat sie diesen prophetischen Charakter eingebüßt. Nach ihrer verhängnisvollen Konzession an den weltlichen Staat, als sie das völlig unchristliche Kriegshandwerk ohne eine einzige Einschränkung erlaubte und den Widerstand dagegen als Gottlosigkeit brandmarkte, ist sie zu sehr der Welt gleich, zu sehr ein Teil der Welt geworden, als daß sie fortan noch die Kraft und die Selbständigkeit aufbringen könnte, um Widerstand zu leisten. Wer in Zeiten der Entscheidung das «principiis obsta»[2] vernachlässigt und sich mitschleppen läßt, der hat sich selbst der Möglichkeit grundsätzlichen Widerstandes begeben. Bevor wir von der Kirche eine eigene und selbständige Haltung erwarten dürfen, wird sie auf ihre verhängnisvolle Konzession zurückkommen müssen, zu einer neuen Erkenntnis des dämonischen Krieges aus geklärter Einsicht und gestärktem Glauben, – sie muß es wieder wagen, das Kreuz zu tragen. Diese Revision ihrer selbst, diese Bekehrung werden nicht möglich sein ohne die Einwirkung des Heiligen Geistes, auf die wir alle warten. Da der Geist aber noch verzieht, verharrt die Kirche in ihrer Haltung und wirkt in unseren Tagen mit an der Hölle von Korea.

[2] «Wehre den Anfängen».

III

Und damit gelangen wir zu der zentralen Frage, wo sich unsere Wege trennen. Barth setzt sich ein für einen «relativen Pazifismus», der je nach den Kriegszielen zwischen ungerechten und gerechten Kriegen unterscheiden will. Gerechte Kriege sind zwar «selten, sehr selten», aber es gibt sie offenbar doch. Barth will die Motive scharf unterscheiden: gekränkte Ehre, Geltungsdrang, die «Meinung, sich selbst eine geschichtliche Mission zuschreiben zu können», – das alles «kann kein berechtigter Grund sein, eine kleine oder große Kriegsmaschine in Bewegung zu setzen». – «Auch die Existenz oder Nichtexistenz eines Staates ist übrigens nicht in jedem Fall ein berechtigter Kriegsgrund»: «Jeremia hat das Volk von Jerusalem und Juda bekanntlich zur Unterwerfung aufgerufen.» – «Nur da, wo ein Volk und Staat ernsten Grund hat, die Preisgabe seiner Selbständigkeit nicht verantworten zu können, kann ein berechtigter Kriegsgrund überhaupt in Sicht kommen ... da darf und soll das Volk sich wehren» (S. 528 f.). Dann ist der Krieg eine Angelegenheit des Glaubensgehorsams, dann soll das Volk sich nach Gottes Gebot wehren. Dann soll der Christ als Staatsbürger Ja sagen, ein «christliches Ja». Das beharrliche Nein «des ethischen Absolutismus der Pazifisten» ist «Auflehnung gegen Gottes Gebot». Die radikalen Pazifisten, die dafür halten, es sei unter allen Umständen nicht erlaubt, Krieg zu führen, sind an die Konsequenz ihres Standpunktes gebunden, «sie sind keine freien Menschen mehr, keine, die auch frei bleiben wollen» zur freien Entscheidung (S. 536).

Wir möchten Barth vorerst fragen, ob er denn wirklich meine, es könnte sich je ein Volk finden, das bereit ist, seine Existenz oder Nichtexistenz als ungenügenden Grund der Abwehr zu betrachten. Wie wir gesehen haben, ist ein Staat nicht nur eine ethische, sondern auch eine natürliche Größe, die sich behaupten will. – Zweitens: Barth ist doch wohl auch der Meinung, daß jedes Volk, das sich behaupten will, in seiner natürlichen Freiheit einen zureichenden Kriegsgrund finden wird. – Drittens: daß auch jedes Volk nötigenfalls ein sittliches Gut aufzuzeigen hat, das des bewaffneten Schutzes wert ist. Barth beeilt sich ja, den Fall eines genügenden Kriegsgrundes gegenüber einem Angriff auf die Schweizerische Eidgenossenschaft für gegeben zu bezeichnen, überzeugt, ein solches sittliches Gut sei in seinem Vaterlande vorhanden (S. 529). Jedes Volk aber glaubt dasselbe. Der Amerikaner verteidigt die sittliche Freiheit, der Russe die sittliche Gleichheit usw. usw. Jeder sieht es von seinem Standpunkt aus. – Und viertens möchten wir Barth fragen, ob er mit dem Beispiel der verfolgten und unterdrückten ersten Christen vor Augen an seiner Meinung festhalten kann, daß bei einem Verlust der erwähnten natürlichen Güter eines Volkes «auch sein geistliches Verhältnis zu Gott auf dem Spiel steht» (S. 529). Was schwer fällt, sehr schwer fällt, ist deswegen nicht unmöglich, und sicher nicht bei Gott. Und die

Früchte des Leidens eines satten und selbstgenügsamen Volkes, die unverhofft aufbrechenden geistigen Kräfte können viel geringer, aber auch viel stärker sein als wir es uns denken. Es müssen vielleicht alle Sicherungen zerbrochen werden, bis das Evangelium wieder wie einst glüht und leuchtet in dieser Welt.

Unsere wichtigste Frage aber heißt: kann man denn wirklich die Gewalt des Krieges mit Christus gedanklich verbinden? Barth kann es. Das wissen wir seit 1938, und darum waren wir ob seinen Ausführungen in K.D. III/4 nicht überrascht. Im September 1938 hat Barth dem tschechischen Theologen Hromadka die erschreckenden Worte geschrieben: «Jeder tschechische Soldat, der dann streitet und leidet, wird es auch für uns – und, ich sage es heute ohne Vorbehalt: er wird es auch für die Kirche Jesu Christi tun» (Eine Schweizer Stimme, 1945, S. 58). Für viele Hundert ernste Christen, die mit dem Problem des Krieges rangen, war dies ein befreiendes Wort: Gott sei Dank, wir brauchen uns nicht stören zu lassen und können allenfalls losschlagen. In der holländischen Wochenschrift «Woord en Geest» (14. April 1939, Übersetzung eines in Oltingen und Gelterkinden gehaltenen Vortrags, 2. Teil) sagte Barth nochmals: «Wir wollen unsere freie Schweiz behalten! Es darf alles geschehen, was diesem Ziele dient, auch die bewaffnete Verteidigung unseres Landes.»

«Es darf alles geschehen, was diesem Ziele dient.» Alles! Und alles geschah dann auch in dem Kriege, der dann ausbrach. Alles. Auch das Unerhörte. Auch das Schlimmste. Aber es mußte sein. Der Lehrer der Kirche hatte gesprochen und freie Bahn gegeben. Und heute, angesichts eines möglichen dritten, noch schlimmeren Krieges, gibt er wiederum freie Bahn. Alles! Denn er weiß doch: kein kriegführendes Land läßt sich moralische Fesseln anlegen. Wenn der Krieg «gerecht» ist, darf alles geschehen, was dem Siege dient. Alles, auch wenn es noch viel abscheulicher ist als das, was der letzte Krieg uns vor Augen geführt hat. Es darf sein! Denn so dient man ja der Kirche Christi. Gott gebietet und erwartet von uns ein «christliches Ja».

Diese Ansichten sind nun meines Erachtens grundfalsch. Bei einem christlichen Denker lassen sie sich mir nur aus zwei Gründen erklären. Erstens: dieses Dilemma ist für einen Menschen sehr schwer. Es ist hart, sehr hart für einen natürlichen Menschen, sein Vaterland mit allem, was es an geliebten Gütern enthält, aufzugeben. Es ist hart, sehr hart für einen sittlichen Menschen, ohnmächtig zusehen zu müssen, wie eine unsittliche Gewalt sittliche Güter bedroht –, wenn er zugleich überzeugt ist, daß nur Gewalt dem Einhalt gebieten kann. Diese Gewalt aber heißt: die Barbarei loslassen und selbst üben. Der Christ in uns (der auf Erden den alten Adam nie ablegen kann) findet sich hier vor dem gordischen Knoten. Was Meinecke von Fichte geschrieben hat, läßt sich auch von Barth sagen: er löst den Knoten nicht, er schneidet ihn entzwei: es darf sein!: «Alles darf geschehen, was diesem Ziele dient.»

Die zweite Ursache der rigorosen Schlußfolgerung Barths: Eine wichtige Vorbedingung des «gerechten Krieges», mit welcher die Kirchenväter und Reformatoren sich ernsthaft beschäftigt haben, fällt bei ihm außer Betracht: der «modus rectus». Wenn jene sich bei der Behandlung dieser Vorbedingung in Illusionen wiegten, läßt sich für Barth noch nicht das Recht daraus ableiten, sich die Behandlung dieser Frage einfach zu schenken. Daß er dies tun konnte, ist wohl der Tatsache zuzuschreiben, daß er den Krieg als ein abstractum behandelt. Er weiß nicht mehr darüber zu sagen, als daß der Krieg eine «Massentötung» ist, die bei einer Verkehrtheit des Kriegszieles zu einem «Massenmord» werden kann. Das zweite ist abscheulich, das erste ist, wenn das Kriegsziel gut ist, erlaubt. Es will uns nicht recht deutlich werden, wie dieser Reinigungsprozeß des Krieges verlaufen soll. Es sei denn, man akzeptiere die bekannte Lösung: der Zweck heiligt die Mittel, alle Mittel. – Und noch weniger wird uns vor Augen geführt, wie diese Massentötung vor sich geht. Daß die Unterscheidung von Armee und Zivilbevölkerung (Frauen und Kindern) aufgehoben ist, daß der Bakterien- und Gaskrieg vorbereitet wird, was die Bombardierung von Rotterdam, Coventry und Dresden bedeutete, was eine einzige Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki bewirkte, was wir in dieser Richtung noch zu erwarten haben –, das alles wird nicht mit einem Wort angedeutet. Der Krieg selbst – um ihn handelt es sich doch – der Betrieb des Krieges wird dem Leser nicht zur Wirklichkeit. Ist er für Barth überhaupt eine Wirklichkeit? So unbewegt, so formell, so scholastisch wird die ganze Frage behandelt! Wo hören wir den Notschrei des gepeinigten Gewissens, wie wir ihn vernehmen beim Historiker Johan Huizinga, der so wenig Antimilitarist war wie Barth selbst? «Auch wenn, schrieb Huizinga, diese Art der Kriegsführung nie Wirklichkeit wird, «dann wird doch die Tatsache allein, daß der Bakterienkrieg ernstlich geplant war, ein ewiger und infamer Schandfleck bleiben auf einem infamen Geschlecht». Ja, «angesichts eines solchen satanischen Hohnes auf das Urprinzip der Welt stünde es einer schuldigen Menschheit besser an, in ihrer eigenen Unwürdigkeit unterzugehen» (In den Schatten von morgen, 1935, S. 79). – Und ein holländischer Physiker, der ebenfalls kein Antimilitarist ist, mußte vor dem zweiten Weltkriege angesichts der Rüstungen ausrufen: «Es gibt Dinge, von denen ich hoffe, daß das holländische Volk sie nicht zulassen wird, auch wenn es ob dieser Weigerung zugrunde gehen sollte.» Auch er aber wird gewußt haben – und sonst hat ihn der zweite Weltkrieg eines Besseren belehrt – daß keine kriegführende Nation auf ein Mittel verzichtet – mag es noch so abscheulich sein –, das ihr den Effekt garantiert, die Niederlage vermeiden und den Sieg gewinnen läßt. Für den sittlich denkenden Menschen ist die schwerste Anschuldigung gegen den Krieg nicht die Tatsache, daß es zu diesen und jenen «Auswüchsen» kommt (diese sind notwendigerweise unvermeidlich). Vielmehr: *der Krieg wird geführt und beherrscht durch einen unsittlichen Intellekt, der, gelöst von*

jeder moralischen Basis, entbunden von jeder sittlichen Norm, nur noch frägt nach dem, was den Gegner zerschlägt. Tatsächlich, nur wenn man zugibt, daß «alles geschehen darf, was dem Ziele dient», kann man einen «gerechten Krieg» konstruieren. Solange man aber überzeugt ist, daß der Zweck die Mittel nicht heiligt, daß ein Lebenszusammenhang besteht zwischen dem Zweck und den Mitteln und daß dies vor allem heißt, daß die unheiligen Mittel das Ziel verderben und entheiligen –, solange wird man sich in diesem Punkte Barth nicht anschließen können. Es ist verständlich, daß diejenigen, welche den Krieg als durch die Not gebotenes Mittel rechtfertigen wollen, es wohl noch über sich bringen, von Gott und von seinem Gebot zu sprechen, daß sie aber selten das Wort «Christus» gebrauchen. Es gereicht Barth zur Ehre, daß er dieses Spiel, das für einen Christen kein ehrliches Spiel ist, nicht mitmachen will und unumwunden von einem Kämpfen (das heißt: Krieg führen) für die Sache Jesu Christi spricht. Es ist ehrlicher, es ist aber auch schrecklicher.

Unserseits können wir uns Christus inmitten der physischen und moralischen Greuel des Krieges nicht anders vorstellen, als daß er die Hände ringt über all dem, was seine Nachfolger glauben tun zu dürfen. Es ist gewiß konsequent, wenn ein holländischer Feldprediger auf die Frage, ob er sich einen Kampfflieger vorstellen könne, der vor dem Bombenabwurf auf die Stadt zu seinen Füßen Gottes Segen auf sein Werk erbittet, antwortete: «Ja, das kann ich!» Wir würden in solchen Augenblicken lieber einen Fluch hören, und wir glauben: der Himmel auch. Wo nicht nur der Mensch, sondern auch die Barmherzigkeit hingemordet wird, wo der Mensch, für den Christus geboren und gestorben ist, als Material gilt, das man braucht und vernichtet, da wird Christus geschlagen, sein Evangelium verhöhnt und Gottes Name entehrt.

Und dann sollte man als Christ nicht protestieren und sich nicht einmal weigern dürfen, dies alles mitzumachen, wenn nur das Ziel «gerecht» ist und keine «üble Sache»? Dann sollte man also diese entsetzlich «üblen Sachen» des Krieges nicht zurückweisen dürfen, weil man unter Gottes Gebot zur Teilnahme verpflichtet ist? Und eine Rückweisung wäre also «Auflehnung gegen Gottes Gebot»? In diesem Punkte ist Barth selbst gegenüber der Kirche im Rückstand geblieben, die in ihren ökumenischen Kundgebungen (zum Beispiel Oxford 1937) diese prinzipiellen Dienstverweigerer, die «conscientious objectors», in Schutz nahm und ihnen ihre Hilfe zusagte. Das Gewissen dieser Leute empört sich nicht nur wider die ungerechten Kriegsziele, als vielmehr vor allem wider den Krieg als solchen, weil sie ihn als erlaubtes Rechtsmittel ablehnen. Wir sind dankbar für diese Äußerungen, auch wenn wir wissen, daß die meisten Diener der Kirche und Theologen noch an der Seite Barths stehen und es ablehnen, die Dienstverweigerung als eine innerhalb der Kirche legitime Haltung anzuerkennen.

IV

Aus welchen Ursachen ist Barth und den meisten Theologen diese Einsicht verschlossen? Es ist, als trügen sie Scheuleder, sobald sie auf den grauenhaften Widerspruch zwischen Evangelium und Krieg stoßen. Wir vermuten die Ursache dieser Haltung zum großen Teil in der Tatsache, daß sie allzu schnell ihr Interesse auf den Staat als den Wahrer der Rechtsordnung richten. Zu dieser Wahrung bedarf er der «Machtmittel», wozu auch der Krieg gehört. Sie berufen sich dabei auf Römer 13, obschon Paulus an dieser Stelle nicht den Krieg unter «Obrigkeiten» im Auge hat. Wohl versucht Barth, das Wesen des Staates und den Krieg zu unterscheiden, verbindet den Krieg dann aber wieder als «opus alienum» mit dem Staate. Infolge dieser vorausgesetzten Verbindung der Kriegsfrage mit dem Staate bleibt man im Raum des Naturrechtes stekken. Die «Machtmittel» – die zugegebenermaßen viele Menschenleben fordern (doch das «Leben ist der Güter höchstes nicht») – werden keiner näheren Untersuchung unterworfen, nicht einmal beschrieben. Und ebensowenig läßt man in diesem Kapitel das Evangelium erklingen, wie es aus Christi Mund erklungen ist, wie er selbst es uns vorgelebt hat. Solcherweise aber werden die Gewissen nicht geschärft; sie werden vielmehr abgestumpft. Und man wird sich nicht wundern dürfen, wenn dann der Gegensatz nicht erkannt und die Diskrepanz nicht eingesehen wird. Solche Theologen lassen sich vielzuviel von Seiten der Juristen beeinflußen oder sind selbst zu sehr Juristen, fällen zu formelle Urteile, als daß sie noch gute evangelische Theologen sein könnten.

Gott ist ein Gott des Rechtes und ein Gott der Liebe. Recht und Liebe sind zwei Begriffe, zwei Räume, die es deutlich zu unterscheiden gilt, die aber nie geschieden werden dürfen. Ein Recht, das von der Liebe gelöst ist, darin kein einziges Element des Erbarmens mehr zu finden ist, darf für das christliche Bewußtsein nicht mehr als Recht gelten. Ein gnadenloses Recht ist kein Recht mehr, denn es hat keinen Anteil mehr an jener Gerechtigkeit, in der Liebe und Recht sich berühren. Darum darf der Krieg, und insbesondere der moderne totale Krieg, dessen Opfer die ganze Zivilbevölkerung ist, für das wahrhaft christliche Bewußtsein niemals als «Recht» gelten.

Doch nochmals: neben der Frage nach dem Recht bleibt die andere Frage, ob das Evangelium von Gottes Erbarmen jemals mit dem Kriege zu versöhnen wäre. Und auf diese Frage antworten wir von Herzen: Nein! und wir glauben, es sei dies ein wirklich «christliches Nein».

Man warnt uns: durch diese Haltung wird die Erde der Rechtlosigkeit und Zerrüttung preisgegeben. Sie wird eine barbarische Erde, eine Wildnis werden. Unsere Antwort: das wird wohl ebenso die Folge des nächsten Krieges sein. Es bleibt nur zu fragen, welche Zerrüttung verhängnisvoller sein wird. Aus solchen Überlegungen aber wird keine christliche Entscheidung hervorgehen. In Christus hat Gott uns das Mittel des Krieges verboten. Dieses Verbot steht höher als jedes Gebot. Uns Christen bleibt

einfach nichts anderes, als daß wir nach anderen Mitteln und Wegen suchen, um das Leben und die Kultur des Volkes zu schützen. Ob uns dies mit Gottes Hilfe gelingen wird, das wird die Zukunft zeigen. Gandhi hat uns hier beschämt. Wir haben von ihm zu lernen. Auf jeden Fall aber gibt es kein empirisches, konkret bestimmbares «Gut auf Erden», das als das «höchste Gut» gelten darf, für welches der Mensch alles einzusetzen hätte, auch das Unrecht. Es gibt für den Christen nur ein höchstes Gut: das Reich Gottes. Und es hat uns befremdet, daß Barth an diesem Punkte, wo die größte Spannung zwischen Kultur und Reich Gottes aufbricht, die Eschatologie außer acht gelassen hat. Wir unterschreiben noch immer, was die Minderheit der holländischen oekumenischen Kommission, die 1939 des längeren über «Die Kirche und die internationalen Beziehungen» beraten hat, in ihrem Bericht feststellte: «Wenn schließlich die Umstände auf Erden so sind (einstweilen aber können wir uns noch schwerlich damit abfinden), daß das, was in dieser Welt als ‚Recht' gilt, nur durch den Krieg gewahrt werden kann, dann wird sich für uns daraus ergeben, daß wir in dieser Spannung zwischen Christentum und Kultur, zwischen Reich Gottes und Reich der Welt, uns auf die Seite des Reiches Gottes stellen. Die Bibel ruft uns auf, um Gottes heiligen Namens willen diese Möglichkeit ins Auge zu fassen.»

Nach Barth hat die Kirche hinsichtlich des Krieges zwei Funktionen: 1. soll die Kirche gegenüber dem Kriege eine besondere Distanz wahren: «Die Kirche, die Theologie hat zuerst und vor allem diese distanzierende, diese hinausschiebende Bewegung zu machen» (S. 522). 2. «Die Kirche soll nicht den Pazifismus predigen, sie soll aber von Fall zu Fall dafür sorgen, daß die Stimme dieser ruhigen Vernunft, solange es irgend eine Möglichkeit dazu gibt, laut wird und zu Gehör kommt (S. 526 f.). – Dies alles ist irgendwie selbstverständlich, auch sehr erwünscht und notwendig. Abgesehen aber von der Frage, ob die Kirche in Tagen der Spannung, inmitten eines der Propaganda unterstellten Volkes, dessen Teil sie durch ihre Glieder ist, immer über die nötige politische Einsicht, die psychologische Freiheit und die moralische Kraft verfügen wird, um «von Fall zu Fall die Stimme der ruhigen Vernunft erklingen zu lassen» – noch abgesehen davon glauben wir nicht, daß die Kirche damit ihren prophetischen Auftrag erfüllt hat. Das Erste und Wichtigste hat sie damit unterlassen. Und dieses Erste und Wichtigste ist nicht politischer Art – in dieser Hinsicht ist die Kirche nicht sachverständig –, sondern schlägt in das Gebiet des christlichen Verhältnisses zwischen Gott und Mensch, zwischen dem Menschen und seinem Nächsten, also der direkt evangelischen Ethik. Da befindet sich die Kirche in der «arena mea». – Und diese erste und wichtigste Aufgabe besteht darin, daß sie – nicht erst im letzten Moment der Spannung, wenn die Angst regiert und die Gemüter erhitzt sind, sondern von Stund an, auch im «tiefsten Frieden» und zu jeder Zeit – das Mittel des Krieges brandmarkt als ein unerlaubtes Mittel zum Zweck, als ein Mittel, das in schreiendem Widerspruch steht zu allem, was Christus

will, als ein Mittel, darauf niemals Gottes Segen, doch immer Gottes Fluch lasten wird.

Das Wirken für den Frieden, wie Barth es der Kirche zuteilen will, ist angesichts der sittlichen Greuel des Krieges zu zahm, zu schwächlich. Und überdies nimmt diese zahme und gegebenenfalls zustimmende Einstellung, die sich nicht an das heranwagt, was zuallererst an die Hand genommen werden muß, der Kirche die Kraft, ihre wichtigste Pflicht hinsichtlich des Krieges zu erfüllen. Diese Pflicht besteht nicht darin, sich einigermaßen vom Kriege zu distanzieren, sondern in dem, was ich am Schlusse des «Sündenfalls des Christentum» unter dem Titel «Wir sind mehr als Pazifisten» schrieb: «Es gilt, das Evangelium vom Gedanken des Krieges zu lösen.» Dieser der Kirche anhaftende Gedanke schändet das Evangelium, das sie predigt, lähmt ihre werbende Kraft unter der Jugend und unter den Heiden, diese Idee verunmöglicht es der Kirche, als eine wirkliche Macht des Friedens in dieser Welt aufzutreten. Die Welt kann in der Kirche, die bis auf den heutigen Tag in jedem Kriege nicht ein entgegen- sondern ein mitwirkender und inspirierender Faktor war, nicht die Gestalt des Friedens entdecken. Der Friede Christi ist ihr fremd und wird ihr fremd bleiben, solange sie in ihrem Sündenfall verharrt.

Man zeihe uns nicht des Hochmutes. Wir wissen, daß wir keineswegs besser sind als unsere Mitchristen, die uns in mancher Hinsicht übertreffen. Aber in der Frage, um die es hier geht, hat Gott uns die Augen geöffnet. Hier steht die Kirche, die wir lieben und der wir dienen, wider das Licht des kommenden Reiches, als eine Blinde, von Blinden geführt. In der Bedrängnis um ihretwillen bitten wir Gott, daß er seinen Heiligen Geist wehen lasse über ihre verhärteten Begriffe, auf daß sie sich dem Lichte zuwende, ihre Schande von sich tue, ihr Kreuz aufnehme und lebe.

Oegstgeest-Leiden *G. J. Heering*

WELTRUNDSCHAU

Churchill wieder am Ruder Als bei den Unterhauswahlen vom 25. Februar 1950 die Labourpartei nur mit einer ganz knappen Mehrheit ins Parlament zurückkehrte, da sprachen wir an dieser Stelle von einer *Funktions-, ja Existenzkrise der britischen Demokratie*, deren Überwindung nur vom endgültigen, klaren Durchbruch der einen oder anderen der beiden politisch-sozialen Grundströmungen zu erwarten sei, die sich jetzt innerhalb des britischen Volkes gegenüberstünden (Vergl. Märzheft der «Neuen Wege» 1950). Die erneuten Wahlen, die am 25. Oktober dieses Jahres stattfanden, haben noch keine Erfüllung dieser Erwartungen gebracht. Die Konservative

Partei hat zwar «gesiegt», aber nur mit einem Vorsprung von 26 Mandaten vor der Labourpartei und einem Überschuß von 17 Stimmen über das absolute Mehr im Unterhaus, und was gar die Wählerzahl betrifft, so bleibt sie um etwa 250 000 *hinter* derjenigen Labours zurück. Der «Erdrutsch», den die Konservativen zu ihren Gunsten erhofften, ist also nicht eingetreten; immerhin erlaubte der Wahlausgang doch die Bildung einer Toryregierung unter Churchills Vorsitz, die nun versuchen wird, die Politik Großbritanniens auf das Geleise zu führen, auf dem die Konservativen sie schon 1945 haben wollten.

Die Labourpartei hat bei diesen Wahlen besser abgeschnitten, als anfänglich befürchtet werden mußte. Sie hat nicht nur ihre Kerntruppen zusammengehalten, sondern auch noch einen Teil derjenigen Liberalen zu sich herüberziehen können, die keine Gelegenheit hatten, einem eigenen Kandidaten zu stimmen. Aber die schweren Verluste, die sie im Februar des letzten Jahres erlitten hat, vermochte sie doch bei weitem nicht wiedergutzumachen. Große Teile der Wählerschaft, die ihr nach Kriegsende das Vertrauen geschenkt hatten, stehen ihr, wie bei den vorjährigen Wahlen, so auch jetzt, mißtrauisch und enttäuscht gegenüber. Es ist darum mehr als bloß eine Tücke des englischen Wahlsystems, daß die Labourpartei, obschon sie mehr Wähler musterte als die Konservativen, im Parlament in die Minderheit geriet. Ihrer Regierung fehlte, wie sich aufs neue erwiesen hat, einfach die moralische Grundlage im Volk: sie *mußte* abtreten. Das sozialistische England (soweit man von einem solchen überhaupt schon reden konnte) gehört vorerst der Vergangenheit an, und damit hat auch das sozialistische Europa, das am Ende des zweiten Weltkrieges aufzusteigen schien, seine letzte große Stütze verloren. Wenn man von Schweden und Norwegen absieht, wird nun sozusagen ganz Westeuropa wieder bürgerlich-konservativ, zum Teil sogar reaktionär-faschistisch regiert, was die Gleichschaltung mit den Vereinigten Staaten von Amerika natürlich ganz bedeutend erleichtert.

Die Ursachen der Labourniederlage sind nicht weit zu suchen. Wir haben in dem vorhin erwähnten Kommentar zu den britischen Wahlen von 1950 gesagt, es sei nun notwendig, daß sich innerhalb der Labourbewegung «ein entschieden *sozialistischer* Kurs» durchsetze, wenn England nicht der Reaktion und Gegenrevolution ausgeliefert werden solle. «Das gilt zunächst für ihren (der Labourpartei) innenpolitischen Kurs; es gilt aber nicht weniger auch für ihre außenpolitische Linie . . . Wenn eine zur Regierungsverantwortung aufgestiegene Partei auf einem so entscheidend wichtigen Gebiet, wie es heute die Völkerbeziehungen sind, in der Hauptsache die Politik ihres Gegners betreibt, so *muß* das ja zuletzt selbst auf eine so robuste Wählerschaft, wie es diejenige der Labourpartei ist, verwirrend und demoralisierend wirken.»

Genau so ist es gekommen. Die Labourpartei kann zwar auf innerpolitischem Gebiet auf große, stolze Leistungen hinweisen. Wer das England der zwanziger und dreißiger Jahre mit seinem sozialen Elend

kannte und es mit der Lage vergleicht, die er am Ende der vierziger Jahre angetroffen hat, der kann den mächtigen Fortschritt ermessen, der sich da seither vollzogen hat. Wenn die Erhebungen, die von privater, unabhängiger Seite periodisch in der Grafschaft York angestellt werden, auch für das übrige Land gelten (und dem dürfte im wesentlichen so sein), dann standen 1936 je zwei Menschen von elfen unterhalb der Armutslinie; heute sind es je zwei von 118, gerade der zehnte Teil von damals. Und auch diejenigen Menschen, die noch immer das Existenzminimum nicht erreichen, sind heute, dank den Sozialdiensten, die das Labourregime geschaffen hat, viel besser daran als ihre Leidensgenossen von 1936.

Aber all diese Errungenschaften einer Innenpolitik, die aus sozialistischem Geiste geboren sind, werden jetzt mehr und mehr gefährdet durch eine Außenpolitik, die, obwohl ebenfalls von einer Labourregierung in die Wege geleitet und getragen, doch ausgesprochen unsozialistisch, ja widersozialistisch ist. Im Januar 1950 hat die Gruppe von Labourabgeordneten, welche die Programmschrift «Links anhalten!» veröffentlichte, mit nur zu viel Recht die dringende Notwendigkeit betont, die Außenpolitik Großbritanniens wie der Westmächte überhaupt in sozialistischem Sinne neuzuformen. «Wenn der Kurs (der Außenpolitik) in den nächsten fünf Jahren nicht entscheidend gewechselt werden kann, hat es wenig Sinn, die Zukunft des britischen Sozialismus zu erörtern.» Und schon vorher und seither immer wieder hat Zilliacus vor den verhängnisvollen Wirkungen einer Labour-Außenpolitik gewarnt, die tatsächlich diejenige der Konservativen sei, und vorausgesagt, daß die Labourregierung darüber zu Fall kommen werde. Die Parteiführer haben den unbequemen Gewissensmahner dann ja aus den Labourreihen ausgeschlossen; sie wollten «so etwas» einfach nicht mehr hören. Jetzt müssen sie *fühlen*, wie es herauskommt, wenn man aus lauter Kommunistenangst die Geschäfte des konservativen Gegners besorgt. Churchill hat ihnen in einer Wahlrede in Liverpool (vgl. «Neue Zürcher Zeitung» Nr. 2132) selber bescheinigt, daß sie «die ihnen von den Konservativen angeratenen Richtlinien befolgt» hätten, wenn sie auch in deren Ausführung ungeschickt und verspätet gewesen seien. Und tatsächlich: wenn die Labourpartei ihren Widersachern moralisch so weithin Recht gibt und sich in der Außenpolitik – also in den Fragen von Krieg und Frieden – von ihnen nur durch Ungeschicklichkeit und Langsamkeit im Handeln unterscheidet, wie will sie dann bei den flottanten Wählerschichten, auf die es immer entscheidend ankommt, noch irgendwelches Vertrauen zu gewinnen hoffen? Es mangelt der Labourbewegung seit Jahr und Tag einfach an demjenigen Selbstvertrauen, das allein auch bei anderen Vertrauen wecken kann. Es mangelt ihr an einer großen *Sache*, für die sie kämpfen könnte, einer Sache, die nur *sie* verträte, und die sie auf der ganzen Linie, im *Gegensatz* zu der Sache des konservativen Bürgertums, vertreten müßte. Darum ist sie unterlegen. Und darum wird sie weiterhin unterliegen,

wenn sie sich nicht endlich aufrafft und auch in der Gestaltung der auswärtigen Politik sozialistischer Inspiration gehorcht. Die Außenpolitik ist eben mehr als je unser Schicksal – insbesondere dasjenige der sozialistischen Bewegung aller Länder.

England unter Amerika Daß die Labourregierung keine eigene, das heißt keine *sozialistische* Außenpolitik zu führen vermochte, vielmehr sich immer vollständiger der Weltpolitik des kapitalistischen Amerika unterordnete, hat natürlich seine guten – oder auch schlechten – Gründe. Es liegt zuletzt in dem gemeinsamen Gegensatz der Labourdemokratie wie der Kapitalsdemokratie der USA zum *Sowjetregime* beschlossen. Professor G. D. H. Cole sagt es in seinem großen Werk «The Intelligent Man's Guide to the Post-War World» («Ein Führer zur Nachkriegswelt für den intelligenten Mann», ein Gegenstück zu G. B. Shaws bekanntem Sozialismus-Buch für die «intelligente Frau») ganz richtig:

«Genau wie die Russen in den ersten Stadien ihrer Macht versuchten, in anderen Ländern Revolutionen zu befördern, die streng der ihrigen nachgebildet wären, so konnten sich die westlichen Sozialisten kein anderes Muster für die Regierung eines sozialistischen Landes vorstellen als die Einrichtungen der parlamentarischen Demokratie, durch die sie im Westen zum Sozialismus vorzudringen strebten.»

Und wiederum:

«Die Auffassung von Demokratie, die ganz weitherum in Großbritannien und den Vereinigten Staaten vertreten wird, sieht es für selbstverständlich an, daß Verfassungs- und Wirtschaftsfragen von einander getrennt werden können und daß es möglich ist, ein politisch-demokratisches Werkzeug zu schaffen, mit dem die Maßnahmen für den wirtschaftlichen Aufbau der Gesellschaft durchgeführt werden sollen. Sehr viele Leute in beiden Ländern sehen die Demokratie tatsächlich als einen fast ausschließlich politischen Begriff an ... Die Amerikaner neigen zu der Auffassung, daß es vor allem darauf ankomme, in der Geschäftswelt die Bedingungen für ein ‚freies Unternehmertum' zu schaffen, und daß, wenn das erreicht sei, die rechten politischen und sozialen Systeme von selber folgen würden. Die Engländer sind mehr geneigt, das Bestehen eines ‚freien Parlaments' zu sichern, mit einer von diesem abhängigen Regierung, und dann anzunehmen, daß unter dieser Voraussetzung die Produktionskräfte unfehlbar nach dem Volkswillen organisiert werden könnten. ‚Freies Unternehmertum' erfordert jedoch eine Regierung, die es auch aufrechterhalten und die Besitzverhältnisse regulieren kann, auf denen es beruht. Die Amerikaner drängen darum in der Praxis auf eine Art von politischer Regelung, die nach ihrer Meinung am besten imstande ist, ein System des ‚freien Unternehmertums' zu stützen; und das veranlaßt sie unter den in Europa bestehenden Verhältnissen, den Parlamentarismus gegen jede Form von Sowjetismus oder Halbsowjetismus zu unterstützen. Die amerikanische und die britische Haltung gegenüber politischen Fragen kommt also in der Praxis so ziemlich auf das gleiche hinaus und gerät damit in scharfen Gegensatz zu derjenigen der Sowjetunion.»

An diesem Zustand habe, so stellt Cole fest, der Wahlsieg der Labourpartei im Jahr 1945 nicht viel geändert. Labour betrachte die politische Demokratie als Selbstzweck wie als Mittel zum Zweck der Schaffung wirtschaftlicher Demokratie, während die Russen immer und

überall die wirtschaftliche und soziale Revolution als *den* Weg zum Sozialismus ansähen und keine Regierung als wirklich sozialistisch gelten ließen, in deren Land nicht die Wirtschaftsordnung von Grund auf umgestaltet worden sei. Das sei gewiß eine einseitige Auffassung; die Russen müßten davon überzeugt werden, daß es in Westeuropa möglich sei, auch auf parlamentarischem Weg dem Sozialismus näherzukommen, und die britische Labourpartei habe jetzt – Cole veröffentlichte sein Buch 1947 – die Möglichkeit, das praktisch zu beweisen. Anderseits müsse aber auch die Labourbewegung zugeben, daß die parlamentarische Demokratie nicht die einzige Form von Demokratie sei, und daß die Einrichtungen der politischen Demokratie nicht unbedingt überall und unter allen Umständen zweckmäßig oder arbeitsfähig seien.

Gerade dagegen sträubt sich nun freilich die große Mehrheit der Labourpartei mit Händen und Füßen. Und das nähert sie im Verhältnis zur Sowjetunion und den übrigen kommunistisch regierten Ländern nicht allein ihren eigenen Konservativen an, sondern auch den Vereinigten Staaten, die damit für sie zum mächtigen Hort der angelsächsischen, ja der westlichen Auffassung von Demokratie überhaupt geworden sind. Noch mehr: Amerika wird für sie auch zu einem Vorkämpfer der *sozialen* Demokratie. Der internationale Sekretär der Labourpartei, Healey, erklärte im Dezember 1949 offen heraus:

«Mögen sich die Amerikaner dessen alle bewußt sein oder nicht – die Vereinigten Staaten treten in die Phase der Sozial-Demokratie ein, die sich auf den Wohlfahrtsstaat stützt. Ja, der Marshallplan und das Punkt-Vier-Programm Präsident Trumans sind sogar Sozialismus auf internationaler Stufenleiter.»

Ähnliche Äußerungen liegen von seiten des Generalsekretärs der Labourpartei, Morgan Phillips, und des bisherigen Kriegsministers Strachey vor, der einmal sehr «radikale» Bücher über Sozialismus, Kapitalismus und Klassenkampf geschrieben hat. Da nimmt es freilich nicht mehr wunder, daß sich die Labourregierung an den Weltzielen der Vereinigten Staaten nur wenig stößt und ihre eigene außenpolitische Linie mehr und mehr derjenigen Amerikas und seiner herrschenden Klasse angeglichen hat. Marshallplan, Trumandoktrin, Atlantikpakt, Ruhrindustrie und westdeutsche Remilitarisierung legen von dieser Gleichschaltung ebenso Zeugnis ab wie die überstürzt unternommene zusätzliche Neuaufrüstung Englands selbst, die Einbeziehung Francospaniens in das amerikanische Militärsystem (gegen die die Labourregierung nichts einwenden zu können erklärte) und der «Friedensvertrag» mit Japan. Nur einmal hat Labourengland wirklich gegen den amerikanischen Stachel gelöckt: als MacArthur Miene machte, China anzugreifen, so wie Großbritannien auch das neue, kommunistische China anerkannt hat, im Gegensatz zu den Wünschen und der Haltung Washingtons. Recht hübsch hat die Flugschrift der Bevan-Gruppe «Der einzige Weg» dieses ganze britisch-amerikanische Verhältnis gekennzeichnet:

«Die amerikanische Regierung sucht die britische Einwilligung (zu ihrem hysterisch antikommunistischen Kreuzzug). Konservative fragen im Unterhaus streng: Warum ist die letzte amerikanische Forderung nicht erfüllt worden? Ein britischer Außenminister fliegt nach Washington. Ein hochgestellter amerikanischer Beamter fliegt nach London ... Der Druck nimmt immer weiter zu. Der Kongreß ist auf dem Kriegspfad, und Herr Truman wird von seinen Beratern daran erinnert, daß schließlich im nächsten Jahr Wahlen sind. Der britische Widerstand erschöpft sich. Man muß ein neues Zugeständnis machen, damit es nicht noch ärger kommt. Wie können wir festbleiben, wenn das amerikanische Begehren so lärmend gestellt wird. Wie dürfen wir wagen, Truman und Acheson den republikanischen Wölfen auszuliefern? So wird die britische Zustimmung zu einer Maßnahme erlangt, gegen die sich ein halbes Jahr vorher sowohl die britische als auch die amerikanische Regierung gewehrt hatte.»

Und sonst durchaus labourtreue Engländer, die nicht nur nationalen Stolz, sondern auch sozialistische Gesinnung bewahrt haben, fragen sich voller Grimm, wieweit eigentlich die Kapitulation vor Washington noch gehen müsse, bis auch Großbritannien – im Range Frankreichs und Italiens – zum willenlosen Satelliten Amerikas geworden sei.

Kanonen statt Butter Die Folgen dieser Amerikahörigkeit für das Leben Englands werden sich erst nach und nach zeigen. Auf *einem* Gebiet sind sie schon heute völlig offenbar: die außerordentlichen *Kriegsrüstungen* sind zu einer schweren Last für die britische *Wirtschaft* geworden. Noch im Herbst 1950 sollten die neuen, durch das Programm des Atlantikbundes geforderten Militärausgaben Englands «nur» 3600 Millionen Pfund erreichen, eine Summe, die Attlee damals als das Höchstmaß dessen bezeichnete, was die britische Wirtschaft ertragen könne. Keine fünf Monate später verlangte die Regierung weitere Militärkredite in der Höhe von 1100 Millionen Pfund, so daß die Gesamtausgaben, verteilt auf drei Jahre, auf 4700 Millionen Pfund steigen sollten, also von etwa 38 Milliarden Schweizer Franken auf rund 50 Milliarden. Eine sachliche Begründung für diese abermalige Rüstungsverstärkung vermochte die Regierung nicht zu geben; offenbar war für sie einfach der Umstand maßgebend, daß die Vereinigten Staaten, wie sie dies gegenüber den anderen Mitgliedern des Atlantikbundes taten, so auch England zu immer energischeren Kriegsvorbereitungen antrieben. Großbritannien verwendet damit nunmehr 10 Prozent seiner nationalen Rohproduktion für militärische Rüstungen, gegen 7 Prozent noch vor einem Jahr. In zwei Jahren können es 15 oder 20 Prozent sein.

Innerhalb der Labourpartei selbst erwuchs diesem Programm bekanntlich heftiger Widerstand. Die Bevangruppe sagte in der oben erwähnten Schrift «Der einzige Weg» voraus, daß es schon rein wirtschaftlich schwierig, wenn nicht unmöglich sein werde, die gesteckten Ziele zu erreichen. In ihrer zweiten Veröffentlichung «Wir gehen unseren Weg weiter», die kurz vor den Wahlen herauskam, war sie bereits in der Lage, anhand von Tatsachen die Richtigkeit ihrer Voraussage zu beweisen. Wir greifen nur die Hauptpunkte heraus. (Vgl. auch G. D. H. Cole,

«Schwäche durch Stärke», und K. Hutchison, «Englands kommende Krise» in der Neuyorker «Nation», 13. Oktober.)

1. Die Rüstungsindustrie nimmt der Produktion für den zivilen Bedarf immer mehr Kohle und Kraftstrom weg. Die Kohlenkrise des letzten Winters dürfte sich in den nächsten Monaten wiederholen, wenn sie nicht noch schärfer sein wird. Und der Mangel an elektrischer Kraft wird voraussichtlich *noch* katastrophaler werden. Der Bau von neuen Kraftwerken bleibt eben hinter dem rasch steigenden Bedarf weit zurück.

2. Vielleicht die ernsteste Schwierigkeit wird aus dem Mangel an Arbeitskräften entstehen. Gegenwärtig sind rund 600 000 Arbeiter in der Waffenindustrie beschäftigt. Über kurz oder lang werden weitere 400 000 Mann benötigt werden. Woher sie nehmen, es sei denn aus der Friedensproduktion? Das aber hieße den Umfang der Güter, die für den alltäglichen Verbrauch bestimmt sind, drastisch vermindern.

3. Es hieße aber auch die Preise weiter hinauftreiben. Die tolle Aufhäufung von kriegswichtigen Rohstoffen durch die amerikanische Industrie hat ja die Preise einer ganzen Reihe von Rohstoffen in der ganzen Welt ohnehin unerhört hinaufschnellen lassen. Und wenn diese Bewegung inzwischen auch einigermaßen zum Stillstand gekommen ist, so kann sie doch jederzeit neu einsetzen. Zwar sind auch die Löhne gestiegen (wennschon nicht im gleichen Maß wie die Preise); da aber die verfügbare Menge von Verbrauchsgütern immerfort abnimmt, so müssen eben die Preise entsprechend steigen, sofern nicht Maßnahmen getroffen werden, um die Kaufkraft zu drosseln, also (in der Fachsprache) die Tendenz zur Inflation durch gewollte Deflation zu bekämpfen.

4. Solche Maßnahmen mögen um so nötiger werden, als die Gold- und Devisenvorräte der Länder des sogenannten Sterlingblocks (Großbritannien mit seinen Kolonien und Dominien, in der Hauptsache) während der letzten Monate in beunruhigendem Grad abgenommen haben. Auch wenn die Ursachen teilweise zeitbedingt sein mögen, bleibt doch bestehen, daß die Sterlingländer als Ganzes *über* ihre Mittel leben und ihre in Dollars zu bezahlenden Warenbezüge ihre Einnahmen aus Dollarlieferungen wesentlich übersteigen. Insbesondere die Zahlungsbilanz Großbritanniens wird wieder immer stärker passiv; im 3. Vierteljahr 1951 beträgt das Dollardefizit der Sterlingländer nicht weniger als 638 Millionen Dollar.

5. Das gleiche gilt für die Handelsbilanz. Der Überschuß der Einfuhren Englands über seine Ausfuhren betrug in den ersten sechs Monaten dieses Jahres bereits 338 Millionen Pfund. Auch das ist zum Teil eine Folge der Preissteigerung auf den Rohstoffmärkten der Welt: die Importgüter Englands sind im Preise stärker gestiegen als seine Exportwaren. Und solange die Rüstungskonjunktur andauert, ist eine Änderung dieses Verhältnisses kaum zu erwarten. In den letzten paar Jahrzehnten hat die Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen den infolge

der Bevölkerungsvermehrung wachsenden Bedarf der Industrien in aller Welt ohnehin nicht decken können, so daß Nahrungsmittel und Rohstoffe verhältnismäßig knapper geworden sind als Fertigprodukte.

6. Die Folge dieser ganzen Lage ist, daß Grobritannien seine Produktion von Ausfuhrgütern aufs äußerste steigern und gleichzeitig seine Einfuhren scharf beschneiden muß. Mit anderen Worten: der Verbrauch von Einfuhrgütern wie von britischen Industrieerzeugnissen, die ins Ausland verkauft werden können, muß gedrosselt werden. Wenn nicht das Rüstungsprogramm eingreifend gekürzt werden soll, dann muß die Lebenshaltung des Volkes, vor allem seiner minderbemittelten Schichten, spürbar gesenkt und die so hart erkämpfte wirtschaftliche Erholung Großbritanniens bewußt aufs Spiel gesetzt werden. Butter oder Kanonen – das ist die Frage. Und vielleicht wird es gar so herauskommen, daß es weder Butter noch Kanonen – diese wenigstens nicht im erstrebten Ausmaß – geben wird.

Los vom Laboursozialismus! Man darf gespannt sein, wie die Regierung Churchill das Wirtschaftsdilemma Großbritanniens aufzulösen gedenken wird. Was man bis jetzt davon hört, erweckt wenig Vertrauen. Die Lösung scheint einfach zu sein: Rückgängigmachung der Wirtschafts- und Sozialreformen der Labourzeit, soweit das überhaupt noch möglich scheint, und wieder freie Bahn für das private Unternehmertum! Daß die Nationalisierung der Eisen- und Stahlindustrie widerrufen werden wird, steht auf Grund der Thronrede schon heute fest. Das neue Regime im Bergbau, in der Gas- und Elektrizitätserzeugung, im Straßenverkehr, in der Luftfahrt usw. dürfte vorerst grundsätzlich beibehalten werden, aber die Betriebsmethoden werden wohl aufs neue ausgesprochen kapitalistisch werden, bei gleichzeitiger Förderung der privaten Konkurrenz in diesen Wirtschaftszweigen. Auch der Außenhandel soll wieder stärker der «privaten Initiative» geöffnet werden. Der Hausbesitz dürfte durch Aufhebung der Mietzinsbeschränkungen das ihm «gebührende» Geschenk erhalten, und ganz allgemein wird der eigentliche Motor der kapitalistischen Wirtschaft, das Gewinnstreben, wieder hemmungslos in Gang gesetzt werden. Die Gefahr einer Beschränkung der Dividenden (die ja nur «derjenige Teil des Profites sind, der einfach nicht zu verstecken ist») ist jedenfalls beseitigt, wenngleich dafür eine neue Übergewinnsteuer kommen soll. «Man glaubt aber doch», so bemerkt ein Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» beruhigend, «von der neuen Regierung eine viel verständnisvollere Behandlung der Gewinn- und Steuerfrage als unter der Labourherrschaft erwarten zu dürfen.»

Die in Aussicht stehenden konservativen Maßnahmen werden um so schwerer wiegen, als auch «unter der Labourherrschaft» die britische Wirtschaft zu 80 Prozent in *kapitalistischem Geist* betrieben wurde;

trotz Sozialisierung und Staatskontrolle war und ist das «freie Unternehmertum» Besitzer und Leiter des weitaus größten Teils der britischen Industrien. Und da dieser private Sektor der Gesamtwirtschaft lebensfähig erhalten werden mußte, solange man nicht an eine Vollsozialisierung herantreten wollte, so mußte die Labourregierung selber dafür sorgen, daß der Kapitalismus so leistungsfähig als möglich gemacht würde. Das geschah nicht allein durch eine vorsichtige Steuerpolitik (nur die *verteilten* Gewinne wurden zu 50 Prozent weggesteuert, die unverteilten Gewinne, also die Rückstellungen, bloß zu 10 Prozent, während die Kapitalgewinne überhaupt nicht besteuert wurden); es geschah namentlich auch durch den Zwang, der auf die Privatindustrie ausgeübt wurde, damit sie sich wirksamer organisiere, wollte sie nicht unter der dauernden Drohung schärferer Staatseingriffe oder gar der Nationalisierung stehen. Der mächtige Verband der Britischen Industrien, die kapitalistische Zentralorganisation Englands, hatte beispielsweise im Jahr 1946 erst 4478 Einzelfirmen und 243 Branchenverbände als Mitglieder, Ende 1950 aber bereits 6504 Einzelfirmen und 278 Branchenverbände, unter den letzten bezeichnenderweise auch den Britischen Bauernverband. Auch sonst förderte die Art von Wirtschaftskontrollen, Bewilligungen und Zuteilungen, die das Labourregime übte, die Konzentrierung der Industrie sehr nachhaltig, so daß bei einer Gesamtwürdigung der Labourpolitik keineswegs nur von einer Umgestaltung der britischen Wirtschaft in der Richtung der sozialen Planwirtschaft gesprochen werden kann.

Daß der Wohlfahrtsstaat bewußt und mit Erfolg eine Neuverteilung des Volkseinkommens erstrebte, ist freilich richtig. Während 1938 der Anteil der Löhne am Gesamteinkommen 39 Prozent betrug, war er bis 1950 auf 48 Prozent gestiegen; der Anteil des Renten-, Dividenden- und Zinseinkommens fiel im gleichen Zeitraum von 35 auf 24 Prozent. Aber man muß dann auch feststellen, daß eine Neuverteilung des Volks*vermögens* nicht in gleicher Weise, also zugunsten der Lohn- und Gehaltsbezüger, möglich war. Wie die «Monthly Review» (Neuyork) unter Anführung zahlreicher einleuchtender Tatsachen darlegt, ist das Vermögen in England «ungefähr gleich (oder ebenso ungleich) verteilt wie 1945, und es gibt sogar Anzeichen, daß die Zusammenballung des Kapitals in den letzten sechs Jahren wohl noch leicht zugenommen hat». Die riesigen Gelder, die in den Kampf gegen die Labourregierung gesteckt wurden, stammen nicht zuletzt aus den unverteilten Profiten, die als Verstärkung der Reserven im Jahr 1950 allein (Korea-Konjunktur!) fast 570 Millionen Pfund (etwa 6300 Millionen Franken) betrugen, das sind 235 Millionen Pfund mehr als sämtliche anderen Ersparnisse, die das britische Volk in diesem Jahr gemacht hat. In den ersten sechs Monaten von 1951 waren die Bruttogewinne der öffentlich Rechenschaft ablegenden Kapitalgesellschaften um 24 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des letzten Jahres. Trotz Steuern und drohender Dividendenbegrenzung stiegen die Dividenden im ersten Halbjahr 1951 gegenüber 1950 um 10 Prozent.

Die Rücklagen waren um 23 Prozent höher, und der Börsenwert der Industrieaktien stieg um fast 20 Prozent. Wenn die Löhne gleichzeitig um durchschnittlich 8 Prozent erhöht wurden, so ist das alles.

Die neue konservative Regierung kann sich also auf einen höchst kräftigen Kapitalismus stützen, wenn sie jetzt an die Aufgabe herangeht, der britischen Wirtschaft die gewaltigen Rüstungslasten aufzuerlegen, ohne daß diese darunter zusammenbricht. Und vermutlich wird ihr nun auch das kraftstrotzende Amerika unter die Arme greifen, das der Labourregierung immer nur widerwillig «die Mittel für die Durchführung ihrer sozialistischen Experimente» lieferte. Dennoch ist in der englischen Geschäftswelt die Begeisterung für Amerika nur mäßig. Die Handelssperre, welche die Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion, den anderen osteuropäischen Staaten und nun auch gegenüber dem kommunistischen China verfügt haben, trifft auch die britischen Interessen empfindlich, besonders wenn Hongkong, die reiche britische Kronkolonie, vom Verkehr mit dem chinesischen Festland abgeschnitten werden sollte. Auch die Rolle, die Amerika im Oelstreit mit Persien gespielt hat, verstimmt in England nicht wenig. Und dazu spürt man eben allmählich auch die wiederauflebende Industriekonkurrenz der Deutschen und Japaner in einer Art und Weise, die für die Zukunft nichts Gutes ahnen läßt. Ja, Amerika selbst ist daran, seine Wirtschaft dermaßen stürmisch auszudehnen, daß England dadurch erst recht an die Wand gedrückt zu werden fürchtet. Charles Wilson, der Leiter des amerikanischen Kriegswirtschaftsamtes, hat bereits angekündigt, daß die Bruttoproduktion der Vereinigten Staaten innert der nächsten drei Jahre um weitere 15 Prozent auf 345 Milliarden Dollar gesteigert werden müsse. «Amerikas nationale Produktion», so bemerkt dazu die zweite Bevan-Flugschrift, «wird in diesen drei Jahren um einen Betrag *erhöht* werden, der der gesamten gegenwärtigen Produktion Großbritanniens gleichkommt. Sie wird in einer Welt, die ohnehin nach Rohstoffen hungert, einen *zusätzlichen* Verbrauch von Rohstoffen benötigen, der größer ist als unser gegenwärtiger Gesamtverbrauch. Das wird bedeuten, daß die Materialmengen, die die Dollarwirtschaft aus der übrigen Welt heraussaugt, in einem Grad zunehmen werden, daß vielleicht die Volkswirtschaften Europas überhaupt zerstört werden.»

Nein: Los von Amerika! Man sollte meinen, daß unter diesen Umständen die Parole für England nicht lauten könne: «Los von Labour!», sondern nur: «Los von Amerika!» Worauf die Vereinigten Staaten insbesondere in ihrer Außenpolitik abzielen, ist ja nun allmählich wirklich kein Geheimnis mehr: nicht auf Verhandlung von gleich zu gleich mit der Sowjetunion zum Zweck des Abschlusses eines dauernden Friedensvertrags (Präsident Truman sagte letzthin ganz offen, es habe gar keinen Sinn, mit den Russen zu verhandeln, da ein mit der Sowjetunion getroffenes Abkommen «nicht das

Papier wert sei, auf dem es geschrieben stehe»), sondern auf militärische Höchstrüstungen, gefolgt von ultimativen Forderungen an die Sowjetunion, die à prendre ou à laisser sein werden – mit den entsprechenden Konsequenzen. Wobei man sich in Washington darauf zu verlassen scheint, daß der Zeitpunkt längst verstrichen sei, wo die Sowjetunion noch hätte erfolgreichen militärischen Widerstand gegen die Westmächte leisten können*. Aber dieses Vertrauen auf «Rosse und Reiter» kann auch trügen. Und so unfähig Rußland immer war, mit Erfolg den Krieg ins Ausland zu tragen, so furchtbar war es immer, wenn es galt, den Feind aus dem eigenen Lande zu vertreiben. In England macht man sich jedenfalls auf russische Gegenschläge gegen einen Atombombenangriff gefaßt, die für das Inselreich vernichtend sein könnten, auch wenn das durch zwei Weltmeere geschützte Amerika unverwundbar bliebe. Und sucht nach Möglichkeiten, um diesem Verhängnis zu entgehen. Denn Großbritannien ist keineswegs so hilflos von Amerika abhängig, wie es scheinen möchte. Wie die Verfasser von «One way only» («Der einzige Weg») zutreffend feststellen:

«Amerikas ganze gegenwärtige Strategie gründet sich auf den Besitz von Stützpunkten in England ... Nach General Vandenberg würde der Verlust der britischen Stützpunkte bedeuten, daß die Herstellung von interkontinentalen Bombern versechsfacht werden müßte. Auf jeden Fall hat England die allerstärksten Gründe, um ganz unzweideutig die Umstände klarzustellen, unter denen ein amerikanischer Bomber unsere Inseln auf einer militärischen und kriegerischen Mission verlassen darf, die sicher atomische Vergeltungsmaßnahmen über unsere eigenen Städte bringen würde. Es sollte zweifelsfrei dargetan werden, daß das britische Veto bedingungslos ist. Das Vorhandensein dieser lebenswichtigen amerikanischen Stützpunkte auf unserem Boden gibt uns das Recht, eine viel kühnere Rolle in der Gestaltung des (britisch-amerikanischen) Bündnisses zu spielen, als wir sie bisher ausgeübt haben.»

Wird Churchill diese «viel kühnere Rolle» spielen? Alles spricht dagegen. Alles spricht dafür, daß er jetzt wahrmachen wird, was er seit seiner Fultoner Rede vom 5. März 1946 immer und immer wieder als Kernstück einer wahrhaft «patriotischen» Außenpolitik Englands verkündet hat: engster Zusammenschluß mit Amerika – mit dem Amerika Trumans, der sich damals in Fulton nicht zufällig in der vordersten Reihe

* In der «radikalen» (freisinnig-bürgerlichen) «Dépêche du Midi», der früheren «Dépêche de Toulouse», schrieb letzthin der französische Volkswirtschafter und Geschäftsmann Jacques Gascuel: «Mehr und mehr Menschen fürchten, daß noch vor 1954 den Russen die Forderung einer Art von bedingungsloser Kapitulation gestellt werden wird — eine Forderung, hinter der Waffengewalt stehen würde ... Jenseits des Atlantik redet man mehr und mehr von ‚Befreiung der unterdrückten Völker' und von Amerikas ‚Kreuzzugsstimmung', die ebensogut Amerikas moralischen Werten wie seinen Geschäftsinteressen entspräche ... Die Aufrüstung hat sich bereits als glänzendes Geschäft für die amerikanische Lebensform erwiesen ... In zwei Jahren wird das amerikanische Volkseinkommen alles übertreffen, was die Welt bisher gesehen hat, und ein Krieg (der schon jetzt weitherum unvermeidlich angesehen wird) wird dann eine gewaltige Ausdehnung der amerikanischen Lebensform bedeuten.»

von Churchills Zuhörern befand. Die «Neue Zürcher Zeitung» läßt sich denn auch in recht überzeugender Weise aus Washington berichten:

«In Kreisen, die der außenpolitischen Führung nahestehen, erwartet und erhofft man von Churchill eine sehr viel aktivere und positivere Gestaltung der britisch-amerikanischen Partnerschaft in der Weltpolitik ... Das gilt vor allem mit Bezug auf die Europapolitik Großbritanniens sowie für die gesamte westliche Aufrüstung. Auch in der Koreafrage glaubt man von Churchill größere Unterstützung erwarten zu können als von Attlee. In gewissen Kreisen meint man, es könnte unter Umständen auch zu einer Neuorientierung der Londoner Chinapolitik kommen ... Was die Spanienfrage angeht, so scheint man zu erwarten, daß Churchill den militärpolitischen Überlegungen Washingtons mehr Verständnis entgegenbringen werde als die Labourregierung.»

Und so weiter. Mit Unruhe sehen viele Leute namentlich auch Churchills *Deutschlandpolitik* entgegen. Was für Hoffnungen man in Westdeutschland selber an den Regierungswechsel in England knüpft, geht aus einer Unterredung hervor, die der Bonner Korrespondent des «Manchester Guardian» (vgl. dessen Ausgabe vom 29. Oktober) mit dem Minister für «gesamtdeutsche Angelegenheiten», Herrn Kaiser, gehabt hat. Kaiser ist danach der Meinung, «die Zeit sei gekommen für die klare Formulierung der Ansichten der Westmächte über die Frage der deutschen Ostgrenzen». Die Oder-Neiße-Linie werde jetzt wahrscheinlich in den Vordergrund der internationalen Politik treten; das erste Ziel müsse zwar die «Rückgliederung der Sowjetzone (das heißt des heutigen Ostdeutschland) an das übrige Deutschland» sein, aber dann komme die Wiedervereinigung der an die Sowjetunion und Polen verlorenen Provinzen an die Reihe. Selbstverständlich ohne Krieg!, beeilte sich Herr Kaiser beizufügen. Aber der westdeutsche Minister für die Revanche weiß ja so gut wie sonst jemand, daß die «freundschaftliche Vereinbarung», die vier Millionen Polen und vielleicht eine Million Russen aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien entfernen soll, nur ein beschönigender Ausdruck für den Diktatfrieden ist, den man den Oststaaten aufzwingen zu können hofft, falls sie wirklich vor der militärischen Übermacht der Westmächte kapitulieren sollten. Und von Churchill nimmt man in Westdeutschland an, daß er auch in der deutschen Frage die amerikanische Druck- und Drohpolitik gegenüber der Sowjetunion hemmungslos mitmachen werde. Churchill genießt ja wirklich nicht von ungefähr den Ruf, ein Kriegsmann par excellence zu sein. Er hat seine private Laufbahn als Kriegsmann von Beruf begonnen, ist als Politiker diesem Beruf treu geblieben, hat seine größten Triumphe (und auch Niederlagen!) im Kriegführen erlebt und ist namentlich seit den Interventionskriegen gegen die junge Sowjetrepublik, die er angezettelt hat, ein militanter Anhänger des gewaltmäßigen Antikommunismus geblieben. Warum sollte er, so fragt man sich in Westdeutschland, nicht auch noch, als Krönung seiner Karriere, den großen «Befreiungskrieg» gegen die Sowjetunion ins Werk setzen helfen – besonders wenn im nächsten Jahr General Eisenhower Präsident der Vereinigten Staaten werden sollte?

Abrüstung! Nun sind Amerika, England und Frankreich allerdings mit einem Vorschlag auf allgemeine, stufenweise zu vollziehende *Abrüstung* herausgekommen, welche die Kriegsgefahr vermindern, wenn nicht bannen solle. Aber es passiert ihnen jetzt das gleiche, was auch allen russischen «Friedensoffensiven» regelmäßig passiert ist: ihr Vorstoß wird von vornherein als bloßes Propagandamanöver gekennzeichnet und abgetan. Und zwar nicht nur von sowjetischer Seite, sondern auch aus dem westlichen Lager. Der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» spricht (in Nr. 2421) unverhohlen davon, daß der Zweck des Dreimächteplanes, dessen Ablehnung durch Rußland man natürlich voraussetzte, einfach der sei, die lauen Anhänger einer militärischen Großaufrüstung davon zu überzeugen, daß es keinen anderen Weg gebe, um den Frieden zu erhalten und letzten Endes eine politische Regelung des Kalten Krieges zu erzielen, als eben den der Steigerung der militärischen Bereitschaft. Und amerikanische Blätter sind es selbst, die eine *solche* «Friedensaktion» ablehnen, indem sie betonen, daß «mit einem bloßen diplomatischen Manöver der Welt nicht gedient wäre, so wie auch zum Beispiel der Londoner «New Statesman» feststellt: «Der Schritt der Westmächte, der in Verbindung mit fieberhaften Vorbereitungen für den Atomkrieg erfolgt ist, trägt ganz den Stempel eben der Prostitution des Friedens für Propagandazwecke, die mit Recht verdammt worden ist, wenn sie von der Sowjetunion betrieben wurde.»

Tatsächlich hat der Dreimächteplan so wenig Aussicht auf Erfolg wie der seinerzeitige Baruchplan für die Kontrollierung der Atomkraft, der ja dann zum offiziellen Vorschlag der Vereinten Nationen erhoben wurde und dem er, wie seine Verfasser ausdrücklich bemerken, direkt nachgebildet ist. Es gilt von ihm bei objektiver Betrachtung das gleiche, was Professor Blackett, der englische Atomkraftforscher, in seinem von uns schon früher zitierten, von der westmächtlich eingestellten Presse (auch der schweizerischen!) freilich totgeschwiegenen Buch «Angst, Krieg und die Atombombe» vom Baruchplan sagt:

> «Im besonderen führte der Plan zum Mißerfolg, weil er den Versuch machte, Amerika eine fast hundertprozentige Sicherheit zu verschaffen, womit er unausweichlich auf eine Linie festgelegt war, auf der die Sowjetunion einer Gruppe von Nationen unter amerikanischer Führung untergeordnet worden wäre. Da Amerika seine Atombomben bis zu einer späten Phase des Ingangkommens (des Kontrollplans nämlich. H.K.) behalten würde, könnte die Sowjetunion keine feste Garantie haben, daß nicht zu dem Zeitpunkt, an dem die Bomben beseitigt werden sollen, irgendein technischer Einwand erhoben wird, der ihre Beibehaltung rechtfertigt. In der Zwischenzeit hätte die Sowjetunion ihr Land und ihre Volkswirtschaft der Inspektion und damit auch notwendig der militärischen Spionage geöffnet.»

Daß durch eine internationale Inspektion des Rüstungsstandes auch Amerika dieser Spionage geöffnet würde, hätte insofern wenig zu sagen, als die Standorte der amerikanischen Rüstungsindustrie ohnehin bekannt sind und die Russen kaum die Möglichkeit hätten, ihre wenigen Atombomben über die Ozeane hinweg nach Amerika zu schaffen, während die

Amerikaner jeden Tag imstande wären, ihre *vielen* Atombomben von ihren zahlreichen Militärstützpunkten in Europa und Asien aus auf die Sowjetunion abwerfen zu lassen. Eine Zielkarte für diese Luftangriffe hätten sie ja dank der vorausgegangenen Inspektion der sowjetischen Rüstungsindustrie in idealer Vollkommenheit und Genauigkeit bereits in der Hand.

Wer unter solchen Umständen die Ablehnung des westmächtlichen Planes durch den Sowjetvertreter Wyschinski an der Pariser UNO-Tagung verurteilt, der möge sich doch fragen, wie etwa Amerika und seine Verbündeten auf einen entsprechenden *russischen* Vorschlag geantwortet hätten, wenn sie in der gleichen Lage wären wie heute die Sowjetunion. Nein, so kommen wir niemals zu einer wirklichen Abrüstung! Erst muß einmal eine Bresche in die Mauer des Mißtrauens geschlagen werden, die jetzt zwischen den beiden großen Machtblöcken steht. Und das heißt, daß beide Teile durch *Taten*, die selbstverständlich ein Risiko in sich bergen würden, ihren Friedenswillen beweisen müssen. Wenn die Zeichen nicht trügen, so ist die Sowjetunion bereit (und wir haben darauf auch in unserer letzten Weltrundschau aufmerksam gemacht), Ostdeutschland fahren zu lassen, wenn damit ein dauernd abgerüstetes, aber wiedervereinigtes Deutschland erkauft werden könnte. Sind auch die Westmächte bereit, ein Opfer für die Erreichung dieses Zieles zu bringen? Die Kriegsgefahr würde damit in Europa ganz entscheidend verringert. Und dann würde gewiß auch in Ostasien eine Atmosphäre geschaffen werden, die ein friedliches Nebeneinander der bisher feindlichen Mächtegruppen ermöglichte. Grund genug, um es auf *diesem* Wege mit der Abrüstung zu versuchen!

Aber es müßte *rasch* geschehen. Und wie keine andere politische Kraft in Westeuropa wäre die britische Labourbewegung berufen, einen Druck auf die Völker und Regierungen der Atlantikstaaten auszuüben, damit der Kalte Krieg beendigt werde. Die Labourpartei ist jetzt viel freier in dieser Hinsicht, als sie es zu der Zeit war, da sie selbst an der Macht stand. Sie kann jetzt *sozialistische* Außenpolitik treiben und damit den Frieden retten helfen, zu dessen schwerer Gefährdung sie durch ihre Nachgiebigkeit gegenüber den imperialistischen Kräften der Alten und Neuen Welt so viel beigetragen hat. Möge sie sich auf ihr bestes Wesen besinnen und daraus die Kraft für eine Erneuerung an Haupt und Gliedern schöpfen – eine Erneuerung, die Großbritannien und sein Volk auch zu neuer *Weltgeltung* führen würde, anders als es die machtmäßige Weltgeltung war, die es einst besaß und die nun ein Churchill vergeblich wiederherzustellen bemüht ist!

12. November. *Hugo Kramer*

Wenig Neues Die *Wahlen zur Bundesversammlung* haben, wie bei unserem Proporzsystem und unseren scheinbar gefestigten sozialen Verhältnissen zu erwarten war, keine wesentlichen Verschiebungen in der Parteienvertretung gebracht. Der Ständerat wurde ohnehin nur zum Teil neubestellt; aber auch der künftige Nationalrat sieht in seiner politischen Zusammensetzung nicht viel anders aus als der bisherige. Immerhin sind zwei Tendenzen der Wählerbewegung besonders sichtbar geworden. Einmal eine gewisse Sammlung um die *großen Parteien* auf Kosten der kleinen, wenigstens was die Stimmenzahl betrifft. Bei den Sozialdemokraten, die übrigens den geringsten Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatten, drückte sich die Vermehrung der Wählerzahl allerdings nur im Gewinn eines einzigen Mandates aus, und die Freisinnigen haben sogar einen Sitz verloren, während die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei zwei und die Katholischkonservative Partei sogar vier Nationalratsmandate gewannen. Die «Unabhängigen» haben zwar ihr Zürcher Ständeratsmandat verloren, aber vor allem im Kanton Bern erheblich Stimmen gewonnen und sich zwei neue Nationalratssitze gesichert. Die Demokraten und die Freiwirtschafter sind an Stimmen und Sitzen etwas zurückgefallen, ebenso die Liberalkonservativen; die Partei der Arbeit hat sogar annähernd die Hälfte ihrer Wähler, aber nur zwei von ihren sieben Mandaten verloren. Wahlglück und Wahlpech spielten bei all dem natürlich wieder die übliche Rolle.

Die andere in die Augen springende Tendenz ist das *Vordringen des katholischen Konservatismus*. Waren bisher in der Vereinigten Bundesversammlung, also National- und Ständerat zusammengenommen, die Freisinnigen mit 63 Sitzen die stärkste Fraktion, so haben sie mit ihren nunmehr 62 bis 63 Sitzen (das basellandschaftliche Mandat ist noch umstritten) diesen Rang an die Katholischkonservativen abtreten müssen, die von 62 auf 66 Abgeordnete angewachsen sind. Revanche für 1947! Das «Volksrecht» meint dazu mit Recht: «Der Freisinn ist an dieser Entwicklung selber schuld. Er hat im Laufe der Zeit mehr und mehr das geistig-liberale Gedankengut preisgegeben, sich zu einer Partei einseitiger Kapitalinteressen umgewandelt und sich aufs engste mit dem katholischkonservativen Gegner von gestern verbündet, um gemeinsam mit ihm so lange wie möglich den politischen Aufstieg der Arbeiterschaft hintanzuhalten.» Es müsse zu denken geben, bemerkt das Blatt, «daß im protestantischen Waadtland der erste katholischkonservative Nationalrat nach Bern geht, daß im protestantischen Basel die Katholischkonservative Partei stärker geworden ist als die protestantisch betonten Liberalen (fast gilt das auch im ‚protestantischen' Genf, das bald eine katholische Mehrheit haben wird, wenn die Wanderungsbewegung so weitergeht. H. K.), daß im Kanton Aargau das neue 13. Nationalratsmandat ausgerechnet dank der Listenverbindung, die die Evangelische Volkspartei mit den übrigen bürgerlichen Parteien eingegangen ist, an die Katholischkonservativen fiel, und daß die Baselbieter Demokraten durch Listenverbindung ihren Sitz just den Katholischkonservativen zugeschanzt haben». In der Tat: eine recht bezeichnende Entwicklung, die der ganzen geistigen und politischen Weltlage entspricht; man denke nur etwa an den rasch wachsenden Einfluß des glänzend organisierten und seine Stimmkraft rücksichtslos ausnützenden politischen Katholizismus in den Vereinigten Staaten von Amerika (die jetzt daran sind, sogar einen eigenen Botschafter in die Vatikanstadt zu entsenden) und an seine Vorherrschaft oder doch sehr starke Stellung in zahlreichen westeuropäischen Ländern, von Irland bis Österreich, von Spanien und Portugal über Italien und Frankreich bis Westdeutschland, Belgien und Holland.

Von der politischen Reinlichkeit Wenn wir auch noch von Einzelzügen dieser Wahlen reden sollen, so seien wieder nur deren zwei hervorgehoben. Zunächst die Wegwahl Gottlieb Dutt-

weilers von seinem Zürcher Ständeratssitz. Für den ehrgeizigen Chef des Landesrings der «Unabhängigen» war das eine schmerzliche Niederlage, die seine gleichzeitig erfolgte Wahl in den Nationalrat auf der Berner Liste seiner Partei – pardon: «Bewegung» – keineswegs gutmachen kann. Erhebend ist diese gelungene Rückversicherung ja sowieso nicht! Will man Duttweiler gerecht werden, so muß man freilich unterscheiden zwischen dem Geschäftsmann und dem Politiker. Als Begründer der so erfolgreichen Migrosunternehmung war er auf dem Boden der Privatwirtschaft durchaus an seinem Platz. Der private Lebensmittel-Kleinhandel hatte diesen einfallreichen, draufgängerischen Neuerer durchaus nötig, und auch den erstarrten Konsumgenossenschaften tat er recht gut, so anfechtbar manche seiner Geschäftspraktiken auch sein mochten und sein mögen. Das Leide war nur, daß der Schuster nicht bei seinem Leisten blieb, sondern sich in den Kopf setzte, Volksbeglücker und politischer Heiland der Schweiz zu werden. Und doppelt verhängnisvoll war es, daß der ganze politische Betrieb Duttweilers aus den Gewinnen der Migros finanziert wurde, daß insbesondere sein Landesring und seine Tageszeitung im Grund nur Anhängsel seiner Geschäftsunternehmungen sind. Das ist eine Fäulniserscheinung im Körper unserer Demokratie, die freilich ganz und gar nicht allein steht, vielmehr nur ein Stück der allgemeinen Zersetzung der Demokratie durch das Wirken der Geldmächte darstellt. Die bürgerlichen Parteien, die Duttweiler so heftig bekämpfen, hätten wahrlich Anlaß genug, ihren Reinlichkeitsfanatismus in Bezirken zu betätigen, die ihnen viel näher liegen als das Gehege der Migros! Item, es ist doch eine gesunde Reaktion, die eine überraschend große Zahl von Zürcher Wählern veranlaßt hat, Herrn Duttweiler als Standesvertreter die Tür zu weisen. Die Enthüllungen über die Migros-«Genossenschaft», die der für Duttweiler und seine Leute so blamabel verlaufene Ehrverletzungsprozeß vor Bezirksgericht Zürich gebracht hat, dürften dazu nicht wenig beigetragen haben. Man kann sich immerhin seine Gedanken darüber machen, wie es herausgekommen wäre, wenn auch die Frauen hätten mitstimmen dürfen. Womit beileibe nichts gegen das Frauenstimmrecht gesagt sein soll, das ja nicht eine Frage politischer Zweckmäßigkeit, sondern eine solche des Grundsatzes und namentlich der Achtung vor der Frau ist.

Aufsehen erregt hat sodann auch die Wegwahl des bisherigen Nationalrats Dr. Alfred *Müller*, der auf der Liste der thurgauischen Freisinnspartei von einem Konkurrenten überholt worden ist. Müller-Amriswil ist ja der Typus des Geschäftsadvokaten und Geschäftspolitikers, als solcher gewiß unsympathisch, aber immerhin innerhalb der Grenzen der landläufigen politischen Moral operierend. Schließlich hat es ihm aber doch, wie man sagt, den Ärmel hineingenommen. Wenn das richtig ist, was jetzt über seine Rolle in der Skandalgeschichte des Steuerbetrügers Loew senior in Oberaach mit aller Bestimmtheit berichtet wird, dann mag er rechtlich zwar nicht zu fassen sein, aber eine weiße Weste hat er in den Augen des Volkes dennoch nicht mehr. Die Untersuchung, die er unter dem Druck der ihm gemachten Vorhalte gegen sich selbst anbegehrt hat, wird hoffentlich mit derjenigen Rücksichtslosigkeit geführt werden, die hier doppelt nötig ist, da Herr Müller auch Präsident des Bankrates der Schweizerischen Nationalbank ist. Wir können uns zwar vorstellen, daß man im Ausland, wo man Politikern viel ärgere Sünden nachsieht, als sie Müller vorgeworfen werden, über soviel «Moralismus» lächelt. Aber es gehört eben doch zu den Ruhmestiteln des Schweizervolkes, daß es in solchen Dingen immer noch sehr heikel ist – wobei wir gewiß nicht übersehen, daß unter dem Einfluß des leichten Geldverdienens und zweier Weltkriege, mit einem dritten in Sicht, das Sauberkeitsempfinden auch bei uns ganz bedenklich gelitten hat.

Herzverfettung Schließen wir aber gerade an diese letzte Bemerkung ein Wort zur allgemeinen Lage der Schweiz an. Die vergangenen Wahlen haben neuerdings den berühmten *konservativen Grundzug* der Mehrheit des Schweizervolkes von heute bestätigt. Dieses Beharrungsvermögen ist sicher oft eine Tugend; in unserer gegenwärtigen Situation droht es ein Fehler zu werden, der uns leicht zum Verhängnis ausschlagen kann. Denn was uns und der ganzen westlichen

Welt, zu der wir gehören, vor allen Dingen not tut, das ist der Wille zur radikalen *Umwälzung* der bestehenden sozialen Ordnungen, ist nicht die konservative, sondern die — im tiefsten Sinne — *revolutionäre Haltung* den überkommenen gesellschaftlichen Lebensformen und Einrichtungen gegenüber.

Sie tut in erster Linie um der sozialen Gerechtigkeit selber willen not: das Unrecht der herrschenden Wirtschaftsordnung, ihre vollendete Unsittlichkeit, ihr widermenschliches und widergöttliches Wesen schreien zum Himmel. Und zwar einerlei, ob nun ihr äußeres Ergebnis Armut und Not oder Reichtum und Wohlleben ist; ja, das zweite ist womöglich noch schlimmer als das erste, weil es das trügerische Wesen des geltenden Systems verhüllt und uns einzuschläfern geeignet ist, wo Wachsein und Handeln verlangt werden. Die soziale Revolution ist aber auch so dringlich, weil ohne sie kein wirklicher Völkerfrieden möglich ist; die aus dem Kapitalismus und dem mit ihm verbündeten Feudalismus herausquellenden Bewegungskräfte werden immer wieder Völkerrechte, Friedenssicherungen und Weltsolidarität zerstören, wenn wir sie nicht endlich zu bändigen und durch neue, aus dem Willen zu Volks- und Völkergemeinschaft kommende Antriebe zu ersetzen vermögen. Und ohne wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzung ist besonders keine Sicherung und Ausdehnung der politischen Freiheitsrechte denkbar. Weigern wir uns ihrer, dann gehen wir entweder einer neuen Art von Faschismus entgegen, als der politischen Form der Gegenrevolution, oder wir werden den Kommunismus zu erleiden haben, der uns *seine* Revolution aufzwingt, weil wir die *unsrige* nicht vollziehen wollten.

Das ist, ganz grob umrissen, das Bild unserer Lage. Die Völker um uns herum beginnen sich ihrer, wenn auch noch weithin recht unklar, doch bewußt zu werden. Sie sind in Bewegung geraten; sie sind innerlich erschüttert und tasten nach einer neuen Gleichgewichtshaltung, einer neuen Gestalt ihres Gemeinschaftslebens. *Wir* sind nicht in Bewegung — wir verharren satt und zufrieden auf unsern «bewährten» Daseinsformen. Wir sind auch durch den zweiten Weltkrieg keineswegs in unserem Glauben an die Güte und das Recht des Bestehenden erschüttert worden; sollte es durch eine neue Völkerkatastrophe bedroht werden, so haben wir ja unsere Armee, für die uns kein Opfer zu groß ist (im nächsten Jahr werden es laut Voranschlag nicht weniger als 847 Millionen Franken sein, die wir für ihre zeitgemäße Aufrüstung ausgeben wollen)*. Die Herzverfettung, an der wir als Nation leiden, ist schon so weit vorgeschritten, daß wir gar nicht mehr merken, in welch tödlicher Gefahr wir schweben, und als Kraft- und Gesundheitszeichen nehmen, was in Wahrheit Äußerungen einer Erkrankung sind, die zum Tode führen kann, im Sinne des während oder vor dem ersten Weltkrieg niedergeschriebenen Wortes von Jakob Boßhart (das ich, glaube ich, hier schon einmal angeführt habe, das uns aber immer aufs neue treffen sollte):

«Die Schweiz ist bei einem Zustande innerer Stockung angelangt, und wenn dieser Zustand nicht bald überwunden wird, wird sie zu sein aufhören. Es werden im Völkerleben keine Leichen geduldet, sie werden von den Aasgeiern aufgefressen.»

Es ist uns ein immer erneuter Schmerz, daß diese innere Stockung weithin auch der Zustand unserer Arbeiterschaft, wenigstens in ihrer organisierten Form, ist. Sie, die die ewig vorwärts treibende Kraft unseres sozialen und politischen Lebens sein sollte, ist ja in einem Grade verbürgerlicht und erstarrt, daß es beinahe utopisch scheint, von ihr noch so etwas wie revolutionären Schwung zu erwarten. Und doch geben wir die Hoffnung nicht auf, daß auch in sie wieder Geist und Leben kommen werden. Vielleicht geschieht das nicht unmittelbar aus ihr selbst, aus eigenem Drang und

---

* Die Armee soll bekanntlich unsere politische Neutralität verbürgen. Wie sehr wir aber tatsächlich bereits auf die westmächtliche Seite hinübergerutscht sind, zeigt unter anderem die Tatsache, daß die Oktobernummer der amerikanischen Monatsschrift «Colliers», eine einzige schändliche Kriegshetze gegen Rußland, in der Schweiz anstandslos verkauft werden kann, während sowjetische Literatur, die gegen die Westmächte gerichtet ist, auch wenn sie keinerlei Kriegshetze betreibt, vom Boden der Schweiz verbannt ist.

Kampf heraus; vielleicht muß der Anstoß, die Erschütterung, von außen her kommen, damit auch in ihr auf- und durchbreche, was jetzt so tief verschüttet scheint. Aber *daß* es geschehe, ist geradezu eine Lebensnotwendigkeit für die Schweiz. Und Notwendigkeiten dieser Art setzen sich gemeinhin auch durch – wenn nur Menschen da sind, wenngleich als kleine Herde, die sie rechtzeitig erfassen und sich ihnen freudig auftun.

9. November. *Hugo Kramer.*

Berichte

Freundschaftstagung auf dem Flumserberg

Am 6. und 7. Oktober folgten zahlreiche Mitglieder und Freunde der freundlichen Einladung des Redaktors der Zeitschrift «Dein Reich komme» auf den Flumserberg. Die mit seinen Freunden gemeinsam durchgeführte Tagung stand im Zeichen des Nebels und der Aufhellung. Nach der Melodie «Großer Gott, wir loben Dich» wurden die bekenntnishaften, schönen Verse von Karl von Greyerz gesungen, dessen Andenken damit geehrt wurde. Margarete Susman, unermüdlich für unsere Bewegung kämpfend und sich ihr hingebend, rückte in ihrer tiefen, alles umfassenden Schau und Ausdrucksweise Sinn und Bedeutung der religiös-sozialen Bewegung ins klare Licht. Sie ging dabei aus vom Suchen der verirrten und verwirrten Menschheit nach Gott und beleuchtete in diesem Zusammenhang mit objektivem geistigem Blick einige religiöse, weltanschauliche Bewegungen der Neuzeit. Darauf folgte eine uns alle überraschende Stellungnahme eines unserer Mitglieder, und die anschließende Diskussion bewegte die Geister sehr stark, leitete aber auch eine Klärung und Besinnung über gewisse Grundfragen ein.

Am Sonntagmorgen bildete der gemeinsame Besuch der eindrucksvollen Messe den Übergang zur nachfolgenden Aussprachestunde, welche Zusammenhalt und verheißungsvolle Lebendigkeit unter den Beteiligten bekundete, vor allem geweckt und vertieft durch die brüderlichen, ernsten und doch von echter Heiterkeit durchpulsten Worte des Gastgebers, dem alle dankbar lauschten. Auch seine Führung durch die künstlerische und geheimnisvolle Welt seiner in dieser Art seltenen Wurzelkunst war ein Geschenk. Der dichte Nebel verhinderte eine weitere Wanderung, aber der Nachmittag auf der Tannenbodenalp gestaltete sich durch Gespräch und musikalische Darbietungen zu einem schönen und bereichernden. Wenn die Flumserberg-Freundschaftstagung allen Teilnehmern als eine denkwürdige in Erinnerung bleiben wird, so ist darin auch inbegriffen, was sie für die Zukunft an Besinnung, Kämpfen und Entscheidungen, aber auch an Zuversicht schenkte. *C. W.*

Georg Scherrer †

Unser lieber Freund Georg Scherrer in St. Gallen ist uns in diesen melancholischen Herbsttagen jählings entrissen worden. Er starb – bezeichnend genug – während eines Gottesdienstes in der Kirche zu Heiligkreuz, deren Gemeinde er seit vielen Jahren als Mitglied der Vorsteherschaft gedient hatte. Von Hause aus Katholik – er kam jung aus dem benachbarten Vorarlberg nach St. Gallen –, arbeitete sich Georg Scherrer auf sehr selbständige Art zu einem lebendigen Reichgottes-Protestantismus durch, wurde ungefähr gleichzeitig auch Sozialist und vereinigte so in seiner Person glücklich die beiden Elemente, die unserem «religiösen Sozialismus» das Gepräge geben. Seinem sozialistischen Glauben blieb er auch als erfolgreicher Geschäftsmann treu; er stand fest zur Arbeitersache und wirkte für sie durch lange Jahrzehnte hindurch in allerlei arbeitsreichen Stellungen, nicht zuletzt als Bezirksrichter; ein Amt, das ihm so recht Gelegenheit bot, sein gütiges, für die Armen, Verschupften und Bedrängten warm schlagendes Herz zu offenbaren. Georg Scherrer bleibt allen, die enger mit ihm zusammenarbeiteten, unvergessen. Die Freunde der «Neuen Wege», deren Vorstandsmitglied er war, werden ihm, der sich um das Schicksal unserer Zeitschrift immer in Treue besorgt zeigte, ein dankbares Andenken bewahren. Seine Werke folgen ihm nach. *H. K.*

BUCHBESPRECHUNGEN

James Aldridge: «Der Diplomat». Steinberg Verlag, Zürich.

«Ein Roman, dessen Gedankengehalt die Welt beschäftigt», heißt es auf dem Buchdeckel. «Ein zeitgenössischer Roman», so kennzeichnet ihn der Verfasser selbst. In der Tat ist dieser Roman in Anlage und Inhalt ein bedeutendes Buch, ein tapferes Wort zur Zeitgeschichte und ihren zentralen politischen Problemen.

Es fällt aus dem Chor der westlichen und östlichen Propaganda und Anklageliteratur heraus, ist frei von der falschen Leidenschaft, die den Westen heute erfüllt, und zeigt in vorbildlicher Weise, wie das Ringen um die Wahrheit und den rechten Weg in den politischen Dingen auf allen Seiten befreit werden muß von Heuchelei und Lüge, von all den Tarnungen und Maskierungen kleinster und schlechtester Interessen hinter größten und höchsten Werten.

«Der Diplomat» ist ja (Ausnahmen bestätigen auch heute leider die Regel) der *Typus* des Machtspiels in der Politik, der dem Grundsatz: «Recht ist, was uns nützt» nur allzu leicht und allzu rasch huldigt, der Wahrheit und Lüge ausgeklügelt, spielerisch und doch so tödlich ernst dreht und wendet, daß sie dämonisch werden müssen und meistens Unheil, Streit und Krieg bewirken. Aldridge zeigt das in meisterhafter Weise an «Lord Essex», der in «Sondermission» einen Auftrag für die britischen «Interessen» in Persien zu erfüllen hat und in Moskau, Teheran und London, in Aserbeidschan und Kurdistan zum Gegenspieler der Russen wird und mit seinem um Recht und Wahr-

heit letztlich unbekümmerten Spiel Schritt um Schritt Unheil heraufbeschwört und sich dabei mit all den Gestalten, Mächten und Bewegungen verbindet, zu denen es für einen «anständigen», rechtlich denkenden Menschen und Vertreter eines «ehrenhaft» sein wollenden Volkes nur die klarste Distanz geben müßte. Aldridge rührt hier an eine tödliche innere Gefahr der heutigen Demokratie. Sie ist in ihrer Staats- und Staatenpolitik, ihrer Diplomatie noch am weitesten entfernt von ihrem Ideal der Herrschaft echter sittlicher Werte unter den Menschen und des Kampfes um die Menschenwürde unter allen Völkern und für alle Völker. Statt dessen ist sie dem Weltreichgedanken- und -streben gerade in ihren entscheidenden Staatenvertretungen weithin verfallen oder schwankt zwischen ihrem Ideal und einer oft sehr gewöhnlichen Machtpolitik hin und her. Nicht die so oft beklagte «Schwäche» demokratischer Politik, sondern ihre Halbheit, Richtungslosigkeit und Selbstentfremdung tragen einen guten Teil Schuld an dem Chaos unserer Tage und der Gefahr des Bolschewismus und Totalismus. Die innerliche Überwältigung und Aushöhlung der Demokratie reißt sie selbst in den Bann und die Leidenschaften des von ihr bekämpften Gegners, hindert sie daran, Vorkämpferin der notwendigen großen Reformen, ja der echten Revolution unserer Zeit, der sozialen (im weitesten und tiefsten Sinn des Wortes) zu sein und macht sie zum Hort aller reaktionären Mächte, deren wahres Gesicht sich nicht dadurch ändert, daß sie mit den höchsten Idealen der Demokratie maskiert werden. Das «Gespenst des Kommunismus», der eine richtende und mahnende Wirklichkeit *trotz* seiner russischen Verwirklichung bleibt, wird man dadurch nicht los, die westlich-bürgerliche Welt wird die «Furcht» nicht los trotz Aufrüstungs- und Atombombenpolitik im Namen der Demokratie, der Menschlichkeit und Freiheit. Die Alternative zur Lüge des Bolschewismus (um mit Berdjajew zu reden) heißt eben nicht bürgerlich-sozialdemokratischer Antikommunismus, sondern Kampf für einen radikalen, demokratischen, seine Weltmission verstehenden Sozialismus. Diese Seite der Sache verficht in großartiger Weise in unserem Roman der «linke» Labourabgeordnete Tom *Cromwell*, der seinen rechten Labourgenossen jene Lektion erteilt, die die Mehrzahl der heutigen Sozialdemokraten so nötig hat: Man kann weder innen- noch außenpolitisch mit einem Sozialismus siegen, der sich an die bürgerliche Welt und ihre gewaltsame Scheinverteidigung der Demokratie preisgibt. Aldridges Anschauung hat jetzt bei den englischen Wahlen eine deutliche Bestätigung gefunden. Im Großen handelt es sich dabei aber um die innere Niederlage des Sozialismus seit den Tagen des ersten Weltkrieges, die weder durch das Erlebnis des Nazismus und Faschismus noch auf andere Weise des Bolschewismus zu einer geistigen Wiedergeburt und Erneuerung des Sozialismus geführt hat, die allein ihn befähigen kann, Träger seiner wirklichen Weltmission zu sein.

Freilich entsteht hier eine Frage, die Aldridge nicht direkt stellt, die wir aber stellen müssen: Sollten diese Lage und dieses innere Scheitern von Demokratie und Sozialismus nicht mit einem ähnlichen entscheidenden inneren Mangel zusammenhängen, den wir auf andere Weise beim Christentum und bei den Kirchen antreffen? Der überhaupt das Menschentum unserer Zeit kennzeichnet? Den Mangel an sieghafter Reichgotteskraft, an Christusgeist, an Hingabe für das Reich, an Erkenntnis des Gotteswillens und Gotteslebens, an Bereitschaft zu Kreuz, Leiden und Opfer, wie sie mit der Sache des «Menschensohnes» bis zu seinem endgültigen Weltsieg verbunden sind? Und werden nicht auf dieser Linie die eigentlichen Entscheidungen unserer Zeit fallen müssen?

Aber da ist noch der menschliche Gegenspieler des «Diplomaten» in unserem Buch: der Schotte Ivre MacGregor. Lord Essex hat ihn als wissenschaftlichen und landeskundigen Sachverständigen zu seiner Mission beigezogen. Die Wissenschaft und die Sachkunde soll der Politik dienen, der Diplomatenpolitik, der Weltreichpolitik. Dagegen empört sich der Mensch und Wissenschafter MacGregor. Der Mensch, weil er erkennt, daß es gar nicht um die Menschen, um die Völker im Sinne einer guten und gerechten Lösung ihrer Dinge geht; der Wissenschafter, weil er erkennen muß, daß die Wissenschaft, die redliche Bemühung um die Wahrheit, mißbraucht und abgedankt wird zugunsten einer Götzenpolitik. Anfänglich meinte MacGregor, man könne Wissenschaft getrennt von der Politik betreiben. Nun hat er gerade als Wissenschafter erkannt:

«Die Politik muß aus einem Intrigenspiel, einem Handelsgeschäft, einem Druckmittel zu einer Wissenschaft werden. Wir müssen wissen, was wir zu tun haben, warum wir dies oder jenes anwenden müssen und welche Resultate davon zu erwarten sind. Bis jetzt haben sich alle politischen Regeln und Apparate als wertlos erwiesen. Ich habe keine Achtung mehr vor der Diplomatie, vor dem Staat, auch nicht vor der Volksvertretung. Ich muß wissen, was wirklich Wert hat. Im Kampf um Iran fühlte ich plötzlich, daß ich in Essex nicht ihn persönlich, sondern den Staat zu bekämpfen hatte und daß mein Sein mit einem Schlag völlig politisch geworden war. Auch meine Arbeit ist von der Politik untrennbar; sie ist es, auch wenn ich nach Aserbeidschan zurückkehre.» Hier meldet sich im Gewande der «Wissenschaft» der echte Anarchismus der Freiheit, der Wahrheit, der Gerechtigkeit, die echte Verantwortung des Menschentums vor dem Unbedingten und für den Menschen. Solche Verantwortung läßt sich nicht bestechen für einen Antikommunismus, der die geistigen Wurzeln für eine Potenzierung der bolschewistischen Schrecken in sich trägt. *Albert Böhler.*

Zur Neuauflage des „Gedanken"-Buches von Leonhard Ragaz

Unsere Leser und Freunde haben die Anzeige von der Neuausgabe des «Gedanken»-Buches gelesen. Manche unter ihnen haben das Buch wohl auch schon erworben oder zu dem der ersten Auflage hinzugefügt. Wer die erste Auflage kannte und etwa immer wieder danach griff, freute sich von vornherein auf die Neuauflage. Denn zwischen der feinsinnigen und wertvollen «Einführung» von Paul Trautvetter (die unverändert übernommen wurde) und der nun zeitlich völlig nachgeführten «Bibliographie», die Robert Lejeune besorgt hat, und die die staunenswerte Größe des Lebenswerkes von Leonhard Ragaz dartut, stehen ja seine «Gedanken».

Diese «Gedanken» – deren Wesensart nicht leicht genügend zu umschreiben ist –, die so *ursprünglich*, so *persönlich* sind und doch so *sachgemäß*, in denen uns immer, durch alle seine Lebensperioden hindurch, «Ragaz» entgegentritt. Diese Gedanken, die so völlig aus dem Ringen um *Gottes Wirklichkeit, Gottes Wahrheit, Gottes Reich* geboren sind – ihrem Suchen und Finden, in denen eine vom Geist des lebendigen Gottes bis ins Innerste, bis ins Herz berührte Seele von dem zeugt, was ihr geschenkt wurde und was sie erkämpfte, sie sind in der Tat vor allem dies: Gedanken eines Kämpfers für die Sache Gottes, für die Sache Christi, für ihre Erneuerung und ihre Weltwirksamkeit. Darum eignet ihnen wie die diamantene Festigkeit, so auch die vielfältige Leuchtkraft, das zündende Wesen des Blitzes ebenso wie das sanfte Strahlen eines milden, heilenden Lichtes. Lebendige, «aktuelle» Wahrheit, die doch die ewigkeitserfüllte Dauer des Bleibenden in sich trägt! Darum Gedanken voll Zukunftskraft und Hoffnung, voll tiefer Einfalt und gewaltiger Spannweite und Spannung. Radikale, wirklich «wurzelhafte» Gedanken, die der größten, der entscheidenden aller Revolutionen dienen. Gedanken – unangekränkelt von bloßer Intellektualität, aber erfüllt von Erkenntniskraft, von Wahrheitsliebe, die sich aus dem Heiligen, Unbedingten nährt und ihm dient.

Diese Gedanken – sagen wir noch ein Letztes – eines *freien, offenen* Geistes, eines von der Ahnung der herrlichen Freiheit der Söhne und Töchter Gottes durchzitterten Geistes, in denen immer neu das Bild dessen sich widerspiegelt, der die Sonne der Freiheit, Gerechtigkeit und Liebe ist, Christi, dem Leonhard Ragaz in *seiner* Freiheit immer völliger zu dienen suchte, wie erquicken sie uns in diesen Zeiten des vielen falschen Lärmes um die Freiheit, aber auch der tiefen Not der Freiheit selbst, der von allen Seiten gefährdeten Freiheit zum Mensch-sein und zum Dienst des Reiches Gottes, die ihren Kreuzesweg durch die Welt geht, zu dem Gekreuzigten hin, der ihre wahre Quelle, ihr Hort und ihr Weg ist.

Jede Auswahl (und welch reicher Schatz könnte hier noch gehoben werden!) wird diese «Prägung» an sich tragen. So auch die vorliegende zweite Auflage des Gedankenbuches. Es finden sich in ihr auch Worte aus dem seit der Erstauflage neu erschienenen Schrifttum von Leonhard Ragaz. Natürlich trägt diese Auswahl auch stark den subjektiven Stempel des Auswählenden. Das ist soweit in Ordnung, als es dazu dient, die Hauptanliegen und die großen Züge des Kampfes von Leonhard Ragaz herauszustellen. In dieser Beziehung ist aber die zweite Auflage gegenüber der ersten eher eine *Abschwächung*. Beim allgemeinen Vergleich mit der ersten Auflage empfindet man es in vielen Partien stark, daß die Auswahl an *Salzkraft* verloren hat, daß ihr etwas von dem *Kampfesgeist* entzogen wurde, der den Mann Leonhard Ragaz kennzeichnete. Und es gibt Stellen, wo man die Art der Bearbeitung (zum Beispiel die Kürzung von Worten der ersten Auflage) nicht anders denn als Beschneidung bezeichnen muß. Nun wird freilich im Vorwort gesagt, daß, da der Umfang der Sammlung nicht erweitert werden sollte (warum auch nicht? D. Schr.), dieser Zuwachs andererseits eine gewisse Sichtung unter den Zitaten der ersten Auflage bedingte. «Doch wurde darauf geachtet, daß kein Gedanke verlorenging, sondern daß nur beim Vorliegen mehrerer verwandter Stellen ein Austausch vorgenommen wurde.» Man hätte besser getan, diesen letzten Satz nicht zu schreiben und bei der «Sichtung» zu bleiben. Denn es sind nun eben doch Gedanken verlorengegangen. In manchen Abschnitten so sehr, daß man beim Durchblättern nicht nur stutzig wird, sondern einer Behauptung zürnen muß, die leider nicht stimmt, und die man den Gedanken von Leonhard Ragaz gegenüber doppelt empfindet. Was hätte er dazu gesagt? Wir kennen seine Meinung über solche Dinge zu gut, um über seine Stellungnahme ungewiß zu sein! Übrigens hätte man noch für manches Zitat Platz gewinnen können, indem man statt dem jetzigen etwas größeren den früheren kleineren, aber eher deutlicheren Druck beibehalten hätte.

Nennen wir nun einige Beispiele! Da ist der Abschnitt über die Nachfolge Christi. Hier fällt der Mittelpunktsgedanke über die «Armut» weg. Von dem Zitat: «Die Nachfolge Christi wird wieder eine fordernde Wirklichkeit. Mit dem Kommen des Reiches treten seine alten Zeichen auf: Verfolgung, Armut, Zwiespalt, Kreuz. Diese Zeichen sind schon da. Freuen wir uns darüber!» wird nur noch der erste Satz zitiert. Da sollte nichts verlorengegangen sein? Es ist doch nur die theologische Schale geblieben! Oder es fallen die Zitate eines ganzen Teilabschnittes weg, in denen Ragaz gerade wieder ein Hauptanliegen unterstrich, das er sein ganzes Leben hindurch vertrat: die echte «Verweltlichung» Gottes, das heißt die Auflösung und Erfüllung von Religion, Kirche, Kultus, Sakrament usf. (also des mehr Symbolischen) in die Gott geheiligte Wirklichkeit im Alltag, der Welt, der Zeit, der Materie, der ganzen Schöpfung. Oder es wird wieder eine so wichtige *Markierung*, wie sie der Anfang des folgenden Zitates bringt, weggelassen: «Die Kirchenkritik hat zuletzt einen positiven Grund. Sie will nicht auflösen, sondern erfüllen. Sie will nicht zerstören, sondern bauen. Die Kirchen zerfallen, weil Gottes Sache heute in die Welt hinein will.» Es steht nur noch der letzte Satz. Ist etwa das Wort «Kirchenkritik» etwas so Unbequemes? Über das «Heidentum» stehen die kritischen Gedanken, die positiven Gedanken sind weggelassen, obwohl sie gerade wieder eine wichtige Wahrheit des Reichgottesglaubens unterstreichen sollen, die durchaus aktuell ist. Oder aber es wird einer Reihe von Zitaten durch ihre Verkürzung die Anschaulichkeit und Konkretheit genommen. Geben wir dafür ein Beispiel: «Soviel ein Mensch über den Durchschnitt emporsteigt, soviel wird er einsamer. Die Gräser auf der Wiese stehen enggereiht – die Berggipfel treten weit auseinander.» Die großartige Erläuterung durch den zweiten Satz fehlt! In dem Abschnitt über den Sinn des Antimilitarismus fällt ausgerechnet jenes Zitat weg, das aufzeigt, aus welcher *inneren Notwendigkeit* der antimilitaristische Kampf entspringt. Er hat so etwas wie einen «Austausch»-Satz gefunden, der den geschichtlich bedingten Korrektivcharakter des antimilitaristischen Kampfes in den Vordergrund schiebt und den Antimilitarismus damit «ad acta» legt. Als ob dieses «Korrektiv» heute nicht nötiger denn je wäre, und zwar nicht nur gegen den russisch-kommunistischen Militarismus! Der nächste Satz, der angibt, *wann* wir «Militarismus» vor uns haben, ist auch noch weggefallen. Es

könnte ja immer noch solche Toren geben, die nicht völlig davon überzeugt sind, daß der *Dämon des Militarismus* nur im Osten zu Hause ist. Von Leonhard Ragaz wissen wir aber, daß er dem Kampf um den Frieden die kommenden Lebensjahre widmen wollte, wenn ihm noch solche beschert gewesen wären. Er hätte sich den dreifachen und doch *einen* Kampf unserer Zeit um Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit weder durch falsche Gegner noch durch falsche Verbündete verschleiern oder behindern lassen. Und er hätte sich nicht, ob der berechtigten Sorge um die «Reinheit» des Kampfes für diese Sache, von dieser Sache überhaupt abbringen lassen!

Kurz: Wir freuen uns über die «Gedanken» von Leonhard Ragaz auch in der zweiten Auflage, obschon uns die Art der Auswahl und der «Sichtung» weniger erfreulich erscheint und wir solche Arbeit grundsätzlich besser als Gemeinschaftsarbeit geleistet fänden. Die Arbeit an sich soll deswegen keineswegs gering geschätzt werden.

Albert Böhler.

Fritz Wartenweiler: Indiens Ringen — Indiens Not. Rotapfel-Verlag, Erlenbach-Zürich.

Die über 100 Seiten umfassende Schrift ist nicht neu. Sie wurde vor etwa 20 Jahren geschrieben. Doch haben die Probleme, die es behandelt, an Aktualität nichts eingebüßt. Noch immer ringt das indische Volk um seine Freiheit. Wartenweiler läßt uns etwas von diesem Ringen ahnen. Er erzählt uns vom indischen Volke, von Gandhi und Tagore. Für uns, die wir so leicht geneigt sind, unsere Zivilisation zu verherrlichen und von unsern Brüdern in andern Welttcilen (vor allem, wenn sie nicht aus Amerika kommen) geringschätzig oder mitleidig zu reden, fällt es nicht so leicht, diese Welt zu verstehen. Beschämend für uns, die wir uns Christen nennen, ist es, aus dem Munde eines Inders folgendes zu vernehmen:

«Unerläßliche Grundlage für das Wachstum der andern edlen Eigenschaften ist Furchtlosigkeit, Freisein, Freiheit von aller äußern Furcht, von Furcht vor Krankheit, körperlicher Krankheit, Verletzung oder Tod, vor Verlust des Besitztums . . .»

Über Besitztum, das uns Westeuropäern ja so heilig ist und vielen Menschen fast ein Religionsersatz bedeutet, heißt es:

«Gestohlen ist eigentlich alles, was man fortgesetzt in Besitz hält, ohne es zu brauchen. Wenn jeder an Besitztum nur das zurückhalten würde, was er braucht, würde niemand Mangel leiden.»

Der Verfasser kennt Indien nicht aus eigener Erfahrung. Zu seiner Arbeit hat er verschiedene Quellen benutzt. Diese sind am Schlusse, versehen mit einer kurzen Charakteristik, aufgeführt. Für denjenigen, der sich in die indische Gedankenwelt einarbeiten und mehr über das Leben Indiens wissen möchte, ist dieser Hinweis wertvoll. Eines scheint mir heute wichtig: Vorurteile zu überwinden und die Verhältnisse in andern Ländern kennenzulernen. Bücher sollten uns in unparteiischer Weise diese Kenntnisse vermitteln. Sicher sind die politischen und weltanschaulichen Gegensätze zwischen Ost und West nicht unüberbrückbar. Beide Welten, Orient und Okzident, haben einander nötig und sind aufeinander angewiesen.

Hansruedi Zbinden.

Liebe

Wir ahnen sie, die schweigsam zwischen uns
Hinwandelnde. Uns sagt's der Herzen Brennen,
Und sagt es uns beredten innern Munds:
Sie ist's! – Und doch: wie sollten wir sie kennen,
Da uns ein bunt Geweb vieltausendfalt
Ihr Angesicht verhüllt in Traum und Tod?

Nur, wo sie jäh in ihrer Gottgewalt
Hindurchbricht durch die Welt von Zeit und Not
Und bricht, von ihrem eignen Ganz umloht,
Vor unsern Augen unser irdisch Brot,
Erkennen wir die göttliche Gestalt.

Margarete Susman

Das Licht in der Finsternis

Das Volk, das in der Finsternis wandelt, sieht ein großes Licht; die im Lande des Dunkels wohnen, über ihnen strahlt ein Licht auf. Du machst des Jubels viel, machst groß die Freude; sie freuen sich vor dir, wie man sich freut in der Ernte, wie man jubelt, wenn man die Beute teilt. Denn das Joch, das auf ihm lastet, den Stab auf seiner Schulter und den Stock seines Treibers zerbrichst du wie am Tage Midians. Denn jeder Schuh, der mit Gedröhn einherschreitet, und der Mantel, der im Blut geschleift ist, der wird verbrannt, ein Fraß des Feuers. Denn ein Kind ist uns geboren, ein Sohn ist uns gegeben, und die Herrschaft kommt auf seine Schulter, und er wird genannt: Wunderrat, starker Gott, Ewigvater, Friedefürst. Groß wird die Herrschaft sein und des Friedens kein Ende auf dem Throne Davids und über seinem Königreiche, da er es festigt und stützt durch Recht und Gerechtigkeit, von nun an bis in Ewigkeit. Das wird der Eifer des Herrn der Heerscharen tun.

Jesaja 9, 2–8

Können und dürfen wir Weihnachten feiern, wurde in diesen Blättern schon einige Male in unserer an schweren Jahren so reichen Zeit gefragt. Nicht um mit einer besonders radikalen oder gar raffinierten Frage und einer entsprechenden Antwort aufzuwarten, sondern aus der *Bedrängnis des Herzens und des Geistes* heraus, die uns Menschen heute neu verbinden sollte im Angesicht unserer Welt und allem, was uns aus ihr in den vergangenen Jahren entgegenkam und seither weiter ent-

gegengekommen ist. Wie oft teilten wir mit vielen das Empfinden, daß all dieses Geschehen, das zuletzt im Versuch eines totalen Krieges gipfelte und nun wirklich an die *Schwelle eines totalen Krieges* geführt hat, unerträglich sei für Seele, Geist und Herz. Und wie vielen, Scharen, Massen, war es unerträglich! Wie viele, viele sind hineingesunken, hineingestoßen und hineingestürzt worden in eine abgründige, höhnische Finsternis, in rasenden Tod, den Tod der Apokalypse, der über die Erde als Herrscher reitet, sie verwüstet und das Menschenvolk mit Vernichtung überzieht. Und sein Ritt ist noch nicht zu Ende, weil die Menschen seine treuesten Diener und Werkzeuge sind! In seinem Gefolge fressen sie einander auf, stoßen und hetzen sich in eine gegenseitige Vernichtung hinein, von der nur Phantasten und Wahnsinnige meinen können, sie seit mit unserer mit innerer Fäulnis bis zum Rande angefüllten «abendländisch-christlichen Kultur und Zivilisation» zu heilen. Nein, wir sind in die Erntezeit der Früchte dieser «Kultur» gekommen. Sie stürzt dahin, weil sich auf Mammon und Gewalt, auf das ganze unerlöste Menschen- und Weltwesen in all seinen geistigen und materiellen Äußerungen keine Kultur bauen läßt. Sie trägt die «Krankheit zum Tode» in sich, den Sturz in die Katastrophe.

Daher stammt die nur schlecht verhüllte *Ratlosigkeit* der Welt, das groteske und oft ekelerregende Spiel der Politiker und der übrigen Trabanten der Macht, die sich wie Medizinmänner und Zauberer gebärden und doch keine wahre Kenntnis von der Quelle der heilenden Kraft haben. Daher kommt die *Unrast*, die das Leben der Völker erfüllt und sie so unfähig zu einer tieferen Besinnung und Wendung macht. Denn es ist eine Welt ohne Gott und gegen Gott, eine Welt der Verwirrung und des Wirbels, wo es keinen echten *Halt* für den Menschen geben kann und die Völker im Dunkel tappen. Aus der Menschenwelt heraus starrt uns die Finsternis in zahllosen Erscheinungen an, und die Todesschatten lagern über den Erdbewohnern, in deren klein gewordener Welt sich in den Tiefen und auf der Oberfläche *alles berührt, alles zur Entscheidung, alles zur Verantwortung wird*, und alles zu Schuld, zu Versagen, was nicht aus Gott und dem Menschen um des Menschen willen in erlösender Liebe Licht wird und Leben schafft: Mit dem Licht die Finsternis überwindet, mit dem Guten das Böse besiegt, mit der Wahrheit die Lüge zum Weichen bringt, mit der Gerechtigkeit die Ungerechtigkeit tilgt, mit der Kraft Gottes die Dämonen austreibt, die Kranken gesund, die Schuldigen frei und die Toten lebendig macht. Und das, wie wir hier nicht besonders betonen müssen, in allen Bereichen des Lebens der Menschen und in all ihren Beziehungen, auch und vor allem ihren politischen, sozialen und gesellschaftlichen Beziehungen.

Unsere Frage steigt aus diesem Zusammenhang auf, und wir erheben sie, wie vor uns selbst und vor der Welt, so auch gleichsam vor den Toren des «Tempels», vor Christentum und Kirche und ihrer «Weihnacht». Kann wirklich Weihnacht gefeiert werden? Das Kommen Gottes, das

Kommen Christi — in ihrer *Abwesenheit*, ja ihrem *Ausgeschlossensein* von der Welt?

Das Rad des «Kirchenjahrs», das zu einer neuen Umdrehung anhebende, mit Advent und Weihnachten in hohen Schwung gebrachte, greift es ein in die Welt, gleichsam aus dem Namen des Gottessohnes herausgeboren, wie Luther übersetzt, als: «Wunderbar, Rat, Kraft, Held, Ewigvater, Friedefürst»? Ist es *Kraftäußerung und Kraftübermittlung des lebendigen, persönlichen Gottes und seines Christus für das Reich bei allen Menschen und unter allen Völkern*? Oder ist es das Rad der Religion oder auch nur einer «christlichen Weltanschauung», die heute die einen verteidigen und die andern austilgen wollen?

Es ist, wie wenn dieses Rad auf *Leerlauf* gestellt wäre. Die Wasser der Geschichte rauschen abseits von ihm vorbei. Es bewegt sich wohl in sich selbst, aber die Welt wird von ihm nicht wesentlich bewegt. Das ist die *große Not* der Welt und des Christentums. Das Höchste, was in dieser Welt erschienen ist, es regiert sie nicht!

Und doch stellt sich an diesem Punkte eine erste Antwort für unsere Frage ein: Lassen wir diese ganze Not, die Armut, das Elend, das Entsetzen, das Leid, das Chaos, die Finsternis und den Tod der Welt und des Christentums an unsere Herzen dringen und unsere Herzen bewegen. Denn wo das Menschenherz wirklich bewegt wird, kann Gott, so ferne er auch sei, sich nahen, kann er den Menschen ergreifen und ein Werk anheben, das dem Leben dient und seinen Schöpfer preist. Stemmen wir uns gegen den Leerlauf wie gegen den Tod; denn der Leerlauf ist ja Tod im Reiche Gottes! Gähnt uns dieser Tod nicht oft am erschreckendsten an den christlichen Festen an, und schaudert es uns nicht, wenn wir bedenken, was diese Feste bedeuten sollten, wenn sie sich «Gottesdienste» nennen?

Die «Leerlauf-Weihnachten», liebe Freunde, dürfen wir, ob wir nun noch zur Kirche gehen oder nicht, nicht mehr feiern. — Reinigen wir uns davon, machen wir uns frei von ihrem falschen Glanz. Es ist nicht der Glanz Gottes und seiner Ehre in seinem Reich. Es ist nicht der Glanz seiner Gerechtigkeit und seines Friedens. *Werden wir arm!* So arm, daß die Not der Welt, wie unseres eigenen Herzens und Wesens in eins verschmilzt und aufschreit zu dem Gott, der allein unsere *Hoffnung* sein kann, der Kraft, Wahrheit und Leben aus sich selbst ist und unerschöpflich spenden kann und will. *Kehren wir um zu ihm!* Und wären wir in der äußersten Ferne zu ihm und er in der äußersten Ferne zu uns, der Welt, wie sehr spüren wir, daß er es ist! Und es gibt doch keine Ferne, die sich durch ihn nicht zur Nähe wandeln ließe, keine Finsternis, die nicht von seinem Licht erreicht werden könnte, keinen Tod, der nicht vor seinem Leben weichen müßte. Fassen wir diesen Glauben im Angesicht unserer Welt und ihrer Lage! Er ist das wahrste Weihnachtslicht, das wir entzünden können! Denn ist nicht das die größte Vermessenheit und der größte Wahn unserer heutigen Welt, daß sie in allen ihren Lagern

(das «christliche» weithin nicht ausgeschlossen) ohne diese Umkehr und diesen Glauben Leben und Zukunft der Menschen und Völker schaffen will, daß sie auch die stärksten Schläge, die furchtbarsten Katastrophen, die realste Drohung der Vernichtung und die umfassende Tiefe der Menschennot und Weltnot nicht als Ruf zur Umkehr und zum Reich zu erfassen vermag und erfassen will? Die Umkehr bahnte den Empfang des Heils an. Die Nicht-Umkehr fördert die Macht der Finsternis und ihrer Werke unter allen Völkern und an allen Menschenseelen. Sie ist die eigentliche Kraft alles Bösen, aller Lüge, alles Verbrechens, das die heutige Welt im Großen und im Kleinen erfüllt und in immer neuen schrecklichen Formen aufbricht. Wir mögen es nach allen Seiten hin beklagen und bekämpfen, es fehlt uns doch die eigentliche Kraft dagegen, die Gotteskraft, die sich ausdrückt in dem «Wunderrat, starker Gott, Ewigvater, Friedefürst».

Wie die Nicht-Umkehr, so fördert auch der Nicht-Glaube, der Glaube ohne die Gotteskraft, alle Mächte der Finsternis, alle Formen des Totalitarismus und alles andere Götzenwesen mehr als die Janusmaske der westlichen Ideale sie bannen kann. Denn in ihnen wirkt, wie in ihrem Gegner, der eine Frucht aus ihrem Wesen ist, im tiefsten Grunde etwas Antichristliches, ein gegen den lebendigen und kommenden Herrn gerichteter Geist, der sich doch immer wieder zu allen Zeiten als Gewaltgeist und Gewaltglaube schließlich im Kriege entlädt.

Es ist und bleibt Finsternis, solange und wo dieser Geist herrscht, und die Völker siedeln unter ihm im «Todschattenlande», sie werden heute durch ihn dem Abgrund der Vernichtung zugelockt. Denn immer noch meinen die Völker und ihre Führer, sie hätten ihn in ihrer Gewalt, sie könnten ihn gebrauchen als «Ordnungsmacht» für einen heiligen Zweck und werden ihm ausgeliefert sein wie nie zuvor und dem Triumph der Hölle dienen.

Für die prophetische Weissagung der Bibel ist es nun, im Gegensatz zu unserem landläufigen Christentum, das gerade an diesem Punkte einen seiner folgenschwersten und widerchristlichsten Kompromisse mit der Welt und ihrem Geist geschlossen hat, bezeichnend, daß sie das Licht des Gottesreiches und seine Verkörperung in dem Christus aufsteigen läßt über die Zerbrechung des Kriegs- und Gewaltwesens. Die *Christusherrschaft* bedeutet zusammen mit allem andern, was sie in sich befaßt, diese Zerbrechung, dieses Feuergericht über den Blutmantel des Krieges. Der Christus Gottes *ist* der Friedefürst. Das ist gewiß mehr als der «Pazifismus» im allgemeinen meint und meinen kann (er ist ja nur eine Mahnung, die an die Stelle eines Verrats der «Christen» getreten ist), aber wirklich mehr und nicht weniger und erst recht nicht das Gegenteil davon! Er ist die Kraft und die Wahrheit des Friedens gegen allen Krieg. Er wird sich auch als die Gotteskraft gegen den totalen Krieg erweisen. Wir mögen von einer Rechtsorganisation der Völker viel erwarten — bekommt sie nicht von daher ihre letzte Kraft, ihre Unbedingt-

heit, ja mündet sie nicht ein in den Dienst an der Christusherrschaft in einem wahren Bruderreich der Völker, wird sie ein Irr-Licht werden, das sich immer weiter von uns entfernt und durch keine größere oder kleinere «Polizeiaktion» zu verwirklichen sein wird. Weihnachten können wir doch nur noch recht feiern, wenn wir hinübertreten zu dem «Sohn», dem die Herrschaft gegeben ist, die der Eifer des lebendigen Gottes stützt mit Recht und Gerechtigkeit und die sich im Frieden erfüllt.

Dieser Kampf muß sich entscheiden. Er darf nicht länger eine Sache der Bibel-Lesung, des Kultus, der Gesangbuchlieder bleiben — und des Verrats, der Heuchelei oder des Unglaubens. Er muß angenommen werden als das, was er ist: als Sache Gottes und seines Christus, dem sich der Glaube nicht mehr länger entziehen darf, um des Gewissens willen, um der Wahrheit Gottes willen, um der Liebe Christi willen. Christus und die Kriegswelt waren in Wahrheit nie zu vereinbaren. Aber nun wird es in unserer Zeit völlig offenbar werden, daß der Krieg keine Rettung, sondern nur noch die Vernichtung bringen kann. Das darf uns zur Gewißheit und zur Kraft werden. Das auch zur rechten großen Freude und zum Zeugnis der Freude in dieser traurig, ja schwermütig gewordenen Welt.

Immer war mit Christus, wenn er voll und ganz als der «Sohn» angenommen wurde, der uns «gegeben» ist, das verbunden, was das Jesaja-Wort so großartig ausdrückt: «Wunder — Rat — Kraft — Held — Ewigvater — Friedefürst.» Gott selbst das Wunder und das Wunder schaffend, mit seinem Rat und seiner Kraft unter den Menschen. Wie haben wir ihn allzu lange und allzu menschlich und auch allzu hochmütig nach unserem Menschenmaßstab gemessen, statt nach ihm und durch ihn Mensch zu werden, Kind, Sohn und Tochter Gottes und der Herrschaft des Vaters zu dienen, wie es der Sohn — Fleisch geworden — getan hat, und wie er, «zur Rechten der Majestät in der Höhe», nun weiter wirkt, bis er alle seine Feinde unter seine Füße getan hat.

Es muß zu einer neuen Christuserfassung und Christusverwirklichung unter uns und den Völkern kommen, zur Erfassung des *Christus Gottes*, des Christus, der Geist und Leben ist, Wahrheit und Liebe, Freiheit und Gerechtigkeit, des Christus, der das Haupt der Menschheit vor Gott und der Welt und der Sohn Gottes vor den Völkern und allen Mächten ist, des Christus, der Herr ist und vollends werden soll zur Ehre Gottes des Vaters. Des Christus, in dem die völlige Menschwerdung Gottes sich der Menschenwelt mitteilt, in sie eingeht, eine neue Schöpfung schafft, des Christus, der eine wirkliche Erlösung des Menschen ist und wirkt von Schicksal und Schuld, von Elend, Angst und Tod, der ihn frei macht für Gott und sein Reich, daß er nicht mehr Knecht irgend welcher «Mächte» sein muß, sondern «Sohn» geworden ist und immer mehr wird, der dem Vater dient in seinem Reich und für sein Reich.

Der Christus, der in Kirchen, Dogmen, Theologien, in Konfessionen und Christentümern aller Art so stark zum bloßen Wort geworden war,

zur Weihe und Sanktion der Welt und ihrer Mächte — er tritt nun wieder hervor als die Macht und Kraft und Liebe Gottes, die grenzenlose Heilandskraft und Heilandsstimme Gottes zur Welt und allen Völkern.

Das ist das wahre Licht, das Gott in die Nacht und Finsternis der Welt hinein bereitet hat und dessen Vollendung uns verheißen ist mit einem neuen Himmel und einer neuen Erde, worinnen Gerechtigkeit wohnt. Darin werden wir über die Frage nach der Weihnachtsfeier hinausgehoben zum Gotteslicht der Weihnacht selbst, werden wir frei zu seiner Aufnahme, gerufen als seine Zeugen, bestimmt und geheiligt zu seinem Kampf in der Welt und für sein Reich. *Albert Böhler*

Der Heilige Laie, Louis Lavelle

In seinem letzten Werk «Vier Heilige» ist der große, eben verstorbene französische Denker Louis Lavelle besonders darum bemüht gewesen, zu zeigen, daß es unter uns noch Heilige gibt, und zwar in diesem Sinne, daß es immer Menschen gibt, die im Sichtbaren Zeugen eines inneren Unsichtbaren sind. Deshalb sei es wichtig, fährt er fort, daß der Heilige unter uns lebe, daß er dem Elende des Daseins unterworfen sei, daß er sogar unter ihm erdrückt scheine, damit alle rein weltlichen Werte uns gleichgültig würden, und schließlich, damit er auf leuchtende Weise lehre, daß die eigentlichen Güter anderswo lägen. Das Besondere des Heiligen, so fügt er noch hinzu, bestehe darin, «daß er uns die Bänder zwischen den beiden, materieller und geistiger Welt, aufdecke, oder besser, daß es zwar nur eine Welt gebe, aber doch mit einer hellen und einer dunkeln Seite». Der Heilige mag ein Gelehrter, ein Theologe, Begründer eines Ordens sein, nicht im Berufe ruht seine Heiligkeit. «Der Heilige mag Weltmann sein, mag sich in eine einfache Arbeit vertiefen, einsam und doch offen, beschränkt auf einige wenige Gewohnheiten, von denen manchmal vereinzelte, gewöhnliche oder ungewöhnliche, Gesten uns zukommen, die aber immer auf das natürlichste bisher als verzwickt angesehene Lagen entwirren, manchmal auch ein verinnerlichtes Lächeln, das, ohne die Dinge an sich zu verändern, sie in ein helleres Licht stellt. Der Heilige gestaltet das Leben zu einem endlosen Wunder ... Suchen wir also den Heiligen neben uns, den Heiligen in uns, den wir zu entpuppen kaum je gewillt sind.»

Greift man im Frankreich der jüngsten Zeit einige Beispiele auf, so erinnert man sich alsbald daran, daß da von der Heiligkeit einer Simone Weil oder eines Emanuel Mounier gesprochen wurde. Und heute nun darf man diese Vokabel, mit gleichem Rechte, auf Louis Lavelle anwenden, der uns vor seinem verfrühten Tode — es ist kein Zufall — ein Buch über die Heiligkeit vermacht hat. Um die grenzenlose Mannigfal-

tigkeit der geistigen Berufung — eines der Grundthemen der Lavelleschen Philosophie und Geheimnis seiner auf andere überströmenden Reichtümer — verkörpert darzustellen, hat der Verfasser als Beispiele vier große Heilige gewählt. Vorerst der Heilige von Assisi, für den die Natur Abbild und Widerschein der Gnade ist; dann Jean de la Croix, der dem Gipfel der Gottesbetrachtung am nächsten kam; es folgt dann die Heilige Theresia von Avilla, der es gelang, im höchsten Grade Handlung und Beschauung zu vereinigen, und schließlich François de Sales, wahrscheinlich der liebenswürdigste und französischste der Heiligen, dem seinerseits die Verbindung von Willen und Liebe glückte. An letzteren erinnert uns zum Teil Louis Lavelle, wenn man ihn, wohlverstanden, in die dem modernen Leben gehörigen Bedingungen und Stimmungen versetzt.

Louis Lavelle war aufgeräumter, heiterer und freundlicher Natur, und eben diese Züge waren es, die mir zu allererst auffielen, als es mir vergönnt war, ihm im letzten Frühjahr näher zu kommen. Spontan wie seine Heiterkeit auch war, so entsprang sie doch der großen inneren Harmonie eines mit sich selber einigen Mannes — im Gegensatz zu so vielen seiner Zeitgenossen, sogar der besten, welche von unüberwindlichen Gegensätzen und unlösbaren Konflikten zerrissen werden. In Paris, inmitten der Aufregung, der fieberhaften und zeitweise etwas oberflächlichen Spannung der Großstadt, einem solchen Manne zu begegnen, hieß eine Oase der Harmonie betreten. Im völligsten Gegensatz zum egoistischen Narzißmus, zum lauten Arrivismus und zur krankhaften Sucht der «Publicité à tout prix», die bei so vielen Intellektuellen vorherrscht — herrschte sie ja schon damals, als Romain Rolland in der Folge des «Jean Christophe» seinen «Jahrmarkt auf dem Platze» schrieb — pflanzte Louis Lavelle, der Nachfolger Bergsons im Collège de France, die besten Traditionen französischen Geistes fort. Auf seine Weise erlaubt er uns, für ihn die Devise der Stadt Paris geltend zu machen: «Elle flotte, mais elle ne coule pas.» Und wir bezweifeln nicht, daß seine Genfer Zuhörer bei ihm dieselbe Bescheidenheit und Humanität verspürten, als er in der Großen Aula der Universität seine drei so bezeichnenden Vorträge über die Entdeckung des Geistes hielt, und als sie zu ihrer freudigen Überraschung einen Menschen und nicht nur den erwarteten Philosophen vor sich fanden. Vielleicht hatte noch nie ein so langer und dankbarer Applaus einen philosophischen Vortrag begrüßt, wobei man mit Freude bemerkte, daß gerade die junge Hörerschaft den Redner am eifrigsten beklatschte.

Wollte man den ganzen geistigen Reiz Louis Lavelles sinngemäß ausdrucksvoll, wenn auch etwas bündig, beschreiben, würde man sagen, daß es ihm gelungen sei, jenen Sternen des Himmels, die einst ein schlecht inspirierter französischer Politiker auszulöschen sich anheischig gemacht hatte, ihren ursprünglichen, unverminderten Glanz zurückzugeben, indem er auf die königliche Straße wies, von der wir abgewichen waren und die uns zum Schöpfer aller Dinge führt. «Das Leben hat nur

für den einen Sinn», schrieb er einmal, «welcher ein geistiges Universum betritt, darin seinen Platz und das Zeichen seines Schicksals findet.» «Und was ist die Freundschaft denn», fragt er weiter, «als das Vermögen, einer durch den andern noch nicht Erworbenes zu erwerben?» Der ganze philosophische Gehalt des Verfassers des Meisterwerkes «La philosophie française entre les deux guerres» ist gewissermaßen durch die Gegenwart des Geistes allein und das Mysterium des Geistes gekennzeichnet. Er lehrt uns, daß das menschliche Schicksal nichts anderes sein kann als ein Suchen, ein Zusammentreten, eine Übereinstimmung im Geiste und zuletzt eine Verschmelzung aller im Vater, wobei jeder einzelne seine erworbene Originalität in aller Reinheit beibehalten wird. Man hat diese Lehre mit Recht die Lehre des «Teilhabens» genannt, und zwar eines geistigen, persönlichen Ichs an einem universellen, ursprünglichen und schöpferischen Geiste. Jeder Fortschritt im Leben ist ein Fortschritt zu Ihm. Louis Lavelle hat sich in seinem Werke mit unendlichem Tiefsinn und Taktgefühl mit den schrecklichen Problemen der Krankheit und des Leidens beschäftigt. Diese scheinen auf den ersten Blick hin gänzlich unerklärlich und kaum zu begründen. Bei näherer Untersuchung entdeckt man jedoch bald, daß sie schon rein vom physischen Standpunkt aus betrachtet eine notwendige und heilbringende Rolle spielen. Warnt uns denn der Schmerz nicht, deutet er im Körper nicht auf den schwankenden Teil, auf das verletzte Organ hin, das gebieterisch um Hilfe und zweckmäßige Pflege ruft? Diese Behauptung ist so tief begründet, daß jeder Arzt zugeben wird, nichts mehr zu befürchten, als eine schmerzlose Krankheit, die zu behandeln für ihn so viel schwieriger ist. Es frägt sich hier, ob denn den moralischen Leiden nicht die gleiche Rolle, die gleiche Bedeutung zugeschrieben werden darf. Hier sind indessen Verständnis und Vorsicht besonders unerläßlich. Es gibt tatsächlich nichts Pharisäerischeres und Unpsychologischeres, als einen seelisch oder körperlich Leidenden damit abzutrösten, daß man ihn davon zu überzeugen sucht, das Unglück, welches ihn treffe, sei wohltuend und von Gott gewollt. Es gibt wahrlich kein sichereres Mittel, sich gerade dieses Herz zu entfremden, welches man eben zu gewinnen trachtete. Es hieße, selbst nie gelitten zu haben und nicht vorauszusehen, wie diese Stellungnahme den Leidenden gegen sein Übel aufbringen muß. Will man sich bei ihm Gehör verschaffen, hat sich eigentlich nichts anderes bewährt als das Mittragen an seinem Kreuze. Dies hat ja Jesus getan. In dieser Beziehung wüßte man nichts Besseres, als all den Zahllosen, welche diese schweren Probleme beschäftigen, da das Leid in dieser oder jener Form an ihre Türe geklopft hat, Lavelles «Le Mal et la Souffrance» in die Hand zu geben, ein Werk, das vor einigen Jahren schon bei Plon erschienen ist, ungezierten, zielstrebigen Stiles, einem jeden zugänglich. Dieses Buch richtet sich keineswegs nur an eine eingeweihte Leserschaft. Vielen wird es zum treuen Freunde werden, weil es am Tage der Prüfung, wenn alle anderen uns verlassen haben, zur Hand liegt.

Der große Schriftsteller kommt zum Schluß, daß das Leiden uns zwingt, uns in uns selber zu vertiefen, indem es uns aller Dinge beraubt, welcher unser oberflächliches Dahinleben ausmachen. Das Leiden entblößt uns; es veranlaßt uns, mit unseren Mitmenschen in eine geistige Gemeinschaft zu treten und an der Ganzheit des Reellen mitzuwirken, unter der Bedingung, daß wir den Schmerz zu überwinden und zu sublimieren verstehen. Wer hier auf den Urquell des Lebens gestoßen ist, wird ihn auch anderen sichtbar machen. Haben wir da nicht auf die Privilegien verzichtet, die so kräftig unsere Abhängigkeit von allen materiellen, persönlichen Vorteilen, von all den Zuständen, die uns fesseln, wo wir frei sein wollen, darstellen!

In dieser Hinsicht ist es nur allzu deutlich, daß «sich der Mensch, der etwas für sich zurückbehält, seine eigene Einsamkeit schafft. Sollten wir uns also nicht loslösen und dem Tiefpunkt der Armut zustreben, von welchem aus wir den Blick weg von uns — mit reinem Herzen und freien Händen — auf das Universum heben, auf daß wir jenen Reichtum genießen, der es uns ermöglicht, wo auch immer Gott einen Menschen auf unseren Weg weist, uns mit ihm zu verbinden.»

Es geziemt sich, die sinnbeladenen und in ihrer lapidaren Zusammengezogenheit hell leuchtenden letzten Zeilen aus Lavelles Buch anzuführen: «Somit ist die Möglichkeit des Schmerzes untrennbar von jenen natürlichen Grenzen, ohne die es kein persönliches Sein gibt. Und die Möglichkeit des Übels ist untrennbar von unserer Freiheit, ohne die es weder ein Leben des Geistes noch ein Teilhaben am Reich des Guten gibt. Deshalb werden Übel und Schmerz nie vergessen oder abgeschafft werden können. Durch sie gedenken wir unserer Conditio humana. Durch den Skandal, der ihnen anhaftet, durch ihre Unverständlichkeit und Unausstehlichkeit bezeugen sie, daß unser wirkliches Leben sich anderswo abspielt. Aber es gibt kein Geistesleben als das, welches sie durchflutet und bekehrt hat. Wenn zweifellos unser Heil außerhalb der Welt ist, so erschafft es sich doch in ihr. Das geistige Leben verlangt in seinen regsten und wirksamsten Äußerungen, daß wir uns wieder jener Welt zuwenden, die wir verlassen hatten, als wir ein Mittel gegen ihre Leiden zu finden hofften. Es ist nämlich das Eigene des Geistes, keinen Schmerz ohne Trost zu lassen . . . Man versteht dann, inwiefern die alle Menschen bedrückenden und mit gegenseitigen Anforderungen belastenden Übel und Leiden uns dazu bringen, das Prinzip unseres Getrenntseins zu entdecken.»

Darin liegt Louis Lavelles erhabenes Verdienst, daß er, wie Emanuel Mounier, gegen den hoffnungslosen Pessimismus angekämpft hat, der dem übertriebenen und einfältigen Glauben an einen dank den Wissenschaften Ende letzten Jahrhunderts in vielen Kreisen verbreiteten Fortschritt folgte. Heute verfallen wir in das andere Extrem, welches die einen für Vernunft und Einsicht halten, die anderen aber, mit viel größerem Recht, für ein unwiderrufliches Zeichen der allen Zerfallsperioden

vorangehenden und anhaftenden Mutlosigkeit und Ermattung. Dies, meinte Lavelle, daß sich die dem Menschen gebotene Handlung an die göttliche Handlung und an das Ewige knüpft, füllt das Geistesleben mit der tiefsten Freude. Darum «verlangt der Heilige von Assisi auch, man möge das menschliche Leiden nicht allzusehr besprechen, da es uns Gott gegenüber verstimme». Lavelle zieht keine so scharfen Grenzen zwischen Gott und der Menschheit, wie man sie bei gewissen protestantischen Theologen findet und die Karl Barth noch verschärft, um der gegenwärtigen Beklemmung ihre Berechtigung zu geben. Lavelle hingegen vermenschlicht, um der Würdigung des Menschlichen willen, das Göttliche Der Pessimismus ist eine Entschuldigung, die wir uns geben, er tarnt unseren Mangel an Zuversicht und das Versagen unseres Geistes, da er das Handeln zurückweist und sich weigert, dem vor uns Liegenden, von uns allein Abhängenden einen Sinn zu geben. Erkenntnis des Übels heißt Loslösung von ihm, Erwerb der Unabhängigkeit und der Aufschwungskraft. Geistesleben schafft sich immer fort im Gegensatz zum bereits Gegebenen.»

Lavelle hat mutig jene Art von Schmerzenskult verklagt, in welchem sich so manche unreinen, zweideutigen Elemente und besonders ein «mit Eigenliebe und romantischer Leidenssucht verunzierter Verdacht auf das Universum einschleicht». Eine Stellungnahme, die heute sowohl in Essais als im Roman vertreten wird. Obwohl katholisch, steht dies Wort weder in Lavelles «Vier Heilige» noch in seinem «Übel und Schmerz». Seine Botschaft richtet sich an alle Gläubigen, und sein aufbauender und synthetischer Gedanke will vereinigen, nicht unterteilen. Ebensowenig finden sich in dieser geistigen Welt die politischen Leidenschaften der französischen oder einer beliebigen andern Meinungsgruppe vor, da es in ihm nur Raum für Lauterkeit gab. In unserer Frühjahrsunterhaltung in Paris, wo wir unter anderen gewisse Tendenzen des russischen philosophischen Denkens berührt hatten, ganz besonders die Solovievs und Berdiaeffs, sprach Lavelle kein einziges kritisches Urteil gegen den Kommunismus aus. Auch hier gab er das Beispiel einer Sicherheit, die sogar den Größten unserer Zeit mangelt. Ihm widerstrebte besonders das Voreingenommene, das Negative; er suchte keinen parteigängerischen Beifall. Sein Werk baute er in der Einsamkeit und in der gesammelten Beschauung auf. Indessen war sein Einfluß beträchtlich, sogar wenn er sich nicht in den «großen literarischen Zeitschriften» breitmachte, die heute leider mehr und mehr im Zeichen des Vergänglichen stehen. Er schaffte sich ohne deren Wissen Zugang in die Seelen und durchtränkte sie.

In Louis Lavelle hat Frankreich einen eminenten Denker und einen wirklich großen Menschen verloren, wenn es stimmt, daß, wie es damals Romain Rolland schrieb, «der wahre Held den Sieg nicht durch die Kraft, nicht durch den Gedanken, aber wohl und nur durch das Herz erringt».

Serge Radine.

«Wer da sucht, seine Seele zu erhalten . . .»

«Wer da sucht, seine Seele zu erhalten, der wird sie verlieren; und wer sie verlieren wird, der wird ihr zum Leben helfen» (Lukas 17, 33).

Könnte es für unseren Kampf um eine neue Welt etwas Wichtigeres geben, als daß wir unserer Seele zum Leben verhelfen? – Es ist damit nicht jenes enge, selbstische, aus Angst vor einem unbekannten Jenseits geborene Streben nach Errettung der eigenen Seele gemeint. Wahre Sehnsucht nach lebendigerem Leben entspringt im Gegenteil dem Verantwortungsgefühl für andere. Denn, wie sollten wir unseren Mitmenschen dienen und unsere Sache kraft- und wirkungsvoll in die Zukunft tragen, wenn wir nicht selber kraft- und lebensvoll sind? Je klarer wir dies erkennen, desto stärker drängt es uns, nach den wahren Quellen der Kraft zu suchen, wie sie in den Evangelien in Fülle zu finden sind. Wir kennen sie alle, die Verheißungen von der Macht des Glaubens, vom liebenden Vater, der jedem, der Ihn darum bittet, den heiligen Geist verleiht, vom Einwohnen Christi in der Seele dessen, der Seinen Willen tut. Wir bemühen uns wohl auch, die Bedingungen zu erfüllen: um den Geist zu bitten und Gottes Willen zu tun. Warum gelingt es uns so schlecht, daß die herrlichen Verheißungen sich eher in ein Gericht über uns verwandeln?

Wenn wir versuchen, die Ursachen unseres Versagens zu ergründen, so finden wir meistens, daß die Anforderungen des täglichen Lebens mit seinen Schwierigkeiten und Nöten uns so sehr in Anspruch nehmen, daß unsere Seele weder Raum noch Zeit für inneres Wachstum findet. Die Sorgen ums tägliche Brot reiben uns auf, im Berufsleben sind wir mit Arbeit überlastet, ein kränklicher Körper verlangt täglich die Anspannung aller Kräfte. Fast schwerer noch drücken die seelischen Leiden, die Schwierigkeiten mit unserem Ehepartner, unserem Kinde, unserem Chef, Kollegen oder Freund. Und dazu enttäuschen wir uns selber immer aufs neue, indem wir unfähig sind, im eigenen Leben den Frieden, die Glaubenskraft und die Liebe auszustrahlen, für die wir im öffentlichen Leben einstehen möchten. Alles Beten und Kämpfen scheint oft vergeblich zu sein. Unsere Seele ist mutlos, unglücklich, recht eigentlich verloren.

So wären also die äußeren und inneren Schwierigkeiten die Ursache der Unlebendigkeit unserer Seele? Wie steht es denn aber mit all jenen Männern und Frauen, jenen Heiligen, Märtyrern und auch mit jenen Wissenschaftern und Künstlern, die trotz noch viel größeren Nöten und Leiden mit ungeheurer Kraft und Freudigkeit wirkten, so daß ihr Leben unzähligen anderen zum Leben verhalf? – Sie alle hatten es gewagt, aus ihrem innersten göttlichen Wesenkern heraus zu schaffen und ohne Furcht vor den Rückwirkungen ihres Tuns ihrer Sache zu dienen. Sie hatten ihre Seele hingegeben, an etwas Höheres verloren und damit erst recht gewonnen. Ihre «Sachlichkeit», wie die Psychologie es nennt, verhalf ihnen zum wahren Leben.

Mit Sachlichkeit ist also kein blutleeres, gefühlloses Verhalten gemeint, sondern im Gegenteil die leidenschaftliche Hingabe an etwas Überpersönliches. Man kann sie auch Liebe nennen, diese Hingabe, aber eben «sachliche», das heißt überpersönliche Liebe, eine Liebe, die ganz nur für das andere da ist, sei es nun ein Mensch, ein Volk, die Menschheit als Ganzes, eine Idee, eine künstlerische oder wissenschaftliche Aufgabe oder der allumfassende Geist selbst. Je sachlicher die Liebe ist, desto tiefer dringt sie in das Wesen des andern ein, desto intensiver lebt sie sein Leben mit, desto klarer erkennt sie seine wirklichen Bedürfnisse und die Möglichkeiten richtiger Hilfe. Sachlichkeit ist frei von Sentimentalität, von falschem Mitleid, von Verwöhnung. Sie weiß, daß das wahre Wohl des Einzelnen gleichbedeutend ist mit dem Wohle des Ganzen. Deshalb kann sie auch mit Schärfe das Unrecht aufdecken und mit Festigkeit das Recht verteidigen.

Das Gegenteil der Sachlichkeit ist die Ichhaftigkeit, die Sorge um die Sicherheit und das Wohl des eigenen Ich. Es braucht sich dabei nicht nur um groben Egoismus zu handeln, um Habgier, Machthunger, Rücksichtslosigkeit und alle die Eigenschaften, die man gemeinhin «böse» nennt. Auch «gute» Eigenschaften, wie Liebeswürdigkeit, Freigebigkeit, ja auch Opferbereitschaft können ichhaft sein, sofern sie bewußt oder unbewußt nicht der Sache, dem Mitmenschen, sondern der Sicherung und Erhöhung des eigenen Ich dienen. Die Begriffe Ichhaftigkeit und Sachlichkeit zünden mit unerbittlicher Klarheit in die Tiefen der eigenen wie der fremden Seele und erhellen vor allem auch die Motive unserer Tugenden. Ist meine Güte sachlich oder schwingt in ihr der Wunsch, keinen Anstoß zu erregen, von den Mitmenschen geliebt und bewundert zu werden mit? Ist meine Aufopferung sachlich, oder verhilft sie mir unbewußt dazu, vor mir selber gut dazustehen, mir eine Märtyrerkrone aufzusetzen auf Kosten des anderen, dessen Egoismus sie vielleicht fördert? Sind mein Mitleid und mein Zorn gegen das Böse sachlich, oder gefalle ich mir insgeheim in der Rolle des Menschenfreundes oder des Richters? Ist – sogar das kann ich mich fragen – mein Beten sachlich, ganz am Willen Gottes orientiert, oder will ich damit, mir selber vielleicht unbewußt, Gott meinen persönlichen Wünschen dienstbar machen? – Überall da, wo wir Spuren persönlicher Empfindlichkeit, Gereiztheit, verletzter Eitelkeit oder Selbstmitleid entdecken, können wir sicher sein, daß unser Verhalten nicht ganz sachlich war.

Es scheint nun aber ein Gesetz der geistigen Welt zu sein, daß die Ichhaftigkeit, die dem Wohle und der Sicherung des eigenen Ich dienen soll, ihr Ziel nicht erreicht. Sie führt im Gegenteil in immer größere Spannungen und Konflikte mit der Umwelt, da diese die Ichhaftigkeit in allen ihren Formen, den «bösen» und den «guten», auf die Dauer nicht erträgt. So verliert sich die Seele mehr und mehr im aufreibenden Kampf um ihre vermeintliche Erhaltung, sie isoliert sich, fällt heraus aus dem

lebendigen Zusammenhang mit dem großen Ganzen und wird unfruchtbar wie das Rebenschoß, das sich vom Weinstock löst.

Wenn wir uns bemühen, uns selber gegenüber ehrlich zu sein, werden wir immer wieder auf ichhafte Züge stoßen, bewußte und auch solche, die lange Zeit unerkannt in unseren «guten» Eigenschaften wirkten. Es hat wenig Sinn, sie einzeln zu bekämpfen, weil wir damit wieder uns selber zum Mittelpunkt machen. Wagen wir es aber, unsere Sicherungen fallen zu lassen und ohne Rücksicht auf unser Prestige ganz nur das zu sagen und zu tun, was unseren Mitmenschen und unserer Sache wahrhaft dient, so werden wir erleben, wie unsere Seele sich weitet, wie sie zu einer Quelle wird des göttlichen Lebensstromes, der nun ungehemmt und kraftvoll auch durch uns an der Erneuerung der Welt arbeiten kann.

Inès Spring

Ein Gott, der keiner war[1]

(Gedanken zu einem Buche)

Zwei Kirchen werde ich nie vergessen. Sie waren für mich eindrücklicher als das Straßburger Münster, als die Kathedrale von Chartres oder Notre-Dame in Paris.

Die eine stand in einem kleinen Dorf Ostpreußens. Ihr Inneres war einfach und schmucklos. Doch an den Wänden hingen vier Tafeln, auf denen das Glaubensbekenntnis dieser lutherischen Gemeinde geschrieben stand. Auf der ersten war zu lesen: «Zum Andenken an die ruhmreich Gefallenen im Befreiungskriege von 1813/15.» Es folgten die Namen und ein Bibelspruch. Auf der zweiten Tafel stand: «Zum Andenken an die Männer unserer Gemeinde, die 1870/71 für Gott und unser Vaterland gekämpft haben», darunter die Namen und die Ehrenzeichen, die sie mit heimgebracht hatten. Die dritte Tafel führte eine lange Liste von Namen auf: es waren die Gefallenen von 1914/18. Auch hier fehlte nicht ein Bibelspruch: «Größere Liebe hat niemand als der, der sein Leben gibt für seine Brüder.» Die vierte Tafel war noch nicht vollendet . . . Das war das Kernstück des Glaubens, der in dieser Kirche gepredigt wurde. Gott war für diese Christen fast gleichbedeutend mit dem Ruhm ihres deutschen Vaterlandes. — Jetzt gehört dieses ostpreußische Dorf zu Rußland. Die Kirche wird wohl langsam zerfallen. Ist sie nicht wie ein Grabstein eines Gottes, der keiner war?

Die zweite Kirche, die mir unvergeßlich bleibt, steht in einem großen

[1] Vergleiche dazu: Leonhard Ragaz: «Von Christus zu Marx — von Marx zu Christus» und besonders: «Über Religion, Christentum, Dogma, Theologie, Kirche, Bibel — mit besonderer Berücksichtigung des sogenannten Gottlosenproblems» in «Die Botschaft vom Reiche Gottes» (ein religiös-soziales Bekenntnis).

Industrieort des Ruhrgebietes, ganz in der Nähe vom Eingang zu einer riesigen Fabrik, die viele tausend Arbeiter beschäftigt. Fabrik und Kirche wurden vom selben Mann erbaut, von Thyssen, dem Rüstungsindustriellen, der Hitler in den Sattel half. Warum stiftete er diese katholische Kirche? Entweder wollte er damit sein Gewissen besänftigen, um zu vergessen, daß ihm Tausende von Arbeiterhänden für kümmerlichen Lohn einen Riesenprofit verschafften. Oder er tat es aus schlauer Berechnung, weil er wußte, daß die Religion imstande ist, seine Arbeiter geduldiger und gefügiger zu machen. Den Arbeitern aber sagte er: Seht, ich sorge auch für das Heil eurer Seele! — Diese Kirche wurde im Kriege von Bomben zerstört. Darüber habe ich mich von Herzen gefreut. Denn diese Kirche war nicht für Gott da, sondern für den Götzen Mammon, der sich für Gott ausgibt, aber keiner ist.

Doch noch immer wird in unzähligen Kirchen und Kapellen Sonntag für Sonntag von diesen Götzen gepredigt, von Moloch, dem Gott der Generäle, und von Mammon, dem Gott der Kapitalisten. Die Nachricht von diesem größten Betrug in der Geschichte der Menschheit ist noch lange nicht überallhin gedrungen. Niemöller berichtete vor ein paar Jahren etwas Grauenhaftes: Zwei Dutzend protestantische Pfarrer, die vor der Roten Armee aus Ostpreußen nach Berlin geflohen waren, verübten Selbstmord, als die Hauptstadt ihres deutschen Reiches in die Hände der Russen fiel. Sie meinten, jetzt sei Gott gestorben und konnten nicht einsehen, daß sie einen toten Götzen für den lebendigen Gott gehalten hatten. Der Glaube an diesen Götzen lebt weiter in General MacArthur, der in der eroberten Hauptstadt Südkoreas, die er kurz zuvor mit Granaten, Bomben und Feuer zerstört hatte, öffentlich das «Unser Vater» betete. Der Glaube an diesen Götzen erfüllte jene 450 Delegierte eines «Internationalen Rates christlicher Kirchen», die an ihrer letztjährigen Tagung in Genf zu «Gott» beteten, er möge den UNO-Truppen in Korea den Sieg verleihen.

Aber auch in unserem eigenen Lande ist der Aberglaube an den Götzen Moloch stark und kaum erschüttert. Vergeblich warten wir heute auf eine deutliche Kundgebung der Kirchen gegen die Milliarden-Aufrüstung, die zum Ziele hat, im Ernstfall möglichst viele sogenannte Feinde zu töten. Die Kirchen bleiben stumm. Ja, wenn einer das Gebot «Du sollst nicht töten!» ernst nimmt und den Militärdienst verweigert, so wird ihm oft nicht bloß das bürgerliche, sondern auch das kirchliche Stimmrecht entzogen. Man redet vom Gott der Liebe und der Vergebung, aber man glaubt an den «Gott» der Panzer und Kanonen. Viele, die sagten, Gott habe unser Land im letzten Kriege bewahrt, handeln heute so, als ob es nur *eine* Sicherung gäbe: unsere Armee.

Auch der andere Götze, Mammon, ist weiter hoch in Ehren in unserem Volke. Vor einigen Jahren hat zum Beispiel ein bekannter Theologieprofessor die Maschinenfabrik Oerlikon als einen «Gottesbetrieb» bezeichnet, weil die Direktoren, manche Angestellten und einige Arbei-

ter ein Leben für «Gott» begonnen hätten. Dieses gottesfürchtige Leben bestand unter anderem darin, daß die Arbeiter auf höhere Löhne verzichteten und daß die Aktionäre weiterhin 6 Prozent Dividenden bezogen. Kürzlich machten sich ausgerechnet die freisinnigen Kantonsräte, die Vertreter der besitzenden Klasse, zu den Verteidigern «Gottes», als sie bei einer Diskussion über die Zweckbestimmung der Zürcher Volksschule ausdrücklich forderten, die Schule solle die Kinder «zu vor Gott und den Menschen verantwortungsbewußten Gliedern des Volkes» erziehen. Meinten sie es ernst, so müßten die Mitglieder der Freisinnigen Partei «aus Verantwortung vor Gott» auf ihren Privatbesitz an Grund und Boden, an Mietshäusern, Kapital und Fabriken verzichten zugunsten der Allgemeinheit.

Seien wir uns doch dessen stets bewußt, daß die allermeisten, die von «Gott» reden, unter diesem Begriff auch die Erhaltung der gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung verstehen, die heute mit Waffengewalt vor dem Kommunismus geschützt werden soll. Wie könnte sonst im Blatt der deutschschweizerischen CVJM «Der Ruf» (Januar 1951) ein Oberstdivisionär das Wort von Clausewitz zitieren: «Auch der Verteidiger muß den Krieg wollen ... als einen Weg der Rettung!» Wer kann heute auf den wahnwitzigen Gedanken kommen, im Krieg eine Rettung zu sehen, außer denjenigen, die mit Hilfe von «Verteidigungsarmeen» ihren Besitz retten zu können meinen?

Eine der dringendsten Aufgaben ist heute, diesen «Gott» zu entlarven, ihm die Maske vom Gesicht zu reißen, damit alle erkennen: dieser «Gott» war kein Gott.

*

Ein Buch, das diesen Kampf führte, käme heute zur rechten Stunde. Statt dessen wird jetzt ein Buch verbreitet, das zwar den Titel trägt «Ein Gott, der keiner war», das aber nicht die Götzen angreift, die bei uns so viele Anhänger und Gläubige finden. Im Gegenteil! Im Schlußwort des Buches erhält ein deutscher Universitätsprofessor die Gelegenheit, eine Missionspredigt für den Götzen Moloch zu halten. Er sagt: «Wer einmal im Banne des Basilisken[2] stand und sich aus ihm befreit hat, ... wird nie wieder bezweifeln, daß die Drohung des totalitären Kommunismus in unserer Zeit die schlechthin unerbittliche Bedrohung ist, er wird nie vergessen, daß jede Tendenz, ihr mit den ‚normalen' Methoden des diplomatischen Schachspiels oder des traditionellen Krieges, des gütlichen Verhandelns oder der offenen Propaganda zu begegnen, nur ein Ausweichen ... ist.» Was ist das anderes als der Aufruf zum Vernichtungskrieg gegen Rußland? Das ist also der Zweck des Buches.

Welches ist sein Inhalt? Es ist eine Sammlung von «Bekenntnissen» aus dem Leben von sechs westeuropäischen und amerikanischen Schrift-

[2] Gemeint ist der Kommunismus.

stellern, die sich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen der kommunistischen Bewegung angeschlossen oder sie wenigstens unterstützt hatten, später aber sich enttäuscht von ihr abwandten. Der eine suchte bei den Kommunisten das brüderliche Leben, das er in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft vermißte, fand jedoch in ihren Reihen viel Mißtrauen und Intoleranz. Der andere litt an dem vollständigen Mangel an Ehrlichkeit und Geradheit unter der armen Landbevölkerung seiner Heimat. Er hoffte dafür, diese Tugenden bei den Kommunisten zu finden, machte aber die Erfahrung, daß sie nicht davor zurückschreckten, in gewissen Fällen Lügen zu gebrauchen. Der Dritte erhoffte vom Kommunismus Förderung des individuellen Kunstschaffens, mußte aber feststellen, daß sich in Rußland die Kunst dem Bedürfnis der Massen anzupassen hat. Einem Vierten bedeutete das Recht auf freie Meinungsäußerung das Höchste. Da er dieses Recht durch das Emporkommen der Faschisten und Nazi bedroht sah, wandte er sich den Kommunisten zu, bis er erlebte, daß auch bei ihnen die Redefreiheit eingeschränkt war.

Diese Andeutungen sollen genügen, um das Leitmotiv des Buches erkennen zu lassen. Jeder dieser sechs Schriftsteller mißt die kommunistische Bewegung am Maßstab seines persönlichen Ideals. Darum ist es nicht zu verwundern, daß sie alle enttäuscht wurden. Wer vom Kommunismus eine Antwort auf alle Fragen und eine Überwindung aller Übel erwartet, tut ihm großes Unrecht an. Nie hat der Kommunismus den Anspruch erhoben, letzte und absolute Wahrheit zu sein. Marx zum Beispiel hat immer wieder betont, seine Lehre sei keine neue Erklärung der Welt, sondern bloß eine Anleitung zum Handeln. Marx spricht nicht von Gott, nicht von der Wahrheit, nicht von der Gerechtigkeit, sondern bloß von der Arbeit, vom Lohn, vom Profit, vom Kapital, vom Proletariat, vom Klassenkampf und vom Ziel einer klassenlosen Gesellschaft. Die marxistische Lehre will uns nur zeigen, welche Schritte wir tun müssen, um das Unrecht der kapitalistischen Wirtschaft aus der Welt zu schaffen. Die Anklage, die dem Kommunismus entgegengeschleudert wird, ist darum sinnlos: er kann kein falscher Gott sein, weil er überhaupt kein Gott sein will.

Der Spieß kann aber umgedreht und die Anklage gegen die Ankläger selber gerichtet werden: Ihr redet von euren Idealen wie die Pfarrer von Gott. Wie der Begriff «Gott» mißbraucht werden kann, um die Herrschaft des Geldes und der Gewehre zu stützen, so auch eure Ideale. Ihr liefert heute denen, die einen Vernichtungskrieg gegen den Kommunismus planen, die nötigen Argumente, um ihrem Weltzerstörungswerk den Anschein eines Kampfes für Recht, Freiheit und Wahrheit zu geben. Indem ihr diesem ungeheuren Täuschungsmanöver Vorschub leistet, bestärkt ihr bei euren Lesern den verhängnisvollen Glauben an den Moloch «Gott», der sich als toter Götze erwiesen hat. Euer Buch dient einem Gott, der keiner war!

*

Zur richtigen Beurteilung dieses Buches mag vielleicht noch folgendes Erlebnis dienen:

Im Frühjahr 1945 war ich im Dienst der Kriegsgefangenenhilfe der CVJM in der Stadt Danzig, die bereits von russischen Truppen eingeschlossen war. An einem der letzten Sonntage, bevor die Stadt von den Russen erobert wurde, besuchte ich eine protestantische Kirche. In der Predigt warnte der Pfarrer seine Gemeinde, ja kein Gehör den «ausländischen Agenten» zu schenken, die behaupteten, es sei sinnloser Selbstmord, die Stadt gegen die Russen verteidigen zu wollen. Dieser «Diener am göttlichen Wort» rief also auf zum Kampf mit den Waffen. Eine Woche später drangen die ersten russischen Soldaten in die von Artillerie, Bomben und Feuer zerstörte Stadt ein. Aufs äußerste erbittert über den verbissenen Widerstand der deutschen Wehrmacht, der erschreckend vielen ihrer Kameraden das Leben gekostet hatte, waren sie voll Mißtrauen und Haß gegenüber allen Deutschen. Manche waren grausam und brutal, überfielen Frauen, plünderten und zerstörten, was ihnen in die Hände fiel.

Ich kehrte in die Schweiz zurück mit einer großen Enttäuschung: Konnten die Russen, die überall, wohin sie kamen, Angst und Schrecken verbreiteten, noch die Träger einer neuen sozialen Gerechtigkeit sein? Ich fragte mich: Habe ich nicht die Pflicht, meinen Mitmenschen zu berichten, was ich erlebt habe, und sie zu warnen vor einer Täuschung über den Kommunismus? Solche Artikel und Bücher sind in den letzten Jahren massenhaft erschienen. Ihre Wirkung war eindeutig: Selbst Pfarrer und frühere Pazifisten rufen heute offen oder verdeckt zum Krieg gegen den «gottlosen» oder «unmenschlichen» Kommunismus auf. Es geschieht also wieder genau dasselbe, was ich in Danzig beobachtet habe: der Kampfruf des Pfarrers wird zum Befehl des Offiziers. Im Namen «Gottes» oder irgendeines Ideals verlangt man die Verteidigung mit Waffen, das heißt den Krieg. Im Krieg aber erzeugt der Haß der einen Seite die Rache der andern, die Gewalt der einen Partei die Brutalität der andern. Was man den Russen vorgeworfen hat, führt man jetzt selber herbei.

Darum, wer allen Ungerechtigkeiten, die von Kommunisten geschehen sind oder noch geschehen mögen, ein Ende setzen will, muß Ursache und Wirkung voneinander unterscheiden können. Er wird einsehen, daß ein großer Teil der Verbrechen, die den Russen vorgehalten werden, die fast unvermeidlichen Folgen eines ihnen aufgezwungenen Krieges waren. Deshalb wird er ihre Übeltaten nicht in alle Welt hinausposaunen, um damit den Haß gegen die Kommunisten noch mehr zu schüren. Vielmehr wird er sich bemühen, den wahren Charakter der Götzen aufzudecken, die heute von vielen Politikern, Pfarrern und Philosophen gepredigt werden. Mögen sie «Wahrheit», «Freiheit», «Gerechtigkeit» oder gar «Gott heißen – wenn in ihrem Namen «Opfer» verlangt werden für eine militärische Aufrüstung, so sind es nur verschiedene Bezeichnungen für ein und desselbe: die Interessen der besitzenden Klasse. *Hansheiri Zürrer.*

Das Grundproblem der Menschheit[1]

I.

Seit dem zweiten Weltkrieg ist die amerikanische Außenpolitik hauptsächlich Opposition gegen Rußland gewesen. Doch ist dies eine bloß negative Politik, und tief in ihrem Herzen wissen das die meisten Amerikaner auch. Heute begreifen wir allmählich, daß wir eine positive Politik brauchen. Wir entdecken das Bedürfnis nach einer positiven Politik, weil es uns langsam klar wird, welches das Grundproblem der Welt ist. Dieses Grundproblem wurde von Minister Acheson in seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 20. September 1950 wie auch vom Präsidenten Truman, als er am 23. Oktober 1950 vor derselben Institution sprach, deutlich erkannt. Allein, solange die öffentliche Meinung in Amerika das Problem nicht allgemein erkennt, bleibt es eben nur bei diesen beiden Reden. Wir haben leider zugeben müssen, daß wir nicht länger, wie Wendell Willkie es nannte, «in einer einzigen Welt» leben, sondern eben in zwei Welten — in einer kommunistischen und einer nichtkommunistischen. Und jetzt sehen wir allmählich ein, daß Willkie doch recht hatte. Es ist immer noch «eine einzige Welt», eine Welt, entzweit durch die Spannungen zwischen ihren beiden mächtigsten Staaten, eine Welt, die sich gegen die Ungleichheit wehrt, sowohl in bezug auf die Rasse als auch auf die ökonomischen Möglichkeiten, doch es ist immer noch *eine*, von *einer* Menschheit bewohnte Welt. Was mit dieser Welt zu geschehen hat, darf nicht nur von Amerika und Rußland abhängen, sondern muß von der gesamten Menschheit entschieden werden. Was müßte man tun? Will die amerikanische Regierung eine Außenpolitik finden, die aufbauend und realistisch ist, dann müssen wir, die amerikanischen Bürger, vernünftig sein und zuerst mit großem Wirklichkeitssinn die Menschheit näher studieren.

---

[1] Der amerikanische Professor *Stringfellow Barr*, Historiker, Pädagoge und Präsident der «Foundation for World-Government» ruft uns mit folgenden Worten zum Einstehen für das durch die Aufrüstungen verhängnisvoll vernachlässigte Problem des Hungers, unter dem noch Millionen von Mitmenschen in menschenunwürdiger Weise leiden, auf: «Hungern ist schlimm. Aber viel schlimmer ist es, zu hungern und obendrein zu wissen, daß keine Lösung in Aussicht ist; hungern und wissen, daß man selber, Kinder und Enkel immer hungrig sein werden, ist das allerschlimmste. Dagegen müssen wir etwas tun, und zwar sofort; denn das kann nicht auf eine Weltregierung warten.»

Die hier abgedruckten Abschnitte sind eine Übersetzung aus einem in der holländischen Zeitung «De groene Amsterdamer» am 7. Juli 1951 erschienenen Abdruck aus Barr's Schrift «Let's join the human race» («Wir wollen zum Menschengeschlecht stoßen»). Wir verweisen auf «Wege zum Frieden» II von Hugo Kramer und «Der freie Mensch in der Brandung» von Krijn Strijd («Neue Wege», Septemberheft).

Das Redaktionskollegium.

II.

Aber das ist nun freilich sehr schwierig für uns. Ausgedrückt in Nahrung und Kleidung und Häusern sind die Vereinigten Staaten ein wohlhabendes Villenviertel, umringt von Armenvierteln. Einige dieser Armenviertel, wie Westeuropa, waren selbst einmal elegante Viertel, die alle anderen Teile unseres Planeten beherrschten. Andere, wie Indien, sind bereits seit Jahrhunderten weder mächtig noch elegant. Seit langer Zeit sind seine Bewohner hungrig, nackt und ohne anständiges Dach über dem Kopf.

Menschen, die in stattlichen Villenvierteln wohnen, fällt es nicht leicht, die Nöte der Menschen, die in armseligen Hütten wohnen, zu verstehen. Kein Brot? Warum essen sie keinen Kuchen? Kein Geld, um Kleider zu kaufen? Warum kaufen sie nicht auf Kredit? Kein Dach auf dem Hause? Sie sollten doch einmal einen guten Baumeister anrufen. Krank? Sie können doch einen Arzt kommen lassen. Ohne Arbeit? Wer arbeiten will, wird sicher Arbeit finden.

Viele unserer Wirtschafter und Ingenieure und viele unserer Soldaten haben die Schrecknisse des menschlichen Elends in Asien, Afrika und Südamerika zu Gesicht bekommen. Aber auch alle anderen sollen versuchen, es sich vorzustellen. Sonst werden wir die wirklichen Probleme der Menschheit nicht begreifen. Und solange wir diese Probleme nicht erfassen, wird unsere Auslandspolitik unrealistisch bleiben, und wir Amerikaner werden selber den zwei Milliarden Menschen, die keine Amerikaner sind, immer weniger real vorkommen. Vielleicht werden sie uns einmal fürchten lernen, aber begreifen werden sie uns nie.

III.

Ich glaube, daß es nur eine Kleinigkeit für uns Amerikaner wäre, die zwei Milliarden Männer, Frauen und Kinder, die über die ganze Welt hin zerstreut sind, verstehen zu können. Will der Leser einmal «So tun als ob» mit mir spielen, wie die Kinder des öftern tun? Tun wir einmal so, als ob Sie noch nicht geboren wären und dieses Jahr geboren werden, irgendwo auf unserem Planeten, irgendwo auf dieser großen Welt. Laßt uns dann versuchen, Ihre Chancen für ein glückliches, gesundes, anständiges und nützliches Leben zu ermitteln.

Wenn Sie dieses Jahr zur Welt kämen, so würden am gleichen Tage mehr als 200 000 andere Kinder auf der ganzen Welt geboren werden. Die Chance für Sie, in den Vereinigten Staaten auf die Welt zu kommen, stünde eins zu zwanzig. Die Chance, in der Sowjetunion geboren zu werden, ist nicht viel größer. Diese beiden Länder mögen wohl schwer bewaffnet sein, doch die Mehrheit der Menschen wohnt eben nicht dort. Wahrscheinlich würden Sie kein Angehöriger der weißen Rasse werden. Bedenken Sie, daß Sie und die anderen schreienden Kinder am gleichen Tage, über den ganzen Planeten verteilt, geboren werden, und daß wenig

Chancen verbleiben, an Orten, wo die weiße Rasse wohnt, zur Welt zu kommen.

Sie müßten das gleiche Risiko erwarten wie die anderen Babies, und die Möglichkeit ist groß, daß Sie zur schwarzen, braunen oder gelben Rasse gehören werden. Die Chance, als Weißer zur Welt zu kommen, ist nicht größer als eins zu drei, als Chinese geboren zu werden wie eins zu vier, als Indier mehr als eins zu neun.

Sollten Sie als Farbiger zur Welt kommen, so würde das höchstwahrscheinlich zwischen Menschen geschehen, die noch vor kurzem in Aufruhr gegen die Weißen standen und sie verjagten, oder sonst in einem Land, das jetzt noch damit beschäftigt ist, die Weißen zu verdrängen. Wenn Sie in Afrika geboren würden, lehrte man Sie sicher den Grundsatz: «Traue nie einem Weißen!»

Sie haben ungefähr die Chance von eins zu vier, als Christ geboren zu werden. Viel wahrscheinlicher ist es, daß Sie als Konfuzianer, Buddhist, Mohammedaner oder Taoist geboren werden.

IV.

Wenn Sie in den Vereinigten Staaten zur Welt kommen — das *Wenn* sehr stark betont! —, werden Sie vermutlich länger als ein Jahr leben. Aber wenn Sie in Indien geboren werden, was wahrscheinlicher ist, haben Sie nur etwas mehr als die Chance von eins zu vier, länger als ein Jahr zu leben. An anderen Orten würde die Chance noch geringer sein; und außerdem: sogar, wenn Sie in Indien das erste Lebensjahr überschreiten würden, ist es nur zu 50 Prozent gewiß, daß Sie das Alter eines Erwachsenen erreichen.

Sollten Sie als Farbiger zur Welt kommen, ist es sehr wohl möglich, daß Sie zeit ihres Lebens an chronischen Krankheiten leiden — Malaria, Darmkrankheiten oder Tuberkulose oder sogar Aussatz. Und auch wenn Sie nicht chronisch krank sein würden, so werden Sie schwach vor Hunger sein. Die Chance der Unterernährung stünde etwa zwei zu eins. Höchstwahrscheinlich würden Sie erfahren, was Hungersnot wirklich heißt — und dies in einer Art, daß Sie mit Gier die Rinde eines Baumes essen würden.

Weiter ist, sollten Sie ein Farbiger sein, die Chance, lesen zu lernen, nur eins zu vier. Da es fast sicher ist, daß Sie kein Radio besitzen werden, werden Sie von demjenigen Teil der Menschheit, der genügend zu essen hat und durchschnittlich gesund ist, völlig abgeschieden sein. Sie werden vermutlich in einer armseligen Lehmhütte wohnen und auf dem nackten Fußboden schlafen. Beinahe sicher werden Sie auf dem Felde arbeiten, und die Ernte wird größtenteils vom Großgrundbesitzer beansprucht. Dazu werden Sie wahrscheinlich dem Wucherer große Summen schuldig sein und ihm dafür Zinsen bis zu 100 Prozent und mehr jährlich bezahlen müssen.

V.

Aber nun haben wir genug «So tun als ob» gespielt. Wir brauchen es nicht zu übertreiben. Was ich beschrieben habe, ist der tatsächliche Zustand der Menschheit mitten im zwanzigsten Jahrhundert. Um zu erklären, wie es so gekommen ist, ist viel historisches Material nötig, und dafür haben wir hier keine Zeit. Es handelt sich darum, *daß* es soweit gekommen ist. Viele Millionen dieser kranken, hungrigen, ungebildeten und verdrängten Menschen gehören zu den «freien Nationen», die wir in einen Kreuzzug gegen den Kommunismus führen wollen. Wir sollten lieber die Welt, in der wir leben, einmal gut beschauen, ehe wir fortfahren, sie zu leiten. Es wäre verständiger, wenn wir die amerikanische Außenpolitik auf reellen Tatsachen basierten.

Wenn wir Amerikaner nach Rußland schauen, sehen wir nichts anderes als Tyrannei. Wenn aber die Millionen dieser Elenden und Ausgestoßenen nach Rußland schauen, sehen sie die Befreiung vom Grundbesitzer und Wucherer und einen planmäßigen Aufbau auf der Basis moderner Technik. Sie sehen das mögliche Ende eines Elends und Verzweifeltseins, das die Amerikaner niemals auch nur gesehen haben. Tyrannei jagt ihnen keinen Schrecken ein; sie haben niemals etwas anderes gekannt. Wir müßten damit aufhören, ihnen Schlagworte an den Kopf zu werfen und lieber versuchen, uns ihr Elend vorzustellen. *Dieses Elend und nicht der Kommunismus ist das fundamentale Problem unserer einen Welt* — der einen Welt, die moderne Wissenschaft und Technik aufgebaut haben. Der Kommunismus ist das, was die Russen der Welt als Lösung des Grundproblems bieten — ihrer Meinung nach die einzige Lösung. Die Weltgemeinschaft horcht andächtig, ob sie auch andere Pläne geboten bekomme. Was einem solchen anderen Vorschlag noch am nächsten kam, war der «Punkt Vier», den Präsident Truman in seiner Antrittsrede vom 20. Januar 1949 anführte. Der Präsident machte den Vorschlag «eines neuen, höheren Programms, um die Errungenschaften unserer wissenschaftlichen Fortschritte und industriellen Leistungen für die Hebung und das Wachstum der rückständigen Gebiete zur Verfügung zu stellen». Achtzehn Monate später bewilligte das amerikanische Abgeordnetenhaus 35 Millionen Dollar für Trumans «Punkt Vier», und eine Senatskommission verminderte diesen Betrag prompt auf 10 Millionen Dollar. Das ist weniger als die Stadt Neuyork im Jahre 1949 für die Straßenreinigung und Kehrichtabfuhr ausgab. Gegen den Hintergrund einer kranken Weltwirtschaft gesehen, ist das lächerlicher Geiz, und man könnte die Frage stellen, ob man dann nicht besser überhaupt nichts unternehmen würde. Nach der besten Schätzung, die mir bekannt ist, kostete der Weltkrieg die amerikanischen Staaten einen Betrag von 330 000 000 000 — dreihundertdreißig Milliarden Dollar. Können wir erwarten, einen stabilen Frieden aufzubauen, solange nicht die Männer, Frauen und Kinder, die jetzt auf der Erde sind, einige Hoffnung haben

können, diesem furchtbaren Elend zu entgehen, worin zwei Drittel von ihnen zu leben versuchen? Rußland hat ihnen die Weltrevolution und eine planmäßige, produktive und sich entwickelnde Wirtschaft geboten. Unsere Senatskommission bot die Summe von 10 Millionen Dollar (später werden die zehn Millionen mit Mühe bis vierunddreißigeinhalb emporgeschraubt). Und doch hatte Senator Brien MacMahon am 2. Februar 1950 zehn Milliarden Dollar pro Jahr — für fünf Jahre — als Amerikas Anteil am Wiederaufbau der Weltwirtschaft beantragt. Das ist tausendmal soviel, als was der Senatskommission genügend schien. Nur tausendmal.

Am 15. Juni, ein paar Tage, nachdem die Senatskommision der hungernden Welt eine Tüte voll Bonbons angeboten hatte, schlug Walther Reuther, Vorsitzender der Vereinigten Automobilarbeiter, dreizehn Milliarden Dollar pro Jahr vor für hundert Jahre, eine Totalsumme von mehr als einer Billion Dollar. Entweder sind Senator MacMahon und Reuther völlig verrückt geworden, oder die Senatskommission hat absolut keine Ahnung von diesem Problem, in das wir uns nach der Ansicht jener zwei Männer vertiefen müssen, wenn wir Frieden haben wollen. Senator McMahons Vorschlag vom Februar wurde von der ganzen Korona mit Jubel empfangen — vom Senat sowohl als auch vom Publikum. Man muß fast annehmen, daß der Kommission, die zehn Millionen Dollar vorschlug für «Punkt Vier», das Problem, worüber wir sprechen, gar nicht wirklich vor Augen stand. Warum nicht? Der Hauptpunkt unserer Außenpolitik ist: Bringt den Kommunismus zum Stehen! Wie? Mit Kanonen? Man kann den Kommunismus nicht mit Kanonen aus der Welt schießen. Der Kommunismus ist eine Idee und ein Programm, von dem die Kommunisten behaupten, es sei die einzige Art, die Menschheit aus dem entsetzlichen Elend zu retten, worin der größte Teil der Menschen jetzt lebt. Es ist deutlich genug, daß die Menschheit fest entschlossen ist, sich zu retten. Sicher ist es jetzt nicht das erste Mal, daß sie von dem Elend hört. Aber zum erstenmal sind Hunderte Millionen Menschen überzeugt, daß dank den neuen wissenschaftlichen Kenntnissen und technischen Fertigkeiten ihr Elend keine zwingende Notwendigkeit ist. In Asien, in Afrika, in Lateinamerika wächst diese Überzeugung. Und die Menschen in diesen Ländern sind fest entschlossen, ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Die einzige Art, den Kommunismus zum Stehen zu bringen, ist, der einen Welt, in der wir alle leben, eine bessere Lösung des wirklichen Problems zu bieten, als der Kommunismus sie bieten kann. Und das wissen anscheinend Senator MacMahon und Reuther. Zahlreiche Volkswirtschafter, Ingenieure und Techniker der ganzen Welt wissen es auch. Warum sind wir Amerikaner dann blind dafür geblieben? Warum haben wir eine Außenpolitik zugelassen, die so wenig mit der wirklichen Welt, in der die Menschheit lebt, zu tun hat? Warum stimmte unsere Diskussion über «Punkt Vier» so wenig mit den Tatsachen überein?

VI.

Ich glaube, daß unsere Diskussion über «Punkt Vier», ebenso wie unsere heutige Außenpolitik, auf falschen Voraussetzungen beruht. Ich glaube, daß wir niemals richtig weiterkommen, wenn wir nicht auf die Grundtatsachen zurückgehen. Natürlich sind auch die Beschuldigungen von Washington gegen Moskau und von Moskau gegen Washington Tatsachen, aber es sind keine Tatsachen von derselben Bedeutung wie ein hungernder Bauer, ein Stück Brot, ein überschwemmtes Tal, ein zerfallenes Bewässerungssystem, ein Malariasumpf, ein sterbendes Zugtier oder ein zerbrochener Holzpflug. Mit *diesen* Tatsachen müßte sich unsere Außenpolitik beschäftigen — mit Tatsachen des Lebens, Fragen von Leben und Tod. Eine Außenpolitik beschäftigt sich nicht mit Ausländern, und *dies* sind die Tatsachen, über die die meisten jetzt lebenden Ausländer sich Sorge machen.

Es leben gegenwärtig ungefähr 2,2 Milliarden Menschen auf der Welt, und nur ein kleiner Teil davon sind Russen und Amerikaner. Die meisten denken an viel wichtigere Dinge als an den «Kalten Krieg» oder den Kommunismus oder an politische Freiheit. Sie wollen das Problem Nummer Eins lösen. Wir Amerikaner haben nicht tief über das Problem, das wir «Punkt Vier» nennen, nachgedacht — wie ich glaube, weil wir viererlei falsche Voraussetzungen machen.

Falsche Voraussetzung Nr. 1: daß Rußland die einzige Macht sei, die zwischen der Menschheit und einem dauernden Frieden stehe.

Falsche Voraussetzung Nr. 2: daß amerikanische Methoden und amerikanisches Geld die Weltwirtschaft wieder aufbauen könnten, soweit jedenfalls, um Rußland aufzuhalten.

Falsche Voraussetzung Nr. 3: daß das freie Unternehmertum von Nichtamerikanern — immer noch Privatwirtschaft genannt — die Aufgabe besser verrichten könne als die Regierung.

Falsche Voraussetzung Nr. 4: daß die Aufgabe auf der Grundlage von kleinen jährlichen Zuweisungen gelöst werden könne.

Wir wollen diese vier Voraussetzungen genau untersuchen. In Parlamentssitzungen, in den Schriftstücken über «Punkt Vier», in öffentlichen Erklärungen darüber stehen stets diese vier Voraussetzungen im Vordergrund. Ich glaube, daß *sie* es sind, die die amerikanische Diskussion über «Punkt Vier» zum Geschwätz erniedrigt haben. Auf diese Weise bleibt nur der russische Vorschlag, der Kommunismus, übrig. Der Kommunismus bietet der Menschheit Rettung an vor akuter Armut, chronischem Verhungern, dauernder Krankheit und verwirrender Unkenntnis. Der Kommunismus breitet sich aus, weil er keine Konkurrenten hat.

Stringfellow Barr

Wirtschaftlicher und geistiger Umbruch und Neubruch

Zusammenfassung
meiner Eindrücke während eines fast einjährigen Aufenthaltes
im heutigen Deutschland

Diejenigen, die gegenwärtig in der bürgerlich-kapitalistischen Welt die Massen durch eine geistige Elite, eine geistig-autoritäre Oberschicht führen möchten, befinden sich in einem großen Irrtum, wenn sie an die Durchführbarkeit dieses Gedankens glauben. Denn die im marxistischen Sinne geschulten Massen auf der ganzen Welt — die bald die überwiegende Mehrheit aller Menschen darstellen werden — *wollen* sich nicht mehr führen lassen; sie verlangen Selbstregierung, von unten nach oben. Für sie ist der Marxismus eine Wissenschaft, und in den angewandten Wissenschaften — zu denen auch die Wirtschaft gehört — gelangen die Menschen aus gemeinsamer Erkenntnis zur einheitlichen Willensbildung. Aus der Erkenntnis der Grundwahrheiten der darwinistisch-marxistischen Entwicklungslehre handeln die Marxisten einheitlich. Wenn heute in den marxistisch regierten Ländern noch Zwang von oben besteht, so nur deshalb, weil die marxistische Schulung noch nicht vollendet ist. Taktische Zugeständnisse auf der einen Seite bedingen erzieherischen Druck auf der andern. Auf diese Weise kommt der Marxismus dem großen Endziel näher: Selbstverantwortung jedes Einzelnen gegenüber der Gesellschaft; Selbstregierung in einer echten Demokratie, wo die jeweilige Führung lediglich der Ausdruck des Volkswillens ist.

Dieser einheitlichen marxistischen Entwicklung stehen in den bürgerlich-kapitalistischen Ländern eine Unzahl von ideologischen Gruppen gegenüber, die keinen organischen Zusammenhang haben, sich vielmehr egozentrisch um ihre Achse drehen. Niemand hat für die Anschauung und Ziele der anderen Gruppe Interesse und Verständnis. Sie haben eigentlich nichts gemeinsam als ihre Unduldsamkeit. Selbst wenn man diesen Gruppen gewisse richtige Erkenntnisse zugestehen müßte, sie kommen aus solchen Erkenntnissen nicht zur Aktion, weder einzeln noch gemeinschaftlich. Anstatt sich durchzuringen — jeder auf seinem Wege — zum planetarischen, zum universalen Bewußtsein, wo sie die Notwendigkeit und Möglichkeit einer übernationalen Zusammenarbeit erkennen würden, zersplittern sie ihre Kräfte in wirkungslosen Einzelbemühungen, die keinerlei Einfluß auf den geschichtlichen Verlauf ausüben, weil ihre antagonistischen Bestrebungen sich gegenseitig aufheben. Diese Feststellung bezieht sich zunächst auf die vielen weltanschaulichen und politischen Gruppen, auf die unzähligen Ideologien der Weltverbesserer und Welterneuerer, die religiösen und politischen Konfessionen und Sekten. Aber auch das kapitalistische System gehört letzten Endes hierzu. Denn es stützt sich auf eine ganz bestimmte Lebensauffassung und

Lebensform: die bürgerlich-kapitalistische, mit ihren Idealen der persönlichen Freiheit und der individuellen Initiative, die in der liberalen Wirtschaftsform ihren Ausdruck findet bzw. finden soll. Letztere hat jedoch versagt, weil sie die Stunde der Zeit nicht erkannte, weil sie nicht verstanden hat, dem sozialen Erwachen der Massen rechtzeitig entgegenzukommen und von sich aus einen einheitlichen Wirtschaftsorganismus aufzubauen, der mit der marxistischen Planwirtschaft reibungslos zusammenarbeiten könnte. Da den kapitalistischen Machthabern die Einsicht und der gute Wille fehlen, diesen Weg der Neuordnung zu beschreiten, werden sie von dem marxistischen Wirtschaftssystem immer mehr an die Wand gedrückt. Hiermit schwindet auch der Glaube an die Lebensideale des kapitalistisch-liberalistischen Systems in der bürgerlichen Welt und macht einer gefährlichen Gleichgültigkeit und Mutlosigkeit Platz. Weil also die Macht des internationalen Kapitalismus infolge der ideologischen und politischen Zersplitterung seiner Vertreter und Nutznießer nicht mehr zu einer einheitlichen schöpferischen Aktion gelangt, sondern höchstens seinen gänzlichen und endgültigen Zusammenbruch durch Entfesselung eines dritten Weltkrieges beschleunigen kann, werden auch die positiven Kräfte und Bestrebungen, die in der bürgerlich-kapitalistischen Welt noch vorhanden sind, nicht mehr zum Zuge, nicht mehr zur Verwirklichung ihrer Ideen kommen. Sie werden hinweggeschwemmt werden von der Weltrevolution und untergehen in der marxistischen Neuordnung, die mit der «Diktatur des Proletariats» zunächst eingeleitet werden wird.

Dieser äußere Untergang der im Grunde christlichen Kräfte bedeutet jedoch nicht ihre Vernichtung, sondern ihre Wandlung und Auferstehung in der marxistischen Welt, die hiermit einen neuen Impuls empfängt, der sie befähigt, den Durchbruch in die Metaphysik zu vollziehen. Damit wird das Reich Gottes auf Erden kommen, das keine geistige Autokratie ist, sondern echte Demokratie, die im gemeinsamen Christusbewußtsein zwanglos zur einheitlichen Willensbildung gelangt.

Trotz diesen Erkenntnissen besteht für die bürgerlich-kapitalistische Welt kein Grund, untätig abzuwarten, bis die marxistische Woge über sie hinwegbraust. Was not tut, ist eine nüchterne, realistische Analyse der gegenwärtigen Weltlage und eine vernunftgemäße Neuorientierung. Wenn wir erkannt haben, daß das soziale Erwachen der Massen nicht mehr aufgehalten werden kann, werden wir dieser Entwicklung entgegenkommen und uns entsprechend verhalten. Auch heute noch besteht die Möglichkeit — trotz den vorhandenen politischen und weltanschaulichen Gegensätzen — zu einer Organisierung der Wirtschaft zu gelangen ohne Druck oder Hilfe seitens des Staates. Eine solche Selbsthilfe auf wirtschaftlicher Ebene könnte durch die Mobilisierung der Verbraucher und ihren Zusammenschluß in demokratischen Genossenschaften in Aktion treten. Diese würden die Wirtschaft von der Verbraucherseite her aufrollen und neu ordnen.

Auf dieser Stufe der Entwicklung würde sich der Privatkapitalismus von zwei Seiten bedroht sehen: die von außen her anstürmende kommunistische Planwirtschaft und das neue demokratische Genossenschaftswesen, das das kapitalistische System von innen her aushöhlt. Unter solchen Umständen würde der Kapitalismus in letzter Minute vielleicht doch noch einsehen, daß er nur eine einzige Chance des Überlebens — allerdings in einer neuen Form — hat: im freiwilligen Aufbau einer privatkapitalistischen Planwirtschaft, die sich stützt auf die demokratischen Genossenschaften. Dies würde das Ende des kapitalistischen Profitsystems bedeuten und seine Wandlung in eine schöpferische Kraft, die niemals mehr den einzelnen ausbeuten noch die Völker zur Schlachtbank des Krieges führen könnte. Die Gewähr für eine solche Entwicklung liegt in der natürlichen Struktur der organisierten Wirtschaft und ihrer Funktion gemäß ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten. Der Gedanke als solcher ist nicht neu. Er setzt den Verzicht auf den veralteten Liberalismus voraus, nicht aber auf die freie individuelle Initiative in der Produktion und im Handel. Wenn auch die übernationale Planwirtschaft ihre eigenen Gesetze hat, denen sie folgen muß, so gibt sie doch andererseits dem Produzenten und dem Organisator unabsehbare Möglichkeiten der Entfaltung seiner schöpferischen Kräfte. Gerade dann, wenn jede Kriegsdrohung behoben ist, können die großen Arbeiten in Angriff genommen werden, auf welche die Menschheit schon lange vergeblich wartet, können die Länder ihre Landwirtschaft und Industrie ausbauen, die bisher infolge der egozentrischen Eigengesetzlichkeit des alten kapitalistischen Systems, das nur auf Profit um jeden Preis, nicht auf lebendigem Schaffen im Interesse aller aufgebaut war, in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind.

Mit der Organisierung einer derartigen nichtstaatlichen Planwirtschaft wären die Vorbedingungen gegeben für eine friedliche Zusammenarbeit und spätere Verschmelzung mit der marxistischen, also staatlichen Planwirtschaft. Wenn der Marxismus auf seinem Wege der voraussetzungslosen naturwissenschaftlichen Forschung bewußtseins- und erlebnismäßig durchbricht in die Metaphysik, hat er seine letzte Erfüllung gefunden. Und es wird von dem Verhalten der christlichen Welt abhängen, ob genügend geistige Substanz zu dieser Zeit des großen Umbruchs in der Menschheit vorhanden sein wird, um ohne «Atomkriege» und ohne blutige Revolutionen zur christlich-sozialen Wiedergeburt zu gelangen.

Im November 1951. *B. Sievers.*

Die große Gerichtszeit wird nicht in Indien anfangen oder in dergleichen heidnischen Ländern, sondern in Europa, wo Christen sind. Und bei was für Christen? Nicht bei denen, die es fast nicht mehr sind, obwohl sie so heißen, sondern bei denen, die als die vorzüglichsten gelten, also da, wo man Christus kennt nach dem Evangelium: für uns übersetzt ist es also: in der evangelischen Christenheit. Blumhardt.

Westdeutschland 1951 Wieder steht die Weihnacht vor der Tür. Und wiederum ist höchste Friedlosigkeit das Zeichen, unter dem die Erde und ihre Bewohner stehen. Zwar neigt sich der offene Krieg, der anderthalb Jahre lang in *Korea* gewütet hat, nun doch seinem Ende zu; die schwierigste Frage, die den seit vier Monaten zusammensitzenden Unterhändlern gestellt war, diejenige des Verlaufs der Grenzlinie zwischen den beiden Fronten, ist jetzt glücklich gelöst – im wesentlichen nach den Forderungen der Amerikaner –, und wenn bis Jahresende auch über die weiteren Streitpunkte eine Einigung erzielt wird, dann steht dem Abschluß eines Waffenstillstands nichts mehr im Weg. Aber von da bis zu einem wirklichen Frieden im Fernen Osten ist es noch weit. Und fast noch weiter scheint es bis zur Schaffung eines dauerhaften Friedenszustandes in *Europa*; ja, die Entlastung in Ostasien droht eher zu einer stärkeren Konzentration der Kräfte auf die Auseinandersetzung in Europa zu führen, die nun unverkennbar in ihren entscheidenden Abschnitt eingetreten ist.

Daß es dabei wesentlich auch um die Zukunft *Deutschlands* gehen wird, ist schon durch die Geographie gegeben; der Riß zwischen Ost und West geht ja mitten durch Deutschland, und wie die Einheit Deutschlands nur durch die Aufhebung der Verfeindung der beiden Weltmachtgruppen wiederhergestellt werden kann, so würde umgekehrt eine Lösung der deutschen Frage auch die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes von Ost- und Westblock bannen. Grund genug, um an der Schwelle des neuen Jahres den prüfenden Blick vor allem auf Deutschland zu richten!

Schicken wir ein paar notgedrungen flüchtige Eindrücke voraus, die zwei je einwöchige Besuche in Südwestdeutschland – Hessen, Schwaben und Franken – dem Schreibenden während dieses Jahres vermittelt haben. Das äußere Bild ist nicht ungünstig. Die Kriegszerstörungen sind mit bewundernswertem Fleiß und Mut schon weithin wieder gutgemacht, Handel und Wandel scheinen fast normal zu funktionieren, und neues Leben blüht allüberall aus den Ruinen. Auffällig ist namentlich die verstärkte Industrialisierung weiter Landstriche – eine Folge der Verlagerung zahlreicher Betriebe und Unternehmungen aus Ostdeutschland in den Westen und der Ueberschwemmung der westlichen Länder mit Flüchtlingen aus den früheren Ostprovinzen, die heute zu Rußland, Polen und (wieder) zur Tschechoslowakei gehören. Dank dieser neuen Völkerwanderung zählt zum Beispiel ein schwäbisches Städtchen, durch das ich kam, gegen vorher 3500 Einwohner jetzt deren mehr als 5000. Ein ganzes Industriequartier ist neu erstanden, ausgedehnte Wohnsiedelungen verändern das altgewohnte Bild von Grund auf, und auf dem Friedhof

sieht man bereits eine Reihe von Gräbern mit fremdländischen Namen und Inschriften wie die: «Tief drin im Böhmerwald, da stand mein Heimatort» . . .[1]

Die Menschen sehen im ganzen recht genährt und gut gekleidet aus, und die Läden sind auch in kleineren Orten übervoll von Waren der mannigfaltigsten Art bei meist guter Qualität. Wer sie kauft, ist allerdings eine andere Frage; Westdeutschland hat heute rund anderthalb Millionen Arbeitslose, doppelt so viel wie vor dem Krieg, und an die zwei Drittel aller Erwerbstätigen verdienen nicht mehr als 250 Mark im Monat, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß das Doppel- und Mehrverdienertum in einer Familie eine sehr häufige Erscheinung ist. Die bäuerliche Bevölkerung lebt meistens gut, eine kommerzielle und industrielle Oberschicht sogar sehr gut; sie ist es, die vor allem die «besseren» Cafés, Restaurants, Hotels und Kurorte füllt. Die Wohnungsnot ist fast überall erschreckend groß; Hunderttausende leben in elenden Baracken und Kellergeschossen, und so viel auch gebaut wird, so hoffnungslos bleibt das Wohnungsangebot hinter dem Bedarf zurück. Daß der sittliche Zustand der westdeutschen Bevölkerung – und zwar die geschäftliche und politische Moral wie die private und persönliche – unter diesen Umständen denkbar fragwürdig ist, kann nicht wundernehmen. Man braucht bloß die Bücher- und Zeitschriftenkioske anzusehen mit ihrer Schund- und Sensationsliteratur, um im Bild über ein Publikum zu sein, das seine geistige Nahrung aus diesen Quellen bezieht. Auch die Prostitution soll ganz schlimm sein, gefördert insbesondere durch die alliierten Besatzungstruppen, deren Lebenshaltung und Lebensführung auch sonst viel Ärgernis erregt. «Ami, geh' heim» ist der Wunsch fast aller Westdeutschen, mit dem freilich die ganz allgemeine Angst vor dem Russen und das Verlangen nach Schutz durch die westliche Militärmacht ständig im Streit liegt. Tatsächlich wird gerade jetzt die amerikanische Besatzungsarmee wesentlich verstärkt; in Ulm zum Beispiel richtet

[1] Das Eindringen der Flüchtlingsmillionen aus dem Osten in West- und Süddeutschland trägt auch wesentlich dazu bei, die Stammesunterschiede, die durch das moderne Leben ohnehin mehr und mehr aufgehoben werden, noch weiter abzuschleifen und ein standarisiertes Einheitsdeutschtum wenig erfreulicher Art zu erzeugen. Diese Gleichmacherei wird außerdem noch durch politische Eingriffe wie die Verschmelzung Württembergs mit Baden zu einem künstlichen «Südweststaat» gefördert. Bei der jüngsten Volksabstimmung hat sich zwar eine, wenn auch nur knappe, Mehrheit von Badenern (zu der die wurzel- und traditionslosen Flüchtlinge aus dem Osten sicher nicht gehörten) gegen den Südweststaat ausgesprochen; da aber die annexionsfreudigen Württemberger zahlenmäßig weitaus überwiegen, wird nun eben wahrscheinlich doch verschmolzen. Nach schweizerischen Begriffen ist das einfach Vergewaltigung; kein Kanton dürfte es bei uns wagen, gestützt auf seine größere Stimmkraft einen weniger volksreichen andern Kanton einfach einzugemeinden; siehe die Auseinandersetzungen um die Wiedervereinigung von Baselstadt mit Baselland. Aber die Deutschen haben eben wirklich ihre eigenen Begriffe von Demokratie. Minderheitenschutz ist ihnen offenbar fremd; Hauptsache sind die «wirtschaftlichen Belange», denen alles andere, besonders auch ungreifbare Werte, ohne weiteres geopfert wird. (16. Dezember.)

man zurzeit nicht weniger als ein Dutzend neuer Kasernen für die Amerikaner her, während in der Pfalz ein riesiger Westwall als Aufnahmestellung für den Fall des Rückzugs vor einem russischen Einfall aus dem Boden wächst.

Das deutsche Problem Was steht nun aber *hinter* all diesen bunten (oder trüben) Erscheinungen des deutschen Nachkriegslebens? Worum handelt es sich, wenn wir von einem deutschen Problem reden, das gelöst werden müsse, wenn es in Europa Frieden geben solle? Ich denke, man wird mir kaum widersprechen, wenn ich sage, daß das deutsche Problem zuletzt geistiger, ja religiöser Natur ist. Es haben diejenigen kaum Unrecht, die meinen, das deutsche Volk sei in Wirklichkeit nie christianisiert worden, und es sei auch nicht durch die weltlich-gesellschaftlichen Formungskräfte diszipliniert worden, die beispielsweise das französische Volksleben so stark prägen und beherrschen. Wie es Friedrich Wilhelm Foerster immer wieder ausdrückte: Der Deutsche hat sich in seinem Bedürfnis nach Bändigung des Chaotischen, Wuchernden, ja Dämonischen in seiner Natur an die Obrigkeit, den Staat, das Militär verloren, die aber sein inneres Chaos nur organisierten, um es desto verheerender nach außen zu schleudern. Er hat dabei mit seiner «wütenden Logik» die letzten, furchtbarsten Konsequenzen aus einem Zustand gezogen, der sich schon seit Jahrhunderten in Westeuropa entwickelt hatte, insbesondere aus dem Prinzip des nationalen Machtstaates und der daraus entstehenden Machtkonkurrenz, die die civitas humana der mittelalterlichen Christenheit ersetzt hat. Und wie dieses Neudeutschtum, das von dem wahren europäischen Beruf Deutschlands, eine völkerverbindende und -versöhnende Kraft zu sein, treulos abgefallen ist, nur erlöst werden kann, wenn es den Weg vom Antichrist zu Christus findet, so wird auch Europa in seiner Auseinandersetzung mit Deutschland nur dann dauernden Erfolg haben, wenn es begreift, «daß die deutsche Frage eine europäische Frage auch in dem Sinne ist, daß Deutschland ein Chaos bleibt, solange Europa ein Chaos bleibt – ist doch Deutschland der ausgewachsenste Ausdruck dieses Chaos, dieser Entgeistigung, dieses Ich-Wahns der Einzelnen und der Kollektivitäten». (Förster, «Europa und die deutsche Frage», erschienen 1937, Seite 506 und 507.)

Diese Erkenntnisse gilt es nun zu konkretisieren, das heißt in die Sprache der Politik und Wirtschaft zu übersetzen und auf die gegenwärtige Lage Deutschlands anzuwenden. Wie stellt sich von hier aus das deutsche Problem dar? Kurz gesagt: als das Problem des *aggressiv-kriegerischen Imperialismus*. Der Imperialismus ist die Spätform des Kapitalismus ganz allgemein; er kennzeichnet die Außenpolitik der kapitalistischen Klasse jedes größeren Landes, wächst er doch aus der Notwendigkeit hervor, den mit der technischen Entwicklung immer größer werdenden Ueberschuß der Produktion über den verhältnismäßig begrenz-

ten Verbrauch der kaufschwachen heimischen Bevölkerung ins Ausland abzuschieben, gleichzeitig neue Ausbeutungs- und Gewinnmöglichkeiten für das zu Hause immer weniger rentabel «arbeitende» Kapital zu finden und sich reichliche, ständig fließende Nahrungsmittel- und Rohstoffquellen außerhalb der eigenen Grenzen zu sichern. Aber besondere geschichtliche Bedingungen wirkten zusammen, um in Deutschland einen Imperialismus von besonderer Gefährlichkeit zu entfalten: seine lang konservierte feudal-koloniale Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur, vor allem im ostelbischen Raum; seine erst spät gewonnene nationale Einheit, die seine kapitalistische Entwicklung lange verzögerte, sie aber dann nur um so stürmischer und explosiver werden ließ; das Ausbleiben einer bürgerlich-liberalen Revolution, die die Vorherrschaft des Feudaladels und der konservativen Beamtenkaste hätte brechen können; die als Folge davon entstandene Verbündung von Junkertum und industrieller Unternehmerschaft, verstärkt durch den neuen Handels- und Finanzkapitalismus, ein Bündnis, das die ganze deutsche Innenpolitik der bismarckischen und wilhelminischen Zeit bestimmte. Und dann, was besonders wichtig wurde: die Bejahung und Unterstützung des national-militaristischen Imperialismus durch die deutsche Geistigkeit, durch einen fehlgeleiteten Idealismus, durch die Bildungs- und Gelehrtenschicht und namentlich durch die protestantische – weniger die katholische – Kirche und Theologie von Luther bis zu Naumann, Harnack und Troeltsch. Die Opposition gegen das «System» ging mehr und mehr auf die sozialdemokratisch geführte Arbeiterschaft über – bis auch sie, in der moralischen Katastrophe von 1914, mit fliegenden Fahnen ins Lager des Klassengegners und damit des erobernden Imperialismus überlief. Der aufsteigende Nazismus sah sie dann wieder mehr oder weniger in Opposition, die aber nur allzu schnell und gründlich unterdrückt wurde und nicht verhindern konnte, daß Hitler all die aggressiven und expansiven Kräfte der deutschen Vergangenheit gewaltig zusammenfaßte und gegen die Außenwelt warf. Den Boden dafür hatte einerseits der durch den ersten Weltkrieg entfesselte und nach der Niederlage wiederaufgepeitschte Volksnationalismus und -militarismus bereitet, anderseits der Zerfall der kapitalistischen Weltwirtschaft und die Ausbildung mehr und mehr geschlossener Wirtschaftsimperien, denen gegenüber sich ein auf engen Raum begrenztes Deutschland in unerträglichem Nachteil fühlte und sich nur durch gewaltsame Erweiterung seiner Lebensgrundlage, besonders nach Osten und Südosten zu, behaupten zu können glaubte.

Der Zusammenstoß Deutschlands mit seiner Umwelt in einem zweiten Weltkrieg war damit ebenso unvermeidlich geworden, wie sein erster Krieg aus dem Gegensatz seines neuen, autokratisch-militaristischen Imperialismus mit dem alten, liberal-demokratisch gefärbten Imperialismus der Westmächte und dem feudal-absolutistischen Imperialismus Rußlands entsprungen war. Und eine neue Wiederholung dieses Zusammenstoßes wird nur dann zu verhindern sein, wenn die ganze wirtschaftlich-soziale

und politische Struktur Deutschlands, die seinen Imperialismus erzeugt und getragen hat, von Grund auf umgewälzt und Deutschland in ein Europa eingegliedert wird, in dem das kapitalistisch-nationalistische Chaos durch eine sozialistisch-internationalistische Ordnung ersetzt ist. Das ist die Aufgabe, vor die Deutschland die Welt und besonders Europa gestellt hat.

Die westliche Lösung Wie ist sie gelöst worden? Antwort: Sie ist bisher nicht gelöst worden. Die Westmächte haben sie nicht einmal erkannt; ihnen steht eine ganz andere europäische Aufgabe vor Augen, an deren Lösung sie alle Kraft setzen – ein falsch gesehenes Problem, dessen versuchte Lösung sie in verhängsnisdrohender Weise von der Lösung des wirklichen gesellschaftlichen Problems unserer Zeit, die auch diejenige des deutschen Problems in sich schließt, ablenkt.

Die Westmächte führen damit – wir meinen: mit dem Machtkampf gegen den Kommunismus – freilich nur die Linie weiter, auf der sich ihre Politik schon nach dem ersten Weltkrieg, ja bereits im Schlußabschnitt dieses Krieges, bewegt hatte. Als die russische Revolution ausbrach und auch in Deutschland die soziale Revolution (nicht nur ein politischer Regimewechsel) sich ankündigte, da verbündeten sich England und Frankreich offen mit dem deutschen Imperialismus und Militarismus, um die angehobene russische und die «drohende» deutsche Revolution gewaltsam zu ersticken. Man muß K. Zilliacus («Mirror of the Present», p. 117) zustimmen, wenn er schreibt:

> «Es ist schwer, dem Schluß auszuweichen, daß, wenn sie (die Westalliierten) *mit* der Russischen Revolution gearbeitet hätten, statt *gegen* sie, der Krieg sechs Monate bis ein Jahr früher zu Ende gewesen wäre und das deutsche Volk bei der Ausrottung der alten Ordnung bis zur Wurzel ganze Arbeit geleistet hätte. Das italienische Volk hätte sein Beispiel befolgt. Europa wäre tatsächlich sozialistisch geworden, es hätte nie einen Hitler oder Mussolini, keine faschistischen und reaktionären Diktaturen im größten Teil von Mittel- und Osteuropa gegeben, und es wäre nie zu einem zweiten Weltkrieg gekommen.»

Die Westmächte, eingeschlossen Amerika (nach Wilsons Tod), führten diesen gegenrevolutionären Kurs in der ganzen Zeit zwischen den beiden Weltkriegen konsequent weiter. Sie bauten das kapitalistische Deutschland großzügig wieder auf, ließen Hitler groß werden und suchten ihn gegen ihren *eigentlichen* Feind, die Sowjetunion und die von ihr getragene soziale Revolution, auszuspielen, bis sich Hitler gegen sie selber kehrte und sie notgedrungen sogar mit Stalin zusammenarbeiteten. Der nazistische Imperialismus wurde dank dieser Zusammenarbeit auf den Schlachtfeldern geschlagen – aber seine gesellschaftlichen Wurzeln, insbesondere die kapitalistisch-bürgerlichen Ordnungen, wurden nicht ausgerissen. Schüchterne Ansätze der britischen Politik zu einer Sozialisierung der westdeutschen Großindustrie wurden von den Vereinigten

Staaten rücksichtslos zunichte gemacht, entschlossen wie diese waren, Westdeutschland zum Mittelpunkt eines wiederaufzubauenden europäischen Kapitalismus zu machen. Die Wiederherstellung eines bürgerlich-konservativen deutschen Weststaates, mit wohlwollender Duldung des erneuten Eindringens starker nazistischer Elemente in das politische Leben, die Wiederbelebung des Nationalismus und besonders die militärische Wiederaufrüstung Westdeutschlands waren die notwendige Folge.

Kurz, Westdeutschland wurde ungefähr mit der gleichen Struktur, die es vor Hitler hatte, zum Bundesgenossen der «freien Völker» erhoben, als Hauptbollwerk und Rammbock gegen die von Osten her drohende soziale Umwälzung, die ja bereits ganz Ostdeutschland erfaßt hatte. Der deutsche Neumilitarismus und -imperialismus ruht auf dem (mehr oder weniger) festen Untergrund vor allem des amerikanischen Willens, in erster Linie und um jeden Preis die Herrschaft des «freien Unternehmertums» in Deutschland selbst und in Europa wiederherzustellen und zu sichern, die soziale Revolution aber mit allen Mitteln von diesem weltwichtigen Kerngebiet fernzuhalten oder, wo sie bereits ins Werk gesetzt war, sie wieder zu zerschlagen. Und wenn Amerikas europäische Verbündete der Führung der Vereinigten Staaten auch nur zögernd gefolgt sind, so sind sie, aus Furcht vor dem Kommunismus und im Begehren nach amerikanischer Wirtschaftshilfe, ihr doch gefolgt. Bezeichnend für diese Wandlung der Einstellung gegenüber Deutschland ist die mehr als warme Aufnahme, die gerade während wir schreiben, der westdeutsche Bundeskanzler Adenauer bei seinem ersten amtlichen Besuch in London findet. «Es soll bei diesem Besuch», so läßt sich die «Neue Zürcher Zeitung» unter dem 3. Dezember aus der britischen Hauptstadt berichten, «der Freundschaftswille nicht nur der Regierungskreise, sondern der ganzen Nation für das neue (!), von Adenauer vertretene Deutschland zum Ausdruck kommen» ...

Um die Wiederaufrüstung Verweilen wir aber noch einen Augenblick bei dem Herzstück der westmächtlichen Deutschlandpolitik, bei der militärischen Wiederaufrüstung der Bonner Republik. «Die Alliierten», so sagte Herr Adenauer schon zu Ende 1949, «müssen sich fragen, was schlimmer ist: ein deutsches Kontingent in einer europäischen Armee oder die russische Drohung.» Da für sie die russische Drohung mit einer gewaltsamen Bolschewisierung Westeuropas eine Tatsache ist, an der es nichts zu deuteln gibt, so fiel ihnen die Wahl grundsätzlich nicht schwer. Schwierigkeiten bereitet hingegen immer noch die Art und Weise, wie der «deutsche Beitrag zur Verteidigung des Westens» praktisch geleistet werden soll. Es galt und gilt dabei vor allem, gewisse französische Empfindlichkeiten zu schonen, sei es auch nur der Form nach. Noch vor etwas mehr als einem Jahr erklärte der damalige französische Wehrminister Jules Moch – der auch

Jude und Sozialist ist –, die deutschen Einheiten in einer künftigen westeuropäischen Armee dürften auf keinen Fall Bataillonsstärke überschreiten. Schon bald waren es aber nur mehr etwas ungenau umschriebene größere «Kampfgruppen» («combat teams»), über die man in den französischen Regierungskreisen bei der Festsetzung der deutschen Heereseinheiten nicht hinausgehen zu können behauptete. Und jetzt hat sich auch Frankreich damit abgefunden, daß die normale deutsche Einheit die Division sein müsse, wenn überhaupt eine kriegsverwendungsfähige Europaarmee zustande kommen solle. Gleichzeitig klammert man sich in Frankreich, als an einen Rettungsanker, der vor dem Ertrinken in einer neuen deutschen Militärflut schützen könne, an den berühmten Pleven-Plan, also an die Idee einer Europaarmee, die nicht aus mehr oder weniger selbständigen nationalen Armeen der beteiligten Staaten, sondern aus restlos mit einander verschmolzenen Einheiten gleichartig uniformierter, bewaffneter und ausgebildeter Soldaten der verschiedenen Länder unter gemeinsamem Kommando zusammengesetzt sein soll. Allein die Widerstände gegen eine derartige Preisgabe der nationalen Souveränität gerade auf dem als lebenswichtig erachteten militärischen Gebiet sind in Frankreich selbst wie in den anderen westeuropäischen Ländern so stark, daß der Pleven-Plan schon heute als erledigt gelten kann, so sehr auch vor allem die Amerikaner, mit General Eisenhower an der Spitze, für ihn eingenommen sind, entsprechend ihrem ganzen Drängen auf eine Vereinheitlichung des europäischen Vielstaatenbetriebs überhaupt.

Die andere Schwierigkeit für die Verwirklichung der westdeutschen Wiederaufrüstung geht von den Deutschen selbst aus, die es nicht ohne volle politische und moralische Gleichberechtigung mit den anderen Mitgliedern des Atlantikbundes tun zu wollen erklären. Die alliierten Bedenken gegen diese Forderung sind noch keineswegs ganz überwunden; doch sind die Westmächte der Deutschen Bundesrepublik bereits so weit entgegengekommen, daß eine Einigung – bei etwelcher Diplomatie Adenauers und seiner Leute – nicht mehr fern sein dürfte. Frankreich ist jedenfalls für seine Staatsfinanzen und seine Volkswirtschaft, für seinen Krieg in Indochina und seine Kolonialmachtstellung in Afrika so unbedingt auf die Vereinigten Staaten angewiesen, daß es wie in allem übrigen, so auch in diesem Punkt nachzugeben gezwungen sein wird. In England sind die Hemmungen ohnehin nie groß gewesen. Und auch die allergetreueste Opposition der derzeitigen Bonner Regierung, die deutsche Sozialdemokratie samt den ihr nahestehenden Gewerkschaften, wird wohl zuletzt mit sich reden lassen und die lauten Töne dämpfen, in denen sie, den bürgerlichen Nationalismus überbietend, die völlige Auslöschung aller Spuren einer Zurücksetzung der Deutschen im gemeinsamen Freiheitskampf gegen den Osten fordert. So verliert der einst (scheinbar) übermächtige Widerstand der Westdeutschen gegen eine militärische Wiederaufrüstung mehr und mehr an Kraft, und ein Mitarbeiter der

Neuyorker «Nation», Mark Gayn, durfte schon im vergangenen Sommer (25. August) schreiben: «Während noch im letzten Herbst (also 1950) die Schaffung einer deutschen Armee wohl einen Aufruhr hervorgerufen hätte, würde sie heute angenommen werden – widerwillig, aber eben doch. Der Weg ist somit für die Alliierten frei, um eine Entscheidung zu erwirken.»

Gefallen ist die Entscheidung zwar noch nicht. Wenn aber der Neuyorker «Aufbau» von seinem aus Bonn schreibenden Korrespondenten R. von Wechmar gut unterrichtet ist, soll Westdeutschland aufgefordert werden, zunächst einen Beitrag von zwölf Divisionen an die Europaarmee zu leisten. Die Divisionen sollen je etwa 15 000 Mann stark sein, mit Einschluß aller rückwärtigen Dienste, Korps- und Armeeverbände aber eine Kriegsstärke von 30 000 Mann erreichen, was einer deutschen Armee des ersten Aufgebots von 360 000 Mann gleichkäme. («Aufbau», 2. November.) Und auch wenn man, den bisherigen Informationen gemäß, annimmt, daß alljährlich «nur» 250 000 westdeutsche Soldaten ausgehoben werden sollen, so würde die Bonner Republik nach vier Jahren bereits eine schlagfertige Armee von einer Million Mann besitzen.

Die Folgen Es ist klar, daß eine solche neudeutsche Wehrmacht ein entscheidendes Gewicht in allen europäischen Angelegenheiten haben müßte, zumal die Luftwaffe, wie sie in den deutsch-alliierten Plänen vorgesehen ist, weitaus mächtiger wäre als diejenige, mit der die Deutschen Anno 1939 Europa zu erobern unternahmen. Daran könnte auch die Ausführung des Pleven-Plans, so unwahrscheinlich sie ist, nur wenig ändern; bei der militärischen Schwäche Frankreichs, die mindestens auf absehbare Zeit nicht zu beheben sein wird, und dem Fernbleiben Englands von militärischen Verpflichtungen auf dem Festland müßte selbst eine «übernationale» Europaarmee tatsächlich ganz überwiegend eine *deutsche* Armee werden, die – militärisch gesprochen – das Schicksal Europas in Händen hätte. «Gleichberechtigung» Deutschlands auf dem militärischen Plan hieße in Wahrheit erdrückendes Übergewicht eines neuen deutschen Imperialismus und Militarismus – mit allen Folgen, die sich daraus ergeben müßten. Es hieße Verbauung aller Wege, die vielleicht einmal zu einer wirklichen, sozial und wirtschaftlich untermauerten deutschen Demokratie führen könnten. Es hieße den Westdeutschen das Werkzeug in die Hand geben, mit dem sie die deutsche Einheit nach bekanntem Muster wieder einmal «mit Blut und Eisen» zu schaffen versuchen würden. Und es hieße darüber hinaus die Deutschen zur Wiedereroberung ihrer verlorenen Ostprovinzen geradezu drängen. Beides, die gewaltsame Einigung Deutschlands und der deutsche Revanchekrieg gegen den Ostblock, mag im Sinn einer gewissen amerikanischen Machtpolitik sein; für Westeuropa wäre es die endgültige Katastrophe. Ernst wie noch kaum je zuvor warnt darum der «New Statesman» (den die Russen als an die amerikanischen Kriegsmacher ver-

kauft verlästern) im Anschluß an Außenminister Edens Erklärung, daß keine Rede davon sein könne, von der Eingliederung Westdeutschlands in das alliierte Militärsystem abzulassen:

«Die Kluft, die Ost und West scheidet, verläuft mitten durch Deutschland. Früher oder später muß diese Kluft überbrückt und Deutschland geeinigt werden. Amerika hat entschieden (und Großbritannien und Frankreich haben diesem Entscheid zugestimmt), daß dies nicht durch Verhandlung und Vereinbarung mit den Russen erreicht werden solle, sondern durch das Gewicht einer überlegenen Gewalt. Die einzige Art von deutscher Einheit, die sie jetzt noch dulden werden, ist die Ausdehnung des Machtbereiches der Bonner Bundesregierung auch auf die Ostzone. Die Russen und Kommunisten sollen durch den kombinierten diplomatischen und militärischen Druck des Westens hinausgeworfen werden.

... Innert der nächsten zwei Jahre sollen die Dinge, wie die Amerikaner ganz bewußt planen, einer Entscheidung entgegengeführt werden. Ob zu diesem Zweck eine förmliche Ultimatumspolitik angewendet werden soll oder nicht, ist unwesentlich. Es wird auf jeden Fall der Augenblick kommen, wo es den Russen klar sein wird, daß sie entweder kapitulieren oder aber zurückschlagen müssen. Eden betet zweifellos dafür, daß der Kreml, wenn er immer mehr in die Zange genommen werde, zum Nachgeben gezwungen werden könne. Aber er muß sich darüber klar sein, daß dafür nur ganz schwache Hoffnung besteht. Die Politik, auf die er, wie er fürchtet, festgelegt ist, ist derart, daß sie nach aller vernünftigen Berechnung zum Krieg führt.» (24. November 1951.)

Der Bankerott der alliierten Kriegszielpolitik, wie sie während des mörderischen Ringens mit Hitler verkündet wurde, könnte nicht drastischer festgestellt werden als mit dieser Kennzeichnung der heutigen Lage. Anstatt dem deutschen Militarismus und Imperialismus ein für allemal ein Ende zu machen, tun die Westmächte seit Kriegsschluß alles, um ihn erst recht neu zu beleben. Weit davon entfernt, dem deutschen Ausdehnungsdrang ein Ziel zu setzen, ermutigen sie ihn auf jede Weise, den zweimal gescheiterten Eroberungszug nach dem Osten ein drittes Mal zu unternehmen. Was Wunder, wenn die Deutschen mehr denn je überzeugt sind, daß Hitler und Goebbels eben doch recht hatten, und keinerlei Lust zeigen, ihre Vergangenheit zu bereuen, vielmehr die Westalliierten anklagen, ihren natürlichen und besten Verbündeten im Kampf gegen den Weltkommunismus fast zugrunde gerichtet zu haben!

Der alte Geist Nun, die Westmächte bemühen sich ja jetzt, diesen unbegreiflichen Fehler nach Kräften wieder gutzumachen. Deutschland soll – das ist vorab das Ziel der Vereinigten Staaten – auch wirtschaftlich und innenpolitisch eine feste Stütze des «freien Unternehmertums» werden. Schien sein alter Kapitalismus durch die nationalsozialistische Herrschaft nahezu vernichtet und sein konservatives Bürgertum sozusagen körperlich ausgerottet, drohte bei Kriegsende einen Augenblick lang ein wirklich neues Deutschland zu erstehen und die Notwendigkeit eines echten Sozialismus sich dem Volksbewußtsein aufzudrängen, so sorgte das weitsichtige Eingreifen Amerikas – und des Vatikans! – schnell dafür, daß die Gefahr gründlich gebannt wurde.

Nicht nur wurde durch eine großzügige amerikanische Stützungsaktion die am Boden liegende westdeutsche Wirtschaft wieder aufgerichtet und vor dem Versinken ins Chaos gerettet – auch die kapitalistische Eigentumsordnung wurde Zug um Zug wieder aufgerichtet und dem kapitalistischen Geist freie Bahn geschaffen. Der Neuaufbau der rheinisch-westfälischen Großindustrie mit amerikanischer Kapitalhilfe und unter den alten deutschen Wirtschaftsführern sowie die Durchsetzung einer liberalistischen Wirtschaftspolitik, zu der namentlich auch die Währungsreform von 1948 gehörte, waren die Hauptetappen dieses Weges. Eine Beschränkung der westdeutschen Industrieproduktion um die andere fiel, und heute bereitet nur noch die Furcht vor einer verheerenden deutschen Konkurrenz auf den britischen und amerikanischen Märkten den Westmächten etwelche Hemmungen in ihrem Streben, auch die wirtschaftliche Kriegskraft Westdeutschlands auf ein Höchstmaß zu steigern. Nicht zuletzt soll die Zusammenlegung der westdeutschen mit der französischen, belgischen und luxemburgischen Kohlen- und Stahlindustrie gemäß dem Schuman-Plan diesem Ziel dienen.

Die rheinisch-westfälischen Industrie- und Finanzkapitäne, die schon die beiden bisherigen Kriege Deutschlands möglich gemacht haben, fühlen jedenfalls wieder festen Boden unter den Füßen; die Ruhr erlebt neuerdings eine wirtschaftliche Hochkonjunktur wie kein anderes großes Industriekombinat in Westeuropa – und dabei hat die eigentliche Rüstungskonjunktur noch gar nicht begonnen. Die bloße *Aussicht* auf neue, große Lieferungen für den Heeresbedarf ist freilich schon jetzt ein Hauptantrieb für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands. Ein Wirtschaftsfachmann sagte mir, er empfehle jedem, der Spekulationsgewinne machen wolle, den Ankauf von Aktien der Knorrfabriken und der Bayrischen Motorenwerke! Der Produktionsindex der Ruhrindustrie ist denn auch, trotz allen bisherigen Hindernissen, in raschem Steigen begriffen; noch vor zwei Jahren stand er, die Leistung von 1936 mit 100 angenommen, auf 88, stieg dann auf 109 im letzten Jahr und ist bis heute schon stark über 130 hinausgekommen. Die Gewinne sind womöglich noch sprunghafter in die Höhe geschnellt. Zwischen 1947 und 1950 betrugen sie beispielsweise bei den größeren Stahlwerken, die von den Alliierten beaufsichtigt werden, nach Abzug der Steuern rund 260 Millionen Schweizer Franken; etwa 300 Millionen Franken sind gleichzeitig für Abschreibungen verwendet worden. In den nichtkontrollierten Industrien, besonders in den Verbrauchsgüterbranchen, sollen die Gewinne noch weit höher sein. Der Westdeutsche Gewerkschaftsbund schätzt, daß die Bruttogewinne in der Industrie seit 1936 um 330 Prozent gestiegen sind, während die Löhne nur 130 Prozent höher seien als damals. Die Klassengegensätze – die Reichen werden reicher, die Armen ärmer – verschärfen sich unter diesen Umständen zusehends; nicht das am wenigsten auffallende Kennzeichen dieser Lage sind die maßlosen Angriffe des Bonner Justizministers Dehler auf die Gewerkschaften einerseits und die neue

Kampfansage des Gewerkschaftsbundes an die Regierung Adenauer-Erhard anderseits, gefolgt von der Zurückziehung der Gewerkschaftsvertreter aus den paritätisch zusammengesetzten Ausschüssen der Bundesverwaltung.

Die westdeutsche Regierung ist in der Tat wirtschafts- und sozialpolitisch so rückschrittlich und – im kapitalistischen Sinn – klassengebunden, wie das überhaupt möglich ist. Sie steht damit noch weiter rechts als sogar Brünings Bürgerblockkabinett von 1930. Unter ihr arbeitet ein nicht minder engherziges, jeder Aufgeschlossenheit für die Zeitnotwendigkeiten ermangelndes Beamtentum, das schon wieder aufs stärkste von früheren Nazi und Nazifreunden durchsetzt ist. Die parlamentarische Mehrheit, die die Bundesregierung trägt, ist eine Koalition von Kleinbürgertum und Großkapital in verschiedenartiger Parteiausprägung, wie sie schon in der Weimarer Republik bestand und ihr Grab schaufelte. Die Linke – Sozialdemokraten und Kommunisten – ist als Ganzes schwächer denn je seit 1919 (von der Hitlerperiode natürlich abgesehen); mit etwa 30 Prozent der Gesamtstimmenzahl ist die Sozialdemokratie freilich stärker, die Kommunistische Partei mit kaum fünf Prozent hingegen bedeutend schwächer als 1920. Von der Bedeutung, die sie zu Beginn der dreißiger Jahre besaß – sie vereinigte damals 15 bis 18 Prozent aller Wählerstimmen auf sich – ist die Kommunistische Partei jedenfalls weit entfernt; Niederlage und Nachkriegsnot kamen nicht *ihr* zugut, sondern mehr und mehr den außerhalb der Regierungskoalition stehenden Parteien der Rechten.

In mannigfachen Tönungen ersteht so aufs neue ein radikaler Nationalismus und Faschismus, gestützt nicht zuletzt durch die Kriegsteilnehmerorganisationen, die in dem «Verband Deutscher Soldaten» eine eigentlich militaristische Dachföderation erhalten haben und im Kampf gegen Demokratie und Sozialismus und für eine neue Aufrüstung eine ebenso verhängnisvolle Rolle spielen könnten, wie sie die entsprechenden Bünde und Vereinigungen bei der Vorbereitung des Hitlerregimes gespielt haben. Immerhin ist nicht zu erwarten, daß in Westdeutschland in absehbarer Zeit ein wirklicher Neu-Nazismus zur Herrschaft komme; die wirkliche Gefahr, die von der radikal-nationalistischen Bewegung ausgeht, liegt vielmehr darin, daß einerseits die «gemäßigten» Nationalisten vom Schlag Adenauer sie gegen die Besetzungsmächte auszuspielen vermögen, um ihre «Gleichberechtigungs»-Forderungen durchzudrücken, anderseit aber unter ihrem Druck das ohnehin gebrechliche Gefüge der westdeutschen «Demokratie» vollends zusammensinkt. Wie wenig in dieser «Demokratie» das Volk tatsächlich zu sagen hat, ersieht man schon daraus, daß die Bonner Regierung die militärische Wiederaufrüstung ganz auf eigene Faust ins Werk gesetzt hat und sie – nicht durch eine besondere Abstimmung, sondern nur bei Gelegenheit von Bundestagswahlen – dem Volksurteil erst dann unterstellen will, wenn sie einigermaßen sicher sein kann, daß dank einer mehrjährigen Bearbeitung durch

Presse, Radio, patriotische Tagungen usw. der brave Deutsche mehr oder weniger überzeugt Ja sagt.[2]

Auf jeden Fall: mit oder ohne Formaldemokratie à la Weimar oder Bonn ist die Geistesverfassung der Mehrheit der Deutschen immer noch derart, daß von einer wirklichen Selbstregierung des Volkes im Ernst nicht gesprochen werden kann. Hitlers offene Diktatur war darum nur der folgerechte Ausdruck und die brutale Sanktionierung dieses Zustandes. «Eine solche Diktatur», schreibt Max Picard in seinem Buch «Hitler in uns selbst», «konnte wirklich mit Recht sagen, daß sie sich auf das ganze Volk stütze, sie entsprach einfach ganz und gar dem Wesen des ganzen Volkes. Sie saß wirklich fest im Volke. Sie brauchte keine theoretische Begründung, sie hatte auch keine, sie war im ‚Leben des Volkes' selbst begründet.» «Aber auch nachdem die Diktatur beseitigt ist», so fährt Picard fort, «ist der Zustand, der sie hervorrief, noch nicht beseitigt: die Struktur des Volkes, der die Diktatur entsprach, ist noch die gleiche. Eine Entsprechung im Äußeren für die allgemeine innere Diskontinuität (das heißt das Dahinleben ohne Zusammenhang mit dem Ganzen des Lebens, mit den Menschen, mit dem tiefsten eigenen Wesen. H. K.), eine sichtbare Entsprechung im Äußeren wird immer erstrebt werden, sei es im politischen, sei es auf einem anderen Gebiet, solange diese Diskontinuität vorhanden ist. Das ist eine Gefahr.»

Die östliche Lösung Wie steht es nun aber mit all diesen Dingen in Ostdeutschland? Ist Aussicht vorhanden, daß von hier aus das deutsche Problem eine sachgemäße Lösung erfährt? Ich bin nie in der Deutschen Demokratischen Republik gewesen. (Unsere Presse und unser Radio sprechen mit leicht erkennbarer Absicht immer nur von «Ostzone», «Sowjetzone», «Sowjetzonenregierung» und dergleichen.) Auch stehen über die dortigen Verhältnisse weitaus weniger und auch weniger zuverläßige Berichte zur Verfügung, sodaß man weithin auf Erzählungen aller Art und auf ausgesprochene Propagandaliteratur der einen oder andern Seite angewiesen ist. So viel kann aber auch der Fernstehende mit Sicherheit sagen: Im Gegensatz zu den Westalliierten haben die Russen das deutsche Problem, soweit es politisch-gesellschaftlicher Natur ist, wenigstens erkannt. Und sie suchen es, im Bunde mit den ostdeutschen Kommunisten wie auch einem Bruchteil der nichtkommunistischen Bevölkerung, ernstlich zu lösen. Sie wissen, daß es jetzt entscheidend darauf ankommt, das wirtschaftliche und soziale Gefüge

[2] Zum Thema Presse: In seinem vorletzten Vierteljahresbericht erwähnt der amerikanische Hochkommissar McCloy, es würden jetzt Pläne ausgearbeitet, um der demokratischen Presse in Westdeutschland und Westberlin eine Finanzhilfe von 15 Millionen Mark zukommen zu lassen. Einige der «am meisten erwünschten» Zeitungen hätten die notwendige finanzielle Stärke immer noch nicht erreicht. Es sei aber zu hoffen, daß die westdeutsche Presse mehr und mehr zu einem kräftigen Werkzeug für die Schaffung einer wahren Demokratie werde. Zynismus oder Naivität?

Deutschlands von Grund auf umzuwälzen. Und sie *haben* eine solche Umwälzung auf wichtigen Gebieten bereits durchgeführt. Der ganze Großgrundbesitz in der D.D.R. ist aufgeteilt und damit dem Junkertum buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen. Eine Macht – insbesondere auch eine geistige Macht – ist damit ausgeschaltet worden, die in der deutschen und europäischen Geschichte eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Die Industrie ist in verschiedenartiger Weise sozialisiert worden. Wirtschaftsplanung zum gemeinen Nutzen hat weithin das Gewinnstreben als leitendes Prinzip der Gütererzeugung und -verteilung ersetzt. Die Arbeiterorganisationen üben einen maßgebenden Einfluß auf Wirtschaft und Verwaltung aus. Die Sozialfürsorge ist wesentlich ausgebaut worden. Das Schulwesen ist demokratisiert worden, so daß jetzt auch Arbeiter- und Bauernkinder in viel stärkerem Maß als früher Zutritt zu allen Ausbildungsmöglichkeiten haben. Auch in der Verwaltung und in der Rechtspflege sind Reformen verwirklicht worden, die sich auf die Länge als wohltätig erweisen werden. Der Einfluß des Nazitums ist, wenn noch nicht ganz beseitigt, doch bedeutend stärker zurückgedämmt worden als im Westen.

Bei all dem sind gewiß auch schwere Fehler gemacht worden, die den Wert der neuen Einrichtungen erheblich beeinträchtigen. Auch erreicht die Lebenshaltung der Volksmehrheit offenkundig nicht den Stand, der in Westdeutschland immerhin erreicht ist, wobei man freilich nicht vergessen darf, daß Ostdeutschland nicht nur keine massive Geld- und Wirtschaftshilfe aus der Sowjetunion erhält, wie sie die Bonner Republik von Amerika bekommt, sondern umgekehrt unter dem Titel der Wiedergutmachung von Kriegsschäden (und sie sind ja in Rußland entsetzlich gewesen) größte Wirtschaftsleistungen an die Sowjetunion machen mußte und muß. Namentlich aber ist die Revolutionierung Oestdeutschlands mit Mitteln vollzogen worden, die uns zutiefst abstoßen und auf die Länge dem gewollten Zweck selbst abträglich sein müssen. Das Zwangs- und Diktatursystem, das auf dem Volke lastet, wird auch von den gehorsamsgewohnten Ostdeutschen nur mit äußerstem Widerwillen ertragen. Die geistige Dressur und Reglementierung besonders der Jugend richtet ärgste Verheerungen an. Die staatliche Zwangslenkung der öffentlichen Meinung und die Zensur, die in voller Blüte steht, ist nicht viel besser als die planmäßige Amerikanisierung des Volksdenkens in Westdeutschland.[3] Und so fort.

Trotz allem steht es für mich fest, daß die Sowjetunion in dem von ihr beherrschten Teil Deutschlands Änderungen bewirkt hat, die dem aggressiven Imperialismus an die Wurzel gehen und einer völligen Neugestaltung der gesellschaftlichen Ordnungen, einer Neugestaltung zum Guten, den Weg zu ebnen geeignet sind. Wenn sich der Westen darüber und

[3] Ich suche seit langem immer wieder, die «Neuen Wege» an Privatadressen in Ostdeutschland zu schicken – vergebens! Nicht einmal die Briefe kommen an, die ich jeweilen den Sendungen beilege.

über die dabei angewandten Methoden entrüstet, so möge er die gleichen Ziele mit besseren Mitteln erstreben! Solange er das nicht tut, wird er auch den Kommunismus vor seiner Tür nicht loswerden.

Oder doch? Die Sowjetunion hat ja durch den Mund Grotewohls, des Ministerpräsidenten der D.D.R., freie Wahlen für ein gesamtdeutsches Parlament vorschlagen lassen, unter Aufhebung aller Beschränkungen des Personenverkehrs zwischen der Ost- und der Westzone. Und das hieße natürlich das Verschwinden des kommunistischen Regimes in Ostdeutschland, also die Angleichung der ostdeutschen Staats- und Wirtschaftsverfassung an diejenige der Bonner Republik. Aber als Gegenleistung für diesen Verzicht erwartet die Sowjetunion dann den Verzicht der Westmächte und Westdeutschlands auf Eingliederung der Deutchen Bundesrepublik in das atlantische Staaten- und Militärsystem. Ihr Gedankengang dürfte etwa der sein: Das deutsche Problem kann in absehbarer Zeit ja doch nicht durch eine wirtschaftliche und soziale Revolution gelöst werden, welche die Wurzeln des deutschen Imperialismus ausrotten würde. Also stellen wir Deutschland wenigstens auf eigene Füße und lockern seine Verbindung mit den Westmächten, die sowohl politisch wie auch wirtschaftlich die neue deutsche Konkurrenz zu fürchten allen Grund haben. Westdeutschland ist für sich allein wirtschaftlich ohnehin nicht lebensfähig, es sei denn als Dauerpensionär Amerikas; verbinden wir es darum wieder mit Ostdeutschland und fördern wir Gesamtdeutschlands Wirtschaftsbeziehungen mit Ost- und Südosteuropa, das für seine Industrie ein gewaltiges, unabsehbar zukunftsreiches Hinterland darstellt. – Die Sowjetunion läßt sich also, wenn diese Deutung ihres Angebotes richtig ist, von einer ähnlichen Erwägung leiten, wie sie für Moskau beim Abschluß des Stalin-Hitler-Paktes im Jahr 1939 wegleitend war: Die Einheitsfront der kapitalistisch-imperialistischen Mächte muß um jeden Preis gebrochen werden, auch um denjenigen eines vorläufigen Gewährenlassens des *deutschen* Imperialismus; andernfalls ist die Sowjetunion von vornherein verloren.

Es handelt sich hier nicht darum, über Recht und Unrecht dieses Raisonnements zu urteilen; wir wollten nur eine *Erklärung* für die neue russisch-ostdeutsche Taktik im Kampf um Deutschland versuchen.[4] Ob diese Taktik irgendwie Erfolg haben wird, erscheint mehr als zweifelhaft. Westdeutschland und die Alliierten wären natürlich sofort mit Wahlen für eine gesamtdeutsche Volksvertretung und einer darauf folgenden Liquidierung der Deutschen Demokratischen Republik einverstanden; zurzeit befaßt sich ja auch die UNO-Generalversammlung in Paris mit der Angelegenheit. Allein sie weigern sich, ihrerseits einen Preis für eine solche Einigung Deutschlands zu bezahlen; sie wollen ein «demokratisches» Gesamtdeutschland *und* dessen Anschluß an die Westmächte, den

[4] Paul Sweezy hat schon im Juniheft 1949 der «Monthly Review» eine ähnliche Wendung der russischen Deutschlandpolitik für möglich gehalten, wie sie jetzt offenbar eingetreten ist.

Fünfer *und* das Weggli. Und das will nun eben wiederum die Sowjetunion nicht – übrigens auch Frankreich nicht, das lieber den Atlantikbund in Stücke gehen sähe, als daß es sich mit einem remilitarisierten Alldeutschland zusammenspannen ließe. Also Fortsetzung des Kalten Krieges, gewaltsame Einigung Deutschlands, Zurückgewinnung der früheren deutschen Ostgebiete mit neuer Teilung Polens – und als Gegenaktion Rußlands: noch engere Verbindung Ostdeutschlands mit dem Sowjetblock, vielleicht sogar Präventivkrieg zur Zerschlagung der westdeutsch-alliierten Pläne, solange es noch Zeit sei?

Ohne uns! In den Vereinigten Staaten scheint man vor solchen Aussichten keine Angst zu haben – im Gegenteil. Die schon in unserer letzten Weltrundschau erwähnte Kriegsnummer von «Collier's Magazine» scheint es erneut zu beweisen. Was einen bei der Durchsicht dieses Heftes mit seinen zum Teil phantastischen Artikeln und grell-aufreizenden Bildern vor allem erschreckt, ist die unglaubliche Leichtfertigkeit, mit der die Mitarbeiter die Folgen eines dritten Weltkrieges für Europa ins Auge fassen. Einer faselt sogar von einem «goldenen Zeitalter», das für die Menschheit anbrechen werde, wenn die Westmächte den großen Kampf gegen den Weltkommunismus siegreich durchgestanden hätten; die andern ergehen sich in einer gänzlich wirklichkeitsfernen Ausmalung der Freiheits- und Kulturwonnen, deren das russische Volk nach dem gewaltsamen Sturz der bolschewistischen Tyrannei teilhaftig werden müsse – als ob nach einem dritten Weltkrieg in Europa überhaupt noch etwas von Freiheit und Kultur übrig bliebe!

Glücklicherweise regt sich auch in Amerika der Widerspruch gegen solch unverantwortliche Phantastik. In «The Nation» (10. November) macht Professor Philip E. Mosely darauf aufmerksam, daß gerade die Selbstenthüllung einer Denkweise, wie sie in «Collier's» zum Ausdruck komme, den *Widerstand der europäischen Völker* gegen die amerikanischen Absichten mehr und mehr entfachen müsse: «Der leidenschaftliche Lebenswille Westeuropas kann die Kraft werden, die alle unsere Berechnungen über den Haufen wirft . . . Dieses ‚Collier's'-Heft sollte gewaltig seine Entschlossenheit verstärken, einen Weg zur Vermeidung des Krieges zu finden, den, wie man sieht, amerikanische Unreife in der Weltpolitik herbeizuführen droht . . . Die verwundbaren Europäer werden auf diesen Seiten überzeugendes Beweismaterial dafür finden, daß sie, wenn sie schon den Zusammenprall nicht abwenden können, Zuflucht in der Neutralität suchen müssen.»

Die Losung «*Ohne uns*» drängt sich ja allmählich uns Westeuropäern wirklich mit Urgewalt auf. Wie sehr sie vor allem dem Denken und Fühlen der *Franzosen* entspricht, wurde hier schon manchesmal dargetan. Die wachsende, von Amerika begünstigte national-militaristische Strömung in Westdeutschland – Bundeskanzler Adenauer sprach bei seinem Pariser Besuch offen von der Notwendigkeit einer, wenn auch an-

geblich friedlichen, Erweiterung der deutschen Ostgrenzen mit gleichzeitiger Schaffung eines «freien, demokratischen Polens» – und das Drängen der Amerikaner auf eine energische Beschleunigung der französischen Aufrüstung erzeugt weitherum in Frankreich einen eigentlichen Widerwillen gegen die politischen Ziele und Methoden der Vereinigten Staaten. «Der Umstand, daß die Amerikaner uns Waffen geben», so rief General de Gaulle an der letzten Tagung seiner «Sammlungsbewegung» in Nancy aus, «ist noch kein Grund, daß wir ihre Untertanen sein sollten. Statt uns von ihnen mehr und mehr in die Tasche stecken zu lassen, müssen wir als souveräne Nation den Atlantikpakt auf eine vertragsmäßige Grundlage stellen, wobei jedermanns Pflichten klar zu umschreiben sind.»

Und wenn auch de Gaulle selbst einer deutschen Aufrüstung grundsätzlich ebenso zustimmt, wie er sich einem Arm-in-Arm mit den Deutschen zu führenden Kreuzzug gegen den Weltkommunismus anzuschließen bereit ist, so setzt sich doch im französischen Volk immer deutlicher die Einsicht durch, daß es nicht Westeuropas Sache sein kann, als Schauplatz eines amerikanisch-russischen Krieges um die Weltmacht zu dienen. Diese Einsicht hat auch in *Westdeutschland* ihre überzeugten, tapferen Bekenner. Mag hier Gleichgültigkeit, Untertanengeist und Russenpanik den Widerstand der Volks*mehrheit* gegen die Wiederaufrüstung weithin zermürbt haben – eine Minderheit führt den Kampf dennoch unermüdlich weiter. Was Dekan G. Weber in Stuttgart-Cannstatt (nach dem «Christlichen Friedensdienst», April-Juni 1951) in einer Ansprache festgestellt hat, das ist auch vielen anderen deutschen Männern und Frauen Gewißheit: «Das in zwei Weltkriegen ausgeblutete Deutschland wird im Ernstfall für beide Parteien Aufmarsch- und Schlachtfeld. Wir waren zwei-, wenn nicht dreimal der Politik der verbrannten Erde ausgesetzt. Selbstmord aber kann von keinem Volke erwartet werden.» In Württemberg-Baden hat sich beispielsweise eine Arbeitsgemeinschaft der unabhängigen Friedensvereinigungen gebildet, der die dortigen Zweige der Deutschen Friedensgesellschaft, der Kriegsdienstgegner, der Religiösen Sozialisten und des Versöhnungsbundes angehören, und die mit Flugblättern, Versammlungen, Schreiben an Bundestagsabgeordnete usw. dem Rüstungswahn konsequent entgegentritt. Wichtig und wertvoll scheint auch die Bewegung zu sein, deren Mittelpunkt Professor Ulrich Noack in Würzburg ist. Und so ließen sich noch zahlreiche weitere Aktionen nennen.

Nötig ist aber insbesondere, daß die Kämpfer gegen Deutschlands Wiederaufrüstung auch vom Ausland her Unterstützung bekommen. Manches ist hier ja schon geschehen; ich erinnere nur an die internationale Tagung, die im vergangenen Frühjahr in Paris stattgefunden hat. Neuerdings wendet sich der sozialdemokratische schwedische Reichstagsabgeordnete Georg Branting, der Sohn des verstorbenen großen Hjalmar

Branting, in einer Veröffentlichung, die auch als Sonderdruck erschienen ist, gegen die Remilitarisierung Deutschlands.[5] «Wenn man», so sagt er,

«in Frankreich, England, Holland, Belgien, Skandinavien, Italien oder der Schweiz dem einfachen Mann in der Stadt oder auf dem Lande die Frage vorlegt: ‚Ist es richtig, daß Deutschland wieder aufrüstet?', dann lautet die Antwort bestimmt überall und sehr entschlossen: ‚Nein!' Der schwedische Standpunkt ist ähnlich; die absolute Mehrheit unseres Volkes nimmt die Pläne zur Remilitarisierung Deutschlands mit außerordentlichem Unbehagen auf. Man teilt bei uns nicht die ‚offizielle' Auffassung Westeuropas von der internationalen Lage. Das Argument, wonach die Remilitarisierung Deutschlands sich gegen eine ‚Bedrohung aus dem Osten' richtet, überzeugt uns nicht.

...Es ist bestimmt einmalig in der Geschichte, daß eine Reihe großer Völker, die erst vor kurzem zum soundsovielten Male Opfer der Aggression eines gemeinsamen Feindes wurde, der schließlich besiegt werden konnte, sich so verblenden läßt, daß sie diesen ehemaligen Feind nur sechs Jahre später selbst wieder bewaffnet!... Die ‚Politik' eines solchen Deutschlands besteht nicht nur darin, im trüben Wasser der internationalen Lage zu fischen, sondern auch darin, dieses Wasser immer mehr zu trüben, das relative Gleichgewicht zu stören, das die Grundlage des Weltfriedens ist. Und so ist die Remilitarisierung Deutschlands gegenwärtig nicht nur eine unmittelbare Bedrohung seiner Nachbarn, sondern auch die Vernichtung aller Hoffnungen auf eine Epoche des Friedens und allgemeiner Abrüstung.»

Das müßte gerade auch das Schweizervolk klar sehen, statt in der gleichen Kommunistenangst, mit deren Hilfe man jetzt Westdeutschland in einen neuen Militarismus hineintreibt, seine eigene Kriegsrüstung vollends auf die Spitze zu treiben. Und es müßte auch aus der Schweiz dem Kampf der deutschen Rüstungsgegner viel stärkere Hilfe geleistet werden, als das bisher der Fall ist. Ja, es müßte eine machtvolle internationale Bewegung entstehen, die all die Kräfte zusammenfaßte, welche in der deutschen Wiederaufrüstung die zentrale Gefahr für den Frieden erkennen. Deutschlands Schicksal bestimmt das Schicksal ganz Europas. Und einzig europäische Solidarität im Widerstand gegen Krieg und Kriegsrüstung wird die deutsche Frage ihrer endlichen Lösung entgegenführen. Die Zeit des Handelns ist nur mehr kurz!

7. Dezember. *Hugo Kramer*

[5] Ehre der schwedischen Sozialdemokratie, daß sie diesen Mann duldet! In der «freien» Schweiz wäre er längst hinausgeworfen worden.

„Stimmung der Zufriedenheit"

Die Ersatzwahlen in den *Bundesrat*, die durch den Rücktritt der Herren von Steiger und Nobs erforderlich geworden sind, werden kaum mehr eine Überraschung bringen. Der Anspruch der beiden Parteien, denen die Zurückgetretenen angehören, auf Stellung auch der Nachfolger ist unbestritten, und auch die von ihnen aufgestellten Kandidaten erfahren wenig Anfechtung. Dr. Markus Feldmann, der Vertrauensmann der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, ist namentlich seit seiner Auseinandersetzung mit Karl Barth bei allen Parteien als «tapferer Vorkämpfer der Demokratie» beliebt, so verständnislos – um das mindeste zu sagen – er auch den Anforderungen unseres Zeitalters an eine *wirkliche* Neusicherung der Volksfreiheiten gegenübersteht. Aber gerade das empfiehlt ihn ja allen Bekennern jenes billigen Oberflächendemokratismus, der jetzt unter uns so rauschende Triumphe feiert. Was den Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei, Dr. Max Weber, betrifft, so ist er unbedingt eine der liebenswertesten Gestalten unter der sozialdemokratischen Führerschaft. Gescheit und vielfältig erfahren, ist er persönlich durchaus uneigennützig und frei von Streberei oder Demagogentum, dabei von redlichstem Willen zum Sozialismus erfüllt, an dessen Förderung er in Politik und Bildungswesen, in Gewerkschaft und Genossenschaft seine beste Kraft gesetzt hat.

Das hilft uns freilich nicht über die Tatsache hinweg, daß Dr. Weber eben gänzlich auf die offizielle Linie der sozialdemokratischen Politik von heute festgelegt ist und als Bundesrat erst recht in den Betrieb des bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregimes hineingezogen werden wird. Das mag ihm innerlich keine großen Schwierigkeiten mehr bereiten; wenn man aber daran denkt, wie er vor 25 Jahren stand – er hatte starke Sympathien für die religiös-soziale Sache und verweigerte einmal auch den Militärdienst –, so muß man es trotzdem bedauern. In Max Webers Entwicklung spiegelt sich eben einigermaßen – nur einigermaßen! – die Wandlung wider, die in den letzten Jahrzehnten die schweizerische Sozialdemokratie ganz allgemein durchgemacht hat. Mit verständlicher Befriedigung durfte unlängst (am 22. November) die «Neue Zürcher Zeitung» feststellen:

«Der bürgerliche Staat ist im Urteil der Sozialdemokratie im Laufe der Jahrzehnte vom niedrigen Stand des verachteten, mit Spott überschütteten und von Haß verfolgten Gegners in den Rang des Begründers und Treuhänders der politischen Demokratie aufgestiegen, in deren Schutz und Schirm sich die Linke wohl fühlt... Selbst auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, auf dem die Linke in Ermangelung grundlegender staatspolitischer Meinungsverschiedenheiten ihre Opposition noch mit Einschlägen aus der Klassenkampfphraseologie zu alimentieren pflegt, bricht dann und wann bessere Erkenntnis durch... Man darf in diesen Zeugnissen den Niederschlag einer in der sozialistischen Wählerschaft gegenwärtig verbreiteten *Stimmung der Zufriedenheit* mit dem eidgenössischen Schicksal erblicken.» Unter den großen Landesparteien bestehe in bezug auf die zeitnotwendigen Dinge «weitgehende Übereinstimmung der Gefühle und Überzeugungen», und es sei nur zu wünschen, daß die Sozialdemokratie auch die letzten Reste früheren «marxistischen» Denkens vollends abstreifte zugunsten des klaren Bekenntnisses zu einer westlich ausgerichteten Demokratie und einer «Vertiefung unserer geistigen Entwicklung», von der nach dem Zeugnis einer Parteizeitung allein neuer Auftrieb für die sozialistische Bewegung zu erwarten sei.

Rührend, diese Sorge der «Neuen Zürcher Zeitung» um die Gesundung der sozialistische Bewegung! Oder sollen wir nicht besser sagen: Beschämend für die Sozialdemokratie, daß das Hauptorgan des kapitalistischen Bürgertums in der Schweiz so schreiben darf?

Ein Fehlurteil Wie es auf dem anderen, dem «radikalen» Flügel der politischen Arbeiterbewegung aussieht, das haben neuerdings die Vorgänge um den *Prozeß Pierre Nicole* beleuchtet. Pierre Nicole, der Sohn Léon Nicoles, des Führers der genferischen und schweizerischen Partei der Arbeit, hat seit längerer Zeit in der «Voix Ouvrière» einen Feldzug gegen die schweizerische Außenpolitik geführt, der sich zu immer maßloseren Angriffen auf die politischen Beweggründe und Absichten der Mitglieder des Bundesrates steigerte. «Der Bundesrat», so behauptete Pierre Nicole, «verläßt die politische, wirtschaftliche und militärische Neutralität.» «Bei diesem Volksverrat kümmert sich der Bundesrat nur um die Interessen der Finanzoligarchie.» «Er ist entschlossen, die Beziehungen zwischen der Schweiz und der UdSSR zu vergiften.» «Er will die Schweiz ins Lager der Yankee-Kriegshetzer schleppen.» «Er will die Schweiz ... in einen antisowjetischen Angriffskrieg hineinziehen.» «Mein Artikel im ‚Mir' (einer Prager Zeitschrift. H. K.) hat die unbestreitbare Tatsache enthüllt, daß unsere Regenten nicht nur die politische und wirtschaftliche, sondern auch die militärische Neutralität aufgeben, um sich der Bande der Yankee-Kriegshetzer anzuschließen.» Und so fort.

Es liegt auf der Hand, daß diese Behauptungen unwahr sind. Man kann und muß feststellen, daß die Schweiz moralisch im Lager der Westmächte steht, daß sie auch wirtschaftlich aufs stärkste mit dem westlichen Kapitalismus und Imperialismus verbunden ist, daß ihre Aufrüstungspolitik durchaus parallel mit derjenigen der Westmächte läuft und aus der gleichen falschen und verhängnisvollen Sicht der internationalen Lage – angebliche Notwendigkeit der Abwehr eines drohenden russischen Angriffs auf Westeuropa – stammt, und daß die schweizerische Armee objektiv einen, wenn auch selbständigen, Hauptpfeiler der westlichen «Abwehr gegen die Gefahr aus dem Osten» darstellt. Aber es ist Unsinn, daraus zu folgern, daß der Bundesrat die militärische Neutralität der Schweiz aufzugeben bereit sei oder sie schon aufgegeben habe, um unser Land «um des Profites willen» den «Yankee-Kriegshetzern» auszuliefern. Denn das ist es ja gerade: der Bundesrat wie die maßgebenden Politiker und Militärs überhaupt bilden sich ein, den Konsequenzen ihrer falschen außenpolitischen Einstellung entgehen und auch in einem allfälligen dritten Weltkrieg die Schweiz militärisch neutral halten zu können, während alle Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß uns dann recht bald von den Westmächten das Ansinnen gestellt würde, uns in aller Form dem Kampf der «freien Völker» anzuschließen, wenn wir nicht wirtschaftlich ausgehungert werden wollten. Und ob in diesem Fall die Schweiz dem auf sie ausgeübten Druck widerstehen und wirklich noch ihre Neutralitiät aufrechterhalten könnte, das ist zum mindesten höchst fraglich.

Das alles muß unter uns freimütig erörtert werden; das Leben von Volk und Land kann davon abhängen, ob wir noch rechtzeitig von einer Aufrüstungspolitik loskommen, die uns ebenso wie die anderen westeuropäischen Nationen ins Verderben zu ziehen droht. Es ist ein Jammer, daß Pierre Nicole (wie es die Partei der Arbeit überhaupt tut) den Kampf gegen unsere amtliche Außen- und Militärpolitik nicht auf *dieser* Linie führte. Denn durch die ganz unsachlichen demagogischen Übertreibungen und Verzerrungen, die er sich geleistet hat, hat er dem Bundesrat ja nur willkommene Gelegenheit geboten, ihn als Verleumder und Ehrabschneider vor Bundesgericht zu schleppen. Und wenn das Bundesgericht ihn nur *deshalb* verurteilt hätte, so hätte der Angeklagte mit sachlichem Recht auch gar nicht viel dagegen einwenden können. Wobei die Frage offen bleiben mag, ob eine Ehrverletzungsklage der beleidigten Majestäten überhaupt das angemessene Mittel ist, um die Politik des Bundesrates gegen Verleumdung und üble Nachrede zu verteidigen.

Aber das Bundesgericht ist viel weiter gegangen. Es hat Pierre Nicole auch und sogar vor allem wegen *Verletzung beziehungsweise Gefährdung der Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft (Landesverrat)* nach Artikel 266 des Strafgesetzbuches verurteilt, und das ist einfach grotesk und unhaltbar. Man muß schon zu gewagten juristisch-politischen Konstruktionen greifen, um ein solches Verbrechen, das der Angeklagte begangen haben soll, dem gewöhnlichen Bürgerverstand plausibel zu machen. Tatsächlich gibt auch die bundesratstreue Presse ohne weiteres zu, daß die Entschei-

dung, ob politischer Landesverrat verübt worden sei, nicht zuletzt «von der realen politischen Situation» abhänge. Dem subjektiven politischen Ermessen des Richters und damit einer irrigen Einschätzung der jeweiligen internationalen Lage ist damit ein weiter Spielraum gewährt, statt daß objektiv erfaßbare Verbrechenstatbestände gegeben sein müssen, die eine Verurteilung nötig machen. Der Artikel 266 StGB – und noch mehr der glücklicherweise vom Bundesgericht nicht angerufene Artikel 266bis – stellt damit einen jener bösen «Kautschukparagraphen» dar, die immer die beliebtesten Werkzeuge einer anfechtbaren politischen Justiz waren und vom Schweizervolk wiederholt, besonders bei den Abstimmmungen über die sogenannten Staatsschutzgesetze (Leges Haeberlin Nr. I und II) mit Wucht verworfen wurden. Man kann darum das ungemein harte Urteil von Lausanne (15 Monate Gefängnis) nur als Fehlurteil ansehen, einigermaßen erklärbar höchstens aus der Absicht, an Pierre Nicole einmal ein Exempel zu statuieren und die politische Auffassung des Bundesrates von der gegenwärtigen Weltlage und den sich daraus für die Schweiz ergebenden Folgerungen vor jeder grundsätzlichen Bekämpfung zu schützen. Und das ist bedenklich. Wie, wenn diese Auffassung falsch wäre und der Bundesrat, sei es auch in besten Treuen, einer Politik huldigte, die unserem Land zum Schaden ausschlagen muß? Wenn zum Beispiel die massive Aufrüstung der Schweiz einer unrichtigen Voraussetzung (daß nämlich die westeuropäischen Völker einem in nächster Zukunft zu gewärtigenden Angriff von seiten der Sowjetunion ausgesetzt seien) entsprungen wäre und diese Aufrüstung, wie viele unter uns glauben, geradezu ein Anreiz zum Eingreifen einer befreundeten Mächtegruppe und dadurch zur Einreihung der Schweiz in ihre Kriegsfront wäre? Hätte bei einer solchen Annahme das Urteil des Bundesgerichts über Nicoles Angriffe auf den Bundesrat, trotz ihren beleidigenden Übersteigerungen, nicht ganz anders lauten müssen? Und ist diese ganze Überlegung, die die Möglichkeit einer politischen Fehlbeurteilung der gegenwärtigen Weltlage durch die Richter in Rechnung stellt, nicht geeignet, auch die *juristische* Begründetheit des bundesgerichtlichen Urteils anzweifeln zu lassen?

Auf jeden Fall irrt sich, wer nun erwartet, das Urteil von Lausanne werde der kommunistischen Kritik am Bundesrat einen Dämpfer aufsetzen. In der Form mag diese Kritik künftig vorsichtiger zu Werke gehen; in der Sache selbst wird sie nur noch schärfer werden. Schon jetzt ist deutlich erkennbar, daß die kommunistische Bewegung mindestens in der Westschweiz durch die echte Empörung, die das Urteil des Bundesgerichts besonders in der Arbeiterschaft erzeugt hat, nur neuen Auftrieb erhalten hat, und sie wird vermutlich aus der ganzen Denkweise und Politik, die hinter der Klage des Bundesrates gegen Pierre Nicole steht, auch fernerhin Nutzen ziehen. Dem Kommunismus ist eben – man darf nicht müde werden, es zu wiederholen – weder mit Waffengewalt noch mit politischen Unterdrückungsmaßnahmen noch mit Gerichtsurteilen beizukommen; all das ist nur miserabler Ersatz für die gründliche soziale Neuordnung, die wir auch in der Schweiz brauchen, die unsere herrschende Klasse aber, getäuscht durch den «glänzenden Erfolg» der kapitalistischen Wirtschaft, gerade *nicht* will.

Hugo Kramer

Die Hauptsache ist doch, daß man recht aufrichtig ist gegen Gott, nicht von etwas loszukommen sucht, sondern durchdringt, bis er selber die Erklärung gibt; ob sie nun so ist, wie man selber sie wünscht, oder nicht, sie ist doch die beste. (1843.)

Kierkegaard

An unsere Leser!

Unsere Zeitschrift hat ein bewegtes und schweres Jahr erlebt. Redaktionsnöte, materielle Nöte, viel Unzulänglichkeit, Suchen und Tasten haben denjenigen, welche die «Neuen Wege» betreuen, Sorge gemacht. Deshalb bitten wir alle unsere Leser herzlich, immer noch intensiver und mit ernstem Bewußtsein um die Sache, die von den «Neuen Wegen» vertreten wird, diese Sorge mitzutragen und nicht nachzulassen in der innern Treue und im äußern Helfen. Es kommt auf jeden Einzelnen von uns an. Wir haben unter unsern Lesern Beispiele an materieller Opferwilligkeit, die mit der innern Treue eins ist, welche uns alle zu unentwegter Hingabe nicht nur anspornen, sondern auch verpflichten.

Wir danken allen, die in schweren Zeiten erst recht mit uns hoffen, arbeiten und beten und die uns in der so dringend notwendigen materiellen Unterstützung beistehen. Wir hoffen, daß es im neuen Jahr noch mehr sein mögen.

Gerade um dieses Mitgehen zu vertiefen, dürfen wir auf bedeutende geistige Mitarbeit in- und ausländischer Freunde und Gesinnungsgenossen rückblickend hinweisen und dürfen wir auch von Hoffnungsstrahlen und manch positivem Zeichen sprechen. Trotz aller Gespaltenheit, die durch die Welt und auch durch unsere Kreise geht, erleben wir vielleicht schon ein neues Werden, zeichnet sich überhaupt ein Neues vom finstern Hintergrund ab. Dafür wollen wir wach sein. Unser Zusammenschluß soll enger, unser Blick weiter werden, und wir wollen einander in die Hände arbeiten, den festen Glauben ans kommende Reich Gottes am Weihnachtslicht neu entzünden und ihn ins neue Jahr in aller Demut hinübertragen.

Das Redaktionskollegium

Blumhardtworte

Wir Christen müssen einen Gottesstrom in die Welt bringen. Mit uns muß Gott hinein in die Welt! Wenn wir Menschen sind wie andere Leute, ist es nicht der Mühe wert, daß wir nur in der Welt sind.

Wer wir auch seien und was wir auch von irdischem Beruf und Leben haben, jedem von uns und auch allen Beschäftigungen in der Welt möchte der Heiland etwas Neues beifügen, damit von uns in dem uns umgebenden irdischen Wesen aufs Himmlische hin gearbeitet werde. So kann es jetzt an der Hand des Auferstandenen geschehen, daß wir allezeit eingekleidet in himmlische Kräfte auch unsere irdischen Geschäfte treiben.

Wenn wir ernstlicher bitten, kindlicher glauben, zuversichtlicher hoffen könnten, daß der Herr gerne auch mit unmittelbarer Hilfe zu uns kommt, wir dürften eben da, wo ihrer viele zu seiner Anbetung zusammenkommen, selbst Wunder und große Wunder erfahren.

Mit dem Heiland schreiten wir getrost durch alle Tage hindurch. Wir schreiten vorwärts, es geht vorwärts, hinein in eine neue Zeit; es geht über das hinaus, was wir verdorben sehen, es hat ein Ende mit der alten Welt –, eine neue Welt schaut uns schon ins Antlitz, und Jesus Christus spricht bedeutender als je aus dieser neuen Welt uns entgegen: «Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.»

MITTEILUNGEN

Wir bitten die Abonnenten und Leser der «Neuen Wege» herzlich, uns auf der diesem Heft beiliegenden Karte *Adressen* mitzuteilen, an die wir unverbindlich Probenummern der «Neuen Wege» senden können.

Das Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1951 wird dem Januarheft beigelegt werden.

v.45
1951

Neue Wege

v.45
1951

GTU Library
3 2400 00334 8319